Angela Hermann

Der Weg in den Krieg 1938/39

Studien zur Zeitgeschichte

Herausgegeben
vom
Institut für Zeitgeschichte

Band 83

Oldenbourg Verlag München 2011

Angela Hermann

Der Weg in den Krieg 1938/39

Quellenkritische Studien
zu den Tagebüchern
von Joseph Goebbels

Oldenbourg Verlag München 2011

Das Promotionsprojekt von Angela Hermann wurde im Jahr 2006 durch ein zwölfmonatiges HWP-Stipendium der LMU München gefördert.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

© 2011 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Tel: 089 / 45051-0
www.oldenbourg-verlag.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Titelbild: Berlin – Lustgarten: Großkundgebung zur Sudetenkrise. Der Gauleiter und Reichspropagandaleiter Joseph Goebbels hält eine Rede zum Anschluß des Sudetenlandes, 28. 9. 1938, Aufnahme: Erich Engel; ullstein bild

Einbandgestaltung: hauser lacour
Konzept und Herstellung: Karl Dommer
Satz: Typodata GmbH, München
Druck: Memminger MedienCentrum, Memmingen
Bindung: Buchbinderei Klotz, Jettingen-Scheppach

Dieses Papier ist alterungsbeständig nach DIN/ISO 9706

ISBN 978-3-486-70513-3

Inhalt

Vorwort IX

Einleitung 1

I. Die Blomberg-Fritsch-Krise 29

1. Die Blomberg-Krise 29
2. Die Fritsch-Krise 34
3. Die Lösung der Blomberg-Fritsch-Krise 39
4. Ursachen der Entlassung von Blomberg und Fritsch 44
5. Die Goebbels-Tagebücher als Quelle für die Blomberg-Fritsch-Krise 58
   Anzeichen für eine Intrige? (58) – Die Rolle Hitlers (63)

II. Der „Anschluß" Österreichs an das Deutsche Reich 67

1. Der Weg nach Berchtesgaden 67
2. Die Begegnung von Hitler und Schuschnigg auf dem Obersalzberg 71
3. Reaktionen Italiens und der Westmächte auf das Februar-Abkommen 76
4. Zwischen Berchtesgaden und Graz: Die Zuspitzung der Lage in Österreich und das Verhalten der Regierungen in Berlin und Wien 81
5. Schuschniggs Volksbefragung und die Reaktion des NS-Regimes . 89
6. Die „Machtergreifung" in Österreich 97
7. Militärischer Einmarsch, Hitlers Einzug und der „Anschluß" Österreichs an das Deutsche Reich 104
8. Reaktionen Italiens und der Westmächte auf die Umwälzungen in Österreich 116
9. Die Goebbels-Tagebücher als Quelle für die Geschichte des „Anschlusses" Österreichs 126
   Die Strategienvielfalt gegenüber Österreich (126) – Die Rolle von Göring und Goebbels (128) – Der „Anschluß" als erster Schritt zum Zweiten Weltkrieg? (133)

III. Die Sudetenkrise und das Münchener Abkommen 137

1. Beginn der NS-Pressekampagne gegen die Tschechoslowakei 137
2. Vom „Anschluß" Österreichs zur Maikrise 151
3. Von den Kommunalwahlen zur Entsendung Runcimans 165

4. Militärische Planungen und ethnische Überlegungen innerhalb des NS-Regimes zur Lösung der „Tschechenfrage“. 176

5. Die Mission Runcimans und die Zuspitzung der Krise bis zum Ende des Nürnberger Parteitages 187

6. Außenpolitische Weichenstellungen und die Risikobewertung des NS-Regimes bis zum Chamberlain-Besuch 201

7. Die Verhandlungen Hitlers mit Chamberlain. 219
Hitler Parteitagsrede und die Zuspitzung der Lage im Sudetenland (219) – Chamberlains Besuch auf dem Obersalzberg (225) – Die britisch-französischen Verhandlungen und die Reaktionen in Prag (231) – Aktivitäten der Sudetendeutschen Partei und des NS-Regimes (235) – Verhandlungen mit Ungarn und Polen (245) – Chamberlains Besuch in Bad Godesberg (253)

8. Der Höhepunkt der Krise und die Münchener Konferenz 261
Die tschechoslowakische Mobilmachung und die Ablehnung von Hitlers Godesberger Memorandum (261) – Die Unterstützung durch das faschistische Italien (266) – Maßnahmen der NS-Propaganda Ende September (269) – Hitlers Gespräche mit Horace Wilson (274) – Der 28. September 1938 (280) – Die Münchener Konferenz (286)

9. Die Goebbels-Tagebücher als Quelle für die Sudetenkrise und das Münchener Abkommen 301
Die nationalsozialistische Presse- und Rundfunkkampagne gegen die Tschechoslowakei und die Rolle Goebbels’ (301) – Neue Fakten zur Sudetenkrise und zum Münchener Abkommen (305) – Zur NS-Außenpolitik und zur Rolle Hitlers in der Sudetenkrise (310)

IV. Vorgeschichte und Initiierung des Novemberpogroms 315

1. Antijüdische Maßnahmen in Berlin im Frühsommer 1938. 315

2. Beginn einer antisemitischen Gesetzgebung in Italien. 323

3. Die erste Deportation polnischer Juden und das Attentat auf Ernst vom Rath 326

4. Der Novemberpogrom 330

5. Die Goebbels-Tagebücher als Quelle für die Geschichte des Novemberpogroms 354
Die Rolle Hitlers (354) – Goebbels’ Antisemitismus (356) – Zum Zweck des Pogroms (358)

V. Die Desintegration des tschechoslowakischen Staates und die weitere außenpolitische Entwicklung bis Sommer 1939 363

1. Umsetzung und Folgen des Münchener Abkommens 363
Die Umsetzung des Abkommens und die Eingliederung der sudetendeutschen Gebiete (363) – Die Tschechoslowakei nach dem Münchener Abkommen (373) – Die polnische Annexion des Olsa-Gebietes (384) – Ungarische Revisionsbestrebungen und Erster Wiener Schiedsspruch (387) – Zusammenbruch der europäischen Nachkriegsordnung (396)

2. Die deutsch-tschecho-slowakischen Beziehungen bis Anfang März 1939 404
3. Die Beziehungen des NS-Regimes zur Slowakei und zur Karpatho-Ukraine 418
4. Die Reaktion des NS-Regimes auf die Absetzung der slowakischen Regierung unter Jozef Tiso und die Entscheidung zum Einmarsch der Wehrmacht 422
5. Hitlers Gespräche mit Sztójay, Tiso und Hácha und die weitere Entwicklung bis zum Einmarsch der Wehrmacht 433
6. Die Besetzung Böhmens und Mährens, die Errichtung des „Protektorats“ und der deutsch-slowakische „Schutzvertrag“. . . . 449
7. Folgen der Errichtung des „Protektorats“ und die weitere Entwicklung im Frühjahr 1939 459
Von der Annexion Böhmens und Mährens zum „Anschluß“ des Memellandes (459) – Die Auseinandersetzung um Danzig und den Korridor (471)
8. Die Goebbels-Tagebücher als Quelle für die Geschichte der Desintegration der Tschecho-Slowakei 482
Zur Rolle Goebbels' bei der Desintegration des tschecho-slowakischen Staates (482) – Neue Erkenntnisse zur Geschichte der Desintegration des tschecho-slowakischen Staates (487) – Zur Rolle Hitlers bei der Desintegration des tschecho-slowakischen Staates (490)

Schlußbetrachtung: Die Tagebücher von Joseph Goebbels als historische Quelle für die Vorkriegsphase 495

Authentizität und Charakter des Tagebuchs 495
Propaganda in Tagebuchform?. 503
Zum Erkenntnisgewinn durch die Goebbels-Tagebücher für die politische Ereignisgeschichte der Vorkriegsphase. 512
Zur Programmatik und Herrschaftspraxis des NS-Regimes im Lichte der Goebbels-Tagebücher. 520
Zum Quellenwert der Tagebücher 529

Abkürzungen 535

Quellen und Literatur. 539

Personenregister. 569

Vorwort

Die vorliegende Studie stellt eine gekürzte und leicht überarbeitete Fassung meiner Dissertation dar, die im April 2008 von der Philosophischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) angenommen wurde. Sie entstand neben meiner beruflichen Tätigkeit im Editionsprojekt der Tagebücher von Joseph Goebbels in den Jahren 1999 bis 2008 am Institut für Zeitgeschichte, München, unter Betreuung meines verehrten Lehrers, Herrn Professor Dr. Hans Günter Hockerts. Daher möchte ich Herrn Professor Hockerts für seine Geduld und vor allem für seine zahlreichen wertvollen Anregungen und Vorschläge sowie seine großartige Unterstützung, nicht zuletzt bei der Drucklegung, herzlich danken. Im Jahr 2006, nach Abschluß der Textbände der Tagebuchedition, ermöglichte mir ein zwölfmonatiges Promotionsstipendium (HWP) der LMU die Niederschrift eines großen Teils des Textes, so daß ich meiner Universität und allen, die durch ihre Fürsprache hierzu beigetragen haben, meinen Dank ausspreche.

Mein ganz besonderer Dank gilt der Projektleiterin und Herausgeberin der Tagebuchedition, Frau Dr. Elke Fröhlich, mit der ich von 1999 bis 2008 am Institut für Zeitgeschichte zusammenarbeiten durfte. Ohne ihre Rechercheleistung zur Auffindung der Goebbels-Tagebücher, ihr Engagement zur Erstellung von Mikrofiche-Duplikaten in Moskau, ihre Projektleitung, ihre wissenschaftliche Anleitung, ihre wichtigen Hinweise, kritischen Fragen und ohne ihre Unterstützung und Fürsorge, unvergessen im Oktober 2004 in London, wäre die vorliegende Studie nicht entstanden bzw. abgeschlossen worden. Ihr ist es auch in erster Linie zu verdanken, daß ich immer gerne an die Editionsarbeit im IfZ zurückdenke, bei der trotz ständigen Termindrucks stets auch eine angenehme Arbeitsatmosphäre herrschte. In diesem Sinne danke ich auch meinen früheren Kolleginnen und Kollegen am IfZ für die gute Zusammenarbeit, nicht zuletzt auch denjenigen aus dem Auswärtigen Amt, aus Bibliothek, Archiv und Sekretariat. In guter Erinnerung habe ich auch mein zweites Projekt am Institut, die gemeinsame Tagung von IfZ und Collegium Carolinum im September 2008 zum „Münchner Abkommen 1938 in europäischer Perspektive", die ich von IfZ-Seite gemeinsam mit Dr. Jürgen Zarusky konzipierte und organisierte und die mir die Gelegenheit gab, einige meiner Thesen dieses Buches zu diskutieren. Frau Dr. Petra Weber und Frau Angelika Reizle, M.A., danke ich für die gute redaktionelle Betreuung, Frau Dr. Katja Klee bin ich für das sorgfältige Lektorat des Manuskripts dankbar, dem wissenschaftlichen Beirat des IfZ für die Aufnahme des Bandes in die Reihe „Studien zur Zeitgeschichte", Herrn Professor Dr. Dr. h.c. mult. Horst Möller, dem ehemaligen Direktor des IfZ, für das Korreferat der Dissertation und die lehrreichen Jahre am Institut.

Danken möchte ich auch meinen akademischen Lehrerinnen und Lehrern, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der von mir konsultierten Archive und Forschungseinrichtungen, dem Lehrstuhl Hockerts, meinen Erlanger Kolleginnen und Kollegen der Jahre 2008 bis 2010 am Lehrstuhl Schöllgen und am Zentrum für Angewandte Geschichte, meinen jetzigen Kolleginnen und Kollegen am NS-Dokumentationszentrum München, meinem Freundeskreis und meiner Familie. Namentlich sei neben den bereits Erwähnten gedankt: PhDr. Vojtěch Belling, Sybille Benker, Giles

Bennett, Vaclava Kutter Bubnova, Prof. Dr. Maria H. Dettenhofer, Albert A. Feiber, Gisela Grammes, Dr. Christian Hartmann, Christa und Kurt-Gerhard G. Hermann, Peter Hermann, PD Dr. Johannes Hürter, Katrin M. Kämpf, Prof. Dr. Manfred Kittel, Andreas Nagel, Dr. Rainer Ostermann, Christina Pleyer, Ernst Pleyer, Prof. Dr. Dieter Pohl, Christiane Pölzl, Dr. Edith Raim, Prof. Dr. Gregor Schöllgen, Prof. Dr. Susanna Schrafstetter, Dr. Mag. David Schriffl, PhDr. Michal Schvarc, Victoria Somogyi, Prof. Ph.D. Alan E. Steinweis, Dr. Mogi Vollhardt, PD Dr. Irmtrud Wojak, Dr. Hans Woller und insbesondere Tiziana Ziesing, der ich dieses Buch widmen möchte.

München, im Juni 2011 Angela Hermann

Einleitung

Die vorliegende Studie kombiniert zwei Ziele. Sie versteht sich zum einen als eine quellenkritische Evaluierung der Goebbels-Tagebücher und somit als Beitrag zur systematischen Überprüfung eines zentralen Quellenkorpus der NS-Geschichte. Auf diese Weise sollen künftige Benutzer dieses voluminösen Tagebuchs eine grundlegende Orientierungshilfe gewinnen. Zum anderen geht es darum, die Relevanz der Quelle in einem bestimmten historiographischen Zusammenhang exemplarisch auszuloten. Der Titel „Der Weg in den Krieg 1938/39" deutet an, worum es geht: Es wird zu zeigen sein, daß die umfassende, systematische Auswertung dieser Quelle neues Licht auf die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges zu werfen vermag.

Seit 2006 liegt das Tagebuch, das Joseph Goebbels 1923 zu schreiben begann und von 1941 bis kurz vor seinem Tod in Diktatform fortsetzte, veröffentlicht vor.[1] Kein anderer aus dem engsten NS-Führungskreis hat über einen so langen Zeitraum ein Tagebuch vergleichbaren Umfangs geführt. Die fachwissenschaftliche Aufmerksamkeit war daher stets sehr groß, als infolge der komplizierten Überlieferungssituation in den vergangenen Jahrzehnten immer neue Fragmente der Quelle auftauchten. Neben hoch gespannten Erwartungen gab es innerhalb der historischen Forschung auch Zweifel an der Authentizität, Bedenken wegen des möglicherweise propagandistisch irreführenden und fraglos NS-ideologisch aufgeladenen Charakters des Goebbels-Tagebuchs.

Gewiß tritt dem Leser des Tagebuchs die nationalsozialistische Ideologie von Goebbels in kaum überbietbarer Deutlichkeit entgegen. Niemand wird von einem ideologisch fixierten Tagebuchautor, sei er nun Propagandaminister oder Privatperson, quasi objektive Aufzeichnungen erwarten können. Gerade die ideologische Prägung ist ein deutliches Indiz für die Authentizität der Quelle. In der Schreibhaltung, die als Versuch der Fixierung aller NS-Aktivitäten auf höchster Ebene charakterisiert werden kann, liegt der Wert der Quelle, welche unzählige Aussagen zu Ereignissen und Handlungen in sich birgt und Einblicke „in das Goebbelssche wie das Hitlersche Denken" gewährt.[2] Das Tagebuch von Goebbels ermöglicht gerade durch die verengte nationalsozialistische Perspektive, daß auch die Interpretation bestimmter Geschehnisse durch die NS-Spitze sowie deren Vorstellungen und vermeintliche Handlungsoptionen für die Wissenschaft greifbar werden.

Bevor die Fragestellung, das methodische Vorgehen und die Anlage der Studie näher vorgestellt werden, erfolgen ein kurzer Überblick über die Überlieferungsgeschichte der Tagebücher, eine Einführung in die Problematik dieser Quelle so-

[1] Elke Fröhlich (Hrsg.): Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Rußlands, Teil I, Aufzeichnungen 1923–1941, 14 Bde. (9 Bde. in 14 Teilbänden), Teil II, Diktate 1941–1945, 15 Bde., München 1993–2006, Teil III, Register 1923–1945, 3 Bde., München 2007/2008, K. G. Saur Verlag (nachfolgend abgekürzt als TG).

[2] Fröhlich, Tagebücher. Sämtliche Fragmente, Einleitung, S. LVII; ähnlich Longerich, Goebbels, S. 15f.

wie ein Exkurs zum Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß, bei dem die Frage nach der Verläßlichkeit von Goebbels' Aufzeichnungen bereits eine Rolle spielte. Sodann werden die Quellenlage und der Forschungsstand thematisiert, auf denen diese Studie in ihrer Gesamtanlage aufgebaut ist.

Zur Überlieferungsgeschichte der Goebbels-Tagebücher

Joseph Goebbels begann das Tagebuchschreiben mit knapp 26 Jahren am 17. Oktober 1923, nachdem ihm seine damalige Geliebte Else Janke die erste Tagebuchkladde geschenkt hatte. Damals lebte der promovierte Germanist Goebbels arbeitslos bei seinen Eltern in Rheydt. Seit dieser Zeit führte er kontinuierlich Tagebuch, anfangs eher unregelmäßig, ab 1928 täglich, zwischen 1934 und 1936 im Zwei-Tages-Rhythmus, von 1936 an wieder Tag für Tag, wobei er jeweils den Vortag beschrieb. Lediglich in besonders hektischen Phasen, auf Reisen oder bei Krankheit unterließ Goebbels einige Male das Tagebuchschreiben, doch stets trug er dann die Geschehnisse des jeweiligen Tages nach. Bis 8. Juli 1941 beschrieb Goebbels eigenhändig 23 Kladden (ca. DIN A 5) unterschiedlichen Umfangs und produzierte auf diese Weise 6783 Seiten handschriftliche Tagebucheinträge, die vollständig überliefert sind. Am 9. Juli 1941, kurz nach Beginn des Angriffs auf die Sowjetunion, begann Goebbels mit dem täglichen Diktat seines Tagebuchs, das durch einen Mitarbeiter des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda maschinenschriftlich zu Papier (DIN A 4) gebracht wurde. Das letzte überlieferte Tagebuchdiktat datiert vom 9. April 1945, drei Wochen vor dem Selbstmord Goebbels' am 1. Mai 1945. Diese Diktate umfassen, bedingt durch eine besonders große Schrifttype (die sogenannte Führertype), sehr breite Seitenränder und große Zeilenabstände, ca. 36000 Blatt; einige Dutzend dieser Diktate fehlen bis heute.[3]

Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges, ab November 1944, ließ Goebbels seinen gesamten Tagebuchbestand, die von Hand beschriebenen Kladden wie die Diktate, durch ein neues Mikrokopierverfahren auf Glasplatten-Mikrofiches duplizieren.[4] Diese drei verschiedenen Überlieferungsformen – Kladden, Diktat-Blätter, Glasplatten – befanden sich bei Kriegsende an unterschiedlichen Orten: im Luftschutzkeller unter der Reichskanzlei, wo Goebbels seine letzten Lebenstage verbrachte, teilweise wohl auch in der Ministerwohnung in der Hermann-Göring-Straße, wo sie mikrokopiert worden waren, und in der Nähe von Caputh/Michen-

[3] Vgl. Fröhlich, Einleitung zur Gesamtedition, in: TG, Teil III, Sachregister, Anhang. Die Zahlen ergeben sich aus Additionen der Angaben in der jeweiligen Bestandsübersicht der von Elke Fröhlich herausgegebenen Edition der Tagebücher von Joseph Goebbels. Nachweislich existierten mindestens 35499 Blatt Diktate, von denen 34906 Blatt überliefert und veröffentlicht sind. Bei ein paar Dutzend weiteren Tagen aus den Jahren 1944/45 ist unklar, ob Goebbels Tagebuch-Diktate verfaßte.

[4] Vgl. Fröhlich, Einleitung zur Gesamtedition, in: TG, Teil III, Sachregister, Anhang, S. 110–128.

dorf bei Potsdam, wo sie auf Anweisung von Goebbels vergraben worden waren.[5] Bereits durch diese drei verschiedenen Aufbewahrungsorte, noch mehr durch die chaotischen Verhältnisse der Kriegsendphase, vor allem aber aufgrund der Besetzung des Deutschen Reiches und Berlins durch die vier Siegermächte 1945, die die Tagebücher als Kriegsbeute betrachteten und außer Landes brachten, wurde der Bestand der Quelle völlig auseinandergerissen. Der mit Abstand größte Teil der Tagebücher, die überwiegende Mehrheit der Glasplatten und 13 der 23 handbeschriebenen Tagebücher, wird im Russischen Staatlichen Militärarchiv in Moskau, dem das ehemalige Sonderarchiv eingegliedert wurde, verwahrt.[6] Diese 13 Bücher fand die sowjetische Spionageabwehrabteilung „Smersch" am 19. Mai 1945 im Bunker unter der Reichskanzlei und übergab sie dem Volkskommissariat für Staatssicherheit der UdSSR, von wo aus sie über das sowjetische Außenministerium an das Militärarchiv gelangten.[7] Zwei weitere Kladden, angeblich „dicht am Führerbunker" im November 1945 aufgefunden, gerieten in amerikanische Hände. Eine davon liegt heute in der Hoover Institution, die andere ist verschollen.[8] Der Verbleib der übrigen acht Kladden ist bis heute unbekannt. Von den mehr als 1000 Glasplatten[9] mit Goebbels-Tagebüchern, die auf Anweisung von Goebbels in eine Metallkiste geschachtelt und Mitte/Ende April 1945 in der Nähe von Caputh bei Potsdam, einst einem favorisierten Freizeitort des Propagandaministers, vergraben wurden, liegen 935 im Russischen Staatlichen Militärarchiv. Da sich die Glasplatten innerhalb der sowjetischen Besatzungszone befanden, aber nur die Franzosen von dem Dokumentenschatz und dessen Versteck wußten, kooperierten die beiden Siegermächte bei der Grabung, die am 26. März 1946 erfolgreich endete.[10] Anschließend erhielten die russischen Finder, Mitarbeiter des dem Innenministerium unterstehenden NKWD, den Hauptteil der Glasplatten, die sie

[5] Zur Überlieferungsgeschichte der Goebbels-Tagebücher sind heranzuziehen: Broszat, Goebbels-Tagebücher, S. 124f.; Hockerts, Goebbels-Tagebücher. Kirchenpolitik, S. 359f.; Fröhlich, Tagebücher. Sämtliche Fragmente, Einleitung, S. LVII–LXXVII; Fröhlich, Goebbels und sein Tagebuch, S. 497–507; Reuth, Goebbels. Tagebücher, Einleitung, S. 3–19; Hockerts, Edition Goebbels-Tagebücher, S. 251–254; Möller, Wie sinnvoll, S. 104; Möller, Tagebücher, S. 676–679; Fröhlich, Hitler-Goebbels-Straßer, S. 42–45; Eckert/Martens, Glasplatten, S. 479–526; Fröhlich, Einleitung zur Gesamtedition, in: TG, Teil III, Sachregister, S. 11–88.

[6] Handschriftliche Tagebücher von Joseph Goebbels (Original-Kladden), Russisches Staatliches Militärarchiv, Moskau, Fond 1477, Opis 4, Delo 332–344; Tagebücher von Joseph Goebbels auf Glasplatten-Mikrofiches, ebenda, Opis 5. Vgl. Fröhlich, Einleitung zur Gesamtedition, in: TG, Teil III, Sachregister, Anhang, S. 100–104, 110–128.

[7] Schriftliche Auskunft des Leiters der Russischen Föderalen Archivagentur, Vladimir P. Koslov, 23. 1. 2006; schriftliche Auskunft des stellvertretenden Leiters der Verwaltung des Föderalen Sicherheitsdienstes Rußlands, Sergej A. Stepanov, 12. 1. 2006; schriftliche Auskunft des Direktors für historische Dokumentation des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten Rußlands, Alexander A. Tschurilin, 23. 1. 2006.

[8] Fröhlich, Tagebücher. Sämtliche Fragmente, Einleitung, S. LXVIII.

[9] Schätzung der Verfasserin aufgrund der in Moskau geprüften Glasplatten.

[10] Bericht Colonel Robert A. Sohows, Headquarters, European Command, Office of the Deputy Director of Intelligence, an Colonel P. P. Rodes, 9. 5. 1947, BArch, Z 45 F, OMGUS, RG 260, AGTS-55/4. Vgl. auch Fröhlich, Einleitung zur Gesamtedition, in: TG, Teil III, Sachregister, S. 44–46; Eckert/Martens, Glasplatten, S. 485.

später dem sowjetischen Außenministerium übergaben, von wo aus sie zum Sonderarchiv gelangten.[11] Die Franzosen bekamen immer leihweise einige Dutzend Platten, die sie bei Rückgabe gegen neue austauschen konnten.[12] Diese Plattenrotation wurde irgendwann unterbrochen, so daß die französischen Stellen einige Platten zurückbehielten. Im Jahre 2002 wurden 19 Glasplatten mit abgelichteten Goebbels-Tagebüchern im Archiv des französischen Außenministeriums in Paris gefunden, die allerdings von den russischen Stellen vor der Herausgabe 1946 mikroverfilmt worden waren und in Moskau in Kopie liegen.[13] Noch wesentlich komplizierter ist die Überlieferungsgeschichte der ca. 36 000 Blatt Diktate, die ursprünglich in Ordnern abgelegt waren. Die Mehrzahl der Diktate in Papierform, „schätzungsweise 20 000 Blatt", verblieb jahrelang auf dem Gelände der Reichskanzlei und gelangte teils stark zerstört 1969 zur Staatlichen Archivverwaltung der früheren DDR.[14] Heute befindet sich diese Überlieferung im Bundesarchiv. Ein Fragment der Diktate war bei Reinigungsarbeiten gefunden und dem Institut für Zeitgeschichte übergeben worden,[15] ein weiteres tauchte bei einem Berliner Altpapierhändler auf und gelangte in die USA, genau wie ein drittes Fragment, das ein amerikanischer Geheimdienst-Agent in Berlin an sich nahm.[16] Alle Fragmente stimmen absolut mit den entsprechenden Diktat-Blättern auf den Glasplatten in Moskau überein.[17] Von diesen Glasplatten stammen auch die selektiven sowjetischen Mikrofilme mit Goebbels-Tagebüchern – die Quellengrundlage der Fragmente-Edition von 1987 –, die 1969 der Ost-Berliner Regierung übergeben worden waren, von dort über den Mittelsmann Erwin Fischer 1972 an den westdeutschen Verlag Hoffmann und Campe verkauft wurden und von diesem 1980 an das IfZ und das Bundesarchiv gelangten.[18]

[11] Schriftliche Auskunft des Direktors für historische Dokumentation des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten Rußlands, Alexander A. Tschurilin, 23. 1. 2006; schriftliche Auskunft des Leiters der Russischen Föderalen Archivagentur, Vladimir P. Koslov, 23. 1. 2006; schriftliche Auskunft von Vladimir I. Korotaev, stellvertretender Direktor des Staatlichen Russischen Militärarchivs, Moskau, und Leiter der Abteilung Zentrum für die Aufbewahrung historisch-dokumentarischer Sammlungen (ehemals Sonderarchiv), 22. 11. 2005.

[12] Dies geht aus französischen Beschriftungen der in Moskau verwahrten Schachteln mit Glasplatten hervor. Siehe hierzu auch Eckert/Martens, Glasplatten, S. 485 f.

[13] Vgl. Fröhlich, Hitler-Goebbels-Straßer, S. 60, Anm. 25; Eckert/Martens, Glasplatten, S. 498 f.

[14] Fröhlich, Tagebücher. Sämtliche Fragmente, Einleitung, S. LXXII.

[15] Es handelt sich um exakt 500 Blatt aus den Jahren 1942/43, die Else Goldschwamm im sogenannten Führerbunker fand und 1961 dem IfZ überließ. Siehe Fröhlich, Tagebücher. Sämtliche Fragmente, Einleitung, S. LXIII f.; dies., Joseph Goebbels und sein Tagebuch, S. 500.

[16] Zu dem 6903 Blatt starken Fragment der Jahre 1942/43, das der Altpapierhändler Robert Breyer 1946 an den amerikanischen CIC-Offizier William F. Heimlich übergab, sowie zu dem 591 Blatt umfassenden Fragment aus den Jahren 1941–1943, gefunden vom CIC-Agenten Eric C. Mohr, siehe Fröhlich, Tagebücher. Sämtliche Fragmente, Einleitung, S. LXIV, LXVIII–LXX; dies., Einleitung zur Gesamtedition, in: TG, Teil III, Sachregister, S. 51–69, 71–73. Das erstgenannte befindet sich in der Hoover Institution, das zweite in den National Archives, College Park/Washington.

[17] Fröhlich, Einleitung zur Gesamtedition, in: TG, Teil III, Sachregister, S. 85–88.

[18] Dies., Tagebücher. Sämtliche Fragmente, Einleitung, S. LXIV, LXX, LXXII, LXIV f., LXXI; dies., Einleitung zur Gesamtedition, in: TG, Teil III, Sachregister, S. 73–76.

Jeder größere neue Fund an Tagebuchfragmenten führte zu neuen, fragmentarischen Veröffentlichungen.[19] Doch erst die Entdeckung der fast vollständigen Glasplatten-Überlieferung in Moskau durch Elke Fröhlich im März 1992, die Duplizierung dieser Glasplatten sowie die vertragliche Absicherung durch die Leitung des Instituts für Zeitgeschichte wenig später ermöglichten die Gesamtausgabe der Tagebücher von Joseph Goebbels, die 2006 abgeschlossen und bis Ende 2008 durch mehrere Registerbände ergänzt wurde. Diese ungewöhnliche Überlieferungsform erscheint einzigartig, weil außer dem Tagebuch von Goebbels – und einigen Akten aus seinem Ministerium – bisher keine weiteren Quellen bekannt geworden sind, die gleichfalls auf beschichtetem Glas erhalten geblieben sind. Die Frage, wieso gerade Goebbels sich dieser neuen Technik bedienen konnte und bediente, läßt sich durch die von Goebbels ins Leben gerufene „Kommission zur Bewahrung von Zeitdokumenten" beantworten, die nicht nur Archivalien sammeln, sondern auch konservieren sollte.[20]

Zur Problematik, zum Charakter und zur Authentizität der Tagebücher

Die Tagebücher von Joseph Goebbels erfuhren bis heute aus vielerlei Gründen nicht die ihnen gemäße Anerkennung als authentische Quelle, worunter sowohl die Echtheit, die Unverfälschtheit des Textes als auch die empirische Verläßlichkeit verstanden werden. Der Mangel an Anerkennung als empirisch gehaltvolles Zeugnis erfolgte zum einen aufgrund des herrschenden Goebbels-Bildes, in dessen Folge der Name des Propagandaministers inzwischen metonymisch für einen Lügner gebraucht wird. Die Entstehung dieser Charakterisierung läßt sich bis in das Jahr 1927 zurückverfolgen, als Goebbels' Rivalen, der Kreis um die Gebrüder Straßer, nach seinem ersten großen Mißerfolg als Berliner Gauleiter einen Zeitungsartikel veröffentlichten, in dem sie ihm Falschheit, Verrat und Opportunismus vorwarfen.[21] Mehrfach beklagte Goebbels im Tagebuch, daß Gregor Straßer ihn „verleumdet und beschmutzt" habe (TG, 16.11.1930). Otto Straßer trug durch seine publizistische Tätigkeit als Emigrant auch nach 1933 dazu bei, daß derartige Charakteristika an seinem einstigen Konkurrenten Goebbels haften blieben, insbesondere durch sein Buch „Hitler und ich", das Anfang 1940 in Paris erschien.[22]

[19] Nach dem Fund des Fragments von Breyer/Heimlich: Lochner, Goebbels Tagebücher aus den Jahren 1942–1943, Zürich 1948. Nach Auftauchen des Elberfelder Tagebuchs: Heiber, Das Tagebuch des Joseph Goebbels 1925/26, Stuttgart 1960. Nach Ankauf der sowjetischen Mikrofilme 1972: Joseph Goebbels, Tagebücher 1945, Die letzten Aufzeichnungen, Hamburg 1977. Nach Eintreffen der Filme im Institut für Zeitgeschichte: Fröhlich, Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv, Aufzeichnungen 1924–1941, 4 Bde. und 1 Bd. Interimsregister, München u.a. 1987.

[20] Hierzu bereitet die Verfasserin eine Abhandlung vor, die an anderer Stelle erscheinen wird.

[21] Fröhlich, Hitler-Goebbels-Straßer, S. 52f.; Reuth, Goebbels. Biographie, S. 121.

[22] „Goebbels war ehrgeizig, opportunistisch und log", hatte Otto Straßer in seiner Publikation, Hitler und ich, S. 111, geschrieben. Stets stellte er in seinen Veröffentlichungen über

Straßers Intention war nicht zuletzt der Versuch, seinen Bruder Gregor vom Odium des Verrats zu befreien, das ihm wie Kurt von Schleicher, unter dem Gregor Straßer Ende 1932 eine Vizekanzlerschaft unter Umgehung Hitlers angestrebt hatte, zum Verhängnis geworden war.[23] Goebbels hatte im Frühjahr 1934 in seiner Publikation „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei" überaus deutlich und mit Billigung Hitlers Gregor Straßers damaligen Machtpartizipationsversuch als „Verrat", „Palastrevolution" und „Dolchstoß" bezeichnet.[24] Wenige Wochen nach Erscheinen dieses Buches, am 30. Juni 1934, wurden Gregor Straßer und Kurt von Schleicher auf Anweisung Hitlers ermordet.[25] Auch von anderen Rivalen des Propagandaministers, beispielsweise Alfred Rosenberg, sind vergleichbare äußerst negative Aussagen über Goebbels' Charakter überliefert.[26]

Goebbels galt aber nicht nur als Lügner, sondern auch als Genie der Propaganda, eine Zuschreibung, die nicht nur im Deutschen Reich, sondern auch in den Staaten der späteren Kriegsgegner schon vor Kriegsbeginn vorzufinden war.[27] Während des Zweiten Weltkrieges verbanden sich diese beiden Charakteristika, indem die Alliierten in ihrer Abwehr der nationalsozialistischen Propaganda, für die Goebbels verantwortlich war, den Propagandaminister zum Meister der Lügenpropaganda stilisierten.[28] Somit wurde durch die alliierte Propaganda das in

das NS-Regime Goebbels als Lügner, Verräter und Opportunisten dar, gelegentlich auch als korrupt und feige; Goebbels wurde also mit den gängigen negativen Attributen versehen. Vgl. Straßer, Die deutsche Bartholomäusnacht, S. 91f., 94, 106, 132f.; ders.: Hitler und ich, S. 110–113, 116f., 159f., 210f., 218, 221, 223; ders., The Gangsters around Hitler, S. 12–16.

[23] Otto Straßer hatte in seinem Buch „Hitler und ich", S. 170–173, behauptet, sein Bruder hätte seine Verhandlungen mit Schleicher mit Hitler abgesprochen gehabt, was nicht den Tatsachen entspricht.

[24] Goebbels, Kaiserhof, S. 218–222. Über die Vorlage des Manuskripts bei Hitler hielt Goebbels fest: „Beim Führer. Er ist sehr nett. Mein Buch hat er durchgelesen. Ich ändere nur noch ein paar Stellen und füge einen lobenden Absatz über Göring an. ‚Das wird sich bezahlt machen', sagt mir der Führer", TG, 11. 4. 1934.

[25] Die Frage nach einem möglichen kausalen Zusammenhang zwischen der Buchveröffentlichung und der Ermordung ist bislang nicht gestellt worden. Rosenberg nannte die „Kaiserhof"-Publikation in unmittelbarem Anschluß an die Erwähnung von Straßers Tod (Seraphim, Tagebuch Rosenbergs, 7. 7. 1934, S. 48). Diese Frage erscheint auch deshalb einer Untersuchung wert, weil Hitler im Januar 1933 – noch nicht im Besitz der Macht – Straßer zunächst einmal eine zweijährige Bewährungsfrist geben wollte, in der dieser sich absolut ruhig verhalten müßte, wie Goebbels überliefert, TG, 22. 1. 1933. Doch trotz gelungener „Machtergreifung" Hitlers überlebte Straßer diese Frist nicht.

[26] Vgl. beispielsweise die Tagebucheinträge Rosenbergs vom 6. 2. 1939 und 1. 3. 1939, in: Seraphim, Tagebuch Rosenbergs, S. 79–82.

[27] Im Januar 1937 scheint Viscount Rothermere bei seinem Deutschland-Besuch zu Hitler gesagt zu haben, Goebbels „sei der größte Propagandist der Welt", wie Goebbels im Tagebuch vermerkte, TG, 8. 1. 1937. Zweieinhalb Jahre später hielt Goebbels im Tagebuch fest, daß in Paris eine Broschüre über ihn als das „Genie der Propaganda" erschienen sei, die „z. T. ganz gemein, z. T. aber auch sehr ehrenvoll" für ihn sei, TG, 20. 6. 1939. Hierbei bezog er sich wahrscheinlich auf die Publikation René Homburgers „Goebbels. Chef de publicité du IIIe Reich".

[28] Vgl. beispielsweise folgende Artikel der „Times": „Lies made to measure. The Goebbels's output", 17. 11. 1939, S. 8; „Nazi propaganda. The Goebbels technique", 19. 3. 1940, S. 4; „‚Great Britain in thumbscrews'. A Goebbels fantasy", 20. 8. 1940, S. 3; „Goebbels's latest

den 20er Jahren geschaffene Bild von Goebbels als Lügner untermalt, auf welches sich, wie noch gezeigt wird, die Angeklagten in den Nachkriegsprozessen berufen konnten und das von ehemaligen Mitarbeitern oder Weggefährten des Propagandaministers aus exkulpatorischen Gründen anschließend nachgezeichnet und überzeichnet wurde.[29] Im Tagebuch von Goebbels aus der Kriegszeit hingegen wird das britische Informationsministerium immer wieder als „Lügenministerium"[30] bezeichnet – der Krieg spielte sich bekanntlich auch auf propagandistischer Ebene ab. Doch eine international vergleichende Propagandaforschung für die Kriegszeit liegt bisher ebensowenig vor wie eine fundierte Gesamtanalyse der nationalsozialistischen Propaganda, was Voraussetzung wäre, um die behauptete Genialität oder extreme Verlogenheit der Propaganda von Goebbels in toto beurteilen zu können und um das bisherige Goebbels-Bild in diesem Bereich widerlegen oder bestätigen zu können. Der Propagandaforscher Heinz Starkulla konstatierte, daß die von Leonard W. Doob aus den Goebbels-Tagebüchern der Jahre 1942/43 erarbeiteten 19 NS-Propaganda-Prinzipien „eine idealtypische Vorstellung von Propagandakunst" seien, also mitnichten eine spezifisch nationalsozialistische Form von Propaganda.[31]

Zweifellos bediente sich auch Goebbels immer wieder der Lüge, um den Haß auf Gegner zu schüren. Dennoch wird zu klären sein, ob Goebbels' Tätigkeit und Ideologie a priori die Annahme rechtfertigen, der Propagandaminister habe mit seinem Tagebuch „Inszenierungen für die Nachwelt" geschaffen und eine „propagandistische Intention" verfolgt,[32] und dieses sei daher als historische Quelle äußerst problematisch, wie der Berliner Kommunikationsforscher und Kritiker der Tagebuchedition Bernd Sösemann behauptete. Sösemann definiert seinen Propagandabegriff jedoch nicht, er umschreibt die angebliche propagandistische Komponente im Goebbels-Tagebuch mit Begriffen wie „Verfälschung", „Verzerrung" oder auch „Propagandalüge".[33] Andererseits äußerte er zu Recht, daß Propaganda nicht nur als „Methode des Bluffens oder der Manipulation" angesehen werden dürfe, daß sich Propaganda eben nicht in „Lügenpropaganda" erschöpfe. Zugleich räumt Sösemann ein, daß „Propaganda" ein „Kampfbegriff" ist, der einem mehrfachen Bedeutungswandel unterlag.[34] Vor allem ist „Propaganda" seit Ende des Zweiten Weltkrieges ein „vergifteter Begriff", das „Unwort des Jahrhunderts", des-

flight of fancy", 5.9.1940, S.3; „Australia solid for victory. Goebbels's lies refuted", 28.4.1941, S.3.

[29] Vgl. auch Mühlenfeld, Vom Kommissariat zum Ministerium, S.72f., der diese Biographien als „Rechtfertigungsschriften" mit „exkulpatorischer Absicht" einschätzt, und Barth, Goebbels und die Juden, S.15. Diese frühen Biographien, die bisher noch keiner kritischen Prüfung unterzogen wurden, tragen Titel wie: „Gefährtin des Teufels. Leben und Tod der Magda Goebbels" (Ebermayer/Roos); „Joseph Goebbels. Dämon einer Diktatur" (Stephan); „Joseph Goebbels. Dämon der Macht" (Riess). In dieselbe Richtung geht „Dr. Goebbels. Nach Aufzeichnungen aus seiner Umgebung" (Niehoff/v. Borresholm).

[30] Vgl. beispielsweise TG, 30.9.1939, 1., 12., 13., 26., 27.10.1939.

[31] Starkulla, Propaganda, S.152f. Die Konzeption der Goebbelsschen Propaganda ist thematisiert bei: Fröhlich, Joseph Goebbels, profil de sa propaganda (1926–1939), S.17–53.

[32] Sösemann, Inszenierungen, S.3.

[33] Ders., „Ein tieferer geschichtlicher Sinn aus dem Wahnsinn", S.157.

[34] Ebenda, S.138.

sen sich der bedient, der den Gegner damit im kommunikativen Kampf zu diskreditieren beabsichtigt.[35] Dennoch ist „Propaganda" auch ein Terminus technicus „für bestimmte Formen des Werbens um Zustimmung, Überzeugungen, Anhänger", wie Heinz Starkulla den Begriff im Bemühen um äußerste Reduktion definiert.[36]

Damit stellt sich die Frage nach Goebbels' Motivation zum Tagebuchschreiben und letztlich zum Charakter der Quelle. Diese Frage ist für die unterschiedlichen Phasen in der Biographie des Autors stets anders zu beantworten.[37] Seine anfänglichen Beweggründe ab 1923 liegen in den Bereichen Selbstfindung, Weltaneignung, persönliche Chronik, Reflexion, Gewissensprüfung und Bewältigung seiner Seelenqualen, nicht zuletzt verursacht durch seine in materieller Hinsicht aussichtslos erscheinende persönliche Lage.[38] Er gebrauchte für das Tagebuch Metaphern wie „mein sorgsamer Beichtvater" (TG, 23.3.1925) und diejenige einer „Mansarde", auf die „man die Sachen bringt, die man nicht mehr gebraucht" (TG, 25.1.1924). Das Aufschreiben sollte Distanz zum Erlebten schaffen, dem Autor Belastungen nehmen, ihm Zuversicht und eine gewisse Tagesstruktur geben. Goebbels beklagte, daß er „sonst auch niemanden" habe, dem er „dies alles sagen könnte" (TG, 25.1.1924), und bezeichnete das Tagebuch immer wieder als seinen „besten Freund".[39] Diese Schreibmotivationen blieben bestehen, noch 1937 nannte Goebbels das Tagebuch seine „Zufluchtsstätte" (TG, 7.11.1937), noch während des Krieges erlaubte er sich darin kritische Bemerkungen zu Hitler oder dessen Entscheidungen. Doch kamen weitere Antriebskräfte hinzu. Mit zunehmendem Interesse an Politik und seiner Einbindung in die Parteiarbeit gewann das politische Geschehen an Umfang und Dichte, so daß das Tagebuch mehr und mehr einem Tätigkeitsbericht gleicht.

Zusätzlich zum Entstehungszusammenhang ist die sich entwickelnde Verwendungsabsicht bedeutsam. Mit dem Bedeutungszuwachs seiner Person begann Goebbels seine Tagebücher gelegentlich als Stoffsammlungen bzw. Gedächtnisstützen für eigene Publikationen zu nutzen, was aber nicht notwendigerweise bedeutet, daß er diese in erster Linie als solche angelegt hat oder sie einen derartigen Charakter tragen. Bereits im Jahre 1930, als Goebbels seine Propagandaschrift „Kampf um Berlin" verfaßte, hatte er sich nach eigener Auskunft seines Tagebuchs bedient, um sich die Ereignisse in Erinnerung zu rufen (TG, 26.11.1930). Ähnlich verfuhr er bei seiner Publikation „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei" von 1934, die auf seinen stark redigierten Tagebucheinträgen von 1932/33 basierte. Im Oktober 1936 verkaufte Goebbels die Veröffentlichungsrechte an den parteieigenen Eher Verlag, aber er beabsichtigte keine unbearbeitete Veröffentlichung. Das Tagebuch wurde zur sprudelnden Einnahmequelle.[40] Anzunehmen ist ferner, daß die mor-

[35] Starkulla, Propaganda, v.a. S.45–63.
[36] Ebenda, S.2.
[37] Siehe auch Zelle, Hitlers zweifelnde Elite, S.38f., der zehn Funktionen des Tagebuchs konstruierte, sowie Longerich, Goebbels, S.15–17.
[38] Vgl. Fröhlich, Tagebücher. Sämtliche Fragmente, Einleitung, S.XXV, XCIVf.; TG, 17.10.1923.
[39] Vgl. TG, 25.1.1924, 4.11.1924, 8.5.1926.
[40] 250000 RM Anzahlung, 100000 RM jährlich; vgl. TG, 22.10.1936.

gendlichen Niederschriften bzw. ab 1941 die morgendlichen Tagebuch-Diktate Goebbels auch zur Vorbereitung auf die am Vormittag stattfindenden Besprechungen, Minister- und Pressekonferenzen dienten.[41] Ab 9. Juli 1941, mit dem Wechsel von der tintenbeschriebenen Kladde zur diktierten Schreibmaschinenseite, vollzog sich ein deutlicher Wandel nicht nur bei der Entstehung, sondern möglicherweise auch bei der beabsichtigten Verwendung des Tagebuchs. Von nun an schwindet der Anteil von Aussagen privaten und intimen Inhalts, schließlich geschah die Abfassung des Tagebuchs stets unter Beteiligung eines Stenographen.[42] Mit Beginn des Angriffs auf die UdSSR war Goebbels noch stärker darum bemüht, alle ihm wichtig erscheinenden Informationen, insbesondere auch von den Fronten, möglichst genau festzuhalten, sicherlich mit dem Zweck, sie später publizistisch verwerten zu können. Daher ließ er sich jeden Tag einen militärischen Lagebericht von einem Verbindungsoffizier der Wehrmacht übergeben, den er seinen eigenen Tagebucheinträgen voranstellte. Ab Juli 1941 trägt das Tagebuch daher keinen eindeutig privaten Charakter mehr, gleichwohl blieb es das persönliche Tagebuch des Propagandaministers, das dieser – von den Lageberichten abgesehen – selbst verfaßt hat.

Neben dem vorherrschenden Goebbels-Bild führten noch weitere Faktoren zur anfänglich geringen Akzeptanz oder zumindest großen Skepsis gegenüber den Goebbels-Tagebüchern. Einen wesentlichen Grund stellt die ungewöhnliche Überlieferungsgeschichte der Quelle dar. Als 1972 lückenhafte Mikrofilme und Mikrofiches mit Tagebuchfragmenten inmitten des Kalten Krieges aus Moskau über Ost-Berlin in die Bundesrepublik gelangten, und 1987 die Fragmente-Edition des Instituts für Zeitgeschichte erschien, entstand der Verdacht, es könnte sich unter Umständen um eine kommunistische Fälschung handeln. Wenn sich auch diese Befürchtung nicht bestätigte und sie durch das Auffinden der Originale in Moskau und Berlin vollständig entkräftet wurde, ist die Skepsis noch nicht endgültig beseitigt. Noch im Jahre 2002 bemängelte Bernd Sösemann, daß die Tagebücher in „nahezu allen Fällen […] aus dubiosen Provenienzen" stammten, „zumeist aus nationalsozialistischen, sowjetischen oder DDR-Beständen".[43] Damit stellte er die Quelle erneut unter Generalverdacht.[44]

Auch der Umfang der Tagebücher veranlaßte Sösemann zu der Annahme, es handle sich womöglich um kein persönliches Tagebuch. Schon „allein aus Termingründen" habe Goebbels den „etliche zehntausend Seiten umfassenden Blätterberg schwerlich selbst produzieren können", schrieb Sösemann in der erwähnten Rezension aus dem Jahr 2002.[45] Er informiert seine Leser jedoch nicht darüber, daß es sich hierbei überwiegend um die Diktate handelt, um Schreibmaschinenseiten mit sehr breiten Seitenrändern, Zeilenabständen und großer Schrifttype. Meist umfaßt der Umfang dieser Diktate ein bis zwei Dutzend, manchmal auch

[41] Siehe hierzu Hockerts, Edition Goebbels-Tagebücher, S. 259f.
[42] So auch Longerich, Goebbels, S. 16.
[43] Sösemann, Propaganda, S. 117.
[44] Diese Skepsis Sösemanns war bei seiner schriftlichen Ankündigung 1991, er trete nun mit russischen Stellen in Verhandlungen über die Tagebücher, noch nicht erkennbar; vgl. Sösemann/Schulz/Weinke, Neues über Goebbels, S. 7f.
[45] Sösemann, Propaganda, S. 123.

mehrere Dutzend Seiten pro Tag. Goebbels benutzte diese Schrifttype spätestens seit Kriegsbeginn regelmäßig, so daß beispielsweise auch seine Reden einen Umfang von 90 Seiten erreichen konnten.[46] Sösemann vertritt die These, „ein ganzes Büro für eine NS-Propagandageschichte nach dem ‚Endsieg'" habe die Goebbels-Tagebücher, die Diktate wie die handschriftlichen Kladden, zusammengestellt. Horst Möller nannte diese Behauptung „absurd"; ein solches Büro ist nicht belegbar.[47] Diese Annahme Sösemanns, die er inzwischen teilweise revidierte,[48] ist um so erstaunlicher, als er die Goebbels-Tagebücher einige Jahre zuvor offenbar selbst als authentische Quelle bezeichnet hatte.[49] Vor allem aber stiftete sie Verwirrung, da in Anlehnung daran die Goebbels-Tagebücher beispielsweise als „Materialsammlung zu Propagandazwecken"[50] oder als „sogenannte Tagebücher"[51] bezeichnet wurden.

Der Nachweis der Authentizität einer Quelle kann nur eindeutig erbracht werden, wenn sich die Überlieferungsgeschichte hinreichend aufklären läßt, und wenn Inhalt sowie Form der Überlieferung – beispielsweise durch eine Analyse der Schrift, des Papiers, der Tinte – einer exakten Prüfung standhalten.[52] Für die Goebbels-Tagebücher wurden diese formalen Nachweise („Prüfung des Alters von Papier und Tinte, Prüfung des Farbbandes sowie der Authentizität der Handschrift") vorgelegt,[53] und inzwischen ist auch die Überlieferungsgeschichte der

[46] Gelegentlich vermerkte Goebbels dies auch im Tagebuch: „Rede für den Rundfunk in einem Hieb herunterdiktiert. 90 Seiten lang", TG, 17. 9. 1939. Ein ungewöhnlich umfangreiches, 94seitiges Tagebuchdiktat vom 23. 1. 1943 in der „Führertype" umfaßt in der Edition 23 Seiten, TG, 23. 1. 1943; ein 23seitiges Diktat von durchschnittlichem Umfang nur noch 5,5 Seiten, TG, 24. 1. 1943.

[47] Interview Berthold Seewalds mit Bernd Sösemann in der Zeitung „Die Welt", erschienen unter dem Titel „Viele NS-Quellen sind schlecht ediert", 18. 8. 1999. Interview Ralf Eibls mit Horst Möller in der „Welt", erschienen unter dem Titel „Sösemanns Kritik ist irreführend", 20. 8. 1999. Möller erklärte, „Sösemanns Vorwürfe" seien „absurd und fehlerhaft", denn die handschriftlichen Tagebücher seien „zweifelsfrei von Goebbels' Hand".

[48] Sösemann, Alles nur Goebbels-Propaganda, S. 68.

[49] Am 2. 11. 1989 kündigte Sösemann in Berlin die Herausgabe einer von ihm betreuten, kritischen Goebbels-Tagebuch-Edition öffentlich an und erklärte offenbar, die Goebbels-Tagebücher seien die „einzigen authentischen Tagesaufzeichnungen aus dem inneren Kreis des nationalsozialistischen Machtapparates" (Josef Tutsch, Goebbels-Aufzeichnungen). 1991 bewertete Sösemann die Tagebücher als „eine der wichtigsten Quellen zur Geschichte des Nationalsozialismus" (Sösemann/Schulz/Weinke, Neues über Goebbels, S. 7f). Seit 1992 nahm der Quellenwert der Goebbels-Tagebücher in den zahlreichen Aufsätzen und Rezensionen Sösemanns kontinuierlich ab. Inzwischen behauptet er, es handle sich um „Pseudo-Goebbels-Tagebücher" (Sösemann, Gli pseudo-diari di Joseph Goebbels; Sösemann, Alles nur Goebbels-Propaganda, S. 70), womit Goebbels die Autorschaft seiner Tagebücher vollends abgesprochen und dem Institut für Zeitgeschichte die Herausgabe einer Fälschung unterstellt wird. Siehe hierzu auch: Möller, Voreingenommenheit, Inkompetenz und Unterstellungen, S. 7–9. Zu Sösemanns Editionsplänen siehe: Hockerts, Edition Goebbels-Tagebücher, S. 253 und Anm. 8, 15; Möller, Tagebücher, S. 675f.; Reuth, Goebbels. Tagebücher, Einleitung, S. 16–19.

[50] Kellerhoff, Hitlers Berlin, S. 8, ähnlich ders., „Kristallnacht", S. 19.

[51] Eckert/Martens, Glasplatten, S. 480, 496.

[52] Broszat, „Hitler-Tagebücher", S. 295.

[53] Fröhlich, Tagebücher. Sämtliche Fragmente, Einleitung, S. LXXIV; dies., Einleitung zur Gesamtedition, in: TG, Teil III, Sachregister, S. 86.

verschiedenen erhaltenen Tagebuchteilstücke und insbesondere der Glasplatten fast lückenlos geklärt. Die Authentizität kann ferner durch die absolute Übereinstimmung[54] der verschiedenen Überlieferungsstränge in unterschiedlichen Staaten nachgewiesen werden sowie durch die einheitliche Schrift der handschriftlichen Tagebücher, die sich zwar im Laufe der 18 Jahre zwischen 1923 und 1941 veränderte, doch unverkennbar ausschließlich von Goebbels stammte. Zudem bestätigten zahlreiche Zeitzeugen aus dem Umfeld von Goebbels der Herausgeberin Elke Fröhlich vor Abschluß der Fragmente-Edition von 1987, daß dieser Tagebuch führte.[55] Den überzeugendsten Echtheitsbeweis einer Quelle kann jedoch nur die inhaltliche Überprüfung erbringen, die in dieser Studie unternommen werden soll.

Doch zunächst erfolgt noch ein Blick auf den Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg, der in unserem Zusammenhang aus zwei Gründen besonders aufschlußreich ist. Zum einen wurde dort das bestehende Goebbels-Bild verfestigt, zum anderen wurde hier erstmals das Tagebuch des Propagandaministers als Beweismittel eingesetzt, um die persönliche Schuld der Angeklagten nachzuweisen. Obgleich die Siegermächte auch im Besitz der Original-Tagebücher von Goebbels waren, wurden diese aus bislang ungeklärten Gründen in Nürnberg nicht benutzt. Die Vertreter der Anklage legten dem Gerichtshof jedoch die 1934 veröffentlichte Goebbels-Schrift mit dem Titel „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei" vor, bei der es sich um Auszüge aus dem Tagebuch von Joseph Goebbels handelte, die dieser selbst stark redigiert und publiziert hatte und die alle Beteiligten als „Tagebuch" des Propagandaministers bezeichneten und betrachteten.[56]

Das Tagebuch als Dokument der Anklage vor dem Nürnberger Gerichtshof

Daß Joseph Goebbels „ein notorischer Lügner" sei, stehe „nach den Ergebnissen dieses Prozesses fest" – dies erklärte der Anwalt Hans Fritz, Verteidiger Hans Fritzsches, am 25. Juli 1946 in seinem Schlußplädoyer vor dem Internationalen Militärgericht in Nürnberg.[57] Seit Beginn des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher hatten er, sein Mandant Hans Fritzsche sowie die Angeklagten Franz von Papen, Hjalmar Schacht und deren Verteidiger Egon Kubuschok und Rudolf Dix immer wieder versucht, Goebbels als Lügner zu entlarven. Auf diese Weise sollten die Vorwürfe der Anklagevertreter entkräftet werden, die den einstigen Vizekanzler Franz von Papen sowie den ehemaligen Reichsbankpräsidenten und Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht mit Auszügen aus Goebbels' „Kaiserhof"-Publikation konfrontierten. Beiden sollte durch die entsprechenden Passagen dieser Schrift ihre Mitschuld am NS-Unrecht bzw. am Zustandekommen der NS-Herr-

[54] Dies., Einleitung zur Gesamtedition, in: TG, Teil III, Sachregister, S. 85–88.
[55] Ebenda, S. 86f.; Fröhlich, Tagebücher. Sämtliche Fragmente, Einleitung, S. LXXIV, LIX–LXIII.
[56] Vgl. IMG 5, S. 140f.; IMG 13, S. 48f.; IMG 19, S. 689.
[57] Plädoyer von Hans Fritz vom 25. 7. 1946, in: IMG 19, S. 386.

schaft nachgewiesen werden. Papen wurde eine Mitverantwortung am antijüdischen Boykott vom 1. April 1933 mittels einer Textstelle aus der „Kaiserhof"-Schrift vorgeworfen, die folgenden Wortlaut hatte: „Der Boykottaufruf wird von der ganzen Regierung *gebilligt*".[58] Papen gab zunächst dem Gericht unverständliche Details zur Vorgeschichte des Boykotts zu Protokoll und erklärte dann aufgrund einer Nachfrage: „Ich habe gesagt, daß die Behauptung von Goebbels, das Kabinett hat diesem Judenboykott *zugestimmt*, eine Lüge ist".[59] Doch Goebbels hatte weder in der „Kaiserhof"-Publikation noch in seinem Originaltagebuch, in dem die Passage ganz ähnlich lautet,[60] behauptet, daß über die Frage des Boykotts eine Abstimmung oder ein Beschluß erfolgt sei, was Voraussetzung für eine Zustimmung gewesen wäre. Dem offiziellen Protokoll der Ministerbesprechung zufolge gab es tatsächlich keine Abstimmung. Hitler hatte den Ministern lediglich mitgeteilt, daß er selbst den Boykottaufruf veranlaßt habe und „überzeugt" sei, daß „ein Boykott von 2–3 Tagen Dauer das Judentum davon überzeugen werde, die Greuelhetze müsse den Juden selbst am meisten schaden".[61] Das Protokoll dieser Sitzung verzeichnet keine ausdrückliche Befürwortung durch die anwesenden Minister, aber andererseits auch keinen Widerspruch oder Einwände. Somit *billigten* die Kabinettsmitglieder, wie Goebbels im Tagebuch festhielt, den Boykott. *Zugestimmt* haben sie hingegen nicht, aber dies hatte Goebbels im Tagebuch auch nicht geschrieben. Bedenken gegen den Boykott wurden erst zwei Tage später in der nächsten Ministerbesprechung geäußert – aber nicht von Papen.[62] Zugleich geht aus dem Protokoll der Ministerbesprechung und aus Hitlers Ausführungen hervor, daß der Boykott eine Aktion der NSDAP war. Indem Papens Verteidiger Kubuschok seinen Mandanten fragte, ob der Boykott „eine Regierungsmaßnahme" gewesen sei,[63] was Papen guten Gewissens verneinen konnte, sollte es gelingen, ihn von seiner Mitschuld zu befreien. Papen und Kubuschok mißinterpretierten also absichtlich das Goebbels-Zitat, um ihm widersprechen zu können.

Hjalmar Schacht mußte sich vor dem Nürnberger Militärgericht für eine andere Textstelle aus Goebbels' „Kaiserhof"-Publikation rechtfertigen und äußerte ironisch: „Ich hätte nie erwartet, daß dieser Wahrheitsapostel Goebbels hier noch

[58] Goebbels, Kaiserhof, Eintrag vom 29. 3. 1933, S. 290. Alle Hervorhebungen erfolgen in diesem Absatz durch die Verfasserin.
[59] Aussage Papens vom 17. 6. 1946, in: IMG 16, S. 301.
[60] „Boykottaufruf von der Regierung *gebilligt*", TG, 30. 3. 1933.
[61] Protokoll der Ministerbesprechung am 29. 3. 1933, 16.15 Uhr, in: Akten der Reichskanzlei, Regierung Hitler, Teil I, 1933/34, Bd. I, Dok. 78, S. 270 f. Der Boykottaufruf ist abgedr. in: Völkischer Beobachter, Norddeutsche Ausgabe, 30. 3. 1933, S. 1.
[62] In der folgenden Ministerbesprechung am 31. 3. 1933 äußerten Finanzminister Lutz Graf Schwerin von Krosigk, Außenminister Konstantin Freiherr von Neurath und Verkehrsminister Paul Freiherr von Eltz-Rübenach nachweislich Bedenken gegen den Boykott, nicht aber Vizekanzler Franz von Papen. Protokoll der Ministerbesprechung am 31. 3. 1933, 12.00 Uhr, in: Akten der Reichskanzlei, Regierung Hitler, Teil I, 1933/34, Bd. I, Dok. 80, S. 276 f. Dennoch erklärte Papens Verteidiger Kubuschok am 22. 7. 1946 vor dem Gerichtshof, der „Judenboykott" sei eine Maßnahme gewesen, „gegen die im Kabinett mit anderen auch Papen scharfen Widerspruch erhob", in: IMG 19, S. 168.
[63] Aussage Kubuschoks vom 17. 6. 1946, in: IMG 16, S. 301.

einmal gegen mich mobil gemacht werden könnte".[64] Die auf das Jahr 1932 datierte Passage, die Schacht zum Vorwurf gemacht wurde, lautete: „In einer Unterredung mit Dr. Schacht stelle ich fest, daß er absolut unseren Standpunkt vertritt. Er ist einer der wenigen, die ganz konsequent zum Führer stehen."[65] Zunächst, im Oktober 1945, hatte Schacht im Verhör bestätigt, daß dieser Eindruck, den Goebbels damals hatte, zu dieser Zeit richtig war.[66] Im April 1946 erklärte Schacht zur selben Passage, nach dem oben erwähnten Zitat über den „Wahrheitsapostel": „Aber ich kann ja nichts dafür, wenn Herr Goebbels sich geirrt hat."[67] Schacht hatte sich nun des gängigen Topos vom Lügner Goebbels bedient, aber zugleich die Möglichkeit eines Irrtums von Goebbels eingeräumt. Drei Tage später gab Schacht dazu folgende Stellungnahme ab: „Ich habe gesagt, Goebbels hat unter diesem Eindruck gestanden" – daß er, Schacht, „konsequent" zu Hitler gehalten habe –, „und er hat sich dabei geirrt". Auf die Nachfrage des sowjetischen Hilfsanklägers Generalmajor G. A. Alexandrow, ob die Eintragung von Goebbels in der „Kaiserhof"-Publikation in bezug auf Schachts Einstellung zu Hitler richtig oder falsch sei, sagte Schacht: „In der Generalität, in der Goebbels sie dort wiedergibt, ist sie unrichtig, ist sie nicht richtig."[68]

Tatsächlich war diese verallgemeinerte, generelle Aussage zu Schacht in dem handschriftlichen Original-Tagebuch von Goebbels nicht enthalten. Darin hatte Goebbels nach einer Unterredung mit Schacht lediglich geschrieben, daß dieser „ganz" den „Standpunkt" der Nationalsozialisten teile (TG, 22.11.1932). Diese Goebbels-Niederschrift bezog sich auf Sondierungsgespräche für eine Regierungsbildung nach dem Rücktritt des Präsidialkabinetts unter Franz von Papen am 17. November 1932. Am 19. und am 21. November 1932 hatte Reichspräsident Paul von Hindenburg Hitler empfangen und ihm angeboten, ihm die Kanzlerschaft zu übertragen, sollte es ihm in Verhandlungen mit den anderen Parteien gelingen, eine parlamentarische Mehrheit für eine Kabinettsbildung zu erlangen. Allerdings wäre Hitler im Gegensatz zu seinen Vorgängern kein Präsidial-Kanzler geworden und hätte auch nicht mit Hilfe des berüchtigten Artikels 48 der Weimarer Reichsverfassung regieren können. Es handelte sich also, wie Volker Hentschel feststellte, nicht um ein ernstgemeintes, realistisches Angebot, sondern eine „taktische Finte", denn, „daß der Versuch scheiterte, wahrscheinlicher noch, daß er gar nicht erst in Angriff genommen wurde, war von vornherein so gut wie sicher".[69] Die Nationalsozialisten waren derselben Auffassung und lehnten das Angebot Hindenburgs ab. Goebbels schrieb darüber in sein Original-Tagebuch: „Hitler soeben vom Rei.Präs. zurück. Auftrag, eine Mehrheit zu finden. Also parlamentarische Lösung, jedoch mit soviel präsidialen Vorbehalten, daß sie ganz unmöglich ist. Das soll die Falle sein. […] / Oben [in Hitlers Räumen im Hotel Kaiserhof, d.V.] Beratung, Beratung. […]. / Vorher noch Unterredung mit Schacht. Er teilt ganz

[64] Aussage Schachts vom 30.4.1946, in: IMG 12, S. 497.
[65] Goebbels, Kaiserhof, Eintrag vom 21.11.1932, S. 208.
[66] „I think his impression was, that was correct at that time", hatte Schacht am 17.10.1945 ausgesagt, in: IMG 33, Dok. 3729-PS, S. 30.
[67] Aussage Schachts vom 30.4.1946, in: IMG 12, S. 497.
[68] Aussage Schachts vom 3.5.1946, in: IMG 13, S. 48f.
[69] Hentschel, Weimars letzte Monate, S. 71; vgl. hierzu auch Pyta, Hindenburg, S. 753–759.

unseren Standpunkt. / Man will Hitler fangen, ihn von der Macht ausschalten, ihm die Schuld zuschieben und ihn damit vernichten" (TG, 22.11.1932). Im Original-Tagebuch bringt Goebbels ebenso wie in seiner Schrift „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei" zum Ausdruck, daß Schacht die Situation ähnlich beurteilte und daß er nicht zu dem Kreis derer gehörte, die Hitler von der Macht fernhalten wollten. Die Zuspitzung, die Goebbels 1934 in seiner „Kaiserhof"-Publikation vornahm („Er ist einer der wenigen, die ganz konsequent zum Führer stehen"), war für diese historische Situation durchaus berechtigt,[70] was Schacht zunächst auch eingeräumt hatte. Das Nürnberger Gericht kam in bezug auf Schachts Rolle bis 1933 zu dem Schluß: „Schacht hat die Nazi-Partei, bevor sie am 30. Januar 1933 zur Macht gelangte, aktiv unterstützt und befürwortete die Ernennung Hitlers zum Kanzler."[71] Doch generell, für die gesamte NS-Zeit, ist die Aussage aus Goebbels' „Kaiserhof"-Schrift, die die Anklage Schacht zur Last legte, nicht zutreffend, schließlich trat Schacht 1937 als kommissarischer Wirtschaftsminister zurück, wurde 1939 als Reichsbankpräsident entlassen und verbrachte die letzten Monate des Dritten Reiches infolge des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944 im Konzentrationslager.

Im Zwang, sich verteidigen zu müssen, widersprachen Papen und Schacht, die beide in Nürnberg freigesprochen wurden, der Tagebuch-Publikation von Goebbels und bezichtigten deren Autor generell der Lüge bzw. des Irrtums. Hans Fritzsche, ein enger Mitarbeiter Goebbels', der in Nürnberg stellvertretend für den Propagandaminister vor Gericht stand, errichtete auf dem Topos des Lügners Goebbels seine gesamte Verteidigungsstrategie.[72] Er behauptete, von den Kriegsplänen und Verbrechen des NS-Regimes keine Ahnung gehabt zu haben und führte Beispiele an, wie er von Goebbels und der NS-Führung belogen und getäuscht worden sei. Fritzsche gelang es u. a. dadurch, in Nürnberg ebenfalls einen Freispruch zu erwirken. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, die in Nürnberg in Form der von Goebbels redigierten „Kaiserhof"-Publikation Verwendung fanden, wurden also von vornherein als Quelle diskreditiert, indem sie als Beweisdokument der

[70] Schacht hatte die Eingabe von Industriellen an Hindenburg am 19.11.1932 maßgeblich betrieben, in der an den Reichspräsidenten appelliert wurde, aufgrund der desolaten politischen Lage und der mangelnden Unterstützung Papens im Volke Hitler mit der Kanzlerschaft zu betrauen. Zudem traf sich Schacht im Auftrag Hitlers am 22.11.1932 mit dem DNVP-Vorsitzenden Alfred Hugenberg, um in Erfahrung zu bringen, ob er ein Kabinett Hitler unterstützen würde. Außerdem erklärte Schacht in dieser Zeit öffentlich, daß allein Hitler in naher Zukunft Reichskanzler werden könne. Vgl. Kopper, Schacht, S. 201 f.

[71] Urteil gegen Schacht, in: IMG 22, S. 629. Schacht selbst begründete seine damalige öffentliche Parteinahme für Hitler in Nürnberg folgendermaßen: „Zu dieser Äußerung veranlaßte mich die Tatsache, daß Hitler bei den Juli-Wahlen 1932 40 Prozent aller Reichstagsmandate [Richtig: 37,36% der Stimmen, 37,82% der Mandate, d.V.] für seine Partei errang. […] Für mich als Demokrat und Anhänger einer demokratisch-parlamentarischen Regierung war es völlig unausweichbar, daß man diesem Manne die Regierungsbildung in die Hand geben mußte". Aussage Schachts vom 30.4.1946, in: IMG 12, S. 496.

[72] Zu Fritzsche siehe Bonacker, Fritzsche, v. a. S. 216–230; Hermann, „In 2 Tagen wurde Geschichte gemacht", S. 29 f., Anm. 7.

Anklage dienten, und die Angeklagten den publizierten Tagebuch-Einträgen des Propagandaministers aus nachvollziehbaren Gründen widersprachen.

Fragestellung, Methodik und Anlage der Studie

Der Wert der Tagebücher von Joseph Goebbels für die historische Forschung ist wie der jeder anderen Quelle abhängig von der jeweiligen Fragestellung. Dabei ist nicht nur zu beachten, was der Autor sagen wollte, sondern auch, was er wissen konnte. Goebbels' Wissenshorizont stand in engem Zusammenhang mit seinen Interessen und seinen Zuständigkeiten. Alle drei Faktoren, Wissen, Interesse, Zuständigkeit, bestimmen die Häufigkeit, die Ausführlichkeit und die Präzision seiner Darlegungen im Tagebuch.

Um den Wissenshorizont bestimmen zu können, ist nach den Informationsquellen des Propagandaministers zu fragen. Als Minister hatte Goebbels Zugang zu allen Informationen, die beispielsweise von den Kanzleien (Präsidialkanzlei, Reichskanzlei, Adjutantur des Führers und Reichskanzlers, Stellvertreter des Führers bzw. Parteikanzlei, OKW) und Ministerien den Obersten Reichsbehörden zugingen; als Reichspropagandaleiter und Gauleiter war er in den exklusiven Nachrichtenverteiler der NSDAP-Parteiorganisation einbezogen. In seiner Eigenschaft als Chefpropagandist des NS-Regimes standen Goebbels viele Aufzeichnungen zur Verfügung, die die Stimmung des deutschen Volkes oder anderer Völker analysierten, beispielsweise die Berichte des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS oder die von ihm in Auftrag gegebenen Berichte der Reichspropagandaämter, Berichte des Aufklärungsausschusses Hamburg-Bremen, des Seehaus-Dienstes, des Forschungsamts der Luftwaffe, Lagebeurteilung der Botschaften und Gesandtschaften.[73] Goebbels war über die in- und ausländische Presse informiert, oft detailliert über einzelne Artikel, über die Meldungen der Nachrichtenbüros wie DNB oder Reuter, über politische Reden und Vorgänge im In- und Ausland, über eigene und fremde Rundfunksendungen, über nationalsozialistische und gegnerische Flugblätter, also im Prinzip über die gesamte Propaganda des NS-Regimes und – in geringerem Ausmaß – des Auslandes. Darüber hinaus wurde ihm vielfältiges Dokumentenmaterial zugänglich gemacht, das sich propagandistisch verwerten ließ oder ihm Hintergrundinformationen bot, beispielsweise Anklageschriften (TG, 1.8.1937), Gerichtsurteile (TG, 17.12.1939), Aufzeichnungen abgehörter Telefonate (TG, 20., 21., 25.9.1938), Aufzeichnungen oder Tagebücher von Kriegsgefangenen (TG, 12.12.1941, 28.3.1945), erbeutete ausländische Akten, Augenzeugenberichte über Massaker und Greuel der Gegenseite (z.B. zum Spanischen Bürgerkrieg oder zu Katyn) oder Verhörprotokolle (TG, 16.3.1943, 16.7.1943).

[73] Auf einige Informationsquellen wies bereits Sösemann, Inszenierungen, S.44, hin. Der Aufklärungsausschuß Hamburg-Bremen diente sowohl der Nachrichtenbeschaffung im Ausland als auch der Beeinflussung von ausländischen Entscheidungsträgern und der Auslandspropaganda, er ist bislang kaum erforscht, da der größte Quellenbestand im ehem. Sonderarchiv in Moskau liegt. Der Sonderdienst Seehaus am Berliner Wannsee lieferte Abhörberichte ausländischer Rundfunksendungen; vgl. Boelcke, Seehaus, S.231–269.

Von einem eigens abgestellten Verbindungsoffizier erhielt Goebbels während des Krieges einen tagesaktuellen militärischen Lagebericht des OKW.[74] Goebbels kannte nachweislich zahlreiche Hirtenbriefe des katholischen Episkopats und die berüchtigten Richterbriefe zur Beeinflussung der Rechtsprechung. Von besonderer Bedeutung sind jedoch seine zahlreichen persönlichen Gespräche mit anderen Nationalsozialisten, mit Offizieren, Beamten oder Künstlern – und insbesondere mit Hitler, der eine der Hauptquellen von Goebbels' Informationen darstellt, ihm aber auch manches vorenthielt. Abgesehen von militärischen oder nachrichtendienstlichen Angelegenheiten war Goebbels im Untersuchungszeitraum in eigentlich allen Bereichen sehr weitgehend informiert oder hatte zumindest die Möglichkeit, sich präzise Informationen zu beschaffen.

Zu den „Feldern seines besonderen Interesses" sind vor allem die Judenverfolgung, der kulturelle Bereich, die sog. öffentliche Meinung und die Außenpolitik zu zählen.[75] Zu allen vier Bereichen äußert sich Goebbels häufig und auf hohem Kenntnisstand im Tagebuch. Weniger Interesse brachte Goebbels beispielsweise der Wirtschaft und finanzpolitischen Fragen entgegen,[76] so daß diese Themenbereiche im Tagebuch deutlich unterrepräsentiert sind und auf der Basis dieser Quelle nicht adäquat erforscht werden können. Zwar war auch Goebbels bewußt, daß die Aufrüstung enorme finanzielle Belastungen zur Folge hatte,[77] doch er war der Auffassung, „an Schulden" sei „noch nie ein Volk zugrunde gegangen. Wohl aber an Mangel von Waffen" (TG, 14.1.1938).

Zuständig war Goebbels als Gauleiter von Berlin zunächst, in Friedenszeiten,[78] für alle Berlin betreffenden Fragen, als Reichspropagandaleiter und Propagandaminister vor allem für die Bereiche Kultur, Presse, Rundfunk, Theater, Film und Propaganda. Somit war er auch für alle ressortübergreifenden Themengebiete mitverantwortlich, in denen eine propagandistische Tätigkeit entfaltet werden sollte. Stets war Goebbels Mitglied der engsten NS-Führungsgremien wie beispielsweise des Außenpolitischen Ausschusses (TG, 17.11.1933), des Saarausschusses (TG, 24.1.1934), des Geheimausschusses zur Durchführung des Antikomintern-Paktes (TG, 23.1.1937), des Geheimen Kabinettsrates (TG, 5.2.1938) oder des Reichsverteidigungsrates (TG, 9.9., 19.11.1938, 1.9., 19.9., 17.10., 16.11.1939) – allerdings traten manche dieser Ausschüsse nie offiziell zusammen. Goebbels

[74] Inwieweit dieser jeweils den Tatsachen entsprach oder geschönt war, bedarf noch der Erforschung.

[75] Hockerts, Edition Goebbels-Tagebücher, S. 262f.

[76] Dies bekundete Goebbels einmal deutlich im Tagebuch: „Zum Kabinett komm ich nicht hin. Dort nur Wirtschaftsfragen", TG, 18.10.1933. Zu weiteren Bereichen, die Goebbels weniger interessierten, siehe Hermann, „In 2 Tagen wurde Geschichte gemacht", S. 16.

[77] „Kabinett. Etat angenommen. […] Es steht viel besser als im letzten Jahr. Aber aus dem Defizit sind wir noch nicht heraus. Die Rüstung kostet zuviel. Erst 1939 wird das besser", TG, 20.3.1937; „Wir haben bis 1940 noch Krisenlage. Darum soll der Etat nicht erhöht werden. […] Eine gewisse Krise wird auch einsetzen nach Beiholung der Aufrüstung", TG, 12.1.1938.

[78] Während des Krieges erlangte Goebbels eine Reihe weiterer Funktionen, worauf Klee, Im „Luftschutzkeller des Reiches", S. 84–87, 96–108, 114–118, 128–133, 137–140, und Süß, Steuerung, S. 183–206, aufmerksam machten.

war also stark, zumindest bei propagandistischen Fragen, in die Außenpolitik des NS-Regimes eingebunden, wie intensiv, wird zu zeigen sein.

Allerdings läßt sich die Gewichtung der Faktoren Wissen, Interesse und Zuständigkeit nicht pauschal für das Tagebuch insgesamt bestimmen, da Goebbels' Informationsgrad, sein Interesse für das Zeitgeschehen oder spezifische Fragen und auch seine Zuständigkeit sich in verschiedenen Phasen, mitunter auch innerhalb eines Jahres, anders darstellten. Wenn beispielsweise die Nähe zu Hitler vorübergehend nicht gegeben war, eine Erkrankung oder psychische Verstimmung vorlagen, konnte dies die Tätigkeit, das Engagement, den Tagesablauf und das Tagebuchschreiben beeinflussen.

Wie eingangs gesagt, verfolgt die Studie zwei Ziele: Sie versteht sich zum einen als Beitrag zur quellenkritischen Grundlagenforschung. Daher werden Fragen der Authentizität, der Tektonik und der Aussagekraft der Goebbels-Tagebücher so präzise und differenziert wie möglich – mitunter geradezu mikroskopisch genau – untersucht. Zum anderen geht es darum, mit Hilfe einer systematischen Auswertung dieser Quelle neues Licht auf die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges zu werfen. Dabei werden fünf Themenkomplexe in den Blick genommen und in Form von fünf Fallstudien eingehend analysiert: 1. die Blomberg-Fritsch-Krise, 2. der „Anschluß" Österreichs, 3. die Sudetenkrise und das Münchener Abkommen, 4. die Novemberpogrome 1938 und 5. die Desintegration des tschechoslowakischen Staates und die weitere außenpolitische Entwicklung bis Sommer 1939. Schließlich soll die Studie als präzisierte Darstellung der politischen Ereignisgeschichte der Vorkriegsphase 1938/39 verstanden werden, die nun durch neue, mittels der Goebbels-Tagebücher gewonnene Erkenntnisse möglich ist. Die Besonderheit liegt neben der Neubewertung historischer Abläufe in der Kombination von innen- und außenpolitischen Fragestellungen und den damit erkennbaren wechselseitigen Verstärkungen von Radikalisierungstendenzen. Die Darstellung konzentriert sich auf die Phase zwischen Hitlers Ankündigung eines möglicherweise bald zu realisierenden Krieges am 5. November 1937 und seiner Weisung für den „Fall Weiß" zum Angriff auf Polen vom 11. April 1939, da die wesentlichen Vorentscheidungen zum Krieg in dieser Zeitspanne fielen.

Den Dreh- und Angelpunkt des quellenkritischen Vorgehens bildet die Frage, wie Goebbels seinen Kenntnisstand erlangte und welcher Informationswert seinen darauf basierenden Aufzeichnungen zuzurechnen ist. Es wird daher möglichst genau untersucht, was Goebbels jeweils wusste und wissen konnte, über welche Informationsquellen er verfügte, wann er von wem worüber unterrichtet wurde. Bei der Analyse seines Informationshorizontes ist grundsätzlich zu unterscheiden, ob er sich auf eigene Beobachtungen stützte bzw. über eigenes Denken und Handeln berichtete (Primärquelle) oder ob er auf Gewährsleute angewiesen war, die ihn mehr oder minder verläßlich, möglicherweise irrtümlich oder ungenau unterrichteten (Sekundärquelle). Zudem ist stets zwischen der Ebene der Tatsachenermittlung und der Deutungsebene zu unterscheiden. Daß die Aufzeichnungen perspektivisch an die NS-Weltsicht gebunden waren, prägt die Deutungen des Tagebuchschreibers in allen Poren, muß den empirischen Informationsgehalt der Tagebücher jedoch nicht ohne weiteres mindern, sofern man den ideologischen Brechungswinkel der Deutungen in Rechnung stellt. Methodisch ist außerdem zu

beachten, daß das Tagebuch gattungstypisch in einer dezidiert akteurszentrierten Perspektive geschrieben ist. Daher wird intentionalen Handlungen viel mehr Aufmerksamkeit und Gewicht beigemessen als strukturellen Bedingungen. Bei der Taxierung des Quellenwerts ist also stets zu berücksichtigen, daß die Tagebücher mehr über Verhalten als über Verhältnisse, mehr über „agency" als über „structure" besagen.

Neben solche methodischen Schritte der inneren Quellenkritik tritt eine systematische Evaluierung des Quellenwertes im Licht von Gegen- oder Parallelüberlieferungen. Um den Verläßlichkeitsgrad und die Aussagekraft der Tagebuchnotate zu überprüfen und ihre Zusammenhänge zu kontrollieren, werden die Aufzeichnungen – wo immer möglich und sinnvoll – mit Quellen anderer Provenienz konfrontiert, und zwar in Form von Längs-, Quer- und Überkreuzkombinationen. Die Übereinstimmungen und Abweichungen, Spannungen und „Passungen", die dabei erkennbar werden, öffnen einen Argumentationsraum, in dem sich jeweils fundiert erwägen läßt, welchen Grad an Plausibilität die Darstellung von Goebbels aus welchen Gründen besitzt. Die aufwendige Evaluierung führte zu dem Nachweis – dieses Ergebnis sei hier bereits vorweggenommen –, daß Goebbels in der Regel bestrebt war, auf der Ebene der Tatsachenermittlung möglichst korrekt zu verfahren. Daraus ergab sich für die fünf Fallstudien die Chance vielfältigen Erkenntnisgewinns: Die Auswertung der Tagebücher der Vorkriegsphase bringt zahlreiche Befunde hervor, mit denen der historiographische Wissensstand über den Weg in den Krieg ergänzt oder modifiziert, bestätigt oder präzisiert wird.

Der Aufbau der vorliegenden Studie ergibt sich aus den fünf genannten unterschiedlichen Themenbereichen, die jeweils als in sich geschlossene Komplexe in einem eigenen Kapitel vorwiegend in chronologischer Abfolge einer quellenkritischen Analyse unterzogen werden. Am Ende eines jeden thematischen Kapitels werden die Ergebnisse zusammengefaßt und eingeordnet, bevor in dem abschließenden Kapitel die Fragen nach der Authentizität, der möglichen propagandistischen Komponente, dem Erkenntnisgewinn und nach dem Quellenwert im Zusammenhang mit den konkreten Ergebnissen der fünf Fallstudien diskutiert werden.

Die hier angewandte Methode der Quellenkritik legt die Arbeit auf einige Prämissen fest. So impliziert sie die Annahme historischer Tatsachen und Tatsachenverknüpfungen, empirisch eruierter, von Ereignissen abgeleiteter, für zutreffend gehaltener Aussagen über die Vergangenheit, andernfalls ließe sich die „historische Aufgabe" nicht erfüllen, die nach Johann Gustav Droysen darin besteht, soweit wie möglich „zu ergründen", wie die Geschichte „in Wirklichkeit verlaufen ist".[79] Um zu vermeiden, daß die von Goebbels überlieferten Geschehnisse durch das Mittel der Sprache bereits vor einer Analyse verfremdet werden könnten, erwies sich die Übernahme seiner Diktion in zahlreichen wörtlichen Zitaten als unumgänglich. Auch wären sonst für den Leser nachvollziehbare Aussagen darüber schwierig, ob Goebbels tatsächlich in seinem Tagebuch „die Geschichte verfälscht", wie Sösemann behauptete.[80]

[79] Droysen, Historik, S. 131 f.
[80] Sösemann, Propaganda, S. 125; ähnlich ders., „Ein tieferer geschichtlicher Sinn aus dem Wahnsinn", S. 157.

Tagebücher zeichnen sich durch „Spontanität“ und „Ereignisnähe“[81] aus und gelten als höchst subjektive Quellengattung.[82] Wenn bemängelt wurde, daß Goebbels in seinen Tagebüchern zuweilen keine „‚objektive‘ Schilderung“[83] gebe, so ließe sich mit Droysen einwenden, daß man es „quellenmäßig […] nie mit objektiven Tatsachen, sondern immer nur mit Auffassungen von solchen zu tun“ habe.[84] Quellen verweisen Droysen zufolge auf „Auffassungen […], wie sie durch die damals und dort herrschenden Vorstellungskreise eine besondere Färbung und Stimmung erhalten haben“.[85] Dies gilt in besonderem Maße für die Quellengattung der Tagebücher, die per definitionem Tag für Tag das Erleben und die Ansichten eines einzelnen enthalten, der durch Werte, Normen, Vorurteile, d. h. seine Weltanschauung geprägt und durch seine kognitiven Fähigkeiten bestimmt ist, und der von Informationen anderer abhängig ist, die ihrerseits über eine bestimmte und begrenzte Weltsicht, Vorstellungskraft und Gedächtnisleistung verfügen. So wenig wie ein Tagebuchautor zu einer „objektiven“ Schilderung in der Lage ist, so wenig kann er sein Erleben oder die Gegenwart insgesamt vollständig wiedergeben, denn auch Wahrnehmung und Erinnerung sind selektiv.[86] Ein Tagebuch hat die Augenhöhe des Zeitgenossen, der im Gegensatz zum rückblickenden Forscher weder über dessen Quellenvielfalt noch über die Kenntnis der Folgewirkungen verfügt, die für den Zeitgenossen noch im Erwartungsraum der Zukunft liegen. Zudem besaßen für Goebbels – wie für jeden Tagebuchschreiber – nicht alle Ereignisse gleichermaßen Relevanz. Das Fehlen von Notizen zu einem bestimmten Sachverhalt ist daher in der Regel eher auf geringes Interesse oder mangelnde Kenntnis zurückzuführen als auf bewußtes Verschweigenwollen.

Quellenlage und Forschungsstand

Die Quellen- und Literaturlage für die fünf ausgewählten Ereigniskomplexe der Vorkriegsphase – Blomberg-Fritsch-Krise, „Anschluß“ Österreichs, Sudetenkrise und Münchener Abkommen, Novemberpogrome, Desintegration der Tschechoslowakei und die weiteren außenpolitischen Entwicklungen bis Sommer 1939 –

[81] Troschke, Tagebücher, S. 1f.

[82] Beim Deutschen Tagebucharchiv definiert man ein Tagebuch folgendermaßen: „Unter Tagebüchern verstehen wir alle persönlichen Aufzeichnungen, die das eigene gegenwärtige Leben betreffen und mit einiger Regelmäßigkeit – im Idealfall täglich – über einen längeren Zeitraum geführt werden. / Dabei kann es durchaus vorkommen, dass die Texte diktiert werden. / Unausweichlich sind in jedem Fall subjektive Darstellungen und damit subjektive Schwerpunktsetzungen […]“. Schriftliche Auskunft von Stefanie Risse, Mitglied des wissenschaftlichen Beirates des Deutschen Tagebucharchivs e.V., Emmendingen, 2. 8. 2006.

[83] Sösemann, „Ein tieferer geschichtlicher Sinn aus dem Wahnsinn“, S. 154.

[84] Droysen, Historik, S. 139.

[85] Ebenda, S. 139f. Vgl. auch Hockerts, Edition Goebbels-Tagebücher, S. 256.

[86] Einmal notierte Goebbels beispielsweise in sein Tagebuch, daß er die „Namen“ eines Grafenpaares „vergessen“ habe, das er bei den Bechsteins kennengelernt habe, TG, 26. 11. 1928. Da ihm die Begegnung offenbar bedeutsam erschien, beschrieb er ausführlich das Äußere und die Haltung der beiden Personen.

ist relativ günstig, für die außenpolitischen Themenbereiche vor allem bedingt durch die Überlieferung diplomatischer Akten. Seit Ende 1999 liegen auch alle Einträge aus den Tagebüchern von Joseph Goebbels für diesen Zeitraum, November 1937 bis April 1939,[87] ediert vor, seit 2006 ist das gesamte Tagebuch veröffentlicht. Gerade die entscheidenden Tagebuchpassagen der Vorkriegsphase hatten in der Fragmente-Ausgabe von 1987 gefehlt,[88] zwischenzeitliche Publikationsversuche von Tagebuchausschnitten sind aufgrund ihrer mangelnden Qualität unbrauchbar.[89] Bis 1999 erschienene Untersuchungen über die Rolle Goebbels' in dieser Phase enthalten daher zwangsläufig Fehlschlüsse und sind folglich weitgehend überholt.[90] Für diese wichtigen Ereigniskomplexe der Jahre 1938/39 existieren neben dem Tagebuch zahlreiche Parallelquellen verschiedenster Provenienz, ohne die eine seriöse quellenkritische Analyse der Einzelquelle nicht zu leisten wäre. Zudem gibt es zu allen fünf Ereignissen eine Vielzahl wissenschaftlicher Untersuchungen, die zwar mitunter vor Jahrzehnten verfaßt wurden,[91] aber aus den Quellen erarbeitet und – was für die vorliegende Studie bedeutsam war – in der Regel ohne Kenntnis der Tagebücher von Goebbels geschrieben wurden. Neben solchen älteren Standardwerken wurde stets die neueste Literatur mitberücksichtigt.

Zu den wichtigsten Quellenbeständen, die in dieser Studie zur kritischen Analyse der Goebbels-Tagebücher herangezogen wurden, gehören die Länder-, Beziehungs- und Geheimakten zu den Staaten Österreich und Tschechoslowakei sowie die Überlieferungen der Gesandtschaftsakten aus Wien und Prag (bedauerlicherweise zum Teil vernichtet)[92] im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts (PA/AA).

[87] Es handelt sich um die Bände 5, bearbeitet von Elke Fröhlich, und 6, bearbeitet von Jana Richter, aus Teil I der TG-Edition.

[88] Beispielsweise: Februar-Abkommen 1938, Volksbefragung und „Anschluß" Österreichs im März 1938, Wochenend-Krise im Mai 1938, Septemberkrise und Münchener Abkommen 1938, Novemberpogrome 1938, Desintegration der Tschecho-Slowakei im März 1939. Vgl. Fröhlich, Tagebücher. Sämtliche Fragmente, Bd. 3. Siehe auch: Fröhlich, Tagebücher. Sämtliche Fragmente, Einleitung, S. XLVIIf.; Zitelmann, Tagebücher, S. 333; Bucher, Tagebücher, S. 90; Jäckel, Tagebücher, 2008, S. 94.

[89] Diese beruhen alle auf Materialien David Irvings, der sie sich „am Rande der Legalität" (Hockerts, Edition Goebbels-Tagebücher, S. 254) beschafft hatte: Irving, Der unbekannte Dr. Goebbels; Der Spiegel, Nr. 29–32, 1992; Reuth, Goebbels. Tagebücher. Eine eingehende Prüfung der Publikation Irvings und der durch ihn ermöglichten Veröffentlichungen im Spiegel und bei Reuth offenbarte nicht nur eine Vielzahl gravierender Lesefehler (mitunter 20 pro Eintrag) und dadurch bedingter, äußerst phantasievoller Neologismen, sondern auch eine Inkonsequenz im editorischen Vorgehen, beispielsweise nicht vermerkte Kürzungen.

[90] Dies gilt für die durchaus akribische Studie von Michels, Ideologie.

[91] Beispielsweise erschienen die grundlegenden Monographien über das Münchener Abkommen und die Sudetenkrise von Boris Celovsky und Helmuth Rönnefarth in den Jahren 1958 und 1961, die umfassenden Studien über den „Anschluß" Österreichs von Ulrich Eichstädt und Wolfgang Rosar stammen aus den Jahren 1955 und 1971.

[92] Sowohl nach der tschechoslowakischen Teilmobilisierung im Mai 1938 als auch nach der Mobilmachung kurz vor dem Münchener Abkommen wurde eine planmäßige Verbrennung wichtiger politischer Akten durchgeführt. Vgl. beispielsweise Schreiben Karl v. Gregorys an das RMfVP, 2. 11. 1938, PA/AA, Prag 48; ADAP, D 2, Dok. 183; Hencke, Augenzeuge, S. 168f.

Ein großer Teil dieser Akten liegt seit Jahrzehnten in der Edition „Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik“ (ADAP) veröffentlicht vor, dennoch wurde auf die Überprüfung der Originaldokumente im Archiv nicht verzichtet. Für beide Staaten wurden zudem Gegenüberlieferungen herangezogen, nämlich die Berichte des tschechoslowakischen Gesandten in Berlin an seinen Außenminister, die im Archiv des Prager Außenministeriums (MZV ČR) verwahrt werden und ebenfalls zum Teil ediert sind,[93] sowie Bestände des österreichischen Bundeskanzleramts im Österreichischen Staatsarchiv, Archiv der Republik (AdR). Teile dieser österreichischen Akten werden in der mehrbändigen Reihe „Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik“ ediert, allerdings liegt der entsprechende Band für das Jahr 1938 noch nicht vor. Die deutschen Gesandtschaftsberichte aus Prag, die im Auswärtigen Amt eingesehen werden konnten, und Bestände aus den Akten der Reichskanzlei, die im Bundesarchiv benutzt werden konnten, werden ebenfalls seit längerem ediert, doch sind auch diese Reihen noch nicht bis zum Ende des Untersuchungszeitraums (Frühjahr 1939) fortgeschritten. Als besonders aufschlußreich für innen- und außenpolitische Fragen erwiesen sich neben den Akten der Reichskanzlei auch andere Bestände des Bundesarchivs, vor allem diejenigen des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, sowie Bestände des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ) und des Deutschen Rundfunkarchivs (DRA).

Neben diesen Archivalien wurden alle einschlägigen Aktenpublikationen und Dokumentationen herangezogen, insbesondere staatliche oder diplomatische Akten (deutsche, britische, tschechoslowakische, österreichische, französische, italienische, amerikanische, polnische, ungarische), die 42bändige Serie über den Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher (IMG), die rekonstruierten Akten der Parteikanzlei sowie Tagebücher, Aufzeichnungen, Briefe, Berichte, Gerichtsurteile etc., die an dieser Stelle nicht einzeln aufgeführt werden können. Auch zeitgenössische Veröffentlichungen wie Gesetzestexte, Proklamationen, Reden, Zeitungsartikel u. ä. wurden in die Analyse der Goebbels-Notate mit einbezogen. Memoiren fanden nur am Rande Eingang in die vorliegende Studie. Immer deutlicher zeigte sich, daß die in der Nachkriegszeit publizierten Erinnerungen der Beteiligten im wesentlichen dem Zweck der Exkulpation dienten und in ihren Aussagen erheblich von den zeitgenössischen Quellen abweichen.[94] Dies gilt in besonderer Weise auch für monographische Darstellungen der damals Involvierten wie beispielsweise Mitarbeiter des Propagandaministers, Journalisten oder Filmschaffende.[95]

Alle fünf hier zu untersuchenden Ereigniskomplexe gelten als gut erforscht, was nicht bedeutet, daß jeweils zu allen Fragen eindeutige Resultate oder konsensuale Sichtweisen vorliegen würden. Die Entlassung des Kriegsministers Blomberg bei-

[93] Nach der Okkupation Böhmens und Mährens die Publikation von Fritz Berber, Europäische Politik, nach Ende des Zweiten Weltkrieges die von Václav Král, Abkommen, und ders., Die Deutschen.

[94] Darauf machte auch Michaelis in der Einleitung zu seiner Studie über den „Fall Grün“, S. 6, aufmerksam.

[95] Vgl. auch Mühlenfeld, Vom Kommissariat zum Ministerium, S. 72 f., und Barth, Goebbels und die Juden, S. 15.

spielsweise wird in der Literatur meist als selbstverschuldet betrachtet, die Verabschiedung des Oberbefehlshabers des Heeres Fritsch dagegen als ein Sturz aus militärpolitischen Motiven.[96] Anders deuteten Karl-Heinz Janßen und Fritz Tobias und neuerdings die Blomberg-Biographin Kirstin A. Schäfer die Krise, die erstmals in beiden Fällen die Ursache der Entlassung ausschließlich in dem Vergehen Blombergs bzw. scheinbaren Verfehlungen des Heereschefs sehen. Kontrovers diskutiert werden auch die Folgen der Krise, vor allem hinsichtlich der Stellung der Wehrmacht. Häufig wird angenommen, die Übernahme des Oberbefehls der Streitkräfte durch Hitler sei eine „Entmachtung" der Wehrmacht gewesen, während eine geringe Zahl von Historikern dies mit dem Argument bestreitet, Hitler sei bereits seit 1934 Oberbefehlshaber der Reichswehr gewesen.

Der „Anschluß" Österreichs ist mehrmals gründlich untersucht worden, und auch Planung und Ablauf der militärischen Besetzung sind bekannt.[97] Nur Details sind noch umstritten, beispielsweise der Anteil einzelner führender deutscher Nationalsozialisten bei der Machtübernahme in Österreich, die Taktik des NS-Regimes oder die Gewichtung der Motive auf deutscher Seite: Gaben im Frühjahr 1938 letztlich wirtschaftliche Gründe den Ausschlag[98] oder ideologische Motive wie Volkszusammengehörigkeit und die angestrebte Großmachtstellung oder in erster Linie die Verbesserung der geostrategischen[99] Ausgangslage für eine weitere Expansion? Mit dieser Frage hängt auch die Beurteilung des „Anschlusses" für den weiteren Verlauf der deutschen Geschichte zusammen, insbesondere die häufige Interpretation der Okkupation Österreichs als erster Schritt zum Zweiten Weltkrieg.

Die Frage nach den wesentlichen Faktoren, die zur Annexion der sudetendeutschen Gebiete führten, ist gleichfalls unterschiedlich beantwortet worden, vor allem da Böhmen und Mähren zugleich in den Betrachtungshorizont mit einbezogen werden müssen. Während Boris Celovsky die geostrategische Lage der Tschechoslowakei, die Beteiligung Prags am antideutschen Paktsystem und den grundsätzlichen Tschechenhaß Hitlers als entscheidend betrachtete,[100] betonte Helmuth K. G. Rönnefarth ebenso stark die Mißachtung der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei durch die tschechoslowakische Regierung und Administration, die ersehnte Großmachtstellung des Dritten Reiches und die antibolschewistische Stoßrichtung der NS-Politik.[101] Klaus-Jürgen Müller nahm jüngst die Schaffung einer „Ausgangsbasis" für die „rasse-ideologisch motivierte Eroberungspolitik" als Hintergrund der „Tschechen-Krise" an.[102] Umstritten sind ebenfalls die Fragen, wann Hitler den Entschluß fällte, die „Sudetenfrage" bzw. „Tschechenfrage" mit militärischer Gewalt zu lösen, und was letztlich den Ausschlag dafür gab, daß Hitler die Verhandlungslösung von München akzeptierte.

96 Zuletzt Müller, Beck. Biographie, S. 275, 277 f.
97 Vgl. Schmidls Studie von 1987 über den deutschen Einmarsch.
98 Schausberger, Griff, S. 491 f., 580; Roth, Krieg vor dem Krieg. Die Annexion Österreichs, S. 14–28.
99 Graml, Europas Weg, S. 101, 193 f.; Tooze, Ökonomie, S. 292.
100 Celovsky, Münchener Abkommen, S. 83, 87, 93.
101 Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil I, S. XI, 1–3.
102 Müller, Beck. Biographie, S. 332.

Nicht abschließend erforscht ist auch, ob der tschechoslowakischen Mobilmachung im Mai 1938 deutsche Truppenbewegungen vorausgegangen waren.[103] Unklar ist zudem eine Vielzahl an Details, auf die an dieser Stelle nicht im einzelnen eingegangen werden soll, die jedoch an Ort und Stelle noch ausführlich erörtert werden. In den letzten Jahren sind zahlreiche Studien zu Nachbarthemen erschienen,[104] die als Grundlagen einer neuen Gesamtdarstellung der Sudetenkrise dienen könnten.

Die Thematik der Nachwirkungen des Münchener Abkommens und der weiteren Entwicklung der Tschecho-Slowakei bis zur Errichtung des „Protektorats" im März 1939 ist das im deutschen Sprachraum bisher am wenigsten bearbeitete Forschungsfeld der fünf Themenkomplexe. Werner Röhr nannte es 2001 zu Recht ein „Stiefkind der deutschen Historiographie".[105] Hans Schiefer und Heinrich Bodensieck wurden in den 50er Jahren mit Dissertationen über die Tschecho-Slowakei nach München promoviert, doch beide Werke sind nie als Buch, sondern nur in Form von Aufsätzen publiziert worden.[106] Auch international gesehen liegen nur sehr wenige monographische Darstellungen vor, nicht selten mit mehr oder weniger stark ausgeprägtem Memoirencharakter.[107] Eine Darstellung in deutscher oder englischer Sprache unter Einbeziehung von Archivalien der beteiligten Regierungen existiert nicht. Auch tschechische oder slowakische Historiker nahmen sich erst in den letzten Jahren intensiver dieses Themas an. Neben vielen Details, die noch nicht näher untersucht sind, lohnte vor allem eine Analyse der Rolle der Westmächte und der Sowjetunion in dieser Phase.

Zu den Novemberpogromen existieren zahlreiche monographische Forschungsarbeiten, angefangen bei den Pionierstudien Hermann Gramls oder Hans-Jürgen Döschers bis zur neuesten Darstellung von Alan E. Steinweis.[108] Seit den späten 80er Jahren gibt es auch eine Reihe von Studien auf lokaler und regionaler Ebene, die in der vorliegenden Studie Berücksichtigung fanden, wenn sie für die reichs-

[103] Königer, Maikrise, S. 69–72, Hass, Münchner Diktat, S. 148f., und neuerdings Michaelis, 1938. Krieg, S. 62f., gehen von provozierenden deutschen Truppenbewegungen aus, die überwiegende Mehrheit der Historiker bezweifelt dies jedoch; vgl. Celovsky, Münchener Abkommen, S. 211–214, 220f.; Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 284; Franke, London und Prag, S. 378f.; Müller, Armee und Drittes Reich, S. 110; Müller, Beck. Biographie, S. 320; Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 143, 152; Tooze, Ökonomie, S. 292.

[104] Sator, Anpassung ohne Erfolg; Luh, Der deutsche Turnverband in der Ersten Tschechoslowakischen Republik; Gebel, „Heim ins Reich!"; Zimmermann, Die Sudetendeutschen im NS-Staat; Osterloh, Judenverfolgung; Zückert, Zwischen Nationsidee; Michaelis, 1938. Krieg.

[105] Röhr, Imperialistische Erpressungspolitik, S. 252.

[106] Schiefer, Deutschland und die Tschechoslowakei von September 1938 bis März 1939; Bodensieck, Die Politik des Prager Kabinetts Beran der Zweiten Tschecho-Slowakischen Republik.

[107] Ripka (damals Mitarbeiter Beneš'), Munich. Before and after; Hencke (damals Geschäftsträger der deutschen Gesandtschaft Prag), Augenzeuge; Feierabend (damals Landwirtschaftsminister in Prag), Prag-London, vice-versa, Bd. 1; Procházka (damals Korrespondent der tschechoslowakischen Presseagentur in Berlin), Second Republic (Dissertation).

[108] Graml, Reichskristallnacht; Döscher, „Reichskristallnacht"; Steinweis, Kristallnacht 1938 (deutsche Fassung in Vorbereitung).

weite Entwicklung von Belang waren (Kurhessen und München).[109] Daneben liegen mehrere detaillierte Gesamtdarstellungen über die Judenverfolgung im Deutschen Reich insbesondere von Peter Longerich, Saul Friedländer und Michael Wildt vor.[110] Bei der Darstellung der Vorgeschichte, des Beginns und des Ablaufs der Pogrome herrscht in der Forschung inzwischen weitgehend Einigkeit, weiterer Untersuchungen bedürfen allerdings noch die Fragen nach den Hauptverantwortlichen, nach den Tätern und der Bilanz der Gewalt.

Insgesamt gesehen erweist sich die Quellen- und Literaturlage für die Vorkriegsthemenkomplexe als vergleichsweise gut, womit die wesentliche Voraussetzung für quellenkritische Studien zu einem einzelnen Quellenkorpus gegeben ist. Die wenigen vorhandenen Arbeiten über die Vorkriegsphase in außenpolitischer, multi- oder transnationaler Perspektive[111] vernachlässigen – wie auch die Gesamtdarstellungen zur NS-Außenpolitik – oftmals die innenpolitischen Gesichtspunkte. Gesamtdarstellungen für die Innen- oder die Außen- oder die gesamte NS-Politik gehen selten ins Detail, was aber für eine quellenkritische Studie Voraussetzung ist. Zur Verfügung stehen mehrere Sammelbände, die zahlreiche Aspekte der Vorkriegsphase abdecken, aber in keinem Fall alle der hier behandelten fünf Komplexe.[112]

Demgegenüber ist der Literatur- und Forschungsstand zum Untersuchungsgegenstand der Goebbels-Tagebücher weit weniger befriedigend. Die erste quellenkritische Studie zu den Tagebüchern stammt von Hans Günter Hockerts aus dem Jahr 1983, in der er den Erkenntnisgewinn und Quellenwert der Goebbels-Tagebücher für die nationalsozialistische Kirchenpolitik erarbeitete. Hockerts kam zu dem Schluß, daß die Tagebücher für die Intentionen und Maßnahmen des NS-Regimes in der Kirchenfrage ein „zentrales Dokument" seien, das z. B. belege, daß „die treibende Kraft der Kampagne" nach der päpstlichen Enzyklika „Mit brennender Sorge" gegen die katholische Kirche „Hitler selbst" war, was die bisherigen Vermutungen der Forschung bestätige.[113] Um die Tagebuchquelle grundsätzlich besser einschätzen und bewerten zu können, empfahl Hockerts eine „Reihe thematisch gebündelter Einzelstudien".[114] Nach Veröffentlichung der Fragmente-Ausgabe 1987 erschienen einige Monographien, meist Dissertationen, über Goebbels, die jeweils einen anderen thematischen Schwerpunkt besaßen und nicht das Tagebuch an sich zum Untersuchungsgegenstand hatten. Gleichwohl entstanden diese Studien auf der Quellenbasis der Tagebücher und erlaubten somit quali-

[109] Kropat, „Reichskristallnacht"; Heusler/Weger, „Kristallnacht".
[110] Longerich, Politik; Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden, 2 Bde.; Wildt, Volksgemeinschaft, 2007.
[111] Noch immer unentbehrlich: Weinberg, The Foreign Policy. Starting World War II; Laffan, Survey, Bde. II, III.
[112] Vgl. beispielsweise: Knipping/Müller, Machtbewußtsein; Eichholtz/Pätzold, Der Weg in den Krieg (Nachdruck eines DDR-Bandes, daher in der Interpretation nicht immer unproblematisch); Röhr/Berlekamp/Roth, Der Krieg vor dem Krieg. Daneben liegen Sammelbände mit Schwerpunkt auf dem Jahr 1939 vor: Benz/Graml, Sommer 1939; Altrichter/Becker, Kriegsausbruch 1939; Hildebrand/Schmädeke/Zernack, 1939. An der Schwelle zum Weltkrieg.
[113] Hockerts, Goebbels-Tagebücher. Kirchenpolitik, S. 391, 378, 381–383.
[114] Ebenda, S. 363.

fizierte Aussagen über den Quellenwert: Claus-Ekkehard Bärsch erforschte 1987 die Psyche und Ideologie des jungen Goebbels und gelangte zu der Erkenntnis, daß die für ihn relevanten, frühen Goebbels-Tagebücher „unbestritten nicht für die Öffentlichkeit geschrieben" worden seien und einen hohen Quellenwert besäßen.[115] Helmut Michels untersuchte die Rolle von Goebbels in der nationalsozialistischen Außenpolitik und folgerte 1992, daß Goebbels keine „eigenständige außenpolitische Konzeption" besessen habe und generell auf Hitlers „Entscheidungen und die großen Linien der Politik ohne jeden ausschlaggebenden Einfluß" gewesen sei. Obgleich ihm die besonders interessanten Tagebuchpassagen damals nicht zur Verfügung standen, bezeichnete Michels die Goebbels-Tagebücher als „erstrangige Quelle".[116] Ulrich Höver untersuchte die Ideologie von Goebbels und kam durch die Tagebücher, die er als „bedeutende Quelle" charakterisierte, 1992 zu der Erkenntnis, daß Goebbels keineswegs der bloße Opportunist gewesen sei, für den er lange gehalten wurde, weder im Bereich der „Judenpolitik" noch der „Ostpolitik". Schon gar nicht habe Goebbels, wie behauptet wurde, „Propaganda um der Propaganda willen" betrieben.[117] Ralf Georg Reuth legte 1990 eine neue Goebbels-Biographie vor, an der allerdings kritisiert wurde, daß sie zu keinen wesentlichen Neubewertungen beitrage und die Tagebücher von Goebbels zu stark und mit geringem quellenkritischen Bewußtsein referiere.[118] Im selben Jahr publizierte Elke Fröhlich eine Analyse von „Hitler und Goebbels im Krisenjahr 1944" auf der Basis damals unveröffentlichter Tagebuchpassagen.[119] Daneben entstanden aber auch philologische Arbeiten über den Sprachgebrauch von Goebbels.[120]

Seit Anfang der 90er Jahre stagnierten die Goebbels-Forschung und auch die explizite Auseinandersetzung mit den Tagebüchern als historische Quelle längere Zeit, vermutlich, da der Abschluß der Textedition der Tagebücher abgewartet wurde. Die zahlreichen ungewöhnlich kritischen Aufsätze und Rezensionen Bernd Sösemanns, die ab 1992 veröffentlicht wurden, haben in erster Linie die Edition der Tagebücher zum Gegenstand, die Sösemann durch eine eigene zu ersetzen hoffte, und liefern nur bedingt neue Erkenntnisse zur Quelle.[121] 1998 erschien eine Dissertation über den „Filmminister" Goebbels von Felix Moeller, in der die Tagebücher in bezug auf die Filmpolitik des NS-Regimes einer systematischen Prüfung unterzogen wurden. Moeller konstatierte, daß die cineastischen „Pläne und Absichten", die Goebbels ins Tagebuch schrieb, „das Auseinanderklaffen von Anspruch und Realität" erkennen ließen, also die Diskrepanz zwischen den Wünschen und Zielen des Ministers auf der einen Seite und den

[115] Bärsch, Erlösung, S. 21.
[116] Michels, Ideologie, S. 419, 416f., 32.
[117] Höver, Goebbels, S. 24, 403, 404f., 401.
[118] Reuth, Goebbels. Biographie; vgl. Moll, Reuth, S. 272f.; Sösemann, Reuth, S. 114f.
[119] Fröhlich, Hitler und Goebbels im Krisenjahr 1944, S. 195–224.
[120] Nill, Die „geniale Vereinfachung"; Michel, Vom Poeten zum Demagogen; Kegel, „Wollt ihr den totalen Krieg?"; Braun, Nationalsozialistischer Sprachstil.
[121] Sösemann, Tagesaufzeichnungen, S. 213–244; ders., Inszenierungen, S. 1–45; ders., „Ein tieferer geschichtlicher Sinn aus dem Wahnsinn", S. 136–174; ders., Propaganda – Macht – Geschichte, S. 117–125; ders., Alles nur Goebbels-Propaganda, S. 52–76.

erreichten Ergebnissen auf der anderen Seite. Zur „Filmpolitik des Dritten Reiches bietet das Tagebuch des Filmministers viel Neues", resümierte Moeller.[122] Die Formierung des „Führer-Mythos" bis 1934 zeichnete Erwin Barth in seiner 1999 veröffentlichten Dissertation nach und befand aufgrund der Analyse der Goebbels-Tagebücher, daß Goebbels „wie kein zweiter ‚seinem Führer' hörig" und von Hitlers Person und Ideen „besessen" gewesen sei. Die Inszenierung des Hitler-Mythos, an der Goebbels maßgeblichen Anteil gehabt habe, sei nicht einem Zweckrationalismus, sondern Goebbels' eigener „Führersehnsucht" entsprungen. Erwin Barth bezeichnete die Goebbels-Tagebücher nicht nur für seine eigene Studie als „Quelle allerersten Ranges".[123] Ausprägung und Entwicklung des Antisemitismus bei Goebbels war das Thema einer 2003 erschienenen Dissertation von Christian T. Barth vor allem auf der Basis der Goebbels-Tagebücher. Er stellte fest, daß die Tagebücher nicht nur „die gedankliche Sphäre" des Propagandaministers „bezüglich der Judenfrage" erkennen ließen, sondern auch „Einblicke in interne Abläufe" zahlreicher Ereignisse gewährten und „neue Zugänge zu geschichtswissenschaftlichen Fragestellungen eröffnen". Zudem würfen die Tagebücher „ein Licht auf die Gedankenwelten des Reichskanzlers" und ermöglichten die Erschließung vielfältiger biographischer Aspekte.[124] Hans Günter Hockerts ging 2003 auf einer breiten Quellen- und Literaturbasis der Frage nach, ob der Nationalsozialismus eine „politische Religion" gewesen sei, wobei er auch zahlreiche Tagebucheinträge von Goebbels in seine Analyse mit einbezog.[125] Elke Fröhlich veröffentlichte in den letzten Jahren mehrere Aufsätze über die Anfangsphase des Berliner Gauleiters, über den Populisten Goebbels, dessen Propagandakonzeption sowie über dessen Kriegspropaganda.[126] Peter Longerich hat sich in seiner neuen Goebbels-Biographie die „Dekonstruktion des von Goebbels der Nachwelt hinterlassenen Selbstbildes" zum Ziel gesetzt, wofür das Tagebuch „überraschend viele Ansatzpunkte" enthalte.[127] Insgesamt charakterisiert Longerich das Goebbels-Tagebuch als „eine der Hauptquellen des ‚Dritten Reiches'", welches singuläre „Einblicke in das Innere des nationalsozialistischen Machtgefüges" und einen „unverstellten Blick auf den Diktator" Hitler ermögliche.[128] Weitere dezidiert quellenkritische Studien mit spezifischen Fragestellungen liegen bislang nicht vor, auch wenn inzwischen in fast allen neueren Veröffentlichungen zur NS-Zeit die Tagebücher als Quelle intensiv genutzt werden,[129] gelegentlich

[122] Moeller, Filmminister, S. 17.
[123] Barth, Führer-Mythos, S. 234, 238, 16, Anm. 26.
[124] Barth, Goebbels und die Juden, S. 24, 26f.
[125] Hockerts, War der Nationalsozialismus eine politische Religion?, v. a. S. 62f., 71.
[126] Fröhlich, Hitler-Goebbels-Straßer, S. 41–67; dies., Joseph Goebbels, portrait d'un populiste, S. XXXIX–LXXII; dies., Joseph Goebbels, Profil de sa propaganda (1926–1939), S. 17–53; dies., Joseph Goebbels, un propagandiste profiteur de guerre, S. XIX–XLIX. Die drei zuletzt genannten Beiträge erschienen in drei Bänden der französischen Auswahledition der Goebbels-Tagebücher.
[127] Longerich, Goebbels, S. 15, 13.
[128] Ebenda, S. 15.
[129] Vgl. beispielsweise die Monographie von Aly, Hitlers Volksstaat, in der der Autor einleitend bemerkt, die Tagebücher seien „ein unentbehrliches Dokument aus dem Zentrum nationalsozialistischer Macht" (S. 39f.), oder Kershaws zweibändige Hitler-Biographie,

sogar als ausschließliche Quelle.[130] Die von Hans Günter Hockerts schon 1983 angeregte Reihe „thematisch gebündelter Einzelstudien“[131] zu den Tagebüchern von Joseph Goebbels stand lange aus und sei hiermit begonnen.

in der Kershaw die Tagebücher als „wichtig[e] Quelle, um Einsichten in Hitlers Denken und Handeln zu gewinnen“, bezeichnet (Teil I, S. 10). Vgl. auch Graml, Hitler und England, sowie Longerich, „Davon haben wir nichts gewusst!“ (S. 9).

130 Wie in einem Beitrag von Graml, Joseph Goebbels und der Sozialismus 1923–1933, S. 149–162.

131 Hockerts, Goebbels-Tagebücher. Kirchenpolitik, S. 363.

I. Die Blomberg-Fritsch-Krise

1. Die Blomberg-Krise

Seine bevorstehende Heirat, die im Januar 1938 die Krise auslöste, kündigte der verwitwete Reichskriegsminister Werner von Blomberg Goebbels persönlich an, wahrscheinlich, weil sie beide ein beinahe freundschaftliches Verhältnis zueinander gehabt hatten, bevor dienstliche Auseinandersetzungen dieses im Laufe des Jahres 1937 trübten.[1] Bei einem „Herrenessen bei Blomberg" am 14. Dezember 1937 eröffnete der Generalfeldmarschall seinem Ministerkollegen Goebbels, daß er sich erneut vermählen wollte: „Blomberg gesteht mir errötend, daß er demnächst wieder heiraten will", und zwar ein „junges Mädchen aus dem Volke" (TG, 15. 12. 1937).[2] Damit wußte Goebbels noch vor Hitler Bescheid, den Blomberg erst eine Woche später von seiner Heirat unterrichtete und um Erlaubnis bat.[3] Goebbels glaubte, daß der Generalfeldmarschall aufgrund der Hochzeit „viel Schwierigkeiten zu überwinden" habe, gelobte in seinem Tagebuch aber, seinem Kabinettskollegen „nach besten Kräften helfen" zu wollen. Diese Notiz deutet darauf hin, daß Goebbels die Ehe zu diesem Zeitpunkt lediglich als eine ungewöhnliche Verbindung zweier Menschen verschiedener Schichten und Generationen erschien, daß Goebbels also noch nichts von der anstößigen Vergangenheit der Braut wußte.

Über den Hochzeitstag Blombergs, den 12. Januar 1938, an dem Goebbels bei Hitler am Mittagstisch saß, notierte er: „Blomberg heiratet nachmittags. Alles ist verblüfft. Führer Trauzeuge" (TG, 13. 1. 1938).[4] Vermutlich war Goebbels überrascht, weil er, wie die anderen Mittagsgäste in der Reichskanzlei, erst so spät, am Tag der Hochzeit, von der unmittelbar bevorstehenden Trauung erfahren hatte, nicht geladen war und wohl auch noch nicht gewußt hatte, daß Hitler als Trauzeuge fungieren werde. An den beiden Tagen zuvor war Goebbels zwar mit Hitler zusammen gewesen, doch offenbar hatte Hitler ihn nicht über die Hochzeit informiert. Goebbels wiederholte im Tagebucheintrag über den Hochzeitstag seine Befürchtung, daß Blomberg „schon noch einige Schwierigkeiten [werde] überwinden müssen" (TG, 13. 1. 1938), aber nichts deutet darauf hin, daß er bereits in das Vorleben der jungen Braut eingeweiht war. Obwohl Goebbels nach der Hochzeit noch mit Blomberg zusammentraf (TG, 18. 1. 1938), finden sich weder an diesem

[1] Dem Goebbels-Tagebuch zufolge boten die Nachrichten- und Propagandapolitik des Kriegsministeriums (TG, 2. 6. 1937, 18. 6. 1937, 21. 8. 1937, 22. 8. 1937, 16. 9. 1937, 22. 9. 1937, 23. 9. 1937, 7. 10. 1937, 28. 10. 1937, 3. 11. 1937, 4. 12. 1937, 28. 12. 1937), der Bau neuer Rundfunksender (TG, 30. 4. 1937, 8. 5. 1937, 27. 5. 1937, 15. 12. 1937, 18. 12. 1937, 19. 1. 1938) und die Entwicklung des Drahtfunks (TG, 12. 3. 1937, 22. 4. 1937, 30. 4. 1937, 8. 5. 1937, 27. 5. 1937, 19. 6. 1937, 22. 6. 1937, 5. 11. 1937) Anlaß zu Konflikten.

[2] Blomberg war Jahrgang 1878, die Braut Margreth Gruhn Jahrgang 1913; vgl. Schäfer, Blomberg, S. 18, 175.

[3] Ebenda, S. 177 f.

[4] Trauzeugen waren Hitler und Göring; vgl. NS-PrA, Bd. 6/I, Dok. 96, 12. 1. 1938, S. 32.

noch an den folgenden Tagen in seinem Tagebuch Überlegungen, warum aus der Hochzeit beinahe ein Geheimnis gemacht wurde. Goebbels war bekannt, daß Blombergs Vermählung in der Presse „wunschgemäß ganz klein" (TG, 14.1.1938) erscheinen sollte,[5] hielt aber nicht fest, wessen Wunsch dies war.[6]

Am Abend des 24. Januar 1938 wurde Hitler der dunkle Schatten in der Vergangenheit von Blombergs junger Gattin Margreth Eva Luise Gruhn[7] bekannt,[8] und die Ehe des Generalfeldmarschalls zum Skandal. Die wesentlichen Fakten aus dem Vorleben von Blombergs Braut konnte auch Goebbels bald in Erfahrung bringen. Von Hitler wurde er jedoch nur nach und nach und unvollständig informiert. Die detaillierten Kenntnisse, die Goebbels erwarb, hatte er dem Berliner Polizeipräsidenten Graf Helldorf und Hitlers persönlichem Adjutanten Fritz Wiedemann zu verdanken. Von Hitler erfuhr Goebbels zunächst nur, daß es wegen Blomberg Unannehmlichkeiten geben könnte. Über das erste Gespräch mit Hitler und Göring am 25. Januar 1938, bei dem der Fall Blomberg thematisiert wurde, notierte Goebbels in sein Tagebuch: „Gespannte Stimmung. Unangenehme Lage um Blomberg. Noch nicht geklärt" (TG, 26.1.1938). Hervorzuheben ist hier, daß Hitler bzw. Göring Goebbels wahrscheinlich nur ganz vage informierten, ohne konkrete Vorwürfe gegen Blombergs Gattin auszusprechen. Hitler – oder Göring – erwähnten anscheinend auch noch nichts von den Anschuldigungen gegen Generaloberst Werner von Fritsch, obwohl Hitler am Abend des 24. Januar oder spätestens am Vormittag des 25. Januars nicht nur die Akte von Margreth Gruhn, sondern auch diejenige des Heereschefs eingesehen hatte.[9] Für die Annahme, daß Goebbels das Ausmaß des Skandals noch nicht bekannt war, spricht auch sein Versuch, Hitler, der ihm „sehr ernst und fast traurig" erschien, aufheitern zu

[5] Die Presseanweisung, die sich auf eine Mitteilung aus dem Reichskriegsministerium zur Heirat bezog, forderte dazu auf, von einem „Kommentar" abzusehen und „diese Mitteilung nicht mit Schlagzeilen" herauszugeben. In: NS-PrA, Bd. 6/I, Dok. 96, 12.1.1938, S. 32.

[6] Wiedemann, Der Mann, S. 109, schrieb, Hitler habe befohlen, die Hochzeit Blombergs „streng geheim" zu halten, während Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 30, und Deutsch, Das Komplott, S. 99, behaupten, Blomberg habe selbst darum gebeten.

[7] In der Forschung existieren verschiedene Varianten des Rufnamens von Blombergs zweiter Frau. Hier, wie auch in allen anderen Fällen, folgt die Namensschreibung derjenigen der Tagebuchedition von Elke Fröhlich, die in diesem Fall auf der im Institut für Zeitgeschichte verwahrten Akte von Margreth Gruhn basiert.

[8] Darüber, wie die Vergangenheit Gruhns ans Licht kam, gibt es verschiedene Aussagen, aber alle Versionen stimmen darin überein, daß der Berliner Polizeipräsident Graf Helldorf die ehemalige Gruhn-Akte am 21.1. auf dem Dienstweg in die Hände bekam und an Göring weitergeleitet hatte. Vgl. Schäfer, Blomberg, S. 180f.; Below, Hitlers Adjutant, S. 62; Foertsch, Schuld, S. 86; Deutsch, Das Komplott, S. 92–94; Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 43–46; Maser, Göring, S. 305f.; Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 94f. Diese Frage können die Tagebücher von Goebbels nicht klären helfen, da Goebbels von Helldorf selbst wohl nur erfuhr, daß er „die Sache aufgefischt" habe; TG, 27.1.1938.

[9] Hoßbach, Wehrmacht und Hitler, S. 124f., 139, Kielmansegg, Fritsch-Prozess, S. 37, Foertsch, Schuld, S. 134, und Deutsch, Das Komplott, S. 98–100, 131, gingen davon aus, Göring habe Hitler am Abend des 24.1. gleichzeitig beide Akten vorgelegt, während Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 51, 97, und Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 96, annehmen, daß Göring nur die Gruhn-Akte bei sich trug und die Fritsch-Akte Hitler gegen 2.00 Uhr in der Nacht zum 25.1.1938 gebracht wurde.

wollen (TG, 26. 1. 1938). An den folgenden Tagen bemühte sich Goebbels nicht mehr darum, sondern äußerte nur noch Mitleid mit Hitler.

Da Goebbels offensichtlich zu wissen begehrte, was genau gegen Blomberg vorlag, wandte er sich am 26. Januar an Helldorf und Wiedemann. Von ihnen erfuhr Goebbels, was Blombergs Gattin vorgeworfen wurde, und notierte in sein Tagebuch: „Seine Frau vorbestraft wegen Vertriebs unzüchtiger Photos von sich selbst, bis 1937 unter Kontrolle, die Photos[10] sind gemein und ekelhaft" (TG, 27. 1. 1938). Die Vergehen Margreth Gruhns, die Goebbels seinem Tagebuch anvertraute, stimmen mit dem überein, was auch andere Zeitzeugen in Erfahrung brachten und was durch die Forschung und die Akten bestätigt wurde: Margreth Gruhn hatte 1931 bei der Anfertigung pornografischer Fotos als Darstellerin mitgewirkt, war jahrelang in der Prostituiertenkartei der Berliner Polizei registriert und wurde von der Sittenpolizei überwacht.[11] Für Goebbels stand nun fest, daß Blomberg „garnicht [!] mehr zu retten" sei (TG, 27. 1. 1938). Goebbels' Entsetzen war derart groß, daß er zweimal in sein Tagebuch schrieb, mit einem Rückzug Blombergs vom Posten des Kriegsministers sei es nicht getan, Blomberg helfe „nur noch die Pistole" (TG, 27. 1. 1938).[12] Besonders schmerzte es Goebbels, daß ausgerechnet Hitler Trauzeuge war: „Der Führer als Trauzeuge. Es ist unausdenkbar" (TG, 27. 1. 1938). Außerdem machte es Goebbels fassungslos, daß Blomberg mit seiner Frau „ins Ausland fahren" wollte. „Das geht ja garnicht [!]", kommentierte er im Tagebuch. An dieser Reise, das wird an mehreren Stellen deutlich, nahm er besonderen Anstoß,[13] da er den Eindruck hatte, Blomberg würde „den Führer hier im Dreck sitzen lassen" (TG, 27. 1. 1938). Goebbels wußte also nicht, daß Hitler Blomberg und dessen Frau befohlen hatte, das Reich vorübergehend zu verlassen.[14] An die Konsequenzen, die sich aus dem Machtvakuum an der Spitze der Wehrmacht ergaben, dachte Goebbels, wie es scheint, zunächst überhaupt nicht, auch wenn er Blombergs Heirat für die „schwerste Krise des Regimes seit der Röhmaffäre" hielt (TG, 27. 1. 1938). Nicht die militärische Führungskrise, sondern die Person Hitlers

[10] Beim ersten Gespräch mit Helldorf am 26. 1. 1938 hatte Goebbels die Fotos noch nicht gesehen, aber sein Tagebucheintrag entstand – wie üblich – am nächsten Tag, so daß er die Fotos, die Helldorf ihm am 26. 1. einige Stunden später brachte, selbst beurteilen konnte. Diese Fotos sind nicht in der im IfZ liegenden Kopie der Akte Margreth Gruhn (IfZ, Archiv, F 98) enthalten; doch existieren sie noch; vgl. Schäfer, Blomberg, S. 260, Anm. 172.

[11] Hoßbach, Wehrmacht und Hitler, S. 123 f.; Wiedemann, Der Mann, S. 109–112; Schäfer, Blomberg, S. 175 f.; Deutsch, Das Komplott, S. 81, 85 f., 96; Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 27 f., 52; IfZ, Archiv, F 98.

[12] „Blomberg muß seinen Abschied nehmen. Es bliebe einem Ehrenmann nur die Pistole. Aber, aber. […] Da gibt es keinen Ausweg mehr. Da hilft nur noch die Pistole"; TG, 27. 1. 1938. Zum damals herrschenden Ehrbegriff der Offiziere siehe Schäfer, Blomberg, S. 11, 179, 189 f.

[13] „Unterdeß [!] ist Blomberg mit seinem Mensch auf Weltreise. Welch eine Enttäuschung!" TG, 30. 1. 1938. Nach einem weiteren Gespräch mit Helldorf, der „auch noch ganz erschüttert" sei, notierte Goebbels: „Keiner versteht die Handlungsweise von Blomberg. Er setzt den Staat und die Wehrmacht, die Ehre des deutschen Soldaten und seine eigene aufs Spiel für eine Prostituierte. Na, das ist ein Stück!" TG, 3. 2. 1938.

[14] Deutsch, Das Komplott, S. 109; Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 54; Wiedemann, Der Mann, S. 110.

bereitete Goebbels die größten Sorgen: „Der Führer sieht aus wie eine Leiche. Um ihn tut es mir am meisten leid“ (TG, 27. 1. 1938).[15] Immer wieder, wenn Goebbels in den nächsten Tagen Hitler traf, sorgte er sich in seinem Tagebuch um Hitlers körperliche und seelische Verfassung.[16]

Einige Stunden später am 26. Januar 1938 brachte Helldorf dem Propagandaminister „den Akt ‚Frau Generalfeldmarschall Blomberg‘“ (TG, 27. 1. 1938). Goebbels äußerte sich zutiefst erschüttert: „Die Haare stehen einem zu Berge. Das ist ja entsetzlich.“ Goebbels grübelte, ob Blomberg vor seiner Hochzeit die Vergangenheit seiner Frau gekannt hatte: „Hat Blomberg das gewußt? Von seiner eigenen Frau?“ (TG, 27. 1. 1938).[17] Am nächsten Tag, dem 27. Januar 1938, teilte Hitler Goebbels in der Reichskanzlei mit, daß Blomberg „sein Abschiedsgesuch eingereicht“ habe und mit seiner Frau „auf Weltreise gegangen“ sei (TG, 28. 1. 1938).[18] Goebbels verurteilte dies als eine „sehr bequeme Methode“, ihm war also noch immer nicht bekannt, daß Blomberg sich hierbei Hitlers Willen unterwarf. Interessanterweise vermittelte Hitler seinem Propagandaminister anfangs den Eindruck, daß Blomberg „anscheinend von dem Material nicht gewußt habe“ (TG, 28. 1. 1938), das seine Frau und nun auch ihn belastete. Für Goebbels war Blombergs Rücktritt so selbstverständlich, daß er nicht einmal erwähnte, daß Hitler dessen Abschiedsgesuch angenommen hatte. Damit war die Blomberg-Krise im Prinzip beendet, wenngleich noch nicht entschieden war, wer und in welcher Form seine Arbeit fortsetzen sollte.

[15] Allerdings ist bei diesem Eintrag nicht sicher, ob Goebbels Hitler an diesem Tag überhaupt sah, oder ob die Schilderung über Hitlers Aussehen auf Angaben von Wiedemann oder Helldorf beruht.

[16] Hitler sei „sehr ernst und fast traurig“ (TG, 26. 1. 1938), „ganz fahl und grau“, „ganz erledigt“ (TG, 28. 1. 1938), „ganz müde und grau“ (TG, 29. 1. 1938), „ganz erschöpft und erschüttert“ (TG, 30. 1. 1938), „sehr bleich, grau und erschüttert“ (TG, 1. 2. 1938), „sehr deprimiert“ (TG, 2. 2. 1938). Von der angeblichen Niedergeschlagenheit Hitlers in dieser Zeit berichteten auch andere Zeitzeugen: Die Akte Gruhn habe auf ihn „niederschmetternd“ gewirkt, Hitler sei „ein gebrochener Mann“ gewesen (Wiedemann, Der Mann, S. 112) und habe eine „Depression“ (ebenda, S. 115) erlitten; er sei „völlig erschüttert und dem Zusammenbruch nahe“ gewesen (Memoiren Keitels, in: Görlitz, Keitel, S. 105, ähnlich S. 107). Hoßbach dagegen berichtete, Hitler sei ihm „in großer Erregung, jedoch nicht etwa sorgenvoll oder bedrückt“ erschienen; Hoßbach, Wehrmacht und Hitler, S. 123. Hitler sei nie „über jemandes Verhalten so betroffen“ gewesen „wie über Blombergs Heirat“; Below, Hitlers Adjutant, S. 67. Auch Goebbels litt unter der Krise: „Ich bin vollkommen mit den Nerven herunter“; TG, 30. 1. 1938. Selbst über den Jahrestag der NS-Machtübernahme, der diesmal „so schwer und traurig“ wie noch nie sei, konnte er sich nicht freuen; TG, 30. 1. 1938.

[17] Diese Frage ist nicht mehr zu klären, nicht zuletzt, weil Aufzeichnungen Blombergs aus dieser Zeit fehlen; in einer späteren Aufzeichnung gab sich Blomberg ahnungslos, doch ist dies Kirstin A. Schäfer zufolge nicht sonderlich wahrscheinlich; vgl. Schäfer, Blomberg, S. 176–179, 181 f., 185.

[18] Zum Gesprächsinhalt der Abschiedsbesuche Blombergs bei Hitler am 26. und 27. 1. siehe Deutsch, Das Komplott, S. 109; Hoßbach, Wehrmacht und Hitler, S. 131–133, v. a. Anm. 1; Diensttagebuch Jodls vom 4. 1. 1937–25. 8. 1939, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 345–390, hier S. 356–358, 26. 1. 1938. Die Reise wurde in Presseanweisungen als „private Hochzeitsreise“ tituliert, über die auf „Wunsch des Reichskriegsministers“ nichts berichtet werden durfte. In: NS-PrA, Bd. 6/I, Dok. 303, 31. 1. 1938, S. 105.

Besonders aufschlußreich für diese Krise ist noch ein zweistündiges Gespräch, das Hitler mit Goebbels am Morgen des 31. Januar (TG, 1.2.1938) unter vier Augen führte. Goebbels notierte darüber, daß Hitler ihm „sein ganzes Leid" geklagt habe: „Wie ihm alle menschlichen Ideale zerbrochen sind. Blomberg heiratet eine Nutte und bleibt bei ihr und läßt den Staat fahren. Der Führer glaubt, daß er das alles vorher gewußt habe." Zum einen überrascht, daß Hitler nun behauptete, Blomberg habe um die Vergangenheit seiner Frau gewußt, während er noch vier Tage zuvor das Gegenteil geäußert hatte (TG, 28.1.1938). Bei der Kabinettssitzung am 5. Februar erklärte Hitler wiederum, wie Goebbels überliefert, daß er „nicht daran" glaube, „daß Blomberg das vorher gewußt habe" (TG, 6.2.1938). Es scheint, als habe Hitler vor Goebbels versucht, seine Entscheidung durch das nun durch Vorsätzlichkeit in seiner Dimension gesteigerte Vergehen Blombergs und durch eine übertriebene Darstellung der Aktivitäten Gruhns zu rechtfertigen. Auch anderen Gesprächspartnern erzählte Hitler, daß Margreth Gruhn eine Prostituierte gewesen sei,[19] was sich aus der Akte aber nicht eindeutig erkennen ließ.[20] Zudem stellte sich Hitler Goebbels zufolge als Opfer einer rücksichtslosen Vorgehensweise Blombergs dar: „Er hat den Führer mit seiner Heirat direkt überrumpelt. Der Führer hat ihm blind vertraut. Das war ein großer Fehler" (TG, 1.2.1938).[21] Am Abend des 31. Januar fand Goebbels „die ersten argwöhnischen Kommentare in der Auslandspresse im Falle Blomberg"[22] und zog daraus den Schluß, daß nun

[19] Wiedemann, Der Mann, S. 112; von Kotze, Heeresadjutant, S. 21; Foertsch, Schuld, S. 115.

[20] Muller, Blomberg, S. 61; Deutsch, Das Komplott, S. 81. Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 26, 73, allerdings nennen Margreth Gruhn, ohne dies zu belegen, „Freudenmädchen" und „leichte[s] Mädchen". Gruhn hat sich noch nach dem Krieg gegen den Vorwurf, sie sei eine Prostituierte gewesen, juristisch zu wehren versucht; vgl. Schäfer, Blomberg, S. 208; Deutsch, Das Komplott, S. 81; Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 81.

[21] Deutsch, Das Komplott, S. 89f., schrieb, ursprünglich seien Erich Raeder und Fritsch als Trauzeugen vorgesehen gewesen, um – so der Plan Heydrichs und anderer – die ganze Wehrmacht kompromittieren zu können. Doch seien beide zwei Tage vor der Hochzeit gewarnt worden und hätten Blomberg davon überzeugt, daß er Hitler fragen solle, ob dieser nicht diese Funktion übernehmen wolle. Die Argumentation von Deutsch dürfte jedoch eher im Bereich einer phantastischen Erzählung anzusiedeln sein; siehe hierzu Schäfer, Blomberg, S. 183–185. Hoßbach, Wehrmacht und Hitler, S. 122, glaubte, Fritsch habe „erst in letzter Stunde durch Blomberg von der […] Trauung erfahren". Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 29f., nahmen an, Hitler habe sich schon am 22.12.1937 spontan als Trauzeuge angeboten, als Blomberg ihm gesagt habe, daß er sich mit einem einfachen Mädchen aus dem Volke verheiraten möchte. Die Annahme von Janßen/Tobias erscheint fragwürdig, da Hitler offenbar Ehen mit großem Altersunterschied als „Abnormität" ansah. Als Hitlers Adjutant Wilhelm Brückner 1937 heiratete, notierte Goebbels über das Verhalten Hitlers in sein Tagebuch: „Brückner hat […] geheiratet. Aber der Führer hat ihm nicht einmal gratuliert. Er ist scharf gegen diese Ehe, die eine wahre Abnormität ist. Er 53, sie 18 Jahre!" TG, 13.8.1937. Wahrscheinlicher ist, daß Hitler spontan zum Trauzeugen wurde, zudem äußerte er zu Goebbels, Blomberg habe ihn mit der Heirat „überrumpelt"; TG, 1.2.1938.

[22] Der Tenor der Berichterstattung in der Auslandspresse läßt sich schon anhand einer Presseanweisung zu den ausländischen Mutmaßungen über diese Krise ersehen. Darin hieß es, daß in der deutschen Presse, entgegen „der Gerüchtemacherei im Ausland", darauf hinzuweisen sei, „daß es bei uns keine Gruppen gibt" und daß es die „in der Auslandspresse geschilderten persönlichen Auseinandersetzungen […] nicht gegeben" habe.

gehandelt werden müsse: „Nun muß etwas geschehen. Sonst wächst uns die Sache über den Kopf“ (TG, 1.2.1938). In den nächsten Tagen drängte Goebbels Hitler bei ihren täglichen Zusammenkünften zu einer Entscheidung, um die Gerüchte in der ausländischen Presse einzudämmen: „Es wird nun Zeit, den Knoten zu durchschlagen. Ich sage das auch dem Führer. Er will bald einen Entschluß fassen“ (TG, 2.2.1938). Goebbels fürchtete, daß die Auslandspresse mit ihren Gerüchten wohl bald „an den Kern der Sache“ (TG, 3.2.1938) herankommen könnte und wurde zunehmend ungeduldiger. Aber es sollte noch zwei Tage dauern, bis Hitler seine Entscheidungen bekanntgab.

2. Die Fritsch-Krise

Über den Fall Fritsch informierte Hitler Goebbels noch wesentlich restriktiver als über das Vorleben der Blomberg-Gattin. Am 25. Januar hatten Hitler oder Göring gegenüber Goebbels vage Andeutungen über einen möglichen Skandal Blombergs gemacht. Von den Vorwürfen gegen Fritsch erwähnten sie gegenüber dem Propagandaminister kein Wort, aber nicht, um die Anschuldigungen erst zu prüfen, denn Hitler konfrontierte beispielsweise seinen Wehrmachtsadjutanten Oberst Friedrich Hoßbach noch am selben Tag damit. Wie schon beim Blomberg-Skandal war es wiederum Helldorf, der Goebbels am 26. Januar 1938 erstmals von den Vorwürfen gegen den Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst Werner Freiherr von Fritsch, in Kenntnis setzte: „Nun soll auch noch Fritsch § 175“ (TG, 27.1.1938), notierte Goebbels. Der Berliner Polizeipräsident teilte Goebbels auch mit, daß Fritsch Hitler sein Ehrenwort gegeben habe, daß er nicht homosexuell sei. Dieses Ehrenwort scheint Hitler, wie aus den Tagebüchern von Goebbels zu schließen ist, seinem Propagandaminister gegenüber nicht erwähnt zu haben. Auch vor Offizieren sprach Hitler anscheinend nie davon.[23] Wie aus seinem Tagebuch hervorgeht, zweifelte Goebbels, wie auch Hitler, die Aufrichtigkeit Fritschs an: „Er versichert ehrenwörtlich, daß das nicht wahr ist. Aber wer kann das noch glauben? Hat Blomberg das gewußt? Von seiner eigenen Frau? Und kann er den Führer so sitzen lassen? / Offiziersehre? Wo bleibt sie jetzt? Alles ungelöste Fragen“ (TG, 27.1.1938). An dieser Passage wird deutlich, daß Goebbels dem Ehrenwort Fritschs mißtraute, weil Blomberg aus eigenem Verschulden dem NS-Regime einen Skandal beschert hatte. Goebbels nahm zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht an, daß Homosexuellen – und somit auch Fritsch – grundsätzlich nicht getraut

In: NS-PrA, Bd. 6/I, Dok. 361, 5.2.1938, S. 129. Siehe zur Rezeption der Affäre im Ausland: Schäfer, Blomberg, S. 191–196; zur Berichterstattung über das Revirement: Groehler, Revirement, S. 114–119. Hitler griff in seiner Reichstagsrede am 20.2.1938 die ausländische Presse wegen ihrer Berichterstattung an verschiedenen Stellen stark an: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 459, S. 31–34, 38–40. Das „Material“ „mit ein paar ganz tollen Beispielen“ dazu gab ihm Goebbels; TG, 16.2.1938.

[23] Fritsch-Aufzeichnungen, in: Mühleisen, Fritsch-Krise, Dok. 6, S. 492, Dok. 7, S. 494f., 498, 503; Hoßbach, Wehrmacht und Hitler, S. 128, 130; Deutsch, Das Komplott, S. 226–229, 344–348. Vermutlich verschwieg Hitler das Ehrenwort auch gegenüber Generaloberst Beck; vgl. Müller, Beck. Biographie, S. 279.

werden könne, was Hitler ihm und anderen wenig später einredete.[24] Andererseits hielt Goebbels zu dieser Zeit die Anschuldigung noch nicht für berechtigt oder erwiesen, was darin zum Ausdruck kommt, daß er sich durch das „Nun soll" (TG, 27. 1. 1938) von der Aussage distanzierte. Am nächsten Tag, dem 27. Januar, sprach Goebbels erstmals mit Hitler, der nun „ganz fahl und grau geworden" sei, über Blombergs Rücktritt und die Vorwürfe gegen Fritsch. Goebbels notierte in sein Tagebuch, der Oberbefehlshaber des Heeres sei dem Belastungszeugen gegenübergestellt worden, „der ihn wiedererkennen will, was Fritsch energisch bestreitet" (TG, 28. 1. 1938).[25] Hitler teilte Goebbels auch mit, daß sein Wehrmachtsadjutant, Friedrich Hoßbach, Fritsch vor der Gegenüberstellung über die Beschuldigungen informiert hatte: „Hoßbach hat den Fehler gemacht, ihn vorher über die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zu orientieren. Er konnte sich also präparieren".[26] Aber Goebbels konnte offensichtlich nicht recht an die Homosexualität von Fritsch glauben, was daran ersichtlich ist, daß er hier wieder ein distanzierendes „der ihn wiedererkennen will" ins Tagebuch schrieb und weiter notierte: „Wer weiß hier was richtig und falsch ist!" Andererseits scheint Hitler ihm durchaus deutlich gesagt zu haben, was man gegen Fritsch in der Hand hatte, wenn auch noch „weiter untersucht" werden sollte: „Aber nach dem muß Fritsch auch gehen" (TG, 28. 1. 1938), urteilte Goebbels.[27]

Am 28. Januar unterrichtete Hitler Goebbels mittags darüber, daß „Fritsch von der Stapo 4 Stunden auf § 175, aber bisher ohne Erfolg vernommen" worden sei, daß Fritsch also die ihm zur Last gelegten Vergehen nicht gestanden habe (TG, 29. 1. 1938).[28] „Die Sache steht noch pari. An eine Lösung vorläufig nicht zu

[24] Hoßbach, Wehrmacht und Hitler, S. 128; Wiedemann, Der Mann, S. 116; Deutsch, Das Komplott, S. 136.

[25] Hitler hatte den Erpresser Otto Schmidt am 26. 1. 1938 in die Reichskanzlei bringen lassen, um Fritsch als Beschuldigten zu identifizieren. Schmidt erklärte, daß Fritsch der Belastete sei. Zur Gegenüberstellung siehe Fritsch-Aufzeichnungen, in: Mühleisen, Fritsch-Krise, Dok. 2, S. 486, Dok. 6, S. 492, Dok. 7, S. 494; Hoßbach, Wehrmacht und Hitler, S. 129 f.; Wiedemann, Der Mann, S. 118; Kielmansegg, Fritsch-Prozess, S. 37 f.; Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 104–109; Deutsch, Das Komplott, S. 143–146.

[26] Siehe dazu Hoßbach, Wehrmacht und Hitler, S. 126–128; Fritsch-Aufzeichnung, in: Mühleisen, Fritsch-Krise, Dok. 7, S. 493 f. Hoßbach hatte Fritsch jedoch unabsichtlich enormen Schaden zugefügt, weil Fritsch nun darüber nachdachte, von wem der Vorwurf der Homosexualität stammen könnte. Auf eine Frage Hitlers nach möglichen Anlässen zu dieser Beschuldigung nannte Fritsch zwei Hitlerjungen, denen er in seiner Wohnung einen freien Mittagstisch gewährt hatte. Daraufhin zeigte sich Hitler noch stärker überzeugt, daß Fritsch homosexuell sei, und ließ die Anklageschrift um angebliche Vergehen gegen die beiden Hitlerjungen erweitern. Vgl. Wiedemann, Der Mann, S. 118; Fritsch-Aufzeichnung, in: Mühleisen, Fritsch-Krise, Dok. 6, S. 492; Zeitgeschichte. Der Fritsch-Prozess. Dieser Dreck [Auszüge aus dem Kriegsgerichtsurteil gegen Generaloberst Freiherr von Fritsch], in: Der Spiegel, Nr. 36, 1. 9. 1965, S. 46–57, hier S. 47, 53 f.

[27] Auch gegenüber Hoßbach versuchte Hitler, das Belastungsmaterial als überzeugend darzustellen; vgl. Hoßbach, Wehrmacht und Hitler, S. 124–126.

[28] Zum Verhör des Generalobersten durch die Gestapo siehe Fritsch-Aufzeichnungen, 29. 1. 1938, in: Mühleisen, Fritsch-Krise, Dok. 2, S. 484 f., Dok. 5, S. 490; Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 109–115, die im Besitz des Vernehmungsprotokolls der Gestapo (Der Sturz, S. 284, Anm. 8 f.) und des vollständigen Urteils (Der Sturz, S. 276, Anm. 18) gegen Fritsch sind; Deutsch, Das Komplott, S. 153–159.

denken", schrieb Goebbels weiter. Er wurde nun Zeuge der Entlassung Hoßbachs, „wegen seines Fehlers Fritsch gegenüber", die dieser „durch ein Telephongespräch beim Essen" übermittelt bekam. Hoßbach sei nach dem Telefonat „ganz gebrochen" gewesen und habe sich dann von Goebbels mit „Tränen […] in den Augen" verabschiedet.[29] Goebbels empfand großes Mitgefühl mit dem Wehrmachtsadjutanten, aber sein Mitleid mit Hitler überwog: „Der Führer ist ganz müde und grau. Für ihn ist mir das alles am schwersten." Goebbels quälten auch die Gedanken, daß sie über ein so „furchtbares Verhängnis […] nicht so leicht hinwegkommen werden", und daß er sich „im Menschenleben nicht mehr" auskenne (TG, 29. 1. 1938). Er hatte also Zweifel an der Schuld des Heereschefs, da er ihm die unterstellte Handlung nicht zugetraut hatte.

Am nächsten Mittag erfuhr Goebbels von Hitler, daß sich dieser mit seinem früheren Adjutanten ausgesprochen habe, ihm „eine gute Qualifikation" und „demnächst ein Regiment" geben wolle, ihn „vielleicht auch einmal später zurück"holen würde (TG, 30. 1. 1938), was jedoch nie geschehen sollte.[30] Hoßbach habe „einen schweren Fehler gemacht", aber schließlich, so redete Hitler Goebbels offensichtlich ein, seien „ihm [Hoßbach, d. V.] bei Fritsch alle Ideale zerbrochen".[31] Auch über den „Fall Fritsch" wurde wieder gesprochen, der „ganz versiebt" sei, weil Fritsch die Beschuldigungen nicht zugegeben habe, und nun Aussage gegen Aussage stünde, wobei Goebbels, im Gegensatz zu Hitler, die jeweiligen Aussagen unterschiedlich bewertete: „Hier steht Aussage gegen Aussage: die eines homosexuellen Erpressers und die des Chefs des Heeres" (TG, 30. 1. 1938). Für Goebbels war dennoch Hitlers Ansicht entscheidend: „Und der Führer traut Fritsch nicht mehr. Eine verteufelte Situation. Gürtner soll nun noch ein juristisches Gutachten anfertigen.[32] Aber was nutzt das alles. Das Porzellan ist zerschlagen." Es war naiv von Goebbels zu glauben, er „werde es nachher wieder zusammenkitten helfen müssen" (TG, 30. 1. 1938).

Am fünften Jahrestag der nationalsozialistischen Machtübernahme traf Goebbels in der Reichskanzlei mit Himmler zusammen: „Himmler ist sehr deprimiert. Fritsch hat noch immer nicht gestanden. Wer hat hier recht?" (TG, 31. 1. 1938) Goebbels war höchst irritiert: „Heydrich hat ganze Nächte hindurch vernommen. Fritsch läßt sich alles sagen, aber er bleibt fest und zäh. Ich kenne mich nicht mehr aus." Goebbels wollte eine schnelle Lösung des Konfliktes: „Aber so geht das doch nicht weiter. Irgendetwas muß geschehen. Der Führer will nun in dieser Woche die ganze Geschichte lösen. Es wird auch Zeit. Das zermürbt uns ja alle." In der Zwischenzeit hatte Hitler ein Gespräch mit Justizminister Gürtner, über das Hitler

[29] Auch Hoßbach, Wehrmacht und Hitler, S. 134f., und Wiedemann, Der Mann, S. 120f., schildern die Entlassung des Wehrmachtsadjutanten mittels eines Telefongesprächs beim Mittagessen und bestätigten somit den Tagebucheintrag von Goebbels.

[30] Vgl. Wiedemann, Der Mann, S. 121; Hoßbach, Wehrmacht und Hitler, S. 135; Deutsch, Das Komplott, S. 151f.

[31] Hoßbach dagegen schrieb in seinen Memoiren, Wehrmacht und Hitler, S. 125–127, er habe Fritsch informiert, weil ihm der Vorwurf der Homosexualität „völlig unglaubhaft" erschienen sei, und er habe Hitler einen Dienst erweisen wollen, indem er ihm die Unbegründetheit seines Verdachts gegen Fritsch mitteilte.

[32] Zu dem Gutachten siehe Müller, Beck. Biographie, S. 281, 644f., Anm. 51.

Goebbels informierte. Goebbels notierte dazu, Hitler habe „eine lange Unterredung mit Gürtner" gehabt, und Gürtner „soll nun ein juristisches Gutachten über den Fall Fritsch ausarbeiten. Der Führer will dann damit Schluß machen" (TG, 31.1.1938). Mit diesem Gutachten („damit") also würde Hitler den Konflikt beenden, Fritsch entlassen – auch ohne juristisches Verfahren und Verurteilung.

Am nächsten Tag hatte Goebbels mit Hitler allein ein zweistündiges Gespräch in dessen „Privatzimmer" (TG, 1.2.1938), über das er folgendes festhielt: „Fritsch als 175er nahezu entlarvt. Zwar liegt das 3 Jahre zurück, aber der Führer glaubt fest daran. Fritsch leugnet, aber das tuen [!] ja diese Menschen immer. Auch nicht mehr zu halten." An dieser Notiz fällt wiederum auf, daß sich Goebbels durch das „nahezu" von der Vorverurteilung distanzierte und auch betonte, daß Hitler von der Schuld Fritschs überzeugt sei, während er, Goebbels, noch skeptisch war. Bemerkenswert ist auch, daß Goebbels nun die Argumentation Hitlers übernahm, daß Fritschs Leugnen nichts zu bedeuten habe, weil homosexuelle Menschen dies, wie er schrieb, „immer" täten,[33] während er vorher Fritschs Wahrhaftigkeit lediglich wegen Blombergs Fehlverhalten angezweifelt hatte. Die Fritsch zur Last gelegte Handlung hatte aber nicht, wie Goebbels festhielt, drei Jahre vorher, sondern im November 1933 stattgefunden. Damals hatte ein pensionierter Rittmeister, Achim von Frisch, mit dem Stricher Martin Weingärtner, in bestimmten Kreisen auch bekannt als „Bayernseppl", beim Berliner Wannsee-Bahnhof oralen[34] Geschlechtsverkehr gehabt, war dabei oder vorher von einem gewissen Otto Schmidt beobachtet worden, der ihn hinterher mehrmals erpreßt hatte und so zu 2500 Reichsmark gekommen war.[35] Schmidt, der schon des öfteren straffällig geworden war, denunzierte bei seinen Vernehmungen homosexuelle Personen, um sich so Vorteile wie Haftverkürzung oder ähnliches zu verschaffen.[36] Bei seiner Verhaftung 1935 gab er über hundert Namen von potentiellen Homosexuellen an; aber vermutlich erst im Mai 1936 beschuldigte er Fritsch.[37] Hitler erfuhr im Sommer 1936 erstmals von den Vorwürfen gegen Fritsch, hatte damals aber die Vernichtung der Akte befohlen.[38] Während Harold Deutsch behauptete, Hitler habe

[33] Diese Argumentation übernahm Hitler möglicherweise von Himmler; vgl. Wiedemann, Der Mann, S. 116.

[34] Dies geht aus dem Vernehmungsprotokoll der Gestapo hervor; vgl. Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 112. Durch die Novelle des Paragraphen 175 des StGB vom 28.6.1935 war nun jede „Unzucht" unter Männern unter Strafe gestellt, es mußte also, im Gegensatz zu früheren Fassungen des § 175, kein Beischlaf oder eine beischlafähnliche Handlung vorliegen. Siehe Hoche, Die Gesetzgebung des Kabinetts Hitler, S. 194; Dalcke, Strafrecht und Strafverfahren, S. 158, auch Anm. 46 und 46a.

[35] Fritsch-Aufzeichnungen, in: Mühleisen, Fritsch-Krise, Dok. 2, S. 485f., Dok. 7, S. 494, 499; Deutsch, Das Komplott, S. 121–123; Zeitgeschichte. Der Fritsch-Prozess. Dieser Dreck [Auszüge aus dem Kriegsgerichtsurteil gegen Generaloberst Freiherr von Fritsch], in: Der Spiegel, Nr. 36, 1.9.1965, S. 47f.; Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 93f., 174.

[36] Deutsch, Das Komplott, S. 125, 296.

[37] Zeitgeschichte. Der Fritsch-Prozess. Dieser Dreck [Auszüge aus dem Kriegsgerichtsurteil gegen Generaloberst Freiherr von Fritsch], in: Der Spiegel, Nr. 36, 1.9.1965, S. 47; Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 92; Fritsch-Aufzeichnung, in: Mühleisen, Fritsch-Krise, Dok. 7, S. 494.

[38] Fritsch-Aufzeichnungen, in: Mühleisen, Fritsch-Krise, Dok. 5, S. 489, Dok. 7, S. 495; Aussage von Regierungsrat Gisevius vor dem IMG, in: IMG 12, S. 220; Schäfer, Blomberg,

„überall und jedem“[39] von der Fritsch-Akte, deren Verbrennung er angeordnet hatte, erzählt, scheint Goebbels von dem Material vorher nichts gewußt zu haben.[40] In den Goebbels-Tagebüchern findet sich auch kein Hinweis darauf, daß Goebbels über Hitlers Annahme informiert gewesen sei, Fritsch habe auch mit zwei Hitlerjungen sexuelle Handlungen vorgenommen. Fritsch hatte Hitler am 26. Januar 1938 auf dessen Frage, wie es zu der Anschuldigung der Homosexualität gekommen sein könnte, erzählt, die Vorwürfe könnten nur auf die beiden Hitlerjungen zurückgehen, denen er früher einen Mittagstisch gewährt habe.[41]

Es scheint, als habe Hitler Goebbels und andere nur unzureichend mit den Vorwürfen und Fritschs Verteidigungshaltung konfrontiert. Goebbels' Tagebucheintragungen zeigen dennoch erhebliche Zweifel, beispielsweise eine Verwunderung darüber, daß Hitler dem homosexuellen Belastungszeugen Schmidt mehr glaubte als dem Generalobersten von Fritsch. Bemerkenswert ist schließlich auch, daß Goebbels von Fritsch nicht erwartete, daß dieser zur Pistole greife, was er in seinem Tagebuch zweimal von Blomberg gefordert hatte. So bemüht Hitler auch war, bei Goebbels keine Zweifel über die Zulässigkeit der Vorwürfe gegen Fritsch aufkommen zu lassen, Goebbels wurde, kaum daß Hitler ihn überzeugt hatte, in Gesprächen mit anderen Informanten doch wieder mißtrauisch. Als Goebbels an Hitlers Mittagstisch am letzten Januartag von Hitler Näheres über dessen juristische Bemühungen erfuhr, nämlich daß Justizminister Gürtner „über Fritsch ein juristisches Gutachten ausarbeiten“ sollte und zugegeben habe, „daß das Material zur Einleitung eines Verfahrens und wohl auch zur Verhaftung“ ausreiche[42], kommentierte er dies mit der Interjektion „Das genügt!“ (TG, 1.2.1938) Goebbels hielt den Fall Fritsch also für hinreichend geklärt. Aber schon wenige Stunden später, nach einem Gespräch mit Hitlers Adjutanten Wiedemann, nahm Goebbels

S. 182; Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 95–97; Deutsch, Das Komplott, S. 125–130; Hoßbach, Wehrmacht und Hitler, S. 126. Im Urteil heißt es hierzu: „Auf besondere Anweisung wurden die Ermittlungen über die Behauptungen des Schmidt damals zunächst eingestellt.“ Zeitgeschichte. Der Fritsch-Prozess. Dieser Dreck [Auszüge aus dem Kriegsgerichtsurteil gegen Generaloberst Freiherr von Fritsch], in: Der Spiegel, Nr. 36, 1.9.1965, S. 47.

[39] Deutsch, Das Komplott, S. 127.

[40] Alfred Jodl hingegen, der dienstlich mit Blomberg und Fritsch zu tun gehabt hatte, wußte davon; vgl. Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 28.1.1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 359. Vgl. auch Hoßbach, Wehrmacht und Hitler, S. 125.

[41] Fritsch-Aufzeichnung, in: Mühleisen, Fritsch-Krise, Dok. 7, S. 493 f.; Hoßbach, Wehrmacht und Hitler, S. 127; Wiedemann, Der Mann, S. 118; Deutsch, Das Komplott, S. 144, 227; Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 105.

[42] In dem Gutachten, zitiert nach Wiedemann, Der Mann, S. 116, lautet diese Passage folgendermaßen: „So wie die Akten vor mir liegen, können sie immerhin dem Staatsanwalt Veranlassung geben, Anklage zu erheben.“ Einen anderen Text zitierten Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 120, die sich auf den im Urteil benutzten Gutachten-Text stützen. Die These von Deutsch, Das Komplott, S. 137–140, 161 f., Gürtner habe zwei Gutachten erstellt, ein erstes, kurzes und ein zweites, offizielles, zwischen 29. und 31.1., läßt sich durch die Goebbels-Tagebücher weder widerlegen noch bestätigen, es sei denn, man wollte bei der folgenden Notiz von Goebbels in der Modalpartikel eine Gradpartikel sehen, würde also annehmen, daß Goebbels mit „noch“ eindeutig ein zweites Gutachten meinte und nicht, daß eben das Gutachten noch ausstehe. Goebbels schrieb „Gürtner soll nun noch ein juristisches Gutachten anfertigen“; TG, 30.1.1938.

verwundert und offensichtlich unsicher zur Kenntnis: „Wiedemann ist und bleibt skeptisch im Falle Fritsch“ (TG, 1.2.1938). Goebbels schwankte demnach zwischen dem persönlichen Urteil aufgrund seiner Menschenkenntnis und dem Plädoyer Hitlers für die Schuld von Fritsch hin und her. Für den weiteren Fortgang der Krise waren Goebbels' Zweifel jedoch unerheblich, denn Hitler hatte längst entschieden, sich auch vom Oberbefehlshaber des Heeres zu trennen.

3. Die Lösung der Blomberg-Fritsch-Krise

Bei Ausbruch der Blomberg-Fritsch-Krise erfuhr Goebbels von Hitler lediglich die nötigsten Fakten und diese auch nur sehr zögerlich. Als es darum ging, die Krise zu bewältigen, band Hitler Goebbels zwar in das Krisenmanagement mit ein, aber wiederum später als viele andere Personen. Einer der ersten, mit denen Hitler die personellen Alternativen an der Spitze der Wehrmacht besprach, war Oberst Hoßbach. Dieser erfuhr schon am Vormittag des 25. Januar, daß Fritsch als möglicher Nachfolger Blombergs ausscheide, weil er „homosexuell belastet“ sei.[43] Hoßbach hatte Fritsch diesen Vorwurf noch am selben Abend mitgeteilt, worauf ihm dieser gesagt haben soll, die Anschuldigungen seien „[e]rstunken und erlogen“.[44] Als Hoßbach dies Hitler am nächsten Vormittag (26. Januar 1938) berichtete, entgegnete dieser, daß der Fall dann in Ordnung sei und Fritsch Minister werden könne, worauf Hoßbach erwiderte, daß Fritsch das gar nicht wolle.[45] Hoßbach sprach mit Hitler dann über andere Generäle, die als mögliche neue Kriegsminister zur Debatte standen. Vielleicht noch an diesem Tag, spätestens jedoch am Vormittag des 27. Januar, unterbreitete Blomberg Hitler den Vorschlag, die Wehrmacht selbst zu übernehmen, nachdem Hitler ihm gegenüber die Kandidaten Fritsch und Göring als mögliche Nachfolger abgelehnt hatte. Hitler nahm diese Äußerung Blombergs anscheinend wortlos entgegen.[46] Goebbels schlug Hitler bald darauf, vormittags oder mittags am 27. Januar, ebenfalls die persönliche Führung der Wehrmacht vor, jedoch in einer noch folgenreicheren Variante, als sie bald darauf erfolgte.[47] Hitler scheint zu diesem Zeitpunkt diese Lösung bereits ernsthaft in Erwägung gezogen zu haben, denn Namen weiterer Kandidaten diskutierten sie

[43] Hoßbach, Wehrmacht und Hitler, S. 124f.

[44] Ebenda, S. 127; ähnlich Fritsch-Aufzeichnung, in: Mühleisen, Fritsch-Krise, Dok. 7, S. 493.

[45] Hoßbach, Wehrmacht und Hitler, S. 127.

[46] Ebenda, S. 131–133, v. a. Anm. 1; Kielmansegg, Fritsch-Prozess, S. 38f.; Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 26.1.1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 358; Foertsch, Schuld, S. 88; Schäfer, Blomberg, S. 188. Blomberg war am 26. und 27.1. bei Hitler; an welchem Tag er den Vorschlag gemacht hatte, läßt sich nicht mehr ermitteln; Deutsch, Das Komplott, S. 108, nennt den 26.1.1938; Hoßbach, Wehrmacht und Hitler, S. 131–133, den 27.1.1938; Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 124–126, den 27.1.1938. Vor dem IMG gab Blomberg allerdings nicht zu, daß er Hitler diesen Vorschlag gemacht hatte: Aussage Blombergs, in: IMG 40, Dok. Keitel-18, S. 407f.

[47] Zu den Konsequenzen, die dieser Vorschlag Goebbels' für die Spitzengliederung der Wehrmacht bedeutet hätte, und den Reaktionen Keitels und Jodls hierauf siehe Müller, Beck. Biographie, S. 282f.

nicht mehr. Goebbels notierte hierüber in sein Tagebuch: „Ich schlage vor: der Führer übernimmt selbst die ganze Wehrmacht und erhebt die verschiedenen Wehrmachtsteile zu Ministerien. Das wäre die logischste Lösung. Aber so weit sind wir noch nicht. Und dann kommt die schwierigste Frage: wie dem Volke sagen" (TG, 28. 1. 1938). Hitler und Goebbels betrachteten diese Möglichkeit offensichtlich beide als die naheliegendste und als schon beschlossene Sache, da sie sich nun vor allem mit der Problematik befaßten, wie dies der Öffentlichkeit vermittelt werden könnte. Heikel war die Angelegenheit aber nur, wenn Hitler selbst den Oberbefehl an sich reißen würde, nicht bei einem Ministerwechsel. In diesem Punkt bestätigen die Goebbels-Tagebücher die bisher durch Wilhelm Keitels Erinnerungen und das Diensttagebuch von Oberst Alfred Jodl gestützte Annahme, daß Hitler bereits am 27. Januar entschieden hatte, selbst den Oberbefehl über die Wehrmacht zu übernehmen.[48]

Die Nachfolgeregelung für den Posten des Oberbefehlshabers des Heeres zog sich dagegen länger hin. Nach dem Bericht Friedrich Hoßbachs war Hitler schon am 25. Januar gewillt, auch Generaloberst Werner von Fritsch wegen des Vorwurfs der Homosexualität zu entlassen;[49] Goebbels erfuhr das erst zwei Tage später von Hitler (TG, 28. 1. 1938). Auf der Suche nach einem Nachfolger für Fritsch empfing Hitler in den nächsten Tagen, wie Goebbels überliefert, „die Generäle der Reihe nach" (TG, 3. 2. 1938), um sie ebenso wie einige Parteifunktionäre nach geeigneten Kandidaten für die Heeresleitung zu befragen.[50] Auch Goebbels wurde, übrigens noch vor den Generälen, um seine Meinung gebeten und empfahl General Ludwig Beck (TG, 1. 2. 1938). Allerdings ist es eher unwahrscheinlich, daß Hitler tatsächlich, wie er Goebbels mitgeteilt zu haben scheint, „auch sehr stark" zu Beck tendiert habe (TG, 1. 2. 1938), denn zum einen hatte Beck in den Tagen zuvor beständig für Fritsch Partei ergriffen, zum anderen bestanden zwischen beiden sachliche Differenzen.[51] Auch hatte Hitler bereits in vorherigen Gesprächen gegenüber anderen verlauten lassen, er favorisiere General Walter von Reichenau als neuen Oberbefehlshaber des Heeres.[52] Die Nachfolgefrage an der Heeresspitze entschied Hitler erst am 3. Februar, indem er den General der Artillerie und Wunschkandidaten Keitels, Walther von Brauchitsch, zum neuen Oberbefehlshaber des Heeres

[48] Görlitz, Keitel, S. 109; Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 27. 1. 1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 358. Hierin heißt es, Hitler habe am 27. 1. 1938 in der um 13.00 Uhr beginnenden Besprechung zu Keitel gesagt: „Die einheitliche u[nd] geschlossene Führung der Wehrmacht ist mir heilig u[nd] unantastbar, ich übernehme sie selbst mit ihrer Hilfe."

[49] Hoßbach, Wehrmacht und Hitler, S. 124f.

[50] TG, 3. 2. 1938; Görlitz, Keitel, S. 108, 110f.; Diensttagebuch Jodls, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 358–366; Deutsch, Das Komplott, S. 187–194; Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 131f., 139, 199.

[51] Foertsch, Schuld, S. 94; Müller, Heer und Hitler, S. 261f., v. a. Anm. 34; Deutsch, Das Komplott, S. 187f.; Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 203; Müller, Beck. Biographie, S. 275–300, v. a. S. 280, 284.

[52] So z. B. zu Keitel, siehe Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 28. 1. 1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 359; Görlitz, Keitel, S. 108 und v. a. S. 111; Below, Hitlers Adjutant, S. 72; vgl. auch Müller, Heer und Hitler, S. 262f.; Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 131f.

ernannte[53] und zugleich Fritsch zum Rücktritt veranlaßte,[54] wovon Goebbels erst am 4. Februar, am Tag der offiziellen Proklamation des Revirements, in Kenntnis gesetzt wurde (TG, 5. 2. 1938).

Die Blomberg-Fritsch-Krise betraf letztlich aber nicht nur diese beiden Generäle, sondern wurde von Hitler zu einer personellen Umbesetzung im großen Stil genutzt. Hitler verschob aufgrund dieser Krise seine traditionelle Reichstagsrede zum Jahrestag der Machtübernahme und die geplante Sitzung des Reichskabinetts; dies teilte er Goebbels schon am 27. Januar mit (TG, 28. 1. 1938). Blomberg war am 26. oder 27. Januar zurückgetreten, die Entlassung von Fritsch war für Hitler nur eine Frage der Zeit; das Offizierskorps schien durch die angeblichen Vergehen der Oberbefehlshaber von Wehrmacht und Heer geschwächt. In dieser Situation machte sich Hitler grundsätzliche Gedanken über die Zukunft der Wehrmacht und der Oberbefehlshaber der anderen Wehrmachtsteile, die er Goebbels am 31. Januar mitteilte: „Raeder bleibt; er hat sich in der ganzen Krise fabelhaft benommen[55] und in der Marine ist alles in Ordnung. Göring ist zum Feldmarschall ernannt worden" (TG, 1. 2. 1938). Goebbels erfuhr auch bereits, daß Außenminister Konstantin von Neurath durch Joachim von Ribbentrop ersetzt werden solle und daß „Neurath Minister ohne Portefeuille und persönlicher Ratgeber des Führers" würde. Den Zweck größerer personeller Umbesetzungen beschrieb Goebbels in seinem Tagebuch wie folgt: „Um die ganze Sache zu vernebeln, soll ein großes Revirement stattfinden", und „die wahren Hintergründe müssen hinter einer Nebelwand verschwinden" (TG, 1. 2. 1938), wobei Goebbels mit den „wahren Hintergründe[n]" kaum etwas anderes gemeint haben wird als die Anschuldigungen gegen Margreth von Blomberg und Werner von Fritsch. Die machtpolitischen Hintergründe scheint Goebbels seinem Tagebuch zufolge nicht erkannt zu haben.

An den folgenden Tagen erkundigte sich Goebbels, immer wenn er mit Hitler zusammentraf, bei ihm, wie er sich nun entschieden habe, worauf ihm Hitler stets antwortete, er sei „[n]och zu keinem Entschluß gekommen" (TG, 2. 2. 1938, 3. 2. 1938). Auch wenn Hitler dementierte, so glaubte Goebbels doch, daß die personellen Veränderungen, über die sie schon am letzten Januartag gesprochen hatten, vollzogen würden, denn zu Neuraths 65. Geburtstag notierte Goebbels: „Neurath 65 Jahre alt. Er feiert und ahnt wohl nicht, welche Wolke über ihm steht" (TG, 3. 2. 1938).[56] Erst am 4. Februar beim Mittagstisch erfuhr Goebbels von Hitler, daß „nun alles perfekt" sei und „am späten Abends das Communiqué"[57]

[53] Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 3. 2. 1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 366; Müller, Heer und Hitler, S. 268; Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 149.

[54] Fritsch-Aufzeichnung, in: Mühleisen, Fritsch-Krise, Dok. 7, S. 498.

[55] Raeder zeigte sich erschüttert, als Hitler ihn mit den Vorwürfen gegen Fritsch konfrontierte und ließ sich, zumindest anfangs, von Hitler überzeugen, Fritsch sei schuldig. Als er über die Hintergründe der Fritsch-Krise informiert und nach einer Beteiligung an Gegenmaßnahmen gefragt wurde, soll er geäußert haben, es handle sich hier lediglich um ein Problem des Heeres. Vgl. Deutsch, Das Komplott, S. 178, 204f.; Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 118.

[56] Neurath ahnte es wirklich nicht; vgl. Wiedemann, Der Mann, S. 114f.

[57] Vgl. Domarus, Hitler, Bd. 1, S. 784.

herausgegeben werden solle (TG, 5.2.1938). Hitler teilte Goebbels auch bereits „seine Entschlüsse" mit, die, wie Goebbels glaubte, eine „große Sensation hervorrufen" würden. Am Abend gab Hitler zu Goebbels' großer Erleichterung das beschlossene Revirement bekannt.[58] Goebbels hielt in seinem Tagebuch auch fest, wie die Rücktritte der Oberbefehlshaber von Wehrmacht und Heer öffentlich begründet wurden, was er durch Anführungszeichen kenntlich machte: „Blomberg und Fritsch aus ‚gesundheitlichen' Gründen zurückgetreten.[59] Führer selbst übernimmt die Befehlsgewalt über die Wehrmacht persönlich. Ihm ist Keitel im Range eines Reichsministers als Chef des Oberkommandos der Wehrmacht unmittelbar unterstellt. Göring zum Feldmarschall ernannt. Brauchitsch Nachfolger von Fritsch. Ribbentrop Außenminister. Neurath Präsident des neugebildeten ‚Geheimen Kabinettsrats', der den Führer in der Außenpolitik beraten soll." Zu den weiteren Mitgliedern dieses Geheimen Kabinettsrats gehörten, wie Goebbels festhielt, „Ribbentrop, Göring, Heß," er selbst, „Lammers, Brauchitsch, Raeder, Keitel." Goebbels schrieb weiter in sein Tagebuch, daß dieses Revirement vor allem im Bereich der Generalität vollzogen worden sei und die Armee verjünge (TG, 5.2.1938).[60]

Am nächsten Abend erläuterte Hitler noch vor dem versammelten Reichskabinett[61] seine Entschlüsse, wobei er Goebbels zufolge mit „einer bewundernswerten Offenheit […] noch einmal das ganze Drama abrollen" ließ, also zu den Vorwürfen gegen Blomberg und Fritsch Stellung bezog (TG, 6.2.1938). Hitler habe von seiner „Scham" und „Verzweiflung" gesprochen. In dieser Kabinettssitzung habe Himmler Goebbels erzählt, „daß er das Material für Fritsch zusammenstellen muß" (TG, 6.2.1938). Goebbels notierte hierzu weiter: „Das wird in einem regelrechten Verfahren untersucht und abgeurteilt. Das wird ja noch allerhand Staub aufwirbeln." Goebbels hielt allerdings nicht fest, warum er glaubte, daß das Verfahren – oder das Material? – Staub aufwirbeln werde. Himmler scheint Goebbels

[58] Die Fakten, die Goebbels notierte, stimmen exakt. Vgl. Sonderpressekonferenz, in: NS-PrA, Bd. 6/I, Dok. 359, 4.2.1938, S. 124–127; Erlaß des Führers über die Wehrmacht, 4.2.1938, RGBl. 1938, Teil I, S. 111, und Erlaß über die Errichtung eines Geheimen Kabinettsrats, 4.2.1938, RGBl. 1938, Teil I, S. 112; Domarus, Hitler, Bd. 1, S. 783f.

[59] In einer Presseanweisung wurde empfohlen, als mögliche Überschrift für einen Bericht über die personellen Veränderungen den folgenden Satz zu verwenden: „Der Oberbefehlshaber der Wehrmacht, Generalfeldmarschall von Blomberg, und der Oberbefehlshaber des Heeres, General Freiherr von Fritsch, auf ihren Antrag aus gesundheitlichen Gründen ausgeschieden." In: NS-PrA, Bd. 6/I, Dok. 359, 4.2.1938, S. 127. Auch Hitler sprach in seiner Reichstagsrede am 20.2.1938 von der „angegriffene[n] Gesundheit" von Blomberg und – in einem Nebensatz – von Fritsch; vgl. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 459, S. 34.

[60] Dieser Aspekt sollte in der Presse ebenso betont werden; vgl. NS-PrA, Bd. 6/I, Dok. 359, 4.2.1938, S. 126.

[61] Von dieser Ministerbesprechung am 5.2.1938 um 20.00 Uhr existiert nur ein ganz kurzes Ergebnisprotokoll, das fast gleichlautend in der Presse veröffentlicht wurde und offenbar von Goebbels stammte: „Parole: Konzentration der Kraft. Nichts merken lassen. Arbeiten und Neues schaffen! Ich setze auch ein dementsprechendes Communiqué auf. Der Führer billigt es"; TG, 6.2.1938. Zum Ergebnisprotokoll siehe Akten der Reichskanzlei, Regierung Hitler, Bd. V, 1938, Dok. 35, S. 118; zum Kommuniqué vgl. Domarus, Hitler, Bd. 1, S. 786.

davon überzeugt zu haben, daß Fritsch schuldig sei, denn Goebbels bemerkte, daß Hitler „[s]elbst Fritsch […] Gerechtigkeit" habe „widerfahren" lassen. Fritschs Verdienste würden „in 50 Jahren gerecht beurteilt werden", aber „nun muß man ihn aburteilen". Konstantin von Neurath wußte schon zu Beginn dieser Kabinettssitzung von seiner Entlassung und war, wie Goebbels fand, „ganz gebrochen".[62] „Der gute Neurath! Er tut mir richtig leid." Die Enttäuschung Neuraths und das Mitleid Goebbels' lassen darauf schließen, daß beide die Ernennung des bisherigen Außenministers zum Präsidenten des Geheimen Kabinettsrats kaum für eine Beförderung hielten. Doch immerhin erhielt Neurath ein Amt von Ministerrang und ein großes Lob Hitlers. Der „Führer" fand Goebbels' Tagebucheintrag zufolge für Neurath „Worte höchsten Lobes und beinahe Bewunderung" und rühmte vor allem „seine Festigkeit, seine Loyalität, seine Nerven, seine Charakterstärke" (TG, 6.2.1938). Wie das Tagebuch von Goebbels ausweist, erläuterte Hitler an-

[62] Dieser Eintrag von Goebbels ist aufschlußreich, weil er in diametralem Gegensatz zu dem steht, was Neurath vor dem Internationalen Gerichtshof behauptet hatte und von der Forschung zum Teil kritiklos übernommen wurde. In Nürnberg hatte Neurath erklärt, er sei durch Hitlers Darlegungen vom 5.11.1937 völlig erschüttert worden, habe mehrere Herzattacken erlitten und Hitler beim nächstmöglichen Termin um seine Verabschiedung gebeten; Hitler jedoch habe die Entlassung abgelehnt; vgl. IMG 16, S.700. Diese exkulpatorische Darstellung Neuraths übernahmen beispielsweise der Neurath-Biograph Heineman, Hitler's first Foreign Minister, S.165f., 169, und Deutsch, Das Komplott, S.70f., 74. Goebbels und Wiedemann, Der Mann, S.114f., zufolge sei Neurath hingegen „ganz gebrochen" gewesen, *nachdem* er von seiner Verabschiedung am 4.2. gehört hatte; TG, 6.2.1938. Mit keinem Wort hatte Goebbels in seinem Tagebuch erwähnt, daß Neurath das Kabinett habe verlassen wollen – weder vor dem 4.2. noch danach. Neurath hätte sich durchaus aus Altersgründen aus der Politik zurückziehen können, zumal er, wie er in Nürnberg sagte, „selbstverständlich […] die Verantwortung für eine solche Politik", gemeint ist Hitlers aggressive Außenpolitik, „nicht tragen konnte"; Aussage Neuraths, in: IMG 16, S.700. Doch Neurath gehörte weiterhin dem Kabinett an, arbeitete noch jahrelang für Hitler, beriet ihn beim „Anschluß" Österreichs und in der „Sudetenkrise" und ließ sich im März 1939 zum „Reichsprotektor für Böhmen und Mähren" ernennen. Nach seiner Entlassung als Reichsprotektor bat Neurath Goebbels offenbar um weitere Verwendung: „Er kommt sich ziemlich ausgeschaltet vor und befindet sich dabei bei bester Gesundheit. Seine Stellung zum Führer ist eine denkbar positive. […] Überhaupt ist Herr von Neurath ein Gentleman, der sich niemals eine Unkorrektheit oder Illoyalität dem Führer gegenüber hat zuschulden kommen lassen. Ich werde bei meinem nächsten Vortrag auch dem Führer über diesen Besuch berichten. Eventuell hat der Führer eine neue Verwendungsmöglichkeit für Herrn von Neurath"; TG, 15.4.1942. Neurath nahm, auch das belegen die Goebbels-Tagebücher, noch an mindestens einer Tagung des Reichskabinetts nach 1938, im August 1944 (TG, 29.8.1944), teil, obwohl er vor dem Internationalen Gerichtshof erklärt hatte, er habe dem Kabinett nach dem 4.2.1938 nicht mehr angehört und es habe danach auch keine Kabinettssitzungen mehr gegeben; vgl. IMG 16, S.702. In der Forschung (z.B. Janßen/Tobias, Der Sturz, S.155; Evans, Das Dritte Reich, Bd.2/II, S.780; Akten der Reichskanzlei, Regierung Hitler, Bd.V, 1938, S.118, Anm.3; Longerich, Goebbels, S.371) wurde häufig behauptet, daß die Kabinettssitzung am 5.2.1938 die letzte überhaupt gewesen sei. Dies läßt sich durch die Goebbels-Tagebücher widerlegen, denn dort werden noch mehrere Sitzungen in der Kriegsendphase erwähnt; vgl. TG, 24.8.1943, 28.11.1943, 12.5.1944, 9.6.1944, 26.7.1944, 18.8.1944, 29.8.1944, 11.1.1945. Zwar hatte das Kabinett in der Kriegszeit keine Entscheidungen mehr zu treffen, sondern lediglich Reden und Weisungen anzuhören, aber Beratungen und Abstimmungen gab es ab 1934 unter Hitler ohnehin nicht mehr.

schließend den „Sinn und Zweck des Geheimen Kabinettsrats", der allerdings nie offiziell zusammentreten sollte. In ihn habe er „seine Vertrauten hinein berufen", denn in Krisenzeiten müsse er Männer haben, „auf die er sich verlassen" könne und an die er sich „in der höchsten Verantwortung […] anlehnen" könne. Abschließend habe Hitler alle Kabinettsmitglieder dazu aufgerufen, die Parole „Konzentration der Kraft" zu befolgen.[63]

4. Ursachen der Entlassung von Blomberg und Fritsch

Bis heute besteht in der Forschung keine Einigkeit über die Frage, ob die Ablösung der Oberbefehlshaber von Wehrmacht und Heer nur durch eine „triviale Sittenaffäre" und eine „polizeiliche Panne" zu begründen ist,[64] oder ob Hitler dadurch „die Haupthindernisse aus dem Weg" räumte, „die einer Politik der schrankenlosen Aggression entgegenstanden"[65]. Im Rahmen dieser Studie können nicht alle in diesem Zusammenhang bedeutsamen Aspekte berücksichtigt werden, doch sollen im folgenden die zentralen und in den Tagebüchern von Goebbels feststellbaren Gesichtspunkte dargestellt werden.

Als eine hinreichende Ursache für die Entlassung von Blomberg und Fritsch sowie Außenminister von Neurath wurde häufig deren Kritik an Hitlers Ausführungen über einen bevorstehenden Krieg betrachtet, die diese drei in einer Konferenz am 5. November 1937 in der Reichskanzlei geäußert hatten.[66] Der Inhalt dieser Beratung ist durch eine Niederschrift von Hitlers Wehrmachtsadjutanten Friedrich Hoßbach überliefert, die dieser fünf Tage später verfaßte und deren Authentizität inzwischen eindeutig erwiesen ist.[67] Hitler hatte dort eine Ostexpansion für spätestens 1943/45 angekündigt, die Niederwerfung der „Tschechei" und Österreichs als „1. Ziel" bezeichnet und diese auch schon für 1938 in Erwägung gezogen, falls in Frankreich eine „innenpolitische Krise" ausbreche, durch die „die französische Armee absorbiert" würde, oder falls Frankreich mit einer anderen Macht im Mittelmeerraum (v. a. Italien) Krieg führen sollte. Hitler hatte also erst-

[63] Otto Dietrich empfahl den Journalisten das Motto: „Stärkste Konzentration aller wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kräfte in der Hand des Führers". In: NS-PrA, Bd. 6/I, Dok. 359, 4. 2. 1938, S. 127; vgl. auch Akten der Reichskanzlei, Regierung Hitler, Bd. V, 1938, Dok. 35, S. 118.

[64] Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 7.

[65] Deutsch, Das Komplott, S. 13. Ähnlich Murray, Fritsch, S. 166; Domarus, Hitler, Bd. 1, S. 776; Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 104; Mühleisen, Fritsch-Krise, S. 477; Kielmansegg, Fritsch-Prozess, S. 32, 97; Hockerts, Sittlichkeitsprozesse, S. 76; Schausberger, Griff, S. 516f.

[66] So beispielsweise Hoßbach, Wehrmacht und Hitler, S. 137–140; Foertsch, Schuld, S. 76, 81f.; Kielmansegg, Fritsch-Prozess, S. 32–35; Deutsch, Das Komplott, S. 74f.; Domarus, Hitler, Bd. 1, S. 776; Evans, Das Dritte Reich, Bd. 2/II, S. 777; Michaelis, 1938. Krieg, S. 49f.; Longerich, Himmler, S. 412; Conze/Frei/Hayes/Zimmermann, Das Amt, S. 15. Anders Gackenholz, Reichskanzlei, S. 459–484, v. a. S. 472, 484; Janßen/Tobias, Der Sturz, v. a. S. 18–21; Groehler, Revirement, S. 119; Müller, Beck. Biographie, S. 277.

[67] Die Niederschrift ist publiziert in: IMG 25, S. 403–413 sowie in: ADAP, D 1, Dok. 19, S. 25–32. Den Authentizitätsnachweis lieferte Bradley F. Smith, Überlieferung der Hoßbach-Niederschrift, S. 329–336, v. a. S. 333, 336.

mals in aller Deutlichkeit seine Eroberungspläne im Osten und die Etappenziele Österreich und Tschechoslowakei vorgestellt. Es wurde zwar häufig eingewandt, im wesentlichen seien die vorgetragenen Kriegsziele den Militärs schon seit Jahren bekannt gewesen, da Hitler ihnen gegenüber schon am 2. Februar 1933 von der „Eroberung neuen Lebensraums im Osten" und von „dessen rücksichtslose[r] Germanisierung" gesprochen hatte.[68] Hitler war damals aber gerade erst drei Tage im Amt, und die Reichswehr zu Eroberungen gar nicht in der Lage. Abgesehen davon hatte Hitler damals noch keinen Zeitplan vorgegeben.

Wenn auch die Debatte, die sich an Hitlers mehrstündige Ausführungen anschloß, in der von Hoßbach überlieferten Niederschrift nur sehr knapp wiedergegeben ist, so läßt sich doch gut erkennen, daß Blomberg, Fritsch und Neurath massive Kritik übten.[69] Blomberg und Fritsch warnten Hitler deutlich vor einem Zweifronten-Krieg, dessen Risiko Hitler als gering einschätzte. Sie gaben zu bedenken, daß die Rüstung des Deutschen Reiches und der Bau der Befestigungsanlagen noch nicht weit genug fortgeschritten seien, um gleichzeitig im Osten oder Südosten und im Westen Krieg führen zu können, und sie äußerten, daß die militärische Stärke Frankreichs und die Befestigungen der Tschechoslowakei nicht unterschätzt werden dürften. Neurath widersprach Hitler in der Einschätzung, daß ein italienisch-englisch-französischer Konflikt bevorstünde. Da die vorgetragene Kritik rein sachlicher Art war, wurde in der Forschung darauf hingewiesen, daß sie keinesfalls eine fundamentale Ablehnung der Pläne Hitlers dargestellt habe.[70] Andererseits bestehen berechtigte Zweifel, ob Hitler sich auf eine etwaige Diskussion über die moralische Zulässigkeit eines Angriffs- und Eroberungskrieges – sofern einer der Teilnehmer der Konferenz bereit gewesen wäre, eine solche zu führen – eingelassen hätte.[71] Die Einwände, die Blomberg, Fritsch und Neurath vorbrachten, zeigen aber deutlich, daß diese drei, wenn sie auch nicht grundsätzlich gegen einen von Hitler geplanten Angriffskrieg waren, sie dessen Risiko zum damaligen Zeitpunkt scheuten.[72] Doch gerade diese Furcht vor einem zu großen Risiko war es, die Hitler an seinen Militärs in der Vergangenheit kritisiert hatte und die seinen Respekt vor den Offizieren minderte.[73]

Über diese Besprechung in der Reichskanzlei wurde Goebbels von Hitler selbst beim Mittagessen an jenem 5. November 1937 informiert, notierte aber nur: „Führer hat Generalstabsbesprechungen" (TG, 6. 11. 1937). Am Tag nach dieser Konferenz der führenden Militärs hatte Goebbels wieder eine Unterredung mit Hitler,

[68] Vogelsang, Neue Dokumente, S. 434f. Diesen Einwand bringen z. B. Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 13.

[69] So auch Reuth, Goebbels. Biographie, S. 372; Domarus, Hitler, Bd. 1, S. 776; Deutsch, Das Komplott, S. 64; Evans, Das Dritte Reich, Bd. 2/II, S. 777.

[70] Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 18.

[71] Foertsch, Schuld, S. 80, Deutsch, Das Komplott, S. 65f., und Kielmansegg, Fritsch-Prozess, S. 33, vertraten die Auffassung, Hitler hätte eine solche Diskussion nicht zugelassen.

[72] Deist, Aufrüstung, S. 505; Messerschmidt, Außenpolitik, S. 626; Deutsch, Das Komplott, S. 68, 75; Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 16; Müller, Beck. Dokumente, S. 251f.; Murray, Fritsch, S. 166; Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 91; Michaelis, 1938. Krieg, S. 49f., 57–61.

[73] Vgl. z. B. v. Kotze, Heeresadjutant, S. 20; Messerschmidt, Außenpolitik, S. 604; Hoßbach, Wehrmacht und Hitler, S. 95f., 98; Kershaw, Hitler, Bd. 1, S. 740f.; Muller, Blomberg, S. 59f.; Deutsch, Das Komplott, S. 43f.; Müller, Heer und Hitler, S. 214.

hielt aber lediglich fest, daß sie „über alles Mögliche" gesprochen hätten (TG, 7. 11. 1937). Auch am folgenden Tag waren Goebbels und Hitler zusammen und hatten mittags „[v]iel parlavert", am Nachmittag plauderten sie mit einigen Künstlern, mit Magda und Maria Goebbels (TG, 8. 11. 1937). Hitler war „sehr gut aufgelegt", worüber sich Goebbels freute: „So ein netter Tag ist ihm nach all den Sorgen zu gönnen" (TG, 8. 11. 1937). Es ist zu bedauern, daß Goebbels diese Sorgen nicht benannte, so daß nur spekuliert werden kann, ob sie aus der Besprechung drei Tage zuvor herrührten und ob die Kritik von Blomberg, Fritsch und Neurath am 5. November 1937 mit dem Revirement drei Monate später in direktem Zusammenhang steht.[74]

Hitler sah sich jedoch schon lange vor dieser Konferenz im November 1937 immer wieder zu kritischen Äußerungen über die Wehrmacht und deren Führung veranlaßt. Dieser Befund der Forschung wird durch die Goebbels-Tagebücher bestätigt. Schon im Vorfeld der Remilitarisierung des Rheinlandes im März 1936, die gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages[75] verstieß und daher mit einem gewissen Risiko verbunden war, klagte Goebbels nach einem Gespräch mit Hitler, daß die „Militärs […] am bedenklichsten" seien (TG, 4. 3. 1936). Die Besetzung der entmilitarisierten Zone habe gezeigt, so Goebbels, daß „die Militärs […] versagen" (TG, 15. 3. 1936). Daß Hitler wegen der nervösen Reaktionen einiger Militärs, allen voran Blomberg, Wut verspürte, ist in der Forschung unbestritten.[76] Hitler und Goebbels waren auch noch später der Ansicht, daß die Vertreter der Wehrmacht nicht entschlußkräftig oder willensstark genug seien, beispielsweise als es darum ging, das Bombardement zweier Flugzeuge des republikanischen Spanien am 30. Mai 1937 auf das deutsche Panzerschiff „Deutschland" zu rächen. Goebbels notierte hierzu: „Blomberg und Raeder hatten Protest und Zurückziehung vom Nichteinmischungsausschuß vorgeschlagen. Das also ist die ‚Kriegspartei'. Ein Versagen auf der ganzen Linie. Der Führer ist sehr enttäuscht" (TG, 2. 6. 1937). In diesem Fall wollte Blomberg, so glaubte Goebbels, „die Verantwortung für das, was nun geschehen soll, nicht übernehmen" (TG, 31. 5. 1937). Dieser Vorfall hatte, so urteilte Ian Kershaw, Hitlers „Geringschätzung für die Militärs gesteigert".[77] Wenige Wochen später hielt Goebbels nach einem Gespräch mit Hitler über die „Festigkeit" von Ministern und der Wehrmachtsführung in seinem Tagebuch ihre gemeinsame Einschätzung fest: „Die ganzen Militärs sind sehr schwach" (TG, 24. 6. 1937).

Hitler störte sich neben der zum Teil zögernden Haltung der höchsten Offiziere auch an ihrer abweichenden Auffassung in Sachfragen, vor allem bei der Frage

[74] Dies wird von Kirstin A. Schäfer, Blomberg, S. 172, 183–185, neuerdings wieder bezweifelt, die sich in ihrer Blomberg-Biographie bei der Blomberg-Fritsch-Krise zu stark an Janßen/Tobias anlehnt und auf eine eigenständige Analyse des Ereigniskomplexes, vor allem aber auf eine Untersuchung des Falles Fritsch verzichtet.

[75] Art. 43 des Versailler Vertrags, in: Michaelis/Schraepler, Ursachen, Bd. 3, S. 393.

[76] Messerschmidt, Außenpolitik, S. 603; Hoßbach, Wehrmacht und Hitler, S. 98; Schäfer, Blomberg, S. 157 f.; Deutsch, Das Komplott, S. 43 f., S. 227; Kershaw, Hitler, Bd. 1, S. 735–741; Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 49; Muller, Blomberg, S. 59 f.; Mitcham, Blomberg, S. 33 f.; Müller, Heer und Hitler, S. 231 f.; Michaelis, 1938. Krieg, S. 24.

[77] Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 90.

möglicher Bundesgenossen des Dritten Reiches. Während die Wehrmacht eine „philochinesische Politik" (TG, 30.6.1937) betrieb, und Blomberg den Chinesen für „100 Millionen Waffen" zu liefern versprach (TG, 28.7.1937),[78] wollte Hitler „lieber auf der Seite der Unterdrücker als der Unterdrückten" (TG, 30.6.1937) stehen, wie Goebbels festhielt, also auf seiten Japans, und verbot weitere „Unterstützung […] an China" (TG, 3.8.1937).[79] Hitler ermahnte Blomberg ausdrücklich, dafür zu sorgen, daß sich das Kriegsministerium „vom Geruch chinafreundlicher Einstellung befreie".[80] Als Japan wenige Monate später in China eine „Schattenfigur" als Regierungschef einsetzte, schrieb Goebbels hämisch: „Welch eine Blamage für unsere Diplomaten und Militärs, die von einem erwachenden China faselten" (TG, 15.12.1937). Der Wandel der nationalsozialistischen Fernostpolitik war nicht der Grund der Ablösung von Blomberg oder Fritsch, gleichwohl war die Entlassung der China-orientierten Militärs Bernd Martin zufolge die „unumgängliche Voraussetzung für einen radikalen Kurswandel". Es gab also einen „indirekte[n] Zusammenhang" zwischen dem Revirement in der Wehrmacht und der Hinwendung zu Japan.[81]

Eine andere sachliche Differenz, deren Bedeutung für Hitler kaum zu überschätzen sein dürfte, war die Beurteilung der sowjetischen Armee. Über ein Gespräch im Januar 1937 schrieb Goebbels in sein Tagebuch: Das sowjetische „Heer wird von Blomberg hoch eingeschätzt, aber der Führer ist nicht dieser Meinung" (TG, 26.1.1937). Unzufrieden war Hitler offenbar auch wegen der mangelnden Bereitschaft seiner Offiziere zu einer offensiv ausgerichteten Aufrüstung, wie aus seiner von Goebbels überlieferten Klage darüber zu erkennen ist, daß „Offensivwaffen […] meistens von Außenseitern erfunden", dagegen „Defensivwaffen von Militärs angeregt" würden (TG, 14.11.1936).[82] Über den Bau der Grenzbefestigungen vor allem im Westen, denen Hitler äußerste Priorität eingeräumt hatte, äußerte er gegenüber Goebbels, daß die „Militärs […] das damals garnicht [!] kapiert" hätten (TG, 10.4.1937).[83]

[78] Die Firma des Reichswehrministeriums, HAPRO, hatte mit der chinesischen Regierung im April 1936 ein Kreditabkommen über 100 Mio. RM geschlossen. China sollte für diesen Betrag deutsche Rüstungsgüter und Maschinen kaufen und den Kredit mit Lieferungen des kriegswichtigen Rohstoffs Wolfram begleichen. Im Oktober 1937 ordnete Göring im Auftrag Hitlers einen Lieferstopp von Waffen an. Siehe Martin, Das deutsche Militär, S. 196f.

[79] Martin, Das deutsche Militär, S. 200–202; Kube, Pour le mérite, S. 168f.

[80] Aufzeichnung Mackensens, 8.11.1937, in: ADAP, D 1, Dok. 519, S. 637. Siehe auch Messerschmidt, Außenpolitik, S. 627–629.

[81] Martin, Das deutsche Militär, S. 203.

[82] Zur Kritik Hitlers an der seines Erachtens mangelnden Rüstungsbereitschaft der Militärs siehe: Müller, Heer und Hitler, S. 258; Deist, Aufrüstung, S. 420f.; Deutsch, Das Komplott, S. 30f., 43, 62, 227; v. Kotze, Heeresadjutant, S. 20–22, 42; Krausnick, Wehrmacht, S. 195.

[83] Im Art. 42 des Versailler Vertrags wurde Deutschland „untersagt, auf dem linken Ufer des Rheines und auf dem rechten Ufer westlich einer 50 km östlich des Stromes verlaufenden Linie Befestigungen beizubehalten oder anzulegen". Zuwiderhandlungen wurden als „feindselige Handlung gegen die Signatarmächte des […] Vertrags und als Versuch einer Störung des Weltfriedens" betrachtet (Art. 44); abgedr. in: Michaelis/Schraepler, Ursachen, Bd. 3, S. 393.

Wohl am meisten bestürzten Hitler jedoch weltanschauliche Differenzen zwischen nationalsozialistischer Staatsideologie und deutschem Offizierskorps. Einen Monat vor der von Hoßbach festgehaltenen Besprechung verurteilten Hitler und Goebbels die nicht genügend scharfe Haltung der Wehrmacht den Geistlichen gegenüber: „Führer will nun vor den Generalen der Wehrmacht über die Pfaffenprozesse sprechen lassen. Ich halte das für dringend notwendig. Die sind ja alle so lau und reserviert" (TG, 5.10.1937). Im Dezember 1937 hatte Goebbels Gelegenheit, mit Mitgliedern der Wehrmachtsakademie über die „Kirchenfrage" zu debattieren, wobei es „sehr angeregt" zugegangen sei (TG, 8.12.1937). Und bald nach der Entlassung Blombergs und Fritschs, noch vor Abschluß des Prozesses gegen den Generaloberst, gab die „Wehrmacht […] einen Erlaß wegen Freiheit des religiösen Bekenntnisses heraus" (TG, 17.3.1938). Goebbels kommentierte: „Das war auch sehr nötig. Jetzt kann der Soldat in die Kirche, wenn er will, nicht wenn er muß".[84] Ausgesprochen zornig wurden Hitler und Goebbels aber wegen des mangelnden politischen Verständnisses der Offiziere für den Nationalsozialismus. Die Wehrmacht werde, so Goebbels, ein „Staat im Staate", was „nicht sein" dürfe. „Die Generalität hat politisch nichts hinzugelernt und wird auch nie etwas hinzulernen", fuhr Goebbels fort (TG, 28.10.1937). Hitler scheint diese Auffassung geteilt zu haben, denn nach einem Gespräch mit ihm am 1. November 1937 notierte Goebbels: „In der Wehrmacht sind immer noch monarchistische Tendenzen bemerkbar.[85] Der Führer ist wütend darüber. Aber man soll einmal scharf dagegen vorgehen. Die Herren Offiziere nehmen sich zuviel heraus. Sie wollen einen Staat im Staate. Und sind schon weit gekommen" (TG, 2.11.1937).

Hatte die Entlassung von Blomberg und Fritsch also vor allem weltanschauliche Gründe? Bei Blomberg bestand für die Nationalsozialisten sicherlich kein Anlaß zu der Sorge, daß er die NS-Ideologie ablehnte.[86] Blomberg hatte aktiv mitgewirkt, um die Wehrmacht dem Nationalsozialismus zu unterwerfen, sei es durch das Anbringen von NS-Hoheitszeichen auf der Uniform, durch den geänderten soldatischen Treueeid, der nun jeden Wehrpflichtigen zu unbedingtem Gehorsam gegenüber der Person Hitlers verpflichtete oder durch die Einführung des „Arierparagraphen" in der Wehrmacht.[87] An den Morden am 30. Juni 1934 gegen SA-Führer und andere mißliebige Personen war Blomberg indirekt beteiligt und lehnte eine Untersuchung der Tat ab.[88] Goebbels gefiel an Blomberg besonders

[84] Siehe hierzu auch Deutsch, Das Komplott, S. 44f.

[85] Besonders Fritsch wurde der Förderung des Monarchismus verdächtigt. Siehe hierzu Fritsch-Aufzeichnung, in: Mühleisen, Fritsch-Krise, Dok. 7, S. 496f.; Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 134.

[86] Das Urteil der Forschung über Blomberg als eines Generals, der sich bemühte, den Nationalsozialismus in der Wehrmacht zu fördern und Hitler „entgegenzuarbeiten", ist einhellig. Vgl. z. B. Kielmansegg, Fritsch-Prozess, S. 39, 97; Muller, Blomberg, S. 50–65; Krausnick, Wehrmacht, S. 188; Deutsch, Das Komplott, S. 69f.; Müller, Heer und Hitler, S. 259; Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 41. Noch im März 1943 lobte Hitler Goebbels zufolge die „Treue" Blombergs; vgl. TG, 9.3.1943.

[87] Mitcham, Blomberg, S. 31f.; Müller, Armee und Drittes Reich, S. 57–61, 69f.; Krausnick, Wehrmacht, S. 188–192; Walk, Sonderrecht, S. 72, 159.

[88] Muller, Blomberg, S. 55; Müller, Armee und Drittes Reich, S. 66–69; Deutsch, Das Komplott, S. 26; Reuth, Goebbels. Biographie, S. 314, 319.

dessen „[s]tarkes Bekenntnis zu Führer und Partei" (TG, 22.2.1937; ähnlich 17.4.1937) und zum Nationalsozialismus (TG, 10.3.1936), das dieser in seinen Reden abgab. Blomberg hatte auch keineswegs prinzipielle Hemmungen vor einer militärischen Auseinandersetzung, auch nicht vor einem Angriffskrieg.[89] Selbst wenn Blomberg für eine militärische Operation ein größeres Risiko veranschlagte als Hitler, so fügte er sich doch stets dessen Willen, auch nach dem 5. November 1937.[90] Noch Anfang Dezember 1937 hatte Blomberg die „Weisung für die einheitliche Kriegsvorbereitung der Wehrmacht", d.h. den Aufmarsch „Grün", den Angriffsplan gegen die Tschechoslowakei, in Hitlers Sinne umgeändert, daß nämlich ein Überfall auf die Tschechoslowakei auch vor Erreichen der vollen Kriegsbereitschaft der Wehrmacht durchgeführt werden könnte, wenn England neutral, Frankreich durch Italien gebunden sei, und außer Rußland kein weiterer Gegner an der Seite Prags auftreten würde.[91] Damit hatte Blomberg die von Hitler am 5. November 1937 vorgetragenen Überlegungen, gegen die er selbst Einwendungen hatte, zu einer schriftlichen, militärischen Weisung erhoben. Insofern hatte Goebbels nicht unrecht mit seiner Einschätzung, daß Blomberg „ganz unselbständig und schwächlich" (TG, 22.6.1937) sei. Doch war er wohl weniger eine „Puppe in den Händen seiner Offiziere" (TG, 22.6.1938), wie Goebbels glaubte, sondern eine etwas mühsam bedienbare, schwerfällige Marionette Hitlers. Anläßlich des 40. Dienstjubiläums Blombergs charakterisierte Goebbels ihn folgendermaßen: „Blomberg ist köstlich. Klug und nett, leider kein Steher" (TG, 14.3.1938). Das Bild Blombergs vom nervösen, risikoscheuen, zögernden, urteils- und entscheidungsschwachen, anpassungsfähigen und Hitler-treuen Kriegsminister, das in der Forschung seit Jahrzehnten besteht,[92] tritt bereits in den Tagebüchern von Joseph Goebbels eindeutig hervor.

Generaloberst Werner von Fritsch dagegen wurde von der Forschung lange Zeit als ein Gegner des Nationalsozialismus dargestellt.[93] Doch Briefe und Aufzeichnungen von Fritsch, die 1973 zugänglich wurden, lassen eine Modifizierung der langjährigen Einschätzung des Generalobersten geboten erscheinen. Seine angebliche Gegnerschaft zum Nationalsozialismus wurde früher in der Regel mit seiner starken christlichen Religiosität begründet.[94] Bekannt war auch, daß Fritsch sich darum bemühte, die Militärseelsorge aufrechtzuerhalten.[95] Aus einem privaten Brief des Generalobersten geht jedoch eindeutig hervor, daß Fritsch der Auffassung war, man müsse die katholische Kirche bekämpfen.[96] Ähnlich ließe sich auch

[89] So auch Schäfer, Blomberg, S. 169f.
[90] Deutsch, Das Komplott, S. 69f.; Schäfer, Blomberg, S. 168–172.
[91] ADAP, D 7, Dok. K (I), S. 547–551, Anlage 1, hier S. 548. Siehe hierzu Michaelis, 1938. Krieg, S. 49f.
[92] Deutsch, Das Komplott, S. 20, 44, 68, 75; Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 49, 93; Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 38.
[93] Kielmansegg, Fritsch-Prozess, S. 32, 35, 39, 104f.; Foertsch, Schuld, S. 82; Deutsch, Das Komplott, S. 26, 29, 33–36; differenzierter: Murray, Fritsch, S. 153, 158f.
[94] Deutsch, Das Komplott, S. 33f.
[95] Müller, Heer und Hitler, S. 195–204.
[96] In einem Brief vom 11.12.1938 an die befreundete Baronin von Schutzbar-Milchling schrieb Fritsch, es müsse neben einer Schlacht gegen die Arbeiterschaft eine Schlacht „gegen die katholische Kirche" und eine „gegen die Juden" geschlagen werden, „wenn

eine Passage aus den Goebbels-Tagebüchern interpretieren.[97] Als gesichert kann auch gelten, daß Fritsch Antisemit war[98] und daß er Eroberungskriege guthieß.[99] Als Fritsch nach seiner Entlassung über mögliche Gründe nachdachte, die sie verursacht haben könnten, kam ihm vieles in den Sinn, aber nicht, daß „sich Hitler wegen seiner Kriegsgegnerschaft von ihm getrennt haben könnte".[100] Auch in anderen Selbstzeugnissen von Fritsch, die sich seit 1973 in der Bundesrepublik befinden, äußerte der Generaloberst ein an Deutlichkeit nicht zu überbietendes Bekenntnis zum Nationalsozialismus: „Ich habe mir eingebildet ein guter Nationalsozialist gewesen und noch zu sein".[101] Fritsch mochte sich als Nationalsozialist gefühlt haben, wobei er aber irrtümlicherweise zwischen der Ideologie und der Partei differenzieren zu können glaubte, da er die nationalsozialistische Weltanschauung in vielen Bereichen akzeptierte, sich aber gegen zu große Einflüsse der Parteiorganisationen, vor allem der SS, im militärischen Bereich wehrte.[102] In den Augen der NS-Machthaber galt er wohl nicht als überzeugter Nationalsozialist, denn noch im November 1943 beklagte sich Goebbels, daß Fritsch, Brauchitsch und Halder das Heer nicht genügend nationalsozialistisch geformt hätten (TG, 18.11.1943).[103] Gegenüber Goebbels äußerte Hitler Ende 1944 gar, wie der Propagandaminister festhielt, „daß Generaloberst Fritsch das Haupt der ganzen Generalsverschwörung gewesen" sei (TG, 2.12.1944), was nachweislich nicht zutraf.[104]

Deutschland wieder mächtig werden sollte". Zit. nach Reynolds, Der Fritsch-Brief, S. 362f. Dieser Brief tauchte im Original 1972/73 in Oxford auf. Für den Nürnberger Prozeß war lediglich eine engl. Kopie greifbar. Da das Original nicht gefunden wurde, und die Empfängerin des Briefes, Margot von Schutzbar-Milchling, bestritten hatte, einen solchen Brief von Fritsch erhalten zu haben, der ihr zufolge auch dessen ganzem Wesen fremd sei, wurde er bis zum Fund des Originals meist als Fälschung bezeichnet; vgl. Kielmansegg, Fritsch-Prozess, S. 152; Deutsch, Das Komplott, S. 35. Kielmansegg, Fritsch-Prozess, S. 150, hatte eingeräumt, daß, wenn der Brief echt wäre, von Fritsch „mit Recht" als „einem überzeugten Anhänger Hitlers" gesprochen werden dürfte.

97 Als der Post- und Verkehrsminister Eltz-Rübenach am 30.1.1937 im Reichstag Hitler düpierte, die nationalsozialistische Kirchenpolitik verurteilte, Hitler zu einer Stellungnahme aufforderte und die Aufnahme in die NSDAP verweigert hatte, habe sich Fritsch Goebbels zufolge besonders über dieses Verhalten „empört"; vgl. TG, 31.1.1937.

98 Die Tatsache, daß Fritsch eine „Schlacht […] gegen die Juden" kämpfen zu müssen glaubte – und das wenige Wochen nach dem Novemberpogrom –, kennzeichnet ihn deutlich als Antisemiten. Zudem hatte Fritsch 1934 offensichtlich auch keinen Grund gesehen, die Einführung des „Arierparagraphen" bei der Reichswehr abzulehnen. Vgl. Müller, Armee und Drittes Reich, S. 58.

99 Diesen Schluß legt die von ihm verantwortete Denkschrift über die „Wehrmachtspitzengliederung und die Führung der Wehrmacht im Kriege" vom August 1937 nahe. Hierin hatte er dargelegt, daß die „Ziele eines deutschen Sieges nur in Ost-Eroberungen liegen können". Görlitz, Keitel, S. 128.

100 Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 21.

101 Fritsch-Aufzeichnung, in: Mühleisen, Fritsch-Krise, Dok. 8, S. 506. Die von Mühleisen edierten Quellen hat Lew Besymenski in Kopie David Irving Ende 1972 gesandt, Irving fertigte wiederum Kopien an, die er im Mai 1973 dem Bundesarchiv-Militärarchiv vermachte; vgl. Mühleisen, Fritsch-Krise, S. 479. Zur NS-nahen Weltanschauung Fritschs siehe vor allem Müller, Heer und Hitler, S. 189–195.

102 Müller, Heer und Hitler, S. 144, 155, 166, 175; ders., Armee und Drittes Reich, S. 71–78.

103 Zu Brauchitsch und Halder siehe Löffler, Brauchitsch sowie Hartmann, Halder.

104 Vgl. Mühleisen, Fritsch-Krise, S. 505, Anm. 221; Müller, Heer und Hitler, S. 264f.; Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 193f.

Es scheint, als hätten beide Seiten Fritsch falsch eingeschätzt: die Nationalsozialisten unterschätzten seinen Hitler-treuen Nazismus,[105] und zahlreiche Historiker überschätzten mangels einschlägiger Quellen seine nach außen gewahrte Distanz zur NSDAP.

Die Ablösung der Oberbefehlshaber von Wehrmacht und Heer 1938 wurde häufig als „Entmachtung",[106] „Enthauptung",[107] „Gleichschaltung"[108] oder auch als „Usurpierung"[109] der Wehrmacht bezeichnet. Janßen/Tobias und neuerdings Schäfer dagegen argumentierten, eine solche Bezeichnung sei unsinnig, da Hitler schon 1934, als er sich zum Staatsoberhaupt erklärte, Oberbefehlshaber der Wehrmacht gewesen sei.[110] Es sei lediglich eine propagandistische Verschleierung gewesen, wenn proklamiert worden war, Hitler habe nun zu der Befehlsgewalt auch noch die Kommandogewalt dazugewonnen.[111] Tatsache ist jedoch, daß Hitler seit dem 4. Februar 1938 den Oberbefehl über die Wehrmacht allein und unmittelbar ausübte, da das Amt des Kriegsministers, der die oberste Befehlsgewalt gemäß dem Wehrgesetz von 1935 besessen hatte,[112] abgeschafft worden war. Der bisherige nominelle Oberbefehl als Staatsoberhaupt, den Hitler nach Hindenburgs Tod übernommen hatte, war eine ausschließlich hoheitliche Funktion.[113] Der Chef des 1938 neu errichteten OKW, Wilhelm Keitel, verfügte über keine Befehlsgewalt gegenüber den Teilstreitkräften, dies geht unmißverständlich aus dem entsprechenden Erlaß Hitlers hervor und wurde auch vom Nürnberger Gerichtshof 1946 bestätigt.[114] Die Goebbels-Tagebücher belegen eindeutig, daß sich Hitler ab dem 4. Februar 1938 nun erstmals als alleiniger und direkter Oberbefehlshaber der Wehrmacht fühlte. Goebbels zufolge gab Hitler seinen Ministern in der Kabinettssitzung am 5. Februar zu verstehen, daß er „keine Zwischeninstanz mehr zwischen sich und [der, d.V.] Wehrmacht" wollte (TG, 6. 2. 1938).[115] Hitler verfügte nun über die uneingeschränkte und ungeteilte Befehlsgewalt über die Wehrmacht. Daher erscheint es glaubhaft, wie er gegenüber Goebbels am 5. Februar 1938 äußerte, daß „er sich nun der Wehrmacht gegenüber fühle wie dem Volk gegenüber im

[105] Müller, Armee und Drittes Reich, S. 55.
[106] Müller, Heer und Hitler, S. 273.
[107] Deutsch, Das Komplott, S. 360; Kielmansegg: „enthaupten", Fritsch-Prozess, S. 39.
[108] Deist, Aufrüstung, S. 512; ähnlich Krausnick, Wehrmacht, S. 196.
[109] Müller, Heer und Hitler, S. 270.
[110] Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 156, auch S. 64; Schäfer, Blomberg, S. 185. So argumentierten auch Below, Hitlers Adjutant, S. 67, und Gackenholz, Reichskanzlei, S. 484.
[111] Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 156; Below, Hitlers Adjutant, S. 67.
[112] Wehrgesetz, 21. 5. 1935, RGBl. 1935, Teil I, S. 609–614, hier S. 609.
[113] Broszat, Der Staat Hitlers, S. 364.
[114] Erlaß über die Führung der Wehrmacht, 4. 2. 1938, RGBl. 1938, Teil I, S. 111; Begründung des Urteils gegen Wilhelm Keitel, in: IMG 22, S. 607. Diese Auffassung vertritt die überwiegende Mehrheit der Historiker; vgl. beispielsweise Müller, Heer und Hitler, S. 296; ders., Beck. Biographie, S. 278, 287, 305; Deutsch, Das Komplott, S. 118; Mühleisen, Fritsch-Krise, S. 476; Krausnick, Wehrmacht, S. 196.
[115] Von dieser Ministerbesprechung am 5. 2. 1938 liegt kein Verlaufsprotokoll vor, auch die Ansprache Hitlers scheint nicht protokolliert worden zu sein; BArch, R 43 I/1477, Bl. D 798432–433.

Anfang 1933", daß er sich „seine Position erst erkämpfen" (TG, 6.2.1938) müsse. Hitler hatte also die gewünschte Position vor dem 4. Februar 1938 noch nicht inne, bis dahin hatte die Wehrmacht noch ein gewisses Eigenleben geführt, sie war also noch nicht gleichgeschaltet gewesen.[116] Die Erklärung Hitlers nach dem Revirement gegenüber Offizieren, die „Befehlsübernahme" sei in seinem Programm bereits vorgesehen gewesen, „allerdings für einen späteren Zeitpunkt",[117] ist ein weiteres Indiz für die Annahme, Hitler habe sich die Jahre zuvor nicht als Befehlshaber der Wehrmacht gefühlt. Allerdings ist zu bezweifeln, daß Hitler diese Machterweiterung tatsächlich lange geplant hat, vielmehr dürfte es sich dabei um eine „spontan gefällte Entscheidung" handeln.[118]

In der Tat deutet in den Goebbels-Tagebüchern nichts ernsthaft darauf hin, daß Hitler vor 1938 beabsichtigt habe, die Wehrmacht selbst zu führen. Lange nach der Blomberg-Fritsch-Krise beklagte sich Hitler bei Goebbels, daß sie „leider zu spät angefangen" hätten, „die Wehrmacht zu reformieren", und daß „Blomberg und Fritsch" sie „sehr viel an Zeit gekostet" hätten (TG, 20.8.1942). Hierbei ist zum einen unschwer zu erkennen, daß Hitler die Absetzung der beiden als grundlegende Reform begriff, insbesondere, da nun die Spitzengliederung der Wehrmacht entscheidend verändert wurde.[119] Diese Passage aus Goebbels' Tagebuch legt zum anderen die Schlußfolgerung nahe, daß Hitler vor dem Sturz der Oberbefehlshaber von Wehrmacht und Heer wohl nicht daran gedacht hatte, eine solche Reform durchzuführen. Wenn sie „Programm" gewesen wäre, wie Hitler vor Offizieren erklärt hatte, hätte er längst handeln können und nicht Jahre später bedauern müssen, daß diese Reform zu spät kam.

Ein weiterer Aspekt bei der Suche nach Gründen für das Revirement vom 4. Februar 1938 ist die von den Nationalsozialisten vorgebrachte Rechtfertigung, man habe die Wehrmachtsführung durch Personaländerungen deutlich verjüngen wollen. Die – neben Blomberg und Fritsch – anderen sechs Generäle des Heeres, die am 4. Februar 1938 verabschiedet wurden, seien in den Ruhestand versetzt worden, um, so Hitler, eine „Führerreserve" zu schaffen, „und um junge Kräfte in höheren Führerstellen ausbilden zu können".[120] In seiner Reichstagsrede zwei Wochen später dankte Hitler „all jenen, die im Zuge der Verjüngung unseres politischen und militärischen Führerkorps jüngeren politischen und militärischen Kräften ihre Plätze in vornehmster Gesinnung zur Verfügung stellten".[121] Auch Goebbels hielt im Kontext der Beschlüsse Hitlers vom 4. Februar 1938 fest, daß es sich bei dem Revirement um eine „Verjüngung der Armee in ungeahntem Um-

[116] Vgl. Deist, Aufrüstung, S. 512–518.
[117] Müller, Heer und Hitler, S. 636.
[118] Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 101.
[119] Inwieweit die Spitzengliederung Anfang 1938 eine Rolle für Hitlers Entscheidungen gespielt hat, ist umstritten. Vgl. Deist, Aufrüstung, S. 507; Müller, Heer und Hitler, S. 257, 290–295.
[120] Hitler am 7.2.1938 vor Kommandeuren des Heeres. Zit. nach Müller, Heer und Hitler, S. 636.
[121] Verhandlungen des Reichstags, Bd. 459, S. 34. Auch zu Schuschnigg hatte Hitler am 12.2.1938 gesagt, er habe eben erst die Führung der Wehrmacht verjüngt und viele ältere Generäle sollten bis zum Herbst ausgewechselt werden. Vgl. Schuschnigg, Ein Requiem, S. 50.

fange" handle (TG, 5.2.1938). Diese Ansicht wird zuweilen auch in der Forschung vertreten, wenn behauptet wird, daß „bei dieser Personalplanung mehr das Alter als die Parteipolitik den Ausschlag" gegeben habe.[122] Allerdings ist nicht erkennbar, daß die Autoren, die diese These vertreten, die 16 Generäle und 51 weiteren Offiziere,[123] die von der Maßnahme betroffenen waren, auf ihr Alter hin überprüft haben. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, daß Goebbels genau zwei Monate vor dem Revirement notierte, daß England „auf geradezu sensationelle Weise seine Heeresführung" verjüngt habe, was er „[s]chade" fand, da er offensichtlich die „alten Knacker" für „vorerst bequemer" gehalten hatte (TG, 4.12. 1937).[124] Waren die Nationalsozialisten also in Zugzwang? War eine Verjüngung schon lange geplant und wurde diese „lediglich zeitlich vorverlegt"?[125] Oder diente das Argument der Verjüngung nur der Verschleierung, daß nun in größerem Umfang mißliebige[126] Offiziere entlassen wurden? Allem Anschein nach handelte es sich nicht in erster Linie um eine Verjüngung, auch wenn einige ältere, konservative und unbequeme Militärs entlassen wurden,[127] sondern in erster Linie um einen machtpolitischen Schachzug. Der Nachfolger des Generaloberſten von Fritsch, Walther von Brauchitsch, war beispielsweise gerade 14 Monate jünger als sein Vorgänger.[128] Außerdem gab Hitler noch im Herbst 1938 „schärfste Urteile über die alte, verkalkte Generalität ab" (TG, 27.9.1938). Wären im Februar 1938 viele der Offiziere in erster Linie wegen ihres jungen Alters in hohe Positionen befördert worden, so wäre eine solche Klage wenige Monate später unverständlich.

Karl-Heinz Janßen und Fritz Tobias waren die ersten, die in ihrer 1994 vorgelegten Studie „Der Sturz der Generäle" behaupteten, die Entlassung Blombergs und Fritschs sei ausschließlich durch die Sittenaffären verursacht worden, und alle anderen Historiker vor ihnen hätten die „historische Wahrheit" nicht zu erkennen vermocht.[129] Zunächst sei daher geklärt, ob Hitler aufgrund der Anschuldigungen gegen Margreth von Blomberg und vor allem derjenigen gegen Werner von Fritsch gezwungen war, die beiden Generäle zu entlassen. Blomberg hatte durch seine Heirat gegen die Heiratsvorschriften für Offiziere verstoßen.[130] Dennoch drängt sich in diesem Fall der Eindruck auf, als habe Hitler sich bei Blomberg nicht sofort für dessen Verabschiedung entschieden, denn er hatte dem Generalfeldmarschall erklärt, daß „die Belastung" für ihn und für Blomberg „zu groß" gewesen sei und daß er „das nicht mehr aussitzen" habe können.[131] Möglicherweise wäre

122 Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 151; so auch Below, Hitlers Adjutant, S. 73.
123 Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 150; Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 101.
124 Groehler, Revirement, S. 116.
125 Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 151.
126 Deutsch, Das Komplott, S. 224f.
127 Müller, Heer und Hitler, S. 269; Reuth, Goebbels. Biographie, S. 374.
128 Ueberschär, Hitlers militärische Elite, S. 45, 61. Zu Brauchitsch siehe Löffler, Brauchitsch.
129 Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 7f.
130 Hoßbach, Wehrmacht und Hitler, S. 123; Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 46, 256; Schäfer, Blomberg, S. 179, 189f.
131 Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 26.1.1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 357. Blomberg war der Meinung, daß man die Affäre „sehr wohl mit dem Mantel der Liebe zudecken" hätte können; vgl. Görlitz, Keitel, S. 105.

Hitler bereit gewesen, Blomberg zu halten, wenn dieser unverzüglich seine Ehe annulliert hätte.[132] Doch Blomberg zog es vor, bei seiner Frau zu bleiben, ob aus privatem Interesse oder, wie Deutsch behauptet, weil Göring ihn nicht nach der Hochzeit über die ganze Vergangenheit seiner Frau aufgeklärt habe und ihm mitgeteilt habe, er müsse auf jeden Fall seinen Posten räumen,[133] läßt sich nicht mehr beantworten. Für andere Generäle, wie beispielsweise Ludwig Beck, war es hingegen selbstverständlich, daß Blomberg seinen Rücktritt einreichen müsse; bei einer sofortigen Trennung von seiner Frau wäre es seines Erachtens jedoch möglich gewesen, daß der Generalfeldmarschall in der Liste der Offiziere verbliebe und Inhaber eines Regimentes würde.[134] Auch Goebbels war der Ansicht, Blomberg sei „garnicht [!] mehr zu retten" und müsse „seinen Abschied nehmen" (TG, 27. 1. 1938). Hitler konnte Blomberg, insbesondere als der Kreis der Eingeweihten immer größer wurde, eigentlich kaum mehr stützen, da er befürchten mußte, daß die Vergangenheit von Margreth Gruhn sie eines Tages doch einholen würde. Hitler hätte sich allenfalls über den Moralkodex hinwegsetzen können, was aber kaum denkbar gewesen wäre. Allerdings hatte er – und andere auch – in diesem Fall Beweise für die Beschuldigung in Form von Fotos gesehen, und Gruhn hatte ihr Vergehen, die Mitwirkung an den Aufnahmen, vor der Polizei gestanden.

Generaloberst von Fritsch hingegen wurde lediglich aufgrund von Vorwürfen entlassen, die auf den Aussagen eines Kriminellen beruhten, und das, obwohl er Hitler sein Ehrenwort gegeben hatte, daß diese Anschuldigungen nicht zuträfen und er gar nicht homosexuell veranlagt sei. Hinzu kommt, daß Hitler, der davon ausging, Homosexuelle würden grundsätzlich die Unwahrheit sagen, dem wegen Verstoßes gegen den § 175 StGB aktenkundigen Stricher und Erpresser Otto Schmidt Glauben schenkte, dem Oberbefehlshaber des Heeres jedoch allein wegen einer Beschuldigung schwer mißtraute. Homosexualität war im Dritten Reich eine Straftat, die insbesondere bei Offizieren die sofortige Entfernung von der Truppe zur Folge haben mußte. Bestand ein solcher Verdacht beim Oberbefehlshaber des Heeres, mußte ihm nachgegangen werden. Erstaunlich ist, daß Hitler in anderen Fällen von vermeintlicher oder erwiesener Homosexualität nicht tätig wurde.

Von Ernst Röhm, dem Stabschef der SA, wußte Hitler schon spätestens 1932, daß er homosexuell war und unternahm dennoch nichts.[135] Als Anfang 1932 kompromittierende Briefe Röhms an seinen Vertrauten Karl-Günther Heimsoth in der Zeitung „Welt am Montag" erschienen, forderte Hitler Goebbels auf, alles in „Bausch und Bogen als Lüge" zu erklären (TG, 7. 3. 1932). Drei Wochen später hielt Goebbels über ein vertrauliches Gespräch mit Hitler auf dem Obersalzberg fest: „Hitler will Röhm nicht fallen lassen. Aber scharf gegen den 175er", was Goebbels beruhigte (TG, 28. 3. 1932). Hitler bestätigte Goebbels inmitten des Reichs-

[132] Deutsch, Das Komplott, S. 100; Görlitz, Keitel, S. 198.
[133] Deutsch, Das Komplott, S. 103 f.; ähnlich Schäfer, Blomberg, S. 181 f.
[134] Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 28. 1. 1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 360; ähnlich Görlitz, Keitel, S. 107; vgl. auch Wiedemann, Der Mann, S. 111; Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 56–63.
[135] Koch-Hillebrecht, Homo Hitler, S. 432; Machtan, Hitlers Geheimnis, S. 215.

präsidentenwahlkampfes 1932, als sich der Propagandachef wegen der Kampagnen des politischen Gegners bei Hitler erkundigte, daß die kompromittierenden Briefe „wahr" seien und daß Röhm „nichts machen" könne (TG, 8.4.1932). Doch auch nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten störte sich Hitler nicht an der Homosexualität Röhms,[136] sondern setzte ihn sogar bei Reichspräsident Paul von Hindenburg als Minister durch (TG, 2.12.1933), obwohl der greise Generalfeldmarschall von Hindenburg stärkste Bedenken gegen die Person Röhms hatte (TG, 30.11.1933). Erst sechs Wochen vor der Ermordung Röhms begann Hitler, sich bei Goebbels über Röhm zu beschweren,[137] zwei Wochen später teilte Hitler ihm mit, daß er „der S.A. Führung nicht mehr recht" traute (TG, 3.6.1934), was das Todesurteil für zahlreiche höhere SA-Führer bedeutete. Zwar begründeten die Nationalsozialisten die Ermordung Röhms und anderer SA-Führer – sowie sonstiger mißliebiger Personen – um den 30. Juni 1934 durch SS-Einheiten auf Befehl Hitlers unter anderem mit homosexuellen Neigungen innerhalb der SA-Führung, aber die Ursachen waren, wie die Forschung erarbeitet hat, vor allem das Streben nach einer stärkeren Position der auf 4,5 Millionen Mitglieder (Mitte 1934) angewachsenen SA insbesondere zu Lasten der Reichswehr und der NSDAP. Röhm beabsichtigte, durch seine zur Volksmiliz ausgebaute SA die Reichswehr zu verdrängen und seine SA-Männer mittels einer „zweiten Revolution" in einflußreiche Posten zu bringen. Konflikte mit der Reichswehrführung, den konservativen Eliten, die sich gegen die willkürlichen Terrorakte von SA-Truppen verwahrten, der Parteiorganisation sowie der konkurrierenden SS nahmen ständig zu.[138] Goebbels erwähnte in seinem Tagebuch wenige Monate nach der sogenannten Nacht der langen Messer, daß Röhm die Reichswehr habe „zerstören" wollen, was etwas naiv anmutet, aber angesichts der militärischen Aspirationen Röhms nicht völlig unzutreffend ist. Hitler hatte also die Homosexualität bei Ernst Röhm nicht lediglich bis zur Machtetablierung geduldet, weil er auf die SA angewiesen war, und sich Röhms entledigt, als er entbehrlich geworden war, wie angenommen wurde.[139] Spätestens seit Ende 1933 hätte er auf Röhm verzichten können, statt dessen riskierte Hitler seinetwegen einen Konflikt mit Hindenburg. Vor allem aus sachlichen Differenzen und zu hohen Ansprüchen Röhms sowie aus einem verstärkten Mißtrauen war eine weitere Zusammenarbeit zwischen Hitler und Röhm ab Frühjahr 1934 nicht mehr möglich. Hitler reagierte, und er nutzte die homosexuellen Vergehen Röhms und einiger anderer SA-Führer zu einer substantiellen Abrechnung mit der Konkurrenz in den eigenen Reihen.

136 Zur Nieden/Reichardt, Skandale, S. 42–45.

137 „Beim Führer. […]. Er nimmt mich unter 4 Augen. Klage über Röhm und seine Personalpolitik. § 175. Ekelhaft! Aber warum geschieht da nichts"; TG, 15.5.1934. Nach einem Gespräch mit Graf Helldorf hielt Goebbels erstmals Konflikte zwischen Röhm und Hitler im Tagebuch fest: „Viele Sorgen wegen S.A. Röhm macht nicht alles gut. Er schafft zu viel Konflikte. Auch mit dem Führer steht er nicht allzu gut. Man muß fest zum Führer halten"; TG, 23.5.1934.

138 Zur Nieden/Reichardt, Skandale, S. 45–54; Graß, Jung, v.a. S. 171–179, 246–254; Longerich, Die braunen Bataillone, S. 179–211; v. Fallois, Kalkül, v.a. S. 73–116, 121–139; Fischer, Röhm, S. 219–221; Aussage Görings, S. 301f., in: IMG 9; Müller, Armee und Drittes Reich, S. 62–68.

139 Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 91.

Anders verhält es sich beim Sturz des Generalobersten von Fritsch. Ihn hatte Hitler im Jahre 1936 aufgrund der gegen ihn erhobenen Anschuldigungen nicht von seinem Amt entfernt, weil die Aufrüstung damals durch den Vierjahresplan forciert werden sollte. Aber Anfang 1938 herrschte eine andere Situation, denn bis Ende März desselben Jahres sollte das zweite Rüstungsprogramm abgeschlossen sein.[140] Fritsch war nun also entbehrlich geworden.

Die Tolerierung der sexuellen Orientierung Ernst Röhms ist jedoch nicht der einzige Fall, in dem Hitler ein Einschreiten gegen verdiente „Volksgenossen" ablehnte. Der schlesische Oberpräsident und Gauleiter, Helmuth Brückner, wurde ebenfalls aufgrund seiner Homosexualität zunächst nicht belangt. Seine spätere Entlassung wurde vor allem damit begründet, wie Goebbels überliefert, daß er als „treulos" (TG, 2. 12. 1934), als „Straßermann" (TG, 2. 12. 1934) und „ewiger Saboteur" (TG, 6. 12. 1934) galt.

Auch von Walther Funk,[141] damals Propaganda-Staatssekretär und Pressechef des NS-Regimes, wurde immer wieder behauptet, er sei homosexuell.[142] Ob diese Gerüchte zutreffen oder nicht, ist hier nicht von Bedeutung. Wesentlich in diesem Zusammenhang ist, daß Hitler diesbezügliche Recherchen von vornherein untersagte. Goebbels erfuhr von Helldorf Anfang März 1937, daß gegen Funk „wieder Vorwürfe bezgl. § 175 erhoben" worden seien, glaubte jedoch nicht daran, da sie „so unsubstantiiert" seien, wollte aber dennoch Hitler informieren (TG, 4. 3. 1937). Als Goebbels wenige Tage später Hitler von den Vorwürfen gegen seinen Staatssekretär im Propagandaministerium unterrichtete, stellte er erleichtert fest: „In Sachen Funk § 175 glaubt der Führer der Anschuldigungen [!] nicht. *Jedenfalls verbietet er jede weitere Schnüffelei.* Gottseidank!" (TG, 8. 3. 1937).[143] Bei Funk, der Hitler stets äußerst loyal ergeben war, durfte also nicht einmal untersucht werden, obwohl die Vorwürfe hier nicht von einem Kriminellen stammten, sondern vermutlich von Himmlers Adjutanten Ludolf von Alvensleben vorgebracht wurden (TG, 4., 8., 11. 3. 1937). Anfang November 1937 entschloß sich Hitler, den früheren Wirtschaftsminister Hjalmar Schacht durch Walther Funk zu ersetzen. Obwohl Goebbels zufolge wieder „üble Gerüchte […] wegen § 175 bei Funk" umgingen, deren Urheber diesmal der Schwiegervater von Hitlers Adjutanten Wilhelm

[140] Mühleisen, Generaloberst Fritsch, S. 63. Das Argument von Janßen und Tobias, man wechsle „die Pferde nicht mitten im Strom", das zum Beleg dazu dienen sollte, daß sich Hitler ausschließlich wegen der Beschuldigung der Homosexualität von Fritsch und wegen der Vergangenheit Margreth Gruhns von Blomberg getrennt habe, greift also, anders als beide behaupten, 1938 nicht mehr. Vgl. Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 20.

[141] Funk war seit Januar 1933 Reichspressechef, von März 1933 bis Ende 1937 Pressechef der Reichsregierung und Staatssekretär im Propagandaministerium, seit Januar 1938 Wirtschaftsminister; vgl. Herbst, Funk, S. 95–97.

[142] Heiber, Goebbels, S. 143; Koch-Hillebrecht, Homo Hitler, S. 353; Deutsch, Das Komplott, S. 296. Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 154, bezweifeln die Homosexualität Funks, da die „Behauptungen über die Veranlagung Funks nur auf Hörensagen" gestützt seien. Ein weiteres Argument lautet: „Auf der Liste Otto Schmidts stand er jedenfalls nicht." Einleuchtender, jedoch keineswegs zwingend, ist ihr Argument, Funk sei verheiratet gewesen. Das Institut der Ehe wurde gerade auch von Homosexuellen genutzt, um einer Verfolgung zu entgehen; vgl. Koch-Hillebrecht, Homo Hitler, S. 346.

[143] Hervorhebung durch die Verfasserin.

Brückner gewesen zu sein scheint (TG, 31. 12. 1937), und sich Göring und Funk genötigt sahen, den Gerüchten durch veröffentlichte „Telegrammwechsel" entgegenzutreten (TG, 4. 1. 1938), gab Hitler an jenem Tag, an dem die Öffentlichkeit von Fritschs „Rücktritt" erfuhr, die Ernennung Funks zum Wirtschaftsminister bekannt. Im Falle Funks lehnte Hitler also eine Untersuchung ab, ernannte ihn ohne Nachprüfung zum Minister.

Bei Fritsch leitete Hitler Nachforschungen ein, die er selbst noch eineinhalb Jahre zuvor abgelehnt hatte, ließ eine Akte rekonstruieren,[144] die er 1936 vernichtet sehen wollte, und zwang ihn zum Rücktritt, ehe dessen Schuld bzw. Unschuld erwiesen war. Die Tagebücher von Joseph Goebbels belegen deutlich, daß es im Ermessensspielraum Hitlers lag, ob einem Gerücht oder einer Anschuldigung nachgegangen wurde oder nicht.[145] Darüber hinaus legen sie den Schluß nahe, daß die Entlassung des Generalobersten von Fritsch nicht allein wegen des Verdachts auf Homosexualität, sondern wegen sachlicher Differenzen und dem Mißtrauen Hitlers erfolgte. Außerdem verraten sie einen geschickten Schachzug Hitlers: indem er einen mutmaßlichen Homosexuellen zu seinem Minister machte, der gegebenenfalls von jedem Gerichtshof im Reich nach § 175 StGB hätte verurteilt werden können, konnte er sich dessen absoluter Loyalität und dessen blinden Gehorsams sicher sein.

Die Öffentlichkeit erfuhr nach Beendigung der Blomberg-Fritsch-Krise, daß die Oberbefehlshaber der Wehrmacht und des Heeres „auf ihren Antrag aus gesundheitlichen Gründen ausgeschieden" seien.[146] Daß die angeblich geschwächte Gesundheit weder bei Blomberg noch bei Fritsch Ursache oder auch nur Anlaß für ihre Entlassung war, sondern schlichtweg eine propagandistische Verschleierung, ist unbestritten.[147] Auch Goebbels notierte diese offizielle Begründung in sein Tagebuch, setzte sie aber – und das ist sehr bemerkenswert – in Anführungszeichen, wodurch er zum Ausdruck brachte, daß dies eben nicht der wahre Grund sei: „Blomberg und Fritsch aus ‚gesundheitlichen' Gründen zurückgetreten" (TG, 5. 2. 1938). Diese Textstelle ist ein sehr bedeutender Beleg gegen jene These, Goebbels' Tagebuch sei ein Propagandawerk. Vielmehr hielt Goebbels – aus welchen Gründen wird noch zu klären sein – beide Versionen fest, die interne, die er erfuhr, und diejenige, die für die Öffentlichkeit bestimmt war.

Festzuhalten bleibt auch, daß Hitler später gegenüber Militärs äußerte, er habe sich, unabhängig von dem Vorwurf der Homosexualität, von Fritsch trennen müssen, da dieser „das hemmende Element in der Aufrüstung gewesen" sei,[148] während er an Blomberg nur kritisierte, daß dieser bei seiner zweiten Frau, die die

[144] Schäfer, Blomberg, S. 182.

[145] Zu demselben Urteil kommt auch Schäfer, Blomberg, S. 182. Machtan, Hitlers Geheimnis, S. 278–285, nennt weitere homosexuelle Männer, die Hitler vor den Zugriffen staatlicher Behörden protegiert haben soll.

[146] NS-PrA, Bd. 6/I, Dok. 359, 4. 2. 1938, S. 125.

[147] Angeregt hat sie übrigens Fritsch selbst, der in seinem Brief an Hitler, in dem er um Beurlaubung bat, schrieb: „Nach außen hin halte ich es für zweckmäßig, mich krank zu melden". Schreiben von Fritsch an Hitler, 26. 1. 1938, in: Mühleisen, Fritsch-Krise, Dok. 1, S. 483.

[148] Kotze, Heeresadjutant, S. 21; ähnlich ebenda, S. 20; Raeder, Mein Leben, S. 149.

Ursache für seine Entlassung war, geblieben sei. Interessanterweise läßt sich das Argument, Fritsch habe die Aufrüstung gebremst, in den Goebbels-Tagebüchern nicht finden. Zu Goebbels sagte Hitler im Dezember 1944, daß er bei Fritsch „heute mehr denn je davon überzeugt" sei, „daß die damals gegen ihn erhobenen Anklagen auf homosexuellem Gebiet am Ende doch gestimmt haben" (TG, 2. 12. 1944). Fritsch war jedoch in dem Prozeß vor dem Reichskriegsgericht in allen Punkten für unschuldig befunden worden.[149] Daß er tatsächlich homosexuell gewesen sei, ist wenig glaubhaft.[150] Gegenüber Goebbels scheint Hitler nie von der Version abgewichen zu sein, daß Fritsch wegen der Anklage gegen § 175 StGB entlassen wurde. In anderen Kreisen verbreitete Hitler diese Auffassung nicht, zudem hätten die Vorwürfe, wie der Vergleich mit ähnlichen „Fällen" zeigte, nicht zwangsläufig eine Entlassung Fritschs erfordert. Die Beschuldigung der Homosexualität war also nicht die eigentliche Ursache seiner Verabschiedung. Hitler war jedoch nicht bereit, gegenüber Goebbels einzugestehen, daß er die angebliche Straftat des Generalobersten als Vorwand für dessen längst beabsichtigte Absetzung benutzt hatte.

5. Die Goebbels-Tagebücher als Quelle für die Blomberg-Fritsch-Krise

Anzeichen für eine Intrige?

Wie gezeigt wurde, besaß Goebbels nur unzureichende Kenntnisse und ein geringes Vorstellungsvermögen über den Verlauf und die Hintergründe der Blomberg-Fritsch-Krise. Die zum Teil naiven Einträge im Goebbels-Tagebuch legen den Schluß nahe, daß Goebbels die Entmachtung der Wehrmacht zunächst gar nicht als solche erkannt hat und daß er in eine mögliche Intrige gegen Blomberg bzw. Fritsch nicht eingeweiht war.[151] Goebbels wußte allem Anschein nach vor der Hochzeit Blombergs nicht, daß dessen Braut für pornographische Fotos Modell gestanden hatte, wie es gelegentlich für Göring und einige Gestapo-Angehörige angenommen wurde.[152] Als weitgehend gesichert kann jedoch gelten, daß sich Göring, der die Ämter des Kriegsministers und des Oberbefehlshabers der Wehrmacht anstrebte, im Falle von Blombergs Rücktritt ganz konkrete Aufstiegschan-

[149] Zeitgeschichte. Der Fritsch-Prozess. Dieser Dreck [Auszüge aus dem Kriegsgerichtsurteil gegen Generaloberst Freiherr von Fritsch], in: Der Spiegel, Nr. 36, 1. 9. 1965, S. 47, 57.

[150] Anders bei Schäfer, Blomberg, S. 182, die ohne selbständige Forschungen zu Fritsch urteilte: „Der Vorwurf, Fritsch sei ein ‚175er' schien jedenfalls nicht ganz unbegründet".

[151] So auch Hockerts, Goebbels-Tagebücher. Kirchenpolitik, S. 363.

[152] Deutsch, Das Komplott, S. 83, der sich auf Hans Bernd Gisevius berief. Gisevius, Bis zum bitteren Ende, S. 282, nahm an, Hitler sei vor der Heirat Blombergs von Göring über das Vorleben Gruhns informiert worden. Zur Rolle der Gestapo vgl. Deutsch, Das Komplott, S. 92.

cen ausrechnete.[153] In den Goebbels-Tagebüchern findet sich ein Hinweis darauf, daß Göring versuchte, den Kriegsminister zu diskreditieren. Gegenüber Goebbels wetterte Göring gegen die „Wehrmacht", die „einen Staat im Staate" bilde und vor der man sich vorsehen müsse (TG, 8.9.1937). Diese Kritik Görings, die Goebbels übrigens Hitler mitteilen wollte (TG, 28.10.1937), konnte sich nur auf den Oberbefehlshaber der Wehrmacht, Werner von Blomberg, bezogen haben. Anzeichen für eine Intrige Görings gegen Blomberg lassen sich den Goebbels-Tagebüchern jedoch nicht entnehmen. Die plausibel erscheinende These von Harold Deutsch, Göring habe Blomberg dadurch eine Rehabilitierung verwehrt, daß er ihm mitteilte, Hitler werde ihn in jedem Fall, also auch nach einer sofortigen Trennung von Margreth Gruhn, verabschieden,[154] kann durch die Goebbels-Tagebücher nicht bestätigt werden.

In die mißliche Lage, die zu seinem Rücktritt führte, brachte sich Blomberg zweifellos selbst.[155] Dies geht auch aus einem Eintrag aus Goebbels' Tagebuch hervor, der auf einer Information von Wilhelm Keitel beruht. Der General erzählte Goebbels beim gemeinsamen Italienbesuch im Mai 1938 von der „Tragödie Blomberg", woraufhin Goebbels notierte, „Blomberg muß nicht ganz bei Sinnen gewesen sein" (TG, 6.5.1938). An der Zuverlässigkeit der Aussage Keitels kann kaum gezweifelt werden, da er – durch die bevorstehende Ehe seines Sohnes Karl-Heinz mit der Blomberg-Tochter Dorothee – mit Blomberg so gut wie verschwägert war und vermutlich nichts verschwiegen hätte, was der Entlastung Blombergs gedient hätte. Zudem hatte Keitel, der als einer der ersten informiert wurde, zunächst vorgeschlagen, Blomberg die Akte Gruhn zu zeigen oder die Materialien zu vernichten.[156] Noch deutlicher als gegenüber Goebbels äußerte sich Keitel in seinen Lebenserinnerungen: „Daß die Gestapo im Falle Blomberg die Finger im Spiel hatte, ist erwiesenermaßen falsch".[157] Diese Erkenntnis widerspricht aber nicht der Annahme, Hitler habe sich wahrscheinlich *auch* wegen des zuweilen zaghaften und nervösen, d.h. risikoscheuen Verhaltens Blombergs in Krisensituationen von ihm getrennt. Wie auf der Basis der Goebbels-Tagebücher gezeigt wurde, hatte Hitler lange vor dem Ausbruch der Krise immer wieder Unbehagen wegen Blombergs mangelnder Risikobereitschaft verspürt.

Bei Ausbruch der Fritsch-Krise war Goebbels' Kenntnisstand noch niedriger als bei der Blomberg-Krise. Während Goebbels die Akte Gruhn zu Gesicht bekam (TG, 27.1.1938), wurde ihm die Fritsch-Akte höchstwahrscheinlich vorenthalten.

[153] Fritsch-Aufzeichnungen, in: Mühleisen, Fritsch-Krise, Dok. 7, S. 497, und Dok. 8, S. 505. Vgl. auch Below, Hitlers Adjutant, S. 63f., 67; Deist, Aufrüstung, S. 507; Wiedemann, Der Mann, S. 112f.; Schwerin von Krosigk, Es geschah in Deutschland, S. 279; Müller, Heer und Hitler, S. 257; Martens, Göring, S. 128f.; Maser, Göring, S. 304f.; Deutsch, Das Komplott, S. 84; Schäfer, Blomberg, S. 184, 187; Evans, Das Dritte Reich, Bd. 2/II, S. 779. Hitler sah sich im Januar 1938 offensichtlich tatsächlich genötigt, den Ehrgeiz Görings zu befriedigen, und ernannte ihn zum Feldmarschall; vgl. TG, 1.2.1938.

[154] Deutsch, Das Komplott, S. 102f.; Schäfer, Blomberg, S. 181f.

[155] So auch Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 75; Muller, Blomberg, S. 60f., Schäfer, Blomberg, S. 185.

[156] Müller, Beck. Biographie, S. 275; anders Schäfer, Blomberg, S. 187, 180f.

[157] Görlitz, Keitel, S. 112.

Es deutet in den Goebbels-Tagebüchern auch nichts darauf hin, daß Goebbels bekannt gewesen wäre, daß die SS in der ersten Hälfte des Jahres 1936 Material gegen den Oberbefehlshaber des Heeres zusammengestellt hatte, das auch Hitler schon seit Sommer 1936 kannte, und daß SS bzw. Gestapo – ob in Eigenregie oder nicht – gegen Fritsch weiter ermittelt hatten. Aufgrund von Goebbels' Eintragungen kann zudem ausgeschlossen werden, daß Goebbels über eine Intrige gegen Fritsch informiert gewesen wäre oder zum Zeitpunkt der Krise das entscheidende Detail kannte. Bereits am 15. Januar 1938, also einige Tage bevor die Krise am 24./25. Januar ausbrach, war der Gestapo bekannt, daß der von dem Kriminellen Schmidt Erpreßte nicht der Generaloberst Fritsch, sondern ein Rittmeister Achim von Frisch war.[158] Der zuständige Gestapo-Sachbearbeiter, Kriminalinspektor Friedrich Fehling, sagte im Verlauf des Prozesses gegen Fritsch aus, daß er zusammen mit einem weiteren Gestapo-Beamten am 15. Januar 1938 in der Wohnung des Rittmeisters Achim von Frisch gewesen sei und an demselben Tag auch dessen Abhebungen von seinem Konto der Bankfiliale in Lichterfelde überprüft habe.[159] Karl-Heinz Janßen und Fritz Tobias wiesen diese Aussage mit den wenig überzeugenden Argumenten zurück, daß sich Fehling entweder „im Datum geirrt oder in einem Moment mangelnder Konzentration versehentlich die Frage […] bejaht habe". Dies ist aber unwahrscheinlich, immerhin stand Fehling unter Eid.[160] Keineswegs stichhaltig ist auch ihr weiteres Argument: Wenn die Gestapo gewußt hätte, daß Fritsch nicht der Erpreßte gewesen sei, sondern Frisch, dann hätte sie „alles daran setzen müssen, den Rittmeister von der Bildfläche verschwinden zu lassen". Frisch wurde tatsächlich von der Gestapo verhaftet, aber erst nachdem sie wußte, daß die Ermittler des Kriegsgerichts entdeckt hatten, daß er der Erpreßte war.[161] Janßen/Tobias dagegen schrieben, Frisch habe „von sich aus ein Krankenhaus aufgesucht", in dem „ihn die Gestapo dort zunächst in ihre Obhut" genommen habe.[162] Auch ein weiteres Argument gegen die frühe Erkenntnis der Verwechslung durch die Gestapo von Janßen/Tobias überzeugt nicht. „Hitler habe", so Janßen/Tobias, „erst nach Bekanntwerden der Affäre Blomberg die Wiederaufnahme der Untersuchung gegen Fritsch befohlen".[163] Erstens wäre dies nicht der erste Fall, bei dem die Gestapo bzw. SS auch ohne Hitlers Befehl gehandelt hätte oder sich über dessen Befehl hinweggesetzt hätte (Hitler hatte im Sommer 1936 auch die Vernichtung der Fritsch-Akte befohlen, aber Heydrich ließ sie in einem Tresor aufbewahren). Zweitens stützen sich Janßen und Tobias auf das Urteil des Kriegsgerichts im Fritsch-Prozeß. Da Hitler im Falle Fritsch aber Oberster Ge-

[158] Nicht abgesandtes Schreiben von Fritsch an Himmler, Ende März 1938, in: Mühleisen, Fritsch-Krise, Dok. 5, S. 490; Gisevius vor dem IMG, in: IMG 12, S. 222; Gisevius, Bis zum bitteren Ende, S. 284, 286.

[159] Fritsch-Aufzeichnung, in: Mühleisen, Fritsch-Krise, Dok. 6, S. 492; Deutsch, Das Komplott, S. 300; Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 169.

[160] Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 168f.; Fritsch-Aufzeichnung, in: Mühleisen, Fritsch-Krise, Dok. 6, S. 492.

[161] Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 166; Fritsch-Aufzeichnungen, in: Mühleisen, Fritsch-Krise, Dok. 5, S. 490, Dok. 7, S. 499; Deutsch, Das Komplott, S. 280–282.

[162] Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 172.

[163] Ebenda, S. 169.

richtsherr war, und Göring den Prozeß führte, wird sich in diesem Urteil kaum ein Hinweis auf eine Intrige einer Behörde oder Person finden lassen.[164]

Obwohl die Verwechslung also bereits bekannt war, wurde Hitler zehn Tage später die rekonstruierte Fritsch-Akte vorgelegt, und die Gestapo „ermittelte" weiter. Daher darf die Frage nicht unbeantwortet bleiben, wer ein Interesse an der Entfernung von Fritsch hatte. Der entlassene Oberbefehlshaber des Heeres vermutete in seinen Aufzeichnungen vor allem Himmler, den er deswegen zum Duell fordern wollte, und die Gestapo als Urheber des „Schurkenstreich[s]" gegen sich.[165] In der Tat bestanden zwischen Himmler und Fritsch eine Reihe von Differenzen. Zu einem ersten schweren Konflikt zwischen beiden war es wahrscheinlich bereits nach der Mordaktion vom 30. Juni 1934 gekommen, der auch einige Generäle zum Opfer gefallen waren. Fritsch hatte damals, wie Harold Deutsch ausführt, gegen die SS vorgehen wollen.[166] Fritsch galt als „Gegner der militärischen Aspirationen der SS",[167] weil er sich mehrfach dem quantitativen Ausbau der bewaffneten SS-Verfügungstruppen entgegenstellte[168] und das Heer gegen die SS-Truppen abzuschirmen[169] versuchte. Himmler konnte also nach einer Entfernung des Generalobersten von Fritsch auf ein Entgegenkommen der Heeresführung hoffen. Kaum war Fritsch aus seinem Amt entfernt, erklärte Hitler im März 1938, diese Truppen müßten nun „jederzeit nach innen wie nach außen einsatz- und marschfähig" sein; der Aufstieg der SS-Verfügungstruppen begann.[170] Die Goebbels-Tagebücher scheinen die Annahme zu bestätigen, daß sich Himmler für die Entlassung Fritschs einsetzte. Am 30. Januar 1938 zeigte sich Himmler Goebbels gegenüber „sehr deprimiert", was nach Einschätzung von Goebbels wohl daran lag, daß „Fritsch […] noch immer nicht gestanden" habe (TG, 31.1.1938). Einen Monat später erfuhr Goebbels durch Lutze, Helldorf und Hanke „Schauerdinge von Himmlers Geheimdienst" (TG, 2.3.1938). Doch Goebbels, den diese Informationen völlig überraschten, notierte nur naiv in sein Tagebuch: „Ich kann das alles nicht glauben. Danach wären wir alle von einem einzigen System von

[164] Kielmansegg, Fritsch-Prozess, S. 49, 86; Müller, Heer und Hitler, S. 260; Deutsch, Das Komplott, S. 245, 290; Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 174. Das Urteil des Fritsch-Prozesses wurde in Auszügen im Spiegel unter dem Titel: Zeitgeschichte. Der Fritsch-Prozess. Dieser Dreck [Auszüge aus dem Kriegsgerichtsurteil gegen Generaloberst Freiherr von Fritsch], in: Der Spiegel, Nr. 36, 1.9.1965, S. 46–57, veröffentlicht. Eine Kopie des vollständigen Urteils sowie unzählige weitere wichtige Akten befinden sich im „Archiv Tobias"; vgl. Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 276, Anm. 18.

[165] Fritsch-Aufzeichnungen, in: Mühleisen, Fritsch-Krise, Dok. 5, 7, 8; Zitat: Dok. 7, S. 495, Dok. 8, S. 505.

[166] Deutsch, Das Komplott, S. 25f., 36.

[167] Memoiren Keitels, in: Görlitz, Keitel, S. 113, der in diesem Konflikt zwischen SS und Fritsch die Ursache für die „infame Intrige" (ebenda, S. 112) sah. Ähnlich Gackenholz, Reichskanzlei, S. 473f.

[168] Fritsch-Aufzeichnung, in: Mühleisen, Fritsch-Krise, Dok. 7, S. 495; Müller, Heer und Hitler, S. 144f., 148–155, 166f.; Müller, Beck. Biographie, S. 278; Deutsch, Das Komplott, S. 26, 36f.

[169] Fritsch-Aufzeichnung, in: Mühleisen, Fritsch-Krise, Dok. 7, S. 495f.; Deist, Aufrüstung, S. 517f.

[170] Bericht des Chefs des Amts für Reichsverteidigung im Persönlichen Stab Himmlers an den Reichsführer SS vom 22.3.1938, in: Müller, Heer und Hitler, Dok. 39, S. 650.

Spitzelei umgeben." Goebbels erfuhr von diesen dreien auch einige Details über den Fall Fritsch: „Die Kampfmethoden gegen Fritsch sind nicht sehr anständig" (TG, 2. 3. 1938), stellte Goebbels schließlich in seinem Tagebuch fest. Bedauerlicherweise benannte Goebbels diese Kampfmethoden gegen Fritsch nicht genau, er notierte lediglich, daß „[d]ieses ganze Spitzelwesen […] dumm und verächtlich" sei. Ob Goebbels sich bei diesem Eintrag auf eine Beschattung und Telefon- bzw. Postüberwachung des Generalobersten bezog, wie sie Fritsch der Gestapo und der SS unterstellte,[171] läßt sich durch die Goebbels-Tagebücher und veröffentlichte Quellen nicht eindeutig beantworten.

Goebbels erfuhr von Helldorf, Lutze und Hanke auch, daß man Fritsch „kaum etwas nachweisen" könne (TG, 2. 3. 1938), aber offensichtlich noch nichts von der Personenverwechslung Fritsch-Frisch. Als Goebbels von Hitler über die „Verwechslung" informiert wurde, notierte er in sein Tagebuch: „Sehr übel, vor allem für Himmler. Der ist zu voreilig und zu voreingenommen" (TG, 18. 3. 1938). Sehr wahrscheinlich benannte Hitler gegenüber Goebbels Himmler als den Schuldigen, da sich diese Notiz von Goebbels auf ein Gespräch mit Hitler bezieht. Wenn Hitler Himmler für die Verwechslung verantwortlich machte, dann scheint damit aber sicher zu sein, daß Himmler beim Sturz von Fritsch beteiligt war, und jener nicht nur durch Fehler untergeordneter Beamter herbeigeführt wurde, wie von Hitler vor Generälen behauptet wurde und auch z. T. in der Forschung angenommen wird.[172] Goebbels betrachtete daher die Rehabilitierung und Ernennung Fritschs zum Chef des Artillerie-Regiments Nr. 12 am 11. August 1938 in Groß-Born als „furchtbare Niederlage für Himmler" (TG, 12. 8. 1938).

Über die Rolle Görings bei der Fritsch-Krise, dem Fritsch selbst eine erhebliche Mitschuld an seinem Sturz zusprach, läßt sich aus den Goebbels-Tagebüchern wenig entnehmen. Göring hatte beispielsweise im Prozeß gegen Fritsch alle Versuche verhindert, die Machenschaften der Gestapo zu fokussieren, es auch abgelehnt, Himmler und Heydrich zu verhören und den Hauptbelastungszeugen Schmidt aus der Gestapohaft in die Obhut des Justizministeriums zu überführen.[173] Eine Passage in den Goebbels-Tagebüchern legt jedoch nahe, daß sich Göring bei Hitler für die Entlassung von Fritsch eingesetzt hatte. Über ein Gespräch mit Hitler und Göring am 5. Februar 1938, also einen Tag nach der Ablösung der Oberbefehlshaber von Wehrmacht und Heer, trug Goebbels in sein Tagebuch ein: „Göring wettert nochmal gegen Raeder. Der muß auch noch weg. Er ist absolut gegen die Partei" (TG, 6. 2. 1938). Die Formulierung „muß auch noch weg" legt die Ver-

[171] Fritsch, Nicht abgesandtes Schreiben an Himmler, Ende März 1938, in: Mühleisen, Fritsch-Krise, Dok. 5, S. 490. Anders Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 159f.

[172] Hitler sprach am 13. 6. 1938 vor Generälen von einem Fehler eines untergeordneten Beamten, siehe Fritsch-Aufzeichnung, in: Mühleisen, Fritsch-Krise, Dok. 7, S. 503. Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 7, 166, übernehmen Hitlers Version. Müller, Beck. Biographie, S. 645, Anm. 55, sieht in den Goebbels-Tagebüchern ebenfalls die „Bestätigung für Himmlers Involvierung in die Affäre". Vgl. auch Tagebuch Margarete Himmlers, zit. bei Longerich, Himmler, S. 416, die über die große Arbeitsbelastung ihres Mannes in dieser Angelegenheit klagte.

[173] Fritsch-Aufzeichnung, in: Mühleisen, Fritsch-Krise, Dok. 7, S. 500; Kielmansegg, Fritsch-Prozess, S. 91, 95; Deutsch, Das Komplott, S. 296–307; Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 175.

mutung nahe, daß Göring vorher die Auffassung vertreten hatte, Blomberg und Fritsch müßten aus ihren Ämtern entfernt werden.

Aufschlußreich ist auch die Argumentation Görings, denn schon im Juni 1937 schien Raeders Ablösung unumgänglich, weil er, nach dem Fliegerangriff durch die spanische Republik auf das Panzerschiff „Deutschland", in Hitlers Augen „versagt" (TG, 2.6.1937) hatte.[174] Man hätte damals seine Entlassung also durchaus begründen können. Die Tatsache, daß Göring nun gegen Raeder, der immerhin im Gegensatz zu Fritsch keine größeren Konflikte mit der NSDAP hatte, parteipolitische Argumente in die Debatte einbrachte, zeigt, welche Argumentation bei Hitler erfolgversprechend war. Man wird annehmen dürfen, daß Göring bei Fritsch, der sowohl mit der SS als auch mit Göring persönlich Differenzen hatte,[175] ähnlich argumentierte wie gegen den Admiral. Hitler hielt an Raeder Anfang 1938 jedoch als Oberbefehlshaber der Kriegsmarine fest, was er gegenüber Goebbels damit begründete, daß dieser „sich in der ganzen Krise fabelhaft benommen" habe und daß „in der Marine […] alles in Ordnung" sei (TG, 1.2.1938). Aus dieser Passage kann geschlossen werden, daß Hitler der Auffassung war, bei einem anderen Wehrmachtsteil, wobei Hitler nur das Heer gemeint haben kann, sei nicht „alles in Ordnung". Fritsch wurde demzufolge entlassen, weil Hitler ihn für nicht befähigt hielt, das Heer weiter im nationalsozialistischen Sinne aufzubauen oder zu führen. Im Mai desselben Jahres teilte Hitler Goebbels wieder einmal seine „Entschlüsse" mit, die Goebbels folgendermaßen festhielt: „scharfe Durchsiebung der Armee, keine Kompromisse mehr, weg mit allem alten Plunder. Armee reformieren. Mehr n.s. Geist" (TG, 8.5.1938). Im Mangel an „n.s. Geist" des Heeres scheint also die Ursache der Entlassung des Generalobersten von Fritsch zu liegen. Der Vorwurf der Homosexualität erschien den Nationalsozialisten „als eine geeignete taktische Waffe", um Fritsch den Oberbefehl über das Heer zu entziehen, war in diesem Fall also lediglich ein Vorwand.[176]

Die Rolle Hitlers

Wie auf der Quellenbasis der Goebbels-Tagebücher gezeigt wurde, lag es im Ermessen des „Führers", wie er auf Beschuldigungen der Homosexualität reagierte. Es lag in seiner Macht, Nachforschungen zu untersagen oder anzuordnen und die Entlassung einer Person aus Amt und Würden zu betreiben, egal ob mit oder ohne Untersuchung, mit oder ohne Gerichtsurteil. Hitler wollte Fritsch Anfang 1938 offensichtlich vom Posten des Oberbefehlshabers des Heeres entfernen, ob in erster Linie wegen unterschiedlicher Auffassungen über die Außen- und Militärpolitik, aus scheinbar ideologischen Gegensätzen oder wegen der Konflikte des Heerführers mit der NSDAP bzw. SS, erscheint hier von untergeordneter Bedeutung und ist, wie die kontroverse Forschung zeigt, offenbar auch nicht mehr restlos aufzuklären. Goebbels scheint anfangs jedoch nicht bewußt gewesen zu sein, daß Hitler ein großes Interesse an der Absetzung von Fritsch hatte. Nach Hell-

[174] Ähnlich TG, 1.6.1937.
[175] Deist, Aufrüstung, S. 444f.
[176] Hockerts, Sittlichkeitsprozesse, S. 11.

dorfs, Lutzes und Hankes Mitteilung, daß man Fritsch „kaum etwas nachweisen" könne, hielt Goebbels fest, man hätte „nicht den Führer dahineinziehen dürfen" (TG, 2. 3. 1938). Wie aus seinem Tagebuch hervorgeht, erkannte Goebbels nun erstmals, auf welch wackeligem Fundament die Vorverurteilung von Fritsch stand. Er hielt es jedoch für ausgeschlossen, daß die Initiative gegen Fritsch von Hitler ausging. Im Laufe des März 1938 wurde aber auch Goebbels klar, wie seine Tagebucheinträge zeigen, daß Hitler eine Verurteilung des Generalobersten einer vollständigen Rehabilitierung vorzog: „Der Führer hat Sorgen mit dem Fall Fritsch. Der geht durchaus nicht glatt" (TG, 6. 3. 1938). Wenn hier noch Unsicherheit besteht, wie das „nicht glatt" interpretiert werden soll, ob mit „glatt" eine Verurteilung oder ein Freispruch gemeint ist, so liefert eine weitere Notiz Goebbels' über ein Gespräch mit Hitler kurz vor dem Ende des Fritsch-Prozesses Klarheit: „Der Prozeß gegen General v. Fritsch steht sehr schlecht. Das Ganze scheint auf einer Verwechslung zu beruhen. Sehr übel" (TG, 18. 3. 1938). Damit ist klar, daß Hitler nicht an einem Freispruch bzw. an einem gerechten Urteil interessiert war, sondern an der Verurteilung von Fritsch,[177] denn andernfalls wäre der Prozeßstand für das NS-Regime nicht als „sehr schlecht" zu bezeichnen gewesen. Zudem ließ Hitler, als der Präsident des Reichskriegsgerichts ihn über die Verwechslung informiert und eine Einstellung des Verfahrens gefordert hatte, die Hauptverhandlung durchführen; das Ausbleiben einer öffentlichen Rehabilitierung Fritschs nach seinem Freispruch begründete Hitler mit Verweis auf die sich zuspitzende Sudetenkrise.[178] Am 22. September 1939, zu Beginn des Zweiten Weltkrieges und ein Jahr nach seiner Rehabilitierung, fiel Werner von Fritsch während des Feldzuges gegen Polen. Ob Goebbels in der Zwischenzeit weitere Informationen über den Verlauf des Falles Fritsch erhalten hatte, geht aus seinen Tagebüchern nicht hervor. Als Goebbels die Meldung von Fritschs Tode zur Kenntnis nahm, hinterließ sie bei ihm „ein sehr wehes und schmerzliches Gefühl" (TG, 23. 9. 1939, ähnl. 27. 9. 1939). Goebbels benannte dafür auch die Ursache: „Man hat ihm nicht immer Recht getan" (TG, 23. 9. 1939). Was Goebbels mit dem Unrecht, das Fritsch angetan wurde, meinte, wem er stillschweigend eine ungerechte Behandlung vorwarf, läßt sich nicht exakt bestimmen. Möglicherweise dachte Goebbels, als er diesen Satz notierte, auch an Hitler, der das Ehrenwort des Generals mißachtet und ihn, ohne die Beschuldigungen zu prüfen, zum Rücktritt aufgefordert hatte.

Welche Rolle spielte Hitler im Fall Blomberg bzw. welche Bedeutung hatte der Blomberg-Skandal für ihn? Ist die schwere „Erschütterung" Hitlers glaubhaft, die ihn unvermittelt getroffen haben soll? Rainer Zitelmann schrieb aufgrund der zahlreichen Belegstellen für die Niedergeschlagenheit Hitlers in den Goebbels-Tagebüchern: „Goebbels' Berichte über Hitlers Reaktionen lassen jedoch kaum einen Zweifel daran, daß Hitler die Situation als ernste Krise und nicht als erfreuliche Gelegenheit zur weiteren Machtausdehnung begriff".[179] Die Erschütterung

[177] Ähnlich Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 180.
[178] Müller, Beck. Biographie, S. 289, 334.
[179] Zitelmann, Tagebücher, S. 332. Ähnlich Müller, Beck. Biographie, S. 275; Longerich, Goebbels, S. 370.

und Empörung, die Hitler oft zeigte, ist in einigen anderen Fällen[180] inzwischen als „theatralische Inszenierung“[181] entlarvt worden. In den Goebbels-Tagebüchern existiert ein Hinweis darauf, daß es sich auch hier um eine schauspielerische Leistung gehandelt haben könnte, um das Revirement als Ausweg aus der Krise darstellen und somit leichter durchführen zu können. In einem zweistündigen Gespräch zwischen Hitler und Goebbels unter vier Augen am Morgen des 31. Januar 1938 (TG, 1.2.1938) klagte Hitler Goebbels „sein ganzes Leid“. Hitler zeigte sich „ganz erschüttert“ und mit „Tränen […] in den Augen“. Gegen Mittag traf Goebbels Hitler erneut, nun allerdings in einem größeren Kreis: „Mittags wieder beim Führer. Er ist wie ausgewechselt, da all die andern dabeisitzen. Redet und plaudert, als wenn garnichts [!] wäre“ (TG, 1.2.1938). Goebbels fiel diese starke Diskrepanz in Verhalten und Stimmung Hitlers auf, aber sein Tagebuch dokumentiert keine Reflexion darüber. Das Urteil Zitelmanns scheint also etwas voreilig; zumindest sollte die Möglichkeit, daß Hitler wieder einmal die Rolle des ahnungslosen Opfers spielte, nicht ausgeschlossen werden. Sicherlich tat es Hitler um Blomberg leid, dessen „Treue“ er noch 1943 „außerordentlich“ lobte (TG, 9.3.1943). Doch bereits am 27. Januar 1938 hatte Hitler entschieden, daß er von nun an den Oberbefehl über die Wehrmacht persönlich ausüben werde; am selben Tag bat Fritsch Hitler um Beurlaubung.[182] Eine „ernste Krise“ bestand daher an den folgenden Tagen, an denen Goebbels eine ähnliche Erschütterung Hitlers überliefert, nicht mehr. Es sei denn, Hitler befürchtete, daß sich die Generalität gegen ihn hätte auflehnen können. Diese Furcht Hitlers wäre jedoch nur plausibel gewesen, wenn er gewußt hätte, daß die Vorwürfe gegen Fritsch völlig haltlos waren. Daß Hitler die Reaktion der Militärs auf ihre Entmachtung tatsächlich Unbehagen bereitete, wird daran deutlich, daß er immer wieder betont sehen wollte, daß es unzutreffend sei, daß sich die Partei gegen die Wehrmacht durchgesetzt habe, daß es einen „Triumph der Partei über die Wehrmacht“ (TG, 1.2.1938) gebe.[183] Im selben Tenor sprach Hitler auch drei Wochen später im Reichstag,[184] und im Sommer dessen Stellvertreter Rudolf Heß (TG, 21.6.1938).[185] Hitler wollte also die Entmachtung der Wehrmacht und den Aufbau der Waffen-SS verschleiern. Die Nachwirkungen dieser Taktik sind noch heute in der Forschung spürbar, wenn die These vertreten wird, das Revirement vom 4. Februar 1938 sei keine Usurpierung gewesen, da Hitler als Staatsoberhaupt bereits seit August 1934 den Oberbefehl über die Wehrmacht innegehabt habe.[186] Tatsächlich war es eine dreifache Usur-

[180] So bei der Ermordung der SA-Führer und anderer mißliebiger Personen im Jahr 1934; vgl. Deutsch, Das Komplott, S. 25; Koch-Hillebrecht, Homo Hitler, S. 30, 128, 345, und beim Novemberpogrom 1938.

[181] Longerich, Politik, S. 199.

[182] Schreiben von Fritsch an Hitler, 26.1.1938, in: Mühleisen, Fritsch-Krise, Dok. 1, S. 483.

[183] Getreu dieser Linie wurde auch auf einer Kommandeursbesprechung am 7.2.1938 in Nürnberg erklärt, es „ist ein leeres Gerücht, wenn behauptet wird, die Partei habe die Krise bei der obersten militärischen Führung benützt, um Eingriffe in die Wehrmacht zu machen“. Vgl. Müller, Heer und Hitler, Dok. 31, S. 636.

[184] Reichstagsrede Hitlers, 20.2.1938, in: Verhandlungen des Reichstags, 20.2.1938, Bd. 459, S. 33.

[185] Vgl. NS-PrA, Bd. 6/II, Dok. 1707, 19.6.1938, S. 574.

[186] Wie bei Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 156.

pierung gewesen, die alle bis dahin von der bisherigen Gleichschaltung weniger betroffenen Bereiche erfaßte. Erstens wurde die Wehrmacht durch den Oberbefehl Hitlers ihm nun direkt unterstellt. Zweitens erhielt das Auswärtige Amt in Joachim von Ribbentrop einen neuen Außenminister, der zu Widerworten gegenüber Hitler kaum befähigt war und dem in Walther Hewel ein Vertrauter und Landsberger Haftgenosse Hitlers als „rechte Hand" zur Seite stand, der Hitler die Steuerung des Auswärtigen Amts erleichterte.[187] Drittens wurde das rüstungspolitisch besonders bedeutsame Wirtschaftsministerium von Walther Funk übernommen, der nicht nur überzeugter Nationalsozialist war, sondern infolge seiner wahrscheinlich homosexuellen Neigung kompromittiert und dadurch für Hitler bestens zu instrumentalisieren war.

[187] Urteil des Volksgerichtes für den Landgerichtsbezirk München I gegen „Berchtold Josef und 39 Genossen", 23.4.1924; IfZ, Archiv, Fa 523, S.157n–q. Anders wird Hewel in den Spitzy-Memoiren, So haben wir das Reich verspielt, S.167f., 183, und, diesen folgend, von Kley, Ribbentrop, S.80, 336, beurteilt. Zum „Abschluß der Gleichschaltung" des A.A. durch die Ernennung Ribbentrops siehe auch Conze/Frei/Hayes/Zimmermann, Das Amt, S.132.

II. Der „Anschluß" Österreichs an das Deutsche Reich

1. Der Weg nach Berchtesgaden

Der „Anschluß" Österreichs an das Deutsche Reich stellte von Beginn an eines der zentralen Ziele der NSDAP dar und wurde nach dem Ersten Weltkrieg auch von vielen anderen Parteien in den beiden Staaten erstrebt, in Österreich zumindest bis 1933.[1] Zu dem ideologischen Motiv der Volkszusammengehörigkeit kamen auf deutscher Seite seit Mitte der 30er Jahre mehr und mehr strategische und wirtschaftliche Interessen hinzu.[2] In den Friedensverträgen von Versailles und St. Germain war der „Anschluß" ausdrücklich untersagt worden und erschien deshalb eher als Wunschtraum.[3] Für die Nationalsozialisten, insbesondere seit der Machtübernahme 1933, handelte es sich um ein ernsthaft verfolgtes Ziel, dessen Verwirklichung lediglich hinsichtlich des Zeitpunktes und der Form fraglich war. An Weihnachten 1937 las Goebbels die gerade erschienene Programmschrift des österreichischen Bundeskanzlers Kurt von Schuschnigg „Dreimal Österreich", die im Deutschen Reich immerhin eingeschränkt zugelassen war.[4] Nach dieser Lektüre befürchtete Goebbels, daß „wahrscheinlich noch ein langer Weg" bevorstehe, ehe die „österreichische Frage" gelöst werde (TG, 27. 12. 1937). Seine anfängliche Euphorie nach dem Abkommen vom 11. Juli 1936[5] zwischen dem Deutschen Reich und Österreich, das Goebbels als „so etwas wie der 30. Januar 1933" für die Nationalsozialisten eingeschätzt hatte – vorausgesetzt, die Nazis wären „klug" und nutzten ihre „Chancen" (TG, 12. 7. 1936) –, war schon lange verflogen. Goebbels hatte damals diese Übereinkunft, die unter anderem die Souveränität Österreichs und eine gegenseitige Nichteinmischung garantierte, und die diesbezügliche Rede des österreichischen Kanzlers[6] falsch interpretiert, denn er hatte eine folgenreiche

[1] Vgl. Punkt 1 des Parteiprogramms der NSDAP vom 24. 2. 1920, abgedr. in: Treue, Parteiprogramme, S. 143; vgl. auch Hitler, Mein Kampf, S. 1. Siehe z. B. die Parteiprogramme der DVP vom 19. 10. 1919 (abgedr. in: Treue, Parteiprogramme, S. 114), der DDP vom 15. 12. 1919 (ebenda, S. 123) und der Zentrumspartei vom 16. 1. 1922 (ebenda, S. 127). Zu Österreich: Berchtold, Österreichische Parteiprogramme, S. 234, 264, 361, 376, 446, 483; Moll, Griff, S. 157; Kleindel, „Gott schütze Österreich!", S. 9–18; Simon, Österreich, S. 52; Rosar, Deutsche Gemeinschaft, S. 300; Gottschling, „Heim ins Reich!", S. 201.

[2] Siehe hierzu Schausberger, Griff, v. a. S. 491–519.

[3] Vgl. Art. 80 des Versailler Vertrages vom 28. 6. 1919, RGBl. 1919, Nr. 140, S. 833; Art. 88 des Vertrages von St. Germain-en-Laye vom 10. 9. 1919, StGBl. 1920, Nr. 303, S. 1052.

[4] Die Zulassung erfolgte aus Furcht, es könnte in Österreich erneut Hitlers Buch „Mein Kampf" verboten werden, das erst nach zähen Verhandlungen im Juli 1937 mit Einschränkungen zugelassen worden war; vgl. Schnellbrief Heinrich Hövels, Propagandaministerium, an die deutsche Gesandtschaft Wien, 16. 12. 1937, PA/AA, Wien 286, o. P.; TG, 13. 7. 1937; ADAP, D 1, Dok. 240, S. 366.

[5] Gentlemen-Agreement, 11. 7. 1936, in: ADAP, D 1, Dok. 152, S. 231–233.

[6] Siehe Frauendienst, Weltgeschichte, S. 170–173, sowie Michaelis/Schraepler, Ursachen, Bd. 11, S. 594f.

„Umbildung der österr. Regierung“ erwartet (TG, 12.7.1936). In dem Juli-Abkommen von 1936 war aber lediglich die „Mitwirkung“ der „sogenannten ‚nationalen Opposition‘ […] an der politischen Verantwortung“ vereinbart worden und keine umfangreiche Kabinettsumbildung.[7] Vielleicht hatte Goebbels auch gehofft, daß der deutschen Regierung die kritische Berichterstattung der österreichischen Presse nun durch eine verschärfte Zensur in Wien erspart bliebe.[8] Doch auch nach den Abmachungen vom Juli 1936 und weiteren, auch das Pressewesen betreffenden Vereinbarungen vom Juli 1937,[9] an denen Goebbels' Mitarbeiter Wilfried Bade mitwirkte, hatte der Propagandaminister immer wieder Grund zur Beschwerde über die österreichische Presse.[10]

Als Goebbels Ende 1937 die erwähnten Überlegungen zur Lösung der „österreichischen Frage“ anstellte, deutete nichts darauf hin, daß er geahnt hätte, daß drei Monate später der „Bundesstaat Österreich“ dem Deutschen Reich angegliedert sein würde. Die „NSDAP (Hitlerbewegung)“ mitsamt ihren Untergliederungen war in Österreich seit einem Handgranatenattentat auf christlich-konservative Turner im Juni 1933 verboten (TG, 20.6.1933),[11] die österreichische Presse übte weiterhin Kritik am NS-Regime (TG, 9.12.1937, 30.1.1938), die Haltung Mussolinis in der Österreichfrage war „noch offen“ (TG, 28., 29.9.1937), und Hitler hatte sich dafür ausgesprochen, diese Frage durch die Strategie der „Evolution“[12] (TG, 17.7.1936) zu lösen, da sich der „revolutionäre und auch der parlamentarische“ Weg „als ungangbar erwiesen“ hätten (TG, 4.5.1937, 20.4.1937). Vorsorglich hatte Hitler einen Plan zur militärischen Intervention in Österreich erarbeiten lassen („Sonderfall Otto“), die jedoch nur für den Fall vorgesehen war, daß Österreich „die Monarchie wiederherstellen sollte“.[13] Goebbels hatte es damals „im Auftrage des Führers“, wie er schrieb, übernommen, den österreichischen Innenminister Edmund Glaise von Horstenau darüber zu informieren, „daß Restauration für Deutschland den casus belli bedeuten würde“ (TG, 20.4.1937).[14] Eine Machtbeteiligung der österreichischen Nationalsozialisten auf demokratischem Wege war wegen des autoritären Regimes in Österreich unmöglich. Der Versuch einer revolutionären Lösung am 25. Juli 1934 war gescheitert, einen zweiten derart dilettantischen Staatsstreichversuch lehnte Hitler ab. Aus organisatorischen Gründen – Bundeskanzler Dollfuß hatte die Ministerratssitzung verlegt – war der

[7] Gentlemen-Agreement, 11.7.1936, in: ADAP, D 1, Dok. 152, S. 233.
[8] Vgl. Abschnitt zur Presse in: Gentlemen-Agreement, 11.7.1936, in: ADAP, D 1, Dok. 152, S. 231.
[9] TG, 13.7.1937; Pressevereinbarungen, o.D., ca. 10.7.1937, PA/AA, R 29682, Fiche 750, Bl. 67698–700; Aufzeichnung Bades, 2.7.1937, PA/AA, R 27510, Bl. 344424–427.
[10] Vgl. TG, 27.10.1936, 6.3.1937, 8.3.1937, 20.4.1937, 14.8.1937, 29.8.1937, 22.10.1937.
[11] Matić, Veesenmayer, S. 34; Schausberger, Griff, S. 285.
[12] Den „evolutionären Weg“ definiert Botz, Eingliederung, S. 23, als „Anwendung traditioneller Mittel, wie Diplomatie, politischen und wirtschaftlichen Druck, Androhung von Gewalt“.
[13] Weisung Blombergs für die einheitliche Kriegsvorbereitung der Wehrmacht, 24.6.1937, in: IMG 34, Dok. 175-C, S. 732–745, hier S. 743.
[14] Glaise beschrieb das Gespräch mit Goebbels im April 1937 in seinen Ende 1944 verfaßten Memoiren, aber diese von Goebbels erwähnte Drohung vermerkte er nicht. Vgl. Broucek, Ein General, Bd. 2, S. 169.

Staatsstreich verschoben worden; die Putschpläne wurden verraten; Dollfuß wurde von den österreichischen Nationalsozialisten ermordet; doch binnen weniger Stunden schlug das österreichische Bundesheer den Aufstand nieder. Der Juli-Putsch erfolgte mit Wissen Hitlers und Unterstützung deutscher Parteistellen, was auch Goebbels bekannt war.[15] Hitler hatte jedoch angesichts der sich abzeichnenden ausbleibenden Unterstützung des Putsches durch das österreichische Bundesheer in dieser Situation nicht gewagt, den Parteigenossen in Österreich Truppenkontingente der Wehrmacht zur Verfügung zu stellen,[16] zu gering waren damals Macht und Aufrüstung des NS-Staates, zu groß die Furcht vor den möglichen ausländischen Reaktionen. Vor allem scheute das Hitlerregime einen Konflikt mit Mussolini, dem Vorbild und ideologischen Gesinnungsgenossen, der an der Grenze zu Österreich sofort Truppen hatte aufmarschieren lassen. Goebbels überliefert seine und Hitlers „Wutanfälle gegen Italien" und schließt mit den Worten: „Aus, aus, aus!" (TG, 30. 7. 1934).[17] Die nationalsozialistisch-faschistische Verbindung stand kurz vor dem Scheitern.

Der „Anschluß" Österreichs schien also für Goebbels und viele andere Nationalsozialisten um die Jahreswende 1937/38 noch in weiter Ferne zu liegen, auch wenn seit September 1937 Hitlers Partei-Beauftragter für Österreich, Wilhelm Keppler, intensiv darauf hinwirkte, die Voraussetzungen für einen „Anschluß" zu schaffen.[18] Hitler hatte es bei der bereits erwähnten Besprechung am 5. November 1937 in der Reichskanzlei als möglich bezeichnet, daß schon 1938 der Zeitpunkt kommen werde, „Österreich niederzuwerfen".[19] Goebbels war bei diesem Vortrag Hitlers jedoch nicht dabei, und auch den Inhalt von dessen Ausführungen scheint Goebbels, wie schon gezeigt wurde, nicht gekannt zu haben. Als Hitler bei dem großen Revirement am 4. Februar 1938 auch den Sonderbotschafter für Österreich, Franz von Papen, entließ (TG, 5. 2. 1938), geschah dies nicht nur zum Zwecke der Verschleierung, sondern auch, um eine neue Politik gegenüber der österreichischen Regierung einzuleiten.[20] Am Tag nach Papens Entlassung vereinbarte Hitler mit ihm, daß er geschäftsführend im Amt bleibe und den österreichischen Bundeskanzler Kurt von Schuschnigg zu einem Gespräch mit Hitler auf den Obersalzberg einladen solle.[21] Anlaß zu dieser Unterredung war zum einen der Wunsch Hitlers, von der Blomberg-Fritsch-Krise und der Entmachtung der Wehr-

[15] Schon am 12. 7. 1934 besprach Goebbels mit Hitler die „Frage Österreich", TG, 13. 7. 1934, nachweislich am 22. 7. 1934 wurde er durch eine Begegnung mit den Putschisten in die Putschpläne einbezogen: „Sonntag: beim Führer General v. Hammersteins Nachfolger, Gen. v. Reichenau, dann Pfeffer, Habicht, Reschny. Österreichische Frage. Ob es gelingt? Ich bin sehr skeptisch"; TG, 24. 7. 1934.

[16] Schausberger, Griff, S. 289.

[17] Siehe auch: TG, 28. 7. 1934; Ara, Österreichpolitik, S. 113f.; Mantelli, Faschismus, S. 104; Schausberger, Griff, S. 293; Schmidl, März 38, S. 187.

[18] Keppler wurde am 14. 9. 1937 Hitlers Österreich-Beauftragter; Matić, Veesenmayer, S. 39, Anm. 24.

[19] ADAP, D 1, Dok. 19, S. 25–32, hier S. 29.

[20] Schausberger, Griff, S. 519; Reuth, Goebbels. Biographie, S. 375; Domarus, Hitler, Bd. 1, S. 787.

[21] Zernatto, Wahrheit, S. 195f.; Schausberger, Griff, S. 519; Rosar, Deutsche Gemeinschaft, S. 195.

macht abzulenken, die überall größtes Aufsehen erregt hatten.[22] Zum anderen wollte Hitler Anfang 1938 endlich die „Österreich-Frage“ vorantreiben. Vor allem aber hatte sich die Lage in Österreich in mehrfacher Hinsicht zugespitzt: Bundeskanzler Schuschnigg hatte ein Interview gegeben, das am 5. Januar 1938 im „Daily Telegraph“ erschienen war, in dem er erklärte, daß ein „unüberbrückbarer Abgrund“ Österreich vom Nationalsozialismus trenne, und in dem er sich als „Monarchist“ bezeichnete und sich gegen den „Anschluß“ an das Deutsche Reich aussprach.[23] Besonders die Gegnerschaft zum Nationalsozialismus empörte die österreichischen NS-Anhänger, die in Flugblättern gegen Schuschnigg protestierten. Das Bekenntnis zur Monarchie entfachte bei den deutschen Nationalsozialisten die Furcht, Schuschnigg könne doch eine Restauration der Habsburger Monarchie beabsichtigen, zumal der österreichische Kanzler in dieser Phase das Vermögen des österreichischen Kaiserhauses rückerstatten ließ.[24]

Zur gleichen Zeit trug sich der Verbindungsmann des NS-Regimes zur Regierung in Österreich, Arthur Seyß-Inquart, mit Rücktrittsgedanken als Staatsrat und Volkspolitischer Referent der Vaterländischen Front, da er mit seinen Anregungen bei Schuschnigg „auf Ablehnung gestoßen“ war.[25] Seyß-Inquart wurde dringend gebeten, auf seinem Posten zu verbleiben, betrachtete man ihn doch im Reich als „Trojanisches Pferd“[26] in Wien. Noch schwerer wog aber eine am 25. Januar 1938 erfolgte Hausdurchsuchung der Wohn- und Büroräume des Leiters der illegalen NSDAP in Wien, Leopold Tavs, die Pläne für Aufstände, für den Einmarsch deutscher Truppen und die Errichtung einer nationalsozialistischen Regierung in Österreich zum Vorschein brachte.[27] Unter den sichergestellten Unterlagen befanden sich offenbar auch Protokolle über Gespräche mit Hitler und anderen führenden Nationalsozialisten des Reichs.[28] Tavs wurde sofort verhaftet. Der österreichische Bundeskanzler machte aufgrund der Aktenfunde Papen auf

[22] „Führer will die Scheinwerfer von der Wehrmacht ablenken, Europa in Atem halten“; Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 31.1.1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 362. Vgl. auch Schmidt, Außenpolitik des Dritten Reiches, S. 248.

[23] „Von Schuschnigg talks of Austria's destiny“, Artikel von Kees van Hoek, Daily Mail, 5.1.1938.

[24] Ein solches Flugblatt gegen Schuschnigg übersandte der deutsche Konsul in Graz, Paul Drubba, der deutschen Gesandtschaft Wien am 25.1.1938, PA/AA, Wien 286, o.P. Die Frage einer möglichen Restauration der Habsburger ergibt sich aus einer Aufzeichnung Altenburgs aus dem A.A., 10.2.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 290; zur Habsburg-Gesetzgebung siehe Schausberger, Griff, S. 496.

[25] Aufzeichnung Altenburgs, A.A., 8.1.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 276.

[26] Nach dem Abkommen von Berchtesgaden am 12.2.1938 hatte Seyß-Inquart gegenüber Schuschnigg erklärt, er wolle nicht die Rolle eines „trojanischen Pferdes“ spielen (Schuschnigg, Requiem, S. 54). Da Seyß-Inquart aber letztlich als solches fungierte, hat sich diese Metapher weitgehend durchgesetzt.

[27] Telegramm Papens an Hitler, 27.1.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 279; Schreiben Otto v. Steins an das A.A., 29.1.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 280. Zum Inhalt und zu der Urheberschaft siehe: Zernatto, Wahrheit, S. 183–185; Schausberger, Griff, S. 508–511; Jagschitz, Thesen, S. 173; Jedlicka, Leopold, S. 152; Schmidl, März 38, S. 25.

[28] Dies behauptete zumindest Hitler, als er Josef Leopold Vorhaltungen machte; Aktennotiz Kepplers über Gespräch Hitlers mit Leopold am 21.2.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 318.

die „Unmöglichkeit" einer „Fortdauer" dieses Zustandes aufmerksam.[29] Hitler war wütend angesichts dieser Peinlichkeiten.[30] Zudem drohte der Landesleiter der NSDAP in Österreich, Josef Leopold, durch eigenmächtige Aktionen und „Terrorakte" die schwebenden Verhandlungen zwischen Seyß-Inquart und der österreichischen Regierung zu durchkreuzen.[31] Seyß-Inquart hatte die Weisung bekommen, „durch immer weitgehende [!] Forderungen […] weitere Zugeständnisse" zu erreichen,[32] was ihm auch gelang, da Schuschnigg bereits gewillt war, ihm einen Ministerposten zu übertragen.[33] Leopold hätte also beinahe all diese Bemühungen zunichte gemacht. Es bestand somit dringender Handlungsbedarf für das NS-Regime. So wurde Schuschnigg, worum er offenbar selbst gebeten hatte,[34] noch am selben Tag, an dem die Nachricht von Leopolds Terrorplänen Hitler erreichte, auf den Obersalzberg eingeladen. Papen verwies auf die innenpolitischen Schwierigkeiten Hitlers angesichts der Blomberg-Fritsch-Krise und sicherte dem österreichischen Kanzler zu, die neuerliche Verhandlung auf höchster Ebene werde Österreich auf keinen Fall zum Nachteil gereichen.[35] Nachdem Papen ihm in Hitlers Namen das Weiterbestehen des Abkommens von 1936, also die Souveränität Österreichs und die Nichteinmischung deutscher Stellen, zugesichert hatte, ließ Schuschnigg zwei Tage später verlautbaren, daß er gewillt sei, die Einladung anzunehmen.[36] Im Tagebuch von Goebbels findet sich kein Hinweis darauf, daß Goebbels vorab von dem geplanten Treffen am 12. Februar 1938 zwischen dem deutschen und dem österreichischen Kanzler gewußt hätte oder ihm bewußt gewesen wäre, daß Hitler nun einen Kurswechsel gegenüber der österreichischen Regierung einleiten würde. Goebbels erfuhr von der Begegnung auf dem Berghof erst, als die Österreicher bereits in Berchtesgaden eingetroffen waren.

2. Die Begegnung von Hitler und Schuschnigg auf dem Obersalzberg

Während Hitler am 12. Februar 1938 mit Kurt von Schuschnigg und dem Staatssekretär des Äußeren, Guido Schmidt, auf seinem Berghof über die „Bereinigung der Österreichfrage" sprach, bereiteten dem Propagandaminister immer noch die

[29] Telegramm Papens an Hitler, 27. 1. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 279.
[30] Aktennotiz Kepplers über Gespräch Hitlers mit Leopold am 21. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 318, sowie Vermerk über Gespräch Hitlers mit österreichischen Nationalsozialisten, 26. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 328.
[31] Schreiben Papens an Hitler, 4. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 284; Telegramm Mackensens an die deutsche Gesandtschaft Wien, 8. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 286; Telegramm Papens an das A.A., 8. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 287; Bericht Edmund Veesenmayers, o. D. [vermutl. 12. 2. 1938 an Keppler], in: ADAP, D 1, Dok. 293.
[32] Entwurf Schreiben Kepplers an Neurath, 1. 2. 1938, PA/AA, Handakten Keppler, R 27. 510, o. P. Das Schreiben ging in anderem Wortlaut ab, in: ADAP, D 1, Dok. 282.
[33] Schreiben Papens an Hitler, 4. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 284.
[34] Telegramm Papens an Hitler, 27. 1. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 279.
[35] Schuschnigg, Im Kampf, S. 220; Zernatto, Wahrheit, S. 198f.
[36] Zu den Motiven Schuschniggs, der Einladung nach Berchtesgaden zu folgen, vgl. Schausberger, Griff, S. 520f.

argwöhnischen Kommentare in der Auslandspresse wegen der Blomberg-Fritsch-Krise Schwierigkeiten, so daß er in der Unterredung zunächst in erster Linie eine „Entlastung“ sah (TG, 13.2.1938). Spät am Abend, möglicherweise zu einer Zeit, da Ribbentrop und Guido Schmidt in Berchtesgaden noch verhandelten, wurde Goebbels das Kommuniqué mitgeteilt, das er zu Recht als „nichtssagendes Communiqué“ bezeichnete und das in der Presse „ohne Kommentar gebracht werden“ sollte (TG, 13.2.1938).[37] Goebbels wurde aber auch über das Protokoll der Unterredung informiert, das Schuschnigg gegen 23.00 Uhr unterzeichnete.[38] Unklar ist allerdings, von wem Goebbels seine Informationen bezog und wie genau er unterrichtet wurde, da er der Inhaltsangabe in seinem Tagebucheintrag vom 13. Februar 1938 das Wort „etwa“ beifügte, sich also bewußt war, die Abmachungen zwischen beiden Parteien nicht ganz korrekt wiedergeben zu können: „Dazu geheimes Zusatzprotokoll etwa des Inhalts: gleichlautende Außenpolitik, stete vorherige Fühlungnahme, Einheitlichkeit der Militärpolitik, Pressefrieden, Adam abgebaut statt dessen für uns guter Mann namens Dr. Wolf. Der Nazi Seyß-Inquart als Sicherheitsminister ins Kabinett, die Nazis dürfen sich im Rahmen der Verfassung legal betätigen, eine allgemeine Amnestie für nationalsozialistische Betätigung, dafür keine Einmischung reichsdeutscher Stellen mehr in innerösterreichische Verhältnisse“ (TG, 13.2.1938). Was Goebbels mit „gleichlautende Außenpolitik“ und „stete vorherige Fühlungnahme“ umschrieb, klingt in der Formulierung des Protokolls jedoch weniger zwingend. In diesem heißt es einschränkend, daß der diplomatische „Gedankenaustausch“ erfolge, wenn die außenpolitischen Fragen „die beiden Länder gemeinsam angehen“, wobei nicht genauer geregelt war, welche Fragen dies betraf. Außerdem war vereinbart worden, daß eine „moralische, diplomatische oder pressepolitische Unterstützung“ nur „nach Maßgabe der bestehenden Möglichkeiten“ und lediglich auf Anforderung erfolgen würde, es gab also keine Verpflichtung zu bestimmten Aktionen. Die ausgehandelten Maßnahmen auf militärischem Gebiet, ein „planmäßige[r] Offiziers-Austausch (bis zu einer Zahl von 100 Offizieren)“,[39] „regelmäßige Besprechungen der Generalstäbe“ und eine „Belebung kameradschaftlicher und wehrwissenschaftlicher Verbindungen“, begründeten allerdings noch keine, wie Goebbels schrieb, „Einheitlichkeit der Militärpolitik“. Die Formulierung von Goebbels erweckt den Anschein, als wäre auch ein einheitliches Handeln in militärischen Fragen vereinbart worden, was Hitler in der Tat durch die Ernennung von Glaise-Horstenau zum Verteidigungsminister beabsichtigt hatte – wie aus einem Entwurf des Protokolls zu er-

[37] Erstes Vorab-Komuniqué in: ADAP, D 1, Dok. 295, S. 424. Am 15.2.1938 folgte eine längere, mit der österreichischen Regierung abgestimmte Fassung; vgl. DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 124. Zum Verbot von Kommentaren: DNB-Rundrufe vom 12.2.1938, Bd. 6/I, Dok. 427 f., in: NS-PrA, S. 155.

[38] Protokoll der Besprechung vom 12.2.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 295, S. 423 f. Den Zeitpunkt überliefert Jodl nach Information von Keitel; vgl. Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 11./12.2.1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 367.

[39] Sinn des Offiziersaustauschs war Jodl zufolge, „nicht dafür“ zu „sorgen, daß die oster. [!] Wehrmacht besser gegen uns kämpfen kann, sondern, daß sie überhaupt nicht kämpft“. Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 3.3.1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 369.

kennen ist –, was aber Guido Schmidt letztlich verhinderte.[40] Auch hatte Hitler ursprünglich verlangt, daß alle Offiziere, die wegen ihres Bekenntnisses zum Nationalsozialismus entlassen worden waren, wieder ihre früheren Posten zurückerhalten sollten,[41] doch fand auch diese Forderung nicht Eingang in das Protokoll. Wenn Goebbels dennoch „Einheitlichkeit der Militärpolitik" konstatierte, bedeutet das, daß entweder Goebbels schon zu einem Zeitpunkt informiert worden war, als diese Streitpunkte noch nicht endgültig geklärt waren, oder daß der Informant von Goebbels ihm den Eindruck vermittelte, als habe Hitler alle seine Forderungen durchsetzen können.

Auch was Goebbels „Pressefrieden" nannte, war in Wirklichkeit nichts anderes als die Verpflichtung beider Staaten, bereits geschlossene Abkommen in Pressefragen ungehindert durchzuführen, war also kein neuer Verhandlungserfolg. Daß der Chef des Bundespressedienstes Walter Adam, wie Goebbels im Tagebuch festhielt, durch Wilhelm Wolf ersetzt werden sollte, war nicht Gegenstand des Protokolls, aber des Entwurfs von Wilhelm Keppler und Ribbentrop,[42] denn im Protokoll hieß es lediglich, daß Wolf „an maßgebender Stelle des Bundespressedienstes" positioniert werden sollte.[43] Auch diese Passage von Goebbels' Inhaltsangabe in seinem Tagebuch deutet darauf hin, daß Goebbels schon vor Unterzeichnung des endgültigen Vertrages informiert wurde oder daß ihm vermittelt wurde, daß Hitler dies durchgesetzt habe. Die anderen Inhalte der Besprechung, die Goebbels erwähnte, wie die von Hitler geforderte Berufung Seyß-Inquarts in die österreichische Regierung,[44] die Betätigungsfreiheit für die Nationalsozialisten innerhalb der Verfassung und die allgemeine Amnestie für Nationalsozialisten, sind in dem Protokoll ebenso verankert wie die Verpflichtung des NS-Regimes, „Maßnahmen" gegen eine „Einmischung reichsdeutscher Parteistellen in inner-österreichische Verhältnisse" zu treffen. Goebbels war jedoch anscheinend nicht bekannt, daß Hitler keineswegs all seine Forderungen durchsetzen konnte. Auch von dem Ablauf der Unterredung zwischen Hitler und Schuschnigg, d.h. von der Erpressung Schuschniggs durch Hitler, hatte Goebbels zunächst nichts erfahren. Aber ihm war bekannt, daß Schuschnigg sich eine dreitägige „Bedenkzeit erbeten" hatte. Daher hoffte er, daß der österreichische Kanzler „in Wien nicht wieder umgestimmt" werde. Goebbels ersehnte die Zustimmung Schuschniggs, weil er wünschte, „daß diese Frage ehrlich bereinigt würde" (TG, 13.2.1938), sie also auf friedlichem Wege geklärt würde.

Wie die im Protokoll fixierten Vereinbarungen zustande kamen und unter welchen Bedingungen Schuschnigg verhandeln mußte, erfuhr Goebbels erst Tage später, als Hitler vom Obersalzberg wieder nach Berlin zurückgekehrt war und

[40] In einem deutschen Entwurf zum Protokoll von Berchtesgaden, vermutlich von Keppler, war diese Bestimmung noch enthalten (ADAP, D 1, Dok. 294), im unterzeichneten Protokoll nicht mehr (ebenda, Dok. 295). Vgl. auch Zernatto, Wahrheit, S. 216; Schmidl, März 38, S. 28; Rosar, Deutsche Gemeinschaft, S. 210f.

[41] Schuschnigg, Requiem, S. 46; Zernatto, Wahrheit, S. 215.

[42] ADAP, D 1, Dok. 294.

[43] ADAP, D 1, Dok. 295.

[44] Verhandlung Seyß-Inquart, 12.6.1946, in: IMG 16, S. 105f.; vgl. auch Schuschnigg, Requiem, S. 46, 53.

ihn am Morgen des 15. Februar, des Tages, an dem das Ultimatum an den österreichischen Kanzlers ablief, empfing. Aus dem Tagebuch läßt sich nicht erkennen, daß Goebbels vorher über die Faktoren informiert war, welche die Verhandlungsposition Schuschniggs so ungeheuer erschwerten: Hitlers Vorabkenntnis von Schuschniggs maximalen Zugeständnissen[45] oder die Anwesenheit des OKW-Chefs Keitel und der „besonders martialisch“[46] aussehenden Generäle Walter von Reichenau und Hugo Sperrle[47] zur Einschüchterung Schuschniggs[48] oder die militärischen Scheinmaßnahmen an der österreichischen Grenze.[49] Goebbels erfuhr von Hitler, daß dieser „ziemlich rigoros mit Schuschnigg verfahren“ sei und „die Bereinigung der schlimmsten Streitpunkte verlangt“ habe (TG, 16. 2. 1938). In bezug auf österreichische Grenzbefestigungen, die Hitler Schuschnigg zum Vorwurf machte, notierte Goebbels: „Er wolle sich das nicht mehr gefallen lassen, evtl. mit Gewalt vorgehen. Das hat seinen Eindruck nicht verfehlt. Kanonen sprechen immer eine gute Sprache“ (TG, 16. 2. 1938).[50] Schuschniggs Memoiren belegen in der Tat, daß Hitler in diesem Gespräch immer wieder mit einem militärischen Eingreifen drohte und Schuschnigg für ein möglicherweise bevorstehendes Blutvergießen die Schuld zuzusprechen versuchte.[51] Da wohl auch Goebbels kein unnötiges Vergießen deutschen Blutes wünschte, nannte er es eine Entscheidung der „Vernunft“, falls sich die österreichische Regierung dem Druck der Erpressung beugen würde. In der Darstellung Goebbels', die auf Hitlers Schilderung beruht, wird auch der ultimative Charakter der Frist deutlich: „bis Dienstag hat der Führer Antwort verlangt“ (TG, 16. 2. 1938). Wegen dieser Dreitagesfrist war es in der Besprechung am 12. Februar zu einem Zwischenfall gekommen. Denn Schuschnigg hatte erklärt, er könne nicht garantieren, daß innerhalb dieser drei Tage der österreichische Bundespräsident Seyß-Inquart zum Minister ernannt haben würde und die Amnestie verwirklicht wäre. Hitler hatte daraufhin Keitel

[45] Die Zugeständnisse Schuschniggs sind abgedr. in: Michaelis/Schraepler, Ursachen, Bd. 11, S. 607–610. Vgl. auch Aussage Seyß-Inquarts, 12. 6. 1946, in: IMG 16, S. 101–103; Zernatto, Wahrheit, S. 199; Schausberger, Griff, S. 514f.

[46] Below, Hitlers Adjutant, S. 84.

[47] Sperrle hatte im spanischen Bürgerkrieg die „Legion Condor“ kommandiert. Seine Anwesenheit unterstrich auch Hitlers Aussage, daß Österreich „ein zweites Spanien“ werden könnte, wenn Schuschnigg sich Hitler widersetzen sollte. Vgl. Schuschnigg, Requiem, S. 42.

[48] Ebenda, S. 37; Aussage Keitels, 3. 4. 1946, in: IMG 10, S. 568; Aussage Guido Schmidts, 13. 6. 1946, in: IMG 16, S. 188; Below, Hitlers Adjutant, S. 84; Zernatto, Wahrheit, S. 211f.; Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 11./12. 2. 1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 367.

[49] Diensttagebuch Jodls, Einträge vom 13. 2., 14. 2. 1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 367; vgl. auch Dok. 1775-PS, in: IMG 28, S. 299f.; Aussage Jodls, 4. 6. 1946, in: IMG 15, S. 389.

[50] Schuschnigg überliefert hierzu folgende Aussage Hitlers: „Ich brauche nur einen Befehl zu geben, und über Nacht ist der ganze lächerliche Spuk an der Grenze zerstoben. Sie werden doch nicht glauben, daß Sie mich auch nur eine halbe Stunde aufhalten können?“ Schuschnigg, Requiem, S. 42.

[51] Ebenda, S. 39–51, v. a. S. 42; vgl. auch Zernatto, Wahrheit, S. 219f.; Aussage Guido Schmidts, 13. 6. 1946, in: IMG 16, S. 188. Auch Wilhelm Keppler überliefert in einem Bericht über ein Gespräch mit Schuschnigg Anfang März 1938, Schuschnigg sei „über Obersalzberg noch recht verärgert; es seien Drohungen gebraucht worden“. Aufzeichnung Kepplers über Gespräch mit Schuschnigg, 5. 3. 1938, ADAP, D 1, Dok. 334.

zu sich gerufen, um seine militärische Option erneut zu unterstreichen.[52] Gleiches sollten die in den folgenden Tagen anhaltenden militärischen Scheinmaßnahmen bewirken.[53]

Am 15. Februar, dem Tag, an dem das Ultimatum ablief, befanden sich Hitler und Goebbels abends in der Reichskanzlei auf einem Diplomatenempfang. Hitler erzählte Goebbels noch einmal voller Überheblichkeit, wie er mit Schuschnigg umgesprungen war: „Der Führer […] hatte Schuschnigg sehr unter Druck gesetzt. Mit Kanonen gedroht. Und kein Paris oder London würde ihm helfen. Da ist Schuschnigg ganz zusammengeknickt. Kleines Format" (TG, 16. 2. 1938).[54] Auch Schuschnigg überliefert, daß Hitler ihm gesagt habe, England würde „keinen Finger für Österreich rühren", und „für Frankreich" sei es nun „zu spät" zum Eingreifen, da Deutschland inzwischen mehr als eine „Handvoll Bataillone" habe.[55] Hitler war offensichtlich sehr stolz auf sein rigoroses Auftreten gegenüber Schuschnigg, was daran deutlich wird, daß er nicht nur am nächsten Tag Goebbels und anderen „noch Einzelheiten vom Schuschnigg-Besuch" schilderte und betonte, daß er „gar keine Rücksicht genommen" habe (TG, 17. 2. 1938), sondern auch nach seiner Reichstagsrede am 20. Februar wieder erzählte, „wie er Schuschnigg unter Druck gesetzt" habe (TG, 21. 2. 1938). Goebbels charakterisierte die Bedenkfrist, die Hitler Schuschnigg zugestand, treffend, wenn er notierte, sie sei „schon mehr als ein Ultimatum" gewesen, vielmehr eine „Drohung mit dem Krieg" (TG, 21. 2. 1938).[56]

Auf die Annahme des Ultimatums in Wien reagierten Hitler und Goebbels, dessen Tagebuch zufolge, mit Freude und vielleicht auch mit Erleichterung, aber nicht mit Euphorie, da wohl weder Hitler noch Goebbels ernsthaft in Erwägung gezogen hatten, daß Schuschnigg oder Bundespräsident Wilhelm Miklas, der zunächst tatsächlich die Ernennung von Seyß-Inquart zum Innen- und Sicherheitsminister abgelehnt hatte,[57] sich den massiven Drohungen widersetzen würden (TG, 16. 2. 1938). Entsprechend nüchtern notierte Goebbels: „Österreichfrage nun geregelt. Schuschnigg hat die Forderungen des Führers angenommen. Abends spät kommt das Communiqué.[58] Der Führer ist sehr froh" (TG, 16. 2. 1938). Doch Goebbels wie auch den anderen war klar, daß es nun eines geschickten Verhaltens der österreichischen Nationalsozialisten bedurfte, um ihr Ziel, die Machtüber-

[52] Schuschnigg, Requiem, S. 49; Aussage Keitels, 3. 4. 1946, in: IMG 10, S. 568.

[53] Diensttagebuch Jodls, Einträge vom 13. 2., 14. 2. 1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 367.

[54] In der Presse sollte jedoch nichts erscheinen, „was irgendwie die Tendenz hat, daß Schuschnigg sich unterworfen und unter ein deutsches Diktat begeben habe" oder daß es „militärischen Druck auf Österreich" gegeben habe; vgl. NS-PrA, Bd. 6/I, Dok. 444, 16. 2. 1938, S. 162 f.

[55] Schuschnigg, Requiem, S. 42 f.; vgl. auch Zernatto, Wahrheit, S. 225 f.

[56] Auch Alfred Jodl, der vermutlich von Keitel informiert wurde, notierte, daß „Schuschnigg und G. Schmidt […] unter schwersten politischen u[nd] militärischen Druck gesetzt" worden seien. Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 11./12. 2. 1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 367.

[57] Telegramm Papens an das A.A., 14. 2. 1938, PA/AA, R 103. 450, Bl. 409287; vgl. auch Zernatto, Wahrheit, S. 231; Schuschnigg, Requiem, S. 53.

[58] Das Kommuniqué ist abgedr. in: DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 124; siehe auch ADAP, D 1, Dok. 298.

nahme durch die NSDAP in Österreich, zu erreichen: „Nun müssen unsere Nazis in Österreich sehr klug sein. Hoffentlich gelingt es ihnen“ (TG, 16. 2. 1938).

Zunächst mußte allerdings die österreichische Regierung handeln. Bereits am nächsten Tag erfolgte eine „Regierungsumbildung“, und Seyß-Inquart, den Goebbels als den eigenen „Mann“, als NS-Sympathisanten, ansah, wurde das Ressort „Innen- und Sicherheit“ (TG, 17. 2. 1938) übertragen.[59] Zudem wurden, wie Goebbels festhielt, noch „ein paar halbe Nazis“ in wichtige Positionen befördert (TG, 17. 2. 1938).[60] Auch wurde eine „allgemeine und umfassende Amnestie, von der 2–3000 Menschen betroffen“ waren, erlassen (TG, 17. 2. 1938).[61] Beim Mittagessen in der Reichskanzlei erzählte Hitler, der Goebbels zufolge „bester Laune“ war und in seinen Augen „auch allen Grund dazu“ hatte, daß er am selben Tag Seyß-Inquart und den Fürsten Starhemberg empfangen wolle. Zur weiteren Marschroute des NS-Regimes notierte Goebbels: „D[a] wird eingeheizt. […] Jetzt geht es um die Wurst. Da ist jedes Mittel recht“ (TG, 17. 2. 1938).

3. Reaktionen Italiens und der Westmächte auf das Februar-Abkommen

Von besonderer Brisanz war für die Nationalsozialisten, vor allem für Hitler selbst,[62] die Haltung des verbündeten Italien, da es sich bisher, erneut bekräftigt durch die Vereinbarungen von Stresa mit Frankreich und Großbritannien im April 1935, als Protektor des souveränen Österreich verstanden und sich früheren deutschen Einmischungsversuchen in Österreich – wie dem im Juli 1934 – entgegengestellt hatte. Andererseits war es ab 1936 zu einer Annäherung und zu Abkommen zwischen Deutschland und Italien gekommen, vor allem, weil sich das nationalsozialistische Deutschland, im Gegensatz zu den Westmächten, nicht an Maßnahmen gegen die italienische Besetzung Abessiniens im Winter 1935/36 beteiligt hatte, und weil beide Regierungen im Spanischen Bürgerkrieg gemeinsame Ziele verfolgten.[63] Anfang 1936 schien es und in der zweiten Jahreshälfte wurde es gewiß, daß Rom seine Österreichpolitik zu ändern begann, vor allem auch, weil sich der Interessensschwerpunkt Italiens weiter zum Mittelmeer verlagerte. Doch

[59] Siehe amtliche österreichische Mitteilung über die Umbildung des österreichischen Kabinetts, 16. 2. 1938, in: DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 125f.

[60] Goebbels meinte hier vermutlich Hans Fischböck, der zum Staatsrat und Konsulenten des Bundesministeriums für Handel ernannt wurde: In Berchtesgaden war vereinbart worden, daß er „in maßgebender Position eingebaut“ würde; vgl. ADAP, D 1, Dok. 295; ursprünglich geplant war, ihn zum „Finanzminister“ zu machen; vgl. ADAP, D 1, Dok. 294.

[61] Es handelte sich um eine „Amnestie für gerichtlich strafbare politische Delikte“, die „vor dem 15. Februar 1938 begangen wurden“, und hatte eine „Nichteinleitung des Strafverfahrens“, die „Einstellung schwebender Verfahren“ oder die „Nachsicht der noch zu verbüßenden Strafen“ zur Folge. Antrag Schuschniggs im Ministerrat, vgl. Ministerratsprotokoll Nr. 1068, 16. 2. 1938, Beschlußprotokoll, Österreichisches Staatsarchiv, AdR, 04: Inneres/Justiz, BKA, MRP 1. R., Karton 273.

[62] Kube, Pour le mérite, S. 237.

[63] Rademacher, Pressewaffenstillstand, S. 18–65; Mantelli, Faschismus, S. 107–116.

noch immer war für Berlin fraglich, ob man nun schon mit einem italienischen Desinteresse an Österreich rechnen konnte.[64] Beim Besuch Mussolinis in Berlin im September 1937 war es Hitler noch nicht gelungen, mit ihm die „Österreich-Frage" zu klären, die „noch offen" blieb (TG, 29.9.1937): „Darüber geht er immer weg. Aber das ist die Hauptsache. Er spricht von ‚Gesicht wahren', aber er meint natürlich die Sache selbst. Und da ist er hartnäckig", überliefert Goebbels (TG, 28.9.1937).[65]

In der erwähnten, von Hoßbach protokollierten Besprechung am 5. November 1937 hatte Hitler ausgeführt, wie die italienische „Haltung in der österreichischen Frage zu bewerten sei, entziehe sich der heutigen Beurteilung".[66] Obwohl Berlin und Rom seit Ende 1936 „Achsenpartner" waren und im September 1937 vereinbart hatten, sich bei Österreich betreffenden Fragen zu konsultieren,[67] hatte es die deutsche Seite im Februar 1938 unterlassen, italienische Diplomaten oder Mussolini selbst über das Treffen zwischen den beiden Kanzlern in Berchtesgaden zu unterrichten; nur die Österreicher hatten den italienischen Gesandten in Wien vorab orientiert.[68] Goebbels war über diese Vorgänge nicht informiert, er erfuhr erst am 16. Februar von Hitler persönlich, daß Italien „nun auch einverstanden" (TG, 17.2.1938) sei, und am 18. Februar wußte Goebbels, daß Rom „nun offiziell den Österreichfrieden" begrüßte (TG, 19.2.1938), auch wenn Mussolini, wie Goebbels zwei Tage später notierte, „etwas pickiert [!]" gewesen sei, „daß man ihn in der österreichischen Frage nicht vorher orientierte" (TG, 21.2.1938). „Aber", so Goebbels weiter, „das hat sich wieder gelegt. Jedenfalls macht er keine Schwierigkeiten".[69]

Auch Goebbels wurde das Gerücht zugetragen, Mussolini habe Sondergesandte nach Wien entsandt, das vermutlich auf einer falschen Einschätzung Papens basierte.[70] Er beklagte im Tagebuch, Schuschnigg treibe „ein ganz unehrliches Spiel",

[64] Ara, Österreichpolitik, S. 111–121; Kube, Pour le mérite, S. 218. Göring zeigte sich im Oktober 1936 gegenüber Schuschnigg überzeugt, daß Italien nun nicht mehr „den Österreichern zu Hilfe eilen würde"; Aufzeichnung über eine Begegnung zwischen Göring und Schuschnigg, 13.10.1936, in: ADAP, D 1, Dok. 169, S. 255.

[65] Vgl. auch Kube, Pour le mérite, S. 237.

[66] Hoßbach-Niederschrift über die Konferenz am 5.11.1937, in: IMG 25, Dok. 386-PS, S. 411.

[67] TG, 30.9.1938; Entwurf zu einer deutsch-italienischen Vereinbarung, September 1937, in: ADAP, C 6, 2, S. 1139. Vgl. auch Ara, Österreichpolitik, S. 122.

[68] Vgl. Aufzeichnung Ribbentrops, 14.2.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 296, S. 425; Schausberger, Griff, S. 521.

[69] Die Verärgerung Mussolinis überliefert auch Ciano, Tagebuch, Eintrag vom 18.2.1938, S. 107.

[70] Zu den zufälligen Privatreisen des Gouverneurs von Rom, Piero principe di Colonna, und des früheren italienischen Gesandten in Wien, Francesco Salata, in die österreichische Hauptstadt und den Spekulationen in deutschen Diplomatenkreisen siehe: Telegramm Papens an Hitler, 26.2.1938, PA/AA, R 29682, Fiche 751, Bl. 67774; Telegramm v. Steins, 2.3.1938, in: Ebenda, Bl. 67777 (sowie PA/AA, Wien 286, o.P.); Schreiben Kepplers an Ribbentrop, 28.2.1938, PA/AA, R 103.450, Bl. 409320; Aktennotiz, in: ADAP, D 1, Dok. 329; Telegramm v. Plessens, 3.3.1938, PA/AA, R 29682, Fiche 751, Bl. 67778; Aufzeichnung v. Steins, 5.3.1938, PA/AA, Wien 286, o.P. Zu Salata siehe auch Schuschnigg, Requiem, S. 57.

und Mussolini „scheint ihn dabei zu unterstützen“, und kommentierte, das „sähe ihm so ähnlich“, die Nationalsozialisten müßten nun „sehr auf der Hut sein“ (TG, 2.3.1938). Goebbels glaubte, daß der Verlust des italienischen Einflusses in Österreich die italienische Öffentlichkeit schmerze und betrachtete daher den geplanten Italienbesuch Hitlers im Mai als „Pflaster“ auf „die Wunde Österreich“ (TG, 2.3. 1938, ähnl. 3.3.1938). Nach großen Sympathiebekundungen für den Nationalsozialismus in österreichischen Betrieben notierte Goebbels: „Armer Schuschnigg! Da hilft auf die Dauer auch kein Mussolini!“ (TG, 2.3.1938). Goebbels ging also von einer faschistischen Unterstützung für Schuschnigg aus, die jedoch langfristig nicht aufrechtzuerhalten wäre, und blieb skeptisch, ob sich die Italiener wirklich schon mit Österreich als deutschem Satellitenstaat abgefunden hatten.[71]

Die Westmächte, vor allem Frankreich und Großbritannien, hatten schon vor der Unterredung Hitlers mit Schuschnigg erkannt, daß nun Österreich zum deutschen „Ziel Nummer 1“ geworden war.[72] Nach dem Februar-Abkommen war die Unruhe in Frankreich groß, da man, wie der deutsche Botschafter aus Paris berichtete, die eigene „Ohnmacht“ sah, einen engeren Zusammenschluß oder gar eine Vereinigung der beiden Staaten zu unterbinden. Denn weder das Stresa-Abkommen vom April 1935 – Italien hatte sich durch sein abessinisches Abenteuer bereits zu weit von den Westmächten entfernt und sich dem nationalsozialistischen Deutschland zu stark angenähert – noch der Völkerbund würden Deutschland an seiner Politik der Unterwerfung Österreichs hindern können.[73] In Großbritannien glaubte man schon Mitte der 30er Jahre, daß Österreich früher oder später an Deutschland oder Italien fallen würde, aber man hatte wegen des rechten, autoritären Regimes in Wien keine großen Ambitionen, die Existenz Österreichs zu retten. Zudem war man sich in England bewußt, daß ein „Anschluß“ Österreichs nur mit Waffengewalt zu verhindern war – die aber kaum jemand anwenden wollte.[74] Lord Halifax hatte Hitler im November 1937 deutlich gemacht, daß England an der Österreich-Frage nur insoweit interessiert sei, als Änderungen der Situation „im Wege friedlicher Evolution zustande gebracht würden“ und keine Methoden angewandt würden, die „weitergehende Störungen“ verursachen könnten.[75]

Auf den von Hitler gegenüber Schuschnigg ausgeübten Druck und die erzwungenen Vereinbarungen reagierte die westliche Welt mit Entrüstung, was auch Goebbels in seinem Tagebuch vermerkte: „Die Weltpresse tobt. Spricht von Vergewaltigung. Ganz unrecht hat sie nicht. Aber keine Hand rührt sich. […] Wie zu

[71] Eine ähnliche Einschätzung findet sich beim deutschen Geschäftsträger in Rom, Johann von Plessen; Schreiben Plessens an das A.A., 25.2.1938, mit Anlage, in: ADAP, D 1, Dok. 129, S. 184–186.

[72] Bericht des deutschen Botschafters in Paris, Graf Welczeck, an das A.A., 11.2.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 291, S. 417.

[73] Bericht der deutschen Botschaft Paris, 16.2.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 302, S. 430.

[74] Carsten, Großbritannien und Österreich, S. 42–44.

[75] Aufzeichnung über Gespräch Hitlers mit Halifax, 19.11.1937, in: ADAP, D 1, Dok. 31, S. 52.

erwarten war. […] Prag sehr bestürzt, Paris resigniert, London tut gleichgültig, und Wien heuchelt Freude" (TG, 17. 2. 1938). Goebbels teilte also durchaus die Einschätzung des deutschen Vorgehens als Gewaltakt, wenn er einräumte, daß die Bezeichnung „Vergewaltigung" nicht unzutreffend sei.[76] An den folgenden Tagen beschrieb Goebbels die Haltung der Westmächte ähnlich: „In Paris ist man ganz deprimiert. In London heuchelt man Gleichgültigkeit. Eden erklärt im Unterhaus, noch nichts Näheres zu wissen. Er weiß schon. Aber was er weiß, das getraut er sich wohl nicht zu sagen" (TG, 18. 2. 1938).[77] Die französische Regierung erhob förmlichen Protest im Auswärtigen Amt gegen das deutsche Vorgehen, die britische Regierung begnügte sich mit einer besorgten Anfrage ihres Gesandten bei Außenminister Ribbentrop.[78] Goebbels erwähnte in seinem Tagebuch aber nur den Protest des französischen Botschafters André François-Poncet, den er nicht zu Unrecht als „so eine Art Demarche" bezeichnete, da ihm wahrscheinlich bekannt war, daß der französische Botschafter in seinem Gespräch mit Ribbentrop sein Vorgehen durch eine Begriffsdefinition der Demarche abzuschwächen versuchte (TG, 18. 2. 1938).[79] Doch erfolgten keine deutlicheren Schritte, keine schriftlichen Protestnoten und keine gemeinsame Demarche von Großbritannien und Frankreich, weil sich in England die Vertreter einer Appeasementpolitik durchgesetzt hatten, und weil sich Frankreich allein zu keiner ernsthaften Drohgebärde mit etwaigen militärischen Folgen in der Lage sah:[80] „London und Paris möchten am liebsten scharf protestieren. Aber sie fürchten, daß sie auf Granit stoßen" (TG, 20. 2. 1938).

Goebbels, der die Kritik an den deutschen Unterwerfungsversuchen gegenüber Österreich anfangs für nicht ganz unberechtigt gehalten hatte (TG, 17. 2. 1938), bezeichnete nun die langanhaltenden Proteste aus dem Ausland, die ihm allmäh-

[76] Göring hingegen erklärte am Tag der Annexion Österreichs in einer öffentlichen Rede: „Mit Empörung weist Deutschland die Lügen zurück, die das gewaltige Gefühl entheiligen sollen. Wie kann man jetzt von der Vergewaltigung und Nötigung des schwachen österreichischen Volkes sprechen, da es bisher in nie dagewesener Weise vergewaltigt und genötigt wurde und sein Recht auf Selbstbestimmung mit Füßen getreten war?" Rede Görings, 13. 3. 1938, in: Göring, Reden und Aufsätze, S. 317.

[77] In der Debatte im House of Commons erklärte Robert Anthony Eden am 16. 2. 1938, er könne keine Aussagen zu den Vereinbarungen von Berchtesgaden machen, solange der Text des Abkommens nicht vorliege; Telegramm Ernst Woermanns an das A.A., 16. 2. 1938, PA/AA, R 29682, Fiche 750, Bl. 67735 f.; siehe auch The Times, 17. 2. 1938, S. 7. Am 17. 2. 1938 gab Eden eine längere Erklärung ab, erwähnte, daß er nun bestimmte Informationen bekommen habe, aber noch immer nicht in der Lage sei, etwas Genaues zu sagen. „DNB-Rohmaterial", 17. 2. 1938, PA/AA, R 29682, Fiche 750, Bl. 67749.

[78] Aufzeichnung Ribbentrops über ein Gespräch mit François-Poncet, 17. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 308, S. 435 f., und Aufzeichnung Ribbentrops über ein Gespräch mit Henderson am 18. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 310, S. 437 f. Diese Demarche durfte in der deutschen Presse nicht groß aufgemacht werden; vgl. NS-PrA, Bd. 6/I, Dok. 471, 18. 2. 1938, S. 172.

[79] Aufzeichnung Ribbentrops über ein Gespräch mit François-Poncet, 17. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 308, S. 435 f.

[80] Telegramm Ernst Woermanns, 17. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 305, S. 432; Telegramm Welczecks, 24. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 125; Schausberger, Griff, S. 540 f.; Haas, Okkupation, S. 32–39; Schumacher, Frankreich, S. 44.

lich Schwierigkeiten zu bereiten schienen, als Hetze: In „Paris und London wird weiter schwer gehetzt. Das haben wir noch nicht überstanden“ (TG, 19.2.1938). Diese Proteste gegen das deutsche Vorgehen in Österreich kritisierte Hitler in seiner Reichstagsrede am 20. Februar Goebbels zufolge als „Einmischungsversuche von Paris und London“, die er sich verbat (TG, 21.2.1938). Hitler nannte das Berchtesgadener Abkommen „einen Beitrag zum europäischen Frieden“ und ein „Verständigungswerk“ und polemisierte gegen jene „demokratischen Weltbürger, die, indem sie sonst immer von Frieden reden, keine Gelegenheit vorbeigehen lassen, um zum Kriege zu hetzen“.[81] In dieser Rede sprach Hitler auch „Dankesworte an Schuschnigg“ aus (TG, 21.2.1938),[82] was Goebbels zufolge dazu führte, daß man danach in „Wien sehr erleichtert“ gewesen sei, während aus Paris und London „einige alarmierende Pressestimmen“ kamen, und, wie Goebbels annahm, „Prag […] voll Angst“ gewesen sei (TG, 22.2.1938). Anlaß zur Sorge gab vor allem die Passage, in der Hitler vom „Versailler Wahnsinnsakt“ sprach und erklärte, „über 10 Millionen Deutschen“ würde in zwei Nachbarstaaten „fortgesetzt schwerstes Leid zugefügt“. Dies sei „auf die Dauer für eine Weltmacht von Selbstbewußtsein unerträglich“, es sei das Interesse des Deutschen Reiches, den „Schutz jener deutschen Volksgenossen“ zu übernehmen und ihnen „an unseren Grenzen das Recht einer allgemeinen menschlichen, politischen und weltanschaulichen Freiheit zu sichern“.[83] Damit hatte Hitler auch gegenüber dem Ausland seine Maske fallen lassen und unmißverständlich einen neuen Kurs der Einmischung in die inneren Verhältnisse in den Nachbarstaaten angekündigt.

Goebbels glaubte, daß die Debatte um die Unabhängigkeit Österreichs zum Rücktritt des britischen Außenministers Robert Anthony Eden geführt habe, weil dieser ein „Vorgehen in der Österreichfrage“ gewollt habe, sich aber gegen Chamberlain nicht habe durchsetzen können (TG, 23.2.1938).[84] In jedem Fall setzte mit dem neuen Außenminister Lord Halifax sogleich ein neuer Kurs in der Deutschlandpolitik der Briten ein, gehörte er doch zu denjenigen, die das Expansionsstreben des NS-Regimes durch überseeische Kolonien zu saturieren versuchten.[85] Besonderes Interesse brachte Goebbels der seit Mitte Februar in Frankreich herrschenden Regierungskrise, die wegen Streits „um das Arbeitsstatut“ (TG, 16.2.1938; s.a. 1.3., 3.3.1938) und um die „Außenpolitik“ ausgebrochen war, entgegen

[81] Aber auch in der Wirtschaftspolitik, der Blomberg-Fritsch-Krise und dem Justizwesen verwahrte sich Hitler gegen eine internationale Einmischung; vgl. Reichstagsrede Hitlers, 20.2.1938, in: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 459, S. 42.

[82] Hitler dankte ihm „für das große Verständnis und die warmherzige Bereitwilligkeit, mit der er meine Einladung annahm und sich bemühte, gemeinsam mit mir einen Weg zu finden, der ebenso sehr im Interesse der beiden Länder wie im Interesse des gesamten deutschen Volkes liegt“; Reichstagsrede Hitlers, 20.2.1938, in: Ebenda.

[83] Ebenda, S. 41. Vgl. auch Zernattos Einschätzung: Zernatto, Wahrheit, S. 236f.

[84] Ähnlich Papen: Telegramm Papens an Hitler, 24.2.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 324. So auch Schausberger, Griff, S. 540. Anders die Einschätzung der deutschen Botschaft London; vgl. Bericht des deutschen Geschäftsträgers in London an das A.A., 21.2.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 120, S. 171. So auch Haas, Okkupation S. 37; Kershaw, Hitlers Freunde, S. 258.

[85] TG, 8.3.1938; ADAP, D 1, Dok. 138, 141, 145; Schöllgen, Irrweg, S. 117–134; Schausberger, Griff, S. 549.

(TG, 27.2., 28.2.1938), in deren Folge Regierungschef Camille Chautemps zurücktreten und eine längerwährende Instabilität einsetzen sollte. Wenn man in Paris auch „wütend über" das deutsche „Vorgehen Österreich gegenüber" war, so wollte, wie Goebbels meinte, dennoch „kein Franzose" deswegen „Krieg" (TG, 3.3.1938). Diese Einschätzung schien innerhalb des NS-Regimes verbreitet, so daß auch Neurath gegenüber François-Poncet erklärte, er glaube nicht, „daß irgendein Staat, Frankreich eingeschlossen, wegen des Anschlusses Österreichs an Deutschland einen Krieg beginnen würde".[86] Aus den Vereinigten Staaten war keinerlei Protest zu vernehmen, obgleich die Berchtesgadener Abmachungen auch dort Anlaß zu Besorgnis gaben. Die USA verfolgten noch Anfang März 1938 eine isolationistische Außenpolitik und hielten darüber hinaus die deutschen Interessen in Österreich für legitim, da sie diese lediglich als Versailles-Revision betrachteten.[87]

4. Zwischen Berchtesgaden und Graz: Die Zuspitzung der Lage in Österreich und das Verhalten der Regierungen in Berlin und Wien

Die Umbildung der österreichischen Regierung und die Amnestie für die Nationalsozialisten waren, entsprechend den Vereinbarungen vom 12. Februar, bereits vier Tage später in die Wege geleitet, wie auch Goebbels bekannt war (TG, 17.2.1938).[88] Weitere personelle Veränderungen im Staatsapparat folgten, so daß Goebbels lobende Worte für den österreichischen Kanzler fand: „Schuschnigg arbeitet gut und gibt sich große Mühe. Eine Personalveränderung nach der anderen" (TG, 18.2.1938). Auch Außenminister Ribbentrop war bemüht, die Abmachungen von Berchtesgaden zu halten, und teilte dem Stellvertreter des Führers, d.h. der NSDAP-Kanzlei Hitlers, am 16. Februar mit, er möge „die betreffenden Anordnungen sofort" erlassen, die eine Einmischung der NSDAP in Österreich unterbinden sollten, da er noch am selben Tag die österreichische Regierung hierüber verständigen müsse.[89] Daraufhin erschien am 18. Februar ein neues gemeinsames „Communiqué" der österreichischen und der deutschen Regierung, das die Möglichkeit politischer Betätigung für Nationalsozialisten in Österreich und die Verpflichtung deutscher Parteistellen zur Nichteinmischung in innerösterreichische Verhältnisse ankündigte.[90]

Goebbels vermerkte hierzu im Tagebuch: „Neues Communiqué in der Österreichfrage. Den Nazis ist die politische Betätigung erlaubt im Rahmen der Verfas-

[86] Aufzeichnung Neuraths über Gespräch mit François-Poncet, 23.2.1938, PA/AA, R 103.6626, Bl. 435017–019.
[87] Low, Anschluß, S. 350–352.
[88] Vgl. Ministerratsprotokoll Nr. 1068, 16.2.1938, Verhandlungsprotokoll, Österreichisches Staatsarchiv, AdR, 04: Inneres/Justiz, BKA, MRP 1. R., Karton 273.
[89] Schreiben Ribbentrops, 16.2.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 303; die entsprechende Anweisung der persönlichen Adjutantur des Stellvertreters des Führers, in: Ebenda, Dok. 304.
[90] DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 128; Frauendienst, Weltgeschichte, S. 408f.; Michaelis/Schraepler, Ursachen, Bd. 11, S. 623f.; Entwurf dazu in: ADAP, D 1, Dok. 312, S. 439.

sung. Na, die werden ja sehen! Dafür mischen wir uns nicht mehr ein. Na, die werden ja sehen!“ (TG, 19.2.1938). Goebbels' Kommentar in bezug auf die zugesicherte Nichteinmischung, „Na, die werden ja sehen!“, legt nahe, daß weder Goebbels noch Hitler daran dachten, die Souveränität Österreichs zu respektieren und ihre Zusagen zu halten, was in der Forschung lange nicht erkannt wurde.[91] Deutlich wird diese Abkehr Hitlers von seiner Zusicherung gegenüber Schuschnigg, als er bereits für den 17. Februar den neuen Innen- und Sicherheitsminister Seyß-Inquart zum Empfang weiterer Anweisungen zu sich bestellte. Goebbels erfuhr beim Mittagessen in der Reichskanzlei von Hitler, daß Seyß-Inquart ihn am nächsten Tag besuchen werde, und daß er auch den Fürsten Starhemberg empfangen wolle, da es nun „um die Wurst“ gehe und „jedes Mittel recht“ sei (TG, 17.2.1938). Die Formulierung, daß Hitler nun „jedes Mittel“ anzuwenden bereit sei – unabhängig davon, ob sie wörtlich oder nur sinngemäß von Hitler stammte –, bekräftigt deutlich die These, daß das NS-Regime ab sofort mehrere Wege und Pläne gleichzeitig verfolgte, um dem Nationalsozialismus in Österreich zum Durchbruch zu verhelfen. Seyß-Inquart, den Hitler „für einen braven, anständigen Deutschen“ hielt (TG, 21.2.1938), verfolgte in Übereinstimmung mit Hitler weiterhin die evolutionäre Linie.[92] Er sei jedoch, so die von Goebbels überlieferte Einschätzung Hitlers, „kein Nazi“ im eigentlichen Sinne (TG, 21.2.1938), nicht zuletzt, weil er gegenüber Hitler auf der Unabhängigkeit Österreichs und auf der Selbständigkeit der österreichischen Nationalsozialisten beharrte.[93] Durch die Beauftragung Seyß-Inquarts konnte Hitler bei Schuschnigg den Eindruck erwecken, die deutsche Regierung lehne eine revolutionäre oder gewaltsame Machtübernahme in Österreich ab. Andererseits übernahm Seyß-Inquart die Übermittlung von Befehlen Hitlers an österreichische NS-Funktionäre, beispielsweise denjenigen, daß sich die Nationalsozialisten in Wien bis zu seiner Reichstagsrede ruhig verhalten und statt dessen in der Provinz demonstrieren sollten.[94] Es ist anzunehmen, daß Goebbels von diesem Gespräch zwischen Hitler und Seyß-Inquart nichts erfuhr, da er dazu nichts in seinem Tagebuch erwähnte, obwohl er noch am 18. Februar davon ausgegangen war, daß er an diesem Tag „Näheres“ wissen würde (TG, 18.2.1938). Über Seyß-Inquart verfolgte Hitler also die Strategie der Evolution weiter. Anderen, radikaleren Kräften ließ er dagegen andersgerichtete Anweisungen zukommen. In der Steiermark, insbesondere in Graz, verfolgten der dortige Volkspolitische Referent der Vaterländischen Front, Armin Dadieu, und der SA-Führer der Mittelsteiermark, Sigfried Uiberreither, das Ziel, durch Unruhen ein bewaffnetes Vorgehen der österreichischen Polizei oder Armee zu provozieren, was Hitler den Anlaß zum Eingreifen bieten sollte.[95] Noch im Januar 1938 hatte Göring Dadieu in Berlin die Zusicherung gegeben, daß deutsche Truppen

[91] Vgl. beispielsweise Rosar, Deutsche Gemeinschaft, S. 231, 240, 260f.
[92] Eichstädt, Dollfuss, S. 318, 324.
[93] Noch am Nachmittag des 11.3.1938 suchte Seyß-Inquart die Unabhängigkeit Österreichs zu erhalten; vgl. Telefonat Görings mit Globocnik, 11.3.1938, 17.00–17.08, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 358, so auch Zernatto, Wahrheit, S. 316, und Aussage Seyß-Inquarts, 10.6.1946, in: IMG 15, S. 686.
[94] Schausberger, Griff, S. 537.
[95] Karner, Steiermark, S. 43.

bei einem Schußwechsel zwischen österreichischen Nationalsozialisten und Regierungseinheiten einschreiten würden.[96]

Auch Goebbels trug durch seine als Kulturarbeit getarnte Propaganda dazu bei, die Lage in Österreich weiter zu verschärfen und die zugesicherte Nichteinmischung zu unterlaufen. Im Herbst 1936 hatte er nach einem Gespräch mit Hitler notiert, sie wollten nun „eine neue getarnte Propaganda" für Österreich entwikkeln (TG, 15. 11. 1936), der Vorschlag hierfür stammte, wie Goebbels im Tagebuch festhielt, von Hitler selbst (TG, 2. 12. 1936). Da der von Goebbels mit dieser Aufgabe betraute Mitarbeiter keine zufriedenstellenden Vorschläge vorlegte, widmete sich der Propagandaminister dieser Angelegenheit persönlich (TG, 3. 2. 1937), die zunächst aufgrund des Devisenmangels zu scheitern drohte (TG, 11. 2. 1937, 19. 2. 1937, 25. 2. 1937), bis Hitler Goebbels die nötigen österreichischen Schillinge zur Verfügung stellen ließ (TG, 8. 3. 1937, 17. 3. 1937). Keine zwei Monate später ließ Goebbels in Wien und Graz Fremdenverkehrsbüros errichten (TG, 5. 5. 1937), die nicht nur für das Reiseland, sondern vor allem für den Nationalsozialismus warben.[97] Diese „getarnte Propaganda" über „den Weg des Fremdenverkehrs" war, wie Goebbels noch einmal im Tagebuch deutlich machte, ein „Gedanke des Führers" (TG, 13. 8. 1937), der auch in den folgenden Monaten intensiv weiterverfolgt wurde. Walther Funk, Staatssekretär im Propagandaministerium, berichtete Goebbels nach einer Österreich-Reise, daß die Errichtung des „Verkehrsbüros […] wie ein Wunder gewirkt" habe und daß nun in Österreich „alle […] Nazis" seien (TG, 19. 10. 1937). Funk wandte sich daraufhin an Göring, der weitere Devisen für die Propaganda im Nachbarland zur Verfügung stellte (TG, 23. 10. 1937).

Wenige Tage später traf Goebbels mit Karl Megerle zusammen, einem österreichischen Emigranten, der von Berlin aus mit finanzieller Hilfe des Reichs die NS-Propaganda in Österreich koordinierte:[98] „Megerle berichtet über Österreich. Er meint, daß die Regierung fester sitze. Ich weiß es nicht. Will aktivere Kulturpropaganda. […] Ich lasse mir von ihm einen präzisierten Vorschlag ausarbeiten" (TG, 27. 10. 1937). Vier Wochen später hielt Goebbels fest: „Megerle legt ausführliche Denkschrift über Kulturaustausch mit Österreich vor. Aber das werde ich mir vorher nochmal gründlich überlegen" (TG, 23. 11. 1937).[99] Wie Papen Mitte

[96] Zernatto, Wahrheit, S. 249; Schmidl, März 38, S. 81.

[97] Vgl. Michels, Ideologie, S. 372.

[98] Megerle, inzwischen Reichstagsabgeordneter, wandte sich am 10. 6. 1938 an das A.A. und schrieb, er verfüge „aus den ihm zugeflossenen Geldern", mit denen er den „österreichischen Sonderauftrag finanziert" habe, noch über 35 000 RM. Er schlug vor, diese Gelder nun für die Kampagne gegen die Tschechoslowakei zu verwenden, was vom A.A. gutgeheißen wurde. PA/AA, R 103. 339, Bl. 391813 f. Das Reichstagsmandat hatte Megerle wohl Goebbels zu verdanken, der sich bei Hitler für ihn verwandte; vgl. TG, 25. 3. 1938. Zu Megerle siehe auch Rosar, Deutsche Gemeinschaft, S. 153 f.; Statisten in Uniform, S. 408.

[99] Diese Denkschrift mit dem Titel „Kulturelles Sofortprogramm" umfaßte folgende sechs Punkte: 1. Begründung einer kulturellen Zeitschrift in Österreich; 2. Eröffnung eines „nationalen" Theaters gegen die „jüdische […] Alleinherrschaft" in Wien; 3. Aufnahme einer Arbeitsverbindung mit der Wiener Konzerthausgesellschaft gegen die „jüdische Monopolstellung"; 4. Ausstellung „Das neue München" in der Wiener Sezession und anderen österreichischen Städten; 5. Einmalige finanzielle Unterstützung des Deutschen Turnerbundes, der „in personeller Hinsicht als eine rein nationalsozialistische Organisa-

Januar 1938 dem Auswärtigen Amt mitteilte, fand die darin vorgeschlagene Eröffnung eines „nationalen“ Theaters in Wien „die Zustimmung des Herrn Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda“; die Durchführung dieses Plans wurde bereits vorbereitet.[100] Papen bat zugleich um finanzielle Mittel zur Stützung des bereits angemieteten Raimund-Theaters, das am 24. Januar 1938 eröffnen sollte.[101] Zwei Tage vor Schuschniggs Besuch auf dem Obersalzberg notierte Goebbels: „Gastspiele unserer Opernhäuser in österreich. Provinzstädten vorbereitet. Kostet viel Geld, vor allem Devisen. Aber ich schaffe das doch: weil es die Schuschniggs so ärgert“ (TG, 10. 2. 1938). Noch nach der Unterredung Hitlers mit Schuschnigg und der vereinbarten Nichteinmischung hielt Goebbels im Tagebuch fest: „Ich bewillige viel Geld für Propaganda in Österreich“ (TG, 24. 2. 1938). Goebbels ließ Hitlers Reichstagsrede vom 20. Februar „für Österreich in 200 000 Exemplaren drucken“ und „die Operngastspiele weiter vorbereiten“ (TG, 25. 2. 1938).

Hitler äußerte nach seiner Rede vor dem Reichstag, in der er den zehn Millionen Deutschen in der Tschechoslowakei und in Österreich Schutz versprach,[102] gegenüber Goebbels, daß Schuschnigg „nun die Wahl“ habe und „die Frage lösen“ könne (TG, 21. 2. 1938). Was allerdings von Schuschnigg erwartet wurde, hielt Goebbels in seinem Tagebuch nicht fest. Aber er notierte, daß Hitler Schuschnigg und Bundespräsident Miklas „halten“ würde, wenn er den Wünschen der NS-Führung nachkommen werde. Andernfalls müßten, so Goebbels, „beide weg“ (TG, 21. 2. 1938). Papen rechnete „mit einem baldigen Rücktritt Schuschniggs“, was Goebbels aber „egal“ war. Für ihn zählte nur, daß „die Dinge“ nun „in Bewegung“ gekommen waren (TG, 21. 2. 1938). Mittlerweile fanden in Graz, Linz, Innsbruck, Klagenfurt und vielen anderen österreichischen Städten nationalsozialistische Demonstrationen statt,[103] welche die österreichischen Nationalsozialisten als „Volkserhebung“ bezeichneten und von deutschen Regierungs- bzw. NSDAP-Stellen unterstützt wurden.[104] Am Tag der Reichstagsrede Hitlers erfuhr Goebbels von „n.s. Demonstrationen vor der deutschen Botschaft“ in Wien (TG, 21. 2. 1938). Daß es ausgerechnet in Graz und Wien zu zahlreichen nationalsozialistischen Kundgebungen kam, lag nicht nur an der besonderen Aktivität der Nationalsozialisten vor Ort, sondern auch an den erwähnten, von Goebbels errichteten Touristik-Büros, über die fortwährend Propaganda betrieben wurde. In Graz schätzte

tion gelten kann“; 6. Pressepropaganda. Die Denkschrift ist überliefert in einem Schreiben Papens an das A.A., 11. 11. 1937, mit sechsseitiger Anlage „Kulturelles Sofortprogramm“, PA/AA, R 101. 338, Bl. 391753–759.

100 Schreiben Papens, deutsche Gesandtschaft Wien, an das A.A., 15. 1. 1938, PA/AA, R 101. 339, Bl. 391761 f.

101 Geplant war, zunächst das Ensemble des Schiller-Theaters aus Berlin unter Heinrich George gastieren zu lassen, was nicht gelang und finanzielle Einbußen zur Folge hatte; vgl. Schreiben Papens an das A.A., 11. 11. 1937, mit sechsseitiger Anlage „Kulturelles Sofortprogramm“, PA/AA, R 101. 338, Bl. 391755 f.; Schreiben Papens an das A.A., 15. 1. 1938, PA/AA, R 101. 339, Bl. 391761 f.; TG, 27. 1. 1938.

102 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 459, S. 21–43.

103 Bei der deutschen Gesandtschaft Wien gingen zahllose Berichte der Konsulate über NS-Demonstrationen ein; PA/AA, Wien 286. Siehe auch Schmidl, März 38, S. 80–88.

104 Vgl. auch Zernatto, Wahrheit, S. 243.

man Anfang März, „daß etwa 80% der Bevölkerung sich zum Nationalsozialismus bekannt haben".[105]

Goebbels verzeichnete in der Folgezeit weitere „große und ergreifende Nazidemonstrationen" in Wien, Graz und Innsbruck, die er „wunderbar" fand. Weiter schrieb er: „Jetzt rollt die Sache programmgemäß weiter" (TG, 22.2.1938). Es ist sehr wahrscheinlich, daß Goebbels mit „programmgemäß" andeutete, daß er in die Pläne Hitlers, in Österreich verdeckt Unruhe zu stiften, eingeweiht war, so wie er die vertragswidrige deutsche Einmischung in Österreich einige Tage zuvor mit den Worten „Na, die werden ja sehen" (TG, 19.2.1938) angekündigt hatte. Die „Kundgebungen in Österreich", die Goebbels begeistert zur Kenntnis nahm, schienen auch an den folgenden Tagen nicht abzureißen. Seyß-Inquart, der sich noch immer an die evolutionäre Marschroute hielt, ermahnte in einer, wie Goebbels fand, „nicht sehr klugen Rundfunkrede", die nationalen Kreise in Österreich zu Mäßigung und Geduld und verbot weitere Demonstrationen (TG, 23.2.1938).[106] Daher war Goebbels der Meinung, daß sich Seyß-Inquart, der eigentlich der „Treuhänder" der deutschen „Belange" sei, „immer mehr als eine große Niete" entpuppe (TG, 1.3.1938). Seyß-Inquart vermittelte den Eindruck, ihm sei nicht wohl bei diesem Verbot. Er ließ dem NS-Regime mitteilen, er habe Kundgebungen nur verboten, um einen Einsatz der Exekutive gegen Nationalsozialisten zu vermeiden, da er bei einer möglicherweise bevorstehenden größeren Auseinandersetzung zwischen Nationalsozialisten und Vaterländischer Front die Exekutive „auf Seiten der Nationalsozialisten dann einsetzen könne".[107] Dennoch hielten die Kundgebungen von NS-Sympathisanten an, wie auch Goebbels wußte. „In Graz große Nazidemonstrationen. Dagegen geht Schuschnigg mit dem Heer los" (TG, 1.3.1938). Goebbels bezog sich hierbei auf den großen SA-Aufmarsch, der am 27. Februar in der Hauptstadt der Steiermark zum sogenannten Deutschen Tag stattfinden sollte und auf Weisung Schuschniggs verboten wurde. Zusätzlich zum Verbot waren der Ausnahmezustand verhängt worden, und, wie der deutsche Konsul in Graz berichtete, ein Bataillon Infanterie von Wien nach Graz beordert sowie Geschütze und Maschinengewehre an den Zufahrtsstraßen postiert worden. Konsul Paul Drubba berichtete weiter, daß „Panzerautos" die Straßen durchfuhren und „Militärflugzeuge" stundenlang die Stadt überflogen. Zwischenfälle ereigneten sich aber anscheinend nicht.[108] Goebbels betrachtete dies als Bruch der Abmachungen von Berchtesgaden, denn er schrieb, das „Geheimprotokoll" sei „dabei ganz eindeutig" (TG, 1.3.1938), denn dort war den Nationalsozialisten eine politische Betätigung im Rahmen der österreichischen Verfassung zugestanden worden. Drei Tage später notierte Goebbels: „In Graz ist immer noch der Teufel los. Unsere Nazis gehen heran. Seiß-Inquart [!] wollte sie beruhigen und mußte dann mit den Wölfen heulen" (TG, 4.3.1938). Bei einer Rede in Graz am 1. März hatte

[105] Bericht Kepplers, 3.–6.3.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 335.
[106] Schmidl, März 38, S. 79; Schuschnigg, Requiem, S. 109.
[107] Schreiben Frederic von La Trobes im Auftrag von Seyß-Inquart an Reichspressechef Otto Dietrich, 26.2.1938, PA/AA, Wien 286, o. P.
[108] Bericht des deutschen Konsuls Drubba, Graz, an die deutsche Gesandtschaft Wien, 28.2.1938, PA/AA, Wien 286, o. P., 4 Seiten. Siehe auch Schmidl, März 38, S. 83f.; Karner, Steiermark, S. 45f.

Seyß-Inquart zunächst ausgeführt, es gelten bestimmte Gesetze, an die sich alle zu halten hätten. So sei der sogenannte Deutsche Gruß nicht grundsätzlich verboten, aber natürlich für Beamte im Dienst. Nach einem Aufmarsch und Fackelzug der NS-Anhänger habe dann Innenminister Seyß-Inquart, wie Konsul Drubba mitteilte, das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied „mit erhobener Hand“ angehört.[109] Wahrscheinlich leisteten reichsdeutsche Nationalsozialisten bei diesen Demonstrationen nicht nur materielle, sondern auch logistische und personelle Unterstützung, worauf Goebbels' Notat „unsere Nazis gehen heran“ (TG, 4. 3. 1938) hindeutet. Beispielsweise sollen, wie sich Guido Zernatto erinnerte, bei einer NS-Kundgebung in Salzburg „mehr als tausend Personen aus dem bayerischen Grenzgebiet gekommen“ sein.[110] Ein Ende der Demonstrationen war jedenfalls nicht in Sicht und von den deutschen Nationalsozialisten auch keineswegs beabsichtigt.[111] Doch das offizielle Verbot von Kundgebungen und der erwähnte Einsatz des Militärs veranlaßten Goebbels zu der Notiz: „In der österreichischen Frage klappt es nicht. […] Man muß am Ende wirklich Gewalt anwenden“ (TG, 1. 3. 1938).

Um Eigenmächtigkeiten der österreichischen Parteigenossen zu vermeiden, befahl Hitler in der zweiten Februarhälfte die besonders fanatischen Funktionäre der österreichischen NSDAP-Landesleitung um Josef Leopold nach Berlin und untersagte ihnen die Rückkehr nach Österreich. Dies war nicht nur Gegenstand der Beratungen mit Bundeskanzler Schuschnigg und Guido Schmidt in Berchtesgaden, sondern es wurde auch von Seyß-Inquart und den beteiligten deutschen Stellen, vor allem von Papen, Göring und Keppler, dringend gefordert.[112] Wahrscheinlich spielten hierbei auch Rivalitäten zwischen der SA-nahen Landesleitung und der SS eine Rolle,[113] da besonders Keppler, der SS-Gruppenführer war, und sein Mitarbeiter Edmund Veesenmayer, SS-Hauptsturmführer, gegen Leopold Partei bezogen. Zudem hatte Leopold eine Unterstellung Seyß-Inquarts unter sich verlangt.[114] Am 21. Februar teilte Hitler dem österreichischen NSDAP-Landesleiter Leopold in Berlin im Beisein von Keppler und Göring seine Entlassung mit und machte ihm stärkste Vorwürfe wegen seiner Aktionen, die er „wahnwitzig“ nannte, und wegen der bei der Hausdurchsuchung Tavs' gefundenen Unterla-

[109] Bericht Drubbas an die Gesandtschaft Wien, 3. 3. 1938, PA/AA, Wien 286, o. P., 2 Seiten, 2 Seiten Anlage. Auch der britische Journalist G. E. R. Gedye überliefert den sogenannten Deutschen Gruß Seyß-Inquarts; vgl. Rosar, Deutsche Gemeinschaft, S. 236.

[110] Zernatto, Wahrheit, S. 243.

[111] Vgl. Schausberger, Griff, S. 553, der sich auf Aussagen Schuschniggs in einem Interview von 1971 bezieht.

[112] Schuschnigg, Requiem, S. 48; Schreiben Papens an Hitler, 4. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 284; Schreiben Kepplers an Ribbentrop, 7. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 285; Telegramm Mackensens an die deutsche Gesandtschaft Wien, 8. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 286; Telegramm Papens an das A.A., 8. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 287; Schreiben Kepplers an Ribbentrop, 10. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 289; Bericht Veesenmayers, o. D. [vermutl. 12. 2. 1938 an Keppler], in: ADAP, D 1, Dok. 293; Telegramm Papens an Hitler, 14. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 297; Lagebericht Veesenmayers, 18. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 313.

[113] Matić, Veesenmayer, S. 48; Zernatto, Wahrheit, S. 197, 241.

[114] Aussage Seyß-Inquarts, 10. 6. 1946, in: IMG 15, S. 671. Vgl. auch Matić, Veesenmayer, S. 40–50.

gen.[115] Statt Leopold wurde nun Hubert Klausner mit der Leitung der NSDAP in Österreich betraut. Goebbels war darüber anscheinend zunächst nicht unterrichtet, erst anläßlich eines „Führerempfangs" im Braunen Haus am 25. Februar sprach Goebbels mit dem verbannten Parteigenossen Josef Leopold, von dem er noch nie allzuviel gehalten zu haben scheint und der seines Erachtens „zu praktischer Politik kaum zu gebrauchen" war (TG, 31. 1. 1937), sowie dessen Stellvertreter Franz Schattenfroh und notierte darüber: „Sie sind unbelehrbar. Reden schon wieder von Handstreich und so. Der Führer hat ihnen die Rückkehr nach Österreich verboten. Bravo!" (TG, 26. 2. 1938). Die Entmachtung Leopolds bzw. die Einsetzung seines Nachfolgers Hubert Klausner als Landesleiter der österreichischen NSDAP, die Schuschnigg als Verletzung der Nichteinmischungsvereinbarung empfand,[116] vermerkte Goebbels nicht, sie wurde auch erst Tage später in der Presse bekanntgegeben.[117]

Auch über die Besprechung Hitlers mit den Österreichern am folgenden Tag notierte Goebbels nichts. In dieser plädierte Hitler noch einmal vor Ribbentrop und Keppler sowie Leopold, Tavs, Schattenfroh, Heinrich Rüdegger und Gilbert in der Maur dafür, daß der „evolutionäre Weg gewählt werde, ganz egal, ob man heute schon die Möglichkeit eines Erfolgs übersehen könne oder nicht". Hitler erklärte, das Berchtesgadener Abkommen sei „so weitgehend, daß bei voller Durchführung die Österreich-Frage automatisch gelöst werde". Den revolutionären Weg schloß Hitler völlig aus, und „eine gewaltsame Lösung sei ihm", wie Keppler überliefert, „wenn es irgendwie vermieden werden könne, jetzt nicht erwünscht, da […] die außenpolitische Gefährdung von Jahr zu Jahr geringer werde und die militärische Macht von Jahr zu Jahr größer".[118] Die deutlichen Worte Hitlers, die mit einem politischen Betätigungsverbot für die anwesenden Österreicher einhergingen, beweisen aber keine Aufgabe der revolutionären Strategie und einen Richtungswechsel, sondern dienen in erster Linie der Rechtfertigung der Abberufung der besonders unkontrollierbaren und illoyalen österreichischen Parteigenossen.[119]

Kurt von Schuschnigg hatte nach dem Februar-Abkommen wenig Handlungsalternativen. Er selbst fühlte sich an die mit Hitler getroffenen Vereinbarungen gebunden, deshalb sah er nur drei Möglichkeiten: entweder würde das Abkommen unter seiner oder, als zweite mögliche Lösung, einer anderen Kanzlerschaft durchgeführt oder es würde eine völlig neue Regierung berufen werden, die sich

[115] Aktennotiz Kepplers über Gespräch Hitlers mit Leopold am 21. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 318.

[116] Eichstädt, Dollfuss, S. 324.

[117] Die Presseanweisung hierzu wurde erst am 3. 3. herausgegeben; vgl. NS-PrA, Bd. 6/I, Dok. 585, S. 208f.

[118] Aktenvermerk Kepplers, 28. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 328. Vgl. auch Rosar, Deutsche Gemeinschaft, S. 230.

[119] Leopold hatte sich beispielsweise am 21. 2. 1938 bei Hitler beschwert, „über die Zusammenkunft auf dem Obersalzberg nicht zuvor orientiert worden zu sein"; Aktennotiz Kepplers über Gespräch Hitlers mit Leopold am 21. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 318. Die oftmals mangelnde Loyalität der österreichischen Parteigenossen um Leopold gegenüber der reichsdeutschen NSDAP-Führung erwähnen auch Jagschitz, Die österreichischen Nationalsozialisten, S. 237, und Matić, Veesenmayer, S. 46f.

nicht an das Abkommen gebunden zu fühlen brauchte.[120] Bundespräsident Miklas und auch Schuschnigg selbst hatten sich dafür entschieden, das Vertragswerk gemeinsam in Kraft zu setzen. Das führte, je mehr Einzelheiten des Protokolls vom 12. Februar 1938 bekannt wurden, zu tiefer „Niedergeschlagenheit“ bei den politischen Funktionären der Vaterländischen Front.[121] Schuschnigg mußte deshalb in der Folgezeit seinen erzwungenen Kniefall vor Hitler im eigenen Lager rechtfertigen und Kräfte für den Ständestaat mobilisieren. Seine Rede vom 24. Februar 1938,[122] in der er die „Souveränität Österreichs“ und die „Leistungen“ seiner Regierung betonte, war Goebbels zufolge „voll von Hinterhältigkeiten“ (TG, 26. 2. 1938). Papen hatte noch versucht, Schuschnigg „zu veranlassen, in der Rede das Märchen von brutaler Gewalt zu dementieren“, was dieser jedoch nicht tat.[123] Schuschnigg hatte in dieser Rede beispielsweise ausgeführt, daß es die „erste und selbstverständliche Pflicht“ der österreichischen Regierung sei, „mit allen ihren Kräften die unversehrte Freiheit und Unabhängigkeit des österreichischen Vaterlandes zu erhalten“, und daß sein Vorgänger Dollfuß wegen seines Einsatzes für die Unabhängigkeit „verblutete“. Das war eindeutig eine Anklage gegen die Nationalsozialisten, denn durch ihre Kugeln war der Kanzler 1934 gefallen. Außerdem machte Schuschnigg in dieser Rede klar, daß er mit dem Berchtesgadener Abkommen an die Grenze seiner Möglichkeiten gegangen und zu keinen weiteren Zugeständnissen mehr bereit war: „Bis hierher und nicht weiter“. Ebenso wenig Zustimmung beim NS-Regime fand die Betonung, daß er auch den „fremdvölkischen Minoritäten“ in Österreich dienen wolle, die, wie alle Menschen in Österreich, „gleichberechtigt vor dem Gesetz“ seien – eine deutliche Kritik an der antisemitischen Gesetzgebung des NS-Regimes. Auch, daß er sich die Option offenhielt, mit „westlichen Großmächten“ auf „Fühlungnahme“ zu gehen, stieß in Berlin auf großes Mißfallen. Hitler war Goebbels zufolge „wütend über Schuschniggs Rede“, obwohl beide vermuteten, daß der österreichische Regierungschef diese Ansprache vor allem aus innenpolitischen Gründen gehalten hatte, da er „vor der Frage“ gestanden habe: „wie sage ich's meinem Kinde?“ (TG, 26. 2. 1938).[124] Auch Papen war dieser Ansicht. Er erwähnte Umsturzpläne innerhalb der Vaterländischen Front und riet Hitler, „daher die Rede nicht allzu tragisch [zu] nehmen“.[125]

Schuschnigg gelang es nicht, die Lage in Österreich, die durch NS-Kundgebungen immer angespannter wurde, zu beruhigen und die Demonstrationen der Nationalsozialisten einzudämmen. „Es vergingen Tage um Tage der Untätigkeit, die angefüllt waren mit kleinlichen Streitigkeiten über Grußformen und Abzeichen, über die Erlaubnis und das Verbot von Kundgebungen“, erinnerte sich Schusch-

120 Schuschnigg, Requiem, S. 53; Zernatto, Wahrheit, S. 232.
121 Zernatto, Wahrheit, S. 234.
122 Frauendienst, Weltgeschichte, S. 413–432; Michaelis/Schraepler, Ursachen, Bd. 11, S. 627–630.
123 Telegramm Papens an Hitler, 24. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 324.
124 Schuschnigg, Requiem, S. 57, schrieb später, daß Sätze wie „Bis hierher und nicht weiter!“ an die „innerpolitische Adresse“ gerichtet waren. Auch in der NS-Presse wurde die Rede als „weniger an unsere Adresse als an die österreichische gerichtet“ dargestellt; vgl. NS-PrA, Bd. 6/I, Dok. 564, 25. 2. 1938, S. 202.
125 Telegramm Papens an Hitler, 25. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 325, S. 448.

niggs Stellvertreter Zernatto. Sinnvolle Maßnahmen zur Rettung der Unabhängigkeit Österreichs aber, so warf Zernatto 1938 im Exil dem österreichischen Kanzler vor, seien von Schuschnigg nicht ergriffen worden.[126] Schuschnigg begnügte sich damit, Schlimmeres auf den Straßen seines Landes zu verhüten und verlegte, um blutige Konflikte zu verhindern, unter Umgehung des Sicherheitsministers Seyß-Inquart, die erwähnten Bataillone Flieger, Kraftfahrjäger und leichte Artillerie in die Hauptstadt der Steiermark.[127] Goebbels' Darstellung, Schuschnigg sei „mit dem Heer" gegen die nationalsozialistischen Kundgebungen losgegangen (TG, 1.3.1938) war übertrieben, da die Maßnahmen des Kanzlers in erster Linie der Abschreckung dienen sollten. Leicht überzogen war auch die Feststellung von Goebbels, daß Schuschnigg „die nazifreundlichen Beamten" absetze (TG, 1.3.1938). Denn hierbei handelte es sich um Einzelfälle wie beispielsweise den Bürgermeister von Graz, Hans Schmid, der zur Rede des österreichischen Kanzlers am 24. Februar eine Hakenkreuzfahne am Rathaus gehißt hatte.[128] Allerdings erließen verschiedene Landesleitungen der Vaterländischen Front Verbote nationalsozialistischer Betätigung für Beamte,[129] die bei Zuwiderhandlung eine Entlassung aus dem Dienst nach sich ziehen konnten. Auf Druck der Nationalsozialisten wurden aber in den österreichischen Ländern auch neue stellvertretende Landeshauptmänner eingesetzt.[130] Goebbels hielt jedenfalls die Reaktionen Schuschniggs für „Panik", die letztlich doch zu einer gewaltsamen Lösung führen könnte (TG, 1.3.1938). Die Furcht, Schuschnigg könne ein „ganz unehrliches Spiel" treiben, also die Beeinflussung der österreichischen Politik durch das NS-Regime zu verhindern suchen, war groß, vor allem, seit auch Seyß-Inquart die NS-Führung vor einer solchen Strategie der österreichischen Regierung warnte (TG, 2.3.1938). Seyß-Inquart teilte Wilhelm Keppler mit, daß er von der österreichischen Regierung umgangen werde, und daß diese versuche, das Abkommen vom Februar zu sabotieren und möglicherweise sogar die Bewaffnung der Arbeiterschaft unterstütze, was aber nicht den Tatsachen entsprach.[131]

5. Schuschniggs Volksbefragung und die Reaktion des NS-Regimes

Schon in der zweiten Februarhälfte[132] kursierte in Österreich die Idee einer Volksbefragung über die Unabhängigkeit des Landes, die mehr und mehr gefährdet

126 Zernatto, Wahrheit, S. 261.
127 Bericht des deutschen Konsuls Drubba, Graz, an die deutsche Gesandtschaft Wien, 28.2.1938, PA/AA, Wien 286, o.P., 4 Seiten. Siehe auch Schmidl, März 38, S. 83f.
128 Bericht des deutschen Konsuls Drubba, Graz, an die deutsche Gesandtschaft Wien, 26.2.1938, PA/AA, Wien 286, o.P., 5 Seiten. Siehe auch Karner, Steiermark, S. 483, Anm. 76.
129 Aktennotiz Kepplers über Informationen von Seyß-Inquart, 28.2.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 329.
130 Schuschnigg, Requiem, S. 61.
131 Aktennotiz Kepplers über Informationen von Seyß-Inquart, 28.2.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 329; Aufzeichnung Kepplers über Gespräch mit Schuschnigg, 5.3.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 334; Schausberger, Griff, S. 552.
132 Zernatto, Wahrheit, S. 266; Schausberger, Griff, S. 550.

war, weil sich die Nationalsozialisten nicht an das Berchtesgadener Abkommen hielten.[133] Doch erst „um den 3. März“ konnte sich Schuschnigg, wie er in seinen Memoiren schrieb, zu diesem Schritt durchringen.[134] Einen Tag später informierte der Bundeskanzler seine engsten Vertrauten, darunter den früheren Handelsminister und damaligen Bundesbahnpräsidenten Friedrich Stockinger, und nach und nach auch einige andere Mitglieder der Vaterländischen Front über sein Vorhaben.[135] Durch eine Indiskretion Stockingers erfuhr der deutsche Militärattaché in Wien, General Wolfgang Muff, von einer geplanten Volksbefragung, doch gab er seine Informationen vermutlich nicht weiter, da sie lediglich in Form einer Aktennotiz überliefert sind.[136] Als Motive für die Volksbefragung, die am 13. März 1938 stattfinden sollte, nannte Schuschnigg Jahre später den Versuch, die österreichischen Nationalsozialisten zur Anerkennung der österreichischen Unabhängigkeit zu zwingen. Er habe sie dazu bewegen wollen, ihren „Anschlußenthusiasmus“ aufzugeben und die nationalsozialistischen Unruhen zu beenden, die ein Eingreifen der österreichischen Armee provozieren sollten und damit Hitler einen Vorwand zum Einmarsch geliefert hätten.[137] Außerdem hatte Berlin den Druck auf die österreichische Regierung Anfang März enorm verstärkt, nicht zuletzt dadurch, daß Keppler am 5. März Schuschnigg mit neuen Forderungen Hitlers konfrontiert hatte.[138]

Hitler wurde mit großer Wahrscheinlichkeit erstmals am 9. März gegen Mittag von Keppler über Schuschniggs Vorhaben in Kenntnis gesetzt.[139] Goebbels erfuhr, wie er im Tagebuch festhielt, erst am Abend davon, als er inmitten eines großen Empfangs „aller maßgeblichen deutschen Chefredakteure“ im Propagandamini-

[133] Hitler hatte, wie erwähnt, entgegen der in Berchtesgaden vereinbarten Nichteinmischung in innerösterreichische Verhältnisse und der zugesagten Auflösung der illegalen NS-Verbände am 21. 2. Hubert Klausner zum Landesleiter der illegalen NSDAP ernannt; vgl. ADAP, D 1, Dok. 318. Zudem bestimmte er Odilo Globocnik zum Organisationsleiter und Friedrich Rainer zum politischen Leiter der NSDAP in Österreich; vgl. ADAP, D 1, Dok. 343, Anlage 1. Außerdem knüpfte die neue Landesleitung der österreichischen NSDAP an die Einhaltung des Abkommens von Berchtesgaden neue Bedingungen; so verlangte man für die Auflösung illegaler Parteiformationen Mandate in Gemeinde- und Landtagen; vgl. Zernatto, Wahrheit, S. 239–241. Vgl. auch Bericht des Chefs des Sicherheitshauptamts des Reichsführers SS, Abwehramt, an Keppler, 10. 3. 1938, über die NS-Bewegung in Österreich mit Organigramm, PRO, GFM 33/557, Keppler-Papiere, Bl. 345103–345108.

[134] Schuschnigg, Requiem, S. 61.

[135] Schmidl, März 38, S. 93.

[136] Aktennotiz Wolfgang Muffs, o. D., in: ADAP, D 1, Dok. 338, S. 460. Vgl. auch Wagner/Tomkowitz, „Ein Volk, ein Reich, ein Führer!“, S. 32 f.

[137] Vgl. Schausberger, Griff, S. 553, der sich auf ein Interview mit Schuschnigg von 1971 bezieht. Vgl. auch Brief Schuschniggs an Seyß-Inquart, 10. 3. 1938, in: Michaelis/Schraepler, Ursachen, Bd. 11, S. 637–639; Schuschnigg, Requiem, S. 61, 107–112.

[138] Aufzeichnung Kepplers über Gespräch mit Schuschnigg, 5. 3. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 334. Siehe auch Schuschnigg, Requiem, S. 60; Schausberger, Griff, S. 551.

[139] Geschäftsträger v. Stein berichtete, daß das Vorhaben Schuschniggs „gegen Mittag des 9. d. Mts.“ bekannt wurde; vgl. Schreiben Steins, Wien, an das A.A., 10. 3. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 344. Zur Frage, wer Hitler informierte, siehe: Wagner/Tomkowitz, „Ein Volk, ein Reich, ein Führer!“, S. 32; Schmidl, März 38, S. 96; Rosar, Deutsche Gemeinschaft, S. 248; Gottschling, „Heim ins Reich!“, S. 190.

sterium[140] „vom Führer gerufen" wurde (TG, 10.3.1938). „Schuschnigg will am Sonntag eine Abstimmung machen. Frage: wollt ihr ein autoritäres, christliches Österreich?[141] Seiß-Inquart [!] bei dem Beschluß übergangen. Keppler ist gleich nach Wien geflogen, um Näheres festzustellen. Ein gemeiner Querschuß Schuschniggs" (TG, 10.3.1938). Es war Goebbels also gleich bekannt, daß Seyß-Inquart „übergangen" worden war (TG, 10.3.1938), daß Seyß-Inquart „von Schuschniggs Schurkenstreich nichts gewußt" habe, wie er einen Tag später notierte (TG, 11.3.1938). Schuschnigg hatte seinen Innenminister bewußt erst am 8. März darüber unterrichtet[142] und auf eine Sitzung des Kabinetts verzichtet.[143] Vor allem wegen Seyß-Inquart und Glaise-Horstenau hatte Schuschnigg nicht das in der Verfassung verankerte Institut der „Volksabstimmung" angewandt. Danach hätte die Regierung die Abstimmung beschließen und der Bundespräsident sie ausschreiben müssen. Statt dessen hatte Schuschnigg eine in der Verfassung nicht vorgesehene „Volksbefragung" verkündet, um zu verhindern, daß Seyß-Inquart die Nationalsozialisten frühzeitig informierte und seine Pläne durchkreuzt würden.[144] Goebbels war auch sogleich über Kepplers Reise nach Österreich informiert, der noch in der Mittagszeit aufgebrochen war. Allerdings flog Keppler nicht nach Wien, „um Näheres festzustellen" (TG, 10.3.1938), wie Goebbels glaubte, sondern, um zu versuchen, die „Volksbefragung zu verhindern oder, falls dies nicht möglich wäre, bei der Befragung einen Zusatz über die Anschlußfrage" durchzusetzen.[145] Die Tatsache, daß Goebbels erst am Abend informiert wurde, läßt den Schluß zu, daß Hitler offenbar doch Zweifel hatte, ob die Nachrichten aus Wien zutrafen.[146] Keppler, in Wien eingetroffen, bestätigte nach seinen Erkundungen, daß „alles so" sei wie „befürchtet".[147] Den letzten Beweis für die Richtigkeit des Erfahrenen lieferte Hitler die Rede Schuschniggs am Abend des 9. März in Inns-

[140] Zu diesem Empfang siehe NS-PrA, Bd. 6/I, Dok. 720, 10.3.1938, S. 250.

[141] Die Parole lautete korrekt: „Für ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich! / Für Friede und Arbeit! / Für die Gleichberechtigung aller, die sich zu Volk und Vaterland bekennen!" Frauendienst, Weltgeschichte, S. 440f.; Michaelis/Schraepler, Ursachen, Bd. 11, S. 635.

[142] Schreiben Steins an das A.A., 10.3.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 344. Siehe auch Schuschnigg, Requiem, S. 65.

[143] Die letzte Sitzung des Ministerrates unter Schuschnigg fand am 21.2.1938 statt; vgl. Ministerratsprotokoll Nr. 1069, 21.2.1938, Verhandlungsprotokoll, Österreichisches Staatsarchiv, AdR, 04: Inneres/Justiz, BKA, MRP 1. R., Karton 274.

[144] Art. 65 der österreichischen Verfassung vom 24.4./1.5.1934 („Maiverfassung") regelte die Volksabstimmung, die abzuhalten wäre, wenn über eine abgelehnte Gesetzesvorlage, über einen Gesetzentwurf oder über eine Frage der Gesetzgebung entschieden werden sollte, wobei die Regierung die Abstimmung zu beschließen hätte. Schuschnigg berief sich auf Art. 93 der Verfassung, nach dem der „Bundeskanzler […] die Richtlinien der Politik" bestimmte. Schuschnigg war der Auffassung, daß er das Volk zu den Richtlinien seiner Politik befragen könne, ohne daß die gesamte Regierung eine solche Befragung beschließen müsse. Vgl. Ender, Verfassung, S. 61f., 71. Vgl. auch Zernatto, Wahrheit, S. 269–274; Schmidl, März 38, S. 94; Schuschnigg, Requiem, S. 65, 113f.

[145] Telegramm Weizsäckers an Ribbentrop, 9.3.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 339.

[146] Hitler sagte dies gegenüber dem Journalisten Ward Price in einem Interview, abgedr. in: Michaelis/Schraepler, Ursachen, Bd. 11, S. 671. Vgl. auch Wagner/Tomkowitz, „Ein Volk, ein Reich, ein Führer!", S. 32, 65.

[147] Zit. nach Wagner/Tomkowitz, „Ein Volk, ein Reich, ein Führer!", S. 59.

bruck, in der er seine Landsleute zu einem „Ja zu Österreich“ aufforderte.[148] Hitler kannte die Rede, als er am Abend Goebbels zu sich rief und ihm eröffnete, daß Schuschnigg einen „ganz gemeinen Bauernstreich“ plane und „dazu eine gemeine Rede“ gehalten habe (TG, 10. 3. 1938). Goebbels selbst hatte die Rede aufgrund eines abendlichen Empfangs im Ministerium nicht hören können, war also völlig überrascht.

In der Reichskanzlei, in die sich Goebbels am späten Abend des 9. März begab, beriet Hitler bereits mit Göring darüber, welche Maßnahmen sie als Reaktion auf Schuschniggs „dummes und albernes Volksbegehren“, mit dem er die Nationalsozialisten zu „übertölpeln“ versuchte, einleiten sollten (TG, 10. 3. 1938). Da Hitler auch in Erwägung ziehen mußte, daß es unter Umständen nicht gelingen könnte, die Volksbefragung zu verhindern, wurden als mögliche Reaktionen zunächst die Empfehlung der „Wahlenthaltung“ für die österreichischen Parteianhänger oder der massive Einsatz von Flugblättern („1000 Flugzeuge“) in Österreich besprochen, in dessen Folge die Nationalsozialisten „aktiv eingreifen“ wollten (TG, 10. 3. 1938). Allerdings war zu diesem Zeitpunkt noch nicht entschieden, was unter aktivem Eingreifen zu verstehen war. Goebbels kehrte daraufhin in sein Ministerium zurück, stellte „einen Arbeitskreis zusammen“ und informierte den „aktiven Kreis“, der sich noch immer auf dem Journalistenempfang aufhielt, während sich, wie er meinte, „unterdeß [!] […] vielleicht Geschichte“ anbahnte (TG, 10. 3. 1938). In der Nacht zum 10. März wurde Goebbels erneut zu Hitler gerufen, der nun auch Glaise-Horstenau und Josef Bürckel, als „Sachverständige[n] der Saarabstimmung“, zur Beratung hinzugezogen hatte. Doch Glaise-Horstenau, obwohl Mitglied der österreichischen Regierung, wußte Goebbels zufolge „auch nichts Genaues“, denn er hatte sich seit einigen Tagen in Schwaben und in der Pfalz aufgehalten und war schon deshalb von allen Informationsquellen abgeschnitten.[149]

Hitler legte Glaise-Horstenau „sehr drastisch seine Pläne“ dar, woraufhin dieser, wie Goebbels berichtet, „vor den Konsequenzen“ erschrocken sei (TG, 10. 3. 1938). Glaise überliefert in seinen Memoiren, was ihn „erschauern machte“, nämlich die Frage Hitlers, ob es denn nicht „sündhaft“ sei, „eine solche Armee“, d. h. die Wehrmacht, „ungenützt stehen zu lassen“.[150] In den Erinnerungen erwähnte Glaise auch die Anwesenheit Goebbels’ bei der nächtlichen Beratung gegen 3 Uhr mor-

[148] Schuschnigg-Rede, 9. 3. 1938, abgedr. in: Frauendienst, Weltgeschichte, S. 434–440; Michaelis/Schraepler, Ursachen, Bd. 11, S. 633 f.

[149] Aussage Glaise-Horstenaus, 12. 6. 1946, in: IMG 16, S. 131; Schuschnigg, Requiem, S. 64 f., 68 f.; Zernatto, Wahrheit, S. 298; Wagner/Tomkowitz, „Ein Volk, ein Reich, ein Führer!“, S. 42 f.; Rosar, Deutsche Gemeinschaft, S. 257 f.

[150] Broucek, General, Bd. 2, S. 245. Ganz ähnlich hatte sich Hitler gegenüber Schuschnigg am 12. 2. auf dem Obersalzberg ausgedrückt, wie Schuschnigg in seinen Memoiren schrieb: „[E]s wäre geradezu unverantwortlich, und vor der deutschen Geschichte nicht zu vertreten, wenn ein Instrument, wie es die deutsche Wehrmacht ist, nicht benützt werden würde“; zit. nach Schuschnigg, Requiem, S. 50. Die Annahme, Glaise habe diese Passage von Schuschniggs Memoiren übernommen, kann ausgeschlossen werden. Erstens verfaßte Glaise diesen Teil seiner Memoiren bereits im Frühjahr 1942, zweitens bestätigt der Tagebucheintrag Goebbels’ die Erinnerungen Glaises, drittens berichtet Glaise noch weitere plausible Details wie den geplanten Einsatz von „Bombengeschwadern über Wien“; Broucek, General, Bd. 2, S. 245.

gens und den allgemeinen Aufbruch gegen 4.30 Uhr.[151] Somit wird die Tagebucheintragung Goebbels', er habe sich noch „bis 5h nachts mit dem Führer allein beraten", indirekt bestätigt (TG, 10.3.1938). Hitler „glaubt", so Goebbels weiter, „die Stunde ist gekommen". Bereits in dieser Nacht dachte Hitler, wie zuvor gegenüber Glaise und den anderen angedeutet, an eine militärische Aktion, deren Risiko Hitler als „nicht so groß wie bei der Rheinlandbesetzung" einschätzte (TG, 10.3.1938). Hitler war der Überzeugung, daß „Italien und England […] nichts machen" würden, und Frankreich „wahrscheinlich" auch nicht. Nicht einmal an einen Widerstand der österreichischen Grenzer oder Truppen glaubte Hitler. Falls ein solcher doch geleistet werden sollte, würde die militärische Aktion, wie Hitler meinte, „sehr kurz und drastisch sein" (TG, 10.3.1938) und die österreichischen Defensivmaßnahmen binnen kürzester Zeit zum Erliegen bringen. Aufgrund des als gering eingeschätzten Risikos konnte Ribbentrop, der am Vortag zu seinem Abschiedsbesuch nach London aufgebrochen war (TG, 8.3.1938), „vorläufig" dort bleiben (TG, 10.3.1938);[152] Neurath übernahm seine Vertretung.[153] Doch wurde in diesen Stunden nichts mehr entschieden, da Hitler „noch die Nacht darüber schlafen" wollte, wie Goebbels notierte (TG, 10.3.1938). Glaise überliefert, Hitler habe bis zum nächsten Vormittag warten wollen, da er zu dieser Zeit mit der Rückkunft Kepplers aus Wien rechnete.[154] Die Idee eines militärischen Eingreifens hatte Hitler also schon in der Nacht zum 10. März. Somit ist beispielsweise die Annahme Alfred Kubes, Hitler habe „keineswegs von vorneherein an eine überstürzte und gewaltsame Aktion" gedacht, durch die Kenntnis der Goebbels-Tagebücher zu modifizieren.[155]

Am nächsten Tag, dem 10. März, lag auch Goebbels die Rede von Schuschnigg vor, die er nun, wie zuvor Hitler, als „wirklich gemein" beurteilte (TG, 11.3.1938), wahrscheinlich, weil der österreichische Kanzler sich als Vollender der Friedenspolitik von Dollfuß ausgegeben und diejenigen, die für seine Politik eines unabhängigen Österreichs stimmen würden, indirekt als die „Gutgesinnten" bezeichnet hatte.[156] Goebbels störte sich besonders an dem Appell zur Solidarität mit dem Staate Österreich, was an seiner stilistischen Kritik („So mit ‚Grüß Gott, Landsleute!' und so.") deutlich wird (TG, 11.3.1938).[157] Als sich Goebbels zu Hitler begab, der ihn hatte rufen lassen, war sich der „Führer" noch immer nicht ganz im klaren

[151] Ebenda, S. 245f.

[152] Möglicherweise verblieb Ribbentrop – auf Weisung Hitlers absichtlich uninformiert – „zur Neutralisierung der britischen Politik" in London; vgl. Michalka, Ribbentrop, S. 226; zu Ribbentrops Gesprächen dort vgl. Kley, Hitler, Ribbentrop, S. 42–44.

[153] Die vorübergehende Rückkehr Neuraths an die Spitze des A.A. wird anhand einiger von ihm unterzeichneter Akten des A.A. deutlich. Zudem überliefern Jodl, Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 10.3.1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 371, und Glaise-Horstenau, Broucek, General, Bd. 2, S. 246, diese; Neurath bestritt sie, Aussage Neuraths, 24.6.1946, in: IMG 16, S. 702f.

[154] Broucek, General, Bd. 2, S. 246.

[155] Kube, Pour le mérite, S. 244.

[156] Rede Schuschniggs, 9.3.1938, in: Frauendienst, Weltgeschichte, S. 434–440; Michaelis/Schraepler, Ursachen, Bd. 11, S. 633f.

[157] Schuschnigg hatte zur Begrüßung gesagt: „Liebe Landsleute! Kameraden der Front! Zuerst […] ein herzliches ‚Grüß Gott'!"; abgedr. in: Frauendienst, Weltgeschichte, S. 434.

darüber, wie er auf die Volksbefragung reagieren sollte, und auch die österreichischen Nationalsozialisten vertraten sehr unterschiedliche Auffassungen angesichts der Abstimmung.[158] Daher bereitete sich Hitler auf alle Eventualitäten vor, und Goebbels veranlaßte die deutsche Presse vorsorglich, zum Thema Österreich zu schweigen.[159] Mit Wirtschaftsminister Funk beriet sich Hitler über eine Wirtschafts- und Währungsunion, mit Hermann Reschny, dem Führer der paramilitärischen NS-Truppe „Österreichische Legion“, über die Einsatzmöglichkeiten dieses Verbandes, mit Militärs über „Marschpläne“ für Österreich und mit Goebbels über die propagandistischen Maßnahmen (TG, 11.3.1938).

Noch mußten Hitler und Goebbels davon ausgehen, daß die Abstimmung am 13. März stattfinden werde, da sie erst am nächsten Tag, dem 11. März, abgesagt wurde. Als Goebbels am 10. März „noch ausführlich mit dem Führer allein die Lage“ besprach, glaubten beide, zwei Handlungsoptionen zu haben: „entweder Wahlbeteiligung und Ja. Das entwertet die Wahl“ (TG, 11.3.1938). Denn in diesem Falle hätte Schuschnigg schwerlich behaupten können, die Österreicher seien vollständig gegen einen „Anschluß“. Das war auch die Position, die Seyß-Inquart am selben Tag eingenommen hatte.[160] Die zweite Option war, wie Goebbels notierte, folgende: „Oder Forderung nach neuem Wahlstatut dem der Saarabstimmung angepaßt. Diese Forderung von unseren Ministern erhoben. Wenn nicht von Schuschnigg erfüllt, dann Demission von Glaise und Seiß-Inquart [!] mit dieser Begründung Freitagabend“, 11. März (TG, 11.3.1938). Die erste Möglichkeit, also eine Empfehlung an die NS-Anhänger in Österreich, bei der Volksbefragung mit „Ja“ zu stimmen, wurde wieder verworfen. Goebbels nannte keine Gründe, doch sicherlich wäre dies bei den Nationalsozialisten in Österreich nicht mehr durchsetzbar gewesen.[161] Die zweite Option, die Forderung nach einem neuen Wahltermin mit geändertem Wahlstatut, wurde umgesetzt. In den Handakten Kepplers befindet sich ein neunseitiges Schreiben österreichischer Minister, Staatsräte und Volkspolitischer Referenten vom 11. März an Schuschnigg, in dem die Verschiebung der Abstimmung um vier Wochen und neun „Vorschläge“ zu Organisation und Ablauf des Plebiszits ultimativ gefordert wurden.[162] Schuschnigg wurde kaum Bedenkzeit eingeräumt, denn die Unterzeichner verlangten „bis 12 Uhr mittag“ desselben Tages eine Entscheidung über ihr Postulat. Mit diesem Schreiben begaben sich Seyß-Inquart und Glaise-Horstenau am Vormittag des

158 Zernatto, Wahrheit, S. 279f.

159 DNB-Rundrufe vom 10.3.1938: „Über die Vorgänge in Österreich wird nicht berichtet“ (Dok. 707), es dürfe „nicht das geringste“ (Dok. 708), also „kein Wort“ (Dok. 709) geschrieben werden. NS-PrA, Bd. 6/I, S. 246f. Vgl. auch Telegramm Hendersons, 10.3.1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. 1, Doc. 4.

160 Zernatto, Wahrheit, S. 279; Denkschrift Seyß-Inquarts, in: Steinbauer, Verteidiger, S. 73–110, hier S. 96.

161 Eine Wahlempfehlung der NSDAP für „Ja“ war „im Hinblick auf die Stimmung der breiten Massen unmöglich geworden“, gab Friedrich Rainer, der damalige politische Leiter der NSDAP in Österreich, vor dem IMG zu Protokoll; vgl. Aussage Rainers, 12.6.1946, in: IMG 16, S. 142.

162 Dieses Schreiben befindet sich in den Keppler-Akten, PA/AA, Handakten Keppler, R 27.510, Bl. 344109–117. Siehe auch Brief Seyß-Inquarts an Zernatto, 9.3.1938, in: Zernatto, Wahrheit, S. 285–288.

11. März zu Bundeskanzler Schuschnigg. Bei einer Ablehnung der Forderungen durch Schuschnigg sollte der Rücktritt der Minister Seyß-Inquart und Glaise-Horstenau erfolgen, was Schuschnigg mündlich mitgeteilt wurde.[163] Als weitere, auf die Demissionen folgende Maßnahmen notierte Goebbels in sein Tagebuch: „Dann Samstag 6–800 deutsche Flugzeuge über Österreich mit Flugblättern. Aufforderung zum Widerstand. Das Volk steht auf. Und Sonntag Einmarsch. Zuerst Wehrmacht und dann Legion. Wir besprechen genau die dann folgenden Maßnahmen" (TG, 11. 3. 1938). Hitler war also, das zeigt der gesamte Tagebucheintrag, noch nicht entschlossen, auf jeden Fall in Österreich einzumarschieren. Bei sofortiger Annullierung der Volksbefragung hätte er zunächst wohl keinen Anlaß mehr für einen Einmarsch gesehen.[164] Außerdem bestand das Ziel Hitlers, für das er einen militärischen Konflikt riskierte, zu diesem Zeitpunkt lediglich in einem geänderten Wahlstatut, nicht in der Umbildung der österreichischen Regierung. Dieses Wahlstatut widersprach tatsächlich den demokratischen Grundsätzen einer allgemeinen, freien, gleichen und geheimen Wahl.[165] Wenn jedoch ausgerechnet die Nationalsozialisten die mangelnden demokratischen Regeln beklagten, so verrät dies ihre große Furcht, Schuschnigg hätte in der Volksbefragung die Mehrheit erreichen können. Sie und ihre Sympathisanten in Österreich machten berechtigte Einwände geltend, um eine Absetzung der Abstimmung von Schuschnigg zu erzwingen, sie mißbrauchten das demokratische Instrumentarium einer freien Wahl.

Im Bewußtsein, daß sich gegen dieses Referendum am besten propagandistisch kämpfen ließ, rief Hitler seinen Chefpropagandisten an diesem 10. März gegen Mitternacht noch ein zweites Mal zu sich. In der Zwischenzeit hatte Hitler, wie Goebbels überliefert, „mit den Generälen die Marschpläne" ausgearbeitet

[163] Aussage Glaise-Horstenaus, 12. 6. 1946, in: IMG 16, S. 132 f., 137; Aussage Seyß-Inquarts, 12. 6. 1946, in: IMG 16, S. 108 f.; Aussage Rainers, 12./13. 6. 1946, in: IMG 16, S. 143, 163; Schuschnigg, Requiem, S. 69; Zernatto, Wahrheit, S. 301; Broucek, General, Bd. 2, S. 249–256.

[164] So auch Glaise in seinen Memoiren; vgl. Broucek, General, Bd. 2, S. 253.

[165] Besonders problematisch waren die viertägige Frist zwischen Ankündigung und Abstimmung, das Fehlen von Wählerlisten, das Wahlrecht aller Mitglieder der V.F. ohne Rücksicht auf ihr Alter bei gleichzeitiger Festlegung, daß Nichtmitglieder nach 1914 geboren sein mußten, also 24 Jahre alt sein mußten, obgleich das Wahlalter laut Verfassung 21 Jahre betrug. Zudem sollte es nur mit „Ja" beschriebene Stimmzettel geben, die ohne Kuvert und Wahlkabine abzugeben waren. Durchgestrichene, zerrissene oder beschriebene Stimmzettel wären gleichfalls als „Ja" gewertet worden. Wer mit „Nein" stimmen wollte, mußte einen Zettel gleicher Größe mitbringen und handschriftlich beschreiben. Die mehrfache Abgabe von Stimmen wäre trotz Stempel in das vorgelegte Ausweisdokument möglich gewesen, weil alle Ausweise der Unterorganisationen der V.F. zur Abstimmung berechtigten; persönlich bekannte Personen mußten sich nicht ausweisen. Vgl. „Aufruf des Frontführers", Extra-Ausgabe der „Reichspost", 9. 3. 1938, S. 1, PA/AA, Wien 286, o. P. Ursprünglich war sogar vorgesehen, wie v. Stein überliefert, „Stimmzettel mit ‚Nein' nur mit voller Unterschrift und Adresse als gültig anzusehen". Stein berichtete weiter, die „Verfassungsmäßigkeit der Abstimmung wird von österreichischen Juristen eindeutig bestritten"; Schreiben Steins, Wien, an das A.A., 10. 3. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 344. Vgl. auch Schreiben des Chefs des Sicherheitshauptamts des Reichsführers SS, Abwehramt, an Keppler, 10. 3. 1938, PRO, GFM 33/557, Keppler-Papiere, Bl. 345099–101. Siehe auch Botz, „Volksbefragung", S. 225, 232 f., 236.

(TG, 11.3.1938).[166] Goebbels hatte seinen „getarnten Ausschuß“ zusammengerufen und ihm „reinen Wein“ eingeschenkt. Zudem ließ Goebbels „Papier und Druckereien für ‚Verkehrspropaganda‘“ sicherstellen, wie Goebbels die Propagandaaktion in Österreich der Tarnung wegen genannt hatte, was er im Tagebuch durch Anführungszeichen zu erkennen gab. Goebbels und seine Mitarbeiter arbeiteten, „als wenn es bereits losginge“ (TG, 11.3.1938). Wenn auch noch kein Startsignal von Hitler gegeben worden war, so wollte Goebbels doch in jedem Fall „erzbereit“ sein. „An der Vorbereitung soll es nicht fehlen“, notierte er. Vorsorglich, da ein endgültiger Beschluß über das deutsche Vorgehen noch nicht vorlag, ließ er „die Rede Schuschniggs in der Presse ganz klein“ aufmachen, mit „kurzem, ganz kühlem Kommentar“ (TG, 11.3.1938). Als Goebbels um Mitternacht wieder bei Hitler eintraf, waren die „Würfel […] gefallen“. Hitler hatte den „Einmarsch“ für den 12. März im Prinzip entschieden und beschlossen, „selbst nach Österreich“ zu gehen, während Goebbels und Göring „in Berlin bleiben“ sollten (TG, 11.3.1938). Nun war nicht mehr die Rede von Reaktionen auf die Volksbefragung, möglichen propagandistischen Maßnahmen dagegen oder von einem geänderten Wahlstatut. Nun hatte sich Hitler für die gewaltsame Lösung entschieden, wie er sie schon im September 1937 gegenüber Goebbels angekündigt hatte: „Österreich, so sagt er, wird einmal mit Gewalt gelöst“ (TG, 14.9.1937). Die „ganze propagandistische Aktion“, die Goebbels mit Hitler besprach, also „Flugblätter, Plakate, Rundfunk“, diente nun der Rechtfertigung des Einmarsches der Wehrmacht (TG, 11.3.1938). Goebbels kehrte anschließend ins Propagandaministerium zurück, wo er bis 4 Uhr früh weiterarbeitete. Als erstes hatte er „den Arbeitskreis orientiert und an die Arbeit gesetzt“, danach mit dem Staatssekretär im Luftfahrtministerium, Erhard Milch, „die Flugzeugaktion durchstudiert“, mit Max Amann für die „Sicherung des Drucks und des Papiers“ gesorgt und Reinhard Heydrich die „polizeiliche Sicherung der Druckereien“ angetragen, so daß „kein Arbeiter […] mehr heraus“ konnte, „bis die Aktion“ lief, schließlich handelte es sich um eine streng geheime Operation. Mit Oberst Erich Fellgiebel beriet Goebbels schließlich noch die „Rundfunkgestaltung und Störung der österreichischen Sender, wenn Schuschnigg sprechen sollte“ (TG, 11.3.1938).

Die Vorbereitungen für die propagandistische Umrahmung des Einmarsches gingen auch am folgenden Tag weiter. Bereits um 8 Uhr morgens wurde Goebbels wieder von Hitler empfangen, was die Dramatik der Ereignisse verdeutlicht, denn zu so früher Stunde war Hitler sonst kaum zu sprechen (TG, 12.3.1938).[167] Zusammen diktierten beide Flugblätter in einer „aufwiegelnde[n] Sprache“, was Goebbels großen „Spaß“ bereitete. Hitler war Goebbels zufolge „ganz glücklich“, darüber, daß die Propaganda-Aktion „wie am Schnürchen“ lief (TG, 12.3.1938). Zurück im Ministerium, instruierte Goebbels seinen „Aktionsausschuß“, schrieb

[166] Gegen Mittag des 10.3.1938 hatte Hitler dem Generalstabschef des Heeres, Ludwig Beck, die Anweisung erteilt, Pläne für einen Einmarsch zu erstellen; vgl. Schmidl, März 38, S. 99; Müller, Beck. Biographie, S. 302f.

[167] Papen zufolge befanden sich bei seinem Eintreffen in der Reichskanzlei zwischen 9.00 und 10.00 Uhr neben Goebbels auch Göring, Neurath, andere Minister, Staatssekretäre und Militärs bei Hitler; vgl. Aussage Papens, 13.6.1946, in: IMG 16, S. 354. Vgl. auch Kube, Pour le mérite, S. 244.

einen „scharfen Artikel gegen Schuschnigg“, baute einen „Verteilungsapparat“ für die „130 Millionen Flugblätter“ auf, ließ sich über die erarbeiteten Maßnahmen der „Störaktion gegen österreichische Sender“ berichten und stellte auch schon „einen Plan auf, wer in Österreich Zeitungen und Sender übernehmen soll“ (TG, 12.3.1938). Goebbels' Propagandamaschine lief bereits auf Hochtouren, als er von Hitler erfuhr, daß inzwischen versucht wurde, die nationalsozialistische Machtübernahme in Österreich zu erzwingen.

6. Die „Machtergreifung“ in Österreich

Schon am 10. März hatte Hitler gegenüber Goebbels geäußert, Seyß-Inquart werde „das tuen [!]“, „was“ er ihm befehle (TG, 11.3.1938), und ihn damit als geeignetes Ausführungsorgan für die folgenden Schritte charakterisiert.[168] Deshalb übertrug Hitler Seyß-Inquart am nächsten Tag durch Göring die Aufgabe, für den Rücktritt Bundeskanzler Schuschniggs zu sorgen und sich selbst mit der Kanzlerschaft betrauen zu lassen. Zunächst, solange noch eine Verschiebung der Volksabstimmung zur Debatte stand, sollte sich Seyß-Inquart im Auftrag des „Führers“ „auf keinerlei Verhandlungen einlassen“, sondern allenfalls den Protest gegen die Volksbefragung „verschärfen“; weitere „Instruktionen“ würden ihm zugehen.[169] Mittags am 11. März 1938 sollten Seyß-Inquart und Glaise-Horstenau ihre Demission erklären, falls Schuschnigg es ablehnte, die Volksbefragung abzusagen oder vier Wochen später mit geändertem Abstimmungsstatut durchzuführen.[170] Das ursprünglich vorgesehene Ultimatum war wegen der verspäteten Ankunft Glaise-Horstenaus in Wien um zwei Stunden auf 14.00 Uhr verschoben worden.[171] Doch schon eine Stunde später forderte man in Berlin den Rücktritt des Bundeskanzlers selbst sowie die Ernennung Seyß-Inquarts zu dessen Nachfolger.[172] Der Entschluß dazu fiel gegen 15.00 Uhr in einem Gespräch zwischen Hitler und Göring, denn in einem Telefonat zwischen Göring und Seyß-Inquart um 14.45 Uhr war von dem Rücktritt Schuschniggs und einer Kanzlerschaft Seyß-Inquarts noch nicht die Rede, und Göring erklärte, er könne zum weiteren Vorgehen „offiziell […] in diesem Augenblick keine Stellung nehmen“, da er „dazu allein nicht berechtigt wäre“.[173] Erst im folgenden Ferngespräch, das nach der Unter-

[168] Seyß-Inquart gab damals gegenüber Zernatto zu, daß er keinen Einfluß mehr auf die Entwicklungen hatte und nur die Entscheidungen der Nationalsozialisten ausführte; vgl. Zernatto, Wahrheit, S. 303f.

[169] Telegramm Mackensens an die deutsche Gesandtschaft Wien, 10.3.1938, PA/AA, R 29682, Fiche 751, Bl. 67782 (entspricht inhaltlich ADAP, D 1, Dok. 342, doch in der Edition Information für Ribbentrop).

[170] Aussage Seyß-Inquarts, 12.6.1946, in: IMG 16, S. 108f.; Aussage Glaise-Horstenaus, 12.6.1946, in: IMG 16, S. 132f., 137; Aussage Rainers, 12./13.6.1946, in: IMG 16, S. 143, 163; Schuschnigg, Requiem, S. 69–71; Zernatto, Wahrheit, S. 301.

[171] Telegramm Steins an Hitler, 11.3.1938, 13.10 Uhr ab, 15.00 Uhr an, PA/AA, R 29682, Fiche 751, Bl. 67790.

[172] IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 354f.

[173] Telefonat Görings mit Seyß-Inquart, 11.3.1938, 14.45 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 355.

redung zwischen Hitler und Göring um 15.05 Uhr erfolgte, teilte Göring Seyß-Inquart mit, „daß die nationalen Minister […] sofort dem Kanzler ihre Demission einreichen und vom Kanzler verlangen müßten, daß er ebenfalls zurücktrete“.[174] Als Begründung nannte Göring, daß Schuschnigg nicht mehr vertrauenswürdig sei, weil er das Abkommen von Berchtesgaden gebrochen habe. Wenn Schuschnigg zurückgetreten sei, so forderte Göring in diesem Telefonat weiter, dann solle Seyß-Inquart erwirken, daß Bundespräsident Miklas ihn „mit der Neubildung des Kabinetts“ beauftrage, also zum Kanzler ernenne. Seyß-Inquart wurde von Göring auch sogleich aufgefordert, „das verabredete Telegramm an den Führer abzuschicken“. Im nächsten Telefonat um 15.55 Uhr informierte Seyß-Inquart Göring, daß das gesamte Kabinett einschließlich Schuschnigg demissionieren wolle und er, Seyß-Inquart, bis spätestens 17.30 Uhr einen „entsprechenden Bescheid“ über die Entlassung Schuschniggs und die Neubildung eines Kabinetts werde geben können.[175]

Bei diesem Stand der Dinge beginnen die Einträge im Goebbels-Tagebuch, da Goebbels erst später in die Reichskanzlei kam: „Dann kommt Göring und bringt eine neue Lage: Schuschnigg wolle zurücktreten, Seiß-Inquart [!] werde Bundeskanzler, die Partei sei frei und alle unsere Bedingungen erfüllt. Jetzt wird dahinter noch ein Ultimatum gesetzt: bis ½ 6^{h} Seiß-Inquart [!] ernannt, bis ½ 8^{h} unsere Forderungen bewilligt. […]. Es kommt die Nachricht, daß das Ultimatum ad 1 und dann auch das ad 2 angenommen sei“ (TG, 12.3.1938).[176] Diese Nachricht über die frühzeitige Annahme der Forderungen stellte sich jedoch schon bald als Falschmeldung heraus. Ursache dieser Falschmeldung war die Antwort Odilo Globocniks auf die Frage Görings, kurz nach 17.00 Uhr, ob Seyß-Inquart ihm gesagt habe, daß er Bundeskanzler sei. Globocnik hatte mit „Jawohl!“ geantwortet und somit den Eindruck erweckt, Seyß-Inquart sei bereits Bundeskanzler und NSDAP, SA und SS seien in Österreich erlaubt.[177] Diese mißverstandene Nachricht löste in der Reichskanzlei „große Begeisterung“ aus (TG, 12.3.1938). Goebbels mußte, wie er im Tagebuch korrekt notierte, „alle alten Flugblätter“ zurückziehen und „ein neues, in dem die neue Regierung begrüßt wird“, verfassen.[178] Hitler nahm als Reaktion auf den vermeintlichen Erfolg seinen Befehl zum Ein-

[174] Telefonat Görings mit Seyß-Inquart, 11.3.1938, 15.05 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 355f.

[175] Telefonat Seyß-Inquarts mit Göring, 11.3.1938, 15.55 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 356.

[176] Mit „ad 1“ meinte Goebbels die Ernennung Seyß-Inquarts zum Kanzler und mit „ad 2“ die Legalisierung der NSDAP und ihrer Gliederungen.

[177] Telefonat Görings mit Globocnik, 11.3.1938, 17.00–17.08 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 356–359. Rosar, Deutsche Gemeinschaft, S. 276f., nahm an, daß Globocnik Göring absichtlich zweideutig geantwortet habe, um das Eingreifen der Österreichischen Legion zu verhindern.

[178] Die ersten Flugblätter hatten noch zum Boykott der Volksbefragung aufgerufen, die neuen, die gegen 20.00 Uhr bei den Verbänden der Luftwaffe angekündigt und am 12.3. gegen 4 Uhr morgens an die Fliegerhorste ausgeliefert worden waren, hatten folgenden Wortlaut: „Das nationalsozialistische Deutschland grüßt sein nationalsozialistisches Österreich und die neue nationalsozialistische Regierung in treuer, unlösbarer Verbundenheit. Heil Hitler!“ Zit. nach Schmidl, März 38, S. 169.

marsch der Wehrmacht zurück.[179] Gegen 17.30 Uhr dementierte Seyß-Inquart in einem Telefonat mit Göring, daß er schon im Besitz des Kanzleramts sei, und daß die NSDAP zugelassen worden sei.[180] Ganz so schnell, wie die Nationalsozialisten sich die Regierungsübernahme wünschten, ließ sie sich schon rein „technisch“ nicht vollziehen, wie man Göring mitteilte, so daß Göring in weiteren Telefonaten mit Wien die Frist zur Ernennung Seyß-Inquarts und zur Neubildung des Kabinetts auf 19.30 Uhr verlängern mußte.[181] Die Namen der Mitglieder der neuen österreichischen Regierung sollte Keppler Seyß-Inquart überbringen. Da Keppler aber zu dieser Zeit noch auf dem Weg nach Wien war, gab Göring sie vorsichtshalber gleich telefonisch durch.[182] Als Seyß-Inquart Göring mitteilte, daß sich Bundespräsident Miklas weigere, ihm die Kanzlerschaft zu übertragen, und stattdessen Altbundeskanzler Otto Ender zum Regierungschef ernennen wolle, wurde Göring ungeduldig.[183] Er drängte nun Seyß-Inquart in diesem Ferngespräch, zusammen mit dem deutschen Militärattaché, Wolfgang Muff, zu Miklas zu gehen und ihn darauf hinzuweisen, daß er ihm, Seyß-Inquart, „unverzüglich […] die Macht zu übergeben“ bzw. „die Forderungen, wie benannt“, zu erfüllen habe, und zwar bis spätestens 19.30 Uhr, da andernfalls „heute nacht der Einmarsch der […] Truppen“ erfolge und die „Existenz Österreichs […] vorbei“ sei.

Auch über diesen Stand der „Verhandlungen“ war Goebbels informiert: „Dann neue Nachricht: Ultimatum nicht angenommen. Miklas weigert sich, Seiß-Inquart [!] zu ernennen. Darauf erneutes, scharfes Ultimatum bis ½ 8h, überbracht durch General Muff“ (TG, 12.3.1938).[184] Durch das Eingreifen des Militärattachés Wolfgang Muff hatte das NS-Regime nun offiziell ein Ultimatum ausgesprochen, während zuvor stets der Anschein erweckt worden war, die Forderungen würden von österreichischen Regierungsmitgliedern erhoben. Doch auch Muff, der sich allein zu Miklas begeben hatte, hatte keinen Erfolg, da der Bundespräsident es „auf entschiedene Weise“ ablehnte, „unter der Drohung mit Gewalt die Ernennung auszusprechen“, wie Muff wenig später festhielt.[185] Auch Keppler,

[179] Telefonat Görings mit Seyß-Inquart, 11.3.1938, 17.26–17.31 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 362; Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 11.3.1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 372; Aussage Papens, 13.6.1946, in: IMG 16, S. 354f.; Aussage Jodls, 4.6.1946, in: IMG 15, S. 391.

[180] Telefonat Görings mit Seyß-Inquart, 11.3.1938, 17.26–17.31 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 360–362.

[181] Telefonat Görings mit Globocnik (der Protokollant notierte in Unkenntnis des Namens „Dombrowski“), 11.3.1938, 17.00–17.08 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 356-359; Telefonat Görings mit Seyß-Inquart, 11.3.1938, 17.26–17.31 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 360–362.

[182] Siehe hierzu auch Aussage Görings, 14.3.1946, in: IMG 9, S. 333f.

[183] Telefonat Görings mit Seyß-Inquart, 11.3.1938, 17.26–17.31 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 360–362; Zernatto, Wahrheit, S. 311, 313.

[184] Siehe auch Zeugenaussage Miklas', in: IMG 32, Dok. 3697-PS, S. 446; Schuschnigg, Requiem, S. 74.

[185] Muff datiert in seiner Aufzeichnung den Befehl, zu Miklas zu gehen, später, als er erfolgte, denn um 18.45 Uhr war er, der Telefon-Mitschrift zufolge, bereits bei Miklas gewesen; vgl. Aufzeichnung des deutschen Militärattachés in Wien, Generalleutnant Muff, 11.3.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 371. Vgl. auch Telefonat zwischen Göring und Keppler, Wien, 11.3.1938, 18.28–18.34 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 362–364.

der mit demselben Ultimatum Miklas aufforderte, seinen Standpunkt aufzugeben, konnte ihn nicht zur Ernennung Seyß-Inquarts bewegen.[186] Gegen 19.50 Uhr verlas Schuschnigg eine Erklärung im Rundfunk, in der er, wie Goebbels richtig festhielt, erklärte, „er weiche nur der Gewalt“.[187] Schuschnigg sah einen Widerstand als aussichtslos an, der nur zu sinnlosem Blutvergießen geführt hätte, nachdem auch die von ihm um Rat gebetenen Westmächte keine Unterstützung in Aussicht gestellt hatten.[188] Wenige Minuten nach der Ansprache Schuschniggs forderte Göring Seyß-Inquart telefonisch auf, „sich in den Besitz der Macht zu setzen“.[189] Göring instruierte im selben Sinne auch General Muff, Seyß-Inquart zu sagen, daß er „jetzt die Regierung übernehmen“ und nun auch Bundespräsident Miklas zurücktreten solle.[190] Miklas aber, so teilte Muff Göring mit, weigere sich, zurückzutreten und eine neue Regierung zu ernennen. Auch dies erfuhr Goebbels, der sich, wie auch Göring,[191] immer noch in der Reichskanzlei aufhielt. „Miklas bleibt weiter hartnäckig. Aber dann machen wir Seiß-Inquart [!] stark. Er proklamiert sich selbst zur Regierung“ (TG, 12. 3. 1938).[192] Bis Seyß-Inquart dann das Amt des Bundeskanzlers übernahm, dauerte es noch, obwohl Göring schon

[186] Telefonat Göring mit Keppler, Wien, 11. 3. 1938, 18. 28–18.34 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 362–364.

[187] Schuschnigg erwähnte „ein befristetes Ultimatum“ der deutschen Regierung an Miklas zur Regierungsumbildung, bei Nichterfüllung sei „der Einmarsch deutscher Truppen in Österreich für diese Stunde in Aussicht genommen“. Er dementierte die Behauptungen, es fänden blutige „Arbeiterunruhen“ statt und die österreichische Regierung sei „nicht Herrin der Lage“. Weiter erklärte er: „Der Herr Bundespräsident beauftragt mich, dem österreichischen Volke mitzuteilen, daß wir der Gewalt weichen. Wir haben, weil wir um keinen Preis, auch in diesen ernsten Stunden nicht, deutsches Blut zu vergießen gesonnen sind, unserer Wehrmacht den Auftrag gegeben, für den Fall, daß der Einmarsch durchgeführt wird, ohne Widerstand sich zurückzuziehen und die Entscheidungen der nächsten Stunden abzuwarten. / […] / Gott schütze Österreich!“; abgedr. in: Frauendienst, Weltgeschichte, S. 446f.; Michaelis/Schraepler, Ursachen, Bd. 11, S. 647f.; siehe auch Zernatto, Wahrheit, S. 317f.

[188] Telegramme Palairets, Wien, an Halifax, 11. 3. 1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. I, Doc. 19, 20; Telegramm Halifax' an Palairet, Wien, 11. 3. 1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. I, Doc. 25.

[189] Telefonat Seyß-Inquarts mit Göring, 11. 3. 1938, 19. 57–20.03 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 364f.

[190] Telefonat Görings mit Muff, 11. 3. 1938, 20.26–20.32 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 365f.

[191] In dem Ferngespräch gegen 18.30 Uhr hatte Göring zu Seyß-Inquart gesagt, er solle ihn in der Reichskanzlei zurückrufen. Abgedr. in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 364.

[192] Formal gesehen hatte Bundespräsident Miklas nach Art. 86 der Verfassung von 1934 die „Mitglieder der Bundesregierung sowie sämtliche Staatssekretäre von ihren Ämtern“ enthoben; vgl. Wiener Zeitung, 13. 3. 1938, zit. nach Klusacek/Steiner/Stimmer, Dokumentation, S. 21. Seyß-Inquart hatte Göring telefonisch mitgeteilt, daß sich die österreichische Regierung „selbst […] außer Amt gestellt“ habe (in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 364), was Keppler Göring bestätigte (die Regierung sei „außer Funktion getreten“, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 366). Dennoch bezeichnete sich Seyß-Inquart in seiner Rundfunkansprache um 20.18 Uhr als „nach wie vor im Amt“ befindlicher Innen- und Sicherheitsminister, obwohl er zu diesem Zeitpunkt bestenfalls geschäftsführender Innenminister war. Außerdem gab Seyß-Inquart einen Befehl an die noch verbotenen nationalsozialistischen Verbände, weshalb die Rede als „Schritt auf den Boden der Revolution“, so Rosar, Deutsche Gemeinschaft, S. 288f., bezeichnet wurde. Die Rede ist abgedr. in: Frauendienst, Weltgeschichte, S. 448f.

gegen 20.50 Uhr von Keppler informiert wurde, daß die österreichischen Nationalsozialisten nun die Regierung übernommen hätten und die alte Regierung unter Schuschnigg, wie er es in seiner Rundfunkansprache angekündigt hatte, den Befehl gegeben habe, das österreichische Heer solle „keinerlei Widerstand“ leisten.[193] In diesem Ferngespräch diktierte Göring auch den Text für das Telegramm, das Seyß-Inquart Hitler zur Rechtfertigung des deutschen Einmarsches schicken sollte.[194] Goebbels beschrieb diesen Vorgang mit den Worten: „Wir diktieren Seiß-Inquart [!] ein Telegramm durch, in dem er die deutsche Regierung um Hilfe bittet. […] Damit haben wir eine Legitimation“ (TG, 12.3.1938). Ob Goebbels an dieser Stelle meinte, die NS-Führung habe Seyß-Inquart das Telegramm übermittelt, oder ob er damit zum Ausdruck bringen wollte, Hitler, Göring und vielleicht er selbst hätten das Telegramm aufgesetzt, bleibt ungewiß. Der Aussage Görings vor dem Internationalen Militärgerichtshof zufolge ging die Idee des Telegramms auf Hitler selbst zurück, möglicherweise stammte sie aber auch von Weizsäcker.[195] Wer den Text verfaßt hatte, gab Göring nicht zu Protokoll.[196]

Wesentlich in diesem Zusammenhang ist etwas anderes: Goebbels beschrieb den Vorgang als Erpressung und Nötigung in einem: Erstens wurde die österreichische Regierung durch eine militärische Drohung zum Rücktritt gezwungen. Zweitens wurde die neue NS-Regierung in Österreich nicht nur zur Zustimmung zum deutschen Einmarsch, sondern zu einer Bitte darum genötigt. Die Protokolle der Telefongespräche zwischen Berlin und Wien am 11. März 1938 belegen dies ebenso deutlich. Göring dagegen äußerte in einem Telefonat am 13. März 1938 gegenüber Ribbentrop, der sich gerade in London aufhielt, daß die „Erzählung […], wir hätten ein Ultimatum gestellt, […] natürlich Quatsch“ sei und daß der Einmarsch nur erfolgt sei, weil „die österr. nat.soz. Minister uns gebeten haben, ihnen Rückendeckung zu geben“.[197] Acht Jahre später gab Göring zu, daß er in diesem Gespräch nicht gesagt habe, „wie es de facto war“, weil er angenommen habe, daß das Telefonat von englischer Seite „abgehört“ werde.[198] Göring über-

[193] Telefonat Kepplers mit Göring, 11.3.1938, 20.48–20.54 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 366–368; Schuschnigg, Requiem, S. 75.; Zeugenaussage Miklas', in: IMG 32, Dok. 3697-PS, S. 442, 449f.

[194] Dem Telefonprotokoll zufolge sollte das Telegramm folgenden Wortlaut haben: „Die provisorische österreichische Regierung, die nach der Demission der Regierung Schuschnigg ihre Aufgabe darin sieht, die Ruhe und Ordnung in Österreich wieder herzustellen, richtet an die Deutsche Regierung die dringende Bitte, sie in ihrer Aufgabe zu unterstützen und ihr zu helfen, Blutvergiessen zu verhindern. Zu diesem Zweck bittet sie die deutsche Regierung um baldmöglichste Entsendung deutscher Truppen.“ Telefonat Kepplers mit Göring, 11.3.1938, 20.48–20.54 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 367. Exakt dieser Wortlaut findet sich auch auf den Exemplaren im PA/AA, R 103.451, Bl. 409460f.

[195] Vgl. Hill, Weizsäcker-Papiere, Bd. 2, S. 122f.

[196] Aussage Görings, 14.3.1946, in: IMG 9, S. 335f. Aufgrund der Quellenlage erscheint es sehr zweifelhaft, daß Göring über Hitlers Pläne „hinaus ging“, indem er Glaise-Horstenau am 10.3.1938 einen ersten Entwurf eines Telegramms mit der Bitte um deutsche Truppen ausgehändigt habe, wie Kube, Pour le mérite, S. 245, behauptet.

[197] Telefonat Görings mit Ribbentrop, London, 13.3.1938, 9.15–9.55 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 370–384, hier S. 370. Nach Michalka, Ribbentrop, S. 226, durfte Ribbentrop auf Weisung Hitlers nicht informiert werden.

[198] Aussage Görings, 14.3.1946, in: IMG 9, S. 334.

mittelte also eine Version, wie sie Großbritannien und damit die Weltöffentlichkeit glauben sollte.[199] Goebbels jedoch, dem vorgeworfen wurde, in seinem Tagebuch bewußte Verzerrungen und Verfälschungen vorgenommen zu haben, schildert die Vorgänge, wie sie sich zutrugen.

Allerdings kam dieses Telegramm nicht „bald an“ (TG, 12. 3. 1938), wie man Goebbels mitteilte. Hierbei hatte man ihn offensichtlich bewußt falsch informiert, da er dieses Telegramm in der Presse publizieren sollte. Göring hatte letztlich von Seyß-Inquart kurz vor 21 Uhr auch nicht mehr verlangt, das Telegramm abzuschicken, sondern hatte ihm durch Keppler übermitteln lassen, daß es genügen würde, wenn er sich „einverstanden“ erklärte.[200] Eine Stunde später teilte Keppler mit, daß Seyß-Inquart „einverstanden wäre“.[201] Goebbels korrigierte sich zwei Tage später, als er von Neurath neue Informationen bekam: „er hat nun endlich das Telegramm Seiß-Inquarts [!] mit der Bitte um Einmarsch. Das ist sehr wichtig. Damit können wir immer operieren“ (TG, 14. 3. 1938). Dem Tagebucheintrag von Goebbels zufolge erhielt Neurath das Telegramm also mit erheblicher Verzögerung. Dies könnte ein weiterer Hinweis darauf sein, daß dieses Telegramm nie abgeschickt wurde, daß es sich bei den im Auswärtigen Amt aufbewahrten Dokumenten auch formal um eine Fälschung handelt.[202]

Aber vorläufig, am 11. März, wurde das Telegramm nicht benötigt, und man begnügte sich in Berlin mit dem übermittelten Einverständnis Seyß-Inquarts, das der NS-Führung von Keppler um 21.54 Uhr ausgerichtet wurde, eine Stunde,

[199] Vgl. NS-PrA, Bd. 6/I, Dok. 727, 11. 3. 1938, S. 254–256.

[200] Telefonat Kepplers mit Göring, 11. 3. 1938, 20.48–20.54 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 368. Vgl. auch Aussage Görings, 14. 3. 1946, in: IMG 9, S. 336.

[201] Telefonat Otto Dietrichs mit Keppler, 11. 3. 1938, 21.54 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 368.

[202] Das Telegramm wurde angeblich um 21.10 Uhr in Wien abgeschickt und wurde in der Reichskanzlei um 21.32 Uhr (PA/AA, R 103. 451, Bl. 409460) bzw. 21.40 Uhr (PA/AA, R 103. 451, Bl. 409461, entspricht ADAP, D 1, Dok. 358) angenommen. Um 21.54 Uhr verlangte Dietrich in einem Telefonat mit Keppler nach dem Telegramm, das seit ca. einer Viertelstunde schon in der Reichskanzlei gewesen sein müßte (IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 368). Neurath zeichnete beide Exemplare mit Datum vom 12. 3. 1938 ab, also erhielt er das Telegramm am 11. 3. 1938 nicht mehr. Da Goebbels aber erst am 14. 3. 1938 über den Vortag schrieb, Neurath habe „nun endlich das Telegramm“, wäre es auch denkbar, daß Neurath das Telegramm erst am 13. 3. 1938 erhielt. Denn es ist anzunehmen, daß Goebbels zwischenzeitlich nachgefragt hatte angesichts der Wichtigkeit dieses Dokuments, das am 12. 3. 1938 in zahlreichen deutschen Zeitungen erschien. Verwunderlich ist ferner, daß Neurath ein Exemplar mit dem Vermerk „Zu den Akten des A.A. zu nehmen“ versah (PA/AA, R 103. 451, Bl. 409461), da dies selbstverständlich war. Es deutet also einiges darauf hin, daß dieses Telegramm genau wie dessen Text in Berlin erstellt wurde, zumal die beteiligten Österreicher später erklärten, daß aus Wien kein derartiges Telegramm abgesandt wurde. Glaise-Horstenau sagte am 12. 6. 1946 aus, daß das Telegramm überhaupt „nicht abgegangen“ sei (IMG 16, S. 136). Seyß-Inquart und Keppler erklärten ebenfalls, daß das Telegramm weder von Seyß-Inquart noch von einem anderen Österreicher abgeschickt worden sei. Siehe Denkschrift Seyß-Inquart, in: Steinbauer, Verteidiger, S. 99f.; eidesstattliche Erklärung Kepplers, in: Steinbauer, Verteidiger, S. 125f. Auch Wagner/Tomkowitz, „Ein Volk, ein Reich, ein Führer!“, S. 214f., nehmen eine Fälschung an; Schmidl, März 38, S. 108, dagegen glaubt nicht, daß das Telegramm gefälscht sei; Rosar, Deutsche Gemeinschaft, S. 294, und Kube, Pour le mérite, S. 245f., halten diese Frage für unerheblich und weichen einer Einschätzung aus.

nachdem Göring Keppler das Telegramm diktiert hatte.[203] Ohnedies hatte Hitler bereits um 20.45 Uhr seinen Befehl für den militärischen Einmarsch in Österreich, für das „Unternehmen Otto“, erteilt.[204] Außerdem wurde auch der innerösterreichische Druck auf Bundespräsident Miklas immer größer, da in fast allen Bundesländern und größeren Städten die Nationalsozialisten bereits die Macht übernommen hatten[205] und das Bundeskanzleramt in Wien von 6000–7000 SA- und SS-Leuten umstellt[206] war. Gegen 23.00 Uhr, im Wissen um den erfolgenden Einmarsch deutscher Truppen, gab Miklas seinen Widerstand auf und betraute Seyß-Inquart „mit der Fortführung der Geschäfte der Bundesführung“.[207] Erst gegen Mitternacht jedoch stimmte er auch der Ernennung von Seyß-Inquart zum Bundeskanzler zu und bewilligte ein neues, nationalsozialistisches Kabinett.[208] Goebbels verfolgte die Machtübernahme in Österreich noch in der Nacht zum 12. März im Rundfunk und trug am Morgen des 13. März in sein Tagebuch nach: „Seiß-Inquart [!] zum Bundeskanzler ernannt. Miklas hat sich doch der Macht der Ereignisse gebeugt. Ein ganz nationalsozialistisches Kabinett“ (TG, 13. 3. 1938).[209] Am 12. März hatte die neue Regierung, die gegen 10.00 Uhr vereidigt worden war[210], wie auch Goebbels festhielt, „ihr Amt schon übernommen“, und

[203] Telefonat Dietrichs mit Keppler, 11. 3. 1938, 21.54 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 368.

[204] Hitlers Weisung Nr. 2 zum Einmarsch in Österreich, 11. 3. 1938, in: IMG 34, Dok. 182-C, S. 774.

[205] Eine genaue Schilderung der Vorgänge in den einzelnen Ländern findet sich bei Schmidl, März 38, S. 111–134. In vielen Ländern Österreichs waren schon am Abend des 11. 3. die Posten der Landeshauptmänner von Nationalsozialisten übernommen worden, so im Burgenland (20.00 Uhr), in der Steiermark, Kärnten (am frühen Abend), Oberösterreich (ca. 20.30 Uhr), Salzburg (21.00 Uhr), Tirol (21.00 Uhr), Vorarlberg (Zustimmung 22.00 Uhr, Vollzug 23.00 Uhr). Vgl. auch Aussage Seyß-Inquarts, 10. 6. 1946, in: IMG 15, S. 684; Steinbauer, Verteidiger, S. 221; Aussage Miklas', in: IMG 32, Dok. 3697-PS, S. 445.

[206] „Die Stunden der historischen Entscheidung“, Artikel Friedrich Rainers über die Vorgänge im Bundeskanzleramt am 11. 3. 1938, in: IMG 34, Dok. 4004-PS, S. 1–3; vgl. auch Seyß-Inquarts Aussage, 12. 6. 1946, in: IMG 16, S. 112f.

[207] Um 23.14 Uhr wurde die Ernennung Seyß-Inquarts zum Bundeskanzler im österreichischen Rundfunk vermeldet; vgl. Frauendienst, Weltgeschichte, S. 449. Vgl. auch Wagner/Tomkowitz, „Ein Volk, ein Reich, ein Führer!“, S. 227.

[208] Schuschnigg, Requiem, S. 82; Zeugenaussage Miklas', in: IMG 32, Dok. 3697-PS, S. 449; Wagner/Tomkowitz, „Ein Volk, ein Reich, ein Führer!“, S. 237.

[209] Am 12. 3. 1938 um 1.30 Uhr morgens verkündete Staatsrat Dr. Hugo Jury das neue Kabinett; vgl. Frauendienst, Weltgeschichte, S. 451. „Ganz“ nationalsozialistisch, wie Goebbels notierte, war das Kabinett zu diesem Zeitpunkt allerdings nicht, außerdem gehörte ihm kein einziges Mitglied der bisherigen illegalen österreichischen Landesleitung der NSDAP an. Erst am Vormittag des 13. 3. wurden die letzten bisher nicht nationalsozialistischen Minister durch Nationalsozialisten ersetzt. Vgl. amtliche Mitteilung über die Ergänzung des Kabinetts Seyß-Inquart, 13. 3. 1938, in: DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 146f.; Rosar, Deutsche Gemeinschaft, S. 303f., 309; Gottschling, „Heim ins Reich!“, S. 194f.

[210] Zeugenaussage Miklas', in: IMG 32, Dok. 3697-PS, S. 451; Schmidl, März 38, S. 211, gibt als Uhrzeit 9.00 Uhr an. Bereits um 11.30 Uhr am 12. 3. 1938 begann die erste Ministerratssitzung unter Bundeskanzler Seyß-Inquart; vgl. Ministerratsprotokoll Nr. 1070, 12. 3. 1938, Verhandlungsprotokoll, Österreichisches Staatsarchiv, AdR, 04: Inneres/Justiz, BKA, MRP 1. R., Karton 274.

„alle Beschränkungen“ waren „gefallen“. Das sei die „Revolution für Österreich“, notierte Goebbels begeistert (TG, 13.3.1938). Als Goebbels am 12. März die Proklamation Hitlers zuerst vor der Auslands-, dann vor der Inlandspresse und anschließend, um 12.00 Uhr, im Rundfunk verlas,[211] in der der „Einmarsch mitgeteilt und begründet“ wurde (TG, 13.3.1938), herrschte in Österreich also bereits eine nationalsozialistische Regierung, war die Besetzung des Landes durch deutsche Truppen in vollem Gange und von Hitler eine Volksabstimmung für den 10. April „ausgeschrieben“. Nun war er gekommen, der „30. Januar 1933 für Österreich“ (TG, 13.3.1938), den Goebbels schon 1936 ersehnt hatte (TG, 12.7.1936), der Beginn der NS-Diktatur im südlichen Nachbarland.

7. Militärischer Einmarsch, Hitlers Einzug und der „Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich

Als Hitler am 9. März über die geplante Volksbefragung Schuschniggs informiert wurde, hatte er neben zivilen, propagandistischen Maßnahmen zugleich auch, wie schon dargestellt, an einen Einsatz bewaffneter deutscher Truppen gedacht. Zwar schätzte er Goebbels zufolge das Risiko einer militärischen Aktion als gering ein, wollte aber die deutsche Reaktion noch in der folgenden Nacht überdenken, ehe er sich endgültig entscheiden würde (TG, 10.3.1938). Als Goebbels am nächsten Vormittag zu Hitler gerufen wurde, saß dieser „über Karten gebeugt“ in „angestrengtester Arbeit“ und „brütet[e]“ (TG, 11.3.1938). Der Gedanke der militärischen Besetzung hatte sich bei Hitler in der Nacht zum 10. März verfestigt. Vermutlich zuvor, um 10.00 Uhr, hatte Hitler seinen OKW-Chef, General Keitel, empfangen und ihn angewiesen, durch seine Mitarbeiter den „Fall Otto vorbereiten zu lassen“.[212] Als Goebbels eintraf, war Keitel wahrscheinlich schon fort, und Hitler beriet sich mit Reschny, dem Anführer der „Österreichischen Legion“, die im Reich Asyl gefunden hatte. Reschny erklärte, wie Goebbels überliefert, „daß er 4000 Mann von der Legion sofort marschbereit“ habe und dazu „noch 7000 Mann Reserve“ (TG, 11.3.1938). Daraufhin wurden diese Truppen „auf Karten“ eingezeichnet, und es wurden „Transportpläne“ entworfen. Unter vier Augen äußerte Hitler aber gegenüber Goebbels, daß im Falle eines Einmarsches zuerst die Wehrmacht und dann die Legion österreichisches Territorium betreten sollte (TG, 11.3.1938). Tatsächlich ließ Hitler die Österreichische Legion unter Reschny aber erst

[211] Hitler warf dem „Regime“ in Österreich, dem, so Hitler, „jeder legale Auftrag fehlte“, vor, daß unter ihm „mehr als 6 Millionen Menschen“ – in Hitlers Augen „Deutsche“ – „unterdrückt wurden“. Da es das Deutsche Reich nicht dulde, „daß in diesem Gebiet von jetzt an noch Deutsche verfolgt werden wegen ihrer Zugehörigkeit zu unserer Nation oder ihres Bekenntnisses zu bestimmten Auffassungen“, marschiere seit „heute morgen“ die Wehrmacht „über alle Grenzen Deutsch-Österreichs“. Proklamation Hitlers vom 12.3.1938, abgedr. in: Frauendienst, Weltgeschichte, S. 454–457; DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 140–143; Michaelis/Schraepler, Ursachen, Bd. 11, S. 659f.; Domarus, Hitler, Bd. 1, S. 814–817.

[212] Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 10.3.1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 371; Aussage Jodls, 4.6.1946, in: IMG 15, S. 390f.

zwei Wochen später in ihre Heimat zurückkehren (TG, 1.4.1938),[213] vor allem, weil Seyß-Inquart ihren sofortigen Einmarsch abgelehnt hatte.[214]

Doch vorläufig war die militärische Option, ob mittels Wehrmacht oder Legion, lediglich für die Situation vorgesehen, daß Schuschnigg ein geändertes „Wahlstatut“ ablehnte. Sie war zu diesem Zeitpunkt also noch Eventualfall,[215] auch wenn bereits um 18.30 Uhr des 10. März der Mobilmachungsbefehl an die 8. Armee erging.[216] Bemerkenswert ist auch, daß Goebbels angibt, der Einmarsch sei für „Sonntag“, den 13. März, vorgesehen (TG, 13.3.1938). Ob Goebbels hier ein Fehler unterlaufen ist, Hitler sich versprochen hatte oder ob dieser zunächst tatsächlich erst am 13. März den Einmarsch durchführen wollte, ist unklar, da dieses Datum in keiner anderen Quelle zu finden ist.

Um die Reaktionen der anderen Mächte sorgten sich Hitler und Goebbels nicht, da nach ihrer Einschätzung England, Frankreich und Italien wohl nichts tun würden bzw. könnten (TG, 10.3.1938, ähnlich 11.3.1938). Einzig die von Reschny vertretene Ansicht, daß „das österreichische Heer […] schießen“ werde, „wenn Schuschnigg es befiehlt“, mußte „auch in Rechnung gezogen werden“ (TG, 11.3.1938). Eine Entscheidung über den Einmarsch war zwar noch nicht gefallen, aber es wurde alles vorbereitet, und „jeder“, so Goebbels, traf Vorbereitungen, „als wenn es bereits losginge“. So arbeitete Hitler „die militärischen Pläne aus“, wenig später „mit den Generälen die Marschpläne“.[217] „Um Mitternacht“, als Goebbels erneut zu Hitler zitiert wurde, waren die „Würfel […] gefallen“, der Einmarsch am „Samstag“, also dem 12. März, war in Goebbels' Augen nun beschlossene Sache. Die „Weisung Nr. 1“ für das „Unternehmen Otto“, die Hitler noch in dieser Nacht[218] ausfertigte, enthielt zwar schon den Termin „12. März 38 spätestens 12.00 Uhr“, doch sollte zu diesem Zeitpunkt lediglich alles „einmarsch- bzw. einsatzbereit sein“. Die „Genehmigung zum Überschreiten und Überfliegen der Grenze und die Festsetzung des Zeitpunktes hierfür“ behielt sich Hitler noch vor.[219] Hitler ließ Goebbels wissen, daß er „selbst nach Österreich“ gehen wolle und die deutschen Truppen „gleich bis Wien vorstoßen“ sollten (TG, 11.3.1938).

[213] Offiziell wurde sie erst am 2.4.1938 auf dem Wiener Heldenplatz empfangen; vgl. Schmidl, März 38, S. 235f.

[214] Telefonat Görings mit Globocnik, 11.3.1938, 17.00–17.08 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 357.

[215] Ernst von Weizsäcker dagegen erfuhr um 18.30 Uhr „von Neurath, daß am 12.III. einmarschiert werden soll“, wie er in sein Tagebuch am 10.3.1938 schrieb. Neurath erwähnte also nicht, daß der Einmarsch nur unter bestimmten Voraussetzungen erfolgen sollte; vgl. Hill, Weizsäcker-Papiere, Bd. 2, S. 122.

[216] Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 10.3.1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 371. Schmidl, März 38, S. 140, dagegen gibt 18.55 Uhr als Zeitpunkt der Mobilmachungsorder an.

[217] Die Marschpläne besprach Hitler mit den Generälen Ludwig Beck und Erich von Manstein, siehe Müller, Beck. Biographie, S. 302f.

[218] Jodl zufolge erging die „Weisung Nr. 1“ Hitlers zum bewaffneten Einmarsch in Österreich um 2.00 Uhr nachts am 11.3.1938 ohne und um 13.00 Uhr am 13.3.1938 mit Unterschrift Hitlers; vgl. Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 11.3.1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 371.

[219] Befehl Hitlers zum bewaffneten Einmarsch in Österreich, Weisung Nr. 1, 11.3.1938, in: IMG 34, Dok. 102-C, S. 335–337.

Aber am 11. März, kurz nach 17.00 Uhr, als man in Berlin zwischenzeitlich glaubte, Seyß-Inquart sei bereits Bundeskanzler und die NSDAP in Österreich erlaubt, war dann Goebbels zufolge der „Einmarsch noch ungewiß“, obwohl er andererseits notierte, daß der „Aufmarsch“ weitergehen und „garnicht [!] mehr aufzuhalten“ sei (TG, 12. 3. 1938). Tatsächlich hatte Hitler den Befehl zum Einmarsch vorübergehend zurückgenommen, nachdem er die Nachricht erhielt, Seyß-Inquart sei bereits Bundeskanzler.[220] Am Abend, als sich herausstellte, daß Bundespräsident Miklas sich weigerte, Seyß-Inquart als Nachfolger von Schuschnigg zu akzeptieren, gab Hitler schließlich um 20.45 Uhr doch, mit der „Weisung Nr. 2“, den Befehl zum Einmarsch, der „bei Tagesanbruch“ zu erfolgen habe.[221] Goebbels war noch in dieser Nacht bekannt, daß am nächsten Tag der deutsche Einmarsch beginnen würde, denn er wußte von dem Telegramm, das Seyß-Inquart gegen 20.50 Uhr diktiert wurde, nachdem Hitler seinen Marschbefehl ausgesprochen hatte. Goebbels war jedoch nicht über den neuen Zeitplan informiert, da er schrieb, daß am 12. März „um 12^{h} […] der Einmarsch der deutschen Wehrmacht“ beginnen sollte (TG, 12. 3. 1938). Von der österreichischen Legion war nun in Berlin allerdings keine Rede mehr, auch nicht bei Goebbels. Seyß-Inquart versuchte zwar noch in der Nacht zum 12. März, den Einmarsch der Wehrmacht nach Österreich aufzuhalten, doch sein Bemühen war vergebens.[222] Dies erwähnt Goebbels in seinem Tagebuch nicht, was darauf hindeutet, daß er darüber nicht informiert war. Die Truppen der Wehrmacht seien, so Goebbels, von „der österreichischen Regierung gerufen“, was also nicht zutraf, da Seyß-Inquart sich, wenn überhaupt, mit dem Telegramm einverstanden erklärt hatte, als er noch nicht Kanzler war.

[220] Zwischen 17.00 und 17.08 Uhr telefonierte Göring mit Globocnik und erfuhr, Seyß-Inquart sei bereits österreichischer Bundeskanzler und die NSDAP in Österreich erlaubt; vgl. Telefon-Protokolle, 11. 3. 1938, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 356–359. Daraufhin nahm Hitler den Einmarschbefehl zurück, wie Göring Seyß-Inquart berichtete („Es ist gerade vorhin durch diese falsche Darstellung im Moment angehalten worden“); vgl. Telefonat Görings mit Seyß-Inquart, 11. 3. 1938, 17.26–17.31 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 362. Auch Jodl hielt dies in seinem Tagebuch fest: unter 18.00 Uhr hatte Jodl vermerkt: „Schuschnigg zurückgetreten. Seyß-Inquart Bundeskanzler. […] Grenze wird zunächst nicht überschritten“; unter 20.30 Uhr schrieb Jodl: „Orientierung durch Grlt. Viebahn, daß sich die Lage wieder geändert hat. Der Einmarsch findet statt.“ Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 11. 3. 1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 371 f. Vgl. auch Aussage Papens vor dem IMG, 13. 6. 1946, in: IMG 16, S. 354 f.; Aussage Jodls, 4. 6. 1946, in: IMG 15, S. 391; Görlitz, Keitel, S. 178 f., und Below, Hitlers Adjutant, S. 90.

[221] In der „Weisung Nr. 2“ heißt es: „1. Die Forderungen des deutschen Ultimatums an die österreichische Regierung sind nicht erfüllt worden. / 2. […] / Die österreichische Regierung hat sich ihres Amtes suspendiert. / 3. Zur Vermeidung weiteren Blutvergießens in österreichischen Städten wird der Vormarsch der deutschen Wehrmacht nach Österreich am 12. 3. bei Tagesanbruch nach Weisung Nr. 1 angetreten.“ Hitlers Weisung Nr. 2, 11. 3. 1938, 20.45 Uhr, in: IMG 34, Dok. 182-C, S. 774. Mündlich wurde die der Weisung zugrunde liegende Entscheidung jedoch schon etwas früher bekannt; vgl. Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 11. 3. 1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 372. Martin Bormann hielt in seinem Notizbuch fest, Hitler habe um 20.00 Uhr den Einmarsch entschieden; vgl. Daten aus Notizbüchern von Martin Bormann, 1934–1943, IfZ, Archiv, F 19/13, 11. 3. 1938.

[222] Aufzeichnung Altenburgs, 12. 3. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 364. Dies bestätigte auch Göring am 16. 3. 1946 in Nürnberg; vgl. IMG 9, S. 439.

Wenn Goebbels hier auch die offizielle Version notierte, weil er sie für wichtig hielt, kann ihm dennoch nicht der Vorwurf der propagandistischen Verzerrung im Tagebuch gemacht werden, denn aus dem Kontext dieses Eintrages geht unmißverständlich hervor, daß das Telegramm in Berlin diktiert wurde und dem NS-Regime die erzwungene „Legitimation“ bot (TG, 12.3.1938). Ähnlich abwegig wäre es, Goebbels' Einschätzung, daß durch die nationalsozialistische Machtübernahme und Besetzung nun die „Stunde der Freiheit […] auch für dieses Land geschlagen“ (TG, 12.3.1938) habe, als Propagandalüge abzutun. Denn Goebbels glaubte subjektiv tatsächlich, daß Österreich durch die Nationalsozialisten von den „Schwarzen“ befreit würde, die er für „wahre Teufel in Menschengestalt“ hielt und von denen er befürchtete, sie „würden heute wieder Scheiterhaufen aufrichten“, wenn sie es könnten (TG, 20.1.1937).[223] Und Goebbels stand nicht allein mit dieser Auffassung, auch deutsche Diplomaten berichteten damals von der „Brutalität“, mit welcher die österreichischen Machthaber die nationalsozialistische Bewegung in Österreich „zu unterdrücken versuchten“ und von einem „seit Jahren“ bestehenden, „ausnehmend scharfe[n] Unterdrückungssystem“.[224] Tatsächlich hatte die österreichische Justiz das NSDAP-Verbot noch schärfer ausgelegt als beispielsweise die tschechoslowakischen Behörden; denn während Prag ab Anfang 1937 eine NSDAP-Mitgliedschaft nur mehr für tschechoslowakische Staatsangehörige unter Strafe zu stellen beabsichtigte, war die Mitgliedschaft in der NSDAP oder ihren Gliederungen in Österreich auch für Reichsdeutsche eine Straftat.[225]

Dem Einmarsch der Wehrmacht in Österreich widmete Goebbels in seinem Tagebuch nur wenige Zeilen, was nicht verwundert, da er von Hitler den Befehl erhalten hatte, in Berlin zu bleiben, und mit seinen Propagandaaufgaben reichlich beschäftigt war. Goebbels notierte aber, den Tatsachen entsprechend, daß dieser um „½ 6^{h} morgens“ begonnen habe,[226] daß die deutschen Truppen „mit einer unbeschreiblichen Begeisterung begrüßt worden“ seien, und daß „Österreich […] in einem einzigen Freudentaumel versunken“ sei (TG, 13.3.1938). Goebbels' Schilderungen der Begeisterung in Österreich stellen keineswegs eine propagandistisch verzerrte Beschreibung dar, da sich vielfach ganz ähnliche Berichte von beteiligten Offizieren oder westlichen Beobachtern finden lassen.[227]

Im Unterschied zu späteren militärischen Besetzungen übertrug Hitler den einrückenden Truppen nicht die vollziehende Gewalt. Er wollte den Einmarsch nicht als kriegsähnliche Handlung verstanden wissen.[228] Noch am Mittag des 12. März erreichten die ersten deutschen Gebirgstruppen die Brennergrenze, wo sie Goebbels zufolge „mit den Italienern Sympathiekundgebungen ausgetauscht“ hatten,

[223] Vgl. auch TG, 26.11.1934, 23.5.1935, 4.11.1936, 23.2.1937, 7.10.1937, 1.3.1938.
[224] Schreiben des deutschen Geschäftsträgers in Wien, v. Stein, an das A.A., 5.3.1938; Schreiben des deutschen Konsuls Hahn, Klagenfurt, an die deutsche Gesandtschaft Wien, 23.2.1938, PA/AA, Wien 286, o.P.
[225] Anfrage der tschechoslowakischen Gesandtschaft Wien, 12.3.1937, sowie Antwortschreiben des österreichischen Bundeskanzleramts, 13.5.1937, PA/AA, R 101.340, Bl. 569460f., 569465f.
[226] Siehe hierzu Schmidl, März 38, S. 164–167.
[227] Vgl. Berichte bei Schmidl, März 38, S. 164–167, 225.
[228] Umbreit, Deutsche Militärverwaltungen, S. 30f.

was er „erfreulich“ fand (TG, 13.3.1938). Ursprünglich durfte sich die Wehrmacht der österreichisch-italienischen Grenze „nur auf höchstens 20 km Entfernung nähern“.[229] Als Mussolini dann am Abend des 11. März sein Wohlwollen bezüglich des deutschen Vorgehens in Österreich signalisierte, wurde ein Kommandeur der Wehrmacht ausgesucht, der bekräftigt durch ein Händeschütteln mit einem italienischen Offizier versicherte, daß man mit dem neuen Nachbarn „in einem besonders guten Verhältnis“ stünde. Der italienische Offizier erwiderte „herzlich“ diese Versicherung, gab seiner „Bewunderung für das große deutsche Heer Ausdruck“ und übermittelte Freude angesichts der „Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden großen Ländern“.[230] Mit dem Eintreffen der Wehrmacht am Brenner hielt Goebbels die militärische Besetzung des Alpenlandes für abgeschlossen und notierte nichts weiter darüber.

„Des Führers Einzug in Wien wird einmal sein stärkster Triumph werden“, prophezeite Goebbels im Sommer 1937, als Hitler ihm mitgeteilt hatte, daß er in Österreich „einmal tabula rasa machen“ werde (TG, 3.8.1937). Als dieses Ziel in greifbare Nähe gerückt schien, wollte Hitler sich dieses Erlebnis nicht entgehen lassen. Zur gleichen Zeit, als er Goebbels über den Einmarsch informierte, am 10. März gegen 24.00 Uhr, teilte er ihm auch seinen Entschluß mit, selbst nach Österreich zu gehen (TG, 11.3.1938). Diese Notiz von Goebbels überrascht insofern, als bislang angenommen wurde, Hitler habe sich erst am Abend des 11. März dazu entschieden.[231] Die Rückkehr Hitlers als Triumphator in seine alte Heimat wurde streng geheim gehalten. Um Gerüchte zu verhindern, wies Goebbels die Presse an, zu „Tarnungszwecken“, wie er im Tagebuch schrieb, groß darauf hinzuweisen, „daß der Führer nach Hamburg fährt“ (TG, 12.3.1938), und zwar zum Stapellauf des zweiten KdF-Schiffes.[232]

Am 12. März flog Hitler um 8.15 Uhr nach München, von wo aus er mit dem Auto nach Österreich fuhr. Göring übernahm „für die Zeit der Abwesenheit des Führers dessen Stellvertretung“ (TG, 13.3.1938). Goebbels, der in Berlin die Stellung halten mußte, sandte seinen Mitarbeiter Alfred-Ingemar Berndt nach Wien, der dort „die ganze Lage studieren“ sollte (TG, 13.3.1938). Am Nachmittag gegen 16.00 Uhr war Hitler, wie Goebbels schrieb, „in Österreich eingetroffen“ und wurde mit „unbeschreiblichem Jubel in Braunau“, seiner Geburtsstadt, „begrüßt“.[233] Von der Panik bei der politischen Opposition und den verschiedenen Minderhei-

[229] Befehl der Heeresdienststelle 10, die zuständig war für die Besetzung Tirols. Zit. nach Schmidl, März 38, S. 197.

[230] PA/AA, R 103.451, Bl. 409561. Der deutsche Offizier war Oberstleutnant Friedrich Schörner, Kommandeur des Gebirgsjäger-Regiments 98; er kam am 12.3. um 12.45 Uhr am Brenner an; siehe auch Schmidl, März 38, S. 198, 200.

[231] Vgl. Schmidl, März 38, S. 212.

[232] Siehe auch NS-PrA, Bd. 6/I, Dok. 714, 10.3.1938, S. 248; Schreiben Leopold Gutterers an die Adjutantur des Führers, 25.2.1938, BArch, NS 10/44, Bl. 79. Dieselbe Verschleierungstaktik war in Österreich anläßlich des Berchtesgadenbesuchs Schuschniggs praktiziert worden, da hier vermieden werden sollte, daß die Öffentlichkeit vorzeitig über die Begegnung mit Hitler informiert wurde. Dort war die Meldung lanciert worden, daß Schuschnigg nach Tirol fahre. Vgl. Zernatto, Wahrheit, S. 205.

[233] Vgl. Krüger, Anschluß, S. 131f.; Rosar, Deutsche Gemeinschaft, S. 306.

ten angesichts der nationalsozialistischen Machtübernahme notierte Goebbels nichts. Anschließend fuhr Hitler weiter nach Linz und wollte, wie Goebbels bekannt war, „noch weiter bis Wien“. Goebbels prognostizierte: „Das wird ein Einzug werden“, und freute sich mit Hitler: „Ich bin so glücklich“ (TG, 13.3.1938). Im Radio hörte sich Goebbels die „Übertragungen der Führerreden aus Braunau und Linz“ an, die er „erschütternd“ fand (TG, 13.3.1938). Außer über den Rundfunk und Alfred-Ingemar Berndt wurde Goebbels auch von Reichspressechef Otto Dietrich, den Hitler in seinem Troß mitgenommen hatte,[234] aus Österreich informiert. Dietrich teilte Goebbels am nächsten Tag mit, daß „alles gut“ stünde, daß der Einzug Hitlers in Österreich gar „nicht beschrieben werden“ könne und daß Hitler die Nacht in Linz verbringen und erst am 14. März „in Wien einziehen“ würde (TG, 14.3.1938). Goebbels war zufrieden, vor allem auch über die deutsche Presse, die „ganz im Zeichen Österreich“ gestanden und den Einzug Hitlers „ergreifend“ geschildert habe. Der Rundfunk übertrug diesen live und brachte die Euphorie in die Wohnzimmer der Bevölkerung. Goebbels war selbst ergriffen: „Tolle Begeisterung durch den Rundfunk aus Wien und ganz Österreich. Der Führer am Grabe seiner Eltern. Ergreifende Szenen“ (TG, 14.3.1938).[235]

Selbst die Berichterstattung der Auslandspresse fand Goebbels „auffallend gut“, was er auf den „Triumphzug des Führers“ zurückführte, der „nirgendwo seine Wirkung“ verfehlt hätte (TG, 15.3.1938).[236] Vor allem in Wien sei Hitler „wie ein Triumphator“ eingezogen, was Goebbels auch von Berndt bestätigt wurde.[237] Goebbels hätte diesen Erfolg Hitlers in Wien gerne miterlebt und versuchte sich damit zu trösten, er sei „jetzt in Berlin viel wichtiger“ (TG, 15.3.1938). Wenigstens konnte er die, wie er fand, „tief ergreifende Rede“ Hitlers auf dem Heldenplatz in Wien und den Jubel „Hunderttausende[r]“[238] im Rundfunk mitverfolgen (TG, 16.3.1938). In dieser Rede, in Goebbels' Augen eine „große Stunde der Geschichte“, wies Hitler „Österreich seine neue Mission im neuen Reich zu“ (TG, 16.3.1938).[239] Vor der jubelnden Menge gab Hitler nun den Vollzug des „Anschlusses“ bekannt, bevor er eine gemeinsame Parade von Einheiten der beiden, nun vereinigten Armeen abnahm.[240] Noch von Wien aus ließ Hitler über

[234] Schmidl, März 38, S. 212.

[235] Der Besuch Hitlers am Grabe seiner Eltern sollte in der Presse „an hervorragender Stelle in großer Aufmachung“ veröffentlicht werden; vgl. NS-PrA, Bd. 6/I, Dok. 739, 13.3.1938, S. 260.

[236] Krüger, Anschluß, S. 131–141.

[237] Um eine möglichst große Menschenmenge zur Begrüßung Hitlers auf die Straße zu bringen, wurde in vielen Betrieben mittags die Arbeit beendet, selbst die Wiener Frühjahrsmesse wurde an diesem Tag schon um 12.00 Uhr geschlossen; vgl. Schmidl, März 38, S. 216. Zur Reaktion der ausländischen Presse vgl. Krüger, Anschluß, S. 131f.

[238] Die exakte Zahl der Zuhörer Hitlers bei seiner Rede auf dem Wiener Heldenplatz ist nicht ermittelt. Seyß-Inquart ging von 5–600 000 Menschen aus; vgl. IMG 32, Dok. 3254-PS, S. 70, vgl. auch Steinbauer, Verteidiger, S. 107. Botz, Nationalsozialismus in Wien, S. 99, Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 130, Schmidl, März 38, S. 216, und Benz, Geschichte des Dritten Reiches, S. 160, nehmen dagegen die Zahl von etwa 250 000 Zuhörern an.

[239] Hitler verkündete für Österreich „seine neue Mission“, die „Ostmark“ sollte „das jüngste Bollwerk der deutschen Nation und damit des Deutschen Reiches“ sein; vgl. Domarus, Hitler, Bd. 1, S. 823.

[240] Below, Hitlers Adjutant, S. 93; Görlitz, Keitel, S. 180.

seinen Adjutanten Wilhelm Brückner im Propagandaministerium darauf hinweisen, daß zu seiner Rückkehr am 15. März ein „entsprechender Empfang vorbereitet werden“ solle.[241] Die im Propagandaministerium ausgearbeiteten Vorschläge, die Goebbels guthieß, wurden Hitler vorab vorgelegt.[242] Goebbels besprach daraufhin sozusagen weisungsgemäß mit Göring die einzuleitenden Maßnahmen und hielt fest, der Empfang müsse „alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen“ (TG, 16. 3. 1938).[243] Allerdings bereitete dieser dem Propagandaminister, wie er selbst notierte, einige Schwierigkeiten, da das ganze „Fest- und Fahnenmaterial nach Österreich“ gebracht worden war (TG, 16. 3. 1938).[244]

In den entscheidenden Stunden, in denen die Unabhängigkeit Österreichs zerstört wurde, hielt sich Goebbels nicht in Hitlers Nähe auf, verfolgte das Geschehen aus der Ferne und war also nicht selbst an der Eingliederung des Nachbarstaates in das Deutsche Reich beteiligt. Aber Goebbels wirkte in den Tagen zuvor, da sich Hitler mehrmals mit ihm in der Reichskanzlei beriet, an den Vorüberlegungen mit, die er im Tagebuch detailliert festhielt. Am 10. März referierte Wirtschaftsminister Funk vormittags über den „Anschluß“ Österreichs „an das deutsche Wirtschafts- und Währungssystem“, der „mit einigen Mühen“ zu bewerkstelligen wäre (TG, 11. 3. 1938). Doch auch schon eine politische Vereinigung wurde am selben Tag anvisiert, wie die folgende Tagebuchpassage beweist: „In 8 Tagen wird Österreich unser sein“, hatte Hitler Goebbels prophezeit (TG, 11. 3. 1938). Zu diesem Zeitpunkt konnte Hitler nicht mehr nur eine nationalsozialistische Regierung in Wien gemeint haben, da er sich schon zum militärischen Eingreifen und zu einer Reise dorthin entschieden hatte. Offen war an diesem und am nächsten Tag nur noch, wie der „Anschluß“ staatsrechtlich vollzogen werden könnte. Zunächst, auch noch am Nachmittag des 11. März, hatte Hitler, wie auch Goebbels bekannt war, die Idee, österreichischer „Bundespräsident“ zu werden, der „vom Volke gewählt“ würde, da er „dann so nach und nach“ den „Anschluß vollziehen“ könnte (TG, 12. 3. 1938).[245] Innenminister Wilhelm Frick ließ diese Idee von dem zuständigen Abteilungsleiter in seinem Ministerium, Wilhelm Stuckart, in einen Gesetzentwurf gießen.[246] Goebbels notierte hierüber: „Frick hat die Gesetze für Österreich schon ausgearbeitet. […]. Führer Bundespräsident. Er setzt Verfassung. Das wird ohne weiteres angenommen werden“ (TG, 13. 3. 1938). Dieser letzte Satz läßt darauf schließen, daß er und Hitler diesen Umweg über die Institution des Staatsoberhauptes des österreichischen Bundesstaates als einzige Möglichkeit sa-

[241] Fernschreiben der Propagandaabteilung des RMfVP an den Stabsleiter der RPL, Meldung Nr. 501, 15. 3. 1938, BArch, NS 10/44, Bl. 76.
[242] Ebenda.
[243] Die Presse hatte dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung teilnehme; den Journalisten wurde eingeschärft: „Es müsse der triumphalste Einzug werden, den Hitler jemals erlebt hat.“ NS-PrA, Bd. 6/I, Dok. 773, 15. 3. 1938, S. 274.
[244] BArch, NS 10/44, Bl. 76; NS-PrA, Bd. 6/I, Dok. 733, 12. 3. 1938, S. 258.
[245] Den Plan, dt. und österr. Staatsoberhaupt in Personalunion zu werden, überliefert auch Göring, 18. 3. 1946; vgl. IMG 9, S. 505. Siehe hierzu auch Botz, Eingliederung, S. 32–39.
[246] Vgl. Affidavit Stuckarts, in: Steinbauer, Verteidiger, S. 69–72; siehe auch IMG 15, S. 686f.

hen, den Nachbarstaat in das Deutsche Reich einzugliedern, während ihnen der direkte Weg, wie er wenig später praktiziert wurde, zunächst noch als nicht gangbar erschien.[247] Wenn Hitler Bundespräsident wäre und die Verfassung bestimmte, dann könnten sie, so Goebbels, die „Entwicklung weitertreiben“, wie sie wollten (TG, 13.3.1938). Doch die Ereignisse überrollten nicht nur Frick und Goebbels, so daß einige Stunden später ein Bundespräsident Hitler nicht mehr zur Debatte stand. In seiner ersten Kabinettssitzung mittags am 12.3.1938 erwähnte Seyß-Inquart mit keinem Wort einen möglichen „Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich.[248] Erst am Abend des 12. März 1938 verkündete Seyß-Inquart in einer Rede in Linz vor Hitler, daß der „§ 88 des Friedensvertrages erledigt“ sei, wie Goebbels es ausdrückte (TG, 13.3.1938). Seyß-Inquart erklärte den entsprechenden Artikel des Vertrages von St. Germain, der einen „Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich untersagte, für „unwirksam“,[249] sprach aber noch nicht von einem unmittelbar bevorstehenden „Anschluß“, sondern lediglich von einem Ziel: „Das Volksdeutsche Reich der Ordnung, des Friedens und der Freiheit der Völker ist unser Ziel“. Hitler dagegen verkündete in Linz, „daß es der Wunsch und der Wille des deutschen Volkes“ sei, das „große volksdeutsche Reich zu begründen“, und daß es sein „Auftrag“ sei, seine „teure Heimat dem deutschen Reich wiederzugeben“. Weiter sagte Hitler: „Ich habe an diesen Auftrag geglaubt, habe für ihn gelebt und gekämpft, und ich glaube, ich habe ihn jetzt erfüllt“, womit Hitler zum Ausdruck brachte, daß der „Anschluß“ im Prinzip erreicht sei.[250] Wann und wie es zur Entscheidung kam, Österreich sofort dem Reich anzugliedern, ist bisher nicht restlos aufgeklärt. Auch aus den Goebbels-Tagebüchern ist dies nicht zu ersehen, weil Goebbels in Berlin blieb und wahrscheinlich keine detaillierten Kenntnisse hierüber erlangte. Es ist anzunehmen, daß dieser Entschluß Hitlers zum sofortigen „Anschluß“ in Linz fiel, vielleicht auch schon in Braunau, Hitlers Zwischenstation von München nach Linz an diesem 12. März.[251]

Am Morgen des 13. März, Hitler hatte gerade Ministerialdirektor Wilhelm Stuckart mit der Ausarbeitung des „Anschluß“-Gesetzes betraut,[252] wurde Goebbels von Otto Dietrich angerufen. Daraufhin notierte Goebbels, lediglich Hitlers Einzug in Österreich erwähnend und möglicherweise noch in Unkenntnis über die Ausarbeitung des Gesetzes: „Der Anschluß ist praktisch da“ (TG, 14.3.1938).

[247] Ähnlich Görings Aussage vom 18.3.1946, in: IMG 9, S. 505.

[248] Ministerratsprotokoll Nr. 1070, 12.3.1938, Verhandlungsprotokoll, Österreichisches Staatsarchiv, AdR, 04: Inneres/Justiz, BKA, MRP 1. R., Karton 274.

[249] Rede Seyß-Inquarts, in: Frauendienst, Weltgeschichte, S. 458f.; DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 144f.; Michaelis/Schraepler, Ursachen, Bd. 11, S. 660f.

[250] Hitler-Rede, 12.3.1938, Linz, in: DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 145f.; Frauendienst, Weltgeschichte, S. 459f.; Michaelis/Schraepler, Ursachen, Bd. 11, S. 661.

[251] Übereinstimmend gaben die Beteiligten Neurath, Göring und Stuckart in Nürnberg zu Protokoll, daß Hitler die Entscheidung zum sofortigen „Anschluß“ erst in Linz, am 12.3.1938 (bzw. nach dem 11.3.1938, Göring) gefällt habe. Vgl. Aussage Neuraths, 24.6.1946, in: IMG 16, S. 704; Aussage Görings, 19.3.1946, in: IMG 9, S. 505f.; Affidavit Stuckarts, in: IMG 15, S. 687. Vgl. auch Weizsäcker, Erinnerungen, S. 149; Botz, Eingliederung, S. 32; Gottschling, „Heim ins Reich!“, S. 194.

[252] Affidavit Stuckarts, in: Steinbauer, Verteidiger, S. 69–72; vgl. auch Aufzeichnung des V.L.R. Carl August Clodius, 16.3.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 395, S. 496f.

Anscheinend glaubte Goebbels immer noch, Hitler müsse Bundespräsident werden, um die beiden Staaten vereinigen zu können, da er sich im Tagebuch fragte, was „mit Miklas“ geschehen solle, „wenn der Führer nach Wien kommt.“ Am späten Nachmittag oder Abend des 13. März erhielt Goebbels, vermutlich von Alfred-Ingemar Berndt, der ihn schon zuvor telefonisch auf dem laufenden gehalten hatte, den entscheidenden Anruf aus Wien, der ihn über den „Anschluß“ informierte: „Anruf aus Wien: Gesetz vom Führer umgeändert: ‚Österreich ist ein Land im Deutschen Reich.‘ Miklas hat unterschrieben. Damit praktisch der Anschluß vollzogen“ (TG, 14. 3. 1938).

Erstaunlicherweise enthält diese kurze Passage aus Goebbels’ Tagebuch gleich drei Fehler. Denn erstens unterschrieb Seyß-Inquart, nicht Miklas, dieses Gesetz,[253] zweitens änderte Hitler kein Gesetz, wenn von dem früheren Gesetzentwurf Stuckarts, der die rechtliche Grundlage für die Übernahme des Bundespräsidentenamts durch Hitler gelegt hätte, abgesehen wird. Vielmehr wurde die nationalsozialistische Regierung Österreichs, die formal noch bestand, dazu veranlaßt, ein neues Gesetz nach deutschem Entwurf zu erlassen, in dem sich Österreich dem Deutschen Reich unterstellte.[254] Dieses österreichische Gesetz wurde von der deutschen Regierung, d. h. von Hitler, zu Reichsrecht erklärt.[255] Drittens war Österreich nun nicht „ein Land im Deutschen Reich“, wie Goebbels meinte, sondern laut Gesetz „ein Land des Deutschen Reiches“. Offensichtlich hatte Berndt Goebbels also falsch oder mißverständlich unterrichtet. Als Goebbels um 21.50 Uhr in einer Pressekonferenz zum „Anschluß“ Stellung nahm, war er jedenfalls besser informiert und stellte das Prozedere dar und das Gesetz im korrekten Wortlaut vor.[256] Österreich war nun also de jure, wie Artikel 1 des österreichischen „Wiedervereinigungsgesetzes“ festlegte, „ein Land des Deutschen Reiches“. Denn dieses „Bundesverfassungsgesetz“ trat „am Tage seiner Kundmachung“, am 13. März 1938, in Kraft, auch wenn, wie Artikel 2 dieses Gesetzes lautete, alle „über 20 Jahre alten deutschen Männer und Frauen Österreichs“ am 10. April durch „freie und

[253] Miklas hatte sich geweigert, sich als „verhindert“ erklärt und Seyß-Inquart seine Funktionen, die er als Staatsoberhaupt hatte, übertragen. So konnte Seyß-Inquart, als Bundespräsident fungierend, das Gesetz selbst unterzeichnen. Vgl. Denkschrift Seyß-Inquarts, in: IMG 32, Dok. 3254-PS, S. 69 f.; amtliche Mitteilung über den Rücktritt Miklas’, 13. 3. 1938, in: DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 147; Rosar, Deutsche Gemeinschaft, S. 312; Schmidl, März 38, S. 215. Irritationen darüber gab es auch in Wien, denn eine maschinenschriftliche Abschrift des „Bundesverfassungsgesetzes über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“ in den Akten des Bundeskanzleramts war ebenfalls zunächst mit dem Namen „Miklas“ unterschrieben und anschließend in „Seyß-Inquart“ korrigiert worden; vgl. Ministerratsprotokoll Nr. 1071, 13. 3. 1938, Beilage A, Österreichisches Staatsarchiv, AdR, 04: Inneres/Justiz, BKA, MRP 1. R., Karton 274.

[254] „Bundesverfassungsgesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“, 13. 3. 1938, Ministerratsprotokoll Nr. 1071, Beilage A, und Verhandlungsprotokoll, 13. 3. 1938, Österreichisches Staatsarchiv, AdR, 04: Inneres/Justiz, BKA, MRP 1. R., Karton 274. Vgl. DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 147 f. Dieses Gesetz wurde vom Kabinett Seyß-Inquart in einer fünfminütigen Sitzung zwischen 17.00 Uhr und 17.05 Uhr verabschiedet. Der Entwurf zu diesem österreichischen Gesetz stammte von Wilhelm Stuckart.

[255] Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, 13. 3. 1938, RGBl. 1938, Teil I, S. 237 f.

[256] NS-PrA, Bd. 6/I, Dok. 748, 13. 3. 1938, S. 262.

geheime Volksabstimmung“ erst noch „über die Wiedervereinigung“ zu befinden hatten.[257]

Am Montag, dem 14. März, erläuterte Goebbels vor der deutschen Presse noch einmal das „Neueste: Miklas zurückgetreten.[258] Anschluß vollzogen. Am 10. April Wahl. Bürckel Wahlkommissar und Gauleiter von Österreich.[259] Die österreichische Wehrmacht dem Führer unterstellt und schon auf ihn vereidigt“ (TG, 15. 3. 1938).[260] Doch nicht nur die anwesenden Journalisten waren „tief erschüttert“ (TG, 15. 3. 1938), wie Goebbels eine besonders positive Stimmung zu beschreiben pflegte, auch Goebbels selbst konnte die Ereignisse noch gar nicht fassen, wie aus seiner triumphierenden Notiz hervorgeht: „Damit praktisch Revolution beendet. Ich [!][261] der kürzesten Zeit, die man sich überhaupt denken kann. In 2 Tagen wurde Geschichte gemacht“ (TG, 15. 3. 1938).[262]

Um den „Anschluß“ auf allen Ebenen zu vollziehen, bedurfte es noch zahlreicher Gesetze, Verordnungen und Erlasse. Die ersten Erlasse, die Hitler noch in Wien diktierte, regelten die Ernennung Seyß-Inquarts zum Reichsstatthalter in Österreich, die Beauftragung des Reichsstatthalters Seyß-Inquart mit der Führung der österreichischen Landesregierung, die Vereidigung der österreichischen Beamten (mit Ausnahme der jüdischen Beamten) auf die Person Hitlers und die

[257] Um Verwirrungen zu vermeiden, erging zwei Tage später die Anweisung an die Presse, „daß der Artikel 1 des Gesetzes über die Wiedervereinigung dem Artikel 2 vorangehe“, d. h. „die Abstimmung bringe nur noch die Bestätigung der bereits vollzogenen Tatsache der Wiedervereinigung“. NS-PrA, Bd. 6/I, Dok. 770, 15. 3. 1938, S. 273.

[258] Miklas trat am 13. 3. gegen 17.00 Uhr von seinem Amt als Bundespräsident zurück; amtliche Mitteilung über den Rücktritt Miklas', 13. 3. 1938, in: DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 147; Schmidl, März 38, S. 215.

[259] Bürckel war allerdings nicht „Gauleiter von Österreich“, sondern „kommissarischer Leiter“ der österreichischen NSDAP, da Österreich bereits in mehrere Gaue eingeteilt war und dies sich auch nicht ändern sollte; vgl. Rosar, Deutsche Gemeinschaft, S. 314; Schmidl, März 38, S. 222; vgl. auch NS-PrA, Bd. 6/I, Dok. 748, 13. 3. 1938, S. 263.

[260] Am Abend des 13. 3. 1938 erließ Hitler folgende Verfügung über das österreichische Bundesheer: „1. Die Österreichische Bundesregierung hat soeben durch Gesetz die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich beschlossen. Die Deutsche Reichsregierung hat durch ein Gesetz vom heutigen Tag diesen Beschluß anerkannt. / 2. Ich verfüge auf Grund dessen: Das österreichische Bundesheer tritt als Bestandteil der deutschen Wehrmacht mit dem heutigen Tag unter meinen Befehl. / […]. / 4. Sämtliche Angehörige des bisherigen österreichischen Bundesheeres sind auf mich als ihren Obersten Befehlshaber unverzüglich zu vereidigen.“ DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 150; Michaelis/Schraepler, Ursachen, Bd. 11, S. 670. Die Vereidigung erfolgte am 14. 3. 1938 mit derselben Eidesformel, die auch die deutschen Wehrmachtsangehörigen zu leisten hatten; vgl. Schmidl, März 38, S. 220.

[261] Es handelt sich hier um einen der wenigen Schreibfehler im Tagebuch von Goebbels. Ob Goebbels hierbei zunächst seine Begeisterung oder möglicherweise sein Mitwirken an der gelungenen Aktion ausdrücken wollte, läßt sich nicht mehr aufklären.

[262] Diese Einschätzung war allgemein verbreitet. Ernst v. Weizsäcker, der wenige Wochen später zum Staatssekretär des A.A. ernannt wurde, schrieb am 15. 3. 1938 in einem Brief über seine Eindrücke am 14. 3. in Wien: „Der gestrige Tag in Wien ist schon der bemerkenswerteste seit dem 18. Januar 1871“ – dem Tag der Ausrufung des Deutschen Kaiserreiches in Versailles; zit. nach Hill, Weizsäcker-Papiere, 1933–1950, S. 123.

Einführung der Reichsgesetze in Österreich.[263] Goebbels war zunächst der Auffassung, daß aufgrund des sogenannten Wiedervereinigungsgesetzes automatisch „für Österreich Reichsrecht“ gelten würde (TG, 14. 3. 1938). Hier hatte Berndt, der ihm auch die Falschmeldung von der angeblichen Unterschrift Miklas' aus Wien übermittelte, Goebbels wiederum falsch informiert.[264] Ausdrücklich hatte Seyß-Inquart vor seinen Kabinettskollegen am 13. März 1938 betont, daß „die derzeitigen Gesetze Österreichs in Kraft blieben“.[265] Dementsprechend war in das deutsche Wiedervereinigungsgesetz vom 13. März der Artikel eingefügt worden, daß das „derzeit in Österreich geltende Recht […] bis auf weiteres in Kraft“ bleibe, und die Einführung des Reichsrechts in Österreich durch den „Führer und Reichskanzler oder den von ihm hierzu ermächtigten Reichsminister“ erfolgen würde.[266] Am 14. März erfuhr Goebbels von Berndt telefonisch aus Wien, daß als erstes die reichsdeutschen „Gesetze in Österreich eingeführt werden“ sollten, was er folgendermaßen kommentierte: „Das ist gut so“ (TG, 15. 3. 1938). Einen Tag später notierte Goebbels, daß die „Reichsgesetze […] erst nach der Wahl durchgeführt“ würden, was er „auch gut so“ fand, „da es sonst nur Durcheinander gibt“ (TG, 16. 3. 1938). Goebbels fand den Termin der Gesetzesangleichung offensichtlich nicht sonderlich relevant, er war mit anderen Aufgaben befaßt. Hitler dagegen hatte schon im ersten Erlaß vom 15. März über die Einführung der Reichsgesetze verfügt, daß alle seit dem Wiedervereinigungsgesetz neu hinzukommenden Reichsgesetze automatisch auch für Österreich gelten würden. Zugleich hatte er die sofortige „sinngemäße“ Anwendung von sechs wesentlichen Gesetzen bzw. Verordnungen in Österreich befohlen, darunter das Gesetz gegen die Neubildung von Parteien, das Reichsstatthaltergesetz und die Durchführungsverordnung des Vierjahresplans.[267] Zwei Tage später wurden in einem zweiten Erlaß weitere Reichsgesetze in Österreich eingeführt, was Goebbels aber auch nur ganz kurz vermerkte: „Reichsgesetze in Österreich eingeführt“ (TG, 18. 3. 1938).[268]

Einen Tag darauf wurde Heinrich Himmler in seiner Funktion als Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei für Österreich ermächtigt, „die zur Aufrechter-

[263] Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Ernennung des Reichsstatthalters in Österreich, 15. 3. 1938, RGBl. 1938, Teil I, S. 248; Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die österreichische Landesregierung, 15. 3. 1938, RGBl. 1938, Teil I, S. 249; Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Vereidigung der Beamten des Landes Österreich, 15. 3. 1938, RGBl. 1938, Teil I, S. 245f.; Erster Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Einführung der deutschen Reichsgesetze in Österreich, 15. 3. 1938, RGBl. 1938, Teil I, S. 247f.

[264] Zu Berndts Aufgaben siehe TG, 13.–17. 3. 1938.

[265] „Bundesverfassungsgesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“, 13. 3. 1938, Ministerratsprotokoll Nr. 1071, 13. 3. 1938, Verhandlungsprotokoll, Österreichisches Staatsarchiv, AdR, 04: Inneres/Justiz, BKA, MRP 1. R., Karton 274. Bereits in diesem Verhandlungsprotokoll wird Seyß-Inquart als „Reichsstatthalter“ tituliert.

[266] Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, 13. 3. 1938, RGBl. 1938, Teil I, S. 237f.

[267] Erster Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Einführung der deutschen Reichsgesetze in Österreich, 15. 3. 1938, RGBl. 1938, Teil I, S. 247f.

[268] Zweiter Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Einführung der deutschen Reichsgesetze in Österreich, 17. 3. 1938, RGBl. 1938, Teil I, S. 255.

haltung der Sicherheit und Ordnung notwendigen Maßnahmen auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen“ zu treffen.[269] Damit wurden willkürliche Verfolgungen von Legitimisten, Juden, Sozialdemokraten und Kommunisten, die schon in der Nacht zum 12. März eingesetzt hatten,[270] legalisiert. „Himmler hat sie alle verhaftet“ (TG, 11. 4. 1938), hielt Goebbels bezüglich der Legitimisten fest. Auch Kurt von Schuschnigg war unter den Verhafteten.[271] Goebbels hielt diesen Erlaß, der für ihn keine Bedeutung besaß, im Tagebuch nicht fest, er notierte lediglich: „Für Österreich neue Gesetze erlassen“ (TG, 19. 3. 1938). Auch über die Frage der Währungsunion schrieb Goebbels nur sehr wenig. Nach einem Telefonat mit Walther Funk hielt Goebbels fest: „Sorge um den Schilling. Die Überführung in die Mark muß bald erfolgen. Wir verhindern damit in Österreich eine etwa 15%ige Lohnerhöhung“ (TG, 15. 3. 1938). Drei Tage nach diesem Telefongespräch regelte eine Verordnung die Einführung der Reichsmark in Österreich:[272] „Schilling Mark angeglichen. Einfach und klar“ (TG, 19. 3. 1938). Selbst die Frage, was mit den „österreichischen Auslandsvertretern“ geschehen sollte, vermerkte Goebbels in seinem Tagebuch; sie wurden „kurzerhand den deutschen unterstellt“ (TG, 16. 3. 1938).[273] Die österreichische Gesandtschaft in Berlin wurde aufgelöst, die deutsche Gesandtschaft in Wien in eine „Dienststelle des Auswärtigen Amts in Wien“ umgewandelt, ausländische diplomatische Vertretungen in Wien wurden in Konsulate umgewidmet.[274] Der „Anschluß“ Österreichs vollzog sich zu schnell, als daß Goebbels über die Details ausführlich in seinem Tagebuch hätte berichten können. Zu sehr war er in den ersten Tagen danach mit seinen eigenen Aufgaben beschäftigt, wie sein Tagebuch bezeugt: der Organisation des Wahlkampfs für die Abstimmung am 10. April, den Umbesetzungen und „Arisierungen“ in Presse, Rundfunk, Musikwesen und Theatern (Burgtheater, Wiener Staatsoper, Salzburger Festspiele) in Österreich und der Errichtung des Reichspropagandaamts in Wien. „Man kann das alles garnicht [!] ganz auskosten“ (TG, 14. 3. 1938), klagte Goebbels im Tagebuch: „Das wird erst in

[269] Zweite Verordnung zum Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, 18. 3. 1938, RGBl. 1938, Teil I, S. 262. Siehe hierzu Longerich, Himmler, S. 418.

[270] Gottschling, „Heim ins Reich!“, S. 196 f.; Rosenkranz, Entrechtung, v. a. S. 376–378.

[271] Hierzu äußerte sich Goebbels noch mehrmals im Tagebuch; TG, 10. 4. 1938, 12. 4. 1938, 16. 6. 1938.

[272] Parallel galt zunächst der Schilling weiter, wobei der Umrechnungskurs galt: 1 RM = 1,5 Schillinge. Verordnung über die Einführung der Reichsmarkwährung im Lande Österreich, 17. 3. 1938, RGBl. 1938, Teil I, S. 253.

[273] Rundschreiben Ribbentrops, 14. 3. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 378; Gedächtnisniederschrift einer Besprechung zwischen Vertretern des A.A. und des österreichischen Bundeskanzleramts in Wien am 15. 3. 1938, PA/AA, R 103. 451, Bl. 409483. Siehe auch Schmidl, März 38, S. 224; Weizsäcker, Erinnerungen, S. 151.

[274] Hierbei griff das A.A. einen Vorschlag der ungarischen Regierung auf, die bereits am 15. 3. 1938 angeboten hatte, „die bisherige ungarische Gesandtschaft in Wien alsbald in ein Generalkonsulat umzuwandeln“. Aufzeichnung Mackensens, 15. 3. 1938, über Gespräch mit Döme Sztójay, PA/AA, R 103. 451, Bl. 409506. Die Anordnung zur Umwandlung der deutschen Gesandtschaft Wien und Beschreibung ihrer Kompetenzen durch Ribbentrop am 23. 3. 1938 befindet sich in: PA/AA, R 29682, Fiche 754, Bl. 67996–997.

einiger Zeit möglich sein“ (TG, 14.3.1938). Die politisch-administrative Angleichung Österreichs war bei Kriegsbeginn noch nicht abgeschlossen.[275]

8. Reaktionen Italiens und der Westmächte auf die Umwälzungen in Österreich

In Rom herrschte nach dem Berchtesgadener Abkommen vom Februar 1938 eher Verärgerung als Begeisterung, was vor allem daran lag, daß die NS-Führung ihren „Achsenpartner“ über diesen Schritt nicht informiert hatte[276], obwohl einige Monate zuvor eine Absprache über Österreich betreffende Maßnahmen vereinbart worden war.[277] Um so mehr Wert legte Mussolini darauf, von nun an über alle Maßnahmen Berlins in Kenntnis gesetzt zu werden.[278] Diesem Wunsch Mussolinis mußte Hitler nachkommen, sollte nicht die deutsch-italienische Freundschaft aufs Spiel gesetzt werden. Mussolini dagegen, nach dem Abkommen vom 12. Februar 1938 gekränkt, hatte es unterlassen, Hitler von der bevorstehenden Volksbefragung Schuschniggs zu unterrichten, von der er bereits am 7. März Kenntnis hatte.[279] Hitler erfuhr am Nachmittag oder Abend des 11. März, daß Mussolini vorab über Schuschniggs Plan informiert worden war und bewußt die deutsche Regierung nicht informiert hatte, also das Übereinkommen vom September 1937 mißachtet hatte.[280] Daher erscheint Berger Waldeneggs Feststellung plausibel, daß sich Hitler „in der Annahme bestärkt“ gefühlt haben mag, „Mussolini würde sich in jedem Falle ruhig verhalten“.[281] Denn schon vor dem Eintreffen der Nachricht, daß Mussolini das Vorgehen gegen Österreich akzeptiere, zeigte sich Hitler, wie Goebbels überliefert, überzeugt, daß Italien „nichts machen“ werde (TG, 10.3.1938) bzw. könne (TG, 11.3.1938), falls er in Österreich eine Regierung oktroyieren, die Wehrmacht in Österreich einmarschieren ließe oder Österreich dem Reich angeschlossen würde. Nur so ist verständlich, daß Hitler den Mobilmachungsbefehl an die 8. Armee und die entscheidende Weisung Nr. 2 zum Einmarsch gegeben hatte, bevor ihm die Haltung Mussolinis durch Philipp von Hessen am späten Abend des 11. März übermittelt wurde.[282] Lange Zeit war in der

[275] Gottschling, „Heim ins Reich!“, S. 202.

[276] Diese Verstimmung berichtete der deutsche Geschäftsträger in Rom; Schreiben Plessens an das A.A., 25.2.1938, mit Anlage, in: ADAP, D 1, Dok. 129, S. 185; siehe auch Ciano, Tagebuch, Eintrag vom 7.3.1938, S. 120.

[277] Entwurf zu einer deutsch-italienischen Vereinbarung, September 1937, in: ADAP, C 6,2, S. 1139.

[278] Ara, Österreichpolitik, S. 124; Berger Waldenegg, Hitler, Göring, Mussolini, S. 166f.

[279] Vermerk Weizsäckers, 11.3.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 349; Telegramm Plessens an das A.A., 11.3.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 350; Protokoll des Telefonats Philipps von Hessen mit Hitler, 11.3.1938, 22.25–22.29 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 369.

[280] Ebenda; vgl. auch Berger Waldenegg, Hitler, Göring, Mussolini, S. 174; Gottschling, „Heim ins Reich!“, S. 193.

[281] Berger Waldenegg, Hitler, Göring, Mussolini, S. 174.

[282] Hitler erließ die Mobilmachung am 10.3.1938, gegen 18.30 Uhr (Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 10.3.1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 371) und die entscheidende Weisung Nr. 2 zum Einmarsch am 11.3.1938 um 20.45 Uhr (Hitlers Weisung Nr. 2, 11.3.

Forschung davon ausgegangen worden, daß Hitler „in den entscheidenden Stunden noch über die römische Politik spekulierte".[283] Dies traf jedoch nicht zu, Hitler war sich angesichts der Isolierung Roms und der Achsenpolitik sicher, daß Mussolini den „Anschluß" hinnehmen würde. Sein Brief an Mussolini diente daher auch nicht der Absicherung, sondern lediglich, wie vereinbart, der Information.[284] Mussolini zeigte sich denn auch, wie von Hitler erwartet und von Goebbels festgehalten, am 11. März 1938 „uninteressiert", wollte also „nichts mit der Geschichte zu tun haben" (TG, 12. 3. 1938). Kurz vor halb elf Uhr hatte Prinz Philipp von Hessen Hitler telefonisch nach seinem Gespräch mit Mussolini mitgeteilt, Österreich sei für den „Duce" „eine abgetane Angelegenheit". Hitler hatte daraufhin, wie das überlieferte Telefonprotokoll ausweist, wiederholt apostrophiert, er werde „ihm das nie, nie vergessen", es könne „sein, was sein will".[285]

Seit Hitlers Abreise nach Österreich suchte sich Goebbels andere Informanten, die er im Tagebuch nicht immer nannte, darunter auch im Auswärtigen Amt. Goebbels wußte, daß sich Mussolini „nicht an dem Protest" Londons und Paris' beteiligte (TG, 13. 3. 1938). Diese Nachricht war kurz nach Mitternacht am 12. März im Auswärtigen Amt eingetroffen; in dem entsprechenden Telegramm schrieb der deutsche Geschäftsträger in Rom, Italien habe es „abgelehnt", zusammen mit Frankreich und England gegen die nationalsozialistische Okkupation der österreichischen Regierung vorzugehen.[286] Goebbels notierte weiter in seinem Tagebucheintrag vom 13. März: „In Rom ist man einverstanden. Mit etwas Reserve erklärt man seine Zustimmung." Möglicherweise bezog sich Goebbels hierbei auch schon auf die Resolution des Faschistischen Großrates vom 12. März, die besagte, daß der Rat das, „was sich in Österreich ereignet hat, als das Ergebnis eines bereits bestehenden tatsächlichen Zustandes und als den Ausdruck der Gefühle und des Willens des österreichischen Volkes" betrachte.[287]

Wenn nicht schon im Gespräch mit Hitler, so erlangte Goebbels spätestens am 12. März Kenntnis von dem Schreiben Hitlers an Mussolini:[288] „Der Führer hat an Mussolini einen persönlichen Brief geschrieben. Er bietet ihm da das von Italien

1938, 20.45 Uhr, in: IMG 34, Dok. 182-C, S. 774), aber erst um 22.25 Uhr am 11. 3. 1938 informierte ihn Philipp von Hessen über das faschistische Wohlwollen; Protokoll des Telefonats Philipps von Hessen mit Hitler, 11. 3. 1938, 22.25–22.29 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 369. Siehe auch Berger Waldenegg, Hitler, Göring, Mussolini, S. 173. Auch Weizsäcker, Erinnerungen, S. 149, überliefert eine „Überrumpelung" Mussolinis durch Hitler.

283 Kube, Pour le mérite, S. 247.

284 Die von Hitler gewählte Sprache läßt den informativen Charakter des Briefes (in: ADAP, D 1, Dok. 352) erkennen („eine Entscheidung, die […] bereits unabänderlich geworden ist"; „ich als Führer und Nationalsozialist kann nicht anders handeln"). So auch Berger Waldenegg, Hitler, Göring, Mussolini, S. 171–175. Ciano notierte am 12. 3. 1938 in sein Tagebuch (S. 124), Hitlers Brief enthalte „Aufklärungen über das Vorgefallene".

285 Telefonat Prinz Philipps von Hessen mit Hitler, 11. 3. 1938, 22.25–22.29 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 369.

286 Telegramm Plessens an das A.A., 11. 3. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 350. Ein weiteres Telegramm Plessens des gleichen Inhalts traf am 12. 3. 1938 um 15.10 Uhr im A.A. ein; vgl. ADAP, D 1, Dok. 361.

287 Frauendienst, Weltgeschichte, S. 467f.; Michaelis/Schraepler, Ursachen, Bd. 13, S. 657f.

288 Schreiben Hitlers an Mussolini, 11. 3. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 352, S. 468–470.

so lange begehrte Militärbündnis an“ (TG, 13.3.1938). Allerdings erwähnt Hitler in diesem Brief kein Militärbündnis, dieses bot er Mussolini durch Prinz Philipp von Hessen mündlich an.[289] Es ist offensichtlich, daß Goebbels hier entweder falsch informiert wurde oder selbst kombinierte, das Bündnisangebot sei in dem Brief übermittelt worden. Am folgenden Tag, nachdem Otto Dietrich ihn telefonisch aufgeklärt hatte, kannte Goebbels den Inhalt des Schreibens genauer: „Der Brief des Führers an Mussolini zählt nochmal alle Gründe zu unserem Vorgehen auf. […] Im Brief des Führers wird die Brennergrenze feierlich anerkannt“ (TG, 14.3.1938).[290] Goebbels erwähnte auch, daß der „Faschistische Großrat“ beschlossen habe, „keine Handlung vorzunehmen“, und daß Mussolini es „abgelehnt“ habe, „sich an einem Protest von Paris zu beteiligen“ (TG, 14.3.1938), was Goebbels auch schon einen Tag zuvor festgehalten hatte. Neben dem Inhalt des Schreibens Hitlers an Mussolini berichtete Reichspressechef Dietrich dem Propagandaminister auch die Neuigkeit, daß Hitler Mussolini ein Danktelegramm gesandt hatte: „Der Führer dankt ihm in einem sehr herzlichen Telegramm. Er werde ihm das nie vergessen“.[291] Die italienische Presse sei nun „ganz auf“ deutscher „Seite“[292]; Mussolini hatte sich in den Augen der Nationalsozialisten „fabelhaft benommen“ (TG, 14.3.1938). Daher sprach Generalfeldmarschall Göring in seiner Rede zur Heldengedenkfeier am 13. März, die er als nun ranghöchster Offizier 1938 erstmals halten durfte, einen besonderen „Dank an Mussolini“ aus (TG, 14.3.1938).[293] Am 14. März erfuhr Goebbels, daß Mussolini Hitler auf sein Danktelegramm geantwortet habe, „sein Handeln entspringe der Freundschaft zwischen beiden Völkern und beruhe auf der Achse Berlin-Rom“ (TG, 15.3.

[289] Hitler ließ Philipp v. Hessen nach Mussolinis Zustimmung übermitteln, er sei jetzt „bereit, mit ihm in eine ganz andere Abmachung zu gehen“, „mit ihm durch dick und dünn zu gehen“, mit ihm „jedes Abkommen“ zu schließen. Hessen bestätigte, dies Mussolini am 11.3.1938 ausgerichtet zu haben. Vgl. Telefonat Prinz Philipps von Hessen mit Hitler, 11.3.1938, 22.25–22.29 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 369.

[290] Als Gründe für sein Vorgehen nannte Hitler u. a. die österreichischen Grenzbefestigungen zu Deutschland, die angeblichen Mißhandlungen der Deutschen in Österreich, den vorgeblichen Bruch des Berchtesgadener Abkommens durch Schuschnigg und die angeblich anarchistischen Zustände in Österreich. Zur Brennergrenze schrieb Hitler: „Was immer auch die Folge der nächsten Ereignisse sein möge, ich habe eine klare deutsche Grenze gegenüber Frankreich gezogen und ziehe jetzt eine ebenso klare gegenüber Italien. Es ist der Brenner. / Diese Entscheidung wird niemals wieder in Zweifel gezogen noch angetastet werden.“ Schreiben Hitlers an Mussolini, 11.3.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 352, S. 468–470. Vgl. auch Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 10.3.1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 371. Dieser Brief Hitlers und sein Inhalt waren für die Presse „gesperrt“, er durfte lediglich „erwähnt werden“; vgl. NS-PrA, Bd. 6/I, Dok. 742, 13.3.1938, S. 261.

[291] Das Telegramm war eher kurz als herzlich: „An seine Exzellenz den italienischen Ministerpräsidenten und Duce des faschistischen Italiens Benito Mussolini. / Mussolini, ich werde Ihnen dieses nie vergessen! / Adolf Hitler“. Frauendienst, Weltgeschichte, S. 468; Michaelis/Schraepler, Ursachen, Bd. 11, S. 658.

[292] Diesen Eindruck übermittelte auch von Plessen an das A.A.; vgl. Telegramm Plessens, 13.3.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 373.

[293] Göring, Reden und Aufsätze, S. 319.

1938).[294] Goebbels war erfreut über die Erklärung des italienischen Regierungschefs und besonders über dessen Rede am 16. März, in der er sich „sehr positiv zur österreichischen Frage" geäußert (TG, 17. 3. 1938) und sich „stark für Deutschland und scharf gegen die Quertreiber" eingesetzt habe (TG, 18. 3. 1938).[295] Als Hitler wieder nach Berlin zurückgekehrt war, betonte er, was die Nationalsozialisten „Mussolini zu verdanken" hätten, da dieser „sich gleich nach dem Brief des Führers auf" deren „Seite gestellt" habe (TG, 19. 3. 1938). Als Hitler wenige Wochen später bei seinem Italienbesuch mit Goebbels in Rom dinierte, notierte Goebbels als „politisches Resultat" der Reise: „Mussolini ist mit Österreich einverstanden. Der Führer dafür sehr dankbar. Hat ihm für jede Not jede Hilfe versprochen. Die Freundschaft zwischen beiden ist endgültig besiegelt" (TG, 7. 5. 1938). Auch garantierte Hitler nun feierlich die „Brennergrenze" (TG, 8. 5. 1938). Zudem wurden militärische Abmachungen getroffen, die die wohlwollende Neutralität Italiens bei verschiedenen möglichen Konfliktfällen zum Inhalt hatten. „Das ist so eine Art Militärbündnis" (TG, 7. 5. 1938), hielt Goebbels im Tagebuch fest. Wenn auch ein Militärbündnis im eigentlichen Sinne, der sogenannte Stahlpakt,[296] erst ein Jahr später geschlossen wurde, hatte die Annexion Österreichs doch zur Folge, daß sich Deutschland und Italien einander noch stärker annäherten. Sie war der entscheidende Test für die Bündniswilligkeit beider auf Expansion ausgerichteten Partner.

In Frankreich, Großbritannien und in geringerem Maße in den USA nahm man die zunehmende Bedrohung der Souveränität Österreichs mit Sorge zur Kenntnis. Die französische Regierung hatte offiziell gegen das Abkommen vom 12. Februar protestiert. Die Position Londons war für das NS-Regime schwieriger zu beurteilen, denn Großbritannien hatte sich im Februar 1938 nicht an einem förmlichen Protest beteiligt.[297] Als jedoch Lord Halifax das britische Außenministerium übernahm und der britische Botschafter Nevile Henderson am 3. März 1938 gegenüber Hitler betont hatte, „wie oft er […] für den Anschluß eingetreten" sei,[298] fühlte sich Hitler in seiner Ansicht bestärkt, daß London wegen Österreich keinen Konflikt mit dem Deutschen Reich riskieren würde. Nicht zuletzt aufgrund dieses Gesprächs glaubte Hitler, wie Goebbels notierte, daß neben Italien auch

[294] Mussolini hatte telegraphiert: „Meine Haltung ist bestimmt von der in der Achse besiegelten Freundschaft zwischen unseren beiden Ländern." Telegramm in: Frauendienst, Weltgeschichte, S. 468.

[295] Die Einschätzung Goebbels' ist zutreffend, denn Mussolini sprach von dem lange gehegten Wunsch in Deutschland und Österreich, sich in einem Reich zu vereinigen, von den Friedensverträgen, die Österreich die Unabhängigkeit „aufzwangen", von dem Undank der Österreicher gegenüber den Italienern nach ihrem Eingreifen 1934, von „Individuen" und „der Welt der Gegner des Faschismus" („Berufspazifisten", „Demokratien", „Logen", die „3. Internationale"), die „die beiden totalitären Regimes gegeneinander auszuspielen" versuchten, von der „Achse", die sich als „bruchfest erwiesen" habe und von der Freundschaft zwischen dem italienischen und dem deutschen Volk. Vgl. Conci, Duce, S. 17–23; Frauendienst, Weltgeschichte, S. 469–474.

[296] Dt.-ital. Freundschafts- und Bündnispakt, 22. 5. 1939, in: ADAP, D 6, S. 466–469.

[297] Vgl. auch Haas, Okkupation, S. 38; Michalka, Ribbentrop, S. 223.

[298] Aufzeichnung über die Unterredung Hitlers und Ribbentrops mit Nevile Henderson, 3. 3. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 138, S. 202.

England „nichts machen“ werde, „vielleicht Frankreich, aber wahrscheinlich nicht“ (TG, 10.3.1938). Diese Passage aus Goebbels' Tagebuch zeigt, daß Hitler offensichtlich das „Risiko“ (TG, 10.3.1938) als nicht sehr groß einschätzte. Eine mögliche Intervention der USA dagegen, die schon nach dem Februar-Abkommen wegen ihres isolationistischen Kurses auf diplomatische Schritte verzichtet hatten, schien so abwegig, daß sich offenbar niemand in Berlin auch nur entfernt darüber Gedanken machte.

Aus der Sicht Hitlers und des NS-Regimes bestand der einzige Unsicherheitsfaktor in Frankreich. Am 10. März vormittags glaubte sich die NS-Führung auch über diese mögliche Gefahr nicht mehr den Kopf zerbrechen zu müssen, was durch die Goebbels-Tagebücher deutlich belegt ist: „Da kommt die Nachricht, daß Chautemps zurückgetreten ist. Halali! Das ist ein Fest. Ein Unsicherheitsfaktor vermindert sich“ (TG, 11.3.1938). Diese Passage zeigt zugleich, daß Goebbels im Gegensatz zu Hitler von mehreren Unsicherheitsfaktoren ausging und wieder einmal skeptischer war als sein „Führer“. Hitlers Lageeinschätzung an diesem Vormittag lautete: „London wird nichts machen. Paris unsicher, aber durch Regierungskrise stark gehandicapt. Also muß es gewagt werden“ (TG, 11.3.1938). Einige Zeilen später notierte Goebbels über den Rücktritt des französischen Regierungschefs: „Die ersehnte Krise ist da.“ Es war zwar keine Krise, die eine „Lahmlegung Frankreichs durch einen Bürgerkrieg“ zur Folge haben würde, wie sie Hitler am 5. November 1937 in der bereits erwähnten Konferenz herbeigewünscht hatte,[299] aber Frankreich war in seiner Handlungsfähigkeit wesentlich eingeschränkt.[300] Am nächsten Tag, als Schuschnigg und Miklas immer wieder neue Ultimaten gestellt wurden, hielt die Regierungskrise in Frankreich an, was Goebbels mit den Worten kommentierte: „In Paris kriselt man. Bravo! Kommt uns sehr gelegen. Blum bemüht sich um eine Regierung. Aber ohne Erfolg“ (TG, 12.3.1938). Die Krise innerhalb der französischen Regierung war also ein entscheidendes Moment, das Hitler in seinem Entschluß zur gewaltsamen Intervention in Österreich wesentlich bestärkte.

Großbritannien war nicht gewillt,[301] Frankreich nicht fähig, die sich mehr und mehr abzeichnende Annexion Österreichs durch das NS-Regime mit allen Mitteln zu unterbinden. Beide Staaten beschränkten sich auf Proteste, die im Verlauf der Krise allerdings an Schärfe zunahmen. Am 10. März hatte der geschäftsführende französische Außenminister, Yvon Delbos, dem deutschen Botschafter Graf Welczeck in Paris seine Besorgnis über die deutsche „Teilmobilmachung“ mitgeteilt, worauf der deutsche Diplomat dem Minister geantwortet hatte, daß die deutsche Regierung „Österreich und Deutschland als eine große Familie betrachten und kleineren oder größeren Familienzwist“ mit Österreich „allein zu erledigen wünschten“. Daraufhin konterte Delbos, „daß auch Europa als größere Familie

[299] Niederschrift Hoßbachs über die Konferenz am 5.11.1937, in: IMG 25, Dok. 386-PS, S. 411.

[300] Schmidl, März 38, S. 242.

[301] Vgl. Telegramm des britischen Gesandten in Wien, Sir Charles Michael Palairet, an Halifax, 11.3.1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. I, Doc. 19; Telegramm Halifax' an Palairet, Wien, 11.3.1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. I, Doc. 25.

betrachtet werden müßte, in der auch jeder lokale Konflikt die übrigen Familienmitglieder berühre".[302] Der britische Außenminister Lord Halifax hatte seinen deutschen Amtskollegen Ribbentrop am selben Tag darauf hingewiesen, er lege „größten Wert" darauf, daß die österreichische „Volksabstimmung ohne Einmischung oder Einschüchterung durchgeführt werde".[303]

Am 11. März, als die französische und die britische Regierung durch Schuschnigg von den deutschen Ultimaten, insbesondere von dem geforderten Rücktritt Schuschniggs, Kenntnis erhielten,[304] wurden die Warnungen und Proteste gegen Berlin deutlicher. Nevile Henderson, britischer Botschafter in Berlin, forderte Neurath auf, Hitler dahingehend zu beeinflussen, daß er sich mit der Absage der Volksbefragung begnügen solle.[305] Noch am selben Tag erhob Henderson abends im Namen der britischen Regierung „stärksten Protest" gegen die ultimativ geforderte Regierungsumbildung in Österreich und äußerte, daß „ein derartiges Vorgehen geeignet" sei, „die schwerwiegendsten Rückwirkungen auszulösen, deren endgültiger Ausgang unmöglich vorausgesehen werden" könne.[306] Auch der französische Botschafter in Berlin, André François-Poncet, teilte Neurath am 11. März im Auftrag der französischen Regierung seinen fast gleichlautenden energischsten Protest mit. Auch er gab der Befürchtung Ausdruck, daß das deutsche Verhalten zu folgenreichen Reaktionen führen müsse, deren weitere Konsequenzen noch nicht absehbar seien.[307]

Goebbels wußte, daß London und Paris in Berlin protestiert hatten, und kommentierte dies mit den Worten: „London und Paris legen scharfe Proteste ein. Aber was soll das alles. Sie müssen sich doch den Tatsachen beugen" (TG, 13. 3. 1938). Auch am nächsten Tag vertrat Goebbels die Ansicht, daß „der Protest von Henderson und Poncet kaum etwas zu bedeuten" habe (TG, 14. 3. 1938). Goebbels lag mit dieser Einschätzung richtig, denn weder Frankreich noch Großbritannien waren bereit, dem deutschen Vorgehen über diplomatischen Einspruch hinaus militärisch Einhalt zu gebieten. Die am Abend des 11. März überreichten Protestnoten Frankreichs und Großbritanniens sind von Neurath, wie Goebbels wußte, „ebenso scharf zurück gewiesen worden" (TG, 13. 3. 1938). Tatsächlich sind die Antwortschreiben Neuraths auf die Protestnoten der beiden Botschafter ungewöhnlich schroff und drohend. Es wurde beiden Regierungen nicht nur das Recht abgesprochen, sich in diese angeblich innerdeutsche Angelegenheit einzumischen, sondern auch gedroht, daß es tatsächlich zu Rückwirkungen kommen könne,

[302] Telegramm Welczecks an das A.A., 11. 3. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 346.
[303] Aufzeichnung über eine Unterredung zwischen Halifax und Ribbentrop am 10. 3. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 145, S. 215.
[304] Vgl. Zeugenaussage Miklas', in: IMG 32, Dok. 3697-PS, S. 442 f., 445, 447.
[305] Schreiben Hendersons an Neurath, 11. 3. 1938, PA/AA, R 103. 451, Bl. 409423–426, englisches Original u. deutsche Übersetzung, deutsche Fassung abgedr. in: ADAP, D 1, Dok. 354.
[306] Schreiben Ivone Kirkpatricks im Auftrag Hendersons an Neurath, 11. 3. 1938, PA/AA, R 103. 451, Bl. 409429–430 (englisches Original), deutsche Übersetzung abgedr. in: ADAP, D 1, Dok. 355.
[307] Schreiben François-Poncets an Neurath, 11. 3. 1938, abgedr. in: ADAP, D 1, Dok. 356; deutsche Übersetzung in: PA/AA, R 29682, Fiche 751, Bl. 67819. Siehe hierzu auch Schäfer, François-Poncet, S. 293 f.

sollte diese Einmischung erfolgen.[308] Goebbels war begeistert und meinte: „Neurath hat ihnen ordentlich die Meinung gesagt. Das ist gleich ausgestanden“ (TG, 14.3.1938). Aus Washington dagegen war zunächst keinerlei Protest zu vernehmen, im Gegenteil, der amerikanische Außenminister Cordell Hull gab dem deutschen Botschafter Hans Heinrich Dieckhoff noch am 12. März zu erkennen, daß er „durchaus Verständnis“ für das deutsche Vorgehen habe.[309]

Noch aufmerksamer als die diplomatischen Proteste beobachtete Goebbels die Berichterstattung in der ausländischen Presse, die er regelmäßig in seinem Tagebuch skizzierte: „Die Auslandspresse ist z.T. sehr scharf, vor allem in London, sonst resigniert, vor allem in Paris. Die Proteste von London und Paris sind im Augenblick unerheblich“ (TG, 13.3.1938). Ein ähnliches, aber etwas differenzierteres Bild der englischen Presse sandte der deutsche Geschäftsträger Woermann aus London nach Berlin.[310] Die französische Presse war in der Tat durch Resignation gekennzeichnet, wie der deutsche Botschafter in Paris an das Auswärtige Amt telegraphierte.[311] Besonders unangenehm war für Berlin begreiflicherweise die Berichterstattung in den ausländischen Medien über die Ultimaten an Schuschnigg und Miklas. Als Goebbels die Proklamation[312] Hitlers vom 12. März 1938 über den Einmarsch in Österreich und den angeblichen Hilferuf der neuen österreichischen Regierung vor Vertretern der Auslandspresse verlas, mußte er, wie er festhielt, „noch einige Lügen“ zurückweisen (TG, 13.3.1938). Mit der Vokabel „Lügen“ bezeichnete Goebbels die Berichte über die deutschen Ultimaten an Österreich. Derartige Meldungen waren, wie Goebbels im Tagebuch offenlegte, de facto keine „Lügen“, aber sie waren in den Augen des nationalsozialistischen

[308] Neurath hatte in dem Antwortschreiben an die französische Regierung – fast gleichlautend war das an die britische Regierung – darauf hingewiesen, daß der französischen Regierung „nicht das Recht zusteht, die Rolle eines Beschützers der Unabhängigkeit Österreichs für sich in Anspruch zu nehmen.“ Die deutsch-österreichischen Beziehungen seien „eine dritte Mächte nicht berührende innere Angelegenheit des deutschen Volkes“. Neurath widersprach der in den Protestnoten geäußerten „Behauptung“, wie er es nannte, daß vom Deutschen Reich auf Österreich Zwang ausgeübt worden sei. Er stellte die Lage in Österreich als bürgerkriegsähnliche Situation dar, die eine „Kabinettskrise“ zur Folge gehabt habe. Auf dringende Bitte der österreichischen Regierung habe sich die Reichsregierung dann zu einer Unterstützung in Form von militärischen und polizeilichen Kräften entschlossen. „Bei diesem Sachverhalt“, so schrieb Neurath weiter, „ist es völlig ausgeschlossen, daß das Verhalten der Deutschen Regierung, wie in Ihrem Schreiben behauptet wird, zu unübersehbaren Rückwirkungen führen könnte.“ Neurath schloß sein Schreiben mit dem Satz: „Gefährliche Rückwirkungen könnten in dieser Lage nur dann eintreten, wenn etwa von dritter Seite versucht würde, im Gegensatz zu den friedlichen Absichten und legitimen Zielen der Reichsregierung auf die Gestaltung der Verhältnisse in Österreich einen Einfluß zu nehmen, der mit dem Selbstbestimmungsrecht des Deutschen Volkes unvereinbar wäre.“ Schreiben Neuraths an François-Poncet, 12.3.1938, PA/AA, R 103.450, Bl. 409367–371. Siehe auch Schreiben Neuraths an Henderson, 12.3.1938, PA/AA, R 103.451, Bl. 409431–434.

[309] Telegramm Dieckhoffs an das A.A., 12.3.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 362; vgl. auch Bericht Dieckhoffs an das A.A., 18.4.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 401.

[310] Telegramm Woermanns an das A.A., 12.3.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 359.

[311] Telegramm Welczecks an das A.A., 12.3.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 360.

[312] Abgedr. in: Frauendienst, Weltgeschichte, S. 454–457; DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 140–143; Michaelis/Schraepler, Ursachen, Bd. 11, S. 659f.

Ministers nicht angebracht, da sie nicht der amtlichen deutschen Version entsprachen. Das Auswärtige Amt, allen voran Neurath, dementierte ebenfalls derartige Darstellungen und bezeichnete sie als „unwahr" und „völlig aus der Luft gegriffen".[313] Nach dem Krieg erklärte Neurath in Nürnberg, er habe „gar keine anderen Informationen […] als die Mitteilungen Hitlers" gehabt, die seinen Noten an François-Poncet und Henderson zugrunde gelegen hätten, und suggerierte damit, daß Hitler ihn durch eine Darstellung falscher Tatsachen belogen habe.[314] Andere Nationalsozialisten wie beispielsweise Göring widersprachen im März 1938 ebenfalls Nachrichten über Ultimaten und wiesen sie als „Lügen" zurück.[315] Insofern handelt es sich bei der Notiz Goebbels', er habe „noch einige Lügen" zurückgewiesen, um keine Goebbels-spezifische wahrheitswidrige Darstellung oder um propagandistische Irreführung in seinem Tagebuch, sondern um die Beschreibung seines Versuchs, die offiziell verlautbarte Version des Geschehenen durchzusetzen.

Bereits am Abend des 12. März war Goebbels zufolge das Schlimmste überstanden: „Dann flaut die ganze Sache ab. Aus London und Paris beruhigende Nachrichten. Chamberlain ins Wochenend abgefahren" (TG, 13. 3. 1938). Nach den Diplomaten verstummte allmählich auch die Presse, die nun nur noch in London „sehr scharf" gegen den „Anschluß" Österreichs geschrieben habe (TG, 15. 3. 1938). Goebbels führte das Nachlassen der Kritik auf den „Triumphzug des Führers" durch Österreich zurück, der „nirgendwo seine Wirkung" verfehlt habe (TG, 15. 3. 1938). Zur Erklärung Chamberlains im House of Commons hatte Goebbels irrtümlicherweise notiert, dieser habe gesagt, „daß man auch mit Waffengewalt nichts habe machen können".[316] Daher war er überzeugt, daß die Krise endgültig

[313] Zur Machtübernahme in Österreich erklärte Neurath dem französischen Botschafter François-Poncet in einem Antwortschreiben auf dessen schriftliche Protestnote: „Daß vom Reich aus auf diese Entwicklung ein gewaltsamer Zwang ausgeübt wäre, ist unwahr. Insbesondere ist die von dem früheren Bundeskanzler nachträglich verbreitete Behauptung völlig aus der Luft gegriffen, die Deutsche Regierung habe dem Bundespräsidenten ein befristetes Ultimatum gestellt, nach dem dieser einen ihm vorgeschlagenen Kandidaten zum Bundeskanzler ernennen und die Regierung nach den Vorschlägen der Deutschen Regierung zu bilden hätte, widrigenfalls der Einmarsch deutscher Truppen in Österreich in Aussicht genommen werde. In Wahrheit ist die Frage der Entsendung militärischer und polizeilicher Kräfte aus dem Reich erst dadurch aufgeworfen worden, daß die neugebildete österreichische Regierung in einem in der Presse bereits veröffentlichten Telegramm die dringende Bitte an die Reichsregierung gerichtet hat, zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung und zur Verhinderung von Blutvergießen baldmöglichst deutsche Truppen zu entsenden." Schreiben Neuraths an François-Poncet, 12. 3. 1938, PA/AA, R 103. 450, Bl. 409367–371, hier Bl. 409370. Ein beinahe gleichlautendes Antwortschreiben Neuraths ging am 12. 3. 1938 an Nevile Henderson, PA/AA, R 103. 451, Bl. 409431–434. Weizsäcker teilte diese Darstellung den diplomatischen Vertretern des Reiches in einem Rundtelegramm zur „Information und Regelung der Sprache" mit und gebrauchte dieselben Formulierungen. Rundtelegramm Weizsäckers, 12. 3. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 366, S. 479.

[314] Aussage Neuraths, 24. 6. 1946, in: IMG 16, S. 702, 704.

[315] Rede Görings am 13. 3. 1938, in: Göring, Reden und Aufsätze, S. 317.

[316] Chamberlain hatte das Gegenteil von dem gesagt, was Goebbels schrieb. Allerdings stimmt Goebbels' Interpretation insofern, als durch Chamberlains Ausführungen deutlich wurde, daß die englische Regierung offensichtlich glaubte, sie *allein* hätte Deutsch-

überstanden sei, was an seinem Kommentar „Na, also“ deutlich wird. (TG, 15.3. 1938). In den Vereinigten Staaten wurde erst allmählich publizistisch Protest gegen die Annexion Österreichs erhoben, und zwar zu einem Zeitpunkt, als die Kritik in Europa schon fast wieder verstummt war.[317] Dennoch sei, so Goebbels, den Amerikanern „auch nichts anderes übrig“ geblieben, als den „Anschluß“ anzuerkennen, was in seinen Augen bereits durch Außenminister Cordell Hull in der zweiten Märzhälfte erfolgt sei (TG, 21.3.1938), tatsächlich jedoch erst im April geschah.[318] Es war nun, nachdem England und Frankreich keine schwerwiegenden Maßnahmen ergriffen hatten, nur noch eine Frage der Zeit, bis diese beiden Staaten die „Angliederung Österreichs“ anerkennen würden. London vollzog diesen Schritt am 2. April 1938[319] (TG, 4.4.1938), Paris wenige Tage später (TG, 7.4. 1938).[320] Die beiden Staaten, die anfangs deutlich gegen den Eingriff in die österreichische Souveränität protestiert hatten, warteten also, wie auch die USA, die Volksabstimmung in Österreich am 10. April 1938 erst gar nicht mehr ab, um ihr Einverständnis zur Annexion Österreichs zu erklären.

Dieser Abstimmung, die mit einer „Reichstagswahl“ verknüpft war, ging, wie Goebbels im Tagebuch festhielt, der „gigantischste Wahlfeldzug“ voraus, den er bis dahin „je geführt“ hatte (TG, 22.3.1938). Seinen Angaben zufolge hatte er „11 Millionen“ Reichsmark „für den Wahlkampf“ erhalten (TG, 19.3.1938),[321] womit unter anderem Flugblätter, Plakate und ähnliches im Umfang von „7 Eisenbahnzüge[n]“ (TG, 22.3.1938) gedruckt werden konnten. Goebbels sorgte nicht nur für die Erstellung der Wahlmaterialien, sondern intervenierte auch bei Hitler gegen den Entwurf der Abstimmungsparole des Innenministeriums (TG, 23.3.1938, 24.3.1938). Nach dem Entwurf hätte man, wie Goebbels kritisierte, „nach Belieben ja und nein sagen“ können (TG, 23.3.1938), zudem sei er in „Juristendeutsch abgefaßt“ (TG, 25.3.1938) gewesen.[322] Goebbels war sich sicher, daß das

land auch mit Waffen nicht aufhalten können; vgl. Statement by the Prime Minister in the House of Commons on March 14, in: DBFP, 3rd Series, Vol. 1, Doc. 79, S. 48. Vgl. auch Klusacek, Steiner, Stimmer, Dokumentation, S. 34.

317 Bericht Dieckhoffs an das A.A., 18.4.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 401, S. 501–505.

318 Anlaß zu dieser Einschätzung war ein Telegramm des deutschen Botschafters in Washington über eine Pressekonferenz des US-Außenministers Cordell Hull, in der dieser ausführte, daß die USA künftig die „Deutsche Botschaft als Vertreter österreichischer Interessen anerkenne“. Diese Mittelung werde, so Dieckhoff weiter, „hier allgemein als de facto Anerkennung [der] Vereinigung von Österreich mit Deutschland aufgefaßt“. Telegramm Dieckhoffs, 19.3.1938, PA/AA, R 29682, Fiche 754, Bl. 67989. Die USA erkannten den „Anschluß“ formell am 6.4.1938 an; vgl. Bericht Dieckhoffs an das A.A., 18.4.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 401, S. 502, 505.

319 Durch eine Note, die Botschafter Henderson Ribbentrop am 2.4.1938 übergab; vgl. ADAP, D 1, Dok. 400.

320 Vgl. ADAP, D 2, Dok. 117.

321 Botz, „Volksbefragung“, S. 226 f., fand heraus, daß das Reichsfinanzministerium 12 Millionen RM und die NSDAP-Reichsleitung weitere 5,1 Millionen RM für den Wahlkampf zur Verfügung gestellt hatten.

322 Die Abstimmungsfrage über den „Anschluß“ und die Reichstagswahl lautete letztlich: „Bist Du mit der am 13. März vollzogenen Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich einverstanden und stimmst Du für die Liste unseres Führers Adolf Hitler?“ Zit. nach Botz, „Volksbefragung“, S. 237.

NS-Regime diesen Wahlkampf „haushoch gewinnen“ würde (TG, 19.3. 1938), zumal sich auch österreichische Sozialdemokraten wie Karl Renner und zahlreiche Bischöfe, nicht zuletzt in der Hoffnung, inhaftierte Genossen bzw. Geistliche aus der Schutzhaft befreien zu können, für die positive Beantwortung der Abstimmungsfrage aussprachen.[323] Hitler schätzte „das gesamtösterreichische Ergebnis auf etwa 80%“, Goebbels auf „ein wenig mehr“ (TG, 10.4.1938). Von der fast 100%igen Zustimmung, die der „Anschluß“ Österreichs im Altreich und in Österreich fand, waren beide, wie Goebbels überliefert, aber dann doch überrascht. Der Propagandaminister nannte dieses Ergebnis in seinem Tagebuch zweimal ein „Wunder“ (TG, 11.4., 12.4.1938) und berichtet, daß Hitler „ergriffen“, „glücklich“ und „strahlend“ (TG, 12.4.1938) gewesen sei. Eine „allgemeine Fälschung der Wahlergebnisse von oben“ konnte bislang von der Forschung nicht nachgewiesen werden, obgleich es sicherlich lokale Manipulationen gab.[324] Goebbels selbst berichtet in einem Fall davon: „München hat etwas gemogelt. Und zwar hat Wagner das sehr dumm gemacht“ (TG, 26.4.1938). Die Motivation für Manipulationen bestand in der Konkurrenz der Gaue, Metropolen und Regionen um die besten Prozentzahlen, da sich Hitler die Auswertung der Wahlergebnisse vorlegen ließ (TG, 12.4., 26.4.1938) und herausragende Ergebnisse durch eine „Ehrenurkunde“ gewürdigt wurden.[325] Ob nun das von Goebbels überlieferte Ergebnis, 99,08% Zustimmung im Altreich und 99,75% in Österreich (TG, 12.4.1938),[326] bis auf den Zehntelprozentpunkt genau stimmte oder nicht, die überwiegende Mehrheit der Menschen im neugeschaffenen Großdeutschen Reich begrüßte den „Anschluß“, den sie so lange herbeigesehnt hatte. Allerdings waren zahlreiche Menschen vor der Wahl verhaftet worden, Juden ohnehin aufgrund des Reichsbürgergesetzes von 1935 von Wahlen und Abstimmungen ausgeschlossen,[327] und nicht wenige Wähler eingeschüchtert und genötigt worden.[328]

[323] Gottschling, „Heim ins Reich!“, S. 200f.; Botz, Nationalsozialismus in Wien, S. 157–170, 184–190. Über die Erklärung der österreichischen Bischofskonferenz vom 18.3.1938 vermerkte Goebbels im Tagebuch: „Ganz positiv und fast unglaublich. Die müssen Angst haben. Wir werden sie ganz groß im Wahlkampf gebrauchen können“; TG, 25.3.1938. Diese Stellungnahme wurde Gegenstand eines Wahlplakates, wie auch Goebbels überliefert: „Lange mit dem Führer gearbeitet. Er entwirft das Bischofsplakat selbst. Das wird nun sehr wirksam“; TG, 26.3.1938. Andererseits hielt Goebbels mehrmals Protesterklärungen des Klerus im Tagebuch fest, so daß er abschließend feststellte: „Der Klerus“ sei „in seiner Stellungnahme ganz uneinheitlich“; TG, 8.4.1938. Siehe hierzu folgende Tagebucheinträge von Goebbels: TG, 16.–19.3.1938, 25.3.1938, 26.3. 1938, 28.3.1938, 29.3.1938, 2.–8.4.1938.

[324] Botz, „Volksbefragung“, S. 239.

[325] Ebenda.

[326] Offizielles amtliches Endergebnis: im Altreich 98,9%, in Österreich 99,60% „Ja“-Stimmen; ebenda, S. 238.

[327] Reichsbürgergesetz, 15.9.1935, RGBl. 1935, Teil I, S. 1146.

[328] Botz, „Volksbefragung“, S. 226–237, 239.

9. Die Goebbels-Tagebücher als Quelle für die Geschichte des „Anschlusses“ Österreichs

Die Strategienvielfalt gegenüber Österreich

Wie die Goebbels-Tagebücher belegen, radikalisierte Hitler seine Österreich-Politik ab März 1937 deutlich. Damals drohte Hitler Österreich im Falle einer „Restauration“ der Habsburger-Monarchie mit einem „gewaltsamen Eingriff“ (TG, 9. 3. 1937). Im Spätsommer desselben Jahres zog Hitler die gewaltsame Lösung, wie aus einer Notiz Goebbels' hervorgeht, auch ohne irgendeinen Anlaß in Betracht: „Österreich, so sagt er, wird einmal mit Gewalt gelöst“ (TG, 14. 9. 1937).[329] In Berchtesgaden suggerierte Hitler Schuschnigg am 12. Februar 1938, daß er schon den „Entschluß“ zum Einmarsch in Österreich gefaßt habe, der Zernatto zufolge am 26. Februar 1938 umgesetzt werden sollte.[330] Es war Hitler aber bewußt, daß durch das Einlenken des österreichischen Kanzlers ein Einmarsch zum damaligen Zeitpunkt nicht zu rechtfertigen gewesen wäre. So kam ihm die Volksbefragung Schuschniggs über die österreichische Unabhängigkeit sehr gelegen, weil sie ihm einen Anlaß bot, den Weg der Evolution endgültig zu verlassen und eine sofortige Lösung der „österreichischen Frage“ zu erreichen. Goebbels überliefert, daß Hitler bereits am 9. März, als dem NS-Regime die Volksbefragung bekannt wurde, eine militärische Lösung in Erwägung zog (TG, 10. 3. 1938).

Es ist also keineswegs richtig, wie mitunter behauptet wird,[331] daß Hitler bis zum 9. März 1938 nur auf die Strategie der Evolution gesetzt habe. Vielmehr belegen die Goebbels-Tagebücher, daß Hitler mehrere Strategien gleichzeitig verfolgte.[332] Nach dem gescheiterten Putsch vom Juli 1934 ging Hitler offiziell den evolutionären Weg, weil der revolutionäre gescheitert war, der gewaltsame Weg noch nicht riskiert werden konnte und ein parlamentarischer oder demokratischer Weg aufgrund völkerrechtlicher Verträge und nicht zuletzt wegen des autoritären Systems in Österreich nicht möglich war. Daher wollte Hitler, wie Goebbels überliefert, zunächst „in Österreich […] die Spannungen konservieren“, weil er sich „allein von der Unruhe“ Gewinn versprach (TG, 7. 5. 1936). Schon Ende des Jahres 1936 hatte Hitler angeordnet, „eine neue getarnte Propaganda“ für Österreich zu entwickeln (TG, 15. 11. 1936), womit er das Juli-Abkommen von 1936 brach. Diese Einmischung in österreichische Verhältnisse, die eindeutig als Unruhestiftung zu werten ist, wurde in der ersten Jahreshälfte 1937 begonnen. Wenig später freun-

[329] Michels, Ideologie, S. 373, führt diese geänderte Vorstellung bei Hitler auf das Sängerbundfest in Breslau Ende Juli/Anfang August 1937 zurück, wo viele Österreicher zugegen waren, und Hitler aufgrund der Begeisterung der Österreicher „erschüttert“ gewesen sei; TG, 2. 8. 1937.

[330] Schuschnigg, Requiem, S. 49, nennt im Gegensatz zu Zernatto, Wahrheit, S. 212, 219, o. D.

[331] Eichstädt, Dollfuss, S. 311; Rosar, Deutsche Gemeinschaft, S. 231, 240, 260f.; Haas, Anschluß, S. 2f.

[332] So auch Kube, Pour le mérite, S. 215. Die Strategienvielfalt des NS-Regimes gegenüber Österreich hatte schon Zernatto, Wahrheit, S. 253f., erkannt: „Ich bin der Überzeugung, daß es einen einheitlichen Plan für die Eroberung Österreichs nicht gegeben hat. Es gab viele Pläne, die […] im März 1938 nebeneinander zur Ausführung kamen.“

dete sich Hitler mit dem Gedanken an, in Österreich eventuell gewaltsam einzugreifen. Nach dem Berchtesgadener Abkommen vom Februar 1938 verfolgte Hitler offiziell noch immer die Linie der Evolution. Dies begründete er gegenüber der österreichischen Landesleitung der NSDAP damit, daß das „von Schuschnigg unterzeichnete Protokoll […] so weitgehend“ sei, „daß bei voller Durchführung die Österreich-Frage automatisch gelöst werde“.[333] Dennoch wurde, wie die Goebbels-Tagebücher erkennen lassen, neben der verkündeten Evolutions-Strategie auch die revolutionäre Linie weiterverfolgt. Hitler gab offensichtlich auch Weisungen, Unruhe zu stiften, worauf einige Bemerkungen von Goebbels hindeuten: So kommentierte Goebbels die Verpflichtung des NS-Regimes vom 12. Februar zur Nichteinmischung mit den Worten: „Na, die werden ja sehen!“ (TG, 19. 2. 1938). Hitler äußerte in dieser Zeit, daß ihm nun „jedes Mittel recht“ sei (TG, 17. 2. 1938). Die Demonstrationen und Aufstandsversuche der Parteigenossen in Österreich bezeichnete Goebbels als „programmgemäß“ (TG, 22. 2. 1938), was auf ein derartiges Programm schließen läßt.[334] Die Absetzung des bisherigen Leiters der illegalen NSDAP in Österreich, Josef Leopold, und seiner Mitarbeiter in der zweiten Februarhälfte 1938 durch Hitler bedeutete keine Änderung der Taktik, auch wenn Hitler die Abberufung mit der angeblich nunmehr gültigen Evolutionsstrategie begründete.[335] Die Ursachen dieser Abberufungen liegen, wie gezeigt wurde, in diesbezüglichen Forderungen Seyß-Inquarts, der österreichischen Regierung und mit Leopold rivalisierender SS-Stellen, in schweren Fehlern dieser Parteigenossen, die das NS-Regime und Hitler persönlich kompromittierten, und nicht zuletzt in der mangelnden Ergebenheit und in geringem Gehorsam gegenüber Hitler. Ein weiteres wichtiges Indiz für die Beibehaltung der revolutionären Strategie nach dem Berchtesgadener Abkommen bietet der Umgang mit dem steirischen SA-Brigade-Führer Sigfried Uiberreither, der im Februar und März 1938 zusammen mit dem Volkspolitischen Referenten der V.F., Armin Dadieu, maßgeblich für die Demonstrationen und Aufstandsversuche in der Steiermark verantwortlich war und von Hitler nicht abberufen wurde. Im Gegenteil, Uiberreither wurde wenige Wochen nach dem „Anschluß“ Österreichs im Alter von 30 Jahren zum Gauleiter und Landeshauptmann der Steiermark ernannt, Dadieu wurde Landesstatthalter und Gauhauptmann.[336] Die Stadt Graz erhielt von Hitler den „Ehrentitel“ „Stadt der Volkserhebung“.[337] Ohne Zweifel war Hitler also mit den Aktionen Uiberreithers und Dadieus einverstanden, da sie erheblich zur Ankündigung der Volksbefragung Schuschniggs beitrugen, die nichts anderes war als eine Verzweiflungstat.[338]

[333] Aktenvermerk Kepplers, 28. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 328.

[334] Vgl. auch Roth, Krieg vor dem Krieg. Die Annexion Österreichs, S. 16.

[335] Aktennotiz Kepplers über Gespräch Hitlers mit Leopold am 21. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 318; Aktenvermerk Kepplers, 28. 2. 1938, über Besprechung mit Hitler am 26. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 328.

[336] Vgl. IMG 9, S. 748; Karner, Steiermark, S. 43, 45, 97; Kurzbiographien zu Uiberreither und Dadieu bei Karner, Steiermark, S. 482f., Anm. 64.

[337] Dieser Titel wurde am 25. 7. 1938 verliehen; vgl. Karner, Steiermark, S. 22.

[338] Schuschnigg nannte in seinen Memoiren, Requiem, S. 61, ausdrücklich die „Anzeichen passiver Resistenz in Grazer Ämtern und Schulen“ und die von Tag zu Tag sich erhöhenden Forderungen der Nationalsozialisten, vor allem in der Steiermark, als Anlaß zu seinem Entschluß, die Volksbefragung anzusetzen.

Diese Volksbefragung lieferte Hitler schließlich den Anlaß,[339] nun doch die evolutionäre Strategie endgültig zu verlassen und militärisch einzugreifen, was er unmittelbar nach dem Februar-Abkommen nicht in Erwägung gezogen hatte.

Die Rolle von Göring und Goebbels

Bisher wurde zumeist Göring die Hauptrolle beim dramatischen Vorspiel des „Anschlusses“ Österreichs zugeschrieben. Die Ursache hierfür liegt vor allem in den Aussagen Görings, der die ganze Verantwortung für die Aktion auf sich nahm, vor dem Nürnberger Militärgerichtshof. Ob dies dem erhofften Nachruhm zu verdanken ist oder vielmehr der Sorge, man könnte ihm weitaus schwerwiegendere Taten nachweisen, läßt sich nicht entscheiden. Zweifellos hatte Göring sich durch seine Reisen nach Rom und Osteuropa und seine Gespräche mit Diplomaten bemüht, ein Klima der Akzeptanz für einen stärkeren deutschen Einfluß auf Österreich oder sogar für einen „Anschluß“ zu schaffen.[340] Sicherlich hatte Göring auch Versuche unternommen, Österreich außenpolitisch zu isolieren,[341] wobei die Politik der österreichischen Regierung wahrscheinlich eine noch stärkere Isolierung herbeiführte, als sie ein reichsdeutscher Politiker je vermocht hätte.[342] Am Zustandekommen des Berchtesgadener Abkommens im Februar 1938 aber war Göring beispielsweise „nicht beteiligt“.[343] Auch erfand Göring nicht im Januar 1938 die „Penetrationspolitik“, wie zuweilen angenommen wird,[344] denn Hitler selbst verfolgte seit Juli 1934 diese Marschroute.

Vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg hatte Göring 1946 erklärt, er müsse die Verantwortung für den „Anschluß“ Österreichs „hundertprozentig“ auf sich nehmen und habe „sogar über Bedenken des Führers hinwegschreitend die Dinge zur Entwicklung gebracht“, insbesondere habe er, „ohne [s]ich mit dem Führer eigentlich noch darüber auszusprechen, spontan den sofortigen Rücktritt des Kanzlers Schuschnigg“ verlangt.[345] Diese Behauptung Görings, die in der Forschung noch 55 Jahre nach Kriegsende kritiklos übernommen wurde,[346] wird durch die Goebbels-Tagebücher keineswegs bestätigt, da Goebbels kein Zögern Hitlers erwähnte, wie er es in anderen Fällen durchaus tat.[347] Im Gegenteil berichtete Goebbels, daß Hitler schon in der Nacht vom 9. zum 10. März

339 So auch Kube, Pour le mérite, S. 243.
340 Ebenda, S. 219–243; Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 113f.
341 Martens, Göring, S. 122; Kube, Pour le mérite, S. 232.
342 Moll, Griff, S. 163f.
343 Kube, Pour le mérite, S. 242.
344 Ebenda, S. 244.
345 Göring sagte vor dem IMG aus, er habe den ersten wie auch alle folgenden Schritte in Richtung „Anschluß“ ausschließlich in Eigeninitiative unternommen; vgl. Aussage Görings, 14. 3. 1946, in: IMG 9, S. 333.
346 Die Aussage Görings vom 14. 3. 1946 (in: IMG 9, S. 333) bestimmte die Forschung über Jahrzehnte, zuletzt etwa bei Karl Heinz Roth, Krieg vor dem Krieg. Die Annexion Österreichs, S. 20; Schmidt, Außenpolitik des Dritten Reiches, S. 248.
347 Beispielsweise hatte Goebbels das Zögern Hitlers bei der Entscheidung seiner Reichspräsidentschaftskandidatur (TG, 22. 2. 1932) oder bei der Blomberg-Fritsch-Krise (TG, 2. 2. 1938, 3. 2. 1938) beklagt.

an militärische Maßnahmen dachte und deren Risiko abwog (TG, 10.3.1938). Zudem erwähnte Goebbels mit keinem Wort, daß Göring die treibende Kraft gewesen sei, sondern, daß die Anwesenden in der Reichskanzlei, alles gemeinschaftlich bewerkstelligt hätten („*Wir*[348] diktieren Seiß-Inquart [!] ein Telegramm durch“, TG, 12.3.1938). Die Goebbels-Tagebücher legen also den Schluß nahe, daß die Rolle Görings beim „Anschluß“ Österreichs weit unbedeutender war, als er sie nach dem Krieg darzustellen bemüht war. Eine Überprüfung anderer relevanter Quellen liefert, zusammen mit der Tagebuchquelle, den endgültigen Nachweis hierfür. Aus den Telefonprotokollen der Gespräche zwischen Berlin und Wien am 11. März 1938 geht hervor, daß Göring den Rücktritt Schuschniggs zunächst nicht forderte, statt dessen zum weiteren Vorgehen gegenüber Seyß-Inquart erklärte, „offiziell […] keine Stellung nehmen“ zu können, da er „dazu allein nicht berechtigt wäre“.[349] Anschließend fand eine Besprechung zwischen Göring und Hitler statt. Erst im nächsten Telefonat Görings mit Seyß-Inquart, nach Rücksprache mit seinem „Führer“, verlangte der Generalfeldmarschall den Rücktritt Schuschniggs.[350] Wenige Tage nach der erwähnten Aussage Görings vor dem Internationalen Militärgerichtshof räumte Göring in Nürnberg sogar ein, daß nicht er persönlich die Kanzlerschaft Seyß-Inquarts gefordert habe, daß dies also nicht seine Entscheidung war.[351] Es ist daher nicht anzunehmen, daß Göring auch nur eine wichtige Entscheidung, die jeweils seinen Telefongesprächen am 11. März 1938 mit Wien folgte, eigenverantwortlich oder sogar gegen Hitlers Willen traf, da er sich offensichtlich über die Grenzen seiner Machtbefugnis im klaren war. Ebensowenig kann die These aufrechterhalten werden, Hitler habe bis zum 13. März die Wiedervereinigung mit Österreich zunächst gar nicht angestrebt, sondern Göring habe sie ihm nahegelegt.[352] Denn Hitler plante schon am 10. März seine Reise nach Österreich und auch einen Zusammenschluß der beiden Staaten, wenn auch noch in Form einer Personalunion, indem Hitler österreichischer Bundespräsident geworden wäre, wie Goebbels überliefert (TG, 11.3.1938, 12.3.1938). Selbst das Telegramm, das Seyß-Inquart an die deutsche Regierung senden sollte, stammte nicht von Göring,[353] sondern ging, wie dieser selbst aussagte und auch Goebbels festhielt, auf Hitler zurück, der Göring „veranlaßte“, das Telegramm anzufordern.[354] Zu keinem Zeitpunkt setzte sich Göring also über Hitler hinweg. Auch hatte Göring, genau wie Goebbels, auf den Vollzug des „Anschlusses“ am 13. März keinen Einfluß. Er wurde, wie in der Forschung bereits herausgestellt wurde, vom Wiedervereinigungsgesetz geradezu „überrascht“.[355] Die Goebbels-Tagebücher

[348] Hervorhebung durch die Verfasserin.
[349] Telefonat Görings mit Seyß-Inquart, 11.3.1938, 14.45 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 355.
[350] Telefonat Görings mit Seyß-Inquart, 11.3.1938, 15.05 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 355f.
[351] Aussage Görings, 18.3.1946, in: IMG 9, S. 504.
[352] Kube, Pour le mérite, S. 244. Ähnlich Haas, Anschluß, S. 18, der allerdings auf Göring nicht eingeht.
[353] Ähnlich Kube, Pour le mérite, S. 245.
[354] „Der Führer […] veranlaßte mich schließlich, doch Seyß zu veranlassen, ein solches Telegramm zu schicken.“ Aussage Görings, 14.3.1946, in: IMG 9, S. 335f.
[355] Kube, Pour le mérite, S. 248.

werden also durch neuere Forschungen bestätigt, die die These, Göring habe „Hitler gewissermaßen zu seinem Glück drängen“ müssen oder er habe „einen gewaltsamen Anschluß gar gegen dessen Willen durchgesetzt“, als „mehr als zweifelhaft“ einstufen.[356] Die Beteiligung Görings am „Anschluß“ Österreichs beschränkte sich in den Märztagen im wesentlichen auf beratende und für Hitler agierende Tätigkeiten wie die telefonische Übermittlung der Ultimaten.

Die Rolle von Goebbels bei der Annexion Österreichs wurde in der Forschung aufgrund des Quellenmangels bisher nicht eingehend untersucht. Helmut Michels schrieb in seiner 1992 erschienenen Dissertation über Goebbels' Rolle in der NS-Außenpolitik in bezug auf den „Anschluß“ Österreichs: „Des Propagandaministers Beitrag beschränkte sich auf die Kommentierung der Ereignisse und das Verlesen einer Proklamation des Reichskanzlers im Rundfunk und vor der in- und ausländischen Presse am 12. März 1938“.[357] Michels standen für die entscheidende Phase im März 1938 die Tagebucheinträge von Goebbels nicht zur Verfügung, da sie in den Fragmente-Bänden[358] nicht enthalten waren. In Kenntnis des gesamten Tagebuchs kann diese Einschätzung nicht aufrechterhalten werden. Im Jahre 2003 kam Georg Christoph Berger Waldenegg aufgrund der neu zugänglich gewordenen Tagebuch-Einträge vom Februar und März 1938 zu einem ganz anderen Resultat: „Analysiert man etwa die Tagebuchnotizen von Goebbels, so erhält man den Eindruck, daß er nicht unmaßgeblich an der damaligen Entscheidungsfindung beteiligt war“.[359] Wenn auch eine eingehende und ausführliche Analyse der Goebbels-Tagebücher in seinem Aufsatz ausbleibt, trifft seine Einschätzung, wie gezeigt wurde, zu.

Goebbels war zwischen dem 9. und 11. März ständiger Berater Hitlers. In der Nacht zum 10. März besprach sich Hitler sogar bis 5 Uhr morgens allein mit Goebbels (TG, 10. 3. 1938). Wenn auch in dieser Nacht noch keine endgültigen Entscheidungen fielen, so belegen die Tagebücher von Goebbels doch, daß Hitler von Anfang an verschiedene Handlungsoptionen mit Goebbels besprach. Die allerersten Maßnahmen, die Hitler ins Auge faßte, waren propagandistischer Art, lagen also im Bereich von Goebbels' Ressort, weswegen dieser von Beginn an informiert und zu den Beratungen mit hinzugezogen wurde. Sofort nach der Rede Schuschniggs, in der er die Volksbefragung ankündigte, berieten Hitler und Goebbels gemeinsam den Einsatz von Flugblättern in Österreich, was Goebbels im Tagebuch vermerkte. „Wir überlegen: entweder Wahlenthaltung oder 1000 Flugzeuge mit Flugblättern über Österreich und dann aktiv eingreifen“ (TG, 10. 3. 1938). Auch später in der Nacht zum 10. März, als Hitler schon ein militärisches Vorgehen vorschwebte und er über Einzelheiten nachdachte, war Goebbels mit einbezogen („Wir entwickeln schon Pläne im Einzelnen für die Aktion“, TG, 10. 3. 1938).[360] Gemeinsam wogen sie das Risiko einer Annexion ab (TG, 10. 3. 1938). Von Anfang

[356] Berger Waldenegg, Hitler, Göring, Mussolini, S. 154.
[357] Michels, Ideologie, S. 380.
[358] Fröhlich, Tagebücher. Sämtliche Fragmente.
[359] Berger Waldenegg, Hitler, Göring, Mussolini, S. 181.
[360] Oberst Jodl dagegen erfuhr erst am Vormittag des 10. 3. vom deutschen Einmarsch; vgl. Aussage Jodls vor dem IMG, in: IMG 15, S. 389.

an hielten beide einen sofortigen „Anschluß“ für machbar, denn nur aufgrund einer folgenlosen Flugblatt-Aktion wäre der folgende Satz Goebbels' nicht erklärbar: „Und unterdeß [!] bahnt sich vielleicht Geschichte an“ (TG, 10.3.1938).

Auch am nächsten Morgen war Goebbels in der Reichskanzlei zur Beratung und bei den Gesprächen Hitlers mit Wirtschaftsminister Funk und dem Anführer der paramilitärischen österreichischen Legion, Hermann Reschny, dabei. Gemeinsam zeichneten sie diese Verbände „auf Karten ein und entw[a]rfen Transportpläne“ (TG, 11.3.1938), da es keine umfassenden Aufmarschpläne der Wehrmacht gab.[361] Anschließend beredete Goebbels wieder „ausführlich“ und „allein“ mit Hitler die Lage (TG, 11.3.1938). Diese Besprechung war von außerordentlicher Bedeutung, da in ihr die Entscheidung zum Ultimatum fiel, das Seyß-Inquart und Glaise von Horstenau Schuschnigg am nächsten Tag überbrachten. Zunächst hatten Hitler und Goebbels noch überlegt, ihren Anhängern in Österreich zu empfehlen, sich an der Volksabstimmung zu beteiligen und mit „Ja“ zu stimmen (TG, 11.3.1938). Doch noch im selben Gespräch entschieden sie sich für die ultimative Forderung nach einem geänderten Statut der Abstimmung, die bei Ablehnung den Rücktritt der Minister Seyß-Inquart und Glaise-Horstenau zur Folge haben würde. Dann sollten „6–800 deutsche Flugzeuge über Österreich“ Flugblätter verteilen und die Bevölkerung zum „Widerstand“ auffordern (TG, 11.3.1938). Daraufhin sollten am 13. März – tatsächlich fand der Einmarsch bereits am 12. März statt – die Wehrmacht und die österreichische Legion über die Grenze marschieren, selbst auf die Gefahr hin, daß das österreichische Heer schießen würde. Über all diese Maßnahmen sprach Hitler mit Goebbels vor allen anderen, vor den Militärs, die Hitler morgens vor dem Eintreffen von Goebbels mit der Ausarbeitung von Aufmarschplänen betraut hatte, und vor Göring, der erst gegen Mittag aus dem gerade laufenden Fritsch-Prozeß geholt wurde.[362] Es läßt sich nicht mehr nachweisen, welchen Anteil Goebbels an diesen zahlreichen Entscheidungen hatte, und ob das Ultimatum möglicherweise auf eine Idee von ihm zurückgeht. Auffälligerweise leitete Goebbels die Notiz über das Ultimatum nicht, wie so häufig, mit der Formulierung ein, daß dies die Auffassung oder der Ent-

[361] Müller, Beck. Biographie, S. 302.

[362] Zwischen 9.00 und 10.00 Uhr empfing Hitler Keppler (Eichstädt, Dollfuss, S. 364f.), über dessen Bericht Goebbels schon Bescheid wußte, und gegen 10.00 Uhr Keitel und Jodl, die Hitler mitteilten, daß es keine aktuellen Aufmarschpläne der Wehrmacht für Österreich gäbe. Daraufhin schickte Hitler sie wieder weg und befahl die Ausarbeitung eines solchen. Vgl. Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 10.3.1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 371; Aussage Jodls vor IMG, 4.6.1946, in: IMG 15, S. 388, 390; Aussage Keitels vor IMG, 3.4.1946, in: IMG 10, S. 565–567; Eichstädt, Dollfuss, S. 365; Wagner/Tomkowitz, „Ein Volk, ein Reich, ein Führer!“, S. 86f. Zu diesem Zeitpunkt traf Goebbels in der Reichskanzlei ein, wo sie gemeinsam mit Reschny angesichts des Fehlens eines Aufmarschplans der Wehrmacht die militärische Beteiligung der österreichischen Legion planten; siehe hierzu auch Müller, Beck. Biographie, S. 302, 654f., Anm. 244–246. Weder Keitel noch Jodl erwähnten in Aussagen oder Notizen über das Gespräch am Morgen das Ultimatum; Jodl erwähnte es erst unter dem Vermerk „13.00 Uhr“. Göring war zu dieser Zeit in der Gerichtsverhandlung des Fritsch-Prozesses. Vgl. auch TG, 11.3.1938; Deutsch, Das Komplott, S. 290; Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 175; Kielmansegg, Fritsch-Prozess, S. 89.

schluß Hitlers sei. Somit kann davon ausgegangen werden, daß beide, Hitler *und* Goebbels, das erste Ultimatum bezüglich Schuschniggs Rücktritt und der österreichischen Souveränität gemeinsam erdachten. Als Goebbels Hitler wieder verließ, hatte sich dieser zwar noch nicht endgültig zum Einmarsch, aber wohl zur Durchführung des Ultimatums entschieden.

Während Hitler am Nachmittag des 10. März Besprechungen mit den Militärs hatte, in denen die „Marschpläne“ ausgearbeitet wurden (TG, 11. 3. 1938), organisierte Goebbels die propagandistischen Maßnahmen, wie er im Tagebuch ausführlich festhielt. Er ließ „Papier und Druckereien“ für die Flugblätter sicherstellen und gab Anweisungen an die Presse, über Österreich zu schweigen. Um Mitternacht, als Goebbels wieder zu Hitler gerufen wurde, waren „die Würfel […] gefallen“, wie Goebbels schrieb, das heißt, Hitler hatte die Entscheidung zum sofortigen Einmarsch in Österreich am 12. März getroffen – ohne zu wissen, wie Schuschnigg auf das Ultimatum reagieren würde. Goebbels besprach mit Hitler „die ganze propagandistische Aktion“, Flugblätter, Plakate, Rundfunk, mit dem Staatssekretär im Reichsluftfahrtministerium, Erhard Milch, plante er die „Flugzeugaktion“,[363] mit Oberst Erich Fellgiebel die „Störung der österreichischen Sender, wenn Schuschnigg sprechen sollte“ (TG, 11. 3. 1938), und mit Reinhard Heydrich die „polizeiliche Sicherung der Druckereien“, die folgendes bezweckte: „Kein Arbeiter darf mehr heraus, bis die Aktion läuft“ (TG, 11. 3. 1938).

Am 11. März 1938 diktierte Goebbels, wie er im Tagebuch schrieb, ab 8 Uhr morgens „zusammen“ mit Hitler „Flugblätter“ (TG, 12. 3. 1938), was bedeutet, daß Goebbels entscheidenden Einfluß auf ihren Inhalt und ihre Sprache hatte und somit auch auf das Gelingen der Aktion. Ihm zufolge wurden „130 Millionen Flugblätter“ gedruckt,[364] deren Verteilung auf die verschiedenen Abwurfgebiete Goebbels anschließend mit einem Vertreter der Luftwaffe besprach. Goebbels war noch einmal mit der „Störaktion gegen österreichische Sender“ befaßt, diktierte weitere Flugblätter und einen Aufsatz gegen Schuschnigg (TG, 12. 3. 1938). Am Nachmittag legte Goebbels in der Reichskanzlei die Flugblätter und den Aufsatz gegen den österreichischen Kanzler Hitler vor, der beides billigte, bevor die entscheidende Phase begann. Diesen Nachmittag und Abend, als Göring per Telefon ein Ultimatum nach dem anderen nach Wien durchgab, verbrachte Goebbels in der Reichskanzlei, er war also am erzwungenen Machtwechsel mit beteiligt. Auch hier erwähnte Goebbels nicht direkt, auf wen die Ultimaten zurückgingen. Doch bezeichnete Goebbels die Forderungen, mit denen Schuschnigg konfrontiert wurde, als „unsere Bedingungen“ und „unsere Forderungen“ (TG, 12. 3. 1938), so daß die Ultimaten als eine gemeinsame Tat der engsten NS-Clique betrachtet werden können. Die Möglichkeit, daß Goebbels mit dem Possessivpronomen „unsere“ lediglich zum Ausdruck brachte, daß das NS-Regime Forderungen stellte, ist nicht völlig auszuschließen, aber angesichts der starken Beteiligung von Goebbels zuvor

[363] Die Annahme Eichstädts, Dollfuss, S. 370, zum Zeitpunkt der Planung der Flugzeug-Aktion habe man „noch nicht mit einer gewaltsamen Aktion“ gerechnet, ist damit widerlegt.

[364] Schmidl, März 38, S. 169, zufolge waren es unter Berücksichtigung der verschiedenen, wieder verworfenen Versionen insgesamt möglicherweise 300 Millionen Flugblätter.

und seiner Anwesenheit in der Reichskanzlei nicht sehr wahrscheinlich. Ähnlich verhält es sich mit zwei weiteren Maßnahmen; auch hierbei dürfte Goebbels durch seine Formulierungen seine Miturheberschaft zum Ausdruck gebracht haben und nicht nur gemeint haben, daß es sich um Handlungen des NS-Regimes handelte: bei dem Diktat des Telegramms, das Seyß-Inquart zur Legitimation des Einmarsches senden sollte („Wir diktieren“, TG, 12. 3. 1938), und bei der Aufforderung an Seyß-Inquart, sich selbst zum österreichischen Regierungschef zu proklamieren („Aber dann machen wir Seiß-Inquart [!] stark“, TG, 12. 3. 1938). Wahrscheinlich wurden alle diese Maßnahmen gemeinsam überlegt und im Beisein der anderen von Hitler entschieden und angeordnet.

Goebbels besprach auch mit Hitler die Möglichkeiten, den „Anschluß“ zu vollziehen und war gleichfalls der Auffassung, daß Hitler „Bundespräsident werden“ müsse, um dies zu erreichen (TG, 12. 3. 1938). Goebbels war also nicht nur in alles eingeweiht, sondern er beriet Hitler in diesen Stunden. Infolge der sich ständig verändernden Situation in Österreich mußte er einige Male neue Texte für die Flugblätter aufsetzen, bestimmte also bis zuletzt wesentlich die den Einmarsch begleitende Propaganda und trug somit zur begeisterten Aufnahme der Wehrmacht in Österreich bei. Die Bedeutung Goebbels' für den „Anschluß“ Österreichs war aufgrund seiner Propagandaarbeit, seiner Beratungstätigkeit für Hitler und seiner anzunehmenden Mitwirkung bei den Ultimaten und Entscheidungen, zumindest aber bei der Entscheidung über das erste Ultimatum immens.

Der „Anschluß“ als erster Schritt zum Zweiten Weltkrieg?

Die Annexion Österreichs war der erste Griff Deutschlands nach Land, Bevölkerung und Ressourcen außerhalb der Reichsgrenzen. Sie verlief unblutig, weil die Regierungen der anderen Staaten eine militärische Reaktion scheuten und auch der österreichische Bundeskanzler „sinnloses Blutvergießen“ ablehnte und die österreichischen Truppen zur Passivität aufforderte.[365] Dennoch wurde der unter Androhung einer militärischen Besetzung erzwungene „Anschluß“ als erster Schritt zum Zweiten Weltkrieg bezeichnet, da er eine „Ausweitung der deutschen Machtposition in ökonomischer, geostrategischer und militärischer Hinsicht“ darstellte, der die Chancen eines erfolgreichen deutschen Angriffskrieges vergrößerte. Hitler und das NS-Regime „erprobten und […] perfektionierten“ hier in der Praxis „erstmals ihr Repertoire expansionistischer Politik gegenüber einem anderen Staat“;[366] Österreich war der „Testfall“ für die weitere Expansionspolitik.[367] Eine solche Interpretation birgt jedoch einige Gefahren in sich, beispielsweise die, daß die innerösterreichischen und die europäischen Faktoren ausgeblendet werden, die Zielgerichtetheit des NS-Regimes bei der Lösung der „Öster-

[365] Schuschnigg, Requiem, S. 76; ähnlich Zeugenaussage Miklas', in: IMG 32, Dok. 3697-PS, S. 442 f., 449 f.
[366] Moll, Griff, S. 157; vgl. auch Michalka, Ribbentrop, S. 223.
[367] Recker, Außenpolitik, S. 21; ähnlich Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 194.

reich-Frage" überschätzt oder daß der Zweite Weltkrieg als beinahe zwangsläufige Folgeerscheinung des „Anschlusses" erscheinen könnte.[368]

Um zu überprüfen, ob auch die Nationalsozialisten den „Anschluß" Österreichs möglicherweise als ersten Schritt zum Krieg betrachteten, sind die Motive des NS-Regimes zu klären, die hinter dem Ziel einer Vereinigung mit Österreich standen. Für diese Frage stellen die Tagebücher von Goebbels eine wichtige Quelle dar. Goebbels selbst wollte genau wie Hitler den „Anschluß" aus Gründen der Volkszusammengehörigkeit. Anläßlich der Verlobung seiner Schwester besprach Goebbels mit Hitler die Österreich-Frage und notierte darüber im Tagebuch: „Sein Volk gehört zu uns, und es wird zu uns kommen" (TG, 3. 8. 1937). Zumindest für Goebbels waren die Erlangung einer besseren strategischen Ausgangsposition[369] und ökonomische Vorteile[370] durch die Einverleibung Österreichs anscheinend nicht von großer Bedeutung. Diese Faktoren erwähnte er nie im Zusammenhang mit der österreichischen Frage. Ein wesentlicher Grund für ein deutsches Engagement für die Aufhebung der österreichischen Eigenstaatlichkeit bestand für Goebbels auch in den angeblichen „Qualen" (TG, 4. 11. 1936), der „verzweifelte[n] Lage" (TG, 20. 1. 1937) und dem „Elend" (TG, 7. 10. 1937) der Parteigenossen in Österreich sowie der Österreicher allgemein, die seines Erachtens unter der autoritären Regierung Schuschniggs zu leiden hatten und befreit werden mußten. Goebbels erwähnte immer wieder die anzustrebende „Erlösung" (TG, 7. 10. 1937, 19. 10. 1937) vom Schuschnigg-Regime und die „Freiheit" (TG, 12. 3. 1938), die die Nationalsozialisten den Österreichern brächten. Er war der Auffassung, daß das Regime in Österreich beseitigt werden müßte, damit die Menschen dort am nationalsozialistischen Fortschritt teilhaben konnten.

Interessanterweise belegen die Goebbels-Tagebücher zwar eindeutig, daß Hitler spätestens seit 1936 einen großen militärischen Konflikt erwartete, der sich dann zur Gewinnung von Gebieten nutzen oder hierfür herbeiführen ließe[371], aber im Kontext derartiger Passagen findet sich nie die Erwähnung Österreichs. „Österreich und Tschechoslowakei […] müssen wir haben zur Abrundung unseres Gebietes" (TG, 15. 3. 1937), überliefert Goebbels einen Gedanken Hitlers. Diese Formulierung verwundert, denn Österreich und die Tschechoslowakei hätten das deutsche Territorium nicht abrunden können, wenn anschließend die Eroberung polnischer oder russischer Gebiete in Angriff genommen werden sollte. Mit Ab-

368 Moll, Griff, S. 159–161, 163, 186f.

369 Österreich als strategische Ausgangsbasis für einen Überfall auf die Tschechoslowakei betonten unter anderen Graml, Europas Weg, S. 101, 193f., und Müller, Beck. Biographie, S. 301.

370 Diese nahmen vor allem Schausberger, Griff, S. 491f., 580, und Roth, Krieg vor dem Krieg. Die Annexion Österreichs, S. 14–28, als Hauptmotiv an.

371 „Beim Führer. […] Außenpolitik. Führer sieht Konflikt im fernen Osten kommen. Und Japan wird Rußland verdreschen. Und dieser Koloß wird ins Wanken kommen. Und dann ist unsere große Stunde da. Dann müssen wir uns für 100 Jahre an Land eindekken"; TG, 9. 6. 1936. „Der Führer gibt zuerst einen Überblick über die Situation. […] Erwartet in einigen Jahren den großen Weltkampf"; TG, 16. 2. 1937. „Abends zum Führer. […] Im übrigen fehlt uns Raum, um unser Volk zu ernähren. Den müssen wir uns holen. Und dazu bauen wir unsere Armee auf. Der Führer weiß genau, was er will"; TG, 8. 5. 1937.

rundung scheint also nur ein vorläufiger Zustand gemeint zu sein – und nicht etwa die Abrundung nur nach Süden oder Südosten hin.[372] Diese Annahme einer lediglich übergangsweisen Arrondierung bestätigt eine Notiz von Goebbels vom Herbst 1938, keine zwei Wochen nach Unterzeichnung des Münchener Abkommens: „Und diese Tschechei werden wir doch eines Tages schlucken. Der Weg zum Balkan muß freigemacht werden“ (TG, 10. 10. 1938). Österreich dagegen wird von Goebbels nie als Ausgangsbasis für weitergehende Eroberungen genannt. Überhaupt ging man in Berlin nicht davon aus, daß ein deutscher Einmarsch in Österreich zu einem Krieg führen könnte, weil angenommen wurde, daß die Mehrheit der Österreicher den „Anschluß“ wünschte und als Befreiung vom Schuschnigg-Regime betrachtete: „Wenn wir später mal über die Grenze marschieren, was wird von den heutigen Unterdrückern dieses urdeutschen Volkes übrigbleiben! Da fällt kaum ein Schuß“ (TG, 2. 8. 1937), schrieb Goebbels. Diese Einschätzung hatte bis zum „Anschluß“ Bestand, da Hitler und Goebbels, wie gezeigt wurde, im März 1938 nicht damit rechneten, daß auch nur ein Staat für die Rettung der Souveränität Österreichs zu den Waffen greifen würde.

Im Falle der Tschechoslowakei war die Lage völlig anders, hier war mit dem Ausbruch eines europäischen Krieges zu rechnen, hätte die Wehrmacht gewaltsam die dortigen Grenzen überschritten. Goebbels wie auch Hitler[373] war dieses Risiko bewußt, wie sich an zahlreichen Passagen in den Goebbels-Tagebüchern erkennen läßt und noch gezeigt wird. Beim Einmarsch in Österreich dachte, anders als bei dem geplanten Angriff im Herbst 1938 auf die Tschechoslowakei, auch niemand daran, die Evakuierung von Teilen der Bevölkerung im Westen Deutschlands vorzubereiten oder durch Verhandlungen Zeit zu gewinnen, um die Westbefestigungen fertigstellen zu können.

Österreich würde, so glaubte man damals in Berlin, nicht zu einem Krieg und vor allem nicht zu einem Weltkrieg führen. Aber war es ein erster Schritt hierzu? Die Goebbels-Tagebücher liefern keine genügend starke Bestätigung der Annahme, man habe durch den „Anschluß“ Österreichs einen Krieg vorbereiten wollen. Jedoch „steht“, wie Martin Moll feststellte, „außer Frage, daß der als Triumphzug verlaufene Einmarsch im März 1938 Hitler in seinem Kriegskurs bestärkte“.[374] Hierfür gibt es auch in den Tagebüchern von Goebbels deutliche Belegstellen. Genau eine Woche nach dem Griff nach Österreich widmete sich Hitler in Goebbels' Gegenwart dem „Studium der Landkarte: zuerst kommt nun die Tschechei dran. Das teilen wir mit Polen und Ungarn. Und zwar rigoros bei nächster Gelegenheit. Memel wollten wir jetzt schon einsacken, wenn Kowno mit Warschau in Konflikt gekommen wäre.[375] Gut aber, daß nicht. Wir sind jetzt eine boa constrictor, die verdaut. / Dann noch das Baltikum, Stück von Elsaß und Lothringen“ (TG, 20. 3. 1938). Fünf Tage später erklärte Hitler wieder, „die französische Grenze […] ein-

[372] So auch Haas, Anschluß, S. 2. Vgl. auch den „1. Nachtrag zur Weisung für die einheitliche Kriegsvorbereitung der Wehrmacht“ vom 7. 12. 1937, in: ADAP, D 7, S. 547–551.
[373] Hierzu Niedhart, Schwelle, S. 39f.
[374] Moll, Griff, S. 159.
[375] Vgl. Aufzeichnung Ribbentrops, 17. 3. 1938, in: ADAP, D 5, Dok. 329; Zgórniak, Europa, S. 109–113; Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 488f.

mal korrigieren“ zu wollen (TG, 25.3.1938). Am Tag der Volksabstimmung über Österreich besprach Goebbels mit Hitler wieder die Weltpolitik und hielt darüber im Tagebuch fest: „Führer wird nochmal Frankreich vorknöpfen. Das ist sein großes Lebensziel“ (TG, 11.4.1938). Der „Anschluß“ Österreichs war, so könnte man zusammenfassen, wohl nicht als erster Schritt zu einem Krieg geplant, vor allem nicht im Bewußtsein Goebbels', aber er erwies sich letztlich als solcher.[376] Auch auf einem anderen Gebiet führte der „Anschluß“ zu einer Radikalisierung der NS-Politik: Durch die massiven staatlichen und willkürlichen, d.h. vom NS-Regime nicht angeordneten Verfolgungen, denen Juden während und nach der national-sozialistischen Machtübernahme in Österreich ausgesetzt waren, durch den radikalen Antisemitismus in weiten österreichischen Kreisen, und durch die plötzliche Konfrontation der deutschen Machthaber mit einem relativ blühenden jüdischem Leben in Wien, begann sich die Gewalt gegen Juden – aber auch gegen andere ethnische Minderheiten – noch weiter zu verstärken. Am selben Tag, an dem Hitler Goebbels seine neuen Eroberungspläne eröffnete, sprachen sie auch über eine neue Bevölkerungspolitik in Wien und vereinbarten folgendes: „Wir müssen bald die Juden und Tschechen aus Wien herausdrücken und daraus eine rein deutsche Stadt machen“ (TG, 20.3.1938). Die Tschechen waren damals das zweite, dem NS-Regime besonders verhaßte Volk – und die Tschechoslowakei der nächste Staat, der ins Visier der national-sozialistischen Machthaber geraten sollte.

[376] So auch Roth, Krieg vor dem Krieg. Die Annexion Österreichs, S. 47f.

III. Die Sudetenkrise und das Münchener Abkommen

1. Beginn der NS-Pressekampagne gegen die Tschechoslowakei

Wie im Falle Österreichs war der „Zusammenschluß" der von Deutschen besiedelten Gebiete in der Tschechoslowakei mit dem Reichsgebiet von Anfang an Programmpunkt der NSDAP[1], wenngleich das eigentliche Ziel Hitlers in einer „Vergrößerung des Lebensraumes" im Osten durch „die Gewalt eines siegreichen Schwertes" bestand.[2] Auch Goebbels überliefert, daß sich das NS-Regime durch einen Krieg „für 100 Jahre an Land eindecken" (TG, 9.6.1936)[3] wollte. Dieser Ost-Expansion standen vorrangig zwei Staaten im Wege, die Tschechoslowakei und Polen. Das NS-Regime intendierte von Beginn an, den tschechoslowakischen Staat zu vernichten, wohl gleichermaßen aus strategischem wie wirtschaftlichem[4] und ideologischem Interesse. Die Tschechoslowakei verdankte ihre Existenz der Niederlage Deutschlands und Österreich-Ungarns im Ersten Weltkrieg und deren territorialen Verlusten. Die Mehrheit der 3,2 Millionen[5] Sudetendeutschen war 1918/19 gegen ihren Willen zu tschechoslowakischen Staatsbürgern geworden.[6] Zudem war die Tschechoslowakei demokratisch verfaßt und mit den großen Gegnern des NS-Regimes Frankreich und UdSSR verbündet.[7] Insofern und angesichts seiner geographischen Lage stellte dieser Staat aus NS-Sicht nicht nur ein „Hindernis"[8] für die Expansion des Dritten Reiches, sondern sogar eine Bedrohung dar.[9] Hinzu kamen Schreckensmeldungen sudetendeutscher Aktivisten über die politische, wirtschaftliche und kulturelle Unterdrückung der Sudetendeutschen durch die Regierung in Prag und eine tiefe Abneigung vor allem Hitlers gegen das tschechische Volk.[10]

[1] Punkt 1, Parteiprogramm NSDAP, 24.2.1920, abgedr. in: Treue, Parteiprogramme, S. 143; Hitler, Mein Kampf, S. 1.
[2] Hitler, Mein Kampf, S. 739, 741; vgl. auch Vogelsang, Neue Dokumente, S. 434f.; Wirsching, „Man kann nur Boden germanisieren", S. 532–540, 547.
[3] Ähnlich TG, 19.8.1935.
[4] Hass, Münchner Diktat, S. 6, 97–108; Röhr, September 1938, S. 213.
[5] Celovsky, Münchener Abkommen, S. 102, Anm. 1.
[6] Vgl. Dokumente zur Sudetendeutschen Frage, Dok. 8–10, 16, 19, 22, 24, 28, 32, 39, 55, 62; Küpper, Frank, S. 35; Zimmermann, Die Sudetendeutschen, S. 35; Gebel, „Heim ins Reich!", S. 59f.; Celovsky, Münchener Abkommen, S. 103; Hass, Münchner Diktat, S. 10f.
[7] Celovsky, Münchener Abkommen, S. 59–66 und 70–72.
[8] Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik, S. 444.
[9] Vgl. Michaelis, 1938. Krieg, S. 17. So auch Celovsky, Münchener Abkommen, S. 83.
[10] Siehe Hitler, Mein Kampf, S. 101, 118, 131, 135. Vgl. auch Schmidt, Statist, S. 428f.; Jochmann, Monologe, S. 64, 197, 216, 405; Picker, Tischgespräche, S. 198, 236, 287, 306f., 317f., 321f., 412. Siehe zu Goebbels' Tschechenhaß auch beispielsweise TG, 4.2.1930, 23.1.1937, 3.8.1937, 24.10.1937.

In den Tagebüchern von Goebbels läßt sich ab 1936 eine Fokussierung auf Hitlers primäre Expansionsziele Österreich und Tschechoslowakei erkennen. Zunächst, solange aufgrund der mangelnden Rüstung noch kein aktives Handeln möglich war, lautete Hitlers Anweisung: „in Österreich und Tschechoslowakei die Spannungen konservieren" (TG, 7. 5. 1936). Nach einem Gespräch mit Konrad Henlein, dem Führer der Sudetendeutschen Partei (SdP), notierte Goebbels, daß „auf die lange Dauer […] natürlich die Tschechei entsprechende Gebietskonzessionen machen" müsse (TG, 23. 1. 1937), beide gingen von der Abtretung der sudetendeutschen Gebiete aus. Keine zwei Monate später äußerte Hitler gegenüber Goebbels, sie müßten Österreich und die Tschechoslowakei „zur Abrundung unseres Gebietes" haben (TG, 15. 3. 1937). Spätestens zu diesem Zeitpunkt war auch Goebbels bewußt, daß der gesamte böhmisch-mährische Raum annektiert werden sollte, nicht nur die deutschen Siedlungsgebiete.[11] Als Hitler am 5. November 1937 gegenüber seinen wichtigsten Offizieren und Ministern seine außenpolitischen Pläne darlegte, nannte er als sein „1. Ziel", die „Tschechei und gleichzeitig Österreich niederzuwerfen".[12] Gegenüber den Teilnehmern dieser Besprechung erwähnte Hitler als spätestmöglichen Zeitpunkt hierfür „1943/45", doch beschrieb er zwei Varianten, die auch einen früheren Angriff, schon im Jahre 1938, ermöglichen würden. Goebbels erfuhr von Hitler am selben Tag, daß „in der Tschechenfrage Zurückhaltung" nötig sei sei, weil sie „noch keine Konsequenzen ziehen können" (TG, 6. 11. 1937). Damit war die Anweisung für den Propagandaminister ausgesprochen: er sollte weiterhin für eine antitschechische Kampagne sorgen, aber vorerst noch eine Eskalation vermeiden.

Die deutsche Pressekampagne gegen die Tschechoslowakei, die, von einigen Unterbrechungen abgesehen, bis zum Münchener Abkommen anhielt, begann verstärkt nach der Remilitarisierung des Rheinlandes.[13] Letztere war von den Nationalsozialisten als Gegenmaßnahme gegen die wenige Tage zuvor, am 28. Februar 1936, in der französischen Nationalversammlung erfolgte Ratifizierung des französisch-sowjetischen Bündnisvertrages vom 2. Mai 1935 proklamiert worden.[14] Das Inkrafttreten dieses Beistandspaktes war die Voraussetzung für die Geltung des nachfolgenden tschechoslowakisch-sowjetischen Bündnisses vom 16. Mai 1935.[15] Dieses Bündnis zwischen Prag und Moskau war, wie aus den NS-Presse-

[11] Vgl. auch TG, 3. 8. 1937, 19. 10. 1937.

[12] Hoßbach-Niederschrift, 5. 11. 1937, in: IMG 25, Dok. 386-PS, S. 409.

[13] Schwarzenbeck, Nationalsozialistische Pressepolitik, S. 223; Celovsky, Münchener Abkommen, S. 131; Hoensch, Die Politik, S. 221 f.; Jacobsen, Struktur, S. 160.

[14] Vgl. z. B. die Ausführungen Hitlers in der Ministerbesprechung am 6. 3. 1936, in: Akten der Reichskanzlei, Regierung Hitler, Bd. III, 1936, Dok. 39, S. 164 f., das Memorandum Hitlers an die Signatarmächte des Locarno-Paktes, in: ADAP, C 5, 1, Dok. 3, Anlage, S. 14–17, die Rede Hitlers am 7. 3. 1936 im Reichstag, in: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 458, S. 63–75, oder die Aussage von Goebbels im Tagebuch, der dafür plädiert: „nicht handeln, bevor der Russenpakt nicht endgültig ratifiziert" sei, da man vorher „noch keine Handhabe" hätte, TG, 29. 2. 1936, und die NS-Presseanweisungen dieser Zeit, in: NS-PrA, Bd. 4, S. 247, 4. 3. 1936.

[15] Vgl. Art. 2 des Unterzeichnungsprotokolls, das Bestandteil des sowjetisch-tschechoslowakischen Vertrags war; Vertrag und Protokoll unter: URL: <http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_ru&dokument=0021_tsc&l=de> [30. 11. 2010].

anweisungen hervorgeht, eines der Hauptthemen der Pressekampagne gegen die Tschechoslowakei. Als vermeintliche Folge dieses Beistandspakts wurden in der deutschen Presse die angebliche Bolschewisierung der Tschechoslowakei, der Aufenthalt sowjetischer Offiziere und Truppen sowie die Anlage von Flugplätzen für sowjetische Flieger thematisiert sowie allgemein die tschechoslowakische Rüstung und tschechoslowakische Waffenexporte.[16] Das zweite Themenfeld betonte die materielle, politische und kulturelle Notlage der Sudetendeutschen, ihre Unterdrückung durch tschechoslowakische Behörden, beispielsweise die Verhaftung oder Mißhandlung Deutscher oder das Verbot einer Erholungsreise von 5000 sudetendeutschen Kindern ins Deutsche Reich durch die tschechische Regierung im Sommer 1937.[17] Drittens wurde in der deutschen Presse die Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker nach 1918 kritisiert, die den tschechoslowakischen Staat in der bestehenden Form erst ermöglicht hatte und unter der neben den Sudetendeutschen auch andere Minderheiten litten.[18] Viertens gingen die Medien im NS-Staat gegen tatsächliche oder vermeintliche Verunglimpfungen oder Provokationen gegen das Deutsche Reich und seine Vertreter durch Tschechen, Slowaken oder deutsche und österreichische Emigranten auf tschechoslowakischem Boden vor.[19] All diese Themen lassen sich in den Tagebüchern von Joseph Goebbels wiederfinden und dokumentieren.

Im November 1936, nach aggressiven, antitschechischen Reden auf dem Reichsparteitag und einer polemischen Berichterstattung, beschwerte sich der tschechoslowakische Gesandte in Berlin, Vojtěch Mastný, erstmals persönlich bei Goebbels über die deutsche Presse (TG, 14.11.1936). Er erklärte, wie Goebbels festhielt, die „Tschechei sei auch antibolschewistisch", und die „Meldung von den roten Flugplätzen auf tschech. Boden stimme nicht". Goebbels hielt dies allerdings für eine Lüge (TG, 14.11.1936), denn auch in der Wehrmacht ging man davon aus, daß die Tschechoslowakei eine „Operationsbasis" für sowjetische Kampfflugzeuge sei.[20] Goebbels machte Mastný „starke Vorwürfe wegen der Emigrantenpresse in Prag" und erklärte seine Bereitschaft, „einen Pressefrieden zu arrangieren", allerdings „nur auf Gegenseitigkeit" und unter der Voraussetzung, daß „die Quälerei der Sudetendeutschen" aufhöre (TG, 14.11.1936). Diese Unterredung sowie die darin besprochenen Themen bestätigten der Reichsaußenminister, Staatssekretär Dieckhoff und der Gesandte v. Weizsäcker, bei denen Mastný sich in der Folgezeit

[16] Vgl. NS-PrA, Bd. 4, S. 619f., 937f., 950f., 1584; Bd. 5, Nr. 213, 292, 431, 550. Siehe auch Schwarzenbeck, Nationalsozialistische Pressepolitik, S. 223–225.

[17] Vgl. NS-PrA, Bd. 4, S. 1115, 1567; Bd. 5, Nr. 1477, 1493, 1734, 1842, 1882, 2088, 2496, 2502, 2506, 2512, 2523, 2530, 2577; Bd. 6, Nr. 673, 1213, 1272. Siehe auch Schwarzenbeck, Nationalsozialistische Pressepolitik, S. 225f., 232–234.

[18] Vgl. NS-PrA, Bd. 4, S. 956; Bd. 5, Nr. 1526; Bd. 6, Nr. 693, 934, 945, 963. Siehe auch Schwarzenbeck, Nationalsozialistische Pressepolitik, S. 227f.

[19] Vgl. NS-PrA, Bd. 5, Nr. 2458, 2464, 2471, 2481, 2502, 2506.

[20] „Weisung für die einheitliche Kriegsvorbereitung der Wehrmacht", 24.6.1937, in: IMG 34, Dok. 175-C, S. 732–747, hier S. 741, siehe auch: Ebenda, S. 745; überarbeitete Fassung, 30.5.1938, in: IMG 25, Dok. 388-PS, S. 436; Pfaff, Sowjetunion, S. 102f.; ADAP, C 5, 1, Dok. 205, 220; C 5, 2, Dok. 550, 587; C 6, 1, Dok. 153; ADAP, C 4, 2, Dok. 580, Anm. 8; Celovsky, Münchener Abkommen, S. 132, Anm. 2.

intensiv „um einen Pressefrieden mit Berlin“ (TG, 23.1.1937) bemühte.[21] Goebbels war vor allem daran interessiert, „die Prager Emigrantenhetze“ zu unterbinden, was für ihn eine „Entlastung“ bedeutet hätte (TG, 23.1.1937). Konrad Henlein jedoch, den Goebbels am 22. Januar 1937 in Berlin traf, ließ den Propagandaminister wissen, er sei von einem Pressefrieden „nicht begeistert“ (TG, 23.1.1937). Dies ist bemerkenswert, weil bislang in der Regel angenommen wurde, erst gegen Ende des Jahres 1937 habe Henlein seinen gemäßigten Kurs verlassen.[22]

Als Ende Februar 1937 der deutsche Gesandte in Prag, Ernst Eisenlohr, Goebbels zufolge um eine „Abdämpfung“ der „antitschechischen Propaganda“ bat, um zu verhindern, wie Goebbels festhielt, daß England „ganz auf die Seite Prags“ trete (TG, 27.2.1937), notierte Goebbels, er „inhibiere nun etwas die antitschechische Propaganda in Presse und Rundfunk“ und werde statt dessen eine „schärfere Einstellung auf das sudetendeutsche Problem“ vornehmen (TG, 2.3.1937). Bereits in der nächsten Pressekonferenz am 3. März 1937 wurde bekanntgegeben, daß Themen wie die „sowjetrussischen Flugplätze in der Tschechoslowakei“ oder die unmittelbar bevorstehende „Bolschewisierung“ dieses Staates „mit sofortiger Wirkung aus der deutschen Presse zu verschwinden“ hätten, statt dessen solle man sich der „pressepolitischen Unterstützung der sudetendeutschen Forderungen“ widmen.[23] Eisenlohr wurden diese Presseanweisungen mit dem Vermerk „im Sinne der Verabredung“ übersandt.[24] Goebbels rechtfertigte den zunächst einseitigen[25] Pressefrieden in seinem Tagebuch mit den Worten: „Wir können ja im Bedarfsfall die Sache jederzeit wieder aufdrehen“ (TG, 2.3.1937), nun sollten die Tschechen „endlich die hetzerische Emigrantenpresse beseitigen“ (TG, 3.3.1937). In Absprache mit dem Propagandaministerium protestierte Eisenlohr, kaum daß die „Schreibweise der deutschen Presse gegenüber der Tschechoslowakei ruhiger geworden war“, bei Außenminister Kamil Krofta gegen die Tonart der tschechoslowakischen Zeitungen, die sich ändern müßte, solle eine erneute Verschärfung in der deutschen Presse vermieden werden.[26] Propagandaministerium, Außenministerium und Gesandtschaft bemühten sich, gegen Zeitungen und sonstige Druckschriften deutscher Emigranten in Prag vorzugehen und andererseits das Verbot von NS-Schriften in Prag aufheben zu lassen. Da dies selten gelang, wurde das Verbot tschechoslowakischer Zeitungen im Reich diskutiert, wovon Eisenlohr

[21] Vgl. Aufzeichnungen Neuraths, Hans Heinrich Dieckhoffs und Weizsäckers, in: ADAP, C 6, 1, Dok. 62, 78, 153. Auch zwei Berichte der A.A.-Mitarbeiter Kurt Heinburg (10.12.1936) und Günther Altenburg (27.1.1937) an die deutsche Gesandtschaft Prag belegen das Gespräch Goebbels-Mastný sowie die weiteren Bemühungen des tschechoslowakischen Gesandten, PA/AA, Prag 47, Bl. 27 und 77V+R-78.

[22] Vgl. beispielsweise Gebel, „Heim ins Reich!“, S. 54f., 58; Zimmermann, Die Sudetendeutschen, S. 55.

[23] Aufzeichnung Karl Brammers, in: NS-PrA, Bd. 5, Nr. 550, 3.3.1937. Vgl. auch ADAP, C 6, 1, Dok. 239.

[24] Schreiben Gottfried Aschmanns, Leiter der Presseabteilung des A.A., an Eisenlohr, 5.3.1937, PA/AA, Prag 79, Mappe 2, Bl. 630842–844.

[25] Telegramm Eisenlohrs an Neurath, 2.3.1937, in: ADAP, C 6, 1, Dok. 239.

[26] Bericht Eisenlohrs an das A.A., 18.3.1937, PA/AA, Prag 47, Mappe 18, o.P.

allerdings abriet, um die deutsche Verhandlungsposition nicht weiter zu verschlechtern.[27]

Die vorübergehende Übereinkunft über eine pressepolitische Beruhigung zwischen Berlin und Prag bestand bis zum nächsten schweren Zwischenfall Mitte Juni 1937, nachdem der Reichsdeutsche Bruno Weigel, der in der Tschechoslowakei der Spionage verdächtigt und angeblich in einem Prager Polizeigefängnis „gefoltert" (TG, 18.6.1937) worden war, Ende Mai 1937 nach Deutschland entlassen wurde.[28] Der eidesstattliche Folterbericht Weigels, Orts- und Kreisleiter der Auslandsorganisation der NSDAP in Prag, gelangte über die Gesandtschaft in Prag, das Auswärtige Amt, das Innenministerium bis zu Hitler persönlich. Innenminister Wilhelm Frick regte am 5. Juni 1937 gegenüber der Reichskanzlei an, „in der Presse des Reiches und in der erreichbaren Presse des Auslandes diesen Fall aufzurollen" und hielt „unter Umständen auch Repressalien gegen Tschechen im Deutschen Reich [für, d.V.] angebracht".[29] Zunächst erfolgten diplomatische Schritte, ehe die Angelegenheit Mitte Juni Hitler vorgetragen und Propaganda-Staatssekretär Funk informiert wurde.[30] Einem Aktenvermerk aus der Reichskanzlei vom 17. Juni 1937 zufolge beruhten die „Presseveröffentlichungen auf einer Weisung des Führers".[31] An diesem Tag wurde die Presse angewiesen, die „DNB-Meldung über die Mißhandlung", die den Folterbericht Weigels enthielt,[32] „groß herauszustellen und bei der Kommentierung […] anzudeuten, daß die tschechische Regierung sich zu Genugtuung wird entschließen müssen, wenn keine deutschen Maßnahmen ergriffen werden sollen".[33] Am Morgen nach dieser DNB-Meldung und den ersten Presseberichten notierte Goebbels erstmals etwas über den Fall Weigel: „Die Tschechen haben einen Reichsdeutschen im Gefängnis regelrecht gefoltert" (TG, 18.6.1937), was darauf hindeutet, daß er persönlich wahrscheinlich sehr spät, vielleicht erst aufgrund der Pressemeldungen, davon erfahren hatte. Denn das Innenministerium war lange vor Goebbels aktiv geworden. Zwei Tage danach verzeichnete Goebbels im Tagebuch, wiederum wie ein Unbeteiligter wirkend, einen letzten Satz zum Fall Weigel: „Starke Proteste der deutschen Presse. Tschechische Regierung gibt lahmes Dementi" (TG, 20.6.1937). Presseanweisungen wie diejenige, daß auf das tschechoslowakische Dementi „vorläufig nicht eingegangen

[27] Anfrage Aschmanns an die Gesandtschaft Prag, 22.5.1937, sowie Antwort Eisenlohrs an das A.A., 26.5.1937, PA/AA, Prag 79, Mappe 2, o.P. Vgl. auch die Schriftwechsel in: PA/AA, Prag 47.

[28] Mastný teilte Mackensen mit, daß infolge des Falls Weigel „der Kampf auf der ganzen Linie aufs neue entbrannt sei"; Bericht Mackensens, 9.11.1937, in: ADAP, D 2, Dok. 17.

[29] Der neunseitige Bericht Bruno Weigels über die brutalen Folterungen, die er in tschechoslowakischer Polizeihaft im November 1936 erlitten habe, befindet sich zusammen mit zahlreichen Schriftwechseln in den Akten der Reichskanzlei, BArch, R 43 II/1496, Bl. 145–154. Innenminister Frick ließ ihn „dem Führer zur Kenntnis" bringen, weil, so lautet das Begleitschreiben von Hans Krebs im Auftrag Fricks vom 5.6.1937 zum Folterbericht weiter, „es sich um keinen Einzelfall handelt", ebenda, Bl. 155f.

[30] „Dem Führer vorgetragen"; Aktenvermerk vom 16.6.1937, BArch, R 43 II/1496, Bl. 163r.

[31] Aktenvermerk vom 17.6.1937, BArch, R 43 II/1496, Bl. 163r, 164.

[32] DNB-Meldung Nr. 802, 17.6.1937, nachm., BArch, R 43 II/1496, Bl. 165, 165r.

[33] Aufzeichnung Brammers, in: NS-PrA, Bd. 5, Nr. 1477, 17.6.1937.

werden" solle,[34] oder Informationen zu den Folgen der Affäre finden in den Tagebüchern keine Erwähnung, was bedeuten könnte, daß Goebbels sich nicht recht zuständig fühlte, nachdem er so spät Kenntnis davon erlangte und andere Institutionen wie das Innenministerium bereits an Gegenmaßnahmen arbeiteten.

Wenige Wochen darauf bot die tschechoslowakische Regierung den nächsten Anlaß zu einer Pressekampagne, indem sie, wie Goebbels festhielt, „verboten" hatte, daß fünftausend „sudetendeutsche Kinder nach Deutschland zur Erholung kommen. Weil hier ‚Mangel an Lebensmitteln' sei", notierte Goebbels weiter und machte durch die Anführungszeichen deutlich, daß er die Begründung Prags nicht akzeptierte (TG, 3.8.1937). „Ich gebe Anweisung an die Presse, dagegen ganz scharf vom Leder zu ziehen" (TG, 3.8.1937), fügte Goebbels hinzu und dokumentierte damit zugleich, daß diesmal die Initiative von ihm ausgegangen war. Es scheint gerade diese Behauptung der Lebensmittelknappheit – einem der Topoi der NS-Propaganda gegen die Sowjetunion[35] – gewesen zu sein, die Goebbels zu einer erneuten Kampagne veranlaßte, denn die Nachricht des Verbots an sich war schon Tage zuvor bekannt und wurde weder von Goebbels im Tagebuch vermerkt noch in den Zeitungen groß aufgemacht.[36] Die Morgenpresse wurde vom DNB per Rundruf aufgefordert, daß sie am 4. August „dazu schärfstens Stellung nehmen" und „insbesondere darauf hinweisen" sollte, „daß man in ganz Deutschland nicht ein Prozent von der Zahl der unterernährten Kinder habe, die es in der Tschechoslowakei gebe".[37] Am Tag nach Erscheinen der Morgenpresse-Ausgaben vermerkte Goebbels im Tagebuch: „Unsere Kampagne gegen die Tschechei wegen der Verschickung sudetendeutscher Kinder nach Deutschland ist nun ganz groß gestartet. Die Zeitungen gehen ganz massiv vor. Die Tschechen sind sehr bestürzt. Aber man muß so operieren, wenn man etwas erreichen will" (TG, 5.8.1937). Goebbels stilisierte also, wie er im Tagebuch eingestand, bewußt eine eher unbedeutende Angelegenheit, so empörend sie auch aufgrund des behaupteten Nahrungsmangels gewirkt haben mochte, zu einer Affäre, die den tschechoslowakischen Gesandten Mastný zu einer Beschwerde beim Propagandaministerium veranlaßte (TG, 14.8.1937).[38]

Der nächste Vorfall, die Verhaftung Heinrich Ruthas, außenpolitischer Berater und Freund Henleins, am 4. Oktober 1937 durch tschechoslowakische Behörden und sein wenig später folgender Selbstmord (5.11.1937), eigentlich ein guter Anlaß zu einer publizistischen Offensive, sollte einer Presseanweisung zufolge „in keiner Weise besonders aufgemacht werden".[39] Den Grund dafür erfuhren die Journalisten nicht, aber Goebbels nannte ihn im Tagebuch: „peinliche 175er-Affäre in der Henlein-Partei" (TG, 10.10.1937). Über die tieferen Hintergründe der

[34] Aufzeichnung Brammers, in: NS-PrA, Bd. 5, Nr. 1493, 18.6.1937.
[35] Jacobsen, Struktur, S. 158f.
[36] NS-PrA, Bd. 5, Nr. 1842, 29.7.1937
[37] Aufzeichnung Fritz Sängers, in: NS-PrA, Bd. 5, Nr. 1882, 3.8.1937.
[38] Über seine Beschwerde bei Funk Mitte August 1937 berichtete Mastný auch Mackensen in einem Gespräch am 8.11.1937. Vgl. Bericht Mackensens, 9.11.1937, in: ADAP, D 2, Dok. 17.
[39] Aufzeichnung Sängers, in: NS-PrA, Bd. 5, Nr. 2423, 9.10.1937, vgl. auch Nr. 2413, 8.10.1937, Nr. 2433, 11.10.1937, und Nr. 2687, 5.11.1937.

Verhaftung Ruthas findet sich bei Goebbels keine Notiz, Henlein unterstellte er jedoch, „da auch sehr unvorsichtig gewesen zu sein" (TG, 10.10.1937), womit Goebbels kritisierte, daß Henlein einen Homosexuellen zu seinem engsten Vertrauten gemacht hatte. Die Frage, ob Goebbels der offensichtliche Verrat an Rutha durch radikalere sudetendeutsche Kräfte, möglicherweise unter Beteiligung reichsdeutscher Stellen, bekannt war, läßt sich mittels seiner Tagebücher nicht beantworten.[40]

Nach der gebotenen Zurückhaltung im Fall Rutha war das Presseecho nach zwei weiteren Vorkommnissen, die sich nur wenige Tage später ereigneten, um so lauter, so daß die Prager Presse darin ein Ablenkungsmanöver[41] von der sudetendeutschen Personalaffäre zu erkennen glaubte: zum einen auf die Eröffnung einer Ausstellung des Prager Kunstvereins „Mánes" mit Exponaten über und gegen die deutsche Generalität, die deutschen Soldaten des Ersten Weltkrieges, gegen die NSDAP und das faschistische Italien sowie zum anderen auf das Vorgehen der tschechoslowakischen Polizei gegen einige sudetendeutsche Abgeordnete in Teplitz-Schönau am 17. Oktober 1937. „In Prag gemeine Karikaturen gegen uns in einer Ausstellung unter amtlichen Protektorat gezeigt. Ich hetze die Presse darauf. Die zieht mächtig vom Leder" (TG, 15.10.1937), hatte Goebbels in sein Tagebuch notiert. Besonders gegen die Schirmherrschaft des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Beneš sowie die Beteiligung einiger Minister ließ Goebbels polemisieren[42] und stellte sogleich in Kenntnis der Morgenpresse des 15. Oktober fest: „Prag gibt sofort nach. Man muß nur auftreten" (TG, 15.10.1937). Nach stärksten Protesten der deutschen Presse und des Auswärtigen Amts[43] wurden zahlreiche Bilder und Karikaturen, die als besonders beleidigend betrachtet wurden, aus der Ausstellung entfernt; die Kampagne lief aber weiter, bis auch die letzten als anstößig empfundenen Bilder abgehängt worden waren.[44] „In Prag haben wir uns bei der Ausstellung Manes ganz durchgesetzt. Die Tschechen haben klein und häßlich beigegeben" (TG, 16.10.1937), schrieb Goebbels schließlich hämisch in sein Tagebuch.

Der Teplitzer Zwischenfall wenige Tage später führte zu einer so massiven antitschechischen Pressekampagne, daß eine gewaltsame Lösung der Sudetenfrage durch das Reich in weiten Kreisen für wahrscheinlich gehalten wurde. Vermutlich in Unkenntnis, um wen es sich handelte, hatte ein tschechischer Polizist den SdP-Abgeordneten und Stellvertreter Henleins Karl Hermann Frank nach dem Besuch einer politischen Versammlung am 17. Oktober 1937 mit einem Gummiknüppel geschlagen, woraufhin Frank ihm den Gummiknüppel entrissen und zurückge-

[40] Siehe hierzu: Smelser, Sudetenproblem, S. 140, 182; Küpper, Frank, S. 94; Luh, Turnverband, S. 395–399; Bericht Ernst Woermanns an das A.A., 28.10.1937, in: ADAP, D 2, Dok. 8; Král, Die Deutschen, Dok. 74, 84.

[41] Bericht Eisenlohrs an das A.A., 22.10.1937, in: ADAP, D 2, Dok. 5, S. 18f.

[42] Aufzeichnung Sängers über die Ausführungen Werner Stephans in der Pressekonferenz, in: NS-PrA, Bd. 5, Nr. 2464, 14.10.1937. Schirmherr der Ausstellung war Staatspräsident Beneš, Ehrenvorsitzende des Präsidiums waren Ministerpräsident Hodža, Außenminister Krofta und Kultusminister Emil Franke.

[43] Celovsky, Münchener Abkommen, S. 135.

[44] NS-PrA, Bd. 5, Nr. 2464, 14.10.1937; vgl. auch Nr. 2458, 13.10.1937, Nr. 2471, 14.10.1937, Nr. 2481, 15.10.1937.

schlagen hatte und deswegen zusammen mit seinen Gefährten verhaftet wurde.[45] Während in sudetendeutschen Kreisen gegenüber dem Auswärtigen Amt zugegeben wurde, daß „tatsächlich dem Abgeordneten Karl Hermann Frank die Nerven durchgegangen seien",[46] sollte die deutsche Presse diesen Vorfall laut erstem DNB-Rundruf vom 18. Oktober 1937 „als erneute ungeheuerliche Provokation der Sudetendeutschen" präsentieren, einer weiteren Presseanweisung desselben Tages zufolge sollte er „als eine Beleidigung des deutschen Volkes hingestellt werden". Am folgenden Tag war er als „die schlimmste innere und äußere Provokation" Deutschlands anzusehen.[47] „Die Tschechen haben brutal unsere Sudetendeutschen misshandelt" (TG, 19. 10. 1937), vermerkte Goebbels, was zwar stark übertrieben war, aber von Sudetendeutschen und vor allem Konrad Henlein bewußt falsch berichtet worden war,[48] so daß auch in den Presseanweisungen von „Mißhandlungen" mehrerer „sudetendeutscher Abgeordneter" berichtet wurde.[49] „Mit massivem Geschütz" werde nun in der deutschen Presse dagegen „geschossen", stellte Goebbels befriedigt fest (TG, 19. 10. 1937). Goebbels nahm sich vor, sich „jetzt überhaupt schärfer in die Pressepolitik" einzuschalten: „Jede Frechheit des Auslandes wird nun von uns gebührend beantwortet werden. Ich lasse mir täglich das diesbezügliche Material vorlegen. Das Ausland muß Respekt vor uns lernen" (TG, 19. 10. 1937), insbesondere die tschechoslowakische Regierung, in der Diktion von Goebbels das „Prager Pack", scheine, wie er festhielt, „die Zeit verschlafen zu haben" (TG, 19. 10. 1937). Genau im selben Tenor sprach auch der Pressereferent des Propagandaministeriums Werner Stephan in der Pressekonferenz: Die „tschechoslowakischen Provinzbehörden" hätten „wohl noch gar nicht gemerkt, mit wem sie es eigentlich zu tun haben".[50] Goebbels wiegelte „nochmal die Presse gegen die tschechische Willkür auf" und sorgte dafür, daß die „Kampagne gegen Prag […] unentwegt weiter" ging (TG, 20. 10. 1937).[51]

Die Presseoffensive wegen des Teplitzer Zwischenfalls hielt auch in den nächsten Tagen an (TG, 20.–22. 10. 1937), so daß sich der tschechoslowakische Gesandte Mastný wiederum bei Reichsaußenminister Neurath beschwerte. Goebbels sah darin eine „freche Dreistigkeit", und er war erleichtert, daß Neurath diesen, wie er schrieb, habe „kalt abfahren lassen" (TG, 22. 10. 1937). Wenn auch die Entgegnung

[45] Aufzeichnung Altenburgs, 28. 10. 1937, über Gespräch mit dem Henlein-Vertrauten Franz Künzel, in: ADAP, D 2, Dok. 9. Vgl. auch Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 171 f.; Küpper, Frank, S. 94–96; Smelser, Sudetenproblem, S. 183.

[46] Aufzeichnung Altenburgs, 28. 10. 1937, in: ADAP, D 2, Dok. 9.

[47] Aufzeichnung Sängers, 18. 10. 1937, in: NS-PrA, Bd. 5, Nr. 2496; Aufzeichnung Brammers, 18. 10. 1937, in: Ebenda, Nr. 2502; Aufzeichnung Brammers, 19. 10. 1937, in: Ebenda, Nr. 2506.

[48] In einem offenen Brief an Beneš, der in zahlreichen Zeitungen erschienen war, machte der SdP-Führer dem tschechoslowakischen Staatspräsidenten „Mißhandlungen mehrerer Abgeordneter der SdP" zum Vorwurf; vgl. Zeitungsausschnittsammlung der Presseabteilung des Propagandaministeriums, Kärntner Volkszeitung, 23. 10. 1937, BArch, R 55/21122, Bl. 21. Vgl. auch Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 171.

[49] Aufzeichnung Sängers, in: NS-PrA, Bd. 5, Nr. 2496, 18. 10. 1937, vgl. auch Nr. 2506, 2512, beide vom 19. 10. 1937.

[50] Aufzeichnung Brammers über Ausführungen Stephans, in: NS-PrA, Bd. 5, Nr. 2502, 18. 10. 1937.

[51] NS-PrA, Bd. 5, Nr. 2512, 19. 10. 1937, Nr. 2523, 20. 10. 1937, Nr. 2530, 21. 10. 1937.

Neuraths auf den Protest Mastnýs nicht überliefert ist, so läßt eine Rede des tschechoslowakischen Außenministers Kamil Krofta erkennen, daß Neurath die Beschwerde des Gesandten tatsächlich als deplaciert zurückgewiesen hatte.[52] Die Verlautbarungen aus Prag, „der Pressefeldzug" sei „nur Privatlieberei" von ihm, Goebbels, die maßgeblichen Männer wie Neurath und auch Hitler seien jedoch „dagegen", ließ Goebbels „durch eine neue Kampagne erledigen", bei der „noch schärfer" herangegangen werden sollte (TG, 24. 10. 1937). Die Absage der Gemeindewahlen, die am 14. November 1937 stattfinden hätten sollen, infolge der gespannten Situation, bewertete Goebbels als „Schlag gegen die Sudetendeutschen" (TG, 24. 10. 1937). Das „Communiqué" über „die Vorfälle in Teplitz" ließ Goebbels, wie er schrieb, „durch die deutsche Presse zerfetzen" (TG, 26. 10. 1937). Auch an den folgenden Tagen wurde die Presse „ganz scharf" gegen Prag instruiert (TG, 27. 10. 1937), und Goebbels' Staatssekretär Walther Funk wurde angewiesen, wegen der Emigrantenpresse „den tschechischen Gesandten kommen" zu lassen „und ihn darauf aufmerksam" zu machen, daß man sich „das nicht mehr gefallen lassen" wollte, sondern „gegenschlagen" würde (TG, 29. 10. 1937).

Am 2. November 1937 gab Goebbels, wie er im Tagebuch berichtet, dem deutschen Gesandten in Prag, Ernst Eisenlohr, in einem Gespräch zu verstehen, daß „nun publizistisch gegen die Prager Emigrantenpresse" vorgegangen werde (TG, 3. 11. 1937), woraufhin Eisenlohr „bestürzt" gewesen sei. „Er will nun zu Benesch gehen und ihm den Ernst der Situation vor Augen halten", notierte Goebbels weiter. Zwei Tage darauf protestierte Eisenlohr „im Namen des Herrn Reichsministers für Propaganda" gegenüber dem tschechoslowakischen Außenminister Krofta gegen die Emigrantenblätter in Prag und teilte diesem mit, daß das Deutsche Reich „es nicht länger hinnehmen" würde, wenn Emigrantenblätter „unter dem Schutz" der tschechoslowakischen Regierung gegen das Dritte Reich „hetzten".[53] Eine Woche später, am 9. November 1937, übergab Eisenlohr Staatspräsident Edvard Beneš eine Liste mit den Titeln der Emigrantenblätter und -korrespondenzen, deren Verbot das Deutsche Reich vordringlich wünschte, darunter z. B. „Die neue Weltbühne", der „Neue Vorwärts" oder die Sopadeberichte.[54] In der Zwischenzeit, am 3. November, hatte Goebbels bereits angeordnet, die Pressekampagne gegen die Tschechoslowakei einzustellen.[55] Diese über Walther Funk

[52] Krofta, Die Tschechoslovakei und die internationale Spannung, S. 47.

[53] Telegramm Eisenlohrs an das A.A., 4. 11. 1937, in: ADAP, D 2, Dok. 12.

[54] Politischer Bericht Eisenlohrs vom 11. 11. 1937 mit Aufzeichnung vom 10. 11. 1937 und Anlage an das A.A., PA/AA, R 103. 626, Bl. 59–75; in der ADAP-Edition fehlt die Anlage mit der Auflistung der unerwünschten Emigrantenliteratur; vgl. ADAP, D 2, Dok. 18, S. 34f. Vgl. auch tschechoslowakische Aufzeichnung über dieses Gespräch, in: Král, Die Deutschen, Dok. 81, S. 137f.

[55] Aufzeichnung Hans Georg von Mackensens, 3. 11. 1937, in: ADAP, D 2, Dok. 11. Die Emigrantenblätter wurden von der Gesandtschaft an das A.A., z. T. mit der Bitte um Weiterleitung an die Gestapo oder das Propagandaministerium, z. T. auch direkt an das Propagandaministerium gesandt, PA/AA, Prag 49, Bl. 110–115. Die Beschaffungskosten vor allem für die Sopade-Berichte waren enorm, so daß die Gesandtschaft Prag beim A.A. anfragte, „ob die Übersendung dieser Berichte der Gestapo wertvoll genug erscheint, um die durch die Beschaffung entstehenden Unkosten zu rechtfertigen"; Schreiben des deutschen Geschäftsträgers in Prag, Andor Hencke, an das A.A., 9. 4. 1937, PA/AA, Prag 49, Bl. 255.

telefonisch übermittelte Anordnung enthält keine Begründung, nur in den Goebbels-Tagebüchern ist der Anlaß notiert: „Henlein bittet, unsere gegen Prag gerichtete Kampagne etwas abzustoppen[56]. Er hat sonst seine Leute nicht mehr richtig in der Hand", heißt es bei Goebbels weiter (TG, 4. 11. 1937). „Er weiß auch nicht, was er will", kommentierte Goebbels im selben Absatz, dennoch entsprach er Henleins Bitte und veranlaßte einen vorläufigen Pressewaffenstillstand. Auch Hitler selbst wünschte ein Abklingen der Pressekampagne und befahl Goebbels am 5. November 1937, noch vor Beginn der berüchtigten Konferenz, die erwähnte „Zurückhaltung" in der „Tschechenfrage" (TG, 6. 11. 1937). In der Forschung ist das Desinteresse des NS-Regimes an einer Verschärfung des Konflikts Ende 1937 unbestritten, obgleich bisher kein annähernd so deutlicher Beleg wie aus dem Goebbels-Tagebuch zu finden war.[57] Am selben Tag, dem 5. November 1937, wurde den deutschen Pressevertretern in einer Konferenz mitgeteilt, „der Tschechoslowakei gegenüber müsse man kürzer treten", man „wolle den Bogen jetzt nicht überspannen".[58]

Hitler wußte von den Erwartungen der Sudetendeutschen, die vorläufig noch nicht erfüllt werden konnten. Wenig später berichtete Konrad Henlein Hitler persönlich in einem langen Schreiben, in dem er sich eindeutig zum Nationalsozialismus bekannte,[59] daß die publizistische Offensive bei den Sudetendeutschen „die Vorstellung erweckt" habe, „daß der Pressekampagne seitens des Reiches bestimmte Tathandlungen gegen die Tschechoslowakei folgen würden". Im selben Schriftstück beschwerte sich Henlein aber auch über den plötzlichen Abbruch der Pressekampagne, um den er Goebbels selbst gebeten hatte, weil er, so schrieb er weiter an Hitler, „die Aktion entwertete und andererseits jener tschechischen Argumentation recht gab, daß das Sudetendeutschtum nur gelegentliches Objekt der nationalsozialistischen Propaganda sei, mit der die seriöse Außenpolitik des Reiches nichts zu tun habe".[60] Henlein betrieb offensichtlich eine zwiespältige Taktik, indem er mit Goebbels' Unterstützung seine durch die Affäre Rutha in Unruhe geratene Partei zu konsolidieren versuchte, andererseits aber gegenüber Hitler den Abbruch der Kampagne sowie generell die mangelnde Abstimmung des NS-Regimes mit ihm als Führer der Sudetendeutschen Partei beklagte und sich gegen vom Reich protegierte Einzelaktionen wandte; er fürchtete also offenbar um seine

[56] Für die Richtigkeit dieser Angabe bei Goebbels spricht auch die Aufzeichnung Altenburgs über ein Gespräch mit dem Henlein-Vertrauten Künzel vom 28. 10. 1937, in der es heißt, „der scharfe Ton" der deutschen Presse „liege […] nicht ganz in der von Konrad Henlein gewünschten Linie". ADAP, D 2, Dok. 9.

[57] Celovsky, Münchener Abkommen, S. 136 und Anm. 1, beispielsweise beruft sich mangels anderer Quellen auf das Hoßbach-Protokoll vom 5. 11. 1937, in: IMG 25, 386-PS, S. 403–413.

[58] Aufzeichnung Sängers, in: NS-PrA, Bd. 5, Nr. 2702, 5. 11. 1937.

[59] Allerdings bat Henlein um Verständnis, daß die „SdP […] ihr Bekenntnis zum Nationalsozialismus als Weltanschauung und als politischem Prinzip tarnen" müsse, um nicht von der tschechoslowakischen Regierung verboten zu werden. Bericht Henleins für Hitler, überliefert in der Durchschrift, die Henlein am 19. 11. 1937 an Neurath sandte. Wann Hitler diesen Bericht erhielt, ist unbekannt; ADAP, D 2, Dok. 23, S. 47.

[60] Bericht Henleins für Hitler, in: ADAP, D 2, Dok. 23, S. 49f.

Stellung als SdP-Chef.[61] Goebbels, der von diesem Brief offenbar nichts erfahren hatte, hielt sich an die Abmachung mit Henlein sowie an die Anweisung Hitlers und befahl seinem Staatssekretär Funk, wie er selbst notierte, „Mastný vorläufig nicht zu empfangen", denn man wollte „die Tschechensache vorläufig mal ruhen lassen" (TG, 6.11.1937).

Vojtěch Mastný, vom Propagandaministerium abgewiesen, wurde mehrmals im Auswärtigen Amt vorstellig, um eine Lösung im Pressekonflikt zu finden. In Gesprächen mit Staatssekretär Mackensen (8.11.1937) und dem Leiter der Presseabteilung Gottfried Aschmann (9.11.1937) zeigte sich Mastný zuversichtlich, daß die publizistische Betätigung von Emigranten gegen das Deutsche Reich eingeschränkt werden würde, da sie die deutsch-tschechischen Beziehungen belaste.[62] Beide Seiten warteten gespannt das Gespräch zwischen Eisenlohr und Beneš ab, das am 9. November 1937 stattfand und in dem Beneš Eisenlohr „gewisse Versprechungen bzgl. Emigrantenliteratur gemacht" (TG, 14.11.1937) hatte, wovon Goebbels entweder über Eisenlohr oder das Auswärtige Amt am 13.11.1937 erfahren hatte.[63] „Aber ‚es fehlen ihm die gesetzlichen Handhaben'", so hatte Goebbels korrekt die Antwort des tschechoslowakischen Staatspräsidenten im Tagebuch festgehalten, in Anführungszeichen deshalb, weil Goebbels dort die Argumentation von Beneš wiedergab, die er jedoch im Gegensatz zu Eisenlohr nicht gelten lassen wollte.[64] Auch der unmittelbar folgende Satz verdeutlicht, daß Goebbels Prag eine Hinhaltetaktik unterstellte: „Darauf können wir uns nun nicht mehr einlassen" (TG, 14.11.1937). Eisenlohr erhielt von Goebbels am selben Tag den „Auftrag, das mit aller Klarheit zum Ausdruck zu bringen" (TG, 14.11.1937).

Zwei Tage nach diesem Gespräch Eisenlohrs mit dem Staatspräsidenten hielt der tschechoslowakische Außenminister Kamil Krofta im Parlament eine große außenpolitische Rede, über die Goebbels im Tagebuch notierte: „Krofta spricht im

[61] Henlein schrieb: „Die Einheit der Volkgruppe ist nur durch die SdP und nur unter der Führung Konrad Henleins sicherzustellen"; Bericht Henleins für Hitler, in: ADAP, D 2, Dok. 23, S. 49f. Siehe hierzu auch Zimmermann, Die Sudetendeutschen, S. 55f.

[62] Telegramm Eisenlohrs über eine Unterredung mit Mastný an das A.A., 24.10.1937; Aufzeichnung Aschmanns, 9.11.1937; Aufzeichnung Mackensens, 9.11.1937, in: ADAP, D 2, Dok. 6, 16, 17.

[63] Der tschechoslowakischen Aufzeichnung zufolge gab Eisenlohr Beneš „Goebbels' Ehrenwort, man werde den Pressefeldzug gegen uns [die Tschechoslowakei, d.V.] einstellen, wenn wir [die tschechoslowakische Staatsführung, d.V.] die Schreibart der Emigrantenpresse nicht mehr zulassen". Beneš habe erwidert, dies entspräche „voll seiner An- und Voraussicht", und es sei „gewiß, daß es zu diesem Übereinkommen […] kommen werde, kommen müsse". Aufzeichnung von Dr. Přemysl Šámal, Kanzlei des tschechoslowakischen Staatspräsidenten, in: Král, Die Deutschen, Dok. 81, S. 138.

[64] Der Inhalt dessen, was Goebbels im Tagebuch wiedergibt, ist – von der Bewertung abgesehen – identisch mit dem, was Eisenlohr am 11.11.1937 in seinem Bericht an das A.A. geschrieben hatte: „Er [Beneš, d.V.] sagte, was sicherlich zutrifft, daß es schwierig sein werde, die Mittel und Wege zu finden, um diesen Unternehmungen [Emigrantenpresse, d.V.] beizukommen und daß es Zeit kosten werde. Auch dürfe es nicht so aussehen, als ob sein Einschreiten unter deutschem Druck erfolge. Aber er mache keine prinzipiellen Schwierigkeiten und werde sofort ans Werk gehen." Politscher Bericht Eisenlohrs vom 11.11.1937 mit Aufzeichnung vom 10.11.1937 und Anlage an das A.A., in: ADAP, D 2, Dok. 18, S. 35.

Prager Parlament frech und verlogen über die Teplitzer Vorfälle“ (TG, 13.11.1937). Krofta hatte in bezug auf diesen Zwischenfall davon gesprochen, daß hier eine „auf entweder ganz unwahre oder wenigstens die Wahrheit grob verzerrende Behauptungen gestützte Beschuldigung der Tschechoslowakei“ erfolgt sei und daß sich inzwischen nicht mehr entschieden sagen lasse, Deutschland betreibe keine grundsätzlich antitschechische Politik, während der Tschechoslowakei „jede grundsätzlich antideutsche Politik ganz fremd“ sei.[65] Er stellte den Teplitzer Vorfall als banales Ereignis dar, verwahrte sich gegen „jeden äußeren Eingriff“ in die inneren Angelegenheiten der Tschechoslowakei, insbesondere gegen „Drohungen oder Beleidigungen“, und verwies darauf, „wie korrekt und maßvoll“ sich die tschechoslowakische Regierung „Deutschland gegenüber in den Zeiten seiner vorübergehenden Schwäche verhalten“ habe. Diese Rede war ungewöhnlich scharf – in Goebbels Worten „frech“ –, so daß der deutsche Gesandte Eisenlohr das Auswärtige Amt auf die innerpolitische Debatte in der Tschechoslowakei hinwies und anmerkte, die Rede Kroftas sei „aus diesem Grunde jetzt etwas schärfer ausgedrückt als ursprünglich beabsichtigt war“.[66] Goebbels' Einschätzung als „verlogen“ ist vor dem Hintergrund der sudetendeutschen Propaganda zu sehen, die fortwährend behauptete, daß „die tschechische Innenpolitik eindeutig und planmäßig auf Entnationalisierung und Vernichtung des Sudetendeutschtums“ ziele, und daß der Teplitzer Vorfall dafür „symptomatisch“ sei.[67]

Während sich der Gesandte Eisenlohr in Prag um eine weitere Einschränkung der Emigrantentätigkeit bemühte, ließ Goebbels seinen Staatssekretär Funk bei der nächsten Gelegenheit erneuten Protest beim tschechoslowakischen Gesandten erheben. Nach Erscheinen einer Karikatur gegen Goebbels führte Funk, wie ersterer festhielt, „bei Mastny Beschwerde über die tschechische Presse“ (TG, 24.11.1937). Mastný sei daraufhin „eigens nach Prag“ gereist, „um Vorstellungen zu erheben“, notierte der Propagandaminister beinahe verwundert (TG, 24.11.1937). „Er will wohl Frieden haben“, glaubte Goebbels (TG, 24.11.1937), was eine treffende Einschätzung war.[68] Vor seiner Abreise nach Prag sprach Mastný noch mit dem Leiter der NS-Auslandsorganisation im Auswärtigen Amt, Ernst Wilhelm Bohle, über eine mögliche Zulassung der A.O. in der Tschechoslowakischen Republik und stellte ein Einschreiten gegen die Emigrantenpresse in Aussicht.[69] Nach seiner Rückkehr unterrichtete Mastný am 10. Dezember 1937 die Politische Abteilung des Auswärtigen Amts über die tschechoslowakischen Maßnahmen zur Schaffung des Pressefriedens und gab, einem Vermerk von Weizsäckers zufolge, seiner Überzeugung Ausdruck, damit „die Wünsche des früheren Staatssekretärs, jetzigen Reichsministers Funk erfüllt zu haben“,[70] und bestätigte so auch das Gespräch Funks mit Mastný, das Goebbels am 24. November erwähnte. Mastný bat

[65] Krofta, Die Tschechoslovakei und die internationale Spannung, S. 46–48.
[66] Schreiben Eisenlohrs an das A.A., 12.11.1937, PA/AA, R 103622, Bl. 434434–435.
[67] Bericht Henleins für Hitler, in: ADAP, D 2, Dok. 23, S. 42, 45.
[68] Mastný erklärte später, er betrachte es als seine „Lebensaufgabe […], die deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen zu verbessern“, Aufzeichnung Ribbentrops, 31.3.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 111.
[69] Aufzeichnung Bohles, 30.11.1937, PA/AA, R 103.626, Bl. 434940–943.
[70] Vermerk Weizsäckers über Gespräch mit Mastný, 10.12.1937, in: ADAP, D 2, Dok. 29.

in dieser Unterredung mit Weizsäcker um einen weiteren Termin bei Funk, doch dieser, inzwischen zum Wirtschaftsminister avanciert, empfing ihn nicht. Statt dessen sprach Mastný am 13. Dezember 1937 mit Funks Nachfolger im Propagandaministerium, Karl Hanke, worüber Goebbels im Tagebuch detailliert berichtete: „Mastny war bei Hanke:[71] er hat in Prag offene Ohren gefunden. 3 Emigrantenblätter sind schon verboten. Die anderen folgen. Sonst wird die gesamte tschechische Presse eine große Schwenkung vollziehen" (TG, 14. 12. 1937). Dieser von Goebbels überlieferte Gesprächsinhalt entspricht genau dem, was Weizsäcker über seine eigene Unterredung mit Mastný festgehalten hat.[72]

Schon wenige Tage später läßt sich vor allem in den Quellen des Auswärtigen Amts erneut eine Verschärfung der deutsch-tschechoslowakischen Spannungen nachverfolgen, die in den Tagebucheintragungen von Goebbels jedoch kaum erkennbar ist. Es ging dabei um Auswirkungen des tschechoslowakischen Staatsverteidigungsgesetzes vom 13. Mai 1936, das eine ganze Reihe von Regelungen enthielt, die gegen mißliebige Personengruppen wie politisch aktive Minderheiten angewandt werden konnten und zum Teil auch wurden.[73] Da von den geplanten Maßnahmen besonders Reichsdeutsche (mit deutschem Paß) und Sudetendeutsche in der grenznahen Industriestadt Jägerndorf betroffen waren, veranlaßte Goebbels starke Proteste in der Presse (TG, 17. 12. 1937), während das Auswärtige Amt zusammen mit der Auslandsorganisation der NSDAP, der SS und der Gestapo Entlassungen und Zwangsveräußerungen tschechoslowakischer Staatsbürger im Reichsgebiet aufgrund des „Gesetzes über die Sicherung der Reichsgrenze und über Vergeltungsmaßnahmen"[74] zum 1. Februar 1938 vorbereitete.[75] Laut Führerbefehl sollten für jeden Deutschen, der aufgrund des Staatsverteidigungsgesetzes beispielsweise den tschechoslowakischen Staat zu verlassen gezwungen war, zwei Tschechen aus dem Deutschen Reich ausgewiesen werden.[76] Schon seit Frühjahr 1937 hatte Heinrich Himmler zu diesem Zweck tschechoslowakische Staatsangehörige im Reichsgebiet sowie deren Besitzungen in Listen erfassen lassen und in

[71] Vom Gespräch mit Hanke berichtete Mastný Weizsäcker am 1. 2. 1938; Aufzeichnung Weizsäckers, 1. 2. 1938, PA/AA, R 103. 626, Bl. 205 f.

[72] „1. Sofortige Einstellung von zwei bis drei Emigranten-Organen; daran anknüpfend weitere Einstellung ähnlicher Schriften. 2. Einstellung des „Neuen Vorwärts" in einigen Wochen. 3. Dämpfende Einwirkung auf die Sprache der tschechoslowakischen Presse." Vermerk Weizsäcker über Gespräch mit Mastný, 10. 12. 1937, in: ADAP, D 2, Dok. 29.

[73] Das Gesetz beschränkte die Verfassung der tschechoslowakischen Republik erheblich; zeitgenössische Politologen und Juristen wie Herbert Kier (aus Österreich.-Schlesien) und der Sudetendeutsche Fritz Sander sahen in dem Gesetz eine Parallelverfassung, die den demokratischen Staat in ein autoritäres System umformte. Vgl. hierzu: Kier, Das tschechoslowakische Staatsverteidigungsgesetz, S. 803–828. Zu den Auswirkungen auf das sudetendeutsche Wirtschaftsleben siehe Boyer, Nationale Kontrahenten, S. 351–391.

[74] RGBl. 1937, Teil I, 10. 3. 1937, Nr. 30.

[75] In den Akten des A.A. lassen sich die geplanten Vergeltungsmaßnahmen deutlich belegen. Das A.A. war, gemeinsam mit dem Innenministerium, auch an der Ausarbeitung dieses Gesetzes beteiligt; nicht unterzeichnete Aufzeichnung vom 30. 1. 1937, PA/AA, R 101. 346, Bl. 386548. Für die konkreten Planungen im Winter 1937/38 siehe ADAP, D 2, Dok. 31, 35, 36, 40–43, 50–52, 55.

[76] Schreiben des Leiters des Rechtsamts der AO der NSDAP an das A.A., 7. 1. 1938, PA/AA, R 103. 626, Bl. 186–188.

diesen zwischen Sudetendeutschen und sogenannten Nationaltschechen unterschieden.[77]

Die tschechoslowakische Regierung sagte infolge der deutschen Proteste und angedrohten Repressalien zu, die Beschlüsse gegen die Reichsdeutschen weitgehend zu revidieren[78], wovon Goebbels aber keine Notiz nahm. Ihn interessierten zu dieser Zeit lediglich die Pressebeziehungen. Am 20. Dezember 1937 schrieb der Leiter der Presseabteilung des Auswärtigen Amts, Gottfried Aschmann, an das Propagandaministerium: „Wie vertraulich mitgeteilt wird, schweben zurzeit in Prag Verhandlungen wegen eines Verbots der Emigrantenpresse" – eine Mitteilung, die deutlich belegt, daß das Propagandaministerium an diesen Verhandlungen nicht beteiligt war.[79] Diese Nachricht hätte dort eigentlich bekannt sein müssen, aber offensichtlich veranlaßte sie den zuständigen Beamten Heinrich Hövel zu einer Mitteilung an Goebbels, so daß dieser am folgenden Tag notierte: „Prag versucht krampfhaft, mit uns Frieden zu machen. Aber ohne nennenswerte Zugeständnisse. Wir verzichten darauf. Der Führer verbietet generell alle Aussprachen über Presseabkommen etc. Das ist richtig!" (TG, 21. 12. 1937). Anscheinend galt diese Anweisung Hitlers aber nicht für den Pressechef der Reichsregierung Otto Dietrich, der in der Folgezeit „ein Pressefriedensabkommen mit Belgrad" (TG, 18. 1. 1938) arrangierte.[80] Diese Pressevereinbarung mit dem Königreich Jugoslawien wurde anläßlich des Berlin-Besuchs von Ministerpräsident Milan Stojadinović getroffen. Über das Ziel des Staatsbesuchs hielt Goebbels im Tagebuch fest: „Wir müssen Jugoslawien auf unsere Seite ziehen und damit die Tschechei fein säuberlich isolieren. Darauf wird alles angelegt" (TG, 16. 1. 1938). Schon Tage zuvor war der Staatsgast Gegenstand zahlreicher Presseanweisungen[81], so daß Goebbels vermerken konnte, Stojadinović habe „eine ganz große Presse in Berlin" (TG, 16. 1. 1938). Zur gleichen Zeit hielt sich auch der polnische Außenminister Józef Beck in Berlin auf, bei dem, wie Goebbels überliefert, Hitler ebenfalls „gegen [die, d.V.] Tschechei geredet" habe, die „nun ganz isoliert" sei (TG, 15. 1. 1938). Gegen die Tschechoslowakei „die Feindschaft von allen Seiten zu schüren liegt nur in unserem Interesse" (TG, 29. 1. 1938), vermerkte Goebbels in seinem Tagebuch und überlieferte so eine klare Kursangabe zu den politischen Zielen des NS-Regimes Anfang 1938.[82]

[77] Schreiben des RFSSuCdDP an das A.A., 20. 9. 1937, PA/AA, R 103. 626, Bl. 9.

[78] Vgl. ADAP, D 2, Dok. 31, 50, 51.

[79] Schreiben Aschmanns an das RMfVP, 20. 12. 1937, im Durchschlag für die Gesandtschaft Prag überliefert, PA/AA, Gesandtschaft Prag, Nr. 79, Mappe 3, Bl. 138. Vorausgegangen waren mehrere Anfragen von Heinrich Hövel vom Propagandaministerium an das A.A., ob denn die Schriften von Beneš im Reichsgebiet verboten werden könnten, ebenda, Bl. 137, 18, 19v+r, 20v+r. Aschmann sprach sich gegen ein Verbot der Schriften aus, um „diese Verhandlungen nicht zu stören"; ebenda, Bl. 138.

[80] Vgl. auch NS-PrA, Bd. 6, Nr. 158 f., 17./18. 1. 1938; siehe auch Schwarzenbeck, Nationalsozialistische Pressepolitik, S. 260 f.

[81] NS-PrA, Bd. 6, Nr. 97, 114, 123 f., 132, 144, 147, 152, vom 12.–15. 1., 17. 1. 1938.

[82] Die SdP unterstützte das NS-Regime hierbei; vgl. Küpper, Frank, S. 99.

2. Vom „Anschluß“ Österreichs zur Maikrise

Anläßlich eines Diplomatenempfangs am 15. Februar 1938, dem Tag, an dem die österreichische Regierung das Ultimatum vom Obersalzberg angenommen hatte, sprach der tschechoslowakische Gesandte Mastný, der sich monatelang vergeblich um einen Termin bei Hitler bemüht hatte,[83] wenige Minuten mit dem deutschen Reichskanzler. Mastný bezeichnete das deutsch-österreichische Kommuniqué als Schritt in Richtung Frieden und brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, daß sich auch die deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen in ähnlicher Weise verbessern würden. Hitler erklärte dies auch als seinen Wunsch, verlangte aber, wie ein Bericht Mastnýs belegt, „daß die Tschechoslowakei ihre Politik zu den Sudetendeutschen revidieren wird“.[84] In einer längeren Unterredung mit Goebbels hatte der Gesandte dann am selben Abend Gelegenheit, die pressepolitischen Verstimmungen zu erörtern. Goebbels notierte über dieses Gespräch in sein Tagebuch: „Mastny aus Prag bittet um gut Wetter. Die österreichische Einigung hat ihn sehr erschreckt.[85] So kann es also gehen. Arme Tschechei! Prag will nun auch schärfer gegen die Emigranten vorgehen“ (TG, 16. 2. 1938). Goebbels forderte, wie durch einen weiteren Bericht Mastnýs überliefert ist, ein Verbot der Emigrantenpresse, das Mastný in Aussicht stellte, und fragte den Gesandten, ob er nicht die deutlich freundlichere und sachlichere Schreibweise der deutschen Presse bemerkt habe. Auch der Propagandaminister zeigte sich bereit, die Beziehungen des NS-Regimes zur Tschechoslowakei zu verbessern, allerdings nur bei beiderseitigem Entgegenkommen.[86]

Hitler beabsichtigte nach dem deutsch-österreichischen Februarabkommen von 1938, auch der tschechoslowakischen Regierung künftig den Kurs ihrer Politik diktieren zu können, wie Goebbels überliefert: „Mit Prag will der Führer bei kommender günstiger Gelegenheit ähnlich verfahren“ (TG, 21. 2. 1938). Dementsprechend richtete sich Hitlers Reichstagsrede am 20. Februar 1938, ein Rechenschaftsbericht seiner fünfjährigen Amtszeit, der für den 30. Januar 1938 geplant war, aber wegen der Blomberg-Fritsch-Krise verschoben wurde, insbesondere gegen Wien und Prag. Den Inhalt der Rede gab Goebbels im Tagebuch korrekt wieder. Über die Passage, die die Deutschen jenseits der Reichsgrenzen betraf, schrieb er: „Das Deutschtum der Tschechoslowakei gegenüber in Schutz genommen“ (TG, 21. 2.

[83] Brief Weizsäckers an Eisenlohr, 30. 12. 1937, in: ADAP, D 2, Dok. 43; siehe auch ADAP, D 2, Dok. 19.

[84] Dieses Zitat Hitlers entstammt der Aufzeichnung Mastnýs und wurde von ihm in deutscher Sprache festgehalten. Dieses kurze, 7–10 Minuten währende Gespräch war das dritte überhaupt, nach zweien im Jahre 1933, das Mastný mit Hitler bis dahin führte. Bericht des Gesandten Mastný an das tschechoslowakische Außenministerium, 16. 2. 1938, Archiv MZV ČR, ohne Signatur, Laufender politischer Bericht 31. Siehe auch Král, Abkommen, Dok. 16, S. 67 f., über Telefonat Mastnýs mit Krofta am 16. 2. 1938. Vgl. auch politischer Bericht Mastnýs, 23. 3. 1938, in: Král, Abkommen, Dok. 55, S. 102.

[85] Vgl. auch Telegramm Eisenlohrs, 16. 2. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 56.

[86] Bericht des Gesandten Mastný an das tschechoslowakische Außenministerium, 16. 2. 1938, Archiv MZV ČR, ohne Signatur, Laufender politischer Bericht 32; siehe auch Král, Abkommen, Dok. 16, S. 67 f. über Telefonat Mastnýs mit Krofta am 16. 2. 1938.

1938).[87] Damit hatte Hitler unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß sich das NS-Regime weiterhin in die inneren Angelegenheiten des tschechoslowakischen Staates einmischen werde, was auf tschechoslowakischer Seite tiefe Beunruhigung auslöste. Außenminister Krofta beurteilte die Rede am folgenden Tag in einer Zirkulardepesche als „die bisher schärfste Äußerung des Kanzlers", die „ein Dokument der neuen deutschen Stärke sein" solle und „ein klares Eingreifen in innere Verhältnisse" seines Landes darstelle. Krofta erklärte weiter: „Wir sind immer bereit, mit Deutschland zu verhandeln, lehnen aber jeden Eingriff in die Minderheitenpolitik ab. […] An erster Stelle ist es nötig, unsere innere Zusammengehörigkeit und Ruhe zu kräftigen und nach außen kundzugeben, ebenso wie die Bereitschaft zur Verteidigung".[88] „Prag hat Angst" (TG, 5.3.1938), konstatierte Goebbels nach einem Gespräch mit dem Gesandten Ernst Eisenlohr am 4. März 1938, daher habe es die „Emigrantenpresse bereits ganz verboten" (TG, 5.3.1938). Diese Notiz Goebbels' wird durch einen Bericht Eisenlohrs an das Auswärtige Amt bestätigt, in dem der Gesandte geschrieben hatte: „Die Tschechen haben nun in der Tat der Emigrantenpresse das Handwerk gelegt".[89] Ein Problem stellte aus nationalsozialistischer Sicht aber weiterhin der Vertrieb der Emigrantenliteratur auf tschechoslowakischem Territorium dar.[90]

Goebbels erfuhr von Eisenlohr am 4. März 1938 zudem, daß Ministerpräsident Hodža „Neuwahlen" und die Regierungsbeteiligung Henleins geplant habe (TG, 5.3.1938). Nach dem Gespräch mit dem Diplomaten Eisenlohr erscheint die Position Goebbels' gegenüber der Tschechoslowakei nicht völlig unversöhnlich, sondern eher pragmatisch und taktisch orientiert: „Wollen wir nun weiter die Kluft zu Prag oder den Versuch machen, es von Moskau loszulösen. Darüber kann nur der Führer entscheiden. […]. Eine ersprießliche Unterhaltung mit Berlin kommt für Prag erst infrage, wenn die sudetendeutsche Angelegenheit erledigt ist.

[87] Hitler hatte am 20.2.1938 ausgeführt: „Die staatsrechtliche Trennung vom Reich kann nicht zu einer volkspolitischen Rechtlosmachung führen […]. Es ist auf die Dauer für eine Weltmacht von Selbstbewußtsein unerträglich, an ihrer Seite Volksgenossen zu wissen, denen aus ihrer Sympathie oder ihrer Verbundenheit mit dem Gesamtvolk, seinem Schicksal und seiner Weltauffassung fortgesetzt schweres Leid zugefügt wird. […] Allein so wie England seine Interessen über einen ganzen Erdkreis hin vertritt, so wird auch das heutige Deutschland seine […] Interessen zu vertreten und zu wahren wissen. Und zu diesen Interessen des Deutschen Reiches gehört auch der Schutz jener deutschen Volksgenossen, die aus Eigenem nicht in der Lage sind, sich an unseren Grenzen das Recht einer allgemeinen menschlichen, politischen und weltanschaulichen Freiheit zu sichern." Reichstagsrede Hitlers, 20.2.1938, Verhandlungen des Reichstags, Bd. 459, S. 41.

[88] Abgedr. in: Král, Abkommen, Dok. 22, S. 71f. Vgl. auch Laffan, Survey, Vol. II, S. 53, 57–61; Celovsky, Münchener Abkommen, S. 142. Als Zeichen der Beunruhigung kann auch der Verweis von Ludvík Krejčí, Generalstabschef der tschechoslowakischen Armee, auf die Grenzsicherung und die Qualität seiner Truppen verstanden werden, die Goebbels folgendermaßen festhielt: „Der Prager Generalstabschef prahlt mit seinem Festungsgürtel gegen Deutschland. ‚Bis der Bundesgenosse zu Hilfe eilen könne.' Armer Irrer!" TG, 25.2.1938; vgl. hierzu Laffan, Survey, Vol. II, S. 58f.

[89] Politischer Bericht Eisenlohrs an das A.A., 11.2.1938 (Konzept), ausgefertigt am 12.2.1938, PA/AA, Prag 79, Mappe 3, o.P., Bl. 2 von 4.

[90] Dieses Problem bestand für das NS-Regime bis März 1939; vgl. Korrespondenz in: PA/AA, Prag 48.

Da soll Hodza handeln. Und zwar Autonomie im weitesten Sinne“ (TG, 5.3.1938). Zwei Tage darauf, nach einem Besuch bei Hitler, beurteilte Goebbels die Situation weitaus radikaler: „Prag macht nur Dummheiten. Hodza müßte gleich eine Autonomie für die Sudetendeutschen verkünden. Statt dessen hält er dumme Reden.[91] Und die Tschechei bricht eines Tages unter unserem Stoß zusammen. Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit. Der Führer begrüßt das, daß Prag so intransigent ist. Umso sicherer wird sie eines Tages zerfetzt“ (TG, 7.3.1938). Drei Tage später wurde Goebbels noch deutlicher. Den Anlaß bot ihm die angeblich „deutschfeindliche Debatte“ im Prager Parlament: „Bis einmal Divisionen marschieren“ (TG, 10.3.1938), drohte Goebbels im Tagebuch der tschechoslowakischen Regierung angesichts ihrer angeblich deutschfeindlichen Haltung, zu einem Zeitpunkt, als in Berlin gerade über die Reaktion auf Schuschniggs Volksbefragung nachgedacht wurde.

Nach dem überraschenden „Anschluß“ Österreichs war das Deutsche Reich nur für kurze Zeit saturiert. Die Nationalsozialisten begannen mit wilden Verfolgungen von Juden und Tschechen. Übergriffe auf tschechische Einzelpersonen, Verhaftungen sowie Verwüstungen tschechischer Wohnungen und Geschäfte waren ebenso an der Tagesordnung wie die bald einsetzende „Germanisierung“ des Schulwesens und größerer Unternehmen in der Ostmark.[92] Auch für die Tschechoslowakei hatte die deutsche Annexion des Alpenstaates erhebliche wirtschaftliche und vor allem sicherheitspolitische Konsequenzen,[93] so daß Prag Goebbels zufolge „ganz konsterniert“ gewesen sei und „den deutschen Einmarsch als legal“ angesehen habe (TG, 13.3.1938).[94] Daher mußte die Regierung der tschechoslowakischen Republik nun weitere starke Konzessionen im Bereich der Pressepolitik machen und erlaubte, wie Goebbels befriedigt festhielt, wieder „deutsche Zeitungen“ (TG, 16.3.1938), d.h. nationalsozialistische Publikationen, was allerdings eher auf länger währende Verhandlungen Eisenlohrs zurückzuführen sein dürfte als auf den Schock der Österreich-Annexion,[95] und Außenminister Krofta ermahnte am 23. März 1938 die in- und ausländische Presse, nicht gegen das Deutsche Reich zu hetzen. Dieser Order Kroftas war eine Demarche von Goebbels'

[91] Hodža hatte am 4.3.1938 im Abgeordnetenhaus, in Anspielung auf die Rede Hitlers vom 20.2.1938, gesagt, die Deutschen in der Tschechoslowakei seien sehr wohl in der Lage, sich ihre Rechte zu wahren; zudem lehnte er eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten seines Staates ab und lobte die friedenssichernden Verträge seines Landes mit der UdSSR und Frankreich. Vgl. Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 232, und Laffan, Survey, Vol. II, S. 59f.

[92] Kubu/Exner, Tschechen und Tschechinnen, S. 29, 35, 31, 37.

[93] Der Hauptabnehmer zahlreicher tschechoslowakischer Wirtschaftsgüter war bis dahin Österreich gewesen; Wendt, Appeasement 1938, S. 48; Michaelis, 1938. Krieg, S. 80f. 106f.; Celovsky, Münchener Abkommen, S. 143, Anm. 1; Hencke, Augenzeuge, S. 93; Bonnet, Vor der Katastrophe, S. 82.

[94] Amtlich sei am 12.3.1938 mitgeteilt worden: Die Prager Regierung sei „der Ansicht, daß der Einmarsch unter dem Gesichtspunkt zu betrachten sei, daß er von einer legalen österr. Regg. angefordert wurde“; zit. nach Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 232. Vgl. auch Telegramm Eisenlohrs an das A.A., 12.3.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 70; Král, Abkommen, Dok. 43, S. 91.

[95] Vgl. Schreiben Eisenlohrs an das A.A., 1.2.1938, PA/AA, Prag 79, Mappe 3, o.P. Vgl. auch Schwarzenbeck, Nationalsozialistische Pressepolitik, S. 253.

Mitarbeiter Karl Bömer beim Gesandten Mastný am 21. März 1938 vorausgegangen, die nicht nur Goebbels erwähnte, sondern die durch Aufzeichnungen von Bömer und Mastný bestätigt wird.[96] Goebbels ließ Mastný übermitteln, „daß eine neue Prager Hetze", vor allem auch von „österreichischen Emigranten"[97], wie er im Tagebuch schrieb, „zu sehr ernsten Folgen führen kann und wird" (TG, 20. 3. 1938). Mastný habe daraufhin, wie Goebbels von Bömer erfuhr, „sofort nachgegeben" (TG, 22. 3. 1938). Aber auch der Gesandte „hatte Beschwerden", die Goebbels jedoch nicht recht gelten lassen wollte, wie seine weitere Notiz verrät: „Aber zuerst soll Prag einmal für Recht sorgen" (TG, 22. 3. 1938). Ausführlicher berichtete Mastný über seine Aussprache mit Bömer und seine eigenen Proteste gegen aggressive und drohende Artikel der Zeitungen „Völkischer Beobachter" und „Das Schwarze Korps".

Anlaß zu der Unterredung war offenbar die Furcht der Nationalsozialisten, die aus Österreich emigrierten, NS-feindlichen Journalisten könnten von Prag aus ihren publizistischen Kampf gegen das NS-Regime weiterführen. Sollte die tschechoslowakische Regierung hiergegen nichts unternehmen, würde dies, wie Bömer Mastný gesagt habe, „zu einer neuen wilden Kampagne" führen. Mastný verwies darauf, daß seiner Regierung die gesetzlichen Mittel fehlten, um gegen die Emigranten vorzugehen, daß sie aber etwas unternehme, um die deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen nicht weiter zu trüben. Daraufhin vereinbarten beide, daß Mastný seinem Außenminister vorschlagen werde, die ausländischen Journalisten einzuladen, zu belehren und zu verwarnen.[98] Schon vorab war Goebbels darüber informiert und hatte durch Bömer selbst zu dieser Maßnahme beigetragen. In seinem Tagebuch hielt Goebbels fest, Krofta habe ihm „mitteilen lassen, er werde in einer Pressekonferenz die in- und ausländische Presse ernsthaft verwarnen" (TG, 23. 3. 1938). Daher konnte Goebbels am nächsten Tag einen Erfolg verzeichnen: „Krofta hat seine Rede vor der internationalen Presse gehalten. Ganz in unserem Sinne. Das lob ich mir. Die Herren müssen gehorchen lernen. Mit scharfen Drohungen an die antideutsche Hetzpresse" (TG, 24. 3. 1938). Aus dieser Tagebuch-Notiz geht deutlich hervor, daß Krofta diese Rede nicht ganz freiwillig gehalten hat, was durch die Aufzeichnungen Bömers und Mastnýs bestätigt wird.[99]

[96] Die Aufzeichnung Karl Bömers, der offiziell zum 1. 4. 1938 die Auslandspresseabteilung des Propagandaministeriums übernahm (TG, 2. 3. 1938), zitiert Schwarzenbeck, Nationalsozialistische Pressepolitik, S. 267 f. Der Bericht Mastnýs über dieses Gespräch vom 21. 3. 1938, Laufender politischer Bericht 50, an den tschechoslowakischen Außenminister, findet sich im Archiv MZV ČR.

[97] Vgl. auch NS-PrA, Bd. 6, Nr. 828, 19. 3. 1938.

[98] Bericht Mastnýs an den tschechoslowakischen Außenminister, 21. 3. 1938, Archiv MZV ČR, ohne Signatur, Laufender politischer Bericht 50.

[99] In einer am 21. 3. 1938 verfaßten Aufzeichnung des Außenministeriums in Prag heißt es hierzu: „Das Ministerium des Äußern wurde aus Berlin amtlich aufgefordert, den aus Wien nach Prag kommenden Auslandskorrespondenten die Verbreitung von Greuelnachrichten über Deutschland nicht zu dulden, sonst werde Deutschland gegen uns eine neue wilde Kampagne einleiten. Das Ministerium des Äußern will daher die Auslandskorrespondenten zu sich berufen und von ihnen ausdrücklich verlangen, daß sie sich mit Rücksicht auf die Empfindlichkeit unserer Lage in der Erstattung von Nachrichten über Deutschland mäßigen." Abgedr. in: Král, Abkommen, Dok. 52, S. 99.

In der deutschen Presse durfte diese Rede Kroftas nicht kommentiert werden, wie auch generell „gegenüber der Tschechoslowakei […] größte Zurückhaltung geübt werden“ sollte.[100] Im selben Eintrag verzeichnete Goebbels eine Beschwerde von Außenminister Ribbentrop, daß er, Goebbels, „mit den ausländischen Diplomaten in Pressefragen verhandele“ (TG, 24.3.1938). „Das wäre seine Sache“, habe Ribbentrop argumentiert. „Nur tut er nichts in dieser Sache, und ich werde handeln, wie ich das für richtig halte“ (TG, 24.3.1938), notierte Goebbels trotzig ins Tagebuch. An Göring kritisierte Goebbels, daß er „Mastny etwas zuviel versprochen“ habe, eine „Garantie der Grenzen, das ist jetzt ganz unzeitgemäß“ (TG, 22.3. 1938).[101] Goebbels erfuhr von dieser Garantieerklärung gegenüber dem tschechoslowakischen Gesandten wahrscheinlich erst am 21. März 1938 durch seinen Mitarbeiter Karl Bömer, der an diesem Tag mit dem tschechischen Diplomaten gesprochen hatte. Zur selben Zeit relativierten Ribbentrop und sein Staatssekretär gegenüber verschiedenen Auslandsvertretungen die Äußerungen Görings, die lediglich für den Augenblick des Einmarsches in Österreich Gültigkeit besessen hätten,[102] wovon Goebbels offenkundig noch keine Kenntnis hatte. Doch sowohl der „Anschluß“ Österreichs wie auch die folgende, mit der Reichstagswahl verknüpfte Volksabstimmung am 10. April 1938 führten zu einer vorübergehenden Entschärfung im deutsch-tschechoslowakischen Propagandakrieg, die auch Anfang Mai anhalten sollte, als Hitler mit großem Gefolge zu einem Besuch nach Italien reiste.[103] Für die tschechoslowakische Regierung hatte der „Anschluß“ Österreichs allerdings auch zur Folge, daß Frankreich ihr nun versprach, „im Falle eines Angriffs Deutschlands […] mit allen zur Verfügung stehenden Machtmitteln zu Hilfe zu kommen“.[104]

Am 28. März 1938 empfing Hitler im Beisein von Außenminister Ribbentrop den SdP-Chef Konrad Henlein, dessen Macht infolge der Eingliederung dreier sudetendeutscher Parteien in seine Organisation gestiegen war,[105] um ihm weitere Instruktionen zu geben. Henlein hatte Ribbentrop nach dem „Anschluß“ Österreichs um eine Aussprache gebeten und ihretwegen den für Ende März geplanten

[100] Dies wies der Vertreter des A.A. Wolf den Journalisten an, wie Brammer überliefert; vgl. NS-PrA, Bd. 6, Nr. 885, 24.3.1938; vgl. auch Nr. 877, 906, 1061, vom 23.3., 25.3., 7.4.1938.

[101] Die Garantieerklärungen Görings überliefern Berichte Eisenlohrs, in: ADAP, D 2, Dok. 72, 74, und Mastnýs, in: Král, Abkommen, Dok. 34–36, 55, S. 83–87, 100f.

[102] Die Zurücknahme der Garantieerklärungen durch den Außenminister ist enthalten in: ADAP, D 2, Dok. 99; die des Staatssekretärs am 21.3.1938 in: ADAP, D 2, Dok. 101. Vgl. auch Bericht Mastnýs an sein Außenministerium, 23.3.1938, in: Král, Abkommen, Dok. 55, S. 101.

[103] NS-PrA, Bd. 6, Nr. 1311, 7.5.1938, Nr. 1322, 9.5.1938, Nr. 1340, 11.5.1938, Nr. 1366, 13.5.1938. So Schwarzenbeck, Nationalsozialistische Pressepolitik, S. 265, 268–276, 281, 283, und Michels, Ideologie, S. 385.

[104] Schreiben Welczecks an das A.A., 4.4.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 117.

[105] Zu Eingliederung der Deutschen Christlich-Sozialen Volkspartei, des Bundes der Landwirte und der Deutschen Gewerbepartei Ende März 1938 in die SdP siehe Brandes, Die Sudetendeutschen, S. 61–70. Vgl. auch TG, 25.3.1938, 26.3.1938, sowie Telegramm Eisenlohrs, 31.3.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 112, Anm. 1.

Parteitag der Sudetendeutschen Partei verschoben.[106] In Berlin sah man ebenfalls dringenden Gesprächsbedarf, so daß Hitler selbst die Unterredung mit Henlein führte. Goebbels erfuhr noch am selben Abend durch Hitler von diesem Gespräch: „Führer hat mit Henlein gesprochen; Parole: mehr verlangen, als was Prag geben kann. Dann wird die Sache schon rollen" (TG, 29. 3. 1938). Henlein berichtete dem Auswärtigen Amt über seine Beratung mit Hitler genau das Gleiche, daß also „von Seiten der SdP Forderungen gestellt werden sollen, die für die tschechische Regierung unannehmbar sind".[107] Henlein habe diese Anweisung vor Hitler, der ihm daraufhin zugestimmt habe, mit den Worten zusammengefaßt: „Wir müssen also immer soviel fordern, daß wir nicht zufrieden gestellt werden können".[108] Am selben Tag wurde im Auswärtigen Amt eine Liste möglicher Forderungen der SdP an die tschechoslowakische Regierung erstellt.[109] Die zur gleichen Zeit auch im Auswärtigen Amt von Henlein und seinem Stellvertreter Karl Hermann Frank verbreiteten Gerüchte über die angebliche Bewaffnung der tschechischen Bevölkerung in den sudetendeutschen Gebieten[110] mochte Goebbels nicht glauben: „Henlein gibt Paniknachrichten. […] Redet von Bewaffnung der Tschechen im deutschen Gebiet. Das ist offenbar übertrieben. Ich lasse die Meldung sperren" (TG, 26. 3. 1938). Tatsächlich erging noch am selben Tag ein DNB-Rundruf an die Presse mit der Anweisung, „Meldungen über Bewaffnung der tschechischen Bevölkerung in den sudetendeutschen Gebieten" nicht zu übernehmen.[111] Das Auswärtige Amt gab Goebbels kurz darauf in seiner Einschätzung recht, nachdem es von Eisenlohr aus Prag telefonisch unterrichtet worden war.[112] Die eigentliche Motivation war jedoch für Goebbels eine andere, wie er freimütig bekannte: „Wir müssen jetzt die Wahl machen" (TG, 26. 3. 1938), also die Volksabstimmung über den „Anschluß" Österreichs und die damit verbundene Reichstagswahl vorbereiten. Von der zweiten Besprechung über sudetendeutsche Fragen unter Beteiligung

[106] Brief Henleins an Ribbentrop, 17. 3. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 89. Henlein unterließ es entgegen einer Abmachung, die deutsche Gesandtschaft Prag über die Kontaktaufnahme mit Berlin zu informieren; vgl. Telegramm Eisenlohrs an das A.A., 16. 3. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 86.

[107] Vortragsnotiz über Besprechung mit Henlein und Frank im A.A. mit Anlagen, o. D., aus den Akten des Staatssekretärs, in: ADAP, D 2, Dok. 107, S. 158.

[108] Ebenda.

[109] Geheime Aufzeichnung aus dem A.A., 28. 3. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 106.

[110] Vortragsnotiz über Besprechung mit Henlein und Frank im A.A. mit Anlagen, o. D., aus den Akten des Staatssekretärs, in: ADAP, D 2, Dok. 107, S. 159–161.

[111] Aufzeichnung Brammers, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 917, 26. 3. 1938.

[112] Eisenlohr stufte die Angelegenheit nach einem Dementi von Krofta als Gerücht ein und gab diese Meldung telefonisch am 26. 3. 1938 an Altenburg nach Berlin weiter; Bericht Eisenlohrs an das A.A. mit Anlagen, 26. 3. 1938, eingegangen am 29. 3. 1938, PA/AA, R 101. 351, Bl. 386672–75. In der Pressekonferenz am 26. 3. 1938 „erklärte das Auswärtige Amt vertraulich, daß die tschechische Regierung die bestimmte Versicherung abgegeben habe, daß eine Bewaffnung weder vorgenommen noch beabsichtigt sei. Infolgedessen soll gegenüber allen derartigen Meldungen größte Zurückhaltung beobachtet werden." Aufzeichnung Brammers über Ausführungen Aschmanns, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 923, 26. 3. 1938.

von Henlein im Auswärtigen Amt am 29. März 1938,[113] die streng geheim zu halten war, hatte Goebbels wahrscheinlich keine Kenntnis, denn er flog an diesem Tag nach Wien – was er im Tagebuch lakonisch kommentierte: „Wir fliegen ein großes Stück über die Tschechei. Na, warte!“ (TG, 30. 3. 1938).

In den folgenden zwei Wochen notierte Goebbels die ihn erreichenden Informationen über die Aktivitäten in der Tschechoslowakei,[114] griff aber selbst nicht in das Geschehen ein. Am 14. April 1938 sprach Goebbels in seinem Ministerium mit Henlein, der ihn über seine mit Hitler vereinbarte Taktik, die Goebbels bereits kannte, unterrichtete: „immer mehr fordern, als gegeben werden kann“ (TG, 15. 4. 1938). Goebbels war zuversichtlich, daß man „da schon zum Ziele kommen“ werde. Inhalt des Gesprächs waren auch die von Henlein als „sehr gut“ eingestuften „Fortifikationen“ an den Grenzen der Tschechoslowakei sowie die Bemühungen von Beneš um einen Ausgleich, wofür es nach Auffassung beider aber „zu spät“ sei, denn die Sudetendeutschen wollten „jetzt nur noch heim zum Reich“ (TG, 15. 4. 1938). Erleichtert stellte Goebbels fest, daß Henlein „diesmal einen frischeren und aufgeweckteren Eindruck“ mache und daß er „sehr aktiv“ sei (TG, 15. 4. 1938). Auch an den folgenden Tagen verzeichnete Goebbels beiläufig die verzweifelten Bemühungen der tschechoslowakischen Regierung, mit den Sudetendeutschen zu einem Ausgleich zu kommen: „Benesch erläßt eine politische Amnestie. Die kommt hauptsächlich Sudetendeutschen zugute.[115] Das schlechte Gewissen in Prag“ (TG, 17. 4. 1938). Die versöhnliche Rede des tschechoslowakischen Staatspräsidenten war Goebbels zu „allgemein“ (TG, 18. 4. 1938); es ist nicht zu verkennen, daß Goebbels kein Interesse an einer einvernehmlichen, diplomatischen Lösung hatte.

Großes Interesse brachte Goebbels dem Kongreß der SdP am 23./24. April 1938 in Karlsbad entgegen, denn danach, so glaubte er zu wissen, „will Prag sich entscheiden“ (TG, 23. 4. 1938). Dort würden, wie ihm schon vorher bekannt war, die Sudetendeutschen „ihre Forderungen fixieren“ (TG, 25. 4. 1938). Schon Tage zuvor hatte das Oberkommando der Wehrmacht angemahnt, die Sudetendeutschen müßten ihre Forderungen konkretisieren, um den Eindruck zu vermeiden, sie führten nur Scheinverhandlungen und seien an einer Verhandlungslösung des

[113] Niederschrift über die Besprechung am 29. 3. 1938 mit Anlagen, in: ADAP, D 2, Dok. 109, S. 163f. Der in dieser Besprechung zusammengestellte Forderungskatalog der Sudetendeutschen an die Prager Regierung ist abgedr. in: Dokumente und Materialien (DM), Bd. 1, S. 102f.

[114] Er notierte beispielsweise die Aussprache der Minderheitengruppen im Prager Parlament vom 29. 3. 1938 (TG, 31. 3. 1938), die Ablehnung der sudetendeutschen Forderungen (TG, 2. 4. 1938), die Verhandlungen der SdP mit Hodža (TG, 8. 4. 1938) oder Henleins Bemühungen um Ruhe in der SdP (TG, 10. 4. 1938). Anlaß war das in den deutschen Gebieten verbreitete Gerücht, deutsche Truppen marschierten nach dem 10. 4. 1938 über die Grenze, das Henlein zufolge von NSDAP-, SA- und SS-Stellen an der österreichisch-tschechoslowakischen Grenze in Umlauf gesetzt worden sei; vgl. Telegramm Henckes an das A.A., 31. 3. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 113.

[115] Von der am 16. 4. 1938 verkündeten Amnestie profitierten 1235 Deutsche, 930 Tschechen und Slowaken sowie 700 Angehörige anderer Minderheiten; vgl. ADAP, D 2, Dok. 128, S. 187, Anm. 1; Laffan, Survey, Vol. II, S. 93, Anm. 2.

Konflikts nicht interessiert.[116] Goebbels war vor dem Kongreß vor allem „gespannt, wie Henlein das machen wird" (TG, 25.4.1938). Sein Ministerium wurde schon vorab über den Inhalt der Rede informiert.[117] Knapp, aber zutreffend referierte Goebbels am Tag nach der Rede in seinem Tagebuch die Forderungen Henleins: „vollkommene Autonomie, Staat im Staat, Bekenntnis zur ‚deutschen Weltanschauung'" (TG, 25.4.1938). Der letzte der acht Punkte der Henleinschen Forderungen hatte gelautet: „Volle Freiheit des Bekenntnisses zum deutschen Volkstum und zur deutschen Weltanschauung",[118] Goebbels hatte ihn also korrekt zitiert. Was Henlein darunter verstand, führte er gegen Ende seiner Rede aus: das Bekenntnis „zu den nationalsozialistischen Grundauffassungen des Lebens"[119]. Diese Forderung war ihm vier Wochen zuvor vom Auswärtigen Amt nahegelegt worden.[120] Wohl nicht zuletzt wegen dieses Bekenntnisses fand Goebbels, Henlein habe „seine Sache gut gemacht" (TG, 25.4.1938). Interessanterweise betrachtete Goebbels diese acht Forderungen als wenig konkret: „Ganz vage und immer mehr zu erweitern" (TG, 25.4.1938), was auch Außenminister Krofta befürchtete,[121] während der Gesandte Eisenlohr es gerade begrüßt hatte, daß „nunmehr über Ziele der Sudetendeutschen Partei […] Klarheit" herrsche.[122] Dies läßt nur den Schluß zu, daß Eisenlohr in dem Forderungskatalog ein Maximalprogramm sah und noch immer an eine Verständigung mit der Tschechoslowakei glaubte, zumal er der Ansicht war, daß es Henlein gelungen sei, den „Verhandlungsweg mit [der, d.V.] Regierung offenzuhalten",[123] während Goebbels offensichtlich weit radikalere Forderungen der Sudetendeutschen erwartet hatte.[124]

Nach der Henlein-Rede wies Goebbels seinem Tagebuch zufolge die „deutsche Presse an, die Forderungen Henleins kategorisch zu unterstreichen" (TG, 26.4.

116 Schreiben Groscurths, OKW, AWA, an das A.A., 14.4.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 128f.
117 Schwarzenbeck, Nationalsozialistische Pressepolitik, S. 275.
118 Rede Henleins, 24.4.1938, in: DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 272. Das 8-Punkte-Programm Henleins vom 24.4.1938 findet sich auch in ADAP, D 2, Dok. 135.
119 Rede Henleins, 24.4.1938, in: DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 276.
120 Geheime Aufzeichnung aus dem A.A., 28.3.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 106. Die Behauptung Rönnefarths, Sudetenkrise, Teil 1, S. 232, Henlein sei weitergegangen, als es Berlin gewünscht habe, ist somit falsch.
121 „Henleins Formulierung ist absichtlich unbestimmt und allgemein, damit ihr je nach der Entwicklung der Sachlage ein gemilderter oder radikalerer Sinn gegeben werden könne"; Zirkulardepesche Krofta, 27.4.1938, in: Král, Abkommen, Dok. 64, S. 119.
122 Telegramm Eisenlohrs an das A.A., 26.4.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 138.
123 Ebenda.
124 Hitler hatte Henlein am 28.3.1938 sehr weitgehende Forderungen wie z.B. eigene deutsche Regimenter empfohlen, was Henlein jedoch abgelehnt hatte, denn er wollte „nichts […] überspitzen, sondern nur die alten Forderungen auf Selbstverwaltung und Wiedergutmachung" erheben; Vortragsnotiz o.D. aus den Akten des Staatssekretärs, in: ADAP, D 2, Dok. 107, S. 158. Da auch Ribbentrop Henlein am nächsten Tag „ein Maximalprogramm" vorgeschlagen hatte, wovon Eisenlohr sicherlich unterrichtet war, nahm er vermutlich an, das Karlsbader Programm sei das Maximalprogramm; vgl. Niederschrift über die Besprechung am 29.3.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 109, S. 162–164, Anlage 1, S. 263. Henlein selbst äußerte bei einer Rede in Gablonz am 1.5.1938 ebenfalls, daß seine Karlsbader Rede „keine maximalen Forderungen" beinhaltet habe; vgl. Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 270. Auch Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 232, vertritt die Auffassung, daß das NS-Regime in Henleins Forderungen nur ein „Minimum" sah.

1938).[125] Angesichts der Reaktionen im Ausland auf Henleins Rede rechnete Goebbels mit einer baldigen Wiederaufnahme der Pressekampagne gegen Prag: „Die Weltpresse tobt über Henlein. Wir aber werden auch toben“ (TG, 26.4.1938). Aktiv wurden nun auch die Politiker und Diplomaten der westlichen Welt. Am 28. und 29. April 1938 berieten der französische Regierungschef Edouard Daladier und sein Außenminister Georges Bonnet in London mit dem britischen Premierminister Neville Chamberlain über die Minderheitenprobleme der Tschechoslowakei und mögliche diplomatische sowie militärische Maßnahmen. Goebbels war darüber informiert, daß Frankreich „Englands Garantie für Prag“ zu erreichen suche, aber Chamberlin „nicht so recht“ wolle (TG, 29.4.1938). Er wußte, daß Paris „sich ziemlich fest“ an die Seite Prags gestellt habe, „aber London nicht so sehr“ (TG, 30.4.1938), und daß man in Paris „unzufrieden“ und „enttäuscht“ (TG, 1.5.1938) darüber war. Die britischen Vermittlungsversuche zwischen Prag und Berlin lehnte Goebbels mit dem Kommentar ab, London „sollte uns lieber handeln lassen“ (TG, 1.5.1938). Goebbels dachte genau wie Hitler schon vor der Wochenendkrise an eine militärische Lösung.

Am 2. Mai erfuhr Goebbels, daß sich am Vortag „in Troppau wieder Übergriffe“ auf Sudetendeutsche ereignet hatten (TG, 3.5.1938).[126] „Ich gebe in der Presse Angriffssignal aus“ (TG, 3.5.1938), kündigte er im Tagebuch an, doch wurde Goebbels' Offensive wieder einmal vom Auswärtigen Amt abgeschwächt. Gottfried Aschmann, Leiter der Presseabteilung im Auswärtigen Amt, gab an diesem Tag in der Pressekonferenz die Anweisung, daß die Vorfälle „nicht groß aufgemacht“ werden sollten.[127] Hierbei handelte es sich aber nicht um „Koordinierungsschwächen“[128] zwischen Auswärtigem Amt und Propagandaministerium, sondern es offenbart sich vielmehr, daß die oft unterstellte Allmacht[129] des Propagandaministers über die Presse im Dritten Reich nicht der Realität entsprach. Wenige Tage später, während des Italienbesuchs von Hitler und Goebbels, verzeichnete dieser im Tagebuch erneut „schwere Übergriffe gegen Henleins Leute“ (TG, 8.5.1938).[130] „Es muß jetzt etwas geschehen“, notierte Goebbels, „bis das geknechtete Deutschtum zu seinem Recht gekommen ist“ (TG, 8.5.1938). Doch wiederum sollte in der Presse „jede sensationelle Aufmachung […] vermieden werden, damit nicht“, so wurde die Anweisung begründet, „eine außenpolitische Zuspitzung während

[125] Vgl. Aufzeichnung Brammers, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 1197, 25.4.1938. Siehe auch den ausführlichen Bericht Mastnýs an das tschechoslowakische Außenministerium über die Berichterstattung von der Karlsbader Tagung in der deutschen Presse, 29.4.1938, in: Král, Abkommen, Dok. 69, S. 122–125.

[126] Das A.A. brachte hierzu in Erfahrung, daß am 1.5.1938 in Troppau „unter anderen“ der deutsche Rechtsanwalt Dr. Hampel von einem tschechischen Staatspolizisten niedergeschlagen wurde, „so daß er mit einer schweren Gehirnerschütterung und mehreren Verletzungen ins Krankenhaus geschafft werden mußte“; nicht datierte Aufzeichnung, PA/AA, R 101.357, o.P.

[127] Aufzeichnung Sängers, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 1272, 2.5.1938.

[128] Schwarzenbeck, Nationalsozialistische Pressepolitik, S. 287.

[129] Vgl. z.B. Curt Riess, Goebbels, S. 144, 151.

[130] Gesandter Eisenlohr meldete am 7.5.1938 telegraphisch an das A.A. Zwischenfälle in Troppau, Mährisch-Schönberg, Tachau, Falkenau und evtl. in Tautenau, in: ADAP, D 2, Dok. 148.

des Führerbesuches in Italien erzielt wird, die denkbar unerwünscht ist".[131] Das Resultat des Italienbesuchs, so erfuhr Goebbels beim Abendessen von Hitler, sei eine Blankovollmacht des Duce: „In der tschechischen Frage gibt Mussolini uns absolut freie Hand" (TG, 7.5.1938). Diese deutliche, bedingungslose Positionierung des italienischen Diktators schon Anfang Mai 1938 findet sich auch in einer Aufzeichnung Weizsäckers, ist bisher aber in der Forschung nicht genügend beachtet worden;[132] Hitler glaubte nun, wie er es sich vor der Italienreise erhofft hatte, quasi die „Tschechei in der Tasche" zu haben.[133] Noch in Italien erfuhr Goebbels von den französischen und britischen Demarchen vom 7. Mai in Prag und dem „Drängen auf Lösung der sudetendeutschen Frage" (TG, 8.5.1938), denen zufolge Prag „bis an die Grenze des Möglichen gehen" (TG, 9.5.1938) sollte. Beide Regierungen wollten „auch in Berlin vorsprechen", doch Hitler wies dies zurück, wie Goebbels überliefert: Beneš solle „zuerst handeln. Dann können wir immer noch unzufrieden sein" (TG, 8.5.1938).[134]

Auch nach der Rückkunft der NS-Spitze aus Italien sollte sich die Presse beim Thema Tschechoslowakei bzw. Sudetendeutschtum zunächst zurückhalten.[135] Nicht einmal über die Gespräche, die Henlein in London führte und die von Goebbels interessiert verfolgt wurden, durfte berichtet werden, obgleich dieser sich dort „sehr geschickt" (TG, 15.5.1938) verhalten habe und daher „großen Erfolg" (TG, 17.5.1938) habe.[136] Ab Mitte Mai jedoch, noch vor der Maikrise, zeichnete sich die Vorbereitung zu einer publizistischen Offensive ab, die das Auswär-

[131] Aufzeichnung Brammers über Ausführungen Stephans, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 1311, 7.5.1938.

[132] „Aus Äußerungen Mussolinis und Cianos ergab sich unzweideutig, daß Italien im Falle eines Konfliktes Deutschland-Tschechoslowakei Gewehr bei Fuß stehen bleiben will und nicht die Absicht hat, das deutsche Vorgehen zu hemmen, aber auch nicht für die deutschen Absichten gegenüber Prag sich aktiv einzusetzen. […] Italien traue uns zu, daß wir die tschechoslowakische Angelegenheit ohne europäischen Konflikt behandelten und daß auch Frankreich und England wohl nicht bereit wären für die Tschechoslowakei mit der Waffe einzutreten"; Aufzeichnung Weizsäckers, 12.5.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 762. Als Mussolini durch Ciano zwei Wochen später nochmal nach den deutschen Zielen fragen ließ, telegraphierte Weizsäcker Botschafter Mackensen in Rom: „Auf Cianos Frage nach letztem Ziel bezüglich der Tschechoslowakei" solle dieser ihm sagen: „Frage hätten wir eigentlich nicht mehr erwartet, nachdem beiderseitiger Standpunkt – wie Ciano bei früherer Besprechung selbst bemerkt habe – in Rom bei Führerbesuch offen klargelegt worden." Telegramm Weizsäckers, 30.5.1938, PA/AA, R 29765, Fiche 1164, Bl. 68310–311. Insofern war die Reise keineswegs ein „Fehlschlag", wie Michaelis, 1938. Krieg, S. 66, annimmt. Vgl. auch FRUS 1938, Vol. I, S. 53f.; Celovsky, Münchener Abkommen, S. 202, 328; Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 256–259; Hill, Weizsäcker-Papiere, S. 127f.; Weinberg, The Foreign Policy. Starting World War II, S. 340.

[133] Aufzeichnung Schmundts, vermutlich Ende April 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 132.

[134] Vgl. auch Telegramm Dirksens an das A.A., 3.5.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 145; Röhr, September 1938, S. 219; Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 260; Laffan, Survey, Vol. II, S. 109–113.

[135] NS-PrA, Bd. 6, Nr. 1340, 11.5.1938, Nr. 1366, 13.5.1938, Nr. 1397, 16.5.1938, Nr. 1440, 20.5.1938.

[136] NS-PrA, Bd. 6, Nr. 1397, 16.5.1938. Zu Henleins Erfolg siehe: ADAP, D 2, Dok. 250, S. 322; Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 272f.; Celovsky, Münchener Abkommen, S. 168, 196; Laffan, Survey, Vol. II, S. 116–118; Bericht des tschechoslowakischen Gesandten Jan Masaryk, London, 14.5.1938, in: Král, Abkommen, Dok. 75, S. 128.

tige Amt wiederum abzuschwächen versuchte. In einer Sonderpressekonferenz am 18. Mai 1938 wurde Vertretern der bedeutendsten deutschen Tageszeitungen von Ministerialrat Alfred Ingemar Berndt vom Propagandaministerium, wahrscheinlich auf Weisung von Goebbels (TG, 21. 5. 1938), eingeschärft, „eine Reihe tschechischer Behauptungen in seriösen, mit gutem Material sachlich fundierten Artikeln zurück[zu]weisen“.[137] Tags darauf empfahl Berndt in der Pressekonferenz, daß „jede Schriftleitung einen besonderen Sachbearbeiter für die sudetendeutsche Frage bestellt […], der das Thema beherrscht“.[138]

Am 20. Mai 1938, dem Tag, als die sogenannte Wochenendkrise durch die Einberufung tschechischer Reservisten ausgelöst wurde, bat wiederum das Auswärtige Amt in der Pressekonferenz „in der tschechoslowakischen Frage bezw. in der sudetendeutschen Frage“ eindringlich um „mehr Zurückhaltung“.[139] Nach weiteren Zwischenfällen in Prag und Brünn,[140] die auch Goebbels wahrgenommen hatte (TG, 21. 5. 1938), wurde am Abend des 20. Mai 1938 eine Sonderpressekonferenz einberufen, auf der neben Berndt auch Aschmann vom Auswärtigen Amt ungewöhnlich aggressiv sprach und die tschechoslowakische Regierung für die Vorfälle verantwortlich machte.[141] Wenige Stunden zuvor hatte das tschechoslowakische Kabinett im Beisein der höchsten Militärs eine Teilmobilmachung beschlossen: ein Jahrgang der Reserve und fünf Jahrgänge von Angehörigen der Spezialwaffen wurden einberufen.[142] Anlaß für die Mobilmachung – über deren Gründe noch immer Unklarheit[143] herrscht – waren Meldungen über deutsche Truppenbewegungen an der deutsch-tschechoslowakischen Grenze, die jedoch schon Wochen kursierten und sogleich, auch an diesem 20. Mai 1938, vom Auswärtigen Amt dementiert wurden.[144] Das Oberkommando der Wehrmacht erteil-

[137] Aufzeichnung Sängers über die Sonderpressekonferenz, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 1433, 18. 5. 1938.

[138] Aufzeichnung Brammers, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 1437, 19. 5. 1938.

[139] Aufzeichnung Sängers über die Ausführungen Wolfs, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 1440, 20. 5. 1938.

[140] Vgl. Telegramm Eisenlohrs an das A.A., 20. 5. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 169.

[141] NS-PrA, Bd. 6, Nr. 1448, 20. 5. 1938; siehe auch Schwarzenbeck, Nationalsozialistische Pressepolitik, S. 294.

[142] Celovsky, Münchener Abkommen, S. 209; vgl. auch Laffan, Survey, Vol. II, S. 124f.; Königer, Maikrise, S. 63; Král, Abkommen, Dok. 79, S. 131.

[143] Eisenlohr erfuhr von Krofta zunächst, man wolle die Staatsautorität stärken, dem deutschen Militärattaché in Prag, Oberst Rudolf Toussaint, wurden vom tschechoslowakischen Generalstab drei verschiedene Erklärungen geboten: 1. es sei eine Übung, 2. die Teilmobilisierung diene der „Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung im Grenzgebiet“, 3. es handle sich um eine militärische Maßnahme zum Schutz vor einem deutschen Angriff; vgl. ADAP, D 2, Dok. 182. Ebenso unterschiedlich werden diese Maßnahmen in der Forschung betrachtet; vgl. Schwarzenbeck, Nationalsozialistische Pressepolitik, S. 297; Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 84f., 289; Celovsky, Münchener Abkommen, S. 209–215f.; Schmidt, Außenpolitik des Dritten Reiches, S. 264; Hencke, Augenzeuge, S. 91f.

[144] Bereits am 16. 3. 1938 wurde Militärattaché Toussaint vom tschechoslowakischen Generalstab nach antitschechischen militärischen Maßnahmen in Bayern und Sachsen befragt, die er – und auch das A.A. nach Rücksprache mit den zuständigen Stellen – dementierte; Bericht Eisenlohrs an das A.A., 17. 3. 1938, mit Anlage, PA/AA, R 101. 351, Bl. 686669–671. Zu den Dementis am 20. 5. 1938 siehe ADAP, D 2, Dok. 169–174; siehe auch Hencke, Augenzeuge, S. 84f., 88–98.

te dem Auswärtigen Amt die Auskunft, daß Truppenzusammenziehungen „in Schlesien und Niederösterreich außer zu friedensmäßigen Übungen“ nicht stattfänden,[145] was aber nicht bedeutet, daß es keinerlei Truppenbewegungen gegeben hat. Die nicht unerhebliche Frage, ob es möglicherweise doch Truppenkonzentrationen oder zumindest Übungen einzelner Truppenteile in unmittelbarer Grenznähe gegeben hat, wie behauptet wurde, kann durch das Goebbels-Tagebuch nicht beantwortet werden.[146]

Goebbels erfuhr von der tschechoslowakischen Teilmobilmachung am 21. Mai 1938 in seinem Ministerium. Zunächst hielt er sie für eine Maßnahme, die nur die Grenzregionen betraf: „Die Prager Regierung macht im Grenzgebiet mobil“ (TG, 22. 5. 1938), was ihn daher keineswegs beunruhigte: „Dem sehen wir mit Ruhe entgegen. Es ist jetzt zu spät. Alles drängt zur Entscheidung hin. Und die wird ja nun auch bald kommen. […] Der Führer will bald Ernst machen. Dann wird auch dieser europäische Brandherd ausgelöscht“ (TG, 22. 5. 1938). Goebbels wußte, daß Hitler die Angelegenheit militärisch lösen wollte und daß der Zeitpunkt hierfür noch nicht gekommen war. Einige Zeilen weiter notierte Goebbels konkretere Informationen, die er später erhalten hatte: „Alarmierende Nachrichten aus der Tschechei: Einberufung der Reservisten“ (TG, 22. 5. 1938). Von all den diplomatischen Verhandlungen und der Gefährlichkeit der Krise nahm er wenig Notiz. Viel mehr beschäftigte ihn sein aktueller Kompetenzkonflikt in Pressefragen mit Außenminister Ribbentrop anläßlich der jüngsten Presseoffensive gegen die Tschechoslowakei: „Ribbentrop beschwert sich bei mir über die scharfe Kampagne gegen Prag in der deutschen Presse. Er hat keine Ahnung von einer Polemik. Tritt an den Führer heran, und der Führer teilt nicht nur meinen Standpunkt, sondern ordnet schärfstes Vorgehen an“ (TG, 22. 5. 1938). Stolz konnte er im Tagebuch wieder einen Erfolg für sich verbuchen: „Ribbentrop ist ganz verdrängt. Nun haben wir wieder das Wort“ (TG, 22. 5. 1938).

[145] Aufzeichnungen des Legationsrates Bernd Otto Freiherr von der Heyden-Rynsch, 21. 5. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 179, 180.

[146] Folgende Autoren nehmen Truppenbewegungen an: Königer, Maikrise, S. 69–72; Hass, Münchner Diktat, S. 148 f.; Michaelis, 1938. Krieg, S. 62 f.; Küpper, Frank, S. 105. Die Mehrheit ist anderer Ansicht: Celovsky, Münchener Abkommen, S. 211–214, 220 f.; Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 284; Franke, London und Prag, S. 378 f.; Müller, Armee und Drittes Reich, S. 110; Müller, Beck. Biographie, S. 320; Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 143, 152; Tooze, Ökonomie, S. 292. Vgl. auch Henderson, Fehlschlag, S. 153; Aufzeichnung Wiehls, 28. 5. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 215; Hencke, Augenzeuge, S. 97. Weizsäcker scheint vor Mastný eingeräumt zu haben, daß es doch eine „Bewegung der Truppen an der tschechoslowakischen Grenze“ gegeben habe, die jedoch „in den Rahmen der Lagerübungen der deutschen Armee falle“. Dies meldete die tschechoslowakische Zeitung „Narodny Politica“. DNB-Meldung, 24. 6. 1938, PA/AA, R 29765, Fiche 1165, Bl. 68457. Dieser Artikel führte zu Protesten des A.A. im Auftrag Weizsäckers, als Mastný am 2. 7. 1938 wieder im A.A. vorsprach; Aufzeichnung Kurt Heinburgs über Gespräch mit Mastný, 2. 7. 1938, PA/AA, R 29766, Fiche 1168, Bl. 125318–319. Als sicher gilt, daß es Truppenbewegungen zwischen dem Reich und Österreich infolge des „Anschlusses“ gab, siehe Aufzeichnung des V.L.R. v. Kamphoeveners, 25. 5. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 207. Vgl. auch Zgórniak, Europa, S. 132–138. Eine detaillierte Untersuchung möglicher deutscher Truppenbewegungen steht noch immer aus, wie schon Michalka, Ribbentrop, S. 233, befand.

Der Anlaß zu einer neuen Pressekampagne lag bereits vor: „Schwere Zusammenstöße in Prag und Brünn. Über 100 Verletzte[147] und 2 Tote. Nun schäumt die Presse“ (TG, 22.5.1938). Der Vorfall in Eger, wo zwei tschechische Staatspolizisten die beiden sudetendeutschen Landwirte Niklas Böhm und Josef Hoffmann auf einem Motorrad mit Beiwagen erschossen hatten, die auf ihren Ruf hin nicht anhielten,[148] empörte Goebbels besonders: „Der Mord an 2 Deutschen ist so provokativ, daß einem die Zornesröte ins Gesicht steigt. Aber nur weiter so. Der Tag ist nah!“ (TG, 22.5.1938). Goebbels hatte den Eindruck, daß die „Tschechenfrage“ inzwischen „die ganze Weltpresse“ beherrschte und freute sich, daß die deutsche Presse „sehr gut unseren Weisungen“, d.h. denen des Propagandaministeriums, gefolgt sei (TG, 22.5.1938), was darauf schließen läßt, daß dies, angesichts der Streitigkeiten mit dem Auswärtigen Amt, nicht die Regel war. Die offiziellen, tschechoslowakischen Verlautbarungen zum Vorfall von Eger empfand Goebbels als „provokativ“, und vor allem die tschechoslowakische Bewertung des Vorfalls empörte ihn: „war ein Irrtum etc.“ (TG, 22.5.1938). Die beiden tschechischen Polizisten hatten dem amtlichen Bericht zufolge behauptet, auf den Vorderreifen des Motorrades gezielt zu haben, „infolge des Ansteigens der Straße“ seien die Männer jedoch in den Rücken getroffen worden.[149] Goebbels ließ deshalb die Presse, wie er notierte, „schärfstens gegen dieses verlogene tschechische Communiqué angehen“ (TG, 22.5.1938). Erleichtert nahm er zur Kenntnis, sich diesmal gegen das Auswärtige Amt durchgesetzt zu haben: „Die deutsche Presse weist sehr scharf die Prager Darstellung der Egerer Bluttat zurück. Mit meinen Argumenten“ (TG, 23.5.1938). Auch Hitler wußte die beiden toten Sudetendeutschen für seine Interessen zu nutzen und stiftete „ostentativ Kränze für die 2 Toten von Eger“ (TG, 26.5.1938).[150]

Doch die Auseinandersetzung mit dem Auswärtigen Amt hielt an, so daß sich Goebbels an Hitler wandte, der ein energisches Vorgehen anordnete: „Ein Grenzzwischenfall mit tschechischen Truppen sollte von Ribbentrop kleingemacht werden. Aber der Führer gibt uns mal wieder Recht: er wird groß mit ganz scharfem Kommentar herausgebracht. Ich lasse nicht locker und bohre weiter. Ribbentrop

147 Diese Zahl ging durch alle reichsdeutschen Medien; vgl. Laffan, Survey, Vol. II, S. 126f.; der Gesandte Eisenlohr hatte 50–60 Verletzte in Komotau gemeldet; der britische Gesandte in Prag, Sir Basil Newton-Cochrane, brachte in Erfahrung, daß nur 15 Personen verletzt wurden; Telegramm Eisenlohrs an das A.A., 21.5.1938, 0.35 Uhr, PA/AA, R 29765, Fiche 1162, Bl. 68162; Bericht des britischen Gesandten Newton, Prag, an Halifax, 1.6.1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. I, Doc. 366.

148 Aufzeichnung Weizsäckers nach Telefonat mit Eisenlohr in Prag, 21.5.1938, PA/AA, R 29765, Fiche 1162, Bl. 68180; Schreiben des Rechtsanwalts Rudolf Krieglsteiner in der Strafsache gegen die beiden tschechischen Polizisten sowie nicht datierte, anonyme Aufzeichnung aus dem A.A., PA/AA, R 101.357, o.P. Vgl. den Bericht des britischen Gesandten Newton, Prag, an Halifax, 23.5.1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. I, Doc. 291; siehe auch Laffan, Survey, Vol. II, S. 125f.; Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 280.

149 Nicht datierte, anonyme Aufzeichnung aus dem A.A., PA/AA, R 101.357, o.P.

150 Die Kränze legten der deutsche Militärattaché in Prag Rudolf Toussaint und der deutsche Luftwaffenattaché Major Hans Möricke in Uniform nieder; anonyme Aufzeichnung, 21.5.1938, PA/AA, R 29765, Fiche 1162, Bl. 68199. Vgl. auch NS-PrA, Bd. 6, Nr. 1484, 25.5.1938, sowie Hencke, Augenzeuge, S. 101.

ist der typische Leisetreter. Der Führer hat ihn wahnsinnig überschätzt" (TG, 24.5.1938). Goebbels faßte die außenpolitische Linie folgendermaßen zusammen: „Jetzt heißt es, starken und vor allem wilden Mann spielen. Damit kann man im Augenblick am meisten erreichen" (TG, 24.5.1938). Und wieder dokumentiert Goebbels ein persönliches Einschreiten Hitlers: „Der Führer läßt wegen der Grenzschwierigkeiten und -zwischenfälle noch einmal die Presse aufheulen. Das wird im Ausland seinen Eindruck nicht verfehlen" (TG, 25.5.1938). Erneut hatte der Außenminister Bedenken, so daß Goebbels diesen im Tagebuch lächerlich zu machen versucht: „Wieder Grenzzwischenfälle an der tschechischen Grenze. Wir schlagen erneut Lärm. Ribbentrop weint fast" (TG, 25.5.1938). Am nächsten Tag hatte sich die „Grenzlage" Goebbels zufolge „weiter verschärft" (TG, 26.5.1938), doch konnte er dies publizistisch nicht nutzen, wie er bekannte: „Aber wir können mit der Presse nichts machen, wenn Ribbentrop uns dauernd in den Rükken fällt. Die Prager Sache ist uns so ziemlich danebengegangen. Das brauchte nicht zu sein" (TG, 26.5.1938). Dieses Eingeständnis eines Mißerfolgs bezieht sich auf die tschechische Mobilisierung, die man offenbar angesichts der vielen sonstigen Zwischenfälle in ihrer Dimension nicht richtig erkannt und als großes Propaganda-Thema versäumt hatte. Beispielsweise war die Presse angewiesen worden, den Vorfall „nur in der Richtung aufzufassen, daß es sich um tschechische Aktionen gegen Sudetendeutsche handelt, nicht aber um tschechische militärische Aktionen gegen [das, d.V.] Reich".[151] In Goebbels' Augen hatte also das Auswärtige Amt einen schweren Fehler begangen. Ribbentrop gab die Schuld an zögerlichen Kommentaren der deutschen Presse, was im Ausland genau wie die ausbleibende Reaktion als Schwäche[152] interpretiert wurde, amtlichen Stellen – ohne sein eigenes Ministerium beim Namen zu nennen – und insbesondere der mangelnden Kommunikation. Die „amtlichen Stellen" hätten die Bedeutung der tschechischen Mobilisierung „überhaupt nicht begriffen und nachher nicht den Mut" gehabt, ohne Rücksprache „mit dem Obersalzberg" energisch zu reagieren.[153]

Goebbels kritisierte häufig das Auswärtige Amt wegen dessen Haltung, die ihm nicht radikal genug erschien,[154] doch war es gerade die scheinbare Kontinuität in

[151] Aufzeichnung Brammers, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 1451, 21.5.1938.

[152] Vgl. Celovsky, Münchener Abkommen, S. 215f. und Anm. 4; Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 307.

[153] Ansprache Ribbentrops vor außenpolitischen Schriftleitern, wahrscheinlich am 28.5.1938, zit. nach Schwarzenbeck, Nationalsozialistische Pressepolitik, S. 299.

[154] Schon nach wenigen Wochen im Ministeramt notierte Goebbels: „Das ganze A.A. muß ausgekehrt werden. Aber gründlich" (TG, 17.5.1933), im selben Jahr: „Das A.A. scheißt in die Hose vor Angst" (TG, 25.9.1933). Nach seiner ersten Rede im A.A. hielt er fest: „Ich komme mir vor, wie ein Spion im feindlichen Ausland. Da ist noch viel umzumodeln" (TG, 13.5.1934), und anläßlich der Remilitarisierung des Rheinlandes: „Von allen Seiten kommen nun die Angstmeier im Gewand des Warners. […] Vor allem im A.A. sitzen sie in dicken Klumpen. Zu jedem kühnen Entschluß sind sie unfähig" (TG, 6.3.1936). Häufig warf er dem A.A. Versagen vor: „Unser A.A. hat wieder einmal vollkommen versagt" (TG, 4.10.1936), „Das A.A. hat wieder alles versiebt. Nun schlägt's aber 13" (TG, 16.1.1938), „Aber das A.A. macht schlapp. Die sind das Kniebeugen so gewohnt, daß sie garnicht [!] mehr anders können" (TG, 4.2.1938). Der Grund für Goebbels' Kritik war die mangelnde Durchdringung mit nationalsozialistischem Gedankengut, wie er bekannte: „Mehr n.s. Geist. A.A. säubern" (TG, 8.5.1938).

der Diplomatie, die die außenpolitischen Erfolge des Dritten Reiches begünstigte.[155] Auch Goebbels wußte um die Vorzüge der Diplomatie, die in Konfliktfällen direkt bei den Regierungen intervenieren konnte: „Eine Reihe von neuen Grenzzwischenfällen bei der Tschechei. Unser Gesandter legt schärfsten Protest ein" (TG, 27. 5. 1938). Proteste der Gegenseite wollte Goebbels allerdings nicht gelten lassen: „Die Tschechen konstruieren als Gegenhieb selbst 18 solche Fälle. Aber das ist alles Lüge" (TG, 27. 5. 1938). Die „Gegenrechnung" aus Prag fand Goebbels „ganz dumm und unüberlegt" und ließ seinen Mitarbeiter Berndt „dagegen mächtig und offensiv" vorgehen (TG, 28. 5. 1938).[156] Hitler war, wie Goebbels überliefert, „sehr unzufrieden" über Ribbentrops „Behandlung der Prager Frage", Ribbentrop habe „da gänzlich versagt" (TG, 28. 5. 1938). Erst eine Woche nach der eigentlichen Krise kam man in Berlin auf die Idee, die italienische Presse für den antitschechischen Propagandafeldzug zu nutzen. Goebbels persönlich führte ein „Telephongespräch mit Alfieri", das zur Folge hatte, daß sich, wie er im Tagebuch festhielt, „die italienische Presse in der sudetendeutschen Frage ganz auf unsere Seite" stellte (TG, 28. 5. 1938). Bislang war nicht bekannt, daß ein Telefonat Goebbels' mit seinem italienischen Kollegen die Kursänderung der italienischen Presse auslöste.[157] Die deutsche Presse hatte inzwischen begonnen, „Rückzugsgefechte" zu machen (TG, 27. 5. 1938), die Berndt in der Pressekonferenz damit begründet hatte, daß andernfalls Konsequenzen gezogen werden müßten.[158] Auch in seinem Tagebuch vermerkte Goebbels diese Problematik: „ich mache in der Tschechenfrage Dampf. Entweder bringen wir keine Meldungen mehr von Grenzverletzungen, oder wir treffen Gegenmaßnahmen. A.A. und Luftfahrtministerium sehen das auch ein. Auch der Führer will das. Er geht durch sein Zimmer und grübelt. Man muß ihn nun allein lassen. Er brütet über einem Entschluß" (TG, 29. 5. 1938). Die Zeit zum Handeln schien gekommen.

3. Von den Kommunalwahlen zur Entsendung Runcimans

Bei den Kommunalwahlen, die nach dem Teplitzer Zwischenfall abgesagt worden waren und schließlich am 22. und 29. Mai sowie am 12. Juni 1938 stattfanden, errang die Sudetendeutsche Partei große Erfolge. Nach dem ersten Wahltag notierte Goebbels: „Die deutschen Henleins haben überall um 90%" (TG, 24. 5. 1938), nach dem zweiten: „Henlein hat einen neuen Wahlsieg erfochten. Immer um rund 90%" (TG, 31. 5. 1938), nach dem letzten: „Henlein hat bei den Sonntagwahlen wieder einen grandiosen Sieg errungen. Über 90% der Sudetendeutschen stehen

[155] Hoensch, Die Politik, S. 208.
[156] Vgl. NS-PrA, Bd. 6, Nr. 1504, 27. 5. 1938. Siehe auch Schwarzenbeck, Nationalsozialistische Pressepolitik, S. 302. Über die tschechoslowakische Liste mit 17 Grenzverletzungen durfte die deutsche Presse nicht berichten; vgl. NS-PrA, Bd. 6, Nr. 1546, 1. 6. 1938.
[157] Vgl. Schwarzenbeck, Nationalsozialistische Pressepolitik, S. 304.
[158] NS-PrA, Bd. 6, Nr. 1510, 28. 5. 1938.

der Diplomatie, die die außenpolitischen Erfolge des Dritten Reiches begünstigte.[155] Auch Goebbels wußte um die Vorzüge der Diplomatie, die in Konfliktfällen direkt bei den Regierungen intervenieren konnte: „Eine Reihe von neuen Grenzzwischenfällen bei der Tschechei. Unser Gesandter legt schärfsten Protest ein" (TG, 27. 5. 1938). Proteste der Gegenseite wollte Goebbels allerdings nicht gelten lassen: „Die Tschechen konstruieren als Gegenhieb selbst 18 solche Fälle. Aber das ist alles Lüge" (TG, 27. 5. 1938). Die „Gegenrechnung" aus Prag fand Goebbels „ganz dumm und unüberlegt" und ließ seinen Mitarbeiter Berndt „dagegen mächtig und offensiv" vorgehen (TG, 28. 5. 1938).[156] Hitler war, wie Goebbels überliefert, „sehr unzufrieden" über Ribbentrops „Behandlung der Prager Frage", Ribbentrop habe „da gänzlich versagt" (TG, 28. 5. 1938). Erst eine Woche nach der eigentlichen Krise kam man in Berlin auf die Idee, die italienische Presse für den antitschechischen Propagandafeldzug zu nutzen. Goebbels persönlich führte ein „Telephongespräch mit Alfieri", das zur Folge hatte, daß sich, wie er im Tagebuch festhielt, „die italienische Presse in der sudetendeutschen Frage ganz auf unsere Seite" stellte (TG, 28. 5. 1938). Bislang war nicht bekannt, daß ein Telefonat Goebbels' mit seinem italienischen Kollegen die Kursänderung der italienischen Presse auslöste.[157] Die deutsche Presse hatte inzwischen begonnen, „Rückzugsgefechte" zu machen (TG, 27. 5. 1938), die Berndt in der Pressekonferenz damit begründet hatte, daß andernfalls Konsequenzen gezogen werden müßten.[158] Auch in seinem Tagebuch vermerkte Goebbels diese Problematik: „ich mache in der Tschechenfrage Dampf. Entweder bringen wir keine Meldungen mehr von Grenzverletzungen, oder wir treffen Gegenmaßnahmen. A.A. und Luftfahrtministerium sehen das auch ein. Auch der Führer will das. Er geht durch sein Zimmer und grübelt. Man muß ihn nun allein lassen. Er brütet über einem Entschluß" (TG, 29. 5. 1938). Die Zeit zum Handeln schien gekommen.

3. Von den Kommunalwahlen zur Entsendung Runcimans

Bei den Kommunalwahlen, die nach dem Teplitzer Zwischenfall abgesagt worden waren und schließlich am 22. und 29. Mai sowie am 12. Juni 1938 stattfanden, errang die Sudetendeutsche Partei große Erfolge. Nach dem ersten Wahltag notierte Goebbels: „Die deutschen Henleins haben überall um 90%" (TG, 24. 5. 1938), nach dem zweiten: „Henlein hat einen neuen Wahlsieg erfochten. Immer um rund 90%" (TG, 31. 5. 1938), nach dem letzten: „Henlein hat bei den Sonntagwahlen wieder einen grandiosen Sieg errungen. Über 90% der Sudetendeutschen stehen

[155] Hoensch, Die Politik, S. 208.
[156] Vgl. NS-PrA, Bd. 6, Nr. 1504, 27. 5. 1938. Siehe auch Schwarzenbeck, Nationalsozialistische Pressepolitik, S. 302. Über die tschechoslowakische Liste mit 17 Grenzverletzungen durfte die deutsche Presse nicht berichten; vgl. NS-PrA, Bd. 6, Nr. 1546, 1. 6. 1938.
[157] Vgl. Schwarzenbeck, Nationalsozialistische Pressepolitik, S. 304.
[158] NS-PrA, Bd. 6, Nr. 1510, 28. 5. 1938.

nun hinter ihm" (TG, 15.6.1938).[159] Diese extrem hohen Prozentzahlen waren damals publiziert worden und wurden lange Jahre auch in der Forschungsliteratur kolportiert; tatsächlich war die Zustimmung zur SdP geringer.[160] Zu berücksichtigen sind auch die massive Einschüchterung der Wähler durch die SdP und erhebliche Manipulationen, Wahlen im eigentlichen Sinne gab es nur in etwa einem Drittel der Gemeinden im Sudetenland.[161] In jedem Fall stärkte diese extrem hoch wirkende Zustimmungsquote die Position Henleins erheblich, was auch Goebbels bewußt war: „Damit sind wir ein gutes Stück weiter" (TG, 24.5.1938). Beinahe entrüstet vermerkte Goebbels im Tagebuch zu den Siegen der SdP: „Davon schweigt natürlich die Pariser und Londoner Presse" (TG, 31.5.1938). Nach der dritten Erfolgswelle glaubte Goebbels, daß nun „selbst in Paris und London" die „Einsicht" wachse, „daß Prag nachgeben muß" (TG, 15.6.1938).

Während des Wahlkampfes hatte Henlein dem britischen Journalisten Ward Price von der „Daily Mail" ein Interview gegeben, in dem er unvorsichtigerweise der tschechoslowakischen Regierung drohte. Selbst Goebbels, dem wahrlich keine diplomatischen Wesenszüge zugeschrieben werden,[162] kritisierte es in seinem Tagebuch als „dummes Interview" (TG, 27.5.1938): „spricht da ganz offen von einer ‚direkten Aktion' des Reiches, wenn man den Sudetendeutschen keine volle Autonomie gebe. Das war nicht nötig" (TG, 27.5.1938). Goebbels zitierte Henlein richtig, und die Einschätzung als „dumm" im Sinne von ungeschickt trifft ebenfalls zu. Henlein hatte darin ausgeführt, eine weitere Lösungsmöglichkeit des sudetendeutschen Problems, neben Autonomie oder Volksabstimmung, bestehe darin, „daß, wenn die Unterdrückung der Sudetendeutschen durch die Tschechen weitergeht, ihre Verärgerung und ihr Empfinden für nationale Verfolgung eines Tages die deutsche Regierung zwingen würden, sie durch eine direkte Aktion in die Grenzen des Reiches hineinzubringen".[163] Zudem verlangte Henlein eine Beendigung des Konflikts bis zum Herbst und prognostizierte bei dessen Fortsetzung einen „allgemeinen Vernichtungskrieg", der dazu führte, daß die Europäer „in Afrika um Bananen zu betteln" hätten. Zwar zog der Sudetenführer das Interview Goebbels zufolge „ein paar Stunden später zurück", aber, so schrieb Goebbels weiter ins Tagebuch, „die schlechte Wirkung bleibt" (TG, 27.5.1938). Goebbels ließ daher „das Interview für die deutsche Presse sperren" (TG, 27.5.1938).[164]

[159] „Im Durchschnitt entfallen in den drei Wahlen zusammen 91,44% der deutschen Stimmen auf die Listen Henleins"; Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 237.

[160] Ca. 75%: Gebel, „Heim ins Reich!", S. 58, und ebenda, Anm. 159; 80–90%: Brandes, Die Sudetendeutschen, S. 183.

[161] Brandes, Die Sudetendeutschen, S. 182.

[162] Goebbels selbst hatte einmal in einer Rede erklärt, er halte „ein rechtes Wort am rechten Platz" für besser als die „Sprache der Diplomatie", und es sei „auch niemals" sein „Ehrgeiz gewesen, ein Diplomat zu sein". Rede Goebbels' auf dem Gautag des Gaus Magdeburg-Anhalt, 29.5.1938, DRA, Nr. 2955809.

[163] Das Interview ging nur zu informativen Zwecken über das DNB an die Pressevertreter; DNB-Bericht, 26.5.1938 morgens, PA/AA, R 29765, Fiche 1163, Bl. 484419–422, Zitate Bl. 484420, 484419.

[164] Den deutschen Pressevertretern wurde in der Pressekonferenz mitgeteilt, daß sie von dem Interview „keine Notiz zu nehmen" hätten und es sich lediglich „um eine informatorische Unterredung" gehandelt habe, die zudem noch falsch wiedergegeben worden

Sah es in den letzten Maitagen nach einer leichten Entspannung im Bereich der Pressemeldungen gegenüber der Tschechoslowakei aus, änderte sich dies bereits wenige Tage später nach einer Anordnung Hitlers, wie Goebbels festhielt: „Der Führer hat Dr. Dietrich eine schwere Zigarre verpaßt, weil die Zwischenfälle in der Tschechei nicht größer aufgemacht sind. Jetzt aber knallen die Überschriften" (TG, 3.6.1938).[165] Am 2. Juni 1938 wies Berndt die Presse an, eine Reihe Meldungen gegen die Tschechoslowakei groß und vierspaltig aufzumachen, am nächsten Tag wiederholte Hans Fritzsche eindringlich die Aufforderung, die „Terrormaßnahmen" gegen die Sudetendeutschen auf den Titelseiten zu bringen.[166] Die deutschen Zeitungsjournalisten kamen dieser Anweisung nach und erhielten nun auch vom Ausland Schützenhilfe: „Mussolini läßt auch die italienische Presse in der Prager Frage für uns plädieren" (TG, 4.6.1938), schrieb Goebbels. „Auch die ‚Times' spricht jetzt schon von Volksabstimmung und Autonomie. Wir aber bohren weiter" (TG, 4.6.1938).[167] Goebbels setzte sich persönlich für die Herausstellung dieses „Times"-Artikels vom 3. Juni 1938 in den deutschen Zeitungen ein.[168] Auch in den nächsten Tagen beschäftigte sich Goebbels intensiv mit der Pressekampagne gegen die Tschechoslowakei und griff selbst ein: „Ich putsche nochmal in der Frage Prag die Presse auf" (TG, 5.6.1938). Zufrieden verzeichnete er die „scharfe Polemik der deutschen Presse gegen Prag" (TG, 6.6.1938), eine, in seinen Augen, sehr gute Reaktion der deutschen Presse auf „schwere Zusammenstöße" (TG, 8.6.1938), eine „große deutsche Pressekampagne" (TG, 9.6.1938) und die erfolgreiche Placierung der alten Vorwürfe – die angebliche Bolschewisierung der Tschechoslowakei: „Die ganze deutsche Presse wettert wieder los gegen Prag. Meine neue Parole – Bolschewismus – hat gezündet" (TG, 12.6.1938).[169]

sei; Aufzeichnungen Brammers, 27.5.1938, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 1495, 1501. Vgl. auch Rundtelegramm Bismarcks, 27.5.1938, PA/AA, R 29765, Fiche 1163, Bl. 68287.

165 Es ging hierbei u.a. um einen Vorfall in Eger, wo ein „betrunkener tschechischer Unteroffizier zwei Sudetendeutsche durch Revolverschüsse verletzte"; Telegramm Eisenlohrs an das A.A., 2.6.1938, PA/AA, R 29765, Fiche 1164, Bl. 68341. Weitere Zwischenfälle gab es in Nieder-Ullersdorf und Mährisch-Schönberg, dort sei es zu Ausschreitungen tschechischer Truppen gegen Reichsangehörige gekommen. Aufzeichnung Altenburgs über Telefonat mit Hencke, Prag, 2.6.1938, PA/AA, R 29765, Fiche 1164, Bl. 68343, sowie Telegramm Eisenlohrs an das A.A., 3.6.1938, PA/AA, R 29765, Fiche 1164, Bl. 68345. Auf die Beteiligung Hitlers an der Presselenkung machte schon Helmut Michels, Ideologie, S. 387, aufmerksam.

166 Aufzeichnung Sängers über die Anweisungen Berndts, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 1551, 2.6.1938, und Nr. 1565, 3.6.1938.

167 Bereits am 2.6.1938 war in der „Times" ein Leserbrief des Geistlichen Walter Robert Matthews, Dekan der St. Pauls Cathedral in London, unter dem Titel „A German-Czech plebicite?" erschienen (The Times, 2.6.1938, S. 15); am folgenden Tag rieten die Herausgeber in einem Leitartikel, der sich explizit auf diesen Leserbrief, stellvertretend für viele, bezog, mit dem Titel „Problems for Settlement" (The Times, 3.6.1938, S. 15) zu einem Plebiszit.

168 Dies überliefert Sänger in seiner Notiz der Glossenkonferenz vom 3.6.1938: „Der Minister lege besonderen Wert darauf, den heutigen ‚Times'-Artikel […] behandelt zu sehen", in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 1574, 3.6.1938. Siehe auch Schwarzenbeck, Nationalsozialistische Pressepolitik, S. 314f.

169 Das Thema Bolschewismus empfahl Fritzsche im Auftrag Goebbels'; vgl. NS-PrA, Bd. 6, Nr. 1613, 10.6.1938.

Die Verlagerung auf das Schüren der Bolschewismusfurcht und die Abwendung von angeblichen Zwischenfällen waren nötig geworden, da sich kaum spektakuläre Vorfälle ereigneten und infolgedessen entweder immer wieder auf dieselben Ereignisse eingegangen werden mußte oder die geringsten Geschehnisse zu Zwischenfällen stilisiert wurden; die Annahme, es seien bereits zu dieser Zeit in großem Stil Vorfälle erfunden worden, besitzt wenig Wahrscheinlichkeit.[170] Möglicherweise gab das Auswärtige Amt auch kaum noch Nachrichten über Zwischenfälle weiter,[171] insbesondere, seit Eisenlohr um eine Verminderung der Presseangriffe gebeten hatte, da die Kurbäder in den sudetendeutschen Gebieten aus Furcht vor möglichen Zwischenfällen kaum noch besucht würden und zudem der Verlust der Sympathien in Auslandskreisen, die durch die tschechische Mobilisierung gewonnen worden waren, drohte.[172]

Den Vertreter des Deutschen Nachrichten-Büros in Prag ließ Goebbels „ablösen", weil er „wieder mal Quatsch gemacht" habe, was Goebbels noch weiter erläuterte: „Er schwindelt, aber so zaghaft, daß der Dümmste das merkt" (TG, 12.6. 1938). Diese Notiz kann nicht anders als ein Eingeständnis gedeutet werden, daß Lügen als Mittel der Propaganda akzeptiert waren, wenn sie als solche nicht entlarvt werden konnten – gewiß keine ungewöhnliche Feststellung, doch ist die Offenheit Goebbels' im Tagebuch bemerkenswert. Eine gewisse Beruhigung der Angriffe in der deutschen Presse trat Mitte Juni 1938 ein, als den Journalisten eingeschärft wurde, nicht durch allzu aggressive Artikel die Verhandlungen zwischen den Sudetendeutschen und der Prager Regierung zu stören.[173] Als sich am 18. Juni zudem der tschechoslowakische Gesandte Mastný bei Weizsäcker über die deutsche Pressekampagne im Hinblick auf eine anzustrebende Verhandlungslösung beschwerte, flaute die Kampagne weiter ab.[174] Goebbels vermerkte zwar am darauffolgenden Tag noch einmal, daß die „Presse wieder voll von der Tschechei" sei (TG, 19.6.1938), aber in der Folgezeit lassen auch seine Tagebucheintragungen erkennen, daß die äußerst aggressive Berichterstattung und Kommentierung nachließen.[175]

Die Zurückhaltung dauerte bis Mitte Juli an und wurde diesmal sogar im Auswärtigen Amt als möglicher „Fehler" betrachtet.[176] Ein Zeitungsartikel des früheren französischen Luftfahrtministers führte zur Abkehr vom ruhigen Kurs der

[170] Schwarzenbeck, Nationalsozialistische Pressepolitik, S. 313f., 316, 320f., nimmt an, die deutsche Presse sei dazu übergegangen, „glaubhafte Zwischenfälle und Schikanen zu erfinden", tatsächlich handelte es sich um einen unsachlichen Artikel im „Angriff" und um eine Übertreibung einer Berliner Zeitung; vgl. NS-PrA, Bd. 6, Nr. 1585, 7.6.1938.

[171] Eine Sammlung von Berichten im A.A. über Zwischenfälle von Mai/Juni 1938 wird mit den Worten eingeleitet: „Die bei uns eingegangenen Meldungen über Zwischenfälle mit Gendarmerie, Polizei, Militär und Amtsorganen gehen in die Hunderte", nicht datierte, anonyme Aufzeichnung, PA/AA, R 101.357, o.P.

[172] Telegramm Eisenlohrs an das A.A., 9.6.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 246.

[173] NS-PrA, Bd. 6, Nr. 1672, 16.6.1938; vgl. auch Schwarzenbeck, Nationalsozialistische Pressepolitik, S. 324.

[174] Aufzeichnung Weizsäckers über Gespräch mit Mastný, 18.6.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 257; vgl. Schwarzenbeck, Nationalsozialistische Pressepolitik, S. 324f.

[175] Die Mäßigung nahm man auch im Foreign Office war; vgl. Telegramm Dirksens an das A.A., 28.6.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 272, S. 352.

[176] Aufzeichnung Weizsäckers, 15.7.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 292, S. 389f.

deutschen Presse, wie aus Goebbels' Tagebuch hervorgeht: „Pierre Cot plädiert im ‚News Chronicle' für Präventivkrieg gegen Deutschland" (TG, 15.7.1938).[177] Goebbels hielt zunächst keine Gegenmaßnahmen fest, denn diese hatte bereits der Pressechef der Reichsregierung, Otto Dietrich, in die Wege geleitet,[178] der einen besseren Draht als Goebbels zu Hitler hatte und, wie es scheint, die besonders wichtigen Pressekampagnen steuerte.[179] Goebbels konstatierte am nächsten Tag nur das Ergebnis: „Der Artikel von Pierre Cot erregt größtes Aufsehen in der Weltpresse. Besonders die deutsche Presse geht scharf dagegen vor" (TG, 16.7. 1938).[180]

Interessant ist insbesondere die Einschätzung, die Goebbels über diese neue Kampagne niederschrieb: „Aber ich finde, wir schimpfen zu oft und entwerten damit etwas unsere Kampagne. Unser Feldzug gegen Prag ermüdet das Publikum ein wenig. Man kann nicht monatelang eine Krise offenhalten. Also etwas mehr Zurückhaltung und das Pulver nicht zu früh verschießen" (TG, 17.7.1938). Es dauerte aber noch einige Tage, ehe nach diplomatischen Protesten der britischen Regierung das Auswärtige Amt die Journalisten davor warnte, „das gesamte tschechische Volk zu beleidigen".[181] Wieder scheint es so, daß Goebbels sich nicht durchsetzen konnte, erst die Diplomatie sorgte für Ruhe in den deutschen Zeitungen. Doch Goebbels hatte noch andere Betätigungsfelder. Mit dem Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, Josef Bürckel, sowie Hitler persönlich besprach Goebbels die Einführung von „Sendungen in tschechischer Sprache", zunächst nur „für die Tschechen in Wien" gedacht, aber auch schon „für einen Ernstfall" (TG, 11.7.1938).

Mitte Juli 1938 reiste Hitlers persönlicher Adjutant Fritz Wiedemann, der über eine gewisse Erfahrung im angelsächsischen Ausland verfügte, mit dessen Zustimmung in geheimer Mission nach London und traf am 18. Juli 1938 mit dem britischen Außenminister Lord Halifax zusammen. Wiedemann bemühte sich, eine Einladung Görings nach London zu arrangieren, zudem sollte er sich, wie Hitler ihm auftrug, über die Kritik der englischen Presse und einige andere Dinge[182] beschweren und für Volksabstimmungen in den sudetendeutschen Gebieten werben. Andererseits hatte der Adjutant die Aufgabe, seinem Gesprächspartner deutlich zu machen, daß die Lage der Sudetendeutschen unerträglich sei und auch eine militärische Lösung in Betracht kommen könnte, allerdings nicht in naher Zukunft.[183] Halifax war daran interessiert, vom NS-Regime eine Erklärung zu er-

[177] Zum Inhalt siehe Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 119.
[178] NS-PrA, Bd. 6, Nr. 1951, 14.7.1938.
[179] Schwarzenbeck, Nationalsozialistische Pressepolitik, S. 92–96, 118f.
[180] Vgl. NS-PrA, Bd. 6, Nr. 1951, 14.7., Nr. 1952, 1953, 1962 und 1963, alle vom 15.7., Nr. 1969, 16.7.1938.
[181] Aufzeichnung Sängers, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2008, 22.7.1938. Zu den diplomatischen Protesten siehe Schwarzenbeck, Nationalsozialistische Pressepolitik, S. 329.
[182] Beispielsweise über die britische Haltung während der Maikrise 1938 oder die Hitler als zu gering erscheinende britische Würdigung des deutsch-englischen Flottenabkommens von 1935.
[183] Wiedemann, Der Mann, S. 158–160. Besonders interessant sind hierzu die Ausführungen Celovskys, Münchener Abkommen, S. 276–279, der die überlieferten, privaten Schriftstücke Wiedemanns in der Library of Congress, Washington, einsah. Vgl. auch Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 362–366.

halten, daß es mithelfen würde, eine friedliche Beilegung des Sudetenkonflikts zu erreichen und auf Gewalt zu verzichten.[184] Über das von Hitler verfolgte Ziel der Reise Wiedemanns war in der Forschung bisher nur spekuliert worden.[185] Zunächst scheint auch Goebbels keine Informationen hierüber besessen zu haben (TG, 23.7. 1938). Erst vier Wochen später erfuhr Goebbels von Otto Dietrich, Hitler habe „keine besonderen Absichten damit verfolgt als nur England zu beruhigen" (TG, 17.8.1938). Dies scheint sehr plausibel, schließlich bat Hitler Wiedemann, wie dieser überliefert, den Briten mitzuteilen, „bis März 1939" werde er „noch ruhig zuschauen".[186] Wiedemann führte die Anweisungen Hitlers aus, betonte die grundsätzlich friedlichen Absichten seines „Führers" und seine angebliche Verständnisbereitschaft mit Großbritannien. In bezug auf die Frage des britischen Außenministers nach einem deutschen Gewaltverzicht gegenüber der Tschechoslowakei versicherte Wiedemann wider besseres Wissen, derzeit plane die deutsche Regierung keinerlei gewaltsame Aktionen gegen die Prager Republik. Aus Wiedemanns Memoiren geht sein Beruhigungsversuch noch deutlicher hervor, dort schrieb er, er habe Halifax gesagt, bis März 1939 werde Hitler nichts unternehmen, was die britische Regierung erleichtert zur Kenntnis nahm.[187] Im weiteren Verlauf der Krise kam Wiedemann aber offenbar zu dem Schluß, daß sich der drohende Krieg nur verhindern ließe, wenn die Briten die Wahrheit, also Hitlers Entschluß zum Krieg, kannten. Mitte August 1938 ließ der Adjutant, wie er in seinen ziemlich glaubwürdigen Memoiren festhielt, London mitteilen, daß Hitler „entgegen seiner früheren Stellungnahme die sudetendeutsche Frage in kürzester Zeit mit Gewalt" lösen wollte.[188] Dies scheint Hitler zugetragen worden zu sein und durch Goebbels bestätigt zu werden. Ende Oktober 1938 schrieb Goebbels in sein Tagebuch: „Der Führer erzählt mir dabei, daß er nun auch Wiedemann entlassen müsse. Er habe sich in der Krise nicht bewährt und keine Nerven behalten. Und solche Leute könne er für den Ernstfall nicht gebrauchen" (TG, 24.10.1938). Im Januar 1939 wurde Wiedemann, der „in der Krise die Nerven verloren" habe, von Hitler entlassen und als „Generalkonsul nach Kalifornien" geschickt (TG, 21.1.1939).[189]

Die Verhandlungen der Sudetendeutschen Partei mit der tschechoslowakischen Regierung waren, was auch Goebbels zur Kenntnis gelangte, infolge der tschechischen Mobilisierungsmaßnahmen abgebrochen worden: „S.D.P. lehnt weitere Verhandlungen ab, bis Ruhe, Ordnung und Sicherheit zurückkehrt" (TG, 22.5.1938).[190]

[184] Aufzeichnung Halifax' über seine Unterredung mit Wiedemann am 18.7.1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. I, Doc. 510, S. 585f.; DBFP, 3rd Series, Vol. I, Doc. 535; Wiedemann, Der Mann, S. 162f.

[185] Vgl. Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 366; Laffan, Survey, Vol. II, S. 199.

[186] Wiedemann, Der Mann, S. 160.

[187] Ebenda, S. 163; Aufzeichnung Halifax', in: DBFP, 3rd Series, Vol. I, Doc. 510, S. 586; DBFP, 3rd Series, Vol. I, Doc. 535; Telegramm Dirksens, London, an das A.A., 22.7.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 309, S. 405.

[188] Wiedemann, Der Mann, S. 162–166, Zitat S. 166.

[189] Ebenda, S. 234f., schrieb, Hitler habe ihm bei seiner Entlassung gesagt, er könne Leute, die mit seiner „Politik nicht einverstanden sind", in seiner nächsten Umgebung „nicht brauchen".

[190] Vgl. Telegramm Eisenlohrs an das A.A., 21.5.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 181.

Damit gelang es den Sudetendeutschen, die Schuld am mangelnden Fortschritt der Gespräche den Tschechen zuzuschieben und zugleich eine Demobilisierung zu erzwingen, die vor allem in Berlin gewünscht wurde.[191] Die erste direkte Verhandlung zwischen Konrad Henlein und dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten in dieser Phase vermerkte Goebbels in seinem Tagebuch (TG, 25.5. 1938),[192] doch schenkte Goebbels diesen Unterredungen kaum Beachtung und hielt keine Details fest. Auf das Memorandum der SdP mit 14 Forderungen, das sie am 7./8. Juni 1938 der tschechoslowakischen Regierung übergeben hatte,[193] ging Goebbels nicht ein, was allerdings an einer zwischen den verhandelnden Parteien vereinbarten Geheimhaltung lag, so daß nicht einmal Eisenlohr den Text bis zum 10. Juni erhalten hatte.[194] Goebbels notierte nur: „Die Henleinpartei fordert von der Prager Regierung nun endlich Klarheit" (TG, 10.6.1938). Die Verhandlungen der tschechoslowakischen Regierung mit den Sudetendeutschen gestalteten sich schwierig und waren langwierig, zumal Henlein an einer Autonomie nicht mehr interessiert war,[195] so daß Goebbels, genau wie die beteiligten SdP-Vertreter, Prag eine „Verzögerungstaktik" (TG, 11.6.1938) unterstellte.[196] Der Vorwurf an die tschechischen Regierungsmitglieder und Unterhändler, die Verhandlungen zu verschleppen, war in den Monaten Juni und Juli eines der Hauptthemen in der NS-Presse.[197]

Auch Goebbels widmete ihm in dieser Zeit viel Raum in seinem Tagebuch und fand dafür Bezeichnungen wie „Verschleppungspolitik" (TG, 30.6.1938), „Prager Schlamperei" (TG, 1.7.1938), „Verzögerungstaktik. Typisch Tschechisch" (TG, 2.7. 1938), „Hinhaltetaktik" (TG, 14.7.1938) oder auch „Sabotage" (TG, 13.7.1938).[198] Goebbels erkannte durchaus die innenpolitischen Schwierigkeiten, auf die Ministerpräsident Hodža bei der Ausarbeitung des Nationalitätenstatuts stieß,[199] kommentierte sie jedoch mit unverhohlener Schadenfreude: „Hodza gibt sich Mühe, sein Nationalitätenstatut zusammenzubringen. Aber die Prager Presse macht lauter Querschüsse. Und das ist gut so! Umso länger dauert's und umso mehr verhärtet sich unser Standpunkt" (TG, 21.6.1938). Den stärksten Widerstand

[191] Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 305.
[192] Gedächtnisprotokoll der SdP über dieses Gespräch, in: Král, Die Deutschen, Dok. 140.
[193] Memorandum der Sudetendeutschen Partei über die Neuordnung der innerstaatlichen Verhältnisse der Tschechoslowakei, in: DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 278–289.
[194] Telegramm Eisenlohrs an das A.A., 10.6.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 249.
[195] Henlein kündigte an, sollte Prag all seine Forderungen erfüllen wollen, werde er die für diese unannehmbare Forderung nach einer Neuausrichtung der Außenpolitik stellen; vgl. Aufzeichnung des Vomi-Leiters, SS-Obergruppenführer Werner Lorenz, über ein Gespräch mit Henlein, 3.6.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 237.
[196] Celovsky, Münchener Abkommen, S. 255.
[197] Schwarzenbeck, Nationalsozialistische Pressepolitik, S. 325, 328; Král, Abkommen, Dok. 92, S. 141f.
[198] Vgl. auch: TG, 12.6., 17.6., 26.6., 29.6., 3.7., 5.7., 6.7., 10.7., 13.–16.7., 25.7.1938. Auch in der deutschen Diplomatie waren diese Vorwürfe verbreitet; vgl. z.B. ADAP, D 2, Dok. 399, S. 517. Selbst Runciman richtete diesen Vorwurf an Beneš: „Yet nothing can excuse his slow movements and dilatory negotiations of the past five months"; Brief Runciman an Halifax, 5.9.1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 783.
[199] Celovsky, Münchener Abkommen, S. 255–257; Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 354–358.

gegen umfangreiche Zugeständnisse den Sudetendeutschen gegenüber leistete Staatspräsident Beneš,[200] was Goebbels bekannt war: „London drückt sehr auf Prag.[201] Aber Benesch bleibt weiterhin intransigent. Was zweifellos im Augenblick für uns das Beste ist" (TG, 27. 7. 1938).

Am 30. Juni erhielt die Sudetendeutsche Partei einen ersten Teil des Nationalitätenstatuts, auf den sie aber zunächst nicht reagierte.[202] Als das Nationalitätenstatut schließlich in einer vorläufigen Fassung am 27. Juli im „Prager Tageblatt" veröffentlicht wurde, nannte Goebbels es „vollkommen unzulänglich" (TG, 28. 7. 1938) und kritisierte wie folgt weiter: „Gar keine Zugeständnisse. Alles auf ‚wenn möglich' abgestellt! Eine einzige Frechheit!" (TG, 28. 7. 1938).[203] Im Auswärtigen Amt teilte man die Beanstandungen. Der Gesandte Aschmann äußerte in der Pressekonferenz, das Statut sei weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben und keineswegs als Entgegenkommen zu betrachten.[204] Am 28. Juli bezeichnete Hodža gegenüber Eisenlohr das Statut als „überholt", da es den Forderungen der Sudetendeutschen nur zu „20%" entgegenkomme,[205] wovon auch Goebbels erfahren hatte: „Prag streitet die Richtigkeit des veröffentlichten Status ab. Hat es wohl mit der Angst zu tun bekommen" (TG, 30. 7. 1938). Erst am 2. August wollte die Regierung in Prag über die Gültigkeit der bisher unvollständigen Nationalitätengesetze entscheiden.[206] Die SdP nutzte diese Verzögerung für propagandistische Erfolge: „Die SdP stellt Hodza mit kategorischen Fragen.[207] Das Nationalitätenstatut muß nun heraus. Drückebergerei gilt nicht mehr", notierte Goebbels (TG, 31. 7. 1938). Doch auch am 2. August war der SdP das Nationalitätenstatut noch immer nicht vollständig bekannt. Daraufhin sagte Verhandlungsführer Ernst Kundt eine für den folgenden Tag geplante Besprechung zwischen der sudetendeutschen Ver-

[200] Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 356–358.

[201] Den Druck der Westmächte, vor allem Großbritanniens, auf Prag, der durch mehrfache Besuche des britischen Gesandten bei der tschechoslowakischen Regierung zu erkennen sei, berichtete auch Eisenlohr; Telegramm Eisenlohrs, 25. 7. 1938, PA/AA, R 29766, Fiche 1168, Bl. 125404. Mastný notierte über ein Gespräch mit Henderson am 15. 7. 1938 in Berlin, daß „im Falle eines Konfliktes nicht damit gerechnet werden könne, daß England sich direkt engagiere." Bericht Mastnýs an Krofta, 15. 7. 1938, in: Král, Abkommen, Dok. 103, S. 153.

[202] Text des ersten, 35seitigen Teils des Nationalitätenstatuts und Stellungnahmen der SdP in: PA/AA, R 29765, Fiche 1165, 1166, 1168. Vgl. auch Telegramm Weizsäckers an die deutsche Botschaft London, 19. 7. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 298. Der genaue Ablauf der Verhandlungen sowie die Passivität der SdP sind bislang nicht ausreichend unerforscht.

[203] Ähnlich Rönnefarths, Sudetenkrise, Teil 1, S. 389, Einschätzung; zum Inhalt siehe Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 239f.

[204] NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2040, 27. 7. 1938.

[205] Telegramm Eisenlohrs über Gespräch mit Hodža an das A.A., 28. 7. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 322.

[206] Telegramm Henckes, Prag, an das A.A., 2. 8. 1938, PA/AA, R 29766, Fiche 1169, Bl. 125453.

[207] Der SdP-Abgeordnete Ernst Kundt, der während des Turnerfestes in Breslau die Geschäfte der SdP führte, stellte Hodža in einem offenen Brief am 29. 7. 1938 fünf Fragen. Telegramm Henckes, Prag, an das A.A., 2. 8. 1938, PA/AA, R 29766, Fiche 1169, Bl. 125453; siehe auch Laffan, Survey, Vol. II, S. 208f.

handlungsdelegation und der tschechoslowakischen Regierung ab.[208] Goebbels hielt dazu im Tagebuch fest: „SdP antwortet scharf auf das komische Nationalitätenstatut von Prag" (TG, 3. 8. 1938). Die Antwort des Ministerpräsidenten Hodža vom 3. August auf den offenen Brief Kundts fand Goebbels „gänzlich unzulänglich", er unterstellte ihm „Schauverhandlungen" (TG, 5. 8. 1938).[209]

An diesem 3. August, in einer äußerst angespannten Situation, traf der britische Vermittler Lord Walter Runciman in Prag ein. Seiner Mission vorausgegangen waren zahlreiche Versuche der britischen Diplomatie, in dem Konflikt zwischen Sudetendeutscher Partei, dem NS-Regime und der tschechoslowakischen Regierung zu vermitteln und konkrete Vorschläge zu unterbreiten, beispielsweise eine internationale Kommission in das dortige Grenzgebiet zu entsenden, um Zwischenfälle rasch aufklären zu können, was vom Auswärtigen Amt jedoch abgelehnt wurde.[210] Goebbels stand diesen Bemühungen der britischen Regierung von jeher skeptisch gegenüber: „England spielt sich als Friedensengel auf" (TG, 26. 5. 1938). Besonders kritisch hatte sich Goebbels in seiner Rede am 29. Mai in Dessau mit den Friedensbemühungen der Briten und Franzosen auseinandergesetzt.[211]

Die Entsendung Runcimans wurde dem Auswärtigen Amt am 25. Juli mitgeteilt, Stunden nachdem sie bereits in britischen Zeitungen zu lesen war, was im Auswärtigen Amt für Verstimmung sorgte.[212] Goebbels erfuhr von ihr wohl erst am nächsten Tag und kommentierte sie folgendermaßen: „London schickt Lord Runciman als Beobachter und Berater nach Prag. Chamberlain glaubt also an ei-

[208] Telegramm Henckes an das A.A., 4. 8. 1938, PA/AA, R 29766, Fiche 1169, Bl. 125480.

[209] Zur Antwort Hodžas siehe Laffan, Survey, Vol. II, S. 209.

[210] Vgl. ADAP, D 2, Dok. 216, 224, 225, 230, 231, 251, 292.

[211] Goebbels schrieb über die Rede in sein Tagebuch: „In Dessau Massentrubel. Auf dem Festplatz an die 150 000 Menschen. Es ist für mich sehr schwer, anstelle des Führers zu reden. Aber ich bringe es doch fertig. Ich spreche sehr draufgängerisch. Scharf gegen Prag und die Londoner Friedensmacher. Das sitzt und wirkt. / Ich habe selbst Spaß am Reden." (TG, 30. 5. 1938). Eine Überprüfung der Rundfunkrede zeigt, daß Goebbels zunächst tatsächlich Schwierigkeiten hatte, was sich am mangelnden Applaus erkennen läßt. Aber Goebbels kam immer besser in Form, steigerte sich zur Heiserkeit, der Beifall nahm zu, und Goebbels griff die Verantwortlichen des Versailler Systems stark an. Mit dem „ohnmächtigen Deutschland" hätten die Sieger „tun und machen" zu können geglaubt, was sie gewollt hätten. „Jetzt mit einem Male, da Deutschland eine Macht darstellt", predigten sie „von Weltfrieden und Verständigung und […] Rücksichtnahme einer Nation auf die andere", jetzt sei „also der Weltfrieden in Gefahr". Dann warf er den Journalisten und Stimmungsmachern im Ausland vor, daß in Wahrheit sie „gefährlich" seien, „weil sie mit System zum Kriege hetzen". Weiter sagte er: „Wenn einer heute für den Frieden ist, dann soll er nicht dauernd bei Deutschland reklamieren, sondern soll er gefälligst einmal Prag zur Ordnung rufen. Aber das tun diese Friedensfreunde nicht, im Gegenteil, sie bestärken Prag in seiner Intransigenz." In Richtung Prag erklärte er: „Was soll man beispielsweise zu den dauernden Grenzverletzungen der tschechischen Flugwaffe sagen? Muß da nicht am Ende einem Volke die Geduld ausgehen?" Rede Goebbels' auf dem Gautag von Magdeburg-Anhalt, 29. 5. 1938, DRA, Nr. 2955809. Siehe hierzu auch Michels, Ideologie, S. 386.

[212] Aufzeichnung Weizsäckers, 25. 7. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 313. Siehe auch ADAP, D 2, Dok. 315, 318, 326; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 552, 556. Auch der tschechoslowakische Gesandte in London, Masaryk, beklagte, daß er erst am 26. 7. 1938 aus der Presse davon Kenntnis erhielt; vgl. Bericht Masaryks an das tschechoslowakische Außenministerium, 26. 7. 1938, in: Král, Abkommen, Dok. 113, S. 161.

nen Erfolg. Schade!" (TG, 27. 7. 1938). Tags darauf notierte Goebbels: „Wir nehmen zu diesem englischen Vorschlag eine neutrale Stellung ein" (TG, 28. 7. 1938), dies entsprach auch der Haltung im Auswärtigen Amt.[213] Auch die deutsche Presse wurde in diesem Sinne instruiert und sollte sich mit Stellungnahmen zurückhalten.[214] Die Öffentlichkeit in der Tschechoslowakei scheint ebenfalls über die Mission des Briten keineswegs erfreut gewesen zu sein, wie Eisenlohr dem Auswärtigen Amt mitteilte.[215] Unmittelbar nachdem die Entsendung Runcimans offiziell bekanntgeworden war, wurde das Nationalitätenstatut der Prager Regierung veröffentlicht, um den Unterhändler, so vermutete Goebbels, „vor ein fait accompli zu stellen" (TG, 29. 7. 1938).[216] Goebbels nannte das die „Methode Schuschnigg", in Anspielung auf dessen eilig angesetzte Volksbefragung, und notierte weiter: „Aber das endet auch so ähnlich wie bei Schuschnigg. Nun ist London empört über das Prager Vorgehen" (TG, 29. 7. 1938).

Zwischen der Ankündigung der Runciman-Mission und dessen Eintreffen in der Tschechoslowakei lag, zufälligerweise, das deutsche Turn- und Sportfest in Breslau. Die Vorbereitungen hierzu waren bereits Monate zuvor begonnen worden, auch unter aktiver Mitwirkung von Goebbels, wie sein Tagebuch ausweist: „Ich lasse auf Anordnung des Führers 20 000 Sudetendeutsche zum Breslauer Turnfest kommen" (TG, 23. 4. 1938), hatte Goebbels notiert, vermutlich nicht wissend, daß Henlein Hitler darum gebeten hatte, das Kontingent der Sudetendeutschen von 10 000 auf 20 000 kostenfreie Plätze zu erhöhen.[217] Die Stimmung während des Festes in Breslau scheint überwältigend gewesen zu sein, vor allem die der Sudetendeutschen. Schon anläßlich seines Eintreffens in der Stadt hatte Goebbels festgehalten: „Ungezählte Sudetendeutsche, die sich überschreien und weinen vor Freude" (TG, 30. 7. 1938). Nach seiner eigenen Rede, die er „in bester Form" gehalten habe, mit „Witz und Sarkasmus",[218] schrieb er: „Die Sudetendeutschen sind nicht mehr zu halten. Alle Sperrketten werden durchbrochen" (TG, 30. 7. 1938). Der Auftritt Hitlers beim Vorbeimarsch der Turner konnte diese

[213] Aufzeichnung Weizsäckers, 26. 7. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 318. Die Aufgaben des Gesandten Eisenlohr in bezug auf Runciman bestünden darin, „sein Vorhaben zu beobachten", das A.A. „ständig auf dem Laufenden zu halten", ansonsten möge sich Eisenlohr jedoch „ganz zurückhalten". Telegramm Weizsäckers, 1. 8. 1938, PA/AA, R 29766, Fiche 1169, Bl. 125449.

[214] Aufzeichnung Sängers über Anweisungen Aschmanns, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2031, 26. 7. 1938. Vgl. auch Nr. 2039, 26. 7. 1938, Nr. 2040, 27. 7. 1938, Nr. 2067, 30. 7. 1938, Nr. 2096, 3. 8. 1938.

[215] Eisenlohr berichtete dem A.A., daß die Presse in Prag „trotz formeller Redensarten nicht erfreut zu sein scheint". Telegramm Eisenlohrs, 26. 7. 1938, PA/AA, R 29766, Fiche 1169, Bl. 125416. In der Presseschau des folgenden Tags stellte Eisenlohr überall den „Unterton Ärger über Prestigeverlust" fest und berichtete von zensierten Artikeln, die Runciman kritisiert hätten; Telegramm Eisenlohrs an das A.A., 27. 7. 1938, PA/AA, R 29766, Fiche 1169, Bl. 125422–423.

[216] Aufzeichnung Sängers über Ausführungen Aschmanns, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2040, 27. 7. 1938.

[217] Aktenvermerk von Regierungsrat Dr. Krieg, 3. 5. 1938, BArch, R 55/961, Fiche 3 von 6, o. P.

[218] Text der tatsächlich sarkastischen Rede bei Heiber, Goebbels-Reden, Bd. 1, Nr. 34, S. 304–308.

Begeisterung noch steigern: „Dann kommen die Sudetendeutschen. Zuerst diszipliniert. Dann aber ergießt sich ein Strom von Fanatismus und Gläubigkeit vor die Tribüne, vor dem alle Absperrungen machtlos sind. Die Leute schreien, jubeln und weinen. Der Führer ist tief ergriffen" (TG, 1.8.1938). Goebbels selbst scheint ebenfalls im Taumel der Führerzuneigung versunken zu sein: „Der Führer ist für uns alle das Symbol unseres völkischen Erwachens. Die große Hoffnung des Deutschtums. Es ist die Ehre unseres Lebens, ihm dienen zu dürfen" (TG, 1.8.1938). Nicht zuletzt aufgrund der Bilder fanatisierter Anhänger wurde das Turn- und Sportfest zu einem enormen propagandistischen Erfolg.

Während der viertägigen Veranstaltung ergab sich auch die Gelegenheit für Goebbels, mit Henlein zu sprechen. Zur Einstellung Henleins gegenüber der Runciman-Mission berichtete Goebbels: „Die Entsendung Runciman kommt ihm zwar nicht gelegen, könnte ihn u. U. in eine unangenehme Klemme bringen. Aber da bleibt ja immer noch die Möglichkeit anzunehmen und nachher zu kritisieren" (TG, 30.7.1938). Während Goebbels Henlein „ein wenig gutmütig" fand, machte dessen Stellvertreter Karl Hermann Frank auf Goebbels „einen besonders guten Eindruck". Goebbels charakterisierte Frank folgendermaßen: „Klar, bestimmt und fanatisch" (TG, 30.7.1938). Nach der nächsten Unterredung mit dem SdP-Chef meinte Goebbels: „Henlein ist ein richtiger Idealist, schlau in seiner Taktik, aber im Vorgehen etwas weich. Man muß wohl ständig auf ihn aufpassen" (TG, 1.8.1938). Der Sudetenführer gab Goebbels „noch ein paar Aufklärungen" wie diese: „Hodza ist ein geriebener Slowake. Abgefeimt und schlau. Krofta war eine Kreatur Beneschs. Der ist unser Hauptgegner. Das Volk ist indifferent und vertraut auf die Hilfe der andern. Die SdP. glänzend organisiert. Juden eine ganz große Gefahr" (TG, 1.8.1938). Mehrmals sprachen Goebbels und Henlein auch über die Frage, „was man später mit den Tschechen machen soll" (TG, 30.7.1938), wenn man „das Land einmal" habe (TG, 1.8.1938). Wenn auch Goebbels nicht explizit erwähnte, daß Hitler bei diesen Gesprächen zugegen war, so läßt sich dank dessen Tagebucheintragungen immerhin der Tenor der Gespräche zwischen SdP und NS-Regime in Breslau erfassen, was bisher mangels Quellen nicht möglich war.[219] In dieser kritischen Phase, die durch eine neue Grenzverletzung an Brisanz gewann, reiste Lord Runciman nach Prag. „Er versucht die Quadratur des Kreises. Abwarten!" (TG, 3.8.1938), bemerkte Goebbels und räumte dem Vermittler damit doch immerhin eine winzige Erfolgschance ein. Seine Ankunft in der tschechoslowakischen Hauptstadt kommentierte Goebbels ähnlich skeptisch: „Er will arbeiten als ‚jedermanns Freund'. Schon faul! Na, wir werden ja sehen" (TG, 5.8.1938).

[219] Celovsky, Münchener Abkommen, S. 288.

4. Militärische Planungen und ethnische Überlegungen innerhalb des NS-Regimes zur Lösung der „Tschechenfrage"[220]

In der Forschung und insbesondere in der Memoirenliteratur wurde und wird häufig die These vertreten, die Wochenendkrise im Mai 1938 habe Hitler, der die tschechoslowakische Mobilmachung als Demütigung empfunden habe, den Entschluß fassen lassen, die Tschechoslowakei anzugreifen.[221] Dies suggerierte Hitler auch gegenüber Außenstehenden.[222] Die Tagebücher von Goebbels belegen jedoch, daß die Entscheidung, „bei nächster Gelegenheit" gegen die „Tschechei" vorzugehen, sie „mit den Polen und Ungarn" zu „teilen", schon eine Woche nach dem „Anschluß" Österreichs gefallen war (TG, 20.3.1938).[223] Dieser Absatz, der ein Gespräch mit Hitler unter vier Augen wiedergibt, endet bei Goebbels mit den Worten: „Wir sind jetzt eine boa constrictor, die verdaut" (TG, 20.3.1938). Hitler saß zu dieser Zeit, wie Goebbels überliefert, „stundenlang über der Landkarte und brütet[e]" (TG, 20.3.1938). Die Entscheidung stand also fest, doch bestand keine allzugroße Eile: „Solche Coups klappen nicht jede Woche" (TG, 26.3.1938), meinte Goebbels. Der „Anschluß" Österreichs hatte die militärische Lage für das NS-Regime erheblich verbessert, da nun die tschechoslowakischen Grenzbefestigungen an der Grenze zum Deutschen Reich umgangen werden konnten und durch die Eingliederung der österreichischen Armee der Wehrmacht zusätzliche Truppen und Ausrüstung zur Verfügung standen.[224] Auch gegenüber Goebbels hatte Hitler sehr deutlich ge-

[220] Eine damals häufig benutzte Bezeichnung, derer sich auch Goebbels bediente: TG, 6.11.1937, 22.5., 28.5., 29.5., 2.9.1938.

[221] Häufig beziehen sich die Historiker auf eine undatierte Eintragung im Diensttagebuch Jodls, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 372, sowie auf die Memoiren deutscher Diplomaten: Weizsäcker, Erinnerungen, S. 165f.; Hill, Weizsäcker-Papiere, S. 145; Kordt, Wahn, S 111f. Vgl. Bullock, Hitler, S. 447f.; Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 264, 277, 310f.; Laffan, Survey, Vol. II, S. 142; Schmidt, Außenpolitik des Dritten Reiches, S. 266; Michaelis, 1938. Krieg, S. 178. Celovsky, Münchener Abkommen, S. 214, 217f., hingegen betont ebenfalls, daß der Entschluß Hitlers zur Vernichtung der Tschechoslowakei bereits vor der Maikrise gefallen sei.

[222] Das Deutsche Reich „dachte überhaupt nicht daran, dieses Problem militärisch zu lösen", sagte Hitler am 26.9.1938 in bezug auf die Wochenendkrise und suggerierte damit, die tschechoslowakische Regierung habe diese Lösung selbst angeregt; vgl. DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 342. Am 10.11.1938 sagte Hitler vor ca. 400 deutschen Pressevertretern: „Nach dem 21. Mai war es ganz klar, daß dieses Problem gelöst werden mußte, so oder so!" Treue, Rede Hitlers, S. 183; siehe auch Gespräch Hitlers mit dem tschecho-slowakischen Staatspräsidenten Emil Hácha am 15.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 228, S. 231.

[223] Auch Henlein erfuhr von Hitler am 28.3.1938, daß dieser „beabsichtige, das tschechoslowakische Problem in nicht allzu langer Zeit zu lösen"; Vortragsnotiz über Besprechung mit Henlein und Frank im A.A., in: ADAP, D 2, Dok. 107, S. 158. Ebenso brachte Weizsäcker schon vor der Maikrise in Erfahrung, daß Hitler die „Lösung der tschechoslowakischen Frage noch in diesem Jahr [1938, d.V.]" durchführen wollte; Hill, Weizsäcker-Papiere, S. 128.

[224] Bystrický, Voraussetzungen der Verteidigung der ČSR, S. 144f.; Generalstabschef Beck schätzte im Juni, daß das österreichische Kontingent bis Mitte August 1938 die Stärke von vier deutschen Divisionen haben würden; vgl. Denkschrift Becks, 3.6.1938, in: Müller, Beck. Dokumente, Nr. 47, S. 531; Müller, Beck. Biographie, S. 304.

macht, daß er den tschechoslowakischen Staat zerstören wolle, so daß Goebbels an den folgenden Tagen über die „Tschechen" im Tagebuch notierte: „Sie sind geliefert" (TG, 21.3.1938) oder über den tschechoslowakischen Staat: „Armes Prag! Davon wird nicht viel übrig bleiben" (TG, 24.3.1938). Konrad Henlein gegenüber hatte Hitler am 28. März in Berlin geäußert, „er beabsichtige, das tschechoslowakische Problem in nicht allzu langer Zeit zu lösen".[225] Zu dieser Zeit hatte Henlein, wie Goebbels überliefert, „im kleinen Kreise bereits den Titel Reichsstatthalter" (TG, 30.3.1938).

Nach dem „Anschluß" Österreichs ließ Hitler die Vorbereitungen für den „Fall Grün", den Angriff auf die Tschechoslowakei, „energisch" weitertreiben und „der veränderten strategischen Lage durch Eingliederung Österreichs" anpassen.[226] Am 21. April empfing Hitler, der sich infolge der Blomberg-Fritsch-Krise zum Oberbefehlshaber der Wehrmacht ernannt hatte, den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, General Keitel, um ihm Anweisungen zur Umarbeitung der Studie „Grün" zu geben.[227] Ausgeschlossen wurde, wegen der „feindliche[n] Weltmeinung", ein „Überfall aus heiterem Himmel ohne jeden Anlaß oder Rechtfertigungsmöglichkeit". In Erwägung gezogen wurde ein „Handeln nach einer Zeit diplomatischer Auseinandersetzungen", was aber die Gefahr feindlicher Vorbereitungen in sich barg und daher als unerwünscht bezeichnet wurde, oder „blitzartiges Handeln auf Grund eines Zwischenfalls".[228] Am 20. Mai, an dem Tag, als die Wochenendkrise durch die tschechoslowakische Teilmobilisierung begann, hatte Keitel den Entwurf für die neue Weisung „Grün" an Hitler gesandt.[229] Während dieser Krise, am Sonntagmorgen des 22. Mai, hielt Goebbels im Tagebuch fest: „Der Führer will bald Ernst machen" (TG, 22.5.1938). Unklar ist, ob er hier seine bisherige Lageeinschätzung wiedergibt, oder ob er sich hierbei auf eine aktuelle Information stützte. Einen Tag später notierte Goebbels den Wunsch, es werde schon eine „günstige Gelegenheit kommen" (TG, 23.5.1938) – eine Hoffnung, die sich auch in Keitels Entwurf der Weisung „Grün" findet.[230] Dennoch ist die Annahme abwegig, daß Goebbels von militärischen Details oder gar vom Text der Weisung Kenntnis hatte, da er keinerlei Andeutungen macht. Auch die Bespre-

[225] Vortragsnotiz über Besprechung mit Henlein und Frank im A.A., in: ADAP, D 2, Dok. 107, S. 158.

[226] Undatierte Eintragung im Diensttagebuch Jodls, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 372.

[227] Weisung des Oberbefehlshabers der Wehrmacht für die einheitliche Kriegsvorbereitung der Wehrmacht, 24.6.1937, sowie 1. Nachtrag vom 7. bzw. 21.12.1937, in: IMG 34, Dok. 175-C, S. 734–747.

[228] Aufzeichnung des Wehrmachtsadjutanten Hitlers, Major Schmundt, über Besprechung Hitler-Keitel am 21.4.1938, in: IMG 25, Dok. 388-PS, S. 415–417.

[229] Schreiben Keitels an Hitler mit Anlage, Entwurf für die neue Weisung Grün, 20.5.1938, in: IMG 25, Dok. 388-PS, S. 421–427.

[230] „Es liegt nicht in meiner Absicht, die Tschechoslowakei ohne Herausforderung schon in nächster Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen, es sei denn, daß eine unabwendbare Entwicklung der politischen Verhältnisse innerhalb der Tschechoslowakei dazu zwingt, oder die politischen Ereignisse in Europa eine besonders günstige und vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit dazu schaffen", Schreiben Keitels an Hitler mit Anlage, Entwurf für die neue Weisung Grün, 20.5.1938, in: IMG 25, Dok. 388-PS, S. 422.

chung, die Hitler am 28. Mai mit den höchsten militärischen Befehlshabern und Mitarbeitern des Auswärtigen Amts in der Reichskanzlei führte und in der er über einen Erstschlag gegen die Tschechoslowakei sprach,[231] erwähnte Goebbels nicht, er flog an diesem Tag nach Düsseldorf und von da nach Dessau, um dort statt Hitler beim Gauparteitag zu reden (TG, 29. 5. 1938). Goebbels wußte aber, daß Hitler mit einer Entscheidung rang: „Er geht durch sein Zimmer und grübelt. […] Er brütet über einem Entschluß" (TG, 29. 5. 1938). Deshalb war auch Goebbels, wie er im Tagebuch bekannte, „den ganzen Tag in einer furchtbaren Unruhe" und meinte: „Man soll in so kritischen Zeiten nicht von Berlin weggehen" (TG, 29. 5. 1938). Doch noch am selben Tag beruhigte er sich, Hitler kam nach Dessau nach und gab Entwarnung: „Gegen Prag will er weiteren Stunk. Aber machen können wir im Augenblick nichts. Wir sind rüstungsmäßig noch nicht so weit" (TG, 30. 5. 1938).[232]

Am 30. Mai gab Keitel im Auftrag Hitlers die von diesem geänderte Fassung der Weisung „Grün" an die Oberkommandierenden von Heer, Marine und Luftwaffe aus, die mit den Worten begann: „Es ist mein unabänderlicher Entschluß, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen. Den politisch und militärisch geeigneten Zeitpunkt abzuwarten oder herbeizuführen ist Sache der politischen Führung".[233] Beim nächsten gemeinsamen Mittagessen scheint Hitler darüber gesprochen zu haben, so daß Goebbels im Tagebuch notierte: „Er hat noch viel mit der Tschechei vor. Sie werden sich noch den Tod an den Hals mobilisieren" (TG, 1. 6. 1938), was darauf hindeutet, daß Hitler eine erneute Mobilisierung der tschechischen Regierung wahrscheinlich als Anlaß zum Handeln nehmen wollte.[234] Zwei Tage später ging Hitler beim Mittagessen „stark gegen die Tschechei los" und gab Goebbels folgende Anweisung: „Da müssen wir immer aufs Neue hetzen und putschen. Keine Ruhe geben. Einmal platzt dann doch der Kragen" (TG, 3. 6. 1938).[235] Durch Ribbentrop, der bei diesem

[231] Gut dargestellt bei Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 308–312, und Müller, Beck. Biographie, S. 321f.

[232] Den Mangel an Rüstung und Verteidigungsbauten hatte Hitler auch am 28. 5. 1938 in der Reichskanzlei erwähnt; vgl. Michaelis, 1938. Krieg, S. 69.

[233] Schreiben des Obersten Befehlshabers der Wehrmacht mit Anlage, 30. 5. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 221, S. 282.

[234] In der Weisung „Grün" heißt es hierzu: „Als Voraussetzung für den beabsichtigten Überfall sind notwendig a) ein geeigneter äußerer Anlaß und damit b) eine genügende politische Rechtfertigung […]. Militärisch und politisch am günstigsten ist blitzschnelles Handeln auf Grund eines Zwischenfalls, durch den Deutschland in unerträglicher Weise provoziert wurde und der wenigstens einem Teil der Weltöffentlichkeit gegenüber die moralische Berechtigung zu militärischen Maßnahmen gibt". Schreiben des Obersten Befehlshabers der Wehrmacht mit Anlage, 30. 5. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 221, S. 283.

[235] In der Weisung „Grün", 30. 5. 1938, findet sich folgende Passage „für die Vorbereitung des Falles ‚Grün'": „Der Propagandakrieg muß einerseits die Tschechei durch Drohungen einschüchtern und ihre Widerstandskraft zermürben, andererseits den nationalen Volksgruppen Anweisungen zur Unterstützung des Waffenkrieges geben und die Neutralen in unserem Sinne beeinflussen. Nähere Anweisungen und die Bestimmung des Zeitpunktes behalte ich mir vor." Schreiben des Obersten Befehlshabers der Wehrmacht mit Anlage, 30. 5. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 221, S. 283. Die Einfügung propagandisti-

Mittagsgespräch und vor allem bei der jüngsten Militärbesprechung Hitlers am 28. Mai 1938 dabei war, wurde Goebbels über ein weiteres militärisches Detail des geplanten Angriffs gegen die Tschechoslowakei in Kenntnis gesetzt: „Im Übrigen ist es notwendig, schnell zu handeln und zu drastischen Erfolgen zu kommen. Beißen wir uns fest, dann wird die Sache sehr gefährlich" (TG, 3. 6. 1938).[236] Ribbentrop scheint Goebbels jedoch auch mitgeteilt zu haben, daß diese Aktion nicht unmittelbar bevorstehe, denn Goebbels setzte seinen Eintrag mit Worten der Erleichterung fort: „Aber so weit ist es ja noch nicht. Jedenfalls müssen wir auf der Lauer stehen und aufpassen. Kommt die Chance, dann mutig zugreifen" (TG, 3. 6. 1938). Goebbels kritisierte Ribbentrops außenpolitische Ansicht, die er „sehr mangelhaft und unklar" fand, und vor allem seinen „starken Haß gegen England" (TG, 3. 6. 1938).[237] Mit einem gewissen Interesse verfolgte und verzeichnete Goebbels Ribbentrops Aktivitäten und seine Einschätzung des Verhaltens der Westmächte: „Er arbeitet auf eine allmähliche Dramatisierung der Prager Frage hin und meint, die Westmächte würden im Ernstfall nichts unternehmen. Dafür müssen wir allerdings eine günstige Situation schaffen" (TG, 3. 6. 1938). Goebbels' Gesprächsnotiz endet mit der Feststellung: „Alles rüstet fieberhaft. Also Parole: weiterrüsten!" (TG, 3. 6. 1938).

Während also im Dritten Reich – wie in fast ganz Europa[238] – die Aufrüstung und der Bau von Grenzbefestigungen auf Hochtouren liefen, schickte die tschechoslowakische Regierung auf britischen und französischen Druck hin einen Teil der einberufenen Reservisten nach Hause, was auch Goebbels zur Kenntnis gelangte. Goebbels vermerkte dies in seinem Tagebuch und äußerte sich erstaunlich offen zu den Konsequenzen: „Die Tschechen teilen uns auf diplomatischem Wege mit, daß sie nun demobilisieren und die Sicherungen an der Grenze abbauen. Sie wären bald wieder froh, wenn sie sie wieder hätten" (TG, 8. 6. 1938).[239] Einerseits

scher Zielvorgaben in eine militärische Weisung hatte es in der deutschen Militärgeschichte bisher nicht gegeben; vgl. Röhr, Freikorps, S. 35.

[236] Durch die „Überraschung" des Gegners sowie „einen unerwartet schnellen Ablauf der Aktion" sollten „die interventionslüsternen gegnerischen Staaten die Aussichtslosigkeit der tschechischen militärischen Lage vor Augen" geführt bekommen; würden „in den ersten Tagen greifbare Erfolge […] nicht erzielt, so tritt mit Sicherheit eine europäische Krise ein". Schreiben des Obersten Befehlshabers der Wehrmacht mit Anlage, 30. 5. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 221, S. 283.

[237] Vgl. Michalka, Ribbentrop, S. 168–171.

[238] Vgl. die Studie „Europa am Abgrund – 1938" von Zgórniak, in der er die Aufrüstung der europäischen Mächte bis Ende 1938 darstellt.

[239] Diese Entlassung von Reservisten setzte schon Ende Mai 1938 ein; Telegramm Eisenlohrs, 31. 5. 1938, PA/AA, R 29765, Fiche 1164, Bl. 68329. Am 5. 6. 1938 erfuhr die Gesandtschaft, daß nun auch „die Beseitigung von Straßensperren […] sowie die Beseitigung von Sprengvorbereitungen" eingeleitet würden; Telefonnotiz des Legationssekretärs Filz über Telefonat mit Hencke, 5. 6. 1938, PA/AA, R 29765, Fiche 1164, Bl. 68360. Der britische Gesandte in Prag, Basil Newton, wurde am 3. 6. von Beneš informiert, daß 49 000 Mann der einberufenen Truppen bereits entlassen seien, diese Zahl nannte Mastný auch gegenüber Weizsäcker; vgl. ADAP, D 2, Dok. 257. Der französische Gesandte in der tschechoslowakischen Hauptstadt habe von Beneš erfahren, daß bis 20. 6. insgesamt 138 000 Mann demobilisiert werden sollten; Telegramm Newtons an Halifax, 3. 6. 1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. I, Doc. 371. Vgl. auch Celovsky, Münchener Abkommen, S. 225; Michaelis, 1938. Krieg, S. 65.

demobilisierte die tschechoslowakische Regierung also, andererseits plante sie die Verlängerung der Militärdienstzeit von zwei auf drei Jahre: „Prag verordnet 3jährige Dienstzeit.[240] Angst!" (TG, 9.6.1938) schrieb Goebbels lapidar, bereits am nächsten Tag hielt er fest: „Unter Pariser und Londoner Druck zieht Prag vorläufig noch die 3jährige Dienstzeit zurück" (TG, 10.6.1938). Dies entsprach den Tatsachen. Die Regierungen des Britischen Königreichs und Frankreichs, die ohnehin verstimmt waren, weil sie vor der Teilmobilmachung nicht konsultiert oder wenigstens informiert worden waren,[241] befürchteten, diese neue Maßnahme könnte vom NS-Regime als Provokation aufgefaßt werden und ihm Anlaß zu weitergehenden Schritten bieten.[242] Als am 20. Juni, wie von der tschechoslowakischen Regierung angekündigt, weitere Reservisten demobilisiert werden sollten, interessierte das Goebbels kaum, wie aus seiner folgenden Eintragung hervorgeht: „Prag meldet seine Demobilisierung. Aber ob das wahr ist? Nichts Genaues weiß man noch nicht. Ist im Augenblick auch gleichgültig" (TG, 21.6.1938).[243] Allem Anschein nach glaubte Goebbels nicht daran, daß ein Vorgehen gegen die Tschechoslowakei unmittelbar bevorstehen könnte. Daß sich aber die Annexion der Tschechei nicht in Verhandlungen mit Beneš und Hodža lösen ließe, stand für Goebbels fest: „eine ganze Lösung kommt doch nicht mit, sondern nur gegen Prag zustande" (TG, 16.6.1938). Goebbels bekannte im Tagebuch ganz offen, warum die Zeit zum Losschlagen noch nicht gekommen sei: „Na, abwarten bis unsere Westbefestigungen fertig sind" (TG, 2.7.1938).[244] Weitere militärische Informationen berichtet Goebbels im Tagebuch nicht.

Am 16. Juni 1938 saß Goebbels zusammen mit Ribbentrop und dem deutschen Militärattaché in Prag, Oberst Toussaint, bei Hitler am Mittagstisch, wo lange über die Tschechoslowakei gesprochen wurde: „Unser Militärattaché aus Prag erläutert die Lage. Die Tschechen haben Angst. Aber sie vertrauen auf Paris und London – genau wie Schuschnigg. Hodza geht mehr auf Versöhnung aus, aber Benesch ist unser fanatischer Gegner. Format hat er nicht. Sonst hätte er seit 1933 entweder zum Interventionskrieg gegen uns provoziert oder aber eine Verständigung gesucht. Wenigstens täte er es jetzt. Aber gottseidank fehlt ihm dazu die Einsicht und Größe. Und so geht Prag seinem unabwendbaren Schicksal entgegen" (TG, 17.6.1938). Die mangelnde Bereitschaft zum Krieg fünf Jahre zuvor und die geringe aktuelle Kriegswilligkeit des tschechoslowakischen Staates waren den Nationalsozialisten Anlaß zu Spott – und sollten ausgenutzt werden. Weiter hielt

[240] Die Forderung nach der dreijährigen Dienstzeit kam aus dem Generalstab, um die geringe Friedenspräsenzstärke vor allem an der Ostgrenze zu erhöhen, berichtete Eisenlohr am 10.6.1938 an das A.A.; PA/AA, R 29765, Fiche 1164, Bl. 68381.

[241] Telegramm Phipps' an Halifax, 21.5.1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. I, Doc. 256.

[242] Vgl. z.B. Telegrammwechsel Henderson-Halifax, 13.6.1938/15.6.1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. I, Doc. 404, 412. So auch Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 296f.

[243] Eisenlohr telegraphierte am 18.6.1938 an das A.A., daß der deutsche Luftwaffenattaché Major Hans Möricke vom tschechoslowakischen Generalstabschef die Bestätigung über die vorzeitige Entlassung der einberufenen Reservisten und Spezialkräfte erhalten habe. PA/AA, R 29765, Fiche 1165, Bl. 68417.

[244] General Ludwig Beck überlieferte die gleiche Aussage Hitlers in dessen Ansprache vor hohen Offizieren am 28.5.1938: „Deckung im Westen noch nicht ausreichend", daher könne nicht sofort marschiert werden; vgl. Müller, Beck. Dokumente, Nr. 45, S. 516.

Goebbels über dieses Gespräch fest: „Der Führer ist fest entschlossen, bei der nächsten besten Gelegenheit Prag anzufassen. Und das ist auch richtig so. Auf andere Weise kommen wir doch nicht zum Ziel" (TG, 17. 6. 1938). Man wartete in Berlin also nur auf den richtigen Moment, und Goebbels hieß den Angriff auf den Nachbarstaat, der sehr riskant war, im Beisein Hitlers und auch grundsätzlich gut. Gleichzeitig war er jedoch besorgt wegen der „Panikstimmung", die sich allmählich breitmachte: „Im Lande verbreitet sich die Meinung, daß der Krieg unvermeidlich sei. Ich werde dem etwas entgegenwirken" (TG, 16. 7. 1938).[245] Offensichtlich erfaßte auch ihn gelegentlich diese Panik, wie aus dem folgenden Eintrag zu erkennen ist: „Im Übrigen wächst im Lande die Kriegspanik. Man glaubt, daß der Krieg unvermeidlich geworden sei. Wohl ist keinem dabei. Dieser Fatalismus ist das Gefährlichste von allem. So war es auch im Juli 1914. Wir müssen also mehr aufpassen. Sonst schliddern wir eines Tages in eine Katastrophe hinein, die niemand will und die trotzdem kommt" (TG, 17. 7. 1938).

Ein Lagebericht des deutschen Botschafters in London, Dirksen, vom 10. Juli,[246] den auch Goebbels kannte, dürfte diese Furcht verstärkt haben. Der Propagandaminister paraphrasierte ihn folgendermaßen: „in England zwei Fragen von Belang: Prag und Rüstung. Bzgl. Prag versteht man mehr und mehr unseren Standpunkt. Aber man ist auch im Eventualfall zum Kriege entschlossen. Bzgl. Rüstung ist alles auf großes Vorbereiten und zwar gegen uns eingestellt. Die Lage ist also alles andere als rosig. Wir müssen aufpassen und außerordentlich vorsichtig vorgehen. Jede Unbesonnenheit kann zur Krise führen" (TG, 17. 7. 1938). Dieser Eintrag zeigt, von dem direkten Informationsfluß aus dem Auswärtigen Amt zu Goebbels abgesehen,[247] daß sich Goebbels des hohen Risikos eines europäischen Krieges, das mit einem Überfall auf die Tschechoslowakei verbunden war, bewußt war, und er anscheinend auch nicht ganz so überzeugt von dieser Gewaltpolitik war, wie er wohl Hitler suggerierte. Am nächsten Tag notierte er: „Tschechei trifft wieder militärische Maßnahmen im sudeten-

[245] Sämtliche Stimmungsberichte von NS-Institutionen, Behörden oder auch der Sopade aus dieser Zeit bestätigen Goebbels' Einschätzung; vgl. Kershaw, Hitler-Mythos, S. 118–122; Auerbach, Volksstimmung, S. 282 f.

[246] Dirksen schrieb, daß mit der Aufrüstung eine neue Geisteshaltung in England entstanden sei, daß die englische Bevölkerung auf einen drohenden Krieg vorbereitet und ihr als der einzig „mögliche Feind […] Deutschland" vor Augen geführt worden sei (S. 134). Zu dem von Goebbels notierten Verständnis hatte Dirksen berichtet: „Es [das britische Kabinett, d. V.] bringt den Forderungen Deutschlands in der sudetendeutschen Frage wachsendes Verständnis entgegen. Es würde bereit sein, große Opfer zur Befriedigung der anderen berechtigten deutschen Forderungen zu bringen – unter der einen Voraussetzung, daß diese Ziele mit friedlichen Mitteln angestrebt werden. Würde Deutschland zur Erreichung dieser Ziele militärische Mittel einsetzen, so würde England ohne jeden Zweifel an der Seite Frankreichs zum Kriege schreiten. Die militärischen Vorbereitungen sind dazu weit genug vorgeschritten" (S. 140 f.). Politischer Bericht Herbert von Dirksens an das A.A., 10. 7. 1938, in: DM, Bd. 1, Dok. 12, S. 129–143.

[247] Goebbels erhielt den Bericht Dirksens wahrscheinlich nicht wegen privater Beziehungen zur Familie von Dirksen (mit der Stiefmutter des Botschafters, Viktoria von Dirksen, war Goebbels befreundet), sondern aufgrund seiner Funktion, da er auch andere Schriftstücke des A.A. kannte.

deutschen Gebiet.[248] Das ist ein richtiges Spiel mit dem Feuer. Bis das Pulverfaß Europa explodiert" (TG, 18.7.1938).

Am 24. Juli, anläßlich der Bayreuther Festspieleröffnung, ergab sich wieder einmal die Gelegenheit zu einer längeren Aussprache mit Hitler, die Goebbels detailliert festhielt: „Der Führer steckt ganz voll Sorgen und Plänen. Die Frage der Sudetendeutschen muß mit Gewalt gelöst werden. Prag will kein Einsehen haben. Führer muß nur Zeit gewinnen. Darum sein Verhandeln mit London. Befestigungen im Westen sind noch nicht fertig. Unsere Generale in Berlin haben natürlich wieder die Hosen voll. Aber das nützt nun doch nichts. […] Den Krieg will der Führer vermeiden. Darum bereitet er sich mit allen Mitteln darauf vor" (TG, 25.7.1938). Diese Passage ist aus mehreren Gründen sehr aufschlußreich, sie belegt zum einen, daß Hitler tatsächlich glaubte, er könne gegen die Tschechoslowakei vorgehen, ohne daß daraus ein Konflikt mit einem weiteren Staat entstünde.[249] Sie zeigt zweitens, daß Hitler die differierende Einschätzung seiner Generäle als Furcht abtat.[250] Vor allem aber offenbart sie, daß die Diplomatie nur dem Zeitgewinn diente, Hitler keineswegs an einer Verhandlungslösung interessiert war. Aufschlußreich ist auch die folgende Passage, ebenfalls über den Auftritt beider in Bayreuth: „Unten stehen Tausende von Sudetendeutschen und rufen nach dem Führer. Es ist ganz ergreifend. Der Führer sagt mir, er werde diese Frage in kürzester Zeit lösen. Und das wird er auch. In dieser gespannten Situation wird eines Tages die große Gelegenheit kommen" (TG, 25.7.1938).

Goebbels gab Hitler recht, daß die Angelegenheit demnächst erledigt würde, gleichzeitig nannte er im Tagebuch „eines Tages" als Termin der Aktion, was eindeutig zeigt, daß Goebbels die unmittelbar bevorstehende Kriegsgefahr gedanklich in die Ferne rückte, also offenbar nicht wahrhaben wollte. Bei aller Skepsis scheint er doch auch die Hoffnung gehabt zu haben, daß Runciman einen militärischen Konflikt verhindern könnte – schließlich war Goebbels zu dieser Zeit mit der tschechischen Schauspielerin Lida Baarova liiert: „Unterdeß [!] hofft die Welt auf Runciman" (TG, 28.7.1938), schrieb Goebbels in sein Tagebuch und meinte mit der „Welt" implizit wahrscheinlich auch sich selbst. Vor allem fürchtete er sich

[248] Eisenlohr telegraphierte wenige Tage später nach Berlin: „Nachrichten aus verschiedenen Quellen zufolge werden seit einigen Tagen in einstweilen noch nicht übersehbarem Umfang Reservisten erneut zu mehrwöchigen Waffenübungen einberufen." Auch seien „Eisenbahnzüge mit Kampfwagen von Prag nach Richtung Pilsen abgefertigt" worden. Telegramm Eisenlohrs, 21.7.1938, PA/AA, R 29766, Fiche 1168, Bl. 125383. Auch der britische Geschäftsträger, Botschaftsrat George Arthur Ogilvie-Forbes, bestätigte gegenüber Weizsäcker eine heimlich vollzogene „Teilmobilisierung" in der Tschechoslowakei; Aufzeichnung Weizsäckers, 22.7.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 305.

[249] So hatte Hitler die Lage auch gegenüber den höchsten Offizieren am 28.5.1938 dargestellt; vgl. Aufzeichnung General Ludwig Becks über die Rede Hitlers am 28.5.1938, in: Müller, Beck. Dokumente, Nr. 145, S. 516f.

[250] Vor allem der Generalstabschef des Heeres, General Ludwig Beck, hatte in mehreren Denkschriften gewarnt, daß bei einem Vorgehen gegen die Tschechoslowakei England und Frankreich eingreifen würden und daß es keineswegs sicher sei, daß Ungarn und Polen ebenfalls gegen Prag vorgehen würden; vgl. Denkschriften und Stellungnahmen Becks vom 5.5., 29.5., 3.6., 15.7. und 16.7.1938, in: Müller, Beck. Dokumente, Nr. 44, 46–49.

vor einem Krieg, der zu dieser Zeit zwischen dem Antikominternpaktpartner Japan und der UdSSR auszubrechen drohte: „Waffenkonflikt Japan-Rußland an der mandschurischen Grenze. Die Sache sieht jetzt sehr ernst aus. Nur keinen Krieg, bevor China nicht niedergeschlagen ist. Und wir müssen auch fertig sein" (TG, 2.8.1938). Diese aktuelle Kriegsgefahr bereitete ihm offenbar große Sorgen, so daß er auch am nächsten Tag ähnliche Befürchtungen im Tagebuch festhielt: „Verschärfung im Fernen Osten zwischen Tokio und Moskau. Frage Krieg oder Frieden steht auf des Messers Schneide. Hoffentlich im Augenblick kein Krieg" (TG, 3.8.1938). Doch zu seiner Erleichterung entspannte sich diese Krise bald wieder (TG, 16.8.1938).[251]

Den möglichen Angriffstermin auf die Tschechoslowakei, 1. Oktober 1938, legte Hitler spätestens in seiner überarbeiteten Weisung für den Plan „Grün" am 30. Mai 1938 fest.[252] Er findet sich wieder in einem Entwurf einer strategischen Weisung des OKW-Chefs vom 18. Juni.[253] Goebbels hingegen hatte von dieser konkreten Planung offenbar keine Ahnung. Noch am 10. August schrieb er in sein Tagebuch: „Der Führer grübelt nur noch über die Frage Prag nach. Er hat sie im Geiste schon gelöst und teilt bereits die neuen Gaue ein. Das ist großartig! Aber er wird auch den Weg zur Lösung dieses Problems finden. Vielleicht eher als wir denken" (TG, 10.8.1938). Zugleich zeigt diese Passage, daß Hitler zum Kriege fest entschlossen war und eine Eingliederung lediglich des Sudetenlandes in das Reich gar nicht mehr in Erwägung zog, denn dieses Gebiet war zu klein und zu dünn besiedelt, um mehrere NSDAP-Gaue zu bilden. Wenige Tage später stellte Goebbels im Tagebuch die rhetorische Frage: „Wann können wir handeln?" (TG, 19.8.1938). Erst am 31. August, als Goebbels auf dem Obersalzberg eintraf, erfuhr er von General Bodenschatz, der „sehr optimistisch" gewesen sei und ihm „die militärischen Vorbereitungen, die ziemlich umfassend" gewesen seien, geschildert habe, eine vage Terminplanung: „Bester Termin ist der Oktober" (TG, 1.9.1938). Es scheint, daß Hitler die Anweisung gegeben hatte, gegenüber Zivilisten, von Henlein abgesehen, oder Verbündeten keinen konkreten Termin zu nennen, denn auch Weizsäcker wurde von Ribbentrop nicht über einen genauen Zeitpunkt informiert.[254]

[251] Der von Japan abhängige Staat Mandschuko (zwischen dem nordöstlichen China und der südöstlichen UdSSR) war 1932, nach der japanischen Okkupation 1931, gegründet worden; Folge dieser völkerrechtswidrigen Expansion, die der Völkerbund als solche verurteilte, war der Austritt Japans aus dem Völkerbund im Februar 1933. Mandschuko wurde 1934 Kaiserreich, am 22.2.1938 trat dieser Staat dem Antikominternabkommen bei. Am 12.7.1938 kam es zu einem japanisch-sowjetischen militärischen Zwischenfall im Grenzgebiet Mandschukos zur UdSSR, bei den Höhen von Schangfeng. Am 1./2.8. spitzte sich die Lage durch weitere bewaffnete Konflikte zwischen Japan und der UdSSR zu, am 10.8.1938 wurde in Moskau zwischen der UdSSR und Japan ein Waffenstillstand für das Schangfeng-Gebiet unterzeichnet; vgl. Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 475f., 548.

[252] Abgedr. in: ADAP, D 2, Dok. 221, S. 282.

[253] Abgedr. in: ADAP, D 2, Dok. 282, S. 377.

[254] Vgl. Aufzeichnung Weizsäckers, 19.8.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 374. Jodl notierte in sein Diensttagebuch, Eintrag vom 6.9.1938, ein „Verbot" Hitlers, „keinerlei Andeutung über den Zeitpunkt zu machen", in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 375.

Goebbels wurde von Hitler auch im Spätsommer 1938 weder über militärische Pläne noch über seine Beratungen mit den führenden Militärs oder über Wehrmachts-Personalia unterrichtet. Auch von den Schwierigkeiten mit der Heeresführung, denen sich Hitler im Sommer 1938 ausgesetzt sah, wußte Goebbels so gut wie nichts. So finden sich in seinem Tagebuch keine Notizen über die Besprechung am 10. August 1938 auf dem Berghof, die Ansprache Hitlers am 15. August in Jüterborg oder den Rücktritt des Generalstabschefs Ludwig Beck. Gelegentlich, wenn er sich gerade in Hitlers Nähe befand, vermerkte Goebbels, daß Hitler, wie beispielsweise am 21. August 1938, wenige Tage nach der Demission Becks, „mit Brauchitsch und Keitel militärpolitische Besprechungen" geführt habe (TG, 22. 8. 1938). „Der Führer hat Besprechungen mit den Generälen" (TG, 4. 9. 1938), lautet eine andere Eintragung über die Beratung Hitlers mit Keitel und Brauchitsch am 3. September 1938 auf dem Obersalzberg.[255] Inhaltliche Angaben zu den Gesprächen konnte Goebbels im Tagebuch in beiden Fällen nicht machen, da er höchstwahrscheinlich keine Kenntnis darüber besaß. Für militärische Fragen in bezug auf den geplanten Fall „Grün" sind die Tagebücher von Goebbels wenig ergiebig.

Die Annexion tschechischer Gebiete war beschlossen, doch schon vor dem Vollzug bereitete den Nationalsozialisten die aufkommende ethnische Frage Kopfzerbrechen: „Was soll mit den 6 Millionen Tschechen geschehen, wenn wir das Land einmal haben?" fragte Goebbels in seinem Tagebuch (TG, 1. 8. 1938). Bereits am 5. November 1937 hatte Hitler in der von Hoßbach überlieferten militärischen Besprechung dargelegt, daß „eine zwangsweise Emigration aus der Tschechei von zwei, aus Österreich von einer Million Menschen" erfolgen solle, wenn die Gebiete vom Reich besetzt seien.[256] Mit einer Million Österreicher meinte Hitler die Juden, Tschechen und weiteren osteuropäischen Minderheiten in der Alpenrepublik. Eine Woche nach dem „Anschluß" der Alpenrepublik hielt Goebbels als Konsens eines Gesprächs mit Hitler beim Mittagstisch fest, sie wollten nun baldmöglichst die Juden und Tschechen aus Wien entfernen und aus der Donaumetropole eine „rein deutsche Stadt" machen (TG, 20. 3. 1938).[257] Einige Wochen später, während einer Fahrt mit Hitler und Himmler nach Berlin, erzählte der Reichsführer SS Goebbels „von seinen Besuchen in Konzentrationslagern" (TG, 30. 5. 1938). Den Bericht Himmlers über die KZs faßte Goebbels folgendermaßen zusammen: „Da sitzt nur Pack. Das muß ausgerottet werden – im Interesse und zum Wohle des Volkes" (TG, 30. 5. 1938). Bei dieser Gelegenheit wurde, wie Goebbels überliefert, auch wieder über das tschechische sowie das jüdische Volk gesprochen: „Die Tschechen wollen wir allmählich aus Deutschland, vor allem aus Wien herausdrücken. Sie sollen nicht zum Militär, damit sie nicht weiter zersetzen können. Auch die Juden sollen aus Wien herausgedrückt werden" (TG, 30. 5. 1938).

[255] Sie ist überliefert durch eine Aufzeichnung Major Schmundts, 4. 9. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 424.

[256] Hoßbach-Niederschrift, in: IMG 25, Dok. 386-PS, S. 410.

[257] Fünf Jahre später äußerte Hitler Heinrich Heim zufolge zu diesem Thema: „Die Juden habe ich aus Wien schon heraus, ich möchte auch die Tschechen hinaustun." Zit. nach Jochmann, Monologe, 25. 6. 1943, S. 405.

Die Auffassung, daß die Tschechen im Falle der Besetzung der Tschechoslowakei nicht unbehelligt bleiben sollten, vertraten anscheinend auch Henlein und K. H. Frank, wie Goebbels nach einer Unterredung mit ihnen berichtete: „Der Haß zwischen Deutschen und Tschechen ist unüberwindlich. Schweres Problem, was man später mit den Tschechen machen soll" (TG, 30.7.1938). Als Goebbels mit Hitler den Vorbeimarsch der sudetendeutschen Turner in Breslau abnahm, scheinen beide eine sehr radikale Vorgehensweise gegenüber dem tschechischen Volk erörtert zu haben, wie der Eintrag von Goebbels vermuten läßt: „Das wird einmal ein Sturm werden, wenn die Stunde kommt. Denn hier rechnen wir nicht mit einer feindlichen Regierung, sondern mit einem feindlichen Volk ab" (TG, 1.8.1938). Wenig später sprach Goebbels wieder mit Henlein über die Problematik, was „mit den 6 Millionen Tschechen geschehen" solle, „wenn wir das Land einmal haben", worauf er notierte: „Schwere, fast unlösbare Frage" (TG, 1.8.1938). Drei Wochen später kam beim Essen mit Hitler das Thema wieder auf die Völker in Ostmittel- und Osteuropa, worüber Goebbels als common sense festhielt: „Wir dürfen diese Völker, vor allem die Tschechen u.ä. Gelichter nicht hochpäppeln, wir müssen sie vielmehr einmal herausdrücken. Wir wollen nicht diese Völker, wir wollen ihr Land" (TG, 22.8.1938). Goebbels billigte diese Planungen, obgleich er sich der damit verbundenen Grausamkeiten bewußt war: „Der Führer ist in seinen außenpolitischen Anschauungen sehr klar, hart, aber auch folgerichtig" (TG, 22.8.1938). Einen Monat später waren sich Hitler und Goebbels darin einig, daß sich von den Tschechen „etwa eine Million wertvolle Elemente einschmelzen" ließen, die anderen, so Goebbels, „müssen nach und nach abgedrückt werden" (TG, 22.9.1938). Die Auffassung Hitlers Ende September 1938 hatte sich also im Vergleich zu seinen Äußerungen in der von Hoßbach überlieferten Besprechung vom November 1937 deutlich radikalisiert: sollten damals zwei Millionen Menschen aus der Tschechoslowakei zwangsweise emigriert werden,[258] so wünschte er nun, im September 1938, die Entfernung beinahe aller Nichtdeutscher bis auf eine Million „wertvolle[r] Elemente" aus diesem Staat. In diesem Sinne ist auch Hitlers Rede im Berliner Sportpalast am 26. September 1938 zu verstehen, in der er sagt: „Wir wollen gar keine Tschechen!"[259]

Die internationale Öffentlichkeit sollte jedoch glauben, daß Hitler diese Ablehnung der Tschechen nur auf die sudetendeutschen Gebiete bezog, da er im Satz zuvor eine mögliche Garantie des tschechoslowakischen Staates erwähnte. Zudem hatte er in derselben Rede die geforderte Abtretung des Sudetenlandes als „das letzte Problem" und als „die letzte territoriale Gebietsforderung" bezeichnet, die er „in Europa zu stellen habe".[260] Diesen vorgeblichen Verzicht auf weitere Gebiete hielt Goebbels nicht in seinem Tagebuch fest, wohl wissend, daß es sich hierbei um keine ernstgemeinte Aussage Hitlers handelte. Überlegungen zur Vertreibung großer Teile des tschechischen Volkes gab es also bereits vor dem Münchener Abkommen. Doch infolge des Arbeitskräftemangels vor und während des Krieges

[258] Hoßbach-Niederschrift, in: IMG 25, Dok. 386-PS, S. 410.
[259] Rede Hitlers, 26.9.1938, DRA, Nr. 2743224; vgl. auch DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 345; siehe hierzu auch Wirsching, „Man kann nur Boden germanisieren", S. 532–540.
[260] Ebenda; vgl. auch DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 338f.

wurden weder die Pläne zur zwangsweisen Umsiedlung noch diejenigen zur „Sonderbehandlung", d. h. zur Ermordung eines Großteils der tschechischen Bevölkerung, umgesetzt.[261] Auch Goebbels scheint gewußt zu haben, daß die Lösung der sogenannten Tschechenfrage analog zur „Endlösung" der Judenfrage zeitweise grundsätzlich in Erwägung gezogen worden war. Goebbels ging in seinem Tagebuch noch einige Male auf die sogenannte Lösung der Tschechenfrage ein, besonders deutlich am 10. Juni 1942, am Tag, nachdem Hitler von Emil Hácha, dem Staatspräsidenten des „Protektorats", die Beileidsbekundung des tschechischen Volkes anläßlich des Staatsaktes für den von Tschechen ermordeten stellvertretenden Reichsprotektor, Reinhard Heydrich, entgegengenommen hatte. Am Abend nach der Trauerfeier und der Begegnung mit Hácha berichtete Hitler Goebbels in seiner Wohnung von diesem Gespräch: „Der Führer hat Hácha empfangen und ihm ganz brüsk und unverblümt seine Meinung gesagt. Das tschechische Volk steht vor der Alternative, entweder sich zu beugen und die deutsche Hegemoniestellung in seinem Raum anzuerkennen oder aber mit den härtesten Maßnahmen, eventuell mit der vollkommenen Aussiedlung zu rechnen. Der Führer hat Hácha erklärt, wenn er so viele Hunderttausende von Deutschen umsiedle, so würde er doch nicht davor zurückschrecken, die 7 Millionen Tschechen um- oder auszusiedeln" (TG, 10. 6. 1942). Es dürfte kein Zufall sein, daß Goebbels hier eine Unterscheidung in „umsiedeln" und in „aussiedeln" vornahm, womit höchstwahrscheinlich die Vertreibung bzw. die Ermordung gemeint waren.[262]

[261] Vgl. Gebel, „Heim ins Reich!", S. 275–351; Zimmermann, Die Sudetendeutschen, S. 279–337, sowie Celovsky, Germanisierung und Genozid. Heydrich rechnete mit einer Quote an „Eindeutschbaren" „zwischen 40 – und 60%", d. h. mit einer geplanten Beseitigung der „Nichteindeutschbaren" von mindestens 40%, wahrscheinlich 60%; vgl. Ansprache Reinhard Heydrichs, 4. 2. 1942, in: Celovsky, Germanisierung, S. 300; vgl. auch Zimmermann, Die Sudetendeutschen, S. 292–294; Hoensch, Die Politik, S. 222 f.

[262] Die Annahme, Hitler habe Hácha mit der Ermordung eines Großteils des tschechischen Volkes gedroht, erfährt eine gewisse Bestätigung durch einen ähnlichen Fall ein halbes Jahr zuvor: In der nördlichen Slowakei, dem sogenannten Unterkärnten, fanden nach der Besetzung durch die Achsenmächte 1941 erste Umsiedlungen slawischer Einwohner statt, was zu Aufständen geführt hatte. Goebbels erfuhr von Hitler, welche Vorgehensweise er nun Himmler vorgab: „Im übrigen soll man einen großen Teil der Bevölkerung dort umsiedeln, und wer sich partout nicht in die neue Ordnung hineinfügen kann und will, wird nach dem Osten abgeschoben werden"; TG, 18. 12. 1941. Auch hier wurde zwischen einer Vertreibung und der Deportation an die Vernichtungsorte unterschieden. Daß mit der sogenannten Abschiebung nach dem Osten keine Vertreibung gemeint war, beweist eine Passage über Juden im selben Tagebucheintrag: „Ich bespreche mit dem Führer die Judenfrage. […] Die Juden sollen alle nach dem Osten abgeschoben werden. Was dort aus ihnen wird, kann uns nicht sehr interessieren. Sie haben sich dies Schicksal gewünscht, sie haben dafür den Krieg angefangen, sie müssen jetzt auch die Zeche bezahlen"; TG, 18. 12. 1941 – womit Goebbels auf die Androhung Hitlers vom 30. 1. 1939 verwies, ein neuer Weltkrieg hätte „die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa" zur Folge; vgl. Rede Hitlers, 30. 1. 1939, in: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 460, S. 16. Der Terminus „Aussiedlung" ist zudem mehrfach als Bezeichnung für die Deportation in die Vernichtungslager nachgewiesen; vgl. Schreiben Hanns Ludins, Gesandter in Preßburg, an das A.A., 13. 4. 1943, in: ADAP, E 5, Dok. 299, S. 583; vgl. auch ADAP, E 4, Dok. 49, Dok. 230, E 5, Dok. 275.

5. Die Mission Runcimans und die Zuspitzung der Krise bis zum Ende des Nürnberger Parteitages

Die Ankunft Lord Runcimans in Prag am 3. August 1938 wurde von einem neuerlichen Grenzzwischenfall überschattet. Mehrere tschechoslowakische Militärflugzeuge waren am selben Tag morgens über deutsches Hoheitsgebiet bis zur Stadt Glatz geflogen und hatten deutschen Angaben zufolge Teile des Reichsgebietes fotographiert. „Wieder Prager Flugzeuge über Glatz. Wann werden wir diese Provokateure zu Paaren treiben" (TG, 4. 8. 1938), fragte sich Goebbels und hielt im Tagebuch tags darauf die Konsequenzen fest: „Grazer Grenzverletzung durch tschechische Flieger hat die ganze deutsche Presse hochgebracht. Schärfste Kommentare. Deutscher scharfer Protest in Prag" (TG, 5. 8. 1938). Das Propagandaministerium hatte angeordnet, daß „die Glatzer Sache während zwei Tagen vierspaltig auf allen ersten Seiten stehen soll und daß alle Leitartikel sich damit befassen müßten".[263] „Große Polemik unserer Presse wegen des Glatzer Zwischenfalls" (TG, 6. 8. 1938), notierte Goebbels daher wiederum einen Tag später. Auf den diplomatischen Protest der Gesandtschaft hin räumte die tschechoslowakische Regierung den Vorfall ein und drückte ihr Bedauern aus.[264] „Die Prager Regierung hat zugegeben und faule Entschuldigungen gestottert" (TG, 6. 8. 1938), hielt Goebbels als Reaktion fest. „Aber das hilft ihr kaum etwas", setzte er seinen Eintrag fort, denn die Entschuldigungen sollten, wie vom Propagandaministerium angewiesen wurde, als „plumpe Ausreden" abgetan werden.[265]

Dieser Glatzer Zwischenfall wurde vom Oberkommando der Wehrmacht dazu benutzt, einen Erlaß zu rechtfertigen, wonach „auf alle Militärflugzeuge, die in der offenbaren Absicht von Erkundungen (Photographieren etc.) die deutsche Grenze überschreiten, scharf geschossen werden soll".[266] Bald nach dieser Grenzverletzung sorgte ein Tötungsdelikt für weitere antitschechische Schlagzeilen: „In der Tschechei blüht wieder der Terror gegen Deutsche. Ein neuer Toter. Wir gehen nun massiv gegen diese Strauchritter vor" (TG, 10. 8. 1938). Tatsächlich war der SdP-Aktivist Baierl am 7. August 1938 nicht, wie in der deutschen Presse zu lesen war, von Tschechen, sondern in einem Handgemenge zwischen SdP-Anhängern und deutschen Sozialdemokraten von einem Sozialdemokraten aus Wien getötet

[263] NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2112 und 2114, 3. 8. 1938, beide Anweisungen überliefert von Sänger; vgl. auch Nr. 2095, 3. 8. 1938, Nr. 2115, 2118, 2121, 2122, alle vom 4. 8., Nr. 2125, 2136, 2138, 2140, 2141, alle vom 5. 8. 1938; vgl. auch Longerich, Goebbels, S. 795, Anm. 140.

[264] Gesandtschaftsrat Hencke übermittelte dem A.A. telefonisch, daß der stv. Leiter der Politischen Abteilung des tschechoslowakischen Außenministeriums, Vlastimil Čermak, „die Richtigkeit des Sachverhaltes bestätigt habe". Bei Königgrätz habe eine größere Luftübung stattgefunden, „die drei Flugzeuge hätten sich verflogen und wären zu ihrer Orientierung auf die beobachtete Höhe heruntergegangen." Zugleich äußerte Čermak sein Bedauern und sicherte eine Bestrafung der Schuldigen zu. Aufzeichnung Altenburgs nach Telefonat mit Hencke, 4. 8. 1938, PA/AA, R 29766, Fiche 1169, Bl. 125479. Siehe auch Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 123.

[265] Aufzeichnung Sängers, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2122, 4. 8. 1938.

[266] Aufzeichnung des Legationsrates Heyden-Rynsch, A.A., 6. 8. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 338. Hitler stimmte diesem Vorschlag des OKW zu: Aufzeichnung Heyden-Rynsch', A.A., 8. 8. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 342.

worden.[267] Interessanterweise machte Goebbels im Tagebuch keinerlei Angaben zum Geschehen oder dem Täter. Dies könnte darauf hindeuten, daß er wußte, daß der Täter kein Tscheche war. Für ihn war die Frage nach dem Täter ohnehin zweitrangig, entscheidend für ihn war die Möglichkeit, die sich damit zur Offensive gegen die tschechische Regierung bot. An weiteren Anlässen, die Regierung in Prag zu diskreditieren, mangelte es nicht. So thematisierte Goebbels, wie auch die deutsche Presse, den Überflug der polnischen Grenze durch tschechoslowakische Flieger (TG, 8.8.1938)[268] oder einen Offiziersaufruf – „tschechische Offiziere erlassen einen blutrünstigen Aufruf zur Verteidigung ihres Staates" (TG, 14.8.1938) –, der jedoch schnell dementiert wurde:[269] „Der wilde Aufruf der Militärs in Prag war ‚ein Versehen'. Auch eine Begründung!" (TG, 15.8.1938), hielt Goebbels fest und machte durch die distanzierenden Anführungszeichen deutlich, daß er diese Begründung lächerlich fand. Er war nicht gewillt, sich dieses Thema so schnell für seine Propaganda nehmen zu lassen: „Prag sucht erneut den scharfmacherischen Offiziersaufruf abzuschütteln. Aber das gelingt nicht. Die deutsche Presse legt den Finger auf diese offene Wunde" (TG, 16.8.1938).

Weitere propagandistische Maßnahmen Goebbels' in dieser Zeit waren die finanzielle Unterstützung seines Ministeriums für sudetendeutsche Theater (TG, 9.7., 13.8.1938), die von Goebbels veranlaßte Buchveröffentlichung der Antikomintern „Verrat an Europa", die den „Nachweis der bolschewistischen Abhängigkeit" Prags liefern sollte (TG, 9.7.1938, ähnlich 13.8.1938), sowie die Einrichtung eines tschechischsprachigen Rundfunkprogramms des Reichssenders Wien. Bei der Präsentation des erwähnten Buches sprachen ein deutscher, ein ungarischer und ein polnischer Vertreter, um den Eindruck zu erwecken, als bedrohe die Tschechoslowakei generell ihre Minderheiten und stelle eine Gefahr für den Weltfrieden dar.[270] Die Errichtung eines tschechischsprachigen Senders in Wien, die offenbar auf eine Anregung K. H. Franks zurückging[271] und Goebbels bereits Anfang Juli 1938 mit Bürckel verabredet hatte, begeisterte ihn besonders: „An der Einführung tschechischer Sendungen im Wiener Rundfunk – ‚für die Minderheit' – weiter gearbeitet. Das wird ein ganz raffiniertes Manöver" (TG, 16.8.1938). Durch die An-

[267] NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2168, 8.8.1938, und Nr. 2176, 9.8.1938; Telegramm Henckes an das A.A., 10.8.1938, PA/AA, R 29766, Fiche 1169, Bl. 125490. Vgl. auch ADAP, D 2, S. 460, Anm. 2; Schwarzenbeck, Nationalsozialistische Pressepolitik, S. 334f.

[268] Vgl. Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 240.

[269] Vgl. ADAP, D 2, Dok. 366, Anlage 1, S. 461, Anm. 1, und Dok. 371, Anlage 1, S. 470; NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2222, 13.8.1938. Vgl. auch Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 423.

[270] Eberhard Taubert gab Traub zufolge eine Inhaltsangabe: „1. der Militärpakt mit der Folge einer ganz engen militärischen Zusammenarbeit mit Sowjet-Rußland; 2. die sowjet-russische Kulturpropaganda; 3. die rein politische Bolschewisierung der Tschecho-Slowakei; 4. die Tschecho-Slowakei als Ausgangspunkt der Bestrebungen zur Bolschewisierung der Nachbarländer", in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2183, 10.8.1938.

[271] Vgl. Aufzeichnung Heyden-Rynsch' über Gespräch mit Weizsäcker und K. H. Frank, 28.5.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 219, S. 280. Gesandter Eisenlohr begrüßte grundsätzlich Sendungen in tschechoslowakischer Sprache, warnte aber davor, daß in „kritischen Zeiten wie jetzt" eine derartige Rundfunksendung, „sie mag so objektiv sein wie sie will, unzweifelhaft als Zersetzungsversuch aufgefaßt werden" würde und sogar zu weiteren Zwischenfällen führen könnte. Telegramm Eisenlohrs an das A.A., 1.6.1938, PA/AA, R 29765, Fiche 1164, Bl. 68335. Siehe hierzu auch Schriffl, Die Rolle Wiens, S. 145f.

führungszeichen machte Goebbels in seinem Tagebuch wieder einmal deutlich, daß dieser Sender nur dem Anschein nach für die tschechoslowakische Minderheit in Österreich gedacht war, tatsächlich aber die Beeinflussung der tschechischen Bevölkerung im Konflikt- oder Kriegsfall ermöglichen sollte.[272] Am 29. August sandte Bürckel Goebbels einen Plan zur Durchführung dieses Projektes, den Goebbels „gut" fand und akzeptierte (TG, 30. 8. 1938). Goebbels notierte einen Tag später: „Ich mache mit Bürckel die Einrichtung des Tschechensenders in Wien aus. Ende dieser Woche soll er schon in Funktion treten. Das wird für uns vielleicht einmal ein sehr wichtiges politisches Einwirkungsinstrument" (TG, 31. 8. 1938). Während des Nürnberger Parteitages Anfang September sprachen beide, Goebbels und Bürckel, wieder über dieses Projekt, das nun bereits begonnen hatte: „Mit Bürckel den Wiener Tschechensender besprochen. Er ist schon angelaufen,[273] und Prag selbst hat dafür viel Reklame durch Opposition gemacht. Uns ist das sehr recht. Vielleicht kommt uns diese Sache einmal sehr zustatten" (TG, 7. 9. 1938). Wenig später wurde Goebbels mitgeteilt, daß der „Tschechensender aus Wien […] in der ganzen Tschechei abgehört" werde (TG, 10. 9. 1938), worüber sich Goebbels hocherfreut zeigte: „Das ist ein großer Vorteil für uns. Und für den Ernstfall in seiner Auswirkung noch garnicht [!] absehbar" (TG, 10. 9. 1938).

Von den Vermittlungsbemühungen Runcimans[274] und dessen Delegationsmitgliedern Anfang und Mitte August 1938 nahm Goebbels, der zu dieser Zeit mit privaten Sorgen beschäftigt war, anscheinend ebensowenig Notiz wie von den Verhandlungen der SdP mit der Prager Regierung,[275] die der britische Unterhändler wieder in Gang zu setzen versuchte. Goebbels war, genau wie Ribbentrop[276] und andere, felsenfest davon überzeugt, daß Hitler die sogenannte Tschechenfrage im nationalsozialistischen Sinne lösen würde (TG, 10. 8. 1938). Einen Monat später bekannte Goebbels im Tagebuch, daß er auf Hitler „vertraue […], wie auf Gott" (TG, 11. 9. 1938), daß dieser schon „das Richtige tuen [!]" werde (TG, 11. 8. 1938). So wie Goebbels Hitler in politischen Fragen absolut vertraute und ihm

[272] Um die propagandistische Absicht zu verschleiern, sollte dabei der Weg beschritten werden, „daß die tschechoslowakische Minderheit in Österreich an den Reichskommissar Bürckel mit der Bitte herantreten wird, in ihrer Sprache Sendungen über die Verhältnisse in Deutschland vorzunehmen", die vom Sender Wien ausgestrahlt werden sollten; Vermerk Altenburgs, 16. 9. 1938, A.A., für das Büro des Staatssekretärs nach Gespräch mit SS-Oberführer Hermann Behrends, stv. Leiter der Volksdeutschen Mittelstelle (Vomi), am 15. 8. 1938, PA/AA, R 101. 356, Bl. 386979.

[273] Sendebeginn war 5. 9. 1938; vgl. Celovsky, Münchener Abkommen, S. 327, Anm. 7; Schriffl, Die Rolle Wiens, S. 146.

[274] Vgl. ADAP, D 2, Dok. 336, 339, 344, 349, 350, 351, 352, 355, 366, 373.

[275] Vgl. ADAP, D 2, Dok. 352, 366, 369, 371, 373.

[276] Ribbentrop hatte gegenüber Weizsäcker am 19. 8. 1938 geäußert, daß Hitler fest entschlossen sei, „die tschechische Angelegenheit mit Waffengewalt zu regeln", die „anderen Mächte würden sich bestimmt nicht rühren und wenn doch, so würden wir es auch mit ihnen siegreich aufnehmen": „Herr v. Ribbentrop erklärte, der Führer habe sich noch nie geirrt […]. Man müsse an sein Genie glauben so wie er, R. [Ribbentrop, d.V.] es aus langjähriger Erfahrung tue. Hätte ich [Weizsäcker, d.V.] mich zu einem solchen blinden Glauben in der vorliegenden Frage noch nicht durchgerungen […], so wünsche er mir, freundschaftlich und dringend, daß ich dahin käme"; Aufzeichnung Weizsäckers, 19. 8. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 374.

bedingungslosen Gehorsam entgegenbrachte, tat er es auch im Privaten. In den ersten Augusttagen hatte Goebbels seiner Frau Magda seine Liebe zu der – ausgerechnet – tschechischen Schauspielerin Lida Baarova gestanden, was diese, zur Erleichterung Goebbels', mit scheinbarem Verständnis aufgenommen hatte, aber bei der nächstmöglichen Gelegenheit am 15. August Hitler zur Kenntnis brachte (TG, 16. 8. 1938).[277] Hitler verlangte bekanntlich die sofortige Beendigung der Affäre, was Goebbels in eine tiefe Krise stürzen sollte, dennoch gehorchte Goebbels, was er auch im Tagebuch vermerkte: „Aber die Pflicht steht über allem. Und ihr muß man in den schwersten Stunden gehorchen. […] Also werde ich mich ihr beugen. Ganz und ohne Klage" (TG, 16. 8. 1938). Goebbels schrieb über die darauf folgende Phase in sein Tagebuch: „Ich durchlebe augenblicklich die schwerste Zeit meines Lebens" (TG, 18. 8. 1938). Seine Versuche, bei Hitler, der sich damals „fast ausschließlich mit militärischen Fragen beschäftigte" (TG, 18. 8. 1938), Verständnis für seine Position zu erwecken und eventuell die Scheidung[278] von Magda Goebbels zu erreichen, führten zu einer, sicherlich von Hitler verordneten, „Gefechtspause" in der Privatsache Goebbels „bis Ende September" (TG, 21. 8. 1938). Als unmittelbare Folge der Baarova-Affäre band Hitler Goebbels noch enger an sich, kaum aus freundschaftlichem Mitgefühl, sondern wohl aus Furcht, Goebbels könne seiner Geliebten wegen im propagandistischen Kampf gegen die Tschechoslowakei nachlassen oder vielleicht gar die Fronten wechseln. Seit dem Gespräch Goebbels' mit Hitler am 15. August bis zum Nürnberger Parteitag verging kein Tag, an dem Goebbels nicht mindestens einmal bei Hitler gewesen wäre,[279] es sei denn, dieser hielt sich nicht in Berlin auf. Ende August 1938 befahl Hitler Goebbels zu sich auf den Obersalzberg, wo er ihn ganz unter seiner Kontrolle hatte und wieder auf Linie bringen konnte.[280] Dennoch blieben dem NS-Regime und vor allem Goebbels nicht der Spott der Prager Presse wegen der Baarova-Affäre erspart, worüber auch Goebbels in seinem Tagebuch berichtete. „Die Prager Presse macht in Hetze gegen mich. Das ist peinlich und kaum zu ertragen. Aber man

277 Vgl. auch TG, 3. 8. 1938, 4. 8. 1938, 6. 8. 1938, 10. 8. 1938. Aussagen Baarovas zufolge begann ihre Affäre mit Goebbels Anfang 1937; Kettermann, Baarova, S. 100–103.

278 Kettermann, Baarova, S. 138 f.

279 Am 16., 17., 18. 8. war Goebbels mittags bei Hitler, am 18. zusätzlich abends, am 19. war Hitler beim Manöver in Pommern, am 20. war Goebbels mittags und abends bei ihm, am 21. nachmittags und abends, in der Nacht zum 22. 8. fuhren sie zusammen nach Kiel, am 23. trafen sie sich vormittags und abends in Kiel, am 24. war Goebbels abends bei Hitler, am 25. mittags. Daraufhin fuhr Hitler zum Obersalzberg, wohin Goebbels am 31. 8. nachkam; dort trafen sie täglich beim Essen zusammen, am 3. 9. fuhr Goebbels nach München, am 4. 9. flog er nach Stuttgart, ab dem 5. 9. sahen sich beide täglich beim Nürnberger Parteitag; vgl. TG, 17. 8.–13. 9. 1938.

280 Goebbels kommentierte diesen Befehl doppeldeutig, doch aller Wahrscheinlichkeit nach ist diese Passage ironisch aufzufassen: „Heute zum Obersalzberg. Wie ich mich darauf freue!" TG, 31. 8. 1938. Eine Kritik an Hitler wagte Goebbels im Tagebuch zu dieser Zeit nicht, wohl fürchtend, Hitler könnte es zu lesen verlangen. Aber zahlreiche Eintragungen machen deutlich, daß Goebbels am Obersalzberg oder an Hitler in dieser Phase wenig Interesse hatte: „Das Schönste am Tage ist, wenn man abends schlafen geht. Da kann man für ein paar Stunden alle Sorgen vergessen" – so schloß Goebbels die Beschreibung eines sonnigen Tages auf dem Obersalzberg, an dem er mittags und abends mit Hitler zusammensaß; TG, 3. 9. 1938.

muß jetzt die Zähne zusammenbeißen und schweigen. Wer weiß, was kommt" (TG, 26.8.1938). Goebbels dementierte diese hämischen Berichte eigenen Angaben zufolge also nicht. Als er am nächsten Tag eine Fortsetzung dieser unangenehmen Berichterstattung feststellte, reagierte er ebensowenig: „Ich bin wie gefesselt. Aber auch das wird einmal vergessen sein" (TG, 27.8.1938). Diese mangelnde Aktivität deutet ebenso wie viele weitere Indizien auf die Ernsthaftigkeit von Goebbels' Interesse an der tschechoslowakischen Schauspielerin hin.

In seinem Tagebuch bekannte Goebbels, daß ihn die Verhandlungen der Sudetendeutschen mit der Prager Regierung und der Runciman-Delegation in dieser Phase nicht sonderlich interessierten, zum einen wohl, weil ihn seine privaten Sorgen lähmten, zum anderen, weil er wußte, daß all die Gespräche – anscheinend auch aus britischer Perspektive[281] – eigentlich nur dem Zeitgewinn dienen sollten, ehe Hitler die „ganze Lösung" (TG, 16.6.1938) wagen konnte: „Henlein war bei Runciman.[282] Aber das interessiert heute nicht mehr so. Er muß nur hinhalten und schlau sein" (TG, 19.8.1938). Ganz ähnlich – es sei „doch alles gleichgültig, was verhandelt würde" – äußerte sich Henleins Stellvertreter Karl Hermann Frank zu dieser Zeit in internen Gesprächen der SdP-Spitze, sich stets auf besondere Informationen berufend, so daß die übrigen Mitglieder der sudetendeutschen Verhandlungsdelegation unter Verhandlungsführer Ernst Kundt beim Auswärtigen Amt nachfragen ließen, ob denn überhaupt weiter verhandelt werden sollte.[283] Auch beklagten sich die SdP-Vertreter beim Auswärtigen Amt, daß K. H. Frank wochenlang Konrad Henlein von der Außenwelt abgeschottet habe.[284] Schon zuvor kam es zwischen Frank und den übrigen SdP-Vertretern wiederholt zu ernsten sachlichen und persönlichen Konflikten, vor allem in bezug auf die „Verhandlungstaktik und politische Methode".[285] Ursprünglich war beabsichtigt worden, „Henlein erst im letzten und entscheidenden Augenblick einzusetzen", doch ließ sich die geplante Taktik nicht aufrechterhalten, „ohne unhöflich oder verdächtig zu erscheinen",[286] zumal Runciman den Sudetenführer Henlein persönlich zu sprechen begehrte.[287] Außenminister Ribbentrop lehnte es jedoch ab, sich offiziell in den Konflikt der SdP-Vertreter Kundt und Frank einzumischen und

[281] Vgl. Král, Abkommen, Dok. 128, S. 177, Dok. 130, S. 179; Berber, Europäische Politik, Dok. 149f.

[282] Vgl. hierzu Telegramm Henckes, Prag, an das A.A., 19.8.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 373, S. 472, sowie Aufzeichnung Weizsäckers, 20.8.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 376. Vgl. Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 424f.

[283] Aufzeichnung aus dem A.A. über ein Gespräch mit Herbert Kier, dem juristischen Berater der sudetendt. Verhandlungsdelegation, 13.8.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 350.

[284] Ebenda.

[285] Telegramm Henckes, Prag, an das A.A., 12.8.1938, PA/AA, R 29766, Fiche 1169, Bl. 125493. Siehe auch Telegramm Henckes an das A.A., 13.8.1938, PA/AA, R 29766, Fiche 1170, Bl. 125519; Hencke, Augenzeuge, S. 117–126, 128; Küpper, Frank, S. 107f.

[286] Anonymer Bericht aus Prag vom 13.8.1938, den Henleins Beauftragter Friedrich Bürger am 17.8.1938 dem A.A. sandte, in: ADAP, D 2, Dok. 366, Anlage 1, S. 461.

[287] Runciman hatte den sudetendeutschen Verhandlungspartnern am 11.8.1938 mitgeteilt, er „denke mit Beunruhigung daran, was die englische Presse sagen würde, wenn er Henlein nicht sprechen könnte"; Bericht Henckes, Prag, an das A.A., 13.8.1938, PA/AA, R 101.355, Bl. 386971–972.

vertraute darauf, daß Henlein, der klare Anweisungen erhalten hatte, stets weiter zu verhandeln und gegebenenfalls neue Forderungen zu erheben, sich durchsetzen werde.[288]

Die Antwort der sudetendeutschen Verhandlungsdelegation am 17. August auf die Stellungnahme des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten vier Tage zuvor zum SdP-Memorandum vom 7. Juni war Goebbels bekannt: „SdP. richtet ein energisches Schreiben an Hodza. Darin wird die ganze Hinhaltetaktik der Tschechen gegeißelt" (TG, 19. 8. 1938).[289] Goebbels notierte hierzu keine Einzelheiten, sondern fragte ungeduldig: „Wann können wir handeln?" (TG, 19. 8. 1938). Auch in der Folgezeit hielt er ihn erreichende Nachrichten fest, doch meist ohne Details und anscheinend mit geringer Anteilnahme, wie auch seine folgende Notiz verrät: „In Prag Verhandlungsprozesse. Runciman scheint selbst an neuen Vorschlägen zu arbeiten.[290] Soll er. Aber das interessiert nicht. Unterdeß [!] geht der Prager Terror[291] weiter" (TG, 20. 8. 1938).

Die Ernennung einiger Sudetendeutscher zu Beamten der Tschechoslowakei, die von Runciman angeregt worden war[292] und neben anderen Maßnahmen als tschechoslowakische Vorleistung zu einem Ausgleich mit den Sudetendeutschen gedacht war,[293] fand weder bei Goebbels noch in der deutschen Presse Beifall: „Hodza ernennt 6 Deutsche zu Beamten. Ein faules Lockmittel, das nicht verfängt" (TG, 21. 8. 1938), urteilte Goebbels; in der Presse sollte „Empörung über diese lächerlichen Zugeständnisse" zum Ausdruck kommen.[294]

Auch Ende August 1938 brachte Goebbels den Verhandlungen der Sudetendeutschen mit dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten und dem Staatspräsidenten wiederum nur wenig Interesse entgegen. Am 26. August 1938 erließ K. H. Frank zusammen mit dem SdP-Organisationsleiter Fritz Köllner im Namen der Sudetendeutschen Partei einen Aufruf zur Notwehr.[295] Dieser erfolgte ohne Absprache mit der sudetendeutschen Verhandlungsdelegation,[296] höchstwahrscheinlich auf Anordnung Hitlers, der am Tag der Proklamation mit Frank zu-

[288] Aufzeichnung Altenburgs über Weisung Ribbentrops, 19. 8. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 372; Ministervorlage Woermanns, 14. 8. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 355. Siehe auch Celovsky, Münchener Abkommen, S. 289.

[289] Telegramm Henckes, Prag, an das A.A., 19. 8. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 373; NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2263, 18. 8. 1938.

[290] Angeblich zog er die Aufteilung der Tschechoslowakei in Erwägung; vgl. NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2299, 20. 8. 1938. In der Umgebung Runcimans wurde dies jedoch dementiert; vgl. Politischer Bericht Henckes an das A.A., 24. 8. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 386, S. 491.

[291] Gemeint sind die Brüxer Vorfälle; vgl. ADAP, D 2, Dok. 373.

[292] Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 431.

[293] Als Gegenleistung erwartete die tschechoslowakische Regierung einen „Waffenstillstand von 2 Monaten, vor allem in der Presse"; Aufzeichnung Altenburgs, A.A., 18. 8. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 369, S. 467.

[294] Auch „Henlein habe diese Mitteilungen lächelnd abgetan"; es handelte sich um die Ernennung von sieben Postmeistern und zwei Bezirkshauptleuten; Telegramm Henckes, Prag, an das A.A., 19. 8. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 373, S. 472. In den beiden Presseanweisungen vom 20. 8. 1938 kamen lediglich die Postmeisterstellen zur Sprache; vgl. NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2295, 2298.

[295] Abgedr. in: DDP, Bd. 6, Teil I, Dok. 60, S. 293.

[296] Bericht Henckes an das A.A., 27. 8. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 399, S. 517.

sammentraf.[297] Über den Besuch Franks bei Hitler notierte Goebbels in seinem Tagebuch kein Wort, was darauf hindeutet, daß der Propagandaminister darüber nicht informiert war. Den von Frank verkündeten Aufruf erwähnte Goebbels erst drei Tage später – und lediglich im Zusammenhang mit den Reaktionen im Ausland (TG, 29. 8. 1938). Ziel dieser Maßnahme war, eine Einigung zwischen Sudetendeutschen und der tschechoslowakischen Regierung zu erschweren und möglicherweise durch einen schweren Zwischenfall dem NS-Regime den Anlaß zum gewaltsamen Einschreiten zu bieten; Frank überlegte zu dieser Zeit verschiedene Varianten hierfür.[298] Die nicht unwesentlichen Verhandlungen der Sudetendeutschen Ernst Kundt und Wilhelm Sebekovsky mit Beneš am 24. und 25. August, die zunächst geheim waren, notierte Goebbels überhaupt nicht.[299] Intensiver beschäftigte sich Goebbels in seinem Tagebuch mit Angriffen in der Presse. Die Proklamation des Notwehrrechts belegte die Regierung in Prag mit einem Verbreitungsverbot des Textes und beantwortete sie mit einem Aufruf zu „Ruhe und Ordnung" (TG, 28. 8. 1938),[300] gegen den Goebbels eine, wie er schrieb, „scharfe Anweisung" an die Presse ausgab (TG, 28. 8. 1938).[301] Die Beleidigung der deutschen Armee des Ersten Weltkrieges durch eine tschechoslowakische Zeitung führte ebenfalls zu einer massiven Hetze in der deutschen Presse (TG, 28. 8. 1938) und mehrmaligem „schärfsten Protest" (TG, 29. 8. 1938) der deutschen Gesandtschaft beim tschechoslowakischen Außenministerium.[302]

Den sogenannten dritten Plan von Staatspräsident Beneš vom 29. August – nach dem SdP-Memorandum vom 7. Juni und dem Prager Nationalitätenstatut, die als erste und zweite Pläne gerechnet werden – umriß Goebbels folgendermaßen in seinem Tagebuch: „Runciman hat Henlein ein neues Angebot Beneschs übermittelt: in 3 Gauen deutsche Mehrheit, 4 Ministerien und 33 1/3% aller neu anfallenden Beamtenstellen. Das hören wir aber vorerst erst ganz unverbindlich" (TG, 30. 8. 1938). Goebbels schien beeindruckt und sah darin eine Möglichkeit, den Konflikt vorläufig zu lösen: „Was tuen [!], wenn ja? Wir sind ja immer über die Macht zur Macht gekommen. Und es ist ja die Frage, wie der Führer eine geeignete Situation zum Handeln schafft. Ob wir dabei in der Prager Regierung sitzen oder dagegen

297 Tagebucheintrag Groscurths, 27. 8. 1938, in: Krausnick/Deutsch, Groscurth, S. 104.

298 Telegramm Henckes, Prag, an das A.A., 24. 8. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 387; Telegramm J. M. Troutbecks, Prag, an Halifax, 28. 8. 1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 705; Laffan, Survey, Vol. II, S. 229; Küpper, Frank, S. 110.

299 Geheimbericht Henckes, Prag, an das A.A. mit zwei Anlagen, 27. 8. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 398, S. 504–516; Telegramm Henckes, 26. 8. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 391; Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 439.

300 Zit. bei Laffan, Survey, Vol. II, S. 229f.

301 Sänger berichtete, daß die Polemik des tschechoslowakischen Aufrufs zur Grundlage einer „scharfen Zurückweisung genommen werden" sollte, in dem Sinne, daß „Mord und Totschlag" der Sudetendeutschen in den Augen der Tschechen die „Herstellung von Ruhe und Ordnung" bedeute. Diese Anweisung gab in der Pressekonferenz Goebbels' enger Mitarbeiter Fritzsche aus, was dafür spricht, daß die Weisung tatsächlich von Goebbels selbst stammen dürfte. Vgl. NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2353, 27. 8. 1938.

302 Vgl. NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2353, 27. 8., Nr. 2364, 2372, beide vom 29. 8., Nr. 2373, 30. 8. 1938; TG, 30. 8. 1938; Telegramm Henckes, Prag, an das A.A., 29. 8. 1938, PA/AA, R 101. 356, o. P.; Telegramm Eisenlohrs an das A.A., 1. 9. 1938, PA/AA, R 29766, Fiche 1171, Bl. 125611.

stehen. Jedenfalls drängen nun die Dinge zur Entscheidung" (TG, 30.8.1938). Diese Hoffnungen Goebbels' waren jedoch vergeblich. Eine Regierungsbeteiligung der Sudetendeutschen Partei sah dieser neunseitige Plan nicht vor, offensichtlich wurde Goebbels zunächst falsch infomiert.[303] Erwähnt wurde diese Falschmeldung zwar auch in der Pressekonferenz, blieb aber folgenlos, weil über das gesamte Memorandum von Beneš, auch über die geplante Gauselbstverwaltung, in deutschen Zeitungen nichts geschrieben werden durfte.[304] Noch im selben Tagebucheintrag korrigierte sich Goebbels, hatte also noch am Abend des 29. August oder spätestens am folgenden Vormittag andere Informationen erhalten: „Das Angebot der Tschechen ist anscheinend doch viel kleiner, als man zuerst vermutete. Keine Minister, 3 Monate Waffenstillstand. Typisch tschechisch. Aber diese Nachrichten sind noch ganz unverbürgt" (TG, 30.8.1938). Das von Goebbels genannte tschechoslowakische Angebot einer sudetendeutschen Selbstverwaltung in drei zu bildenden deutschen Kantonen oder Gauen war korrekt, ebenso der von ihm erwähnte Waffenstillstand im Pressekrieg.[305] Ein Drittel aller Beamtenstellen für Sudetendeutsche hatte Beneš allerdings zunächst so nicht in Aussicht gestellt, sondern nur zugesichert, daß in Zukunft „22% aller neuaufgenommenen Beamten deutsch sein müssen", was dem deutschen Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprach. Nach Einwänden Kundts und Sebekovskys gestand er, um die Proportionalität in Bälde zu erreichen, vorübergehend einen „Überprozentsatz" an deutschen Beamten zu.[306]

Die Reaktionen der Sudetendeutschen auf den „Dritten Plan" fielen zunächst sehr unterschiedlich aus; während Kundt die Auffassung vertrat, daß dieser „tatsächlich" die „Erfüllung" der „Karlsbader Forderungen bedeuten könnte", bezeichnete K. H. Frank, sicherlich einer der radikalsten sudetendeutschen Funktionäre, die Vorschläge „zwar als verhältnismäßig weitgehend, aber doch als nach wie vor unbefriedigend", vertrat jedoch zugleich die „Ansicht, daß sie nicht ohne weiteres abgelehnt werden konnten".[307] Zwei Tage später und nach einer negativen Bewertung durch Henlein[308] war Kundt auf Linie gebracht und äußerte

[303] Vgl. ADAP, D 2, Dok. 398, 399, 407, 431; fünfseitiges Gedächtnisprotokoll von Kundt, Sebekovsky über die Unterredung mit Beneš am 30.8.1938, das Hencke am 5.9.1938 an das A.A. sandte, PA/AA, R 101.356, o.P.; Gegenvorschlag der Sudetendeutschen, am 2.9.1938 übergeben, von Hencke am 5.9.1938 an das A.A. weitergeleitet, PA/AA, R 101.356, o.P.; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 696, 702, 706, 711, 717, 723, 728, 730; Laffan, Survey, Vol. II, S. 225f.; Brandes, Die Sudetendeutschen, S. 220–222.

[304] Sänger überliefert über den Vortrag Fritzsches, „daß keinerlei Stellung genommen werden darf zu den […] Vorschlägen der Prager Regierung", auch dürfe „die sogenannte Gaueinteilung nicht mehr erwähnt werden", ebensowenig, „daß Benesch den einen Punkt der Zugeständnisse wieder zurückgezogen habe, nämlich die vier deutschen Minister"; NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2373, 30.8.1938.

[305] Vgl. ADAP, D 2, Dok. 398, Anlage 2, S. 512, 514f.; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 696.

[306] Vgl. ADAP, D 2, Dok. 398, Anlage 2, S. 514.

[307] Telegramm Henckes, Prag, an das A.A., 30.8.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 407.

[308] Henlein hatte am 31.8.1938 im Beisein von K. H. Frank gegenüber Frank Ashton-Gwatkin die tschechoslowakischen Vorschläge „als unzureichend" bezeichnet und „auf Erfahrungen begründete Zweifel an [der, d.V.] Vertrauenswürdigkeit Benesch' und Fairness tschechoslowakischer Regierung" geäußert; Telegramm Eisenlohrs an das A.A., 1.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 417.

gegenüber Lord Runciman, daß das neue tschechoslowakische Angebot nicht weit genug ginge; diese Einschätzung teilte erstaunlicherweise auch Runciman.[309] Die Sudetendeutschen hatten Bedenkzeit bis 2. September 1938.

Am Abend des 1. September traf Konrad Henlein in britischem Auftrag auf dem Obersalzberg ein, um mit Hitler zu sprechen.[310] „Das Ergebnis dieser Unterredung kann schon vorausgesagt werden" (TG, 2. 9. 1938), notierte Goebbels, womit er sicherlich die Ablehnung der tschechoslowakischen Vorschläge meinte. Gleich nach Ankunft Henleins erörterte Hitler, wie Goebbels schrieb, „mit ihm ausführlich die Lage" (TG, 2. 9. 1938). Am nächsten Tag hatte Hitler noch einmal „eine ausführliche Aussprache mit Henlein" (TG, 3. 9. 1938), bei der Goebbels, zu dieser Zeit ebenfalls auf dem Obersalzberg, nicht zugegen war,[311] über die er aber informiert wurde und im Tagebuch berichtete: „Dort wurde beschlossen, weiter hinzuhalten und die Tschechen schmoren zu lassen. Sie werden doch allmählich mürbe werden. Ihr Vorschlag wird nicht angenommen. Sie sollen einen neuen machen. Im Übrigen setzen ihnen nun die Engländer zu, weiter entgegenzukommen. Benesch sitzt nun in der Zwickmühle" (TG, 3. 9. 1938). Diese Notiz von Goebbels ist die einzige glaubwürdige Quelle über dieses Gespräch Hitlers mit Henlein auf dem Obersalzberg; die Tatsache der beiden Unterredungen bestätigte Henlein gegenüber Ashton-Gwatkin, einem Mitglied der Runciman-Kommission.[312] Bisher, ohne Kenntnis der Goebbels-Tagebücher, war es nicht möglich gewesen, die Ablehnung des Beneš-Plans durch die Sudetendeutsche Partei am 2. September 1938[313] auf eine Entscheidung Hitlers zurückzuführen, weil Henlein, um nicht als Marionette Hitlers zu gelten, Instruktionen Hitlers gegenüber Ashton-Gwatkin bestritten hatte.[314]

Noch in einem anderen wichtigen Punkt überführen die Tagebücher von Goebbels Henlein der Lüge. Henlein hatte Ashton-Gwatkin am 4. September wider besseres Wissen versichert, Hitler wolle keinen Krieg.[315] Wenige Tage später, während

[309] Telegramm Newtons, Prag, an Halifax, 1. 9. 1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 730. Runciman ließ über Newton nach London telegraphieren: „I am very disappointed"; Telegramm Newtons an Halifax, 30. 8. 1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 717.

[310] Vgl. z. B. DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 731; Celovsky, Münchener Abkommen, S. 294.

[311] Henlein bestätigte gegenüber Ashton-Gwatkin am 4. 9. 1938, daß Goebbels zu dieser Zeit auf dem Obersalzberg war, an den Gesprächen jedoch nicht teilnahm; vgl. Bericht Ashton-Gwatkins für Halifax, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 765.

[312] Die anderen Quellen sind: ein von Newton, Prag, an Halifax übermittelter Bericht Frank Ashton-Gwatkins über sein Gespräch mit Henlein am 4. 9. 1938 (DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 765) sowie ein Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Prag, Hencke, der seine Informationen vom italienischen Legationssekretär in Prag, Silvestrelli, bezog, der am 5. 9. 1938 mit Ashton-Gwatkin und anschließend mit Hencke zusammengetroffen war; vgl. ADAP, D 2, Dok. 435, Anlage; siehe auch ADAP, D 2, Dok. 433.

[313] Telegramm Newtons, Prag, an Halifax, 2. 9. 1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 746; Rundtelegramm Heinburgs, 5. 9. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 431.

[314] Henlein hatte behauptet, „von dem Führer keine bestimmten Richtlinien oder Instruktionen erhalten" zu haben; vgl. Bericht Henckes, in: ADAP, D 2, Dok. 435, Anlage, S. 560. Vgl. auch DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 765.

[315] Ashton-Gwatkin berichtete über sein Gespräch mit Henlein am 4. 9. 1938 an Halifax: „Herr Henlein said first of all that he wanted no war. Herr Hitler said ‚I do not want war'. Herr Henlein said that there were two policies for him: (a) autonomy within

des NSDAP-Parteitages in Nürnberg, erzählte Henlein Goebbels von diesem taktischen Manöver und nannte auch den Grund dafür. Goebbels berichtet über dieses Gespräch in seinem Tagebuch folgendes: „Ich spreche kurz mit Henlein. Er hat Runciman mitgeteilt, ‚daß der Führer keinen Krieg wolle', was Runciman tief beeindruckt hat.[316] Sonst weichen die Tschechen überall zurück, und es ist für Henlein sehr schwer, eine sogenannte Siedehitze zu erzeugen" (TG, 9.9.1938). Goebbels' Notizen erweisen sich als zuverlässige Quelle, wenn auch Henlein nicht direkt mit Runciman über seinen Besuch auf dem Berghof sprach, was der Eintrag suggeriert. Es ist denkbar, daß Hitler gegenüber Henlein tatsächlich davon sprach, keinen Krieg zu wollen, was aber keinen Verzicht auf einen militärischen Angriff auf die Tschechoslowakei bedeutete, sondern nur die zu vermeidende Ausdehnung des militärischen Konflikts beschrieb. Henlein mußte dies wissen, so wie auch Goebbels bewußt war, daß Hitler die Kriegsvorbereitungen nach der Festlegung des Angriffstermins auch deshalb so intensiv betreiben ließ, um den Konflikt lokal zu begrenzen, also einen europäischen Krieg zu vermeiden (TG, 25.7.1938). Ob die bewußte Irreführung der britischen Verhandlungsmission, die die angebliche Ablehnung eines Krieges als Absage an eine militärische Lösung verstehen mußte, Henleins Idee war, geht aus dem Tagebuch Goebbels' nicht hervor, doch läßt sie damit sämtliche Aussagen Henleins über seinen Obersalzbergbesuch gegenüber Ashton-Gwatkin fragwürdig erscheinen, denen in der Forschung zum Teil kritiklos Glauben geschenkt wurde.[317]

Besonders merkwürdig mutet auch die Angabe Henleins an, von Hitler keinerlei zeitliche Vorgabe erhalten zu haben, während er andererseits Ashton-Gwatkin mitteilte, bis Ende September müsse eine Einigung mit der tschechoslowakischen Regierung erfolgen, da er, Henlein – so seine Begründung – Mitte Oktober einen Parteitag abzuhalten gedenke. Es kann kein Zweifel bestehen, daß Henlein den von Hitler favorisierten Termin für ein militärisches Vorgehen, 1. Oktober 1938, kannte,[318] sonst hätte er diese Terminierung gegenüber Ashton-Gwatkin nicht angegeben. Außerdem habe Henlein zu Friedrich Bürger, dem Leiter seines Berliner

Czechoslovakia State to be attained. Secondly (b) plebiscite which means solidification with the Reich. In either case he wished to obtain his results in a peaceable way and to this Herr Hitler fully assented"; Bericht Ashton-Gwatkins für Halifax, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 765. Vgl. auch Aufzeichnung Henckes, in: ADAP, D 2, Dok. 435, Anlage, S. 560: „Der Führer habe an Konrad Henlein die Frage gerichtet, welchen Weg er nun einschlagen wolle. Konrad Henlein habe erwidert, daß ihm vor allem daran liege, daß ein Krieg vermieden würde, unter dem in erster Linie das sudetendeutsche Gebiet zu leiden hätte. Der Führer habe ihm erklärt, dies sei auch sein Wunsch […]. Herr Henlein selber würde eine Lösung auf dem Verhandlungswege vorziehen. Der Führer habe der Auffassung Konrad Henleins zugestimmt und seine Absichten gutgeheißen."

316 Hencke, Prag, telegraphierte an das A.A., die Runciman-Mission beurteilte die Lage „jetzt optimistischer"; vgl. ADAP, D 2, Dok. 433; vgl. auch ADAP, D 2, Dok. 435.

317 Celovsky, Münchener Abkommen, S. 292, schätzte die durch Ashton-Gwatkin unmittelbar oder mittelbar überlieferten Berichte Henleins berechtigterweise als Belege für dessen Unwahrhaftigkeit ein; Laffan, Survey, Vol. II, S. 237f., zitierte sie mit geringer Skepsis, Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 475f., vertraute ihnen ohne jegliches Anzeichen von Zweifel.

318 Vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 765. Diese Ansicht vertrat auch Celovsky, Münchener Abkommen, S. 291f.

Büros, gesagt, wie Groscurth überliefert, „die Erledigung erfolge noch im September, laut Angabe des Führers".[319] Auch die Zeitangaben, die Henlein über seine Unterredungen mit Hitler machte, stimmen nicht. Während Goebbels festhielt, Henlein und Hitler erörterten bereits am Tag der Ankunft „ausführlich die Lage" (TG, 2.9.1938), äußerte Henlein gegenüber Ashton-Gwatkin, er habe mit Hitler an diesem Tag nur kurz geredet; in der deutschen Presse wurde sogar dementiert, daß Henlein Hitler am 1.9.1938 überhaupt gesprochen habe.[320] Dies kann nicht anders interpretiert werden, als daß der Eindruck erweckt werden sollte, eine Beratung des Beneš-Plans mit Hitler bzw. die Empfehlung seiner Ablehnung, die am 2. September mittels eines umfangreichen Gegenentwurfs[321] erfolgte, sei schon aus zeitlichen Gründen nicht möglich gewesen.

Die Absage an Beneš fiel Hitler und den Sudetendeutschen um so leichter, als Runciman, der eigentlich neutraler Vermittler sein sollte, den Nationalsozialisten einen eigenen Vorschlag in Aussicht gestellt hatte; Celovsky bezeichnete dies zu Recht als den „vielleicht […] größten Fehler seiner Mission".[322] Bis 15. September 1938, so hatte Runciman Hitler über Henlein schriftlich mitteilen lassen, werde er ein eigenes Programm entwerfen, sollten sich SdP und tschechoslowakische Regierung nicht vorher einigen. Darüber hinaus stellte er Hitler in einer zweiten Nachricht eine britisch-deutsche Verständigung nach Lösung der Sudetenfrage in Aussicht.[323] Der tschechoslowakischen Seite gegenüber hatte Runciman lediglich das zweite Schriftstück erwähnt,[324] dennoch war auch ihr die Absicht Runcimans, einen eigenen Entwurf vorzulegen, bekannt.[325] Goebbels war anscheinend über die Offerten Runcimans im Gegensatz zum Auswärtigen Amt, das sogleich seine Missionen davon in Kenntnis setzte,[326] nicht informiert, da er sie im Tagebuch nicht erwähnte. In der begründeten Hoffnung, daß Runcimans Entwurf weitergehen würde als der „Dritte Plan" von Beneš, konnte die deutsche Seite das tschechoslowakische Angebot zurückweisen, dessen Annahme einem Verzicht auf zusätzliche Zugeständnisse gleichgekommen wäre. Die Akzeptanz des Beneš-Planes durch

[319] Tagebucheintrag Groscurths, 4.9.1938, in: Krausnick/Deutsch, Groscurth, S. 112.

[320] Vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 765, in: ADAP, D 2, Dok. 435, Anlage, S. 560; NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2406, 2.9.1938.

[321] Die siebenseitige, endgültige Fassung des SdP-Gegenentwurfs auf den „Dritten Plan" sandte Hencke, Prag, am 5.9.1938 an das A.A., PA/AA, R 101.356, o.P.

[322] Celovsky, Münchener Abkommen, S. 291. Ähnlich kritisch äußert sich Vyšný, The Runciman Mission, S. 214–238, der die Vorgeschichte zu Runcimans Angebot detailliert untersucht hat.

[323] Die beiden Schriftstücke Runcimans für Hitler, die Henlein diesem übergab, sandte Newton an Halifax, sie sind überliefert in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 732. Henlein empfing sie am 31.8.1938 von Ashton-Gwatkin; vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 731; siehe auch Král, Die Deutschen, Dok. 200a., 201. Die Übergabe der Schreiben an Hitler am Abend des 1.9.1938 bestätigte Henlein gegenüber Ashton-Gwatkin am 4.9.1938; vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 765; siehe auch Hencke, Augenzeuge, S. 136f.

[324] Telegramm Newtons, Prag, an Halifax, 1.9.1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 731.

[325] Die tschechoslowakische Zeitung „Lidove Noviny" habe aus der britischen Presse (Daily Mail) die Meldung übernommen, „Runciman werde im Falle Ablehnung Regierung der Vorschläge durch SdP eigenen Plan vorlegen"; Telegramm Eisenlohrs an das A.A., 2.9.1938, PA/AA, R 29766, Fiche 1171, Bl. 125622.

[326] Rundtelegramm Heinburgs, 5.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 431.

die Sudetendeutschen sowie jedes weiteren tschechoslowakischen Angebots bis Mitte September hatte Runciman damit selbst hintertrieben.[327] Über den bedeutsamen Besuch Henleins auf dem Obersalzberg erschien ein Kommuniqué in der Presse, das Goebbels im Tagebuch mit den Worten vermerkte: „Wir geben ein Communiqué heraus, das garnichts [!] besagt. Man muß die Tschechen zappeln lassen. Umso eher werden sie mürbe" (TG, 3. 9. 1938).[328]

Der tschechoslowakische Staatspräsident war infolge der Ablehnung seines Angebots gezwungen, einen neuen Vorschlag zur Befriedung des sudetendeutschen Gebiets zu unterbreiten. Dieser als „Vierte Plan"[329] bezeichnete Entwurf wurde am 5. September vom tschechoslowakischen Kabinett gebilligt, am folgenden Tag veröffentlicht, der Sudetendeutschen Partei aber erst am 7. September übergeben, was sogleich von der SdP beanstandet wurde,[330] aber an der fehlenden Erreichbarkeit des Verhandlungsführers Kundt lag.[331] Goebbels, zu dieser Zeit bereits beim Nürnberger Parteitag, kommentierte den Plan abwertend, ohne ihn zu kennen: „Prag redet wieder von einem noch neueren Plan. Das wird wieder mal so eine Mißgeburt sein" (TG, 7. 9. 1938). Im selben Eintrag kam Goebbels noch einmal darauf zurück: „Prag faselt wieder mal von einem neuen „definitiven Plan".[332] Oberquatsch!" (TG, 7. 9. 1938). Die SdP-Vertreter dagegen erkannten, wenn sie auch, wie Goebbels, Zweifel an der Aufrichtigkeit des Angebots hatten,[333] die weitreichenden Zugeständnisse und waren sich diesmal alle darin einig, daß der „Vierte Plan" eigentlich nicht abgelehnt werden konnte, weil er zusammen mit den mündlichen Versprechen Hodžas im wesentlichen die Erfüllung der acht Karlsbader Forderungen darstellte.[334] Der gemäßigte Delegationsführer der Sudetendeutschen, Kundt, befürchtete, es entstünde bei Nichtannahme der Verdacht, nur Scheinverhandlungen zu führen; zudem hielt er ein „politisches Eingreifen des Deutschen Reiches" für einfacher, solange noch kein Vorschlag Runcimans vorläge.[335]

Die SdP befand sich in einer schwierigen Situation, Frank und Kundt wollten weder sofort zusagen noch ablehnen, ihr Parteiführer Henlein war zu dieser Zeit in Nürnberg, als sich ein eher harmloser – und wahrscheinlich auch selbst provo-

[327] So auch Celovsky, Münchener Abkommen, S. 296.
[328] Zum Text des Kommuniqués siehe Laffan, Survey, Vol. II, S. 237.
[329] Der Text des 20seitigen „Vierten Plans" (mit Anlage) befindet sich in: PA/AA, R 29768, Fiche 1181, o. P. Publiziert in: Documents on International Affairs, 1938, Vol. II, hrsg. von: Royal Institute of International Affairs, S. 178–184; Eine Kurzfassung findet man in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 756.
[330] Telegramm Henckes an das A.A., 7. 9. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 438.
[331] Telegramm Henckes an das A.A., 7. 9. 1938, PA/AA, R 29767, Fiche 1174, Bl. 125846.
[332] Als „definitiver Plan" wurde er in dem von der tschechoslowakischen Regierung veranlaßten Kommuniqué bezeichnet; vgl. Laffan, Survey, Vol. II, S. 239.
[333] Diese Zweifel Goebbels' belegt folgender Tagebuch-Eintrag: „Beneschs ‚neuer Plan' ist wieder eine dummdreiste Bauernfängerei"; TG, 8. 9. 1938.
[334] Vgl. ADAP, D 2, Dok. 438, 440–442. Siehe die Gegenüberstellung des „Vierten Plans" mit den acht Karlsbader Punkten bei Laffan, Survey, Vol. II, S. 240–245.
[335] Aufzeichnung Kundts, am 8. 9. 1938 von Hencke an das A.A. übersandt, in: ADAP, D 2, Dok. 440, Anlage 1, S. 570 f.

zierter – Zwischenfall in Mährisch-Ostrau ereignete,[336] der der Sudetendeutschen Partei die Möglichkeit bot, die Verhandlungen unter dem Vorwand, den Vorfall zunächst aufklären zu müssen, zu unterbrechen.[337] Goebbels notierte sowohl den Anlaß als auch den Abbruch der Konsultationen: „Blutige Zusammenstöße in Mährisch-Ostrau. Tschechische Polizei knüppelt deutsche Abgeordnete nieder. Ich lasse nun die Presse darauf los.[338] Verhandlungen mit der Prager Regierung vorläufig abgebrochen. Es fängt also langsam an" (TG, 8.9.1938). Goebbels freute sich über diesen Vorfall und das damit begründete Ende der Verhandlungen: „Prags Terror wird in der deutschen Presse ganz groß aufgemacht und schärfstens kommentiert.[339] Wieder ist die Welt voll Unruhe. Uns kommt das gerade recht. Die Tschechen sind ja so dumm. Man müßte ihnen eine öffentliche Belobigung für ihre Politik erteilen" (TG, 9.9.1938).

Erst Tage nach Übergabe des „Vierten Plans" an die Sudetendeutschen scheint Goebbels über diesen und die Lage der Verhandlungen nähere Informationen erhalten zu haben, wahrscheinlich von seinem Mitarbeiter Alfred-Ingemar Berndt, der Goebbels allem Anschein nach den Plan ungünstiger darstellte, als er tatsächlich war. Goebbels notierte hierüber: „Prags neuer Vorschlag ist nicht viel besser als die bisherigen. Mit halben Zugeständnissen, und das auch noch verklausuliert. Die SdP lehnt natürlich prompt in einer umfangreichen Erklärung ab. Nun hat Prag erneut das Wort. Die Verhandlungen sollen nach Erledigung der Mährisch-

[336] SdP-Abgeordnete hatten ca. 82 zuvor verhaftete Sudetendeutsche in Mährisch-Ostrau besucht, um festzustellen, ob sie, ihren Angaben entsprechend, während ihrer Haft mißhandelt worden seien, als es vor dem Polizeigebäude zu einem Tumult kam, bei dem der Abgeordnete Franz May angeblich von einem Polizisten mit der Reitpeitsche geschlagen wurde; der beschuldigte Beamte wurde sogleich suspendiert, ein Strafverfahren gegen ihn wurde eingeleitet. Zur gleichen Zeit erregte der Tod eines zum tschechoslowakischen Militär einberufenen Sudetendeutschen die Gemüter; eine Obduktion wurde angeordnet; vgl. Bericht Hencke an das A.A., 10.9.1938, über die Liquidierung des Zwischenfalls mit Anlage über das Gespräch Hodžas mit Kundt und Dr. A. Rosche am Abend des 10.9.1938, sowie Geheim-Bericht Hencke, 10.9.1938, an das A.A. mit Anlage über eine ergänzende, geheime Vereinbarung zwischen Hodža und Kundt zur Liquidierung des Vorfalls, PA/AA, R 101.356, Bl.489546–47, o.P. Britische Beobachter, die mit der Aufklärung des Falls betraut waren, gelangten zu der Einschätzung, daß die SdP-Abgeordneten den Vorfall selbst provoziert hatten, und May möglicherweise nicht geschlagen worden war, sondern vielmehr selbst einen Polizisten angegriffen hatte; vgl. DBFP, 3rd Series, Vol.II, Doc.801 und Anm.1. Die Suspendierung des Polizisten legt jedoch den Schluß nahe, daß May tatsächlich geschlagen wurde, ob infolge eigener Provokation, sei dahingestellt. Vgl. Celovsky, Münchener Abkommen, S.296, Anm.2, sowie Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S.485f., und Laffan, Survey, Vol.II, S.252–255, die den Zwischenfall detailliert schildern, vertreten die Ansicht, daß die SdP den Vorfall inszeniert habe. Selbst Helmuth Groscurth war dieser Auffassung: „Vorfälle in Mährisch-Ostrau sind zweifellos provoziert", Tagebucheintrag Groscurths, 8.9.1938, in: Krausnick/Deutsch, Groscurth, S.115.

[337] Vgl. ADAP, D 2, Dok.438; siehe auch ADAP. D 2, Dok.441, 446.

[338] Die Presse wurde Sänger zufolge angewiesen, die Vorfälle „sehr groß […] mit Tönung ins Sensationelle" aufzumachen und zu kommentieren; vgl. NS-PrA, Bd.6, Nr.2459, 7.9.1938.

[339] Die Presse wurde am 8.9.1938 ausdrücklich von Fritzsche für ihre „Haltung" belobigt und angewiesen, in gleicher Weise weiter zu schreiben; Aufzeichnung Sängers, in: NS-PrA, Bd.6, Nr.2460, 8.9.1938.

Ostrauer Vorfälle wieder aufgenommen werden" (TG, 11.9.1938). Wenn auch keine Ablehnung expressis verbis erfolgte, so erarbeitete die SdP – wie schon nach dem „Dritten Plan" – einen ausführlichen Gegenvorschlag, der der tschechoslowakischen Regierung am 13. September übergeben werden sollte und die Nichtannahme des Beneš-Plans und somit de facto eben doch eine Ablehnung des bisherigen Vorschlags bedeutet hätte.[340] Goebbels' Tagebucheintrag gab also, wie so häufig, die damalige, momentane Verhandlungslage wieder, die sich schon kurze Zeit später ganz anders darstellte.

Die Wiederaufnahme der Gespräche, die für den 13. September geplant war,[341] erfolgte nach Ende des NSDAP-Parteitages nicht mehr. Als Vorwände dienten der SdP weitere Zwischenfälle,[342] die größtenteils bewußt provoziert worden waren,[343] und das in mehreren Bezirken des Sudetenlandes verhängte Standrecht.[344] Kurz vor dem offiziellen Abbruch der Verhandlungen war ein Ultimatum der Sudetendeutschen Partei an die tschechoslowakische Regierung verstrichen, worüber Goebbels im Tagebuch berichtete: „Die SdP hat an Prag ein auf 6 Stunden befristetes Ultimatum[345] gestellt: Aufhebung Standrecht, Wiederherstellung Versammlungsfreiheit etc.[346] Regierung Hodza lehnt dieses Ultimatum ab. Darauf Abbruch der Verhandlungen" (TG, 15.9.1938). Die Notizen von Goebbels stimmen, die tschechoslowakische Regierung ließ die ihr von K. H. Frank[347] gesetzte Frist verstreichen.[348] Daraufhin enthob Konrad Henlein am 14. September die „Verhandlungsdelegation ihrer Pflicht";[349] der Weg direkter Verhandlungen zwischen der

[340] Der neunseitige Gegenentwurf mit einer zusätzlichen, zweiseitigen Anlage, wurde von Hencke am 10.9.1938 an das A.A. gesandt, PA/AA, R 101.356, o.P.

[341] Telegramm Henckes, Prag, an das A.A., 9.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 446.

[342] Goebbels notierte hierüber: „Unterdeß [!] wütet der Prager Terror gegen die Sudetendeutschen weiter. Die ganze Presse ist voll davon. Die Krise rückt immer näher", TG, 11.9.1938. „In Prag wird weiter provoziert", TG, 12.9.1938. „Von den Tschechen werden neue, tollste Exzesse gemeldet", TG, 13.9.1938. Hencke berichtete von Zwischenfällen in Eger und Aussig, „bei denen anscheinend 3 Sudetendeutsche getötet" worden seien. Telegramm Henckes, 13.9.1938, PA/AA, R 29767, Fiche 1175, Bl. 125972.

[343] Röhr, Freikorps, S. 43; Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 491f.

[344] Dies war auch Goebbels bekannt: „Prag verhängt das Standrecht über 5 Bezirke", TG, 14.9.1938. Am Mittag des 13.9.1938 hatte Hencke an das A.A. telegraphiert: „Durch Regierungsbeschluß wurde Standrecht in Eger, Neudeck, Ellbogen, Pressnitz und Kaaden verhängt." Telegramm Henckes, PA/AA, R 29767, Fiche 1175, Bl. 125972. Nach Celovsky, Münchener Abkommen, S. 334, und Röhr, Freikorps, S. 43, galt dieses Standrecht wenige Tage später in 13 Bezirken. Am 16.9.1938 meldete die deutsche Gesandtschaft an das A.A., daß es inzwischen in 16 Bezirken gelte; Telegramm Henckes, 16.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 497.

[345] Der Begriff „Ultimatum" sollte in der deutschen Presse „wegen des drohenden Untertones des Wortes" nicht erscheinen, wie Sänger nach einem DNB-Rundruf festhielt, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2520, 13.9.1938.

[346] Text des Ultimatums in: ADAP, D 2, Dok. 467. Das Ultimatum wurde am 13.9.1938 um 16.00 Uhr ausgegeben, um 22.00 Uhr lief es ab; vgl. ADAP, D 2, Dok. 466.

[347] Aufzeichnung Altenburgs über Telefonat mit Hencke, Prag, 13.9.1938, 20.00 Uhr, in: ADAP, D 2, Dok. 467.

[348] Aufzeichnung Altenburgs über Telefonat mit SS-Oberführer Hermann Behrends, stv. Leiter der Vomi, 14.9.1938, 8.10 Uhr, in: ADAP, D 2, Dok. 472.

[349] Telegramm Eisenlohrs, Prag, an das A.A., 14.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 473.

Regierung in Prag und den Sudetendeutschen war nun endgültig versperrt, die unrühmliche[350] Mission Runcimans gescheitert.[351]

6. Außenpolitische Weichenstellungen und die Risikobewertung des NS-Regimes bis zum Chamberlain-Besuch

Das Hauptziel der Außenpolitik des NS-Regimes lag, spätestens seit Ende 1937, in der Isolierung der Tschechoslowakei,[352] d. h. in der Schaffung eines Desinteresses der Westmächte und in Absprachen mit den Nachbarstaaten der Prager Republik. Goebbels erfuhr von den Bemühungen Hitlers mit antitschechoslowakischer Stoßrichtung um die polnische Regierung, die ebenfalls eine Grenzrevision anstrebte, wahrscheinlich erstmals am 5. November 1937 durch ihn selbst, wenige Stunden, bevor dieser seine höchsten Militärs zu der bekannten, von Hoßbach protokollierten Besprechung empfing: „Der Führer hat bei den Polen[353] entsprechende Aussprüche gegen die Tschechen getan. Die Tschechen sind verrückt. Sind von 100 Millionen Gegnern umgeben, von denen sie von jedem Land und Volk besitzen" (TG, 6. 11. 1937). Polen, seit 26. Januar 1934 formal mit dem Deutschen Reich durch einen Nichtangriffspakt verbunden,[354] antirussisch und antibolschewistisch, beanspruchte, wie das Deutsche Reich und Ungarn, Teile des tschechoslowakischen Staatsgebietes.[355] Obgleich es im polnischen Falle lediglich um 100 000–200 000 Polen[356] primär im Olsagebiet rund um die Stadt Teschen ging, die nach Ende des Ersten Weltkrieges der Tschechoslowakei zugeschlagen worden waren, blockierte dieser Territorialkonflikt eine Verständigung zwischen polni-

[350] „It was, indeed, an inglorious episode all round", lautet nicht zu Unrecht das abschließende Urteil Paul Vyšnýs in seiner Studie über die Runciman-Mission (S. 343).

[351] Runciman reiste am 16. 9. 1938 zu Beratungen nach London, kehrte von dort jedoch nicht mehr nach Prag zurück; vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 882, Anm. 1. Runciman selbst teilte die Einschätzung des Scheiterns: „With the rejection of the Czechoslovak Government's offer on the 13th September, and with the breaking off of the negotiations by Herr Henlein, my functions as a mediator were, in fact, at an end. Directly and indirectly, the connexion between the chief Sudeten leaders and the Government of the Reich had become the dominant factor in the situation; the dispute was no longer an internal one. It was not part of my function to attempt mediation between Czechoslovakia and Germany." Brief Runciman an Beneš, 1. 9. 1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Appendix II, Doc. IV, S. 676.

[352] Vgl. Hoßbach-Niederschrift, 5. 11. 1937, in: IMG 25, Dok. 386-PS, S. 403–413.

[353] Vgl. ADAP, D 5, Dok. 18.

[354] Text der deutsch-polnischen Erklärung vom 26. 1. 1934 in: RGBl. 1934, Teil II, S. 118f.

[355] Bodnar, Die politische Situation, S. 364.

[356] Die tschechoslowakische Regierung schätzte die Anzahl der Polen in diesem Gebiet auf 120 000, Polen hingegen ging von 200 000 Landsleuten aus; vgl. Schreiben des deutschen Botschafters Hans Adolf von Moltke in Warschau an das A.A., 24. 9. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 588, S. 734. Celovsky, Münchener Abkommen, S. 81 und S. 102, Anm. 1, bezifferte die Zahl der Polen innerhalb des tschechoslowakischen Territoriums lediglich auf 70 000 bzw. 81 737 (nach der Volkszählung von 1930, für das gesamte tschechoslowakische Staatsgebiet); Procházka, Second Republic, S. 7, auf 80 000; Michaelis, 1938. Krieg, S. 6, auf 180 000; Ádám, Richtung Selbstvernichtung, S. 144, auf 250 000.

Regierung in Prag und den Sudetendeutschen war nun endgültig versperrt, die unrühmliche[350] Mission Runcimans gescheitert.[351]

6. Außenpolitische Weichenstellungen und die Risikobewertung des NS-Regimes bis zum Chamberlain-Besuch

Das Hauptziel der Außenpolitik des NS-Regimes lag, spätestens seit Ende 1937, in der Isolierung der Tschechoslowakei,[352] d. h. in der Schaffung eines Desinteresses der Westmächte und in Absprachen mit den Nachbarstaaten der Prager Republik. Goebbels erfuhr von den Bemühungen Hitlers mit antitschechoslowakischer Stoßrichtung um die polnische Regierung, die ebenfalls eine Grenzrevision anstrebte, wahrscheinlich erstmals am 5. November 1937 durch ihn selbst, wenige Stunden, bevor dieser seine höchsten Militärs zu der bekannten, von Hoßbach protokollierten Besprechung empfing: „Der Führer hat bei den Polen[353] entsprechende Aussprüche gegen die Tschechen getan. Die Tschechen sind verrückt. Sind von 100 Millionen Gegnern umgeben, von denen sie von jedem Land und Volk besitzen" (TG, 6. 11. 1937). Polen, seit 26. Januar 1934 formal mit dem Deutschen Reich durch einen Nichtangriffspakt verbunden,[354] antirussisch und antibolschewistisch, beanspruchte, wie das Deutsche Reich und Ungarn, Teile des tschechoslowakischen Staatsgebietes.[355] Obgleich es im polnischen Falle lediglich um 100 000–200 000 Polen[356] primär im Olsagebiet rund um die Stadt Teschen ging, die nach Ende des Ersten Weltkrieges der Tschechoslowakei zugeschlagen worden waren, blockierte dieser Territorialkonflikt eine Verständigung zwischen polni-

[350] „It was, indeed, an inglorious episode all round", lautet nicht zu Unrecht das abschließende Urteil Paul Vyšnýs in seiner Studie über die Runciman-Mission (S. 343).

[351] Runciman reiste am 16. 9. 1938 zu Beratungen nach London, kehrte von dort jedoch nicht mehr nach Prag zurück; vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 882, Anm. 1. Runciman selbst teilte die Einschätzung des Scheiterns: „With the rejection of the Czechoslovak Government's offer on the 13th September, and with the breaking off of the negotiations by Herr Henlein, my functions as a mediator were, in fact, at an end. Directly and indirectly, the connexion between the chief Sudeten leaders and the Government of the Reich had become the dominant factor in the situation; the dispute was no longer an internal one. It was not part of my function to attempt mediation between Czechoslovakia and Germany." Brief Runciman an Beneš, 1. 9. 1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Appendix II, Doc. IV, S. 676.

[352] Vgl. Hoßbach-Niederschrift, 5. 11. 1937, in: IMG 25, Dok. 386-PS, S. 403–413.

[353] Vgl. ADAP, D 5, Dok. 18.

[354] Text der deutsch-polnischen Erklärung vom 26. 1. 1934 in: RGBl. 1934, Teil II, S. 118f.

[355] Bodnar, Die politische Situation, S. 364.

[356] Die tschechoslowakische Regierung schätzte die Anzahl der Polen in diesem Gebiet auf 120 000, Polen hingegen ging von 200 000 Landsleuten aus; vgl. Schreiben des deutschen Botschafters Hans Adolf von Moltke in Warschau an das A.A., 24. 9. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 588, S. 734. Celovsky, Münchener Abkommen, S. 81 und S. 102, Anm. 1, bezifferte die Zahl der Polen innerhalb des tschechoslowakischen Territoriums lediglich auf 70 000 bzw. 81 737 (nach der Volkszählung von 1930, für das gesamte tschechoslowakische Staatsgebiet); Procházka, Second Republic, S. 7, auf 80 000; Michaelis, 1938. Krieg, S. 6, auf 180 000; Ádám, Richtung Selbstvernichtung, S. 144, auf 250 000.

scher und tschechoslowakischer Regierung[357] und ermöglichte, insbesondere durch die deutsch-polnische Annäherung, damit letztlich den außenpolitischen Expansionsdrang des nationalsozialistischen Reiches.[358]

Mit Beginn des Jahres 1938 bemühte sich Hitler, die Gegner des tschechoslowakischen Staates allmählich zu einer gemeinsamen Front gegen Prag aufzustellen. Zunächst besprach er sich am 14. Januar mit dem polnischen Außenminister Józef Beck, worüber Goebbels, der den Oberst einen Tag zuvor getroffen hatte,[359] unterrichtet war: „Führer hat bei ihm gegen Tschechei geredet.[360] Die ist nun ganz isoliert. Montag will der Führer den nächsten Vorstoß bei Stojadinowitsch machen" (TG, 15. 1. 1938). Von dem Staatsbesuch des jugoslawischen Ministerpräsidenten drei Tage später erwartete sich Goebbels besonders viel: „Wir müssen Ju-

[357] In einem amtlichen Kommuniqué des polnischen Außenministeriums vom 22. 9. 1938 wird die Besetzung des Teschener Gebiets als „der tschechische Überfall auf das polnische Gebiet in Schlesisch-Teschen" bezeichnet. Weiter heißt es: „Diese Angelegenheit war Gegenstand unzähliger diplomatischer Schritte und stand immer im Mittelpunkt unserer Beziehungen zum Tschecho-Slowakischen Staat." In: PA/AA, R 29768, Fiche 1178, Bl. 126210–213, hier Bl. 126211. Siehe auch Tomaszewski, The Aims, S. 116–119; Zgórniak, Europa, S. 125–129.

[358] Celovsky, Münchener Abkommen, S. 81. Diese Auffassung vertraten auch die Nationalsozialisten, wie aus folgender Zusammenfassung der Rede Hitlers vor dem Reichskabinett vom 1. 12. 1936 durch Goebbels hervorgeht: „Mit Polen keine Liebesehe, aber Vernunftverhältnis. Hat uns die Aufrüstung ermöglicht. Kleinere Fragen spielen vor der Weltentscheidung eine untergeordnete Rolle. Darum nach Möglichkeit hintanstellen"; TG, 2. 12. 1936. Von diesem dreistündigen Vortrag Hitlers wurde kein Protokoll angefertigt, sein Inhalt ist nur durch Goebbels überliefert. Vgl. Akten der Reichskanzlei, Regierung Hitler, Bd. III, 1936, Dok. 194, Anm. 1.

[359] Goebbels sprach „fast 2 Stunden" mit Beck und hielt als „Resultat" u. a. fest: „scharf gegen Rußland und Bolschewismus. […] Tschechei treibt eine Wahnsinnspolitik. Prinzip: Egoismus für heute. Das gibt dann meistens morgen eine Katastrophe. […] Deutsch-polnisches Abkommen funktioniert im Ganzen. Kleine Reibungen kommen immer wieder vor. Aber es bemüht sich, alle Exzesse abzustellen. […] Pressefragen werden zufriedenstellend geregelt. Ich bringe einige Klagen vor, denen er nachgehen will"; TG, 14. 1. 1938. Am selben Tag hatte Beck, jeweils in Anwesenheit Józef Lipskis, auch Gespräche mit Außenminister Neurath und Göring; vgl. Jędrzejewicz, Lipski, Doc. 75, 76, S. 324–330, 330–333.

[360] Dem Gesprächsprotokoll Neuraths zufolge hat Hitler erklärt: „Im übrigen sei der tschechische Staat in seiner ganzen Konstruktion eine Unmöglichkeit und berge infolge der verfehlten Politik der Tschechen in Mitteleuropa die Gefahr, gleichfalls ein Herd des Bolschewismus zu werden." Der polnische Außenminister „stimmte dem lebhaft zu", heißt es in dieser Gesprächsnotiz weiter. Aufzeichnung Neuraths über das Gespräch Hitlers mit Beck am 14. 1. 1938, in: ADAP, D 5, Dok. 29. „The Chancellor was very critical of Czech politics", notierte Lipski, der bei diesem Gespräch dabei war. Hitler habe ausgeführt, daß die Tschechoslowakei ein Nationalitätenstaat sei, aber keine demgemäße Politik betreibe, weshalb es zu Konflikten wegen der Behandlung der Minderheiten komme. „The Chancellor would like to find a peaceful solution here also, unless he is compelled to act otherwise", hielt Lipski zudem fest, in: Jędrzejewicz, Lipski, Doc. 77, S. 335 f. Siehe auch Zgórniak, Europa, S. 93. Neben Hitler hatte auch Göring (Jędrzejewicz, Lipski, Doc. 76, S. 330–333) gegenüber Beck eine deutliche Sprache in bezug auf die Tschechoslowakei geführt, so daß die polnische Historikerin Anna Cienciala, The Munich Crisis, S. 55, zu der Einschätzung gelangte: „In January 1938, Beck learned of German plans to destroy Czechoslovakia".

goslawien auf unsere Seite ziehen und damit die Tschechei fein säuberlich isolieren. Darauf wird alles angelegt" (TG, 16.1.1938). Im Gespräch mit Milan Stojadinović am 17. Januar, den Hitler Goebbels zufolge „für einen tatkräftigen, klugen Mann" hielt, habe der „Führer […] seinen Giftpfeil gegen die Tschechen abgeschossen" und „getroffen", wie Goebbels beim Mittagessen von ihm erfuhr.[361] „Bravo!", kommentierte Goebbels, „Prag muß vollkommen isoliert werden" (TG, 18.1.1938). Jugoslawien, das mit Rumänien und der Tschechoslowakei in der sogenannten Kleinen Entente zusammengeschlossen war, am Erhalt der Tschechoslowakei aber kaum Interesse besaß, orientierte sich zunehmend an Italien und stellte sich vor allem den ungarischen Revisionsforderungen entgegen, die das Deutsche Reich für seine expansive Politik gegen Prag nutzen wollte; ein ungarisch-jugoslawischer Ausgleich, den sowohl die Nationalsozialisten als auch die Faschisten erreichen wollten, gelang daher nicht.[362] Von den territorialen Ansprüchen Ungarns betroffen waren auch die Rumänen, die, wie Jugoslawien, mehr Furcht vor den Magyaren als Sympathie für die mit ihnen verbündete Tschechoslowakei besaßen. Dennoch veranlaßten die Mitgliedschaft Rumäniens in der Kleinen Entente sowie dessen gemeinsame Grenze mit dem tschechoslowakischen Bundesgenossen UdSSR das NS-Regime zu der Sorge, Rumänien könnte durch eine Durchmarsch- oder Überflugerlaubnis eine sowjetische Militärhilfe für die Tschechoslowakei zulassen, insbesondere nach dem Sturz der rechtsgerichteten Regierung Gogas durch König Carol II. am 10. Februar 1938.[363]

Berlin hatte also größtes Interesse an einer Einigung mit Rumänien und Jugoslawien und damit an einem Stillhalten der beiden Staaten bei einem deutschen Konflikt mit der Tschechoslowakei und durfte daher nicht als Anwalt des ungarischen Revisionsmus auftreten. Denn die ungarischen Revisionsforderungen bezogen sich aufgrund der starken ungarischen Territorialverluste[364] durch den Friedensvertrag von Trianon auf Gebiete aller vier Nachbarstaaten, und zwar: das

[361] Zunächst unterstellte Hitler der Tschechoslowakei Bolschewismus, den er als große Gefahr darstellte, dann sprach er über die Minderheitenproblematik in der Tschechoslowakei und warb für eine „jugoslawisch-ungarische Annäherung". Hitler erklärte, Deutschland hätte gemeinsame Interessen mit Ungarn „in Richtung der Tschechoslowakei" und werde nicht zulassen, daß „Ungarn die jugoslawischen Grenzen antasten sollte". Auch von deutscher Seite erklärte Hitler die Grenzen Jugoslawiens als verbindlich. Vgl. Aufzeichnung Viktor von Heerens, 17.1.1938, in: ADAP, D 5, Dok. 163, S. 187–193.

[362] Celovsky, Münchener Abkommen, S. 50, 244; Ádám, Richtung Selbstvernichtung, S. 128–132; dies., The Munich Crisis, S. 84.

[363] Diese Befürchtungen, von rumänischer Seite stets dementiert, spiegeln sich in zahlreichen Akten wieder: ADAP, D 2, Dok. 131, 137, 141f., 146, 205, 236, 241, 258, 262f., 267, 300, 306, 363, 370, 397, 403, 434, 437, 445, 447, 538, 546, 609, 650; Jędrzejewicz, Lipski, S. 373, Doc. 88. Vgl. auch Pfaff, Sowjetunion, S. 387–405; Bonnet, Vor der Katastrophe, S. 82f.; Celovsky, Münchener Abkommen, S. 342; Aufzeichnung Ribbentrops, 24.11.1938, in: ADAP, D 5, Dok. 254, S. 283f.

[364] Ungarn verlor durch den Friedensvertrag von Trianon vom 4.6.1920 etwa zwei Drittel seines Territoriums und 60% seiner Einwohner, darunter mehr als drei Millionen Ungarn, ein Drittel des gesamten ungarischen Volkes; vgl. Schmidt, Der ungarische Revisionismus, S. 136f.; Borejsza, Die „kleinen Revisionismen", S. 120; Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 7 und Karte auf S. 323 folgend.

Burgenland, Kroatien, Slawonien, die Bácska, die Baranya, das Banat, Siebenbürgen sowie die Slowakei und die Karpatho-Ukraine (Ruthenien).[365] In der Slowakei und Karpatho-Ukraine waren einige Gegenden fast ausschließlich von Ungarn besiedelt, ca. 700 000 Ungarn lebten insgesamt unter tschechoslowakischer Herrschaft.[366] In bezug auf die Tschechoslowakei kamen die territorialen Ansprüche Ungarns dem NS-Regime sehr zupaß, so daß Budapest im November 1937 ermuntert wurde, sich auf die Forderungen gegen Prag zu konzentrieren.[367] Die Übereinstimmung der Interessen gegenüber der Tschechoslowakei überwog Hitlers grundsätzliche Antipathie[368] gegen die Ungarn und die Mißstimmung wegen deren Diskriminierung der deutschen Minderheit.[369] Ein formales Bündnis zwischen beiden Ländern war jedoch wegen des Gegensatzes zwischen Ungarn und den Entente-Staaten Rumänien und Jugoslawien ausgeschlossen, ein gemeinsames Vorgehen gegen Prag konnte daher eigentlich nur kurzfristig und geheim vereinbart werden. „Eine ungarische Hilfe, die unserer Gruppe neue Gegner zuzöge, wäre für uns kein Gewinn" – mit diesen Worten endet ein Lagebericht aus dem Auswärtigen Amt vor dem ungarischen Staatsbesuch im August 1938.[370] Eine Budapest für Ende 1937 in Aussicht gestellte deutsch-ungarische Generalstabsbesprechung war daher damals wie in den Folgemonaten unterblieben, die Nachfrage des ungarischen Gesandten im Frühjahr 1938 bezüglich militärischer Beratungen abschlägig beschieden worden.[371] Doch verzichten wollte Hitler auf die Ungarn bei einer Operation gegen die Tschechoslowakei nicht, zumal der ungarische Gesandte Döme Sztójay am 12. März 1938, als Göring ihn über den bevorste-

[365] „Mit Rumänien und vor allem mit Jugoslawien könnten wir Frieden haben, wenn die terroristischen Madjaren nicht so exorbitante Forderungen stellten. Die sind vollkommen größenwahnsinnig", hatte Goebbels schon 1936 nach einem Gespräch mit Hitler notiert, TG, 2. 12. 1936. Zwei Wochen später beschrieb er eine Unterredung Hitlers mit dem ungarischen Innenminister: „Führer hat dem ungar. Innenminister Kozman die Meinung gesagt, vor allem in der Minderheitenfrage und bzgl. der ganz blödsinnigen ungarischen Restaurationspolitik und Revisionskindereien. Wir müssen ein gutes Verhältnis zu Jugoslawien und auch zu Rumänien haben. Ungarn kann das auf die Dauer nicht hintertreiben. Kozman ist sehr bestürzt gewesen"; TG, 16. 12. 1936. Siehe auch: Ádám, The Munich Crisis, S. 84; Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 51 f., 63–65; Broszat, Deutschland – Ungarn – Rumänien, S. 524–535; ADAP, D 4, Dok. 42; Horthy, Ein Leben, Karte auf S. 327.

[366] Nach der tschechoslowakischen Volkszählung von 1930: 691 923 Ungarn. Vgl. Celovsky, Münchener Abkommen, S. 102, Anm. 1. Ádám, Richtung Selbstvernichtung, S. 144, bezifferte die Anzahl der Ungarn im tschechoslowakischen Staat sogar auf 1 030 794.

[367] Aufzeichnung Meissners, 25. 11. 1937, in: ADAP, D 5, Dok. 149, S. 170; siehe auch Broszat, Deutschland – Ungarn – Rumänien, S. 532; Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 51.

[368] Vgl. TG, 2. 12. 1936, 26. 7. 1937, 22. 8. 1938.

[369] Die Ungarn „behandeln die deutschen Minderheiten am allerschlechtesten" (TG, 2. 12. 1936), notierte Goebbels Ende 1936, zwei Wochen später schrieb er: sie „unterdrücken brutal unsere Minderheit" (TG, 11. 12. 1936). Diese Einschätzung Goebbels' war nicht übertrieben; vgl. Spannenberger, Der Volksbund, S. 128–140, 433 f.

[370] Anonyme Aufzeichnung aus dem A.A., 18. 8. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 367, S. 466.

[371] ADAP, D 2, Dok. 65, 284, 367; Ádám u. a., Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, Dok. 24, 27, 28, 48 (S. 207 f.); Broszat, Deutschland – Ungarn – Rumänien, S. 533; Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 54 f., 71.

henden Einmarsch deutscher Truppen in Österreich in Kenntnis gesetzt hatte, gefragt hatte, „wann die Tschechoslowakei an die Reihe käme", und sein Interesse an einer „Kooperation" erklärt hatte.[372]

Hitler war sogar bereit, Ungarn und Polen einen Anteil an der zu erwartenden Beute abzutreten: „zuerst kommt nun Tschechei dran. Das teilen wir mit den Polen und Ungarn" (TG, 20.3.1938), hatte Hitler kurz nach dem „Anschluß" Österreichs Goebbels mitgeteilt. Die Ungarn witterten – ähnlich wie auch die Polen, mit denen sie in der Folgezeit zu kooperieren begannen[373] – infolge der verschärften deutschen Haltung gegenüber der Tschechoslowakei ihre Chance auf eine Grenzrevision zu Lasten der Prager Republik und erklärten kurz vor der Maikrise, daß Ungarn im Falle eines militärischen Konflikts des Deutschen Reiches mit der Tschechoslowakei „gleichfalls und zwar prompt handeln müsse".[374] Anfang Juni sprach der ungarische Gesandte in Berlin mit Göring, wobei der Generalfeldmarschall sich dafür ausgesprochen habe, „daß es doch gut wäre, wenn in einem kriegerischen Konflikte Deutschland – Tschechoslowakei Ungarn sich alsbald aktiv beteiligte".[375] Vier Wochen später erfolgte eine weitere Unterredung des Gesandten Sztójay mit Göring über diese Frage, in der Sztójay erklärte, sein Land sei „bereit, nach Möglichkeit mitzukämpfen, auch sei es zu stolz, sich etwas schenken zu lassen".[376] Mitte Juli 1938 sondierten die Ungarn in Rom die italienische und jugoslawische Haltung bei einem etwaigen „militärische[n] Vorgehen Ungarns gegen die Tschechei, auch wenn nicht diese angreife, sondern Ungarn zuerst handele".[377]

Erst Ende August 1938, als der von Hitler anvisierte Angriffstermin auf die Tschechoslowakei kurz bevorstand, kam es zu Konsultationen des NS-Regimes mit der ungarischen Führung – und mit Polen – über die sogenannte tschechoslo-

[372] Telegramm des ungarischen Gesandten in Berlin, Döme Sztójay, an Kánya, 12.3.1938, in: Ádám u.a., Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, Dok. 24.

[373] Cienciala, The Munich Crisis, S. 56–58; Bericht Lipskis an Außenminister Beck, 11.8.1938, in: DM, Bd. 1, Dok. 15, S. 161. Vgl. auch: Ádám u.a., Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, Dok. 40; DIMK, Vol. II, Dok. 463, 471, 475, 484, 499, 501, 504, 512, 521, 524, 527, 532, 536, 546, 552, 556, 608.

[374] Aufzeichnung Weizsäckers über ein Gespräch mit Sztójay, 19.5.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 166.

[375] Aufzeichnung Weizsäckers über Gespräch mit Sztójay am 10.6.1938, in dem der Gesandte von seiner Unterredung mit Göring berichtete, in: ADAP, D 2, Dok. 248. Vgl. auch Ádám u.a., Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, Dok. 48, S. 208.

[376] Aufzeichnung Weizsäckers über Gespräch mit Döme Sztójay am 7.7.1938, in dem der Gesandte von seiner Unterredung mit Göring am 5.7.1938 berichtete, in: ADAP, D 2, Dok. 284.

[377] Telegramm des deutschen Botschafters in Rom, Hans Georg von Mackensen, an das A.A., 18.7.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 296. Der deutsche Diplomat Plessen brachte in einem Gespräch am 22.7.1938 mit Ciano in Erfahrung, daß die Ungarn „von sich aus gegen Tschechoslowakei möglicherweise nicht vorgehen würden, wohl aber im Falle kriegerischen Konflikts zwischen Tschechoslowakei und Deutschland"; Telegramm Plessens, Rom, an das A.A., 22.7.1938, PA/AA, R 29766, Fiche 1168, Bl. 125389. Eine Aufzeichnung über die Gespräche der Ungarn mit Ciano findet sich in: Ádám u.a., Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, Dok. 33, S. 184–191; siehe auch DIMK, Vol. II, Dok. 268f.

wakische Frage. Am 24. August offerierte Göring dem polnischen Botschafter Józef Lipski, Polen könne im Falle eines deutsch-tschechoslowakischen Konflikts, bei dem nicht mit einem Eingreifen der Westmächte zu rechnen sei, die Region seines Interesses okkupieren. Lipski sprach daraufhin nicht vom Teschener Gebiet, sondern erwähnte die rassische und kulturelle Verflechtung der Polen mit der Slowakei.[378]

Schon vor dem Deutschlandbesuch des Reichsverwesers Miklós Horthy mit Ministerpräsident Béla von Imrédy, Außenminister Kálmán von Kánya und Verteidigungsminister Jenö von Rácz vom 21.–27. August war offenbar eine kleine Abordnung in Berlin, denn Goebbels hielt im Tagebuch fest, daß sein Staatssekretär Karl Hanke „mit dem ungarischen Besuch verhandelt" und dabei die ungarische Auffassung gegenüber der Tschechoslowakei sondiert habe: „Die Ungarn wollen mit Gewalt gegen Prag los. Das wollen wir auch. Aber erst müssen wir fertig sein" (TG, 17. 8. 1938). Den oder die Gesprächspartner Hankes nannte Goebbels im Tagebuch nicht, doch dürfte es sich hierbei um ungarische Kollegen, also Propagandaexperten, gehandelt haben, denn am nächsten Tag empfing Goebbels den „ungarischen Staatssekretär für Propaganda", den er über sein Ministerium informierte (TG, 18. 8. 1938). Den Ablauf des offiziellen Staatsbesuchs, vom Empfang durch Hitler in Kiel, der Teilnahme am Stapellauf des Kreuzers „Prinz Eugen" und einer Flottenparade, der Fahrt nach Helgoland und Hamburg und der Ankunft in Berlin bis zur Verabschiedung der Gäste, schildert Goebbels im Tagebuch sehr detailliert und richtig,[379] denn er war nicht nur intensiv mit der Vorbereitung beschäftigt,[380] sondern ständig mit dabei. Zu seinem Leidwesen mußte er aber auch zusammen mit seiner Frau Magda an zahlreichen Empfängen und Staatsessen teilnehmen[381] – wenige Tage nach Bekanntwerden der Baarova-Affäre.

An den entscheidenden Unterredungen Hitlers mit Miklós Horthy nahm Goebbels nicht teil, sie fanden jeweils unter vier Augen statt.[382] Die Goebbels-Tagebücher können daher nicht als Quelle für die Anzahl und den Zeitpunkt der Ge-

[378] Aufzeichnung Lipskis mit Ergänzung, 24. 8. 1938, in: Jędrzejewicz, Lipski, Doc. 91, S. 382–387.

[379] Vgl. die Erinnerungen Horthys, Ein Leben für Ungarn, S. 197–204, und das Programm des Staatsbesuchs, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2278, 19. 8. 1938.

[380] TG, 18., 19., 21. 8. 1938; NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2250, 17. 8., Nr. 2273, 2278, beide vom 19. 8., Nr. 2300, 21. 8., Nr. 2306, 2309, beide vom 22. 8., Nr. 2312, 23. 8., Nr. 2326, 2334 f., alle vom 24. 8., Nr. 2336–2339, alle vom 25. 8., Nr. 2342 f., 2347, alle vom 26. 8., Nr. 2354, 27. 8.

[381] Am 24. 8. war Goebbels zusammen mit seiner Frau bei der großen Abendtafel bei Hitler (TG, 25. 8. 1938), am 25. 8. abends in der Festaufführung von „Lohengrin" in der Preußischen Staatsoper, was er folgendermaßen kommentierte: „Abends holt Magda mich ab. Das alte Lied. Ich habe Herzschmerzen vor lauter Leid", TG, 26. 8. 1938. Am 26. 8. nahm er mit seiner Frau an einem Frühstück für die ungarischen Gäste im Charlottenburger Schloß teil, TG, 27. 8. 1938. Nach der Verabschiedung der Staatsgäste hielt Goebbels im Tagebuch fest: „Damit ist dieser Staatsbesuch für mich erledigt. Der hat Nerven gekostet", TG, 27. 8. 1938.

[382] Horthy, Ein Leben für Ungarn, S. 199, 202 f.

spräche zwischen beiden herangezogen werden[383] – und nur bedingt für den Inhalt der Gespräche, wohl aber für die generelle Haltung der Ungarn. Goebbels brachte entweder durch Walther Funk oder Horthy selbst in Erfahrung, daß die Ungarn einem militärischen Vorgehen gegen die Tschechoslowakei nicht grundsätzlich abgeneigt seien: „Die Ungarn sind nun fast breitgeschlagen. Sie schwenken in unseren Plan ein. Horthy gibt hier die Entscheidung" (TG, 24.8.1938). Diese Goebbels-Notiz verrät zum einen die etwas zögernde Haltung der Ungarn, zum anderen aber doch ihr generelles Einverständnis mit den militärischen Plänen sowie die noch ausstehende endgültige Entscheidung, die Horthy während seines Deutschlandbesuchs bekanntgeben würde und, wie im folgenden dargelegt wird, bekanntgab. Die Hemmungen der Ungarn, sofort bei Beginn des deutschen Angriffs einzugreifen, spiegeln sich auch in den Akten des Auswärtigen Amts wider: Erstens fürchteten sie in diesem Fall einen bewaffneten Konflikt mit Jugoslawien, zweitens erschien ihnen aufgrund ihrer Rüstungssituation eine baldige Auseinandersetzung aus militärischer Sicht zu früh, drittens hatten sie Bedenken wegen eines möglichen Einschreitens der Westmächte.[384] Trotz der gewissen Reserviertheit der Ungarn scheint Horthy gegenüber Hitler „die ungarische Absicht der Beteiligung erklärt" zu haben,[385] womit der Eintrag von Goebbels bestätigt wird, und die Memoiren Horthys, in denen er seine angeblich ablehnende Haltung gegenüber Hitler schilderte,[386] in den Bereich der Legende und Exkulpation verwiesen werden müssen. Goebbels hielt über sein Gespräch mit Horthy am 22. August fest: „Er ist von einem wilden Tschechenhaß erfüllt. ‚Kein Staatsvolk', sagt er mit Recht. Aber wird man sich in der Krise auf die Ungarn verlassen können? Vielleicht deshalb, weil auch ihre Interessen so stark auf dem Spiele stehen. Und Horthy ist ein Ehrenmann. Er macht einen sehr guten Eindruck" (TG, 24.8.1938). Diese Passage läßt nur den Schluß zu, daß Horthy, mag er auch Bedenken geäußert haben, doch seine Handlungsbereitschaft signalisierte, so daß Goebbels glaubte, sich bei allen Zweifeln auf das Wort des Ehrenmannes verlassen zu können.

Wenige Zeilen darunter findet sich im Tagebuch Goebbels' das nächste Indiz für die Bereitschaft der Ungarn zu einem Überfall auf die Tschechoslowakei: „Brauchitsch ist als Militär auch außerordentlich zufrieden" (TG, 24.8.1938). Was hätte den Oberbefehlshaber des Heeres zufriedenstellen können außer einer un-

[383] Ebenda, S. 199, 202, berichtet von zwei Vier-Augen-Gesprächen mit Hitler: am Abend des 22.8. und am Nachmittag des 25.8.1938. Eine Aufzeichnung Weizsäckers beschreibt eine lange, politische Aussprache zwischen Hitler und Horthy am Vormittag des 23.8 und eine Unterredung zwischen Ribbentrop, ihm und den ungarischen Ministern am selben Tag, in: ADAP, D 2, Dok. 383. Irritierend ist die Anmerkung 2 der Aktenedition, die bemerkt, das Gespräch Ribbentrops mit Imrédy und Kánya habe während der Flottenvorführung stattgefunden, welche jedoch am 22.8. gezeigt wurde. Sollte sich Weizsäcker im Datum geirrt haben, und beide Gespräche, das Hitlers und das Ribbentrops, am 22.8. stattgefunden haben, stimmte die Zeitangabe „vormittags" nicht, denn zu dieser Zeit wurden Begrüßungsreden gehalten, die Germania-Werft besichtigt, der Kreuzer „Prinz Eugen" getauft; Gelegenheit zu einem vertraulichen Gespräch bestand nicht.

[384] Vgl. ADAP, D 2, Dok. 383, 390, 392, 395, 402; Tagebucheintrag Groscurths, 20.8.1938, in: Krausnick/Deutsch, Groscurth, S. 102.

[385] Aufzeichnung Weizsäckers, 23.8.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 383, S. 487.

[386] Horthy, Ein Leben für Ungarn, S. 199.

garischen Beteiligung am Überfall auf die Tschechoslowakei? Interessanterweise schrieb Horthy in seinen Memoiren, daß er an Bord der „Grille" mit Walther von Brauchitsch geredet habe, der „volles Verständnis" für Horthys Haltung gezeigt habe.[387] Hätte Horthy, wie er suggeriert, Brauchitsch tatsächlich das Nichteingreifen der Ungarn mitgeteilt, erscheint es ausgeschlossen, daß sich der Wehrmachtsgeneral gegenüber den nationalsozialistischen Zivilisten Goebbels oder Funk „außerordentlich zufrieden" zeigte, selbst wenn er Zweifel am Kriegskurs gehabt hätte. Brauchitsch gilt in der Forschung aber eindeutig als Instrument Hitlers, mochte er auch in der Endphase der Sudetenkrise etwas skeptisch gewesen sein.[388] Brauchitsch verbarg zwar auch gegenüber Goebbels „seine Sorgen" nicht, daß „London eingreift", doch waren sich beide darin einig, wie Goebbels überliefert, daß „die Sache […] nun bei der nächstbesten Gelegenheit erledigt werden" müsse (TG, 24. 8. 1938). Wenn der Oberbefehlshaber des Heeres also „außerordentlich zufrieden" war, so kann kein Zweifel bestehen, daß Horthy die ungarische Beteiligung ihm wie Hitler in Aussicht gestellt hatte.[389]

Am Nachmittag des 23. August hatte Hitler eine Aussprache mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Bela von Imrédy, über die wenig mehr bekannt ist als die Erklärung Hitlers, „er verlange von den Ungarn in dem betreffenden Falle nichts", sowie seine Metapher, „wer mittafeln wolle, müsse allerdings auch mitkochen".[390] Goebbels erfuhr von ihr nicht durch Hitler, sondern durch Imrédy selbst, mit dem er am selben Abend zu Tisch saß: „Seine Unterredung mit dem Führer hat ihn tief beeindruckt. In der Frage der Tschechei wollen die Ungarn mitziehen. Hoffentlich tuen [!] sie es auch" (TG, 24. 8. 1938). Wiederum kommt hier die Bereitschaft der Ungarn, ebenfalls militärisch gegen die Tschechoslowakei vorzugehen, sowie die Skepsis Goebbels', ob sie es tatsächlich täten, zum Ausdruck. Wahrscheinlich hatte Imrédy auch Goebbels seine Einwände mitgeteilt, doch eine Ablehnung erfolgte sicherlich nicht.

Für Verstimmung sorgte während des Ungarn-Besuchs das am 23. August erschienene Kommuniqué von Bled über Verhandlungen Ungarns mit der Kleinen Entente über die Wehrhoheit, Nichtangriffserklärungen und Minderheitenfragen. Goebbels ging im Tagebuch zweimal darauf ein: „Auf unserer Seite ist eine kleine

[387] Ebenda, S. 200.

[388] Messerschmidt, Außenpolitik, S. 645; Müller, Beck. Dokumente, S. 301 f., 304, 306–311; Müller, Herr und Hitler, S. 268 f., 300–344, v. a. 337–344, 359, 375 f.; Müller, Beck. Biographie, S. 318, 326 f., 331, 334, 337–343, 347–358, 362; Hartmann, Halder, S. 109, 112; Löffler, Brauchitsch, S. 129–135; Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 146.

[389] Die in der Literatur häufig beschriebene angebliche Übereinkunft zwischen Brauchitsch und Horthy, nicht militärisch gegen die Tschechoslowakei vorzugehen, ist nicht mehr vertretbar, da sie ausschließlich auf Nachkriegsaussagen Horthys basiert; vgl. z. B. Löffler, Brauchitsch; Kley, Hitler, Ribbentrop, S. 104; Sakmyster, The Hungarian State Visit, S. 681 f.; Sakmyster, Horthy, S. 216.

[390] Aufzeichnung Weizsäckers, 23. 8. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 383, S. 487. Ähnlich Jodl: Die Ungarn „gehen mit der Erkenntnis, daß man weder Wünsche noch Forderungen an sie hat, daß aber Deutschland keine 2 Provokationen der Tschechei mehr hinnehmen wird u. wenn es morgen sein sollte. Ob sie sich dann beteiligen wollen oder nicht liege bei ihnen." Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 21.–26. 8. 1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 375.

Mißstimmung wegen der Vereinbarung Ungarns mit der kleinen Entente, die leider auch die Verpflichtung des Nichtangriffs beinhaltet. Das ist sehr böse" (TG, 25.8.1938). Inhaltlich lag Goebbels richtig, aber seine Beurteilung als „sehr böse" mutet seltsam naiv an, da sich Goebbels wenige Zeilen zuvor realistisch zu der Bedeutungslosigkeit der Vereinbarungen angesichts eines möglichen Angriffs auf die Tschechoslowakei äußerte: „Ungarn bekommt von der kleinen Entente huldvollst die militärische Gleichberechtigung zugebilligt. Aber das ist nach den neuesten Besprechungen mit uns ja ziemlich unerheblich" (TG, 25.8.1938).[391] Bei den deutsch-ungarischen Konsultationen nahmen die Vereinbarungen von Bled großen Raum ein, dort wie in der deutschen Presse betonten Imrédy und Kánya beschwichtigend, daß es sich lediglich um eine vorläufige Vereinbarung handle. Ein Abkommen könne an der Minderheitenpolitik der Tschechoslowakei scheitern, die die ungarischen Bedingungen noch nicht akzeptiert habe und gegebenenfalls auch erst einhalten müsse.[392] Tatsächlich dienten die Verhandlungen Ungarns in Bled eher dem Ziel „Sprengung der Kleinen Entente" als der Stärkung des Dreierbundes; die Bedeutung der Vereinbarung wurde in Berlin falsch eingeschätzt.[393]

Zur Gewinnung der Ungarn für die Expansionsziele des NS-Regimes wurden die Unverletzlichkeit der ungarischen Grenzen anerkannt und die Freundschaft beider Staaten betont. Über die „Tischansprachen" am Abend des 24. August hielt Goebbels fest: „Bekräftigung der deutsch-ungarischen Freundschaft. Der Führer erklärt die Grenzen als unabänderlich" (TG, 25.8.1938).[394] Zusätzlich wurde den Gästen, denen zu Beginn des Besuchs die Seestreitkräfte vorgeführt worden waren, zum Abschluß die militärische Stärke des deutschen Heeres demonstriert, ob eher aus Werbe- oder Einschüchterungszwecken, sei dahingestellt. Goebbels berichtete darüber: „morgens großartige Parade. Ein imponierendes Schaubild deutscher Kraft und Wehrhaftigkeit, das sichtbarlich bei allen Ausländern stärksten Eindruck hinterläßt. Vor allem schlagen die großen Tanks ein, die wahrhaft königlich dahinrauschen. Die Ungarn sind tief beeindruckt davon" (TG, 26.8.1938). Der Eindruck bei Horthy war in der Tat nachhaltig, noch in seinen Memoiren schwärmte er von dieser Parade.[395]

[391] Im zweiten Punkt des Kommuniqués heißt es zu Ungarn: „Der Ständige Rat hat mit Befriedigung festgestellt, daß die seit einem Jahr dauernden Verhandlungen mit Ungarn zu gewissen Abmachungen geführt haben, die den gegenseitigen Verzicht auf jede Gewaltanwendung zwischen Ungarn und den Staaten der Kleinen Entente sowie die Zuerkennung der Gleichberechtigung auf dem Rüstungsgebiet an Ungarn seitens der drei Staaten bringt." Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 508.

[392] Vgl. ADAP, D 2, Dok. 390, 395. Imrédy und Kánya gaben vor ihrer Abreise aus Berlin dem „Völkischen Beobachter" ein Interview, in dem sie auch über Bled sprachen; VB, Mün. Ausgabe, 27.9.1938, S. 5. Siehe auch Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 75, 79.

[393] Ádám u. a., Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, Einleitung, S. 35; Ádám, Richtung Selbstvernichtung, S. 128–132. Zu Bled siehe auch: DIMK, Vol. II, Dok. 286, 288, 288a, 288b, 293–296, 298, 301, 301a, 301b, 304.

[394] Dies bestätigt auch Horthy, Ein Leben für Ungarn, S. 202.

[395] Horthy bezeichnete diese Militärparade am 25.8.1938 als „die größte, die bis dahin stattgefunden hatte", und schrieb weiter: „Es war in der Tat erstaunlich, welche Mengen von Panzern – und sie waren nicht aus Pappe! – motorisierten und bespannten Geschützen bei dem zweieinhalbstündigen Vorbeimarsch gezeigt wurden. Truppen und Waffen machten einen vorzüglichen, imponierenden Eindruck"; ebenda, S. 202.

Am meisten imponiert haben dürfte dem ungarischen Reichsverweser der territoriale Gewinn, den Hitler ihm für ein ungarisches Mitwirken an der Zerschlagung der Tschechoslowakei in Aussicht stellte. Doch worin genau bestand dieser? Im März 1938 hatte Hitler geäußert, die Tschechoslowakei, „mit den Polen und Ungarn" teilen zu wollen (TG, 20.3.1938). Die ethnographisch begründeten Besitzansprüche Polens waren nicht allzu groß, es handelte sich in erster Linie um das Olsa-Gebiet,[396] wenn sich der polnische Außenminister auch bis etwa zum Frühsommer 1938 Hoffnungen auf ein von Polen abhängiges, autonomes Protektorat Slowakei gemacht haben mag.[397] Ungarn dagegen forderte im Sinne einer Revision des Vertrages von Trianon von der Tschechoslowakei alle an sie nach dem Ersten Weltkrieg abgetretenen Gebiete: Oberungarn, wie man in Budapest die Slowakei nannte, und Ruthenien (Karpatho-Ukraine).[398] Sollte Hitler den Ungarn tatsächlich diese Gebiete, insbesondere die gesamte Slowakei versprochen haben?

Horthy selbst gibt darauf einen Hinweis, auch wenn er dieses Angebot Hitlers in seinen Memoiren als Irrealis darzustellen bemüht war, zu dem es nicht gekommen sei, weil er, Horthy, ein militärisches Vorgehen Ungarns gegen die Tschechoslowakei von vornherein ausgeschlossen habe: „Es läßt sich nicht beweisen, daß Hitler uns, wäre ich in Kiel auf sein Verlangen eingegangen, die ganze Slowakei zugesprochen haben würde", schrieb Horthy in seinen Erinnerungen.[399] Wieder einmal erweisen sich die durch Horthy überlieferten Details als korrekt, wenn auch seine Grundaussage, er habe eine militärische Mitwirkung seines Landes abgelehnt, nicht den Tatsachen entsprach, denn Hitler hatte den Ungarn, wie schon im November 1937 anläßlich ihres Deutschland-Besuchs, in der Tat die gesamte Slowakei und die Karpatho-Ukraine für den Fall ihres Mitwirkens gegen die Tschechoslowakei in Aussicht gestellt.[400] Der ungarische Verteidigungsminister Rácz überliefert ebenfalls, daß Hitler den Gästen aus Budapest während des Staatsbesuchs die Karpaten als neue Nordwestgrenze vorschlug. Zudem mahnte Hitler zur Eile, da Polen „sicherlich" in das Gebiet von Teschen einmarschieren würde „und beim Essen […] der Appetit wachsen könnte", wie sich Hitler Rácz zufolge ausgedrückt habe.[401] Bei Goebbels lassen sich hingegen Hinweise finden, daß Hitler eine autonome Slowakei erst Ende September 1938, als das Nichtein-

[396] Zu weiteren polnischen Gebietsansprüchen an die Tschechoslowakei siehe Bericht des deutschen Botschafters in Warschau, Hans Adolf von Moltke, an das A.A., 24.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 588.

[397] Tomaszewski, The Aims, S. 120f.; Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 59, 64–66; Ádám, The Munich Crisis, S. 86; Cienciala, The Munich Crisis, S. 56–60. Vgl. auch ADAP, D 2, Dok. 588.

[398] Szarka, Versuchung, S. 321–344, v.a. S. 325–327; Ádám, The Munich Crisis, S. 82; Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 80–82. Siehe auch ADAP, D 2, Dok. 586.

[399] Horthy, Ein Leben für Ungarn, S. 206.

[400] Ádám, The Munich Crisis, S. 86, 93; Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 51, 69; Weinberg, The Foreign Policy. Starting World War II, S. 408; Sakmyster, Horthy, S. 215.

[401] Aufzeichnung von Jenö von Rácz über ein Gespräch mit Hitler am 26.8.1938 in Berlin, in: Sakmyster, The Hungarian State Visit, S. 686f.

greifen der Ungarn feststand, in Erwägung zog[402] und er, wie zu zeigen sein wird, noch kurz vor der endgültigen Zerschlagung der Tschechoslowakei den Ungarn dieses Gebiet erneut für den Fall zusprach, daß sie es selbst okkupieren würden.

Die Aussicht auf den Gewinn der Slowakei dürfte die Entscheidung der ungarischen Beteiligung am Angriff auf die Tschechoslowakei in Berlin herbeigeführt haben. Bei ihrem ersten Gespräch mit Ribbentrop am 23. August 1938 in Abwesenheit Horthys vertraten die ungarischen Minister die Auffassung, „die ungarische Aufrüstung" benötige „noch 1–2 Jahre".[403] Zwei Tage später hatte die ungarische Regierung ihre Auffassung grundlegend geändert, so daß Außenminister Kánya sich gegenüber Ribbentrop „korrigierte" und ihm zu verstehen gab, „es stehe militärisch mit den Ungarn doch besser", sie seien „doch am 1. Oktober ds. Js. rüstungsmäßig soweit, sich beteiligen zu können".[404] Offenbar hatte Horthy, der von Beginn an Hitlers Plänen positiver gegenüberstand als seine Minister,[405] in der Zwischenzeit sein Einverständnis zu dieser expansiven Politik gegeben. Wie ließe sich sonst die abschließende Einschätzung Goebbels' erklären, Horthy sei „anscheinend außerordentlich zufrieden" über seine Deutschland-Reise (TG, 27. 8. 1938), wenn die Ungarn Hitler letztlich eine Absage erteilt hätten? Wären sie in diesem Fall nicht besorgt nach Budapest zurückgekehrt? Zu welchem Zweck besprach sich der ungarische Generalstabschef Lajos Keresztes-Fischer am 6. 9. 1938 mit seinem deutschen Kollegen Franz Halder?[406] Und weshalb sollte Hitler am 19. September „auf die Ungarn" wegen ihrer Untätigkeit „besonders wütend" gewesen sein, wie Goebbels berichtete (TG, 20. 9. 1938), wenn sie doch schon im August ihre Nichteinmischung kundgetan hätten?

Ohne Zweifel signalisierten die Ungarn während ihres Staatsbesuchs ihre Bereitschaft, die Tschechoslowakei im Falle eines deutsch-tschechischen Konflikts anzugreifen, fraglich war nur, ob sie sofort eingriffen oder erst binnen weniger Tage, nach endgültiger Klärung der jugoslawischen Haltung.[407] Dies überliefern Alfred Jodl und Helmuth Groscurth in ihren Tagebüchern.[408] Und dies läßt sich

[402] Der erste Eintrag im Goebbels-Tagebuch zu einer möglichen Autonomie der Slowakei datiert vom 22. 9.: „Der Slowakei will der Führer später mal eine weitgehende Autonomie geben", ein weiterer vom 26. 9.: „Wir würden ihnen [den Slowaken, d. V.] eine sehr weitgehende Autonomie geben. Denn wir möchten sie nur aus strategischen Gründen". Nach dem Münchener Abkommen notierte Goebbels: „Die Ungarn benehmen sich weiterhin maßlos feige. Die Slowaken sind ihnen demgemäß schon aus den Händen gerutscht und haben sich selbst Autonomie im Rahmen des Prager Reststaates geschaffen", TG, 9. 10. 1938.

[403] Aufzeichnung Weizsäckers über ein Gespräch Ribbentrops mit Imrédy und Kánya, dem er selbst beiwohnte, 23. 8. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 383.

[404] Aufzeichnung Weizsäckers über ein Gespräch Ribbentrops mit Kánya, 25. 8. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 390.

[405] Aufzeichnung Weizsäckers, 23. 8. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 383, S. 487.

[406] Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 6. 9. 1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 375; Krausnick/Deutsch, Groscurth, Tagebuch-Eintrag vom 6. 9. 1938, S. 113.

[407] Vgl. Aufzeichnung Weizsäckers, 26. 8. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 392; Schreiben Otto v. Erdmannsdorffs an Weizsäcker, 29. 8. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 402; Jędrzejewicz, Lipski, Doc. 91, 24. 8. 1938, S. 385, Doc. 95, 9. 9. 1938, S. 395.

[408] Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 21.–26. 8. 1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 374 f.; Krausnick/Deutsch, Groscurth, Tagebuch-Eintrag vom 2. 9. 1938, S. 108.

auch aus den Tagebüchern von Joseph Goebbels im Kontext der Akten des Auswärtigen Amts entnehmen, welchen in der Forschung bisher meist zu wenig Bedeutung beigemessen wurde, weil zu sehr den Aussagen Horthys und anderer beteiligter Ungarn nach dem Krieg in Ermangelung zentraler ungarischer Quellen[409] Glauben geschenkt worden war.[410] Jüngere ungarische Forschungen hingegen bestätigen den Willen der ungarischen Regierung, sich an einem Feldzug gegen die Tschechoslowakei zu beteiligen.[411] Zudem lassen die edierten ungarischen Diplomatieakten deutlich erkennen, daß Budapest bis zum Tag der Münchener Konferenz auch an eine gewaltsame Lösung seiner Territorialfragen dachte.[412] Celovskys Einschätzung, daß Hitler in den Ungarn und Polen Verbündete „für seine Angriffsabsichten" gefunden habe, trifft also zu.[413]

Kurz vor dem Staatsbesuch der Ungarn, am 18. August, hatte der Chef des Generalstabs des Heeres, Ludwig Beck, sein Rücktrittsgesuch eingereicht, da er der Überzeugung war, ein militärisches Vorgehen gegen die Tschechoslowakei ließe sich nicht lokalisieren, und einen europäischen Krieg könne das Reich nicht gewinnen.[414] Beck war mit seinen Bedenken nicht allein, auch andere Militärs und hochrangige Nationalsozialisten hatten große Zweifel an der Richtigkeit des von

[409] Quellen zum Staatsbesuch im August 1938 sind weder in Ádám u. a., Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, noch in Szinai/Szűcs, The Confidential Papers of Admiral Horthy, noch in der mehrbändigen ungarischen diplomatischen Aktenedition DIMK enthalten. Eine Anfrage der Verfasserin beim ungarischen Außenministerium ergab, daß die einschlägigen Akten zum ungarischen Staatsbesuch in Deutschland 1938 nicht erhalten und wahrscheinlich infolge des Krieges vernichtet worden seien (schriftliche Auskunft von Dr. László Soós, 26. 7. 2007). Das von Sakmyster, The Hungarian State Visit, S. 685–691, 1969 publizierte Protokoll einer Unterredung von Rácz mit Hitler am 26. 8. 1938, das sich in den National Archives, Washington, befindet, ist entgegen seiner These als Zeugnis einer ungarischen Zusage zum Feldzug aufzufassen: Obwohl Rácz größere Bedenken als Horthy hatte, da er um die mangelnde Einsatzbereitschaft seiner Truppen wußte, versprach er Hitler, daß die deutsche Luftwaffe in jedem Falle Landeplätze und Luftüberwachungsstationen auf ungarischem Territorium nutzen bzw. errichten könne, selbst wenn Ungarn letztlich doch nicht am gemeinsamen Feldzug teilnehmen sollte („We can guarantee that even in the event we do not move together in the Czech settling of accounts"). Sakmyster, The Hugarian state visit, S. 688. Es ist eindeutig, daß eine gemeinsame militärische Operation verabredet worden war.

[410] Sowohl Celovsky, Münchener Abkommen, S. 242 f., als auch Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 406, 458–460, Macartney, History of Hungary, Part I, S. 238–248, Sakmyster, The Hungarian State Visit, S. 677–685; Sakmyster, Horthy, S. 215 f., und Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 78–80, – letzterer am wenigsten – überschätzten die angeblichen Warnungen Horthys, da sie den Nachkriegs-Aussagen Horthys und anderer Ungarn zu sehr vertrauten.

[411] Ádám, The Munich Crisis, S. 94. Vgl. auch dies., Richtung Selbstvernichtung, S. 135; Szarka, Versuchung, S. 330 f.

[412] Siehe DIMK, Vol. II, Dok. 401, 411, 413, 419, 421, 423, sowie Ádám u. a., Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, Dok. 48, S. 209. Außenminister Kánya telegraphierte am 28. 9. 1938 nach Berlin, daß die ungarische Aktion gegen die Tschechoslowakei entgegen den Ratschlägen Hitlers und Ribbentrops doch erst nach einem deutschen Angriff beginnen könne, da die Haltung Jugoslawiens unsicher sei und auch Mussolini hierzu geraten habe; vgl. DIMK, Vol. II, Dok. 413.

[413] Celovsky, Münchener Abkommen, S. 393. Siehe auch Tomaszewski, The Aims, S. 126 f.

[414] Vgl. die Denkschriften Becks, in: Müller, Beck. Dokumente, Nr. 44, 46–49.

Hitler eingeschlagenen Kurses. Wie bereits gezeigt, überkamen auch Goebbels gelegentlich Bedenken, die immer dann etwas nachließen, wenn er persönlich mit seinem „Führer" sprach.[415] Goebbels hielt während der Wochenendkrise[416] und noch Ende August eine Kriegserklärung der Briten, sollte das NS-Regime die Tschechoslowakei angreifen, für unwahrscheinlich, dennoch zeigt sich in den Tagebucheinträgen eine gewisse Unsicherheit.[417] Anfang September findet sich bei Goebbels keine so deutliche Prognose des Nichteingreifens der Engländer mehr, auch Hitler vermochte den Propagandaminister anscheinend nicht restlos zu überzeugen.[418] Bis Mitte des Monats wuchsen Goebbels' Zweifel weiter. Während des Reichsparteitages hatte Goebbels zweimal Gelegenheit, mit dem britischen Botschafter Neville Henderson zu sprechen, worüber er im Tagebuch und der Diplomat in Telegrammen berichtete. Zwar teilte Henderson ihm mit: „England will keinen Krieg", jedoch äußerte der Brite gleichzeitig, daß das Empire im Kriegsfalle „eingreifen" werde (TG, 10.9.1938). Goebbels notierte über diese Aussprache weiter: „Jedenfalls macht Henderson stark in Frieden. Aber ich glaube ihm nicht. London will keinen Machtzuwachs Deutschlands. Das ist des Rätsels Lösung" (TG, 10.9.1938).[419] Am nächsten Tag sprach Goebbels „nochmals ausführlich mit Henderson", worüber er folgendes festhielt: „Er behauptet unentwegt, für den Frieden zu arbeiten. Auch Chamberlain und Halifax wollen ihn. Prag interessiere England nicht.[420] Aber Frankreich müsse eingreifen, wenn seine natio-

[415] So auch Zelle, Hitlers zweifelnde Elite, S. 57–61.

[416] „London tut besorgt. […] Einschreiten oder nicht? Ich schätze auf Nicht, wenn es darauf ankommt", TG, 23.5.1938.

[417] „Entscheidend ist, was London machen wird, wenn der Führer handelt. Ich glaube, nichts, wenn die Engländer auch fortwährend drohen und scharfmachen. Aber das ist in der entscheidenden Stunde immer eine Frage des Gefühls und des Glücks. Hoffentlich hat der Führer es wieder mal", TG, 24.8.1938. „Was England im blutigen Konfliktsfall tuen [!] wird, weiß kein Mensch. Randolph [deutscher Presseattaché in London, d.V.] meint, eingreifen. Ich glaube es nicht. Wenn man der engl. Regierung die Möglichkeit gibt, ihr Nichthandeln vor ihrem eigenen Volke zu rechtfertigen, wenn außerdem unsere Westgrenze befestigt ist, dann wird London nur protestieren. Aber das ist immer nur eine Gefühlssache", TG, 30.8.1938.

[418] Über ein Gespräch mit Hitler auf dem Obersalzberg notierte er: „Der Führer spricht noch lange in kleinem Kreise über Mut und Zivilkourage. Er ist von einem unerschütterlichen Optimismus erfüllt. Und den überträgt er auf uns alle. So ein Mann ist eine ganze Nation wert. Er wird niemals kapitulieren. Das kann uns allen ein Trost und ein Ansporn sein. Er führt historische Beispiele an. Die sind aber für seinen Standpunkt durchaus überzeugend", TG, 3.9.1938. Dieser letzte Satz ist aufschlußreich, da er von Hitlers „Standpunkt" schreibt, der offenbar nicht sein eigener war, und er zudem die Überzeugungskraft durch die Vokabel „durchaus" abschwächte.

[419] Diese Einschätzung übernahm Goebbels von Hitler, wie folgender Tagebucheintrag drei Wochen zuvor zeigt: „Abends beim Führer. Wir unterhalten uns über England. Er erklärt nochmal, wie gerne er mit England in ein gutes Verhältnis kommen möchte. Er tut auch alles dafür. Aber England steht unserem expansiven Drang im Wege", TG, 21.8.1938. Anlaß zu dieser Lageeinschätzung Hitlers dürfte u.a. das an ihn gerichtete Memorandum der britischen Regierung vom 11.8.1938 sein, in: ADAP, D 2, Dok. 346.

[420] Diese Aussage findet eine gewisse Bestätigung in einem Bericht des SS-Untersturmführers Baumann, der Henderson während seines Besuches in Nürnberg mehrere Tage lang begleitete. Aufzeichnung des SS-Untersturmführers Baumann, 15.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 482, S. 610–622.

nale Ehre auf dem Spiele stehe. Und dann könnte England nicht abseits bleiben. Dann komme die Sache ins Rutschen. […] Die Dinge ändern sich von Stunde zu Stunde. Krieg oder Frieden stehen auf dem Spiel. Es wird Ernst. Ich komme nicht los von diesem Gedanken" (TG, 11.9.1938). Diese Passage zeigt die Sorgen Goebbels' deutlich, noch eindeutigere Aussagen vermied Goebbels im Tagebuch. Hendersons Drohung, die er auch gegenüber seinen anderen deutschen Gesprächspartnern aussprach, verfehlte ihre Wirkung bei Goebbels nicht, wie der Brite noch in Nürnberg in Erfahrung brachte.[421] Henderson unterrichtete telegraphisch seinen Außenminister von seiner Einschätzung, daß Goebbels die Risiken eines Krieges eigentlich nicht eingehen wolle, aber letztlich Hitler Folge leisten würde.[422] Ein weiteres Thema der Gespräche zwischen Goebbels und dem britischen Diplomaten bestand in einer möglichen Annäherung beider Nationen: „Henderson macht sehr in deutsch-englischer Verständigung"; doch Goebbels blieb skeptisch: „Ob er's wohl ehrlich meint? Er spricht mir zuviel von seinem Ehrenwort" (TG, 11.9.1938). Dennoch erklärte sich Goebbels bereit, Hitler die Anregungen Hendersons mitzuteilen und ihn insbesondere zu bitten, eine Passage in seine Parteitagsrede einzufügen, die das gemeinsame Bemühen um eine friedliche Beilegung des Sudetenkonflikts herausstellte.[423] Goebbels lag daran, Henderson auf die Dringlichkeit einer baldigen Lösung hinzuweisen, bevor die Ereignisse den Beteiligten aus den Händen glitten und Hitler seine Geduld verlieren würde,[424] auch unterließ er es nicht, den tschechoslowakischen Staatspräsidenten Beneš zu kritisieren.[425]

Der britische Botschafter war nicht der einzige Diplomat, der in Gesprächen mit den NS-Ministern vor einem drohenden Krieg zu warnen suchte. Der deutsche Botschafter in London, Herbert von Dirksen, erläuterte vor Goebbels die britische Position: „Er ist ehrlich davon überzeugt, daß Chamberlain und Halifax mit uns Verständigung wollen. London wird tuen [!], was Paris tut. Prag ist ihm gleichgültig. Aber es scheint, daß nun sein Prestige als Weltreich auf dem Spiel steht" (TG, 11.9.1938). Noch bedrohlicher wirkte die Einschätzung des deutschen Botschafters in Paris auf Goebbels: „Welczeck meint, Paris wird marschieren. Wenn wir ihm nicht eine Brücke ganz aus Gold bauen. Er denkt etwas zu pessimistisch" (TG, 11.9.1938), urteilte Goebbels.[426] Der Propagandaminister flüchtete sich in seinem Tagebuch daraufhin in einen naiven Fatalismus: „Wir müssen uns

421 Telegramm Hendersons an Halifax, 12.9.1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol.II, Doc.837, S.297.

422 Ebenda; Telegramm Hendersons an Halifax, 15.9.1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol.II, Doc. 886.

423 Telegramm Ogilvie-Forbes' an Halifax, 10.9.1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol.II, Doc.819; Telegramm Hendersons an Halifax, 10.9.1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol.II, Doc.823.

424 Telegramm Hendersons an Halifax, 12.9.1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol.II, Doc.837, S.297.

425 Telegramm Hendersons an Halifax, 12.9.1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol.II, Doc. 840; TG, 11.9.1938.

426 Ähnlich notierte Ernst v. Weizsäcker zu dieser Zeit die Einschätzung der Diplomaten Welczeck, Dirksen, Dieckhoff, Moltke und Mackensen, die „an eine Enthaltung der westlichen Demokratien im Fall des deutsch-tschechoslowakischen Konflikts nicht glaubten"; zit. nach Hill, Weizsäcker-Papiere, S.142f.

an den Führer halten. Er befiehlt, wir gehorchen. Er wird das Richtige tuen [!]. Ich vertraue auf ihn, wie auf Gott" (TG, 11.9.1938). Aber auch dieses blinde Vertrauen auf Hitler konnte Goebbels kaum beruhigen, wie sein Tagebuch verrät: „Nur eine Frage beschäftigt mich Tag und Nacht: die Frage Krieg oder Frieden!" (TG, 11.9.1938).

Der polnische Botschafter in Berlin, Józef Lipski, konnte Goebbels insofern beruhigen, als auch er, genau wie Hitler, die Sowjetunion „für im Augenblick nicht aktionsfähig" hielt (TG, 10.9.1938). Bei der Verwirklichung der polnischen Revisionsansprüche gegenüber der Tschechoslowakei mußte die polnische Regierung besondere Vorsicht walten lassen, da sie sich zwischen den beiden Aggressionsmächten NS-Deutschland und UdSSR befand, zu deren territorialen Lasten das polnische Staatsgebiet nach dem Ersten Weltkrieg erheblich vergrößert worden war. Daher scheint Lipski gegenüber Goebbels während des Parteitages die deutsche Hoffnung zunichte gemacht zu haben, im Falle eines Konflikts mit sicherer polnischer Unterstützung rechnen zu dürfen: „Er verurteilt scharf die Prager Politik. Aber er will sich anscheinend nicht festlegen" (TG, 10.9.1938). Diese Zurückhaltung Lipskis überliefert auch der deutsche Botschafter in Warschau, Hans Adolf von Moltke, der die polnische Haltung Goebbels folgendermaßen beschrieb: „Polen wird neutral bleiben. Das ist aber auch das höchste der Gefühle. Und abwarten, wohin sich die Wage [!] des Erfolges neigt" (TG, 11.9.1938).[427] Allerdings mochte Goebbels vielleicht noch in Erinnerung sein, daß Moltke „sehr eingenommen gegen die Polen" (TG, 7.11.1933) war, wie Goebbels fünf Jahre zuvor notiert hatte, so daß eine vorurteilsfreie Beurteilung der Politik von ihm nicht zu erwarten war.

Monatelang war Goebbels davon ausgegangen, daß die Briten nicht gegen das Deutsche Reich Krieg führen würden, nun, inmitten des Parteitages, war er sehr verunsichert, wie eine Notiz im Tagebuch zeigt: „London wird immer drohender. Blufft es oder will es Ernst machen? Die Kardinalfrage, von deren Beantwortung alles abhängt. Wenn das einer absolut sicher sagen könnte. Der wäre eine ganze Welt wert" (TG, 11.9.1938). Doch schon bald, nach der großen Parteitagsrede Hitlers, siegte bei Goebbels wieder die Zuversicht: „das Presseecho in der Welt zur Führerrede ist wahrhaft erstaunlich. Überall Angst, Zurückweichen, gutes Zureden und Panik. Wie ich vorausgesehen hatte. Vor allem in London und Paris. Keine Beleidigungen, keine Unterstellungen. Alle sind froh, daß wenigstens noch eine Tür offen ist. Sie werden sich wundern" (TG, 14.9.1938).[428] Die von Goebbels hier vermerkte Siegesgewißheit verwundert vielleicht angesichts seiner eigenen Besorgnis. Wie noch zu zeigen sein wird, war Goebbels als Chefpropagandist des Dritten Reiches während der Sudetenkrise bemüht, sich seine Befürchtungen nicht allzudeutlich anmerken zu lassen, so daß er wohl tatsächlich gegenüber

[427] Goebbels gibt die Auffassung Moltkes korrekt wieder; vgl. Aufzeichnung des polnischen Botschafters in Berlin, Józef Lipski, über ein Gespräch mit Moltke, 7.9.1938, in: Jędrzejewicz, Lipski, Doc. 95, S. 398. Zur Haltung Polens siehe Cienciala, The Munich Crisis, S. 59.

[428] Ähnlich fiel die Einschätzung des deutschen Geschäftsträgers in Paris aus; vgl. ADAP, D 2, Dok. 471.

Dritten eine souveräne Haltung zur Schau stellte, die seiner wahren Einstellung nicht immer entsprach. Mehrmals ermahnte er seine eigenen Mitarbeiter zu „Ruhe und Festigkeit" (TG, 14.9.1938) oder „Mut, Optimismus und Nerven" (TG, 16.9.1938) sowie die Chefredakteure der Berliner Zeitungen und bedeutendsten Blätter des Reiches zu „Mut, Nerven und Ausdauer" (TG, 15.9.1938).[429] Goebbels beklagte, daß in zahlreichen Ministerien und im Auswärtigen Amt die Nervosität zu groß sei (TG, 15.9.1938), deshalb wollte er dafür sorgen, daß sein Ministerium „in diesen Krisentagen ein Bollwerk der Festigkeit sein" werde (TG, 14.9.1938) und sich „unnervös" (TG, 15.9.1938) zeigte.

Konstantin von Neurath, infolge des Revirements vom Februar 1938 vom Außenminister zum Präsidenten des Geheimen Kabinettsrats „befördert", hatte noch weit stärkere Zweifel an der Richtigkeit der Politik des NS-Regimes, wie Goebbels von ihm selbst in Nürnberg erfuhr: „Ich spreche mit Neurath. Er ist sehr skeptisch. Meint, daß Paris bestimmt und dann auch London eingreifen werden, wenn der Führer militärisch vorgeht. Er möchte lieber, daß noch ein Jahr gewartet wird. Aber warten, das sagen ja immer die, die nicht handeln wollen. Und Neurath sieht hier entschieden zu schwarz" (TG, 11.9.1938). Die gleiche Lagebeurteilung Neuraths in diesem Gespräch überliefert auch Henderson.[430] Der letzte Satz dieses Goebbels-Zitats verdeutlicht wiederum, daß Goebbels die Einschätzung Neuraths zwar als übertrieben, aber nicht als völlig abwegig beurteilte. Zu den weiteren Kritikern eines Feldzuges in Richtung Prag gehörte auch der Berliner Polizeipräsident und SA-Führer Graf Helldorf, der Goebbels zufolge „in Kriegspanik" gemacht, „tollste Alarmgerüchte" kolportiert und „sich zum Wortführer von lauter Torheiten" aufgeschwungen habe (TG, 1.9.1938).[431] Da Helldorf für Goebbels „ein bekannter Schwarzseher" (TG, 1.9.1938) war und auch in der Folgezeit „sehr zur Mießmacherei" geneigt habe (TG, 14.9.1938), las er ihm Mitte September, wie er sich ausdrückte, „nochmal die Leviten" (TG, 14.9.1938). Auch Reichspressechef Otto Dietrich (TG, 1.9.1938), Wirtschaftsminister Walther Funk (TG, 6.9.1938), Staatssekretär Karl Hanke (TG, 14.9.1938) und Finanzminister Schwerin von Krosigk rechnete Goebbels zeitweilig zu den Pessimisten, letzterer warnte Hitler, wie Goebbels im Tagebuch bestätigt, sogar schriftlich.[432] Die von Goebbels erwähnten Namen werden auch in der Forschung als Warnrufer be-

[429] Der Inhalt von Goebbels' Ausführungen vor deutschen Chefredakteuren ist anderweitig nicht überliefert, da die Zuhörer „mit dem Hinweis auf den Hochverratsparagraphen zum Stillschweigen angehalten" wurden; vgl. Michels, Ideologie, S. 390 und ebenda, Anm. 162, und Schwarzenbeck, Nationalsozialistische Pressepolitik, S. 357.

[430] Henderson berichtet über ein Gespräch mit Neurath folgendes: Goebbels habe Neurath gefragt, „whether he believed my [Henderson, d.V.] statement that Great Britain would inevitably be involved if France became so. Baron von Neurath told me he had left Dr. Goebbels in no doubt whatever about this fact"; Telegramm Hendersons an Halifax, 12.9.1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 837, S. 297.

[431] Zur Mitwirkung Helldorfs beim Komplott der sogenannten September-Verschwörer siehe Müller, Heer und Hitler, S. 330, 353, 359f.; Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 650f.

[432] „Krosigk hat den Führer in einem ausführlichen Brief gewarnt. Er soll noch 5 Jahre warten. Papierkorb"; TG, 22.9.1938. Siehe Schwerin von Krosigk, Staatsbankrott, S. 273–275; ders.: Memoiren, S. 189; Hoensch, Die Politik, S. 207.

nannt, was zeigt, daß die Forschung richtig liegt, und die Tagebücher in diesem Fall eine zuverlässige Quelle darstellen. Über oft behauptete Hemmungen Görings[433] vor einem nicht zu lokalisierenden Krieg berichtete Goebbels bis Mitte September 1938 nicht.

Der stärkste Befürworter der geplanten Offensive gegen Prag war neben Hitler selbst Außenminister Joachim von Ribbentrop, der ein Eingreifen der Westmächte für unwahrscheinlich hielt. Goebbels notierte über eine längere Aussprache mit Ribbentrop: „Er arbeitet auf eine allmähliche Dramatisierung der Prager Frage hin und meint, die Westmächte würden im Ernstfall nichts unternehmen" (TG, 3.6.1938).[434] Goebbels pflichtete ihm bei und gab zu bedenken: „Dafür müssen wir allerdings eine günstige Situation schaffen" (TG, 3.6.1938). Ein Runderlaß des Außenministers an zahlreiche Missionen des Auswärtigen Amts, in dem Ribbentrop schrieb, er sei „überzeugt", daß „keine dritte Macht so leichtfertig sein würde, Deutschland in einem solchen Fall anzugreifen", und wenn sie es täte, würden sie „die ganze vernichtende Wucht seiner Volkskraft" zu spüren bekommen, so daß Deutschland „einen solchen Krieg siegreich beenden" würde, führte zum Widerspruch seines Staatssekretärs, Ernst von Weizsäcker, der darum bat, Ribbentrop möge „den Versuch", seine Botschafter „zu verdummen, […] unterlassen".[435] Die radikale Haltung Ribbentrops war allgemein bekannt, so daß auch Botschafter Henderson die Auffassung vertrat, „he is certainly giving no good advice to Herr Hitler".[436] Die Entschlossenheit Ribbentrops zum Krieg gegen die Tschechoslowakei im Herbst 1938 ist aufgrund der eindeutigen Quellenlage der Akten des Auswärtigen Amts in der Forschung unumstritten.[437] Wie noch gezeigt wird, hielt die Kriegsbereitschaft Ribbentrops sogar noch am 28. September 1938 an.

Hitler schätzte das Risiko eines europäischen Krieges beim deutschen Einmarsch in die Tschechoslowakei als gering ein. Die Hauptgefahr sah er in einer

[433] Evans, Das Dritte Reich, Bd. 2/II, S. 809; Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 139f.; Weinberg, The Foreign Policy. Starting World War II, S. 387; Martens, Göring, S. 134–155; Martens, Die Rolle, S. 85f.; Kube, Pour le mérite, S. 265–276. Vgl. auch Telegramm Hendersons an Halifax, 12.9.1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 837, S. 297. Anders fällt das Urteil aus bei: Müller, Heer und Hitler, S. 328, 369f., 374. General Beck beurteilte Göring in seinen Aufzeichnungen unterschiedlich, offenbar abhängig von seinen Informanten; vgl. z. B. Vortragsnotiz Becks, 16.7.1938, in: Müller, Beck. Dokumente, Nr. 50, S. 551. Der polnische Botschafter in Berlin, Lipski, war überzeugt, Göring gehöre zu den „radikaleren Elemente[n]"; Bericht Lipskis an Außenminister Beck, 11.8.1938, in: DM, Bd. 1, Dok. 15, S. 162.

[434] Ähnlich Tagebucheintrag Groscurths, 15.8.1938, in: Krausnick/Deutsch, Groscurth, S. 102.

[435] Runderlaß Ribbentrops, 3.8.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 332, S. 421; vertrauliche Aufzeichnung Weizsäckers, 2.8.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 331.

[436] Telegramm Hendersons an Halifax, 12.9.1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 837, S. 297. Ähnlich Ciano, Tagebücher 1937/38, Eintrag vom 6.5.1938, S. 157.

[437] Vgl. beispielsweise die Aufzeichnung aus dem A.A., höchstwahrscheinlich von Weizsäcker, 19.8.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 374; Hill, Weizsäcker-Papiere, S. 145f.; Müller, Heer und Hitler, S. 323, Anm. 87, S. 328, 330, Anm. 115; Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 141, 143, 158, 175; Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 392f.; Michalka, Ribbentrop, S. 228–239; Blasius, Für Großdeutschland, S. 71.

Intervention Frankreichs. Doch mit dem zunehmenden Ausbau des „Westwalls" glaubte er nicht mehr an ein Eingreifen der Pariser Regierung, wie Goebbels mehrfach überliefert: „Der Führer erzählt mir von den Westbefestigungen. Bis zum Eintritt des Frostes werden sie fertig sein.[438] Dann sind wir vom Westen aus unangreifbar. Frankreich kann dann nichts mehr machen" (TG, 19. 8. 1938). Die UdSSR hielt Hitler ohnehin für nicht handlungsfähig, wie Goebbels im selben Eintrag festhielt: „Wir debattieren über Moskau. Seine Waffen sind schlecht und noch schlechter sein Material. Das ist in Spanien erwiesen worden. Zudem ist seine Armee durch die dauernden Prozesse demoralisiert" (TG, 19. 8. 1938).[439] Als Goebbels Hitler am 31. August auf dem Obersalzberg besuchte, äußerte sich dieser zum Verhalten Großbritanniens: „Er glaubt nicht, daß London eingreift und ist fest zum Handeln entschlossen" (TG, 1. 9. 1938).[440] Anschließend sprach Hitler „lange über Bismarck und seinen Mut zum Handeln" (TG, 1. 9. 1938), woraufhin Goebbels affirmativ bemerkte: „Wieviel gehörte dazu, so zu handeln wie er. Und wir müssen das Gleiche tuen [!], nämlich das, was notwendig ist" (TG, 1. 9. 1938). Am nächsten Tag, kurz bevor Henlein auf dem Berghof eintraf, legte Hitler Goebbels „seinen Standpunkt dar": auf einen militärischen Konflikt sei er „ganz vorbereitet". Wieder verwies Hitler auf die Westbefestigungen und verlieh seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Westmächte einen bewaffneten Konflikt mit dem Reich scheuten: „Das Loch im Westen ist nun fast zu. Bei der geringsten Provokation wird er die Tschechenfrage lösen. England wird sich zurückhalten, weil es keine Machtmittel besitzt. Paris tut das, was London tut" (TG, 2. 9. 1938). Diesmal aber gestand Hitler anscheinend ein, daß das Risiko einer solchen Aktion keineswegs gering sei, weshalb schnelle Erfolge notwendig seien: „Die ganze Angelegenheit muß schnellstens abrollen. Ein großes Risiko geht man immer ein, wenn man einen großen Gewinn ziehen will" (TG, 2. 9. 1938). Hitler war also der Meinung, weder die Sowjetunion noch die Westmächte würden sich dem deutschen Expansionsdrang in Richtung Tschechoslowakei entgegenstellen, dieser Staat könne durch einen kurzen und schnellen Feldzug erobert werden. Hitler wollte, wie es scheint, das Deutsche Reich im Herbst 1938 nicht in einen Weltkrieg führen, aber er beabsichtigte, die Tschechoslowakei zu überfallen. Nur so ist die folgende Passage aus Goebbels' Tagebuch zu deuten: „Den Krieg will der Führer vermeiden. Darum bereitet er sich mit allen Mitteln darauf vor" (TG, 25. 7. 1938). Dennoch war Hitler im Herbst 1938 bereit, das Risiko, das er meist als nicht allzu groß bewertete, einzugehen, einen europäischen Krieg oder möglicherweise sogar einen Weltkrieg wegen der Tschechoslowakei zu entfesseln, bei dem das Deutsche Reich mehr Gegnern als Verbündeten gegenüber geständen hätte.[441] Den Sudetenführer Henlein hatte Hitler am 3. September auf dem Obersalzberg mit den Worten ent-

[438] Goebbels wurde verschiedentlich durch Göring über den „Westwall"-Ausbau informiert; vgl. TG, 25. 6., 1. 7., 30. 7. 1938.

[439] „3 von 5 Marschällen, 13 von 15 Armeekommandeuren, 57 von 85 Korpskommandeuren und 110 von 195 Divisionskommandeuren wurden liquidiert"; Michaelis, 1938. Krieg, S. 121; Michaelis folgert: „So war die Rote Armee nicht einsatzbereit, weil sie aktionsunfähig war."

[440] Ähnlich Tagebuch Groscurth, in: Krausnick/Deutsch, Groscurth, S. 107.

[441] So auch Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 138, 143 f.

lassen: „Es lebe der Krieg – und wenn er 2–8 Jahre dauere“.[442] Und auch Goebbels wußte von der Bereitschaft Hitlers zu einem Weltkrieg. „London hat die größte Angst vor einem Weltkrieg.[443] Der Führer hat scharf erklärt, er scheue ihn im Notfall nicht“ (TG, 18.9.1938), so gibt Goebbels einen Auszug aus dem Gespräch Hitlers mit Neville Chamberlain am 15. September wieder. Fünf Tage später gebrauchte Hitler gegenüber den ungarischen Ministern Kánya und Imrédy ganz ähnliche Worte: er „sei entschlossen, die tschechische Frage selbst auf die Gefahr eines Weltkrieges zu lösen“, und „überzeugt, daß England und Frankreich nicht marschieren würden“.[444] Es besteht daher kein Zweifel, daß die Tagebucheintragungen Goebbels' tatsächlich Äußerungen Hitlers dokumentieren, und daß Hitler gegenüber den Ungarn nicht bluffte, suchte er doch, die Ungarn zum gemeinsamen militärischen Vorgehen zu gewinnen, erschwerte ihnen jedoch durch seine offen eingestandene hohe Risikobereitschaft eine Kooperation.

7. Die Verhandlungen Hitlers mit Chamberlain

Hitlers Parteitagsrede und die Zuspitzung der Lage im Sudetenland

Voll Spannung und Sorge erwartete die Welt die abschließende Rede Hitlers auf dem Nürnberger NSDAP-Parteitag. Zur Überraschung der Beobachter war, wie Goebbels korrekt überliefert, in Hitlers Proklamation zu Beginn des Parteitages von „der internationalen Politik […] überhaupt nicht die Rede“ (TG, 7.9.1938).[445] Aber schon die Ansprachen von Goebbels[446] und Göring[447] waren so aggressiv,[448]

[442] Tagebucheintrag Groscurths, 4.9.1938, in: Krausnick/Deutsch, Groscurth, S. 111f.

[443] Zu den wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Faktoren, die die britische Regierung 1938 zur Appeasementpolitik veranlaßten, wollte es nicht sein Kolonialimperium gefährden, siehe Wendt, Appeasement 1938, v.a. S. 98–100, 139f.; zur innerbritischen Debatte siehe Franke, London und Prag, v.a. S. 416–426.

[444] Aufzeichnung Erich Kordts, Büro Reichsaußenminister, 21.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 554.

[445] Die „Nichtberührung Außenpolitik“ habe in der tschechoslowakischen Presse zu verschiedenen Urteilen geführt, das heißt verunsichert, telegraphierte Hencke an das A.A. So habe die Zeitung „Bohemia“ dies als „Beitrag zum Frieden“ bezeichnet, während die marxistische und kommunistische Presse die Meinung vertrat, „Führer wolle dadurch Spannung aufrechterhalten“. Telegramm Henckes, Prag, an das A.A., 7.9.1938, PA/AA, R 29767, Fiche 1174, Bl. 125841; siehe auch Kastler, „Mit Prostituierten und ohne Diplomaten“, S. 117.

[446] Die Goebbels-Rede vom 10.9.1938 mit dem Titel „Demokratie und Bolschewismus“, die im DRA, Nr. 2590329, als Tonquelle vorliegt, wurde in der folgenden NSDAP-Publikation veröffentlicht: Der Parteitag Großdeutschland vom 5. bis 12. September 1938, S. 280–296.

[447] Göring-Rede, Reichsparteitag, 10.9.1938, in: Göring, Reden, S. 387, 390. Goebbels notierte „eine sehr scharfe Rede“, die zudem „ziemlich unverblümt“ gewesen sei und sich „gegen Londons Frechheiten“ und „gegen die Großmannssucht Prags“ gerichtet habe, TG, 11.9.1938.

[448] Der deutsche Geschäftsträger in Paris meldete, die Reden von Göring und Goebbels hätten dort „Bestürzung hervorgerufen“; Telegramm Curt Bräuers an das A.A., 12.9.1938, PA/AA, R 29767, Fiche 1175, Bl. 125968f., hier Bl. 125969.

lassen: „Es lebe der Krieg – und wenn er 2–8 Jahre dauere“.[442] Und auch Goebbels wußte von der Bereitschaft Hitlers zu einem Weltkrieg. „London hat die größte Angst vor einem Weltkrieg.[443] Der Führer hat scharf erklärt, er scheue ihn im Notfall nicht“ (TG, 18.9.1938), so gibt Goebbels einen Auszug aus dem Gespräch Hitlers mit Neville Chamberlain am 15. September wieder. Fünf Tage später gebrauchte Hitler gegenüber den ungarischen Ministern Kánya und Imrédy ganz ähnliche Worte: er „sei entschlossen, die tschechische Frage selbst auf die Gefahr eines Weltkrieges zu lösen“, und „überzeugt, daß England und Frankreich nicht marschieren würden“.[444] Es besteht daher kein Zweifel, daß die Tagebucheintragungen Goebbels' tatsächlich Äußerungen Hitlers dokumentieren, und daß Hitler gegenüber den Ungarn nicht bluffte, suchte er doch, die Ungarn zum gemeinsamen militärischen Vorgehen zu gewinnen, erschwerte ihnen jedoch durch seine offen eingestandene hohe Risikobereitschaft eine Kooperation.

7. Die Verhandlungen Hitlers mit Chamberlain

Hitlers Parteitagsrede und die Zuspitzung der Lage im Sudetenland

Voll Spannung und Sorge erwartete die Welt die abschließende Rede Hitlers auf dem Nürnberger NSDAP-Parteitag. Zur Überraschung der Beobachter war, wie Goebbels korrekt überliefert, in Hitlers Proklamation zu Beginn des Parteitages von „der internationalen Politik […] überhaupt nicht die Rede“ (TG, 7.9.1938).[445] Aber schon die Ansprachen von Goebbels[446] und Göring[447] waren so aggressiv,[448]

[442] Tagebucheintrag Groscurths, 4.9.1938, in: Krausnick/Deutsch, Groscurth, S. 111f.

[443] Zu den wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Faktoren, die die britische Regierung 1938 zur Appeasementpolitik veranlaßten, wollte es nicht sein Kolonialimperium gefährden, siehe Wendt, Appeasement 1938, v.a. S. 98–100, 139f.; zur innerbritischen Debatte siehe Franke, London und Prag, v.a. S. 416–426.

[444] Aufzeichnung Erich Kordts, Büro Reichsaußenminister, 21.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 554.

[445] Die „Nichtberührung Außenpolitik“ habe in der tschechoslowakischen Presse zu verschiedenen Urteilen geführt, das heißt verunsichert, telegraphierte Hencke an das A.A. So habe die Zeitung „Bohemia“ dies als „Beitrag zum Frieden“ bezeichnet, während die marxistische und kommunistische Presse die Meinung vertrat, „Führer wolle dadurch Spannung aufrechterhalten“. Telegramm Henckes, Prag, an das A.A., 7.9.1938, PA/AA, R 29767, Fiche 1174, Bl. 125841; siehe auch Kastler, „Mit Prostituierten und ohne Diplomaten“, S. 117.

[446] Die Goebbels-Rede vom 10.9.1938 mit dem Titel „Demokratie und Bolschewismus“, die im DRA, Nr. 2590329, als Tonquelle vorliegt, wurde in der folgenden NSDAP-Publikation veröffentlicht: Der Parteitag Großdeutschland vom 5. bis 12. September 1938, S. 280–296.

[447] Göring-Rede, Reichsparteitag, 10.9.1938, in: Göring, Reden, S. 387, 390. Goebbels notierte „eine sehr scharfe Rede“, die zudem „ziemlich unverblümt“ gewesen sei und sich „gegen Londons Frechheiten“ und „gegen die Großmannssucht Prags“ gerichtet habe, TG, 11.9.1938.

[448] Der deutsche Geschäftsträger in Paris meldete, die Reden von Göring und Goebbels hätten dort „Bestürzung hervorgerufen“; Telegramm Curt Bräuers an das A.A., 12.9.1938, PA/AA, R 29767, Fiche 1175, Bl. 125968f., hier Bl. 125969.

daß allgemein befürchtet wurde, Hitler könne in seiner Schlußrede ultimative Forderungen stellen oder sogar der Tschechoslowakei den Krieg erklären.[449] Wie berechtigt diese Annahme war, belegt das Tagebuch von Goebbels, der selbst für möglich hielt, daß man sich „am Vorabend eines Krieges" (TG, 11.9.1938) befinde. Dies könnte darauf hindeuten, daß Hitler tatsächlich drastische Schritte in Erwägung gezogen hat, denn Goebbels berichtet weiter: „Der Führer brütet an seinen Entschlüssen und macht seine Rede fertig. Er hält nun unser aller Schicksal in seiner Hand" (TG, 11.9.1938). Selbst Hitler war sich am Tag vor seiner Rede noch nicht im klaren darüber, „wie weit" er „den Schleier des Geheimnisses […] lüften" würde, überliefert Goebbels (TG, 12.9.1938). Doch zur Erleichterung der Zeitgenossen vermied Hitler konkrete Festlegungen,[450] obgleich er in seiner Rede unverhohlen mit Gewalt drohte, sollte die tschechoslowakische Regierung noch einmal, wie während der Maikrise, mobilisieren oder weiterhin die Sudetendeutschen unterdrücken.[451] Ob sich Hitler hierbei von den Warnungen[452] Großbritanniens beeinflussen ließ, die Goebbels als „ein starkes Stück" empfand (TG, 11.9.1938), läßt sich nicht beantworten, Goebbels jedoch glaubte nicht daran: „Paris und London reden dem Führer für seine große Rede gut zu. Wie wenig man dort den Führer kennt. Als ob man glauben dürfte, auf solche Weise etwas zu erreichen. Der Führer sagt und tut das, was er für richtig erkannt hat und läßt sich niemals einschüchtern" (TG, 13.9.1938).[453] Goebbels referierte die Kongreßrede Hitlers in seinem Tagebuch voller Bewunderung und gab sie – wie auch das gesamte Parteitagsgeschehen – sehr ausführlich und korrekt wieder. Selbst kleinste Details, die Goebbels überliefert, lassen sich verifizieren: „Ich begrüße 100 reizende österreichische Mädel, die sich vor Begeisterung garnicht [!] zu fassen wissen", hatte Goebbels über den 11. September notiert (TG, 12.9.1938). SS-Untersturmführer Baumann, der zur Begleitung Hendersons abgestellt war, berichtete, daß Goebbels an diesem Tag von Mädchen aus Kärnten und der Steiermark „umringt" wurde und diesen Autogramme gab.[454] Goebbels schrieb über Hitlers Parteitagsrede:

[449] Telegramm Henckes an das A.A., 29.8.1938, PA/AA, R 29766, Fiche 1170, Bl. 125585–586; Brief Hendersons an Sir Alexander Cadogan, 6.9.1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 793; Telegramm des deutschen Geschäftsträgers in Paris, Bräuer, an das A.A., in: ADAP, D 2, Dok. 471. Vgl. auch Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 164; Celovsky, Münchener Abkommen, S. 331, 333; Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 501f., 508; Wheeler-Bennett, Munich, S. 94.

[450] Celovsky, Münchener Abkommen, S. 333f.; Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 510.

[451] Hitler-Rede, 12.9.1938, in: DDP, Bd. 6, Teil 1, Nr. 61, S. 293–302; vollständig in: Der Parteitag Großdeutschland vom 5. bis 12. September 1938, S. 323–347, sowie im DRA, Nr. 2590329.

[452] Vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 815, 818f., 823, 837, 839f. sowie Appendix III, S. 680–682; Henderson, Fehlschlag, S. 166f.; Hill, Weizsäcker-Papiere, S. 142; ADAP, D 2, Dok. 458; TG, 12., 13.9.1938.

[453] Die Ansicht, Hitler sei durch Drohungen nicht zu beeinflussen, vertrat auch Henderson; vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 818f.

[454] Als Henderson erkannt wurde und ebenfalls um Autogramme gebeten wurde, beschrieb der Brite Baumann zufolge Autogrammkarten von Goebbels und Henlein, ca. 150 Stück; vgl. Aufzeichnung von SS-Untersturmführer Baumann, 15.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 482, S. 620f.

„Dann spricht der Führer. Zuerst ganz leidenschaftslos. Auseinandersetzung mit Demokratie und Bolschewismus. Unsere alten Gegner. Eine Bestätigung meiner Kongreßrede. Darlegung unseres Kampfes. Und wie die Demokratie, ehemals im eigenen Lande, heute in der ganzen Welt, gegen uns steht. Plötzlich springt er auf die Tschechei über. Und dann erfolgt ein ganz massiver Großangriff. Hinreißend und mit stärkster Leidenschaft vorgetragen. Alles springt von den Plätzen auf. Der Führer schildert die Leiden der Sudetendeutschen. Und erklärt dann ganz kategorisch, daß sie nicht wehrlos und verlassen seien. Verspricht ihnen feierlich seinen Schutz. Herr Benesch soll für Gerechtigkeit sorgen. Wie, das ist seine Sache. Was Gerechtigkeit ist, wird ihm nicht gesagt.[455] Sorgt er aber nicht dafür, und darüber entscheiden wir, dann greifen wir ein. Ein Meisterstück an Diplomatie. Der Führer ist auf der Höhe seines rednerischen Triumphes. Scharfe Ausfälle gegen London und Paris. Darlegung all unserer Friedensbemühungen und Friedenstaten.[456] Und wie die Welt darauf geantwortet hat. Eine scharfe Warnung an die demokratische Welt. Es steht nun alles auf Spitz und Knopf. Ein Kompromiß ist nicht mehr möglich. Der Effekt in der Versammlung ist unbeschreiblich. Die Zuhörer rasen. Alles ist hingerissen. Nun hat die Welt das Wort. Aber sie muß bald reden. Sonst reden wir" (TG, 13.9.1938).

Hitler sprach in seiner Rede davon, daß die Tschechen die Sudetendeutschen „überwachen, bevormunden", „vergewaltigen und quälen", daß die Sudetendeutschen wirtschaftlich „planmäßig ruiniert und dadurch einer langsamen Ausrottung ausgeliefert" würden, daß man „sie vernichten" wolle und man sie „wie das hilflose Wild jagt und hetzt".[457] Zu dem von Goebbels erwähnten reichsdeutschen „Schutz" für die Sudetendeutschen äußerte sich Hitler mehrmals und erklärte, sollten die Sudetendeutschen „kein Recht und keine Hilfe" finden, würden „sie beides von uns bekommen", womit er eine offene Drohung an die Prager Adresse richtete. Weiter erklärte er: „Die Deutschen in der Tschecho-Slowakei sind weder wehrlos, noch sind sie verlassen".[458] Der Verzicht auf konkrete Forderungen gegenüber der tschechoslowakischen Regierung hielt dem NS-Regime alle Handlungsoptionen offen, denn auch noch weitergehende Angebote Prags konnten nun als ungenügend zurückgewiesen werden. Gleichzeitig verrät der Eintrag Goebbels' das Fehlen einer politischen Konzeption neben der militärischen Option in der Tschechoslowakeifrage: „die Welt" solle nun „reden" (TG, 13.9.1938). Noch deutlicher wird dieses Defizit im weiteren Verlauf dieser Tagebuchnotiz: „Ich spreche noch zum Abschied mit dem Führer. Er ist müde, aber bei bester Laune. ‚Wir wollen sehen, was nun geschieht.' Das ist seine Folgerung. Er hat das Seine getan. Das Wort hat London, Paris und Prag. Das Schicksal Europas ist davon abhängig" (TG, 13.9.1938). Wenn es sich, was sehr wahrscheinlich ist, bei dem Satz, den Goebbels in Anführungszeichen setzte, tatsächlich um ein Zitat Hitlers handelt, so könnte man den Ausspruch als Anzeichen einer gewissen Rat- und Konzeptlosigkeit der NS-Politik bzw. als einen Beleg für die starre Fixierung Hitlers auf eine militärische Lösung interpretieren. Jedenfalls scheint Hitler, wie

[455] „Im übrigen ist es Sache der tschecho-slowakischen Regierung, sich mit den berufenen Vertretern der Sudetendeutschen auseinanderzusetzen und eine Verständigung so oder so herbeizuführen." Hitler-Rede, 12.9.1938, in: DDP, Bd. 6, Teil 1, Nr. 61, S. 301.

[456] Hitler erklärte den Verzicht auf Revisionsansprüche gegenüber Frankreich, er erwähnte das Nichtangriffsabkommen mit Polen und suggerierte, auch gegenüber Polen keine territorialen Forderungen zu erheben; ebenda, S. 296f.

[457] Ebenda, S. 295.

[458] Ebenda, S. 295, 301.

der Handlungsimperativ an London und Paris nahelegt, nicht beabsichtigt haben, die Westmächte durch den Verzicht auf konkrete Forderungen „einzulullen", wie man in britischen Diplomatenkreisen annahm.[459] Vielmehr dürfte Hitler gehofft haben, die Briten und Franzosen würden ihren Druck auf die Prager Regierung weiter erhöhen, erneut Zugeständnisse an die Sudetendeutschen zu machen, oder sie würden letztlich doch ihr Desinteresse an der Tschechoslowakei erklären.

Unterdessen schien im Sudetenland das Chaos auszubrechen. Das Reichsinnenministerium hatte an das Auswärtige Amt gemeldet, die Sudetendeutsche Partei habe die „Anweisung bekommen, zu provozieren und Zwischenfälle hervorzurufen", wobei die „Provokation" bis zum Tag nach Hitlers Rede „auf den Höhepunkt gebracht werden" sollte.[460] Diese Anordnung ging, wie Groscurth in seinem Tagebuch überliefert, auf Hitler persönlich zurück,[461] der bereits am 26. August 1938 K. H. Frank „die Herbeiführung von Zwischenfällen" befohlen hatte.[462] Ernst Kundt wandte sich verzweifelt an die deutsche Gesandtschaft, da ihm K. H. Frank mitgeteilt hatte, Hitler wünsche Zwischenfälle, und er, Kundt, darin einen Widerspruch zu den Anweisungen Henleins zu erkennen glaubte. Der Geschäftsträger in der Gesandtschaft brachte in Erfahrung, daß die SdP Provokationshandlungen vorbereite, „bei denen es Tote geben müsse".[463] An zahlreichen Orten in den mehrheitlich deutsch besiedelten Gebieten fanden dementsprechend weisungsgemäß vor und nach der Schlußkundgebung des Parteitages Aufmärsche der Sudetendeutschen statt. Die deutsche Gesandtschaft in Prag berichtete nach Berlin, daß die „Demonstrationen […] im allgemeinen nach einheitlicher Linie durchgeführt" wurden,[464] was von der Forschung bestätigt wird.[465] Auch Goebbels vermerkte in seinem Tagebuch die Aktivität der Sudetendeutschen, die die Lage ganz im Sinne der Nationalsozialisten verschärften: „Die Sudetendeutschen treiben die Revolution vorwärts. Überall Riesendemonstrationen,[466] Aufmärsche, z. T. Ausnahmezustand.[467] Die Dinge entwickeln sich also so, wie wir das gewünscht haben" (TG, 14. 9. 1938). Parallel zu den Massenkundgebungen kam es, pünktlich zum 13. September, dem Tag nach Hitlers Rede, zu zahlreichen Zwischenfällen,

459 Telegramm Sir Eric Phipps' an Halifax, 11. 9. 1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 833.

460 Aufzeichnung aus dem A.A. über eine telefonische Mitteilung des Reichsinnenministeriums, 10. 9. 1938, PA/AA, R 101.356, Bl. 387069, sowie PA/AA, R 29767, Fiche 1175, Bl. 125916.

461 „Der Führer hat angeordnet, daß am Sonntag [11. 9. 1938, d. V.] die von der SdP beabsichtigten Zwischenfälle in der CSR durchgeführt werden sollen!" Tagebucheintrag Groscurths, 3. 9. 1938, in: Krausnick/Deutsch, Groscurth, S. 111.

462 Tagebucheintrag Groscurths, 27. 8. 1938, in: Krausnick/Deutsch, Groscurth, S. 104.

463 Telegramm Henckes, 10. 9. 1938, in: Král, Die Deutschen, Dok. 211, S. 300f.

464 Telegramm Henckes, 11. 9. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 457. Siehe auch Protokoll der Vernehmung Georg Böhms, in: Král, Die Deutschen, Dok. 3, S. 56f.; Hencke, Augenzeuge, S. 146f.

465 Brandes, Die Sudetendeutschen, S. 259–274; Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 491f.; Röhr, Freikorps, S. 44.

466 Siehe hierzu Brandes, Die Sudetendeutschen, S. 260f.; Röhr, Freikorps, S. 42.

467 „Beschlagnahmte Abendpresse meldet Verhängung Ausnahmezustand im sudetendeutschen Gebiet. Nachricht wird einstweilen dementiert"; Telegramm Henckes, 12. 9. 1938, abends, PA/AA, R 29767, Fiche 1175, Bl. 125963. Siehe auch ADAP, D 2, Dok. 461.

zum Teil mit Toten.[468] Goebbels war bemüht, sie möglichst genau im Tagebuch zu verzeichnen: „Der Prager Terror nimmt ununterbrochen zu. […] Bereits 9 Tote von uns.[469] Vielerorts die tschechische Gendarmerie entwaffnet und das Militär zurückgezogen.[470] Also ist der Aufruhr in vollem Gange. Die Welt wird dort ein Drama ohnegleichen erleben. Und wir kommen doch zu unserem Recht" (TG, 14.9.1938). Dieser letzte Satz von Goebbels offenbart, daß es dem NS-Regime nicht um die Sudetendeutschen, sondern um den territorialen Zugewinn ging. Goebbels hatte, genau wie das Auswärtige Amt, Schwierigkeiten, die ständig eskalierende Lage zu überblicken, vor allem, weil von sudetendeutscher Seite stark übertriebene Schreckensmeldungen eingingen:[471] „Telegramme studiert. Immer neue Zusammenstöße in der Tschechei. Es ist das im Augenblick kaum noch zu übersehen" (TG, 14.9.1938); „Die Liste der Toten ist mittlerweile auf 13 gestiegen.[472] Grauenhafte Bilanz des Benesch-Regimes" (TG, 15.9.1938). Immer neue Meldungen aus dem Sudetenland erreichten Berlin und das Ausland: „Tolle Alarmnachrichten aus Sudetendeutschland. Da geht alles drunter und drüber. Man zählt jetzt in einem einzigen Dorf schon über 50 Tote.[473] Das gibt da den tollsten Revolutionsanbruch, den man sich denken kann. Aber wir werden dabei zu unserem Recht kommen" (TG, 15.9.1938). Wieder hielt Goebbels im Tagebuch fest, daß es hier nicht um das Recht der Sudetendeutschen, sondern um *ihr* Recht ginge, also um die Besitzansprüche des NS-Regimes. Goebbels machte keinen Hehl daraus, daß die Sudetendeutschen vom NS-Regime lediglich benutzt wurden.

468 Am 13.9.1938 „Unruhen an 70 verschiedenen Orten", telegraphierte der deutsche Gesandte in Prag, Eisenlohr, am 14.9.1938 an das A.A., in: ADAP, D 2, Dok.474. Siehe auch DBFP, 3rd Series, Vol.II, Doc.844–846, 851, 864, 867; Brandes, Die Sudetendeutschen, S.262–272.

469 Acht getötete Sudetendeutsche listete die Gesandtschaft Prag für den 12./13.9.1938 auf; vgl. Telegramm Henckes an das A.A., 16.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok.502.

470 Vgl. Aufzeichnungen aus dem A.A., 13., 14.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok.464, 474.

471 Im A.A. erkannte man bald, daß SdP und Volksdeutsche Mittelstelle versuchten, sich durch immer neue und höhere Opferangaben zu profilieren; Aufzeichnung Detlev-Henning v. Stechows, A.A., 14.9.1938, über Telefonat mit Oskar v. Mitis, Attaché der deutschen Gesandtschaft Prag, PA/AA, R 101.356, Bl.489558. Auch der britische Gesandte in Prag Newton beklagte die völlig übertriebenen Angaben der SdP; vgl. DBFP, 3rd Series, Vol.II, Doc.916. Vgl. auch ADAP, D 2, Dok.457, 461, 464, 466, 473, 474, 481. In den Akten der Persönlichen Adjutantur des Führers und Reichskanzlers findet sich die Meldung vom 14.9.1938, wonach die tschechoslowakische Armee die Hauptstelle der SdP in Eger mit schwerer Artillerie beschossen und dadurch mehr als 100 Menschen getötet habe. Ein handschriftlicher Vermerk darunter vom 26.9.1938 lautet: „Das Haus steht heute noch, nur Fenster und Tür sind beschädigt." BArch, NS 10/89, Bl.170.

472 Die deutsche Gesandtschaft zählte bis 14.9.1938 11 getötete Sudetendeutsche; vgl. Telegramm Henckes, 16.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok.502. Ebenfalls 11 Tote meldete die britische Gesandtschaft am 13.9.1938; vgl. DBFP, 3rd Series, Vol.II, Doc.864.

473 Dem A.A. wurden 40 Tote in Graslitz gemeldet, doch Hencke bezeichnete diese Nachricht als „recht unwahrscheinlich"; Aufzeichnung v. Stechows nach Telefonat mit Hencke, 14.9.1938, PA/AA, R 29767, Fiche 1176, Bl.126008. Die Zahl von 30 neuen toten Sudetendeutschen, die von der tschechoslowakischen Regierung dementiert wurde, verbreitete K. H. Frank, wie der britische Gesandte Newton in Prag in Erfahrung brachte; vgl. DBFP, 3rd Series, Vol.II, Doc.864. Vgl. auch ADAP, D 2, Dok.481.

Infolge dieser angespannten Situation, des verhängten Standrechts in der tschechoslowakischen Republik, der offenkundig beginnenden Lebensmittelknappheit[474], der SdP-Aufforderung zum Verlassen Prags[475], ständigen Mobilisierungsgerüchten[476] und vor allem der drohenden Kriegsgefahr flohen zigtausend Sudetendeutsche über die Grenzen ins Reichsgebiet,[477] wehrpflichtige Sudetendeutsche mit tschechoslowakischen Paß suchten einer Einziehung zum Militär zu entkommen.[478] Goebbels kümmerte sich mit dem NSV-Leiter Erich Hilgenfeldt um die Versorgung der Flüchtlinge und sorgte für die propagandistische Verwertung ihres Leids (TG, 17.–19., 30. 9. 1938). Insbesondere ließ er Besuche von ausländischen Journalisten in den Flüchtlingslagern organisieren und von seinen Mitarbeitern „ganz scharfe Reden" schreiben, die SdP-Funktionäre dann im Reichsgebiet vortrugen.[479]

Aus Furcht vor tschechischen Repressalien ordnete Ribbentrop an, die Angehörigen der Mitarbeiter von Gesandtschaft und Konsulaten aus der Tschechoslowakei „unauffällig herauszuziehen".[480] Eisenlohr verließ die Tschechoslowakei am Nachmittag des 16. September, und zwar für immer, die Geschäfte übertrug er Gesandtschaftsrat Andor Hencke.[481] Zur gleichen Zeit ließ die Geheime Staatspolizei 150 im Deutschen Reich befindliche Tschechen als Vergeltungsmaßnahme gegen die Inhaftierung Sudetendeutscher verhaften, was nach dem bereits erwähnten „Gesetz über Vergeltungsmaßnahmen" möglich war. Der tschechoslowakischen Regierung wurde gedroht, „daß für den Fall, daß in der Tschechoslowakei auf Grund des Standrechts zum Tode verurteilte Sudetendeutsche hingerichtet werden sollten, jeweils eine entsprechende Anzahl der hier inhaftierten Personen er-

474 Telegramm Eisenlohrs, 14. 9. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 473; TG, 16. 9. 1938.

475 Telegramm Eisenlohrs, 14. 9. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 474; siehe auch Dok. 481.

476 „Auch Goebbels kamen sie zu Ohren: TG, 15., 17. 9. 1938. Vgl. auch ADAP, D 2, Dok. 472 f., 511, 515, 522, 524; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 868, 924; Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 14. 9. 1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 379; Krausnick/Deutsch, Groscurth, Tagebuch-Eintrag vom 14. 9. 1938, S. 118.

477 Tschechoslowakische Stellen schätzten die Anzahl sudetendeutscher Flüchtlinge bis 15. 9. 1938 auf 50 000, deutsche Meldungen nannten bis 20. 9. 1938 214 000 geflohene Personen; vgl. Celovsky, Münchener Abkommen, S. 339, Anm. 3. Henderson, Fehlschlag, S. 172, bezifferte die Zahl der Flüchtlinge zwischen der ersten und zweiten Besprechung Hitler-Chamberlain auf 250 000. Hitler nannte gegenüber Chamberlain die Zahl von 103 780 Personen, die bis 20. 9. 1938 ihre sudetendeutsche Heimat verlassen hätten; vgl. ADAP, D 2, Dok. 562, S. 698; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1033, S. 466.

478 Broszat, Freikorps, S. 33, 36; Röhr, Freikorps, S. 49, 59.

479 Der SdP-Presseleiter Sebekovsky sagte am 19. 9. 1938 in einer Veranstaltung in Dresden: „Was germanische Kaiser vor tausend Jahren begannen, wird Adolf Hitler vollenden. […] Für diesen Glauben haben wir gelitten und gedarbt, für diesen Glauben sind während der vergangenen Tage viele unserer Kameraden in den Tod gegangen. Denn es gab sonst für uns Sudetendeutsche keinen größeren Glauben als diese zwei Worte: Adolf Hitler!" IfZ, Archiv, DNB-Berichte, 19. 9. 1938, Meldung Nr. 91/92, Bl. 59, 68.

480 Telegramm Weizsäckers an die deutsche Gesandtschaft Prag, 14. 9. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 475.

481 Telegramm Eisenlohrs an das A.A., 16. 9. 1938, PA/AA, R 29768, Fiche 1177, Bl. 126078; Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes. 1871–1945, Bd. 1, S. 501 f., Bd. 2, S. 263–365.

schossen werden würde".[482] Dies war der politische Kontext, als der britische Regierungschef Neville Chamberlain sich aus Furcht, es könne „zu spät" sein, entschloß, ohne vorherige Beratung mit seinem Kabinett Hitler eine persönliche Aussprache vorzuschlagen.[483]

Chamberlains Besuch auf dem Obersalzberg

Am 13. September 1938, kurz vor Mitternacht, ließ der britische Premier Hitler die Nachricht zukommen, daß er ihn schnellstmöglich sprechen wolle.[484] Am folgenden Nachmittag gab Hitler seine Zustimmung, wenige Stunden später wurde der bevorstehende Besuch des britischen Regierungschefs bekanntgegeben.[485] „Abends kommt dann die große Sensation: Chamberlain bittet den Führer um eine Unterredung. Sie soll sofort stattfinden, zur Wahrung des Friedens. Der Führer lädt Chamberlain ein. Er wird heute mittag auf dem Obersalzberg eintreffen. Eine Wendung, die niemand vermuten konnte" (TG, 15. 9. 1938), notierte Goebbels. Er scheint, wie die Fortsetzung seines Tagebucheintrags zeigt, darüber nicht besonders erfreut gewesen zu sein: „Die schlauen Engländer bauen vor. Verschaffen sich ein moralisches Alibi. Und schieben uns so nach und nach die Kriegsschuld zu, wenn es zum Konflikt kommen sollte. Das ist nicht angenehm. Aber immerhin: annehmen mußte der Führer diesen Besuch" (TG, 15. 9. 1938). Diese Zeilen lassen erkennen, daß Goebbels, genau wie andere Parteigenossen und zahlreiche Offiziere[486], aus Hitlers Parteitagsrede Zuversicht schöpfte und in seiner Entschlossenheit zur Gefolgschaft des „Führers" bestärkt wurde, denn noch wenige Tage zuvor konnte er seine Sorge vor einem Krieg kaum verbergen. Goebbels' Mitarbeiter Berndt und Fritzsche bewerteten die Reise Chamberlains auf den Obersalzberg vor Journalisten als „Genugtuung" und „Erfolg", warnten aber davor, in der Presse von einer „Entspannung" der außenpolitischen Situation zu schreiben. Vielmehr sollten die schweren Zwischenfälle „nach wie vor groß" aufgemacht werden.[487] In diesem Sinne instruierte Goebbels Berndt immer wieder: „Mit Berndt Presseroute festgelegt. Wir haben jetzt keine Veranlassung, weich zu werden. Vor allem nicht während der Besprechungen auf dem Obersalzberg"

[482] Aufzeichnung Stechows, A.A., 16. 9. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 496. Die Anordnung Hitlers hierzu in: DM, Bd. 1, Dok. 17, S. 173f. Siehe auch ADAP, D 2, Dok. 498, 507, 519, 530; DM, Bd. 1, Dok. 19f.; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 921. Bereits am 7. 9. 1938 hatte Hencke gemeldet, daß in Mähren und Schlesien 100 und im Bezirk Znaim 22 SdP-Anhänger verhaftet worden seien; PA/AA, R 29767, Fiche 1174, Bl. 125842.

[483] Brief Chamberlains an seine Schwester Ida, 19. 9. 1938, in: Self, Chamberlain-Letters, S. 346.

[484] Vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 862; ADAP, D 2, Dok. 469; Chamberlain, Struggle, S. 264f.

[485] Telegramm Hendersons an Halifax, 13. 9. 1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 873; Vermerk Weizsäckers, 14. 9. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 480. Gegen 19.00 Uhr am 14. 9. 1938 wurde die Meldung des Chamberlain-Besuchs vom DNB bekanntgegeben (NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2531, 14. 9. 1938), gegen 21.00 Uhr wurde sie im Rundfunk verkündet; vgl. Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 14. 9. 1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 379.

[486] Vgl. Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 12. 9. 1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 377.

[487] Aufzeichnungen Sängers, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2536, 15. 9. 1938, Nr. 2533, 14. 9. 1938.

(TG, 16.9.1938).[488] Als Chamberlain in Bayern eingetroffen war, scheinen Goebbels' Bedenken vor einem Krieg zurückgekehrt zu sein: „Alle warten voll Spannung auf Nachrichten vom Obersalzberg. Da entscheidet sich in diesen Stunden das Schicksal Europas. Gebe Gott, zu unser aller Segen!" (TG, 16.9.1938). Wenige Zeilen später wurde Goebbels noch deutlicher: „Die Unterredung zwischen dem Führer und Chamberlain lastet wie ein Alpdruck auf Europa. Von ihr hängt tatsächlich die Frage Krieg oder Frieden ab" (TG, 16.9.1938).

Goebbels war zum Zeitpunkt der Besprechungen zwischen Hitler und dem britischen Premierminister am 15. September 1938 in Berlin und erfuhr zunächst nur von dem offiziellen Kommuniqué, das er in seinem Tagebuch zitierte: „‚es fand eine offene Aussprache statt. Chamberlain fliegt nach London zurück, um sich mit seinen Kollegen zu beraten. In einigen Tagen findet eine neue Aussprache statt.'" (TG, 16.9.1938).[489] Auch am nächsten Tag brachte Goebbels nicht viel mehr in Erfahrung, obgleich er mit Berchtesgaden telefonierte, aber mit Hitler selbst offenbar nicht sprechen konnte: „Mit Obersalzberg gesprochen: Gespräch Führer-Chamberlain ist sehr positiv verlaufen. Alle Krisenstoffe besprochen. Führer hat klare Vorschläge gemacht. Chamberlain wird sich in London beraten. Dann neue Besprechung, wahrscheinlich in Godesberg evtl. unter Zuziehung von Daladier. Jedenfalls ist noch nichts aufgegeben" (TG, 17.9.1938). Erst am 17. September, als Goebbels plötzlich zum Obersalzberg bestellt wurde, erzählte Hitler ihm am frühen Nachmittag ausführlich und unter vier Augen von seiner Aussprache mit Chamberlain: „die Unterredung mit Chamberlain ist sehr herzlich, aber auch sehr dramatisch verlaufen. Der Führer hat kein Blatt vor den Mund genommen" (TG, 18.9.1938). Ganz ähnlich äußerte sich Chamberlain bei seiner Rückkehr in London.[490]

In der Tat war Hitler sehr offen gegenüber Chamberlain, wofür dieser Hitler dankte bzw. anerkennende Worte fand, wie aus dem Protokoll des Chefdolmetschers im Auswärtigen Amt sowie Berichten des britischen Premierministers hervorgeht.[491] Goebbels gab die Charakterisierung des Briten durch Hitler im Tagebuch folgendermaßen wieder: „Chamberlain ist ein eiskalter[492], alter[493] Engländ-

[488] Vgl. auch Aufzeichnung Sängers, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2549, 15.9.1938.

[489] Text des Kommuniqués in: ADAP, D 2, Dok. 487, S. 636.

[490] Bei seiner Ankunft am Londoner Flughafen sagte Chamberlain: „It was a frank talk, and it was a friendly one"; Telegramm Theodor Kordts, London, an das A.A., 17.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 521; siehe auch Chamberlain, Struggle, S. 265f.

[491] Aufzeichnung des Legationsrates Paul Otto Schmidt über die Unterredung zwischen Hitler und dem britischen Premierminister Neville Chamberlain auf dem Obersalzberg am 15.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 487, S. 627–636, hier S. 632; Notes by Mr. Chamberlain of his conversation with Herr Hitler at Berchtesgaden on September 15, 1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 895, S. 338–341, hier S. 340; Record of Anglo-French Conversations hold at No. 10 Downing Street on September 18, 1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 928, S. 373–400.

[492] Chamberlain erwies sich tatsächlich als geschickter Gesprächspartner, der sich offenbar bemühte, die Verhandlungen weitgehend emotionslos zu führen; vgl. ADAP, D 2, Dok. 487, S. 627–636; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 895, S. 338–341; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 928, S. 373–400.

[493] Neville Chamberlain war 69 Jahre alt. Sein Flug nach München war seine erste Flugreise, da er unter Flugangst litt. Vgl. Self, Chamberlain-Letters, 19.9.1938, S. 346; Henderson, Fehlschlag, S. 169.

der" (TG, 18.9.1938), was durchaus eine gewisse Bewunderung Hitlers für seinen Gesprächspartner verrät, die auch anderweitig überliefert ist.[494] Den Inhalt des Gesprächs Hitler-Chamberlain faßte Goebbels knapp zusammen: „Hat erklärt, daß Deutsche und Tschechen nicht mehr zusammenleben können. Will seine Ministerkollegen und Paris zu einem Plebiszit überreden" (TG, 18.9.1938).[495] Da diese beiden Sätze auf die Charakterisierung Chamberlains folgen und – grammatikalisch gesehen – kein Subjektwechsel vorliegt, ist diese Erklärung der Unmöglichkeit weiteren Zusammenlebens dem britischen Premier zuzuschreiben. Ob Chamberlain dies vor Hitler tatsächlich gesagt hatte, oder ob es sich hierbei um einen Fehler Goebbels' oder eine Übertreibung Hitlers handelt, ist ungewiß, im Protokoll wurde es nicht festgehalten; andere Briten wie Lord Runciman vertraten jedoch tatsächlich diese Auffassung, auch öffentlich.[496] Das Notat von Goebbels, Chamberlain wolle für ein „Plebiszit" werben, überrascht, vermied es Hitler im Gespräch mit dem Briten doch, wie schon bei seiner Parteitagsrede,[497] Vokabeln wie „Plebiszit" oder „Volksabstimmung" zu gebrauchen, vielmehr sprach er stets von „Selbstbestimmungsrecht".[498] Zwar suggerierte Hitler gegenüber Chamberlain ein Einverständnis mit dieser Methode, indem er äußerte, „daß überall da, wo eine Mehrheit für Deutschland wäre, das betreffende Gebiet zu Deutschland kommen müsse", doch verlangte er andererseits, daß „selbstverständlich nur das sudetendeutsche Gebiet insgesamt in Betracht gezogen werden könne" und daß „Prozentzahlen von Deutschen nicht in Betracht gezogen werden könnten".[499] Möglicherweise hatte Hitler noch vor der Besprechung der Brief Henleins – oder dessen Inhalt – erreicht, in dem der SdP-Führer mitteilte, es sei „wahrscheinlich, daß Chamberlain den Anschluß vorschlägt". Henlein bat Hitler daher um die folgende „kurze Etappenlösung": „Keine Volksabstimmung, sondern sofortige Abtretung der Gebiete mit mehr als 50% deutscher Bevölkerung".[500] Jedenfalls scheint Hitler

494 Horace Wilson zufolge waren sowohl Dirksen als auch Weizsäcker, Ribbentrops Mitarbeiter Walther Hewel und Dolmetscher Paul Otto Schmidt, die Hitler nach dieser Unterredung sprachen, der Überzeugung, daß Chamberlain Hitler beeindruckt habe, und Hitler den Premier nun schätzte, weil er sich von ihm verstanden fühlte; Notes on conversations during Mr Chamberlain's visit to Berchtesgaden, 16.9.1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 897, S. 351, 353.

495 ADAP, D 2, Dok. 487, S. 634f.; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 895, S. 341; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 928, S. 373–400.

496 Runciman teilte in der gemeinsamen Besprechung mit der französischen Regierung am 18.9.1938 mit: „He did not think the Sudetens would ever again work with the Czechs in one State"; Chamberlain-Conversations, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, S. 380; vgl. auch Telegramm des tschechoslowakischen Gesandten in Paris, Štefan Osuský, an Krofta, 19.9.1938, in: Dokumente zur Sudetendeutschen Frage, Dok. 143.

497 Bei Hitlers Parteitagsrede rätselte auch das Ausland, was damit gemeint war. Die tschechoslowakische Zeitung „Lidove Noviny" vermutete, wie Hencke berichtete, es „sei anzunehmen, daß Führer Plebiszit überall dort meinte, wo er von Selbstbestimmungsrecht sprach". Telegramm Henckes, 13.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 468.

498 Aufzeichnung Schmidts, in: ADAP, D 2, Dok. 487, S. 634.

499 Ebenda, S. 633; Chamberlain-Notes, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 895, S. 340.

500 Die Feststellung der deutsch besiedelten Gebiete sollte nach einer Bevölkerungsstatistik aus dem Jahre 1918 erfolgen; vgl. Schreiben Henleins an Hitler, in: ADAP, D 2, Dok. 489. Dieser Brief Henleins muß am 15.9.1938 geschrieben worden sein, weil er darin festhielt, er habe am Vortag Kontakt mit der Runciman-Delegation gehabt, welcher nach-

genau dies im Sinne gehabt zu haben, als er mit Chamberlain verhandelte. Bemerkenswerterweise erwähnte auch Chamberlain den Begriff des Plebiszits in seinen Berichten nicht, offenbar hatte er Hitler wirklich verstanden.[501] Zudem sah Chamberlain, wie er wenige Tage später in einem privaten Brief schrieb, „immense praktische Schwierigkeiten" bei der Durchführung eines Plebiszits.[502] Wenn Goebbels daher resümierend notierte, Chamberlain werbe nun für ein „Plebiszit" in den sudetendeutschen Gebieten, so kann es hierfür nur drei Erklärungen geben. Erstens ist es theoretisch denkbar, daß Goebbels hier die möglicherweise von Hitler benutzte Vokabel *Selbstbestimmungsrecht* mit Volksabstimmung verwechselte. Zweitens wäre es möglich, daß Goebbels eine Abtretung der Gebiete ohne Abstimmung für ausgeschlossen gehalten und im Plebiszit die einzige Alternative zur militärischen Lösung gesehen hat, so daß er annehmen mußte, es sei darüber verhandelt worden. Am wahrscheinlichsten dürfte jedoch die dritte Überlegung sein, denn Goebbels' Notate erwiesen sich in der Regel als sehr zuverlässig: Hitler selbst glaubte nicht an den Gewinn des Sudetenlandes mit Hilfe der westlichen Demokraten ohne deren demokratisches Instrumentarium, d.h. Volksabstimmung,[503] so wie er auch nach seiner Parteitagsrede keine konkrete Vorstellung besaß, wie es nun weitergehen könnte. Indem er im Vorfeld im Kreise seiner engsten Mitstreiter von einem Plebiszit sprach, wäre es ihm möglich gewesen, dieses demokratische Instrument, das ihm unerwünscht war, letztlich als Erfolg auszugeben, sollte keine andere Lösung gelingen.[504] Doch diese Taktik war völlig unnötig; nicht einmal am 18. September 1938 gegenüber seinen französischen Regierungskollegen vertrat Chamberlain den Vorschlag eines Plebiszits.[505]

Von der britischen Intervention war Hitler, wie er Goebbels mitteilte, nicht begeistert, obgleich er dies Chamberlain nicht merken ließ:[506] „Dem Führer war sein Besuch nicht sehr gelegen. Auch diese Lösung paßt uns nicht ganz. Aber wird sie

weislich am 14.9.1938 erfolgte; vgl. ADAP, D 2, Dok. 472; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 871, 880. Es ist anzunehmen, daß Henlein diesen Brief Hitler noch vor dem Besuch Chamberlains zukommen ließ, was durch Henleins Aufenthalt im bayerischen Grenzgebiet (ADAP, D 2, Dok. 472, 513, 520) möglich war. So auch Celovsky, Münchener Abkommen, S. 343, Anm. 6, und Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 530.

501 Nicht nur Hitler fühlte sich von Chamberlain verstanden, wie übereinstimmend berichtet wird (ADAP, D 2, Dok. 532, S. 670; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 897, S. 351, 353), sondern auch der britische Premierminister hatte diesen Eindruck, den er bei seiner Rückkehr in London äußerte: „I feel satisfied now that each of us fully understands what is in the mind of [the] other"; Telegramm Th. Kordts an das A.A., 17.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 521.

502 Brief Chamberlains vom 19.9.1938, in: Self, Chamberlain-Letters, S. 348.

503 Dies scheint Hitler Chamberlain auch gefragt zu haben: „Herr Hitler had asked him [Chamberlain, d.V.] how the democratic countries could refuse the application of a principle which they, and not he, had invented"; Chamberlain-Conversations, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, S. 376.

504 Weizsäcker überliefert nach einem Gespräch mit Hitler am 15.9.1938 in seinem Tagebuch: „Eine Volksabstimmung habe er, der Führer, nicht ablehnen können." Hill, Weizsäcker-Papiere, S. 143.

505 „Mr. Chamberlain suggested that perhaps some other way might be found than a formal allusion to a plebiscite." Chamberlain-Conversations, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, S. 388.

506 Aufzeichnung Schmidts, in: ADAP, D 2, Dok. 487, S. 627f.; Chamberlain-Notes, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 895, S. 338. Gegenüber Lipski sagte Hitler fünf Tage später,

im Ernst vorgeschlagen, dann kann man im Augenblick nicht viel dagegen machen. Aber auch so wird sich dann die Tschechoslowakei in Wohlgefallen auflösen.[507] Und wir haben im Ernstfall dann eine ungleich viel bessere militärische Position" (TG, 18.9.1938). Dieser letzte Satz beweist, daß Hitler keinesfalls gewillt war, sich mit den sudetendeutschen Gebieten zufriedenzugeben, sondern gemäß der Studie „Grün" das ganze tschechische Gebiet zu okkupieren beabsichtigte. Goebbels erfuhr von Hitler noch weitere Details von dessen Unterredung mit Chamberlain: „London hat die größte Angst vor einem Weltkrieg. Der Führer hat scharf erklärt, er scheue ihn im Notfall nicht. Prag aber bleibt vorläufig noch intransigent. Umso besser. Dann gibt es eine ganze Lösung" (TG, 18.9.1938). Mit der „ganzen Lösung" war die Eroberung des gesamten von Tschechen besiedelten Raums gemeint, die Hitler präferierte. Sowohl die von Goebbels überlieferte Ablehnung eines neuen Weltkrieges durch Chamberlain als auch die von Hitler bekundete Bereitschaft dazu entsprachen den Tatsachen, wie die anderen Berichte über das Berghof-Gespräch am 15. September belegen.[508] Abschließend hatten die beiden Regierungschefs auf dem Obersalzberg vereinbart, worüber auch Goebbels informiert war, daß „Dienstag oder Mittwoch", also am 20. oder 21. September, „eine neue Besprechung in Godesberg" (TG, 18.9.1938) stattfinden sollte.[509] Das Tagebuch von Joseph Goebbels liefert für die erste Begegnung zwischen Hitler und Chamberlain also keine neuen Erkenntnisse, aber es bestätigt eindrucksvoll die bisher bekannten Quellen.

Ganz anders verhält es sich bei einem Detail der unmittelbaren Nachwirkungen der deutsch-britischen Unterredung. Die englische Delegation verlangte, wie bei derartigen Anlässen üblich, das Protokoll, das der einzige anwesende Dolmetscher Paul Otto Schmidt angefertigt hatte. Die deutsche Seite verweigerte Botschafter Henderson diese Aufzeichnung, wofür in der Forschung meist Außenminister Ribbentrop verantwortlich gemacht wurde, bis Gerhard Weinberg überzeugend die These vertrat, Hitler selbst habe die Anweisung zur Zurückhaltung der Niederschrift gegeben, der zögerlich auch Ian Kershaw folgte.[510] Die Urheberschaft

er sei von Chamberlains Besuch „überrumpelt" worden; Bericht Lipskis an Beck, 20.9.1938, in: DM, Bd. 1, Nr. 23, S. 189.

507 Dies hatte Hitler Chamberlain klarzumachen versucht, da auch die anderen Nationalitäten von Prag los wollten; vgl. Aufzeichnung Schmidts, in: ADAP, D 2, Dok. 487, S. 632; Chamberlain-Notes, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 895, S. 340.

508 Aufzeichnung Schmidts, in: ADAP, D 2, Dok. 487, S. 628, 630–632, 634; Chamberlain-Notes, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 895, S. 340. Von der Bereitschaft Hitlers, ggf. einen Weltkrieg zu riskieren, berichtete auch Weizsäcker, der Hitler am selben Tag sprach; vgl. Hill, Weizsäcker-Papiere, S. 143.

509 Dies war ein Vorschlag Hitlers, um Chamberlain die Anreise zu erleichtern; vgl. Aufzeichnung Schmidts, in: ADAP, D 2, Dok. 487, S. 635; Telegramm Th. Kordts, London, 17.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 521, S. 662.

510 Schmidt, Statist, S. 399, Henderson, Fehlschlag, S. 171, Laffan, Survey, Vol. II, S. 328f., Anm. 4, und Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 529, hatten Ribbentrop hierfür verantwortlich gemacht. Weinberg, The Foreign Policy. Starting World War II, S. 433, und ebenda, Anm. 235, wertete die diplomatischen Akten hierzu aus. Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 1120, Anm. 321, berief sich auf Weinberg. Schon Celovsky, Münchener Abkommen, S. 393, hatte jedoch auf die Möglichkeit hingewiesen, Ribbentrop könnte im Auftrag Hitlers gehandelt haben.

dieser Mißachtung der diplomatischen Gepflogenheiten ist durch das Tagebuch von Goebbels eindeutig zu klären: „London will ein Exposé über die Unterredung mit dem Führer haben. Aber der Führer will es nicht herausrücken. Darüber geht es hin und her" (TG, 19.9.1938). Hitler selbst wollte dieses Dokument also nicht aus der Hand geben. Weinberg und Kershaw vermuten, er habe seine Verhandlungsposition offenhalten und sich nicht schriftlich festlegen wollen, um später gegebenenfalls andere Forderungen oder Versprechen abgeben zu können.[511] Die Motive Hitlers lassen sich nun jedoch noch genauer bestimmen, denn Goebbels verrät in diesem Eintrag auch – was in der Forschung bisher völlig unbekannt war[512] –, auf wen die geänderte Fassung des Protokoll-Textes zurückgeht, die den Briten schließlich doch ausgehändigt wurde: „Die Engländer wollen unbedingt das Exposé über die Unterredung haben. Es kommt beinahe zu einer peinlichen Verstimmung.[513] Der Führer arbeitet die Niederschrift nochmal um und dann geht's nach London" (TG, 19.9.1938).

Die Analyse der Unterschiede der neuen Fassung gegenüber dem Original des Textes ergibt folgendes: Hitler wollte seinen Rassismus als Antrieb seiner Politik sowie seine Bereitschaft zum Weltkrieg wegen der Sudetendeutschen verbergen und die von ihm als Druckmittel genannten, stark überhöhten Zahlen an sudetendeutschen Opfern nicht fixieren. Alle derartigen Äußerungen Hitlers wurden gestrichen.[514] Dagegen wagte Hitler nicht, was seine mangelnde Bereitschaft zur Herausgabe der Niederschrift erklärt, die Passagen Chamberlains zu ändern, so daß mehrere besonders heikle Punkte im Protokoll verblieben sind, weil Chamberlain, scheinbar unsicher, ob er Hitler richtig verstanden habe, Hitlers Aussagen zusammengefaßt hatte.[515] Im Original des Protokolls hatte Hitler zudem Interesse am Memel-Gebiet bekundet und auch erklärt, er sei nicht der „Sprecher" der anderen Minderheiten in der Tschechoslowakei. Diese Themen wünschte Hitler offensichtlich, zu gegebener Zeit wieder aufzugreifen, und ließ sie daher entfernen. Außerdem fehlten in der geänderten Fassung die Aussagen Hitlers, nach Eingliederung des Sudetenlandes müsse „ein Austausch der Minderheiten" stattfinden und es könne „nur das sudetendeutsche Gebiet insgesamt in Betracht gezogen werden", wodurch Hitler die Möglichkeit offenhielt, zunächst Teile des Sudetenlandes annektieren zu können und gegebenenfalls die noch nicht integrierten

[511] Weinberg, The Foreign Policy. Starting World War II, S. 433; Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 166.

[512] Weinberg, The Foreign Policy. Starting World War II, S. 433, hatte nur von einer „abbreviated version" geschrieben, ohne sich Gedanken über den Bearbeiter des Textes zu machen, Kershaw ging auf die Existenz einer zweiten Fassung nicht ein.

[513] Diese „Verstimmung" belegen die diplomatischen Akten beider Staaten sehr deutlich; vgl. ADAP, D 2, Dok. 522, 532, 537, 544; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 930f., 949, 983, 985.

[514] In seinen Memoiren versuchte Dolmetscher Schmidt, Statist, S. 398, die Eingriffe Hitlers in seine Texte als sehr gering darzustellen: „Hitler begnügte sich meist mit wenigen stilistischen Korrekturen", die Schmidts Texte „viel plastischer" gemacht hätten, Hitlers „Änderungen brachten aber nie etwas grundsätzlich anderes".

[515] Aufzeichnung Schmidts, in: ADAP, D 2, Dok. 487, S. 632.

deutschstämmigen Bevölkerungsteile im tschechoslowakischen Raum weiterhin für seine Politik zu nutzen.[516]

Die britisch-französischen Verhandlungen und die Reaktionen in Prag

Kaum von seiner Deutschland-Reise zurückgekehrt, beriet sich Neville Chamberlain mit seinem Kabinett und lud am 17. September den französischen Ministerpräsidenten Edouard Daladier und dessen Außenminister Georges Bonnet zu Konsultationen nach London ein.[517] Dies war Goebbels Anlaß zu Spott: „In London und Paris Angst, Eile und Hast. Daladier und Bonnet zu Beratungen nach London. Man sucht den Absprung. Wir haben Zeit" (TG, 18.9.1938). Noch immer war Goebbels der Meinung, es werde dort über ein Plebiszit verhandelt, das für die Nationalsozialisten allenfalls eine Etappenlösung darstellen konnte: „Der Gedanke des Plebiszits marschiert. Wenigstens eine vorläufige Lösung. Und wir können sie, wenn sie ernsthaft angeboten wird, unmöglich ablehnen" (TG, 18.9.1938). Am folgenden Tag glaubte Goebbels zu wissen, daß der „Gedanke des Plebiszits […] nun in Paris und London in der öffentlichen Meinung durchgesetzt" sei, daß sich aber die tschechoslowakische Regierung „mit Händen und Füßen dagegen" wehre (TG, 19.9.1938). Vom Inhalt der Regierungs-Beratungen in London war jedoch noch nichts nach Berlin bzw. zum Obersalzberg gedrungen, so daß Goebbels hierüber spekulierte: „Daladier und Bonnet verhandeln in London. Ergebnis noch unbekannt. Die Besprechungen dauern sehr lange.[518] Inhalt sicherlich: wie sage ich's meinem Kinde?" (TG, 19.9.1938). Goebbels hatte recht, nicht die Frage der Abtretung der sudetendeutschen Gebiete stand im Mittelpunkt der Beratungen, sondern

[516] Das Original der Aufzeichnung Schmidts ist publiziert in: ADAP, D 2, Dok. 487, S. 627–636, die geänderte Fassung für die Engländer findet sich in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 896, S. 342–351. Folgende Passagen aus dem Original sind in der neuen Fassung nicht enthalten: Hitler habe „gewisse Rasseideale"; die „deutsch-englische Rassengemeinschaft" solle zu einer „Annäherung beider Völker" führen (Aufzeichnung Schmidts, S. 628); er sei bereit, „das Risiko eines Weltkrieges" in Kauf zu nehmen, er würde einen Weltkrieg deswegen bedauern, aber die Gefahr des Krieges könne ihn „in seinem Entschluß nicht wankend machen" (Aufzeichnung Schmidts, S. 630f.); es gebe nun „300 Todesopfer bei den Sudetendeutschen", viele Hunderte von Verletzten, „[g]anze Ortschaften seien von der Bevölkerung fluchtartig verlassen worden"; „Orte mit dreitausend Einwohnern seien mit Gas angegriffen worden" (Aufzeichnung Schmidts, S. 628f., 633). Ebenso fehlen in der geänderten Fassung die Passage über „die Memelfrage" und die Erklärung, Hitler sei nicht „Sprecher" der anderen aufbegehrenden Minderheiten in der Tschechoslowakei (Aufzeichnung Schmidts, S. 630f.). Ferner wurde bei der britischen Text-Variante die ganze ursprüngliche Passage über Hitlers konkrete Überlegungen, die Sudetengebiete dem Reich einzugliedern, entfernt, in der Hitler vom „Austausch der Minderheiten" sprach und davon, daß das Sudetenland komplett zum Reich kommen solle (Aufzeichnung Schmidts, S. 633).

[517] Telegramm Halifax' an Botschafter Phipps, Paris, 17.9.1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 908.

[518] Sie begannen am 18.9.1938 um 11.00 Uhr und endeten am 19.9.1938 um 0.15 Uhr; vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 928, S. 373, 399.

die Überlegung, „wie ein Prestigeverlust für die beiden großen europäischen Demokratien zu vermeiden sei".[519]

Mit Hitler diskutierte Goebbels die mögliche Reaktion Prags, sollten sich, wovon beide ausgingen, Großbritannien und Frankreich auf eine Abtretung der sudetendeutschen Gebiete an das Reich verständigen: „Frage: wird Prag freiwillig unter Londoner und Pariser Druck ein Plebiszit zugeben. Der Führer meint nein, ich meine ja. Aber bald wird sich das ja entscheiden" (TG, 19.9.1938). Einig waren sich beide bei der Einschätzung der Westmächte, mit der sie recht behalten sollten: „London ist sehr schwach geworden. Von da ist ein ernsthafter Widerstand nicht mehr zu erwarten. Paris wird das tun, was London tut" (TG, 19.9.1938). Die Regierungen Chamberlain und Daladier entschieden sich, dem deutschen Druck nachzugeben und der Tschechoslowakei den Verzicht auf das Sudetenland nahezulegen, um den Frieden in Europa zu sichern. Plebiszite schloß Daladier von vornherein aus, weil sie in seinen Augen wegen der Ansprüche der anderen Minderheiten zur Desintegration des ganzen Staates führen mußten.[520] Goebbels faßte das Ergebnis im Tagebuch folgendermaßen zusamen: „In London einigen sich Paris und London auf Abtretung des deutschen Gebietes ohne Volksabstimmung" (TG, 20.9.1938). Nach der Zustimmung des französischen Kabinetts am 19. September teilten beide Regierungen in gleichlautenden Noten Präsident Beneš am selben Tag mit, daß die „Aufrechterhaltung des Friedens und die Sicherheit der Lebensinteressen der Tschechoslowakei nur dann wirksam gesichert werden können, wenn diese Gebiete jetzt an das Reich abgetreten werden"; London sei zur Garantie des territorialen Bestandes des verkleinerten tschechoslowakischen Staates bereit, aber nur bei dessen „Unabhängigkeit" – von Moskau und Paris.[521] Zur Annahme dieser weitreichenden Pläne wurden der Tschechoslowakei nicht einmal 48 Stunden eingeräumt, da die Antwort Prags bis zur zweiten Besprechung Chamberlains mit Hitler vorliegen sollte, die für den 21. September geplant war.[522] Im Zusammenhang mit der erwarteten Reaktion von Beneš zeigt sich, daß das NS-Regime noch einen weiteren Trumpf besaß: indem das Forschungsamt der Luftwaffe die über deutsches Gebiet führenden Telefonleitungen überwachen konnte,[523] gelang es, die Telefonate des tschechoslowakischen Staatspräsidenten mit seinen diplomatischen Vertretern abzuhören. Die Nationalsozialisten – und

[519] Celovsky, Münchener Abkommen, S. 349.

[520] Record of Anglo-French Conversations held at No. 10 Downing Street on September 18, 1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 928, S. 373–400; Compte rendu des conversations franco-britanniques du 18 septembre 1938 (tenues à Londres), in: DDF, 2e Série, Tome 11, Doc. 212, S. 309–333; ADAP, D 2, Dok. 523. Siehe auch Bonnet, Vor der Katastrophe, S. 87–90.

[521] Übersetzung aus dem Englischen, angefertigt im A.A., in: ADAP, D 2, Dok. 523, S. 664f. Der englische Text findet sich in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 937, S. 404f., der französische Text in: DDF, 2e Série, Tome 11, Doc. 213, S. 334–336. Siehe auch Celovsky, Münchener Abkommen, S. 351, 356; Beneš, Memoirs, S. 43.

[522] Vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 938, 961; ADAP, D 2, Dok. 533. Vgl. auch Text der Noten selbst, siehe oben.

[523] Aussage Görings vor dem IMG, 14.3.1946, in: IMG 9, S. 325.

auch Goebbels – waren daher über die Überlegungen und Schritte von Beneš bestens informiert.[524]

Fraglich war vor allem für Hitler, wie sich die tschechoslowakische Regierung angesichts der britisch-französischen Vorschläge verhalten würde. Zunächst konstatierte Goebbels, Prag sei „noch frech und intransigent. Aber bloß, weil es noch nichts weiß" (TG, 20.9.1938). Gleich nach Bekanntwerden der britisch-französischen Beschlüsse besprachen Hitler und Goebbels erneut die mögliche Reaktion der tschechoslowakischen Regierung auf die Londoner Ergebnisse: „Frage: wird Prag allein Widerstand leisten? Ich erkläre wieder in aller Form: Nein! Der Führer zweifelt noch", hielt Goebbels fest, obgleich sich beide bewußt waren, daß die akute militärische Bedrohung Prag eigentlich zum Nachgeben zwingen müßte: „Jedenfalls gehen unsere Mobilmachungsmaßnahmen ruhig weiter. Die werden auch ermunternd auf die Gegenseite wirken. So sind sie auch gedacht", fuhr Goebbels fort (TG, 20.9.1938). Obgleich die tschechoslowakische Regierung unter größtem britischen und französischen Druck stand, schien sie zunächst den Londoner Plan abzulehnen.[525] Den Obersalzberg erreichte jedoch eine andere Nachricht,[526] so daß Hitler und Goebbels am Abend des 19. September in größte Euphorie verfielen: „Abends zeigt es sich dann, daß Prag nachgibt. Ich habe recht behalten. Der Führer ist ganz glücklich. Er schreit laut vor Triumph und Freude" (TG, 20.9.1938). Auch Goebbels war über diese vorläufige Meldung in einen euphorischen Glücksrausch verfallen (TG, 20.9.1938), mußte aber am nächsten Tag in seinem Tagebuch einräumen, daß die Annahme doch noch nicht perfekt sei: „Prag will annehmen, aber noch über die Modalitäten verhandeln. Die werden sich wundern! Der Führer wird Chamberlain seine Karte zeigen,[527] und dann Schluß, basta! So allein kann man dieses Problem lösen. Benesch glaubt wohl, mit parlamentarischen Taschenspielerkunststückchen noch etwas zu erreichen.[528] Aber da ist er schief

[524] Vgl. TG, 20., 21.9.1938. Das Abhören seiner Telefonate war auch Beneš, zumindest im nachhinein, bekannt; vgl. Celovsky, Münchener Abkommen, S. 365, Anm. 4, und S. 383. Hitler machte daraus keinen Hehl, sondern teilte Horace Wilson mit, daß sie Telefonate zwischen Jan Masaryk und Beneš abgefangen hätten, und ließ den Briten diese und weitere Abhörprotokolle übergeben; vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1118, S. 557 und Doc. 1201, S. 609. Selbst Journalisten teilte Hitler dies mit; vgl. Treue, Rede Hitlers, S. 184. Auch Groscurth berichtete in seinem Tagebuch am 3.9.1938 von der „Abhörvorrichtung", in: Krausnick/Deutsch, Groscurth, S. 111.

[525] Vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 979, 981, 986f.; DDF, 2e Série, Tome 11, Doc. 234; DM, Bd. 1, Dok. 24, S. 198–202; Král, Abkommen, Dok. 203, S. 238; Celovsky, Münchener Abkommen, S. 357–360.

[526] Hencke telegraphierte am Morgen des 20.9.1938 an das A.A., er habe aus einer zuverlässigen Quelle erfahren, „daß gestriger Ministerrat unter Vorsitz des Staatspräsidenten intern beschlossen hat, englisch-französische Vorschläge anzunehmen", daß dies jedoch noch nicht veröffentlicht werden dürfte. Telegramm Henckes, 20.9.1938, PA/AA, R 29768, Fiche 1177, Bl. 126158.

[527] Bereits am Vortag wußte Goebbels, daß Hitler Chamberlain mit einer neuen Karte überraschen wollte: „Der Führer zeichnet schon die Karte ein. Er wird bei Chamberlain ganz kategorische Forderungen erheben. Bis dahin, wenn nicht akzeptiert, dann Abstimmung. Sie werden annehmen"; TG, 20.9.1938.

[528] Vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 978, 981, 986, 987; DDF, 2e Série, Tome 11, Doc. 234; DM, Bd. 1, Dok. 24, S. 198–202. Ganz ähnlich schätzte der deutsche Geschäftsträger in London Beneš ein; vgl. Telegramm Th. Kordts an das A.A., 21.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 549.

gewickelt" (TG, 21.9.1938). Noch den ganzen 20. September und bis zum Morgen des 21. September leistete die tschechoslowakische Staatsführung Widerstand gegen den britisch-französischen Plan, was zur Verschiebung des zweiten Chamberlain-Besuchs führte[529]: „Prag sträubt sich noch die ganze Nacht. Aber der Druck von London und Paris wird immer stärker.[530] Die dortige Presse behandelt Prag schon wie Dreck. Das ist die vielgerühmte Solidarität der Demokratie. Keinen Schuß Pulver wert!" (TG, 22.9.1938), kommentierte Goebbels. Aufgrund der immer stärkeren Drohung der Westmächte, im Falle einer tschechoslowakischen Ablehnung ihr Desinteresse an diesem Staat zu erklären,[531] hatten Beneš und Hodža keine Wahl und beugten sich schließlich am 22. September dem Londoner Diktat: „Morgens teilt Prag in London die bedingungslose Annahme der Londoner Vorschläge mit" (TG, 22.9.1938).[532] Ob die Annahme, die gegen 17 Uhr den diplomatischen Vertretern der britischen und französischen Regierungen schriftlich bestätigt wurde,[533] tatsächlich als „bedingungslos" zu klassifizieren war,[534] spielte für das NS-Regime keine Rolle; es versuchte alles, um auch bei der „Kleinen Lösung" einen Maximalgewinn zu erzielen, wie Goebbels über die weitere Behandlung der Londoner Vorschläge notierte: „Nun liegt es an uns. Sie müssen so weit wie irgend möglich ausgedehnt werden. Der Führer hält seine neue Karte von Mitteleuropa schon parat. Er wird sie in Godesberg auf den Tisch legen" (TG, 22.9.1938).

Infolge der Bedrohung des tschechoslowakischen Staates sowie des Londoner Diktats brach in Prag eine Regierungskrise aus, die von Goebbels mit Genugtuung zur Kenntnis genommen wurde: „in Prag große Demonstrationen von ganz links und ganz rechts.[535] […] Benesch trägt sich mit Rücktrittsgedanken." (TG, 22.9.1938). Wenige Zeilen darunter hielt Goebbels fest, welche Alternative zur Staatsführung Beneš-Hodža in der tschechoslowakischen Hauptstadt gefor-

[529] Aufzeichnung Weizsäckers, 20.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 539. Goebbels betrachtete die Verlegung des Termins als „Atempause", TG, 21.9.1938.

[530] Noch gegen 3.30 Uhr morgens unternahmen die Diplomaten aus London und Paris Demarchen bei der tschechoslowakischen Regierung. Vgl. Telegramm Henckes, 21.9.1938 (irrtümlich „21. August 1938"), PA/AA, R 29768, Fiche 1178, Bl. 126179; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 991f.; DDF, 2e Série, Tome 11, Doc. 249, 250. Siehe auch Celovsky, Münchener Abkommen, S. 368–371; Bonnet, Vor der Katastrophe, S. 92f.

[531] Der französische Gesandte in Prag, Victor Léopold de Lacroix, machte Beneš in der Nacht zum 21.9.1938 darauf aufmerksam, wie Krofta festhielt, daß bei einem Kriegsausbruch wegen einer tschechoslowakischen Ablehnung „Frankreich sich ihm [dem Krieg, d.V.] nicht anschließen werde", also seiner Bündnispflicht nicht nachkommen würde; vgl. Král, Abkommen, Dok. 205, S. 240. Vgl. auch Celovsky, Münchener Abkommen, S. 351, 360, 366–373.

[532] Um 6.30 Uhr signalisierte Ministerpräsident Hodža erstmals die Zustimmung seiner Regierung; vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 993; vgl. auch Celovsky, Münchener Abkommen, S. 371.

[533] Goebbels erfuhr noch am Abend des 21.9., daß die tschechoslowakische „Regierung ‚schmerzerfüllt' alles angenommen habe", TG, 22.9.1938. Die Antwortnote der tschechoslowakischen Regierung vom 21.9.1938, in der sie „mit schmerzlichen Gefühlen" den britisch-französischen Plan akzeptierte, ist abgedr. in: Michaelis/Schraepler, Ursachen, Bd. 12, Dok. 2709g, S. 363f.; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1002; DDF, 2e Série, Tome 11, Doc. 257, und Král, Abkommen, Dok. 210, S. 243.

[534] Siehe hierzu Celovsky, Münchener Abkommen, S. 356–374.

[535] Vgl. Telegramm Henckes, 20.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 542.

dert worden sei: „In Prag große Demonstrationen. Gegen Benesch, für Militärdiktatur. Bravo!“ (TG, 22.9.1938), kommentierte er.[536] Am nächsten Tag trat Ministerpräsident Hodža schließlich zurück, was von Goebbels zunächst lediglich für ein Gerücht gehalten, aber dennoch begrüßt wurde: „Es kommen Gerüchte, daß die Regierung Hodza zurückgetreten sei. Es soll wohl eine Regierung auf breitester Grundlage unter Einbeziehung des Militärs gebildet werden. Aber Genaues weiß man noch nicht“ (TG, 23.9.1938). Bald darauf wurde die Demission des Regierungschefs auch für Goebbels zur Gewißheit: „Dann bestätigt sich Hodzas Rücktritt.[537] In Prag herrscht die Straße. Frage: kommt es zur Militärdiktatur oder zur roten Revolte?“ (TG, 23.9.1938). Noch einmal kam Goebbels in diesem Eintrag auf die Regierungskrise in der Tschechoslowakei zurück, wieder mit neuen Details: Hodža sei nun „zurückgetreten“, an seine Stelle sei „ein Militärkabinett mit General Syrovy an der Spitze“ getreten, das „deutlich nach Moskau orientiert“ sei (TG, 23.9.1938). Die „Tendenz nach links“ der neuen tschechoslowakischen Regierung stellte auch das Auswärtige Amt fest, widersprach jedoch, daß es den Charakter einer „Militärregierung“ habe.[538] Goebbels gefiel diese „Entwicklung“ sehr, die in seinen Augen „planmäßig“ verlief und in das „Konzept“ des NS-Regimes ebenso wie eine Aufforderung zum Präventivkrieg durch den sowjetischen Außenkommissar Maxim M. Litwinow paßte, und er erwartete, daß die Nationalsozialisten eines Tages die Rolle eines Weltpolizisten gegen den Bolschewismus übernehmen würden (TG, 23.9.1938).[539]

Aktivitäten der Sudetendeutschen Partei und des NS-Regimes

Am selben Tag, als Chamberlain auf dem Obersalzberg mit Hitler zusammentraf, wandte sich Konrad Henlein in einer mit Hitler abgestimmten Proklamation an das sudetendeutsche Volk, was auch Goebbels im Tagebuch festhielt: „Henlein veröffentlicht eine Proklamation. Kein Zusammenleben zwischen Deutschen und Tschechen mehr möglich. Heim ins Reich!“ (TG, 16.9.1938).[540] Die naheliegende

[536] „Parolen lauteten ‚für Militärdiktatur‘, ‚für Erhaltung unserer Grenzen‘“, berichtete Hencke dem A.A. über die Demonstrationen am 21.9.1938; PA/AA, R 29768, Fiche 1178, Bl. 126198. Dieselben Forderungen wurden auch am 22.9.1938 erhoben; vgl. Telegramm Henckes, 22.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 568.

[537] Die Gesandtschaft Prag meldete am 22.9.1938 um 13.00 Uhr den Rücktritt der tschechoslowakischen Regierung. Dieses Telegramm erreichte das A.A. um 16.15 Uhr; PA/AA, R 29768, Fiche 1178, Bl. 126199; vgl. auch Král, Abkommen, Dok. 212, S. 248.

[538] Telegramm Henckes an das A.A., 23.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 578.

[539] Maxim Litwinow hatte vor der Vollversammlung des Völkerbundes in Genf am 21.9.1938 das Nachgeben der Westmächte gegenüber Hitler kritisiert und indirekt einen Krieg gegen NS-Deutschland gefordert: „Einem problematischen Krieg heute auszuweichen und morgen die Gewißheit eines Weltkriegs zu haben und noch dazu um den Preis der Zufriedenstellung unersättlicher Aggressoren und der Vernichtung und Verstümmelung souveräner Staaten – das heißt nicht im Geiste des Völkerbundpaktes gehandelt.“ Rede Litwinows, in: Michaelis/Schraepler, Ursachen, Bd. 12, Dok. 2710b, S. 369.

[540] Darin hieß es, das tschechische Volk habe „aller Welt vor Augen geführt, daß ein Zusammenleben mit ihm in einem Staate endgültig unmöglich geworden ist“. Der vorletzte Satz, bevor um Gottes Segen gebeten wurde, lautete: „Wir wollen heim ins Reich!“ Proklamation Henleins, in: ADAP, D 2, Dok. 490.

Vermutung, daß Henlein diese Proklamation in Absprache mit Hitler verfaßt hatte, belegt zum einen die Fortsetzung der Tagebucheintragung von Goebbels: „Die sogenannte Tschechoslowakei fängt an, sich in ihre Bestandteile aufzulösen. Das war ja auch *der Zweck der Übung*“[541] (TG, 16.9.1938). Zum anderen geht diese Absprache aus einem Brief Henleins an Hitler hervor, in dem der Sudetenführer einen „Entwurf eines Aufrufes“ als Anlage erwähnt hatte.[542] Ganz offensichtlich hatte Hitler, wie er es auch bei ähnlichen Proklamationen Henleins tat, den ursprünglichen Entwurf selbst überarbeitet, und zwar so stark, daß der SdP-Funktionär Ernst Kundt den veröffentlichten Aufruf nicht wiedererkannte, ihn mißbilligte und annahm, das Deutsche Nachrichtenbüro habe ihn eigenmächtig geändert.[543] Das Propagandaministerium dürfte bei der Abfassung des Textes unbeteiligt gewesen sein, da Goebbels hierzu im Tagebuch nichts vermerkt hatte, obgleich Karl Hermann Frank dies nach dem Krieg behauptete.[544] Den Kritikern wie Kundt wurde in der NS-Presse abgesprochen, die Haltung der SdP wiederzugeben.[545] Henlein hatte am Tag vor Erscheinen dieser Proklamation seine Verhandlungsdelegation aufgelöst und der Runciman-Kommission mitgeteilt, die Karlsbader Forderungen seien nicht weiter Grundlage für etwaige Gespräche, er fordere nun das Plebiszit.[546] Die SdP-Führer hatten Prag verlassen und sich nach Asch begeben, Henlein selbst war in das bayerische Grenzgebiet geflohen.[547] Die tschechoslowakische Regierung verbot die Sudetendeutsche Partei und ließ Henlein steckbrieflich suchen,[548] was Goebbels empörte: „Gegen Henlein Haftbefehl erlassen. SdP aufgelöst. Prager Vabanquepolitik. Wie lange noch?“ (TG, 17.9.1938). Doch noch größeren Anstoß nahm Goebbels – wie auch das sudetendeutsche Volk[549] – am Verhalten Henleins: „es macht einen schlechten Eindruck, daß Henlein in Deutschland ist“ (TG, 18.9.1938), schrieb er in sein Tagebuch, in welchem er dem Sudetenführer auch vorwarf, „kein Format“ zu besitzen, und behauptete: „Ich wäre niemals gegangen, und wenn es mein Leben gekostet hätte“ (TG, 18.9.1938). Goebbels teilte seinen Mißmut über Henlein auch Hitler mit, doch Hitler schien mehr Verständnis für Henlein gehabt zu haben: „Henleins Weggang aus dem Kampfgebiet macht in der Öffentlichkeit einen sehr schlechten Eindruck. Ich sage das auch dem Führer ganz offen. Er fürchtet, die Tschechen

[541] Hervorhebung durch d.V.
[542] Brief Henleins an Hitler, o.D., wahrscheinlich vom 15.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 489.
[543] Telegramm Eisenlohrs, 15.9.1938, PA/AA, R 29767, Fiche 1176, Bl. 126046.
[544] Siehe schriftliches Geständnis Karl Hermann Franks in tschechoslowakischer Untersuchungshaft, August/September 1945, in: Král, Die Deutschen, Dok. 2, S. 51.
[545] DNB-Meldung, 15.9.1938, Nr. 255, Bl. 13, PA/AA, R 29767, Fiche 1176, Bl. 126047.
[546] Vgl. ADAP, D 2, Dok. 472–474, 489; Král, Die Deutschen, Dok. 217; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 880.
[547] Vgl. ADAP, D 2, Dok. 481, 502, 513, 515, 518, 520, 545. Als „Flucht“ bewertete nicht nur die sudetendeutsche Bevölkerung (ADAP, D 2, Dok. 513, 515, 545) die Abreise Henleins, sondern auch deutsche Militärs wie Groscurth; vgl. Krausnick/Deutsch, Groscurth, Tagebuch-Eintrag vom 19.9.1938, S. 122.
[548] Aufzeichnung Stechows über Telefonat mit Hencke, 16.9.1938, PA/AA, R 29768, Fiche 1177, Bl. 126081–082; Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 243; Celovsky, Münchener Abkommen, S. 336; Broszat, Freikorps, S. 35; NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2559, 2571, beide vom 16.9.1938.
[549] Vgl. ADAP, D 2, Dok. 502, 513, 515, 520, 545.

könnten ihn sonst als Geisel nehmen. Aber in solchen Zeiten gehört der Führer zu seiner Truppe" (TG, 18.9.1938). Sollte es zutreffen, daß Hitler selbst Henlein geraten habe, sich vor den Tschechen in Sicherheit zu bringen, was Henleins Kontaktmann in Berlin, Friedrich Bürger, nach dem Krieg behauptete[550] und was angesichts von Hitlers Verständnis für Henlein, das er auch gegenüber Goebbels zum Ausdruck gebracht hatte, plausibel erscheint, würde dies bedeuten, daß Hitler diese Weisung an Henlein Goebbels bewußt verschwiegen hatte.

In Abwesenheit Henleins erließ Ernst Kundt einen Aufruf, der zur Ruhe mahnte, „bis Adolf Hitler und Chamberlain ihr schicksalhaftes Gespräch beendet haben".[551] Die hier öffentlich geäußerte Hoffnung auf eine Verhandlungslösung durch Chamberlain kam dem NS-Regime ungelegen, so daß Goebbels' Mitarbeiter Berndt Kundt den angeblichen „Wunsch Henleins" übermitteln ließ, Kundt „solle keinerlei Verlautbarungen mehr veröffentlichen".[552] Die Abreise der obersten SdP-Führer aus dem „Sudetenland" führte zum Abfall von SdP-Mitgliedern,[553] was Goebbels auch deshalb besonders unangenehm war, weil die tschechoslowakische Seite dies groß herausstellte. „Bei der SdP. haben sich ein paar Verräter gefunden, die zu den Tschechen übergelaufen sind.[554] Damit macht nun Prag eine Mordspropaganda. Ich treffe die entsprechenden Gegenmaßnahmen. Prag richtet ein Propagandaministerium ein.[555] Das fehlte auch noch" (TG, 18.9.1938). Diese „Gegenmaßnahmen"[556] des nationalsozialistischen Propagandaministeriums waren, wie zahlreiche Nachrichten in der Endphase der Sudetenkrise, tatsächlich „so unverschämt gelogen", daß man kaum wagte, „an ihrem Wahrheitsgehalt zu zweifeln".[557]

[550] Krausnick/Deutsch, Groscurth, S. 109, Anm. 50.

[551] Anlaß hierfür war das Verbot der SdP, das Kundt als „nicht mehr entscheidend" bezeichnete. Der Aufruf datiert vom 17.9.1938, PA/AA, R 29768, Fiche 1177, Bl. 126124. Dieser Aufruf wurde auch über das DNB verbreitet; IfZ, Archiv, DNB-Berichte, 17.9.1938, Meldung Nr. 40, Bl. 27.

[552] Telegramm Altenburgs an Gesandtschaft Prag mit Vermerk von Legationsrat Bergmann, 18.9.1938, PA/AA, R 29768, Fiche 1177, Bl. 126125; siehe auch ADAP, D 2, Dok. 528.

[553] Dies meldete die Gesandtschaft Prag an das A.A., PA/AA, R 29768, Fiche 1177, Bl. 126081–082; ADAP, D 2, Dok. 514, 528.

[554] Als Gründe für die Lossagung von der SdP berichtete die Gesandtschaft die Mißbilligung von Henleins Aufruf vom 15.9.1938, „Lügenmeldungen" v.a. des Leipziger Radiosenders über die Anwendung des Standrechts sowie die Flucht der SdP-Funktionäre in das Reichsgebiet; Aufzeichnung Stechows über Telefonat mit Hencke, 17.9.1938, PA/AA, R 29768, Fiche 1177, Bl. 126096–097.

[555] Schwarzenbeck, Nationalsozialistische Pressepolitik, S. 360; Celovsky, Münchener Abkommen, S. 338; Telegramm Henckes an das A.A., 10.8.1938, PA/AA, R 29766, Fiche 1169, Bl. 125490; Telegramm Henckes an das A.A., 17.9.1938, PA/AA, R 29768, Fiche 1177, Bl. 126116; NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2575, 17.9.1938.

[556] Hierzu gehörten beispielsweise Meldungen über „aufgefundene, sensationelle Dokumente, die Zusammenspiel von Prag und Moskau gegen die Sudetendeutschen beweisen" (Nr. 2580), über „Vorbereitungen in der Tschecho-Slowakei zur Bewaffnung von Zuchthäuslern" (Nr. 2581) sowie über einen angeblichen Aufruf der deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei, die nun ebenfalls „Heim ins Reich" wollten (Nr. 2582). In: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2580f., alle vom 17.9.1938, von Sänger überliefert.

[557] Celovsky, Münchener Abkommen, S. 336f.

Täglich besprach sich Goebbels in dieser Zeit mit seinem engen Mitarbeiter Berndt, um die Presseführung (TG, 15.–23. 9. 1938) festzulegen. Die zahlreichen Berichte, Berndt sei der Urheber der Pressekampagne gegen die Tschechoslowakei gewesen,[558] werden durch das Tagebuch von Goebbels bestätigt, da Berndt die Anweisungen Goebbels' in die Tat umsetzte und die jeweiligen Meldungen verfaßte oder verfassen ließ, wenngleich Berndt auf Anweisung des Propagandaministers handelte und daher die Verantwortung bei Goebbels – und nicht selten auch bei Hitler selbst – lag. Die Beruhigung der Lage in der Tschechoslowakei, die während des Chamberlain-Besuchs auf dem Obersalzberg eintrat, bereitete den Propagandisten einige Schwierigkeiten, wie Goebbels im Tagebuch bekannte: „Da es etwas ruhiger wird, kommen heute neue Exzesse der Tschechen, die jetzt fällig sind. Ich bespreche mit Berndt ausführlich den ganzen Operationsplan. Vor allem sollen die Paniknachrichten aus der Tschechei verstärkt werden" (TG, 17. 9. 1938). Goebbels gab hier also in seinem Tagebuch zu, daß die angeblichen Exzesse, die in der Presse ausführlich geschildert wurden, erfunden oder erheblich übertrieben waren, da er expressis verbis schrieb, daß es im Sudetenland „ruhiger" geworden sei. Im selben Eintrag notierte Goebbels nach einer weiteren Besprechung mit seinem Mitarbeiter nochmals die Problematik der mangelnden Vorkommnisse in der Tschechoslowakei: „Mit Berndt lange Beratung: bis Donnerstag[559] muß unsere scharfe Presseaktion noch aufrechterhalten werden. Das ist zwar nicht leicht, aber es wird uns gelingen. Die Tschechen reagieren nicht mehr. Sie ziehen sich überall feige zurück. Aber wir bekommen sie doch vor die Klinge" (TG, 17. 9. 1938). Dieser Anordnung folgend appellierte Berndt am nächsten Morgen, während Goebbels auf dem Weg nach Berchtesgaden war, an die Journalisten in der Pressekonferenz: „Sie sind die schwere Artillerie des Reichs, Sie müssen die Stellung sturmreif schießen".[560] Gleichzeitig mußte Berndt jedoch zugeben, daß sich beispielsweise die „Nachricht von der Erschießung einer Frau und ihrer fünf Kinder […] nicht bewahrheitet" habe.[561] Goebbels – und auch seine Mitarbeiter – waren sich also wohl bewußt, daß es sich bei ihrer Arbeit nicht um Berichterstattung, sondern um eine mediale Kriegsvorbereitung handelte, wie eine weitere Tagebuchpassage zeigt: „Von Prag aus wird nicht viel gemacht. Wir machen trotzdem den tschechischen Terror ganz groß auf. Die Stimmung muß bis zur Siedehitze gesteigert werden" (TG, 18. 9. 1938). Wiederum legte Goebbels hier die Methodik der nationalsozialistischen Propaganda offen dar: dem tschechoslowakischen Staatsapparat wurde in allen Medien „Terror"

[558] Vgl. die Aussagen der Goebbels-Mitarbeiter Moritz v. Schirmeister (in: IMG 17, 28. 6. 1946, S. 266) und Hans Fritzsche (in: IMG 32, 3469-PS, S. 318 f.) in Nürnberg. Vgl. auch Kordt, Nicht aus den Akten, S. 265 f.

[559] Die Kampagne sollte bis nach dem zweiten Besuch Chamberlains anhalten, der für den 20. bzw. 21. 9. 1938 geplant war.

[560] Im Bericht Sängers über die Pressekonferenz Berndts folgt der Satz: „Mit allen Mitteln muß noch ein paar Tage durchgehalten werden", was belegt, daß Berndt die Anweisungen von Goebbels weitergab. In: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2575, 17. 9. 1938.

[561] Aufzeichnung Sängers, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2575, 17. 9. 1938.

gegen die Sudetendeutschen angelastet, obgleich es de facto trotz nationalsozialistischer Provokationen kaum zu nennenswerten Zwischenfällen kam.[562]

Auf dem Obersalzberg angekommen wurde Goebbels zunächst umfassend von Hitler informiert und stimmte dann mit ihm die Presse- und Rundfunkpolitik ab. Hitler war, wie Goebbels stolz notierte, „sehr zufrieden" (TG, 18.9.1938)[563] mit der Arbeit des Propagandaministeriums und wirkte, wie Goebbels weiter überliefert, in diesen Tagen persönlich an der Kampagne gegen Prag mit: „Der Führer beteiligt sich eifrig mit an unserer Pressearbeit" (TG, 18.9.1938). Hitler gab ihm zufolge die Anweisung, daß die Propaganda „ihre Kanonade noch mehr verstärken" müsse (TG, 18.9.1938). Dies ist ein wichtiger Beleg für die direkte Einflußnahme Hitlers auf die Pressepolitik und die publizistischen Angriffe gegen die Tschechoslowakei.[564] Zur gleichen Zeit meldete die Gesandtschaft in Prag jedoch, daß die übertriebene deutsche Berichterstattung vor allem über angebliche Zwischenfälle oder erfundene Auftritte Henleins im Sudetenland dort Angst und – wenn sie durch Erkundigungen als unwahr erkannt werde – Ablehnung hervorrufe,[565] was Goebbels zur Kenntnis kam und zu unterbinden versuchte: „Im Übrigen müssen wir in unserer Propaganda vorsichtig vorgehen und nichts behaupten, was widerlegt werden kann" (TG, 18.9.1938). Goebbels gestand also ein, daß die Möglichkeit der Widerlegung zahlreicher Meldungen bestand.[566] Das Tagebuch des Propagandaministers bestätigt, daß sich die nationalsozialistischen Medien insbesondere im September 1938 systematisch der Lüge bedienten.

Doch Goebbels beschäftigte sich in dieser Zeit nicht nur mit der Beeinflussung der deutschen Bevölkerung mittels Presse und Rundfunk, dem angesichts der Pressezensur im sudetendeutschen Gebiet eine besondere Rolle zukam,[567] son-

[562] Immer wieder dementierte die Gesandtschaft Prag die NS-Berichterstattung in Presse und Rundfunk: „Von durch deutschen Rundfunk gemeldeten blutigen Ereignissen […] hatten Konsulate keine Kenntnis" telegraphierte Hencke beispielsweise am 23.9.1938. Im selben Telegramm schrieb er, die „Meldung von Erschießung 12 sudetendeutscher Geiseln in Eger scheint sich nach fernmündlichem Bericht unserer konsularischen Zweigstellen nicht zu bestätigen". Telegramm Henckes, PA/AA, R 29768, Fiche 1178, Bl. 126240.

[563] Mit den Worten „Unsere Pressearbeit lobt er sehr" (TG, 19.9.1938) hielt Goebbels Hitlers Lob am Folgetag fest, so daß auch Berndt in der Pressekonferenz mitteilen konnte, Hitler habe sich „über die deutsche Presse ganz außerordentlich gefreut"; Aufzeichnung Sängers, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2599, 20.9.1938.

[564] Die direkte Einflußnahme Hitlers auf die deutsche Presse dokumentiert auch Schwarzenbeck, Nationalsozialistische Pressepolitik, S. 369.

[565] „Infolge letzter deutscher Rundfunkmeldungen bei deutscher Bevölkerung vielfach Angstpsychose entstanden", hatte das Konsulat Brünn über die Prager Gesandtschaft dem A.A. telegraphiert. Weiter hieß es darin: „Bei Deutschen entsteht vielfach Meinung, daß Rundfunk stark übertreibt. Dadurch Glaube in seiner [!] Zuverlässigkeit erschüttert, besonders da in Einzelfall durch unmittelbare Verständigung seine Ungenauigkeit festgestellt. […] Lage und Stimmung Deutscher durch Rundfunk nicht gestärkt, sondern geschwächt. Diese Ansicht wird von hiesigem Hauptführer der SdP geteilt." Telegramm Henckes an das A.A., 17.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 516. Siehe auch ADAP, D 2, Dok. 518, 545; Schwarzenbeck, Nationalsozialistische Pressepolitik, S. 364–366.

[566] Vgl. auch Schreiben des britischen Gesandten Newton aus Prag, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 916.

[567] Schwarzenbeck, Nationalsozialistische Pressepolitik, S. 363.

dern auch mit der Propaganda gegenüber dem tschechoslowakischen Volk. So verbot er persönlich „die letzten tschechischen Zeitungen in Deutschland", weil er, wie er schrieb, „diesen Dreck nicht mehr hier haben" wollte (TG, 17. 9. 1938), er also eine Meinungsvielfalt nicht länger zu dulden bereit war. Durchsetzen konnte sich Goebbels auch bei der Federführung des tschechischsprachigen Rundfunksenders in Wien, den er gemeinsam mit Reichskommissar Bürckel geschaffen hatte. Angeblich wollte Bürckel „den Wiener Tschechensender allein weitermachen" (TG, 17. 9. 1938). „Ich verbiete das", vermerkte Goebbels seine Weisungskompetenz im Tagebuch, das „Nachrichtenmaterial" müsse „zuerst über Berlin", d. h. über die Schreibtische des Propagandaministeriums (TG, 17. 9. 1938). Schon einen Tag später gab der Reichskommissar nach: „Bürckel richtet sich nun mit seinem Wiener Tschechensender ganz nach uns" (TG, 18. 9. 1938), stellte Goebbels befriedigt fest und gab in der Folgezeit die Richtlinien für den Rundfunk in Analogie zur Presse vor. In seinem Auftrag sollte Berndt die Parole „Zwietracht säen zwischen Benesch und seinem Volk" (TG, 28. 9. 1938) in den Zeitungen umsetzen lassen,[568] und mit Bürckel machte er „dementsprechend neue Sendungen für den Wiener Tschechensender aus" (TG, 28. 9. 1938).

Da Goebbels sich in den Tagen zwischen den beiden Deutschland-Besuchen Chamberlains in unmittelbarer Nähe Hitlers auf dem Obersalzberg aufhielt, stellt sein Tagebuch ein einzigartiges Zeugnis auch für die damaligen Aktivitäten des deutschen Diktators dar. Goebbels war beispielsweise mit dabei, als Hitler dem britischen Journalisten Ward Price ein Interview gab: „Der Führer hat eine Unterredung mit Ward Price. Er hält ihm nochmal in aller Schärfe all unsere Argumente vor. Findet dabei glänzende Beispiele. Ich sekundiere eifrig. Price ist dann tief beeindruckt. Er wird ein gutes Interview herausgeben" (TG, 18. 9. 1938). Goebbels zufolge war Hitler bei diesem Interview „etwas zu überschwänglich", so daß es vom „Führer" „korrigiert" werden mußte. Doch auch die redigierte Fassung ist keineswegs harmlos, wie zwei Zitate Hitlers daraus deutlich machen: „Die Tschechen sagen, sie könnten keine Volksabstimmung abhalten, weil eine solche Maßnahme in ihrer Verfassung nicht vorgesehen sei. Mir aber scheint, daß ihre Verfassung nur eines vorsieht, daß sieben Millionen Tschechen acht Millionen Minderheitenvölker unterdrücken sollen. Dieses tschechische Übel muß ein für allemal abgestellt werden, und zwar jetzt. Das ist wie ein Krebsgeschwür, das den ganzen Organismus Europas vergiftet". In bezug auf den Haftbefehl gegen Konrad Henlein hatte Hitler gesagt: „Wenn Henlein verhaftet wird, bin ich der Führer der Sudetendeutschen […] und ich will dann sehen, wie lange Dr. Benesch noch seine Dekrete herausgeben kann".[569] Die bearbeitete Interview-Fassung hielt Goebbels schließlich für „sehr gut" (TG, 19. 9. 1938) und für eine „Weltsensation", über die Beneš „auf das Tiefste bestürzt" gewesen sei (TG, 21. 9. 1938), wie Goebbels aus einem abgehörten Telefonat Masaryks wußte.

[568] Vgl. die diesbezüglichen NS-Presseanweisungen, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2686, 2697, beide vom 27. 9. 1938.

[569] Das Interview, das in der Morgenausgabe der Zeitung „Daily Mail" am 19. 9. 1938 erschien, ist in Übersetzung abgedr. in: DDP, Bd. 6, Teil 1, Nr. 66, S. 310–315, Zitate S. 310 f., 314. Siehe auch Laffan, Survey, Vol. II, S. 351 f.

Eine noch weiterreichende Aktivität Hitlers in diesen Tagen bestand in der Organisation des Sudetendeutschen Freikorps, das in der Folgezeit für Unruhen im Sudetenland sorgen sollte. Zu diesem Zweck war K. H. Frank im Auftrag Henleins am 16. September zu Hitler gefahren,[570] nachdem am Vortag das tschechoslowakische Innenministerium den Freiwilligen Schutzdienst der Sudetendeutschen aufgelöst hatte,[571] was auch Goebbels bekannt war: „Nun verbietet Prag noch die Schutzorganisation der Sudetendeutschen" (TG, 17. 9. 1938). Goebbels prognostizierte daher ein „Chaos" als „Folge" (TG, 17. 9. 1938), doch zu seiner Enttäuschung blieben schwere Zwischenfälle aus: „Der Ordnerdienst der SdP versagt auch so ziemlich. Es passiert nichts, was wir gebrauchen können" (TG, 18. 9. 1938). Ganz im Sinne Hitlers schätzte Goebbels die Lage ein: „Man muß da etwas nachhelfen" (TG, 18. 9. 1938). Konrad Henlein, zum Leiter des Freikorps berufen, aber schon seit langem Marionette Hitlers, verfaßte einen Aufruf zur Gründung des Freikorps, der, wie durch Goebbels' Tagebuch erstmals belegt wird, von ihm und Hitler abgeändert wurde: „Henlein erläßt einen Aufruf zur Bildung eines sudetendeutschen Freikorps. Der ist sehr ungeschickt verfaßt. Ich arbeite ihn mit dem Führer ganz um. Er erregt in der Öffentlichkeit großes Aufsehen. Henlein zeigt sich nicht sehr mutig und auch nicht sehr klug. Ihm fehlt wohl auch unsere langjährige Schule" (TG, 19. 9. 1938). Selbstverständlich wurde in der Presse und im Rundfunk nur die von Hitler persönlich überarbeitete Fassung publiziert, deren Freigabe A. I. Berndt vom Obersalzberg aus telefonisch bekanntgab.[572]

Das Sudetendeutsche Freikorps sollte die ins Reich geflohenen wehrpflichtigen Sudetendeutschen organisatorisch zusammenfassen, nachdem Hitler den Plan des OKW abgelehnt hatte, sie in Ergänzungseinheiten der Wehrmacht einzugliedern.[573] Die Aufgaben des Freikorps, das in Anlehnung an die SA und – was nicht bekannt werden sollte[574] – auf deutschem Boden aufgestellt wurde, lauteten: „Schutz der Sudetendeutschen und Aufrechterhaltung weiterer Unruhen und Zusammenstöße"[575], wobei die angeblichen Selbstschutzaufgaben lediglich „vorgeschützt"[576] wurden. Das Führerkorps des Freikorps wurde aus der SA rekrutiert, die auch gemeinsam mit der NSV die Versorgung bewerkstelligte, die Waffen stammten der Tarnung wegen aus österreichischen Beständen, die Fahrzeuge wurden vom NSKK gestellt, die Finanzierung übernahm das Heer, das offiziell jedoch keinesfalls in Erscheinung treten durfte.[577] Das Freikorps, das anfangs etwa

[570] Telegramm Henckes an das A.A., 17. 9. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 520; Küpper, Frank, S. 113f.
[571] Röhr, Freikorps, S. 45; Broszat, Freikorps, S. 35.
[572] Anonyme, nicht datierte Aufzeichnung aus dem Büro des Staatssekretärs im A.A. über Telefonat mit Berndt und Text des Aufrufes, PA/AA, R 29768, Fiche 1177, Bl. 126121f. Text in: VB, Mün. Ausgabe, 19. 9. 1938, S. 3.
[573] Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 17. 9. 1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 381; Broszat, Freikorps, S. 36.
[574] Vgl. NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2584, 18. 9., Nr. 2646, 22. 9., Nr. 2688, 27. 9., Nr. 2721, 29. 9. 1938.
[575] Fernschreiben Major Schmundts an das OKH über die Besprechung Hitlers mit Oberstleutnant Friedrich Köchlin am Vortag, 18. 9. 1938, in: IMG 25, Dok. 388-PS, S. 475.
[576] Broszat, Freikorps, S. 38.
[577] Fernschreiben Schmundts, in: IMG 25, Dok. 388-PS, S. 475; Abschlußbericht Köchlins, in: IMG 36, Dok. 366-EC, S. 356–364; Diensttagebuch Jodls, in: IMG 28, Dok. 1780-PS,

10 000–15 000 Mann umfaßte und innerhalb von zwei Wochen auf ca. 34 500 Freischärler anwuchs, wurde auf Hitler vereidigt,[578] war sofort einsatzbereit und trat weisungsgemäß „in Form von Terrorgruppen" auf.[579] Goebbels war begeistert von der Tätigkeit des Freikorps, das, wie er wußte, vom Reich aus gelenkt wurde. Seinem Tagebuch vertraute er darüber an: „Unsere Leute haben nun an der Grenze die notwendigen Zwischenfälle geschaffen.[580] Die Presse greift sie groß auf.[581] Wir sind um ihre Vertiefung bemüht. Die Sudetendeutschen Führer machen garnichts [!]. Sie sind faul und haben Angst vor der eigenen Courage" (TG, 21. 9. 1938).[582] Goebbels, der sich zu dieser Zeit noch immer auf dem Obersalzberg aufhielt, notierte diese neuen Vorfälle im Zusammenhang mit Gesprächen mit seinen Mitarbeitern und erst, nachdem in der Presse davon zu lesen war. Daraus ist zu schließen, daß Hitler selbst ihm hierüber bewußt nichts mitteilte, so wie er ihm auch den Besuch des militärischen Freikorps-Beraters Friedrich Köchlin am 17. September auf dem Berghof[583] verschwiegen zu haben scheint, da Goebbels ihn im Tagebuch nicht erwähnte, obwohl er beinahe den ganzen Nachmittag und Abend mit Hitler zusammen war. Den Übergriffen des Freikorps fiel auch deutscher Besitz zum Opfer,[584] um die Tschechen dafür verantwortlich machen zu können: „Die von uns behaupteten blutigen Grenzverletzungen werden von Prag abgestritten.[585] Mit einem ganz dummen und albernen Gestammel. Wir gehen massiv dagegen vor. Außer-

S. 381–386; anonyme Aufzeichnung aus dem A.A., 23. 9. 1938, PA/AA, R 29768, Fiche 1179, Bl. 126262; Krausnick/Deutsch, Groscurth, S. 118–127; Broszat, Freikorps, v. a. S. 37–41; Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 531; Celovsky, Münchener Abkommen, S. 339; Röhr, Freikorps, S. 50.

578 Röhr, Freikorps, Anm. 50, S. 49, 50.

579 Abschlußbericht Köchlins, in: IMG 36, Dok. 366-EC, S. 357.

580 Das Freikorps habe in der Nacht vom 18. auf den 19. 9. die „Finanzwache Asch" angegriffen und zwei Gebäude in Brand gesteckt; vgl. Bericht Henckes aus Prag an das A.A., 19. 9. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 528. Zahlreiche weitere Aktivitäten des Freikorps an den ersten Tagen finden sich bei Röhr, Freikorps, S. 53f.

581 „Die neuen Grenzzwischenfälle müssen natürlich ganz groß herauskommen, es liegt jetzt also wieder neuer Stoff vor", berichtete Sänger aus der Pressekonferenz und macht deutlich, daß man sich zuvor lange Zeit offensichtlich immer wieder mit alten Meldungen beschäftigt hatte. In: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2596, 20. 9. 1938. Weiter notierte Sänger: „Unter keinen Umständen dürfen Meldungen über Grenzzwischenfälle aus privaten Quellen genommen werden. Eigene Meldungen müssen vorgelegt werden", schließlich mußte verhindert werden, daß die Übergriffe dem Freikorps zugeschrieben würden und bekannt würde, daß es vom Reichsgebiet aus operierte. In: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2598, 20. 9. 1938. Siehe auch Nr. 2606–2608, alle vom 20. 9. 1938.

582 Eine ähnliche, rückblickende Einschätzung findet sich bei Köchlin; vgl. Abschlußbericht Köchlins, 11. 10. 1938, in: IMG 36, Dok. 366-EC, S. 358f.

583 Fernschreiben Schmundts, in: IMG 25, S. 475; Abschlußbericht Köchlins, in: IMG 36, Dok. 366-EC, S. 356–364.

584 Der deutsche Geschäftsträger in Prag schien sich darüber gewundert zu haben; vgl. Bericht Henckes, 19. 9. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 528.

585 Es handelte sich hierbei beispielsweise um ein vom Freikorps in Brand gestecktes tschechoslowakisches Zollhaus (anonyme Aufzeichnung, 21. 9. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 550). Berndt teilte hierzu laut Sänger in der Pressekonferenz mit: „Wenn die Tschechen, wie angekündigt, ein Dementi herausbringen über den Kampf an der tschechischen Grenzwache, wird auch DNB dieses Dementi bringen, das dann als Höhepunkt der Verlogenheit gebrandmarkt werden müßte. Auch das Ausland glaubt dieses Dementi nicht mehr,

dem legt unser Gesandter in Prag schärfsten Protest ein. Das zieht am meisten" (TG, 22.9.1938), schrieb Goebbels über die Taktik des NS-Regimes und bekundete damit die Erfindung tschechoslowakischer Grenzverletzungen.[586] Am Abend des 21. September erfuhr Goebbels, daß die Unternehmungen des Freikorps auch Schwierigkeiten verursachten und daher neue Anweisungen ergangen waren: „Das sudetendeutsche Freikorps versucht Aktionen auf eigene Faust, die mehr Schaden als Nutzen stiften. Muß zurückgepfiffen werden" (TG, 22.9.1938).[587] Schon am 20. September 1938 hatte Hitler auf Drängen der Militärs, die ihren Aufmarsch gestört sahen, größere Unternehmungen des Freikorps verboten, und auch kleinere Aktionen (bis 12 Mann) bedurften nun der Genehmigung durch die zuständigen Generalkommandos der Wehrmacht.[588]

Am Morgen des 22. September wurden neue Zwischenfälle bekannt sowie der Rückzug tschechoslowakischer Truppen aus einigen Grenzregionen des „Sudetenlandes", nachdem die tschechoslowakische Regierung durch die Annahme der britisch-französischen Vorschläge grundsätzlich die Abtretung der sudetendeutschen Gebiete akzeptiert hatte. „Das Freikorps hat wieder Vorstöße gemacht. Die Tschechen räumen Eger" (TG, 22.9.1938), schrieb Goebbels.[589] Er verzeichnete jedoch nicht, daß das Freikorps auf Weisung Hitlers in die von Tschechoslowaken geräumten Gebiete in unmittelbarer Grenznähe einziehen sollte, was dort gar nicht erwünscht war[590] und auch von der Wehrmacht als sehr bedenklich eingeschätzt wurde.[591] Ebenso fehlt im Tagebuch von Goebbels ein Hinweis darauf, daß die Aktivitäten des Freikorps von Chamberlain in Bad Godesberg kritisiert wurden und das Auswärtige Amt besorgte Nachfragen als unbegründet zurückwies.[592] Goebbels

jeder kann außerdem das abgebrannte Zollhaus ansehen." In: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2596, 20.9.1938.

586 Zur Zurückweisung des Prager Dementi und zum diplomatischen Protest siehe NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2607 f., beide vom 20.9.1938.

587 Vgl. anonyme Aufzeichnung aus dem A.A., 21.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 550.

588 Diensttagebuch Jodls, Einträge vom 20., 21.9.1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 382; Broszat, Freikorps, S. 42 f.; Röhr, Freikorps, S. 55.

589 Hencke berichtete, am 21.9.1938 hätten in Eger die „Sudetendeutschen alle Behörden besetzt", und der SdP-Abgeordnete Wollner habe folgenden Aufruf erlassen: „1.) Das Egerland wird dem Reich angeschlossen. 2.) Juden haben sich heute früh [22.9.1938, d.V.] auf Rathaus zu versammeln". Telegramm Henckes an das A.A., 22.9.1938, PA/AA, R 29768, Fiche 1178, Bl. 126200. Im Folgetelegramm vom selben Tag meldete Hencke: „In Eger herrscht Feststimmung. Alle Häuser zeigen Hakenkreuzflaggen. Polizeidienst würde von S.D.P.-Ordner versehen. Gendarmerie und tschechische Polizei bereitet Abmarsch vor." PA/AA, R 29768, Fiche 1178, Bl. 126201. Zu den übrigen Vorstößen des Freikorps siehe Röhr, Freikorps, S. 55–57.

590 Vgl. Aufzeichnung Stechows über ein Telefonat am 22.9.1938 mit dem deutschen Vizekonsul in Eger, welcher dringend vor dem Einmarsch des Freikorps gewarnt hatte, in: ADAP, D 2, Dok. 558.

591 Die Anweisung Hitlers und die Versuche des OKW, dies zu verhindern, sind im A.A. überliefert; vgl. ADAP, D 2, Dok. 566, 567. Vgl. auch Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 22.9.1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 384; Broszat, Freikorps, S. 44; Röhr, Freikorps, S. 55–57.

592 Neben der britischen hatte auch die französische Regierung gegen die deutsche Besetzung tschechoslowakischer Gebiete protestiert; vgl. Aufzeichnungen Woermanns, alle vom 22.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 559, 561, 563.

hielt an den folgenden Tagen lediglich fest, daß die „Tschechen […] Teile von Sudetendeutschland geräumt" hätten (TG, 23.9.1938), daß sie inzwischen aber „unter der neuen Regierung" mit „Gewalt" zurückgekehrt seien,[593] daß dort „anscheinend ein vollkommenes Durcheinander" herrsche (TG, 23.9.1938) und daß das „sudetendeutsche Freikorps […] weitere Vorstöße" gemacht habe (TG, 24.9.1938), deren dilettantischer Charakter auch Goebbels nicht verborgen blieb: „Wenn sie auch nicht immer wohl vorbereitet sind, sie dienen doch dazu, Unruhe zu erzeugen und den Spannungszustand zu verschärfen. Das ist im Augenblick besonders notwendig" (TG, 24.9.1938). Genauere Informationen scheint Goebbels, obgleich er täglich mit Hitler zusammentraf, erst bei einem gemeinsamen Mittagessen mit dem „Führer" und K. H. Frank am 25. September erhalten zu haben: „Abgeordneter Frank ist da. Er berichtet über die Arbeit des sudetendeutschen Freikorps. Das gibt sich alle Mühe. Bei Asch hat es einen ganzen Zipfel des Landes besetzt und verteidigt es. Der Führer läßt Nachschub durch S.S. bereitstellen.[594] Keine Wehrmacht, damit die Engländer nicht behaupten können, wir hätten schon militärisch eingegriffen" (TG, 26.9.1938).[595]

Wenige Tage nach dieser Kooperation von Sudetendeutschem Freikorps und SS unterstellte Hitler am 30. September 1938 das Freikorps dem Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei,[596] der sich in Anwesenheit von Goebbels schon zuvor bei Hitler darüber „beklagt" hatte, daß das Sudetendeutsche Freikorps „in die Hände der S.A. abgerutscht" sei (TG, 22.9.1938). Die Unterstellung des Freikorps unter die SS bot die Möglichkeit, die Ortskenntnis der sudetendeutschen Freischärler für die Suche nach deutschen Kommunisten, Juden und anderen sogenannten Staatsfeinden zu nutzen.[597] Auch an den Tagen vorher hatte das Freikorps bei seinen terroristischen Unternehmungen immer wieder Hunderte Gegner, vor allem deutsche Kommunisten und tschechische Beamte, festgesetzt

[593] Die „militärische Wiederbesetzung" eines Teils des Grenzgebietes unter der Regierung von Jan Syrový meldete die Gesandtschaft dem A.A.; Telegramm Henckes, 23.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 578.

[594] „Auf Anordnung des Führers sind 2 Totenkopfsturmbanne hinter dem Freikorps in den Ascher Zipfel eingerückt", hatte Alfred Jodl, der über die Aktivitäten des Freikorps sehr viel besser informiert war, in sein Tagebuch notiert. Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 25.9.1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 386. Siehe auch ADAP, D 2, Dok. 637; Umbreit, Deutsche Militärverwaltungen, S. 41.

[595] Als Chamberlain Hitler am 22.9. in Godesberg auf die Tätigkeit des Freikorps ansprach, erwiderte er Kirkpatrick zufolge: „[H]e could declare categorically that German troops had not crossed the border"; „Notes of a conversation between Mr. Chamberlain and Herr Hitler at Godesberg on September 22, 1938" von Sir Ivone Kirkpatrick, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1033, S. 468.

[596] Vgl. IMG 25, Dok. 388-PS, S. 490f.; Röhr, Freikorps, S. 63; Broszat, Freikorps, S. 48.

[597] Broszat, Freikorps, S. 48f. Schon am 22.9.1938 hatten sich in Marienbad, Hotel Egerländer, „100 Leute mit SS-Binden verschanzt" und „Kommunisten festgenommen und in Keller gesperrt". Als der dortige SdP-Senator Ludwig Frank darum bat, dies zu unterlassen, haben die beteiligten SS-Leute geantwortet, „sie unternähmen das auf direkte Weisung von Berlin"; anonyme Aufzeichnung aus dem A.A. über Telefonat mit Herrn von Kessel, 22.9.1938, PA/AA, R 29768, Fiche 1178, Bl. 126230.

und sogar in das Reichsgebiet verschleppt.[598] Die Bedeutung des Freikorps nahm durch die tschechoslowakische Generalmobilmachung sowie durch die Mobilisierung der Wehrmacht ab. Die Befehlsgewalt im Grenzgebiet war nun an das deutsche Heer übergegangen, die Militärs verwahrten sich gegen die Aktivitäten des Freikorps, die das Einrücken in die Bereitstellungsräume behindert hätten.[599] Am 9. Oktober 1938, nach vollzogenem „Anschluß" der Sudetengebiete an das Deutsche Reich, löste Konrad Henlein weisungsgemäß sein entbehrlich gewordenes Freikorps auf (TG, 11. 10. 1938).

Verhandlungen mit Ungarn und Polen

Neben den vom Sudetendeutschen Freikorps hervorzurufenden Zwischenfällen, die dem NS-Regime den Vorwand für eine militärische Aktion liefern sollten,[600] und den politischen Verhandlungen mit Chamberlain besaß Hitler noch eine weitere Trumpfkarte, die er nun in der zweiten Septemberhälfte ausspielen wollte und die wiederum beweist, daß der deutsche Diktator trotz der in London zugesicherten Abtretung der sudetendeutschen Gebiete die sogenannte Tschechoslowakeifrage mit Gewalt lösen wollte: seine Verhandlungen mit den Nachbarstaaten der Prager Republik zur Verabredung eines gemeinsamen territorialen Raubzuges. Die ungarische Regierung hatte, wie gezeigt wurde, bereits Ende August ihre Bereitschaft zu einem gemeinsamen militärischen Vorgehen gegen die Tschechoslowakei bekundet. Am 6. September hatten deutsch-ungarische Generalstabsbesprechungen stattgefunden[601] und unmittelbar nach dem Besuch Chamberlains auf dem Obersalzberg bat Budapest um „paritätische Behandlung" ihrer Minderheit in der Tschechoslowakei.[602] Doch im Gegensatz zur deutschen Presse verhielten sich die ungarischen Medien, wie Göring dem ungarischen Gesandten Döme Sztójay am 16. September vorwarf, verhältnismäßig still, die ungarische Minderheit zu ruhig, und die ungarische Diplomatie zu zurückhaltend; Göring forderte von den Ungarn die Provokation bewaffneter Zusammenstöße

[598] „Der Kreishauptmann in Zwickau teilt mit, daß im Verlauf des gestrigen Tages von Sudetendeutschen jenseits der Grenze etwa 110 tschechische Gendarmerie-, Grenz- und Zollbeamte aufgegriffen und auf Reichsgebiet gebracht worden sind. Sie sind z. T. im Polizeigefängnis Plauen untergebracht worden." Schreiben Dr. Danckwerts, Reichsinnenministerium, an das A.A., 22. 9. 1938, PA/AA, R 101. 357, o. P. Altenburg erfuhr von der Vomi und der Gestapo, daß die Anzahl an „tschechischen Gefangenen am 25. September 10 Uhr abends im Reich 1. 449 Personen betrug"; Vermerk Altenburgs, 26. 9. 1938, in: PA/AA, R 101. 357, o. P. Der Stabschef des Freikorps, Anton Pfrogner, berichtete die Gefangennahme von 1500 Personen bis zum 26. 9. 1938 (in: IMG 25, Dok. 388-PS, S. 482), Köchlin nannte in seinem Abschlußbericht vom 11. 10. 1938 „2000 Gefangene" (in: IMG 36, Dok. 366-EC, S. 362). Siehe auch Röhr, Freikorps, S. 56, 59.

[599] Röhr, Freikorps, S. 58–60.

[600] So auch Celovsky, Münchener Abkommen, S. 384, und Broszat, Freikorps, S. 30.

[601] Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 6. 9. 1938, in: IMG 28, S. 375; Krausnick/Deutsch, Groscurth, Tagebuch-Eintrag vom 6. 9. 1938, S. 113.

[602] Rundtelegramm Weizsäckers, 16. 9. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 500.

und Streiks.[603] Sztójay versprach Göring daraufhin eine Steigerung der ungarischen Aktivitäten.[604]

Im gleichen Sinne appellierte Göring auch an den polnischen Botschafter Lipski, den er zuvor empfangen hatte.[605] Da sowohl die polnische als auch die ungarische Regierung befürchteten, die Interessen ihrer Minderheiten könnten angesichts des der Weltöffentlichkeit als dringlicher erscheinenden sudetendeutschen Problems unberücksichtigt bleiben, unterzeichneten sie am 15. September eine Übereinkunft, in der sie sich auf ein gemeinsames Vorgehen verständigten.[606] Zugleich erhoben sie gegenüber den Regierungen in London, Paris, Prag und Berlin zunehmend stärker ihre Forderungen nach Plebisziten bzw. Grenzkorrekturen in den Siedlungsgebieten ihrer Minoritäten in der Tschechoslowakei und übergaben ab 16. September mehrere diplomatische Noten.[607]

Goebbels war an den Gesprächen Görings mit den Diplomaten nicht beteiligt, wurde aber am folgenden Tag von Hitler auf dem Obersalzberg über die Lage informiert, aber wohl nicht über die Rolle Görings hierbei: „Die Ungarn sind sehr flau. Sie lassen uns die Kastanien aus dem Feuer holen. Wollten eigentlich erst in einigen Jahren das Problem anfassen. Sie werden sich wundern, wenn es an die Verteilung der Beute geht" (TG, 18. 9. 1938), hielt Goebbels zur ungarischen Haltung fest und belegt damit, daß die Ungarn ihre in Aussicht gestellte Beteiligung an einem Feldzug gegen die Tschechoslowakei wahrscheinlich nicht gänzlich widerrufen haben, wenngleich Anlaß zum Zweifel an ihrem Mitwirken bestand, denn Jodl hatte nach dem ungarischen Generalstabsbesuch in seinem Tagebuch festgehalten, die Ungarn seien „mindestens launig", und Sztójay hatte Göring im Auftrag seiner Regierung gefragt, „ob der Führer nicht etwas tun könne, um sich die ungarischen Forderungen auch nach außenhin zu eigen zu machen".[608] In be-

[603] Bericht Sztójays an Kánya, 17. 9. 1938, in: Ádám u. a., Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, Dok. 34 (und DIMK, Vol. II, Dok. 361); Aufzeichnung Woermanns über Gespräch mit dem ungarischen Gesandten über dessen Unterredung mit Göring, 16. 9. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 506.

[604] Aufzeichnung Woermanns über Gespräch mit dem ungarischen Gesandten über dessen Unterredung mit Göring, 16. 9. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 506. Siehe auch Bericht Sztójays an Kánya über sein Gespräch mit Göring, 17. 9. 1938, in: Ádám u. a., Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, Dok. 34, S. 191 f., sowie DIMK, Vol. II, Dok. 347, 361. Darüber berichtete auch Lipski an Beck, 17. 9. 1938, in: Jędrzejewicz, Lipski, Doc. 97. Siehe auch Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 84 f.

[605] Bericht Lipskis an Außenminister Beck, 16. 9. 1938, in: Jędrzejewicz, Lipski, Doc. 96, S. 402–405.

[606] Vgl. Ádám u. a., Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, S. 38; Ádám, The Munich Crisis, S. 95; Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 85; DIMK, Vol. II, Dok. 317, 319 f., 340, 342.

[607] Zu den polnischen Forderungen siehe ADAP, D 2, Dok. 500 f., 508, 540, 553, 569, 588, 602, 606, 639, 652; zu den ungarischen siehe ADAP, D 2, Dok. 477, 500, 506, 541, 551, 554 f., 557, 560, 569, 577, 586, 596, 630, 645, 658, 660; siehe auch Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 83–106; Ádám, The Munich Crisis, S. 96; DIMK, Vol. II, Dok. 343, 346 f., 349, 351 f., 358 f., 362 f., 365, 367, 370 f., 373 f., 376, 378 f., 382–384, 386, 391 f., 394, 398a, 404, 412, 414, 423.

[608] Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 8. 9. 1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 376; Aufzeichnung Woermanns über Gespräch mit Sztójay über dessen Unterredung mit Göring, 16. 9. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 506. Helmuth Groscurth erfuhr am 1. 9. 1938 von dem ungarischen Oberstleutnant Homlok, Ungarn erbitte die „Schaffung eines Kriegs-

zug auf Polen erwartete Hitler noch weniger ein gemeinsames militärisches Vorgehen, denn die polnische Reserviertheit gegenüber einem Krieg, bei dem Warschau wenig zu gewinnen, aber durch einen möglichen Konflikt mit der UdSSR große Risiken einging,[609] war dem NS-Regime bereits bekannt. Hitler gab Goebbels allerdings zu verstehen, daß Warschau „schon so halberlei die Lösung der Danziger Frage angeboten" habe (TG, 18.9.1938).[610] Die Auflösung des polnischen Sejm und Senats wenige Tage zuvor, die der Stärkung der deutschfreundlichen Richtung durch Ausschaltung der Opposition diente,[611] hatte Goebbels völlig falsch interpretiert, nämlich als „Sieg der deutschfeindlichen Richtung", als Änderung der polnischen Außenpolitik, weil Polen, so befürchtete Goebbels, „der deutsche Druck zu stark" geworden sein könnte (TG, 15.9.1938).

Die Furcht, bei einer Regelung der Minderheitenfrage in der Tschechoslowakei übergangen zu werden, bewog Reichsverweser Horthy zu einem Brief an Hitler, über den auch Goebbels genau informiert war: „Horthy schreibt an den Führer einen persönlichen Brief: man rede jetzt nur von Volksabstimmung im deutschen Gebiet. Er bitte, diese auch für die ungarische Minderheit zu fordern" (TG, 19.9.1938).[612] Hitler überließ die Beantwortung dieses Schreibens Göring, wie Goebbels überliefert: „Der Führer läßt ihm durch Göring antworten, die Ungarn sollen sich etwas mehr an diesem Kampf beteiligen und nicht uns alles allein machen lassen. Sonst hätten sie auch keinen Anspruch auf die Ernte. Das werden die Ungarn wohl verstehen" (TG, 19.9.1938). Horthys Sorge der Übergehung der ungarischen Minderheit in der Tschechoslowakei erwies sich als zutreffend, denn in dem in London ausgehandelten britisch-französischen Plan war, wie Goebbels wußte, von „Polen und Ungarn […] keine Rede" (TG, 20.9.1938).[613] Obgleich also für das NS-Regime die Entwicklung überraschend positiv verlief, indem sich die beiden westlichen Demokratien auf die Abtretung des Sudetenlandes verständigt hatten, bemühte sich Hitler um die Anstiftung der anderen Revisionsmächte zu einer aggressiveren Vorgehensweise, um den Konflikt mit der Tschechoslowakei zu verschärfen und eine mögliche Alleinschuld für den noch immer favorisierten

grundes", z.B. den „Abwurf tschechischer Bomben auf ungarisches Gebiet durch deutsche Flugzeuge nach Inbesitznahme der ersten tschechischen Flughäfen"; Krausnick/Deutsch, Groscurth, Tagebuch-Eintrag vom 2.9.1938, S.109.

609 In Polen wurde befürchtet, die UdSSR würde im Kriegsfall ihre 1921 an Polen abgetretenen Gebiete wieder besetzen; vgl. Michaelis, 1938. Krieg, S.118.

610 Anscheinend hatte Göring gegenüber Hitler übertrieben; vgl. Bericht Lipskis an Beck über sein Gespräch mit Göring am 16.9.1938, in: Jędrzejewicz, Lipski, Doc.96, S.404.

611 Celovsky, Münchener Abkommen, S.386.

612 Goebbels hatte den Brief gut paraphrasiert; vgl. Brief Horthys an Hitler, 17.9.1938, in: Ádám u.a., Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, Dok.35, S.192 (in englischer Übersetzung in: Szinai/Szűcs, The Confidential Papers of Admiral Horthy, Doc.25, S.102); DIMK, Vol.II, Dok.359.

613 Über die ungarische, polnische und slowakische Minderheit in der Tschechoslowakei wurde auf der Konferenz zwar gesprochen (DBFP, 3rd Series, Vol.II, Doc.928; DDF, 2e Série, Tome 11, Doc.212), aber in der schriftlichen Botschaft an die Regierung in Prag wurden sie nicht erwähnt (DBFP, 3rd Series, Vol.II, Doc.937; ADAP, D 2, Dok.523; DDF, 2e Série, Tome 11, Doc.213).

Krieg[614] zu verhindern. Er beschwerte sich bei Goebbels, daß „Polen und Ungarn […] nichts" machten (TG, 20.9.1938), und teilte ihm den nächsten Handlungsschritt mit. „Der Führer bestellt für heute Lipski und den ungarischen Ministerpräsidenten Imredy" (TG, 20.9.1938).[615] Die Ausführungen Goebbels' enden mit den Worten: „Auf die Ungarn ist er besonders wütend" (TG, 20.9.1938), was wiederum darauf hindeutet, daß Horthy Hitler vorher – und vor allem im August 1938 während des Staatsbesuchs in Deutschland – eine Waffenbrüderschaft in Aussicht gestellt hatte, sonst wäre die Wut Hitlers unbegründet.

Goebbels war, wie aus seinem Tagebuch hervorgeht, während des neuerlichen ungarischen Staatsbesuchs von Ministerpräsident Béla von Imrédy und Außenminister Kánya am Vormittag des 20. September auf dem Obersalzberg zumindest zeitweilig Augenzeuge dieses Gesprächs: „Beim Führer. Die Ungarn sind schon da. Der Führer sagt ihnen ordentlich Bescheid. Sie benehmen sich maßlos feige. Ich werfe Imredy und Kanya ganz offen vor, daß ihre Presse sich saumäßig benimmt. Sie versuchen sich krampfhaft zu verteidigen. Aber ich bleibe auf meinem Standpunkt" (TG, 21.9.1938). Mit „saumäßig" brachte Goebbels seine Enttäuschung über die mangelnde Aggressivität der ungarischen Presse zum Ausdruck, die auch schon Göring scharf kritisiert hatte.[616] Die hier zitierte Tagebuchpassage von Goebbels bestätigt einen Bericht des Auswärtigen Amts über diese Unterredung auf dem Berghof,[617] der besagt, Hitler habe den ungarischen Gästen „Vorwürfe über die unentschlossene Haltung Ungarns im gegenwärtigen Krisenzeitpunkt gemacht" und erklärt, er „sei entschlossen, die tschechische Frage selbst auf die Gefahr eines Weltkrieges zu lösen", und zwar „in spätestens drei Wochen", und es sei „jetzt der letzte Moment für Ungarn gekommen, sich einzuschalten". Hitler habe ferner geäußert, es sei „das beste, die Tschechoslowakei zu zerschlagen" und „[s]einer Auffassung nach sei die einzig befriedigende Lösung ein militärisches Vorgehen". Von den Ungarn habe er verlangt, „sofort ihrerseits [eine] Abstimmung für die von Ungarn gewünschten Territorien zu verlangen" und „keinerlei Garantien für etwaige neue Grenzen der Tschechoslowakei zu geben", außerdem eine schriftliche Fixierung der konkreten ungarischen Wünsche.[618] Ministerpräsident Imrédy soll erwidert haben, in Budapest „habe man an eine Lösung in 1–2 Jahren gedacht", doch werde sich seine Regierung nun die Forderung der eigenen Minderheit „zu eigen machen" und Hitler die Revisionsziele übermitteln. Auch werde man „sofort militärische Vorbereitungen treffen, was innerhalb von

[614] Celovsky, Münchener Abkommen, S. 391, gelangte ebenfalls zu dem Schluß, daß die Verhandlungslösung für Hitler „nur die zweitbeste Lösung" war.

[615] Lipski – und wohl auch die Ungarn – wurde tatsächlich erst am 19.9.1938 eingeladen; vgl. Aufzeichnung Lipskis, 19.9.1938, in: Jędrzejewicz, Lipski, Doc. 97.

[616] Zur Haltung der ungarischen Presse siehe Hoensch, Der ungarische Revisionsimus, S. 81, 86; Ádám u. a., Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, S. 38.

[617] Aufzeichnung Erich Kordts, A.A., über ein Telefonat mit Legationsrat Brücklmeier über die Besprechung Hitlers mit Imrédy und Kánya, 21.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 554. Siehe auch Telegramm Woermanns an deutsche Botschaft Rom und deutsche Gesandtschaft Budapest, 21.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 555. Vgl. auch Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 89–91.

[618] Zu den ungarischen Forderungen siehe Aufzeichnung Woermanns nach Gespräch mit Sztójay, 23.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 586.

14 Tagen allerdings nur lückenhaft geschehen könne", und für innere Unruhen in der Slowakei sorgen.[619] Als Hitler von den „Befestigungsanlagen im Westen" erzählte, habe das auf die Gäste Goebbels zufolge „einen ganz tiefen Eindruck" gemacht (TG, 21.9.1938). Goebbels verurteilte die ungarische Zurückhaltung und dokumentierte einen weiteren Streitpunkt: die von den Ungarn gewünschte Geheimhaltung der Anwesenheit ihres Generalstabschefs Keresztes-Fischer: „Die Ungarn möchten gerne erben, aber nichts dafür einsetzen. Schließlich bringen wir sie doch noch zu einem scharfen Brief und einem geharnischten Communiqué. Von den Ungarn ist nicht viel zu erwarten. Sie werden uns im Ernstfall kaum etwas nützen.[620] Selbst im Communiqué wollen sie wieder herausstreichen, daß ihr Generalstabschef mit auf dem Obersalzberg war. Aber darauf bestehen wir nun" (TG, 21.9.1938).[621] Mit dem von Goebbels erwähnten „scharfen Brief" meinte er die ungarischen Demarchen in Prag, London und Paris,[622] die sich an die erneuten polnischen Noten anschlossen und das Selbstbestimmungsrecht für ihre Minderheiten forderten.

Erst nachträglich erfuhr Goebbels von der Elchjagd in Rominten in Ostpreußen, zu der sich Göring und Horthy am 18. September 1938 getroffen hatten.[623] Während des Mittagstisches bei Hitler am 26. September erzählte Göring davon: „Er berichtet von seiner Unterredung mit Horthy. Ganz schlapp und feige. Horthy ist auch nicht besser als seine Landsleute. Er will erben, aber garnichts [!] einsetzen. Das haben wir gerne" (TG, 27.9.1938). Diese Notiz von Goebbels läßt darauf schließen, daß Horthy, wie wohl auch Imrédy und Kánya, dem NS-Regime die nun – aufgrund der unsicheren Haltung Jugoslawiens und Rumäniens – wiedererstarkten ungarischen Bedenken gegen ein gewaltsames Vorgehen in der Tschechoslowakei mitgeteilt haben. Der Eintrag von Goebbels ist deshalb besonders wertvoll, da über diesen Jagdausflug wegen seines informellen Charakters keine anderen Quellen existieren, und Horthy nach dem Krieg behauptet hatte, es sei nicht über Politik gesprochen worden.[624]

Im Anschluß an den Besuch der Ungarn stand eine Unterredung Hitlers und Ribbentrops mit dem polnischen Botschafter Lipski an, an der Goebbels nicht teilnahm, über die er aber gleich danach informiert wurde: „Nachmittags empfängt der Führer noch Lipski, um auch ihm den Star zu stechen. Auch die Polen

[619] Das Hitler versprochene Vorgehen, Unruhen in der Slowakei zu schaffen, ließ Kánya an Mussolini übermitteln; vgl. DIMK, Vol. II, Dok. 374.

[620] Vermutlich war Hitler über das militärische Potential der Ungarn informiert. Zwar standen in Ungarn 160 000–230 000 Mann unter Waffen, jedoch reichten die Munitionsvorräte nur für ca. 36 Stunden; vgl. Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 91.

[621] Die Beteiligung des Generalstabschefs überliefert auch Lipski; vgl. Bericht Lipskis an Beck, 20.9.1938, in: DM, Bd. 1, Nr. 23, S. 186. Im Kommuniqué wurde sie letztlich doch erwähnt; vgl. IfZ, Archiv, DNB-Berichte, 20.9.1938, Meldung Nr. 56, Bl. 49.

[622] Vgl. ADAP, D 2, Dok. 560, 569, 577; DBFP, 3rd Series, Vol. III, Doc. 28 f.; DIMK, Vol. II, Dok. 370 f., 378 f., 382–384, 392, 398a, 404, 414.

[623] Horthy, Ein Leben für Ungarn, S. 204; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 976.

[624] Auf das Fehlen der Quellen machte Magda Ádám, The Munich Crisis, S. 97; Richtung Selbstvernichtung, S. 139, aufmerksam. Carlile Aylmer Macartney, History of Hungary, Part I, S. 261, Anm. 6, hatte unter Berufung auf eine Auskunft Horthys behauptet, es seien keine politischen Gespräche geführt worden.

sollen sich etwas auf die Hinterbeine setzen. Sonst fallen sie bei der Entscheidung unweigerlich hinten herunter. Die Unterredung dauert sehr lange und verläuft positiv" (TG, 21.9.1938). Zunächst hatte Hitler gegenüber Lipski, wie dieser berichtete,[625] deutlich gemacht, daß die von ihm favorisierte „gewaltsame Besetzung der Sudeten […] eine klarere und vollständigere Lösung" brächte, daß er jedoch „schon aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung des eigenen Landes" eine Verhandlungslösung bei „Annahme seiner Bedingungen" nicht ausschlagen könne. Lipski erwähnte daraufhin die diplomatischen Noten seiner Regierung in London, Paris und Rom und erklärte, daß in der Frage des Teschener Gebiets die Polen „nicht vor Gewaltanwendung zurückschrecken würden", wenn ihre Interessen keine Berücksichtigung fänden.[626] Hitler erwiderte, auch er werde, sollten seine Vorschläge keine Akzeptanz finden, „mit der Waffe für die Vereinigung der Sudeten mit dem Reich vorgehen". Bei Annahme seiner Forderungen könne die Reichsregierung keine Garantie für den territorialen Bestand der Tschechoslowakei abgeben, solange die Ansprüche der anderen Staaten nicht erfüllt würden. Ohne darum gebeten werden zu müssen, versicherte Lipski, daß Polen eine solche Garantie vor der Verwirklichung seiner Forderungen ebenfalls nicht abgeben könne. Daraufhin ermunterte Hitler die polnische Regierung zu einer gewaltsamen Lösung, indem er ausführte, daß das Reich sich auf die Seite der Polen stellen würde, sollte es zwischen Polen und der Tschechoslowakei wegen der Region Teschen zu einem Konflikt kommen.

Lipski vermutete in seinem Bericht an den polnischen Außenminister, daß Hitler ähnliches Imrédy und Kánya zu verstehen gab. Hitler habe außerdem erklärt, daß die Polen „über die Linie der bekannten deutschen Interessen hinaus völlig freie Hand" hätten, was bedeutet hätte, daß er die Annexion der Slowakei und der Karpatho-Ukraine Polen zugestanden hätte, wären sie den Ungarn zuvorgekommen. Ribbentrop habe um eine Formulierung der polnischen Interessen in der Tschechoslowakei durch den polnischen Außenminister gebeten, wie sie auch die ungarische Regierung zugesagt habe, die dann zusammen mit den ungarischen Wünschen bei Chamberlain vorgebracht würden. Abschließend habe Ribbentrop versichert, die deutsche Presse werde das polnische „Vorgehen" in der Minderheitenfrage „so breit wie möglich beleuchten".[627] Die Anweisung des Propagandaministeriums, die polnischen und ungarischen Pressestimmen zu den Forderungen ihrer Minderheiten in der Tschechoslowakei „auf der ersten Seite" herauszustellen, war schon ergangen, ehe Lipski sein Gespräch mit Hitler und Ribbentrop begonnen hatte.[628] Ausdrücklich wurde den Journalisten mitgeteilt, diese Anord-

[625] Bericht Lipskis an Beck, 20.9.1938, in: DM, Bd. 1, Nr. 23, S. 186–197; auch in: Jędrzejewicz, Lipski, Doc. 99, S. 408–412.

[626] Bericht Lipskis an Beck, 20.9.1938, in: DM, Bd. 1, Nr. 23, S. 186–197; auch in: Jędrzejewicz, Lipski, Doc. 99, S. 408–412.

[627] Ebenda.

[628] Lipski berichtete, er sei um 16.00 Uhr von Hitler empfangen worden und habe mehr als zwei Stunden mit ihm und Ribbentrop gesprochen; vgl. Bericht Lipskis an Beck, 20.9.1938, in: DM, Bd. 1, Nr. 23, S. 186; auch in: Jędrzejewicz, Lipski, Doc. 99, S. 408. In der Presseanweisung des Propagandaministeriums wurde mitgeteilt, das DNB gebe am Nachmittag des 20.9.1938 „eine große Anzahl von polnischen und ungarischen Presse-

nungen gingen „aus einer wichtigen Besprechung mit dem Führer und Reichskanzler hervor".[629] Als Bindeglied zwischen Hitler und Propagandaministerium fungierte in diesen Tagen Goebbels selbst oder seine Mitarbeiter Hanke, Gutterer, Fritzsche und Hadamovsky, die mit ihrem Chef auf den Obersalzberg gefahren waren (TG, 18.9.1938). Mehrmals täglich wurde mit Alfred I. Berndt in Berlin telefoniert. Im Tagebucheintrag über die an diesem Tag geführten Unterredungen erwähnte Goebbels ihn dreimal, gab ihm „Richtlinien" und nahm befriedigt zur Kenntnis, daß die NS-Propagandisten „heute fast die ganze Weltmeinung" dirigierten (TG, 21.9.1938).

Die Aussprachen Imrédys und Lipskis mit Hitler führten zu einer verstärkten Aktivität der beiden Revisionsmächte, die Goebbels auch in seinem Tagebuch festhielt: „Ungarn und Polen regen sich. Stellen ganz scharfe Forderungen in London und Paris. Folgen der Unterredungen auf dem Obersalzberg. Wir zitieren diese Stimmen ausführlich in der Presse" (TG, 22.9.1938). Die ungarische und die polnische Regierung hatten sich zwischen 20. und 22. September jedoch nicht nur an London und Paris, sondern auch direkt an Prag gewandt.[630] Wenige Zeilen später kam Goebbels noch einmal auf Warschau und Budapest zurück: „Wir bringen die Alarm- und Paniknachrichten aus Prag groß aufgemacht heraus.[631] Dann leisten wir den Forderungen der Ungarn und Polen Hilfestellung. Die regen sich jetzt sehr nach den Injektionen, die sie auf dem Obersalzberg empfangen haben. Es war auch höchste Zeit" (TG, 22.9.1938).

In der Nacht vom 21. zum 22. September, als Goebbels mit Hitler im Zug von München nach Bad Godesberg fuhr, erläuterte Hitler seinem Propagandaminister noch einmal seine Taktik für die Aussprache mit Chamberlain und die noch immer mögliche militärische Lösung: „Bezgl. Garantie: der Führer läßt diese nur zu, wenn Nachbarstaaten mitmachen.[632] Also Polen und Ungarn. Die können nicht, wenn ihre Forderungen nicht befriedigt sind. Greift Polen militärisch ein, und es

stimmen heraus, die scharf die Minderheitenforderungen betonen" und die „auf der ersten Seite mit einem großen Kasten herausgestellt und kommentiert werden" müßten; Aufzeichnung Sängers, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2606, 20.9.1938. Die Anweisungen mußten also vormittags oder mittags, jedenfalls vor dem Gespräch Hitler-Lipski erteilt worden sein.

629 Aufzeichnung Sängers, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2606, 20.9.1938.

630 Der Wortlaut der polnischen Demarchen an Prag, London und Paris ist überliefert in: ADAP, D 2, Dok. 553, Anlage 2 und 3 (Prag und London), sowie DBFP, 3rd Series, Vol. III, Doc. 20, Anlage 1 (London), und DDF, 2e Série, Tome 11, Doc. 269 (Paris). Der Text der ungarischen Note an London ist publiziert in: DBFP, 3rd Series, Vol. III, Doc. 29, Annex. Vgl. auch ADAP, D 2, Dok. 551, 560, 569, 577, 596, 602, 606, 630, 639, 645, 652; DBFP, 3rd Series, Vol. III, Doc. 22, 28; DDF, 2e Série, Tome 11, Doc. 242, 256, 258f., 275f., 290, 323; DIMK, Vol. II, Dok. 370f., 378f., 383f.

631 Vgl. Aufzeichnung Sängers, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2611, 21.9.1938.

632 Gegenüber Chamberlain erklärte Hitler hierzu: „Deutschland könne der Garantie für die Tschechei erst beitreten, wenn dies sämtliche Nachbarn des Tschechenstaates sowie alle Großmächte unter Einschluß Italiens getan hätten"; Aufzeichnung über die Unterredung Hitler-Chamberlain am 22.9.1938 nachmittags in Bad Godesberg von P. O. Schmidt, 22.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 562, S. 694–702, hier S. 700; „Notes of a conversation between Mr. Chamberlain and Herr Hitler at Godesberg on September 22, 1938" von Sir Ivone Kirkpatrick, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1033, S. 463–473, hier S. 469.

will das dem Anschein und Versprechen nach,[633] dann greift auch Deutschland ein. Dann wird gleich die radikale Lösung gemacht" (TG, 22.9.1938). Unter der „radikalen Lösung" verstanden Hitler und Goebbels die Annexion des gesamten deutschen und tschechischen Siedlungsraumes in der Tschechoslowakei, die Vertreibung eines Großteils der Tschechen sowie die vorübergehende deutsche Besetzung der Slowakei, die Hitler den Ungarn wegen deren mangelnder Aktivität nun nicht mehr zuerkannte: „Ungarn benimmt sich ganz feige, es wird auch bei dem Handel schlecht wegkommen. Der Slowakei will der Führer später mal eine weitgehende Autonomie geben. Nicht aber den Tschechen" (TG, 22.9.1938).

Obgleich Hitler seinen ungarischen Gästen und Lipski mitgeteilt hatte, er werde auch deren Ansprüche vor Chamberlain vorbringen, nahm er im Gespräch mit Goebbels wenige Stunden vor seiner zweiten Unterredung mit dem britischen Premier von dieser Position wieder Abstand: „Ob er sich zum Sachwalter Polens oder Ungarns macht, steht noch nicht fest. Evt. läßt er sich das abhandeln. Die Polen regen sich etwas.[634] Auch in Budapest waren Massendemonstrationen.[635] Aber mit so flauen Reden, daß einem das Kotzen ankommt" (TG, 23.9.1938), notierte Goebbels. Doch auch auf militärischem Gebiet fanden in Polen und Ungarn Mobilisierungsmaßnahmen statt,[636] so daß die britische und auch die französische Regierung beide Staaten deswegen kurz vor der Unterredung Chamberlain-Hitler warnen ließen, und die sowjetische Regierung, was auch Goebbels bekannt war, mit der Kündigung des polnisch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags drohte.[637] Gleich-

[633] Zu den polnischen militärischen Planungen und Maßnahmen zur Besetzung des Olsa-Gebietes siehe Zgórniak, Europa, S. 315–323.

[634] Auf zahlreichen Kundgebungen in Polen wurde der „Anschluß" des Teschener Gebietes an Polen gefordert; nach diesen Versammlungen habe es Demonstrationen gegeben mit der Parole „Auf die Tschechei, auf die Tschechei". Vgl. anonyme Aufzeichnung, A.A., über Telefonat mit dem polnischen Presseattaché Wnorowski bei der polnischen Botschaft Berlin, 22.9.1938, PA/AA, R 29768, Fiche 1178, Bl. 126234–235.

[635] Von einer riesigen Versammlung, auf der eine Resolution für die Rückgliederung Oberungarns aufgestellt wurde, berichtete auch der französische Botschafter in Budapest, Gaston Maugras, am 22.9.1938 an Außenminister Georges Bonnet; vgl. DDF, 2e Série, Tome 11, Doc. 284. Siehe auch Szarka, Versuchung, S. 332, der die Teilnehmer an der Demonstration auf 200 000 beziffert; siehe ferner Ripka, Munich, S. 116.

[636] „Polen hat nun auch eine Teilmobilisation vorgenommen" (TG, 26.9.1938). Zur ungarischen Mobilmachung siehe: ADAP, D 2, Dok. 503 sowie PA/AA, R 29768, Fiche 1178, Bl. 126205; DIMK, Vol. II, Dok. 357f., 383f., 387; zur polnischen vgl. PA/AA, R 29768, Fiche 1178, Bl. 126249–250; DIMK, Vol. II, Dok. 369, 376, 390. Siehe auch: Ádám u.a., Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, S. 39; Ádám, The Munich Crisis, S. 97f.; Ádám, Richtung Selbstvernichtung, S. 135f.; Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 93; Cienciala, The Munich Crisis, S. 60; Michaelis, 1938. Krieg, S. 98; François-Poncet, Als Botschafter, S. 330; Zgórniak, Europa, S. 313–327 (Polen) und S. 333f. (Ungarn).

[637] Zu den britischen und französischen Protesten gegenüber Polen und Ungarn siehe ADAP, D 2, Dok. 585; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1024; Vol. III, Doc. 34f., 37, 45 Anlage 1; DIMK, Vol. II, Dok. 383f., 387. Siehe auch Ádám, The Munich Crisis, S. 99. Zur sowjetischen Drohung an die polnische Regierung wegen der Truppenkonzentrationen an der Grenze zur Tschechoslowakei und der Antwort aus Warschau siehe: TG, 25.9.1938; Bericht des deutschen Botschafters Friedrich Werner Graf von der Schulenburg über Gespräch mit dem polnischen Geschäftsträger in Moskau an das A.A., 23.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 582; siehe auch: Ebenda, Dok. 621; DIMK, Vol. II, Dok. 390; Cienciala, The Munich Crisis, S. 61; NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2658f., beide vom 23.9.1938.

zeitig organisierte die polnische Regierung Freikorpsverbände, die im Teschener Gebiet für Unruhen sorgen sollten.[638] Auch im tschechoslowakisch-ungarischen Grenzbereich wurden von Ungarn geförderte Freikorps aktiv.[639] Dennoch war dies Hitler nicht genug, wie Goebbels im Tagebuch berichtet: Ungarn sei im Gegensatz zu Polen „in einen richtigen Dornröschenschlaf versunken. Der Führer läßt dort anfragen, ob Ungarn nun unser Freund oder unser Feind ist" (TG, 27.9.1938). In der Tat hatte Sztójay seinem Außenminister mitgeteilt, die Deutschen hätten nachgefragt, welche Haltung Ungarn im Falle eines deutschen Einmarsches in die Tschechoslowakei einnehmen würde.[640] Sztójay erklärte nach Rücksprache mit seinem Außenminister gegenüber Göring, „daß Ungarn marschieren wird".[641]

Chamberlains Besuch in Bad Godesberg

Am 22. September 1938, nach der Annahme des britisch-französischen Plans durch die tschechoslowakische Regierung, reiste Neville Chamberlain zu seiner zweiten Aussprache mit Hitler nach Bad Godesberg. An den Tagen zuvor hatte Hitler immer wieder seine Taktik in Anwesenheit von Goebbels und anderen überlegt und erklärt, er werde Chamberlain eine Karte mit den neuen Staatsgrenzen vorlegen (TG, 20.–22.9.1938). Die deutsche Mobilmachung, so scheint Hitler geschwärmt zu haben, verlaufe „programmgemäß" und diene dazu, „den Druck zu verstärken und auf alle Eventualitäten gerüstet zu sein"; vor allem nahm er an, daß dann „die Engländer schon etwas fixer nach einer Lösung suchen" würden (TG, 18.9.1938). In seinen Unterredungen mit den Ungarn – und sicherlich auch mit Lipski – hatte Hitler verkündet, er werde vor dem britischen Premier seine Forderungen „brutal" vertreten.[642]

Auf der Fahrt nach Godesberg erläuterte Hitler vor Ribbentrop und Goebbels noch einmal seine Vorgehensweise, die Goebbels sehr ausführlich im Tagebuch dokumentiert. Es handelt sich hierbei um ein einzigartiges Dokument, da keine andere Quelle Hitlers Pläne vor dem Gespräch mit dem Premier detailliert überliefert. Zudem zeigt es im Kontext der offiziellen Protokolle[643], daß Hitler Goebbels tatsächlich sehr exakt über seine Strategie informiert hatte und daß er sich in seiner Unterredung mit Chamberlain fest an den vorgenommenen Plan hielt.

638 Cienciala, The Munich Crisis, S. 60; Telegramm Moltkes, Warschau, an das A.A., 24.9.1938, PA/AA, R 29768, Fiche 1178, Bl. 126249–250. Siehe auch: DBFP, 3rd Series, Vol. III, Doc. 32; DIMK, Vol. II, Dok. 377, 399.

639 Vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. III, Doc. 39; DIMK, Vol. II, Dok. 349, 374, 377, 399, 408.

640 Telegramm Sztójays an Kánya, 26.9.1938, in: DIMK, Vol. II, Dok. 397. Vgl. auch Ádám, Richtung Selbstvernichtung, S. 140.

641 Memorandum der ungarischen Regierung, 10.12.1938, in: Ádám u. a., Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, Dok. 48, S. 209.

642 Aufzeichnung E. Kordts, 21.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 554.

643 Aufzeichnung über die Unterredung Hitler-Chamberlain am 22.9.1938 nachmittags in Bad Godesberg von P. O. Schmidt, 22.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 562, S. 694–702; „Notes of a conversation between Mr. Chamberlain and Herr Hitler at Godesberg on September 22, 1938" von Sir Ivone Kirkpatrick, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1033, S. 463–473.

„Der Führer wird Chamberlain ganz klare Forderungen vorlegen: Demarkationslinie wird von uns gezogen, möglichst weit. Sofortige Räumung dieses Gebietes durch die Tschechen. Einmarsch der deutschen Wehrmacht. Alles binnen 8 Tagen.[644] Eher sind wir nicht fertig mit unserem Aufmarsch. Streiten die Gegner die Richtigkeit unserer Linie ab, dann im ganzen Gebiet Volksabstimmung. Muß bis Weihnachten erledigt sein. Fällt Volksabstimmung gegen uns aus, wollen wir wieder räumen. Vorteil: wenn es zum bewaffneten Konflikt kommt, stehen wir hinter den Befestigungen und viel deutsches Blut wird geschont. Verlangt Chamberlain Frist zu weiteren Verhandlungen, dann fühlt der Führer sich an keine Abmachungen mehr gebunden und hat Handlungsfreiheit. […] Das ganze Problem muß noch diesen Herbst gelöst werden. Die Zeit war nie so günstig wie jetzt. Also handeln und keine Chance verpassen" (TG, 22.9.1938).

Hitler beabsichtigte nun also doch ein Plebiszit für den Fall, daß die tschechoslowakische Regierung seine Grenzziehung nicht akzeptieren würde. Was diesen Meinungsumschwung herbeiführte, ist relativ unklar, doch wahrscheinlich ist er als Folge der Gespräche mit Imrédy und Lipski zu sehen. Indem Hitler für das sudetendeutsche Volk eine Volksabstimmung durchsetzte, hätte eine solche den anderen Minderheiten kaum verweigert werden können, was, hätten sich auch die Slowaken – die Hitler ausdrücklich vor Chamberlain erwähnte[645] –, beteiligt, die Zerschlagung der Tschechoslowakei bedeutet hätte. Aus diesem Grund hatten die französischen und britischen Regierungsmitglieder bei ihrer Konferenz in London eine Abtretung des Sudetenlandes ohne Plebiszit befürwortet.

Wenige Stunden vor dem Zusammentreffen mit Chamberlain hatte Goebbels noch einmal eine lange Aussprache mit Hitler, bei der ihn der Diktator auch über den Stand der deutschen Mobilmachung informierte: „am 28. September ist bei uns alles marschbereit. Der Führer will Chamberlain seine klaren Forderungen unumwunden vorlegen und sich nichts davon abhandeln lassen. Ob er sich zum Sachwalter Polens oder Ungarns macht, steht noch nicht fest" (TG, 23.9.1938). Genau dies, die Verfechtung der polnischen und ungarischen Interessen, hatte Chamberlain bei seiner Abreise in London befürchtet,[646] und zwar zu Recht, denn Hitler begann das Gespräch in Bad Godesberg mit den Forderungen der angeblich unterdrückten Minderheiten in der Tschechoslowakei. Aufgrund der negativen Erfahrung bei der Übergabe des Gesprächsprotokolls von Berchtesgaden brachte Chamberlain mit Ivone Kirkpatrick diesmal einen eigenen Dolmetscher mit – ein Glücksfall für die Forschung, da nun durch zwei voneinander unabhängige Aufzeichnungen eine bessere Quellenbasis existiert.[647]

644 Hitler betonte, „daß das Problem endgültig bis zum 1. Oktober restlos gelöst sein müsse", ADAP, D 2, Dok. 562, S. 698. Siehe auch DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1033, S. 466.

645 Vgl. ADAP, D 2, Dok. 562, S. 697; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1033, S. 465.

646 Am Flughafen hatte Chamberlain dies gegenüber dem deutschen Geschäftsträger in London, Th. Kordt, sowie dem deutschen Diplomaten von Selzam geäußert; Aufzeichnung über Telefonat mit v. Selzam, PA/AA, R 29768, Fiche 1178, Bl. 126183; Telegramm Kordts, 22.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 570.

647 Für die deutsche Seite fertigte das Protokoll wieder der Chefdolmetscher, Legationsrat Paul Otto Schmidt, an; vgl. Aufzeichnung Schmidts, 22.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 562, S. 694–702. Die englische Niederschrift Kirkpatricks ist abgedr. in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1033, S. 463–473.

Goebbels, der mit Hitler im Rheinhotel Dreesen residierte, dokumentierte den ersten Verhandlungstag des „Führers" mit Chamberlain in Godesberg wiederum sehr ausführlich in seinem Tagebuch. Er selbst war an den politischen Gesprächen zwischen den beiden Staatsmännern nicht beteiligt, doch wurde er sofort umfassend von Hitler in Kenntnis gesetzt:

„Um 4h nachmittags beginnt die Unterredung des Führers mit Chamberlain. Sie dauert bis abends nach 7h.[648] Der Führer geht genau so vor, wie er beabsichtigte. Die Karte[649] mit unserer Demarkationslinie erregt bei Chamberlain einiges Entsetzen.[650] Aber er faßt sich dann schnell, als der Führer ihm erklärt, daß eine Grenze nach Anwendung von Gewalt strategischer Art sei und wesentlich anders aussehen würde.[651] Unterdeß [!] rollt unsere Mobilmachung weiter. Chamberlain ist schon zufrieden, daß wenigstens nicht sofort Gewalt angewendet wird. Auf die Garantieforderung für die Rumpftschechei geht der Führer garnicht [!] ein. Er lehnt das ab im Hinblick auf Polen und Ungarn.[652] Auch Englands Garantierung ist nur eine ganz vage. „Bei einem nichtprovozierten Angriff". Das kennen wir! Hauptsache, daß wir einmal hinter die Berge kommen und die Befestigungsanlagen hinter uns haben. Darauf steuert nun alles hin. Demgemäß kapriziert sich der Führer bei Chamberlain auch nicht so sehr auf Polens und Ungarns Forderungen. Das wird dann alles noch kommen, wenn wir einmal im Lande sind. London hat eine maßlose Angst vor Gewalt" (TG, 23.9.1938).

Ein Vergleich dieser Goebbels-Passage mit den offiziellen Gesprächsberichten zeigt auch in diesem Fall, wie genau der Propagandaminister informiert wurde und wie sorgfältig er sein Tagebuch führte, obgleich er nicht alle Themen wiedergab. Zur Garantiefrage habe Chamberlain gemäß Protokoll ausgeführt, „daß die Garantie sich natürlich nur auf einen nichtprovozierten Angriff bezöge" und daß Prag militärpolitisch „völlig neutral sein müßte". Sogar von der territorialen Integrität einer verkleinerten Tschechoslowakei nahm Chamberlain Abstand, indem er erklärte, daß „eine Garantie gegen einen nichtprovozierten Angriff auf die Tschechoslowakei natürlich nicht bedeute, daß die Grenzen der Tschechoslowakei, wie sie jetzt festgelegt würden, auf immer und ewig unverrückbar seien".[653] Die von Goebbels notierte „Angst" der Briten bezog sich auf Chamberlains „dringende Bitte" an Hitler, wie Protokollant Schmidt festhielt, „mit ihm zusammen das Menschenmöglichste zu versuchen, die Dinge auf geordnete friedliche Weise zu regeln". Chamberlain verwies auf die hohen Verluste an Menschenleben und die

[648] Dem amtlichen Kommuniqué zufolge begann die Unterredung um 16.00 Uhr, dauerte bis 19.15 Uhr und sollte am nächsten Vormittag fortgesetzt werden; vgl. IfZ, Archiv, DNB-Berichte, 22.9.1938, Meldung Nr. 96, Bl. 57.

[649] Diese Karte ist abgedr. in: DDP, Bd. 6, Teil 1, zwischen S. 320 und 321.

[650] Chamberlain sprach am 28.9.1938 im britischen Unterhaus von einem „profound shock", als Hitler ihn mit den neuen Forderungen überrascht hatte; siehe Ripka, Munich, S. 122.

[651] Hitler nannte zwei Möglichkeiten, erstens die friedliche, von ihm vorgeschlagene Lösung oder zweitens „eine militärische Lösung, wobei die neue Grenze von den Militärs nach strategischen Gründen festzusetzen wäre". Aufzeichnung Schmidts, in: ADAP, D 2, Dok. 562, S. 700. Siehe auch DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1033, S. 469, 471.

[652] Vgl. Aufzeichnung Schmidts, in: ADAP, D 2, Dok. 562, S. 700; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1033, S. 469.

[653] Aufzeichnung Schmidts, in: ADAP, D 2, Dok. 562, S. 700 und ebenda, S. 696; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1033, S. 469.

Zerstörungen, sollte es zum bewaffneten Konflikt kommen, und äußerte, es erschiene ihm daher „besser, auf friedlichem Wege zu versuchen, eine Lösung zu finden, aus der der Führer mit Sicherheit die Erfüllung seiner Forderungen erwarten könne".[654] Chamberlain gestand also Hitler die Annexion des Sudetenlandes zu dessen Bedingungen im Prinzip zu.

Die Forderung Hitlers nach Entlassung der Sudetendeutschen aus dem tschechoslowakischen Militär- oder Polizeidienst dürfte für Goebbels ebenso selbstverständlich gewesen sein wie die Ablehnung des britischen Ansinnens, das Deutsche Reich möge Prag nach Abtretung des Sudetenlandes eine Entschädigung für die dort vorhandenen tschechoslowakischen Staatsgüter zahlen oder einen Teil der tschechoslowakischen Auslandsschulden übernehmen oder einen Nichtangriffspakt mit der Tschechoslowakei schließen.[655] Derartige Details notierte Goebbels nicht. Zugleich läßt dieser Eintrag die pseudo-darwinistische Weltanschauung von Joseph Goebbels und der NS-Spitze sowie die hasardeurhafte Außenpolitik des NS-Regimes erkennen. „Bis jetzt ist die Sache gut angelaufen" (TG, 23. 9. 1938), resümierte Goebbels die Unterredung und zeigte sich sehr zufrieden mit dem Einsatz Hitlers: „Der Führer hat zäh und klug gekämpft" (TG, 23. 9. 1938). Da Chamberlain Goebbels zufolge „noch mit London, mit Daladier und Prag telephonieren" wollte, wurde „die Unterredung für den Abend abgebrochen" (TG, 23. 9. 1938). Im Anschluß an dieses Gespräch informierte Hitler Goebbels noch einmal über die militärische Terminplanung,[656] bevor beide am Abend zur Entspannung eine Bootsfahrt auf dem Rhein unternahmen (TG, 23. 9. 1938).

Zur Fortsetzung des Gesprächs Hitlers mit Chamberlain am nächsten Vormittag, 23. September 1938, kam es nicht, wie auch Goebbels im Tagebuch festhielt: „Chamberlain kommt morgens nicht. Statt dessen schreibt er einen Brief.[657] Inhalt: er ist im großen Ganzen mit den Forderungen des Führers einverstanden.[658] Er glaubt aber, den Tschechen nicht vorschlagen zu können, deutsche Truppen in das von ihnen zu räumende Gebiete [!] vorrücken zu lassen. Das sähe nach Gewalt aus.[659] Die Ruhe und Ordnung soll von den Sudetendeutschen aufrechterhalten werden[660]" (TG, 24. 9. 1938). Goebbels kannte also diesen Brief Chamber-

[654] Aufzeichnung Schmidts, in: ADAP, D 2, Dok. 562, S. 699, 701; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1033, S. 471.

[655] Vgl. Aufzeichnung Schmidts, in: ADAP, D 2, Dok. 562, S. 696, 700f.; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1033, S. 468–470.

[656] „Am 28. September ist bei uns alles fertig zum militärischen Eingreifen. Bis dahin muß die Lösung da sein, so oder so", TG, 23. 9. 1938.

[657] Eine deutsche, im A.A. angefertigte Übersetzung dieses Briefes ist abgedr. in: ADAP, D 2, Dok. 572, S. 708f. Der originale englische Wortlaut ist publiziert in: Curtis, Documents on International Affairs, 1938, Vol. II, S. 227f.; Chamberlain, Struggle, S. 266–268; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1048 oder DGFP, D 2, Doc. 572, S. 887f.

[658] Chamberlain schrieb an Hitler, daß „grundsätzlich darüber keine Mißverständnisse bestehen, daß die sudetendeutschen Gebiete dem Reich einverleibt werden sollen"; Brief Chamberlains an Hitler, 23. 9. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 572, S. 709.

[659] Würden deutsche Truppen sofort einmarschieren, könnte dies als „eine unnötige Machtdemonstration" angesehen werden und würde die tschechoslowakische Regierung zu militärischem Widerstand herausfordern. Brief Chamberlains an Hitler, 23. 9. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 572, S. 708f.

[660] Brief Chamberlains an Hitler, 23. 9. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 572, S. 709.

lains an Hitler und gab seinen Inhalt sehr genau wieder. Im Gegensatz zu anderen Staatsbesuchen, über die Goebbels erst nachträglich informiert wurde, gehörte er in diesem Fall zum Expertenteam, mit dem sich Hitler in Godesberg beriet, da er andernfalls die Überlegungen Hitlers sowie das Antwortschreiben an Chamberlain nicht derartig genau hätte kennen können. Die Ablehnung der tschechoslowakischen Räumung und sofortigen deutschen Besetzung des Sudetenlandes durch Chamberlain interpretierte das NS-Regime als Taktik der tschechoslowakischen Staatsführung, wie Goebbels deutlich macht:

„Wir sind uns gleich darüber klar, daß das ein fauler Trick des Herrn Benesch ist. Er will Zeit gewinnen, glaubt, in Paris und London die Linksopposition mobilisieren zu können, was ihm zu einem Teil auch schon gelungen ist, dann doch noch zu einem bewaffneten Konflikt mit Hilfe von Paris oder London zu kommen und in seinen Befestigungen zu sitzen. Alte, bekannte Methode des Herrn Benesch: Zeit gewinnen und weiter intrigieren. Dem macht aber nun der Führer ein Ende. Er teilt Chamberlain mit, daß er auf seinen Vorschlag nicht eingehen könne, die Tschechen hätten garnicht [!] die Absicht, ihr Wort zu halten,[661] auf Versprechungen gebe er nichts, er erinnere dabei an die 14 Punkte Wilsons,[662] und nun müsse endlich reiner Tisch gemacht werden. / Der Führer ist wütend und geht nun aufs Ganze“ (TG, 24. 9. 1938).

Hitler setzte alles auf eine Karte und drohte Chamberlain mit Krieg, sollten seine Forderungen nicht akzeptiert werden. An Chamberlain schrieb er: „Deutschland ist jedenfalls, wenn es – wie es jetzt den Anschein hat – für seine unterdrückten Volksgenossen in der Tschechoslowakei auf dem Verhandlungswege dem klaren Rechte nicht zum Durchbruch verhelfen kann, entschlossen, die dann allein übrig bleibenden Möglichkeiten auszuschöpfen“.[663] Goebbels glaubte, dies sei die „letzte Krise vor der Entscheidung“ und die Engländer wollten „pokern“, würden aber „bestimmt nachgeben, wenn sie auf harten Widerstand stoßen“ (TG, 24. 9. 1938). Die schriftliche Antwort Hitlers traf bei Chamberlain um 15.35 Uhr ein.[664] Der Nachmittag war bei den Nationalsozialisten in Godesberg, wie Goebbels berichtete, „ausgefüllt mit lähmendem Warten“ (TG, 24. 9. 1938). Die „entscheidende Frage“ lautete: „dürfen die deutschen Truppen vorrücken, und wenn ja, bis wohin?“ (TG, 24. 9. 1938). Chamberlain erließ in der Zwischenzeit einen Aufruf zur Ruhe im sudetendeutschen Gebiet, nachdem Hitler bereits am 15. September und in

[661] Hitler schrieb Chamberlain, er glaube, daß die tschechoslowakische Regierung dem Grundsatz der Abtretung des Sudetenlandes nur zugestimmt habe, um „dadurch Zeit zu gewinnen, um […] eine Wende zu Ungunsten dieses Grundsatzes herbeiführen zu können. Denn wenn es mit dem Grundsatz, daß diese Gebiete zu Deutschland gehören sollen, ehrlich gemeint ist, besteht kein Grund, die praktische Verwirklichung dieses Grundsatzes hinauszuschieben.“ Anschließend übermittelte Hitler seine angeblich langjährigen Erfahrungen mit der Unaufrichtigkeit der tschechoslowakischen Politik: „Die langjährige Kenntnis der tschechischen Praktik in solchen Dingen zwingt mich, so lange an die Unaufrichtigkeit tschechischer Zusagen zu glauben, als sie nicht durch den praktischen Beweis erhärtet sind.“ Brief Hitlers an Chamberlain, 23. 9. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 573, S. 711. Auch in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1053, S. 486 f.; Chamberlain, Struggle, S. 268–271.

[662] Brief Hitlers an Chamberlain, 23. 9. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 573, S. 710.

[663] Ebenda, S. 711.

[664] DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1053, S. 485, Anm. 2.

Godesberg nochmals einen gemeinsamen Appell abgelehnt hatte.[665] Die Nationalsozialisten erfreuten sich statt dessen an der Aktivität des Sudetendeutschen Freikorps. Goebbels notierte im Tagebuch, die Vorstöße des Freikorps dienten „dazu, Unruhe zu erzeugen und den Spannungszustand zu verschärfen. Das ist im Augenblick besonders notwendig" (TG, 24.9.1938).

Obwohl Chamberlain und die britische Verhandlungsdelegation einen sofortigen Einmarsch der Wehrmacht in das Sudetenland inakzeptabel fanden,[666] teilte Chamberlain Hitler am Spätnachmittag in einem zweiten Brief mit, dieser möge seine Vorschläge in einem Memorandum fixieren, das der Premier an die tschechoslowakische Regierung weiterzuleiten versprach.[667] Chamberlain wollte abreisen, doch den im Hintergrund tätigen Diplomaten gelang es, noch eine abschließende Zusammenkunft der beiden Staatsmänner zu arrangieren.[668] In der Zwischenzeit hatte sich die Situation allerdings grundlegend gewandelt, denn die tschechoslowakische Regierung hatte die allgemeine Mobilmachung angeordnet, die auch Goebbels in seinem Tagebuch verzeichnete. Überraschenderweise deutete Goebbels sie dort als Gegenmaßnahme gegen die deutsche Mobilmachung, wohingegen Hitler eine deutsche Mobilisierung gegenüber Chamberlain strikt geleugnet hatte.[669] Goebbels schrieb: „Unsere Mobilmachung geht ihren Weg und wird nun auch für die Welt sichtbar.[670] Man glaubt, das sei eine Provokation für den Augenblick. In Prag bekommt man es mit der Angst zu tun. Man glaubt, ein Einmarsch stehe unmittelbar bevor. Benesch ordnet die allgemeine Mobilmachung an. Dramatischster Augenblick des Tages. Nun rasen die Telephone! Die wilde Journaille faselt schon von Weltkrieg" (TG, 24.9.1938). Goebbels interpretierte die tschechoslowakische Mobilisierung also genau wie Chamberlain – und die tschechoslowakische Regierung – als Defensivmaßnahme, während Hitler vorgab, darin einen feindlichen Akt zu erkennen, und die Verhandlungen mit Chamberlain abzubrechen beabsichtigte.[671]

[665] „Chamberlain erläßt einen Aufruf zu Ruhe und Ordnung im tschechischen Staatsgebiet. Der Führer weigert sich, sich diesem Aufruf anzuschließen. Mit Recht: die Sudetendeutschen fordern ihr Recht. Sie sind lange genug geknebelt worden. Mit Kirchhofsfrieden ist jetzt nichts mehr getan"; TG, 24.9.1938. Beim ersten Zusammentreffen auf dem Obersalzberg hatte Hitler gesagt, „daß ein derartiger Appell von ihm unmöglich an die sudetendeutsche Bevölkerung gerichtet werden könne. Es könne ihm nicht zugemutet werden, den Opfern der tschechoslowakischen Verfolgung noch Ermahnungen zuteil werden zu lassen"; Aufzeichnung Schmidts, 15.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 487, S. 633.

[666] Dies überliefert auch Goebbels: „England möchte kein Vorrücken deutscher Truppen. Das sähe nach Gewalt aus. Auch ein Standpunkt. Aber der Führer bleibt hart", TG, 24.9.1938.

[667] Der englische Originaltext ist abgedr. in: ADAP, D 2, Dok. 574; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1057; Chamberlain, Struggle, S. 271f.; eine deutsche Übersetzung in: Michaelis/Schraepler, Ursachen, Bd. 12, Dok. 2711e, S. 380f.

[668] Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 587.

[669] Legationsrat Schmidt hielt im Protokoll fest: „Der Führer bestritt, daß Deutschland mobilisiert habe"; Aufzeichnung Schmidts über die Unterredung am 23.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 583, S. 716–724, hier S. 719.

[670] Vgl. FRUS 1938, Vol. I, S. 681f.; Michaelis, 1938. Krieg, S. 87f.

[671] ADAP, D 2, Dok. 583, S. 719. Als Hencke im Prager Außenministerium nach dem Grund für die Mobilisierung fragte, wurde ihm „als Grund Bedrohung der Tschechoslowakei

Zugleich enthält die entsprechende Passage aus dem Tagebuch von Goebbels eine noch größere Sensation für die Forschung. Allem Anschein nach wußte Hitler, was in der Forschung bislang nicht in Betracht gezogen wurde[672], bereits vor Beginn seiner letzten Besprechung mit Chamberlain in Godesberg von der tschechoslowakischen Mobilisierung, denn Goebbels notierte nach der „Mobilmachung" durch Beneš: „Der Führer bleibt ganz ruhig und gelassen. Er faßt in einem Memorandum noch einmal unsere Forderungen präzise zusammen. Dann kommt Chamberlain abends gegen 10h zu einem Schlußbesuch" (TG, 24.9.1938). Sollte sich Goebbels, der sich in unmittelbarer Nähe Hitlers befand und von diesem noch „bis nachts um 3h" (TG, 24.9.1938) Bericht erhielt, hier getäuscht haben? Das erscheint äußerst unwahrscheinlich, denn das tschechoslowakische Kabinett trat unter Beneš bereits um 20.00 Uhr zusammen, um die Gesamtmobilmachung zu beschließen,[673] so daß es zeitlich durchaus möglich gewesen wäre, daß die NS-Führung davon vor der Rundfunkerklärung um 22.20 Uhr erfahren hatte.[674] Zudem telegraphierte der deutsche Geschäftsträger Hencke aus Prag an das Auswärtige Amt, er sei „30 Minuten vor Bekanntwerden allgemeiner Mobilmachungs-Anordnung", um „20.00 Uhr", in das tschechoslowakische Außenministerium bestellt worden,[675] also war ihm die Mobilisierung bereits um 20.30 Uhr bekannt; auch der britische Gesandte in Prag, Basil Newton, erhielt die Nachricht um 20.30 Uhr.[676] Auch war die NS-Führung in der Lage, die Telefonate von Beneš mitzuhören. Das Tagebuch von Goebbels offenbart, daß Hitler während der Abfassung des Memorandums diese Meldung kannte, und es entlarvt die Verhandlungstaktik Hitlers als Theater, da sich der deutsche Reichskanzler während der Besprechung die angeblich sensationelle Nachricht der Mobilmachung überbrin-

durch Krieg angegeben". Telegramm Henckes an das A.A., 24.9.1938, ADAP, D 2, Dok. 591. Wenige Stunden später berichtete Hencke über folgende, in Prag verbreitete Argumentationen zur Mobilisierung: 1. Angebliches Scheitern der Gespräche Hitlers mit Chamberlain und bevorstehender deutscher Angriff; 2. Provokation eines deutschen Angriffs und Zwang der Westmächte zur Hilfeleistung; 3. Vorbeugung eines möglichen kommunistischen Aufstands. Telegramm Henckes, 24.9.1938, PA/AA, R 29768, Fiche 1179, Bl. 126287. Vgl. auch Král, Abkommen, Dok. 218, S. 252.

672 Weder Celovsky, Münchener Abkommen, S. 396, 408, noch Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 588f., Laffan, Survey, Vol. II, S. 387–390, Weinberg, The Foreign Policy. Starting World War II, S. 447, Ripka, Munich, S. 133, oder Kershaw, Hitler, Bd. 1, S. 170f., erwogen diese Möglichkeit, wahrscheinlich, da die Beteiligten Schmidt (Schmidt, Statist, S. 405f.) und Henderson (siehe Aufzeichnung Ribbentrops über Gespräch mit Henderson, 25.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 600, S. 743), vielleicht bona fide, Ribbentrop (in: IMG 10, 29.3.1946, S. 286; Ribbentrop, Zwischen London, S. 143) sicherlich bewußt, die Version vertraten, Hitler habe erst während der Besprechung von der tschechoslowakischen Mobilmachung erfahren.

673 Celovsky, Münchener Abkommen, S. 408.

674 Ebenda, S. 401. Hencke telegraphierte, daß die Mobilmachung um 22.30 Uhr im tschechoslowakischen Rundfunk bekanntgegeben worden sei; Telegramm Henckes an das A.A., 24.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 591.

675 Telegramm Henckes an das A.A., 24.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 592.

676 Ripka, Munich, S. 130–132.

gen ließ. Daraufhin habe Hitler dem Protokoll zufolge erklärt, „daß ja nun wohl die ganze Angelegenheit damit erledigt sei".[677]

Goebbels hielt über das nächtliche Gespräch zwischen Hitler und Chamberlain, diesmal unter Einschluß ihrer Berater[678], das „fast 3 Stunden" gedauert habe (TG, 24. 9. 1938), fest:

„Der Führer übergibt ihm sein Memorandum.[679] Um die einzelnen Punkte geht noch ein erbitterter Kampf. Der spitzt sich soweit zu, daß Chamberlain plötzlich aufstehen und gehen will: er habe nun seine Pflicht getan, es sei aussichtslos und er wasche seine Hände in Unschuld. Aber auch diese kritische Minute wird überwunden. / Der Führer läßt sich dazu herbei, eine Kleinigkeit an den Fristen zu ändern: bis zum 1. Oktober muß das strittige Gebiet endgültig von den Tschechen geräumt sein. Dann spricht er in dem Memorandum nicht von Forderungen, sondern von Vorschlägen.[680] Sonst bleibt alles beim Alten. / Chamberlain identifiziert sich zwar nicht mit dem Memorandum, aber er übernimmt es, dieses an die Tschechen weiterzuleiten. Das ist auch schon was. Damit sind wir aus der Sache heraus. Die Tschechen haben das Wort – das letzte Wort vor dem dramatischen Ende. Prag lebt noch in einer vollkommenen Illusion. Man glaubt dort an französische, russische und gar englische Hilfe. Arme Idioten!" (TG, 24. 9. 1938).

Der von Goebbels beschriebene kritische Augenblick stellt sich im Protokoll des Auswärtigen Amts folgendermaßen dar: Als Chamberlain Hitler fragte, ob das Memorandum „wirklich sein letztes Wort" sei, und Hitler dies entschieden bejahte und weitere militärische Maßnahmen ankündigte, erklärte Chamberlain nach der Aufzeichnung Schmidts, „daß unter diesen Umständen eine Fortsetzung der Besprechungen zwecklos sei. Er habe sein Äußerstes getan, seinen Bemühungen seien fehlgeschlagen. […] Sein Gewissen sei jedoch rein. Er habe von sich aus alles nur menschenmögliche getan, um eine Friedenslösung herbeizuführen".[681] Die Änderung der Räumungsfristen ist im englischen Protokoll deutlicher als im deutschen. In der Gesprächsaufzeichnung von Chefdolmetscher Schmidt wurden die ursprünglich vorgeschlagenen Fristen nicht genannt, dort heißt es lediglich, Hitler schlage „die Ersetzung sämtlicher im Memorandum genannten Fristen durch eine Bestimmung vor, nach der die Tschechische Regierung das in der beigefügten Karte angegebene Gebiet bis zum 1. Oktober übergeben haben müsse".[682]

677 Aufzeichnung Schmidts, in: ADAP, D 2, Dok. 583, S. 719; britisches Protokoll von Kirkpatrick, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1073, S. 499–508, hier S. 501.

678 Neben Hitler und Dolmetscher Schmidt nahmen auf deutscher Seite Ribbentrop und Staatssekretär Weizsäcker teil, auf britischer neben Chamberlain auch sein Berater Sir Horace Wilson, Botschafter Nevile Henderson und dessen Mitarbeiter Ivone Kirkpatrick. Siehe auch Henderson, Fehlschlag, S. 178 f.; Schmidt, Statist, S. 404–407.

679 Memorandum, in: ADAP, D 2, Dok. 584, S. 724–726; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1068, S. 495 f.

680 Diese sprachliche Modifizierung ist nur dem englischen Protokoll zu entnehmen, bei Schmidt fehlt sie: Chamberlain hatte am Memorandum die aggressive Sprache kritisiert, insbesondere die Vokabel „demands". Kirkpatrick notierte weiter: „Herr Hitler said that he had no objection to substituting the word ‚proposal' for ‚demand'. The memorandum was accordingly modified". Protokoll Kirkpatricks, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1073, S. 505. Siehe auch Henderson, Fehlschlag, S. 178; Meissner, Staatssekretär, S. 463.

681 Aufzeichnung Schmidts, in: ADAP, D 2, Dok. 583, S. 720. Siehe auch britisches Protokoll von Kirkpatrick, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1073, S. 502.

682 Aufzeichnung Schmidts, in: ADAP, D 2, Dok. 583, S. 722.

Aus dem Protokoll Kirkpatricks geht hervor, daß die Räumung des Sudetenlandes in Hitlers ursprünglichem Memorandum am 26.9.1938 beginnen und am 28.9.1938 beendet sein sollte. Auf die Unmöglichkeit dieser Forderung durch Horace Wilson und Chamberlain hingewiesen, erklärte sich Hitler zur Änderung bereit.[683]

Dieses letzte deutsch-britische Gespräch in Godesberg dauerte bis 1.45 Uhr morgens, bis um 3.00 Uhr morgens gab Hitler Goebbels und den anderen anschließend noch Bericht (TG, 24.9.1938), so daß auch Goebbels rasch und bestens informiert war. Am nächsten Morgen, den 24. September 1938, flog Chamberlain nach London zurück. Über die Schlußbesprechung wurde ein sehr harmonisch wirkendes Kommuniqué veröffentlicht, das selbst Goebbels als unangemessen empfand. „Etwas aufreizend wirkt das sehr positive Schlußkommuniqué" (TG, 24.9.1938),[684] notierte er und war nun sehr zuversichtlich: „Nun geht das Schlußrennen los. / Ich glaube, es wird bald gelingen" (TG, 24.9.1938).

8. Der Höhepunkt der Krise und die Münchener Konferenz

Die tschechoslowakische Mobilmachung und die Ablehnung von Hitlers Godesberger Memorandum

Die tschechoslowakische Generalmobilmachung vom 23. September 1938, durch die 1,45 Millionen Mann zu den Waffen gerufen wurden, darunter 315 000 Sudetendeutsche und 90 000 Ungarn, sowie die Abreise Chamberlains aus Bad Godesberg führten zu einer „Kriegspanik" in Europa (TG, 25.9.1938),[685] die Goebbels einzudämmen versuchte.[686] Konrad Henlein erließ, wie Goebbels schrieb, „einen Aufruf, der Mobilisation des Herrn Benesch keine Folge zu leisten" (TG, 25.9.1938).[687] Auch dieser Aufruf wurde zunächst an Hitler weitergeleitet, der die Entscheidung fällen sollte, ob dieser Aufruf im Rundfunk bekanntgegeben würde.[688] Schon Tage zuvor hatten die „Henleinleute" erklärt, „Gestellungsbefehlen keine Folge leisten zu wollen" (TG, 16.9.1938). Die Versuche sudetendeutscher Wehrpflichtiger, sich der Einberufung zu entziehen, führten zu zahlreichen Verhaftungen.[689] Neuesten Forschungen zufolge kam etwa ein Drittel der sudetendeutschen

683 Protokoll Kirkpatricks, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1073, S. 503–506. Die ursprünglichen Fristen nennen auch Schmidt, Statist, S. 404, Meissner, Staatssekretär, S. 463, und Henderson, Fehlschlag, S. 178f., in ihren Memoiren.

684 IfZ, Archiv, DNB-Berichte, 23.9.1938, Meldung Nr. 87, Bl. 62.

685 Zückert, Zwischen Nationsidee, S. 287. Siehe auch Celovsky, Münchener Abkommen, S. 398, 401; Röhr, Freikorps, S. 58.

686 Siehe schriftliche Notiz Berndts und Pressekonferenz, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2665f., beide vom 24.9.1938.

687 Text in: Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 244.

688 Dieser Aufruf wurde vom A.A. an Berndt übermittelt, der ihn, vermutlich über Goebbels, an Hitler weiterleiten sollte; anonyme Aufzeichnung aus dem A.A. nach Telefonat mit der Vomi, 23.9.1938, PA/AA, R 29768, Fiche 1179, Bl. 126282.

689 Bericht Henckes an das A.A., 25.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 603, S. 745.

Aus dem Protokoll Kirkpatricks geht hervor, daß die Räumung des Sudetenlandes in Hitlers ursprünglichem Memorandum am 26.9.1938 beginnen und am 28.9.1938 beendet sein sollte. Auf die Unmöglichkeit dieser Forderung durch Horace Wilson und Chamberlain hingewiesen, erklärte sich Hitler zur Änderung bereit.[683]

Dieses letzte deutsch-britische Gespräch in Godesberg dauerte bis 1.45 Uhr morgens, bis um 3.00 Uhr morgens gab Hitler Goebbels und den anderen anschließend noch Bericht (TG, 24.9.1938), so daß auch Goebbels rasch und bestens informiert war. Am nächsten Morgen, den 24. September 1938, flog Chamberlain nach London zurück. Über die Schlußbesprechung wurde ein sehr harmonisch wirkendes Kommuniqué veröffentlicht, das selbst Goebbels als unangemessen empfand. „Etwas aufreizend wirkt das sehr positive Schlußkommuniqué" (TG, 24.9.1938),[684] notierte er und war nun sehr zuversichtlich: „Nun geht das Schlußrennen los. / Ich glaube, es wird bald gelingen" (TG, 24.9.1938).

8. Der Höhepunkt der Krise und die Münchener Konferenz

Die tschechoslowakische Mobilmachung und die Ablehnung von Hitlers Godesberger Memorandum

Die tschechoslowakische Generalmobilmachung vom 23. September 1938, durch die 1,45 Millionen Mann zu den Waffen gerufen wurden, darunter 315 000 Sudetendeutsche und 90 000 Ungarn, sowie die Abreise Chamberlains aus Bad Godesberg führten zu einer „Kriegspanik" in Europa (TG, 25.9.1938),[685] die Goebbels einzudämmen versuchte.[686] Konrad Henlein erließ, wie Goebbels schrieb, „einen Aufruf, der Mobilisation des Herrn Benesch keine Folge zu leisten" (TG, 25.9.1938).[687] Auch dieser Aufruf wurde zunächst an Hitler weitergeleitet, der die Entscheidung fällen sollte, ob dieser Aufruf im Rundfunk bekanntgegeben würde.[688] Schon Tage zuvor hatten die „Henleinleute" erklärt, „Gestellungsbefehlen keine Folge leisten zu wollen" (TG, 16.9.1938). Die Versuche sudetendeutscher Wehrpflichtiger, sich der Einberufung zu entziehen, führten zu zahlreichen Verhaftungen.[689] Neuesten Forschungen zufolge kam etwa ein Drittel der sudetendeutschen

683 Protokoll Kirkpatricks, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1073, S. 503–506. Die ursprünglichen Fristen nennen auch Schmidt, Statist, S. 404, Meissner, Staatssekretär, S. 463, und Henderson, Fehlschlag, S. 178f., in ihren Memoiren.

684 IfZ, Archiv, DNB-Berichte, 23.9.1938, Meldung Nr. 87, Bl. 62.

685 Zückert, Zwischen Nationsidee, S. 287. Siehe auch Celovsky, Münchener Abkommen, S. 398, 401; Röhr, Freikorps, S. 58.

686 Siehe schriftliche Notiz Berndts und Pressekonferenz, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2665f., beide vom 24.9.1938.

687 Text in: Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 244.

688 Dieser Aufruf wurde vom A.A. an Berndt übermittelt, der ihn, vermutlich über Goebbels, an Hitler weiterleiten sollte; anonyme Aufzeichnung aus dem A.A. nach Telefonat mit der Vomi, 23.9.1938, PA/AA, R 29768, Fiche 1179, Bl. 126282.

689 Bericht Henckes an das A.A., 25.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 603, S. 745.

Wehrpflichtigen ihren Einberufungsbefehlen nicht nach.[690] Die tschechoslowakische Armeeführung verzichtete in der Regel auf die Bewaffnung der einberufenen Sudetendeutschen und Ungarn und wollte diese nur in begrenztem Umfang den Kampfverbänden eingliedern.[691] Die Frage, ob die Mobilisierung aber dennoch erfolgreich vor sich ging oder „sehr flau und lustlos" (TG, 25.9.1938) bzw. „sehr langsam und mangelhaft" (TG, 26.9.1938), wie Goebbels zugetragen wurde, kann hier nicht beantwortet werden. Obgleich Klaus Michaelis zu dem Ergebnis kam, die Mobilmachung sei „nicht reibungslos" verlaufen, handelte es sich bei der von Goebbels wiedergegebenen Interpretation wohl in erster Linie um eine propagandistische Behauptung, denn die deutsche Gesandtschaft berichtete einen reibungslosen Verlauf, und sogar Goebbels hatte Zweifel an Meldungen über eine schleppende Mobilisierung.[692]

Noch wichtiger war für Goebbels sicherlich die Frage, wie es zur tschechoslowakischen Mobilmachung kam, da dieses Thema in der zeitgenössischen Propaganda auf beiden Seiten eine große Rolle spielte. Goebbels hielt dazu im Tagebuch fest: „Von Prag wird verlautbart, daß die tschechische Mobilisierung auf Geheiß von London und Paris vorgenommen worden sei. Ribbentrop macht darauf gleich eine Demarche an Henderson. Der telephoniert mit London und London dementiert glatt. Und zwar in sehr fairer Weise. Also wieder eine tschechische Propagandalüge" (TG, 26.9.1938). An dieser Passage läßt sich im Kontext weiterer Quellen deutlich erkennen, daß Goebbels, wahrscheinlich von Hitler, bei dem er sich aufhielt, nicht korrekt informiert worden war.

Zunächst zur historischen Situation:[693] London und Paris appellierten am 19. September durch ihre diplomatischen Vertreter in Prag, nicht zu mobilisieren, solange die Verhandlungen liefen.[694] Infolge der deutschen Mobilisierung, die nicht mehr zu übersehen war, und der Aktivitäten des Sudetendeutschen Freikorps stiegen bei den Regierenden der westlichen Demokratien die Bedenken gegen diesen Rat.[695] Am Nachmittag des 23. September, als die Verhandlungen zwischen Chamberlain und Hitler wegen dessen neuer Forderungen stockten und

[690] Zückert, Zwischen Nationsidee, S. 288f. Pfaff, Modalitäten, S. 39, 52, kam hingegen zu dem Schluß, daß fast zwei Drittel der Sudetendeutschen ihren Mobilmachungsbefehlen nicht gefolgt seien (von 192 000 Einberufenen 126 000).

[691] Zückert, Zwischen Nationsidee, S. 287; Michaelis, 1938. Krieg, S. 112f.

[692] Michaelis, 1938. Krieg, S. 112. Hencke meldete, nach ihm vorliegenden Meldungen „vollzieht sich Mobilmachung ruhig und reibungslos" (Telegramm Henckes an das A.A., 24.9.1938, PA/AA, R 29768, Fiche 1179, Bl. 126287) bzw. herrsche „[k]eine Begeisterung, aber Ruhe" (Telegramm Henckes an das A.A., 24.9.1938, PA/AA, R 29768, Fiche 1179, Bl. 126289) bzw. nähme sie „weiter normalen Verlauf" (Telegramm Henckes an das A.A., 24.9.1938, PA/AA, R 29768, Fiche 1179, Bl. 126294). Goebbels notierte hierzu zunächst mit einiger Distanz, die tschechische Mobilmachung „geht auch anscheinend sehr flau und lustlos vor sich", TG, 25.9.1938. Zur deutschen Propaganda von der angeblich als schleppend anlaufenden Mobilmachung siehe Ripka, Munich, S. 137f. Allerdings gehörte Ripka damals zu den engsten Mitarbeitern von Beneš, so daß auch seine Schilderung nicht als neutral zu betrachten ist.

[693] Vgl. auch Celovsky, Münchener Abkommen, S. 398–411.

[694] Vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 927, 951; DDF, 2e Série, Tome 11, Doc. 217f.

[695] Celovsky, Münchener Abkommen, S. 404f. Siehe auch DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1044, 1047.

nur mehr Briefe ausgetauscht wurden, wies Außenminister Halifax den britischen Gesandten in Prag, Basil Newton, an, die Empfehlung, nicht zu mobilisieren, zu widerrufen.[696] Weisungsgemäß sprach Newton um 17.00 Uhr in diesem Sinne mit dem Leiter der Politischen Abteilung des Prager Außenministeriums, eine Stunde später folgte ihm darin sein französischer Kollege Victor Léopold de Lacroix.[697] Die tschechoslowakische Regierung beschloß daraufhin um 20.00 Uhr die Mobilmachung. Am übernächsten Tag informierte die tschechoslowakische Regierung in einer Rundfunkerklärung die Hörer über diese diplomatischen Schritte Großbritanniens und Frankreichs und verkündete zu Recht, die Mobilisierung sei nicht gegen den Rat der Westmächte erfolgt.[698]

In der tschechoslowakischen Erklärung wird jedoch nicht behauptet, daß die britische oder die französische Regierung den Rat gegeben hätten, zu mobilisieren, wie Goebbels das darstellte. Diese Darstellung beruhte auf einem wahrscheinlich bewußten Mißverständnis innerhalb des NS-Regimes,[699] denn Ribbentrop konfrontierte Henderson mit der angeblichen tschechoslowakischen Erklärung, sie habe „mit Kenntnis, Rat und Zustimmung der Britischen und Französischen Regierung" mobilisiert, was Henderson dementierte.[700] Henderson stritt jedoch nicht ab, seine Regierung habe „die Verantwortung dafür nicht mehr übernehmen zu können geglaubt, die Tschechei von der Mobilisation abzuhalten".[701] Dieses Eingeständnis dürfte Goebbels mit seiner Notiz „in sehr fairer Weise" (TG, 26.9.1938) gemeint haben. Goebbels war über dieses gewollte Mißverständnis offenbar nicht informiert, daher mußte er aufgrund des britischen Dementis annehmen, Prag habe etwas Falsches behauptet, eine „Propagandalüge" (TG, 26.9.1938) in die Welt gesetzt. Auch der Leiter der Presseabteilung des Auswärtigen Amts teilte in der Pressekonferenz mit, die tschechoslowakische Regierung habe behauptet, die Mobilmachung sei „auf englisches Anraten erlassen worden".[702] Dieses Beispiel zeigt zum einen, daß dem NS-Regime jedes Mittel recht erschien, um die tschechoslowakische Regierung ins Unrecht zu setzen, zum anderen, daß natür-

[696] DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1049. Auch Chamberlain instruierte Newton später in der gleichen Weise; vgl. ebenda, Doc. 1052.

[697] Siehe hierzu Ripka, Munich, S. 129f. Vgl. auch DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1055, 1059, 1062; DDF, 2e Série, Tome 11, Doc. 308, 313f.

[698] „We repeat […] with all emphasis that our mobilization was not undertaken contrary to the advice and indications of the Great Powers of Western Europe". Curtis, Documents on International Affairs, 1938, Vol. II, S. 238. Vgl. auch DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1108.

[699] Celovsky, Münchener Abkommen, S. 403f., machte für diese falsche Darstellung vor allem Halifax verantwortlich, dem es nur darum gegangen sei, „überhaupt etwas zu bestreiten und sich aus der Sache zu ziehen". Celovsky übersah jedoch, daß die entsprechende Anweisung von Halifax (DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1090) erst erging, nachdem Ribbentrop mit Henderson gesprochen hatte, daß sie also als Reaktion auf die Vorwürfe Hendersons zu verstehen ist; vgl. ADAP, D 2, Dok. 600.

[700] Aufzeichnung Ribbentrops, 25.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 600, S. 742.

[701] Ebenda, S. 743. Siehe auch Král, Abkommen, Dok. 224, S. 255; Henderson, Fehlschlag, S. 177.

[702] Sänger über den Vortrag Aschmanns, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2676, 26.9.1938. Vgl. auch die sogenannte Richtigstellung, die in der deutschen Presse erschien; IfZ, Archiv, DNB-Berichte, 28.9.1938, Meldung Nr. 45, Bl. 37–39.

lich auch der Propagandaminister abhängig von den Informationen war, die man ihm zu geben bereit war. Die Folge der tschechoslowakischen Mobilmachung nur einen Tag später war eine eher halbherzig in Angriff genommene französische Teilmobilisierung, nachdem schon Anfang September 1938 einige Jahrgänge einberufen worden waren.[703] Westlich des Rheins standen somit 763 000 Mann unter Waffen.[704] Wenig später ordnete auch Großbritannien militärische Mobilmachungsmaßnahmen seiner Flotte an.[705]

Basil Newton kam am 24. September die Aufgabe zu, das Memorandum Hitlers Außenminister Krofta in Prag zu übergeben.[706] Im Wissen, daß die tschechoslowakische Regierung nun vor einer schweren Entscheidung stand, spekulierten Hitler und Goebbels, wie sie ausfallen würde. Goebbels war der „Überzeugung", daß Prag „annimmt", denn er sah angesichts der militärischen Bedrohung durch das Deutsche Reich keine Alternative und stellte im Tagebuch die rhetorische Frage: „Was soll es auch anders tun?" (TG, 25. 9. 1938). Hitler war anderer Meinung, vielleicht auch aufgrund des abgehörten Telefonats zwischen Beneš und dem tschechoslowakischen Gesandten in London, Jan Masaryk, über das auch Goebbels informiert war.

„Benesch telephoniert mit Masaryk. Beide machen sich stark, nicht nachgeben zu wollen und ihre Festungen nicht kampflos aufzugeben. Na, das wird sich ja finden. Das alles ist jetzt ein Ringkampf der Nerven, und die unseren sind fraglos besser als die des Herrn Benesch. Er ist zwar zäher als Schuschnigg, aber kapitulieren muß er doch. Im Allgemeinen ist die Lage noch ziemlich versteift. Aber Herr Benesch hat ja noch Zeit zum Nachgeben. Und er wird nicht wahnsinnig sein" (TG, 25. 9. 1938).[707]

Die „große Frage" an Hitlers Mittagstisch am 25. September lautete Goebbels zufolge: „gibt Benesch nach? Der Führer meint nein, ich sage ja. Man weiß noch nichts Bestimmtes" (TG, 26. 9. 1938). Bei einem nachmittäglichen Spaziergang durch den Garten der Neuen Reichskanzlei sprach Hitler noch einmal ausführlich über die militärische Option, die sich bei der Ablehnung des Memorandums böte. Goebbels notierte die Ausführungen Hitlers und liefert damit ein wertvolles Dokument für die Einschätzung Hitlers, der glaubte, in „2–3 Wochen" die Tschecho-

[703] „Die Einberufung von Reservistenjahrgängen in Frankreich wirkt in der ganzen Welt wie ein Alarmruf", TG, 7. 9. 1938. Vgl. Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 385; ADAP, D 2, Dok. 604, 647; Celovsky, Münchener Abkommen, S. 413.

[704] Michaelis, 1938. Krieg, S. 152.

[705] Celovsky, Münchener Abkommen, S. 425, 452; Bonnet, Vor der Katastrophe, S. 111; Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 315.

[706] Gegen 19.00 Uhr übergab Newton Krofta die englische Übersetzung, die nicht eher fertig gewesen sei, versprach ihm auch die deutsche Originalversion, die von Berlin aus mit dem Auto nach Prag gebracht wurde; vgl. Telegramm Newtons an Halifax, 24. 9. 1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1080; Král, Abkommen, Dok. 220, S. 253. Dies erklärt die Tagebuchnotiz Goebbels' vom Morgen des 26. 9. 1938: „Jedenfalls haben die Tschechen schon unser Memorandum in Händen. Die Übergabe hatte sich etwas verzögert"; TG, 26. 9. 1938.

[707] Von diesem abgehörten Telefonat berichtete Hitler auch Sir Horace Wilson am 26. 9. 1938; vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1118, S. 557.

slowakei militärisch niederringen zu können.[708] Allerdings ist diese Prognose Hitlers wesentlich zurückhaltender als ein Planspiel der Wehrmacht, wonach die Tschechoslowakei binnen elf Tagen niedergeworfen werden sollte.[709] Goebbels hatte darüber notiert:

„Lange mit dem Führer durch den Park spaziert. Er glaubt nicht, daß Benesch nachgeben wird. Aber dann trifft ihn ein furchtbares Strafgericht. Am 27./28. September ist unser Aufmarsch fertig. Der Führer hat dann 5 Tage Spielraum. Diese Termine hat er bereits am 26. Mai festgelegt. Und so, wie er es voraussah, ist die Sache prompt gekommen. Der Führer ist ein divinatorisches Genie. / Dann aber kommt erst unsere Mobilmachung. Die geht so blitzschnell vor sich, daß die Welt ein Wunder daran erlebt. In 8–10 Tagen ist das alles fertig. Greifen wir die Tschechen von unserer Grenze aus an, dann meint der Führer dauert es 2–3 Wochen, greifen wir sie nach dem Einmarsch an, glaubt er, ist es in 8 Tagen erledigt. Die radikale Lösung ist doch die beste. Sonst werden wir die Sache nie los. Im Übrigen ist unser Aufmarsch nun schon überall sichtbar. Da gibt's nichts mehr abzustreiten" (TG, 26. 9. 1938).

Goebbels, der zuvor gelegentlich Sorgen vor einem Krieg gehabt zu haben scheint, war angesichts dieser Prognose nun doch, wie sein Eintrag zeigt, für die „radikale Lösung" (TG, 26. 9. 1938). Genau wie Ribbentrop war er inzwischen überzeugt, „daß sich kein Aas rühren wird", wenn das Deutsche Reich „handeln", das heißt die Tschechoslowakei angreifen würde (TG, 26. 9. 1938). Die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs, die Goebbels hier mit „Aas" meinte, trafen sich am 25. und 26. September noch einmal in London, um über die Sudetenkrise zu beraten.[710] „Daladier und Bonnet sind in London. Dort tagt man in Permanenz" (TG, 26. 9. 1938), notierte er leicht spöttisch. Doch was tat Prag? Zunächst kamen nur „Gerüchte, daß Prag unser Exposé abgelehnt habe" (TG, 26. 9. 1938), hielt Goebbels fest. Er betrachtete dies als „Stimmungsmache" (TG, 26. 9. 1938), vor allem auch, weil Chamberlain Hitler mitteilen ließ, „daß er darauf nichts geben solle, bis er ihm persönlich Mitteilung zukommen lassen werde" (TG, 26. 9. 1938).[711]

Die tschechoslowakische Regierung war von Chamberlain daher gebeten worden, die Antwort über London weitergeben zu lassen.[712] Binnen weniger Stunden

[708] Bei der ersten Besprechung der vier Mächte in München äußerte Hitler ebenfalls die Einschätzung, daß das Problem „in 14 Tagen gelöst werden" könnte; Aufzeichnung der Münchener Konferenz, Teil 1, in: ADAP, D 2, Dok. 670, S. 804–808, hier S. 807.

[709] Dieses Planspiel fand im Frühjahr 1938 statt; die entsprechende Ausarbeitung bei Annahme eines Zweifrontenkrieges für das Deutsche Reich stammt von Generalmajor v. Salmuth, Chef des Generalstabes des Heeresgruppenkommandos 1 (Berlin); der Generalstabschef des Heeres Ludwig Beck hatte vor diesem Planspiel einen Zeitraum von drei Wochen für einen deutschen Sieg gegen die Tschechoslowakei geschätzt. Vgl. Michaelis, 1938. Krieg, S. 59, 69; Müller, Beck. Biographie, S. 336. Der tschechoslowakische Generalstab ging nach dem „Anschluß" Österreichs davon aus, daß die Wehrmacht innerhalb von vier bis acht Tagen das Verteidigungssystem überwinden könnte; vgl. Bystrický, Voraussetzungen der Verteidigung der ČSR, S. 144.

[710] Die britischen Protokolle der Konsultationen am 25. 9. 1938 abends und 26. 9. 1938 vormittags sind abgedr. in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1093, 1096, die französischen in: DDF, 2e Série, Tome 11, Doc. 356, 375, 376.

[711] Siehe hierzu Telegramm Th. Kordts an das A.A., 26. 9. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 605, sowie Aufzeichnung Weizsäckers, 26. 9. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 610.

[712] Telegramm Halifax' an Newton, 24. 9. 1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1079.

nach Erhalt von Hitlers neuen Forderungen lehnte die tschechoslowakische Regierung am 25. September dieses als „Ultimatum" empfundene deutsche Memorandum durch ein Schreiben ihres Gesandten Masaryk an Chamberlain ab.[713] Als Gründe für die Ablehnung wurden der demütigende Charakter des Memorandums genannt, die weitreichenden Forderungen, die nicht mehr durch den britisch-französischen Plan gedeckt seien, die Unmöglichkeit der Verteidigung der neuen Grenzen, die Aufgabe der nationalen und ökonomischen Unabhängigkeit sowie die zu erwartende panikartige Umsiedlung derjenigen, die nicht unter dem NS-Regime leben wollten, welche nicht einmal ihren Besitz oder ihr Vieh mitnehmen hätten dürfen. Gleichzeitig bestätigte Masaryk darin die Akzeptanz des britisch-französischen Plans und signalisierte Kompromißbereitschaft.[714] Goebbels kommentierte die Antwort der tschechoslowakischen Regierung, die Berlin erst Tage später vorlag, zunächst mit den Worten: „Prag hat abgelehnt. Aber wie ausdrücklich betont wird, noch nicht endgültig. Schon faul! Es sucht natürlich Ausflüchte, Zeit zu gewinnen und noch etwas herauszuschinden" (TG, 27. 9. 1938).[715] Die Nichtannahme des deutschen Memorandums führte Goebbels zufolge wiederum zu einer starken „Kriegspanik", vor allem in der „Londoner und Pariser Presse" (TG, 27. 9. 1938), tatsächlich aber wohl in ganz Europa. Der nationalsozialistische Angriff auf die Tschechoslowakei schien unmittelbar bevorzustehen. Um den Frieden zu retten, wandte sich Chamberlain noch einmal schriftlich an Hitler und sandte seinen Vertrauten Horace Wilson nach Berlin.

Die Unterstützung durch das faschistische Italien

In diesen kritischen Tagen erhielt das NS-Regime unerwartet Unterstützung durch das faschistische Italien. Bereits anläßlich des Staatsbesuchs Hitlers in Italien im Mai 1938 hatte Mussolini dem Reich „absolut freie Hand" bei der Lösung des Sudetenkonflikts gegeben (TG, 7. 5. 1938). In der Folgezeit vertrat die italienische Presse die Interessen Deutschlands gegenüber der Tschechoslowakei (TG, 28. 5., 4. 6. 1938).[716] Anfang September war Mussolini, wie Ciano überliefert, „beunruhigt" und wollte die deutschen Pläne sowie die Wünsche an Rom in Erfahrung bringen. Durch Philipp von Hessen ließ er seine Sympathie für das deutsche Vorhaben übermitteln. Hitler ließ Mussolini am 7. September, wiederum durch Philipp von Hessen, mitteilen, daß er „ganz gleich, was kommen mag – an der

[713] Der Brief der tschechoslowakischen Regierung an Chamberlain vom 25. 9. 1938, unterzeichnet vom Gesandten Jan Masaryk, ist abgedr. in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1092. Eine deutsche Übersetzung findet sich bei: Michaelis/Schraepler, Ursachen, Bd. 12, Dok. 2713a, S. 400 f.

[714] Ausdrücklich wurde betont, daß die Forderungen Hitlers „in their present form" unannehmbar seien; vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1092, S. 519.

[715] Noch vernichtender kommentierte Goebbels die Ablehnung bei ihrem Eintreffen in Berlin: „Die am Sonntag [25. 9. 1938, d. V.] in London abgegebene Antwort der Tschechen ist nun im Wortlaut da. Eine glatte Absage. Mit durchsichtigen, typischen Benesch-Argumenten. Aber wir kriegen diesen hinterhältigen Schurken doch. Wenn nicht so, dann mit Gewalt. Aber glauben muß er daran"; TG, 28. 9. 1938.

[716] Vgl. Telegramm Mackensens, 29. 5. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 220; Telegramm Weizsäckers, 30. 5. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 223.

Seite Italiens stehen wird".[717] Wenige Tage später forderte Mussolini die „Erfüllung der Karlsbader Punkte" (TG, 10.9.1938)[718] und schrieb Runciman am 15. September einen offenen Brief, „in dem das Ende des tschechischen Staates vorausgesagt und ein Plebiszit gefordert wird" (TG, 16.9.1938).[719] Etwas überspitzt referierte Goebbels weiter den Inhalt dieses Schreibens: „Sonst gibt es Krieg!" (TG, 16.9.1938).[720]

Nach diesem Brief begann Mussolini eine Reise, auf der er in zahlreichen Reden immer deutlicher die Zerschlagung der Tschechoslowakei forderte und seine Bereitschaft erklärte, mit dem Reich gemeinsam zu kämpfen. Goebbels war geradezu begeistert von der Aktivität Mussolinis und glaubte, Italien werde mit dem Deutschen Reich „durch Dick und Dünn gehen" (TG, 18.9.1938). Über die erste Rede Mussolinis am 18. September, als sich die französische Regierung mit der britischen in London beriet, hielt Goebbels fest: „Mussolini hat in Triest gesprochen. Plebiszit. Wenn nicht, dann Lokalisierung des Konflikts. Er hält anscheinend die Stellung. Wenigstens ein richtiger Freund" (TG, 18.9.1938). Am Tag nach der Rede ging Goebbels im Tagebuch noch einmal darauf ein: „Mussolinis Rede hat das Terrain genau abgesteckt: Volksabstimmungen! Wenn Krieg, dann lokalisiert. Wenn Weltkonflikt, ist Italiens Platz schon festgelegt. Eine sehr klare und feste Haltung" (TG, 19.9.1938).[721] Es hat nicht den Anschein, daß Goebbels wußte, daß Hitler über den diplomatischen Weg inhaltliche Wünsche an den Duce durchgeben ließ.[722] Nach dieser Triester Rede sprach Mussolini noch in Gorizia, Udine

[717] Ciano, Tagebücher 1937/38, Eintrag vom 2.9.1938, S. 215f., Eintrag vom 7.9.1938, S. 220; ADAP, D 2, Dok. 415, S. 534–536; TG, 3.9.1938.

[718] In der „Informazione Diplomatica", 9.9.1938, siehe Strang, War and Peace, S. 165f.

[719] Das NS-Regime hatte Mussolini darum gebeten, die Karlsbader Punkte als nicht ausreichend darzustellen und nun das Selbstbestimmungsrecht zu fordern. Nach Erscheinen dieses Briefes bedankte sich Botschafter v. Mackensen bei Ciano; vgl. Ciano, Tagebücher 1937/38, Einträge vom 13.9.1938, 15.9.1938, S. 224, 226.

[720] Mussolini schrieb, nur „der Zwang" halte die Völker in der Tschechoslowakei zusammen, schlug Runciman „Volksabstimmungen" vor und äußerte, danach sei „die Beseitigung eines Herdes der Unordnung und der Unruhe" erledigt. Am Ende erfolgte tatsächlich die von Goebbels beschriebene Drohung mit Krieg: „Mit Tinte gezogene Grenzen können mit anderer Tinte abgeändert werden. Etwas anderes ist es, wenn die Grenzen von der Hand Gottes oder durch das Blut der Menschen gezogen wurden." Offener Brief Mussolinis an Runciman, erschienen am 15.9.1938 im „Popolo d'Italia", in: ADAP, D 2, Dok. 488, S. 637f.

[721] Mussolini forderte „Volksabstimmungen für alle Nationalitäten, die sie verlangen, Volksabstimmungen für alle Nationalitäten, die in die Tschechoslowakei hinein gezwungen worden sind", und gab seiner Hoffnung Ausdruck, „daß man in diesen letzten Stunden zu einer friedlichen Lösung gelange". „Wir wünschen ferner, sollte dies nicht möglich sein, daß ein eventueller Krieg begrenzt und eingeschränkt werde. Sollte aber auch das nicht der Fall sein und sich eine Front allgemeiner Natur für oder gegen Prag entwickeln, dann möge man wissen, daß Italiens Platz bereits gewählt ist." Rede Mussolinis abgedr. in: Conci, Es spricht der Duce, S. 32f.

[722] Aufzeichnung Woermanns über Gespräch mit Attolico, 16.9.1938, PA/AA, R 29768, Fiche 1177, Bl. 126071; anonyme, möglicherweise von Ribbentrop stammende Aufzeichnung aus dem A.A. über Telefonat mit Attolico, 17.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 510; Ciano, Tagebücher 1937/38, Einträge vom 16., 17.9.1938, S. 227.

und Treviso, was Goebbels allerdings nicht verzeichnete.[723] Ciano empfing unterdessen am 20. September – zeitgleich mit Hitler auf dem Obersalzberg –, die diplomatischen Vertreter Polens und Ungarns, um sie zu größerer Aktivität in bezug auf ihre Minderheitenforderungen zu ermutigen.[724] Hiervon dürfte Goebbels nichts gewußt haben; erst die Ansprache des Duce in Padua am 24. September hielt er wieder fest: „Mussolini hält in Padua eine harte Rede. Ganz auf unserer Seite. Zwei Völker marschieren zusammen. Brutale Kampfansage gegen den Bourgeois. Er ist ein richtiger Kerl. Vergilt uns jetzt unsere Haltung im Abessinienkonflikt. Diese Rede kommt uns im Augenblick sehr gelegen" (TG, 25. 9. 1938).[725] Goebbels quittierte sie mit großer Dankbarkeit: „Die Rede Mussolinis erweckt größtes Aufsehen. Er hat uns einen unschätzbaren Dienst getan" (TG, 25. 9. 1938). Goebbels hielt im Tagebuch noch eine weitere Rede Mussolinis vom selben Tag fest: „Der Duce hat noch eine Rede gehalten. Viel saftiger als die erste. ‚Zum Kampf bereit'. Er schafft uns damit eine große Entlastung" (TG, 26. 9. 1938).[726] Als Goebbels am 25. September von Hitler von der Teilmobilisierung Italiens hörte, schien Goebbels' Bewunderung für Mussolini grenzenlos, wie seine euphorische, emotionsgeladene Notiz belegt: „Mussolini hat 3 Jahrgänge mobilisiert.[727] Bravo! Eine Ohrfeige für die feige Weltdemokratie. Und für uns ein wahrer Segen. Man möchte diesen großen Mann umarmen" (TG, 26. 9. 1938).

Am folgenden Mittag erfuhr Goebbels von Hitler nicht nur von einer erneuten Rede Mussolinis, die wiederum „noch schärfer als die bisherigen" gewesen sei

[723] Siehe Conci, Es spricht der Duce, S. 34–38; Curtis, Documents on International Affairs, 1938, Vol. II, S. 240 f.; Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 431 f.

[724] Ciano, Tagebücher 1937/38, Einträge vom 19., 20. 9. 1938, S. 229 f.; DIMK, Vol. II, Dok. 368.

[725] Die Einschätzung der Rede als „hart" war zutreffend. Mussolini hatte im Zusammenhang mit der Frist des Memorandums bis zum 1. 10. 1938 erklärt, die „Regierungsmänner von Prag" hätten nun 6 Tage Zeit, um „den Weg der Weisheit wiederzufinden". Und weiter: „Denn es wäre wahrlich absurd, ich füge hinzu, verbrecherisch, daß Millionen Europäer sich gegeneinander stürzten, einzig und allein, um die Herrschsucht des Herrn Benesch über 8 verschiedene Rassen zu erhalten." Wieder appellierte er an eine friedliche Lösung des Konflikts oder zumindest an „die Möglichkeit ihn zu lokalisieren". Dann ging er auf die Weststaaten ein, die die Situation nutzen wollten, „um mit den totalitären Staaten abzurechnen", und erklärte: „In diesem Falle werden sich diese Parteien und Tendenzen nicht zwei Ländern gegenüber befinden, sondern zwei Ländern gegenüber, die einen einzigen Block bilden werden." Anschließend sprach er von der Demütigung seines Volkes, die eine neuerliche Ermahnung zur Ruhe bedeute, und nahm seinen Zuhörern die Versicherung ab, daß sie „zu jedwedem Ereignis bereit" seien und für „das ganze italienische Volk" geantwortet hätten. Rede Mussolinis abgedr. in: Conci, Es spricht der Duce, S. 39 f.; Curtis, Documents on International Affairs, 1938, Vol. II, S. 241 f.; Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 432 f.

[726] In seiner Rede in Belluno am 24. 9. 1938 hatte Mussolini verkündet, die Faschisten seien „immer zum Kampfe bereit"; zit. nach Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 433.

[727] Zur italienischen Mobilmachung, die angeblich binnen weniger Stunden die Heeresstärke von 250 000 auf 550 000 Mann erhöhte, siehe Bericht von Außenminister Ciano am 30. 11. 1938, in: Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 440 f. Siehe auch Ciano, Tagebücher 1937/38, Einträge vom 25. 9. 1938, 27. 9. 1938, S. 235, 237.

(TG, 27. 9. 1938),[728] sondern auch von einer Botschaft[729] des Duce an Hitler: „Er teilt uns mit, daß er sein Volk vorbereiten müsse. Und das tut er, richtig und gründlich. Er läßt dem Führer sagen, daß er ganz zu ihm stehe und nur seine maßlose Geduld bewundere.[730] Die ist auch in der Tat bewundernswert" (TG, 27. 9. 1938), urteilte Goebbels. In der großen Begeisterung für Mussolini übersah Goebbels offensichtlich die bewußt falsche Datierung des deutschen Memorandums durch den Duce, der in seinen Reden verbreitete, Hitler hätte der tschechoslowakischen Regierung bis zum 1. Oktober Zeit gegeben, seine Forderungen zu erfüllen.[731] Doch selbst wenn Goebbels dies gewußt hat, spielte dies keine Rolle, denn wie nie zuvor verehrte er nun Mussolini, der in seinen Augen Hitler beinahe ebenbürtig geworden war. „Zwei solche Männer – was haben England und Frankreich dem entgegenzusetzen" (TG, 28. 9. 1938), fragte Goebbels, in der festen Überzeugung, daß die Achse allen Belastungen standhalten würde, rhetorisch in seinem Tagebuch. Ob Mussolini tatsächlich militärisch eingegriffen hätte, ist äußerst fraglich;[732] die Ereignisse 1938 ersparten ihm, seiner Propaganda, der Goebbels vollends verfallen war, Taten folgen zu lassen.

Maßnahmen der NS-Propaganda Ende September

Auf dem Höhepunkt der Sudetenkrise arbeiteten Goebbels' Propagandisten in seinem Ministerium unermüdlich, auch sonntags (TG, 26. 9. 1938). Das Propagandaministerium versuchte insbesondere, die erkennbare Diskrepanz zwischen den Berchtesgadener und den Godesberger Forderungen Hitlers aufzuheben. „Der

[728] Ob sich Goebbels hierbei auf die Rede Mussolinis in Vicenza am 25. 9. 1938 oder auf die in Verona am 26. 9. 1938 bezieht, ist unklar. In Vicenza hatte Mussolini das Beharren auf den „Irrtum" der Versailler Nachkriegsordnung als „teuflisch" bezeichnet und italienische Mobilmachungsmaßnahmen in Aussicht gestellt. In Verona hatte Mussolini noch einmal bekundet, das italienische Volk sei kampfbereit, aber gleichzeitig seiner Überzeugung Ausdruck verliehen, daß er nicht mit einem europäischen Krieg rechne: „Ich glaube noch immer, daß Europa nicht zu Feuer und Schwert greifen, sich nicht selbst verbrennen will, um das faule Ei Prags zu kochen"; Reden Mussolinis, abgedr. in: Conci, Es spricht der Duce, S. 40–44; Curtis, Documents on International Affairs, 1938, Vol. II, S. 242 f.; Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 433 f.

[729] Diese Nachricht überbrachte Philipp von Hessen am 26. 9. 1938 Hitler mündlich, nachdem er am Tag zuvor Mussolini und Ciano getroffen hatte. Dem Duce hatte er im Namen Hitlers für seinen Einsatz gedankt und ihm das „Versprechen Hitlers" überbracht, „daß in jedem Notfall, sei es zur Verteidigung oder für den Angriff, die ganze deutsche Wehrmacht" zur italienischen „Verfügung steht". Mussolini habe erklärt, er glaube nicht an ein Eingreifen Englands oder Frankreichs, sollte der „Krieg hingegen allgemeinen Umfang annehmen", würde Italien „an die Seite Deutschlands treten, sofort nach dem Kriegseintritt Englands". Ciano, Tagebücher 1937/38, Eintrag vom 25. 9. 1938, S. 233 f.

[730] Diesen Teil der Botschaft Mussolinis an Hitler referierte Hitler auch vor Horace Wilson; siehe Aufzeichnung Kirkpatricks, 26. 9. 1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1118, S. 556. Die angeblich große Geduld Hitlers betonte Mussolini auch in seinen Reden; vgl. Conci, Es spricht der Duce, S. 39, 42.

[731] Aufzeichnung Weizsäckers über Gespräch mit Attolico, 26. 9. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 611. In Padua und in Verona hatte Mussolini diese falsche Behauptung aufgestellt; vgl. Conci, Es spricht der Duce, S. 39, 44.

[732] Michaelis, 1938. Krieg, S. 139–141.

Berchtesgadener Plan und das Godesberger Memorandum werden im Ausland veröffentlicht. Die englische Presse bemüht sich, beide in Gegensatz zu bringen. Ich lasse das Godesberger Exposé in unserer Presse veröffentlichen und es dem Abkommen von Berchtesgaden gleichstellen. Die deutsche Presse macht das ausgezeichnet" (TG, 27. 9. 1938).[733] Goebbels bekannte in seinem Tagebuch somit, daß beide Pläne nicht inhaltsgleich waren. Die Veröffentlichung des Godesberger Memorandums ging, wie die deutsche Botschaft in London in Erfahrung brachte,[734] auf den tschechoslowakischen Gesandten Masaryk zurück, den Goebbels contre cœur für seine Aktivität bewunderte.[735] Die Wochenschauen dieser Tage, die Goebbels gemeinsam mit Hitler abnahm, berichteten selbstredend vom „Elend der Sudetendeutschen" (TG, 26. 9. 1938). Das Hauptangriffsziel der nationalsozialistischen Propaganda aber bildete in den letzten Septembertagen der tschechoslowakische Staatspräsident Beneš persönlich, nicht das tschechische Volk. Dies geht aus zahlreichen Presseanweisungen[736] hervor, und auch Goebbels hielt im Tagebuch fest, daß er mit Berndt den „Kampf gegen Benesch" festlegte, welcher „jetzt ganz massiv angegriffen werden" sollte (TG, 28. 9. 1938); vor allem wurde versucht, „Zwietracht […] zwischen Benesch und seinem Volk" zu säen (TG, 28. 9. 1938).

Der gleichen Taktik hatte sich kurz zuvor Hitler in seiner Rede in der Sportpalastversammlung vom 26. September bedient, die Goebbels in Absprache mit ihm organisiert hatte (TG, 25. 9. 1938). „Ich habe die Versammlung bis in alle Einzelheiten vorbereitet. Das Publikum soll nur Volk darstellen. Der Führer will noch einmal all seine Gründe darlegen, jeden Kompromiß zurückweisen, Herrn Benesch die letzte Chance geben und im Übrigen die Sache bis nahe an die Spitze treiben. Ich sorge dafür, daß die ganze Welt Zuhörer wird" (TG, 26. 9. 1938). Goebbels gab hier offensichtlich in seinem Tagebuch einen Propaganda-Trick preis, denn höchstwahrscheinlich bestand das Publikum in Wahrheit nicht aus normalen Volksgenossen, sondern überwiegend aus Funktionären der NS-Organisationen, die jedoch wegen der Tarnung als „Volk" zivil getragen haben dürften.[737] „Meine Anfangs- und Schlußrede im Sportpalast schriftlich fixiert. Denn sie wird sehr bedeutsam sein" (TG, 26. 9. 1938), notierte Goebbels im selben Eintrag, was belegt, daß Goebbels dieser Veranstaltung höchste Bedeutung beimaß, und darauf hindeutet, daß eine schriftliche Ausformulierung bei seinen zahlreichen Reden nicht die Regel war. Als Goebbels schließlich die Vorrede zu Hitlers Sportpalastansprache hielt, folgten beinahe auf jeden Satz „Heil"- oder „Sieg-Heil-Rufe". Zur

[733] NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2675, 2680, beide vom 26. 9. 1938.

[734] „In Downing Street ist man über diese Eigenmächtigkeit empört", telegraphierte Th. Kordt abschließend an das A.A., 26. 9. 1938, Telegramm in: ADAP, D 2, Dok. 605.

[735] „Aber es ist nicht zu bezweifeln, daß in Paris und London eine grandiose Stimmungsmache gegen uns vonstatten geht. Da hat Masaryk zweifellos gut gearbeitet. Hätten wir einen so rührigen und zähen Diplomaten dort sitzen. Unser Dirksen rührt sich auch nicht. Er hat selbst die Hosen voll"; TG, 27. 9. 1938.

[736] NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2683 f., beide vom 26. 9. 1938, Nr. 2686 f., 2697, alle drei vom 27. 9. 1938. Siehe auch Schwarzenbeck, Nationalsozialistische Pressepolitik, S. 381–383.

[737] Andor Hencke schrieb in seinen Memoiren, Augenzeuge, S. 179, die Zuhörer seien „von den Parteiorganisationen ausgewählte Anhänger Hitlers gewesen".

Begrüßung Hitlers sicherte er diesem die Unterstützung des deutschen Volkes zu, indem er sagte: „Auf Ihr Volk können Sie sich verlassen. Genauso, wie dieses Volk sich auf Sie verläßt. Wie ein Mann steht es geschlossen hinter Ihnen. […] Oft haben wir es in den großen Stunden der Nation gesagt und gelobt. Jetzt, in der Stunde ernstester Entscheidungen, wiederholen wir es vor Ihnen aus vollem und starkem Herzen: Führer befiehl, wir folgen!“[738]

Hitler war in seiner Rede darum bemüht, die Westmächte zu beschwichtigen. In Richtung Paris proklamierte er: „Und wir alle wollen keinen Krieg mehr mit Frankreich. Wir wollen von Frankreich nichts! Gar nichts!“ Durch den Anschluß des Saargebietes seien, so Hitler weiter, „alle territorialen Differenzen zwischen Frankreich und Deutschland beseitigt“ worden. Nach seinem „einmaligen und unwiderruflichen Verzicht“ auf Elsaß-Lothringen sei es für beide Länder am besten, „wenn sie zusammen arbeiten“. An London gewandt sagte Hitler, er danke Chamberlain für seine Bemühungen und versichere, „daß das deutsche Volk nichts anderes will als Frieden“, zudem erklärte er abermals, daß es nach Lösung der Sudetenfrage für Deutschland „kein territoriales Problem in Europa“ mehr gebe, daß das „Sudetenland“ seine „letzte territoriale Forderung […] in Europa“ sei.[739] Hitler sprach davon, daß Deutschland den Willen habe, nicht mehr gegen Großbritannien Krieg zu führen, und in Hinblick auf die innerbritische Opposition gegen Chamberlain äußerte er: „Wir alle wollen hoffen, daß im englischen Volk diejenigen die Überhand bekommen, die des gleichen Willens sind!“[740] Auch gegenüber anderen Staaten bekundete Hitler seine angeblich friedliche Grundhaltung. So erwähnte er den deutsch-polnischen Nichtangriffsvertrag, seine oft geäußerte Bereitschaft zur allgemeinen Rüstungsbeschränkung, seinen Verzicht auf Elsaß-Lothringen und Südtirol, das deutsch-britische Flottenabkommen und seine Bemühungen um ein friedliches Verhältnis zu Frankreich und Großbritannien.[741]

Die tschechoslowakische Staatsführung, insbesondere Staatspräsident Edvard Beneš, war die Zielscheibe von Hitlers Angriffen. Immer wieder stellte Hitler Beneš als Lügner dar, beispielsweise behauptete Hitler: „Dieser tschechische Staat begann mit einer einzigen ersten Lüge. Der Vater dieser damaligen Lüge hieß Benesch. Dieser Herr Benesch trat damals in Versailles auf und versicherte zunächst, daß es eine tschecho-slowakische Nation gebe. Er mußte diese Lüge erfinden, um seiner dürftigen Zahl eigener Volksgenossen einen etwas größeren und damit berechtigteren Umfang zu geben.“ Kurz darauf erklärte er an die Adresse des tschechoslowakischen Staatspräsidenten gerichtet: „Was hat der Mann in seinem Leben nicht alles versprochen! Und nichts hat er gehalten!“ Hitler nannte Beneš einen „Wahnsinnige[n]“ und warf ihm Feigheit vor, weil dieser sich während des Ersten Weltkrieges „ in der Welt einfach herumdrückte“, während er, Hitler, „als anstän-

738 Einleitungsrede von Goebbels im Sportpalast, 26.9.1938, DRA, Nr. 2743224.
739 Rede Hitlers im Sportpalast, 26.9.1938, DRA, Nr. 2743224; vgl. auch DDP, Bd. 6, Teil 1, Dok. 68, S. 337, 345, 338.
740 Ebenda; vgl. auch DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 337.
741 Ebenda; vgl. auch DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 338.

diger Soldat" seine „Pflicht erfüllt" habe.[742] Abschließend erwähnte Hitler sein „Angebot" an Beneš, womit er das Memorandum mit seinen Forderungen meinte, und charakterisierte dieses als die mögliche „Realisierung dessen, was er selbst schon zugesichert hat". Der tschechoslowakische Staatspräsident habe es „jetzt in seiner Hand: Frieden oder Krieg!"[743]

Goebbels beschrieb die Rede Hitlers, deren Inhalt er vorab erfuhr, in seinem Tagebuch mit den Worten:

„Der Führer skizziert nochmal seine Rede für den Abend. Sie wird sehr schlau sein und London und Paris goldene Brücken bauen. Chamberlain muß ja auch innerpolitisch gestützt werden. Die Argumente des Führers werden knallen. Die ganze Welt wartet mit atemloser Spannung auf diese Rede. / […] / Zum Sportpalast. Eine tolle Stimmung. Schon in meiner Einleitungsrede geht's hoch. / Der Führer redet großartig. Ein breit angelegter Situationsbericht. Friedlich gegen alle, fest und hart gegen Prag. Ein psychologisches Meisterstück. Das wird seinen Eindruck in der Welt nicht verfehlen. Die Massen rasen. Prag hat nun die Wahl: Krieg oder Frieden! / Mein Schlußappell wird ein ergreifendes Bekenntnis. Nie wurden die Nationalhymnen so feierlich gesungen. Auch der Führer ist ganz hingerissen von dieser Kundgebung. / Triumphale Rückfahrt zur Reichskanzlei. Mit dem Führer noch die Rede korrigiert, die sich großartig macht. Der Führer nimmt noch riesige Ovationen am Wilhelmplatz entgegen" (TG, 27. 9. 1938).

Nachdem Hitler seine Ansprache beendet hatte, stimmte Goebbels in seiner Schlußrede das deutsche Volk auf einen Krieg ein. Auch hier folgten nach jedem Satz „Heil"- und „Sieg-Heil"-Rufe. Dieser eidähnliche Schlußappell lautete:

„Mein Führer, ich mache mich in dieser geschichtlichen Stunde zum Sprecher des ganzen deutschen Volkes, wenn ich feierlich erkläre: die deutsche Nation steht wie ein Mann hinter Ihnen, um Ihre Befehle treu, gehorsam und begeistert zu erfüllen. Das deutsche Volk hat wieder ein Gefühl für nationale Ehre und Pflicht. Es wird dementsprechend zu handeln wissen. Niemals wird sich bei uns ein November 1918 wiederholen. Wer in der Welt damit rechnet, der rechnet falsch. Unser Volk wird, wenn Sie, mein Führer, es rufen, hart und entschlossen zum Kampf antreten. Und es wird das Leben und die Ehre der Nation bis zum letzten Atemzug verteidigen. Das geloben wir Ihnen, so wahr uns Gott helfe. Adolf Hitler, Sieg Heil! Sieg Heil! Sieg Heil!"[744]

In der Reichskanzlei überarbeiteten Hitler und Goebbels, wie dieser im Tagebuch festhielt, gemeinsam die „Führerrede" (TG, 27. 9. 1938). Diese Notiz Goebbels' ist bedeutsam, denn die bislang in der Forschung benutzten Rede-Auszüge beruhen auf dem von Hitler und Goebbels bearbeiteten Rede-Text, der vom Deutschen Nachrichtenbüro verbreitet wurde, so daß schon Celovsky darauf hinwies, daß die Rede besser als Tonquelle zu benutzen wäre.[745] Tatsächlich ergeben sich beim Vergleich der gesprochenen Rede mit der DNB-Fassung einige Unterschiede. Abgesehen von unzähligen stilistischen Verbesserungen, die die süddeutsch-umgangssprachliche Redeweise Hitlers und seine suggerierte freie Rede erforderlich machte, enthält die Original-Rede Fehler. Beispielsweise hatte Hitler zweimal den Termin seiner Reichstagsrede vom 20. 2. 1938 falsch datiert (auf den 22. 2. 1938). Für die

742 Ebenda; vgl. auch DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 339, 344, 342, 345.
743 Ebenda; vgl. auch DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 345.
744 Schlußrede von Goebbels im Sportpalast, 26. 9. 1938, DRA, Nr. 2743224.
745 Celovsky, Münchener Abkommen, S. 418, Anm. 2, und S. 419, Anm. 2.

Schriftfassung wurden auch der Rassismus und die Fremdenfeindlichkeit Hitlers abgeschwächt. Denn auf den Satz „Wir haben keine Interessen, andere Völker zu unterdrücken", folgte im Original der folgende, der in der DNB-Fassung nicht enthalten ist: „Wir wünschen überhaupt nicht, andere Völker unter uns zu sehen". Gestrichen wurde auch ein Hinweis auf deutsch-polnische Zusammenstöße in den dortigen Grenzgebieten, um mit Polen keinen Konflikt zu riskieren. Entfernt wurden auch ein Hinweis auf den angeblichen Freiheitswillen der Slowaken sowie einige Spitzen gegen die westlichen Demokratien, beispielsweise wurde aus der Phrase „demokratisches Lügenmaul" das Adjektiv „demokratisch" gestrichen. Als Aussagen formulierte Sätze Hitlers wurden bei der Überarbeitung zum Teil in eine Frageform gesetzt, wie die Frage, ob es eine „größere Schamlosigkeit" gebe, als von den Minderheiten zu verlangen, im Kriegsfall auf ihre „eigenen Volksgenossen" schießen zu müssen. Einzelne, stark übertriebene Angriffe gegen die Tschechoslowakei sind ebenfalls gestrichen worden, beispielsweise, daß über denjenigen, der sich Beneš widersetze, „der Terror herein"-breche, daß dieser „das Gefängnis zu erwarten" habe. Besonders aufschlußreich ist die Überarbeitung der Passage über eine mögliche Garantie für die verkleinerte Tschechoslowakei. In der gesprochenen Rede hatte Hitler gesagt, er habe Chamberlain versichert, daß nach der Lösung der anderen Minderheitenprobleme durch Prag „mich dann der tschechische Staat nicht mehr interessiert. Und daß ich ihn dann garantiere, meinetwegen." In der DNB-Fassung lautet die Passage sehr viel verbindlicher: Er habe Chamberlain gesagt, „daß ich dann am tschechischen Staat nicht mehr interessiert bin. Und das wird ihm garantiert!"[746]

Kurz vor seiner Rede erhielt Hitler ein Telegramm des amerikanischen Präsidenten Franklin Delano Roosevelt, das wort- und zeitgleich in Prag, Paris und London eintraf. Dieses Telegramm, die Antwort Hitlers und die Erwiderung Roosevelts sind der Forschung bekannt,[747] nicht jedoch die Tatsache, daß offensichtlich Goebbels die Antwort Hitlers verfaßte. In sein Tagebuch schrieb Goebbels, daß er die Erwiderung entworfen habe, was glaubwürdig erscheint, da Goebbels darin in der Regel angab, wer welche Aufgaben für Hitler übernahm, und er sich andererseits nicht allzuoft eines solchen Dienstes für den „Führer" rühmte. Zudem ist nicht anzunehmen, daß Goebbels sich auf Kosten seines „Führers" zu profilieren versuchte. Im Gegenteil, Goebbels dokumentierte in seinem Tagebuch stets die klare Unterordnung unter Hitler. Außerdem deuten die undiplomatische Direktheit und vorwurfsvolle Sprache darauf hin, daß Goebbels tatsächlich der Autor gewesen sein könnte.[748] Schließlich dürfte Hitler die Beantwortung dieses

[746] Rede Hitlers im Sportpalast, 26.9.1938, DRA, Nr. 2743224 (Tonquelle); DNB-Fassung abgedr. in: DDP, Bd. 6, Teil 1, Dok. 68, S. 333–346.

[747] Telegramm Roosevelts, 26.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 632; Antwortschreiben Hitlers, 27.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 633; Erwiderung Roosevelts, in: ADAP, D 2, Dok. 653; FRUS 1938, Vol. I, S. 657f., 669–672, 684f. Die Antworttelegramme von Chamberlain, Daladier und Beneš sind überliefert in: Curtis, Documents on International Affairs, 1938, Vol. II, S. 262–264, sowie FRUS 1938, Vol. I, S. 663f.

[748] Man vergleiche den Stil des Schreibens an Roosevelt (in: ADAP, D 2, Dok. 633) mit dem des von Weizsäcker entworfenen Briefes an Chamberlain (in: ADAP, D 2, Dok. 635); Kordt, Nicht aus den Akten, S. 265f.

Telegramms als lästig und von untergeordneter Priorität betrachtet haben, so daß er sich damit wahrscheinlich nicht selbst befassen wollte. Goebbels vermerkte den Sachverhalt folgendermaßen: „Der Führer läßt mich nochmal zu sich rufen. Roosevelt hat einen langen Friedensappell an den Führer gerichtet.[749] Mit allgemeinen Phrasen. Ich soll darauf eine Antwort entwerfen, und die hat sich gewaschen. Ich nehme kein Blatt vor den Mund. Der Führer ist sehr zufrieden damit" (TG, 27. 9. 1938).[750] Ob Hitler bei seiner Antwort, die er Roosevelt übermitteln ließ, den Goebbels-Text vollständig übernahm oder Korrekturen anbrachte, läßt sich nicht mehr klären, allerdings überliefert Goebbels die große Zufriedenheit Hitlers, so daß eine allzustarke Änderung des Textes unwahrscheinlich sein dürfte.

Hitlers Gespräche mit Horace Wilson

Am 26. September empfing Hitler in Berlin auf Empfehlung Chamberlains den Vorsitzenden des britischen Frontkämpferverbandes „British Legion", Sir Frederick Maurice, der Hitler einen Vorschlag zur friedlichen Beilegung des Konfliktes machte.[751] Goebbels berichtete darüber in seinem Tagebuch: „Ein englischer Frontkämpfervertreter war beim Führer. Sie wollen 10 000 engl. Frontkämpfer ins Sudetenland schicken. Gewissermaßen als Kronzeugen. Der Führer lehnt das nicht ab" (TG, 27. 9. 1938). Maurice stellte erstens die sofortige Entsendung der Frontkämpfer in das Sudetenland in Aussicht, um die bevorstehende Besetzung durch deutsche Truppen hinauszuzögern. Zweitens bot er seine Kameraden als neutrale Beobachter bei der Volksabstimmung und endgültigen Gebietsübergabe an. Zwar hatte Hitler erklärt, er nähme den zweiten Teil des Vorschlags, der die neutrale Beobachtung der Volksabstimmung durch die Frontkämpfer vorsah, „sehr gerne an". Den ersten Teil jedoch lehnte Hitler mit der Begründung ab, daß bis zum 1. Oktober „schon aus rein technischen und zeitlichen Gründen die Verteilung

[749] Roosevelt warnte vor den unabsehbaren Folgen, die ein militärischer Konflikt mit sich bringen würde, und appellierte im Namen von 130 Mio. Amerikanern für die Fortsetzung der Verhandlungen und eine friedliche Lösung; vgl. Telegramm Roosevelts an Hitler, 26. 9. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 632, S. 767 f.

[750] In der Antwort wies Hitler die Verantwortung für den Ausbruch von Feindseligkeiten zurück und erhob Vorwürfe gegen Ex-Präsident Wilson, da das deutsche Volk im Vertrauen auf seine Prinzipien 1918 die Waffen aus der Hand gelegt habe und schließlich schmählich getäuscht worden sei. Anschließend folgt eine harsche Kritik an der Gründung der Tschechoslowakei und an der Verweigerung des von Wilson versprochenen Selbstbestimmungsrechts gegenüber den Sudetendeutschen. Kritisiert wurden auch die Verweigerung der Tschechoslowakei, bestimmte Verpflichtungen gegenüber den Sudetendeutschen einzuhalten, die „Tschechisierung des Sudetenlandes", die mangelnde Bereitschaft Prags zu einer Verständigung, die „politische Verfolgung und wirtschaftliche Unterdrückung" der Sudetendeutschen und zuletzt die Tötung Zahlloser und die Vertreibung Tausender. Abschließend wurde die Entscheidung sowie die Verantwortung für einen möglichen Krieg der tschechoslowakischen Regierung zugeschoben. Vgl. Telegramm Hitlers an Roosevelt, 27. 9. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 633, S. 768–770. Das US-Außenministerium forderte daraufhin sogleich die Stellungnahme des diplomatischen Vertreters in Prag ein; vgl. FRUS 1938, Vol. I, S. 673.

[751] Telegramm Th. Kordts, London, an das A.A., 25. 9. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 599.

von 10000 englischen Frontkämpfern in dem besagten Gebiet nicht möglich war".[752] Maurice stimmte schließlich der Abänderung seines Plan zu, ca. 10000 Briten als Beobachter zur Volksabstimmung zu entsenden.[753]

Am selben Tag, kurz vor der Sportpalastrede Hitlers, stattete der Berater der britischen Regierung, Sir Horace Wilson, dem deutschen Reichskanzler um 17.00 Uhr einen Besuch ab und übergab ihm ein Schreiben Chamberlains. Beim Mittagessen erfuhr Goebbels von Hitler von der bevorstehenden Mission Wilsons: „London schickt Wilson mit einer persönlichen Botschaft Chamberlains nach Berlin. Chamberlain will wohl noch Zugeständnisse. Aber der Führer ist dazu keinesfalls geneigt" (TG, 27.9.1938). Von dieser Begegnung zwischen dem britischen Vermittler und Hitler existieren mehrere Berichte, so daß sich der Ablauf gut rekonstruieren läßt.[754] Nach einleitenden Worten Wilsons übersetzte Legationsrat Schmidt das Schreiben Chamberlains an Hitler,[755] in dem der deutschen Seite erstmals offiziell die Ablehnung des Godesberger Memorandums durch die tschechoslowakische Regierung mitgeteilt wurde. Chamberlain machte deutlich, daß er Hitler noch in Godesberg darauf hingewiesen habe, daß mit einer solchen Reaktion zu rechnen sei, und gab die ablehnenden Argumente Prags wieder. Hitler wurde äußerst wütend und machte mit der Erklärung, weitere Verhandlungen seien zwecklos, Anstalten, den Raum zu verlassen.[756] Schließlich blieb Hitler doch, und Schmidt konnte den Brief Chamberlains zu Ende verlesen. Dieser enthielt den Appell, „nicht die tragischen Folgen eines Konfliktes wegen einer bloßen Verschiedenheit der Methoden heraufzubeschwören", und unterbreitete den Vorschlag, die Reichsregierung möge mit der tschechoslowakischen Staatsführung direkte Verhandlungen über die Übergabemodalitäten der sudetendeutschen Gebiete beginnen. Hitler stimmte deutsch-tschechoslowakischen Gesprächen nur unter der Voraussetzung zu, daß die tschechoslowakische Regierung zuvor das deutsche Memorandum annähme und die Räumung bis 1. Oktober gewährleistete. Bis Mittwoch, 28. September, 14.00 Uhr, verlangte Hitler die Zusage Prags.[757]

752 Aufzeichnung Schmidts über Unterredung Hitlers mit Frederick Maurice, 26.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 631, S. 766f.

753 Telegramm Ribbentrops an die deutsche Botschaft London, 26.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 626.

754 Neben Wilson und Hitler waren Henderson, Kirkpatrick, Ribbentrop und Schmidt anwesend; vgl. Bericht Wilsons über Gespräch mit Hitler, 26.9.1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1115, 1116; Bericht Kirkpatricks, 26.9.1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1118; Henderson, Fehlschlag, S. 180f.; Schmidt, Statist, S. 407f. Siehe auch Rundtelegramm Weizsäckers, 26.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 607.

755 Brief Chamberlains an Hitler (englischsprachiges Original), 26.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 619, S. 755–757, sowie DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1097, S. 541f.; deutsche Übersetzung in: Michaelis/Schraepler, Ursachen, Bd. 12, Dok. 2716b, S. 417–419.

756 Schmidt schrieb in seinen Memoiren, Statist, S. 407f., Hitler habe in diesem Gespräch „zum ersten und einzigen Male" in seiner Gegenwart „völlig die Nerven" verloren, er „schrie", „tobte", „und zwar so laut", wie er „ihn vorher und nachher in einer diplomatischen Besprechung nie wieder habe reden hören".

757 Dieses Ultimatum geht aus dem Bericht Kirkpatricks und dem Rundtelegramm Weizsäckers hervor, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1118, S. 557; ADAP, D 2, Dok. 609, S. 748f.

Mit der Aussicht auf eine weitere Zusammenkunft am nächsten Vormittag verabschiedete sich Wilson.

Wenig später und noch vor seiner Rede im Sportpalast ließ Hitler Goebbels rufen, informierte ihn über den erwähnten Friedensappell Roosevelts und über seine eben beendete Unterredung mit Wilson: „Wilson kam mit einer Botschaft von Chamberlain: wir sollten noch warten, ob der Führer nicht nochmal mit den Tschechen persönlich verhandeln wolle. Der Führer fertigt das kurz und barsch ab. Er verhandelt, wenn das Gebiet geräumt ist. Auf seine Frage, ob die tschechische Ablehnung eine endgültige sei, zucken die Engländer zurück.[758] Sie wollen sich nicht festlegen" (TG, 27. 9. 1938). Goebbels wurde über das Gespräch also unmittelbar und relativ genau informiert. Auch die Erklärung der britischen Regierung, daß Frankreich im Falle eines deutschen Angriffs auf die Tschechoslowakei Prag zwangsläufig unterstützen würde, und Großbritannien sowie die Sowjetunion bestimmt auf seiten Frankreichs stünden, verzeichnete Goebbels in seinem Tagebuch. Goebbels wußte auch, daß diese Erklärung „zuerst als amtlich bezeichnet" wurde, und „dann nur als autorisiert herausgegeben" wurde (TG, 27. 9. 1938).[759] Goebbels sah darin den „Beweis dafür, daß London nur erpressen will" (TG, 27. 9. 1938). Die „Frage: bluffen die Engländer, oder wollen sie Ernst machen?" (TG, 27. 9. 1938), beschäftigte das NS-Regime auch nach der Sportpalastrede Hitlers. Goebbels erwähnte in diesem Zusammenhang Hitler und Himmler, so daß die Antwort, die Goebbels im Tagebuch auf diese Frage gab, die Meinung dieser drei wiedergeben dürfte: „Antwort: sie bluffen. Und wie immer, wenn sie bluffen, frech, arrogant und großzügig. Ein dummdreistes Einschüchterungsmanöver. Aber wir fallen nicht darauf herein" (TG, 27. 9. 1938). Anscheinend erfuhr Goebbels von Hitler spätabends noch weitere Details seines Gesprächs mit Wilson, denn erst in diesem Kontext notierte Goebbels das Ultimatum an Prag: „Der Führer hat übrigens den Engländern Frist bis Mittwoch [28. 9. 1938, d. V.] 14^{h} gestellt" (TG, 27. 9. 1938). Während Goebbels in den Tagen zuvor überzeugt war, daß die tschechoslowakische Regierung das deutsche Memorandum akzeptieren würde, war er nun skeptisch: „Bis dahin noch Gelegenheit zur Einkehr für Herrn Benesch. Wird er sie nutzen? Wer das sagen könnte!" (TG, 27. 9. 1938).

Wenige Stunden später veröffentlichte Chamberlain eine Erklärung, in der er an Hitler appellierte, nicht wegen einer Frage, die grundsätzlich gelöst sei, Krieg in Europa zu entfesseln.[760] Goebbels gab in seinem Tagebuch den Inhalt dieses Statements richtig wieder: „Chamberlain gibt eine Erklärung aufgrund der Führerrede

[758] Hitler hatte gefragt, ob er die tschechoslowakische Ablehnung auf sein Memorandum veröffentlichen dürfe, woraufhin Wilson und Henderson erklärten, dies sei vertraulich, da sie hofften, die Tschechen umzustimmen; vgl. Bericht Kirkpatricks, in: DBFP, 3^{rd} Series, Vol. II, Doc. 1118, S. 557.

[759] In den britischen diplomatischen Akten findet sich die Formulierung „Halifax authorised the issue of the following communiqué", in: DBFP, 3^{rd} Series, Vol. II, Doc. 1111, Anm. 1. In der Dokumentensammlung von Curtis dagegen trägt diese Erklärung den Titel „British Official Statement"; vgl. Curtis, Documents on International Affairs, 1938, Vol. II, S. 261. Zur Entstehung siehe Celovsky, Münchener Abkommen, S. 422.

[760] Erklärung Chamberlains, 26. 9. 1938, im Original und in deutscher Übersetzung in: ADAP, D 2, Dok. 618; DBFP, 3^{rd} Series, Vol. II, Doc. 1121.

heraus: England fühle sich moralisch für die Innehaltung des von Prag angenommenen Planes verantwortlich. Aber wir dürfen keine Gewalt anwenden" (TG, 28.9.1938).[761] Anschließend kommentierte er es im Sinne Hitlers, mit dem er mittags darüber sprach: „Ein dummes Spiel mit Worten. London soll lieber auf Prag drükken, damit Herr Benesch nicht zum Widerstand gereizt wird. Denn nur weil er sich gedeckt fühlt, ist er so intransigent" (TG, 28.9.1938).

Mittags setzte Hitler seinen Propagandaminister auch über die Fortsetzung seiner Unterredung mit Horace Wilson in Kenntnis, die gegen 12.15 Uhr begonnen hatte. Teilnehmer dieser Besprechung waren dieselben sechs Männer wie am Vortag, die wiederum mehrere Berichte verfaßten.[762] Wilson sprach eingangs die Rede Hitlers und die Erklärung Chamberlains an und fragte Hitler, ob er dem britischen Premierminister eine Nachricht zukommen lassen wolle. Hitler bat, Chamberlain für seinen Einsatz zu danken, und erklärte, daß nun die tschechoslowakische Regierung an der Reihe sei und das Memorandum annehmen müsse. Am Ende des Gesprächs angekommen trug Horace Wilson eine Mitteilung vor, die besagte, daß im Falle eines deutschen Angriffs gegen die Tschechoslowakei Frankreich seine vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Prager Republik erfüllen würde, und Großbritannien sich verpflichtet fühlen würde, Frankreich zu unterstützen, falls die französischen Streitkräfte „aktiv in Feindseligkeiten mit Deutschland verwickelt werden würden". Hitler erwiderte daraufhin, diese Mitteilung könne, da das Deutsche Reich „nicht die Absicht" hätte, Frankreich anzugreifen, nur bedeuten, „daß England, wenn Frankreich Deutschland angriffe, Frankreich dabei Unterstützung leisten würde". Sollte die Tschechoslowakei das Memorandum ablehnen, erklärte Hitler weiter, sei er „fest entschlossen, dieses Land zu zerschmettern", und „innerhalb von sechs Tagen wäre der allgemeine Krieg ausgebrochen". Wilson gab daraufhin mehrmals zu verstehen, er wüßte nicht, ob Frankreich Deutschland angreifen werde, er gebe lediglich die französische Verlautbarung wieder, daß es seine vertraglichen Verpflichtungen erfüllen würde.

Abschließend teilte Wilson Hitler mit, „die Katastrophe" müsse „unter allen Umständen" vermieden werden, er wolle weiter versuchen, die Tschechen zur Vernunft zu bringen", also zum Nachgeben gegenüber dem NS-Regime bewegen.[763] Goebbels notierte in seinem Tagebuch über das zweite Gespräch zwischen Hitler und Wilson, Hitler habe Wilson aufgefordert, den Druck auf Prag zu erhöhen, um

[761] „Für die britische Regierung erkläre ich, daß wir uns moralisch dafür verantwortlich halten, daß die Zusagen [der tschechoslowakischen Regierung, d.V.] fair und voll durchgeführt werden und wir sind bereit, uns zu verpflichten, daß sie mit aller angemessenen Promptheit durchgeführt werden, vorausgesetzt, daß die deutsche Regierung einer Regelung der Bestimmungen und Voraussetzungen der Übergabe durch Erörterungen und nicht durch Gewalt zustimmt." Erklärung Chamberlains, 26.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 618; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1121.

[762] Aufzeichnung Schmidts, 27.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 634, S. 771–773; telegraphische Notizen Wilsons für Chamberlain, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1127, 1128; Aufzeichnung Kirkpatricks, 27.9.1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1129, S. 564–567; Henderson, Fehlschlag, S. 181–183; Schmidt, Statist, S. 409.

[763] Aufzeichnung Schmidts, in: ADAP, D 2, Dok. 634, S. 772 f. Vgl. auch Aufzeichnung Kirkpatricks, 27.9.1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1129, S. 566 f.; telegraphische Notizen Wilsons für Chamberlain, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1127, 1128.

die tschechoslowakische Regierung nicht zu Widerstand zu verleiten (TG, 28.9. 1938).[764] Goebbels hielt weiter fest, daß Hitler im Verlauf der Unterredung nicht nur „ganz offen zu Wilson" gewesen sei, sondern auch „ganz rabiat" (TG, 28.9. 1938): „Er fragt ihn brüsk, ob England den Weltkrieg wolle. Da zuckt Wilson doch zurück. Der Führer geht keinen Schritt zurück. London macht nur Erpressungsmanöver. Zum Schluß erklärt Wilson, London wolle die noch verbleibende Zeit ausnutzen, um in Prag mit Druck einzusetzen.[765] Das ist auch das Beste, was die Engländer tuen [!] können. Jedenfalls ist ihnen jetzt allmählich klar geworden, daß sie mit Bluff bei uns garnichts [!] erreichen" (TG, 28.9.1938). Am Ende dieses Eintrags kam Goebbels noch einmal darauf zurück: „Der Führer schildert mir […] ausführlich sein Gespräch mit Wilson. Er ist dabei ganz rabiat geworden. Wilson ist zurückgezuckt und will weiter verhandeln. London wird nun, da es sieht, daß alles nichts mehr nutzt, allmählich mit Druck einsetzen" (TG, 28.9. 1938).

Die Einschätzung Goebbels', Hitler sei „ganz rabiat" geworden, ist zutreffend und auch bemerkenswert.[766] Wahrscheinlich war Hitler bewußt, daß er hier etwas zu weit gegangen war, daß sein Verhalten die Westmächte provozieren könnte, jedenfalls schrieb er noch am selben Tag Chamberlain einen etwas versöhnlicheren Brief,[767] den Goebbels jedoch nicht in seinem Tagebuch erwähnte. Noch Tage später erzählte Hitler Goebbels von seiner letzten Unterredung mit Wilson, was ebenfalls darauf hindeutet, daß auch Hitler klar war, wie fern jeglicher diplomatischer Gepflogenheit dieses Gespräch lag. Diesmal wurde Goebbels noch genauer unterrichtet: „Der Führer […] schildert nochmal seine entscheidende Unterredung mit Wilson. Wilson wollte sich nicht festlegen lassen: wenn wir Prag angreifen, greift Frankreich ein. Dann muß England Frankreich zu Hilfe eilen. Frage des Führers: also wenn Frankreich uns angreift, weil wir die tschechische Frage lösen, dann muß England uns auch angreifen. Diese Frage wollte Wilson denn doch nicht beantworten, wenigstens nicht bejahen" (TG, 2.10.1938).

Zweifellos hatte Hitler mit seiner ungewöhnlich rabiaten Vorgehensweise Erfolg, was der NS-Führung auch bewußt war, denn Goebbels nannte dieses Gespräch wenige Tage nach dem Münchener Abkommen die „entscheidende Unter-

[764] Dies geht aus dem Protokoll Kirkpatricks klarer hervor als aus dem deutschen: Als Wilson sagte, ein Krieg müsse vermieden werden, erklärte Hitler, es gebe hierfür nur eine, aber eine einfache Lösung: „It was to tell the Czechs categorically to stop their frivolous game of precipitating a world war and fulfil their undertakings." Aufzeichnung Kirkpatricks, 27.9.1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1129, S. 567.

[765] Die Ankündigung verstärkten Drucks auf die tschechoslowakische Regierung trifft zu, Wilson erklärte: „I will still try to make those Czechos [!] sensible"; Aufzeichnung Schmidts, in: ADAP, D 2, Dok. 634, S. 773. Das Versprechen Wilsons, auf Prag weiteren Druck auszuüben, findet sich weder im britischen Protokoll Kirkpatricks noch in den Telegrammen Wilsons.

[766] Der deutsche Diplomat Erich Kordt, Nicht aus den Akten, S. 265, nannte nach dem Krieg Hitlers Vorgehen gegenüber Wilson „brutal".

[767] Darin setzte sich Hitler mit den Argumenten der tschechoslowakischen Regierung auseinander, die Chamberlain in seinem Schreiben an Hitler genannt hatte, und warnte vor dem angeblichen Kriegstreiben Prags; vgl. Brief Hitlers an Chamberlain, 27.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 635. Siehe auch ADAP, D 2, Dok. 668; auch in DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1144. Dieser Brief ging auf einen Entwurf Weizsäckers zurück; Kordt, Nicht aus den Akten, S. 265f.

redung" (TG, 2.10.1938). Die westliche Welt hatte nun endgültig begriffen, daß Hitler tatsächlich einen Weltkrieg in Kauf nehmen würde, um seine Forderungen durchzusetzen, und erhöhte daher ihren Druck auf die tschechoslowakische Regierung.[768] Horace Wilson bat seinen Premier, Prag deutlich zu machen, daß es in keinem Fall zu verhindern wäre, daß die Tschechoslowakei von deutschen Truppen überrannt würde, sollte es das Memorandum ablehnen.[769] Halifax ging noch einen Schritt weiter und ließ der tschechoslowakischen Regierung mitteilen, daß die einzige Alternative zur Annahme des jüngsten britischen Plans die Invasion und Zerschlagung der Tschechoslowakei sei, die zum Ausbruch eines allgemeinen Krieges führen könnte und keinesfalls die Wiederherstellung dieses Staates in seinen derzeitigen Grenzen zur Folge haben würde.[770] Der französische Ministerpräsident Edouard Daladier forderte Beneš auf, Teile des Sudetenlandes sofort zu räumen und der deutschen Wehrmacht zu überlassen.[771] Die westliche Diplomatie war nun verzweifelt bemüht, alles zu versuchen, um einen Krieg zu vermeiden.[772] In London und Paris wurden parallel zwei neue Vorschläge zur Übergabe des Sudetenlandes ausgearbeitet.[773] Hitler dürfte an diesem 27. September mehr denn je davon überzeugt gewesen sein, daß er in jedem Fall sein Minimalziel, die Angliederung der deutschsprachigen Gebiete der Tschechoslowakei an das Reich, in Kürze erreichen würde, und zwar höchstwahrscheinlich ohne Blutvergießen. Gegenüber Goebbels stellte er seine Handlungen als absolut entschlossen und zielgerichtet dar, so daß dieser Worte höchster, religiös konnotierter Verehrung für seinen „Führer" fand.[774]

768 Vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1127, 1136, 1138, 1142, 1145. Siehe auch: Král, Abkommen, Dok. 240, 241; Celovsky, Münchener Abkommen, S. 429f.; Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 618, 620, 624–636; Laffan, Survey, Vol. II, S. 408–414, 416–423; Ripka, Munich, S. 194f.; Weinberg, The Foreign Policy. Starting World War II, S. 450.

769 Vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1127.

770 Telegramm Halifax' an Newton, 27.9.1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1138; Wheeler-Bennett, Munich, S. 155.

771 Vgl. FRUS 1938, Vol. I, S. 686.

772 Siehe hierzu Celovsky, Münchener Abkommen, S. 421–432, 451–460; Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 623–653; Laffan, Survey, Vol. II, S. 408–414, 416–427; Ripka, Munich, S. 193–215; Weinberg, The Foreign Policy. Starting World War II, S. 450–462.

773 Der britische Plan, genannt „time-table", ist publiziert in: ADAP, D 2, Dok. 655, Anlage 2, S. 790f. (deutsche Übersetzung), sowie DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1140 (englisches Original); der französische in: DDF, 2e Série, Tome 11, Doc. 420; siehe auch: Ebenda, Doc. 404 und DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1177, 1193; ADAP, D 2, Dok. 648.

774 „Der Führer spricht ausführlich über die Kraft des Glaubens, der nicht durch Waffen oder Zahlen ersetzt werden kann. Er glaubt mit einer somnambulen Sicherheit an seine Mission. Seine Hand zittert nicht einen Augenblick. Ein großes Genie mitten unter uns. Er schildert Preußens Verfall unter Napoleon und seine glorreiche Wiederauferstehung. Man sieht daran, daß ihm alles klar ist und er genau weiß, was er will. Er richtet die Schwankenden immer wieder auf und klärt die Fronten täglich neu. Man muß ihm mit tiefer Gläubigkeit dienen. Er ist klarer, einfacher, weitsichtiger als je ein deutscher Staatsmann gewesen ist"; TG, 28.9.1938. Ganz ähnlich lautet eine Eintragung im Diensttagebuch Alfred Jodls einen Tag später: „Das Genie des Führers u. seine Entschlossenheit auch einen Weltkrieg nicht zu scheuen haben erneut u. ohne Gewaltanwendung den Sieg davon getragen[.] Es bleibt zu hoffen, daß die Ungläubigen schwachen [!] u. Zweifelnden bekehrt sind u. bekehrt bleiben." Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 29.9.1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 389.

Der 28. September 1938

Der Tagebucheintrag über den 28. September, an dem das Ultimatum Hitlers auslief und bei Ablehnung des Memorandums um 14.00 Uhr die deutsche Generalmobilmachung verkündet werden sollte, begann mit den Worten: „ein dramatischer Tag" (TG, 29. 9. 1938). Goebbels war bemüht, möglichst alles Wesentliche festzuhalten, doch konnte er dies nur insoweit, als das NS-Regime beteiligt war; die äußerst rege Aktivität der Westmächte, auch in Prag und Rom, war Goebbels im Detail nicht bekannt. Während er einerseits offensichtlich versuchte, möglichst viele Fakten in Erfahrung zu bringen, war er andererseits mit seinen eigenen Aufgaben als Propagandaminister beschäftigt, die er ebenfalls in seinen Aufzeichnungen vermerkte. So gab er Berndt beispielsweise den Auftrag, der „Kriegspanik" und „Alarmstimmung […] mit allen Mitteln in Presse und Rundfunk entgegenzutreten" (TG, 29. 9. 1938).[775] Daneben setzte er den Mobilmachungsplan für das Propagandaministerium fest und bereitete seine Rede im Berliner Lustgarten vor, die er am selben Abend hielt (TG, 29. 9. 1938).

Über diese Ansprache notierte Goebbels folgendes in sein Tagebuch: „Abends Lustgarten. 1/2 Million Menschen. Eine riesenhafte, unbeschreibliche Begeisterung. Die Menschen rasen. Ich halte eine Glanzrede. Kann leider noch nichts von der Münchener Konferenz sagen, da es sonst sicherlich zu positive Kundgebungen gäbe" (TG, 29. 9. 1938). Goebbels war bekannt, daß eine Friedensbekundung des deutschen Volkes unerwünscht war, die zu erwarten gewesen wäre, hätte er die Viermächtekonferenz in München erwähnt. Zudem wurde die Nachricht von der „Aussprache" zwischen den Regierungschefs erst nach 20.00 Uhr durch das Deutsche Nachrichtenbüro verbreitet,[776] wahrscheinlich um sicherzustellen, daß die Teilnehmer der Lustgarten-Veranstaltung davon keine Kenntnis hatten. Goebbels appellierte in dieser Rede an seine Zuhörer: „Haltet Disziplin und habt Vertrauen. Zeigt der Welt das würdige Bild eines Volkes, das zu allem, wenn es notwendig ist, entschlossen ist." Der Abschluß der Kundgebung endete mit folgendem Schwur auf Hitler: „Keine Not und Gefahr soll uns jemals hindern, uns zu Ihnen [Hitler, d.V.] zu bekennen. Führer befiehl, wir folgen!"[777]

In der Reichskanzlei gaben sich an diesem Tag die Diplomaten die Türklinke in die Hand – um einen Krieg doch noch zu verhindern.[778] Der erste Besucher war der französische Botschafter in Berlin, André François-Poncet, der schon um 8.30 Uhr um eine Audienz gebeten hatte und um 11.15 Uhr von Hitler im Beisein von Ribbentrop und Dolmetscher Schmidt empfangen wurde.[779] Er gab Hitler mehrmals zu verstehen, daß sich ein militärischer Konflikt nicht lokalisieren ließe,

[775] Vgl. Aufzeichnung Traubs über Berndts Ausführungen in der Pressekonferenz am Vormittag des 28. 9. 1938, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2706, 28. 9. 1938.
[776] IfZ, Archiv, DNB-Berichte, 28. 9. 1938, Meldung Nr. 58, Bl. 47.
[777] Rede von Goebbels im Berliner Lustgarten, 28. 9. 1938, DRA, Nr. 2955799; siehe Umschlagbild.
[778] Schmidt, Statist, S. 410.
[779] Aufzeichnung Weizsäckers über sein Telefonat mit François-Poncet, 28. 9. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 656; Gespräch von François-Poncet mit Hitler in: DDF, 2e Série, Tome 11, Doc. 426; bei François-Poncet, Als Botschafter, S. 332–334, sowie bei Schmidt, Statist, S. 410–413; vgl. auch Král, Abkommen, Dok. 259; Schäfer, François-Poncet, S. 309f.

sondern ganz Europa in Brand setzen würde, und beschwor Hitler, dieses Risiko nicht einzugehen, da doch die wesentlichen Forderungen bereits auf friedlichem Wege zugestanden worden seien. François-Poncet händigte Hitler die neuen französischen Vorschläge aus, die weiter gingen als die britischen,[780] und konnte Hitler mit einer exakten Karte der abzutretenden Gebiete beeindrucken. Während ihres Gesprächs überbrachte der italienische Botschafter Bernardo Attolico Hitler die Versicherung Mussolinis, auf jeden Fall an Hitlers Seite zu stehen. Außerdem bot sich Mussolini infolge einer englischen Intervention als Vermittler an und machte sich für eine Aufschiebung der Mobilisierungsentscheidung um 24 Stunden stark.[781] Hitler nahm den Vorschlag Mussolinis an, unterrichtete sogleich den französischen Botschafter davon und verabschiedete diesen wenig später mit der Zusage, im Laufe des Tages schriftlich auf den französischen Plan zu antworten.[782]

Gegen 12.30 Uhr empfing Hitler den britischen Botschafter Henderson. Den britischen Plan („time-table") kannte er bereits, dieser war Weizsäcker am Vorabend um 23.00 Uhr ausgehändigt worden, der ihn sofort zur Reichskanzlei brachte.[783] Henderson übergab Hitler eine neue Botschaft Chamberlains,[784] in der der Premier deutlich machte, daß er sicher sei, Hitler könne alle wesentlichen Forderungen ohne Krieg und ohne wesentliche Verzögerung erhalten, und daß er nicht glaube, Hitler würde wegen eines Aufschubs von wenigen Tagen die Verantwortung für den Ausbruch eines Weltkrieges auf sich nehmen. Zudem bekundete Chamberlain darin seine Bereitschaft, nochmals nach Berlin zu kommen, um mit ihm und Vertretern der Tschechoslowakei und Frankreichs sowie – falls gewünscht – italienischen Repräsentanten die Übergabemodalitäten zu klären.[785] Wenn Hitler auch der Regierung in Prag mißtraute, bestünde doch kein Anlaß, so schrieb Chamberlain weiter, an den Zusagen der Regierungen Großbritanniens und Frankreichs zu zweifeln. Zunächst erklärte Hitler, wie Henderson überliefert,[786] er denke nicht, daß eine erneute Reise Chamberlains nach Deutschland nötig sei, und sagte zu, auf den britischen Plan schriftlich zu antworten, nachdem er sich mit Mussolini abgestimmt hätte. Auch unterrichtete Hitler Botschafter Hender-

[780] Der französischen Regierung und Diplomatie war der britische Plan schon am Abend des 27. 9. 1938 bekannt. Die französische Regierung hielt diesen Plan für nicht weitgehend genug, um Hitler zufriedenzustellen; vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1151, 1154, 1157; DDF, 2e Série, Tome 11, Doc. 404, 420 (französischer Plan).

[781] Vgl. ADAP, D 2, Dok. 661; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1161, 1172, 1180; DDF, 2e Série, Tome 11, Doc. 426; FRUS 1938, Vol. I, S. 727; Schmidt, Statist, S. 412; François-Poncet, Als Botschafter, S. 333; Ciano, Tagebücher 1937/38, Eintrag vom 28. 9. 1938, S. 238; Weizsäcker, Erinnerungen, S. 187; Meissner, Staatssekretär, S. 465.

[782] Vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1166, 1172; Schmidt, Statist, S. 412 f.; François-Poncet, Als Botschafter, S. 333; Ciano, Tagebücher 1937/38, Eintrag vom 28. 9. 1938, S. 239.

[783] Vgl. ADAP, D 2, Dok. 655; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1140, 1155, 1181; Weizsäcker, Erinnerungen, S. 186.

[784] Schreiben Chamberlains an Hitler, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1158; siehe auch: Ebenda, Doc. 1159.

[785] Chamberlains Schreiben an Hitler lautete: „I am ready to come to Berlin myself at once to discuss arrangements for transfer with you and representatives of Czech Government, together with representatives of France and Italy if you desire"; abgedr. in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1158.

[786] Vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1172, 1179–1181; Henderson, Fehlschlag, S. 187 f.

son von der Verschiebung der Generalmobilmachung um 24 Stunden auf Anraten des Duce. Als Hitler auf die Frage, ob der britische Plan von der tschechoslowakischen Regierung angenommen worden sei, keine bejahende Antwort erhielt, erklärte er, am nächsten Tag zu mobilisieren, sollte Prag nicht bis 14.00 Uhr prinzipiell die deutschen Forderungen akzeptiert haben.[787]

Goebbels war über die Besuche der Botschafter Frankreichs und Großbritanniens in der Reichskanzlei informiert, da er sich selbst dort aufhielt: „Im Laufe des Morgens melden sich Poncet und Henderson. Sie kommen mit neuen Vorschlägen: das Gebiet soll zu uns kommen. Räumung beginnt am 1. Oktober und endet am 10.[788] Kein Einmarsch der Wehrmacht sondern der Polizei.[789] Dafür Druck auf Prag“[790] (TG, 29.9.1938). Noch interessanter ist die Fortsetzung dieser Tagebuchnotiz von Goebbels, die die Erkenntnisse der Forschung bestätigt, Ribbentrop sei bis zuletzt für eine militärische Lösung eingetreten, während Göring, Neurath und auch Goebbels selbst[791] für eine Annahme der jüngsten anglo-französischen Pläne plädierten.[792]

„Ribbentrop ist dagegen. Er hat einen blinden Haß gegen England. Göring, Neurath und ich treten dafür ein. Wir haben keinen Absprung zum Krieg.[793] Mussolini tritt auch in einem Brief an den Führer dafür ein. Es ist also auf andere Weise kaum noch zu machen. Man kann nicht evtl. einen Weltkrieg um Modalitäten führen. Ich spreche ausführlich mit Göring darüber, der ganz meine Meinung teilt und Ribbentrop furchtbar anfaßt.[794] Ich

[787] Telegramm Hendersons an Halifax, 28.9.1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1181.

[788] Vgl. ADAP, D 2, Dok. 655, Anlage 2; ADAP, D 2, Dok. 656; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1140, 1177, 1193; DDF, 2e Série, Tome 11, Doc. 401, 404, 413, 418, 420.

[789] Die Besetzung durch die deutsche Polizei ist weder im neuesten britischen noch im französischen Plan zu finden, hier scheint Goebbels falsch informiert worden zu sein.

[790] Vgl. ADAP, D 2, Dok. 656; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1140, 1177, 1193; DDF, 2e Série, Tome 11, Doc. 401, 404, 413, 418, 420.

[791] Goebbels' Ablehnung einer militärischen Lösung am 28.9.1938 in der Reichskanzlei bezeugt Ernst von Weizsäcker in seinem Tagebuch (Hill, Weizsäcker-Papiere, 1933–1950, Eintrag vom 9.10.1938, S. 145; siehe auch Brief auf S. 144) und auch noch in seinen Memoiren (Weizsäcker, Erinnerungen, S. 188). Ebenso überliefert sie Wiedemann in seinen Erinnerungen (Der Mann, S. 176), was in beiden Fällen überrascht, da in der übrigen Memoirenliteratur Goebbels in diesem Zusammenhang nicht genannt wird. Dies stellt auch Michels, Ideologie, S. 392, fest, der die entsprechende Goebbels-Passage noch nicht kannte.

[792] Vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1182; Henderson, Fehlschlag, S. 185–187; François-Poncet, Als Botschafter, S. 333 f.; Schmidt, Statist, S. 411; Krausnick/Deutsch, Groscurth, Tagebuch-Eintrag vom 29.9.1938, S. 128; Wiedemann, Der Mann, S. 179–181; Hill, Weizsäcker-Papiere, S. 145 f.; Weizsäcker, Erinnerungen, S. 187 f. Für die Memoirenschreiber bestand kein Anlaß, Göring zu verteidigen, so daß deren Aussagen hierzu der Wahrheit entsprochen haben dürften. Vgl. Aussagen Neuraths vom 24.6.1946 und Görings vom 14.3.1946 vor dem IMG, in: IMG 16, S. 707 f., und IMG 9, S. 328 f. Völlig falsch liegt Hass, Münchner Diktat, S. 256.

[793] Moeller, Blitzkrieg, S. 135, behauptete zu Unrecht, dieser Satz zeige, daß Goebbels den Kriegskurs Hitlers unterstützt habe. Doch auf derselben Tagebuchseite finden sich mehrere Aussagen, die Goebbels' Eintreten für eine friedliche Lösung belegen. Vgl. auch Zelle, Hitlers zweifelnde Elite, S. 57–61.

[794] Deutliche und lautstarke Kritik Görings an Ribbentrops Kriegstreiberei berichten auch Henderson, Fehlschlag, S. 186, Weizsäcker, Erinnerungen, S. 188, und Wiedemann, Der Mann, S. 179–184.

spreche dann mit dem Führer, der auch keinen Augenblick im Zweifel ist, daß hier noch eine Chance liegt" (TG, 29.9.1938).

Bedeutsam sind auch die beiden folgenden Zeilen, die Goebbels über die Gedanken Hitlers an diesem 28. September festhielt: „Dann taucht bei ihm [Hitler, d.V.] der Gedanke einer Viererkonferenz auf: Mit Mussolini, Chamberlain und Daladier. In München[795]" (TG, 29.9.1938). Es ist denkbar, daß Hitler Goebbels gegenüber die Idee zu einer internationalen Konferenz ungerechtfertigterweise als von ihm ausgehend darstellte,[796] da die Initiative hierzu vor allem vom britischen Botschafter in Rom, Eric Earl of Perth, und von Chamberlain ausgegangen war.[797] Aber wahrscheinlicher ist, daß Hitler, entgegen den britischen Vorschlägen, auf den Ausschluß der Tschechoslowakei als Konferenzteilnehmer und auf eine Viererkonferenz in der realisierten Konstellation unter Beteiligung des Deutschen Reichs, Großbritanniens, Frankreichs und Italiens bestand.[798] Somit hätte der Eintrag von Goebbels nicht nur seine Richtigkeit, sondern brächte auch eine neue Erkenntnis für die Forschung. Sowohl Hitler als auch Mussolini wußten, daß Großbritannien

[795] Die Frage, weshalb die Konferenz in München stattfand, ist bisher noch nicht hinreichend beantwortet worden. Chamberlain hatte Hitler und Mussolini eine internationale Besprechung in Berlin vorgeschlagen; vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1158 f., 1167. Dem Tagebuch Cianos (Tagebücher 1937/38, Eintrag vom 27.9.1938, S. 237) zufolge war auf Anregung Mussolinis am 27.9. eine italienisch-deutsche Besprechung zwischen den Außenministern Ciano und Ribbentrop sowie den höchsten Militärs auf beiden Seiten für den 29.9. um 12.00 Uhr in München vereinbart worden, sollte die Prager Regierung nicht nachgeben und ein militärisches Vorgehen erfolgen. In den Aufzeichnungen deutscher Militärs wird als Ort dieser italienisch-deutschen Konsultationen „Innsbruck" angegeben (Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 27.9.1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 388; Krausnick/Deutsch, Groscurth, Tagebuch-Eintrag vom 28.9.1938, S. 127). Ganz eindeutig läßt sich in den Quellen das Entgegenkommen, im wahrsten Sinne des Wortes, Hitlers gegenüber Mussolini erkennen. Der Grund dafür liegt in der Präferenz Mussolinis für seinen Sonderzug als Verkehrsmittel zu Staatsbesuchen ins Reich. Auch zur Konferenz in München fuhr er mit seinem Sonderzug. Er reiste bereits am 28.9.1938 um 18.00 Uhr ab (Ciano, Tagebücher 1937/38, Eintrag vom 28.9.1938, S. 239) und kam in München am 29.9. kurz vor 12.00 Uhr an. Die Wahl einer weiter nördlich gelegenen Konferenzstadt, beispielsweise Berlin, hätte die Beratungen am 29.9.1938 unmöglich gemacht (vgl. auch Aussage Neuraths, 24.6.1946, in: IMG 16, S. 708). Welche weiteren Überlegungen bei Hitler eine Rolle spielten, ist bislang nicht erforscht. Wiedemann (Der Mann, S. 181) schrieb in seinen Memoiren, Neurath habe auch deshalb zu München geraten, um den Eindruck zu vermeiden, Hitler ließe in Berlin „die europäischen Staatsmänner vor sich antreten". Von Bedeutung war vielleicht auch, daß der „Führerbau", in dem die Konferenz stattfand, kurz zuvor fertiggestellt und eingerichtet worden war.

[796] Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 1122, Anm. 388, meinte, Goebbels „behauptet zu Unrecht, daß die Idee der Viermächte-Konferenz von Hitler stammte".

[797] Vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1125 und Anm. 2, Doc. 1158 f., 1161, 1165, 1167; Celovsky, Münchener Abkommen, S. 452–455; Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 629 f., 636, 638, 641, 649; Weinberg, The Foreign Policy. Starting World War II, S. 454; Laffan, Survey, Vol. II, S. 428 f. Bereits im Sommer 1938 gab es bei Briten und Franzosen die Idee einer Beratung der „Großmächte" über die sudetendeutsche Frage: ADAP, D 2, Dok. 264, 351, 366, Anlage 1, 3; Aufzeichnung Heinburgs, 2.7.1938, PA/AA, R 29766, Fiche 1168, Bl. 125320–323; DBFP, 3rd Series, Vol. I, Doc. 532, Vol. II, Doc. 883, S. 614.

[798] Dies legen auch die Memoiren Weizsäckers nahe; vgl. Weizsäcker, Erinnerungen, S. 188.

die Einbeziehung der Tschechoslowakei in die Verhandlungen verlangte. Diese Forderung war nicht nur Bestandteil des britischen Plans vom Vortag, den auch Mussolini kannte, sondern sie kam auch in den jüngsten Botschaften Chamberlains an Hitler und Mussolini zum Ausdruck.[799] Im Tagebuch des italienischen Außenministers, in italienischen Diplomatie-Akten und in den Memoiren Hendersons ist festgehalten, daß Großbritannien eine Viermächtekonferenz vorschlug.[800] Es findet sich kein Beleg, daß Chamberlain die Idee hatte, die Tschechoslowakei von den Beratungen von vornherein fernzuhalten.[801] Somit basierten die britischen Pläne bis zuletzt auf Verhandlungen der britischen, der deutschen, der tschechoslowakischen und der französischen Regierung.

Die französische Regierung hatte ebensowenig Interesse am Ausschluß Prags und wollte Einfluß auf Italien nehmen, wurde aber von der englischen Diplomatie und Ciano gebeten, dies zu unterlassen.[802] Ciano notierte im Tagebuch zutreffend, Hitler habe die Bedingung gestellt, daß Mussolini an der Konferenz teilnähme, über den Ausschluß der Prager Regierung notierte er nichts.[803] Mehrere Quellen überliefern, daß der Entschluß zur Konferenz von München, also auch zu Verhandlungen ohne tschechoslowakische Vertreter, in einem Telefonat zwischen Hitler und Mussolini – bzw. durch Attolicos Vermittlung zwischen den Diktatoren – am Mittag des 28. September gefaßt worden sei, nachdem der Faschistenführer Hitler eine Tagung vorgeschlagen hatte.[804] Aufgrund der Tatsache, daß Hitler eine Verhandlung mit der tschechoslowakischen Regierung bisher stets abgelehnt hatte[805] und wußte, daß Prag bisher weder das Godesberger Memorandum noch den neuesten britischen Plan akzeptiert hatte,[806] erscheint es höchst wahrscheinlich, daß er, der das größere Interesse am Ausschluß der Tschechen hatte, diesen auch initiierte. Die Annahme Celovskys, Mussolini habe „eigenmächtig" Chamberlains Vorschlag abgeändert,[807] ist stark zu bezweifeln. Vielmehr wird Hitler im Ge-

[799] „Sobald wie möglich werden zwischen Deutschland, Großbritannien, Frankreich und der Tschechoslowakei Verhandlungen eröffnet", begann der Punkt 5 des britischen Plans; abgedr. in: ADAP, D 2, Dok. 655, Anlage 2, S. 790f.; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1140; siehe auch DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1158f., 1165.

[800] Vgl. DDI, Ottava Serie, Vol. 10, Doc. 172; Ciano, Tagebücher 1937/38, Eintrag vom 28. 9. 1938, S. 238; Henderson, Fehlschlag, S. 187; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1158f.

[801] Noch in München wünschte Chamberlain die Hinzuziehung von tschechoslowakischen Vertretern; vgl. ADAP, D 2, Dok. 670, S. 806f.; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1227, S. 631.

[802] Vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1168; DDF, 2e Série, Tome 11, Doc. 443; Ciano, Tagebücher 1937/38, Eintrag vom 28. 9. 1938, S. 239; FRUS 1938, Vol. I, S. 686f.

[803] Ciano, Tagebücher 1937/38, Eintrag vom 28. 9. 1938, S. 239; vgl. auch FRUS 1938, Vol. I, S. 728.

[804] Vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1179–1181; FRUS 1938, Vol. I, S. 728; Schmidt, Statist, S. 413; Ciano, Tagebücher 1937/38, Eintrag vom 28. 9. 1938, S. 239; Henderson, Fehlschlag, S. 187. Siehe auch Aussage Görings vor dem IMG, 14. 3. 1946, in: IMG 9, S. 329.

[805] Noch zuletzt am 27. 9. 1938 in einem Schreiben an Chamberlain, in: ADAP, D 2, Dok. 635, und DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1144.

[806] DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1181, 1188.

[807] Celovsky, Münchener Abkommen, S. 457, Anm. 4, bezog sich hierbei auf Wiskemann, Axis, S. 128, die jedoch keinen Beleg für ihre Behauptung liefert. Laffan, Survey, Vol. II, S. 427, behauptete ebenfalls, dies sei eine Idee Mussolinis gewesen. Göring sagte vor dem IMG aus, Attolico habe ihm morgens gegen 9.00 Uhr im Auftrag Mussolinis die

spräch mit Mussolini – oder gegenüber Attolico – erklärt haben, nicht mit Prag verhandeln zu wollen.[808] Darauf deutet auch eine weitere Tagebucheintragung von Goebbels hin, die sich auf ein Gespräch mit Hitler am 1. Oktober bezieht: „Der Führer hat sehr geschickt diese Konferenz als eine Besprechung der eigentlichen Weltmächte herausgestellt. Damit waren die Tschechen von vorneherein ins Hintertreffen gedrückt. Man verhandelte nicht mehr mit ihnen, sie mußten einfach schlucken" (TG, 2. 10. 1938). Insofern ging die Konferenz von München in ihrer konkreten Form tatsächlich, wie Goebbels schrieb, auch auf einen „Gedanken" Hitlers zurück.

Nach der Zusage Mussolinis war sich Goebbels sicher, daß sich „damit eine ganz neue Lage" ergäbe: „Der Himmel beginnt sich etwas aufzulichten", notierte er weiter. Auch der Propagandaminister war besorgt, sonst hätte er Hitler nicht zusammen mit Göring und Neurath zur Verhandlungslösung geraten (TG, 29. 9. 1938). Am Nachmittag trafen, wie Goebbels festhielt, „dann auch die Zusagen von Daladier und Chamberlain" ein (TG, 29. 9. 1938), welche offenbar keine Einwände gegen den Ausschluß Prags von den Verhandlungen machten.[809] „Also Viererkonferenz in München" notierte Goebbels zufrieden (TG, 29. 9. 1938). Hitler war nun endlich bereit, die Sudetenkrise auf friedlichem Wege zu lösen, allerdings nur vorläufig, wie die Tagebücher von Goebbels verraten. Denn selbst an diesem Tag, den die damalige Welt als Erfolg für den Frieden feierte, dachte Hitler bereits an den zweiten Schritt, die Zerschlagung der verbleibenden Tschechoslowakei mit militärischen Mitteln. Goebbels räsonnierte: „Es bleibt uns wahrscheinlich die Möglichkeit: wir nehmen friedlich das sudetendeutsche Gebiet, die große Lösung bleibt noch offen, und wir rüsten weiter für künftige Fälle. Das ist der große Sieg, den der Führer jetzt erringen kann. Er selbst ist nun auch fest entschlossen dazu" (TG, 29. 9. 1938). Hitler reiste noch am Abend dieses ereignis- und folgenreichen Tages nach München. Der Friede war vorläufig gerettet. Goebbels freute sich über den enormen „Prestigezuwachs" für das nationalsozialistische Deutschland und blieb in Berlin, weil er dort, wie er schrieb, „unentbehrlich" sei (TG, 29. 9. 1938). Goebbels wurde in München also nicht gebraucht, so wie er schon den ganzen September über an keiner wichtigen Unterredung mit ausländischen Staatsgästen beteiligt wurde. In Berlin zurückgeblieben, bemerkte

Besprechung zwischen Reich, Empire, Frankreich und Italien vorgeschlagen, was jedoch schon zeitlich unmöglich war, denn zu dieser Zeit hatte Attolico noch keine Anweisungen dieser Art aus Rom erhalten. Vgl. Aussage Görings am 14. 3. 1946, in: IMG 9, S. 328. Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 647 f., Teil 2, Anm. 128, S. 321, thematisierte lediglich den Ausschluß der Sowjetunion.

808 Auch Chamberlain und Halifax war bekannt, daß Hitler nur ohne Beteiligung Prags zu Verhandlungen bereit war; vgl. Wheeler-Bennett, Munich, S. 171; Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 655.

809 Chamberlain verkündete seine Zusage um 15.40 Uhr während einer Rede im britischen Unterhaus (Celovsky, Münchener Abkommen, S. 458), Daladier gegen 16.40 Uhr (DDF, 2e Série, Tome 11, Doc. 450, S. 673). Zu dieser Rede des britischen Premiers hielt Goebbels im Tagebuch fest: „Chamberlains Rede war in der Hauptsache eine Darstellung der Genesis des Konflikts. Als er erklärte, daß er nochmal nach München fliege, brach das Unterhaus in stürmische Beifallskundgebungen aus. Man sieht daran, wie viel den Engländern am Frieden liegt. Schon aus ihrem eigensten Interesse"; TG, 30. 9. 1938.

Goebbels eine „fühlbare Entspannung“ in der Welt, ein Aufatmen der Völker: „Man hat das Bewußtsein, daß der Frieden noch einmal gerettet werden kann. Aber man soll nicht glauben, daß das auf unsere Kosten geschehen könnte“ (TG, 30.9.1938). Um die deutsche Verhandlungsposition nicht zu schwächen, sorgte Goebbels für die Fortsetzung der Hetzkampagne der deutschen Presse gegen Prag und ließ durch Berndt groß aufgemachte Artikel oder Extrablätter über die Konferenz in München bzw. eine sich abzeichnende Entspannung der Lage untersagen.[810] In seinem Tagebuch räumte er dies sehr offen ein: „Ich gebe deshalb der deutschen Presse die Anweisung, klar und fest zu bleiben und auch nicht in einer Nuance ein Zeichen der Ermüdung zu geben. Der Terror der Tschechen wird noch einmal in aller Breite dargestellt“ (TG, 30.9.1938). Die deutsche Presse befolgte Goebbels' Anweisung, was er mit einer gewissen Genugtuung verzeichnete: „In der Nachmittagspresse geht die Kampagne gegen Prag wie abgemacht, fest weiter“ (TG, 30.9.1938).

Die Münchener Konferenz

Am Morgen des Konferenztages fuhr Hitler im Zug nach Kufstein, kurz hinter der früheren österreichischen Grenze, um dort Mussolini zu treffen, was auch Goebbels bekannt war: „Der Führer ist Mussolini bis Kufstein entgegengefahren, um ihm einen Überblick über das ganze Problem zu geben, damit beide bei den Besprechungen gleich liegen“ (TG, 30.9.1938). Tatsächlich sprachen Hitler und Mussolini während ihrer Fahrt nach München aber nicht über die bevorstehende Konferenz, was Goebbels allerdings nicht wußte. Eine Beratung der beiden Diktatoren in dieser Frage war nicht nötig, da Mussolini bereits am Vortag den von Botschafter Attolico telefonisch übermittelten deutschen Entwurf zur Tagesordnung und den erwünschten Beschlüssen erhalten hatte.[811] Hitler erklärte Mussolini vielmehr, daß er die Tschechoslowakei liquidieren werde, bei Scheitern der Konferenz sofort, und daß der Tag kommen werde, an dem das Deutsche Reich und Italien gemeinsam gegen Großbritannien und Frankreich zu den Waffen

[810] Selbst das Wort „Konferenz“ durfte nicht verwendet werden, statt dessen sollte lediglich eine „Besprechung“ in München erwähnt werden. Vgl. NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2706, 2715–2717, alle vom 28.9.1938; Nr. 2719 f., beide vom 29.9.1938.

[811] Vgl. Ciano, Tagebücher 1937/38, Eintrag vom 29./30.9.1938, S. 240 f.; FRUS 1938, Vol. I, S. 729; Schmidt, Statist, S. 415; Weizsäcker, Erinnerungen, S. 188 f.; Kordt, Wahn, S. 131, 133; Kordt, Nicht aus den Akten, S. 273–275; Meissner, Staatssekretär, S. 465. Umstritten ist die Frage, wer den Attolico übermittelten Entwurf verfaßte: Die Mehrheit der Historiker schloß sich der Darstellung deutscher Zeitzeugen (Schmidt, Statist, S. 415; Weizsäcker, Erinnerungen, S. 188 f.; Kordt, Wahn, S. 131, 133; Kordt, Nicht aus den Akten, S. 273–275; Meissner, Staatssekretär, S. 465) an und nimmt eine Autorschaft von Göring, Weizsäcker und Neurath an, z. B. Weinberg, The Foreign Policy. Starting World War II, S. 457; Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 178 f.; Kube, Pour le mérite, S. 275 f.; Blasius, Für Deutschland, S. 68. Hingegen gehen Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 652 f., und weniger bestimmt Celovsky, Münchener Abkommen, S. 462, Anm. 1, davon aus, Hitler habe Attolico den Entwurf diktiert, was aufgrund des Berichts des italienischen Botschafters (FRUS 1938, Vol. I, S. 729) und der übrigen Akten am plausibelsten erscheint.

greifen müßten, und zwar solange Hitler und Mussolini „noch jung und in voller Kraft“ seien.[812]

Die beiden Diktatoren trafen kurz vor 12.00 Uhr am Münchener Hauptbahnhof ein. Zur gleichen Zeit landete Chamberlain in München. Daladier war eine halbe Stunde zuvor am Flughafen angekommen. Die Staatsgäste wurden sofort[813] in den erst vor kurzem fertiggestellten „Führerbau“ nahe des Königsplatzes gebracht, wenig später, um 12.45 Uhr, begannen die „entscheidenden Beratungen“, wie Goebbels schrieb (TG, 30.9.1938). Dem Protokoll des Auswärtigen Amts zufolge lief der erste Teil der Konferenz folgendermaßen ab:[814] Nach einleitenden Worten Hitlers, in denen er seinen Gästen Dank für ihr Erscheinen aussprach, gab er einen Überblick über die Situation in der Tschechoslowakei, verwies auf die Verfolgung der Minderheiten durch die tschechische Regierung, auf Tausende von Flüchtlingen und mahnte zur Eile, die geboten sei, um das Problem zu lösen. Chamberlain dankte Hitler und Mussolini und gab sich Mühe, die britische Initiative, die die Konferenz herbeiführte, zu verbergen.[815] Mussolini machte sich gleichfalls für eine schnelle Einigung stark und legte hierfür seinen Vorschlag vor.[816] Daladier dankte ebenfalls für die Einladung und gab seiner Freude über ein persönliches Zusammentreffen mit Hitler Ausdruck. Zugleich erklärte er als erster[817] den italienischen Plan zur Diskussionsgrundlage, obgleich er ihn, wie er sagte, „noch nicht genau studiert habe“. Chamberlain äußerte, dieser Plan entspräche seiner eigenen Vorstellung. Anschließend folgte eine Diskussion über die Garantie der Großmächte betreffs der Räumung der abzutretenden Gebiete und eine Aussprache, wie die Zustimmung der tschechoslowakischen Regierung eingeholt werden könnte. Daladier und auch Chamberlain regten an, einen „Prager Vertreter im Nebenzimmer“ Platz nehmen zu lassen, der diese erteilen könnte.

812 Ciano, Tagebücher 1937/38, Eintrag vom 29./30.9.1938, S.204. Die kriegerischen Ausführungen Hitlers berichtete auch Filippo Anfuso, der als Kabinettschef des italienischen Außenministeriums mitfuhr, in seinen Memoiren (Rom-Berlin, S.75–78).

813 Aufzeichnung Horace Wilsons, in: DBFP, 3rd Series, Vol.II, Doc.1227, S.630. Lediglich die italienische Delegation scheint die Möglichkeit zu einer kurzen Rast in ihrem Quartier gehabt zu haben; vgl. Ciano, Tagebücher 1937/38, Eintrag vom 29./30.9.1938, S.241.

814 Aufzeichnung über die Münchener Konferenz, 29.9.1938, Teil 1, in: ADAP, D 2, Dok.670, S.804–808. Weitere Primärquellen sind die nachträglich verfaßte Aufzeichnung Horace Wilsons (DBFP, 3rd Series, Vol.II, Doc.1227, S.630–635) sowie Cianos Tagebuch (Tagebücher 1937/38, Eintrag vom 29./30.9.1938, S.240–244). Die Teilnehmer der Gespräche waren: für das Deutsche Reich: Hitler, Ribbentrop, v. Weizsäcker; für Italien: Mussolini und Graf Ciano; für Großbritannien: Chamberlain und Sir Horace Wilson; für Frankreich: Daladier und der Generalsekretär des französischen Außenministeriums Alexis Léger. Später, am Nachmittag, verstärkten Sir Nevile Henderson und Sir William Malkin die britische und François-Poncet die französische Delegation. Kershaw, Hitler, Bd.2, S.179, nennt als weitere Teilnehmer des zweiten Sitzungsteils Attolico und Göring; DBFP, 3rd Series, Vol.II, Doc.1227, S.630f.; François-Poncet, Als Botschafter, S.337.

815 ADAP, D 2, Dok.670, S.805.

816 Text des von Mussolini vorgetragenen Papiers, in: DBFP, 3rd Series, Vol.II, Doc.1227, Appendix A; Michaelis/Schraepler, Ursachen, Bd.12, Dok.2722d, S.444f.

817 Aufzeichnung Horace Wilsons, in: DBFP, 3rd Series, Vol.II, Doc.1227, S.631.

Doch Vertreter der tschechoslowakischen Regierung waren offiziell nicht geladen worden, und die tschechoslowakischen Diplomaten befanden sich noch auf der Anreise.[818] Mussolini, einig mit Hitler, daß auf die Tschechen nicht gewartet werden könne, forderte, die Großmächte müßten die tschechoslowakische Regierung zur Annahme der Forderungen drängen und darauf hinweisen, daß sie bei Ablehnung „die militärischen Folgen zu tragen haben würde". Der britische Premier nannte die italienischen Vorschläge „vernünftig" und erklärte seine Bereitschaft, diese zu unterzeichnen. Zwar machte er noch einige Einwände zu Details, doch als Hitler wiederum mit einer militärischen Lösung drohte, ließ Chamberlain davon ab, befand die anvisierten Termine für akzeptabel und teilte mit, die Großmächte würden ihre Autorität gegenüber Prag geltend machen. Nach seinem Vorschlag, den italienischen Plan in Ruhe zu studieren, wurde die Besprechung auf den Nachmittag vertagt. Daladier gab nun ebenfalls zu verstehen, daß auf einen tschechoslowakischen Vertreter verzichtet werden könne, und Hitler kündigte „Gewalt" an, sollte Prag das zu unterzeichnende Abkommen ablehnen. Gegen 15.00 Uhr zogen sich die Verhandlungspartner zu Beratungen mit ihren Delegationen zurück,[819] aber die grundsätzliche Bereitschaft, auf der Basis des italienischen Entwurfs ein Abkommen zu schließen, stand schon fest.

Die Wiederaufnahme der Gespräche begann um 16.30 Uhr, wie aus einem weiteren Protokoll des Auswärtigen Amts hervorgeht.[820] Auf Vorschlag Mussolinis gingen die vier Regierungschefs „sein" Papier nun Punkt für Punkt durch. Über Punkt eins, die am 1. Oktober beginnende Räumung der sudetendeutschen Gebiete durch tschechoslowakische Organe, herrschte sogleich Einigkeit. Zum zweiten Punkt, der Beendigung des tschechoslowakischen Rückzugs aus diesen Territorien bis zum 10. Oktober, erklärte Chamberlain sein Einverständnis. Seine Einwände, eine Garantie hierfür könne nicht übernommen werden, bevor sich die tschechoslowakische Regierung dazu geäußert habe, verwarf Daladier mit der Einschätzung, ihm erscheine die Zustimmung Prags „nicht notwendig"; die Räumung der rein deutschen Gebiete könne schnell erfolgen, in gemischten Gebieten oder Sprachinseln sei eine internationale Besetzung zweckmäßig und gegebenenfalls ein Bevölkerungsaustausch. Hitler erklärte sich mit internationalen Truppen in diesen Territorien einverstanden. Die Forderung nach unversehrter Übergabe dieser Gebiete wurde anscheinend ebenfalls von allen Beteiligten gebilligt, da hierzu keine Diskussion stattfand und sie sich im endgültigen Vertragstext wiederfindet. Bei der Frage der Grenzziehung legten sich die Gesprächspartner auf Bitten Daladiers nicht von vornherein fest, sondern übertrugen diese Aufgabe der zu

[818] Die tschechoslowakische Delegation bestand aus Hubert Masařík, Kanzleichef Kamil Kroftas, dem Gesandten in Berlin, Vojtěch Mastný, und dem Berater der Gesandtschaft London, Karel Lisický. Alle drei kamen erst am Nachmittag an. Denkschrift über den Aufenthalt der tschechoslowakischen Delegation in München, in: DM, Bd. 1, Nr. 37, S. 283–287, hier S. 283 (zuerst in Berber, Europäische Politik, Dok. 179, siehe auch Ripka, Munich, S. 224–227); DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1209, 1220.

[819] Aufzeichnung Horace Wilsons, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1227, S. 631.

[820] Aufzeichnung Erich Kordts über Münchener Konferenz, 29. 9. 1938, Teil 2, in: ADAP, D 2, Dok. 674, S. 810f. Vgl. auch Aufzeichnung Horace Wilsons, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1227, S. 630–635; Ciano, Tagebücher 1937/38, Eintrag vom 29./30. 9. 1938, S. 240–244.

bildenden internationalen Kommission. Es folgten Einzelbesprechungen zu Detailfragen, die von einem Redaktionsausschuß schriftlich fixiert wurden. Um 22.00 Uhr wurde der Vertragstext erstmals verlesen, um 23.00 Uhr lag er in seiner endgültigen Fassung vor, anschließend wurde er in vier Sprachen übersetzt und unterzeichnet. Nach der Formulierung von Zusatzerklärungen, die die Garantie für den territorialen Bestand der verkleinerten Tschechoslowakei, die Bildung eines internationalen Ausschusses und die polnischen und ungarischen Minderheiten betrafen, dankte Hitler den Staatsmännern für „ihre Bemühungen und die Erzielung des glücklichen Ergebnisses der Verhandlungen". Chamberlain äußerte im Namen der übrigen Gäste seine Zufriedenheit über das Abkommen und betonte dessen Bedeutung „für die Weiterentwicklung der europäischen Politik".

Im Vertragstext wurde schließlich vereinbart, daß deutsche Truppen die „Gebiete vorwiegend deutschen Charakters" ab 1. Oktober besetzten und die Okkupation bis 10. Oktober abgeschlossen sei, wobei das Gebiet „ohne Zerstörung irgendwelcher bestehender Einrichtungen" zu übergeben sei. Die tschechoslowakische Regierung sollte die „Verantwortung" dafür tragen, „daß die Räumung ohne Beschädigung der bezeichneten Einrichtungen durchgeführt" werde. Ein zu errichtender internationaler Ausschuß sollte festlegen, in welchen Gebieten aufgrund der unklaren Bevölkerungszusammensetzung Volksabstimmungen durchgeführt würden. Diese Gebiete sollten „bis zum Abschluß der Volksabstimmung durch internationale Formationen besetzt werden"; der vom Ausschuß festzusetzende Termin für diese Volksabstimmung durfte „jedoch nicht später als Ende November liegen". Das Deutsche Reich und Italien erklärten sich zu einer Garantie der verkleinerten Tschechoslowakei bereit, sobald „die Frage der polnischen und ungarischen Minderheit in der Tschechoslowakei geregelt" sei.[821]

Goebbels hatte die Besprechungen und die Unterzeichnung des Abkommens nicht selbst miterlebt, sondern verzeichnete in seinem Tagebuch das, was sein Staatssekretär Karl Hanke ihm berichtete:

„Hanke hält mich über den Fortlauf der Besprechungen im Bilde. Bis gegen Abend klärt sich die Lage. Auf folgender Basis etwa sucht man eine Einigung zu finden: ab 1. Oktober Einmarsch, und zwar von Militär, nicht von Polizei.[822] In Etappen bis zum 10. Oktober.[823] Das Gebiet ist unversehrt zu übergeben.[824] Zerstörungen müssen entschädigt werden.[825] Die strittigen Gebiete, d. h. die auf unserer Karte schraffierten werden durch internationale Truppen besetzt. Dort findet eine Abstimmung noch vor Weihnachten statt.[826] Eine Garantie übernehmen wir nicht.[827] Lehnen die Tschechen ab, dann werden die Mächte ihr Desin-

[821] Abkommen zwischen Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien, 29. 9. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 675; DDF, 2e Série, Tome 11, Doc. 479.

[822] Die Besetzung durch deutsche Polizeieinheiten war nicht Gegenstand der Gespräche; auch in den britischen und französischen Plänen vom 27./28. 9. 1938 wurde bereits der Einmarsch deutscher Truppen zugestanden.

[823] Vgl. Punkt 4 des Münchener Abkommens, in: ADAP, D 2, Dok. 675, S. 812.

[824] Vgl. Punkt 2 des Münchener Abkommens, in: Ebenda.

[825] Vgl. Punkt 2 des Münchener Abkommens, in: Ebenda.

[826] Vgl. Punkt 5 des Münchener Abkommens, in: Ebenda.

[827] Dies ist nicht ganz richtig, denn das Deutsche Reich und Italien erklärten sich zu einer Garantie der Tschechoslowakei nach Regelung der anderen Minderheitenprobleme bereit; allerdings dürfte Goebbels die Garantieerklärung als Scheingarantie durchschaut haben. Vgl. Zusatz zum Münchener Abkommen, in: ADAP, D 2, Dok. 675, S. 813.

teressement erklären“[828] / Chamberlain und Daladier telephonieren noch mit ihren Kabinetten, um deren Zustimmung zu erholen. Masaryk und Mastny sind in München, um das Memorandum gleich in Empfang zu nehmen“[829] (TG, 30.9.1938).

Goebbels war zweifellos erleichtert über die friedliche Lösung. Aber zugleich war er sich bewußt, daß sich bei Ablehnung der tschechoslowakischen Regierung eine große Chance bieten würde, den gesamten Staat zu okkupieren, und daß diese Gelegenheit mit einem minimalen Risiko verbunden wäre, weil die Westmächte nicht eingreifen würden. Goebbels war also nur gegen ein militärisches Vorgehen, wenn es die Gefahr eines europäischen Krieges nach sich gezogen hätte, und dies hatte Goebbels vor der Münchener Konferenz befürchtet. Er war keinesfalls grundsätzlich gegen den Krieg als politisches Mittel und hätte auch einen Angriff auf die Tschechoslowakei gutgeheißen, wenn sichergestellt worden wäre, daß die Prager Republik keine Unterstützung erhielte. Obgleich er im Tagebuch, wie im folgenden Absatz zu sehen ist, sein Interesse an der sogenannten Großen Lösung suggerierte, dürfte ihm der auf dem Verhandlungsweg erreichte „Anschluß“ des Sudetenlandes im Augenblick als die beste Lösung erschienen sein.

„Damit hätten wir dann, was wir im Augenblick bekommen können. Es würde damit die schwerste Kriegskrise unseres Regimes ein erträgliches Ende finden. Komplikationsmöglichkeiten gibt es natürlich noch die Menge. Aber es scheint, als sei der Abgrund hinter uns. / Man muß nun die Entwicklung der nächsten Tage abwarten. Wenn jetzt die Tschechen ablehnen, dann wäre wohl die große Möglichkeit geboten. Aber den Gefallen wird uns Prag wahrscheinlich nicht tuen [!]“ (TG, 30.9.1938).

[828] Diese Notiz Goebbels' entsprach den Tatsachen, obgleich sich dieses gegebenenfalls zu erklärende britische und französische Desinteresse weder in den Protokollen noch im endgültigen Vertragstext finden läßt. Besonders deutlich wird es in einem Bericht des Kanzleichefs von Kamil Krofta, Hubert Masařík: Frank Ashton-Gwatkin habe am 29.9.1938 gegen 22.00 Uhr zu ihm gesagt, als Masařík Einwände gegen das sich abzeichnende Diktat machen wollte: „Wenn Sie nicht annehmen, dann werden Sie Ihre Angelegenheiten mit den Deutschen ganz allein zu regeln haben. Die Franzosen werden sich vielleicht liebenswürdiger ausdrücken, aber ich versichere Ihnen, sie teilen unsere Ansichten. Sie werden sich ihrerseits zurückziehen …“ Denkschrift über den Aufenthalt der tschechoslowakischen Delegation in München, in: DM, Bd. 1, Nr. 37, S. 285 (zuerst in Berber, Europäische Politik, Dok. 179; siehe auch Ripka, Munich, S. 224–227). Noch in der Nacht wies die britische Delegation in München den Gesandten Newton in Prag an, sofort Beneš aufzusuchen und ihn zu drängen, das Münchener Abkommen anzunehmen: „You will appreciate that there is no time for argument; it must be a plain acceptance.“ Telegramm der britischen Delegation in München an Newton, 30.9.1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1225. Das britische Desinteresse geht auch aus dem Gespräch Hitlers mit Chamberlain am 30.9.1938 hervor, Aufzeichnung Schmidts über die Unterredung zwischen Chamberlain und Hitler am 30.9.1938, in: ADAP, D 4, Dok. 247, S. 251–255; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1228, S. 635–640.

[829] Es läßt sich nicht mehr entscheiden, ob Goebbels den Namen von Kroftas Kanzleichef, Hubert Masařík, der in München war, falsch schrieb, oder ob er bzw. sein Informant den Sekretär mit dem tschechoslowakischen Gesandten in London, Jan Masaryk, verwechselte, da Goebbels wahrscheinlich telefonisch informiert worden war. Allerdings war auch das A.A. zunächst davon ausgegangen, daß Jan Masaryk nach München kommen würde; doch er blieb in London; vgl. ADAP, D 2, Dok. 671; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1220.

Nach Ende der Besprechungen, gegen 1.30 Uhr des 30. September, wurden die tschechoslowakischen Diplomaten in den Konferenzsaal geführt. Hitler überließ es den Briten und Franzosen, den Vertretern Prags das Abkommen auszuhändigen. Besonders die Franzosen waren, wie Hubert Masařík überliefert, „unverkennbar betreten".[830] Der Generalsekretär des französischen Außenministeriums, Alexis Léger, bemühte sich, nachdem Chamberlain dem Gesandten Mastný den Text übergeben hatte, zu erklären, daß sich vieles im Bereich dessen bewege, was von der tschechoslowakischen Regierung bereits akzeptiert worden sei. Mit diesen vollendeten Tatsachen konfrontiert war der Klärungsbedarf bei den Tschechen groß. Doch Chamberlain war übermüdet und gähnte fortwährend. Daladier, der dem tschechoslowakischen Bericht zufolge „ganz offensichtlich verlegen war", habe auf ihre Fragen gar nicht geantwortet. Alexis Léger gab zu verstehen, daß die Delegationen aus London und Paris „keinerlei Antwort" von den Tschechen erwarteten und „den Plan als angenommen betrachteten", daß die tschechoslowakische Regierung lediglich bis 17.00 Uhr einen Vertreter zu der beschlossenen internationalen Kommission entsenden sollte.

Zur gleichen Zeit erhielt Goebbels genauere Informationen zum soeben unterzeichneten Abkommen von München:

„Mitten in der Nacht kommt dann der endgültige Beschluß. Mit kleinen Abänderungen des zuvor Geplanten. Die Modalitäten werden noch einem internationalen Ausschuß überantwortet.[831] Internationale Formationen in den noch strittigen Gebieten. Abstimmung bis Ende November.[832] Festlegung der Grenzen durch alle Mächte.[833] In 3 Monaten muß Ungarn und Polen befriedigt sein. Sonst neue Viererbesprechungen.[834] Garantie der anderen wie bisher, von uns und Italien, wenn Ungarn und Polen befriedigt.[835] Wir haben also im Wesentlichen alles erreicht, was wir nach dem kleinen Plan wollten. Der große Plan ist im Augenblick, und zwar unter den obwaltenden Umständen noch nicht zu realisieren" (TG, 30. 9. 1938).

Wieder erwähnte Goebbels den „großen Plan", was darauf schließen könnte, daß er annahm, Hitler könnte vom Abkommen enttäuscht sein und baldmöglichst nach einer anderen Lösung suchen. Doch hütete er sich davor, in seinem Tagebuch allzudeutlich oder grundsätzlich gegen den Krieg Stellung zu nehmen, ahnte er doch, daß derartige Äußerungen ihm bei Bekanntwerden Hitlers Ungnade einbringen hätten können. Drei Tage nach Unterzeichnung des Abkommens sprach Hitler die Kriegsscheu von NS-Funktionären gegenüber Goebbels an, was sich in dessen Tagebuch folgendermaßen niederschlägt:

[830] Aufzeichnung Hubert Masaříks über den Aufenthalt der tschechoslowakischen Delegation in München, in: DM, Bd. 1, Nr. 37, S. 283–287; Král, Abkommen, Dok. 245, S. 271 f. (zuerst in Berber, Europäische Politik, Dok. 179; siehe auch Ripka, Munich, S. 224–227). François-Poncet bezeichnete die Information der Tschechen in seinen Memoiren (Als Botschafter, S. 339) als das „Peinlichste".

[831] Vgl. Punkt 3; Abkommen zwischen Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien, 29. 9. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 675, S. 812.

[832] Vgl. Punkt 5, in: Ebenda, S. 812.

[833] Vgl. Punkt 6, in: Ebenda, S. 812 f.

[834] Vgl. Zusätzliche Erklärung, in: Ebenda, S. 814.

[835] Vgl. Zusatz zu dem Abkommen, in: Ebenda, S. 813.

„Dumme Leute aus unserem Kabinett haben den Führer schriftlich gewarnt.[836] Eine dreiste Unverschämtheit! Auch einige hervorragende Nazis, aber außerhalb des Kabinetts. Die werden nun fliegen. Mit Recht. In solchen Krisen muß sich alles hart und bedingungslos hinter den Führer stellen. Sonst ist eine große und riskante Politik ganz unmöglich. Sorgen kann jeder haben. Er darf sie auch in geeigneter Weise vortragen. Aber über allem steht die Disziplin" (TG, 3. 10. 1938).

Über die Atmosphäre der Verhandlungen in München notierte Goebbels, nach einem Bericht Hankes, in seinem Tagebuch: „Hanke gibt mir ausführlichen Bericht von München: Mussolini hat sich fabelhaft für uns geschlagen. Die Franzosen sind sehr anständig gewesen. Am zähesten und gemeinsten waren wieder mal die Engländer" (TG, 1. 10. 1938). Derselben Ansicht war Hitler, wie Goebbels einen Tag später festhielt: „Dann erzählt der Führer uns vom Verlauf der Dinge: Mussolini hat sich fabelhaft für uns geschlagen. Er bewährte sich als unser wahrer Freund. Daladier war besser als Chamberlain" (TG, 2. 10. 1938).[837] In der Tat verfocht der britische Premierminister die Interessen der tschechoslowakischen Regierung wesentlich energischer als sein französischer Kollege, und Mussolini vertrat fest den nationalsozialistischen Standpunkt.[838]

Noch in der Nacht nach Unterzeichnung des Münchener Abkommens gab Goebbels nochmals die Anweisung zu einer Presseoffensive gegen die tschechoslowakische Regierung. Wiederum gab es keinen faktischen Anlaß hierfür, es ging einzig darum, die vermeintliche Glaubwürdigkeit der deutschen Presse nicht zu gefährden. Im Tagebuch gestand Goebbels: „Ich gebe noch in tiefer Nacht Kommentaranweisungen an die Presse. Letzte Terrorkampagne gegen Prag. Das darf nicht so plötzlich abflauen" (TG, 30. 9. 1938). Goebbels war nun, wie er schrieb,

[836] Finanzminister Schwerin von Krosigk warnte Hitler schriftlich; vgl. TG, 22. 9. 1938.

[837] Auch gegenüber Göring äußerte sich Hitler positiv über Daladier, was der Generalfeldmarschall am nächsten Tag dem französischen Premierminister in einem Gespräch erzählte. Daladier gab Göring seinerseits zu verstehen, daß auch Hitler auf ihn Eindruck gemacht habe. Vgl. Aufzeichnung eines Gesprächs Daladiers mit Göring, in: DDF, 2e Série, Tome 11, Doc. 499, S. 735 f.

[838] Chamberlain fragte als erster nach einem tschechoslowakischen Vertreter, er lehnte zunächst eine Garantie Großbritanniens für die tschechoslowakische Räumung ab, solange Prag nicht zugestimmt habe, er fragte nach den Kompetenzen der internationalen Kommission, nach dem Schutz der Bewohner in den abgetretenen Gebieten und nach dem Recht der tschechischen Bauern, ihre Viehbestände in die Rumpf-Tschechoslowakei zu überführen. Daladier hingegen hielt die Einholung einer offiziellen tschechoslowakischen Meinung für eine Garantie durch die drei Großmächte für nicht erforderlich. Er betonte zweimal, daß er in London ebenfalls ohne vorherige Konsultation Prags der Abtretung dieser Gebiete zugestimmt habe. Außerdem erklärte Daladier als erster der Gäste, daß die sudetendeutschen Gebiete abgetreten werden müßten, bevor die tschechoslowakische Regierung neue Befestigungen errichten könnte. Mussolini mahnte zur Eile und warnte vor einer Verzögerung um auch nur 24 Stunden. Zudem appellierte er an die Großmächte, Prag nicht zu unterstützen, sollte die tschechoslowakische Regierung das Abkommen ablehnen. Vgl. ADAP, D 2, Dok. 670, 674; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1227. Keitel, Mein Leben, S. 229, schrieb in seinen Memoiren, Daladier habe „den harten Widerstand des englischen Premiers" beseitigt, indem er äußerte, die Tschechen zwingen zu wollen, sich den Abmachungen zu fügen. Dies hatte auch Göring am 18. 3. 1946 vor dem IMG erklärt; vgl. Aussage Görings, in: IMG 9, S. 441; vgl. auch Aussage Ribbentrops vom 29. 3. 1946 in Nürnberg, in: IMG 10, S. 287.

„froh" und „glücklich wie ein Kind" (TG, 30. 9. 1938), daß die Krise überstanden war. Wahrscheinlich war er auch stolz, daß er und sein Ministerium einen großen Beitrag zum Gewinn des Sudetenlandes geleistet hatten. Denn am nächsten Tag resümierte er die Sudetenkrise folgendermaßen in seinem Tagebuch: „Es war ein Sieg des Drucks, der Nerven und der Presse" (TG, 1. 10. 1938). Hierbei handelte es sich nicht um eine Überbewertung seiner eigenen Person, sondern um eine innerhalb der NS-Spitze damals weitverbreitete Auffassung, die auch Hitler vertrat. Vor etwa 400 deutschen Journalisten erklärte Hitler am 10. November 1938 zur Wirkung der Pressepropaganda im Falle der erfolgreich beendeten Sudetenkrise:

„Ich habe ja fast jeden Tag feststellen können, wie nun tatsächlich die Wirkung unserer Propaganda, besonders aber unserer Pressepropaganda ist. Der Erfolg, wie gesagt, aber ist entscheidend, und er ist, meine Herren, ist ein ungeheuerer! Es ist ein traumhafter Erfolg, so groß, daß die Gegenwart ihn eigentlich heute überhaupt noch kaum ermessen kann. Die Größe dieses Erfolges wurde mir selber in dem Augenblick am meisten bewußt, als ich zum ersten Mal inmitten der tschechischen Bunkerlinien stand. Da wurde mir bewußt, was es heißt, eine Front von fast 2000 Kilometern Befestigungen zu bekommen, ohne einen scharfen Schuß abgefeuert zu haben. Meine Herren, wir haben tatsächlich dieses Mal mit der Propaganda im Dienste einer Idee 10 Millionen Menschen mit über 100 000 Quadratkilometern Land bekommen. Das ist etwas Gewaltiges."[839]

Der Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst Walther von Brauchitsch, soll Goebbels noch am 30. September, kurz nach der Unterzeichnung des Münchener Abkommens, mit den folgenden Worten gratuliert haben: „Unsere Waffen haben nicht sprechen dürfen. Ihre Waffen haben gesiegt!"[840] Ganz anders, nämlich als Erfolg „der Besprechungen der führenden Staatsmänner der vier großen Staaten Europas", sollte die deutsche Presse das Münchener Abkommen kommentieren, um das Ausmaß der Propaganda einerseits nicht erkennbar werden zu lassen und um andererseits die am Abkommen beteiligten europäischen Staatsmänner nicht herabzuwürdigen.[841]

Goebbels' Tagebucheintragungen über Ablauf und Ergebnis der Münchener Konferenz enthalten keine neuen Erkenntnisse für die Forschung, aber sie bestätigen inhaltlich die übrigen Quellen. Anders verhält es sich bei der Besprechung Hitlers mit Chamberlain am 30. September, die zur Unterzeichnung der Deutsch-Englischen Erklärung führte. Zunächst brachte Goebbels lediglich in Erfahrung, daß Hitler „noch eine ausgedehnte Aussprache mit Chamberlain" hatte: „Darüber wird eine amtliche Freundschaftserklärung herausgegeben mit dem Wunsch beider Völker, nie wieder Krieg gegeneinander zu führen und strittige Fragen auf dem Wege der Konsultation zu lösen" (TG, 1. 10. 1938).[842] Goebbels gab sich zugleich der Hoffnung hin, daß nun bald „die Kolonialfrage" gelöst werden könnte

[839] Treue, Rede Hitlers, S. 184.
[840] Zit. nach Domarus, Hitler, Bd. 1, S. 946.
[841] Kommentaranweisung des A.A., in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2729, 30. 9. 1938; siehe auch ebenda, Nr. 2725, 30. 9. 1938.
[842] Text dieser Erklärung in: ADAP, D 2, Dok. 676; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1228, Appendix, S. 640; Michaelis/Schraepler, Ursachen, Bd. 12, Dok. 2725b, S. 479f.

(TG, 1. 10. 1938).[843] Am selben Tag, als er diese Zeilen in sein Tagebuch schrieb, erzählte ihm Hitler ausführlich von seiner Unterredung mit dem britischen Premierminister:

„Die letzte Unterredung mit Chamberlain war sehr dramatisch.[844] Er wollte von Spanien anfangen. Der Führer hat ihm unseren Standpunkt klargemacht, ihm [!] übrigen aber sich auf nichts eingelassen.[845] Dann wollte er Abrüstung. Vor allem die unserer Bomber, weil wir da den Engländern haushoch überlegen sind. Das hat der Führer abgelehnt. Er will nur, so sagte er, eine generelle Abrüstung, oder gar keine.[846] / Im Augenblick sind alle froh, daß es keinen Krieg gegeben hat. Chamberlain wollte die bekannte deutsch-englische Erklärung, um etwas mit nach Hause zu bringen.[847] Der Führer hat sie ihm nicht abgeschlagen,[848]

[843] Dieser Ansicht scheinen auch zahlreiche Journalisten gewesen zu sein, so daß der Leiter der Presseabteilung des A.A., Gottfried Aschmann, in der Pressekonferenz davor warnte, die Kolonialfrage politisch zu aktualisieren. Insbesondere sollten die Redaktionen sie „nicht im Zusammenhang mit dem Thema Deutschland-England anschneiden". Aufzeichnung Sängers, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2746, 3. 10. 1938.

[844] Diese Einschätzung läßt sich anhand des von Paul Otto Schmidt angefertigten Protokolls nicht bestätigen; ADAP, D 4, Dok. 247, S. 251–255; eine etwas abweichende englische Übersetzung ist ediert in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1228.

[845] Chamberlain erzählte von seinem Gespräch mit Mussolini am Vorabend und den Überlegungen, durch eine Viererkonferenz die Kriegsparteien in Spanien zu einem Waffenstillstand und einer Einigung an den Verhandlungstisch zu bringen, da nun die „Gefahr einer kommunistischen Regierung" nicht mehr bestehe. Chamberlain erwähnte auch Mussolinis Bereitschaft, eine größere Anzahl an Truppen von dort zurückzuziehen. Auf die indirekte Frage des Premiers, ob auch Hitler zu einem Rückzug bereit wäre, erklärte Hitler, er wisse nicht, „ob die Gefahr eines kommunistischen Regimes in Spanien wirklich vorüber wäre". Auf dem Höhepunkt der Krise in Spanien habe er gefürchtet, die mögliche Errichtung eines kommunistischen Regimes hätte die Gefahr einer Ausbreitung des Kommunismus nach Frankreich, Holland und Belgien zur Folge haben können. Nur deshalb habe er eine vergleichsweise geringe Anzahl Freiwillige entsendet, die er zurückziehen würde, wenn alle anderen Regierungen dies auch täten. Ob eine Grundlage für einen Waffenstillstand zwischen den Kriegsparteien bestehe, wisse er nicht. Nach der Beschwichtigung Chamberlains, er habe Hitler im übrigen nur über das Gespräch mit Mussolini informieren wollen, wechselte Chamberlain zum nächsten Thema. Aufzeichnung Schmidts über Gespräch Hitlers mit Chamberlain, in: ADAP, D 4, Dok. 247, S. 252; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1228, S. 636f. Zu dem Gespräch Chamberlains mit Mussolini, in dem Mussolini den Abzug von 10 000 italienischen „Freiwilligen" aus Spanien ankündigte, siehe Brief Chamberlains, 2. 10. 1938, an den Erzbischof von Canterbury, in: Feiling, Chamberlain, S. 376; Brief Chamberlains an seine Schwester Hilda, 2. 10. 1938, in: Self, Chamberlain-Letters, S. 350; Ciano, Tagebücher 1937/38, Eintrag vom 29./30. 9. 1938, S. 243.

[846] Auf die beträchtlichen Schäden an Zivilisten hinweisend sagte Chamberlain, ihm erscheine die Abschaffung der Bomber sinnvoll. Hitler erwiderte, eine Abschaffung der Kampfflugzeuge sei nur akzeptabel, wenn sie von allen Staaten durchgeführt werde; vgl. ADAP, D 4, Dok. 247, S. 253f.; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1228, S. 637f.

[847] Seines Erachtens wäre es schade, führte Chamberlain abschließend aus, wenn die Münchener Konferenz zu Ende ginge mit keinem anderen Ergebnis als nur einer Einigung in der tschechischen Frage. Er schlage daher Hitler eine Erklärung über die britisch-deutschen Beziehungen vor; vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1228, S. 640. Diese Passage findet sich nicht in der deutschen Fassung: ADAP, D 4, Dok. 247, S. 251–255.

[848] Auch Dolmetscher Schmidt, Statist, S. 417, hatte den Eindruck, daß Hitler „mit seiner Unterschrift lediglich Chamberlain einen Gefallen tun wollte". Laffan, Survey, Vol. II, S. 448, hatte geschrieben: „What Hitler believed himself to be signing it is difficult to say."

aber er glaubt im Ernst nicht an ihre Ehrlichkeit von der Gegenseite aus. Jedenfalls wußte man bei ihrer Abfassung noch nicht, ob die Tschechen annehmen würden, und dafür war sie ausgezeichnet, daß sie London die Hände band" (TG, 2.10.1938).

Die inhaltlichen Ausführungen Goebbels' über das Gespräch lassen sich durch das von Paul Otto Schmidt geführte Protokoll verifizieren, nicht jedoch seine Angabe zur Motivation Hitlers. Goebbels überliefert, daß sich Chamberlain festlegte, keinen Krieg gegen Deutschland führen zu wollen und alle Fragen zwischen dem Empire und dem Reich durch Konsultationen zu lösen, bevor er wußte, wie die tschechoslowakische Regierung das Münchener Abkommen aufnehmen würde. Dies läßt sich durch eine Rekonstruktion der Chronologie wie durch die Analyse des Gesprächsprotokolls bestätigen. Am Morgen des 30. September, bis 11.30 Uhr, beriet der tschechoslowakische Ministerrat unter Jan Syrový die Problematik ohne Entscheidung.[849] Anschließend tagte die Regierung zusammen mit Staatspräsident Beneš bis 12.00 Uhr, hier fiel die Entscheidung zur Annahme des Diktats.[850] Zwischen 12.30 und 13.00 Uhr wurden die Gesandten Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und des Deutschen Reiches unterrichtet.[851] Zur selben Zeit, um 12.30 Uhr, begann die Besprechung Hitlers mit Chamberlain in seiner Privatwohnung am Prinzregentenplatz.[852] Um 12.00 Uhr war die von den Westmächten an Prag gerichtete Frist abgelaufen, bis zu der die tschechoslowakische Regierung das Abkommen anzunehmen hatte, was auch Goebbels von Henderson wußte.[853] Es ist anzunehmen, daß Chamberlain erst nach der Entscheidung Prags mit Hitler sprechen wollte. Da sich die Annahme der tschechoslowakischen Regierung verzögerte, begann die Besprechung zwischen Chamberlain und Hitler in Unkenntnis der Prager Antwort, wie aus dem Protokoll hervorgeht. Auch während der Unterredung scheint die Annahme nicht bekannt geworden zu sein. Der Niederschrift zufolge bat Chamberlain Hitler, im Falle einer tschechoslowakischen Ablehnung bei seinem militärischen Vorgehen gegen die Tschechoslowakei keine Militärflugzeuge und keine Bomben gegen Prag und gegen die Zivilbevölkerung einzusetzen.[854] Chamberlain hatte sich also zu diesem Zeitpunkt mit einem mög-

[849] Protokoll der tschechoslowakischen Ministerratssitzung am 30.9.1938, in: Rabl, Neue Dokumente, S. 355f.

[850] Protokoll der Besprechung unter Staatspräsident Beneš am 30.9.1938, in: Rabl, Neue Dokumente, S. 356–358.

[851] Aufzeichnung des Generalsekretärs des tschechoslowakischen Außenministeriums, Jan Jína, über die Übergabe des Münchener Abkommens, 30.9.1938, in: DM, Bd. I, Nr. 38, S. 289; Telegramm Victor de Lacroix', Prag, 30.9.1938, in: DDF, 2e Série, Tome 11, Doc. 482; Telegramm Newtons, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1229; Hencke, Augenzeuge, S. 188.

[852] Denn das Kommuniqué, das über einen „mehr als einstündigen Besuch" berichtet, hielt Goebbels' Mitarbeiter Berndt bereits um 14.00 Uhr in seinen Händen; vgl. Berndt, Der Marsch, S. 265.

[853] Aufzeichnung des Generalsekretärs des tschechoslowakischen Außenministeriums, Jan Jína, über die Übergabe des Münchener Abkommens, 30.9.1938, in: DM, Bd. I, Nr. 38, S. 289; TG, 1.10.1938.

[854] Das Protokoll zu diesen Ausführungen Chamberlains lautet: „Er [Chamberlain, d.V.] hätte noch nicht gehört, ob Prag die Vorschläge annehme. Er glaube auch nicht, daß die Tschechoslowakei so töricht sein werde, abzulehnen. Täte sie es dennoch, so hätten England und Frankreich jedenfalls alles für sie getan, was sie hätten tun können. Sollten

lichen deutschen Angriff auf die Tschechoslowakei abgefunden. Zwar schätzte Hitler, wie Goebbels dessen Motivation überliefert, die englisch-deutsche Erklärung als Möglichkeit ein, Chamberlain die Hände zu binden, doch bedurfte es einer solchen Festlegung des Premiers nicht mehr, denn Chamberlain gab mit keinem Wort eine Nichthinnahme des Krieges gegen die Tschechoslowakei zu verstehen. Chamberlain verfolgte also mit dieser Erklärung nicht das Ziel, das NS-Regime letztlich doch durch weitere Konsultationen von einem militärischen Vorgehen gegen Prag abhalten zu können. Die Tschechoslowakei wurde ihrem Schicksal überlassen, vor allem, wenn sie so „töricht" sein sollte, wie Chamberlain sagte, das Münchener Abkommen abzulehnen. Die englisch-deutsche Erklärung war für künftige Konflikte gedacht – und für die innenpolitische Stellung Chamberlains; „um etwas mit nach Hause zu bringen", wie Goebbels meinte (TG, 2. 10. 1938).[855]

Die bedingungslose Annahme des Abkommens von München durch die tschechoslowakische Staatsführung teilte Nevile Henderson Goebbels, vermutlich vertraulich, in dem bereits erwähnten Telefonat am 30. September mit.[856] Der Anlaß für Hendersons Anruf lag in der unvermindert aggressiven Pressehetze gegen die Tschechoslowakei, wie Goebbels berichtete: „Henderson ruft mich an und bittet, die Kampagne gegen Prag etwas einzustellen.[857] Ich veranlasse das auch. Denn sonst setzen wir uns selbst ins Unrecht. Prag hat den Münchener Vorschlag bedingungslos angenommen. Damit wäre also vorläufig die ganze Geschichte ins Reine gebracht. […] Prag hat noch ein paar Ausflüchte gemacht, ist dann aber vor der

die Tschechen so unvernünftig sein, Schwierigkeiten durch Stürzen ihrer Regierung oder auf andere Weise zu bereiten, so hoffe er (Chamberlain) zuversichtlich, daß der Führer bei den in diesem Falle von ihm zu ergreifenden Maßnahmen alles vermeiden würde, was in irgendeiner Weise die hohe Anerkennung, die ihm nach den Ereignissen des gestrigen Tages in der Welt und besonders auch in England gezollt würde, herabmindern könnte. Er (Chamberlain) denke in diesem Zusammenhang besonders an eine Bombardierung von Prag mit den schrecklichen Verlusten bei der Zivilbevölkerung, die sie nach sich ziehen würde." Aufzeichnung Schmidts über die Unterredung Chamberlains und Hitlers am 30. 9. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 247, S. 251; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1228, S. 636.

855 Dafür spricht auch die Tatsache, daß Chamberlain diese Erklärung ohne Konsultation seines Foreign Office entworfen hatte; vgl. Laffan, Survey, Vol. II, S. 449. Mussolini soll zu dieser britisch-deutschen Erklärung, nachdem ihn Philipp von Hessen im Auftrag Hitlers über Ciano nachträglich davon unterrichten ließ und ihn um Verständnis bat, daß er nicht vorher informiert worden sei, geäußert haben: „Die Erklärungen waren überflüssig, man verweigert einem Mann, der Durst hat, keine Limonade." Ciano, Tagebücher 1937/38, Eintrag vom 2. 10. 1938, S. 245.

856 In der Presseanweisung, die Goebbels vermutlich aufgrund des Telefonats mit Henderson ergehen ließ, wurde noch bekanntgegeben, die Annahme durch die Tschechoslowakei sei „noch nicht erfolgt". Aufzeichnung Sängers, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2725, 30. 9. 1938. Zudem schrieb Goebbels abschließend über sein Ferngespräch mit Henderson: „Nun steht Prag vor der schweren Frage: wie sage ich's meinem Kinde?" TG, 1. 10. 1938. Es scheint, daß Henderson mit Rücksicht auf Prag keine Veröffentlichung dieser Meldung wünschte, da diese der tschechoslowakischen Öffentlichkeit erst am späten Nachmittag bekanntgegeben wurde; vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1229.

857 Beneš hatte Mastný am 30. 9. 1938 aufgefordert, ein Ende der antitschechischen Propaganda zu verlangen und seine Diplomatenkollegen in Berlin um Mithilfe zu bitten; vgl. Král, Abkommen, Dok. 248, S. 274.

Wucht der Tatsachen zurückgewichen" (TG, 1. 10. 1938). Wie Henderson zugesagt, sorgte Goebbels für die Reduzierung der Greuel-Meldungen. Sein enger Mitarbeiter ORR Hans Fritzsche führte in der Pressekonferenz aus: „Wir wollen heute die tschechischen Gewalttätigkeiten und den Terror, den wir aus begreiflichen Gründen bisher groß aufgemacht haben, etwas in den Hintergrund treten lassen. Was an Tatsachenmeldungen kommt, muß verzeichnet werden, aber die Zeitungen sollen nicht auf diesen Meldungen aufgebaut werden".[858] Anscheinend dämpfte das Propagandaministerium die Pressekampagne jedoch nicht genügend, so daß sich Henderson nochmals in Berlin über die deutsche Presse beschwerte.[859]

Goebbels und seine Mitarbeiter hatten nun andere Aufgaben, sie mußten die Berichterstattung der vorrückenden Truppen koordinieren. Erstmals kamen hierbei die sogenannten Propagandakompagnien zum Einsatz, die vom Heer im Einvernehmen mit dem Propagandaministerium aufgestellt wurden.[860] In den Augen von Goebbels scheinen sie sich anfangs allerdings nicht bewährt zu haben.[861] Doch zunächst war der Empfang der Stadt Berlin für Hitler am 1. Oktober zu organisieren. „Ganz Berlin wird auf den Straßen sein", prognostizierte Goebbels (TG, 1. 10. 1938). Über den Empfang selbst hielt er im Tagebuch fest:

„Berlin bildet für den Führer ein einziges, riesiges Menschenspalier. Die Stimmung ist wie nie, festlich, gehoben, freudig erregt. Alle sind begeistert über die Erhaltung des Friedens. Darüber muß man sich auch bei uns klar sein. In der ganzen Welt ist das so. Die Völker wollen keinen neuen Weltkrieg. Das ist die Stimmung in London, Paris und auch in Rom und Berlin. Der Führer hat sich ein ganz großes Verdienst erworben. Wir können ihm nicht genug danken. / […] / Um 10.40 kommt der Führer am Anhalter an. Er sieht frisch und gesund aus. Sein ganzes Gesicht strahlt vor Freude. Göring und ich fahren in seinem Wagen mit. Es wird eine wahre Triumphfahrt zur Reichskanzlei. Hunderttausende jubeln dem Führer zu. Mit einer Begeisterung wie nie. Es ist ein Taumel ohnegleichen. / Der Führer geht mit uns oft auf den Balkon. Das Volk rast. / […] / Im Amt weiter gearbeitet. Der Wilhelmplatz wird geleert, damit wir Ruhe bekommen. / Mittags wieder beim Führer. Er ist bester, strahlendster Laune. Er hat auch allen Grund dazu" (TG, 2. 10. 1938).

Aufschlußreich an dieser Passage ist die Feststellung Goebbels', daß das deutsche Volk keinen neuen Weltkrieg gewollt habe. Diese Feststellung entspricht allen anderen Schilderungen, die aus dieser Phase vorliegen, und sie dürfte wesentlich dazu beigetragen haben, daß im Herbst 1938 kein Krieg stattfand.

Immer wieder ist beschrieben worden, daß der von Hitler angeordnete[862] Propagandamarsch einer voll ausgerüsteten, motorisierten Division am Abend des 27. September durch das Berliner Regierungsviertel nicht die ihm erhoffte Be-

858 Aufzeichnung Sängers über die Ausführungen Hans Fritzsches, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2725, 30. 9. 1938.
859 Schwarzenbeck, Nationalsozialistische Pressepolitik, S. 403.
860 Wedel, Propagandatruppen, S. 20–23; Michels, Ideologie, S. 389, Anm. 158; Vossler, Propaganda, S. 102–116.
861 TG, 1.–3. 10. 1938; Wedel, Propagandatruppen, S. 22; Vossler, Propaganda, S. 103. Vgl. auch NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2725, 2728, beide vom 30. 9. 1938, Nr. 2732, 1. 10. 1938, Nr. 2738, 2740, 2743, 2751, 2754, alle vom 3. 10. 1938, Nr. 2758, 4. 10. 1938. Siehe hierzu auch Umbreit, Deutsche Militärverwaltungen, S. 38 f.; Schwarzenbeck, Nationalsozialistische Pressepolitik, S. 402 f.
862 Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 27. 9. 1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 388.

geisterung hervorrief und daher als Grund für den Verzicht auf eine militärische Lösung zu betrachten sei.[863] Diese Einschätzung läßt sich durch die Tagebücher von Goebbels eindeutig bestätigen. Zunächst, vor Abschluß des Münchener Abkommens, beschrieb Goebbels den „tiefen Ernst" der Bevölkerung und die „Alarmstimmung in der Welt", um dann, in neutralen, wertfreien Worten, den Propagandamarsch zu schildern: „Der Vorbeimarsch der motorisierten Division am Vorabend in Berlin hat überall tiefsten Eindruck hinterlassen" (TG, 29. 9. 1938). Offenbar scheute sich Goebbels, die Art dieses Eindrucks in seinem Tagebuch näher zu bestimmen.[864] Nach der Münchener Konferenz legte Goebbels diese Zurückhaltung ab und schrieb in sein Tagebuch: „Der Vorbeimarsch der motorisierten Division am Abend des Dienstag hat dazu ein Übriges getan, um Klarheit zu schaffen über die Stimmung im Volke. Und die war nicht für Krieg" (TG, 2. 10. 1938).[865] Goebbels bestätigt damit, daß der Propagandamarsch das Ziel hatte, die Haltung der Bevölkerung zu erkunden. Zugleich macht Goebbels unmißverständlich klar, daß das deutsche Volk „nicht für Krieg" war. Somit erfuhr Hitler die von ihm erhoffte Bestätigung der deutschen Kriegsbegeisterung nicht. Doch neben der Stimmung im Volk gab es noch weitere Gründe, die Hitler bewogen haben dürften, nicht militärisch gegen die Tschechoslowakei vorzugehen.

Goebbels nennt im Tagebuch insbesondere die Aktivität von Göring und Neurath sowie seine eigene. Wie beschrieben sind Göring, Neurath und er am 28. September für die Annahme der neuesten britischen und französischen Pläne sowie wenig später für die Konferenz und damit gegen den Angriff auf die Tschechoslowakei eingetreten (TG, 29. 9. 1938). Am Tag des Empfangs Hitlers in Berlin äußerte sich Goebbels noch einmal darüber:

„Ich spreche lange mit Göring darüber. Auch er hat mutig für die Sache des Friedens gekämpft. Ribbentrop hat schwer danebengelegen. Göring ist wütend auf ihn. Bezeichnet ihn als eitle Primadonna. Ich habe nie meine Meinung über ihn geändert. Er ist stur aus Opportunismus und ohne jede Biegsamkeit in kritischen Situationen. / […] / Auch Neurath hat sich ein großes Verdienst um die Wendung der Dinge erworben. Er ist Ribbentrop und seiner sturen Politik mutig entgegengetreten. Dann habe ich in der entscheidenden Stunde dem Führer die Dinge dargelegt, wie sie sich in Tatsache verhielten (TG, 2. 10. 1938).[866]

[863] Beispielsweise von diesen Zeitzeugen: Henderson, Fehlschlag, S. 183; Schmidt, Statist, S. 410; François-Poncet, Als Botschafter, S. 334; Below, Hitlers Adjutant, S. 127; Weizsäcker, Erinnerungen, S. 188; Weizsäcker-Papiere, S. 145; Kordt, Nicht aus den Akten, S. 266–268, 272; Wiedemann, Der Mann, S. 175 f.; Meissner, Staatssekretär, S. 464; unter den Historikern teilen diese Meinung: Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 627; Weinberg, The Foreign Policy. Starting World War II, S. 451; Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 175; Longerich, Goebbels, S. 384 f.

[864] Die Behauptung von Michaelis, 1938. Krieg. S. 158, zu dieser Tagebuchpassage, Goebbels sei „wohl damit selbst Opfer seiner eigenen Propaganda" geworden, ist schon deswegen abwegig, da Goebbels eben keine Wertung vornahm, sondern eine offenbleibende Formulierung gewählt hatte.

[865] Zeitzeugen wie E. Kordt, Nicht aus den Akten, S. 268, oder Wiedemann, Der Mann, S. 176, brachten in Erfahrung, daß Goebbels die mangelnde Kriegsbegeisterung anläßlich des Propagandamarsches persönlich feststellte, als er sich unter das Volk gemischt habe.

[866] Dies war tatsächlich der Fall, siehe Hill, Weizsäcker-Papiere, 1933–1950, Tagebucheintrag vom 9. 10. 1938, S. 145; Wiedemann, Der Mann, S. 176.

Als Argument des Trios Göring, Neurath, Goebbels nannte Goebbels indirekt die grundsätzliche Akzeptanz des „Anschlusses" der Sudetengebiete durch die Westmächte. Umstritten waren bis zuletzt nur noch der Beginn und das Ende der deutschen Besetzung gewesen bzw. die Frage, bis wohin die deutschen Truppen an welchem Termin vorrücken dürften. Mit den Worten: „Wir haben keinen Absprung zum Krieg. […] Man kann nicht evtl. einen Weltkrieg um Modalitäten führen" (TG, 29.9.1938), hatte Goebbels diese Argumentation deutlich wiedergegeben. Wie bereits ausgeführt, hatten auch Chamberlain und François-Poncet Hitler darauf hingewiesen, daß grundsätzlich Einigkeit über die Abtretung des Sudetenlandes von der Tschechoslowakei bestünde, und daß deshalb kein Krieg riskiert zu werden brauchte.[867] Doch anscheinend bedurfte es des Rats der nationalsozialistischen Minister, um diese Einsicht bei Hitler durchzusetzen. Ob Hitler nun doch ein Einschreiten der Westmächte für denkbar hielt, wie behauptet wurde,[868] oder vielmehr aus Sorge um die Popularität des NS-Regimes im eigenen Volk auf eine militärische Lösung verzichtete, ist nicht restlos zu klären. Gegenüber Goebbels und anderen zeigte sich Hitler jedenfalls überzeugt, daß die Westmächte Prag im Angriffsfalle nicht zu Hilfe gekommen wären (TG, 3.10.1938). Zugleich existieren Äußerungen Hitlers aus dieser Zeit, die die Furcht des Diktators vor einer ungünstigen Volksmeinung zeigen.[869] Einen weiteren Grund, der Hitler dazu bewogen haben mochte, den Angriff auf die Tschechoslowakei nicht durchzuführen, läßt sich in den Goebbels-Tagebüchern an verschiedenen Stellen finden und in diesen Kontext einordnen, und zwar die mangelnde Kriegswilligkeit zahlreicher Offiziere, die auch Hitler nicht verborgen geblieben war.[870] Zudem war angesichts der Wetterlage sehr zweifelhaft, ob Armee und Luftwaffe wie von Hitler gewünscht zugleich hätten eingesetzt werden können.[871] Aber dazu äußerte Goebbels sich nicht. Doch all dies hätte Hitler vermutlich nicht zurückhalten können. Erst Mussolinis Intervention bot Hitler die Möglichkeit, ohne Gesichtsverlust auf die geplante Generalmobilmachung zu verzichten.[872] In seinen Gesprächen mit Henderson und François-Poncet am 28. September betonte er daher, daß sein „Freund"[873] Mussolini ihn um eine friedliche Verhandlungslösung gebe-

867 Zu Chamberlain vgl. ADAP, D 2, Dok. 619, S. 755–757; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1097, S. 541f.; Michaelis/Schraepler, Ursachen, Bd. 12, Dok. 2716b, S. 417–419; ADAP, D 2, Dok. 618; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1121; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1158. Zu François-Poncet vgl. Schmidt, Statist, S. 411; François-Poncet, Als Botschafter, S. 333.

868 Meissner, Staatssekretär, S. 465.

869 Vgl. Aufzeichnung über Gespräch Hitlers mit Chamberlain, 15.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 487, S. 629.

870 Hitler gab vor Goebbels „schärfste Urteile über die alte, verkalkte Generalität ab. Die muß möglichst bald abgebaut werden"; TG, 27.9.1938. Wie dies geschehen hätte können, überliefert Groscurth: „Der Führer will die Generale, die ihr Ziel nicht erreichen, erschießen." Krausnick/Deutsch, Groscurth, Tagebuch-Eintrag vom 28.9.1938, S. 127; siehe auch ebenda, Eintrag vom 4.9.1938, S. 112. Wenige Wochen später erhielt Goebbels „einen Bericht über die Versager in der Septemberkrise. Es waren meistens Beamte, Intellektuelle und Offiziere", notierte Goebbels am 5.11.1938 in sein Tagebuch.

871 Michaelis, 1938. Krieg, S. 162–165.

872 Laffan, Survey, Vol. II, S. 433; Hill, Weizsäcker-Papiere, S. 145; Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 175–177.

873 Henderson, Fehlschlag, S. 187.

ten hätte, und suggerierte damit, er habe nur dem Duce zuliebe der Münchener Konferenz zugestimmt.[874]

Goebbels war sich zutiefst bewußt, wie knapp Europa einem Krieg entkommen war: „Wir sind alle auf einem dünnen Drahtseil über einen schwindelnden Abgrund gegangen" (TG, 1.10.1938). Er war froh, daß „die große, gefährliche Krise vorbei" war (TG, 1.10.1938). Ähnliche Einschätzungen lassen sich in zahlreichen persönlichen Quellen finden.[875] Hitler äußerte nach dem Abkommen im Kreis seiner engen Mitarbeiter noch immer, er sei überzeugt, die Westmächte hätten nichts zur Rettung Prags unternommen. Goebbels widersprach ihm offenbar, wie er im Tagebuch festhielt: „Er [Hitler, d.V.] betont nochmal, daß London und Paris, wenn es hart auf hart gegangen wäre, nicht gehandelt hätten. Aber sie hätten, so glaube ich, ohne ernste Absicht in die Sache hineinrutschen können. Und von dieser Meinung lasse ich mich nicht abbringen" (TG, 3.10.1938). Über die Haltung im Ausland, die „von einer rasenden Freude erfüllt" gewesen sei (TG, 1.10.1938), sowie über die ausländische Presse, die „unentwegt positiv und gut" über das NS-Regime berichtet habe (TG, 2.10.1938), freute sich Goebbels besonders. Denn er schrieb diese frohe Stimmung dem Handeln Hitlers zu und war überzeugt, daß der „Führer […] überall ungeheuer an Ansehen gewonnen" (TG, 1.10.1938) habe. Mehrmals stellte er im Tagebuch fest, daß das „Prestige" des Deutschen Reiches „ungeheuerlich gewachsen" sei, und daß Deutschland nun „wirklich wieder eine Weltmacht" sei (TG, 1.10.1938, ähnl. 3.10.1938).

Die Teilnehmer der Münchener Konferenz wurden in ihren Staaten von begeisterten Menschenmassen begrüßt, was Goebbels zutreffend auf die Vermeidung des Krieges zurückführte: „Chamberlain mit Enthusiasmus, Daladier mit Jubel, Mussolini mit Begeisterung empfangen in den Hauptstädten ihrer Länder.[876] Die Völker sind froh, daß der Krieg umgangen ist" (TG, 1.10.1938). Die Beifallsbekundungen des deutschen Volkes, die diesmal wohl weniger dem „Führer" und Reichskanzler als der Erhaltung des Friedens galten, scheint auch Hitler genossen zu haben. Goebbels berichtete jedenfalls, daß Hitler beim Empfang in Berlin „vor Freude" gestrahlt habe und „bester" Laune gewesen sei (TG, 2.10.1938). Die Schilderungen einiger Zeitzeugen, Hitler sei angesichts des Münchener Abkommens und der Reaktion der Bevölkerung „gekränkt" gewesen, werden durch diese Goebbels-Passage nicht widerlegt, da das Notat von Goebbels nur eine Momentaufnahme darstellt.[877] Recht haben die Zeitzeugen in jedem Fall in der Annahme,

[874] Ciano sagte am 30.11.1938 in einer Rede vor der Kammer, er habe keinen Zweifel, daß ein ähnlicher Vorschlag zu einer Konferenz von einer anderen Seite auf schroffste Ablehnung gestoßen wäre; vgl. Curtis, Documents on International Affairs, 1938, Vol. II, S. 319; Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 442.

[875] Der Quartiermeister des Heeres beispielsweise schrieb am 2.10.1938 in einem Brief an seine Frau: „So nah haben wir noch nie am Vulkan getanzt wie diesmal, und so ganz war das Spiel nicht mehr in unserer Hand." Wagner, Besetzung der Tschechoslowakei, S. 579.

[876] Vgl. beispielsweise Brief Chamberlains an seine Schwester Hilda, 2.10.1938, in: Self, Chamberlain-Letters, S. 350f.; Kershaw, Hitlers Freunde, S. 291f., 298; Celovsky, Münchener Abkommen, S. 467–470.

[877] Kordt, Nicht aus den Akten, S. 278. Siehe auch Schmidt, Statist, S. 417–419; Weizsäcker, Erinnerungen, S. 191; Stephan, Goebbels, S. 205. Eine positive Stimmung bei Hitler

Hitler habe schon unmittelbar nach der Münchener Konferenz eine militärische Aktion gegen die Tschechoslowakei im Sinn gehabt.[878] Dies belegen auch die Tagebuch-Eintragungen von Goebbels deutlich und glaubwürdig wie keine andere Quelle. Nur zwei Tage nach der Annahme des Münchener Abkommens durch Prag notierte Goebbels nach einem Gespräch mit Hitler noch einmal dessen „Entschluß, einmal die Tschechei zu vernichten" (TG, 3. 10. 1938). In Hitlers Augen mußte nun also nur ein Anlaß gesucht werden. Vielleicht würde er sich im Zuge der deutschen Besetzung des Sudetenlandes ergeben. Mögerlicherweise, so hoffte Hitler (TG, 2. 10. 1938), ließe sich auch in einen bewaffneten Konflikt der beide Revisonsmächte Ungarn und Polen mit der Tschechoslowakei eingreifen.

9. Die Goebbels-Tagebücher als Quelle für die Sudetenkrise und das Münchener Abkommen

Die nationalsozialistische Presse- und Rundfunkkampagne gegen die Tschechoslowakei und die Rolle Goebbels'

Die Tagebücher von Joseph Goebbels belegen eindrucksvoll die Jahre währende nationalsozialistische Propaganda gegen die Tschechoslowakei. Sie zeigen aber auch, daß das Propagandaministerium nicht die einzige Institution war, die mit dieser Aufgabe befaßt war, und daß Kompetenzkonflikte innerhalb des NS-Regimes, insbesondere zwischen Propagandaministerium und Auswärtigem Amt, aber auch Konflikte mit dem Pressechef der Reichsregierung und sudetendeutschen Stellen zeitweise eine klare Presseführung behinderten. Während Ribbentrop dem Propagandaministerium „dauernd in den Rücken" (TG, 26. 5. 1938) fiel, wie Goebbels schrieb, und die Sudetendeutschen gelegentlich in ihren Meldungen „etwas übertrieben" (TG, 26. 3. 1938), wie Goebbels befand, griff Hitler immer wieder persönlich ein und gab der einen oder anderen Stelle, in der Regel der mit der radikaleren Auffassung, recht. Hitler war zeitweilig der eigentliche Chefpropagandist des Dritten Reiches. Er ließ Goebbels zufolge „die Presse aufheulen" (TG, 25. 5. 1938) oder „beteiligt[e] sich eifrig" an der „Pressearbeit" (TG, 18. 9. 1938), gab Goebbels zahlreiche Anweisungen und war an der Planung eines tschechischen und slowakischen Rundfunkprogramms des Reichssenders Wien beteiligt. Dieser Sender in tschechischer und slowakischer Sprache mit Standort Wien, der Anfang September 1938 seinen Betrieb aufnahm, war nur zum Schein „‚für die Minderheit'" (TG, 16. 8. 1938) gedacht, was Goebbels in seinem Tagebuch dadurch ungewöhnlich offen bekannte, daß er dies in Anführungszeichen setzte; tatsächlich war er, wie auch der Propagandaminister wußte und notierte, für den „Ernst-

unmittelbar nach dem Münchener Abkommen überliefern: Meissner, Staatssekretär, S. 470; Below, Hitlers Adjutant, S. 128 f.; Aussage Ribbentrops am 29. 3. 1946 vor dem IMG, in: IMG 10, S. 287 f.; Ribbentrop, Zwischen London, S. 145. Zu Chamberlain sagte Hitler am Tag nach der Münchener Konferenz, er sei „besonders glücklich", ADAP, D 4, Dok. 247, S. 251; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1228, S. 635.

878 Kordt, Nicht aus den Akten, S. 278; ders., Wahn, S. 137.

Hitler habe schon unmittelbar nach der Münchener Konferenz eine militärische Aktion gegen die Tschechoslowakei im Sinn gehabt.[878] Dies belegen auch die Tagebuch-Eintragungen von Goebbels deutlich und glaubwürdig wie keine andere Quelle. Nur zwei Tage nach der Annahme des Münchener Abkommens durch Prag notierte Goebbels nach einem Gespräch mit Hitler noch einmal dessen „Entschluß, einmal die Tschechei zu vernichten" (TG, 3. 10. 1938). In Hitlers Augen mußte nun also nur ein Anlaß gesucht werden. Vielleicht würde er sich im Zuge der deutschen Besetzung des Sudetenlandes ergeben. Mögerlicherweise, so hoffte Hitler (TG, 2. 10. 1938), ließe sich auch in einen bewaffneten Konflikt der beide Revisonsmächte Ungarn und Polen mit der Tschechoslowakei eingreifen.

9. Die Goebbels-Tagebücher als Quelle für die Sudetenkrise und das Münchener Abkommen

Die nationalsozialistische Presse- und Rundfunkkampagne gegen die Tschechoslowakei und die Rolle Goebbels'

Die Tagebücher von Joseph Goebbels belegen eindrucksvoll die Jahre währende nationalsozialistische Propaganda gegen die Tschechoslowakei. Sie zeigen aber auch, daß das Propagandaministerium nicht die einzige Institution war, die mit dieser Aufgabe befaßt war, und daß Kompetenzkonflikte innerhalb des NS-Regimes, insbesondere zwischen Propagandaministerium und Auswärtigem Amt, aber auch Konflikte mit dem Pressechef der Reichsregierung und sudetendeutschen Stellen zeitweise eine klare Presseführung behinderten. Während Ribbentrop dem Propagandaministerium „dauernd in den Rücken" (TG, 26. 5. 1938) fiel, wie Goebbels schrieb, und die Sudetendeutschen gelegentlich in ihren Meldungen „etwas übertrieben" (TG, 26. 3. 1938), wie Goebbels befand, griff Hitler immer wieder persönlich ein und gab der einen oder anderen Stelle, in der Regel der mit der radikaleren Auffassung, recht. Hitler war zeitweilig der eigentliche Chefpropagandist des Dritten Reiches. Er ließ Goebbels zufolge „die Presse aufheulen" (TG, 25. 5. 1938) oder „beteiligt[e] sich eifrig" an der „Pressearbeit" (TG, 18. 9. 1938), gab Goebbels zahlreiche Anweisungen und war an der Planung eines tschechischen und slowakischen Rundfunkprogramms des Reichssenders Wien beteiligt. Dieser Sender in tschechischer und slowakischer Sprache mit Standort Wien, der Anfang September 1938 seinen Betrieb aufnahm, war nur zum Schein „‚für die Minderheit'" (TG, 16. 8. 1938) gedacht, was Goebbels in seinem Tagebuch dadurch ungewöhnlich offen bekannte, daß er dies in Anführungszeichen setzte; tatsächlich war er, wie auch der Propagandaminister wußte und notierte, für den „Ernst-

unmittelbar nach dem Münchener Abkommen überliefern: Meissner, Staatssekretär, S. 470; Below, Hitlers Adjutant, S. 128 f.; Aussage Ribbentrops am 29. 3. 1946 vor dem IMG, in: IMG 10, S. 287 f.; Ribbentrop, Zwischen London, S. 145. Zu Chamberlain sagte Hitler am Tag nach der Münchener Konferenz, er sei „besonders glücklich", ADAP, D 4, Dok. 247, S. 251; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1228, S. 635.

878 Kordt, Nicht aus den Akten, S. 278; ders., Wahn, S. 137.

fall“ (TG, 11.7.1938, 10.9.1938) eingerichtet worden, also zur Beeinflussung der Bevölkerung in der Tschechoslowakei bei einem Einmarsch deutscher Truppen.

Ähnlich erstaunlich ist die Offenheit, mit der Goebbels in seinem Tagebuch über die Kampagne gegen die Regierung und Staatsführung in Prag schrieb. Mehrmals gestand er im Tagebuch ein, daß es Mitte September 1938 kaum zu nennenswerten Zusammenstößen von Tschechen und Sudetendeutschen kam, daß die Medien im NS-Staat aber „trotzdem den tschechischen Terror ganz groß“ aufgemacht hätten (TG, 18.9.1938). Auch gab er preis, daß die Angriffe in den Medien mit der Münchener Konferenz oder der Unterzeichnung des Münchener Abkommens nicht sofort beendet wurden, weil ein plötzlicher Abbruch die ganze Kampagne als bloße Stimmungsmache ohne faktische Hintergründe entlarvt hätte (TG, 30.9.1938). Selbst zahlreiche inhaltliche Details der damaligen Medienberichterstattung stellte Goebbels in seinem Tagebuch als unrichtig dar und nannte die tatsächlichen Begebenheiten: so gab er zu, daß die Teilnehmer der Sportpalast-Versammlung am 26.9.1938 „nur Volk darstellen“ sollten (TG, 26.9.1938), also in Wirklichkeit wahrscheinlich Parteigenossen waren, daß Hitler gegenüber Chamberlain in Bad Godesberg weitergehende Forderungen gestellt hatte als zuvor in Berchtesgaden (TG, 27.9.1938), während die deutsche Presse anderes behauptete, daß Konrad Henlein – entgegen nationalsozialistischen Meldungen – aus dem Sudetenland geflohen war, was er mißbilligte, oder daß er die Reden von SdP-Funktionären schreiben ließ, die diese in ihren vom Propagandaministerium organisierten Versammlungen vor geflüchteten Landsleuten im Reich hielten.

Goebbels' Rolle in der Sudetenkrise beschränkte sich fast ausschließlich auf die Organisation der Hetzkampagne gegen die tschechoslowakische Staatsführung und auf das gleichzeitige Bemühen, die Presse in der Tschechoslowakei zu einer wohlwollenderen Berichterstattung gegenüber Berlin zu veranlassen. In mehreren Gesprächen drohten Goebbels oder seine Mitarbeiter dem tschechoslowakischen Gesandten Vojtěch Mastný mit ernsten Konsequenzen, sollten die Medien dort, insbesondere auch die Zeitungen der deutschen oder österreichischen Emigranten, weiterhin das NS-Regime kritisieren. Diese von Goebbels im Tagebuch festgehaltenen Unterredungen lassen sich in der Regel durch diplomatische Akten des Auswärtigen Amts und des tschechoslowakischen Außenministeriums verifizieren. Bis zum Münchener Abkommen war diese Taktik der Drohungen des Propagandaministeriums relativ erfolgreich. Eine Reihe von Emigrantenorganen wurde verboten, ausländische Journalisten wurden vom tschechoslowakischen Außenminister Kamil Krofta angemahnt, sich gegenüber dem Dritten Reich zu mäßigen. Daneben war es auch Aufgabe von Goebbels, in den Medien des übrigen Auslandes ein positiveres Bild vom Deutschen Reich zu schaffen. Im verbündeten Italien war dies selbstverständlich, nicht jedoch die Schützenhilfe der italienischen Propagandamaschinerie beim publizistischen Angriff auf die Tschechoslowakei. Eine Woche nach der Maikrise 1938 begann die italienische Presse mit Vorwürfen an die tschechoslowakische Regierung. Bisher war unbekannt, daß diese Unterstützung auf ein Telefonat von Goebbels mit seinem italienischen Kollegen Dino Alfieri erfolgte (TG, 28.5.1938). Fortan beteiligte sich auch Italien mehr und mehr an der Eskalation der Krise.

An den entscheidenden Gesprächen Hitlers mit Konrad Henlein, Karl Hermann Frank, Neville Chamberlain, Horace Wilson, Benito Mussolini, mit der ungarischen Staatsführung oder den Gästen auf der Münchener Konferenz war Goebbels nicht beteiligt, ebensowenig bei den Verhandlungen mit Jugoslawien und Polen. Doch in der Regel informierte ihn Hitler über den Tenor und den Ausgang der Unterredungen, so daß die Tagebücher auch hierfür von hohem Wert sind, vor allem, wenn anderweitige Quellen fehlen. Erst Ende September 1938 wurde Goebbels intensiver eingebunden und gehörte beispielsweise in Bad Godesberg zum Berater-Team Hitlers oder war zumindest zeitweise bei den Verhandlungen mit den Ungarn auf dem Berghof zugegen. Auch durfte Goebbels in der Endphase der Krise kleinere Aufgaben für Hitler übernehmen, wie die schriftliche Beantwortung eines Schreibens von Franklin Delano Roosevelt, was bisher unbekannt war.

Für militärische Fragen hingegen sind die Tagebücher in diesem Zeitraum nicht von Bedeutung, denn in diese wurde Goebbels bewußt unzureichend und mit großer Verspätung eingeweiht. Erst am 31. August brachte Goebbels in Erfahrung, daß der Angriff auf die Tschechoslowakei im Oktober 1938 stattfinden könnte, und dies teilte ihm nicht Hitler, sondern General Bodenschatz mit, wohl in der Annahme, Goebbels wisse bereits Bescheid. Nur wenig detailreicher sind Goebbels' Schilderungen des Sudetendeutschen Freikorps, auch in dieser Angelegenheit ließ Hitler seinem Propagandaminister nur die nötigsten Informationen zukommen, denn beides, Militär und Freikorps, lag außerhalb dessen Zuständigkeitsbereichs. Dies war, wie Hermann Göring überliefert, die übliche Vorgehensweise Hitlers, der „Wert darauf legte, daß bei all diesen Dingen nur die Minister etwas ganz kurzfristig erfahren sollten, die unbedingt arbeitsmäßig einzuschalten waren".[879]

Selbst zu zahlreichen wichtigen politischen Gesprächen wurde Goebbels nicht hinzugezogen, obgleich er auf Hitlers Wunsch in dessen unmittelbarer Nähe auf dem Obersalzberg war. Auch lassen sich mehrere andere Fälle erkennen, in denen Goebbels bewußt im unklaren über den tatsächlichen Sachverhalt gelassen wurde, beispielsweise über die britische Mitteilung an die tschechoslowakische Regierung, London könne Prag nicht weiter von einer Mobilisierung abraten. Inwieweit es sich hier um eine ganz gewöhnliche Vorsichtsmaßnahme Hitlers gehandelt hat oder ob hierbei ein gewisses Mißtrauen Hitlers Goebbels gegenüber seit Bekanntwerden seiner Affäre mit der tschechischen Schauspielerin Lida Baarova Mitte August 1938 eine Rolle gespielt hat, ist nicht eindeutig klärbar. Allerdings wäre ein solches Mißtrauen unangebracht gewesen, denn die Tagebücher belegen deutlich,

[879] Aussage Görings am 14.3.1946 vor dem Nürnberger Gerichtshof, in: IMG 9, S. 327. Göring erklärte weiter: „Ich kann daher auch hier unter meinem Eid bestätigen, daß eine Reihe von Ministern den Ausbruch des Krieges oder den Einmarsch in die Tschechoslowakei oder Sudetenland oder Österreich, genau so wie jeder andere deutsche Staatsbürger, erst am nächsten Morgen durch Radio oder Presse erfahren haben." Diese Aussage dürfte etwas übertrieben sein, da zahlreiche Ressorts an den Vorbereitungen der verschiedenen Aktionen beteiligt waren. Allerdings dürfte zutreffen, daß selbst prominente NS-Funktionäre wie Minister offiziell über die exakten Terminplanungen nicht informiert waren.

daß Goebbels im allgemeinen von einem tiefen Haß auf das tschechische Volk erfüllt und stets bereit war, sich seinem „Führer" unterzuordnen, auch in privaten Dingen. Dennoch könnte Hitler Sorge um das Verhalten von Goebbels in der Sudetenkrise gehabt haben. Er leistete daher mit einigem Erfolg immer wieder unter vier Augen Überzeugungsarbeit. Denn stets nach diesen Unterredungen zeigte sich Goebbels in seinem Tagebuch weitaus optimistischer und äußerte blindes Vertrauen zu seinem „Führer", während er anscheinend nach Gesprächen mit anderen oder bei längerem Nachdenken mitunter von einer Kriegspanik befallen wurde. Grundsätzliche Bedenken gegen einen Angriffskrieg waren Goebbels fremd, die Tschechoslowakei erschien ihm auch nicht als gefährlicher Gegner, doch befürchtete er immer wieder, ein Konflikt mit diesem Nachbarstaat ließe sich möglicherweise nicht lokalisieren und könnte zu einem mindestens europäischen Krieg führen. Dennoch trug er alle Entscheidungen der NS-Führung mit, leistete erheblichen Beitrag zur Steigerung der Krise und empörte sich über diejenigen, die ihre Befürchtungen Hitler vortrugen. Auf dem Höhepunkt der Krise, am 28. September 1938, gehörte Goebbels mit Göring und Neurath dennoch zu denjenigen, die Hitler rieten, die britischen und französischen Vorschläge anzunehmen und wegen der grundsätzlich bereits zugestandenen Forderung nach Abtretung der sudetendeutschen Gebiete keinen Krieg zu riskieren (TG, 29. 9. 1938). Goebbels trug also dazu bei, daß im Herbst 1938 kein Krieg ausbrach. Auch teilte der Propagandaminister Hitler an diesem Tag mit, daß die Stimmung des deutschen Volkes „nicht für Krieg" sei (TG, 2. 10. 1938), und gestand damit indirekt das Scheitern seiner eigentlichen Aufgabe ein, die Bevölkerung für einen Waffengang in Richtung Prag zu begeistern.[880] Die Gründe für dieses Scheitern dürften weniger in der ungenauen und verspäteten Information des Propagandaministers über den geplanten Kriegsbeginn liegen, sondern vor allem in einer begrenzten Wirkungsmöglichkeit der Propaganda. Denn trotz einer zweieinhalb Jahre währenden antitschechischen Propagandaoffensive fürchtete das deutsche Volk wohl mehrheitlich eine militärische Lösung, im Wissen, daß diese zum Weltkrieg hätte führen können. Eine Kriegsbegeisterung wie im Sommer 1914 war nicht vorhanden, obgleich unzählige Male propagiert wurde, es ginge hierbei um die Verteidigung der entrechteten Brüder und Schwestern im Sudetenland.[881] Im Gegenteil, ein

[880] Hitler beklagte daher wenige Wochen später vor Vertretern der deutschen Presse, daß die „Umstände" ihn „gezwungen" hätten, „jahrzehntelang fast nur vom Frieden zu reden", daß diese Friedenspropaganda aber „auch ihre bedenklichen Seiten" habe, da das Volk Frieden sonst für einen Selbstzweck halten könnte und somit „zu einer falschen Beurteilung der Zielsetzung dieses Systems" gelangen würde. Zur Umstellung der Bevölkerung sei keine Propagierung von Gewalt erfolgt, sondern eine Beleuchtung bestimmter außenpolitischer Vorgänge, „daß die innere Stimme des Volkes selbst langsam nach der Gewalt zu schreien begann". Weiter sagte Hitler: „Diese Arbeit hat Monate erfordert; sie wurde planmäßig begonnen, planmäßig fortgeführt, verstärkt. Viele haben sie nicht begriffen, meine Herren […]", womit er neben deutlicher Kritik zum Ausdruck brachte, daß diese Aufgabe noch nicht abgeschlossen sei. Treue, Rede Hitlers, S. 182 f. Röhr, September 1938, S. 272 f., kam ebenfalls zu dem Schluß, daß die NS-Propaganda gescheitert war, weil sie ihr „Hauptziel, bei der deutschen Bevölkerung Kriegsbegeisterung zu erzeugen", nicht erreicht habe.

[881] Vgl. auch Michels, Ideologie, S. 388, 390 f., 394.

Großteil der Deutschen scheint nicht einmal eine starke Feindseligkeit gegenüber dem tschechischen Volk verspürt zu haben, wie ein britischer Diplomat während des Nürnberger Parteitages feststellte.[882]

Neue Fakten zur Sudetenkrise und zum Münchener Abkommen

Die Tagebücher von Joseph Goebbels lassen deutlich wie kaum eine andere Quelle erkennen, daß sich bei Hitler die Pläne zur Zerschlagung der Tschechoslowakei Anfang 1937 konkretisierten, daß das NS-Regime jedoch im Herbst desselben Jahres noch nicht in der Lage war, „Konsequenzen ziehen" zu können (TG, 6.11. 1937). Zudem wünschten der deutsche Gesandte in Prag, Ernst Eisenlohr, und Konrad Henlein eine gewisse Zurückhaltung; der Diplomat aufgrund der Sorge, England könnte auf die Seite Prags treten (TG, 27.2.1937), Henlein, um nicht die Kontrolle über seine Anhängerschaft zu verlieren (TG, 4.11.1937). Die Entscheidung zum baldigen Angriff auf den Nachbarstaat fiel, wie die Tagebücher belegen (TG, 20.3.1938), aber schon eine Woche nach dem überraschend unblutig verlaufenen „Anschluß" Österreichs, der außer einigem Protest anderer Regierungen keine negativen Folgen für das NS-Regime hatte. Bislang, in Unkenntnis dieser wichtigen Tagebuchpassage, war häufig angenommen worden, erst die Wochenendkrise in der zweiten Maihälfte 1938 habe Hitler zu diesem Entschluß bewogen, obgleich eine weitere wichtige Quelle hierzu existiert, in der Henlein berichtet, Hitler habe ihm am 28. März 1938 mitgeteilt, „er beabsichtige, das tschechoslowakische Problem in nicht allzu langer Zeit zu lösen".[883] Daher warb der deutsche Diktator bereits Anfang Mai 1938 anläßlich seines Staatsbesuchs im faschistischen Italien um Verständnis für die nationalsozialistische Position in dieser Angelegenheit – mit Erfolg, wie Goebbels in seinem Tagebuch dokumentiert. Mussolini habe Hitler „absolut freie Hand" in „der tschechischen Frage" gegeben (TG, 7.5.1938), hielt Goebbels als Resultat der Italien-Reise fest. Auch diese Eintragung ist von großer Relevanz, bestätigt sie doch eine andere Quelle aus dem Auswärtigen Amt, der in der Forschung bislang zu wenig Bedeutung zugemessen wurde.[884] Das Wissen um die Haltung Italiens, das zumindest wohlwollende Neutralität wahren würde, dürfte den letzten Anstoß zu der Entscheidung gegeben haben, noch im Jahre 1938 militärisch gegen die Tschechoslowakei vorgehen zu wollen. Spätere Erklärungen Hitlers, die tschechoslowakische Mobilisierung Ende Mai 1938 habe in ihm den Entschluß zu einer gewaltsamen Lösung reifen lassen, sind propagandistische Schutzbehauptungen, die seine Entscheidung als Reaktion auf eine Provokation aus Prag darstellten.[885]

[882] Telegramm Ogilvie-Forbes' an Halifax, 11.9.1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 830.
[883] Vortragsnotiz über Besprechung mit Henlein und Frank im A.A. mit Anlagen, o.D., aus den Akten des Staatssekretärs, in: ADAP, D 2, Dok. 107, S. 158.
[884] Aufzeichnung Weizsäckers, 12.5.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 762.
[885] Vgl. beispielsweise Hitlers Rede im Berliner Sportpalast, 26.9.1938, DRA, Nr. 2743224; DDP, Bd. 6, Teil 1, Dok. 68, S. 342; Gespräch Hitlers mit dem tschecho-slowakischen Staatspräsidenten Emil Hácha am 15.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 228, S. 231.

Eine andere wesentliche Erkenntnis, die die Tagebücher von Goebbels ermöglichen, ist die Rolle der ungarischen Regierung im Sommer 1938. Während in der älteren Literatur, die sich fast ausschließlich auf ungarische Nachkriegsaussagen bezieht, stets die These vertreten wird, Reichsverweser Horthy habe während seines Deutschlandbesuchs im August 1938 Hitler eine Absage auf dessen gemeinsame Feldzugpläne gegen die Prager Republik erteilt, lassen die Notate des Propagandaministers keinen anderen Schluß zu, als daß die Budapester Regierung Hitler signalisiert hatte, Ungarn würde sich an einem territorialen Raubzug gegen die Tschechoslowakei beteiligen. Die Aufzeichnungen von Goebbels bestätigen damit neuere ungarische Forschungen, die zu demselben Ergebnis gelangen. Durch die Goebbels-Tagebücher läßt sich zudem die häufig verbreitete Annahme widerlegen, der Oberbefehlshaber des Heeres, Walther von Brauchitsch, habe den Ungarn von einer militärischen Lösung ihrer Revisionsziele abgeraten, was Horthy in seinen Memoiren behauptet hatte. Goebbels nannte in seinem Tagebuch aber auch Gründe, die schon vor der vorläufigen Lösung der Sudetenfrage durch das Münchener Abkommen erahnen ließen, daß die Ungarn entgegen ihrer Abmachung mit Hitler letztlich wohl doch nicht zu diesem Krieg bereit gewesen sein könnten. Dies stellte sich zum einen in einem Gespräch zwischen Horthy und Göring anläßlich der Elchjagd in Rominten am 18. September 1938 heraus, wie Goebbels vom Reichsjägermeister erfuhr. Auch hierbei handelt es sich um eine neue Erkenntnis, da Horthy nach dem Zweiten Weltkrieg bestritten hatte, in Ostpreußen mit Göring über Politik gesprochen zu haben, und keine Aufzeichnung Görings vorliegt. Zum anderen trug die ungarische Regierung Hitler ihre Bedenken gegen einen Angriffskrieg am 20. September auf dem Obersalzberg vor, wohin die beiden Minister Imrédy und Kánya von Hitler zitiert worden waren. Das schriftliche Ansinnen Miklós Horthys an Hitler, der Reichskanzler möge sich mehr der ungarischen Revisionsforderungen annehmen, ließ Hitler, wie Goebbels überliefert, von Göring beantworten. Nicht nur hierin, sondern in zahlreichen Tagebuchpassagen kommt die große Enttäuschung Hitlers über die Nichterfüllung der in Aussicht gestellten ungarischen Waffenhilfe zum Ausdruck, was wiederum deutlich belegt, daß Horthy tatsächlich zunächst eine Beteiligung am Kampf zugesagt hatte. Zudem existieren bisher in der Forschung weitgehend unberücksichtigt gebliebene, publizierte diplomatische Akten aus Budapest, die bei genauerer Analyse deutlich machen, daß sich die ungarische Regierung bis zum Tag der Münchener Konferenz die militärische Option offenhielt.

Neben Ungarn versuchte Hitler Polen für einen gemeinsamen Waffengang gegen die tschechoslowakische Republik zu gewinnen. Im Gegensatz zur ungarischen Regierung scheint Warschau von Anfang an größere Bedenken gegen einen Angriff auf den Nachbarstaat gehabt zu haben, schließlich besaß der polnische Staat eine gemeinsame Grenze mit der UdSSR, dem Verbündeten der Tschechoslowakei. Um so überraschender war für Hitler daher die Erklärung des polnischen Botschafters in Berlin, Józef Lipski, am 20. September 1938 auf dem Obersalzberg, daß die Polen „nicht vor Gewaltanwendung zurückschrecken würden",[886]

[886] DM, Bd. 1, Nr. 23, S. 192; auch in: Jędrzejewicz, Lipski, Doc. 99, S. 410.

sollten die Forderungen ihrer Minderheit in der Tschechoslowakei keine Berücksichtigung finden. Warschau scheint also die Anwendung von Gewalt zumindest theoretisch nicht ausgeschlossen zu haben. In diesem Sinne dürfte die Formulierung Goebbels', der nachträglich von Hitler über das Gespräch unterrichtet wurde, zu verstehen sein, die Unterredung zwischen Hitler und Lipski auf dem Berghof sei „positiv" verlaufen (TG, 21.9.1938).

Besonders aufschlußreich sind in den Goebbels-Tagebüchern auch die Passagen über Konrad Henlein, die im Zusammenhang mit anderen Quellen den SdP-Chef äußerst negativ erscheinen lassen. Beispielsweise hatte Henlein im November 1937 von Goebbels verlangt, die Pressekampagne gegen die Tschechoslowakei „etwas abzustoppen" (TG, 4.11.1937), um seine Leute weiterhin im Griff behalten zu können, während er sich zwei Wochen später bei Hitler über die Einstellung beklagte. Das von Boris Celovsky erkannte „Doppelspiel Henleins"[887] betraf also nicht nur die tschechoslowakische Staatsspitze auf der einen und die Nationalsozialisten auf der anderen Seite, sondern auch verschiedene Stellen innerhalb des NS-Regimes, die der Sudetenführer gegeneinander auszuspielen versuchte. Zudem wird deutlich, daß Henlein den Mitarbeiter Lord Runcimans, Frank Ashton-Gwatkin, über seine Gespräche mit Hitler Anfang September 1938 bewußt falsch informierte. Die Tagebuchnotate von Goebbels stellen die einzige glaubwürdige Quelle für diese Unterredungen dar, weil alle anderen Aufzeichnungen auf den Unwahrheiten Henleins basieren. Henlein hatte zum einen behauptet, von Hitler keinerlei Instruktionen erhalten zu haben, obwohl der deutsche Reichskanzler ihm die Anweisung gab, das Verhandlungsangebot der tschechoslowakischen Regierung abzulehnen, wie ausschließlich Goebbels in seinem Tagebuch überliefert. Weiter hatte Henlein gegenüber Ashton-Gwatkin erklärt, von Hitler keinen Termin für ein Ende der Verhandlungen und einen möglichen Angriff erfahren zu haben, obgleich er ihn andererseits darüber informierte, daß bis Ende September eine Lösung gefunden werden müsse. Noch verhängnisvoller war Henleins Mitteilung an Ashton-Gwatkin, Hitler wolle keinen Krieg, obgleich Henlein das Gegenteil bekannt war. Die britische Regierung sollte sich auf diese Weise in Sicherheit wiegen, und zugleich sollte durch diese Aussage vermieden werden, wie Henlein Goebbels während des Parteitages in Nürnberg verriet, daß „die Tschechen überall" zurückweichen, was das von den Nationalsozialisten gewünschte Scheitern der Verhandlungen hätte gefährden können (TG, 9.9.1938). Henlein bediente sich also mehrfach der Lüge, was um so erstaunlicher erscheint, als Ralf Gebel in seiner 1999 erschienenen Studie über Henlein und den Reichsgau Sudetenland noch die Legende kolportiert hatte, Henlein sei ein Mann gewesen, der „nicht lügen" könne.[888] Henlein war, dies wird mittels verschiedener Detailanalysen offensichtlich, längst zur Marionette Adolf Hitlers geworden.[889] Er konnte keine wesentliche Entscheidung im Verhandlungsmarathon mit der tschechoslowakischen Seite

[887] Celovsky, Münchener Abkommen, S. 288, Anm. 4. Auch Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik, S. 441 f., konstatierte die „Doppelgleisigkeit" der Sudetendeutschen Aktivisten und Henleins.

[888] Gebel, „Heim ins Reich!", S. 44.

[889] Ähnlich Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil 1, S. 3.

mehr selbständig treffen. Selbst Aufrufe an seine Anhänger mußte er vorher seinem „Führer" vorlegen, der darüber entschied, ob sie veröffentlicht wurden und der sie gegebenenfalls abänderte. Dies betraf zum Beispiel die Proklamation Henleins vom 15. September, seinen Aufruf zur Gründung des Sudetendeutschen Freikorps wenig später und seine Aufforderung, der tschechoslowakischen Mobilmachungsanordnung keine Folge zu leisten.

Neben neuen Erkenntnissen liefern die Tagebücher von Joseph Goebbels auch Bestätigungen zu unterschiedlichen Detailfragen der Forschung. Aus den Notaten des Propagandaministers geht beispielsweise eindeutig hervor, daß das NS-Regime durch die Verhandlungen der Sudetendeutschen mit der Prager Regierung und der Runciman-Delegation lediglich Zeit gewinnen wollte (TG, 25. 7. 1938, 19. 8. 1938), insbesondere solange der „Westwall" noch nicht fertig war (TG, 25. 7. 1938). Demselben Zweck diente auch die Londonreise von Hitlers persönlichem Adjutanten Fritz Wiedemann Mitte Juli 1938. Während die Forschung bisher verschiedene Thesen über den Sinn der Wiedemann-Mission entwickelt hat, können die Tagebücher von Goebbels diese Frage wahrscheinlich endgültig klären: Hitler hatte damit keine anderen Absichten verfolgt, „als nur England zu beruhigen" (TG, 17. 8. 1938). Bestätigt wird durch Goebbels auch, daß das NS-Regime im September 1938 die Telefongespräche zwischen dem tschechoslowakischen Staatspräsidenten Edvard Beneš und dem Gesandten in London, Jan Masaryk, abgehört hat, was sich für die Nationalsozialisten als sehr vorteilhaft erwies, da sie über die Überlegungen und die Taktik der tschechoslowakischen Staatsführung stets informiert waren.

Die Absicht Hitlers, zumindest einen Teil der tschechischen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei zu vertreiben, wenn das Deutsche Reich sich dieses Gebietes bemächtigt hätte, hielt Goebbels ebenfalls in seinem Tagebuch fest. Diesen Plan hatte Hitler schon am 5. November 1937 vor höheren Offizieren mitgeteilt, im Jahre 1938 vertrat der Diktator in dieser Frage eine noch radikalere Position und wollte nun, wie Goebbels festhielt, die gesamte Bevölkerung bis auf ca. „eine Million wertvolle Elemente" allmählich „abgedrückt" haben (TG, 22. 9. 1938), begnügte sich also nicht mehr mit der zunächst anvisierten „zwangsweise[n] Emigration aus der Tschechei von zwei […] Million Menschen".[890] An derartigen Überlegungen waren sudetendeutsche Funktionäre wie Konrad Henlein und Karl Hermann Frank mit beteiligt, wie eine Notiz von Goebbels über ein Gespräch während des Breslauer Turnfestes Ende Juli 1938 beweist – auch hierfür stellen die Tagebücher von Goebbels die einzige Quelle dar. Aus den Aufzeichnungen des Propagandaministers geht zudem deutlich hervor, daß die Nationalsozialisten nicht primär am Schicksal der Sudetendeutschen interessiert waren, sondern es ihnen in erster Linie um den territorialen Zugewinn ging und um ihr vermeintliches „Recht", also um die Revision der Friedensverträge von Versailles und St. Germain (TG, 14. 9. 1938). Geklärt wird durch die Goebbels-Tagebücher auch die Verantwortung für eine kleinere deutsch-britische diplomatische Krise: Beim Besuch Chamberlains auf dem Obersalzberg war nur der deutsche Dolmetscher Paul Otto

[890] Niederschrift über die Besprechung in der Reichskanzlei am 5. 11. 1938, in: IMG 25, Dok. 386-PS, S. 410, sowie ADAP, D 1, Dok. 19, S. 30.

Schmidt anwesend, weshalb die britische Seite auf die Herausgabe des Gesprächsprotokolls bestand. In der Vergangenheit war zumeist Außenminister Ribbentrop verdächtigt worden, diese Aufzeichnung den Engländern verweigert zu haben. Gerhard Weinberg äußerte daran erstmals Zweifel und vertrat die Auffassung, daß Hitler selbst die Weitergabe der Niederschrift verboten habe.[891] Goebbels berichtet in seinem Tagebuch nicht nur, daß „der Führer" das Protokoll „nicht herausrücken" wollte, sondern er hielt zugleich fest, daß Hitler es vor der Aushändigung an Henderson selbst überarbeitet hatte (TG, 19.9.1938). Ein Vergleich des Originals mit der abgeschwächten Fassung, die in den Akten des britischen Foreign Office überliefert ist, zeigt, daß Hitler versuchte, allzuscharfe Töne zu vermeiden und seine Risikobereitschaft zu einem Weltkrieg, seinen Rassismus etc. zu verbergen.

Die Tagebücher des Propagandaministers liefern als einzige Quelle den Nachweis, daß Hitler in Bad Godesberg alles durchsetzte, was er sich vorgenommen hatte, da kein anderes Dokument existiert, das so detailliert seine Absichten vor diesen Verhandlungen darlegt. Zudem überführen die Tagebücher Hitler während dieser Gespräche gleich zweimal der Lüge: Zum einen hatte der Diktator gegenüber Chamberlain die deutsche Mobilmachung geleugnet, die offenkundig war und auch von Goebbels beschrieben wurde. Indem Hitler eine deutsche Mobilisierung in Abrede stellte, konnte er die tschechoslowakische Mobilisierung, die während dieser zweitägigen Verhandlungen bekanntgegeben worden war, als aggressiven Akt der tschechoslowakischen Staatsführung interpretieren. Goebbels, dem auch in bezug auf sein Tagebuchschreiben Geschichtsfälschung vorgeworfen wurde, betrachtete die von Prag angeordnete Mobilisierung in seinen Aufzeichnungen, genau wie Chamberlain, als tschechoslowakische Defensivmaßnahme und als Reaktion auf die deutsche Mobilmachung (TG, 24.9.1938). Die andere Unaufrichtigkeit des „Führers", die Goebbels überliefert, ist bisher in der Forschung noch nicht einmal in Erwägung gezogen worden. Inmitten des abschließenden Gesprächs mit den Briten am Abend des 23. September ließ Hitler sich die Nachricht von der tschechoslowakischen Mobilmachung überbringen, obgleich er schon darüber Bescheid wußte, bevor diese Unterredung begann, wie Goebbels dokumentiert. Damit wird wieder einmal deutlich, daß Hitler eine Vorliebe für theatralische Szenen besaß, genau wie während der Blomberg-Fritsch-Krise, als er sich überrascht und ratlos gab, oder in der Versammlung am 9. November 1938 im Alten Rathaus in München, wie noch zu zeigen sein wird. Infolge der angeblich neuen Nachricht von der tschechoslowakischen Mobilmachung drohte Hitler also zum Schein, die Verhandlungen abzubrechen, um ein Entgegenkommen seiner Gesprächspartner zu erreichen.

Ein anderes Novum, das die Tagebücher im Kontext anderer Quellen zutage fördern, ist die Frage nach dem Zustandekommen der Münchener Konferenz am 29. September 1938. Allem Anschein nach war es tatsächlich Hitler, der die Zusammensetzung der Teilnehmer bestimmte, nicht die britische oder die italienische Seite, wie bisher angenommen. Dies erscheint schon deshalb plausibel, weil

[891] Weinberg, The Foreign Policy. Starting World War II, S. 433 und ebenda, Anm. 235.

Hitler das größte Interesse am Ausschluß der Tschechoslowakei von den Verhandlungen hatte. Deutlich wird aus den Aufzeichnungen Goebbels' auch, daß Hitler vor, nach und auch während der Münchener Konferenz schon an den nächsten Schritt, die Vernichtung des tschechoslowakischen Staates, dachte. Unmittelbar nach Unterzeichnung des Viermächte-Abkommens hoffte Hitler, wie Goebbels' Tagebuch ausweist, daß Polen oder Ungarn in einen bewaffneten Konflikt mit Prag geraten könnte.

Aufschlußreich ist auch eine Tagebuchpassage zum Gespräch zwischen Hitler und Chamberlain am Tag nach Unterzeichnung des Vertrags von München. Die Besprechung, die zu einer bilateralen Erklärung führte, begann, wie dargelegt wurde und wie auch Goebbels schrieb, bevor die Reaktion der tschechoslowakischen Regierung auf das Münchener Abkommen bekannt war. Als Motiv Hitlers zur Unterzeichnung der Vereinbarung mit Großbritannien notierte Goebbels, daß der „Führer" der Auffassung war, sie würde „London die Hände" binden, sollte die tschechoslowakische Regierung das Münchener Abkommen ablehnen und die deutsche Wehrmacht infolgedessen in den Nachbarstaat einmarschieren (TG, 2. 10. 1938). Über die Beweggründe Hitlers zu dieser deutsch-britischen Erklärung konnte bislang mangels Quellen lediglich spekuliert werden. Andererseits, das belegt das Protokoll[892] dieses Gesprächs am 1. Oktober 1938, bestand keine Notwendigkeit, den Briten die Hände zu binden, denn Chamberlain hatte sich bereits mit einem deutschen Angriff auf die Tschechoslowakei abgefunden, sollte diese das Diktat von München wider Erwarten nicht akzeptieren.

Zur NS-Außenpolitik und zur Rolle Hitlers in der Sudetenkrise

Die Tagebücher von Joseph Goebbels lassen erkennen, was auch in der Forschung herausgearbeitet wurde, daß die Außenpolitik des NS-Regimes während der Sudetenkrise im Jahre 1938 ausschließlich von Hitler geleitet wurde.[893] All die Institutionen und Parteiorganisationen für auswärtige Angelegenheiten wie das Auswärtige Amt, die Auslandsorganisation der NSDAP, das Außenpolitische Amt der NSDAP, die Dienststelle Ribbentrop, die Volksdeutsche Mittelstelle, das Reichspropagandaministerium usw. hatten keine Entscheidungsbefugnis und wurden von Hitler gelenkt und gegebenenfalls zurechtgewiesen, obgleich sich wahrscheinlich jede dieser Stellen bemühte, in seinem Sinne zu handeln. Die Tatsache, daß Goebbels im Kontext der Sudetenkrise weder E. W. Bohle, den Leiter der A.O., noch Alfred Rosenberg, den Leiter des APA, oder Werner Lorenz, den Leiter der Vomi, erwähnte, ist nicht allein durch etwaige Kompetenzstreitigkeiten in der Auslandspropaganda oder Unwissen des Propagandaministers zu erklären, sie entspricht vielmehr deren tatsächlicher Bedeutung bei der Entscheidungsfindung während der Sudetenkrise, die auch aus anderen Quellen ersichtlich ist. Zu wichtig war Hitler das Ziel, das nur vermeintlich in der Vereinigung der sudetendeutschen Gebiete mit dem Reich lag, sondern vielmehr im Gewinn neuen „Lebensraums", als daß er es Untergebenen überlassen hätte, wegweisende Entscheidun-

[892] In: ADAP, D 4, Dok. 247, S. 251–255; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1228.
[893] So auch für die Phase 1933–1938: Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik, S. 372.

gen zu treffen oder bedeutsame Verhandlungen zu führen. Ganz offensichtlich fürchtete er, seine Anhänger – und insbesondere die Sudetendeutschen selbst – könnten sich mit dem „Anschluß" der sudetendeutschen Territorien zufriedengeben.[894] Hitler behielt sich, wie gezeigt wurde, selbst die Presse- und Rundfunklenkung sowie die Führung der Sudetendeutschen Partei persönlich vor.

Auch die Gespräche mit ausländischen Politikern oder Diplomaten führte er selbst, in der Regel ohne Hinzuziehung von Beamten des Auswärtigen Amts oder anderen Experten. Gelegentlich übertrug er einzelne Aufgaben, wie beispielsweise das Führen von Sondierungsgesprächen oder das Verfassen von Antwortschreiben an Göring oder Goebbels. Zu seinen wenigen Beratern in dieser Krise gehörte vor allem Außenminister Ribbentrop, der Hitler offenbar deshalb besonders geeignet erschien, weil er nicht widersprach, sondern seinem „Führer" stets im aggressiven Vorgehen bestärkte. Diese Rolle Ribbentrops überliefert nicht nur Goebbels in seinen Tagebüchern, sondern eine Vielzahl weiterer Quellen. Sie ist in der Forschung unbestritten. Andere Minister wie Konstantin von Neurath, Hermann Göring oder auch Joseph Goebbels schienen Hitler offensichtlich nicht restlos vom Kriegskurs überzeugt zu sein, so daß er sie nur sporadisch zu Überlegungen mit heranzog. Hitler verhandelte allein und er entschied allein. Goebbels berichtete, Hitler ginge „durch sein Zimmer und grübelt", wobei er niemand anderen zugegen haben wollte, denn Goebbels hielt anschließend weiter fest: „Man muß ihn allein lassen" (TG, 29.5.1938). Insofern ist die Bedeutung der Intentionen des deutschen Diktators auf außenpolitischem Gebiet, insbesondere bei der nur scheinbar revisionistischen Anti-Versailles-Politik, bei der sich Hitler ohnehin der Zustimmung der Mehrheit des deutschen Volkes sicher sein konnte, kaum hoch genug zu veranschlagen. Im Bereich der Außen- bzw. Expansionspolitik der Vorkriegsphase läßt sich die „Hitler-zentrische Betrachtungsweise" also nicht überwinden, wie gefordert wurde,[895] denn konkurrierende außenpolitische Ansätze, wie sie beispielsweise in Diplomatenkreisen oder auch von anderen Nationalsozialisten überlegt worden waren, besaßen keine Aussicht auf Verwirklichung, wenn sich Hitler für eine Alternative entschieden hatte. Der vermeintliche „Konzeptionen-Pluralismus" in der nationalsozialistischen Außenpolitik der Vorkriegsphase ist also eine theoretische Angelegenheit und betrifft die Ebene unterhalb des Diktators – und er wurde stets durch ein Machtwort Hitlers beendet.[896]

[894] „Die Sudetendeutschen selbst möchten wohl am liebsten in Etappen vorgehen. Aber dazu läßt uns die Aufrüstung der andern keine Zeit" (TG, 13.9.1938), notierte Goebbels während des Nürnberger Parteitages 1938 über ein Gespräch mit Karl Hermann Frank und brachte damit zum Ausdruck, daß eine Autonomie oder ein „Anschluß" der deutschsprachigen Gebiete der Tschechoslowakei nicht im Sinne der NS-Führung lag, denn beides war auf friedlichem Wege zu erreichen, d.h. für beide Ziele war der Rüstungsstand der anderen Staaten gleichgültig. Ausschlaggebend für den Wunsch der Sudetendeutschen, auf eine gewaltsame Lösung des Konflikts zu verzichten, war die jenseits der Reichsgrenzen weit verbreitete Auffassung, es werde bei einem deutschen Einmarsch „zu einem sehr schweren Massaker Sudetendeutscher kommen". Aktennotiz Weizsäckers, 21.7.1938, über ein Gespräch mit Herbert Kier am Vortag, PA/AA, R 29766, Fiche 1168, Bl. 125384.

[895] Michalka, Nationalsozialistische Außenpolitik, S. 51.

[896] Anders: Michalka, Nationalsozialistische Außenpolitik, S. 57–62.

Dies bedeutet jedoch nicht, daß Hitler immer klare Konzepte zur Erreichung seiner Ziele besaß. Vor dem „Anschluß" Österreichs wie vor der Sudetenkrise wandte Hitler mehrere Strategien gleichzeitig an und spielte die evolutionäre, die revolutionäre und die militärische Option aus. Einerseits verhandelte er also mit der österreichischen Regierung bzw. ließ die Sudetendeutsche Partei mit der tschechoslowakischen Regierung verhandeln, andererseits versuchte er, in diesen Staaten Unruhen auszulösen, die die gegnerische Staatsführung zu gewaltsamen Reaktionen verleiten und somit letztlich ein Eingreifen der Wehrmacht legitimieren sollten. Zusätzlich drohte er in beiden Fällen direkt mit einer militärischen Intervention. Welche der drei Optionen präferiert wurde, entschied Hitler jeweils spontan in Reaktion auf die inneren Verhältnisse und auf die Handlungen der gegnerischen Regierungen und des übrigen Auslandes. In beiden Fällen mußte Hitler aufgrund der Intervention dritter Staaten vorübergehend zurückweichen und die Taktik ändern. Daher ist die Einschätzung Hitlers als eines Mannes „der Improvisation, des Experimentierens und der Augenblickseingebung", die Hans Mommsen vertritt, für die Methodik in der Vorkriegsphase sehr treffend.[897] Die zuweilen erhebliche Unsicherheit über die Wahl der Methode zeigt sich deutlich nach Hitlers Rede auf dem Nürnberger Parteitag inmitten der Sudetenkrise. Goebbels überliefert folgenden Satz Hitlers, den er anschließend kommentiert: „‚Wir wollen sehen, was nun geschieht.' Das ist seine Folgerung. Er hat das Seine getan. Das Wort hat London, Paris und Prag" (TG, 13.9.1938). Hitler war sich also selbst nicht im klaren darüber, ob er gegen die Tschechoslowakei sogleich militärisch vorgehen sollte, oder ob es noch Alternativen gebe. Zugleich eröffnete die von Hitler während des Parteitages praktizierte Taktik, die die Artikulation konkreter Forderungen vermied, die Möglichkeit, alle Angebote der tschechoslowakischen und britischen Regierung als ungenügend zurückzuweisen. Damit bot sich die Chance auf immer weitergehende Zugeständnisse und zugleich eine Rechtfertigung für einen Einmarsch in die Tschechoslowakei. Hitler glaubte allerdings, auch dies wird in den Tagebüchern von Goebbels deutlich, nicht an ein Einschreiten der Großmächte zugunsten der Tschechoslowakei, sondern an einen kurzen, lokalisierten Krieg, den das NS-Regime rasch gewinnen würde. Er ging davon aus, daß er „2–3 Wochen" dauern würde – bzw. „in 8 Tagen erledigt sei", stünden die deutschen Truppen bereits im sudetendeutschen Gebiet (TG, 26.9.1938). Diese Einschätzung Hitlers beruht sicherlich nicht auf einem Einfall Goebbels' oder auf einer Propagandaidee. Hier handelt es sich zweifellos um eine authentische Überlegung des deutschen Diktators. Insofern sind die Goebbels-Tagebücher insbesondere auch im September 1938 tatsächlich ein „Fenster […] in das Goebbelssche wie das Hitlersche Denken", wie Elke Fröhlich schon 1987 feststellte.[898]

Darüber hinaus liefert Goebbels zuweilen auch Hinweise auf mögliche weitere Handlungsmotivationen, die vielleicht nicht ausschlaggebend, aber dennoch sehr bedeutsam waren. Ihm waren ökonomische Überlegungen eher fremd, trotzdem konnte auch er sich der Tatsache nicht verschließen, daß die wahnwitzige Auf-

[897] Hans Mommsen, Rezension von Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik, in: MGM 1970, Heft 1, S. 183.
[898] Fröhlich, Tagebücher. Sämtliche Fragmente, Einleitung, S. LVII.

rüstung des Dritten Reiches bei gleichzeitiger zunehmender wirtschaftlicher Isolierung und damit einhergehendem Devisenmangel auf die Dauer kaum aufrechterhalten werden konnte. Ihm selbst war die ökonomische Situation als möglicher Mitauslöser für die aggressive Expansionspolitik des NS-Regimes vielleicht gar nicht so bewußt, jedenfalls äußert er sich hierzu nicht explizit. Zehn Wochen nach dem Münchener Abkommen und drei Monate vor der Okkupation Böhmens und Mährens schrieb Goebbels zwar über die finanzielle Situation des Deutschen Reiches: „Die Finanzlage des Reiches ist katastrophal. Wir müssen nach neuen Wegen suchen. So geht es nicht mehr. Sonst stehen wir vor der Inflation" (TG, 13. 12. 1938). Diese Passage folgt jedoch zusammenhangslos auf eine Erwähnung seiner Kinder, und sie steht vor geplanten Maßnahmen gegen „entartete" Kunstobjekte. Goebbels hoffte, durch den Verkauf „entarteter" Bilder einige Devisen zu beschaffen. Aber nichts deutet darauf hin, daß Goebbels mit den „neuen Wegen" eine völlig neuartige Politik meinte, die ab 1939 einsetzte, eine Politik der Besetzung und Ausplünderung nichtdeutscher Territorien.

IV. Vorgeschichte und Initiierung des Novemberpogroms

1. Antijüdische Maßnahmen in Berlin im Frühsommer 1938

Aggressive Kampagnen und Gewalt gegen Juden sowie ihre Entrechtung waren elementare Bestandteile von Ideologie und Herrschaftspraxis der Nationalsozialisten und variierten aufgrund sich ändernder Interessen oder taktischer Überlegungen immer wieder. Durch Diskriminierung und finanziellen Druck forcierten die Nationalsozialisten seit 1933 die jüdische Emigration, nicht allein aus ideologischen Motiven, sondern auch, um sich durch Enteignungen, Notveräußerungen und Sonderabgaben am jüdischen Vermögen zu bereichern. Ende 1937 war das Judentum im Deutschen Reich als ökonomischer Faktor weitgehend ausgeschaltet, dennoch stagnierte die jüdische Auswanderung zum Mißfallen der Nationalsozialisten infolge einer rigider werdenden Einwanderungspolitik der Nachbarstaaten und der fortschreitenden Verarmung der jüdischen Bevölkerung und ihrer Institutionen. Das NS-Regime hatte sich also, wie ihm 1938 bewußt wurde, mit seiner Judenpolitik in eine „Sackgasse“[1] begeben. Verschärfte Gewalt, die ohnehin bereits an vielen Orten eingesetzt hatte,[2] sollte den Weg aus ihr bahnen. Zudem fiel nun die Rücksichtnahme auf ausländische Handelspartner weg, da die deutschen Außenhandelsbeziehungen auf ein Minimum gesunken waren.[3] Goebbels überliefert, Hitler sei Ende November 1937 „fest entschlossen“ gewesen, die Juden aus dem Deutschen Reich und aus Europa zu entfernen (TG, 30. 11. 1937).

Zweifellos hatten die nationalsozialistische Machtübernahme in Österreich und die Annexion des Nachbarstaates, in deren Folge jüdische Menschen – oder solche, die dafür gehalten wurden – hemmungslos verfolgt, beraubt und mißhandelt wurden, eine radikalisierende Wirkung auf die „Judenpolitik“ und die lokale antisemitische Gewalt des Altreiches.[4] Schon Stunden vor dem „Anschluß“ begannen willkürliche Verfolgungen von Juden, wenig danach Plünderungen jüdischer Wohnungen und wilde „Arisierungen“.[5] Etwa 200 000 Juden waren den Verfol-

[1] Wildt, Volksgemeinschaft, 2007, S. 310; ders., Judenpolitik des SD, S. 57 und Dok. 29, S. 186; Gruner, NS-Judenverfolgung und Kommunen, S. 102.

[2] Vgl. Wildt, Volksgemeinschaft, 2007.

[3] Longerich, Politik, S. 155, 170; Kropat, „Reichskristallnacht“, S. 27.

[4] So auch Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden, Bd. I, S. 262–268; Longerich, Politik, S. 164f.; Longerich, Befehl, S. 58f.; Kropat, „Reichskristallnacht“, S. 29–36; Wildt, Judenpolitik des SD, S. 52–54; Wildt, Volksgemeinschaft, 2007, S. 301–304; Wildt, Volksgemeinschaft, 2008, S. 79–81; Krausnick, Judenverfolgung, S. 586; Graml, Reichskristallnacht, S. 169f.; Herbert, Best, S. 212f.; Botz, Nationalsozialismus in Wien, S. 126–136; VEJ, Bd. 2, ab Dok. 15.

[5] Rosenkranz, Entrechtung, S. 376–396.

gungen in Österreich ausgesetzt.[6] Die Selbstmordrate stieg unter der jüdischen Bevölkerung in Wien, was Goebbels im Tagebuch festhielt, aber vor österreichischen Parteigenossen als Erfindung ausländischer Journalisten darstellte.[7] Noch Ende März setzen die ersten Massendeportationen von Juden und politischen Repräsentanten aus Österreich in das Konzentrationslager Dachau oder in benachbarte Grenzgebiete ein.[8]

Am Vormittag des 13. März 1938, während des beginnenden Einmarsches der Wehrmacht in Österreich, notierte Goebbels, auf die Presselandschaft in Wien bezugnehmend, in sein Tagebuch: „Die Juden sind größtenteils geflüchtet" (TG, 13. 3. 1938). Nur eine Woche später sprach Goebbels mit Hitler über die Situation in Wien und insbesondere über die dort lebenden Juden, die sie nun aus Wien „herausdrücken" (TG, 20. 3. 1938) wollten. Für Goebbels war es vermutlich eine Frage der „Ehre" als Berliner Gauleiter, daß die Reichshauptstadt bei der Vertreibung der Juden im Vergleich zu Wien nicht nachstehen sollte.[9] Bis Ende 1937 waren von den ca. 160 000 Berliner Juden nicht mehr als ein Drittel emigriert.[10] Am Tag der Volksabstimmung über den „Anschluß" Österreichs am 10. April 1938 teilte Hitler Goebbels beim Frühstück mit, daß er „die Juden ganz aus Deutschland herausdrängen" wolle (TG, 11. 4. 1938). Keine zwei Wochen später trugen Goebbels und der Berliner Polizeipräsident Graf Helldorf Hitler ihre gemeinsamen Pläne vor, wie sie „Berlin den Charakter eines Judenparadieses" zu nehmen beabsichtigten (TG, 23. 4. 1938). Hitler, der Goebbels zufolge die Juden „allmählich alle abschieben" wollte, war sofort „einverstanden", wünschte aber, die Aktion „erst nach seiner Italienreise" zu beginnen. Geplant war unter anderem folgendes, wie Goebbels überliefert: „Judenlokale werden ausgekämmt. Juden bekommen dann ein Schwimmbad, ein paar Kinos und Lokale zugewiesen. Sonst Zutritt verboten. […] Jüdische Geschäfte werden als solche gekennzeichnet. Jedenfalls gehen wir jetzt radikaler vor" (TG, 23. 4. 1938). Die „Kennzeichnung" jüdischer Geschäfte in Berlin setzte jedoch schon ab dem 1. Mai ein, noch bevor Hitler seinen großangelegten Staatsbesuch bei Mussolini antrat.[11] Einzelne Berliner Ortsgruppen hatten damit begonnen, jüdische Geschäfte dadurch zu „kennzeichnen", daß sie an den Schaufensterscheiben antisemitische Parolen anbrachten oder kurzerhand die Scheiben einschlugen. Bei diesen Übergriffen handelte es sich wahrscheinlich

[6] Gruner, Denkschrift, S. 307.

[7] Im Tagebuch hatte Goebbels geschrieben: „Viele jüdische Selbstmorde in Wien" (TG, 23. 3. 1938); anläßlich einer Rede vor „alten Kämpfern" in Österreich hatte Goebbels, einem Bericht des britischen Diplomaten Mack zufolge, am 29. 3. 1938 geäußert, „that the persecutions and suicides reported in the foreign Press were, as usual, inventions of democratic journalism; but the Jews were talkers and not workers and the Jewish problem would have to be solved". Telegramm von W. H. B. Mack an das britische Außenministerium, 30. 3./1. 4. 1938, Nr. 35, PRO, FO 371/21749; vgl. auch VEJ, Bd. 2, Dok. 31.

[8] Neugebauer, Österreichertransport, S. 17–30; Longerich, Politik, S. 164f.; Herbert, Best, S. 213.

[9] So auch Longerich, Politik, S. 174.

[10] Vgl. Gruner, Judenverfolgung in Berlin, S. 94f.

[11] Dirks, „Juni-Aktion", S. 34.

nicht um eine zentrale, d.h. von der Berliner Gauleitung organisierte Aktion,[12] denn erstens war Goebbels zu dieser Zeit mit Hitler in Italien (TG, 3.–11.5.1938), und zweitens hätte sich wohl niemand in der Gauleitung über Hitlers Befehl hinweggesetzt, mit antisemitischen Maßnahmen bis zu seiner Rückkehr zu warten (TG, 23.4.1938).

Helldorf hatte während der Abwesenheit der NS-Führung in Goebbels' Auftrag eine „Denkschrift über die Behandlung der Juden in der Reichshauptstadt auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens" ausarbeiten lassen, deren Inhalte die vom NS-Regime „schließlich erreichte Diskriminierungspraxis noch übertrafen".[13] Ziel von Goebbels und Helldorf und Thema dieser Denkschrift war, „die Juden aus der Wirtschaft und aus dem Kulturleben, überhaupt aus dem öffentlichen Leben herauszudrücken" (TG, 25.5.1938). Am 24. Mai hat Goebbels die Denkschrift Helldorfs,[14] die später vom Sicherheitshauptamt noch erweitert wurde, „durchstudiert" (TG, 25.5.1938).[15] Vermutlich war Goebbels mit dieser Ausarbeitung nicht vollauf zufrieden, da sie hinter seinen Forderungen zurückblieb; er erwähnte sie jedenfalls in seinen Tagebüchern nach dem 25. Mai 1938 nie wieder. Goebbels wollte Juden eigene Schwimmbäder, Kinos und Lokale zuteilen und ihnen zu allen anderen derartigen Vergnügungsorten den Zutritt verbieten. In der Denkschrift wurden diese Maßnahmen dagegen als kaum durchführbar dargestellt, denn, so wurde darin argumentiert, wenn man beispielsweise jüdische Gemeinden dazu drängen würde, ein jüdisches Kino einzurichten, so würden hier „naturgemäß nur die Juden" erfaßt, „die der jüdischen Religionsgemeinschaft angehören", die anderen jedoch nicht.[16] Ein Besuchsverbot eines nichtjüdischen Theaters oder Kinos für Juden ließe sich, nach Einschätzung der Autoren der Denkschrift, kaum durchführen, „da im Einzelfalle der Jude nicht ohne weiteres zu erkennen ist. Andererseits würden voraussichtlich in vielen Fällen jüdisch aussehende Theaterbesucher zurückgewiesen werden, bei denen sich gegebenenfalls später herausstellen würde, daß es sich um Nichtjuden oder Ausländer handelt". Es bestehe, so hieß es weiter, daher „nur die Möglichkeit", die Theater- oder Kinobesitzer zu veranlassen, ihre Theater oder „Kinos mit der Aufschrift ‚Juden unerwünscht' zu kennzeichnen".[17] Ähnliches sollte der Denkschrift zufolge für Gaststätten gelten: jüdische Inhaber sollten ein Schild mit der Aufschrift „Jüdische Gaststätte – Zutritt nur für Juden", nichtjüdische Inhaber sollten ein Schild mit dem Schriftzug „Juden unerwünscht" anbringen müssen. Weiter hieß es in der Denkschrift, daß in den öffentlichen Bädern Berlins Juden bereits ohnehin der Besuch verboten sei, in Privatbädern ließe sich durch eine Anordnung des Polizeipräsidenten eine zeitliche Trennung von Juden und Nichtjuden erreichen.[18] Der einzige Gesichtspunkt,

[12] So auch Longerich, Politik, S. 174.
[13] Ebenda, S. 172.
[14] Gruner, Denkschrift, S. 308, der diese im Original 61 Seiten umfassende Denkschrift edierte, nennt als Autor einen „untergeordneten Beamten" der Staatspolizeileitstelle Berlin.
[15] Longerich, Politik, S. 174.
[16] Gruner, Denkschrift, S. 320.
[17] Ebenda, S. 332.
[18] Ebenda, S. 333f.

der sich in der Denkschrift so niederschlug, wie Goebbels ihn gefordert hatte, war die Kennzeichnungspflicht jüdischer Betriebe. Unter der Überschrift „Die Kennzeichnung der Geschäfte nach der Rassezugehörigkeit des Inhabers" hieß es: „Eine Kennzeichnung der Geschäfte in der Reichshauptstadt ist dringend erforderlich".[19] Die Denkschrift wurde den radikalen Wünschen Goebbels' kaum gerecht, aber dennoch billigte er sie.[20]

Als Goebbels am 29. Mai Hitler das „Judenprogramm für Berlin" vortrug, war dieser „ganz einverstanden" (TG, 30.5.1938). Am nächsten Tag übermittelte Goebbels Helldorf die Zustimmung Hitlers: „Ich weise Helldorff [!] an, nun unser Berliner Antijudenprogramm in Angriff zu nehmen" (TG, 31.5.1938). Daraufhin ließ Helldorf am 31. Mai in einem Café am Kurfürstendamm eine Razzia veranstalten und das gesamte Publikum festnehmen, und zwar 339 hauptsächlich jüdische Personen.[21] Im „Völkischen Beobachter" hieß es hierzu zwei Tage später, es seien „verbrecherisch[e] Elemente, insbesondere Rauschgifthändler, Devisenschieber usw." verhaftet worden.[22] Daß es sich hierbei keineswegs um eine Jagd nach Verbrechern handelte, belegt eindeutig ein Tagebucheintrag von Goebbels: „Helldorff [!] hat unserem Plan entsprechend ca. 300 Juden verhaftet. Ist dann von Berlin weggefahren, und sein Stellvertreter hat sie alle bis auf 6 wieder laufen lassen. Nur die rein Kriminellen festgehalten" (TG, 2.6.1938). Goebbels war über diesen Fehlschlag ungemein wütend: „Ich schlage Krach wie nie. Helldorff [!] wird sofort zurückzitiert und bekommt einen furchtbaren Anschiß. Mit diesen Juristen im Polizeipräsidium kann man garnichts [!] anfangen. Nun aber nehme ich die Sache in die Hand" (TG, 2.6.1938). Angesichts der Desavouierung von Goebbels' Plänen, d.h. der Freilassung der Mehrzahl der jüdischen Personen, die bislang nicht bekannt war, ist nun auch erstmals erklärbar, wieso Goebbels einen Tag später in sein Tagebuch schrieb, „die ganze Aktion" sei „vollkommen versiebt" (TG, 3.6.1938).[23] Goebbels schärfte Helldorf an den folgenden Tagen ein, was er zu tun habe, um dem „Ziel: Herausdrückung der Juden aus Berlin" (TG, 4.6.1938), näher zu kommen. Nach diesem ersten Fehlschlag wandte sich Goebbels nun direkt an die Polizeibeamten, um ihnen die Richtlinien ihres Handelns vorzugeben: „Vor 300 Polizeioffizieren in Berlin über die Judenfrage gesprochen. Ich putsche richtig auf. Gegen jede Sentimentalität. Nicht Gesetz ist die Parole, sondern Schikane. Die Juden müssen aus Berlin heraus. Die Polizei wird mir dabei helfen" (TG, 11.6.1938). Kurz darauf wurde die Verhaftung einer größeren Anzahl an Juden auch durch andere Maßnahmen legalisiert.

Zwischen dem 13. und 18. Juni 1938 wurde im gesamten Reichsgebiet die sogenannte „Aktion Arbeitsscheu Reich" gegen „Asoziale" (beispielsweise Land-

[19] Ebenda, S. 326.
[20] Vgl. Longerich, Politik, S. 174.
[21] Dirks, „Juni-Aktion", S. 37. Longerich, Politik, S. 174f., der sich auf Akten des Staatspolizeiamts Berlin stützt, beziffert die verhafteten Juden auf 300 Personen.
[22] VB, 2.6.1938, Nr. 153, S. 4.
[23] Longerich, Politik, S. 175, der den Tagebucheintrag vom 2.6.1938 nicht, sondern nur diejenigen der folgenden Tage kannte, nahm an, Goebbels sei über diese Aktion unzufrieden gewesen, weil sie „ihm nicht weit genug gegangen" sei, weil in Goebbels' Augen also zu wenig Juden verhaftet worden seien.

streicher, Bettler, „Zigeuner", Zuhälter und Personen mit zahlreichen Vorstrafen) durchgeführt, bei der mehrere tausend Menschen verhaftet und in Konzentrationslager eingewiesen wurden.[24] Die beiden Hauptziele dieser Maßnahme waren die Nutzung der Arbeitskraft der Betroffenen für den Vierjahresplan und die Abschreckung derjenigen, die sich eventuell der noch einzuführenden zivilen Dienstpflicht (22. Juni 1938) widersetzen könnten.[25] Hitlers Haß auf „asoziale Elemente" war extrem ausgeprägt; Goebbels überliefert Anfang 1937, daß Hitler diese „ausradiert" sehen wollte, und zwar in „einem Krieg und Zwangsarbeitslagern" (TG, 22. 2. 1937). Nachweislich auf Anordnung Hitlers wurde diese Aktion gegen „Asoziale" auf Juden ausgedehnt.[26] Für die Verhaftung von Juden im gesamten Reichsgebiet galten aber andere Kriterien als für die der „Asozialen"; im Falle der Juden genügte eine vollzogene oder angedrohte Gefängnisstrafe von mehr als einem Monat für eine Verhaftung im Rahmen der Aktion gegen „Asoziale". Die Festnahme der Juden war auch anders motiviert: Hier standen nicht volkswirtschaftliche Aspekte im Vordergrund, sondern die Demütigung, die wiederum die Auswanderungsbereitschaft erhöhen sollte.[27] In zahlreichen Fällen richtete sich die Aktion aber auch gegen Juden, denen man keine Gesetzesübertretung nachweisen konnte.[28] Mehreren tausend Juden, die am 16. Juni in Berlin bei einer großen Verhaftungswelle festgenommen wurden, warf man pauschal „organisierten Rauschgifthandel" vor.[29] Offensichtlich zufrieden über die vielen Festnahmen notierte Goebbels in sein Tagebuch: „Helldorff [!] geht jetzt radikal in der Judenfrage vor. Die Partei hilft ihm dabei. Viele Verhaftungen. […] Die Polizei hat meine Anweisungen verstanden. Wir werden Berlin judenrein machen. Ich lasse nun nicht mehr locker. Unser Weg ist der richtige" (TG, 19. 6. 1938).

Die vielen Razzien und Verhaftungen, von denen auch Ausländer betroffen waren, entgingen der Bevölkerung nicht. Die Exil-SPD schilderte sie in ihren Berichten, und auch in ausländischen Zeitungen erschienen ausführliche Artikel über diese Aktion.[30] Goebbels vermerkte die kritische ausländische Berichterstattung und die nationalsozialistischen Gegenmaßnahmen in seinem Tagebuch: „Die Auslandspresse tobt" (TG, 19. 6. 1938). „Den verleumderischen Auslandsjournalisten lasse ich mit Ausweisung drohen" (TG, 21. 6. 1938). In den Augen der Nationalsozialisten handelte es sich um eine Verleumdung, wenn in Zeitungen antisemitische oder politische Motive genannt wurden, denn die Verhaftungsaktion wurde

[24] Vgl. Schnellbrief Heydrichs, 1. 6. 1938, in: VEJ, Bd. 2, Dok. 39; Ayaß, „Asoziale", S. 1, 57 f., 62 f.; Longerich, Politik, S. 176; Herbert, Best, S. 212; Dirks, „Juni-Aktion", S. 33 f.
[25] Longerich, Politik, S. 176; Herbert, Best, S. 213.
[26] Longerich, Politik, S. 177; Herbert, Best, S. 213.
[27] Herbert, Best, S. 212 f.
[28] Vgl. Longerich, Politik, S. 178.
[29] Dirks, „Juni-Aktion", S. 35. Die Anzahl der im Mai/Juni verhafteten Juden wird unterschiedlich beziffert: 1500 im Juni für das gesamte Reichsgebiet: Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden, Bd. I, S. 282; Dirks, „Juni-Aktion", S. 33; Wildt, Judenpolitik des SD, S. 56; Wildt, Hans Reichmann, S. 75; Kropat, „Reichskristallnacht", S. 51; Barkai, „Schicksalsjahr 1938", S. 114; weit über 2500 bei: Gruner, Judenverfolgung in Berlin, S. 51; im Mai 1900 und im Juni 1500 Juden bei: Herbert, Best, S. 213; Longerich, Politik, S. 178, schätzt, daß im Juni allein in Berlin 1000–2000 Juden verhaftet wurden.
[30] Deutschland-Berichte (Sopade), Bd. 5, S. 755–760.

vorgeblich „im Rahmen des normalen polizeilichen Fahndungsdienstes" durchgeführt, um „eine größere Anzahl von asozialen und kriminellen Elementen" zu erfassen – und nicht etwa „aus politischen Gründen".[31]

Parallel zu den polizeilichen Schikanen und Festnahmen hatte die nationalsozialistische Partei ihre im Mai noch vereinzelten Übergriffe auf jüdische Geschäfte im großen Stil Mitte Juni ausgeweitet. Bis Ende Juni war beinahe jedes jüdische Geschäft in Berlin und in einigen anderen Städten durch Schmierereien oder Beschädigungen von Parteigenossen „gekennzeichnet" worden.[32] In einem SD-Bericht wurde als Urheber dieser Aktion „entweder die Gauleitung Berlin oder der Reichspropagandaminister" vermutet.[33] Aus den Goebbels-Tagebüchern läßt sich nicht direkt erkennen, daß Goebbels Anstifter dieser Partei-Aktivitäten war. Deutlich wird aber, daß Goebbels auf die Vorgänge Einfluß hatte und diese billigte: „Unsere Pgn. gehen auch etwas scharf heran. Ich bremse da ein wenig. Im Übrigen aber lasse ich der Sache ihren Lauf" (TG, 21.6.1938). Als die Situation am 20. und 21. Juni 1938 eskalierte und es zu Zerstörungen in größerem Ausmaß und zu Plünderungen[34] kam, für die Goebbels ausgerechnet „Zigeuner und andere lichtscheue Elemente" (TG, 22.6.1938) verantwortlich machte, wies er Helldorf die Schuld dafür zu: „Die Partei hat – wahrscheinlich auf Anregung von Helldorff [!] – die Judengeschäfte beschmiert. […] Helldorff [!] hat meine Befehle direkt ins Gegenteil verkehrt: ich hatte gesagt, Polizei handelt mit legalem Gesicht, Partei macht Zuschauer. Das Umgekehrte ist nun der Fall" (TG, 22.6.1938). Die Verantwortung Helldorfs für diese Eskalation erscheint unwahrscheinlich, zum einen, weil Goebbels selbst die Polizei angewiesen hatte, auch nicht-legale Möglichkeiten auszuschöpfen („Nicht Gesetz ist die Parole, sondern Schikane", TG, 11.6.1938), und zum anderen, weil Helldorf als Polizeipräsident und SA-Führer keine Weisungsbefugnis gegenüber der Partei, sondern allenfalls gegenüber der SA hatte. Zwei Tage später beschuldigte Goebbels einen „Polizeimajor" und einen „Kreisleiter" (TG, 24.6.1938). Wer nun wirklich als Verantwortlicher für den Vandalismus zu gelten hat, läßt sich durch die Tagebücher nicht ermitteln und scheint auch in der Forschung noch keineswegs geklärt.[35] Einiges spricht allerdings für Goebbels als Urheber auch der pogromartigen Aktionen. Fest steht jedoch, daß Hitler vor allem aus außenpolitischen Rücksichten den Abbruch der Aktionen inmitten der Sudetenkrise verfügt hatte.[36] Goebbels notierte diesen Befehl Hitlers erstaunlicherweise nicht, obgleich er sicherlich darüber informiert war. Möglicherweise

[31] VB, 19.6.1938, zit. nach Longerich, Politik, S. 178.

[32] Die Exil-SPD berichtete von solchen Aktionen in Konstanz, Karlsruhe und Worms; Deutschland-Berichte (Sopade), Bd. 5, S. 750f. Vgl. auch Bericht des US-Botschafters Hugh R. Wilson vom 22.6.1938, in: VEJ, Bd. 2, Dok. 47.

[33] SD-Bericht, zit. nach Longerich, Politik, S. 178.

[34] Der amerikanische Botschafter in Berlin, Hugh R. Wilson, benannte als Plünderer indirekt Mitglieder der Hitler-Jugend; vgl. Bericht vom 22.6.1938, in: VEJ, Bd. 2, Dok. 47; vgl. auch Kulka/Jäckel, Die Juden, Dok. 331f.

[35] Vgl. Longerich, Politik, S. 179f.; Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden, Bd. I, S. 283f.; Kropat, „Reichskristallnacht", S. 42f.

[36] Wildt, Judenpolitik des SD, S. 57; Longerich, Politik, S. 179f.; Steinweis, Kristallnacht, S. 13.

betrachtete er diesen als persönliche Niederlage. Am 21. Juni bestellte Goebbels „alle Parteiinstanzen" zu sich, gab „neue Befehle heraus" und verfügte, daß von nun an „[a]lle illegalen Handlungen […] zu unterbleiben" hätten (TG, 22.6.1938). Am selben Tag führte Goebbels seinem Tagebuch zufolge abends bei einer Sonnwendfeier eine „[r]ücksichtslose Auseinandersetzung mit dem Judentum", bei der die „Massen" vor Begeisterung „tob[t]en" (TG, 22.6.1938), und kündigte neue gesetzliche Maßnahmen gegen die Juden an.[37]

Danach ist, wie auch Goebbels notierte, die „Judenaktion […] abgeflaut" (TG, 24.6.1938). Die Welle der Gewalt und Verhaftungen im Frühsommer 1938 kann in ihrer Bedeutung kaum überschätzt werden, denn viele Maßnahmen, die ab dem 9. November folgen sollten, waren hier bereits – wenn auch in kleinerem Rahmen – erprobt worden: die massenhafte Verhaftung von Juden und ihre Verbringung in Konzentrationslager, die Beschädigung von jüdischen Geschäften und Synagogen bis hin zum Abriß von Synagogen (z.B. die Hauptsynagogen in München und Nürnberg)[38] und die den Juden auferlegte Pflicht, daß sie „ihre Geschäfte wieder selbst säubern" sollten (TG, 22.6.1938).

Nach dem Verbot weiterer Ausschreitungen gegen jüdische Geschäfte oder Einrichtungen nahm der antisemitische Aktionismus der Behörden in Berlin aber keineswegs ab. Goebbels plante mit Helldorf bereits die nächsten Maßnahmen: „Helldorff [!] will in Berlin ein Judenghetto errichten. Das sollen die reichen Juden selbst bezahlen. Das ist richtig. Ich unterstütze ihn darin" (TG, 2.7.1938). Helldorf erarbeitete daraufhin einen Katalog mit 76 „Richtlinien für die Behandlung von Juden und Judenangelegenheiten", den er am 20. Juli 1938 an die ihm nachgeordneten Dienststellen sandte.[39] Goebbels, der, wie er selbst in sein Tagebuch notiert hatte, Helldorf zu unterstützen versprach, suchte das Gespräch mit Hitler, um sich für neue antisemitische Maßnahmen bei Hitler abzusichern: „Der Führer billigt mein Vorgehen in Berlin. Was die Auslandspresse schreibt, ist unerheblich. Hauptsache ist, daß die Juden heraus[gedrü]ckt werden" (TG, 25.7.1938). Zwei Tage später überreichte Helldorf Goebbels seine neuen Richtlinien: „Helldorff [!] überreicht mir eine Aufstellung der in Berlin gegen die Juden getroffenen Maßnahmen. Die sind nun wirklich rigoros und umfassend. Auf diese Weise treiben wir die Juden in absehbarer Zeit aus Berlin heraus" (TG, 27.7.1938). Die von Helldorf verfügten Bestimmungen sollten Schikanen „im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften" regeln. So sollten Juden beispielsweise erhöhte Strafgelder bezahlen, ihre Anträge bei Behörden sollten mit Verzögerung bearbeitet werden, jüdische Kraftfahrzeuge sollten schon bei den geringsten Mängeln eingezogen werden, und jüdische Geschäfte und Gewerbe sollten verschärften Preis-, Hygiene- und Brandschutzkontrollen unterzogen werden.[40] Helldorf erstattete Goebbels in der Folgezeit mehrmals Bericht über die „Judenaktionen" und ihre Aus-

[37] Vgl. VB-Artikel über Goebbels' Rede, in: VEJ, Bd. 2, Dok. 48, sowie Bericht des US-Botschafters, Hugh R. Wilson, vom 22.6.1938, in: VEJ, Bd. 2, Dok. 47.
[38] Siehe Honigschnabel, München, S. 96–111; VEJ, Bd. 2, Dok. 40; Zelnhefer, Nürnberg, S. 46–57; Kulka/Jäckel, Die Juden, Dok. 342f.
[39] Runderlaß Helldorfs vom 20.7.1938, in: VEJ, Bd. 2, Dok. 68.
[40] Gruner, Judenverfolgung in Berlin, S. 53; Longerich, Politik, S. 182f.

wirkungen auf die Zahl der jüdischen Emigrationen. Ende August schrieb Goebbels in sein Tagebuch, die „weiteren Judenaktionen" gingen „planmäßig vor sich", es seien bereits viele Juden „aus Berlin ausgewandert" und er lasse nun das Vermögen der Berliner Juden verzeichnen (TG, 31. 8. 1938).[41] In der ersten Oktoberhälfte notierte Goebbels erneut, die „Judenaktion in Berlin", zu der auch Beschädigungen von Synagogen gehörten,[42] verlaufe „planmäßig", und er äußerte die Hoffnung, daß die Juden „nun allmählich" aus Berlin abzögen (TG, 12. 10. 1938).

Auch in Wien wurde im Laufe des Jahres 1938 der Druck auf die jüdische Bevölkerung verstärkt. Seit Mitte Oktober 1938, nach einem weiteren Radikalisierungsschub infolge des Münchener Abkommens vom 29. September 1938, setzten dort – wie auch in anderen Städten des Reichs – ähnliche Ausschreitungen ein, wie die beschriebenen im Frühsommer in Berlin.[43] In den dem Reich eingegliederten sudetendeutschen Gebieten war die jüdische Bevölkerung auch wegen ihrer überwiegend anti-nationalsozialistischen und damit pro-tschechoslowakischen Haltung noch vor Eintreffen der Wehrmacht wüsten Verfolgungen ausgesetzt.[44] Der Verbindungsoffizier Henleins zum OKW berichtete, Hitler habe dem Sudetendeutschen Freikorps „3 Tage Jagdfreiheit auf alle mißliebigen Elemente" zugestanden.[45] Eine unbekannte Anzahl von Juden wurde sogleich ermordet, viele begingen Selbstmord. Mit Beginn der deutschen Verwaltung wurden Juden wahllos verhaftet, in Konzentrationslager gebracht, ultimativ zur Ausreise gezwungen oder zur tschechischen Grenze transportiert und mit sofortiger Wirkung ausgewiesen. Selbst aus den österreichischen Gauen wurden nun Juden zur Grenze der Tschechoslowakei gebracht.[46] Hitler ließ im Oktober 1938 prüfen, ob die „Ausweisung der 27 000 Juden tschechischer Staatsangehörigkeit aus Wien möglich" wäre.[47] Forciert durch den „Anschluß" Österreichs und die Sudetenkrise wurden wenige Wochen vor dem Pogrom im November 1938 die allgemeinen Diskriminierungen im Reichsgebiet fortgesetzt. Zu diesen Maßnahmen gehörte beispielsweise die Pflicht, Kennkarten zu beantragen, die die Träger eindeutig als Juden identifizierten. Diese Karten waren von nun an bei jedem Behördenverkehr vorzuzeigen oder anzugeben.[48] Zu demselben Zweck mußten die polizeilichen Meldebehörden Personenregisterkarten anlegen, die über die „Abstammung" Auskunft gaben.[49] Bereits im August 1938 wurde auch verfügt, daß Jüdinnen und Juden ab 1. Januar 1939 ihren Vornamen durch „Sara" bzw. „Israel" zu ergänzen

[41] Vgl. Bericht des SD-Hauptamts II 112, Berlin, 8. 9. 1938, in: Kulka/Jäckel, Die Juden, Dok. 346.
[42] Longerich, Himmler, S. 422.
[43] Vgl. Kropat, „Reichskristallnacht", S. 35; Longerich, Politik, S. 193; Kulka/Jäckel, Die Juden, Dok. 348, 350f., 353.
[44] Osterloh, Judenverfolgung, S. 186–188.
[45] Krausnick, Tagebücher Groscurth, S. 127. Auch der Generalquartiermeister des Heeres beklagte, daß das Freikorps „jenseits der Grenze Unfug" gemacht habe; Wagner, Besetzung der Tschechoslowakei, S. 580.
[46] Osterloh, Judenverfolgung, S. 198–201.
[47] Anonyme Aufzeichnung aus dem A.A., 12. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 53.
[48] 2. Bekanntmachung über Kennkartenzwang, 23. 7. 1938, RGBl. 1938, Teil I, S. 922.
[49] Reichsmeldeordnung, Runderlaß des Reichsinnenministers, 26. 8. 1938, in: Walk, Sonderrecht, S. 239.

hatten.[50] Im Oktober 1938 wurden alle Reisepässe von deutschen Juden durch eine Verordnung für ungültig erklärt, wenn sie nicht das nun obligatorische, eingestempelte „J" enthielten[51] – eine, wie noch zu zeigen sein wird, folgenreiche Maßnahme.

2. Beginn einer antisemitischen Gesetzgebung in Italien

Ein weiteres Moment, das die Radikalisierung der nationalsozialistischen „Judenpolitik" im Jahre 1938 verstärkte und lange Jahre kaum Beachtung fand, bestand in den antisemitischen Maßnahmen und Verordnungen der faschistischen Regierung Italiens des Jahres 1938. Diese erfolgten nicht auf Druck Berlins und kamen daher auch für das NS-Regime einigermaßen überraschend,[52] obgleich Mussolini bereits 1936 einen deutlichen Kurswechsel im Verhältnis zum Judentum eingeleitet hatte. Diese „antisemitische Wende" wird in der Forschung in der Regel mit dem 1935 begonnenen Krieg gegen Abessinien begründet.[53] Das erste rassistische Gesetz Italiens vom 19. April 1937 war erlassen worden, um die befürchtete Rassenvermischung italienischer Soldaten mit einheimischen Frauen im Kolonialraum zu unterbinden. Sexueller Verkehr zwischen einem Italiener und einer afrikanischen Person oder einem Angehörigen eines anderen sogenannten primitiven Volkes wurde dort mit ein bis fünf Jahren Gefängnis bestraft.[54]

Etwa zur gleichen Zeit setzte eine antisemitische Kampagne ein,[55] doch richtete sie sich in erster Linie gegen das internationale Judentum. Im Februar 1938 hatte sich Goebbels noch enttäuscht gezeigt, daß sich „Rom" gegen den „Rassenantisemitismus" gewandt und von „seinen ‚loyalen Juden'" gesprochen habe (TG, 16. 2. 1938).[56] Um so größer war Goebbels' Freude über die Veröffentlichung eines rassenpolitischen Manifests am 14. Juli 1938, das im Auftrag Mussolinis erarbeitet worden war.[57] Darin wurde das jüdische Volk nun rassisch definiert. Goebbels notierte hierüber in sein Tagebuch: „Italien legt ein fast offizielles Manifest zur Rassenfrage nieder. Mit ganz klaren Entscheidungen zu unseren Grundsätzen. Gegen die Juden. Nordisch – arisch. Gegen Afrika. Ein großer Triumph für uns. Die westeuropäische Presse wertet das auch so. Mussolini scheint nun weitere Konsequenzen ziehen zu wollen" (TG, 16. 7. 1938). Dieses Manifest vom 14. Juli 1938 umfaßte folgende zehn Punkte: 1. Feststellung der Existenz menschlicher Rassen;

[50] Erlaß des Reichsinnenministers, 18. 8. 1938, in: Walk, Sonderrecht, S. 237.
[51] Verordnung über Reisepässe von Juden, 5. 10. 1938, RGBl. 1938, Teil I, S. 1342. Zum Anlaß dieser Verordnung siehe ADAP, D 5, Dok. 642–644.
[52] Pommerin, Rassenpolitische Differenzen, S. 647; Collotti, Die Historiker, S. 59–77.
[53] Schlemmer/Woller, Faschismus und die Juden, S. 174–179; Wetzel, Mythos, S. 61.
[54] Regio Decreto Legge, Nr. 880, 19. 4. 1937, in: Gazzetta ufficiale del Regno d'Italia, 24. 6. 1937; Collotti, Il fascismo, S. 37.
[55] Collotti, Il fascismo, S. 40–57; Martelli, La propaganda, S. 18–21.
[56] Goebbels bezog sich wahrscheinlich auf einen Artikel im Regierungsblatt „L'Informazione Diplomatica", Nr. 14, 16. 2. 1938; vgl. Collotti, Il fascismo, S. 58 f.; Martelli, La propaganda, S. 20 f.
[57] Schlemmer/Woller, Faschismus und die Juden, S. 179; Martelli, La propaganda, S. 23–25; Collotti, Il fascismo, S. 60–62.

2. Unterscheidung in „große“ und angeblich minderwertige Rassen; 3. Biologische Definition der Rasse; 4. Feststellung des „arischen“ Ursprungs des italienischen Volkes und seiner Kultur; 5. „Rassereinheit“ des italienischen Volkes seit der Einwanderung der Langobarden; 6. Existenz einer reinen „razza italiana“; 7. Proklamation der Italiener als rassistisch; 8. Notwendigkeit einer Differenzierung zwischen westlichen Mittelmeerbewohnern und den östlichen bzw. den Afrikanern; 9. „Die Juden gehören nicht zur italienischen Rasse“; 10. Forderung, die „rein europäischen physischen und psychologischen Eigenschaften der Italiener“ zu wahren, die „Rassenmischung“ zu untersagen.[58]

Die Nationalsozialisten fühlten sich in ihrer Politik gegen das Judentum nun also bestätigt, was im Falle Mussolinis besonders bedeutsam war, weil er von den Nationalsozialisten lange Zeit als „Vorbild“ angesehen wurde.[59] Im Bereich der Judenverfolgung waren allerdings die Nationalsozialisten Vorreiter, was Goebbels und Hitler besonders befriedigte. Nach einer Besprechung mit Hitler über die „Judenfrage“ hielt Goebbels im Tagebuch fest: „Auch Italien schwenkt da in unsere Linie ein. Mussolini ist von Anlage aus Antisemit. Er konnte das früher nur schwer betätigen. Jetzt hat er uns als Bundesgenossen“ (TG, 25. 7. 1938). Der zunehmende Antisemitismus der faschistischen Regierung wurde vom Papst mißbilligt, doch Mussolini wies diese Kritik zurück, was Goebbels erfreut zur Kenntnis nahm: „Mussolini gibt dem Papst eine gepfefferte Antwort auf seinen Ausflug in das Gebiet der Rassepolitik. Die war auch fällig und kann uns sehr angenehm sein“ (TG, 1. 8. 1938).[60] Am 5. August 1938 bestätigte das Amtsblatt „L'informazione diplomatica“ den antisemitischen Kurs der italienischen Regierung.[61] Möglicherweise bezog sich Goebbels auf diese Quelle, als er am selben Vormittag die Vorgänge in Italien kommentierte: „Rom zieht jetzt praktische Konsequenzen aus der Rasselehre. Scharfe Verordnungen gegen die ausländischen Juden.[62] So fängt das an. Nun wird das Weltjudentum Mussolini schon von selbst weitertreiben. Die Juden sind ja so dumm“ (TG, 5. 8. 1938). Goebbels erwartete also Proteste des jü-

[58] Manifest abgedr. in: De Felice, Storia degli ebrei italiani, Dok. 15, S. 611f. Siehe auch: Martelli, La propaganda, S. 24f.; Collotti, Il fascismo, S. 60–62; Wetzel, Mythos, S. 62f.; Heiber, Beeinflussung, S. 82; Mantelli, Faschismus, S. 118f.; Schlemmer/Woller, Faschismus und die Juden, S. 179f.

[59] Kershaw, Hitler, Bd. 1, S. 230. Goebbels notierte beispielsweise im Frühjahr 1938, daß Mussolini „Gegenstand“ von Hitlers „Bewunderung“ sei; TG, 20. 3. 1938. Vgl. auch TG, 4. 5. 1938, 8. 5. 1938, 10. 5. 1938.

[60] Der Papst hatte am 28. 7. 1938 kritisiert, daß Italien auf dem Gebiet des Antisemitismus die Nationalsozialisten zu kopieren versuche. Mussolini dementierte zwei Tage später, daß es sich um eine Nachahmung deutscher Maßnahmen handle. Vgl. Pommerin, Rassenpolitische Differenzen, S. 648; Heiber, Beeinflussung, S. 82f. Dennoch leistete der Papst letztlich keinen ernsthaften Widerstand gegen die antisemitischen Gesetze; vgl. Mantelli, Faschismus, S. 119; Collotti, Il fascismo, S. 98–100; Schlemmer/Woller, Faschismus und die Juden, S. 183f. Vgl. auch einen späteren Tagebucheintrag von Goebbels: „Der Papst schw[i]tzt sich über die italienische Ehegesetzgebung aus. Er will die Rassenfrage darin nicht anerkennen. Aber das wird Mussolini nicht sonderlich interessieren“, TG, 17. 11. 1938.

[61] L'informazione diplomatica, Nr. 18, 5. 8. 1938, abgedr. in: De Felice, Storia degli ebrei italiani, Dok. 17, S. 615; siehe auch Collotti, Il fascismo, S. 68; Mantelli, Faschismus, S. 119.

[62] Am 3. 8. 1938 wurde ausländischen Juden der Besuch öffentlicher italienischer Schulen und Universitäten verboten; vgl. Heiber, Beeinflussung, S. 83.

dischen Volkes, was seiner Meinung nach zu noch drastischeren Maßnahmen der faschistischen Regierung führe. Zwei Tage später hielt Goebbels fest: „Mussolini erläßt neue Rassegesetze. Numerus clausus für die Juden. Er hat also Blut geleckt" (TG, 7. 8. 1938). Der am 5. August 1938 verkündete „Numerus clausus" gegen Juden beschränkte die Beschäftigung von Juden im öffentlichen Leben auf ihren proportionalen Anteil am italienischen Gesamtvolk.[63] Als eine Woche später die „Richtlinien für die italienische Rassepolitik" herausgegeben wurden, meinte Goebbels: „Mussolini scheint nun Ernst machen zu wollen" (TG, 14. 8. 1938).

Am 1./2. September 1938 beschloß der italienische Ministerrat fünf bedeutende antisemitische Maßnahmen, die wenige Tage später Gesetzeskraft erlangten.[64] Einige davon vermerkte Goebbels in seinem Tagebuch: „Mussolini geht jetzt scharf gegen die Juden vor. Weist ausländische Juden aus und setzt sie als Lehrer ab" (TG, 3. 9. 1938). Tatsächlich wurde ausländischen Juden verboten, in Italien bzw. den Kolonien einen festen Wohnsitz zu nehmen; bisher im Königreich lebende ausländische Juden hatten innerhalb von sechs Monaten Italien zu verlassen; entsprechende Einbürgerungen wurden zurückgenommen. Als Jude galt, wessen Eltern beide „jüdischer Rasse" waren.[65] Die Tatsache, daß nicht nur jüdischen Lehrern der Unterricht an italienischen Schulen verboten, sondern auch jüdischen Schülern ein Besuch öffentlicher Schulen und Universitäten verwehrt wurde, vermerkte Goebbels erst einen Tag später: „Mussolini schmeißt nun die Juden aus den Schulen und Universitäten heraus" (TG, 4. 9. 1938).[66] Möglicherweise konnte Goebbels die Nachricht über das Verbot des Schulbesuchs jüdischer Schüler zunächst nicht glauben, denn ein solches Gesetz gab es noch nicht einmal im nationalsozialistischen Deutschland. Am Morgen nach der Pogromnacht debattierten die Ratsherren der Stadt München zusammen mit den Beiräten unter Oberbürgermeister Karl Fiehler die mögliche Entfernung jüdischer Schüler aus den städtischen Schulen. Als Ratsherr Josef Beer fragte, „ob wir diese Judenbankerte drin lassen müssen", ist im Sitzungsprotokoll der folgende Zwischenruf des Ratsherrn Max Zankl vermerkt: „Totschlagen!"[67] Zwei Tage später schlug Goebbels auf der Besprechung über die „Judenfrage" bei Göring vor, daß „die Juden absolut aus den deutschen Schulen entfernt werden".[68] Drei Tage danach wurde Goebbels' Anregung Gesetz.[69]

[63] Vgl. ebenda.

[64] Auf diese Gesetze wiesen in der deutschsprachigen Literatur u. a. bereits Heiber, Beeinflussung, S. 84, und Mantelli, Faschismus, S. 119f., hin.

[65] Regio Decreto Legge, Nr. 1381, 7. 9. 1938, in: Gazzetta ufficiale del Regno d'Italia, Nr. 208, 12. 9. 1938.

[66] Regio Decreto Legge, Nr. 1390, 5. 9. 1938, in: Gazzetta ufficiale del Regno d'Italia, Nr. 209, 13. 9. 1938. Für Studenten waren Ausnahmen möglich.

[67] Niederschrift, 37. Sitzung der Beiräte für Verwaltungs-, Finanz- und Baufragen der Hauptstadt der Bewegung, 10. 11. 1938, StadtAM, Ratssitzungsprotokolle, Jg. 1938, Nr. 711/4, Tagesordnungspunkt 12.

[68] Stenographische Niederschrift der Besprechung über die Judenfrage bei Göring, 12. 11. 1938, in: IMG 28, Dok. 1816-PS, S. 499–540, hier S. 511; jetzt auch abgedr. in: VEJ, Bd. 2, Dok. 146, S. 408–437, hier S. 417.

[69] Erlaß des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 15. 11. 1938, in: Walk, Sonderrecht, S. 256.

Die antijüdischen Verordnungen in Italien hatten, wie auch Goebbels im Tagebuch festhielt, zur Folge, daß Mussolini „maßlos" in der internationalen Presse „angegriffen" worden sei, die der Propagandaminister daher als „Judenpresse" bezeichnete. „Gilt dort schon als Überhitler" (TG, 4.9.1938), notierte Goebbels pointiert. Am 6. Oktober 1938 gab der „Große Faschistische Rat" eine Stellungnahme[70] zur „Rassenpolitik" ab, bestätigte die bisherigen Maßnahmen und erließ eine Reihe neuer Bestimmungen,[71] die in das umfangreiche Sammeldekret zum „Schutz der italienischen Rasse" vom 17. November 1938[72] eingingen und über die Goebbels in sein Tagebuch schrieb: „Der faschistische Großrat faßt sehr scharfe Entschlüsse in der Rassenfrage, insbesondere gegen die Juden. Die meisten dieser Entschlüsse sind deutschen Gesetzen nachgebildet. Mussolini macht also tabula rasa. Das ist gut so. Er verschafft sich nun auch die Vorteile des Antisemitismus, da die Juden in der Welt ihm sowieso die Nachteile zufügen" (TG, 8.10.1938).

Goebbels' Bewunderung fand auch Mussolinis Umgang mit den ausländischen Protesten, für die der Propagandaminister wiederum die Juden verantwortlich machte: „In USA hetzen jetzt die Juden gegen den Faschismus. Aber Mussolini läßt ganz kategorisch mit Repressalien gegen die italienischen Juden drohen. Das wird wohl die Gemüter etwas abkühlen" (TG, 20.10.1938). Eine offene Drohung mit Repressalien gegen das jüdische Volk war auch bei den Nationalsozialisten ein beliebtes Mittel, um Kritik zum Schweigen zu bringen, wenngleich es seit dem April-Boykott von 1933 nicht mehr im großen Stil angewandt worden war.

3. Die erste Deportation polnischer Juden und das Attentat auf Ernst vom Rath

Seit Mitte der 30er Jahre bemühte sich die polnische Regierung verstärkt, ethnische und religiöse Minderheiten zur Emigration zu drängen. Ursachen dafür waren eine desolate wirtschaftliche Situation mit hoher Arbeitslosigkeit und ein zunehmender Nationalismus.[73] Die Auswanderung polnischer Juden scheiterte jedoch an der restriktiven Einwanderungspolitik der Nachbarstaaten, vor allem Deutschlands. Zudem forcierte die deutsche Regierung ihrerseits die Emigration der Juden, die sich auf ihrem Territorium aufhielten, besonders derjenigen, die nicht im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit waren. Die polnische Regie-

[70] Abgedr. in: Collotti, Il fascismo, Dok. 1, S. 187–190; De Felice, Storia degli ebrei italiani, Dok. 20, S. 624–627.

[71] Zu den neuen Verordnungen gehörte das Verbot von Ehen zwischen Italienern und „Nichtariern", das Verbot für Juden, größere Betriebe (ab 100 Beschäftigten) zu besitzen oder zu leiten, das Verbot für Juden, Grundstücke über 50 Hektar zu besitzen und der Ausschluß der Juden aus dem Militärdienst. Ausgenommen von diesen Bestimmungen waren Kriegsteilnehmer und die Angehörigen von dekorierten, verwundeten oder gefallenen Kriegsteilnehmern. Vgl. Heiber, Beeinflussung, S. 85; Schlemmer/Woller, Faschismus und die Juden, S. 180–182.

[72] Regio Decreto Legge, Nr. 1728, 17.11.1938, in: Gazzetta ufficiale del Regno d'Italia, Nr. 264, 19.11.1938; publiziert bei: De Felice, Storia degli ebrei italiani, Dok. 21, S. 630–635; siehe auch Collotti, Il fascismo, S. 193–197.

[73] Vgl. Tomaszewski, Auftakt, S. 39–72; Esch, Politik, S. 131f.; Heiber, Grünspan, S. 139.

rung fürchtete daher, daß die über 50 000 Juden polnischer Staatsangehörigkeit, die in Deutschland lebten, und die etwa 20 000 polnischen Juden, die nach dem „Anschluß" Österreichs Repressalien der Nationalsozialisten ausgesetzt waren, nach Polen zurückkehren könnten.[74] Am 31. März 1938 beschloß das polnische Parlament ein Gesetz, das die Ausbürgerung polnischer Staatsangehöriger ermöglichte, falls diese im Ausland dem polnischen Staat geschadet hätten oder nach fünfjährigem Aufenthalt im Ausland die Bindung an den polnischen Staat verloren hätten oder trotz Aufforderung nicht nach Polen zurückgekehrt seien.[75] Diese weit auslegbaren Bestimmungen waren dazu geeignet, eine sehr große Anzahl polnischer Juden auszubürgern, die sich außerhalb der polnischen Grenzen befanden, was auch den Nationalsozialisten bewußt war.[76] Als nun auch das Deutsche Reich daraufhin begann, polnische Juden bei geringsten Anlässen des Landes zu verweisen,[77] und als sich im Sommer 1938 abzeichnete, daß Juden polnischer Staatsangehörigkeit im Deutschen Reich immer mehr verarmten, glaubte man im polnischen Innenministerium, unter Zugzwang zu stehen. Am 6. Oktober 1938 wurde eine Verordnung erlassen, die die Überprüfung und Kennzeichnung aller Pässe im Ausland lebender Polen bis zum 30. Oktober 1938 bestimmte – eine direkte Folge der entsprechenden deutschen Maßnahme vom Vortag, die Pässe deutscher Jüdinnen und Juden mit einem „J" zu stempeln.[78] Die Betroffenen dieser polnischen Verordnung, die der Verpflichtung zur Kennzeichnung der Pässe nicht nachkamen und keinen Kontrollvermerk vorweisen konnten, durften nicht mehr nach Polen einreisen.[79] Das Auswärtige Amt gab daraufhin am 26. Oktober 1938 bekannt, daß die „in Deutschland befindlichen Juden polnischer Staatsangehörigkeit […] deshalb vorsorglich sofort mit kürzester Frist aus dem Reich verwiesen werden" sollten; es sei denn, die polnische Regierung würde „von der Durchführung der Verordnung vom 6. Oktober d. J. im Reichsgebiet Abstand" nehmen oder „die bindende Erklärung" abgeben, daß die Inhaber polnischer Pässe auch ohne den Prüfungsvermerk die polnische Staatsangehörigkeit behielten.[80] Die polnische Regierung reagierte mit Beschwichtigungen.[81] Ein Runderlaß des Reichsführers SS und Chef der deutschen Polizei ordnete daraufhin an, daß alle

[74] Vgl. Maurer, Abschiebung und Attentat, S. 56, 59; Longerich, Politik, S. 195; Esch, Politik, S. 132 f., 137; Goldberg, Zwangsausweisung, S. 973; Heiber, Grünspan, S. 136, 139.

[75] Vgl. Tomaszewski, Auftakt, S. 85–91; Esch, Politik, S. 134; Maurer, Abschiebung und Attentat, S. 59; Heiber, Grünspan, S. 136.

[76] Vgl. Tomaszewski, Auftakt, S. 93 f.; siehe auch SD-Bericht für April/Mai 1938, in: Wildt, Judenpolitik des SD, Dok. 29, S. 187.

[77] Vgl. Tomaszewski, Auftakt, S. 96–100; Maurer, Abschiebung und Attentat, S. 60.

[78] Verordnung über Reisepässe von Juden, 5. 10. 1938, RGBl. 1938, Teil I, S. 1342; zum Anlaß siehe ADAP, D 5, Dok. 642–644; Tomaszewski, Auftakt, S. 73 f.

[79] Vgl. Tomaszewski, Auftakt, S. 106; Esch, Politik, S. 137–139; Maurer, Abschiebung und Attentat, S. 60; Longerich, Politik, S. 197; Heiber, Grünspan, S. 136.

[80] Telefonische Weisung des Leiters der Rechtsabteilung im A.A. an die deutsche Botschaft Warschau, 26. 10. 1938, in: ADAP, D 5, Dok. 84, S. 93.

[81] Der polnische Geschäftsträger sprach gegenüber dem Leiter der politischen Abteilung im A.A., Woermann, von einem „Mißverständnis". Aufzeichnung Woermanns, 28. 10. 1938, in: ADAP, D 5, Dok. 89, S. 97 f. Siehe auch Aide-Mémoire des polnischen Außenministeriums, 27. 10. 1938, in: ADAP, D 5, Dok. 88, S. 97; Tomaszewski, Auftakt, S. 109–112; Esch, Politik, S. 139.

polnischen Juden das Reichsgebiet bis zum 29. Oktober 1938 zu verlassen hätten.[82] Nach diesem Erlaß folgte von dieser Behörde die konkrete Anweisung, „daß eine möglichst große Zahl polnischer Juden […] rechtzeitig vor dem genannten Zeitpunkt über die Grenze nach Polen geschafft" werden sollte.[83] Da die Verhaftungen und Deportationen nicht in allen Städten zeitgleich einsetzten, konnten sich ihnen, nach Warnungen, einige der Betroffenen entziehen.[84] Zur Grenze wurden schließlich ca. 18 000 polnische Juden gebracht, ca. 12 000 gelangten auf polnisches Territorium, die anderen ca. 6000 Menschen irrten tagelang im Niemandsland zwischen den Grenzen umher.[85]

Zu diesen 12 000 Menschen gehörten auch die engsten Verwandten von Herschel Grynszpan, dem Attentäter von Paris. Goebbels notierte weder die Maßnahmen der polnischen Regierung noch die Deportation der polnischen Juden in sein Tagebuch. Angesichts der Bedeutung dieser Aktion verwundert das. Die Tatsache, daß Goebbels das polnische Gesetz vom 31. März und die ministerielle Verordnung nicht erwähnte, könnte daran liegen, daß Goebbels – wenn er die beiden Maßnahmen überhaupt kannte – sich über deren Bedeutung nicht im klaren war, so wie auch das Auswärtige Amt erst wenige Tage vor Ablauf der Frist zum 30. Oktober aktiv wurde. Am 27. Oktober, als im Reichsgebiet begonnen wurde, polnische Juden festzunehmen und in Züge zu verladen, befand sich Goebbels wegen des erzwungenen Endes seiner Affäre mit der tschechischen Schauspielerin Lida Baarova in einem desolaten physischen Zustand, so daß er sich tagsüber „ins Bett" legte und „18 Stunden hintereinander" schlief (TG, 29. 10. 1938). Seinem Tagebuch vertraute Goebbels am 29. Oktober, seinem Geburtstag, an, daß sein „einzigster und heißester Wunsch" wäre, „nichts mehr" zu „sehen", zu „hören" und zu „wissen" (TG, 29. 10. 1938). Angesichts dieser Situation scheint es möglich, daß Goebbels die Verschleppung der polnischen Juden zunächst unbekannt blieb, oder daß sie für ihn zu diesem Zeitpunkt zumindest nicht die nötige Relevanz besaß, festgehalten zu werden.

Herschel Grynszpan, ein 17jähriger Jude mit polnischem Paß, der 1921 in Hannover geboren wurde und dort aufgewachsen war, hielt sich wahrscheinlich seit August 1936 in Paris auf, hatte für Frankreich aber keine Aufenthaltsgenehmigung mehr. Zum 15. August 1938 sollte er gemäß einer Ausweisungsverfügung das Land verlassen. Nach Deutschland, wo er bis Juli 1936 gelebt hatte, konnte er nicht zurückkehren, da seit April 1937 seine Wiedereinreisegenehmigung nicht mehr gültig war. Ebensowenig durfte er nach Polen einreisen, da sein Paß im Januar 1938 abgelaufen war.[86] Herschel Grynszpan befand sich also in einer schwierigen Lage. Am 3. November 1938 erfuhr er durch eine Postkarte seiner Schwester von der Deporta-

[82] Runderlaß des RFSSuCdDP vom 26. 10. 1938, in: Walk, Sonderrecht, S. 247.
[83] Schnellbrief des RFSS, 26. 10. 1938, zit. nach Maurer, Abschiebung und Attentat, S. 61.
[84] Maurer, Abschiebung und Attentat, S. 62f. Auch die Familie Grynszpan war vorab informiert, aber sie „wollten […] das nicht glauben", Postkarte von Berta Grynszpan an Herschel Grynszpan, 31. 10. 1938, in: Döscher, „Reichskristallnacht", S. 60.
[85] Vgl. Barkai, „Schicksalsjahr 1938", S. 110; Longerich, Politik, S. 197; Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 194.
[86] Vgl. Döscher, „Reichskristallnacht", S. 63–65; Graml, Reichskristallnacht, S. 9–12; Heiber, Grünspan, S. 141.

tion seiner Familie, die Not litt und Herschel um Geld bat.[87] Doch das fehlte ihm selbst, da er ohne Aufenthaltsgenehmigung keine Arbeit fand. Herschel Grynszpan hatte am eigenen Leib und bei seinen Angehörigen die Schikanen nationalsozialistischer Behörden erfahren und es war ihm nicht möglich, seine eigene Situation oder die seiner Familie zu verbessern. Es herrscht in der Forschung daher weitgehend Einigkeit, daß Herschel Grynszpan sich in einem Akt der Verzweiflung am NS-Regime rächen wollte und zu diesem Zweck auf den deutschen Diplomaten, Legationssekretär Ernst vom Rath, in Paris schoß.[88] Grynszpan betrat am 7. November 1938 gegen 9.30 Uhr das Gebäude der deutschen Botschaft in Paris, fragte nach einem „Sekretär" – einigen Darstellungen zufolge nach dem „Botschafter" – und wurde daraufhin zum Legationssekretär Ernst vom Rath geführt.[89] Auf diesen gab er mehrere Schüsse aus seinem Revolver ab, den er sich am Morgen gekauft hatte. Vom Rath wurde sofort in ein Krankenhaus eingeliefert und operiert, hatte aber so schwere Verletzungen davongetragen, daß mit seinem Tode zu rechnen war.[90]

Goebbels, der am 7. November nach München fuhr (TG, 8.11.1938), wo am 8. und 9. November des 15. Jahrestages von Hitlers Putschversuch gedacht werden sollte, erwähnte das Attentat Grynszpans nicht schon in seinem Eintrag über den 7. November (TG, 8.11.1938), sondern erst in der Notiz über den 8. November (TG, 9.11.1938). Goebbels hatte von dieser Tat entweder am 7. November 1938 noch keine Kenntnis oder, was wahrscheinlicher ist, interessierte sich angesichts seiner eigenen Sorgen nicht für die Körperverletzung eines unbedeutenden Beamten. Da Goebbels am 7. November an einem Empfang von Rudolf Heß teilnahm, wo er sich unter „all den alten Kameraden" befand, denen das Attentat vermutlich Gesprächsstoff geboten hatte, ist eher anzunehmen, daß Goebbels dieser Tat keine große Bedeutung beimaß und sie deshalb nicht notierte (TG, 8.11.1938). In seinem Eintrag vom Morgen des 9. November (TG, 9.11.1938) notierte Goebbels erstmals die Tat Grynszpans und nannte auch ein Motiv für Grynszpans Schüsse: „Aus Rache für die Juden" (TG, 9.11.1938). Aus dem Tagebuch geht nicht hervor, auf welche Quelle sich Goebbels' Angabe über den Beweggrund Grynszpans stützte. In einem Bericht des Botschafters Graf Welczeck heißt es, Rath habe unmittelbar nach dem Anschlag erklärt, der Täter habe gesagt, er wolle „seine Glaubensgenossen rächen".[91] Später, als Grynszpan in NS-Schauprozessen

[87] Vgl. Döscher, „Reichskristallnacht", S. 68 (Abdruck des Textes, S. 60); Graml, Reichskristallnacht, S. 11; Heiber, Grünspan, S. 139.

[88] Vgl. Graml, Reichskristallnacht, S. 12; Kropat, „Reichskristallnacht", S. 50; Maurer, Abschiebung und Attentat, S. 70; Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 194; Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden, Bd. I, S. 290; Longerich, Politik, S. 198; Barkai, „Schicksalsjahr 1938", S. 112; Heusler/Weger, „Kristallnacht", S. 40.

[89] Vgl. Döscher, „Reichskristallnacht", S. 70, 77–79, 167f.; Graml, Reichskristallnacht, S. 9; Kropat, „Reichskristallnacht", S. 50; Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 194; Heiber, Grünspan, S. 135, 151.

[90] Vgl. Döscher, „Reichskristallnacht", S. 71; Kropat, „Reichskristallnacht", S. 50.

[91] Der ausführliche Bericht Welczecks vom 8.11.1938 ging zwar erst am 10.11.1938 im A.A. ein, aber ihm war, wie es in dem Schreiben heißt, ein Telegramm vorausgegangen. Bericht Welczecks an das A.A., 8.11.1938, als Faksimile abgedr. in: Döscher, „Reichskristallnacht", S. 77–79. Zum Motiv siehe auch: Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden, Bd. I, S. 290; Döscher, „Reichskristallnacht", S. 69; Heiber, Grünspan, S. 135.

– zuerst in Paris, nach dessen Einnahme in Berlin – stellvertretend für das Weltjudentum angeklagt werden sollte, hatte er erklärt, er habe mit vom Rath ein homosexuelles Verhältnis gehabt.[92] Doch weder die eigentlichen Motive interessierten die Nationalsozialisten noch die Person des Täters, sie betrachteten ihn „nur als Typ eines vom Weltjudentum gedungenen Werkzeuges".[93] Herschel Grynszpan wurde wahrscheinlich im Sommer 1942, nachdem der Schauprozess in Berlin abgesagt worden und er selbst somit für die Nationalsozialisten nutzlos geworden war und die „Endlösung der Judenfrage" realisiert wurde, ohne Prozeß im KZ Sachsenhausen gehängt.[94]

4. Der Novemberpogrom

Kurz nachdem Hitler von den Schüssen am 7. November in der deutschen Botschaft in Paris Kenntnis erlangt hatte, beauftragte er zwei deutsche Ärzte, seinen Leibarzt Dr. Karl Brandt und Dr. Georg Magnus, dem schwerverletzten Legationssekretär vom Rath medizinische Hilfe zu leisten und ihm selbst über das Befinden des Opfers zu berichten; keine 24 Stunden nach dem Attentat trafen die Mediziner in Paris ein.[95] Im Wissen, daß Raths Tod bevorstand, beförderte Hitler ihn zum „Gesandtschaftsrat erster Klasse", obwohl Rath keine drei Wochen zuvor erst zum Legationssekretär ernannt worden war.[96]

Unmittelbar nach Bekanntwerden des Vorfalls in Paris setzte auch eine Flut von Presseanweisungen ein,[97] die sich in aggressiven Zeitungsartikeln niederschlug[98] und zu ersten antisemitischen Übergriffen führte. In Kassel und anderen Städten und Dörfern des Gaues Kurhessen wurden noch am Abend und in der Nacht des 7. Novembers von Parteigenossen und SA-Mitgliedern Synagogen verwüstet und jüdische Geschäfte zerstört.[99] Am nächsten Tag wurde über die nächtlichen Aus-

[92] Siehe hierzu: Steinweis, The Trials, S. 471–488; Döscher, „Reichskristallnacht", S. 67, 159–171; Heiber, Grünspan, S. 134–172. In Goebbels' Augen handelte es sich bei dieser Behauptung Grynszpans um „eine unverschämte Lüge" (TG, 24. 1. 1942), aber gewisse Zweifel hatte er dennoch (TG, 14. 5. 1942).

[93] Schreiben Wolfgang Diewerges an Goebbels, 29. 10. 1941, BArch, R 55/20985, Bl. 2–6.

[94] Döscher, „Reichskristallnacht", S. 172 f.; Longerich, Politik, S. 199.

[95] Vgl. Döscher, „Reichskristallnacht", S. 71; Steinweis, Kristallnacht, S. 28; IfZ, Archiv, DNB-Berichte, Meldung Nr. 30, 8. 11. 1938, Bl. 21.

[96] NS-PrA, Bd. 6, Nr. 3185, 9. 11. 1938, S. 1054; Döscher, „Reichskristallnacht", S. 87. Die vorausgegangene Beförderung war am 18. 10. 1938 erfolgt; Schreiben Friedrich Grimms an Diewerge nach Einsicht in Raths Personalakte, 14. 2. 1939, BArch, R 55/20990, Bl. 14–16; Döscher, „Reichskristallnacht", S. 68, 87.

[97] Im DNB-Rundruf vom 7. 11. 1938, 20.37 Uhr (NS-PrA, Bd. 6, Nr. 3176, S. 1050), hieß es: „Alle deutschen Nachrichten müssen in größter Form über das Attentat auf den Legationssekretär an der deutschen Botschaft in Paris berichten. Die Nachricht muß die erste Seite voll beherrschen." Der Diplomat „schwebt in größter Lebensgefahr. In eigenen Kommentaren ist darauf hinzuweisen, daß das Attentat des Juden die schwersten Folgen für die Juden in Deutschland haben muß, und zwar auch für die ausländischen Juden in Deutschland." Vgl. auch Nr. 3167, 3177–3181, 3184–3186, 3194, 3202 (S. 1047–1058).

[98] Vgl. Steinweis, Kristallnacht, S. 27.

[99] Vgl. ebenda, S. 24–26; Kropat, „Reichskristallnacht", S. 56–59 und S. 204–211 (Dok. 5–10); Longerich, Politik, S. 198.

schreitungen in der hessischen Regional- und Lokalpresse groß und wohlwollend berichtet, und auch die übrigen Zeitungen im Reich schlugen einen aggressiven antisemitischen Ton an.[100] Goebbels, der in der Regel die morgendliche Presse nicht in sein Tagebuch miteinbezog, notierte am Vormittag des 8. November kein Wort zu Demonstrationen oder Gewalttätigkeiten gegen Juden und auch nicht zum Attentat von Paris (TG, 8.11.1938).

Am 8. November und in der Nacht zum 9. November dehnte sich die Welle der Gewalt gegen Juden in Hessen räumlich und qualitativ aus. In mehr als zwei Dutzend Städten und Gemeinden Kurhessens kam es zu Ausschreitungen, häufig zu Mißhandlungen, gelegentlich zu Verhaftungen. In dieser Nacht wurden auch bereits Synagogen in Brand gesteckt.[101] Hierüber war Goebbels informiert, wie ein Eintrag in sein Tagebuch belegt: „In Paris hat ein polnischer Jude Grynszpan auf den deutschen Diplomaten vom Rath in der Botschaft geschossen und ihn schwer verletzt. Aus Rache für die Juden. Nun aber schreit die deutsche Presse auf. Jetzt wollen wir Fraktur reden. In Hessen große antisemitische Kundgebungen. Die Synagogen werden niedergebrannt. Wenn man jetzt den Volkszorn einmal loslassen könnte!“ (TG, 9.11.1938) Goebbels wünschte also, den „Volkszorn“ in Form gelenkter, gewalttätiger Empörung von NS-Anhängern loslassen zu können, was darauf hindeutet, daß er selbst dies bis dahin nicht getan hatte und es noch keine zentral gesteuerte antisemitische Aktion gab. Es ist aus einer Reihe von Gründen auszuschließen, daß die Initiative zu den antisemitischen Ausschreitungen in Kurhessen von Goebbels ausging, wie Wolf-Arno Kropat annahm.[102] Kropat begründet seine These damit, daß der Initiator der Pogrome im Gau Kurhessen, Gaupropagandaleiter Heinrich Gernand, später geäußert habe, er hätte „im Sinne des Reichspropagandaministeriums“ gehandelt.[103] Kropat bezieht sich hierbei auf eine kriminalpolizeiliche Vernehmung des Fuldaer NSDAP-Kreisleiters und Bürgermeisters von 1947, so daß sowohl die exkulpatorische Intention[104] als auch eine möglicherweise ungenaue Erinnerung berücksichtigt werden müssen. Gegen Kropats These lassen sich noch weitere Argumente anführen: Erstens lehnte die Gauleitung in Kurhessen die Gewaltaktionen ab und erließ die Anweisung, die

[100] Vgl. Kropat, „Reichskristallnacht“, S. 60, 204f. (Dok. 5).

[101] Vgl. Steinweis, Kristallnacht, S. 29–35; Kropat, „Reichskristallnacht“, S. 60–66, 208 (Dok 8).

[102] Kropat, „Reichskristallnacht“, S. 78.

[103] Ebenda, S. 76f., 208–211 (Dok. 9). Jahre zuvor hatte Kropat, Kristallnacht in Hessen, S. 20–26, in Unkenntnis der von ihm später angegebenen Quelle eingeräumt, daß einige gewichtige Argumente gegen eine zentrale Steuerung der Pogrome in Hessen zwischen dem 7. und 9.11.1938 sprächen.

[104] Karl Ehser, NSDAP-Kreisleiter und Bürgermeister von Fulda, mußte sich 1947 vor der Polizei wegen seiner Anweisung zur Inbrandsetzung der Synagoge in Fulda rechtfertigen. Er berief sich auf die „Anordnung“ des Gaupropagandaleiters Gernand, der Ehser zufolge angeblich übermittelt habe, was „vom Ministerium doch gewünscht“ worden sei. Ehser argumentierte, wenn er gegenüber der „Regierung“ eine „Befehlsverweigerung“ begangen hätte, hätte dies für ihn „böse Folgen“ gehabt. Vgl. polizeiliche Vernehmung Karl Ehsers durch die Kriminalpolizei Fulda, 27.5.1947, in: Kropat, „Reichskristallnacht“, Dok. 9, S. 208–211.

„Demonstrationen […] sofort einzustellen".[105] Wenn das Propagandaministerium – oder Goebbels – Kurhessen als Ort der Initialzündung der Pogrome gegen Juden auserkoren hätte, so wäre die Gauleitung sicherlich zumindest unterrichtet worden und hätte nicht gegenteilige Anordnungen erlassen. Zweitens stellt sich die Frage, wieso gerade Kurhessen diese Funktion übernehmen hätte sollen, zumal Goebbels mit dem kurhessischen Propagandaleiter Gernand in keinem besonderen Verhältnis stand und ihn bis Kriegsbeginn kein einziges Mal in seinem Tagebuch erwähnte. Wahrscheinlicher wäre doch gewesen, daß Goebbels, wenn er die Ausschreitungen angestiftet hätte, einen Gauleiter seines Vertrauens mit dieser heiklen Mission betraut hätte. Drittens wäre die Frage zu beantworten, weshalb Goebbels, wenn die Pogrome auf seine Idee zurückgingen, nicht sogleich in Berlin derartige Ausschreitungen angeordnet hatte, schließlich war dieses Mittel von ihm bereits im Frühsommer 1938 angewandt worden. Viertens erwähnte Goebbels in seinem Tagebuch nicht, daß er die Anweisung zu den ersten Pogromen gegeben habe,[106] was er, wäre es der Fall gewesen, mit Sicherheit notiert hätte, so wie er mehrere vergleichbare eigene antijüdische Aktionen festhielt. Im Gegenteil, Goebbels bedauerte, daß nicht im großen Stil Pogrome veranstaltet würden und hoffte, daß der „Volkszorn" gegen Juden „jetzt" losgelassen werden könnte (TG, 9. 11. 1938). Goebbels hieß die Ausschreitungen in Kurhessen gut, aber er hatte sie nicht angeordnet. Die Pogrome in Kurhessen gingen offensichtlich von dem dortigen Gaupropagandaleiter aus, der aus eigener Initiative handelte.

Ein aktives Eingreifen der obersten NS-Führung war für antijüdische Ausschreitungen im November 1938 auch nicht mehr erforderlich. Bereits nach der Ermordung Wilhelm Gustloffs, NSDAP-Landesleiter in der Schweiz, am 4. Februar 1936 durch den jüdischen Studenten David Frankfurter wollte Goebbels „größere Aktionen" gegen die Juden „machen" (TG, 6. 2. 1936). In sein Tagebuch schrieb er damals: „Das wird den Juden teuer zu stehen kommen" (TG, 6. 2. 1936). Dieselbe Formulierung sollte er zweimal anläßlich der Novemberpogrome benutzen.[107] Der Gedanke der Rache war schon damals vorhanden. Doch wegen der bevorstehenden olympischen Winterspiele in Garmisch-Partenkirchen, die das NS-Regime zur positiven Selbstdarstellung gegenüber dem skeptischen Ausland nutzen wollte, überlegten Hitler und Goebbels lange mögliche Gegenmaßnahmen (TG, 6. 2. 1936). Letztlich entschieden sie damals wegen der Außenwirkung gegen antijüdische Aktivitäten. Um auch besonders eifrige Nationalsozialisten von Pogromen in eigener Initiative abzuhalten, gab der Stellvertreter des Führers die Anordnung aus, daß „Einzelaktionen gegen Juden aus Anlaß der Ermordung des Leiters der Landesgruppe Schweiz der NSDAP […] unbedingt zu unterbleiben

[105] Anordnung des Regierungspräsidenten in Kassel an die Ortspolizeibehörden und Polizeidienststellen im Regierungsbezirk Kassel, 8. 11. 1938, 16.35 Uhr, in: Kropat, „Reichskristallnacht", Dok. 7, S. 207; siehe auch ebenda, S. 76–78.

[106] So auch Barth, Goebbels und die Juden, S. 133 und Anm. 288.

[107] Nach dem Tode vom Raths und der Pogromnacht notierte Goebbels: „Dieser Tote kommt dem Judentum teuer zu stehen", TG, 10. 11. 1938; nach der Besprechung bei Göring am 12. 11. 1938: „Der Tote kommt den Juden teuer zu stehen", TG, 13. 11. 1938.

haben“[108]. Ausdrücklich wies Rudolf Heß in diesem Rundschreiben darauf hin, daß die Entscheidung zu derartigen Maßnahmen bei Hitler liege: „Es bleibt nach wie vor dem Führer allein überlassen, welche Politik von Fall zu Fall einzuschlagen ist. Kein Parteigenosse darf Politik auf eigene Faust treiben“.[109] Schon im Februar 1936 sah die NSDAP also die Notwendigkeit, ihren Mitgliedern Übergriffe gegen Juden zu untersagen. Im November 1938 waren Aktionen gegen Juden, vor allem in Österreich und dem Sudetenland, an der Tagesordnung und die antijüdische Stimmung weiter verbreitet, so daß insbesondere aufgrund der Pressekampagne, die auf das Grynszpan-Attentat folgte, „judenfeindliche Aktionen nicht nur möglich oder wahrscheinlich, sondern gewiß“ waren.[110] Bereits unmittelbar nach dem Münchener Abkommen hatten vereinzelte lokale Pogrome, insbesondere in den Gauen Franken und Württemberg, stattgefunden, in denen sich die krisenbedingte Angst und Aggression in Gewalt gegen jüdische Nachbarn entlud.[111] Für derartige Maßnahmen im gesamten Reichsgebiet fehlte den Nationalsozialisten aber wohl noch ein Anlaß. So ließe sich Goebbels' Bedauern darüber, nun „den Volkszorn“ noch nicht in Bewegung setzen zu können (TG, 9.11.1938), als ungeduldiges Warten deuten, wann der todgeweihte vom Rath seinen Verletzungen erliegen würde.[112] Noch ergingen keine Befehle zu einem Pogrom, der sich auf das gesamte Staatsgebiet erstrecken sollte. Allerdings läßt sich aus dem Goebbels-Tagebuch nicht erkennen, daß Goebbels mit Hitler vor dem 9. November über mögliche reichsweite Pogrome gesprochen hätte. Gelegenheit zu einer solchen Unterhaltung wäre in der Nacht vom 8. auf den 9. November gewesen, als Hitler bis 3.00 Uhr morgens in seinem Münchener Stammcafé Heck mit seinen engsten Vertrauten „alle möglichen Fragen“ durchsprach, wie Goebbels überliefert (TG, 9.11.1938).

Am Vormittag des 9. November 1938 fand in München „der traditionelle Marsch vom Bürgerbräu zur Feldherrnhalle und dann zum Königlichen Platz“ statt (TG, 10.11.1938), der alljährlich das Andenken an den gescheiterten Putschversuch Hitlers von 1923 bewahren sollte.[113] Zur selben Zeit wurde dem Auswärtigen Amt mitgeteilt, daß „noch heute“ mit dem Tode vom Raths „gerechnet werden müsse“.[114] Am Nachmittag zog sich Goebbels in sein Hotel zurück, um die

[108] Anordnung Nr. 17/36 des Stellvertreters des Führers, Rudolf Heß, 5.2.1936, streng vertraulich, an alle Reichsstatthalter, Landesregierungen, Preußischen Oberpräsidenten und Polizeibehörden, Gauleitungen. Die Gauleitungen wurden aufgefordert, „sämtlichen untergeordneten Parteidienststellen sofort telefonisch oder telegraphisch den Inhalt dieses Runderlasses zur Kenntnis zu geben“. Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik, 04: Inneres/Justiz, Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, Bürckel/Materie, Mappe 4210, Karton 192.

[109] Ebenda.

[110] Vgl. Graml, Reichskristallnacht, S. 13.

[111] Vgl. Kulka/Jäckel, Die Juden, Dok. 350f., 353.

[112] Ähnlich Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden, Bd. I, S. 293, der diese Tagebuchpassage noch nicht kannte, aber meinte, Hitler und Goebbels haben „wahrscheinlich beschlossen, den Tod des schwerverletzten Rath abzuwarten“. So auch Adam, Wie spontan, S. 91f.

[113] Zur Route siehe Heusler/Weger, „Kristallnacht“, S. 42f.

[114] Zit. nach Döscher, „Reichskristallnacht“, S. 87.

Presse zu studieren, zu arbeiten und an seiner kürzlich begonnenen Hitler-Biographie[115] zu schreiben (TG, 10.11.1938). Vermutlich im Hotel erfuhr Goebbels, daß es unmittelbar zuvor in „Kassel und Dessau große Demonstrationen gegen die Juden" gegeben hatte, daß „Synagogen in Brand gesteckt und Geschäfte demoliert" worden waren (TG, 10.11.1938).[116] Auch für Dessau dürfte gelten, daß die Aktion nicht vom Propagandaministerium ausging, sondern von regionalen oder lokalen Stellen, da Rath zu diesem Zeitpunkt noch immer lebte.[117] Der eben zum Gesandtschaftsrat beförderte Ernst vom Rath verstarb am Nachmittag des 9. November um 16.30 Uhr Ortszeit in Paris. Karl Brandt sandte diese Nachricht 15 Minuten später telegraphisch an Hitler. Um 18.20 Uhr traf das Telegramm in Berlin ein.[118] Döscher folgert daraus, daß Hitler „bis spätestens 20 Uhr vom Tode Raths Kenntnis hatte".[119] Bislang war zumeist aufgrund einer Aussage F. K. von Ebersteins davon ausgegangen worden, Hitler habe erst „etwa um 21 Uhr" durch einen „Boten" während des „Kameradschaftsabends der Alten Kämpfer" davon erfahren.[120] Peter Longerich überprüfte Zeugenaussagen und konnte dadurch bestätigen, daß der Tod Raths schon vor Beginn der Parteiversammlung im Alten Rathaus bekannt war.[121] In dieser nicht unwesentlichen Frage nach dem Zeitpunkt, zu dem die Meldung aus Paris eintraf, liefern die Goebbels-Tagebücher Gewißheit, denn Goebbels notierte: „Nachmittags wird der Tod des deutschen Diplomaten vom Rath gemeldet" (TG, 10.11.1938). Es wäre auch merkwürdig, wenn Hitler diese wichtige Nachricht nicht sofort telefonisch gemeldet worden wäre, da er doch zwei Ärzte „zur Berichterstattung nach Paris" entsandt hatte, die ihn laufend über den Zustand Raths zu informieren hatten.[122] Goebbels und Hitler wußten also bereits am Nachmittag, daß Rath verstorben war.[123]

Aus den Tagebüchern von Goebbels läßt sich nicht erkennen, daß Hitler und Goebbels vor dem traditionellen „Kameradschaftsabend" im Alten Rathaus in München miteinander gesprochen hätten, weder in Hitlers Privatwohnung noch

[115] Die z. B. von Meissner, Magda Goebbels, S. 247, und Longerich, Goebbels, S. 399, vertretene These, Goebbels habe diese Hitler-Biographie nach der Baarova-Affäre nur oder in erster Linie aus Gründen der Rehabilitierung bei Hitler geschrieben, läßt sich durch die Tagebücher nicht belegen.

[116] Der Pogrom in Dessau begann am 9.11.1938 gegen 15.00 Uhr (Kropat, „Reichskristallnacht", S. 79), in Kassel selbst blieb es am Nachmittag des 9.11. ruhig, aber in einigen anderen Städten Nordhessens fanden Ausschreitungen statt (Kropat, „Reichskristallnacht", S. 68–72; Döscher, „Reichskristallnacht", S. 85f.).

[117] Steinweis, Kristallnacht, S. 41, verweist auf das lokale NS-Blatt, das die Namen der 204 jüdischen Familien in Dessau veröffentlichte.

[118] Telegramm Brandts an Hitler, als Faksimile abgedr. in: Döscher, „Reichskristallnacht", S. 81, 87.

[119] Döscher, „Reichskristallnacht", S. 88.

[120] Aussage des Höheren SS- und Polizeiführers und Münchener Polizeipräsidenten, Friedrich Karl v. Eberstein, am 3. 8. 1946 vor dem IMG, in: IMG 20, S. 320. Diese wird in allen einschlägigen Publikationen zitiert oder erwähnt.

[121] Longerich, Politik, S. 199.

[122] IfZ, Archiv, DNB-Berichte, Meldung Nr. 30, 8.11.1938, Bl. 21. Ähnlich argumentiert Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 195.

[123] Below, Hitlers Adjutant, S. 136.

auf einer gemeinsamen Autofahrt zum Versammlungsort.[124] Vielmehr dürfte Goebbels Hitler erst gegen 18.00 Uhr im Rathaussaal getroffen haben, was erklären würde, warum der „Führer" „während dieses Essens eine außerordentlich eindringliche Unterredung mit Goebbels" hatte.[125] Goebbels trug seinem Tagebuch zufolge „dem Führer die Angelegenheit vor" (TG, 10.11.1938), informierte ihn also über den Tod des Diplomaten. Wenn Hitler, wie überliefert wurde, von der ihm im Rathaussaal überbrachten Todesnachricht Raths „stärkstens beeindruckt"[126] gewesen sei, dürfte es sich hierbei um eine „theatralische Inszenierung"[127] handeln, so wie Hitler auch in anderen Situationen eine gewisse schauspielerische Neigung erkennen ließ. Goebbels informierte Hitler auch über die Ausdehnung der antijüdischen Ausschreitungen am Nachmittag des 9. November in den Gauen Kurhessen und Magdeburg-Anhalt, wo „große Demonstrationen gegen die Juden" veranstaltet worden waren und, wie er weiter vermerkte, „Synagogen in Brand gesteckt und Geschäfte demoliert" worden waren (TG, 10.11.1938).[128] Die darauf folgende Tagebuchpassage, die seit 1992 bekannt ist,[129] klärt eindeutig die Verantwortlichkeit für die reichsweiten Pogrome. Goebbels schrieb über sein Gespräch mit Hitler in der Versammlung: „Er bestimmt: Demonstrationen weiterlaufen lassen. Polizei zurückziehen. Die Juden sollen einmal den Volkszorn zu verspüren bekommen" (TG, 10.11.1938). Goebbels fand das „richtig" und gab „gleich entsprechende Anweisungen an Polizei und Partei" (TG, 10.11.1938), die sich zwar in den Quellen nicht nachweisen lassen, aber erklären, weshalb es bereits ab 19.00 Uhr in einigen Städten des Reiches zu antijüdischen Ausschreitungen kam.[130]

Die zitierte Passage „Er bestimmt: Demonstrationen weiterlaufen lassen" (TG, 10.11.1938) aus den Goebbels-Tagebüchern ist besonders aufschlußreich. Zum einen belegt sie, daß Goebbels mit Hitler die nun folgenden Maßnahmen besprach, daß also Hitler nicht vor vollendete Tatsachen gestellt wurde, wie mancher Zeitzeuge zur Ehrenrettung des „Führers" behauptet hatte.[131] Zum anderen beweist sie, daß Hitler die Verantwortung für den Pogrom trägt, da Hitler „bestimmt" hatte, die „Demonstrationen weiterlaufen" zu lassen. Goebbels wußte,

[124] Dietrich, Zwölf Jahre, S. 55f.; Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 195.

[125] Aussage Ebersteins vom 3.8.1946, in: IMG 20, S. 320. Die Versammlung begann um 18.00 Uhr; vgl. Einladungskarte zum „Gesellige[n] Beisammensein der Führerschaft der NSDAP" im Festsaal des Alten Rathauses, 9. November 1938, 18.00 Uhr; StadtAM, Bürgermeister und Rat, Nr. 458/3 (als Faksimile publiziert bei Heusler/Weger, „Kristallnacht", S. 46).

[126] Aussage Ebersteins vom 3.8.1946, in: IMG 20, S. 320.

[127] Longerich, Politik, S. 199.

[128] Vgl. Kropat, „Reichskristallnacht", S. 68–72, 79; Döscher, „Reichskristallnacht", S. 85f.

[129] Wissenschaftlich verwertet wurde die Passage erstmals u. a. von Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden, Bd. I, S. 294; Longerich, Politik, S. 199; Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 196.

[130] Beispielsweise in Chemnitz und Lüneburg; vgl. Kropat, „Reichskristallnacht", S. 80.

[131] In diesem Sinne äußerte sich SS-Hauptsturmführer Luitpold Schallermeier am 5.7.1946, der persönliche Referent des Chefs des Persönlichen Stabes des RFSS Karl Wolff; Affidavit SS-5, in: IMG 42, S. 512. Auch Below, Hitlers Adjutant, S. 136f., berichtet von einer angeblichen Überraschung Hitlers.

was er unter „*weiter*laufen lassen" zu verstehen hatte.[132] Dieser Befehl Hitlers implizierte nicht nur das Verbot, bereits laufende Aktionen einzudämmen. Goebbels sollte vielmehr dafür sorgen, daß die Gewalttätigkeiten anhielten, daß sie *weiter* liefen, daß sie ausgedehnt wurden. Im selben Tagebucheintrag berief sich Goebbels noch zweimal auf diesen Führerbefehl, um die Verantwortung Hitlers für die ungewöhnliche, von Goebbels gleichwohl gebilligte Maßnahme deutlich festzuhalten: „Diesen feigen Mord dürfen wird nicht unbeantwortet lassen. Mal den Dingen ihren *Lauf lassen*" (TG, 10.11.1938). „Jetzt rast der Volkszorn. Man kann für die Nacht nichts mehr dagegen machen. Und ich will auch nichts machen. *Laufen lassen*" (TG, 10.11.1938).

Unmittelbar danach sprach Goebbels im Sinne von Hitlers Anweisungen zu den „Alten Kämpfern" und NSDAP-Funktionären im Rathaussaal und vermerkte darüber im Tagebuch: „Dann rede ich kurz dementsprechend vor der Parteiführerschaft. Stürmischer Beifall. Alles saust gleich an die Telephone. Nun wird das Volk handeln" (TG, 10.11.1938). Der genaue Wortlaut der Rede ist unbekannt. Überliefert ist, daß Goebbels zunächst den Tod Raths und die antisemitischen Ausschreitungen in den Gauen Kurhessen und Magdeburg-Anhalt erwähnt und schließlich erklärt hat, Hitler habe „auf seinen Vortrag entschieden", daß derartigen Demonstrationen „nicht entgegenzutreten" sei.[133] Die Parteiführerschaft faßte die Ansprache so auf, „daß die Partei nach außen nicht als Urheber der Demonstrationen in Erscheinung treten, sie in Wirklichkeit aber organisieren und durchführen sollte", wie das Oberste NSDAP-Parteigericht wenige Monate später feststellte.[134] Die Weiterleitung der Befehle an die Kreis- und Ortsgruppenleiter sowie an die Untergliederungen anderer NS-Verbände war zum Teil, wie das Parteigericht befand, „so verstanden" worden, „daß nun für das Blut des Pg. vom Rath Judenblut fließen müsse, daß es jedenfalls nach dem Willen der Führung auf das Leben eines Juden nicht ankomme"[135]. Goebbels selbst charakterisierte seine Rede im Tagebuch als Initialzündung zum Pogrom, da nun die Parteiführerschaft „an die Telephone" gelaufen sei; und Goebbels erwartete, daß nun sie „handeln" werde, d.h. das Volk zum Handeln bringen werde (TG, 10.11.1938). Zwar war es in den meisten Fällen nicht in erster Linie das einfache Volk, das die Gewalttätigkeiten verübte oder wünschte,[136] sondern das Millionenheer der Parteigenossen, aber erstens repräsentierten die Parteimitglieder in Goebbels' Augen das Volk, zweitens hofften die Nationalsozialisten, daß sich das Volk im großen Stil an den

[132] Sämtliche kursiven Hervorhebungen in diesem Absatz durch d.V.

[133] Bericht des Obersten Parteigerichts an Göring vom 13.2.1939, in: IMG 32, Dok.3063-PS, S.20–29, hier S.21.

[134] Ebenda, S.21.

[135] Ebenda, S.26f.

[136] Im November-Bericht der Exil-SPD hieß es dazu: „Alle Berichte stimmen dahin überein, daß die Ausschreitungen von der großen Mehrheit des deutschen Volkes scharf verurteilt werden." Deutschland-Berichte (Sopade), Bd.5, S.1204f. So auch Longerich, Politik, S.204; Kropat, „Reichskristallnacht", S.158f., 169; Bericht über Stimmung nach Pogrom in München, in: Barkow/Gross/Lenarz, Novemberpogrom 1938, S.480f.; Wildt, Volksgemeinschaft, 2007, S.342–347. Zur Beteiligung der „einfachen" Volksgenossen siehe Steinweis, Kristallnacht, v.a. S.119–147.

Übergriffen gegen die Juden beteiligen würde, und drittens entsprach es der Taktik und Sprachregelung der Nationalsozialisten, offiziell den Pogrom als Affekthandlung des Volkes[137] darzustellen. Doch fast jeder wußte, daß es sich nicht um „spontanen Volkszorn" handelte – weder in Berlin noch anderswo. Dies geht auch aus dem Bericht des Obersten Parteigerichtes der NSDAP vom Februar 1939 hervor. „Auch die Öffentlichkeit" wisse „bis auf den letzten Mann, daß politische Aktionen wie die des 9. November von der Partei organisiert und durchgeführt sind, ob dies zugegeben wird oder nicht". Weiter wurde darin ausgeführt: „Wenn in einer Nacht sämtliche Synagogen abbrennen, so muß das irgendwie organisiert sein und kann nur organisiert sein von der Partei".[138]

Nachdem Goebbels seine Rede vor den versammelten Parteiführern im Festsaal des Alten Rathauses beendet hatte, setzte eine Flut von Anweisungen verschiedener parteilicher und staatlicher Institutionen auf allen Ebenen ein. Goebbels hatte in seiner Rede bewußt keine eindeutigen Befehle ausgesprochen, so daß die Reichsregierung nicht diskreditiert wurde und es nun im Ermessen eines jeden Parteifunktionärs lag, wie exzessiv er die Verfolgung der Juden betreiben ließ. In einigen Fällen scheint Goebbels aber doch zu aggressiverem Verhalten angespornt zu haben, wie aus seinem Tagebuch hervorgeht: „Einige Laumänner machen schlapp. Aber ich reiße immer wieder alles hoch. Diesen feigen Mord dürfen wir nicht unbeantwortet lassen" (TG, 10. 11. 1938). Im ganzen Reich interpretierten die Parteiführer auf jeweils unterschiedliche Weise, was nun zu tun war. Diese „für die Nationalsozialisten typische Art der indirekten, intuitiv zu erfassenden Befehlsgebung hatte" Peter Longerich zufolge „den Vorteil, daß die Befehlsgeber keine juristisch nachweisbare Verantwortung übernahmen, sie schloß andererseits das Risiko ein, daß einige der Untergebenen den Sinn der Anweisung nicht richtig verstanden und entweder nicht radikal genug vorgingen oder umgekehrt in ihrem Übereifer über das Ziel hinausschossen".[139] So hatte sich dann auch das Oberste Parteigericht einige Monate nach dem Pogrom mit den Folgen, die die „nicht immer sehr glücklich formulierten Befehle", wie es befand, verursacht hatten, zu befassen. Zur Ursache für die 91 angeführten Mordfälle an Jüdinnen und Juden erklärte das Gericht „in all diesen Fällen ein Mißverständnis in irgend einem Glied der Befehlskette".[140] Einige dieser Morde kamen auch Goebbels sogleich zu Ohren. „Nur in Bremen ist es zu einigen unliebsamen Exzessen gekommen" (TG, 11. 11. 1938).[141] Daß Goebbels an der Tötung einiger Juden nicht im gering-

[137] Vgl. z. B. eine Presseanweisung vom 10. 11. 1938: „Wenn Kommentare für nötig befunden würden, so sollen sie nur kurz sein und etwa sagen, daß eine begreifliche Empörung der Bevölkerung eine spontane Antwort auf die Ermordung des Gesandtschaftsrates gegeben habe." In: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 3209, S. 1060f.

[138] Bericht des Obersten Parteigerichts an Göring vom 13. 2. 1939, in: IMG 32, Dok. 3063-PS, S. 27.

[139] Longerich, Politik, S. 201.

[140] Bericht des Obersten Parteigerichts an Göring vom 13. 2. 1939, in: IMG 32, Dok. 3063-PS, S. 26.

[141] Aus dem Raum Bremen sind für den 9. und 10. 11. 1938 5 Morde an Juden überliefert; Kropat, „Reichskristallnacht", S. 111. Siehe auch die Urteilsbegründung des parteiinternen Untersuchungsverfahrens wegen der Morde in Lesum, in: VEJ, Bd. 2, Dok. 134.

sten Anstoß nahm, belegt ein Tagebucheintrag über den Morgen danach: „Die Aktion selbst ist tadellos verlaufen. 17 Tote.[142] Aber kein deutsches Eigentum beschädigt" (TG, 11.11.1938). Lediglich Schäden an „arischem" Besitz sollten, wie Goebbels deutlich macht, vermieden werden, nicht der Tod jüdischer Personen. Wieviele Menschen am 9. und 10. November 1938 tatsächlich ermordet wurden, ist nicht mehr restlos aufzuklären; insgesamt ist von etwa 1300 bis 1500 jüdischen Todesfällen während und infolge der Pogrome auszugehen sowie von 1406 zerstörten Synagogen und Betstuben und ca. 8000 verwüsteten Geschäften.[143]

Am 9. November, noch vor Mitternacht, wurden in München die Ohel-Jakob-Synagoge in der Herzog-Rudolf-Straße und die Synagoge in der Reichenbachstraße zerstört.[144] Goebbels notierte hierzu: „Eine Synagoge wird in Klump geschlagen" (TG, 10.11.1938). Mit dem Münchener Gauleiter Adolf Wagner begab sich Goebbels zur Gaugeschäftsstelle des „Traditionsgaues", um dort per Fernschreiben Anweisungen an die Gaupropagandaämter zu übermitteln: „Ich gebe noch ein präzises Rundschreiben heraus, in dem dargelegt wird, was getan werden darf und was nicht".[145] Entgegen den bisherigen Forschungen, die Gauleiter Wagner in der Reichskristallnacht als federführend für die Pogrome in München dargestellt hatten,[146] überliefert Goebbels, dieser habe „kalte Füße" bekommen (TG, 10.11.1938). Anschließend begab sich Goebbels zur Vereidigung der SS-Rekruten, die traditionell eine Ansprache Hitlers umfaßte und vor der Feldherrnhalle stattfand, seit 1936 um Mitternacht. Nach dem Ende der Prozedur, gegen 1.00 Uhr, wollte Goebbels sich im Hotel „Vier Jahreszeiten" schlafen legen und sah auf dem Weg dorthin die dahinter befindliche Synagoge in Flammen stehen: „Ich will ins Hotel, da sehe ich den Himmel blutrot. Die Synagoge brennt."[147] Daraufhin kehrte

[142] Die von Goebbels festgehaltene, relativ niedrige Opferzahl gibt seinen Kenntnisstand am Morgen des 10.11.1938 wieder. Heydrich gab in einem ersten Bericht vom 11.11.1938 an, es seien 36 Todesfälle und 36 Fälle von Schwerverletzten gemeldet worden. Schnellbrief des Chefs der Sicherheitspolizei an den Preußischen Ministerpräsidenten, in: IMG 32, Dok. 3058-PS, S. 2.

[143] Diese Zahlen umfassen neben den Morden während der Pogrome auch die in den Selbstmord Getriebenen sowie die Todesfälle von damals in Konzentrationslager verschleppten Menschen. Sie basieren auf den langjährigen Forschungen des Synagogue Memorial, Jerusalem, unter der Leitung von Meier Schwarz; vgl. ders.: Die „Kristallnacht"-Lüge, URL: <http://www.schoah.org/schoah/kristallnacht.htm> [30.11.2010]. Heydrich nannte bei der Konferenz bei Göring die Zahl von 7500 zerstörten jüdischen Geschäften. Stenographische Niederschrift der Besprechung über die Judenfrage bei Göring, 12.11.1938, in: IMG 28, Dok. 1816-PS, S. 517; VEJ, Bd. 2, Dok. 146, S. 415. In der Forschungsliteratur wird meist die Zahl von 8000 zerstörten Geschäften genannt; vgl. z. B. Graml, Reichskristallnacht, S. 32; Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 199.

[144] Zu den Zerstörungen der Synagogen siehe Heusler/Weger, „Kristallnacht", S. 65–71, 74–83.

[145] Dieses Rundschreiben, abgesandt um 0.30 Uhr, eingegangen gegen 1.40 Uhr am 10.11.1938, ist nicht überliefert, aber existierte nachweislich; vgl. Bericht des Obersten Parteigerichts an Göring vom 13.2.1939, in: IMG 32, Dok. 3063-PS, S. 21f.

[146] Heusler/Weger, „Kristallnacht", S. 49; Kropat, „Reichskristallnacht", S. 81.

[147] Hierbei handelte es sich um die Synagoge in der Herzog-Rudolf-Straße, denn die Hauptsynagoge war bereits im Juni 1938 abgerissen worden und in der Synagoge in der Reichenbachstraße war lediglich ein „Kleinfeuer" ausgebrochen; Heusler/Weger, „Kristallnacht", S. 35–37, 65–71, 74–83. Auch die Chronologie legt dies nahe, denn die Verei-

Goebbels noch einmal zur Gauleitung von München und Oberbayern zurück, wo ihm zufolge „noch niemand etwas“ gewußt habe (TG, 10.11.1938). Die Unkenntnis vom Brand der Synagoge bei der Gauleitung läßt ebenfalls den Schluß zu, daß diese die Inbrandsetzung nicht befohlen hatte. Vielmehr überliefert Goebbels, daß Adolf Wagner bei der Nachricht der brennenden Synagoge und den Meldungen aus anderen Städten „noch immer etwas lau“ gewesen sei. Die Brandstiftung von Ohel Jakob geschah also nicht auf Befehl des oberbayerischen Gauleiters oder des dortigen Gaupropagandaleiters. Goebbels notierte dazu weiter: „Wir lassen nur soweit löschen, als das für die umliegenden Gebäude notwendig ist. Sonst abbrennen lassen“ (TG, 10.11.1938). Diese Vorgehensweise entsprach genau den Anweisungen, die Heydrich von Himmler erhalten hatte und die er an die Staatspolizei und den SD weiterleitete.[148] Bei der Gauleitung erfuhr Goebbels, daß auch in anderen Städten die Synagogen brannten: „Aus dem ganzen Reich laufen nun die Meldungen ein: 50, dann 75 Synagogen brennen“ (TG, 10.11.1938). Drei Tage später berichtete Heydrich Goebbels, daß „190 Synagogen verbrannt und zerstört seien“ (TG, 13.11.1938).[149] Diese neue Zahl kommentierte Goebbels mit den Worten: „Das hat gesessen“ (TG, 13.11.1938). Goebbels war daran interessiert, zu wissen, wieviele jüdische Gotteshäuser und Menschenleben bei dem Pogrom vernichtet wurden, und aktualisierte im Tagebuch mehrmals seinen Kenntnisstand. In der Münchener Gauleitung brachte Goebbels auch die beginnende Festnahme Tausender Juden in Erfahrung: „Der Führer hat angeordnet, daß 25–30 000 Juden sofort zu verhaften sind“ (TG, 10.11.1938).[150] Auch in diesem Fall überliefert

digung der SS war erst gegen 1.00 Uhr zu Ende (Adam, Wie spontan, S. 78), Goebbels war sicher nicht vorher gegangen. Um 1.02 Uhr rückte der erste Löschzug zur Herzog-Rudolf-Straße aus; vgl. Heusler/Weger, „Kristallnacht“, S. 68.

148 In einem Blitz-Fernschreiben Heydrichs an untergeordnete Behörden der Staatspolizei und des SD ordnete Heydrich u. a. folgendes an: „Es dürfen nur solche Maßnahmen getroffen werden, die keine Gefährdung deutschen Lebens oder Eigentums mit sich bringen (z. B. Synagogenbrände nur, wenn keine Brandgefahr für die Umgebung vorhanden ist).“ Blitz-Fernschreiben des SS-Gruppenführers und Chefs der Sicherheitspolizei Heydrich an alle Staatspolizeileit- und Staatspolizeistellen und SD-Ober- und Unterabschnitte, 10.11.1938, 1.20 Uhr, in: IMG 31, Dok. 3051-PS, S. 515–518, hier S. 516. Auch abgedr. in: Kropat, „Reichskristallnacht“, Dok. 14, S. 214–216, und Döscher, „Reichskristallnacht“, S. 95–97.

149 Ein schriftlicher Bericht Heydrichs an Göring beziffert die Zahl der Synagogen, die „in Brand gesteckt“ wurden, auf 191, weitere 76 seien „vollständig demoliert“ worden. Schnellbrief des Chefs der Sicherheitspolizei Heydrich an den Preußischen Ministerpräsidenten, 11.11.1938, in: IMG 32, Dok. 3058-PS, S. 2. Im Protokoll der Konferenz im Reichsluftfahrtministerium gab Heydrich an, es seien „im ganzen 101 Synagogen durch Brand zerstört, 76 Synagogen demoliert“ worden. Stenographische Niederschrift der Besprechung über die Judenfrage bei Göring am 12.11.1938, in: IMG 28, Dok. 1816-PS, S. 508; VEJ, Bd. 2, Dok. 146, S. 415.

150 Die Anordnung, die „Festnahme von etwa 20–30 000 Juden im Reiche“ vorzubereiten, sandte der Chef des Geheimen Staatspolizeiamts, Heinrich Müller, per Fernschreiben um kurz vor Mitternacht allen Staatspolizeileitstellen zu. Außerdem ordnete er darin an, die „Aktionen“ gegen Juden und Synagogen „nicht zu stören“ und Plünderungen zu verhindern. Geheimes Fernschreiben der Gestapo an alle Staatspolizeileit- und Staatspolizeistellen, 9.11.1938, 23.55 Uhr, in: IMG 25, Dok. 374-PS, S. 377 f. Auch abgedr. in: Kropat, „Reichskristallnacht“, S. 213 f., und Döscher, „Reichskristallnacht“, S. 98.

Goebbels also eindeutig eine Anweisung Hitlers, die mit vermutlich 30 756 festgenommenen Juden mehr als erfüllt wurde.[151] Goebbels scheint davon ausgegangen zu sein, daß diese Juden alle ermordet werden sollten. Als ihm gegen 2 Uhr morgens ein erster Toter aus München gemeldet wurde – Chaim Both, ein Münchener Jude polnischer Nationalität –, soll er dem Überbringer der Nachricht geantwortet haben, er „solle sich wegen eines toten Juden nicht aufregen, in den nächsten Tagen würden Tausende von Juden daran glauben müssen".[152] Wenig später verfolgte Goebbels im Künstlerklub gespannt die weiteren Meldungen, vor allem aus Berlin: „In Berlin brennen 5, dann 15 Synagogen." Als Goebbels ins Hotel fuhr, klirrten Fensterscheiben. Euphorisch kommentierte er den Pogrom: „Bravo! Bravo! In allen großen Städten brennen die Synagogen. Deutsches Eigentum ist nicht gefährdet" (TG, 10. 11. 1938).

Hitler hatte sich, wie mehrfach überliefert ist, unmittelbar nach seiner Unterredung mit Goebbels in seine Wohnung am Prinzregentenplatz begeben, bevor er gegen Mitternacht an der Vereidigung der SS-Verfügungstruppen und -Totenkopfverbände vor der Feldherrnhalle teilnahm.[153] Die Rückkehr in seine Wohnung erscheint äußerst plausibel, verschaffte sie ihm doch ein scheinbares Alibi. „Je mehr Anrufe von Zerstörungen jüdischer Geschäfte und Synagogen eintrafen, auch aus anderen Städten des Reiches, um so erregter und wütender wurde Hitler", schrieb dessen Adjutant in seinen Memoiren über Hitlers Reaktion in der Pogromnacht.[154] Bezeichnenderweise enthält dieser Satz des Augenzeugen Below, der der Entlastung seines „Führers" dienen sollte, kein direktes Objekt der Empörung, sondern suggeriert, das reichsweite Wüten habe Hitler aufgebracht. Es ist allerdings anzunehmen, daß Hitlers Wut und Erregung sich gegen das Judentum richteten – nicht gegen die Ausschreitungen.

[151] Wieviele Juden verhaftet wurden, läßt sich nicht exakt nachweisen, da für das Konzentrationslager Sachsenhausen keine gesicherten Zahlen vorliegen. Fest steht, daß nach Dachau 10 911 und nach Buchenwald 9845 Juden verbracht wurden. Meier Schwarz schätzt die Zahl der nach Sachsenhausen deportierten Personen auf ca. 10 000; Pollmeier, Inhaftierung, S. 110 f., hingegen auf ca. 6000. Meier Schwarz, Die „Kristallnacht"-Lüge, URL: <http://www.schoah.org/schoah/kristallnacht.htm> [30. 11. 2010]. Vgl. auch Döscher, „Reichskristallnacht", S. 120 f.

[152] Diese Goebbels-Aussage geht auf den stv. Gauleiter von München-Oberbayern, Otto Nippold, zurück und ist im Bericht des Obersten Parteigerichts vom 13. 2. 1939 an Göring überliefert, in: IMG 32, Dok. 3063-PS, S. 29. Das Parteigericht kam aufgrund Goebbels' Ausspruchs zu dem Schluß, wie der Bericht an Göring beweist, daß die „Führung" mit der Tötung von Juden einverstanden war und empfahl eine Niederschlagung der Verfahren außer im Falle von „Rassenschande", d. h. Vergewaltigung: „In diesem Zeitpunkt hätten sich die meisten Tötungen durch eine ergänzende Anordnung noch verhindern lassen. Wenn dies nicht geschah, so muss aus dieser Tatsache wie aus der Äußerung an sich schon der Schluß gezogen werden, daß der schließliche Erfolg gewollt, mindestens aber als möglich und erwünscht in Rechnung gestellt wurde. Dann hat aber der einzelne Täter nicht nur den vermeintlichen, sondern den zwar unklar zum Ausdruck gebrachten, aber richtig erkannten Willen der Führung in die Tat umgesetzt. Dafür kann er nicht bestraft werden."

[153] Aussage Ebersteins vom 3. 8. 1946, in: IMG 20, S. 320; Below, Hitlers Adjutant, S. 136.

[154] Below, Hitlers Adjutant, S. 136.

Am nächsten Tag, dem 10. November 1938, suchte Goebbels, nachdem er eine Flut von Berichten zur Kenntnis genommen hatte, Hitler in dessen italienischem Stammrestaurant in München zum Bericht auf: „In der Osteria erstatte ich dem Führer Bericht. Er ist mit allem einverstanden. Seine Ansichten sind ganz radikal und aggressiv" (TG, 11. 11. 1938).[155] Auch dieser Eintrag belegt deutlich, daß Hitler der eigentlich Verantwortliche für den Pogrom war und Goebbels Befehlsempfänger, der den Vollzug des „Führer-Befehls" zu melden hatte. Goebbels notierte daher auch mit keinem Wort, daß er sich Sorgen machte, wie Hitler wegen des Pogroms reagieren würde. Derartige Gedanken waren überflüssig, denn Hitler war, wie Goebbels dezidiert festhielt, „mit allem einverstanden", was in der Nacht zuvor passiert war, und fand die Aktion „tadellos" (TG, 11. 11. 1938).

Die einzige Frage, die Goebbels und Hitler an diesem Vormittag und Mittag beschäftigte, war die, ob die Ausschreitungen weitergehen sollten: „Ich überlege mit dem Führer unsere nunmehrigen Maßnahmen. / Weiterschlagen lassen oder abstoppen? / Das ist nun die Frage" (TG, 10. 11. 1938). Goebbels setzte schließlich „eine Verordnung auf Abschluß der Aktionen auf", die er damit begründete, daß es „nun gerade genug" sei und daß andernfalls „die Gefahr" bestünde, „daß der Mob in Erscheinung tritt" (TG, 11. 11. 1938). „Mit kleinen Änderungen" billigte Hitler mittags oder am frühen Nachmittag des 10. November Goebbels' „Erlaß betr. Abbruch der Aktionen". Goebbels gab die Anweisung daraufhin „durch Presse und Rundfunk heraus" (TG, 11. 11. 1938).[156] Ähnliche Anordnungen Goebbels' ergingen auch an alle Gauleiter,[157] denen allerdings die Schäden und die geplanten gesetzlichen Regelungen deutlicher genannt wurden, und an die Polizei. Goebbels berichtet weiter, daß Hitler nun „zu sehr scharfen Maßnahmen gegen die Juden schreiten" wolle (TG, 11. 11. 1938).

Am Morgen des 12. November notierte Goebbels stolz das von ihm verfügte Ende des Pogroms: „Die Lage im Reich hat sich allgemein beruhigt. Es ist kaum noch etwas vorgekommen. Mein Aufruf hat Wunder getan. Die Juden können mir obendrein noch dankbar sein" (TG, 12. 11. 1938). Die von Goebbels eingeforderte Dankbarkeit der Juden wirkt äußerst zynisch, da er die Pogrome auf Weisung Hitlers entfacht hatte, aber auch nicht völlig abwegig. Denn als beispielsweise der Münchener Oberbürgermeister Karl Fiehler in der nächsten längeren Ratsherrensitzung den Aufruf von Goebbels gegen weitere Einzelaktionen erwähnte, kam aus der Reihe der Münchener Ratsherren, wie das Sitzungsprotokoll ausweist, der Zwischenruf „Schade!"[158] Goebbels dürfte die Stimmung am besten gekannt haben und ging offenbar nicht zu Unrecht davon aus, daß viele Partei-, SA- und SS-Mitglieder die Gewalttätigkeiten gegen Jüdinnen und Juden nicht beendet hätten, wenn ihnen dies nicht ausdrücklich befohlen worden wäre. Angesichts

[155] Die Chronologie Adams, Wie spontan, S. 79f., ist zu modifizieren: Adam nahm irrtümlich an, beide, Hitler und Goebbels, seien am Vormittag des 10. 11. 1938 wieder in Berlin eingetroffen, da Hitler bekanntlich am Abend des 10. 11. 1938 in München im Führerbau eine Rede vor ca. 400 Journalisten hielt; vgl. Treue, Rede Hitlers, S. 175–191.

[156] Goebbels' Aufruf ist abgedr. in: Kropat, „Reichskristallnacht", Dok. 23a, S. 233.

[157] Siehe Kropat, „Reichskristallnacht", Dok. 23b, S. 233.

[158] Niederschrift über die 30. Sitzung der Ratsherren der Hauptstadt der Bewegung vom 15. 11. 1938, StadtAM, Ratssitzungsprotokolle, Jg. 1938, Nr. 711/1, Tagesordnungspunkt 20.

mehrerer Hundert Toter, Hunderter in Brand gesteckter Synagogen, Tausender verwüsteter oder geplünderter[159] Geschäfte und Wohnungen zeigt der Wunsch des nicht namentlich genannten Münchener Ratsherrn, daß es in der NSDAP unzählige radikale Antisemiten gab, die in ihrem Judenhaß Goebbels gleichkamen.

Vorgeschichte, Vorwand und Initiierung der Pogrome sind dargelegt, das Ausmaß angedeutet worden. Befehlswege und Ablauf der Ereignisse, die Rolle der NSDAP, SA, SS sind intensiv in zahlreichen Studien, auch auf Regional- und Lokalebene, untersucht worden, so daß an dieser Stelle auf eine Darstellung des eigentlichen Geschehens verzichtet werden kann. Zu klären bleibt, ob Goebbels Hinweise zu den Tätern der antisemitischen Gewalt liefert. In einigen Fällen gab Goebbels sehr genaue Beschreibungen von den Anstiftern und Gewalttätern dieser Nacht. Über eine Tätergruppe berichtete Goebbels in seinem Tagebucheintrag vom 10. November 1938 auffälligerweise gleich viermal: 1. „Diesen feigen Mord dürfen wir nicht unbeantwortet lassen. Mal den Dingen ihren Lauf lassen. Der Stoßtrupp Hitler geht gleich los, um in München aufzuräumen. Das geschieht denn auch gleich. Eine Synagoge wird in Klump geschlagen. Ich versuche sie vor dem Brand zu retten. Aber das mißlingt." 2. „Mit Wagner zum Gau. Ich gebe noch ein präzises Rundschreiben heraus, in dem dargelegt wird, was getan werden darf und was nicht. Wagner bekommt kalte Füße und zittert für seine jüdischen Geschäfte. Aber ich lasse mich nicht beirren. Unterdeß [!] verrichtet der Stoßtrupp sein Werk. Und zwar macht er ganze Arbeit." 3. „Ich will ins Hotel, da sehe ich den Himmel blutrot. Die Synagoge brennt. Gleich zum Gau. Dort weiß noch niemand etwas. Wir lassen nur soweit löschen, als das für die umliegenden Gebäude notwendig ist. Sonst abbrennen lassen. Der Stoßtrupp verrichtet fürchterliche Arbeit." 4. „Schaub ist ganz in Fahrt. Seine alte Stroßtruppvergangenheit erwacht" (TG, 10. 11. 1938).[160]

[159] Plünderungen kamen in großem Ausmaß vor, wenngleich die NSDAP diese verboten hatte und anschließend zu verschleiern suchte; vgl. beispielsweise Kellerhoff, „Kristallnacht", S. 34–36. Heydrich hatte in einem Fernschreiben in der Pogromnacht angeordnet: „Geschäfte und Wohnungen von Juden dürfen nur zerstört, nicht geplündert werden." Blitz-Fernschreiben des SS-Gruppenführers und Chefs der Sicherheitspolizei Heydrich an alle Staatspolizeileit- und Staatspolizeistellen und SD-Ober- und Unterabschnitte, 10. 11. 1938, 1.20 Uhr, in: IMG 31, Dok. 3051-PS, S. 516. Siehe hierzu auch die entsprechenden Anordnungen, Verfügungen und Erlasse in: Walk, Sonderrecht, S. 253, 260, 263. Einer vertraulichen Anordnung des Stellvertreters des Führers, Stabsleiter Martin Bormann, Nr. 189/38, vom 23. 11. 1938 zufolge, sollten die Dienststellen der Partei und ihrer Gliederungen Wertgegenstände, die „zum Schutze deutschen Volksvermögens […] sichergestellt" worden seien, „unverzüglich an die nächste Dienststelle der Geheimen Staatspolizei" abgeben. Österreichisches Staatsarchiv, AdR, 04: Inneres/Justiz, Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, Bürckel/Materie, Mappe 4210, Karton 193. Auch Goebbels war über derartige Eigentumsdelikte informiert, wie sein Tagebuch belegt, in das er schrieb: „Es sind bei den Judenaktionen einige Plünderungen vorgekommen", TG, 30. 11. 1938.

[160] Die vier Passagen waren – wie der gesamte Eintrag, der in den 80er Jahren noch nicht bekannt war – in der Fragmente-Ausgabe von 1987, Fröhlich, Tagebücher. Sämtliche Fragmente, nicht enthalten, die ersten drei davon wurden zuerst im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" (Nr. 29, 13. 7. 1992, S. 126) veröffentlicht. In der mangelhaften Publi-

Die viermalige Erwähnung des „Stoßtrupp“ ist erstaunlich und deutet auf eine besondere Rolle bei dem Pogrom in München hin. Gegründet wurde der „Stoßtrupp Adolf Hitler“ im Frühjahr 1923 als Leibwache Hitlers. Bei Hitlers Putschversuch am Abend des 8. November 1923 hatte der Stoßtrupp die Ein- und Ausgänge des Bürgerbräukellers abgeriegelt und Druckerpresse, Inventar und Akten der sozialdemokratischen Zeitung „Münchener Post“ demoliert. Geplant war auch, deren Schriftleiter Erhard Auer, der zugleich bayerischer SPD-Vorsitzender war, zu verschleppen, doch Auer konnte sich dem Zugriff entziehen, so daß die Stoßtruppmänner seinen Schwiegersohn als Geisel nahmen.[161] Am Morgen des 9. November 1923 hatte der Stoßtrupp versucht, aus dem Polizeipräsidium verhaftete Putschisten zu befreien. Wenig später war der Trupp in das Münchener Rathaus eingedrungen und hatte laut Gerichtsurteil „den Bürgermeister Schmi[d] und einige Stadträte der sozialistischen und kommunistischen Partei“ als Geiseln genommen und verschleppt, wobei beabsichtigt war, „diese Geiseln zu erschießen, wenn auf den Zug von Seiten der Reichswehr oder Landespolizei geschossen werden sollte“.[162] Die Stoßtruppmänner bewachten offenbar während des Marsches in Richtung Feldherrnhalle die Geiseln. Im April 1924 wurden daher infolge des gescheiterten Putsches 38 Stoßtruppmitglieder wegen Hochverrats zu milden Haftstrafen verurteilt, einige in Abwesenheit, der Stoßtrupp selbst wurde verboten.[163] Nach der Neugründung der NSDAP Anfang 1925 übernahm die nun geschaffene Stabswache, die noch im selben Jahr in Schutzstaffel (SS) umbenannt wurde, die Funktionen des früheren Stoßtrupps.[164] Nach 1924 scheint somit der „Stoßtrupp Hitler“ nicht mehr existiert zu haben.

Die oben zitierten Passagen aus Goebbels' Tagebuch verleiteten eine „revisionistische“ Autorin zu der Behauptung, es handele sich bei diesem Text um eine „Fälschung“: 1938 habe es keinen „Stoßtrupp Hitler“ mehr gegeben, also „hätte Goebbels daher“ eine solche „Bemerkung […] gar nicht machen können“.[165]

kation des Goebbels-Tagebuchs von Irving, Der unbekannte Dr. Goebbels, weichen die vier Passagen nur geringfügig vom Original ab, bei Reuth, Goebbels. Tagebücher, fehlen sie gänzlich.

161 Walter, Antisemitische Kriminalität, S. 122.

162 Urteil des Volksgerichtes für den Landgerichtsbezirk München I gegen „Berchtold Josef und 39 Genossen“, 23. 4. 1924; IfZ, Archiv, Fa 523, Zitate S. 157cc; Kallenbach, Landsberg, S. 22–29; Broszat, Machtergreifung, S. 32–34; Höhne, Der Orden, S. 25.

163 Urteil des Volksgerichtes für den Landgerichtsbezirk München I gegen „Berchtold Josef und 39 Genossen“, 23. 4. 1924; IfZ, Archiv, Fa 523.

164 Vgl. Kallenbach, Landsberg, S. 8–12, 19; Wegner, Waffen-SS, S. 79f.; Koehl, The Black Corps, S. 12–17; Höhne, Der Orden, S. 23–27; Buchheim, Die SS, S. 30f.; Reitlinger, The SS, S. 10–14; d'Alquen, Die SS, S. 6; Volz, Geschichte der NSDAP, S. 10.

165 Auch ignorierte Weckert bewußt das Faktum, daß Goebbels' Tagebucheinträge jeweils die Geschehnisse des Vortags wiedergeben. So zweifelte sie den Tagebucheintrag vom 10. 11. 1938, in dem Goebbels das Befinden vom Raths am Mittag des 9. 11. beschrieb, mit dem Argument an, vom Rath sei „bereits gestorben“, oder denjenigen Eintrag vom 9. 11., in dem Goebbels die Synagogenbrände des 7. und 8. 11. erwähnte, weil ihr offenbar nicht bekannt war, daß es solche schon am 8. 11. 1938 gegeben hatte. Weckert, Dr. Joseph Goebbels, S. 196–203. Ebenfalls der Entlastung Hitlers und des NS-Regimes wegen bestritt Irving die Glaubwürdigkeit der Goebbels-Tagebücher; siehe zu beiden: Evans, Der Geschichtsfälscher, S. 75–96.

Doch auch diese Textstellen sind echt. Da Goebbels den „Stoßtrupp“ in diesem einen Eintrag viermal nannte, ist die mögliche Argumentation unhaltbar, Goebbels habe sich hier verschrieben oder geirrt. Wen meinte Goebbels also, wenn er 1938 den „Stoßtrupp Hitler“ scheinbar wieder auferstehen ließ?[166]

Goebbels liefert den Schlüssel zum Verständnis selbst, indem er notierte, daß Julius Schaubs „alte Stoßtruppvergangenheit erwacht“ (TG, 10.11.1938) sei. Schaub, Hitlers persönlicher Adjutant und dessen „rechte Hand“,[167] war eines der prominentesten Mitglieder des „Stoßtrupps Adolf Hitler“,[168] die mehrheitlich gemeinsam mit Hitler in Landsberg eingesessen hatten und ihm seit dieser Zeit ganz besonders treu ergeben und eng verbunden waren. Nach der Freilassung und dem Wiederaufbau der NSDAP übertrug Hitler alle Aufgaben, die besonderes Vertrauen erforderten, ehemaligen Stoßtruppmännern: Julius Schaub wurde 1925 Hitlers „ständiger Begleiter“, Emil Maurice Hitlers Chauffeur, Josef Berchtold 1926 der erste „Reichsführer SS“.[169] Der Stoßtrupp bildete auch den Kern der 1925 geschaffenen „Schutzstaffel“ (SS).[170] Nach der Machtübernahme 1933 gehörten die Stoßtruppmänner zur nationalsozialistischen Prominenz, der Stoßtrupp bestand als Traditionsverband fort, sechs seiner Mitglieder saßen im Reichstag.[171] Julius Schaub wurde Hitlers „Persönlicher Adjutant“ und blieb unter all den Angestellten der einzige, der von Hitler persönlich bezahlt wurde.[172] Schaub organiserte Hitlers Tagesablauf, erledigte finanzielle Aufträge für ihn und war so gut wie täglich mit seinem „Führer“ zusammen, in der Regel schon beim Frühstück.[173] Er war über all die Jahre Hitlers engster und treuester Mitarbeiter. Bis zuletzt erfüllte

166 Dieser Frage wandte sich die Forschung bisher nicht zu, vielleicht, weil in den bisherigen Untersuchungen überwiegend die Fragmente- oder die Reuth-Ausgabe benutzt worden waren, die die Textstellen nicht enthalten, da der entsprechende Band 6 der Edition von Elke Fröhlich noch nicht vorgelegen hatte. Dies gilt für Longerich, Politik; Kropat, „Reichskristallnacht“; Döscher, „Reichskristallnacht“; Heusler/Weger, „Kristallnacht“. Allerdings ist auch bei neueren Forschungen festzustellen, daß mit den alten Ausgaben gearbeitet wurde, z. B. Kley, Hitler and the Pogrom, S. 87–112, oder Gilbert, Kristallnacht. Friedländer, der diesen Eintrag der Goebbels-Tagebücher nach dem „Spiegel“ zitiert, Das Dritte Reich und die Juden, Bd. I, S. 294, ließ die Stoßtrupp-Passagen weg. Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 196, verwies nur darauf, daß die „Tradition“ des Stoßtrupps „bis in die heißen Tage vor dem ersten Putsch und zu den damaligen Wirtshausschlägereien zurückreichte“. Barth, Goebbels und die Juden, S. 136, zitiert zwei der Stoßtrupp-Passagen unreflektiert in den Anmerkungen.

167 So Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 198.

168 In der NS-Broschüre „Daten der Geschichte der NSDAP“, die in vielen Auflagen erschien, wurden Julius Schaub, Emil Maurice und Karl Fiehler als die prominentesten der 40 Mitglieder des „Stoßtrupp Hitler“ genannt, die 1924 infolge des Putsches verurteilt worden waren; vgl. Volz, Geschichte der NSDAP, S. 10.

169 Vgl. Statisten in Uniform, S. 32f., 405f., 547.

170 Vgl. Koehl, The Black Corps, S. 21; Höhne, Der Orden, S. 23f., 27f.

171 Mitglieder des Reichstags waren: Josef Berchtold (SA-Gruppenführer), Hanns Bunge (SA-Brigadeführer), Karl Fiehler (SS-Gruppenführer, Oberbürgermeister Münchens), Friedrich Geißelbrecht (SA-Oberführer), Emil Maurice (SS-Standartenführer, Bayerischer Landeshandwerksmeister) und Julius Schaub (SS-Gruppenführer und „Persönlicher Adjutant des Führers“). Vgl. Statisten in Uniform, S. 32f., 73f., 138f., 171, 405f., 547.

172 Rose, Schaub, S. 118.

173 IfZ, Archiv, ZS 137, Bl. 9 (Interrogation No. 292, Schaub, 7.12.1946); Rose, Schaub, S. 121, 135f.

er gehorsamst Hitlers Wünsche und vernichtete noch im April 1945 weisungsgemäß zahlreiche Dokumente, die sich in den Panzerschränken in der Reichskanzlei und deren Bunker, in der Münchener Privatwohnung und auf dem Berghof befunden hatten.

Anläßlich der Feierlichkeiten am 8./9. November eines jeden Jahres hatten sich die Mitglieder des Stoßtrupps zu einem Kameradschaftsabend getroffen.[174] Nachweisbar sind auch gemeinsame Ausflüge der Stoßtruppmänner nach Stettin, wo vom 24.–26. April 1936 ein „Treffen des Stoßtrupp Hitler 1923" stattgefunden hatte, über das Goebbels informiert war,[175] oder am 8. November 1938 zur Festung nach Landsberg,[176] wo ein Großteil von ihnen 1924 inhaftiert war.[177] Die Stoßtruppmänner hatten also ein enges Verhältnis und waren einander verbunden, was auch daran ersichtlich ist, daß im Falle von schweren Erkrankungen oder Unfällen eines Trupp-Mitgliedes die anderen schriftlich aufgefordert wurden, ihren Kameraden in der Klinik zu besuchen.[178] Anfangs wurden die Mitglieder des Stoßtrupps von der Obersten SA-Führung betreut, später vom Stoßtruppkameraden Friedrich Geißelbrecht im „Amt für den 8./9. November 1923", das Christian Weber leitete.[179] Alljährlich hatten die Stoßtruppmänner anläßlich des Jahrestages des Putschversuchs auch bestimmte Aufgaben: Begrüßung der angereisten Blutordensträger, Verteilung der Freifahrtscheine für die öffentlichen Verkehrsmittel und der Verpflegungsausweise, Ausweis-, Dienstanzugs- und Zugangskontrollen zur Abendveranstaltung am 8. November im Bürgerbräukeller, Aufstellung des Marschblocks der Blutordensträger am Morgen des 9. November.[180]

[174] Vgl. Einladungsschreiben aus den Jahren 1933 bis 1936 bzw. 1937–1943 an Karl Fiehler in: StadtAM, Bürgermeister und Rat, Nr. 458/2 bzw. Nr. 458/3 sowie Nr. 446/2 und 452/19.

[175] Anläßlich dieses Treffens 1936 in Stettin wurde die damalige Zeitung der Landsberger Häftlinge von 1924 im Faksimiledruck an die früheren Kameraden ausgehändigt. Von insgesamt 100 Exemplaren erhielt eines Hitler, eines Goebbels; siehe IfZ, Bibliothek, Fobke, Stoßtrupp.

[176] Einladungsschreiben Friedrich Geißelbrechts, Amt für den 8./9. November 1923, im Namen des „Stoßtrupp Adolf Hitler 1923" an „alle Stoßtruppkameraden", 1. 11. 1938, StadtAM, Bürgermeister und Rat, Nr. 458/3.

[177] Von den 25 „Festungskameraden" Hitlers waren 22 Stoßtruppmänner, die drei weiteren Mithäftlinge waren Rudolf Heß, Hermann Kriebel, Dr. Friedrich Weber. Der Haft hatten sich 16 der 38 verurteilten Stoßtruppmänner durch Flucht entzogen. Mit Hitler saßen folgende Stoßtruppler ein: Wilhelm Briemann, Josef Feichtmayr, Otto Feichtmayr, Karl Fiehler, Berthold Fischer, Hermann Fobke, Friedrich Geißelbrecht, Josef Gerum, Johann Haug, Paul Hirschberg, Gerhard Friedrich Hoff, Hans Kallenbach, Hans Eduard Krüger, Wilhelm Laforce, Johann Mahr, Emil Maurice, Otto Wolfgang Reichart, Alois Rosenwink, Julius Schaub, Ludwig Schmied, Edmund Schneider, Johann Schön. Liste der „Festungskameraden des Führers", erstellt 1935, in: StadtAM, Bürgermeister und Rat, Nr. 458/2, o. P.; Urteil des Volksgerichtes für den Landgerichtsbezirk München I gegen „Berchtold Josef und 39 Genossen", 23. 4. 1924; IfZ, Archiv, Fa 523, S. 157n–q.

[178] Aufforderungsschreiben des Amts für den 8./9. November 1923 an die Stoßtruppmitglieder, den „Kameraden Albert Linder" in der Klinik zu besuchen, 12. 10. 1937; StadtAM, Bürgermeister und Rat, Nr. 458/3.

[179] Vgl. diverse Schreiben an Karl Fiehler in: StadtAM, Bürgermeister und Rat, Nr. 458/2 und 458/3; vgl. auch Berg, Korruption, S. 52–55.

[180] „Befehl Nr. 2" des Amts für den 8./9. November 1923, Christian Weber, an die Stoßtruppmitglieder, 1. 11. 1937; StadtAM, Bürgermeister und Rat, Nr. 458/3.

Dieselben Funktionen hatte der Stoßtrupp im Jahre 1938, wie aus einer Notiz der Persönlichen Adjutantur Hitlers hervorgeht, die auch dem Propagandaministerium zugeleitet zu worden scheint.[181] „Die alten Kämpfer begrüßen mich sehr herzlich" (TG, 9.11.1938), hatte Goebbels 1938 am Morgen nach der Veranstaltung im Bürgerbräukeller notiert, was belegt, daß ihm bewußt war, um wen es sich bei den Türstehern handelte. Die Mitglieder des Stoßtrupps, zum Teil sehr prominente Nationalsozialisten und Reichstagskollegen von Goebbels, begriffen diese Tätigkeiten als ehrenhafte Aufgabe, und so waren sie von der Partei auch gemeint. Denn die Stoßtruppmänner waren die Ehrengäste der Versammlung im Bürgerbräukeller. Auf der Sitzordnung für den „Kameradschaftsabend" am 9. November 1938 war eigens gekennzeichnet, wer dem Stoßtrupp angehört hatte. Von den ca. 400 Teilnehmern der Veranstaltung gehörten genau 39 dem Stoßtrupp an, er stellte also ein Zehntel aller Anwesenden, die fast alle in Hitlers unmittelbarer Nähe saßen.[182]

Zudem besaß der Stoßtrupp einen eigenen Dienstanzug, welcher der Uniform der Blutordensträger glich, sich von dieser aber durch die Armbinde „Stoßtrupp Adolf Hitler" und die „Stoßtruppmütze mit Totenkopf" unterschied.[183] Die Stoßtruppmänner waren also eindeutig identifizierbar. Auch in der zeitgenössischen Presse wurde der Stoßtrupp erwähnt.[184] Wenn Goebbels also schrieb, daß der „Stoßtrupp" losgegangen sei, um „in München aufzuräumen", daß infolgedessen eine Synagoge „in Klump geschlagen" und angezündet worden sei (TG, 10.11.1938), so kann Goebbels niemand anderes gemeint haben, als die seinerzeit in München anwesenden, namentlich bekannten Mitglieder des „Stoßtrupps Adolf Hitler".[185]

[181] „Programm für die Feierlichkeiten anläßlich des 8. und 9. November 1938" mit handschriftlichem Vermerk „Prop.Min.", BArch, NS 10/45, Bl. 144.

[182] „Sitzordnung im Festsaal des Alten Rathauses in München am 9. November 1938", StadtAM, Bürgermeister und Rat, Nr. 458/3. Neben dem Urteil gegen den Stoßtrupp (Urteil des Volksgerichtes für den Landgerichtsbezirk München I gegen „Berchtold Josef und 39 Genossen", 23.4.1924; IfZ, Archiv, Fa 523, S. 157n–q) existieren auch in den Akten der Persönlichen Adjutantur des Führers und Reichskanzlers (BArch, NS 10/134, Bl. 135) sowie in den Akten Fiehlers (StadtAM, Bürgermeister und Rat, Nr. 458/2 und 458/3) Listen der Stoßtruppmänner, die weitgehend übereinstimmen.

[183] „Dienstanzug des Stoßtrupps am 8./9. November 1938", BArch, NS 10/45, Bl. 145. Zur Uniform der Blutordensträger siehe Zeitungsausschnitte VB, 8.10.1937 und 30.10.1937 in: StadtAM, Bürgermeister und Rat, Nr. 458/3.

[184] In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" stand beispielsweise in einem Artikel vom 9.11.1938, S. 1, über Hitlers Rede am Vortag im Bürgerbräukeller: „In nächster Nähe des Rednerpultes steht der Tisch, um den sich die Kämpfer des Stoßtrupps Hitler sammeln. Karl Fiehler ist unter ihnen, […]". Derselbe Text erschien am selben Tag auf S. 1 der „Berliner Börsen-Zeitung", ging also auf einen DNB-Text zurück: DNB-Meldung „Der Sieg des Glaubens", Nr. 70, 8.11.1938, 22.00 Uhr, Bl. 46–48. Auch anläßlich der Beschreibung des Marsches wurde der Stoßtrupp erwähnt. Vgl. Zeitungsausschnittsammlung „zu den Jahrestagen des Hitler-Putsches vom 9. November 1923", BArch, R 55/21172.

[185] Neben den bereits erwähnten 22 Stoßtruppmännern, die mit Hitler in der Festung Landsberg inhaftiert waren, finden sich in der Sitzordnung der Versammlung am 9.11.1938 im Alten Rathaussaal noch folgende 17 Namen von Stoßtruppmitgliedern: Walter Baldenius, Josef Berchtold (der Kommandant 1923), Hanns Bunge, Emil Dietl, Wilhelm Dirr, Julius v. Engelbrechten, Fritz Fischer, Josef Fleischmann, Johann Frosch,

Abgesehen von diesem Tagebucheintrag Goebbels' ist bislang offenbar keine Quelle aufgefunden worden, die die Täterschaft dieser prominenten Nationalsozialisten bestätigt. Die fotographische Sammlung des Fotostudios Heinrich Hoffmann, die möglicherweise belegen könnte, welche der Stoßtruppmitglieder persönlich für die Inbrandsetzung der Synagoge oder für die Verwüstung von jüdischen Geschäften in München verantwortlich gemacht werden müßten, enthält keine Tatfotos. Die letzten Bilder der Fotostrecken vom 9. November 1938 zeigen die Vereidigung der SS-Verfügungstruppen und -Totenkopfverbände vor der Feldherrnhalle gegen Mitternacht, die folgenden die zerstörten Synagogen und Geschäfte am Morgen des 10. November 1938.[186] Dies deutet auf eine Filterung der Bildkartei bei Kriegsende hin.

Obgleich ein endgültiger Nachweis der Verantwortung des Stoßtrupps für einige schwere Verwüstungen und die Zerstörung der Synagoge „Ohel Jakob" in der Herzog-Rudolf-Straße in München noch aussteht, muß die viermalige Erwähnung bei Goebbels als zusätzliches Indiz dafür betrachtet werden, daß Hitler den Befehl für den Pogrom gegeben hat und letztlich für die Morde und exzessiven Verwüstungen die Verantwortung trägt. Denn die Angehörigen des Stoßtrupps, die schon 1923 ihr Leben für Hitler zu geben bereit waren, fühlten sich wie kaum eine zweite Truppe an das Wort Hitlers gebunden.[187] Albert Speer bezeichnete 1942 eben jenen von Goebbels erwähnten Stoßtruppmann Julius Schaub als den „treuesten Gefolgsmann des Führers".[188] Daß sich diese alten, erfahrenen Aktivisten nur dem „Führer" allein verpflichtet fühlten, deutet sich in der Notiz von Goebbels an, er habe sich darum bemüht, daß die Synagoge nicht in Brand gesetzt werde. Doch die Stoßtruppmänner ließen sich von Goebbels offensichtlich nicht zurückhalten. Im Tagebuch hielt er fest, daß er versucht habe, die Synagoge „vor dem Brand zu retten. Aber das mißlingt" (TG, 10. 11. 1938).[189] Diese Angabe des Propagandaministers ist nicht unwahrscheinlich und könnte auf eine Radikalisie-

Wilhelm Fuchs, Walther Hewel, Wilhelm Kaiser, Florian Kastner, Albert Lindner, Heinz Pernet, Hans Schultes, Fritz Schwerdtel. „Sitzordnung im Festsaal des Alten Rathauses in München am 9. November 1938", StadtAM, Bürgermeister und Rat, Nr. 458/3.

186 Das Bildarchiv enthält knapp 600 Fotos aus dem Zeitraum 8.–10. 11. 1938 nachmittags; das Foto Nr. 21977 zeigt die Vereidigung der SS in der Nacht zum 10. 11., das folgende mit der Nr. 21978 die ausgebrannte Synagoge „Ohel Jakob" in der Herzog-Rudolf-Straße. Fotoarchiv Heinrich Hoffmann, Bayerische Staatsbibliothek München, Online-Bilddatenbank, <http://fachkataloge.bsb-muenchen.de/img/hoff-21977.jpg>, <http://fachkataloge.bsb-muenchen.de/img/hoff-21978.jpg> [30. 11. 2010].

187 Vgl. die pathetische Schilderung der Gründung und Vereidigung des Stoßtrupps Hitler bei Kallenbach, Landsberg, S. 8, 13, einem Mitglied des Stoßtrupps Hitler.

188 Albert Speer in einem Geburtstagstelegramm an Schaub 1942, zit. nach Machtan, Hitlers Geheimnis, S. 200.

189 Goebbels hatte keine Bedenken, Synagogen dem Erdboden gleichzumachen, aber offenbar befürchtete er, daß der Brand auf andere Gebäude übergreifen könnte, dies geht aus einer Notiz einige Tage später hervor: „Im Übrigen sind wir bei den Bränden großen Gefahren wegen der umliegenden Stadtviertel entgangen. Gottseidank!" TG, 15. 11. 1938. Der mögliche Einwand, Goebbels habe, als er schrieb, eine Synagoge vor dem Brand retten zu wollen, an dieser Stelle eine Lüge in die Welt gesetzt, überzeugt nicht, da er sich im selben Eintrag als Anstifter des Pogroms und einiger Zerstörungen in Berlin zu erkennen gegeben hatte.

rung im Laufe der Nacht hinweisen. Der Stoßtrupp, einmal losmarschiert, hätte sich vermutlich von niemand anders als Hitler zurückrufen lassen, doch dieser unternahm nichts dergleichen. Möglicherweise handelten die alten Stoßtruppkameraden also nicht auf Goebbels' Brandrede hin, sondern auf eine direkte Anweisung Hitlers, der seit dem Tode Ernst vom Raths um 16.30 Uhr genügend Zeit gehabt hätte, Befehle an seine alten Gefolgsleute zu erteilen, und der mit Schaub und sieben weiteren ehemaligen Stoßtruppmitgliedern im Festsaal des Alten Rathauses an einem Tisch saß.[190] Zumindest wird Hitler aber den „Alten Kämpfern" signalisiert haben, daß er mit einer Beteiligung des Stoßtrupps an den Ausschreitungen einverstanden war. Denn Schaub wäre ohne ein solches Signal sicherlich nicht aktiv geworden, hätte nicht versucht, in dieser brisanten Angelegenheit intuitiv den Willen Hitlers zu erfassen und eigenmächtig zu handeln, d. h. ihm „entgegen zu arbeiten".[191] Ein halbes Jahr zuvor hatte Schaub in einer gänzlich unbedeutenden Angelegenheit einen Wunsch Hitlers selbständig umzusetzen versucht und sich den Zorn seines „Führers" zugezogen. Damals, am 29. Mai 1938 auf dem Gauparteitag in Dessau, hatte Hitler die Beteiligung der Hitler-Jugend am Marschzug kritisiert, woraufhin Schaub ohne Rücksprache die Kolonnen der NS-Jugendverbände abschwenken ließ. Daraufhin war Hitler äußerst wütend geworden und degradierte seinen persönlichen Adjutanten wegen dieser Eigenmächtigkeit vom SS-Gruppenführer zum SS-Brigadeführer. Trotz Fürsprachen von Goebbels, Göring und Wiedemann war Hitler unerbittlich, und Schaub, wie Goebbels überliefert, „ganz gebrochen" und „weint[e]" (TG, 3. 6. 1938).[192]

Angesichts möglicher schwerwiegender Konsequenzen für das NS-Regime ist auszuschließen, daß Schaub und der Stoßtrupp sich ohne entsprechende Anweisung oder Signalisierung durch Hitler am Pogrom maßgeblich beteiligt hätten. Die Rolle des „Stoßtrupp Hitler" beim Novemberpogrom in München bedarf also noch weiterer Untersuchungen. Möglicherweise war er auch an der Zerstörung jüdischer Geschäfte in der Nähe des Alten Rathauses beteiligt.[193] Es scheint, als seien die Teilnehmer der Versammlung nach Ablegen ihrer Uniform[194] randalierend durch die Stadt gezogen.[195] Dies erklärt vielleicht auch, weshalb die Brand-

[190] Es handelt sich um die Stoßtruppmänner Berchtold, Bunge, Fiehler, Geißelbrecht, Maurice, Pernet, Schaub und Schön; „Sitzordnung im Festsaal des Alten Rathauses in München am 9. November 1938", StadtAM, Bürgermeister und Rat, Nr. 458/3.

[191] Kershaw, Hitler, Bd. 1, S. 665.

[192] Vgl. TG, 30. 5. 1938, 31. 5. 1938, 3. 6. 1938, und die Goebbels bestätigende Schilderung in den Schaub-Memoiren; Rose, Schaub, S. 166; vgl. auch BArch, SSO-Akte: Schaub, Julius, sowie Jordan, Erlebt, S. 172–174.

[193] Vgl. Heusler/Weger, „Kristallnacht", S. 49–94 sowie Umschlagseiten.

[194] Gauleiter Rudolf Jordan schrieb über die Situation nach der Goebbels-Rede und einigen Telefonaten in seinen Memoiren: Ich „zog mich in Zivil um und rüstete mich zu einem nächtlichen Bummel durch die Straßen der Innenstadt" – angeblich, um mögliche Ausschreitungen zu beobachten. Aber nur eine aktive Beteiligung würde den Kleidungswechsel und die Rüstung erklären, unabhängig davon, ob man Rüstung hierbei als materielle oder mentale Vorbereitung interpretiert. Jordan, Erlebt und Erlitten, S. 183f.

[195] Für diese Annahme spricht auch die Tatsache, daß mehrere prominente Nationalsozialisten nach dem Krieg erklärten, sie seien bei der Versammlung im Rathaussaal nicht dabei gewesen, mußten sie doch befürchten, für die Gewaltexzesse mitverantwortlich gemacht zu werden, beispielsweise der damalige Wirtschaftsminister Walther Funk

stifter der Ohel-Jakob-Synagoge bisher nicht bekannt waren, offenbar wollte damals niemand die NSDAP-Prominenz beschuldigen.[196]

Für den einzigen bislang bekannten Mord in der Pogromnacht in München war jedoch nicht der Stoßtrupp verantwortlich, sondern eine kleine Gruppe von SA-Männern. Nach einem „Kameradschaftsabend" des SA-Sturmes 22/I begaben sich einige SA-Leute in die Lindwurmstraße 185, wo zuvor SA-Männer die Schaufenster des jüdischen Geschäftes „Both & Zeimer" eingeworfen hatten und deswegen von Nachbarn zur Rede gestellt worden waren. Kurz nachdem die SA-Männer in die Wohnung des Ehepaars Both eingedrungen waren, tötete einer von ihnen, SA-Mann Hans Schenk, den jüdischen Kaufmann Chaim Both durch einen offenbar gezielten „Nahschuß" in die Stirn.[197] Der Mord an Both war auch deshalb von Bedeutung, da Both polnischer Staatsangehöriger war, und die Botschaft der Polnischen Republik daher beim Auswärtigen Amt gegen die Tat, die Untätigkeit der Polizei, die ausbleibende Obduktion etc. protestierte, worüber auch die Reichskanzlei unterrichtet wurde.[198] Doch die Beschwerde der polnischen Diplomatie war kein Einzelfall. Die Novemberpogrome hatten zur Folge, daß „beim Auswärtigen Amt etwa 100 Proteste auswärtiger Vertretungen eingegangen" waren, wie in einem Vermerk für Ribbentrop festgehalten worden war.[199]

Neben Hitler, dem Urheber der Pogrome, und dem Stoßtrupp gehörte auch Goebbels selbst zu den Tätern, wie er im Tagebuch deutlich werden läßt. Dies nicht allein wegen seiner Hetzrede oder wegen seines Fernschreibens an die Gauleitungen im Reichsgebiet. Eine Synagoge in Berlin wurde, das notierte Goebbels ganz konkret in sein Tagebuch, auf seine Initiative hin zerstört. Als Goebbels bekannt war, daß der Stoßtrupp, also die – in der Auffassung der Nationalsozialisten – ehrenwertesten Personen des Dritten Reiches, randalierend durch die Stadt zogen und seine Gauleiterkollegen Anweisungen gaben, entfaltete auch Goebbels für den Gau Berlin große antijüdische Aktivität. Er rief den Berliner Gaupropagandaleiter Werner Wächter an und befahl ihm die Zerstörung der Berliner Hauptsynagoge,[200] wie er im Tagebuch eindeutig festgehalten hatte: „Ich weise Wächter in Berlin an, die Synagoge in der Fasanenstraße zerschlagen zu lassen. Er sagt nur dauernd: ‚Ehrenvoller Auftrag'" (TG, 10.11.1938). Goebbels scheint auch eine Vollzugsmeldung verlangt zu haben, wie aus dem Tagebuch hervorgeht:

(Aussage vom 6.5.1946, in: IMG 13, S.131, 133f.), Hermann Göring (Aussage vom 14.3.1946, in: IMG 9, S.312) und der fränkische Gauleiter Julius Streicher (Aussage vom 29.4.1946, in: IMG 12, S.355), obgleich diese Aussagen widerlegt worden sind: Die Anwesenheit Görings gab bereits Paul Körner in Nürnberg zu Protokoll (Aussage vom 12.3.1946, in: IMG 9, S.186f.), diejenige Streichers hielt Goebbels im Tagebuch fest, TG, 10.11.1938.

196 Vgl. Heusler/Weger, „Kristallnacht", S.65.

197 Ausführlich dargestellt bei: Ebenda, S.112–121.

198 Zwei Verbalnoten der Botschaft der Polnischen Republik vom 15.11. und 24.11.1938 zum Mord an Chaim Both finden sich in den Akten der Reichskanzlei, BArch, R 43 II, 599b, Fiche 1 von 4, Bl.12–13, 22.

199 Vermerk aus den Akten des A.A. für Ribbentrop, 16.12.1938, BArch, R 43 II, 599b, Fiche 1 von 4, Bl.30.

200 Meyer, „Arisiert" und ausgeplündert, S.83; Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden, Bd.I, S.294.

„Wächter meldet mir, Befehl ausgeführt" (TG, 10.11.1938). Die Berliner Hauptsynagoge wurde jedoch nicht nur „zerschlagen" (TG, 10.11.1938), wie Goebbels zunächst wohl angeordnet hatte, sondern „von der SA angezündet".[201] Daß sich bei dem Pogrom insbesondere die Gau- und Gaupropagandaleiter durch Befehle hervortaten, ist seit langem bekannt.[202] Aber daß Goebbels die Zerstörung der Hauptsynagoge als seine persönliche Aufgabe begriff und sie befahl, ist eine der vielen neuen Erkenntnisse, die erst durch die Goebbels-Tagebücher gewonnen werden konnten.[203]

Die Verordnungen, die infolge des Pogroms erlassen wurden, waren schwerwiegend. Auch sie gingen, wie aus Goebbels' Tagebuch ersichtlich wird, auf Hitler zurück. Am 10. November 1938, als in zahlreichen Städten das Zerstören, Brandschatzen und Morden fortgesetzt wurde, und Goebbels Hitler Bericht erstattete, äußerte sich Hitler bereits über neue Maßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung: „Der Führer will zu sehr scharfen Maßnahmen gegen die Juden schreiten. Sie müssen ihre Geschäfte selbst wieder in Ordnung bringen. Die Versicherungen zahlen ihnen nichts. Dann will der Führer die jüdischen Geschäfte allmählich enteignen und den Inhabern dafür Papiere geben, die wir jederzeit entwerten können. Im Übrigen hilft sich das Land da schon durch eigene Aktionen. Ich gebe entsprechende Geheimerlasse[204] heraus" (TG, 11.11.1938). Einige dieser Vorstellungen Hitlers wurden zwei Tage später, nach der „Besprechung über die Judenfrage" im Reichsluftfahrtministerium, Gesetz. Ganz offensichtlich hatte Göring, der sich zu Beginn dieser Tagung auf einen Brief von Martin Bormann „im Auftrag des Führers" berief,[205] Weisungen von Hitler erhalten. In der von Göring erlassenen „Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben" war festgelegt, daß Juden die Schäden an ihren Geschäften oder Wohnungen sofort zu beseitigen, die Kosten dafür selbst zu tragen hatten und etwaige Versicherungsansprüche dem Deutschen Reich verfielen.[206] Es war also nicht „Görings Wunsch", daß die geschädigten Juden von ihren Versicherungen

[201] Gruner, Judenverfolgung in Berlin, S. 59; siehe auch Kellerhoff, „Kristallnacht", S. 21f.

[202] Goebbels hielt zur Aktivität der Gauleiter fest: „Alle Gauleiter haben tabula rasa gemacht", TG, 12.11.1938. Vgl. z.B. Kropat, „Reichskristallnacht", S. 113; Graml, Reichskristallnacht, S. 20–25; Adam, Wie spontan, S. 79; Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden, Bd. I, S. 295.

[203] Bis zur Veröffentlichung dieser Tagebuchpassage war davon ausgegangen worden, Goebbels selbst sei über indirekte Appelle zum Handeln nicht hinausgegangen; so z.B. Graml, Reichskristallnacht, S. 25. Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden, Bd. I, S. 294, wies als erster auf diese bedeutende Textstelle des Goebbels-Tagebuchs hin.

[204] Hiermit meinte Goebbels die im Reichsgesetzblatt nicht veröffentlichte Anordnung des Präsidenten der Reichskulturkammer vom 12.11.1938, die Juden den Besuch von Theatern, Kinos, Ausstellungen, Konzerten etc. untersagte; abgedr. in: Walk, Sonderrecht, S. 255. Den Vorteil von derartigen Erlassen gegenüber Gesetzen notierte Goebbels ein Jahr zuvor: „Die Juden setzen wir durch Polizeiverordnungen aus den Kulturveranstaltungen heraus. Ein Gesetz würde zuviel Aufsehen erregen", TG, 3.12.1937.

[205] Stenographische Niederschrift der Besprechung über die Judenfrage bei Göring, 12.11.1938, in: IMG 28, Dok. 1816-PS, S. 499; VEJ, Bd. 2, Dok. 146, S. 408.

[206] Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben, 12.11.1938, RGBl. 1938, Teil I, S. 1581.

keine Mark sehen sollten, wie Kropat in Unkenntnis dieser Tagebuchpassage von Goebbels schrieb, sondern Hitlers Idee,[207] die dahingehend modifiziert wurde, daß die „Versicherungsansprüche von Juden deutscher Staatsangehörigkeit […] zugunsten des Reiches beschlagnahmt" wurden,[208] um der deutschen Versicherungswirtschaft etwaige devisenbringende Rückversicherungsleistungen aus dem Ausland zu ermöglichen. Die vollständige Enteignung jüdischer Unternehmen, die Hitler beabsichtigte, zog sich zwar noch etwas hin, aber die Entfernung der Juden aus dem Wirtschaftsleben wurde durch eine weitere Verordnung Görings vom 12. November entscheidend vorangetrieben. Sie bestimmte, daß Juden zum 1. Januar 1939 der Betrieb von Einzelhandel- oder Versandgeschäften, die selbständige Ausübung eines Handwerks, der Handel auf Märkten und Messen und die Leitung eines Unternehmens verboten wurden.[209] Damit war für Juden beinahe ein vollständiges Gewerbeverbot ausgesprochen und der Wunsch Hitlers verwirklicht, der jüdischen gewerbetreibenden Bevölkerung endgültig ihre Existenzgrundlage zu entziehen. Auch die dritte Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan von diesem Tag, die Juden eine „Sühneleistung" von einer Milliarde Reichsmark auferlegte,[210] ging auf eine Idee Hitlers zurück.[211]

Bei der erwähnten „Besprechung über die Judenfrage" bei Göring am 12. November war auch Goebbels anwesend. Das, was er darüber notierte, entspricht genau dem, was dort der Niederschrift zufolge behandelt wurde und sich später in Form der genannten Verordnungen niederschlug: „Konferenz bei Göring über die Judenfrage. […] Ergebnis: die Juden bekommen eine Kontribution von einer Milliarde auferlegt. Sie werden in kürzester Frist gänzlich aus dem wirtschaftlichen Leben ausgeschieden. Sie können keine Geschäfte mehr betreiben. Bekommen dafür nur Schuldbuchverschreibungen zu 3%. Die Schäden müssen sie selbst decken. Versicherungsbeträge verfallen dem Staate" (TG, 13. 11. 1938). Zu seiner eigenen Rolle hielt Goebbels fest: „Ich vertrete einen radikalen Standpunkt" (TG, 13. 11. 1938). Auch diese Selbsteinschätzung stimmte, denn Goebbels plädierte bei dieser Besprechung dafür, daß Juden besondere Abteile in Zügen zugewiesen werden sollten, daß Juden verboten werden sollte, die allgemeinen Bäder, Erholungsstätten, Parkanlagen und Wälder zu betreten und öffentliche Kinos, Theater und Schulen zu besuchen.[212] Den Entwurf für einen Erlaß zur Entfernung

[207] Kropat, „Reichskristallnacht", S. 128.

[208] Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben, 12. 11. 1938, RGBl. 1938, Teil I, S. 1581; vgl. auch die der Verordnung vorausgehende Debatte bei Göring, Stenographische Niederschrift der Besprechung über die Judenfrage im Reichsluftfahrtministerium, 12. 11. 1938, in: IMG 28, Dok. 1816-PS, S. 500, 511–521; VEJ, Bd. 2, Dok. 146, S. 409f., 417–424. Zu den weiteren antijüdischen Maßnahmen bis Ende 1938, die z. T. Gegenstand dieser Besprechung waren, siehe Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden, Bd. I, S. 302–314; Döscher, „Reichskristallnacht", S. 123–127.

[209] I. Verordnung Zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben, 12. 11. 1938, RGBl. 1938, Teil I, S. 1580.

[210] Verordnung über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit, 12. 11. 1938, RGBl. 1938, Teil I, S. 1579.

[211] Graml, Reichskristallnacht, S. 178.

[212] Stenographische Niederschrift der Besprechung über die Judenfrage bei Göring, 12. 11. 1938, in: IMG 28, Dok. 1816-PS, S. 509–511; VEJ, Bd. 2, Dok. 146, S. 415–417.

der Juden aus Theatern und Kinos hatte Goebbels bereits am Vortag erarbeitet: „Mit Hinkel lege ich eine Verordnung fest, daß die Juden keine Theater und Kinos mehr besuchen dürfen" (TG, 12.11.1938). Am Tag der Konferenz trat diese Verordnung in Kraft.[213] Drei Tage später wurde auch das Verbot für jüdische Kinder erlassen, öffentliche Schulen zu besuchen.[214]

In Berlin waren die Nachwirkungen des Pogroms für die jüdische Bevölkerung noch um einiges schlimmer als im übrigen Reichsgebiet. Zunächst, unabhängig und noch vor der reichsweiten Verordnung über die „Sühneleistung", wurde den Berliner Juden von ihrem Gaupropagandaleiter Werner Wächter – sicher nicht ohne Zustimmung Goebbels' – eine Zwangsabgabe in Höhe von fünf Millionen RM auferlegt. Im Sprachgebrauch der Berliner Nationalsozialisten handelte es sich hierbei um eine „freiwillige Spende" als „Wiedergutmachung der Glasschäden Berlins", die in den sogenannten Scherbenfonds floß, aus dem das Staatsbegräbnis Raths finanziert wurde und die Berliner NSDAP-, SA- und SS-Formationen für ihren, wie es hieß, „tagelangen Einsatz, auch nachts", große Summen erhielten.[215] Goebbels hielt über diese Sonderabgabe für Berliner Juden in seinem Tagebuch fest: „In Berlin ist in der Nacht alles ruhig geblieben. Die Juden haben sich bereiterklärt, für die Schäden der Tumulte aufzukommen. Das macht in Berlin allein 5 Millionen Mk. Das ist ein guter Aderlaß" (TG, 12.11.1938). Zwei Wochen später nannte Goebbels in seinem Tagebuch auch, wer die Gelder der Berliner Juden eintrieb, was er in der ersten Notiz nicht getan hatte: „Wächter hat die Berliner Juden sehr geschröpft. Mehr Geld hereingenommen als gebraucht wird. Der Rest geht in die Hände des Reiches" (TG, 23.11.1938). Dieses Notat von Goebbels deutet darauf hin, daß Wächter nicht eigenmächtig gehandelt hatte, sondern im Auftrag Goebbels', der den Juden offensichtlich soviel Geld abnehmen wollte, wie für die Bezahlung von Begräbnis und Tätern „gebraucht" wurde. Be-

[213] Anordnung des Präsidenten der Reichskulturkammer, 12.11.1938, in: Walk, Sonderrecht, S. 255. „Ich gebe Verordnung heraus, daß Juden Besuch von Kinos und Theatern verboten ist. Das war notwendig und zweckmäßig", TG, 13.11.1938. Eine solche Verordnung war schon lange geplant worden, denn bereits Ende 1937 hielt Goebbels fest: „Führer gibt mir Auftrag […] zu einem Gesetzentwurf, daß Juden keine deutschen Theater- und Kulturveranstaltungen mehr besuchen dürfen", TG, 26.11.1937; vgl. auch TG, 3.12.1937, zit. auf S. 350, Anm. 204 dieser Studie.

[214] Erlaß des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 15.11.1939, in: Walk, Sonderrecht, S. 256. Bei der Notiz über den Erlaß Bernhard Rusts beging Goebbels allerdings einen Fehler, denn er hielt fest: „Rust verbietet den Juden das Studium an den Universitäten", TG, 15.11.1938. Tatsächlich betraf dieses Verbot jedoch die jüdischen Schülerinnen und Schüler; das Verbot, Universitäten zu besuchen, erfolgte am 8.12.1938; vgl. Metzger, Kristallnacht, S. 12.

[215] Vgl. Meyer, „Arisiert" und ausgeplündert, S. 83, 87, Anm. 26, 29, die sich auf einen Aufsatz von Hans-Erich Fabian beruft, der am 8.11.1946 in der Zeitschrift „Der Weg. Zeitschrift für Fragen des Judentums" erschien. Wegen der hohen Summe, die innerhalb weniger Tage aufgetrieben wurde, und Belegen, daß zwei Angehörige einer jüdischen Unternehmerfamilie am 19.11.1938 allein 850 000 RM zahlen mußten, dürfte zu schließen sein, daß sich der Spendenfonds vor allem aus Geldern von Geschäftsleuten zusammengesetzt hat. Wie diese Erpressungen vollzogen wurden, schrieb die Autorin nicht und scheint noch unerforscht. In den einschlägigen Werken zum Novemberpogrom findet sich zumeist nicht einmal ein Hinweis auf die Berliner Sonderabgabe.

reits am 10. November, nach dem Gespräch mit Hitler, hatte Goebbels in sein Tagebuch geschrieben: „Die Juden sind am Ende doch sehr dumm. Und sie müssen ihre eigenen Fehler teuer bezahlen" (TG, 11. 11. 1938). Goebbels sah in dem Attentat des verzweifelten Heranwachsenden Grynszpan also offenbar eine Aktion des „Weltjudentums", welches die Kosten-Nutzen-Bilanz des Anschlags falsch eingeschätzt habe, da es mit einer solchen Reaktion des NS-Regimes nicht gerechnet habe. Es ist wahrscheinlich, daß Goebbels das Vorgehen in Berlin am 10. November mit Hitler, den er mittags und abends traf, abgestimmt hatte. Es war noch vor Görings Verordnung über die „Sühneleistung" und Goebbels' Rückkehr nach Berlin beschlossen worden.

„In Berlin tuen [!] wir mehr als im übrigen Reich. Das ist auch nötig, weil hier so viele Juden sitzen", (TG, 22. 11. 1938) schrieb Goebbels zwei Wochen nach dem Pogrom in sein Tagebuch. Vom Ehrgeiz besessen, eine Vorreiter-Rolle zu spielen, überlegte Goebbels mit dem Berliner Polizeipräsidenten Helldorf weitere antijüdische Maßnahmen, wie schon im Frühjahr 1938: „Helldorff [!] verbietet den Juden in Berlin bestimmte Straßen und Stadtviertel. Der Judenbann ist da" (TG, 4. 12. 1938), hielt Goebbels über die Anordnung Helldorfs vom 3. Dezember 1938 fest. Diese untersagte Juden die Begehung bestimmter Zonen im Bereich der Wilhelmstraße, der Voßstraße und Unter den Linden sowie den Besuch von Kulturveranstaltungen, Museen, Sportplätzen, Badeanstalten, Ausstellungen etc.[216] Offenbar hatten Goebbels und Helldorf bereits angeregt, diese Anordnung sogleich auf das Reich zu übertragen, was Hitler Goebbels zufolge allerdings abgelehnt habe: „Gestern: der Führer ist mit dem von Helldorff [!] verkündeten Judenbann nicht einverstanden. Jedenfalls soll er nicht über Berlin hinaus ausgedehnt werden" (TG, 6. 12. 1938). Die „Judenpolitik", das zeigt sich mehr und mehr, war im Dritten Reich dem „Führer" vorbehalten.

Aber auch auf Reichsebene hatten die Entrechtung und Verfolgung der Juden schlagartig zugenommen. Neben den zahlreichen Bestimmungen zur Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben und den sogenannten Sühneleistungen für den Mord an vom Rath erwähnte Goebbels bis Ende 1938 noch einige weitere antijüdische Maßnahmen. „Die Juden dürfen am Samstag, dem ‚Tag der nationalen Solidarität' ihre Häuser nicht verlassen" (TG, 30. 11. 1938), schrieb Goebbels korrekt über eine Anordnung Himmlers zum 3. Dezember 1938.[217] Im Tagebucheintrag über den „Tag der Nationalen Solidarität" notierte Goebbels: „Himmler entzieht ihnen [den Juden, d. V.] die Erlaubnis, Kraftfahrzeuge zu halten. So geht eins nach dem andern. Wir werden nicht locker lassen, bis wir sie heraushaben" (TG, 4. 12. 1938).[218] Die Vertreibung der jüdischen Bevölkerung wurde nun noch stärker forciert. Andere innenpolitische Fragen wie beispielsweise die Auseinan-

[216] Vgl. Gruner, Judenverfolgung in Berlin, S. 60; Walk, Sonderrecht, S. 262.
[217] Anordnung des RFSSuCdDP, 29. 11. 1938; Anordnung des Chefs der Sicherheitspolizei, 2. 12. 1938, in: Walk, Sonderrecht, S. 260f.
[218] Erlaß des RFSSuCdDP, 3. 12. 1938, in: Ebenda, S. 262.

dersetzung mit den christlichen Kirchen mußten demgegenüber, wie Goebbels überliefert, zurückgestellt werden.[219]

Auch vor ausländischen Regierungsmitgliedern brachte Hitler seinen „Entschluß" deutlich zum Ausdruck, das Judentum im Reichsgebiet auszulöschen.[220] Gegenüber dem tschecho-slowakischen Außenminister František Chvalkovský äußerte Hitler dem Gesprächsprotokoll zufolge, welches alles in indirekter Rede im Konjunktiv wiedergibt: „Die Juden würden bei uns vernichtet."[221] Damit brachte Hitler schon vor seiner berüchtigten Reichstagsrede vom 30. Januar 1939 und bedingungslos zum Ausdruck, daß er die Auslöschung des Judentums in Deutschland beabsichtigte. In der Reichstagsrede hatte Hitler die „Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa" für den Fall vorausgesagt, daß es „dem internationalen Finanzjudentum inner- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen".[222] Goebbels, der die Rede im Reichstag mitverfolgt hatte und „ganz hingerissen" (TG, 31.1.1939) war, erwähnte diese Androhung der Vernichtung des Judentums nicht in seinem Tagebuch, möglicherweise hielt er sie für phantasievolles Drohgeschwätz. Während des Krieges jedoch, als ihn nach und nach Informationen über den Massenmord am jüdischen Volk erreichten, bezog er sich immer wieder auf diese Rede und notierte, daß sich die Prophezeiung Hitlers nun erfülle.[223]

5. Die Goebbels-Tagebücher als Quelle für die Geschichte des Novemberpogroms

Die Rolle Hitlers

Alle wesentlichen antisemitischen Maßnahmen bis November 1938 und auch Verbote antijüdischer Ausschreitungen, wie im Jahre 1936, als Tausende ausländischer Gäste die olympischen Winter- und Sommerspiele in Deutschland besuchten, gingen auf eine Entscheidung Hitlers zurück oder fanden zumindest seine Zustimmung. Viele folgenschwere Gesetze und Verordnungen gegen die jüdische Bevölkerung trugen Hitlers Unterschrift.[224] Auch billigte Hitler im Jahre 1938 alle

[219] „Kerrl will einen neuen Streit in der Kirche anfangen. Den können wir aber jetzt nicht gebrauchen. Erst muß die Judenfrage durchgepaukt werden", TG, 30.11.1938; „Kerrl macht wieder lauter Dummheiten. Faselt von einer neuen evangelischen Synode. Er hat ein seltenes Talent, die Dinge, sobald sie sich etwas beruhigt haben, wieder anzurühren. Der Führer gibt ihm den Befehl, abzustoppen. Wir werden jetzt zuerst einmal die Judenfrage lösen", TG, 8.12.1938.

[220] Aufzeichnung über Unterredung Hitlers mit Józef Beck, 5.1.1939, in: ADAP, D 5, Dok. 119, S. 130f.

[221] Aufzeichnung über Unterredung Hitlers mit Chvalkovský, 21.1.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 158, S. 170.

[222] Reichstagsrede Hitlers, 30.1.1939, in: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 460, S. 16.

[223] Vgl. TG, 20.6.1941, 11.8.1941, 19.8.1941, 13.12.1941, 27.3.1942, 29.4.1942, 14.12.1942, 3.1.1943, 11.4.1943.

[224] Beispielsweise das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7.4.1933, das „Gesetz gegen jüdische Rechtsanwälte" vom 7.4.1933, das „Gesetz gegen

von Goebbels vorgeschlagenen und äußerst brutalen Maßnahmen gegen die Juden in Berlin. Erscheint es angesichts einer so „konsequent" antisemitischen Politik des „Führers" glaubwürdig, wenn einige Adjutanten und Mitarbeiter Hitlers oder SS-Führer nach dem Krieg behaupteten, Hitler sei über den Novemberpogrom überrascht oder entsetzt gewesen?[225] Derartige Aussagen sind allein schon durch den Bericht des Obersten Parteigerichts der NSDAP zu widerlegen. Ausdrücklich heißt es darin, Hitler habe, nachdem er von Goebbels über die Ausschreitungen in Kurhessen und Magdeburg-Anhalt informiert worden war, „auf seinen [Goebbels', d.V.] Vortrag entschieden", daß derartigen Demonstrationen „nicht entgegenzutreten" sei.[226] Die Goebbels-Tagebücher bestätigen die Annahme, Hitler habe die Ausschreitungen nicht verhindern wollen. Sie belegen sogar, daß Hitler eine Fortsetzung und Ausweitung der Gewalt befahl: „Ich trage dem Führer vor. Er bestimmt: Demonstrationen weiterlaufen lassen. Polizei zurückziehen. Die Juden sollen einmal den Volkszorn zu verspüren bekommen" (TG, 10.11.1938). Darüber hinaus geht aus den Tagebüchern aber auch hervor, daß Hitler von Goebbels eine Vollzugsmeldung einforderte und im nachhinein sehr zufrieden über den Pogrom war (TG, 11.11.1938). Ferner belegen die Goebbels-Tagebücher, daß die Verhaftung der ca. 30000 Juden von Hitler veranlaßt wurde (TG, 10.11.1938) und er bereits am Mittag nach der Pogromnacht weitere Schritte in Richtung einer Vernichtung der jüdischen wirtschaftlichen Existenzen plante (TG, 11.11.1938), von denen Goebbels (TG, 12.11.1938) und Göring (TG, 13.11.1938) einige sofort in die Tat umsetzten. Eine Idee Hitlers hingegen wurde erst Jahre später restlos verwirklicht: „Dann will der Führer die jüdischen Geschäfte allmählich enteignen und den Inhabern dafür Papiere geben, die wir jederzeit entwerten können" (TG, 11.11.1938). Hitler gab also die Befehle, nach denen das Eigentum der jüdischen Bevölkerung zerstört, die Juden verhaftet und deren übriggebliebenes Kapital eingezogen werden sollte.

Wahrscheinlich beauftragte Hitler darüber hinaus seine ältesten und treuesten Gefolgsleute, die 1923 den „Stoßtrupp Hitler" gebildet hatten, ganz konkrete, symbolträchtige Ziele der jüdischen Bevölkerung zu zerstören. Die Notate von Goebbels in seinem Tagebuch legen nahe, daß Mitglieder dieses Traditionsverbandes die Ohel-Jakob-Synagoge in der Herzog-Rudolf-Straße in München verwüstet und in Brand gesteckt haben (TG, 10.11.1938). Daß diese „alten Kämpfer" losgezogen wären, ohne sich zuvor Hitlers Rückendeckung zu versichern, ist undenkbar. Die Rolle des „Stoßtrupps Hitler" bei der Reichspogromnacht bedarf weiterer Erforschung. Gründe für dieses Forschungsdefizit könnten sein, daß dieser Verband nach 1924 als nicht mehr existent galt, daß er im Zusammenhang mit den antisemitischen Ausschreitungen in keiner anderen Quelle genannt wird und daß bisher davon ausgegangen wurde, all die Versammlungsteilnehmer hätten pro-

die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen" vom 25.4.1933, das „Reichserbhofgesetz" vom 29.9.1933, das „Schriftleitergesetz" vom 4.10.1933, das „Reichsbürgergesetz" und das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre", beide vom 15.9.1935, und die vielen Nachfolgeverordnungen zum Reichsbürgergesetz.

225 Siehe hierzu Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 209 und S. 1130f., Anm. 110–115.

226 Bericht des Obersten Parteigerichts an Göring vom 13.2.1939, in: IMG 32, Dok. 3063-PS, S. 21.

grammgemäß[227] an der Vereidigung der SS-Rekruten am Odeonsplatz zwischen Mitternacht und 1 Uhr morgens teilgenommen – in der Zeit, in der die Synagoge angezündet wurde. Daß Goebbels diese Truppe viermal erwähnte, während er über die Rolle der SA gar nichts notierte, verweist auf die Bedeutung der „alten Kämpfer" für die antijüdische Gewalt in München.

Goebbels' Antisemitismus

Joseph Goebbels war keineswegs Antisemit aus „Opportunismus",[228] wie lange Zeit angenommen wurde.[229] Claus-Ekkehard Bärsch und Ulrich Höver haben auf der Basis der Goebbels-Tagebücher nachgewiesen, daß Goebbels längst einen radikalen Judenhaß entwickelt hatte, ehe er im Frühjahr 1925 zur NSDAP stieß.[230] Bereits vor 1933 hatte Goebbels sich intensiv damit beschäftigt, wie die sich ihm stellende „Judenfrage" zu lösen wäre. In den Umkreis seiner Erwägungen gehörten der Ausschluß der Juden aus dem öffentlichen Leben, die Vertreibung der Juden aus Deutschland, antisemitische Pogrome und eine vage formulierte, als Andeutung der Vernichtung zu interpretierende „Beseitigung" der Juden überhaupt.[231] Als David Frankfurter am 4. Februar 1936 den NSDAP-Landesleiter in der Schweiz, Wilhelm Gustloff, erschossen hatte, wollte Goebbels antisemitische Ausschreitungen organisieren. Er hatte im Anschluß an die Todesnachricht in sein Tagebuch notiert: „Das wird den Juden teuer zu stehen kommen. Wir machen größere Aktionen dagegen" (TG, 6. 2. 1936). Nach einer Unterredung zwischen Goebbels und Hitler blieb damals angesichts der zwei Tage später von Hitler zu eröffnenden olympischen Winterspiele ein Pogrom aus. Aber der Gedanke daran war auch 1936 vorhanden. Bei der Lektüre von Emil Ludwigs „Der Mord in Davos" notierte Joseph Goebbels den Wunsch in sein Tagebuch, das Judentum zu vernichten: „Da kann man Antisemit werden, wenn man es nicht schon wäre. Diese Judenpest muß ausradiert werden. Ganz und gar. Davon darf nichts übrig bleiben" (TG, 6. 11. 1936). Die Idee, dem Mord an Gustloff 1936 antijüdische Pogrome folgen zu lassen, scheint in nationalsozialistischen Kreisen weit verbreitet gewesen zu sein. Daher sah sich der Stellvertreter des Führers veranlaßt, in einer Anordnung darauf hinzuweisen, daß „Einzelaktionen gegen Juden […] unbedingt zu unterbleiben haben".[232]

[227] Auf der Einladungskarte zum „Gesellige[n] Beisammensein der Führerschaft der NSDAP" im Festsaal des Alten Rathauses am Abend des 9. 11. 1938 war als Anschlußveranstaltung folgendes vorgesehen: „Anschließend Teilnahme an der Vereidigung der SS an der Feldherrnhalle". StadtAM, Bürgermeister und Rat, Nr. 458/3 (als Faksimile abgedr. in: Heusler/Weger, „Kristallnacht", S. 46).

[228] So auch Höver, Goebbels, S. 148–151, 173–179, 403.

[229] Heiber, Goebbels, S. 315 f. und S. 75. Ähnlich Stephan, Goebbels, S. 184, und Fest, Gesicht, S. 133 f.; Fest, Portraitskizze, S. 574.

[230] Vgl. Bärsch, Katastrophenbewußtsein, S. 125–151, v. a. S. 138–141, 145–149; Höver, Goebbels, S. 148–152.

[231] Vgl. Höver, Goebbels, S. 173–179.

[232] Anordnung Nr. 17/36 des Stellvertreters des Führers, Rudolf Heß, 5. 2. 1936, streng vertraulich, an alle Reichsstatthalter, Landesregierungen, Preußischen Oberpräsidenten und Polizeibehörden, Gauleitungen. Die Gauleitungen wurden aufgefordert, „sämtli-

Seit dem „Anschluß" Österreichs an das Deutsche Reich verfolgte Goebbels das „ehrgeizige Ziel", aus der Reichshauptstadt die jüdische Bevölkerung ähnlich rasch zu verdrängen, wie es Hitler in Wien zu tun beabsichtigte. Die antisemitischen Maßnahmen, die Goebbels zusammen mit Helldorf in der Folgezeit für Berlin ersann und die im Mai 1938 in einer Denkschrift zusammengefaßt wurden, beinhalteten viele der radikalen Forderungen, die Goebbels auf der „Besprechung über die Judenfrage" am 12. November 1938 wiederholte, beispielsweise, Juden den Zutritt zu Parkanlagen zu verwehren oder Juden besondere Abteile in Zügen zuzuteilen.[233] Bereits im Frühsommer 1938 hatte Goebbels in Berlin nach Absprache mit Hitler Tausende von Juden verhaften und in Konzentrationslager einliefern lassen. Damals schon waren in Berlin parallel zu den Festnahmen jüdische Geschäfte und Synagogen beschädigt worden, und jüdischen Ladenbesitzern hatte man auferlegt, daß sie „ihre Geschäfte wieder selbst säubern" sollten (TG, 22. 6. 1938). Zu Recht hatte Saul Friedländer die Berliner Ereignisse als „Probe im kleinen Rahmen" bezeichnet.[234] Ab Juli 1938 wandte der Berliner Polizeipräsident Helldorf im Einvernehmen mit Goebbels die „Richtlinien für die Behandlung von Juden und Judenangelegenheiten" in der Reichshauptstadt an, die keinen anderen Zweck hatten, als die jüdische Bevölkerung zu schikanieren. Goebbels' Antisemitismus hatte also bereits im Sommer 1938 die Schwelle überschritten, die als „Rückfall in die Barbarei"[235] bezeichnet wurde.

Es bedurfte keiner Baarova-Affäre, um bei Goebbels die Bereitschaft zu schaffen, mit brutalen, terroristischen Methoden gegen die jüdische Minderheit vorzugehen. Das von Hitler erzwungene Ende von Goebbels' Affäre mit der tschechischen Schauspielerin Lida Baarova im Herbst 1938 spielt für die Novemberpogrome nicht die geringste Rolle.[236] In den Tagebüchern von Goebbels findet sich kein einziger Hinweis darauf, daß Goebbels das Gefühl gehabt habe, er müsse sich bei Hitler rehabilitieren, da er im Vorfeld des geplanten Angriffs auf die Tschechoslowakei ausgerechnet mit einer Tschechin liiert war. Auch die neuerdings von Peter Longerich vertretene These, Goebbels habe wegen seiner von Hitler abweichenden Auffassung auf dem Höhepunkt der Sudetenkrise nun in der „Judenfrage" Gewaltbereitschaft demonstrieren wollen, wird durch die Tagebücher nicht gestützt.[237] Goebbels war Antisemit „aus Instinkt und aus Verstand", wie er bereits im Frühjahr 1924 im Tagebuch festhielt (TG, 10. 4. 1924). Daher wollte er auch gleich nach dem Mord an Wilhelm Gustloff „größere Aktionen" gegen das Juden-

chen untergeordneten Parteidienststellen sofort telefonisch oder telegraphisch den Inhalt dieses Runderlasses zur Kenntnis zu geben". Österreichisches Staatsarchiv, AdR, 04: Inneres/Justiz, Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, Bürckel/Materie, Mappe 4210, Karton 192.

233 Gruner, Denkschrift, S. 334, 336; Stenographische Niederschrift der Besprechung über die Judenfrage bei Göring, 12. 11. 1938, in: IMG 28, Dok. 1816-PS, S. 509–511; VEJ, Bd. 2, Dok. 146, S. 415–417.

234 Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden, Bd. I, S. 284.

235 Benz, Rückfall in die Barbarei, S. 13.

236 Die gegenteilige These vertreten u. a. Heiber, Goebbels, S. 280; Graml, Reichskristallnacht, S. 176; Adam, Wie spontan, S. 91; Meissner, Magda Goebbels, S. 235; Longerich, Goebbels, S. 394; und Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 205.

237 Longerich, Goebbels, S. 394, 396 f.

tum beginnen (TG, 6.2.1936), die infolge der stattfindenden olympischen Winterspiele in Garmisch-Partenkirchen ausblieben. Außerdem hatte Goebbels durch seine erwähnten Aktionen im Frühsommer 1938 in Berlin bewiesen, daß ihm Pogrome grundsätzlich als geeignetes Mittel erschienen, um die jüdische Bevölkerung aus dem Reich zu vertreiben. Schon Tage vor dem Grynszpan-Attentat war Hitler zu Goebbels, wie dieser vermerkte, „besonders nett" (TG, 5.11.1938). Die Baarova-Affäre steht also in keinem Zusammenhang mit der Hetzrede von Goebbels am 9. November 1938, denn Goebbels hätte jederzeit auf Anweisung Hitlers oder bei seiner Billigung Pogrome in Gang gesetzt, die auch ihm, besonders in Berlin, ureigenes Anliegen waren.

Zum Zweck des Pogroms

Die Tagebücher von Joseph Goebbels ermöglichen die Klärung der Urheberschaft des Pogroms und die Benennung einiger Anstifter und Täter. Daneben liefern sie auch konkrete Hinweise auf die Motivation für die Pogrome: Die Anfang 1933 einsetzende, schrittweise Entrechtung der Juden im Dritten Reich und die antisemitischen Ausschreitungen führten zu immer neuen Emigrationswellen der in Deutschland lebenden Juden. Als gegen Ende des Jahres 1937 die Zahl der jüdischen Emigranten stagnierte, sich die potentiellen Einwanderungsländer im Juli 1938 auf einer Konferenz in Evian dagegen wehrten, die Immigrationsquoten für Juden zu erhöhen, waren sich die zuständigen Behörden wie Gestapo und SD des Scheiterns der bisherigen „Judenpolitik" bewußt.[238] Möglicherweise besann sich die NS-Führung deshalb Anfang November 1938 auf ein Memorandum „Zum Judenproblem" von 1937, das von Adolf Eichmann als Experte der jüdischen „Auswanderung" verfaßt worden war. „Das wirksamste Mittel" zur „Entjudung Deutschlands", so hieß es dort, sei „der Volkszorn", da „der Jude […] nichts so fürchtet als eine feindliche Stimmung, die sich jederzeit spontan gegen ihn wenden kann".[239] Lange vor und einige Zeit nach dem Novemberpogrom war die Vertreibung der Juden aus dem Deutschen Reich das Hauptziel nationalsozialistischer „Judenpolitik".[240] Drei Tage nach dem Pogrom erläuterte Reinhard Heydrich auf der Konferenz bei Göring, das „Grundproblem" bestehe darin, die Juden aus Deutschland herauszubekommen und dies sei durch die Entfernung der Juden aus dem Wirtschaftsleben nicht zu lösen.[241] Auch in den Goebbels-Tagebüchern finden sich zahlreiche Belege dafür, daß die antisemitischen Maßnahmen in erster Linie dem Zweck dienten, die jüdische Minderheit aus dem Staat zu treiben. Ende November 1937 hatten Goebbels und Hitler über die Vertreibung der Juden gesprochen, wobei Hitler sich „entschlossen" zeigte, die Juden „aus Deutschland, ja

[238] Vgl. Wildt, Judenpolitik des SD, S. 57f.; Longerich, Politik, S. 134, 170; Herbert, Best, S. 214; Kropat, „Reichskristallnacht", S. 27; zur Konferenz von Evian siehe Kieffer, Judenverfolgung, S. 155–324.

[239] Memorandum „Zum Judenproblem", Januar 1937, vermutlich von Adolf Eichmann verfaßt, in: Wildt, Judenpolitik des SD, Dok. 9, S. 96, 99.

[240] So auch Longerich, Befehl, S. 57, 70.

[241] Stenographische Niederschrift der Besprechung über die Judenfrage bei Göring am 12.11.1938, in: IMG 28, Dok. 1816-PS, S. 532; VEJ, Bd. 2, Dok. 146, S. 431.

aus ganz Europa" zu entfernen (TG, 30.11.1937). Im Frühsommer 1938 hatte Goebbels mit Zustimmung Hitlers und in Zusammenarbeit mit Helldorf in Berlin versucht, durch besonders schikanöse Maßnahmen die Reichshauptstadt ethnisch zu säubern, also „judenrein" (TG, 19.6.1938) zu machen.[242] Während der „Juni-Aktion" in Berlin notierte Goebbels: „Nicht Gesetz ist die Parole sondern Schikane. Die Juden müssen aus Berlin heraus" (TG, 11.6.1938). Über die 76 schikanösen „Richtlinien für die Behandlung von Juden und Judenangelegenheiten", die Helldorf im Juli 1938 für Berlin ausarbeiten ließ, hielt Goebbels fest: „Die sind nun wirklich rigoros und umfassend. Auf diese Weise treiben wir die Juden in absehbarer Zeit aus Berlin heraus" (TG, 27.7.1938). Vier Wochen vor dem Pogrom ließ sich Goebbels von Helldorf über die Fortführung der „Judenaktion" in Berlin berichten und erfuhr, daß die Juden „nun allmählich" Berlin verließen (TG, 12.10.1938). Am Morgen nach der Reichskristallnacht, als Goebbels die von Hitler angeordnete Verhaftung von „25–30000 Juden" in sein Tagebuch notierte, fügte er hinzu: „Das wird ziehen. Sie sollen sehen, daß nun das Maß unserer Geduld erschöpft ist" (TG, 10.11.1938). Dem Ziel der Vertreibung entsprechend wurden die Festgenommenen auch nur gegen die Erklärung freigelassen, das Reichsgebiet binnen kurzer Frist zu verlassen.[243] Auch nach dem Pogrom notierte Goebbels mehrmals in sein Tagebuch, daß das Ziel der antijüdischen Politik in der Entfernung der Juden aus dem Reich bestand: „Wir werden nicht locker lassen, bis wir sie heraushaben", schrieb Goebbels am Tag nach der Verkündung des „Judenbanns" um das Berliner Regierungsviertel am 3. Dezember 1938 (TG, 4.12.1938).

Neben diesem Hauptmotiv der Vertreibung überliefert Goebbels jedoch noch weitere Beweggründe: Zum einen sollte Rache genommen werden für die tödlichen Schüsse auf den deutschen Diplomaten Ernst vom Rath: „Diesen feigen Mord dürfen wir nicht unbeantwortet lassen" (TG, 10.11.1938), notierte Goebbels als Parole, mit der er die Bedenken einiger Parteigenossen auszuräumen versuchte. Zum anderen nennt Goebbels das Motiv der Abschreckung vor weiteren Attentaten: „Dieser Tote kommt dem Judentum teuer zu stehen. Die lieben Juden werden es sich in Zukunft überlegen, deutsche Diplomaten so einfach niederzuknallen. / Und das war der Sinn der Übung" (TG, 10.11.1938). Nicht zuletzt aus Furcht vor etwaigen jüdischen Attentaten ließ der Berliner Polizeipräsident Helldorf „die Juden gänzlich entwaffnen" (TG, 10.11.1938), eine Maßnahme, die bereits vor den Schüssen auf vom Rath eingeleitet worden war, und ordnete am 3. Dezember 1938 den erwähnten „Judenbann" (TG, 4.12.1938) in Berlin an.[244]

Auch ließen sich mit der angeblich zutage getretenen Empörung der deutschen Bevölkerung weitere antijüdische Verordnungen begründen, so wie Göring dies

[242] Vgl. Gruner, Judenverfolgung in Berlin, S. 50–53.

[243] Vgl. Longerich, Politik, S. 206f.

[244] Diese Berliner Bestimmung eines Waffenverbots für Juden wurde am 11.11.1938 durch eine Verordnung des Reichsinnenministers auf das gesamte Reichsgebiet ausgeweitet; RGBl. 1938, Teil I, S. 1573; Gruner, Judenverfolgung in Berlin, S. 58; Walk, Sonderrecht, S. 253. Zum „Judenbann" siehe Gruner, Judenverfolgung in Berlin, S. 60; Walk, Sonderrecht, S. 262; Verordnung über das Auftreten der Juden in der Öffentlichkeit, 28.11.1938, RGBl. 1938, Teil I, S. 1676.

am 12. November 1938 tat.[245] Vor allem Finanzminister Lutz Schwerin von Krosigk und Wirtschaftsminister Walther Funk hatten bislang in bezug auf die „Arisierung" der Wirtschaft und deren Tempo eine andere Position vertreten als Hitler, Göring und Goebbels.[246] Daher schrieb Goebbels am Morgen nach dieser Konferenz im Reichsluftfahrtministerium in sein Tagebuch: „Die radikale Meinung hat gesiegt" (TG, 13.11.1938). Die vom NS-Regime entfachte Gewalt der Parteigliederungen sollte also auch den Druck auf die Bürokratie erhöhen, durch weitere antijüdische Maßnahmen dem „Volkswillen" Rechnung zu tragen.[247] Die besonders rabiaten Antisemiten hofften nun auf verstärkte Berücksichtigung ihrer Vorstellungen und damit auf einen Machtgewinn.[248] Auch in sozialer Hinsicht wurde die Ausschaltung des Judentums nun erheblich intensiviert, beispielsweise durch das Verbot für jüdische Kinder und Jugendliche, staatliche Schulen besuchen zu können. Goebbels hatte dieses am 12. November 1938 angeregt, nur drei Tage später wurde es Gesetz.[249]

Wenn diese Zielsetzung der Vertreibung der jüdischen Bevölkerung im Kontext der nationalsozialistischen Außenpolitik und der Kriegsvorbereitung betrachtet wird, erscheint sie als konsequente Umsetzung der von Hitler in „Mein Kampf" dargelegten Gedanken. Darin hatte er geäußert, „daß, ehe man äußere Feinde besiegt, erst der Feind im eigenen Inneren vernichtet werden muß. […] Sowie auch nur der Schatten einer Niederlage über ein im Innern nicht von Feinden freies Volk streicht, wird dessen Widerstandskraft zerbrechen und der Gegner endgültig Sieger werden".[250] Wenige Wochen vor dem Pogrom hatte Hitler Goebbels seinen „Entschluß, einmal die Tschechei zu vernichten", mitgeteilt (TG, 3.10.1938). Noch vor dem Pogrom hatte der Oberbefehlshaber der Wehrmacht die entsprechende Weisung hierzu erlassen. Noch vor der „Reichskristallnacht" drängte Ribbentrop im Auftrag Hitlers gegenüber Warschau auf die Rückgabe Danzigs und die Einrichtung eines exterritorialen Korridors durch den Korridor nach Ostpreußen. Die Vertreibung der Juden und die damit erreichte Beseitigung vermeintlich oppositioneller Kräfte war aus nationalsozialistischer Perspektive eine Maßnahme der Kriegsvorbereitung. Zugleich dürfte der Novemberpogrom, aber dies wäre noch zu untersuchen, den besonders fanatischen Nationalsozialisten, die im September 1938 einen militärischen Konflikt erwartet hatten, als Plattform ihres Aggressionsabbaus gedient haben, gewissermaßen als Ersatzkrieg im kleinen.[251] In München war Hitler demonstriert worden, daß er vorläufig von den West-

[245] Stenographische Niederschrift der Besprechung über die Judenfrage bei Göring, 12.11.1938, IMG 28, Dok. 1816-PS, S. 500; VEJ, Bd. 2, Dok. 146, S. 409.
[246] Vgl. Kieffer, Judenverfolgung, S. 321.
[247] Wildt, Volksgemeinschaft, 2008, S. 76.
[248] Vgl. Wildt, Judenpolitik des SD, S. 58.
[249] Stenographische Niederschrift der Besprechung über die Judenfrage bei Göring, 12.11.1938, in: IMG 28, Dok. 1816-PS, S. 511; VEJ, Bd. 2, Dok. 146, S. 417; Erlaß des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 15.11.1938, in: Walk, Sonderrecht, S. 256.
[250] Hitler, Mein Kampf, S. 775.
[251] So auch Steinweis, Kristallnacht, S. 14; Wildt, Volksgemeinschaft, 2008, S. 82, interpretiert die Novemberpogrome „als aggressive Entladung der angespannten Kriegsfurcht".

mächten nichts zu befürchten hatte. Wenn diese nicht zugunsten eines bedrohten, souveränen Staates einschritten, konnte davon ausgegangen werden, daß die antijüdischen Aktionen außer einigen Protesten keine politischen Folgen haben würden. In der Tat, nur drei Wochen später verständigten sich die französische Regierung und das NS-Regime am 6. Dezember 1938 in einer gemeinsamen Erklärung auf „friedliche und gutnachbarliche Beziehungen", eine gegenseitige Anerkennung der Grenzen und auf eine gemeinsame Beratung in interessierenden Fragen.[252]

[252] Deutsch-Französische Erklärung, 6. 12. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 369.

V. Die Desintegration des tschechoslowakischen Staates und die weitere außenpolitische Entwicklung bis Sommer 1939

1. Umsetzung und Folgen des Münchener Abkommens

Die Umsetzung des Abkommens und die Eingliederung der sudetendeutschen Gebiete

Das Münchener Abkommen legitimierte und regelte die deutsche Besetzung des Sudetenlandes. Dazu waren im Vertragstext vier Zonen festgelegt worden, in die deutsche Truppen etappenweise zwischen 1. und 7. Oktober 1938 einrücken durften. Ein Internationaler Ausschuß, bestehend aus den vier Signatarmächten und der Tschechoslowakei, sollte festlegen, welche weiteren überwiegend deutschsprachigen Gebiete von der Wehrmacht bis zum 10. Oktober zu besetzen wären.[1] In diesen sollten internationale Truppen stationiert werden und eine Volksabstimmung über die Staatszugehörigkeit bis spätestens Ende November 1938 stattfinden. Außerdem sollte der Internationale Ausschuß den Verlauf der endgültigen Staatsgrenzen festlegen. Dies hatte Goebbels korrekt im Tagebuch beschrieben.[2] Zum beginnenden Einmarsch am 1. Oktober 1938 notierte er Äußerungen der Freude („Welch ein Tag! Welch ein glücklicher Tag!", TG, 2. 10. 1938), das Vorrücken deutscher Truppen „bis zur Moldau" (TG, 3. 10. 1938) und die Feststellung, daß die Besetzung „planmäßig" (TG, 3. 10. 1938) und „programmgemäß" (TG, 4. 10. 1938) verlaufen sei und sich „keinerlei Zwischenfälle" (TG, 4. 10. 1938) ereignet hätten.[3] Hitler hatte dem OKW die Weisung erteilt, den Einmarsch „derart vorzusehen, daß aus ihm jederzeit in die Operation ‚Grün' übergegangen wer-

[1] Zu den weiteren Gebieten außerhalb der vier Zonen gehörte beispielsweise das Hultschiner Ländchen, das „bis zum 10. Oktober" (TG, 2. 10. 1938) zu besetzen war. Vgl. auch Aufzeichnung Stechows über Gespräch mit drei Vertretern des Hultschiner Ländchens am 4. 10. 1938, PA/AA, R 29769, Fiche 1183, Bl. 75668.

[2] „Die Modalitäten werden noch einem internationalen Ausschuß überantwortet. Internationale Formationen in den noch strittigen Gebieten. Abstimmung bis Ende November. Festlegung der Grenzen durch alle Mächte", TG, 30. 9. 1938.

[3] Am Tag des Einmarsches teilte das OKW dem A.A. gegen 23.00 Uhr mit, „daß das Tagesziel des Einmarsches in die I. Zone ohne Zwischenfall erreicht wurde"; Aufzeichnung des Attachés Dr. Halter, 1. 10. 1938, PA/AA, R 29769, Fiche 1183, Bl. 75646. Der Generalquartiermeister des Heeres berichtete seiner Frau in mehreren Briefen, die Besetzung verlaufe „friedlich", „sehr friedlich" und „reibungslos"; Wagner, Besetzung der Tschechoslowakei, S. 579–581. Kleinere unbedeutende Zwischenfälle im Bereich der Demarkationslinie und nach Abschluß der Besetzung gab es jedoch; vgl. PA/AA, R 101. 357, sowie Procházka, Second Republic, S. 16. Der damalige Verbindungsoffizier des OKW bei Reichskommissar Henlein, Helmuth Groscurth (Krausnick/Deutsch, Groscurth, S. 139), berichtete, einer seiner Männer sei von Tschechen erschossen worden.

den kann".[4] Aber davon schrieb Goebbels nichts, vielleicht war es ihm nicht bekannt. Ihn interessierte vor allem, ob und wo Volksabstimmungen abgehalten würden, da die propagandistische Vorbereitung von seinem Ministerium zu leisten gewesen wäre.

Die Frage der Volksabstimmung wurde auch in den Sitzungen des Internationalen Ausschusses debattiert, der sich noch am 30. September unter Vorsitz von Staatssekretär Ernst von Weizsäcker konstituiert hatte und drei Unterausschüsse einsetzte.[5] Goebbels notierte hierzu im Tagebuch, es machten „sich Bestrebungen geltend, das Gebiet ohne Wahl aufzuteilen", was er für „das Allerbeste" hielt, vorausgesetzt, die deutsche Seite würde dabei „nicht zu kurz kommen" (TG, 5. 10. 1938). Diese Bestrebungen gingen auf eine Entscheidung Hitlers zurück, der bei unsicherem Ausgang keine Abstimmungen durchführen wollte.[6] Weizsäcker versuchte daraufhin, das Thema der Plebiszite möglichst zurückzustellen. Strittig war noch, auf welcher Grundlage die deutsche Bevölkerungsmehrheit festzustellen war und ab welchem Prozentsatz Sudetendeutscher ein Gebiet als „vorwiegend deutschen Charakters", wie im Münchener Abkommen vereinbart, gelten sollte. Am Abend des 5. Oktober sprach Goebbels mit Hitler darüber und notierte: „Er will das Gebiet über 50% deutsch bis zum 10. Oktober besetzen. Die Botschafter Englands und Frankreichs haben sich nun nach Rücksprache mit London und Paris bereitgefunden dazu. Und zwar nach dem Stande von 1918. Die neue Grenze wird nun gezogen" (TG, 6. 10. 1938). Wenige Stunden vor diesem Gespräch waren die Botschafter Großbritanniens, Frankreichs und Italiens mit Ribbentrop übereingekommen, daß das fragliche Gebiet, in dem „nach dem Bevölkerungsstande von 1918" „mehr als 50 Prozent Sudetendeutsche[r]" lebten, „bis zum 10. Oktober 1938 durch deutsche Truppen zu besetzen" sei.[7] Der Vertreter der Tschechoslowakei, der Gesandte Mastný, erhob in der sich anschließenden Botschafterkonferenz der beteiligten Mächte Einwände, doch die deutsche Delegation verlangte ultimativ die Annahme bis zum nächsten Mittag, die Mastný bei der Ausschußsitzung am folgenden Tag bekanntgab.[8] Die Vertreter der Westmächte leisteten der tschechoslowakischen Regierung keine Unterstützung und lehnten Gespräche mit ihr ab.[9] In der Sitzung am 6. Oktober 1938 schlug der britische Botschafter Hender-

[4] Weisung 1 des Führers und Obersten Befehlshabers der Wehrmacht, 30. 9. 1938, in: IMG 25, Dok. 388-PS, S. 492.

[5] Aufzeichnungen über die 1. u. 2. Sitzung des Internationalen Ausschusses, 30. 9., 1. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 2, 10. Zu den Anweisungen von Staatspräsident Beneš an den Gesandten Mastný vor Beginn der Verhandlungen siehe Král, Abkommen, Dok. 248. Zur Tätigkeit der Unterausschüsse siehe Singbartl, S. 40–42, 57–63.

[6] Anonyme Aufzeichnung, A.A., 3. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 17; siehe auch Aufzeichnung E. Kordts, 2. 10. 1938, in: Ebenda, Dok. 12.

[7] Protokoll der vier Münchener Signatarmächte, 5. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 30.

[8] Niederschrift über Botschafter-Besprechung, 5. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 31; DBFP, 3rd Series, Vol. III, Doc. 128; Aufzeichnung über die 7. Sitzung des Internationalen Ausschusses, 6. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 41, S. 40–42; Aufzeichnung Mastnýs, in: Král, Abkommen, Dok. 276, S. 310–312; DBFP, 3rd Series, Vol. III, Doc. 140.

[9] Feierabend, Prag-London, Bd. 1, S. 39–41.

son vor, die Frage der Volksabstimmung in bilateralen deutsch-tschechoslowakischen Verhandlungen zu klären.[10]

Tags darauf hielt Goebbels im Tagebuch fest: „Das von uns zu besetzende Gebiet ist nun abgezeichnet, eine Wahl damit wahrscheinlich überflüssig. Wir wollen auch zwischen uns und den Tschechen keine internationale Truppe einschwenken lassen. Wir müssen Auge in Auge gegenüber stehen. Das erhöht die Freundschaft. […] Die letzte Zone, die wir besetzen, ist nun festgelegt. Also ad acta das Problem" (TG, 7. 10. 1938). Zwei Tage später schrieb Goebbels in sein Tagebuch: „Die Kommission hat nun ihre Grenzziehung fertiggemacht. Ihre Annahme hängt nun vom Führer und von Prag ab. Prag möchte gerne Frieden und Ruhe. An einer Abstimmung hat keiner Gefallen" (TG, 9. 10. 1938). Am 10. Oktober 1938 teilte der französische Botschafter François-Poncet Staatssekretär Weizsäcker mit, er „neige nun doch der Meinung zu, daß es besser wäre, ganz ohne Abstimmung auszukommen".[11] Im gleichen Sinne sprach am selben Tag auch der britische Botschafter Henderson mit Weizsäcker.[12] Vor allem Henderson befürchtete, daß das NS-Regime versuchen könnte, durch Abstimmungen die Abtretung weiterer Gebiete des tschecho-slowakischen Staates zu erzwingen. Goebbels war diese Überlegung bekannt, mehrmals bezeichnete er Volksabstimmungen als mögliches „Druckmittel" (TG, 8. 10. 1938, 9. 10. 1938). Angesichts des von den Westmächten befürworteten Verzichts auf Plebiszite notierte Goebbels, die Abstimmung falle „wahrscheinlich aus" (TG, 11. 10. 1938). Zugleich hielt Goebbels für diesen 10. Oktober den Abschluß der Besetzung der sudetendeutschen Gebiete fest (TG, 11. 10. 1938). Tags darauf notierte er: „die Besetzung des sudetendeutschen Gebietes ist fertig. Wir haben dabei ausgezeichnet abgeschnitten und mehr erhalten, als man eigentlich erwarten konnte.[13] Es ist nun die Frage, ob doch noch abgestimmt werden soll. Ich halte das für überflüssig" (TG, 12. 10. 1938).

Hitler entschied einer Telefonnotiz des Auswärtigen Amts zufolge am 11. Oktober, daß von deutscher Seite „keine weiteren Gebiete der Tschechoslowakei für eine Volksabstimmung gefordert" werden sollten.[14] Als Ziel erklärte er, die inter-

[10] Aufzeichnung über die 7. Sitzung des Internationalen Ausschusses, 6. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 41, S. 40–42.

[11] Aufzeichnung Weizsäckers, 10. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 52.

[12] Telegramme Hendersons an Halifax, 10./11. 10. 1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. III, Doc. 177, 179.

[13] Das Deutsche Reich erhielt nicht nur die in München vereinbarten vier nicht zusammenhängenden Zonen (vgl. Karte zum Münchener Abkommen, in: ADAP, D 2, Karte 2, nach S. 866; Celovsky, Münchener Abkommen, Karte 2; Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil II, Karte 2; Procházka, Second Republic, S. IX), sondern einen fast geschlossenen Gürtel rings um den tschechischen Teil der Tschecho-Slowakei (vgl. Osterloh, Judenverfolgung, S. 574; Procházka, Second Republic, S. IX; Celovsky, Münchener Abkommen, Karte 3; Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil II, Karte 3), in etwa so, wie Hitler es in seinem Godesberger Memorandum gefordert hatte (vgl. ADAP, D 2, Karte 1, nach S. 866; Celovsky, Münchener Abkommen, Karte 1; Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil II, Karte 1). Siehe auch Procházka, Second Republic, S. 29. Der deutsche Gebietszuwachs betrug 28 942,66 km^2; die Bevölkerung des Deutschen Reiches erhöhte sich um 3 405 168 Personen; vgl. Gebel, „Heim ins Reich!", S. 63 f.

[14] Anonyme Aufzeichnung, A.A., 12. 10. 1938, über Gespräch Hitler-Ribbentrop am 11. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 53.

nationale Kommission „so rasch wie möglich zum Verschwinden zu bringen" und statt dessen „direkte zweiseitige Verhandlungen mit der Tschechoslowakei" zu führen. In einer vorläufig letzten Sitzung des Internationalen Ausschusses am 13. Oktober 1938 erkannte der tschecho-slowakische Vertreter die vorgeschlagene Grenzziehung an und lehnte Volksabstimmungen ebenfalls ab, da sie die deutsch-tschecho-slowakischen Beziehungen beeinträchtigen könnten.[15] Dies war Goebbels bekannt, wie sein folgender Tagebucheintrag zeigt: „Die Tschechen haben sich mit unserer Grenzziehung einverstanden erklärt. Eine Volksabstimmung wird demgemäß nicht mehr stattfinden. Das ist auch für beide Teile das Beste" (TG, 14. 10. 1938). Einen Tag später, als Goebbels die Resultate des Ausschusses noch einmal wiederholte, schrieb er: „Wir sind vollkommen zu unserem Recht gekommen. Prag hat in allem nachgegeben" (TG, 15. 10. 1938).

Bis zur endgültigen Grenzziehung wurde zwischen beiden Seiten noch um einige Gebiete gerungen, zum einen aus verkehrstechnischen Gründen, zum anderen, weil Hitler die Anweisung gegeben hatte, kein Gebiet, das bereits von der Wehrmacht besetzt worden war, wieder abzutreten.[16] Für den Fall einer tschecho-slowakischen Ablehnung ließ Hitler den Tschecho-Slowaken drohen, daß er sich dann gegebenenfalls „persönlich mit der Angelegenheit befassen würde und sie dann weit schlechter davon kämen".[17] Nach „stundenlangen schwierigen und erregten Debatten" im tschecho-slowakischen Kabinett wurde die vom NS-Regime geforderte Grenzlinie am 11. November 1938 schließlich akzeptiert.[18] Am 20. November legten Vertreter des NS-Regimes und der tschecho-slowakischen Regierung die Staatsgrenze gemeinsam schriftlich fest. Am folgenden Tag stimmten die Diplomaten Großbritanniens, Italiens und Frankreichs dieser Übereinkunft in der neunten und letzten Sitzung des Internationalen Ausschusses zu.[19] London und Paris hatten nichts unternommen, um die Grenzziehung zugunsten der Tschecho-Slowakei zu ändern.[20] Damit war die „Sudetenfrage" gelöst und als internationale Angelegenheit nicht mehr von Belang.

Die verwaltungstechnische Eingliederung der zunächst unter Militärverwaltung[21] stehenden Sudetengebiete behandelte Goebbels in seinem Tagebuch kaum, er erwähnte lediglich einige wichtige Vorgänge wie die Ernennung Konrad Hen-

[15] Aufzeichnung über die 8. Sitzung des Internationalen Ausschusses, 13. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 56, S. 60; siehe hierzu Singbartl, S. 60–63; Feierabend, Prag-London, Bd. 1, S. 45.

[16] Vgl. ADAP, D 4, Dok. 88, 100–102, 108, 110, 113–116, 125. Siehe auch Procházka, Second Republic, S. 22–28. Wie aus einer Aufzeichnung des A.A. hervorgeht, habe – nach tschechoslowakischen Angaben – „deutsches Militär die Demarkationslinie an über 100 Stellen überschritten". Vgl. anonyme Aufzeichnung, o. D., in: ADAP, D 4, Dok. 101.

[17] Aufzeichnung Walther Hewels, 8. 11. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 108.

[18] Telegramme Henckes, 11., 12. 11. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 114, 115.

[19] ADAP, D 4, Dok. 135, Anlage, S. 145–147. Vgl. auch Bericht Mastnýs über die Besprechungen am 20./21. 11. 1938, in: Král, Abkommen, Dok. 280, S. 327–329.

[20] Vgl. Procházka, Second Republic, S. 29.

[21] Vgl. Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Verwaltung der sudetendeutschen Gebiete, 1. 10. 1938, Art. 2, RGBl. 1938, Teil I, S. 1331 f.; zur Militärverwaltung des Sudetenlandes vgl. Umbreit, Deutsche Militärverwaltungen, S. 32–48.

leins zum Reichskommissar (TG, 3. 10. 1938),[22] die Erhebung Reichenbergs zur „Hauptstadt" des Reichskommissariats (TG, 9. 10. 1938)[23] und den Übergang des Sudetenlandes in die „zivile Verwaltung" (TG, 22. 10. 1938).[24] Das von Goebbels bereits am 5. November erwähnte „Gesetz zur endgültigen Einverleibung des Sudetenlandes" (TG, 5. 11. 1938) trat am 21. November in Kraft,[25] einen Tag nach der endgültigen Festlegung der „Grenze mit Prag" (TG, 23. 11. 1938).[26] Im Gegensatz zum „Anschluß" Österreichs hielt Goebbels diesmal keine weiteren Details des „Anschluß"-Vollzugs wie die Einführung der Reichsmark oder der Reichsgesetze in den Sudetengebieten fest.[27] Auch die Vollmachten Görings und Himmlers für das Sudetenland erwähnte er nicht.[28] Nicht einmal die Gründung des Reichspropagandaamts in Reichenberg Ende November 1938 vermerkte Goebbels im Tagebuch.[29] Das relativ geringe Interesse für derartige Fragen ist in diesem Fall nicht ausschließlich mit der mangelnden Zuständigkeit – die Eingliederung des Sudetenlandes in das Reich war, wie schon diejenige Österreichs, eine Angelegenheit des Reichsinnenministeriums – oder den zahlreichen Aufgaben des Propagandaministers zu erklären, sondern vor allem mit dessen privaten Sorgen zu dieser Zeit, wie aus unzähligen Tagebuchstellen hervorgeht.[30]

Nach Goebbels' Trennung von der tschechischen Schauspielerin Lida Baarova, die Hitler Mitte August 1938 befohlen hatte (TG, 16. 8. 1938), ruhte die Angelegenheit auf Anweisung Hitlers wegen der Sudetenkrise bis Ende September

[22] Vgl. Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Verwaltung der sudetendeutschen Gebiete, 1. 10. 1938, Art. 6, RGBl. 1938, Teil I, S. 1331f.

[23] Vgl. Zweite Verordnung zum Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Verwaltung der sudetendeutschen Gebiete, 8. 10. 1938, Art. 1, RGBl. 1938, Teil I, S. 1348.

[24] Dies geschah weder durch Gesetz, Erlaß oder Verordnung, sondern durch ein Schreiben Hitlers an den Oberbefehlshaber des Heeres v. Brauchitsch, in dem er die „Besetzung des sudetendeutschen Gebietes" als „vollendet" erklärte und Brauchitsch „von der Befugnis zur Ausübung der vollziehenden Gewalt" befreite. Vgl. VB, Süddeutsche Ausgabe, 21. 10. 1938, S. 1.

[25] Gesetz über die Wiedervereinigung der sudetendeutschen Gebiete mit dem Deutschen Reich, 21. 11. 1938, RGBl. 1938, Teil I, S. 1641. Zur verfassungsrechtlichen Eingliederung siehe Singbartl, S. 90–102.

[26] ADAP, D 4, Dok. 135, Anlage, S. 145–147.

[27] Zur Einführung der Reichsmark siehe: Verordnung und 2. Verordnung über die Einführung der Reichsmarkwährung in den sudetendeutschen Gebieten, 10./15. 10. 1938, RGBl. 1938, Teil I, S. 1393/1430f.; zur Rechtsangleichung siehe: Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Verwaltung der sudetendeutschen Gebiete, 1. 10. 1938, RGBl. 1938, Teil I, S. 1331f.; 1. Verordnung zum Erlaß über die Verwaltung der sudetendeutschen Gebiete, 8. 10. 1938, RGBl. 1938, Teil I, S. 1345.

[28] Vgl. Verordnung über die Einführung des Vierjahresplans in den sudetendeutschen Gebieten, 10. 10. 1938, RGBl. 1938, Teil I, S. 1392; 3. Verordnung zum Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Verwaltung der sudetendeutschen Gebiete, 22. 10. 1938, RGBl. 1938, Teil I, S. 1453.

[29] Verordnung über die Errichtung eines Reichspropagandaamts in Reichenberg, 28. 11. 1938, RGBl. 1938, Teil I, S. 1675.

[30] Beispielsweise hielt Goebbels im Tagebuch fest, daß seine Arbeit bei ihm „nur wenig Interesse" wecke (TG, 14. 10. 1938), daß er „keine rechte Lust" zum Arbeiten habe (TG, 24. 10. 1938) oder sogar, daß „Politik" ihn nicht „interessiere" (TG, 30. 12. 1938). Die privaten Sorgen des Propagandaministers lassen sich ab Anfang Oktober 1938 bis Januar 1939 in fast jedem Tagebucheintrag erkennen.

(TG, 21.8.1938). Somit stand auch in Goebbels' Privatleben nach dem Münchener Abkommen eine Entscheidung an. Im Auftrag Goebbels' sprach sein Staatssekretär Karl Hanke Anfang Oktober 1938 „alle drei Beteiligten", d.h. das Ehepaar Goebbels und Lida Baarova, um dann Hitler Bericht zu erstatten, der über das weitere Schicksal von Goebbels und Baarova entscheiden sollte (TG, 11.10.1938).[31] Am Tag, als Goebbels den Übergang des Sudetenlandes in die Zivilverwaltung des Reiches erwähnte, besprach er mit Göring in der Schorfheide seinen „Fall" und notierte, daß Hitler ihn zur „Aussprache" auf den Obersalzberg bestellt habe (TG, 22.10.1938). Goebbels faßte „den festen Entschluß, zu kämpfen", bevor er zu Hitler nach Berchtesgaden aufbrach (TG, 22.10.1938). Diese Eintragung läßt genau wie die weiteren Notate darauf schließen, daß Goebbels eine Wiederaufnahme seiner Affäre mit Baarova beabsichtigte.[32] Vor Hitler verfocht er seinen Standpunkt, wie er selbst schrieb, „bis der Führer an Solidarität, Staat und gemeinsame große Sache appelliert[e]" (TG, 24.10.1938). „Diesem Appell kann und will ich mich nicht versagen", notierte Goebbels weiter in sein Tagebuch. Hitler vertagte die Angelegenheit erneut auf drei Monate und vertraute Goebbels an, daß er in der weiteren Zukunft „einen ganz schweren Konflikt" erwarte, für den er Goebbels brauche (TG, 24.10.1938).[33] Goebbels gehorchte, wie sein Tagebuch ausweist, unter großen persönlichen Qualen und in der Hoffnung, daß sich die Lage eines Tages doch noch ändern könnte.[34] Lida Baarova erhielt im Reich ein Berufs- und zugleich ein Ausreiseverbot.[35] Erst in der zweiten Januarhälfte 1939 besserte sich Goebbels' per-

[31] Goebbels hielt hierzu im Tagebuch fest: „Von seinem [Hitlers, d.V.] Entscheid hängt dann alles weitere ab. Ich will nicht klagen und nicht jammern, ich habe keinen Grund zu Haß und Empörung, ich warte auf die Entscheidung des Führers und werde mich ihr, sie falle wie auch immer, gehorsam fügen. Ich durchlebe in diesen Tagen Stunden, die kaum noch erträglich sind. Ich muß aus dieser Nervenmarter wieder herauskommen und einen Weg nach oben finden. Wie, das weiß ich noch nicht. Jedenfalls so, wie es augenblicklich ist, kann und wird es nicht weiterbestehen können. Sonst gehe ich daran zugrunde und vielleicht noch der eine oder der andere dazu. Ich würde alles das gerne ohne den Führer erledigen, da er sowieso viel und übergenug am Halse hat. Aber da die Sache doch sehr stark ins Politische und Öffentliche hineinschlägt, muß er ein entscheidendes Wort sprechen", TG, 11.10.1938.

[32] Dies bestätigte auch Lida Baarova in ihren Memoiren: Kettermann, Baarova, S.143–145. Ähnlich Longerich, Goebbels, S.390–393. Reuth, Goebbels. Biographie, S.389, der das Gegenteil behauptete, irrt hier.

[33] „Er [Hitler, d.V.] sieht für die weitere Zukunft einen ganz schweren Konflikt voraus. Wahrscheinlich mit England, das sich konsequent darauf vorbereitet. Dem müssen wir uns stellen, und dabei wird dann die europäische Hegemonie entschieden. Dafür muß alles vorbereitet und in Schuß gebracht werden. Und demgegenüber haben auch alle persönlichen Wünsche und Hoffnungen zu schweigen. Was sind wir Einzelnen dem großen Staats- und Volksschicksal gegenüber? Ich beuge mich und ordne mein persönliches Wohl und Glück dem Volke und dem Staate unter", TG, 24.10.1938.

[34] „Schauderhaft! Man möchte sich am liebsten aufhängen", schrieb Goebbels anläßlich des Jahreswechsels 1938/39, TG, 1.1.1939. Über den sechsten Jahrestag der „Machtergreifung" notierte Goebbels: „Ich denke an die Zeit vor 6 Jahren zurück. Da war es noch schön. Jetzt ist alles furchtbar und schrecklich", TG, 31.1.1939. Vgl. beispielsweise auch TG, 30.12.1938; Kettermann, Baarova, S.143–145.

[35] Kettermann, Baarova, S.144f.; Reuth, Goebbels. Biographie, S.390 und Anm.325 auf S.692.

sönliche Situation wieder, als er mit seiner Frau Magda unter Mitwirkung Hitlers einen „Vertrag" über seine Ehe unterzeichnete (TG, 23.1., 25.1.1939).[36]

Kaum größeres Interesse als für den Verwaltungsakt des „Anschlusses" brachte Goebbels in dieser Phase der Eingliederung der Sudetendeutschen Partei in die NSDAP entgegen. Zur Frage der Gaueinteilung der annektierten sudetendeutschen Gebiete hielt Goebbels fest: „Der Führer will die schmalen Randgebiete zu den Reichsgauen schlagen und von dem größeren Rest mit etwa 2 Millionen Einwohnern den Gau Sudetenland bilden mit Henlein als Gauleiter und Reichsstatthalter. Dieser Gau muß dann allerdings sehr bald nationalsozialistisch erzogen und ausgerichtet werden" (TG, 3.10.1938). So geschah es auch: Das Hultschiner Ländchen wurde dem Gau Schlesien eingegliedert, das südwestböhmische Gebiet dem Gau Bayerische Ostmark, der südböhmische Gebietsstreifen wurde zum Gau Oberdonau geschlagen und der südmährische Teil zum Gau Niederdonau. Der Gau Sudetenland bestand aus dem westlichen und nördlichen Teil Böhmens und Mährens. Dies verfügte der Stellvertreter des Führers am 30. Oktober 1938.[37] Am 2. November verzeichnete Goebbels die Gaugründung im häufig bei ihm zu findenden Telegrammstil: „Gau Sudetenland gebildet. Henlein zum Gauleiter ernannt" (TG, 2.11.1938). Die Berufung K. H. Franks zum stellvertretenden Gauleiter und Vize-Reichskommissar erwähnte Goebbels nicht. Über die Überführung der SdP in die NSDAP am 5. November schrieb Goebbels lediglich: „Heß hat in Reichenberg die Sudetendeutschen in die Partei überführt. Mit einer zweckentsprechenden Predigt" (TG, 7.11.938).

Mehr Bedeutung besaß für Goebbels die Reise Hitlers in die sudetendeutschen Gebiete, die ihn von Berufs wegen interessieren mußte und die er mit einer gewissen Freude angesichts der Begeisterung vieler Sudetendeutscher aufnahm.[38] Die große Freude der Sudetendeutschen galt nicht allein dem „Anschluß" an das Deutsche Reich und dem Ausscheiden aus dem tschechoslowakischen Staat, sondern sie resultierte ebenso aus der Hoffnung auf eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse und aus der Erleichterung über die Abwendung des befürchteten Krieges.[39] Am 2. Oktober 1938 fuhr Hitler „ins befreite Gebiet", wie Goebbels das Sudetenland nannte (TG, 3.10.1938).[40] Am nächsten Tag traf Hitler „unter grenzenlosem Jubel" (TG, 5.10.1938) im Egerland ein,[41] doch zum Ärger des Propagandaministers „klappt[e] die Übertragung einer Führerrede nicht" (TG, 4.10. 1938). Anschließend reiste Hitler in die „Notstandsgebiete" (TG, 5.10.1938), wie

[36] Vgl. Reuth, Goebbels. Biographie, S. 404f.; Longerich, Goebbels, S. 401.
[37] Verfügung Hitlers, 30.10.1938, in: Dokumente zur Sudetendeutschen Frage, Dok. 166; Osterloh, Judenverfolgung, S. 240f. sowie Karte auf S. 574; DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 378f.
[38] „Die Begeisterung der Bevölkerung war ungeheuer", schrieb Helmuth Groscurth Anfang Oktober 1938 über seine Eindrücke aus dem Sudetenland; Persönlicher Reisebericht über die Reise in die befreiten Sudetendeutschen Gebiete v. 1.–7. Oktober 1938, in: Krausnick/Deutsch, Groscurth, S. 131.
[39] Gebel, „Heim ins Reich!", S. 66–68.
[40] Vgl. Minutenprogramm von Hitlers Besuch in Asch, Franzensbad, Eger und Kaiserburg am 3.10.1938, das dem Propagandaministerium wie üblich vorab zugeleitet worden war. BArch, NS 10/45, Bl. 136–138.
[41] Vgl. auch Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 169.

die nationalsozialistische Propaganda sudetendeutsche Gebiete bezeichnete, in denen besonders große Armut herrschte. Den weiteren Verlauf von Hitlers erster Rundreise durch die neuen Regionen, die dieser wegen der Arbeit des Internationalen Ausschusses und einer Veranstaltung am Abend des 5. Oktober unterbrach, verzeichnete Goebbels nicht im Tagebuch. Am 9. Oktober trafen sich beide in Saarbrücken, wo Hitler übermüdet, aber „ganz voll von Eindrücken aus dem Sudetenland" eintraf (TG, 10. 10. 1938). Vor allem hatte Hitler „die tschechischen Bunker gesehen" und war nun anscheinend „auch der Überzeugung, daß eine militärische Niederrennung der Tschechei viel Blut gekostet hätte" (TG, 10. 10. 1938).[42] Goebbels bemerkte hierzu im Tagebuch: „Es ist also so am besten, wie es ist" (TG, 10. 10. 1938). Goebbels hielt fest, die sudetendeutsche Bevölkerung habe Hitler „ganz verschüchtert" empfangen und ihrer „Freude" durch „Tränen" Ausdruck verliehen.[43] Hitler wurde mit zahllosen Blumen überschüttet. Der Stellvertreter des Führers sah sich daher veranlaßt, „das Werfen von Blumen" in Hitlers Wagen strengstens zu untersagen.[44] In Saarbrücken hielt Hitler am 9. Oktober 1938 eine Rede, die eine kurzzeitige Verstimmung bei den Westmächten bewirkte, wofür Goebbels wenig Verständnis besaß, weil er diese Rede „doch garnicht [!] so scharf" fand, zudem sei sie, wie er argumentierte, „großenteils vollkommen improvisiert" gewesen (TG, 11. 10. 1938). In dieser Rede hatte Hitler unter anderem gesagt:

„Es würde gut sein, wenn man in Großbritannien allmählich gewisse Allüren der Versailler Epoche ablegen würde. Gouvernantenhafte Bevormundung vertragen wir nicht mehr! Erkundigungen britischer Politiker über das Schicksal von Deutschen oder von Reichsangehörigen innerhalb der Grenzen des Reiches sind nicht am Platze. Wir kümmern uns auch nicht um ähnliche Dinge in England. Die übrige Welt hätte manches Mal Grund genug, sich eher um ihre eigenen nationalen Vorgänge zu bekümmern oder zum Beispiel um die Vorgänge in Palästina. […] Wir möchten all diesen Herren den Rat geben, sich mit ihren eigenen Problemen zu beschäftigen und uns in Ruhe zu lassen! Auch das gehört zur Sicherung des Weltfriedens."[45]

Hitler hatte in dieser Saarbrücker Rede zudem unterstellt, „das Ziel" von Duff Cooper, Eden oder Churchill sei, „sofort einen neuen Weltkrieg zu beginnen". Er verstieg sich sogar zu der Behauptung, daß hinter dieser Absicht „jener jüdisch-internationale Feind lauert, der im Bolschewismus seine staatliche Fundierung und Ausprägung erfahren hat".[46]

Nach einer längeren Unterbrechung seiner Reise begab sich Hitler in der zweiten Oktoberhälfte ins „Moldaugebiet", wo er mit „ungeheuerer Begeisterung emp-

[42] Dies überliefert auch Below, Hitlers Adjutant, S. 130. Goebbels hatte schon zwei Tage zuvor ein Blick auf eine Karte mit den Festungsanlagen genügt, um zur selben Ansicht zu gelangen: „Ich schaue mir die Karte mit den tschechischen Bunkern an. Da hatte Prag doch ganz was Anständiges hingebaut. Gut, daß wir jetzt dahinter stehen" (TG, 8. 10. 1938).

[43] Vgl. Gebel, „Heim ins Reich!", S. 65.

[44] Anordnung des Stellvertreters des Führers Nr. 150/38, 8. 10. 1938, Österreichisches Staatsarchiv, AdR, 04: Inneres/Justiz, Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, Bürckel/Materie, Mappe 4210, Karton 193.

[45] Rede Hitlers, 9. 10. 1938, in: Michaelis/Schraepler, Ursachen, Bd. 12, Dok. 2734a, S. 506; Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 175.

[46] Rede Hitlers, 9. 10. 1938, in: Ebenda.

fangen" worden sei (TG, 21.10.1938), und auf eine triumphale Fahrt „durch den Böhmerwald" (TG, 22.10.1938). Wenige Tage später fuhr Hitler nach Engerau und hatte somit „das neugewonnene Gebiet durch", wie Goebbels konstatierte (TG, 26.10.1938). Goebbels reiste erstmals am 19. November 1938 ins Sudetenland, um in Reichenberg zur „Eröffnung des sudetendeutschen Wahlkampfes" eine Rede zu halten (TG, 19.11.1938). In dieser Rede in Reichenberg verglich Goebbels die riskante Außenpolitik des NS-Regimes mit einer Lotterie, bei der man auch nur „etwas gewinnen" könne, wenn man etwas einsetze. Indem die Nationalsozialisten, wie Goebbels offen erklärte, „mit Krieg gedroht haben", hätten sie „den Krieg vermieden" und das Sudetenland gewonnen. Die Zuhörer quittierten diese Rede Helmut Heiber zufolge mit „Gelächter", „Heiterkeit", „Heilrufe[n]" und „Beifall", also Äußerungen der Zustimmung. Ganz ähnlich lautet Goebbels' eigene Beschreibung der Rede im Tagebuch: „Ich spreche in großen Zusammenhängen. Mit Stürmen des Beifalls. Das tobt nur so. Ich bin in bester Form" (TG, 20.11.1938).[47]

Goebbels' Hauptaufgabe Ende des Jahres 1938 lag in der Propaganda für die sudetendeutsche Ergänzungswahl zum Reichstag am 4. Dezember, dem letzten Scheinplebiszit des Dritten Reiches.[48] Er wollte diese Reichstagswahl „nicht zu leicht nehmen", da sie seines Erachtens „auch international von großer Bedeutung" war (TG, 8.10.1938), schließlich waren die Volksabstimmungen in den Sudetengebieten entfallen. Aus wahltaktischen Gründen, wie er selbst überliefert, ließ er „ein Sofortprogramm für den wirtschaftlichen und sozialen Aufbau im Sudetengau ausarbeiten" (TG, 15.10.1938). Auch wollte er „für 1/2 Million" Reichsmark „Rundfunkgeräte an Sudetendeutsche verteilen lassen" (TG, 5.10.1938). Seinem Tagebuch zufolge verwandte sich der Propagandaminister persönlich für die Änderung der Wahlliste, die zum Ärger Henleins vom Reichsinnenministerium aufgestellt worden war.[49]

Auch um die Wahlzettel machte er sich Gedanken. Goebbels schlug Hitler vor, daß die im Sudetenland verbliebenen Tschechen „auf besonderem Wahlzettel und in besonderen Lokalen wählen" sollten, womit Hitler „einverstanden" war (TG, 24.11.1938). Zudem beauftragte Hitler Goebbels, „Frick entsprechend zu instruieren" (TG, 24.11.1938). Grund dafür war zum einen, daß Goebbels glaubte, die Tschechen könnten den Text des entworfenen Wahlzettels „kaum unterschreiben. Und wir legen doch Wert auf ihre Stimmen", vermerkte Goebbels weiter (TG, 25.11.1938). Damit hatte Goebbels zweifelsohne recht, denn in dem Text der

[47] Rede Goebbels', 19.11.1938, in: Heiber, Goebbels-Reden, Bd. 1, S. 309–331, Zitat S. 312.

[48] Daneben war Goebbels in den ersten Tagen und Wochen nach dem Abkommen von München mit der Koordinierung der Propagandakompagnien (TG, 1.10.1938, 3.10.1938) und mit der Organisation des Kulturlebens und des Medienwesens in den Sudetengebieten befaßt (TG, 5.10.1938, 7.10.1938).

[49] Hierzu notierte Goebbels: „Noch lange mit Henlein verhandelt. Er ist erbost darüber, daß Frick ihm Krebs und Jung ohne sein Wissen auf die Wahlliste gesetzt hat. […]. Das ist auch eine grobe Ungerechtigkeit. Ich verspreche, ihm zu helfen", TG, 20.11.1938. „Henleins Liste ist nun durch mein Eingreifen umgeändert worden. Jetzt hat sie ihre Richtigkeit. Das freut mich für Henlein", TG, 21.11.1938.

Abstimmungsfrage wurde Hitler als „Befreier des Sudetenlandes" bezeichnet.[50] Zum anderen ließ sich durch separate Wahlzettel das Abstimmungsverhalten des tschechischen Volkes besser erkennen, was sicherlich nicht wenige Tschechen zu einem „Ja" bewog. Dieses zweite Ziel von Goebbels' Strategie geht aus seinem folgenden Notat hervor: „Die Tschechen haben nun die Wahl, ob sie zu uns in ein positives Verhältnis kommen wollen" (TG, 24. 11. 1938). Das Innenministerium scheint den Vorschlag Goebbels' jedoch nicht in seinem Sinne umgesetzt zu haben, da Goebbels, wie er im Tagebuch festhielt, in seinem Ministerium einen neuen Text eigens für die Tschechen ausarbeiten und „nochmal beim Führer anfragen" ließ, „ob man nicht doch bei der sudetendeutschen Wahl für die Tschechen einen neuen Wahltext entwirft" (TG, 25. 11. 1938). Hitler erklärte sich Goebbels zufolge schließlich „mit dem von uns", das heißt vom Propagandaministerium, „entworfenen eigenen Wahlzettel für die Tschechen einverstanden" (TG, 25. 11. 1938). Einen Tag nach diesem Tagebucheintrag erging ein Erlaß des Reichsinnenministeriums, daß der tschechischen Bevölkerung ein anderer Text auf andersfarbigen Wahlzetteln vorzulegen sei. Auch sollten tschechische Stimmzettel in separaten Urnen gesammelt und möglichst in getrennten Räumen gekennzeichnet werden.[51] Vor Kenntnis der Tagebücher war nicht bekannt, daß dieses Vorgehen auf eine Idee Goebbels' zurückging.[52]

Neben der erwähnten Wahlkampfrede am 19. November in Reichenberg (TG, 20. 11. 1938) hielt Goebbels noch zwei weitere Reden in den sudetendeutschen Gebieten, am 30. November in Jägerndorf und am 1. Dezember in Aussig (TG, 2. 12. 1938). Hitler sprach aus Anlaß der Wahl am 2. Dezember in Reichenberg (TG, 4. 12. 1938). Ob die nationalsozialistische Propaganda, die der Bevölkerung der sudetendeutschen Gebiete eine Besserung ihrer Lebensverhältnisse versprach,[53] eine große Wirkung erzielte oder ob andere Faktoren mehr Bedeutung besaßen, ist bisher nicht näher untersucht worden. Für Goebbels war die Wahl jedenfalls ein „triumphaler Sieg" (TG, 5. 12. 1938). Im Tagebuch schrieb er: „Bei der Wahl bringen wir es auf 99% aller abgegebenen Stimmen. Das hätte niemand gedacht" (TG, 5. 12. 1938).[54] Tatsächlich scheint Goebbels selbst überrascht gewesen zu sein, da auch er wußte, daß noch etwa „5–600 000" Tschechen „im

[50] Der Text der Abstimmungsfrage lautet: „Bekennst Du Dich zu unserem Führer Adolf Hitler, dem Befreier des Sudetenlandes, und gibst Du Deine Stimme dem Wahlvorschlag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei?" Zit. nach: Zimmermann, Die Sudetendeutschen, S. 113; Gebel, „Heim ins Reich!", S. 137, Anm. 413.

[51] Gebel, „Heim ins Reich!", S. 139 und ebenda, Anm. 430. Die Abstimmungsfrage, die den Tschechen vorgelegt wurde, lautete: „Willst auch Du ein loyaler Staatsbürger des neuen Staates sein und Deine Pflichten gewissenhaft erfüllen, und gibst auch Du deshalb dem Wahlvorschlag des Führers und Reichskanzlers Deine Stimme?" Ebenda; ähnlich bei Zimmermann, Die Sudetendeutschen, S. 113.

[52] Zimmermann, Die Sudetendeutschen, S. 113, machte erstmals auf dieses Vorgehen aufmerksam, aber er wies nicht auf die Hauptmotivation des Propagandaministers hin, den Tschechen einen Text zu präsentieren, der ihre Zustimmung ermöglichte.

[53] Vgl. ebenda, S. 110–112; Gebel, „Heim ins Reich!", S. 137 f.

[54] Das amtliche Endergebnis bezifferte den Prozentsatz der „Ja"-Stimmen mit 98,90%; vgl. DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 393; Gebel, „Heim ins Reich!", S. 140; Zimmermann, Die Sudetendeutschen, S. 113.

deutschen Gebiet verblieben" waren (TG, 20.11.1938).[55] 93% aller Nein-Stimmen und 68% aller ungültigen Stimmen wurden von Tschechen abgegeben, allerdings erteilten 81% der Tschechen der NSDAP-Liste ihre Zustimmung.

Andererseits darf nicht übersehen werden, daß die Wähler im Sudetenland massiv eingeschüchtert wurden und mögliche Gegner zuvor geflohen waren oder verhaftet wurden. Nachdem mehrere Tschechen angekündigt hatten, gegen die NSDAP-Reichstagsliste stimmen zu wollen, drohte Henlein ihnen in einer Erklärung in der Zeitung „Die Zeit": „Ich erkläre mit aller Deutlichkeit: *Die Wahl in den Deutschen Reichstag ist kein Plebiszit*, die Grenzen des Reiches stehen *unabhängig* von dem Ergebnis der Wahl *unerschütterlich fest. Uns* kann es gleichgültig sein, wie die Tschechen ihre Gesinnung dem Deutschen Staate gegenüber erklären. Sie müssen sich aber darüber klar sein, daß sich nach ihrem Verhalten unsere Stellungnahme ihnen gegenüber bestimmen wird. Wer uns hier nicht versteht und gegen uns handelt, *hat uns zum Feind*."[56] Goebbels reagierte relativ gelassen auf die erwähnte Ankündigung einiger Tschechen, von der er durch seine Mitarbeiter Leopold Gutterer und Hugo Fischer von der Reichspropagandaleitung erfuhr. Goebbels notierte darüber: Die „Tschechen sind unentwegt frech. Sie wollen mit Nein stimmen, um eine neue Grenzziehung zu erzwingen". Aber zugleich tat er dieses Ansinnen mit dem Kommentar „Harmlose Irre!" ab (TG, 20.11.1938).

Zudem wird man auch bei dieser Volksabstimmung und Reichstagsergänzungswahl, wie im Falle der Wahl im April 1938 in Österreich, mit lokalen Manipulationen rechnen müssen. Hinweise auf verschwundene oder zerrissene Stimmzettel in einzelnen Gemeinden liegen vor.[57] Dennoch wird die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die Einheitsliste der NSDAP gewählt haben. Selbst die Exil-SPD nahm an, „daß sich auch bei freien Wahlen nach einmal vollzogener Besetzung mehr als 90% der Bevölkerung für den „Anschluß" des Sudetengebiets an Deutschland ausgesprochen hätten".[58]

Die Tschechoslowakei nach dem Münchener Abkommen

Das Münchener Viermächteabkommen, das sogar vom Völkerbund nachträglich gebilligt wurde,[59] bedeutete für den tschechoslowakischen Staat nicht nur einen territorialen Verlust in Höhe von 20%[60] des Staatsgebietes, sondern auch die

[55] Das A.A. errechnete 676 478 Tschechen und Slowaken in den abgetretenen sudetendeutschen Gebieten; vgl. ADAP, D 4, Dok. 121. Siehe hierzu auch Zimmermann, Die Sudetendeutschen, S. 279f. und Anm. 8, sowie Gebel, „Heim ins Reich!", S. 275f. Der Generalquartiermeister des Heeres, der mit der Zivilverwaltung in den ersten Wochen nach dem Münchener Abkommen betraut war, schrieb in einem Privatbrief, das Reich habe „rund 500 000 Tschechen mit geschluckt"; Wagner, Besetzung der Tschechoslowakei, S. 581.

[56] Erklärung Henleins, in: Zimmermann, Die Sudetendeutschen, S. 111f. (Hervorhebungen im Original). Weitere Belege für die Einschüchterung des tschechischen Volkes bei Gebel, „Heim ins Reich!", S. 139, 141f.; Zimmermann, Die Sudetendeutschen, S. 112, 114.

[57] Vgl. Gebel, „Heim ins Reich!", S. 141.

[58] Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade), Bd. 6, Januar 1939, S. 16.

[59] Vgl. Celovsky, Münchener Abkommen, S. 470.

[60] Vgl. Benz, Geschichte des Dritten Reiches, S. 161.

Preisgabe seines Festungsgürtels, was eine Verteidigung bei einem Angriff aussichtslos machte. Auch Goebbels war bewußt, daß eine „Verteidigung aufgrund der neuen Grenze […] nun ausgeschlossen" war, daß Prag „strategisch ans Messer geliefert" (TG, 8. 10. 1938) war.[61] Die Bündnispartner Frankreich und UdSSR[62] sowie die Kleine Entente[63] hatten die Tschechoslowakei im Stich gelassen und gewährten ihr auch künftig keine substantielle Unterstützung, nicht einmal finanziell.[64] Der tschechoslowakische Staat war nun dem Dritten Reich ausgeliefert, nachdem er von seinen „Freunden" dem Deutschen Reich „quasi serviert worden" war, wie Hitler wenig später sagte.[65] Prag mußte nun zwangsläufig eine Politik „der Anlehnung und der Zusammenarbeit mit Deutschland" betreiben, wie es zwei tschechoslowakische Minister gegenüber Staatssekretär von Weizsäcker ausdrückten.[66] Bereits am 1. Oktober 1938 wurden Gerüchte bekannt, denen zufolge Staatspräsident Beneš zurückgetreten war, was sich jedoch erst am 5. Oktober bestätigte.[67] Beneš schrieb in seinen Memoiren, Göring habe dem Gesandten Mastný am 1. Oktober 1938 mitgeteilt, daß das Deutsche Reich Beneš nicht länger akzeptieren würde, ähnlich habe sich auch Weizsäcker geäußert.[68] Goebbels vermerkte am 6. Oktober im Tagebuch, daß Beneš „nun endgültig zurückgetreten" sei, was er „großartig" fand, da er ihn für einen der „erbittertsten Gegner" hielt, der nun

[61] Der Generalquartiermeister des Heeres schrieb in einem Brief an seine Frau am 3. 10. 1938: „die Tschechei existiert militärisch nicht mehr für uns". Abgedr. in: Wagner, Besetzung der Tschechoslowakei, S. 580. Siehe auch Michaelis, 1938. Krieg, S. 174.

[62] „Moskau hat in der Tschechenkrise sein ganzes Prestige eingebüßt", schrieb Goebbels im Tagebuch (TG, 10. 11. 1938). Botschaftsrat v. Tippelskirch, Moskau, sah im Münchener Abkommen einen „Mißerfolg der Sowjetpolitik"; Schreiben Werner von Tippelskirchs, 3. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 476, S. 529.

[63] Dieser Beistandspakt war gegen Ungarn gerichtet und sah keine Bündnispflicht bei einer Bedrohung durch das Deutsche Reich vor.

[64] „Daladier hat schon abgelehnt, den Tschechen Geld für neue Festungsanlagen zu pumpen", notierte Goebbels (TG, 2. 10. 1938). Frankreich begründete seine wiederholte Ablehnung größerer finanzieller Hilfen mit der zunehmenden Anlehnung Prags an das Deutsche Reich. Die britische Regierung, obgleich nicht formaler Bundesgenosse, sagte zwar eine Anleihe in Höhe von 10 Mio. britischen Pfund zu, doch verlangte sie, daß die Gelder vorwiegend für die deutschen und jüdischen Emigranten verwendet würden; vgl. ADAP, D 4, Dok. 158, S. 170; Dok. 159, S. 174; Král, Abkommen, Dok. 284. Bis zum 15. 3. 1939, als die Zahlungen eingestellt wurden, waren 3,25 Mio. Pfund ausbezahlt worden (Rede v. Halifax im House of Commons, 15. 3. 1939, The Times, 16. 3. 1939, S. 7). Auch die französische Regierung stellte für diesen Zweck ca. 700 Mio. Francs (4 Mio. britische Pfund) zur Verfügung. Der Tschecho-Slowakei, die nach den Gebietsabtretungen an das Deutsche Reich, Polen und Ungarn etwa 40% ihrer Wirtschaftskapazität eingebüßt hatte und eine Verdoppelung der Arbeitslosigkeit zu verkraften hatte, nützte dies wenig. Vgl. Procházka, Second Republic, S. 53–56; vgl. auch Feierabend, Prag-London, Bd. 1, S. 64 f.; Celovsky, Münchener Abkommen, S. 468–470, 472 f.

[65] Aufzeichnung Walther Hewels über Gespräch Hitlers mit Graf Istvan Csáky, dem damaligen ungarischen Außenminister, am 16. 1. 1939, in: ADAP, D 5, Dok. 272, S. 304.

[66] Aufzeichnung Weizsäckers, 6. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 36.

[67] Aufzeichnung Detlev-Henning v. Stechows über Gespräch mit Legationssekretär Helversen von der tschecho-slowakischen Gesandtschaft Berlin, 1. 10. 1938, PA/AA, R 29769, Fiche 1182, Bl. 75625; Telegramm Henckes, 5. 10. 1938, PA/AA, R 29769, Fiche 1183, Bl. 75687.

[68] Beneš, Memoirs, S. 50 f.

„weg vom Schachbrett" (TG, 6.10.1938) sei. „Beneschs Rücktritt wird in der ganzen Welt begrüßt.[69] Seine früheren Freunde versetzen ihm Fußtritte. So ist das nun mal im Leben" (TG, 7.10.1938), kommentierte Goebbels tags darauf. Beneš verließ Prag sofort und emigrierte wenig später, was auch Goebbels bekannt war.[70] Bis zur Neuwahl eines Präsidenten übernahm Regierungschef Jan Syrový, der am 4. Oktober 1938 ein Übergangskabinett gebildet hatte, dessen Amtsgeschäfte.[71] Am Tag vor und am Tag seines Rücktritts hatte Beneš die „neue Regierung installiert" (TG, 6.10.1938),[72] was für Goebbels Grund zur Skepsis war, denn er fährt fort: „Man sucht damit offenbar neuen Kontakt mit dem Reich. Aber wir müssen da sehr vorsichtig sein. Der alte, verschlagene Fuchs Benesch ist noch am Werke" (TG, 6.10.1938). Beispielsweise wurde Außenminister Kamil Krofta, der wie Beneš nach dem Münchener Abkommen „völlig gebrochen gewesen"[73] sei, durch den bisherigen Gesandten in Rom, František Chvalkovský, ersetzt. Regierungschef blieb Jan Syrový.

Weitere Folgen des Viermächteabkommens waren die Autonomieerklärungen der Slowakei und der Karpatho-Ukraine. Goebbels erwähnte im Tagebuch „ein kurzbefristetes Ultimatum auf Autonomie" (TG, 5.10.1938), das der slowakische Regierungsvertreter Matúš Černák am 3. Oktober 1938 in Prag gestellt hatte.[74] Am nächsten Tag vermerkte Goebbels, daß die Slowaken „nun auch mehr und mehr Krach" schlügen (TG, 6.10.1938).[75] Auch die Gesandtschaft in Prag verzeichnete eine starke Zunahme der Unabhängigkeitsbewegung in der Slowakei.[76] Am 6. Oktober 1938 hatten Vertreter mehrerer slowakischer Parteien in Sillein

[69] Vgl. beispielsweise den Leitartikel „President Benesh Resigns" in der Times (6.10.1938, S. 13), in der Beneš vorgeworfen wurde, daß er zu stark mit der durch das Versailler Vertragssystem geschaffenen Tschechoslowakei identifiziert werde, um künftig diesen Staat gut repräsentieren zu können; auch sei er zu wenig kompromißbereit gewesen. Siehe auch Hencke, Augenzeuge, S. 201f.; Ladislav Feierabend, Prag-London, Bd. 1, S. 37f.; Procházka, Second Republic, S. 12–14.

[70] „Benesch hat Prag mit unbekanntem Ziel verlassen. Eine geborstene Säule" (TG, 8.10.1938), notierte Goebbels. Edvard Beneš begab sich, wie er in seinen Memoiren (Memoirs, S. 51) schrieb, am 6.10.1938 von Prag nach Sezimovo Ustí (deutsch: Alttabor) in Südböhmen und von dort am 22.10.1938 nach London. Zu Beneš' Aufnahme in London vermerkte Goebbels: „Er wird in London auf der Straße geohrfeigt" (TG, 30.11.1938). Dies läßt sich den Memoiren Beneš' nicht entnehmen, aber es erscheint auch nicht unwahrscheinlich, galt er doch nach München als der Hauptschuldige an der unglücklichen Lage der Tschecho-Slowakei, was Beneš (Memoirs, S. 53) in seinen Erinnerungen bestätigt, und beispielsweise auch Feierabend (Prag-London, S. 53) beschrieb.

[71] Vgl. Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 245; Bodensieck, Die Politik der Zweiten Republik, S. 58f.

[72] Feierabend, Prag-London, Bd. 1, S. 36–38.

[73] Hencke erfuhr dies vom italienischen Gesandten in Prag, Francesco Fransoni; Telegramm Henckes, 30.9.1938, in: ADAP, D 4, Dok. 3. „Wholly exhausted mentally and physically, with indescribable feelings in my heart and with heavy thoughts", so Beneš in seinen Memoiren (Memoirs, S. 51), habe er am 6.10. Prag verlassen. Siehe auch Feierabend, Prag-London, Bd. 1, S. 36.

[74] Siehe hierzu Hoensch, Die Slowakei, S. 103f.

[75] Zu den Aktivitäten der Slowakischen Volkspartei Anfang Oktober 1938 siehe Hoensch, Die Slowakei, S. 101–108.

[76] Telegramm Henckes, 4.10.1938, in: ADAP, D 4, Dok. 29.

(Žilina) in einem Abkommen und einem Manifest ultimativ eine autonome Slowakei innerhalb der Tschechoslowakei gefordert und sogleich eine slowakische Regierung unter Ministerpräsident Jozef Tiso gebildet.[77] Goebbels hielt hierzu fest: „Im Übrigen haben die Slowaken einfach ihre Autonomie erklärt, und Prag macht gute Miene zum bösen Spiel. Es bleibt ihm auch nichts anderes übrig" (TG, 8. 10. 1938). Die neugebildete tschecho-slowakische Regierung unter Jan Syrový gestand der Slowakei diese Autonomie am 7. Oktober „im Rahmen des Prager Reststaates" (TG, 9. 10. 1938) zu, wie Goebbels korrekt und despektierlich zugleich notierte.[78] Die Außen-, Militär- und Finanzpolitik wurde weiterhin von der gemeinsamen tschecho-slowakischen Regierung bestimmt.[79] Die erste Republik der Tschechoslowakei, die 1918 infolge des für die Mittelmächte verlorenen Ersten Weltkrieges gegründet worden war, hörte nun auf zu existieren;[80] die zweite, nun tschecho-slowakische Republik, begann.

Zwei Tage nach der Autonomieerklärung der Slowakei nominierte der tschecho-slowakische Regierungschef Syrový die erste autonome Regierung der Karpatho-Ukraine (Podkarpatská Rus) unter Premierminister Andrij Brodyi in Užhorod, was Goebbels jedoch nicht im Tagebuch vermerkte.[81] Auch die Ersetzung Brodyis, der von Polen wie Ungarn bestochen wurde, durch Avhustyn Vološyn am 26. Oktober 1938[82] hielt Goebbels im Tagebuch nicht fest. Zu unbedeutend war ihm wohl dieses kleine, dünn besiedelte Land, das im Jahre 1930 725 000 Einwohner hatte, die überwiegend in der Landwirtschaft tätig und nicht alphabetisiert waren.[83] Für ihn war lediglich von Bedeutung, worauf noch zurückzukommen sein wird, daß Ungarn und Polen möglichst keine gemeinsame Grenze bekämen, was bei einer polnischen oder ungarischen Annexion der Karpatho-Ukraine der Fall wäre.

Hitler hatte von Anfang an die Okkupation des gesamten tschechischen Raumes anvisiert und mußte sich in München mit der sogenannten kleinen Lösung, also dem Sudetenland, begnügen; „die große Lösung bleibt noch offen" (TG, 29. 9. 1938), notierte Goebbels am Morgen vor der Konferenz von München. Nur drei Tage nach Abschluß des Abkommens teilte Hitler Goebbels mit, daß er nach wie

[77] Texte des Abkommens und des Manifests bei Hoensch, Dokumente, Dok. 54 f. Zu den Verhandlungen in Sillein siehe Hoensch, Die Slowakei, S. 106–111. Siehe auch Telegramm des deutschen Konsulats Preßburg an das A.A., 6. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 40. Zur Ministerliste siehe Feierabend, Prag-London, Bd. 1, S. 43.

[78] Hoensch, Die Slowakei, S. 111 f.

[79] Vgl. „Verfassungsgesetz vom 22. 11. 1938 über die Autonomie des Landes Slowakei", das von der tschecho-slowakischen Nationalversammlung beschlossen wurde. In folgenden Bereichen blieb die Gesetzgebungskompetenz bei der tschecho-slowakischen Nationalversammlung: Verfassung, Außenpolitik, Kriegserklärung, Friedensschluß, Verteidigung, Staatsbürgerschaft, Ein- und Auswanderung, Paßwesen, Währung, Zoll, Verkehr, Post, Telekommunikation, Staatsschuld, Steuern, Abgaben, Gebühren. S. d. G. u. V. Nr. 299/1938, Ausgabe 99, ausgegeben am 23. 11. 1938, S. 1031–1035.

[80] Ádám, Richtung Selbstvernichtung, S. 143.

[81] Vgl. „Verfassungsgesetz vom 22. 11. 1938 über die Autonomie der Podkarpatská Rus", S. d. G. u. V. Nr. 328 und 329/1938, Ausgabe 109, ausgegeben am 16. 12. 1938, S. 1079–1085. Siehe auch Kotowski, „Ukrainisches Piemont"?, S. 72 f.

[82] Kotowski, „Ukrainisches Piemont"?, S. 73.

[83] Ebenda, S. 68 f.; Procházka, Second Republic, S. 64; ADAP, D 5, Dok. 81.

vor die Zerschlagung des tschecho-slowakischen Staates beabsichtige: „Abends beim Führer. Er spricht nochmal die politische Lage durch. Sein Entschluß, einmal die Tschechei zu vernichten, ist unerschütterlich. Und er wird ihn auch verwirklichen. Dieses tote und amorphe Staatsgebilde muß weg" (TG, 3.10.1938). Dieser Entschluß stand fest, wie auch andere Quellen belegen,[84] der Zeitpunkt der Umsetzung war abhängig von einer günstigen Gelegenheit und dem Verhalten der tschecho-slowakischen Regierung. Ministerpräsident Syrový und die übrigen Kabinettsmitglieder waren sich dieser Gefahr bewußt und bemühten sich um eine Verständigung mit dem NS-Regime. Goebbels verzeichnete befriedigt, daß Prag nun „Anschluß" an das NS-Regime suchte, doch war er nicht sicher, ob dies nur eine vorübergehende Taktik sei, und plädierte dafür, „zuerst einmal die weitere Entwicklung ab[zu]warten" (TG, 7.10.1938). Goebbels erwähnte im Tagebuch das Ziel, „die Tschechei zum Vasallenstaat" zu machen (TG, 8.10.1938). „Prag sucht in steigendem Maße Verständigung mit uns", hielt er einen Tag später fest (TG, 9.10.1938). Er war auch darüber informiert, daß der neue tschecho-slowakische Außenminister Chvalkovský „gerne" nach Berlin kommen wollte (TG, 9.10.1938). Chvalkovský hatte bereits am 5. Oktober 1938 anläßlich seines Abschiedsbesuchs als Gesandter in Rom bei Ciano und bei seinem dortigen deutschen Kollegen Mackensen darum gebeten, in Berlin anzufragen, ob Ribbentrop und eventuell auch Hitler ihn empfangen würden.[85] Zwei Tage später, kurz nach seinem Eintreffen in Prag, wiederholte Chvalkovský diese Bitte gegenüber dem deutschen Legationssekretär Hamilkar Hofmann, den er, in Vertretung für den erkrankten Geschäftsträger und kommissarischen Leiter der Gesandtschaft, Andor Hencke, als ersten ausländischen Diplomaten empfing.[86] Er versicherte, so berichtete Hofmann, „daß er alle seine Kräfte daran setzen werde, das Verhältnis der Tschechoslowakei zu Deutschland möglichst zu verbessern". „Prag möchte gerne Frieden und Ruhe" (TG, 9.10.1938), hielt Goebbels treffend im Zusammenhang mit dem Verzicht der tschecho-slowakischen Regierung auf Volksabstimmungen entlang der deutsch-tschecho-slowakischen Demarkationslinie fest (TG, 9.10.1938). Goebbels ließ daher, wie er korrekt im Tagebuch beschrieb, „die Polemik der deutschen Presse gegen Prag noch etwas abdämpfen", weil „die Tschechen mürbe" seien und

[84] General von Reichenau berichtete Groscurth am 3.10.1938, wie dieser überliefert, „daß der Führer entschlossen sei, in absehbarer Zeit die Lösung der Gesamt-Tschechei herbeizuführen. Es sei nur das erste Stadium jetzt erreicht worden"; Krausnick/Deutsch, Groscurth, S. 133. Hitler selbst erklärte im November 1939 vor seinen höchsten Offizieren, ihm sei „[v]om ersten Augenblick an" klar gewesen, daß er sich „nicht mit dem sudetendeutschen Gebiet begnügen könnte", dies sei nur eine „Teil-Lösung" gewesen, der „Entschluß zum Einmarsch in Böhmen" sei „gefaßt" gewesen. Rede Hitlers, 23.11.1939, in: IMG 26, Dok. 789-PS, S. 329. Die Annahme Hans Schiefers, Deutschland und die Tschechoslowakei, S. 53, 55f., Hitler habe dies erst Ende des Jahres 1938, vermutlich „kurz vor Weihnachten", entschieden, ist nicht mehr haltbar.

[85] Telegramm Mackensens, Rom, 6.10.1938, 22.25 Uhr, PA/AA, R 29769, Fiche 1183, Bl. 75704–705; Telegramm Mackensens, 6.10.1938, 0.20 Uhr, in: ADAP, D 4, Dok. 37; Rundtelegramm Bismarcks, 7.10.1938, PA/AA, R 103.627, Bl. D 495317–318.

[86] Telegramm Hofmanns, Prag, 7.10.1938, PA/AA, R 101.357, Bl. 387125–126; Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes. 1871–1945, Bd. 2, S. 263–265, 342f.

„Frieden" wollten, und er befürchtete, durch antitschechische Propaganda „rutschen sie evtl. zu Polen ab" (TG, 8. 10. 1938).

In der folgenden Pressekonferenz wurde darum gebeten, „der Tschecho-Slowakei ihr Nachgeben nicht durch unsachgemäße Berichterstattung zu erschweren", insbesondere sollte „den Tschechen der Weg zu einer vollständigen Bereinigung ihres Verhältnisses mit Deutschland nicht total verbaut, auch nicht erschwert" werden.[87] Zu den ersten Schritten Richtung Verständigung mit dem Deutschen Reich gehörte auch ein Amnestieerlaß vom 7. Oktober 1938 für Personen, die wegen politischer Delikte inhaftiert worden waren,[88] aber dies verzeichnete Goebbels nicht im Tagebuch. Er freute sich vor allem darüber, daß „bei den Tschechen" gegenüber den Deutschen, wie ihm berichtet wurde, „eine bessere Stimmung als gegen Engländer und Franzosen" geherrscht habe, was er darauf zurückführte, daß sich die Tschechen von den Westmächten „mit Recht verraten und verkauft" gefühlt hätten (TG, 6. 10. 1938), weil die Regierungen beider Westmächte Prag letztlich doch keine Unterstützung gewährt hatten.[89] Hitler schien der angebliche Stimmungsumschwung gleichgültig gewesen zu sein. Er dachte, wie Goebbels überliefert, kaum daß er ihn nach dessen Reise ins Sudetenland wieder traf, unentwegt an die Vernichtung des tschecho-slowakischen Staates:

„Die Tschechei will der Führer zerschlagen, entweder im Frieden oder im Krieg. Auch die internationalen Garantien nützen ihr dann nichts. Er will das auch demnächst dem neuen tschechischen Außenminister Chvalkowski[90] sagen. Schon der Neuaufbau einer Befestigungsanlage würde als Grund zum Einschreiten angesehen werden. Das wird den Tschechen in aller Klarheit gesagt werden. Und ich bin der Überzeugung, sie werden das verstehen. / […] / Überhaupt sind klare und garantierte Grenzen in Mitteleuropa heute nicht in unserem Interesse gelegen. Und diese Tschechei werden wir doch eines Tages schlucken. Der Weg zum Balkan muß freigemacht werden" (TG, 10. 10. 1938).

Diese Passage ist bemerkenswert, weil sie nicht nur die Aussichtslosigkeit der Politik der tschecho-slowakischen Regierung demonstriert, die günstigstenfalls die Annexion verzögern könnte, sondern auch, weil sie den Balkan als vordringliches Ziel aufzeigt. Bisher hatte Goebbels die Außenpolitik des NS-Regimes zumeist als Befreiung der deutschen Minderheiten, als Kampf gegen unerwünschte politische Systeme und als Revision der Versailler Nachkriegsordnung dargestellt. Der Balkan war in seinen Augen zwar deutsches Interessensgebiet (TG, 3. 4. 1937, 14. 12.

[87] Aufzeichnung Sängers über die Pressekonferenz am 7. 10. 1938, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2801.

[88] Vgl. Aufzeichnungen v. Stechows, A.A., 7. 10. 1938 und 8. 10. 1938, PA/AA, R 29769, Fiche 1183, Bl. 75727-731; Schreiben Crohnes, Reichsjustizministerium, an das A.A., 2. 11. 1938, PA/AA, R 101. 361, o. P.

[89] Andor Hencke schrieb in seinen Memoiren, Augenzeuge, S. 202, daß sich „Wut und Verachtung […] einhellig gegen die Engländer, Franzosen und Italiener" gerichtet hätten, „die dem Lande ein Diktat aufgezwungen hatten, wie es bei besiegten Feinden kaum schlimmer hätte sein können". Gegenüber Deutschen habe die Bevölkerung jedoch eine „disziplinierte Zurückhaltung" gezeigt. Auch in einem Gespräch Görings mit Vojtěch Mastný Mitte Oktober 1938 kam dies zur Sprache. In der Tschecho-Slowakei sei die „Enttäuschung gegenüber Frankreich, England, besonders Rußland sehr groß", war im Ergebnisprotokoll festgehalten worden, in: ADAP, D 4, Dok. 67.

[90] Richtig: Chvalkovský.

1937, 28.5.1938), doch bislang eher „großes Absatzreservoir" (TG, 29.1.1938) für deutsche Produkte gewesen. Am 22. August 1938 hielt Goebbels nach einem Gespräch mit Hitler erstmals das auf territoriale Expansion und rassische Neuordnung ausgerichtete Interesse am Balkan fest: „Wir sollen auch die ganzen Balkanstaaten nicht durch deutsches Blut auffrischen. […] Wir dürfen diese Völker, vor allem die Tschechen u.ä. Gelichter nicht hochpäppeln, wir müssen sie vielmehr einmal herausdrücken. Wir wollen nicht diese Völker, wir wollen ihr Land" (TG, 22.8.1938). Diese Textstelle belegt das Wissen Goebbels', daß Hitler nicht lediglich eine „Vorherrschaft in Europa" (TG, 15.11.1936), wie Goebbels noch 1936 konstatiert hatte, sondern die Unterwerfung und Vertreibung der osteuropäischen Völker anstrebte und zu verwirklichen begonnen hatte.

Die tschecho-slowakische Regierung war sich darüber im klaren, daß sie keinesfalls eine Politik betreiben durfte, die dem NS-Regime einen Anlaß zur Kritik und damit letztlich zum gewaltsamen Eingriff geboten hätte. Bereits bei seinem ersten Gespräch mit Geschäftsträger Hencke hatte Chvalkovský am 10. Oktober 1938 erklärt, die „Hauptschuld" am gespannten Verhältnis der Tschecho-Slowakei zum Deutschen Reich „trüge ein starker jüdischer Einfluß in Prag, insbesondere in [der, d.V.] Presse, den er nach Kräften beseitigen wolle".[91] Einen Tag darauf erschien im tschecho-slowakischen Gesetzblatt eine Verordnung des Prager Landespräsidenten, die alle, auch die aus den Sudetengebieten, seit 20. Mai 1938, dem Tag vor der Teilmobilisierung, in den tschechoslowakischen Rumpfstaat eingewanderten Personen zur sofortigen Meldung (binnen 24 Stunden) verpflichtete.[92] Schon am Tag vor dieser Prager Maßnahme hatte der Landespräsident in Brünn eine gleichlautende Verordnung erlassen, somit galt sie für den ganzen böhmisch-mährischen Raum.[93] Die deutsche Gesandtschaft ging davon aus, daß diese Verordnungen in erster Linie gegen „Juden, Linkselemente und Emigranten" gerichtet waren. Die „bisherige Praxis läßt darauf schließen", so telegraphierte Hencke weiter, „daß diese Personen durch Polizeibehörde binnen 24 Stunden aus [dem, d.V.] Reststaat ausgewiesen" würden.[94] Dies scheint Goebbels bekannt geworden zu sein. Er begrüßte diese Maßnahmen und knüpfte daran die Hoffnung auf eine allmählich einsetzende, allgemeine Vertreibung der Juden, wie folgender Tage-

[91] Telegramm Henckes, 10.10.1938, in: ADAP, D 4, Dok. 49.

[92] „Verordnung des Landespräsidenten in Prag vom 9. Oktober 1938, betreffend die Meldung der Personen, die nach dem 20. Mai 1938 aus dem durch reichsdeutsches oder polnisches Militär besetzten čechoslovakischen Staatsgebiete übersiedelt sind. […] Personen, die nach dem 20. Mai 1938 aus dem durch reichsdeutsches oder polnisches Militär besetzten Gebiete in irgend eine hiesige Gemeinde übersiedelt sind, sind verpflichtet, sich auf einer amtlichen Drucksorte binnen 24 Stunden nach dem Anschlage dieser Verordnung oder, wenn sie später übersiedeln, binnen 24 Stunden nach ihrer Ankunft bei der zuständigen Behörde zu melden. […] Personen, welche die Meldepflicht betrifft, dürfen ihren Wohnsitz nur mit Zustimmung der oben angeführten Behörde wechseln. […]." S.d. G. u. V. Nr. 220/1938, Ausgabe 77, ausgegeben am 11.10.1938, S. 874f.

[93] „Verordnung des Landespräsidenten in Brünn vom 8. Oktober 1938, betreffend die Meldung der Personen, die nach dem 20. Mai 1938 aus dem durch reichsdeutsches oder polnisches Militär besetzten čechoslovakischen Staatsgebiete übersiedelt sind." S.d. G. u. V. Nr. 243/1938, Ausgabe 82, ausgegeben am 20.10.1938, S. 909f.

[94] Telegramm Henckes, 12.10.1938, PA/AA, R 29769, Fiche 1184, Bl. 75776f.

bucheintragung belegt, der Goebbels' antisemitische Weltsicht aufzeigt: „Im Übrigen wehrt Prag sich mächtig gegen Juden und Emigranten. Das kann uns nur recht sein. Die Juden werden so von Land zu Land getrieben und ernten damit die Früchte ihrer ewigen Intrigen, Hetzkampagnen und Gemeinheiten" (TG, 13.10. 1938).[95] Am selben Tag, als Goebbels dies schrieb, erklärte der tschecho-slowakische Außenminister Chvalkovský gegenüber Ribbentrop, die Tschecho-Slowakei sei „in ihrer jetzigen Form viel zu klein […], um derartige Emigrantenmengen beherbergen zu können".[96] Zwei Wochen später erloschen generell die Aufenthaltsgenehmigungen für Emigranten aufgrund einer Regierungsverordnung.[97] Auch in den Tagebuchnotaten der folgenden Tage befaßte sich Goebbels mit der tschecho-slowakischen Politik gegen Juden, Emigranten und Kommunisten.[98] In Prag herrsche eine „scharfe Kampfstimmung gegen die Kommunisten", am „beliebtesten" seien dort augenblicklich die Deutschen, weil sie, wie Goebbels schrieb, „am ehrlichsten vorgegangen" seien (TG, 14.10.1938). Hierbei meinte er die klar und deutlich erhobenen Gebietsforderungen Hitlers vor dem Münchener Abkommen und spielte auf die nicht eingehaltenen Beistandsverpflichtungen der anderen Regierungen an. Goebbels war angesichts der gezwungenermaßen prodeutschen Stimmung und der Politik im deutschen Sinne der Auffassung, daß es „nun eine Kleinigkeit" sei, „Prag uns ganz hörig zu machen" (TG, 14.10.1938). „In Prag mehren sich die Stimmen der Versöhnung und des Ausgleichs mit Berlin", notierte Goebbels einen Tag später, man gehe „scharf gegen Emigranten, Juden und Kommunisten vor" (TG, 15.10.1938), und er kommentierte dies mit den Worten: „Ein Volk beginnt zu erwachen" (TG, 15.10.1938). Am Tag danach notierte Goebbels: „Die Stimmung in Prag ist ganz umgeschlagen. Prodeutsch ist die Parole. Die Prager Presse spricht von einer vollkommenen Umkehr von der bisherigen Politik. Das kommt zwar spät, aber es kommt. Starke Tendenzen gegen Juden, Emigranten, Freimaurer und Kommunisten" (TG, 16.10.1938).[99] Immer wieder beschrieb Goebbels die Zunahme der „deutschfreundlichen Stimmen" (TG, 18.10. 1938) in der Tschecho-Slowakei oder die „prodeutsch[e]" Haltung (TG, 20.10.1938), was

[95] Diese Verordnungen berücksichtigte Bodensieck, Das Dritte Reich und die Lage der Juden, S. 249–261, nicht, der überhaupt die antijüdischen Maßnahmen in der Tschecho-Slowakei nach dem Münchener Abkommen unterschätzt.

[96] Aufzeichnung Schmidts über Unterredung Ribbentrops mit Chvalkovský, 13.10.1938, in: ADAP, D 4, Dok. 55, S. 59.

[97] Regierungsverordnung vom 28.10.1938 betreffend Aufenthalt von Ausländern. „Art. II. (1) Ausländer, die bisher irgend eine Begünstigung […] genießen, sind verpflichtet, um die Bewilligung des Aufenthalts […] binnen 15 Tagen […] anzusuchen. […]. (2) Die Aufenthaltsbewilligungen, die Ausländern erteilt wurden, welche Begünstigungen […] genießen, treten außer Kraft. Solche Ausländer sind verpflichtet, um eine neue Aufenthaltsbewilligung […] binnen 15 Tagen vom Wirksamkeitsbeginne dieser Verordnung anzusuchen." S. d. G. u. V. Nr. 257/1938, Ausgabe 87, ausgegeben am 30.10.1938, S. 927.

[98] Siehe hierzu auch Feierabend, Prag-London, S. 52f.

[99] Die Presse in der Tschecho-Slowakei unterlag nun aus Furcht vor Komplikationen mit dem NS-Regime einer strengen Zensur; vgl. politischer Bericht Henckes, 23.10.1938, in: ADAP, D 4, Dok. 85, S. 95. Um antideutsche Proteste zu vermeiden, war selbst der Abdruck von Karten der verlorenen Gebiete in Zeitungen untersagt worden; vgl. Procházka, Second Republic, S. 59; Ripka, Munich, S. 381.

nicht zuletzt eine Folge des Besuchs von Außenminister František Chvalkovský im Deutschen Reich war.

Über den Beginn der Deutschland-Reise Chvalkovskýs schrieb Goebbels in sein Tagebuch: „Der tschechische Außenminister ist in Berlin eingetroffen. Er bekommt nun von Ribbentrop Aufschluß über das, was zu tuen [!] ist. Auch der Führer wird mit ihm reden. Prag muß sich nun entscheiden, ob es mit uns gehen oder auf die Dauer doch vernichtet werden will. Ein Zwischending gibt es jetzt nicht mehr" (TG, 14.10.1938). Nach dem Rücktritt Beneš' bot sich Hitler nun doch die Chance, mit der tschecho-slowakischen Regierung so zu verfahren, wie er es im Februar 1938 mit der österreichischen praktiziert hatte. Nachdem Hitler bei Schuschnigg damals mit äußerstem Druck und Androhung eines militärischen Überfalls eine Anlehnung an das Dritte Reich erzwungen hatte, hatte er Goebbels mitgeteilt, „bei kommender günstiger Gelegenheit ähnlich" mit Prag „verfahren" zu wollen (TG, 21.2.1938).

Über das Gespräch Chvalkovskýs mit Ribbentrop am 13. Oktober 1938, das demjenigen mit Hitler vorausging, war Goebbels anscheinend nicht näher informiert worden, da er sich im Tagebuch hierzu nicht äußerte. Chvalkovský betonte dem vom Auswärtigen Amt angefertigten Protokoll zufolge zunächst, daß „die große Masse des tschechischen Volkes" nicht deutschfeindlich gesinnt sei, daß die früheren Präsidenten Thomáš Masaryk und Beneš allein für den „antideutschen Kurs" und die „Katastrophe" verantwortlich gewesen seien.[100] Ribbentrop kritisierte die frühere Politik der Tschechoslowakei und erklärte, wie es im deutschen Protokoll heißt, die Tschechoslowakei wäre „innerhalb weniger Tage vernichtet worden", wäre es nicht zur Münchener Konferenz gekommen.[101] Auch auf einen Konflikt mit England und Frankreich sei Deutschland vorbereitet gewesen, „wenn sie so töricht gewesen wären, Deutschland anzugreifen". Chvalkovský führte aus, die Tschecho-Slowakei würde nun „in ihrer Außenpolitik eine Wende um 180 Grad vornehmen", und er sei schon immer „ein Gegner der Politik von Beneš" gewesen und habe „immer dem Zusammengehen mit Deutschland das Wort geredet". Geplant sei nun eine starke Verkleinerung der tschecho-slowakischen Armee, ein Verbot sämtlicher Parteien und die Regelung „der Judenfrage".[102] Chvalkovský erklärte, vor allem in der Presse, aber auch in seinem Außenministerium sei die

[100] Aufzeichnung Schmidts über Unterredung Ribbentrops mit Chvalkovský, Berlin, 13.10.1938, in: ADAP, D 4, Dok. 55.

[101] Ebenda. Ribbentrop „begann mit einer vernichtenden Kritik der bisherigen Methoden unserer auswärtigen Politik", notierte Chvalkovský über dieses Gespräch. Aufzeichnung Chvalkovskýs über Gespräch mit Ribbentrop am 13.10.1938, in: Král, Abkommen, Dok. 266, S. 281.

[102] Aufzeichnung Schmidts über Unterredung Ribbentrops mit Chvalkovský, Berlin, 13.10.1938, in: ADAP, D 4, Dok. 55. Chvalkovský hielt in seiner Aufzeichnung die Äußerung Ribbentrops fest, daß in Prag „Befestigungen […] schon nicht mehr in Erwägung" gezogen werden dürften. Auch habe Ribbentrop die Auflösung der kommunistischen Partei als Selbstverständlichkeit bezeichnet. Chvalkovský verzeichnete ebenfalls, daß über die „Judenfrage" gesprochen worden sei, „die durch den Zustrom von Flüchtlingen aus Österreich, Deutschland und aus unseren deutschen Gegenden verschärft worden" sei. Aufzeichnung Chvalkovskýs über Gespräch mit Ribbentrop am 13.10.1938, in: Král, Abkommen, Dok. 266, S. 281.

Anzahl der Juden besonders hoch, und er werde „in dieser Hinsicht für schleunige Abhilfe sorgen". Wirtschaftlich wolle sich die Tschecho-Slowakei „völlig in das deutsche System […] eingliedern".[103] Die von Ribbentrop angemahnte Betätigungsmöglichkeit in der NSDAP für Deutsche in der Tschecho-Slowakei gestand Chvalkovský zu, wie er sich auch bemühen wollte, „den deutschen Wünschen in jeder Hinsicht nachzukommen".[104] Goebbels notierte nach dieser Unterredung der beiden Außenminister keine Gesprächsinhalte, sondern lediglich, daß Chvalkovský „nun nach München zum Führer gefahren" sei, wo er „nochmal die Leviten gelesen" bekomme (TG, 15. 10. 1938).

Chvalkovský hatte sich für sein Gespräch mit Hitler am 14. Oktober 1938 in München vorgenommen, einen Kontakt zwischen beiden Regierungen herzustellen, Streitpunkte zu klären, möglichst kleinere Grenzkorrekturen durchzusetzen und die Frage der Garantie des tschecho-slowakischen Staates anzusprechen.[105] Dem NS-Regime gab der Besuch Chvalkovskýs bei Hitler willkommene Gelegenheit, wie Goebbels vorab von Hitler mitgeteilt wurde, dem tschecho-slowakischen Außenminister deutlich zu machen, daß eine antideutsche Politik die sofortige Zerschlagung des Staates zur Folge habe (TG, 10. 10., 14. 10. 1938). Genau dies machte Hitler Chvalkovský klar, wie die Aufzeichnung Chvalkovskýs[106] und das deutsche Protokoll dieses Gesprächs dokumentieren.[107] Hitler erklärte dem Protokoll zufolge, es gäbe „für die Tschechoslowakei nur zwei Alternativen". Sie müsse sich bewußt sein, „daß sie mitten im deutschen Raum liege" und sich daher „den Bedingungen dieses Raumes" anzupassen habe.[108] In diesem Fall würde „sich Deutschland völlig an ihr desinteressieren". Dies war, wie durch das Tagebuch von Goebbels erwiesen ist, eine Lüge, da Hitler bereits am 9. Oktober 1938 Goebbels mitgeteilt hatte, daß er die Tschecho-Slowakei „doch eines Tages schlucken" wolle, um den „Weg zum Balkan" freizumachen (TG, 10. 10. 1938). Zur zweiten Alternative führte Hitler, wie Paul Otto Schmidt festhielt, aus: Sollte die Tschecho-Slowakei aber versuchen, „eine Rolle als Feind Deutschlands zu spielen", würde dies „zu einer Katastrophe für das Land führen".[109] Denn es sei „für eine Großmacht un-

[103] Aufzeichnung Schmidts über Unterredung Ribbentrops mit Chvalkovský, 13. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 55. Chvalkovský notierte, er habe geäußert, daß nach seiner Ansicht im wirtschaftlichen Bereich eine „enge Zusammenarbeit und Anpassung notwendig" sei. Aufzeichnung Chvalkovskýs über Gespräch mit Ribbentrop am 13. 10. 1938, in: Král, Abkommen, Dok. 266, S. 281.

[104] Aufzeichnung Schmidts über Unterredung Ribbentrops mit Chvalkovský, 13. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 55.

[105] Aufzeichnung Chvalkovskýs über Gespräch mit Hitler am 14. 10. 1938, in: Král, Abkommen, Dok. 266, S. 282; siehe auch Feierabend, Prag-London, Bd. 1, S. 46f.

[106] Aufzeichnung Chvalkovskýs über Gespräch mit Hitler am 14. 10. 1938, in: Král, Abkommen, Dok. 266, S. 282.

[107] Aufzeichnung Schmidts über Unterredung Hitlers mit Chvalkovský, 14. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 61.

[108] Ebenda. Chvalkovský hatte diese Äußerung Hitlers folgendermaßen festgehalten: „Ihr seid eingekeilt in den Körper Großdeutschlands und müßt euch einfach darnach richten und verhalten." Aufzeichnung Chvalkovskýs über Gespräch mit Hitler am 14. 10. 1938, in: Král, Abkommen, Dok. 266, S. 282.

[109] Aufzeichnung Schmidts über Unterredung Hitlers mit Chvalkovský, 14. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 61. Chvalkovský hatte notiert: „Er verhehlte durchaus nicht, daß er

erträglich, ein kleines Land an seiner Seite zu dulden, das gewissermaßen eine ständige Flankenbedrohung darstelle". Dem Protokoll zufolge wiederholte Hitler seine Drohung noch einmal mit anderen Worten: „Wenn auch nur der geringste Versuch von der Tschechoslowakei in dieser Richtung gemacht werden sollte, würde Deutschland sofort energisch eingreifen."

Wie schon gegenüber Ribbentrop versprach Chvalkovský, „eine 180%ige [sic] Schwenkung in der tschechoslowakischen Politik vornehmen" zu werden. Für diese neue Politik „erbitte" die tschecho-slowakische Regierung, so Chvalkovský, „das Wohlwollen des Deutschen Reiches" und eine „Bewährungsfrist", denn „man könne von Deutschland nach den mit Prag gemachten Erfahrungen natürlich nicht erwarten, daß es bloßen Zusicherungen und Versprechungen von tschechoslowakischer Seite großen Wert beilege".[110] Hitler erklärte, „die größte Sicherheit" für die Tschecho-Slowakei beruhe „in freundschaftlichen Beziehungen mit seinen Nachbarn und vor allen Dingen mit dem größten Nachbarstaat, dem Deutschen Reich". In bezug auf die Septemberkrise äußerte Hitler, daß „niemand […] im Konfliktsfalle für die Tschechoslowakei eingetreten" sei und auch „nicht das Geringste ausrichten" hätte können angesichts der deutschen Armee, die „die stärkste und bestausgerüstete der ganzen Welt" sei.[111] Daran anschließend bezeichnete Hitler die tschecho-slowakischen Befestigungsanlagen als „minderwertig" und erklärte, ein „bewaffneter Konflikt wäre für die tschechoslowakische Armee mit ungeheuren und nutzlosen Blutopfern verbunden gewesen".[112] Die Behauptung der Minderwertigkeit der tschecho-slowakischen Verteidigungslinie entsprach nicht der Realität, wie Hitler auch gegenüber anderen Nationalsozialisten oder Offizieren zugegeben hatte.[113] Hitler bezweckte damit eine zusätzliche Verunsicherung Chvalkovskýs. Die Tschecho-Slowakei müsse sich bewußt werden, so erklärte Hit-

sich nichts gefallen lasse, und daß die Katastrophe für unseren Staat wie ein Blitz hereinbräche, wann immer wir von neuem wankten und zu den alten Manieren zurückkehrten." Aufzeichnung Chvalkovskýs über Gespräch mit Hitler, 14.10.1938, in: Král, Abkommen, Dok. 266, S. 282.

110 Aufzeichnung Schmidts über Unterredung Hitlers mit Chvalkovský, 14.10.1938, in: ADAP, D 4, Dok. 61.

111 Ebenda. Dies hatte Chvalkovský ebenfalls festgehalten: „Wenn er [Hitler, d.V.] gewollt hätte, konnte er unseren Widerstand in so kurzer Zeit brechen, daß jede Hilfe wie immer ausgeschlossen gewesen wäre." Wenige Zeilen zuvor hatte der tschecho-slowakische Außenminister notiert, Hitler habe zu ihm gesagt, er „vermöge überhaupt nicht zu begreifen, wie wir auf den unglücklichen und unmöglichen Gedanken fremder Hilfe kommen konnten; weder er noch der Duce hätten einen Augenblick gezweifelt, daß Frankreich und England nicht marschieren werden, weil sie nicht können." Aufzeichnung Chvalkovskýs über Gespräch mit Hitler am 14.10.1938, in: Král, Abkommen, Dok. 266, S. 282.

112 Aufzeichnung Schmidts über Unterredung Hitlers mit Chvalkovský, 14.10.1938, in: ADAP, D 4, Dok. 61. Auch dies wird durch die Aufzeichnung Chvalkovskýs bestätigt: „Unsere Wehrmaßnahmen erklärte er [Hitler, d.V.] auf Grund der nach der Besetzung durchgeführten Versuche für dilettantisch und sagte, es sei ein Glück gewesen, daß es zu keinem Kampf gekommen ist, bei dem unsere Burschen einfach massakriert worden wären." Aufzeichnung Chvalkovskýs über Gespräch mit Hitler am 14.10.1938, in: Král, Abkommen, Dok. 266, S. 282.

113 Vgl. z. B. TG, 10.10.1938; Below, Hitlers Adjutant, S. 130.

ler weiter, „daß englische und französische Garantien genau ebenso wertlos seien wie der Bündnisvertrag mit Frankreich oder der Pakt mit Rußland"; „die einzige wirklich wirksame Garantie" sei „diejenige Deutschlands".[114]

Goebbels kannte zunächst wahrscheinlich nur das offizielle Kommuniqué des Gesprächs, über das er schrieb: „Die Unterredung des Führers mit Chvalkovski [!] bringt ein positives Communiqué zutage: Prag will ein gerades Verhältnis zu Berlin. Wenigstens behaupten die Tschechen das. Nun muß man erst die Taten abwarten" (TG, 16.10.1938).[115] Erst mehr als eine Woche später, als Goebbels in seiner erwähnten Privatangelegenheit auf den Obersalzberg fuhr, erzählte ihm Hitler von seinem Zusammentreffen mit dem tschecho-slowakischen Außenminister, der, wie Goebbels die Darstellung Hitlers wiedergibt, „von einer hündischen Devotion" gewesen sei und sich „in Selbstkasteiungen" überschlagen habe (TG, 24.10.1938). „Er kündigte Kündigung des Paktes mit Moskau und Paris an. Aber der Führer glaubt ihm kein Wort", berichtet Goebbels weiter. Die zugesagte Aufkündigung der Bündnisverträge mit der UdSSR und Frankreich, die aus dem Protokoll des Gesprächs mit Hitler nicht hervorgeht, ist in der Niederschrift über die Unterredung mit Ribbentrop enthalten.[116] Aber sie war bedeutungslos, nicht, weil Hitler Zweifel an der Erfüllung hatte, sondern, weil er die tschechischen Gebiete ohnehin annektieren wollte, wie er Goebbels schon zwei Wochen zuvor mitgeteilt hatte. Genau eine Woche nach dem Besuch Chvalkovskýs erließ Hitler eine Weisung über die „Erledigung der Resttschechei", die mit den Worten begann: „Es muß möglich sein, die Rest-Tschechei jederzeit zerschlagen zu können, wenn sie etwa eine deutsch-feindliche Politik betreiben würde".[117] Die Verwendung der Partikel „etwa" ließ erahnen, daß auch in anderen Fällen trotz deutschfreundlicher Politik die sofortige Vernichtung des tschecho-slowakischen Staates möglich war.

Die polnische Annexion des Olsa-Gebietes

Die revisionistischen Forderungen der polnischen und ungarischen Regierung waren im Münchener Abkommen vom 29. September 1938 unberücksichtigt geblieben. Es war lediglich vereinbart worden, „daß das Problem der polnischen und ungarischen Minderheiten in der Tschechoslowakei, sofern es nicht innerhalb von drei Monaten durch eine Vereinbarung unter den betreffenden Regierungen gere-

[114] Aufzeichnung Schmidts über Unterredung Hitlers mit Chvalkovský, 14.10.1938, in: ADAP, D 4, Dok. 61. Chvalkovský hatte hierzu notiert, Hitler habe gesagt, „die einzige Garantie, welche Wert hätte", sei „seine Garantie". Doch er würde sie nicht geben, „solange er das nicht für zweckmäßig erkenne". Aufzeichnung Chvalkovskýs über Gespräch mit Hitler am 14.10.1938, in: Král, Abkommen, Dok. 266, S. 282.

[115] Im Kommuniqué über die Besprechung Hitlers mit Chvalkovský am 14.10.1938 heißt es: „Der tschecho-slowakische Außenminister gab dem Führer die Versicherung ab, daß die Tschecho-Slowakei eine loyale Haltung Deutschland gegenüber einnehmen werde, wovon der Führer mit Befriedigung Kenntnis nahm." IfZ, Archiv, DNB-Berichte, 14.10.1938, Bl. 15.

[116] Aufzeichnung Paul Otto Schmidts über die Unterredung Ribbentrops mit Chvalkovský in Berlin, 13.10.1938, in: ADAP, D 4, Dok. 55, S. 58.

[117] Weisung Hitlers, 21.10.1938, in: IMG 34, Dok. 136-C, S. 480.

gelt wird, den Gegenstand einer weiteren Zusammenkunft der hier anwesenden Regierungschefs der vier Mächte bilden wird".[118] Wie erwähnt hatte Polen Ende September 1938 eine Teilmobilisierung vorgenommen, durch Freikorps im Grenzgebiet zur Tschechoslowakei Unruhe stiften lassen und Verhandlungen mit der tschecho-slowakischen Regierung über die Übergabe des Olsa-Gebietes um die Stadt Teschen begonnen, die Prag bereits grundsätzlich zugestanden hatte.[119] Da sich die polnische Regierung in München übergangen fühlte, versuchte sie, „mit eigenen Mitteln die Achtung der Staatswürde" zu sichern, wie in einem Kommuniqué Warschaus vom 30. September 1938 erklärt wurde, und Prag dazu zu bewegen, die für die Tschechoslowakei „selber so verhängnisvolle Taktik des Ausweichens und der Lügen" zu unterlassen.[120] Noch am späten Abend des 30. September, um 23.40 Uhr, wenige Stunden nach Unterzeichnung des Viermächteabkommens, stellte Polen trotz britischer Warnungen[121] an die tschechoslowakische Regierung ein auf 24 Stunden befristetes – später um 12 Stunden verlängertes – Ultimatum auf sofortige Übergabe der Region um Teschen.[122] Goebbels erfuhr davon wahrscheinlich von Hitler, mit dem er am 1. Oktober dreimal zusammentraf: „Polen hat ein Ultimatum an Prag gerichtet" (TG, 2. 10. 1938), notierte er. Der polnische Außenminister Beck begründete diese Maßnahme mit einem angeblichen „Verschleppungsmanöver" der tschechoslowakischen Regierung.[123] Die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs, etwas zaghafter die italienische, unternahmen angesichts dieses Ultimatums diplomatische Schritte und baten auch das NS-Regime, wie Goebbels überliefert, „Warschau den Rat zu geben, die ausgemachten 3 Monate abzuwarten" (TG, 2. 10. 1938).[124]

[118] Zusätzliche Erklärung; Abkommen zwischen Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien, 29. 9. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 675, S. 814. Goebbels hatte diese Zusatzvereinbarung im Tagebuch korrekt, wenn auch deutlich kürzer vermerkt: „In 3 Monaten muß Ungarn und Polen befriedigt sein. Sonst neue Viererbesprechungen", TG, 30. 9. 1938.

[119] Die Verhandlungen werden ersichtlich in: ADAP, D 2, Dok. 606, 652, ADAP D 4, Dok. 5 sowie Jędrzejewicz, Lipski, Doc. 108–113. Siehe auch Procházka, Second Republic, S. 8f.

[120] Dieses Kommuniqué übermittelte die polnische Botschaft dem A.A. am 30. 9. 1938 um 8.20 Uhr, PA/AA, R 29769, Fiche 1182, Bl. 75591f.

[121] Aufzeichnung Kroftas, 1. 10. 1938, in: Král, Abkommen, Dok. 250; DBFP, 3rd Series, Vol. III, Doc. 71, 75–78.

[122] Telegramm Henckes, Prag, über Telefonat mit Krofta, 1. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 5; Jędrzejewicz, Lipski, Doc. 115; Text des Ultimatums in: DBFP, 3rd Series, Vol. III, Doc. 101, Anlage 2. Siehe hierzu auch DBFP, 3rd Series, Vol. III, Doc. 77, 78, 82–84; Hencke, Augenzeuge, S. 199f.

[123] Telegramm Moltkes über Gespräch mit Beck, Warschau, 1. 10. 1938, in: ADAP, D 5, Dok. 54.

[124] Goebbels erwähnte in diesem Zusammenhang nur „London", doch auch die französische Regierung bat das NS-Regime um Unterstützung gegenüber Warschau; Verbalnote der Britischen Botschaft, 1. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 7; siehe auch DBFP, 3rd Series, Vol. III, Doc. 92; Aufzeichnung über Telefonat mit François-Poncet, 1. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 6; die britische Note an Warschau ist abgedr. in: DBFP, 3rd Series, Vol. III, Doc. 85. Zu Italien siehe Aufzeichnung Ribbentrops über Telefongespräch mit Ciano und Gespräch mit Lipski, 1. 10. 1938, in: ADAP, D 5, Dok. 55; Jędrzejewicz, Lipski, Doc. 115.

Als Reaktion Hitlers überliefert Goebbels, wiederum nach einem Gespräch mit dem „Führer", dessen Idee eines gemeinsamen militärischen Eingreifens: „Der Führer lehnt das kategorisch ab. Die Polen sollen auch zu ihrem Recht kommen. Und wenn sie bewaffnet vorgehen, dann entsteht für uns eine ganz neue Situation. Wir können aus keinem kriegerischen Konflikt in Mitteleuropa herausbleiben. Jedenfalls soll Keitel möglichst schnell in den Besitz der tschechischen Festungsanlagen zu kommen versuchen" (TG, 2. 10. 1938). Ribbentrop dagegen äußerte sich in einer Unterredung mit dem polnischen Botschafter Józef Lipski vorsichtiger. Er erwähnte, daß die Reichsregierung „volles Verständnis für den polnischen Standpunkt" habe, und hoffte, „daß eine militärische Aktion nicht notwendig werden würde".[125] Während Goebbels im Falle einer militärischen Lösung durch Polen ein deutsches Eingreifen andeutete, erklärte Ribbentrop gegenüber Lipski, das Reich würde „eine wohlwollende Haltung einnehmen". Lediglich im Falle eines Einschreitens der Sowjetunion „würde dann für Deutschland eine völlig neue Situation in der gesamten tschechoslowakischen Frage entstehen". Überraschend ist die von Goebbels wie Ribbentrop benutzte Formulierung „ganz neue Situation" bzw. „völlig neue Situation", was darauf hindeutet, daß beide die Worte Hitlers wiedergegeben haben könnten. Denn beide trafen am Vormittag des 1. Oktober 1938 mit Hitler zusammen, als er von München zurückkehrte und in Berlin empfangen wurde.[126]

Interessant ist jedoch, daß Goebbels zufolge ein deutscher Einmarsch in die Tschechoslowakei bei einem polnisch-tschecho-slowakischen Konflikt stattfinden sollte, während Ribbentrop dies nur bei einem sowjetischen Eingreifen erwähnte. Offenbar sollte Warschau nicht offiziell und nicht allzudeutlich zu einem Überfall auf den Nachbarstaat ermutigt werden.

Im Zusammenhang mit einem gemeinsamen Mittagessen bei Hitler, einige Zeit nach dem Empfang, hielt Goebbels die Lösung dieser Krise fest: „Polen hat nochmal auf Prag gedrückt. Dann nimmt Prag das polnische Ultimatum an. Teschen wird heute schon besetzt. […] Hier scheint es also keine Konfliktsmöglichkeit mehr zu geben" (TG, 2. 10. 1938).[127] Eine andere Möglichkeit, doch noch die sofortige Besetzung Böhmens und Mährens durchzuführen, lag in möglichen eklatanten Verstößen der tschechischen Seite gegen das Münchener Abkommen. Für diesen Fall wurde die Presse am 1. Oktober 1938 angewiesen, Nachrichten hierüber groß aufzumachen.[128] Konfliktmöglichkeiten in den polnisch-tschecho-slowakischen Beziehungen waren durch die Akzeptanz des polnischen Ultimatums am 1. Oktober 1938 ausgeschlossen. Im deutsch-polnischen Verhältnis hingegen waren sie im Entstehen, da beiden Regierungen viel an den Kohle- und Eisenvorkommen im oberschlesisch-polnisch-tschecho-slowakischen Grenzbereich

[125] Aufzeichnung Ribbentrops über Telefonat mit Ciano und Gespräch mit Lipski, 1. 10. 1938, in: ADAP, D 5, Dok. 55; Jędrzejewicz, Lipski, Doc. 115.

[126] Die Anwesenheit Ribbentrops beim Empfang Hitlers und die Beratung Ribbentrops mit Hitler überliefert Lipski; vgl. Jędrzejewicz, Lipski, Doc. 115.

[127] Von diesem gemeinsamen Mittagessen der engsten NS-Entourage mit Hitler erfuhr auch Lipski durch Ribbentrop, der ebenfalls Tischgast war; vgl. Jędrzejewicz, Lipski, Doc. 115.

[128] Aufzeichnung Sängers, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2735, 1. 10. 1938.

lag.[129] Das Auswärtige Amt machte Hitler auf „den wirtschaftlichen Verlust" aufmerksam, der sich bei einem Verzicht beispielsweise der Stadt Oderberg ergeben würde. Hitler erklärte diesbezüglich, er „wolle mit den Polen nicht um jede einzelne Stadt feilschen".[130] Noch lag polnisches Territorium nicht im aktuellen Interesse der NS-Expansion, zuerst stand Prag auf der Agenda. Goebbels erwähnte diese zweiseitigen Aspirationen auf einzelne Gebietsteile nicht in seinem Tagebuch. Zum polnisch-tschechoslowakischen Konflikt schrieb er abschließend: „Polen besetzt Teschen und das Teschener Land.[131] Auch da keine Schwierigkeiten" (TG, 4. 10. 1938).

Ungarische Revisionsbestrebungen und Erster Wiener Schiedsspruch

Die durch das Münchener Abkommen gleichfalls frustrierte,[132] aber militärisch schwache[133] ungarische Regierung bemühte sich, auf dem Verhandlungswege zum Erfolg zu kommen, obgleich es parallel Gespräche mit Warschau über eine gemeinsame militärische Aktion gegen die Karpatho-Ukraine und auch gegen die Slowakei gab, die beide zwischen den Revisionsmächten aufgeteilt werden sollten.[134] Vor allem Polen hatte ein Interesse an einer Aufteilung der östlichen Tschechoslowakei, um eine mögliche deutsche Besetzung und weitere Einkreisung Polens zu vermeiden.[135] Vorausgehen sollten dieser Operation Aufstandsversuche, Sabotage- und Terrorakte, die von Soldaten in Zivil zu verüben wären. Zudem verhandelte Budapest mit Mussolini über die Lieferung von Flugzeugen und Waffen.[136] Doch Vorrang hatten für Budapest direkte Kontakte mit der tschechoslowakischen Regierung, zumal die NS-Diplomatie und die faschistische Regierung[137] dazu geraten hatten, es zunächst einmal mit Verhandlungen zu versuchen. Am 30. September 1938, noch in München, hatte der dort anwesende Kabinettschef des ungarischen Außenministeriums, Graf István Csáky, bei Weizsäcker angefragt, „welches weitere Vorgehen der ungarischen Regierung zur Sicherung ihrer

[129] Weizsäcker informierte Lipski über „eine gewisse Überlappung der deutschen und polnischen Interessen"; Aufzeichnung Weizsäckers, 4. 10. 1938, in: ADAP, D 5, Dok. 60.

[130] Aufzeichnung Hewels, A.A., 5. 10. 1938, über Gespräch mit Hitler, in: ADAP, D 5, Dok. 62. Vgl. auch Jędrzejewicz, Lipski, Doc. 116.

[131] Vgl. Celovsky, Münchener Abkommen, S. 472.

[132] Vgl. Sakmyster, Horthy, S. 218; Szöllösi-Janze, Pfeilkreuzlerbewegung, S. 122.

[133] Vgl. Memorandum der ungarischen Regierung, 10. 12. 1938, in: Ádám u. a., Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, Dok. 48, S. 209. Auch Goebbels verzeichnete „die vollkommene militärische Ungerüstetheit Ungarns" in seinem Tagebuch, TG, 20. 10. 1938. Siehe hierzu Zgórniak, Europa, S. 328–334.

[134] Vgl. Telegramm des ungarischen Militärattachés Béla Lengyel an den polnischen Generalstabschef, 10. 10. 1938, in: Ádám u. a., Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, Dok. 40; DIMK, Vol. II, Dok. 463, 471, 475, 484, 499, 501, 504, 512, 521, 524, 527, 532, 536, 546, 552, 556, 608; ADAP, D 5, Dok. 81; Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 108 f.

[135] Kotowski, „Ukrainisches Piemont"?, S. 83.

[136] Telegramm Csákys an Kánya, 14. 10. 1938, in: Ádám u. a., Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, Dok. 42; vgl. auch DIMK, Vol. II, Dok. 434, 461, 495, 497, 530.

[137] Telegramm Csákys an Kánya über Gespräch mit Mussolini in München, 29. 9. 1938, in: Ádám u. a., Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, Dok. 38, sowie DIMK, Vol. II, Dok. 423.

Ansprüche an die Tschechoslowakei zu empfehlen wäre".[138] Weizsäcker hatte empfohlen, in Prag auf eine baldige Erfüllung der ungarischen Forderungen zu drängen und sich bei Weigerung der tschechoslowakischen Regierung an die Großmächte zu wenden. Hitler hatte am 1. Oktober 1938 zu einer bewaffneten Aktion Ungarns geraten.[139] Inzwischen allerdings, am 30. September, hatte die ungarische Regierung beschlossen, vorerst auf eine gewaltsame Lösung verzichten zu wollen.[140] Über die generelle Haltung Ungarns sowie die Einschätzung Hitlers war Goebbels informiert, da er am 1. Oktober dreimal länger mit Hitler zusammentraf. In sein Tagebuch notierte er jedoch nur: „Die Ungarn benehmen sich maßlos feige. Der Führer äußert darüber auch sehr eindeutige Ansichten" (TG, 2. 10. 1938).[141] Daß Goebbels im Kontext der polnischen Angriffsmöglichkeit diese Option der Ungarn nicht erwähnte, könnte darauf zurückzuführen sein, daß Goebbels keinesfalls mit einer militärischen Operation Ungarns rechnete. Zudem hatte er wahrscheinlich von Hitlers Rat an den ungarischen Gesandten keine Kenntnis, da er an dieser Besprechung mit Sztójay nicht teilgenommen hatte.[142]

Der ungarische Gesandte, Döme Sztójay, präzisierte am 1. Oktober gegenüber Ernst Woermann, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, die ungarischen Forderungen hinsichtlich der Tschechoslowakei dahingehend, daß eine „Rückgliederung der durch Ungarn bewohnten Gebiete" angestrebt sei; Slowaken und Ruthenen sollte das Selbstbestimmungsrecht gewährt werden.[143] Am 2. und 3. Oktober forderte die ungarische Regierung Prag in zwei Noten zu Verhandlungen auf, was Goebbels folgendermaßen vermerkte: „Auch die Ungarn regen sich. Aber vorläufig nur erst zart und sanft" (TG, 5. 10. 1938).[144] Einen Tag später notierte Goebbels: „Die Ungarn benehmen sich unentwegt maßlos feige. Sie gehen nicht heran und werden deshalb auch am Ende kaum etwas bekommen" (TG, 6. 10. 1938). Das NS-Regime unterstützte Ungarn in seinem Bemühen, von der tschechoslowakischen Regierung die Abtretung der mehrheitlich ungarisch besiedelten Gebiete zu erlangen.[145] Noch nicht entschieden war in Berlin, ob auch den nie aufgegebenen und

[138] Aufzeichnung Weizsäckers über Gespräch mit Csáky am 30. 9. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 8.

[139] Telegramm Sztójays an Kánya, 1. 10. 1938, in: DIMK, Vol. II, Dok. 439.

[140] Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 109.

[141] Auch Lipski erfuhr durch Ribbentrop und Göring am 2./3. 10. 1938 von der Verstimmung Hitlers über die „weiche und unentschlossene Haltung Ungarns"; siehe Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 116.

[142] Goebbels erwähnte dieses Gespräch nicht, und Sztójay nannte ihn im Gegensatz zu Hitler, Göring, Ribbentrop, Lammers und Bodenschatz nicht als Teilnehmer; DIMK, Vol. II, Dok. 439.

[143] Rundtelegramm Ernst Woermanns, 1. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 9.

[144] Die deutsche Gesandtschaft Prag wurde hierüber vor der tschechoslowakischen Regierung unterrichtet. Die Einschätzung Goebbels' als „zart und sanft" war zutreffend, denn die erste Note war in freundlichem, diplomatischem Ton gehalten. Telegramm Henckes mit Text der ersten Note, 2. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 13; Telegramm Henckes mit Inhaltsangabe der zweiten Note, 3. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 22. Siehe auch DIMK, Vol. II, Dok. 444, 449; Ádám, Richtung Selbstvernichtung, S. 145.

[145] Dies geht aus dem Telegrammwechsel zwischen dem A.A. und der Gesandtschaft Prag hervor; vgl. ADAP, D 4, Dok. 14, 22, 28. Siehe hierzu auch Bericht Sztójays an Kánya, 1. 10. 1938, in: DIMK, Vol. II, Dok. 438, 516.

zunehmend stärker vorgebrachten Wünschen auf eine Eingliederung der Slowakei[146] und der Karpatho-Ukraine in den ungarischen Staat entsprochen werden sollte.[147] Vor allem die Wehrmacht fürchtete eine gemeinsame polnisch-ungarische Grenze, die sich bei einer ungarischen Annexion der Slowakei oder Rutheniens bzw. einem ungarischen Protektorat ergeben hätte.[148] Auch Goebbels hatte Bedenken, wie sein Tagebuch mehrfach ausweist: „Ungarn fordert gemeinsame Grenze mit Polen. Das ist nicht gut und muß nach Möglichkeit verhindert werden" (TG, 8. 10. 1938). Es ist nicht erkennbar, daß Goebbels durch Militärs zu dieser Auffassung gebracht wurde. Vielmehr dürfte es sich um eine Grundüberzeugung des Propagandaministers gehandelt haben, von der er auch nicht abließ, als Hitler die Bedenken auszuräumen suchte.[149]

Auch das Auswärtige Amt empfahl Hitler eine autonome Slowakei oder eine slowakische Autonomie innerhalb des tschecho-slowakischen Staates. Hitler hielt zunächst ein Verbleiben der autonomen Slowakei im tschecho-slowakischen Staatsverband für die beste Lösung.[150] Kurz zuvor, am 6. Oktober 1938, hatte, die Slowakei ihre Unabhängigkeit erklärt und eine eigene Regierung gebildet. Goebbels führte diese Entwicklung auf die mangelnde Aktivität der Ungarn zurück: „Die Ungarn benehmen sich weiterhin maßlos feige. Die Slowaken sind ihnen demgemäß schon aus den Händen gerutscht und haben sich selbst Autonomie im Rahmen des Prager Reststaates geschaffen" (TG, 9. 10. 1938). Diese Tagebuch-Passage verrät Schadenfreude gegenüber Budapest, keine Erleichterung. Anscheinend war sich Goebbels nicht darüber im klaren, daß Hitler zu dieser Zeit an einer ungarischen Annexion der Slowakei nicht mehr interessiert war.

Nach weiterem Drängen Budapests erklärte sich die tschecho-slowakische Regierung bereit, am 9. Oktober 1938 mit der ungarischen Regierung Verhandlungen über die ungarisch besiedelten Territorien zu beginnen.[151] Täglich berichtete Goebbels in seinem Tagebuch über den mangelnden Fortschritt der bilateralen Gespräche in Komorn (Komárno). Über den ersten Verhandlungstag hielt Goebbels fest, es ginge „alles so freundschaftlich, d. h. vonseiten der Ungarn so feige vor sich, daß sie wohl nicht viel dabei erreichen werden" (TG, 11. 10. 1938). Immerhin erreichten die Ungarn noch am ersten Tag eine sofortige Übergabe zweier Bahnstationen und die Amnestierung ungarischer, politischer Häftlinge.[152] Goebbels war überzeugt, die Ungarn hätten „eine große geschichtliche Chance verpaßt", womit er nicht die Verhandlungen meinte, sondern den geplanten, aber nicht

[146] Telegramm Henckes, 4. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 29; Aufzeichnung Woermanns, 6. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 38. Vgl. auch Ádám, Richtung Selbstvernichtung, S. 142.

[147] Aufzeichnung Weizsäckers über Telefonat mit Attolico, 4. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 26; Notiz für Hitler, 7. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 45, Anlage.

[148] Schreiben des OKWs an das A.A., 6. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 39.

[149] Vgl. TG, 10., 20., 21., 24. 10. 1938.

[150] Aufzeichnung Erich Kordts, 8. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 46; Rundtelegramm Weizsäckers, 10. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 50; siehe auch DIMK, Vol. II, Dok. 480, 516.

[151] Telegramm Otto v. Erdmannsdorffs, Budapest, 6. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 43. Zu diesen Verhandlungen siehe Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 130–142.

[152] DIMK, Vol. II, Dok. 487; Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 247; Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 132.

durchgeführten deutsch-ungarischen Angriff auf die Tschecho-Slowakei um den 1. Oktober 1938 (TG, 11. 10. 1938). Hitler war derselben Meinung und führte die „gegenwärtige schwierige diplomatische Lage" der Ungarn auf ihre mangelnde Aktivität nach dem Gespräch auf dem Obersalzberg vom 20. September zurück.[153] Goebbels notierte zu den Verhandlungen in Komorn weiter, daß die Ungarn „dabei mächtig übers Ohr gehauen", es aber auch nicht anders „verdienen" würden (TG, 12. 10. 1938). Damit spielte er auf die Meinungsverschiedenheiten an, welche Volkszählungen als Verhandlungsgrundlage zu gelten hatten und wo Volksabstimmungen stattfinden sollten.[154] Wesentliche Streitpunkte waren auch die einzelnen von Ungarn geforderten Gebiete (vor allem die Stadt Preßburg), die Fristen der Räumung, das nicht demobilisierte tschecho-slowakische Heer an der Grenze zu Ungarn.[155] Den weiteren Fortgang der Verhandlungen empfand Goebbels als lächerlich, was aus seiner folgenden Notiz hervorgeht: „Ungarn und Tschechen verhandeln weiter. ‚Im Geiste der Loyalität'. Na, denn prost!" (TG, 13. 10. 1938). Allerdings verhandelten nicht Tschechen mit den Ungarn, sondern Slowaken, aber noch als Beauftragte der Tschecho-Slowakei.[156] Auch am nächsten Tag kamen die Ungarn „zu keinem Ergebnis", was Goebbels zufolge einerseits an ihrem fehlenden „nationalen Temperament" lag und andererseits an ihrer Verhandlungsführung. „Auf diese Weise werden sie natürlich immer von den Tschechen übertölpelt werden" (TG, 14. 10. 1938). Am 13. Oktober ordnete der ungarische Regierungschef Imrédy den Abbruch der Verhandlungen an, den der ungarische Delegationsführer Kánya unter einem Appell an die Signatarmächte von München vollzog, was Goebbels Anlaß zu verächtlichen antiungarischen Tagebucheintragungen bot:[157]

„Die Verhandlungen in Komorn sind abgebrochen worden. Budapest ist mit seinen weichen und hinhaltenden Methoden nicht zum Ziel gekommen. Auf dem Parkett ist Prag überlegen. Ich bekomme einen Bericht aus Ungarn: dort steht das Volk scharf gegen Imredy und seine nachgiebige Politik. Kanya ist der böse Geist der Budapester Regierung. Was will man schon mit solchen Vertretern erreichen? / […] / Ungarn appelliert an die Münchner Mächte. Legt sein Schicksal in deren Hände. Das ist das Einfachste und Bequemste. Und es entspricht ganz alter ungarischer Tradition, die darauf hinausläuft, immer nur das Blut der anderen zu verspritzen" (TG, 15. 10. 1938).

Aufgrund der Ablehnung ihrer Forderungen nahm die ungarische Regierung in der Nacht zum 14. Oktober eine Teilmobilisierung von fünf Jahrgängen vor, betonte jedoch zugleich, daß man dieser Maßnahme „keinen aggressiven Charakter zuschreiben" könne, da die Tschecho-Slowakei im Grenzgebiet auch nicht demo-

[153] Aufzeichnung aus dem A.A. über Gespräch Hitlers mit Ribbentrop, 12. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 53, S. 53. Siehe auch Aufzeichnung Hewels über Gespräch Hitlers mit Darányi am 14. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 62, S. 69.

[154] Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 132–136.

[155] Telegramme Henckes, 11. 10. 1938, PA/AA, R 29769, Fiche 1184, Bl. 75756–757, 75760; Telegramm Erdmannsdorffs, Budapest, 11. 10. 1938, ebenda, Bl. 75761.

[156] Aufzeichnung Erdmannsdorffs, 14. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 63; Telegramm Henkkes, 17. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 66.

[157] Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 247; Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 141.

bilisiert habe.[158] Eine allgemeine Mobilmachung wollte Ungarn am 15. Oktober veranlassen.[159] Der ungarische Appell an die Münchener Mächte, von dem sich Budapest so viel erhofft hatte, führte zu einem Konflikt mit der polnischen Regierung, die nun ein gemeinsames Vorgehen gegen die Karpatho-Ukraine ablehnte.[160] Parallel zu den Verhandlungen mit Polen bemühte sich die ungarische Regierung nach dem Scheitern der Gespräche in Komorn beim NS-Regime wie auch in Rom um Unterstützung für ihre revisionistischen Ziele. Horthy bat Hitler zur Überlegung des weiteren Vorgehens in einem Brief um Empfang des ehemaligen ungarischen Ministerpräsidenten Kálmán Darányi, der bereits am 14. Oktober mit Hitler in München zusammentraf.[161] Darányi klagte zunächst über das mangelnde Entgegenkommen der tschecho-slowakischen Regierung, ersuchte Hitler um Rat und indirekt um militärische Unterstützung oder wenigstens um Waffenlieferungen.[162] Hitler erklärte mehrmals, der günstige „Zeitpunkt sei verpaßt" worden, da die ungarische Regierung zu inaktiv gewesen sei, nun stünde sie militärisch „ganz alleine", und „der Ausgang wäre recht fraglich". Von einer ungarischen Mobilmachung verspreche sich Hitler nichts, „es sei denn, die Ungarn seien wirklich entschlossen zu kämpfen". Auch ein ungarischer Erfolg bei einer Viererkonferenz schiene ihm zweifelhaft, da die Franzosen und Engländer nun „ihr Gesicht bei den Tschechen zu retten" hätten. Von Volksabstimmungen in der Slowakei und in der Karpatho-Ukraine riet Hitler ab, da weder die Slowaken noch die Ruthenen, wie er inzwischen mehrfach vernommen habe, zu Ungarn gehören wollten.

Goebbels erfuhr von diesem Gespräch Hitlers nur auf dem Dienstweg, da er infolge der Affäre mit Lida Baarova ab Mitte Oktober weitgehend isoliert war und seine Mittage nicht mehr in der Reichskanzlei verbrachte.[163] Immerhin scheint er gewußt zu haben, daß die ungarische Regierung das NS-Regime um Unterstützung bat, wie die folgende Tagebuchpassage zeigt: „Aber die Ungarn möchten am liebsten, daß sie zuschauen könnten, wie wir für sie die Kastanien aus dem Feuer holen. Davon kann natürlich keine Rede sein. Nun tun sie so, als ob sie mobil mach-

[158] Telegramm Erdmannsdorffs, Budapest, 14. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 59; Mitteilung Cianos an das A.A., 14. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 60. Zu den tschecho-slowakischen Gegenmaßnahmen siehe Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 153.

[159] Aufzeichnung Walther Hewels über Gespräch Hitlers mit Darányi am 14. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 62, S. 69; Brief Horthys an Hitler, 13. 10. 1938, in: DIMK, Vol. II, Dok. 522.

[160] DIMK, Vol. II, Dok. 524, 527, 536.

[161] Brief Horthys an Hitler, 13. 10. 1938, in: DIMK, Vol. II, Dok. 522, sowie Szinai/Szűcs, The Confidential Papers of Admiral Horthy, Dok. 28.

[162] Aufzeichnung Hewels über Unterredung Hitlers mit Darányi, 14. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 62. Siehe auch schriftliche Notiz Darányis für Hitler, in der Ungarn die Forderung nach 11 Städten erhebt, in denen es eine „ungarische Mehrheit von mindestens 73,4% gebe. 1910 hätten in dem von Ungarn geforderten Gebiet 845 000 Ungarn (Gesamtbevölkerung 1 081 000 Menschen) gelebt. PA/AA, R 29774, Fiche 1197, Bl. 199156f.

[163] Am 9. 10. 1938 (TG, 10. 10. 1938) war Goebbels zum vorläufig letzten Mal mit Hitler zusammengetroffen, dann sahen sich beide erst am 23. 10. zu dem erwähnten Gespräch auf dem Obersalzberg wieder (TG, 24. 10. 1938), und danach erst am 4. 11. 1938, als Hitler wieder nach Berlin zurückkehrte (TG, 5. 11. 1938).

ten.[164] Wo alles wieder zur Ruhe zurückkehrt. Und sie machen es so lasch, daß kein Mensch im Ernst daran glaubt. Eine selten dumme und kurzsichtige Politik" (TG, 16. 10. 1938), kritisierte Goebbels. Eine Beschwerde des ungarischen Gesandten Sztójay wegen der „negative[n] Haltung der deutschen Presse" führte Goebbels auf die „Wut über die ungarische Feigheit" zurück, ließ aber dennoch eine derartige Schreibweise „abbremsen" (TG, 16. 10. 1938). Parallel zu Darányis Besuch bei Hitler sprach der Kabinettschef des ungarischen Außenministeriums mit Mussolini über die Möglichkeit einer Viererkonferenz. Doch aufgrund der ablehnenden Haltung Hitlers verzichtete Budapest wieder auf diesen Plan.[165] Statt dessen wurden noch einmal Verhandlungen zwischen Ungarn und der Tschecho-Slowakei aufgenommen, nachdem Ribbentrop dem tschecho-slowakischen Außenminister die ungarischen Minimalforderungen übermittelt hatte, und beide Parteien diese als Ausgangsbasis für weitere Verhandlungen nehmen wollten.[166] Bei einem Scheitern wollte sich die ungarische Regierung einem Schiedsspruch der Achsenmächte unterwerfen.[167] Goebbels verfolgte dieses Geschehen nur am Rande, dennoch vermerkte er fast täglich kurz die neuesten Entwicklungen: „Ungarn will wieder mit Prag verhandeln. Die feigen Ungarn" (TG, 18. 10. 1938). Am nächsten Tag schrieb Goebbels: „Budapest drückt sehr auf Prag. Und Prag scheint nun auch etwas nachgeben zu wollen" (TG, 19. 10. 1938). Wieder äußerte er seine Auffassung, daß die Ungarn „ihre ganz große Stunde verpaßt" hätten (TG, 19. 10. 1938).

Als sich mehr und mehr der Gedanke eines deutsch-italienischen Schiedsspruchs durchzusetzen schien, nachdem die ungarische Regierung – und auch die slowakische – ausdrücklich darum gebeten hatte,[168] notierte Goebbels verächtlich: „Die Ungarn berufen sich in ihren Forderungen ausschließlich auf Berlin und Rom. Eine penetrante Gesellschaft, die keine Scham kennt" (TG, 20. 10. 1938). Auch die Verhandlungen Ribbentrops mit Vertretern der autonomen slowakischen und karpatho-ukrainischen Regierungen am 19. Oktober waren Goebbels bekannt, wenngleich er über den Inhalt nicht detailliert informiert wurde: „Ribbentrop hat die slowakischen und ukrainischen Minister empfangen. Anscheinend ging es da um die gemeinsame polnisch-ungarische Grenze" (TG, 21. 10. 1938).[169]

[164] Nach der Einberufung von fünf Jahrgängen am 13. 10. hatte Ungarn am 16. oder 17. 10. noch einmal sechs weitere Jahrgänge zu den Waffen gerufen; vgl. Aufzeichnung Weizsäckers über Gespräch mit Sztójay, 17. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 65.

[165] DIMK, Vol. II, Dok. 529, 531, 533; Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 147–149.

[166] Aufzeichnung Erdmannsdorffs, 14. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 63. Vgl. auch ADAP, D 4, Dok. 65f., 70–72, 75–80, 82–84, 86; DIMK, Vol. II, Dok. 549, 549a, 554, 561–563, 566, 570–571a, 573–575, 577f., 580.

[167] Telegramm Kányas an Sztójay, 16. 10. 1938, in: DIMK, Vol. II, Dok. 542; Note der ungarischen Regierung an die deutsche Regierung, 17. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 65, Anlage.

[168] Note der ungarischen Regierung an die deutsche Regierung, 21. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 77, Anlage 2; Schreiben Tisos an Ribbentrop, 25. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 89; vgl. auch DIMK, Vol. II, Dok. 526.

[169] Aufzeichnung Hewels über Besprechung Ribbentrops mit dem slowakischen Ministerpräsidenten Jozef Tiso, dem stellvertretenden slowakischen Ministerpräsidenten Ferdi-

Die Westmächte wünschten, das brachte auch die ungarische Regierung in Erfahrung, nicht mit der Angelegenheit der Befriedigung der ungarischen Revisionswünsche befaßt zu werden.[170] Am 23. Oktober, als Goebbels mit Hitler private Fragen klären wollte, sprachen sie auch über Ungarn, was Goebbels folgendermaßen wiedergibt: „Die Ungarn haben sich auch intern ganz feige benommen. Sie möchten gerne, daß wir für sie Krieg führten. Ihre Grenzforderungen sind unverschämt. Sie haben den entscheidenden Punkt zum Eingriff versäumt und fallen nun, wie vorauszusehen war, hinten herunter. Aber der Führer überläßt sie nun ihrem Schicksal" (TG, 24. 10. 1938). Aufschlußreich an dieser Passage ist zum einen die eindeutige Ablehnung Hitlers, Ungarn zu unterstützen, die sich schon in seinem Gespräch mit Darányi angedeutet hatte. Zum anderen ist die Einschätzung Hitlers, die ungarischen territorialen Forderungen seien überzogen, bemerkenswert, da diese in der Tat einige Schwierigkeiten bereiteten. Durch ein Mißverständnis Ribbentrops war eine falsche Demarkationslinie auf einer Karte verbreitet worden, die zur Akzeptanz der Tschecho-Slowakei, aber zu Protesten der Ungarn geführt hatte.[171] Prag nahm nun an, die Ungarn hätten ihre Forderungen erhöht, während Budapest glaubte, Prag habe ein ungenügendes Angebot gemacht. Goebbels war diese Problematik sicherlich nicht bekannt, er erwähnte jedoch die ungarische Unzufriedenheit: „Ungarn ist mit den Prager Vorschlägen nicht einverstanden und richtet sich seinerseits in den seinigen streng nach den etnographischen [!] Grenzen" (TG, 25. 10. 1938).[172] „Ungarn feilscht weiter mit Prag herum. Und beruft sich dabei immer auf Berlin und Rom" (TG, 26. 10. 1938), hielt Goebbels am folgenden Tag fest. Auf nochmalige Bitten der tschecho-slowakischen und der ungarischen Regierung und deren Erklärung, eine deutsch-italienische Arbitrage in jedem Falle zu akzeptieren, willigte das NS-Regime schließlich ein, gemeinsam mit Italien die Rolle eines Schiedsrichters zu übernehmen, was Goebbels vorab wußte.[173] „Prag ruft Schiedsgericht Rom-Berlin in seinem Streit

nand Ďurčanský und dem karpatho-ukrainischen Minister Edmund Bačinskyj am 19. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 72; Aufzeichnung Hewels über eine weitere Besprechung Ribbentrops mit Tiso und Ďurčanský am 19. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 73. Siehe auch Ďurčanský, Mit Tiso, S. 3, der sich in seiner Erinnerung allerdings im Datum irrte.

170 Telegramm Erdmannsdorffs, 21. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 79. Auch Weizsäcker schrieb in einem Rundtelegramm, daß „bekanntlich" die britische Regierung in Rom ein „deutsch-italienisches Schiedsrichteramt ohne Hinzuziehung Englischer oder Französischer Regierung empfohlen hat". Rundtelegramm Weizsäckers, 31. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 98. Zum britischen und französischen Einverständnis mit dem deutsch-italienischen Schiedsgericht siehe Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 173f., 194f.

171 Vgl. Schreiben Erdmannsdorffs an Woermann, 22. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 82. Vgl. auch ADAP, D 4, Dok. 90; Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 248. Zu den Details der Verhandlungen siehe: Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 146–181, zu Ribbentrops Irrtum: S. 146, 161f.

172 Ein slowakisches Angebot zur Gebietsabtretung beantwortete die ungarische Regierung am 24. 10. 1938 mit einem Gegenvorschlag; vgl. Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 167f.

173 Vgl. ADAP, D 4, Dok. 93–96, 98; DIMK, Vol. II, Dok. 599, 604–607, 610, 612f., 616f.

mit Ungarn an. Budapest hat viel versäumt" (TG, 29.10.1938),[174] kommentierte Goebbels in Anspielung auf eine nicht erfolgte militärische Lösung.

Am Tag vor der Tagung des Schiedsgerichts schrieb Goebbels in sein Tagebuch: „Rom und Berlin sollen nun einen Schiedsspruch in der Frage der ungarisch-tschechischen Grenze fällen" (TG, 1.11.1938). Dieser Satz, den jeder damalige Zeitungsleser mit Details hätte füllen können, läßt erahnen, wie wenig interne Informationen Goebbels zu dieser Zeit besaß und wie gering sein Interesse an dieser Angelegenheit war. Weder hielt er fest, welche Streitpunkte bestanden, noch wann und wo die Konferenz stattfinden, noch wer daran teilnehmen würde. Am Vormittag des 3. November, als der Erste Wiener Schiedsspruch bereits gefällt war, vermerkte Goebbels nur die Tatsache des Außenministertreffens, keine Ergebnisse: „Das Wiener Treffen der Außenminister ist im Gange. Dort soll nun die neue ungarisch-tschechische Grenze festgelegt werden. Damit ist das Problem Prag wenigstens vorläufig auf Eis gelegt" (TG, 3.11.1938). Mit dem letzten Satz brachte Goebbels zum Ausdruck, daß das eigentliche „Problem", d.h. die geplante deutsche Okkupation der Tschecho-Slowakei, nicht gelöst war, sondern nur verschoben, da durch die Revisionsmächte Polen und Ungarn kein Anlaß einer gemeinsamen Aktion mehr geschaffen werden würde und im Winter kein Feldzug geführt werden sollte. An anderer Stelle im selben Tagebucheintrag erwähnte Goebbels noch einmal kurz das Wiener Schiedsgericht, das nun seine Arbeit aufgenommen habe, und benannte die Schiedsrichter: „Ribbentrop und Ciano ziehen neue Grenzen" (TG, 3.11.1938).[175] Erst am Tag nach der Wiener Konferenz kannte Goebbels die dort vereinbarte „neue Grenze zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei" und vertrat die Ansicht, die Ungarn hätten „dabei mehr bekommen, als sie aufgrund ihrer Tapferkeit verdienten" (TG, 4.11.1938).

Der „Gebiets- und Bevölkerungszuwachs" Ungarns war tatsächlich „enorm" (TG, 4.11.1938), wie Goebbels notierte, denn der von der Tschecho-Slowakei abzutretende breite Gebietsstreifen umfaßte die südliche Slowakei und südliche Karpatho-Ukraine von der Grenze zu Niederösterreich bis nach Rumänien, 12400 Quadratkilometer und über eine Million Einwohner.[176] Mehrere von Ungarn geforderte Städte wurden Budapest zugesprochen, darunter Košice (Kaschau), Mukačevo (Munkacs), Komárno (Komorn) und Užhorod (Ungvar), wo die einen Monat zuvor konstituierte karpatho-ukrainische Regierung ihren Sitz hatte, den sie daraufhin nach Chust verlegte. Bei der Stadt Bratislava (Preßburg) mit einer komplizierten ethnischen Zusammensetzung konnten sich die Ungarn nicht durchsetzen, sie verblieb bei der Tschecho-Slowakei. Dies hielt Goebbels ebenso im Tagebuch fest

[174] Siehe hierzu Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 174f.

[175] Die Aufzeichnung E. Kordts über die Besprechung der vier Außenminister (Ribbentrop, Ciano, Kánya und Chvalkovský) am 2.11.1938 und der Schiedsspruch sind abgedr. in: ADAP, D 4, Dok. 99, I, S. 106–112 sowie Dok. 99, III, S. 112f. Siehe hierzu auch Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 181–198.

[176] Vgl. Aufzeichnung über die neue Staatsgrenze zwischen Ungarn und der Tschecho-Slowakei, in: ADAP, D 4, Dok. 99, IV, S. 114; Révay, Grenze, Karte nach S. 72; Procházka, Second Republic, Karte auf S. VIII; Leisering, Putzger, S. 110f., 113; Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 249f.; Evans, Das Dritte Reich, Bd. 2, S. 824; Ádám, Richtung Selbstvernichtung, S. 150; Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 189–192.

wie die Tatsache, daß die tschecho-slowakische Regierung keine andere Wahl hatte, als zuzustimmen: „Die Tschechen müssen mit süßsaurer Miene zustimmen" (TG, 4. 11. 1938), kommentierte er. Zwar erwähnte er noch „Freudenkundgebungen"[177] in Ungarn – nicht ohne hinzuzufügen, daß diese Gebietszugewinne „nicht der ungarischen Tapferkeit zuzuschreiben" (TG, 4. 11. 1938) und „garnicht [!] verdient" (TG, 5. 11. 1938) seien – und die Festlegung der „Besetzungstermine" (TG, 5. 11. 1938), doch für ihn war bereits durch den Schiedsspruch „dieses Problem bereinigt" (TG, 4. 11. 1938). Den weiteren ungarisch-tschecho-slowakischen Beziehungen und den Auswirkungen auf die ungarische Politik schenkte Goebbels keine Aufmerksamkeit.

In Ungarn wurden durch die Freudenkundgebungen die Forderungen nach einer vollständigen Okkupation der Karpatho-Ukraine immer lauter, so daß sich die ungarische Regierung nun doch zum militärischen Vorgehen entschloß.[178] Am 20. November 1938 sollte der von der italienischen Regierung gebilligte Überfall auf die Karpatho-Ukraine beginnen. Infolge tschecho-slowakischer Gegenmaßnahmen verzögerte er sich jedoch,[179] so daß das NS-Regime gerade noch rechtzeitig intervenieren konnte und ein bewaffnetes Vorgehen untersagte,[180] das nach Auffassung Hitlers „eine Blamage für die Achsenmächte darstellen würde, deren Schiedsspruch Ungarn vor drei Wochen bedingungslos angenommen habe".[181] Aber dies vermerkte Goebbels nicht in seinem Tagebuch, und vielleicht war es ihm auch unbekannt. Lediglich die Stimmung in Ungarn infolge des deutschen Angriff-Verbots notierte Goebbels, aber ohne Hinweis auf den Anlaß und ohne das geringste Verständnis für die ungarische Position, was auf seine Unkenntnis hindeuten könnte: „In Ungarn mosert man gegen uns, besonders gegen den Führer. Die haben's nötig. Armselige, feige Tröpfe, die frech und undankbar sind" (TG, 23. 11. 1938).

Um die Jahreswende 1938/39 interessierte sich Goebbels kaum für die Politik Ungarns. Lediglich die Regierungsumbildung verzeichnete er in seinem Tagebuch. Am 23. November 1938 kam es im ungarischen Parlament zu einem Mißtrauensvotum gegen Regierungschef Imrédy, dessen zunehmend autoritärer und deutschfreundlicher Kurs kritisiert wurde. Dies war Goebbels bekannt: „Imredy zurückgetreten. Keine Mehrheit mehr. Horthy will noch nicht entscheiden" (TG, 25. 11. 1938). Wenige Tage später bestätigte Horthy „Imredy in seinem Amt", wie Goebbels festhielt (TG, 29. 11. 1938).[182] „Aber Kanya scheint gehen zu müssen. Damit wäre der böse Geist der ungarischen Politik weg", schrieb Goebbels (TG, 29. 11. 1938). Bereits am nächsten Tag vermerkte Goebbels die Ablösung des ungarischen Außenministers, die er positiv kommentierte (TG, 30. 11. 1938). Die Demission

[177] Siehe hierzu Horthy, Ein Leben, S. 207 f.
[178] Siehe hierzu: ADAP, D 4, Dok. 118, 122, 127–134, 139; ADAP, D 5, Dok. 252; Ádám u. a., Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, Dok. 44–48; Kotowski, „Ukrainisches Piemont"?, S. 86–88; Sakmyster, Horthy, S. 220; Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 198, 217–224.
[179] Telegramm Erdmannsdorffs, 24. 11. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 139.
[180] Note der deutschen Regierung an die ungarische Regierung, 20. 11. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 132, Anlage, sowie Ádám u. a., Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, Dok. 47. Vgl. ADAP, D 5, Dok. 104, 252.
[181] Aufzeichnung Ribbentrops, 20. 11. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 128, S. 139.
[182] Sakmyster, Horthy, S. 220–225.

Kányas war nicht zuletzt eine Folge von Hitlers Unterredung mit Darányi am 14. Oktober 1938, in der Hitler äußerst kritisch über den ungarischen Außenminister gesprochen hatte, und Darányi den Wunsch geäußert hatte, etwaige Mißverständnisse zwischen beiden Regierungen auszuräumen.[183] Den Nachfolger Kányas als ungarischer Außenminister führte Goebbels in seinem Tagebuch mit folgenden, vorurteilsbeladenen Worten ein: „Csaky Nachfolger Kanyas. Ich kenne ihn nicht. Aber er wird wohl ein richtiger Ungar sein" (TG, 12. 12. 1938). Goebbels war in Anlehnung an Hitler der Auffassung, daß der typische Ungar durch zwei Adjektive zu charakterisieren sei: „Feige und habgierig" (TG, 26. 9. 1938). Die Vorurteile gegen das ungarische Volk spiegeln sich auch in Goebbels' Tagebuchnotat über den Rücktritt des ungarischen Regierungschefs im Februar 1939 wider: „Imredy zurückgetreten. Er hat entdeckt, daß er jüdische Vorfahren besitzt. Das ist mehr als peinlich. Aber typisch ungarisch" (TG, 16. 2. 1939). Horthy hatte Imrédy am 11. Februar 1939 mit Dokumenten über dessen Stammbaum konfrontiert, denen zufolge „eine der Urgroßmütter des Ministerpräsidenten offenbar Jüdin gewesen war".[184] Imrédy stellte am nächsten Tag sein Amt zur Verfügung, das fortan Pál Teleki übernahm, und nannte öffentlich diesen, auch von Goebbels vermerkten Grund. Die Einschätzung Goebbels', daß dies „mehr als peinlich" (TG, 16. 2. 1939) sei, verrät nicht nur seinen Antisemitismus. Sie läßt auch erahnen, daß Goebbels über die ungarische antisemitische Politik informiert war. Denn Imrédy war es, der im Frühjahr 1938 ein erstes und nach dem Münchener Abkommen ein zweites, besonders scharfes antijüdisches Gesetz angeregt und am 22. Dezember 1938 im Parlament eingebracht hatte. Es definierte Juden erstmals rassisch, erklärte auch „Halbjuden" zu Juden, verbot die Einbürgerung von Juden und ermöglichte den Widerruf derartiger Urkunden. Es beinhaltete ein Berufsverbot für jüdische Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst und für Journalisten. Es trat am 5. Mai 1939 in Kraft.[185] Auch der sich in Mittel- und Osteuropa in neuen antijüdischen Gesetzen und Verordnungen manifestierende Antisemitismus gehörte also indirekt zu den Folgen des Münchener Abkommens und der dadurch verursachten Anlehnung der Staaten dieser Region an das Deutsche Reich. Besonders deutlich trat er auch in der Slowakei auf, wo im November 1938 ein antijüdischer Boykott verhängt, Tausende Juden enteignet und deportiert und eine Synagoge geschändet worden waren.[186]

Zusammenbruch der europäischen Nachkriegsordnung

Das Münchener Abkommen, die polnische Okkupation Teschens und der Erste Wiener Schiedsspruch stellten wesentliche Etappen zum Zusammenbruch der eu-

[183] Aufzeichnung Hewels über Unterredung Hitlers mit Darányi, 14. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 62. Vgl. auch Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 226f.; Sakmyster, Horthy, S. 219.

[184] Sakmyster, Horthy, S. 227; Szöllösi-Janze, Pfeilkreuzlerbewegung, S. 124; Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 244.

[185] Vgl. Szöllösi-Janze, Judenpolitik, S. 171f.; Sipos, Politik, S. 200f.; Sakmyster, Horthy, S. 222–228.

[186] Vgl. Bodensieck, Das Dritte Reich und die Lage der Juden, S. 252–254, 256f.

ropäischen Nachkriegsordnung dar, die durch die Pariser Vorortverträge und die zahlreichen bi- und multilateralen Beistandspakte geschaffen worden war. Durch die massiven Gebietsverluste der Tschecho-Slowakei, die fast ein Drittel[187] ihres Territoriums an das Deutsche Reich, Polen und Ungarn abgetreten hatte und somit verteidigungsunfähig geworden war und immer stärker in die Abhängigkeit des NS-Staates geriet, verlagerte sich das europäische Mächtegefüge. Bereits vor Unterzeichnung des Münchener Abkommens zeichnete sich ab, daß die beiden anderen Staaten der Kleinen Entente, Rumänien und Jugoslawien, die territorialen Verschiebungen zu Lasten der Tschecho-Slowakei akzeptieren würden.[188] Unmittelbar nach dem Abkommen erklärte die rumänische Regierung inoffiziell gegenüber der ungarischen Diplomatie, daß das Bündnis der Kleinen Entente als nicht mehr bestehend zu betrachten sei,[189] obgleich Rumänien eine übermäßige Expansion Ungarns fürchtete und zu verhindern versuchte. Auch der tschecho-slowakischen Regierung teilten die Bundesgenossen aus Belgrad und Bukarest mit, daß sie das Bündnis als aufgehoben ansähen.[190] Beide Staaten suchten nun eine engere Anbindung an Berlin.[191] Ende 1938 „hörte die Kleine Entente […] im wesentlichen auf zu existieren".[192] Für Goebbels war dies entweder selbstverständlich, von geringem Interesse oder damals nicht sogleich erkennbar, er verzeichnete das Ende dieses unter französischer Patronage errichteten Paktsystems nicht in seinem Tagebuch.

Doch nicht nur die südosteuropäischen Staaten bemühten sich nun um ein besseres Verhältnis zu dem mächtiger gewordenen Deutschen Reich, sondern auch die europäischen Großmächte. Noch in München, am 30. September 1938, hatte Neville Chamberlain Hitler um Unterzeichnung einer deutsch-britischen Freundschaftserklärung gebeten, die, wie auch Goebbels bekannt war, folgenden Inhalt hatte: „Wunsch beider Völker, nie wieder Krieg gegeneinander zu führen und strittige Fragen auf dem Wege der Konsultation zu lösen" (TG, 1. 10. 1938).[193] Wie an anderer Stelle nachgewiesen wurde, steht diese Erklärung, was die britische Seite betrifft, nicht in unmittelbarem inhaltlichen Zusammenhang mit dem Ausgang der sogenannten Sudetenkrise. Chamberlain hatte sich zu diesem Zeitpunkt, noch ohne Kenntnis der Reaktion der tschechoslowakischen Regierung auf das Mün-

[187] Nach Bodensieck, Die Politik der Zweiten Republik, S. 55, 30% der Fläche und 33% der Einwohner, absolute Zahlen bei Procházka, Second Republic, S. 53.

[188] Vgl. Ádám, Richtung Selbstvernichtung, S. 141.

[189] Telegramm des ungarischen Gesandten in Bukarest, László de Bárdossy, an Kánya, 1. 10. 1938, in: DIMK, Vol. II, Dok. 436.

[190] Telegramm des ungarischen Geschäftsträgers in San Sebastian, Wodianer, an Kánya, 5. 10. 1938, in: DIMK, Vol. II, Dok. 458. Vgl. auch DIMK, Vol. II, Dok. 540.

[191] Vgl. ADAP, D 5, Dok. 227–229, 231f., 234–239, 243, 245, 254, 257.

[192] Ádám, Richtung Selbstvernichtung, S. 150; ebenso Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 102, der den Bruch des Bundes bereits Ende September 1938 erfolgt sah. Ribbentrop ließ der rumänischen Regierung am 8. 2. 1939 mitteilen, daß die „Kleine Entente" für das NS-Regime nicht mehr existent sei; vgl. Telegramm Ribbentrops, 8. 2. 1939, in: ADAP, D 5, Dok. 287.

[193] Deutsch-Englische Erklärung, 30. 9. 1938, in: Michaelis/Schraepler, Ursachen, Bd. 12, Dok. 2725b, S. 479f.; englische Originalfassung in: ADAP, D 2, Dok. 676; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1228, Appendix, S. 640.

chener Abkommen, damit abgefunden, daß das NS-Regime die sudetendeutschen Gebiete bei einer Ablehnung durch Prag mit Waffengewalt annektieren würde. Für ihn war dieses Dokument in erster Linie von innenpolitischer Bedeutung,[194] „um etwas mit nach Hause zu bringen" (TG, 2. 10. 1938), wie Goebbels schrieb. Nach der Unterzeichnung betonte der britische Premier gegenüber Hitler, wie im Gesprächsprotokoll festgehalten wurde, „die große psychologische Wirkung", die er sich davon verspreche.[195] Er hoffte in Verkennung[196] von Hitlers Charakter und Persönlichkeit darauf, sich mit der neuen Großmacht Deutschland künftig arrangieren zu können, dadurch, daß die Interessenssphären beider Regierungen in Absprachen geklärt und abgegrenzt würden. Obgleich in Großbritannien die Aufrüstung intensiv weiterverfolgt wurde, was auch Goebbels bekannt war,[197] hielt Chamberlain noch bis Ende Juli 1939 einen Krieg mit dem Deutschen Reich, wie seine Briefe an seine Schwester beweisen, für unwahrscheinlich.[198] Jedenfalls war er nach Unterzeichnung des Münchener Abkommens sicher, nun den Frieden, „peace for our time", wie er damals sagte, gerettet zu haben.[199] Für ihn hatte es sich bei den Gebietsverlusten der Tschecho-Slowakei lediglich um Korrekturen zweifelhafter Vereinbarungen infolge des Ersten Weltkrieges gehandelt.[200] Für Großbritannien, das der Regierung in Prag durch kein Bündnis verpflichtet war, hatte damals das Empire und sein Außenhandel eindeutig Priorität vor kleineren Grenzrevisionen in Ostmitteleuropa.

Anders verhielt es sich bei der französischen Regierung, dem Bundesgenossen der Tschechoslowakei, die Prag bis Ende September militärische Unterstützung in Aussicht gestellt hatte. Für sie bedeutete das Münchener Abkommen, das den ver-

[194] Wenige Tage später bat Chamberlain Hitler, wie Goebbels überliefert, bei Hitlers Rede am 5. 10. 1938 zur Eröffnung des Winterhilfswerkes 1938/39 „ein paar freundliche Worte für ihn im Sportpalast zu sagen". Goebbels kommentierte dies mit den Worten: „Auch eine Bitte. Aus innerpolitischen Gründen. Armes England!" (TG, 6. 10. 1938). Tatsächlich hatte die Kritik an Chamberlain in Großbritannien schon drei Tage nach dessen Rückkehr nach London eingesetzt; vgl. Kershaw, Hitlers Freunde, S. 292.

[195] Aufzeichnung Schmidts über Unterredung Hitlers mit Chamberlain, 30. 9. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 247, S. 255. Vgl. auch DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1228.

[196] Chamberlain war überzeugt, daß man sich auf Hitlers Wort verlassen könne. Nach der Begegnung mit Hitler auf dem Obersalzberg schrieb der Premier an seine Schwester: „I got the impression that here was a man who could be relied upon when he had given his word". Self, Chamberlain-Letters, Brief vom 19. 9. 1938, S. 348. Ähnlich Kershaw, Hitlers Freunde, S. 288 f.; Adamthwaite, Großbritannien, S. 199; Wendt, München 1938, S. 120.

[197] Goebbels notierte hierzu: „Chamberlain hat sich im Unterhaus mit seinen Kritikern auseinandergesetzt und seine Politik sehr geschickt verteidigt. Er will Frieden mit Berlin, offenbar um Zeit zu gewinnen. Also müssen wir auch rüsten", TG, 3. 11. 1938. Zur Aussprache im House of Commons am 1. 11. 1938, auf die Goebbels sich hier bezog, siehe Chamberlain, Struggle, S. 331–347, zur britischen Rüstung: Zgórniak, Europa, S. 243–255. Die britische Regierung bemühte sich, der Tschecho-Slowakei nach dem Münchener Abkommen ihre Waffen abzukaufen, weil in London großer Bedarf an Rüstungsgütern bestand und weil dort befürchtet wurde, andernfalls könnten die Waffen dem Deutschen Reich in die Hände fallen; vgl. Král, Abkommen, Dok. 271 f.

[198] Bullard, Großbritannien und der Kriegsausbruch, S. 97.

[199] Chamberlain, Struggle, S. 303.

[200] Vgl. Adamthwaite, Großbritannien, S. 200; Kettenacker, Diplomatie, S. 228 f., 233–235.

kleinerten tschecho-slowakischen Staat dem Deutschen Reich auslieferte, nicht nur einen enormen Prestigeverlust. Frankreich hatte dadurch in der Tschecho-Slowakei auch einen wichtigen Bundesgenossen verloren, der bei einem etwaigen Konflikt mit Berlin militärische Unterstützung durch die Eröffnung einer zweiten Front hätte gewähren können.[201] Doch angesichts der durch München verdeutlichten Schwäche Frankreichs, seiner wirtschaftlichen Schwierigkeiten und seiner Rüstungsdefizite bemühte sich auch die französische Regierung ab Oktober 1938 um eine Verständigung mit der wiedererstarkten Großmacht an ihrer Ostgrenze.[202] Den Grundstein dafür legte Ministerpräsident Edouard Daladier ebenfalls noch am letzten Septembertag 1938 in München. Zeitgleich mit der Unterredung Hitlers und Chamberlains besprach er mittags nach der Unterzeichnung des Abkommens mit Generalfeldmarschall Hermann Göring die deutsch-französischen Beziehungen.[203] Beide waren sich darin einig, daß ein Krieg unpopulär und „dumm" sei, und betonten den ausschließlichen Verteidigungscharakter der Marginot-Linie bzw. des „Westwalls". Göring äußerte die Hoffnung, daß zwischen beiden Regierungen nun ein offenerer und intensiverer Austausch stattfinden werde, was auch Daladier begrüßte. Er habe, fuhr Daladier fort, bereits ein paar Ideen hierzu.[204] Aus dem Gesprächsprotokoll geht nicht hervor, ob Daladier schon in München eine ähnliche Freundschaftserklärung vorschwebte, wie zur selben Zeit von Hitler und Chamberlain unterzeichnet worden war. Aber unmittelbar nachdem Daladier Kenntnis von dieser bilateralen deutsch-britischen Vereinbarung hatte, wünschte er eine solche auch zwischen dem NS-Regime und seiner Regierung.[205] Der Gedanke zu einer solchen Übereinkunft wurde bereits unmittelbar nach dem Münchener Abkommen in einigen französischen Zeitungen und in der französischen Öffentlichkeit diskutiert.[206] Auch Goebbels war darüber informiert, daß „man in Paris offenbar auch so eine Art Friedenserklärung mit uns abmachen" wollte (TG, 4. 10. 1938). Er stand dieser Idee nicht ablehnend gegenüber, aber war der Auffassung, daß „dazu […] ja noch hinreichend Zeit" sei (TG, 4. 10. 1938). Daladier bemühte sich also nach dem Münchener Abkommen um eine Verständigung mit Berlin und richtete, wie auch Goebbels im Tagebuch festhielt, in seiner Regierungserklärung am 4. Oktober 1938 im französischen Parlament zur Sudetenkrise „freundliche Worte" an Deutschland: „Daladier hat gesprochen. Mit einer

[201] Vgl. Elisabeth du Réau, Frankreich, S. 173, 181; Barbier, Das französische Außenministerium, S. 43, 45; Knipping, Die deutsch-französische Erklärung, S. 528f.

[202] Vgl. Knipping, Die deutsch-französische Erklärung, S. 529f.

[203] Vgl. Aufzeichnung über dieses Gespräch am 30. 9. 1938, in: DDF, 2e Série, Tome 11, Doc. 499. Die häufig geäußerte Behauptung, Daladier habe Deutschland sofort verlassen, trifft also nicht zu (z. B. Celovsky, Münchener Abkommen, S. 466; Knipping, Die deutsch-französische Erklärung, S. 525).

[204] „‚J'espère, ajoute enfin le Maréchal, que notre entrevue sera le point de départ d'une politique plus large et plus grande entre nos deux pays. C'est possible et c'est nécessaire'. ‚J'y ai déjà pensé, répond M. Daladier. J'ai à ce sujet un certain nombre d'idées et il faudra que celles-ci prennent corps'." Note relative à une conversation entre M. Daladier et le maréchal Goering, 30. 9. 1938, in: DDF, 2e Série, Tome 11, Doc. 499, S. 736.

[205] Vgl. Knipping, Die deutsch-französische Erklärung, S. 525.

[206] Schreiben des deutschen Geschäftsträgers in Paris, Curt Bräuer, an das A.A., 4. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 332.

präzisen, chronologischen Darstellung der Entwicklung. Sehr freundliche Worte für das deutsch-französische Verhältnis. Er bemüht sich offenbar um einen Ausgleich" (TG, 6.10.1938).[207] Goebbels notierte auch die Ergebnisse dieser bedeutenden Plenarversammlung, in der angesichts der desolaten Finanzsituation ein Ermächtigungsgesetz beschlossen wurde, das der Regierung Daladier wirtschafts- und finanzpolitische Vollmachten gab: Daladier „bekommt in der Kammer eine große Mehrheit. Aber die ist von links nun ziemlich nach rechts abgerutscht. Kommunisten gegen ihn, Sozialdemokraten enthalten.[208] In Rom will Paris eine neue Botschaft einrichten" (TG, 6.10.1938).[209] Die französische Politik hatte tatsächlich eine Wende nach rechts vollzogen,[210] was der deutsche Botschafter Graf Welczeck dem Auswärtigen Amt mit den Worten mitteilte, damit sei nun in Paris „praktisch [das, d.V.] Ende der Volksfront" erreicht.[211] Goebbels, der den innenpolitischen Verhältnissen in Frankreich stets und auch in dieser Phase[212] Aufmerksamkeit widmete, verzeichnete das Ende der Volksfront-Regierung erst drei Wochen später: „Die französischen Senatswahlen ergeben einen nationalen Sieg. Volksfront damit ad acta gelegt" (TG, 25.10.1938).[213]

Die Vorbereitung der deutsch-französischen Erklärung, die Anfang Oktober 1938 begann, beschrieb Goebbels nicht in seinem Tagebuch, wahrscheinlich erfuhr er erst später davon. Hitler hatte sich umgehend über seinen Sondergesandten Philipp von Hessen des Einverständnisses Mussolinis versichert, bevor er am 18. Oktober mit Botschafter André François-Poncet bei dessen Abschiedsaudienz auf dem Obersalzberg darüber sprach.[214] Am 5. November sandte Ribbentrop einen Entwurf für den Text der Erklärung an die deutsche Botschaft in Paris, der

[207] Daladier hatte u.a. ausgeführt: „Wir haben die Pflicht, Achtung für das große Volk zu empfinden, das unser Nachbar ist, das unser Gegner war und mit dem wir einen dauerhaften Frieden zu errichten wünschen. […] Welches auch die Formen der Regimes sind, die sich die Völker gegeben haben, alle haben doch die gleiche Liebe zum Frieden. In dieser Stunde kommt es darauf an, diejenigen in der Welt, die guten Willens zum Frieden sind, zu vereinigen. […] Im Interesse des Friedens wollen wir den alten und erprobten Freundschaften erneuerte und neue Freundschaften hinzufügen." Rechenschaftsbericht Daladiers, 4.10.1938, zit. nach: Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 390.

[208] Das Ermächtigungsgesetz wurde mit 331 gegen 78 Stimmen bei ca. 200 Enthaltungen angenommen. Die Gegenstimmen kamen von den kommunistischen Abgeordneten, die Enthaltungen überwiegend von den Abgeordneten der SFIO. Vgl. Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 391.

[209] Kurz vor der Parlamentssitzung teilte Daladier dem italienischen Geschäftsträger in Rom am 4.10.1938 mit, daß Frankreich nun eine „Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern" vornehmen wolle und einen Botschafter benennen werde; vgl. Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 387. Goebbels hielt hierzu weiter im Tagebuch fest: „François Poncet soll als Botschafter ausersehen sein. Schade, er ist in Berlin der einzige Botschafter von Format", TG, 6.10.1938.

[210] Vgl. hierzu auch Elisabeth du Réau, Frankreich, S. 188f.

[211] Telegramm Welczecks, 6.10.1938, in: ADAP, D 4, Dok. 334, S. 380.

[212] Vgl. TG, 15., 29., 30.10., 1., 3., 12.–14., 17.11.1938.

[213] Vgl. Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 394.

[214] Vgl. ADAP, D 4, Dok. 337–341, 343–346; zum Gespräch François-Poncets mit Hitler siehe dessen Bericht an Bonnet (DDF, 2e Série, Tome 12, Doc. 197, S. 339–346) und dessen Memoiren (François-Poncet, Als Botschafter, S. 347–355). Vgl. auch Knipping, Die deutsch-französische Erklärung, S. 526f.

einen Monat später fast gleichlautend unterzeichnet wurde.[215] Erst nach dem Antrittsbesuch des neuen französischen Botschafters, Robert Coulondre, bei Hitler in Berchtesgaden am 22. November scheint Goebbels von dem bevorstehenden Abschluß einer Übereinkunft zwischen Paris und Berlin erfahren zu haben, nur zwei Tage vor der deutschen Öffentlichkeit:[216] „Coulondre vom Führer empfangen. Deutsch-französische Verständigungserklärung. Keine Grenzstreite mehr. Das ist die praktische Politik" (TG, 23. 11. 1938).[217]

Was Goebbels in seinem Tagebuch „praktische Politik" nannte, war das Grundprinzip des NS-Regimes, das Verträge für Maßnahmen von augenblicklicher Geltung hielt, die bei einer neuen Situation keinerlei Verbindlichkeit mehr besäßen.[218] Schon im Frühjahr 1938, nach dem „Anschluß" Österreichs, hatte Goebbels nach einem Gespräch mit Hitler festgehalten, daß dieser beabsichtige, dem Deutschen Reich ein „Stück von Elsaß und Lothringen" einzugliedern (TG, 20. 3. 1938). Goebbels entlarvt damit Hitler, der dies gegenüber ausländischen Gesprächspartnern und in öffentlichen Reden stets verneinte, als Lügner aus propagandistischen Gründen.[219] Drei Wochen später, am Tag der Volksabstimmung über den „Anschluß" Österreichs, vertraute Hitler dem Propagandaminister, wie dieser überliefert, sein „großes Lebensziel" an, das darin bestanden habe, „nochmal Frankreich vor[zu]knöpfen" (TG, 11. 4. 1938).[220] Für ihn war daher die deutsch-französische Erklärung, die die beiderseitige Staatsgrenze anerkannte, im Grunde bedeutungslos, zumal er Staatsgrenzen generell als „Augenblicksgrenzen" begriff.[221] Wenige

[215] Telegramm Ribbentrops an Welczeck, 5. 11. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 346. Vgl. ebenda, Dok. 369.

[216] Vgl. Aufzeichnung Sängers, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 3380, 24. 11. 1938.

[217] Siehe hierzu: ADAP, D 4, Anm. 1, S. 398; Coulondre, Von Moskau nach Berlin, S. 306–310.

[218] Als Hitler am 23. 5. 1939 seinen führenden Offizieren seinen „Entschluß bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen", mitteilte, führte er weiter aus: „Hierbei spielen Recht oder Unrecht oder Verträge keine Rolle." Bericht Rudolf Schmundts über die Besprechung in der Reichskanzlei am 23. 5. 1939, in: IMG 37, Dok. 79-L, S. 546–556, Zitate S. 549, 553.

[219] Hitler hatte Vojtěch Tuka erklärt, er denke „niemals" daran, „sich Elsaß-Lothringen zurückzuholen". Aufzeichnung Hewels über Unterredung am 12. 2. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 168, S. 184. Weniger bestimmt hatte Hitler dies dem polnischen Außenminister Beck am 5. 1. 1939 mitgeteilt, in: ADAP, D 5, Dok. 119, S. 130.

[220] Diese Passage aus Goebbels' Tagebuch, die einzige, in der Goebbels jemals von einem „Lebensziel" Hitlers schreibt, ist etwas irritierend. Denn für gewöhnlich gilt die Eroberung neuen Lebensraums im Osten als Hauptziel Hitlers, und dieser selbst hatte in seiner Schrift „Mein Kampf", S. 766 f., betont, „in der Vernichtung Frankreichs" dürfe „man wirklich nur ein Mittel" sehen, „um danach unserem Volke endlich an anderer Stelle die mögliche Ausdehnung geben zu können". Andererseits war Hitler die „Abrechnung" mit Frankreich tatsächlich ein äußerst wichtiges Anliegen, wofür auch die Tatsache spricht, daß er im Juni 1940 die Franzosen den Waffenstillstandsvertrag in Compiègne unterschreiben ließ – im selben Salonwagen, in dem 1918 die Vertreter des Deutschen Reiches nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg einen solchen unterzeichnen mußten. Daß dies eindeutig Hitlers Idee war, belegt Goebbels mehrfach (TG, 16., 18., 22., 23. 6. 1940). Siehe hierzu Jäckel, Frankreich, S. 38 f.

[221] In „Mein Kampf", S. 740, hatte er sich folgendermaßen geäußert: „So wie Deutschlands Grenzen Grenzen des Zufalls sind und Augenblicksgrenzen im jeweiligen politischen Ringen der Zeit, so auch die Grenzen der Lebensräume der anderen Völker".

Tage vor der Unterzeichnung der deutsch-französischen Erklärung ließ Hitler vom OKW ein Memorandum erstellen, das als Grundlage für Wehrmachtsbesprechungen mit dem italienischen Militär dienen sollte und in dem ein gemeinsamer Krieg gegen Frankreich und England anvisiert war.[222]

Die geplante Freundschaftserklärung des demokratischen französischen Staates mit dem Hitler-Regime, die auch in Frankreich am 24. November 1938 bekanntgegeben wurde,[223] nur zwei Wochen nach den reichsweiten antijüdischen Pogromen, rief begreiflicherweise Proteste vor allem von französischen Juden hervor, die Goebbels auch in seinem Tagebuch vermerkte. Bei ihm schlug sich dies in den Worten nieder: „Und die Juden randalieren" (TG, 23. 11. 1938). Auch an dem folgenden Tag befaßte sich Goebbels in seinem Tagebuch mit der bevorstehenden deutsch-französischen Erklärung und jüdischer Kritik an ihr: „Paris sucht Anschluß an Berlin. Bis jetzt nur erst platonisch" (TG, 24. 11. 1938). Am Tag danach notierte er: „Freundschaftserklärung Berlin/Paris in Arbeit. Und die Juden schimpfen. Sie haben offenbar kein Glück mehr" (TG, 25. 11. 1938). Tags darauf hielt Goebbels fest: „Berlin-Pariser Freundschaftsabkommen wird nun schon durch die Presse annonciert. Ribbentrop will nach Paris fahren. Das ist für uns eine große außenpolitische Erleichterung. Die können wir auch gebrauchen" (TG, 26. 11. 1938). Mit diesem letzten Satz spielte Goebbels wieder auf die Proteste gegen die nationalsozialistischen Juden-Pogrome an, die seines Erachtens zur Folge gehabt hätten, daß „die Juden" dem NS-Regime „großen Schaden zugefügt" hätten, „vor allem in unseren Auslandsaufträgen" (TG, 26. 11. 1938).

Auch die innenpolitische Entwicklung in Frankreich thematisierte Goebbels Ende November täglich in seinem Tagebuch, vor allem die Streiks infolge der jüngsten Gesetzesdekrete der Regierung Daladier, der am 25. November kommissarisch das Innenministerium übernommen und die Aufhebung der 40-Stunden-Woche durchgesetzt hatte, nicht zuletzt, um die Rüstungsproduktion Frankreichs zu steigern.[224] Goebbels nahm großen Anteil an der Tätigkeit Daladiers und zollte ihm schließlich großen Respekt, als es diesem gelungen war, die Streiks durch kompromißlose Härte gegenüber der Gewerkschaft CGT zu beenden.[225] Durch die Beruhigung der Situation war der Weg frei für Ribbentrops Reise „nach Paris zur Unterzeichnung der deutsch-französischen Erklärung" (TG, 4. 12. 1938), über die Goebbels vorab informiert war, und die vorgeblich wegen der unsicheren Lage in Frankreich vom NS-Regime verschoben worden war.[226] Um zu vermeiden, daß die italienische Regierung wegen der zu unterzeichnenden Erklärung „verschnupft wird", wie Goebbels schrieb, wurde zeitgleich eine intensive Berichterstattung über aktuelle antiitalienische Demonstrationen in Tunis und auf Korsika durchgeführt (TG, 7. 12. 1938).[227] Als die deutsch-französische Erklärung, in der beide

[222] In: ADAP, D 4, Dok. 411.
[223] Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 402.
[224] Knipping, Die deutsch-französische Erklärung, S. 530.
[225] Vgl. TG, 26.–30. 11., 2., 3. 12. 1938.
[226] Zunächst war vorgesehen, die Erklärung am 29. 11. 1938 zu unterzeichnen; vgl. Aufzeichnung des Legationsrates Emil von Rintelen, 23. 11. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 361.
[227] Aufzeichnungen Sängers, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 3530, 3532, beide vom 6. 12. 1938. Vorausgegangen waren diesen Demonstrationen Äußerungen italienischer Abgeordneter,

Regierungen sich für „friedliche und gutnachbarliche Beziehungen" aussprachen,[228] schließlich von den beiden Außenministern Ribbentrop und Bonnet unterzeichnet war, schrieb Goebbels darüber: „Erklärung Berlin-Paris heraus. Garantierung der Grenzen.[229] Konflikte bespr[o]chen. Achse Rom-Berlin bleibt unangetastet.[230] Die Aufnahme in der Welt ist geradezu sensationell. Aber wohl mit Absicht etwas übertrieben" (TG, 8.12.1938). Einen Tag später verzeichnete Goebbels eine „merkbare Entspannung" infolge dieser Erklärung, die das NS-Regime, wie er zugab, „augenblicklich gut gebrauchen" konnte (TG, 9.12.1938).

Motive, die zu dieser Übereinkunft geführt hatten, hielt Goebbels im Tagebuch nicht fest. Lediglich die „große außenpolitische Erleichterung" (TG, 26.11.1938) angesichts der durch die Judenpogrome entstandenen Spannungen notierte er, aber dies war nur eine willkommene Begleiterscheinung. Die Forschung kam zu dem Befund, daß der Hauptbeweggrund auf nationalsozialistischer Seite in der ersehnten Westabsicherung für die Ostexpansion bestand. Aus diesem Grund wurden in Richtung Paris auch stets eine Propagierung der friedlichen Absichten des Deutschen Reiches betrieben und Versuche unternommen, die Interessen der französischen Regierung auf deren Kolonialreich zu lenken.[231] Daneben spielten auch Hoffnungen auf eine Spaltung der Westmächte und auf eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen, die in Paris zugleich besprochen worden war, eine Rolle.[232] Das französische Hauptmotiv bestand im Zeitgewinn, bevor es zu der wahrscheinlichen Auseinandersetzung zwischen beiden Staaten kommen würde. Die französische Rüstungsproduktion war erst im April 1938 intensiviert worden und noch kaum fortgeschritten, die innenpolitische Lage äußerst instabil, die finanzielle und ökonomische Situation desolat. Zudem bestand in Paris die Hoffnung, daß die Außenhandelspolitik des Deutschen Reiches zu Spannungen in Südosteuropa führen könnte und daß zwischen den Achsenmächten oder in der

die Nizza, Savoyen, Korsika und Tunis für Italien reklamiert hatten; vgl. ADAP, D 4, S. 411, Anm. 2; Knipping, Die deutsch-französische Erklärung, S. 537.

[228] „Die deutsche Regierung und die französische Regierung sind übereinstimmend der Überzeugung, daß friedliche und gutnachbarliche Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich eines der wesentlichen Elemente der Konsolidierung der Verhältnisse in Europa und der Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens darstellen. Beide Regierungen werden deshalb alle ihre Kräfte dafür einsetzen, daß eine solche Gestaltung der Beziehungen zwischen ihren Ländern sichergestellt wird." Punkt 1 der deutsch-französischen Erklärung vom 6.12.1938, in: ADAP, D 4, Dok. 369.

[229] Punkt 2 der Erklärung lautet: „Beide Regierungen stellen fest, daß zwischen ihren Ländern keine Fragen territorialer Art mehr schweben und erkennen feierlich die Grenze zwischen ihren Ländern, wie sie gegenwärtig verläuft, als endgültig an." In: ADAP, D 4, Dok. 369.

[230] Zur Konsultationsfrage heißt es in der Erklärung: „Beide Regierungen sind entschlossen, vorbehaltlich ihrer besonderen Beziehungen zu dritten Mächten, in allen ihre beiden Länder angehenden Fragen in Fühlung miteinander zu bleiben und in eine Beratung einzutreten, wenn die künftige Entwicklung dieser Fragen zu internationalen Schwierigkeiten führen sollte." In: ADAP, D 4, Dok. 369.

[231] Vgl. beispielsweise Aufzeichnung Weizsäckers vom 21.12.1938 über sein erstes Gespräch mit Coulondre, in: ADAP, D 4, Dok. 373.

[232] Vgl. Knipping, Die deutsch-französische Erklärung, S. 537f. Vgl. auch ADAP, D 4, Dok. 370f.

Beziehung zu Warschau Konflikte entstünden.[233] Frankreich war also Ende 1938 nicht in der Lage, seine bisherige Osteuropa-Politik fortzusetzen, weil dies das Herannahen einer Auseinandersetzung mit dem Deutschen Reich bedeutet hätte, der es nicht gewachsen war. Genau wie Großbritannien nutzte die französische Regierung die Phase der Beruhigung nach München, um die Rüstungsproduktion zu erhöhen und militärische Einheiten zu formieren.[234] Beide Staaten ließen daher den „Wunsch erkennen", in der Frage der Tschecho-Slowakei „möglichst aus dem Spiel gelassen zu werden".[235] Die Gesandten Großbritanniens und Frankreichs in Prag hätten dafür „eine eigenartige Formel" gegenüber der tschechoslowakischen Regierung gefunden, schrieb der deutsche Geschäftsträger aus der tschecho-slowakischen Hauptstadt. Diese Formel der Westmächte gegenüber Prag habe gelautet: „Wir wünschen, daß ihr ein möglichst gutes Verhältnis mit dem Reich anstrebt; wir können euch aber weder wirtschaftlich noch politisch helfen, wenn ihr in völlige Abhängigkeit von Deutschland geratet".[236] Als die diplomatischen Vertreter Frankreichs und Großbritanniens Ende November 1938 der tschecho-slowakischen Regierung in offizieller Form vorwarfen, sie hätte sich „politisch völlig Deutschland verschrieben", nahm man im tschecho-slowakischen Außenministerium an, „England und Frankreich wollten offenbar auf diese Weise von ihrem Anleihenversprechen herunterkommen".[237]

2. Die deutsch-tschecho-slowakischen Beziehungen bis Anfang März 1939

František Chvalkovský setzte nach seiner Rückkehr von seinem Deutschland-Besuch Mitte Oktober 1938 gezwungenermaßen die Politik der Anlehnung an das Deutsche Reich fort.[238] Er wisse durch seine Unterredungen mit Hitler und Ribbentrop „am besten", wohin eine andere Haltung „zwangsläufig führen müßte", und werde bemüht sein, so berichtete Geschäftsträger Hencke aus Prag, „auch

[233] Vgl. Knipping, Die deutsch-französische Erklärung, S. 529–537.

[234] Siehe hierzu Zgórniak, Europa, S. 199–224, 235–255.

[235] Telegramm Erdmannsdorffs, 21. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 79. Dies erinnerte auch Ferdinand Ďurčanský, damals Mitglied der slowakischen Regierung, der ein generelles „Desinteresse der Westmächte für die Lösungen der Grenzfragen Mitteleuropas nach dem Münchener Abkommen" festgestellt habe. Ďurčanský, Mit Tiso, S. 2.

[236] Politischer Bericht Henckes, 18. 11. 1938, PA/AA, R 103. 627, Bl. E415153–159, hier Bl. E415157 f.

[237] Dies teilte der Kanzleichef des Außenministeriums, Hubert Masařík, dem deutschen Geschäftsträger Hencke am 23. 11. 1938 mit; Telegramm Henckes, 23. 11. 1938, PA/AA, R 103. 627, Bl. 435090.

[238] Vgl. beispielsweise Aufzeichnung Chvalkovskýs über seinen Vortrag vor den Vorsitzenden der Regierungsparteien am 18. 10. 1938, in dem er ausführlich über seine Gespräche mit Ribbentrop und Hitler berichtete, auf den beträchtlichen Verlust an Unabhängigkeit und Bewegungsfreiheit hinwies und die notwendigen Konsequenzen forderte, in: Král, Abkommen, Dok. 269, S. 284–286. Als Zeichen der Neuorientierung wurden zahlreiche Exponenten der Beneš-Richtung abgesetzt, wie beispielsweise der tschecho-slowakische Gesandte in London, Jan Masaryk, was auch Goebbels zustimmend im Tagebuch verzeichnete, TG, 29. 10. 1938.

seine noch schwankenden Kollegen im Kabinett auf seine Linie zu bringen".[239] Vojtěch Mastný, tschecho-slowakischer Gesandter in Berlin, gab Göring zu verstehen, daß man nun in Prag einen „scharfe[n] Rechtskurs" steuern und den Kommunismus beseitigen werde; auch würde das „Judenproblem […] ernstlich angepackt".[240] Goebbels verzeichnete derartige Maßnahmen der tschecho-slowakischen Regierung kurz, aber mit Genugtuung in seinem Tagebuch. „Prag verbietet kommunistische Partei" (TG, 22.10.1938), schrieb er zum Parteiverbot, das der tschecho-slowakische Ministerrat am 20. Oktober beschlossen hatte.[241] In Prag stattfindende „antisemitische Kundgebungen" kommentierte er mit den Worten: „Es dämmert also" (TG, 25.10.1938).[242] Neben Kommunisten und Juden bestand in den Freimaurern eine weitere Gruppe von Feinden der NS-Bewegung. Goebbels vermerkte die Meldung, „Prager Logen lösen sich selbst auf", und notierte anschließend die Hoffnung: „Wenn das nur ernst gemeint ist" (TG, 27.10.1938). Auch in der Frage der Behandlung der in der Tschecho-Slowakei verbliebenen deutschen Minderheit, 478.589 Personen,[243] vor allem in Prag und den Sprachinseln Brünn und Iglau, übte das NS-Regime nun verstärkten Druck auf die tschecho-slowakische Regierung aus, da es zu Beschwerden über untere Polizei- und Steuerorgane gekommen war und Nachrichten von Ausweisungen, Boykotten und Mißhandlungen verbreitet worden waren. Andor Hencke machte daher die Regierung in Prag entsprechend der ihm vom Auswärtigen Amt erteilten Weisungen darauf aufmerksam, daß die Reichsregierung dieser Angelegenheit eine „hohe Bedeutung beimesse, die für die Tschechoslowakei schicksalhaft werden könne".[244] Anfang Dezember 1938 hatte die deutsche Gesandtschaft die Lage des „Restdeutschtums" einer Prüfung unterzogen und festgestellt, daß derartige Meldungen „oft übertrieben, manchmal auch erfunden" seien.[245] Obgleich das NS-Regime einen Schutz der deutschen Minderheit in der Tschecho-Slowakei beabsichtigte, wurde kein gegenseitiger Minderheitenschutzvertrag unterzeichnet, da man „der tschechischen Volksgruppe keinesfalls die Stellung einräumen" woll-

[239] Politischer Bericht Henckes, 23.10.1938, in: ADAP, D 4, Dok. 85, S. 95.

[240] Aufzeichnung über Besprechung Görings mit Mastný, um den 17.10.1938, in: ADAP, D 4, Dok. 67.

[241] Hencke telegraphierte an das A.A., Chvalkovský habe darum gebeten, „diese Maßnahme als Anzeichen für aufrichtigen Willen der Tschechoslowakischen Regierung zu Loyalität gegenüber Deutschland zu bewerten". Telegramm Henckes, 20.10.1938, PA/AA, R 29770, Fiche 1187, Bl. 75951. Die slowakische Regierung hatte die kommunistische Partei bereits am 9.10.1938 verboten, die Regierung der Karpatho-Ukraine erließ ein solches Verbot Ende Oktober 1938; vgl. Procházka, Second Republic, S. 58; Feierabend, Prag-London, Bd. 1, S. 51.

[242] „In den letzten Tagen haben z. B. in Prag beachtliche Demonstrationen gegen die Juden stattgefunden", berichtete Hencke dem A.A. Politischer Bericht Henckes, 23.10.1938, in: ADAP, D 4, Dok. 85, S. 95.

[243] Aufzeichnung Günther Altenburgs, 17.11.1938, in: ADAP, D 4, Dok. 121.

[244] Politischer Bericht Henckes, 18.11.1938, PA/AA, R 103.627, Bl. E415153–159, hier Bl. E415155.

[245] Schreiben Henckes an das A.A., 10.12.1938, in: ADAP, D 4, Dok. 147. Siehe auch ebenda, Dok. 149, 151; Bodensieck, Zur Vorgeschichte, S. 719f.; Gebel, „Heim ins Reich!", S. 62f.

te, die man für die deutsche „Volksgruppe in der Tschechoslowakei" erwartete.[246] Es wurde lediglich eine Erklärung unterzeichnet, daß ein gemeinsamer „Regierungsausschuß" Minderheitenangelegenheiten regeln sollte.[247]

Am 27. Oktober 1938 traf Goebbels in Berlin den SdP-Funktionär Ernst Kundt, der weiterhin im Prager Parlament die deutsche Minderheit in der Tschecho-Slowakei vertrat. Kundt teilte Goebbels mit, die Stimmung des tschecho-slowakischen Volkes sei „ziemlich prodeutsch" (TG, 29. 10. 1938).[248] Der emigrierte frühere Staatspräsident Beneš würde dort als „der böse Geist" angesehen.[249] Der künftige Kurs der tschecho-slowakischen Regierung hänge nicht zuletzt von der „psychologischen Behandlung des tschechischen Volkes" durch das Reich ab. Kundt, der zu den eher gemäßigten sudetendeutschen Politikern zählte, empfahl Goebbels ein „sorgsames Vorgehen". Weiter berichtete Kundt Goebbels zufolge: „Man sei in Prag bereit zu einer Zoll-, evtl. auch Währungs- und Wirtschaftsunion. Auch in militärischen und außenpolitischen Dingen wolle man" mit dem NS-Regime weitgehend „konform gehen" (TG, 29. 10. 1938). Goebbels hatte Zweifel: „Ob das aber alles stimmt?" Ihm schien, als sähe Kundt „die Dinge zu optimistisch" (TG, 29. 10. 1938). Doch auch der nationalsozialistische Außenminister Ribbentrop war hoffnungsfroh, daß sich „die Tschechei nun auf kaltem Wege einsacken" lasse, wie er Goebbels am Abend des 9. November 1938 mitteilte, kurz nachdem der Propagandaminister seine berüchtigte Hetzrede gegen das Judentum gehalten hatte (TG, 10. 11. 1938). „Man muß es nur geschickt anfangen. Chvalkovski [!] will. Ob auch die andern, das weiß man nicht", hielt Goebbels darüber hinaus über das Gespräch mit Ribbentrop fest.

Um diesen Prozeß der zunehmenden Souveränitätsminderung der tschechoslowakischen Regierung nicht zu gefährden, wurde die deutsche Presse nun angewiesen, anders als während der Sudetenkrise, auf die Befindlichkeiten des tschecho-slowakischen Volkes Rücksicht zu nehmen. In der Pressekonferenz wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß man „bei den guten Beziehungen zu Prag" nicht beabsichtige, polemisch zu werden.[250] Angesichts der nationalsozialistischen Erfolge bei den zahlreichen bilateralen Verhandlungen sollte auch kein „Triumphgeschrei" angestimmt werden.[251] Nach dem Wiener Schiedsspruch wurden beispielsweise Meldungen wie diejenige, daß die „unglückselige Gestalt der Tschechoslowakei durch die neue Grenzziehung nun noch unglücklicher geworden sei

[246] Aufzeichnung des Legationsrates Fritz von Twardowski über Besprechung von Vertretern von A.A., Vomi, RMI, OKW, RFSS, 11. 11. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 111. Siehe hierzu Bodensieck, Volksgruppenrecht, S. 502–518.

[247] Deutsch-tschecho-slowakische Erklärung über den Schutz der beiderseitigen Volksgruppen vom 20. 11. 1938, in: DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 389 f.; Michaelis/Schraepler, Ursachen, Bd. 12, Dok. 2743a, S. 559. Dieser Regierungsausschuß trat nie zusammen, Minderheitenrechte genossen die Tschechen im Reichsgau Sudetenland nicht; vgl. Gebel, „Heim ins Reich!", S. 277, 370.

[248] Ähnliches berichtete Leopold Gutterer Minister Goebbels über die Stimmung in Prag: dort sei „alles gegen Paris und London. Deutschland nicht unbeliebt", TG, 24. 11. 1938. Etwas anders bei Hencke, 10. 12. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 147.

[249] Dies bestätigt auch Feierabend, Prag-London, S. 53.

[250] Aufzeichnung Sängers, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 3034, 25. 10. 1938.

[251] Aufzeichnung Sängers, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 3063, 28. 10. 1938.

und der Blinddarm sich noch verengt hätte", als unerwünscht bezeichnet.[252] Objekt der nationalsozialistischen Presseoffensive waren die Oppositionskreise in London und Paris, die ihre Regierungen wegen deren Deutschland-Politik kritisierten. Goebbels beschrieb das Ziel dieser Kampagne folgendermaßen: „Wir greifen diese Kriegshetzer nun unentwegt an, um sie regierungsunfähig zu machen" (TG, 9.11.1938).[253] Parallel zu diesen Anweisungen für die deutsche Presse gab es auch einen „Plan zur Aufrichtung einer deutschen, auch tschechisch geschriebenen Presse in der Resttschechei" (TG, 5.11.1938), wie Goebbels überliefert unter erstmaliger Verwendung dieser besonders despektierlichen Bezeichnung für die Tschecho-Slowakei. Zum Zweck dieses Zeitungsplans schrieb der Propagandaminister: „Wir wollen uns dort unseren Einfluß sichern, bevor London und Paris sich von ihrem Fall erholt haben" (TG, 5.11.1938). Daher wurde in Prag „eine große deutsche Zeitung" gegründet (TG, 22.11.1938, 10.12.1938). Goebbels war bereit, dafür „viel Geld" zu investieren, weil er sich davon einen großen „Nutzen" versprach (TG, 9.12.1938).

Neben der Presselandschaft der Tschecho-Slowakei verfolgte Goebbels auch kontinuierlich die dortigen innenpolitischen Vorgänge. Den auch Goebbels bekannten Beschluß des tschecho-slowakischen Ministerrates vom 11. November 1938, Chvalkovský zum Staatspräsidenten zu wählen, fand er „garnicht [!] schlecht" (TG, 13.11.1938). Allerdings war Chvalkovský in der Bevölkerung aufgrund seiner starken Annäherung an das NS-Regime eher unbeliebt.[254] Chvalkovský selbst hatte Bedenken gegen seine Wahl, weil er befürchtete, er werde den tschecho-slowakischen Staat nicht konsolidieren können, sollte die deutsche Garantieerklärung ausbleiben, die er als „Lebensfrage" für sein Land und für sich persönlich bezeichnet hatte.[255] Über die von Rudolf Beran, dem Vorsitzenden der tschechoslowakischen Agrarier-Partei, unternommenen Versuche, eine tschechoslowakische Einheitspartei zu gründen, war Goebbels ebenfalls informiert. In letzter Stunde, so berichtete Hencke dem Auswärtigen Amt, hätten sich die Sozialdemokraten und ein Teil der Katholischen Volkspartei geweigert, diesem Bündnis beizutreten.[256] Goebbels vermerkte hierzu in seinem Tagebuch: „Prags Parteien vollziehen nun doch nicht den Zusammenschluß. Dieses komische Staatsgebilde muß einmal ganz weg. Es sorgt schon selbst dafür" (TG, 18.11.1938).

[252] Aufzeichnung Kurt Metgers, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 3164, 7.11.1938.

[253] Dieselbe Absicht überliefert Sänger in seiner Mitschrift einer Pressekonferenz: „Die Deutsche Presse soll in der Zukunft keine Gelegenheit vorübergehen lassen, bei der die ewigen Querulanten Eden, Churchill und Cooper scharf angegriffen werden könnten. Sie seien als Kriegshetzer, Provokateure zu bezeichnen […]. Für solche Leute dürfe aber in der europäischen Politik kein Raum mehr sein. Die Polemiken müßten durchweg so gehalten werden, daß diese drei Männer künftig nicht mehr als kabinettsfähig erscheinen." In: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 3067, 28.10.1938.

[254] Gesandtschaftsrat Hencke berichtete, „die einfachen Leute" seien gegen Chvalkovský, dem sie vorwürfen, „ein Werkzeug Deutschlands" zu sein. Politischer Bericht Henckes, 18.11.1938, PA/AA, R 103.627, Bl. E415153–159, hier Bl. E415155. Siehe auch ADAP, D 4, Dok. 115; Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 251.

[255] Politischer Bericht Henckes, 18.11.1938, PA/AA, R 103.627, Bl. E415153–159, hier Bl. E415158.

[256] Ebenda, Bl. E415156.

Das in der zweiten November- und ersten Dezemberhälfte 1938 in der Nationalversammlung und im Senat besprochene Verfassungs-Ermächtigungsgesetz, das am 15. Dezember 1938 verabschiedet wurde, nannte Goebbels in seinem Tagebuch nicht. Es ermächtigte den Staatspräsidenten, die Verfassung zu ändern, und die Regierung, zwei Jahre lang auf dem Verordnungswege ohne die Zustimmung des Parlaments „alle notwendigen Verfügungen" zu erlassen.[257] Gleichwohl war Goebbels bekannt, daß in Prag Verfassungsänderungen diskutiert wurden.[258] Zur Regierungserklärung von Ministerpräsident Jan Syrový am 17. November notierte Goebbels – durchaus ein wenig mitfühlend: „Gemäßigt und nach keiner Seite aneckend. Er ist um seine Aufgabe nicht zu beneiden" (TG, 19. 11. 1938).[259] Am nächsten Tag hielt Goebbels fest, daß sich in Prag eine „ständig steigende Stimmung gegen Syrový geltend" mache (TG, 20. 11. 1938), was er darauf zurückführte, daß man dort „anscheinend nun doch den Beneschkurs liquidieren" wolle (TG, 20. 11. 1938). Die in Prag geplante Regierungsumbildung bezeichnete Goebbels als eine „vollkommene Kursschwenkung" (TG, 20. 11. 1938). Gleichwohl blieb er skeptisch, was der Zusatz: „Wenigstens nach außen" (TG, 20. 11. 1938) zeigt. Am Morgen des 24. Oktober 1938 notierte Goebbels, daß man in Prag „nun Hacha zum Staatspräsidenten wählen" wolle (TG, 24. 10. 1938).[260] Goebbels war anscheinend ganz zufrieden mit dieser Entscheidung, wie sein Tagebuch belegt: „Einen richtigen Jesuiten.[261] Den haben wir gerne als Gegner" (TG, 24. 10. 1938). Die Wahl des 66jährigen Emil Hácha, bisher Präsident des Obersten Verwaltungsgerichts, am 30. November „zum Staatspräsidenten" verzeichnete Goebbels im Tagebuch ebenso kurz wie die „Bildung der Regierung" unter Rudolf Beran am 1. Dezember (TG, 2. 12. 1938).[262]

[257] Verfassungsgesetz vom 15. 12. 1938 über die Ermächtigung zu Änderungen der Verfassungsurkunde und der Verfassungsgesetze der Čecho-Slovakischen Republik und über die außerordentliche Verordnungsgewalt, in: S. d. G. u. V. Nr. 330/1938, Ausgabe 110, ausgegeben am 17. 12. 1938, S. 1087 f.

[258] Vgl. TG, 25. 10. 1938; Bericht Henckes, 2. 12. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 143; Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 251.

[259] Syrový erklärte, der 20 Jahre zuvor unternommene Versuch, „einen Staat zu schaffen, in dem mehrere Völker ruhig nebeneinander leben könnten, sei gescheitert", der Nationalgedanke sei stärker gewesen. Die Tschecho-Slowakei wolle friedlich innerhalb ihrer neuen Grenzen leben und strebe besonders zum Deutschen Reich, aber auch zu allen anderen Nachbarstaaten ein freundschaftliches Verhältnis an. Zit. nach: Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 251.

[260] Zur Vorgeschichte der Ernennung siehe Procházka, Second Republic, S. 68 f.

[261] Nach Auskunft der Deutschen Provinz der Jesuiten gibt es „keinerlei Hinweise" darauf, daß Hácha Mitglied des Jesuitenordens gewesen sei. Denkbar ist eine Verwechslung Goebbels' von Hácha mit dem slowakischen Priester und Politiker Jozef Tiso, der allerdings ebenfalls nicht als Mitglied des Ordens nachgewiesen werden kann; schriftliche Auskunft von Dr. Rita Haub, Referatsleiterin Geschichte und Medien der Deutschen Provinz der Jesuiten, 20. 3. 2008. Dennoch besaß Tiso enge Kontakte zum Jesuitenorden, da er sich nach seiner Absetzung in ein Jesuitenkloster begeben hatte; vgl. Hoensch, Die Slowakei, S. 262.

[262] Siehe hierzu Procházka, Second Republic, S. 69; Schreiben Henckes, 2. 12. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 143, S. 155; Feierabend, Prag-London, Bd. 1, S. 54–65.

Goebbels erwartete vom Kabinett Beran, in dem Chvalkovský wieder das Amt des Außenministers bekleidete, eine noch deutlichere prodeutsche Politik: „Nun muß es Taten zeigen" (TG, 3. 12. 1938), forderte er. Am 6. Dezember 1938 erhielt Goebbels einen „Bericht aus Prag", doch nannte er den Namen des Berichterstatters nicht. Er vermerkte hierüber: „dort tut man so, als bemühe man sich ernsthaft um einen Ausgleich mit uns" (TG, 7. 12. 1938). Doch überwog seine Skepsis, wie der daran anschließende Satz verdeutlicht: „Aber wer kann das glauben?" Zwei Tage später sprach Goebbels erneut mit Ernst Kundt, der ihm berichtete, daß mit den Tschechen „jetzt augenblicklich viel zu machen" sei, denn deren Regierung sei nun „ziemlich gereinigt von Benesch-Leuten" (TG, 9. 12. 1938). Lediglich „unten in der Bürokratie" säßen diese noch; das Volk sei „fast gänzlich unpolitisch".[263] Goebbels gab Kundt, wie er im Tagebuch festhielt, „Geld und sonstige Unterstützung für die zurückgebliebenen Deutschen", weil er davon ausging, daß die „Volksdeutschen" in der Tschecho-Slowakei „noch einmal viel wert sein" könnten (TG, 9. 12. 1938).[264]

Offenbar rechnete Goebbels damit, daß die Sudetendeutschen noch einmal benutzt werden könnten, um den tschecho-slowakischen Staat völlig zu vernichten. Den Zusicherungen der tschecho-slowakischen Regierung, nun dauerhaft eine bessere Beziehung zum Deutschen Reich zu unterhalten, traute Goebbels kaum. Auch als Beran seine erste Regierungserklärung abgab, die Goebbels als „sehr positiv" gegenüber Deutschland charakterisierte und die in „scharfen Wendungen gegen den inneren Defaitismus" gerichtet gewesen sei, stellte er in seinem Tagebuch ungläubig die Frage: „Ob er seinen Kurs einhalten kann?" (TG, 15. 12. 1938).[265] Auch andere führende Nationalsozialisten wie beispielsweise Ribbentrop scheinen diese Skepsis geteilt zu haben, so daß die Gesandtschaft in Prag immer wieder in ihren Berichten betonte, daß sich die tschecho-slowakische Regierung bewußt sei, „daß jeder Versuch, in den Benesch-Kurs zurückzufallen oder eine illoyale Politik zu treiben, zur Vernichtung des Staates führen muß".[266] Hencke war der Auffassung, daß Prag „bereit" sei, „alle grundsätzlichen deutschen Forderungen, die das zukünftige Verhältnis des Reiches zu der Tschechoslowakei betreffen, zu erfüllen".

[263] Ähnlich, wenn auch pessimistischer, äußerte sich Ernst Kundt in seiner Dezember-Denkschrift über die „Lage des Deutschtums in der Rest-Tschecho-Slowakei", 16. 12. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 151.

[264] Auch das A.A. unterstützte über Kundt und mit Billigung Hitlers das „Volksdeutschtum" in der Tschecho-Slowakei; vgl. ADAP, D 4, Dok. 145, 155 und Anm. 1.

[265] Wörtlich erklärte Beran unter anderem: „Jeder Versuch der Rückkehr zu den alten Verhältnissen würde vom Volk abgelehnt werden. […] Unsere Außenpolitik ist hinsichtlich ihrer Ziele, Mittel und des Inhalts neu. […] Wir sind nicht und wollen auch nicht blind sein gegenüber diesen Veränderungen; wir werden unsere Außenpolitik den Tatsachen anpassen, ebenso die Wirtschafts- und sozialen Verhältnisse. Das klare Ziel der Regierung ist, dem Staat und den Nationen den Frieden zu retten! Es handelt sich für uns vor allem um die Herstellung eines Freundschaftsverhältnisses mit unserem größten Nachbarn, mit dem Deutschen Reich." Beran äußerte sich auch zur Emigrantenfrage und gab hierbei zu verstehen, daß sich die Emigranten ihren dauernden Aufenthalt in Staaten mit größerer Wirtschaftskraft suchen müßten. Auch erklärte er, die Judenfrage lösen zu wollen. Zit. nach: Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 254. Siehe auch Dokumente zur Sudetendeutschen Politik, Dok. 175.

[266] Aufzeichnung Henckes für Ribbentrop, 15. 12. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 150.

Auch sei man in der tschecho-slowakischen Regierung „darauf gefaßt, daß deutscherseits noch weitgehende Forderungen auf außenpolitischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiet gestellt werden". Aber man hoffe in Prag, daß der Tschecho-Slowakei „die äußere Unabhängigkeit belassen" werde.[267]

Goebbels hielt in seinem Tagebuch auch eine Reihe von konkreten Vereinbarungen zwischen dem NS-Regime und der tschecho-slowakischen Regierung fest, beispielsweise das Projekt einer exterritorialen Reichsautobahn durch tschecho-slowakisches Gebiet zwischen Breslau und Wien: „Mitten durch die Tschechei. Es bleibt ja nun von einem souveränen Staat nicht mehr viel übrig" (TG, 23.11.1938), kommentierte er.[268] Keine Erwähnung fand dagegen der vereinbarte Oder-Donau-Kanal, der gleichfalls das tschecho-slowakische Staatsgebiet durchschneiden sollte.[269] Zu den bilateralen Vereinbarungen über Optionsfragen der Minderheiten und über Minderheitenschutz hielt Goebbels lediglich fest: „Eine Reihe von Abkommen Berlin-Prag zur Regelung der Volkstumsfragen" (TG, 24.11.1938).[270] Zweimal nannte er das „Kulturabkommen mit Prag", an dem er selbst mitgewirkt hatte (TG, 2.12., 8.12.1938). Über den im Auswärtigen Amt angefertigten Entwurf eines Freundschaftsvertrages[271] zwischen dem Deutschen Reich und der Tschecho-Slowakei war Goebbels wahrscheinlich nicht informiert, da er ihn nicht erwähnte. Angesichts der zahlreichen anderen Details, die Goebbels im Tagebuch verzeichnete, kann als nahezu sicher angenommen werden, daß er diesen Vertrag vermerkt hätte, wenn er ihn gekannt hätte. Hitler hatte diesen Freundschaftsvertrag höchstwahrscheinlich wegen der darin enthaltenen deutschen Garantie für den tschecho-slowakischen Staat sogleich abgelehnt.[272]

Um die Jahreswende 1938/39 erlitt Goebbels infolge der Baarova-Affäre einen psychischen und physischen Zusammenbruch. Im Tagebuch klagte Goebbels

[267] Ebenda.

[268] Vgl. Vertrag zwischen Deutschland und der Tschecho-Slowakei über den Bau und Betrieb einer Durchgangsautobahn vom 19.11.1938, RGBl. 1938, Teil II, S. 909f. Eine tschecho-slowakische Regierungsverordnung vom 29.11.1938 hierzu berechtigte die tschecho-slowakische Regierung zur Enteignung von Grund und zur Zwangsverpflichtung Erwerbsloser; diese Rechte trat Prag jedoch an den Bauherrn, das Deutsche Reich, ab. Außerdem wurden durch die Verordnung Einwendungen gegen den Bau unterbunden. S.d. G. u. V. Nr. 309/1938, Ausgabe 103, ausgegeben am 30.11.1938, S. 1053f.

[269] Vgl. ADAP, D 4, Dok. 53f., 88, 102f., 108, 116f., 120, 123f.; beide Projekte wurden aufgrund des Krieges nicht vollendet; Procházka, Second Republic, S. 31f.

[270] Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Tschecho-Slowakischen Republik über Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen vom 20.11.1938, RGBl. 1938, Teil II, S. 896–900 (= S.d. G. u. V. Nr. 300/1938, Ausgabe 100, ausgegeben am 26.11.1938, S. 1037–1040); Deutsch-tschecho-slowakische Erklärung über den Schutz der beiderseitigen Volksgruppen vom 20.11.1938, in: DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 389f.; Michaelis/Schraepler, Ursachen, Bd. 12, Dok. 2743a, S. 559. Sämtliche deutsch-tschecho-slowakischen Verträge zwischen Münchener Abkommen und Errichtung des „Protektorats" sind abgedr. in: Singbartl, S. 129–159.

[271] Der Entwurf, den der Leiter der Rechtsabteilung des A.A., Friedrich Wilhelm Gaus, bis 25.11.1938 erarbeitet hatte, findet sich in: PA/AA, R 103.627, Bl. 435100f.; abgedr. in: Bodensieck, Der Plan, S. 462–476; Michaelis/Schraepler, Ursachen, Bd. 12, Dok. 2746a, S. 572f. Siehe auch Stuby, Vom „Kronjuristen" zum „Kronzeugen", S. 359f.

[272] Bodensieck, Der Plan, S. 462f.

schon Anfang Dezember über ein „Magenleiden“ und befürchtete ein „Geschwür“ (TG, 9.12.1938). Zu seiner Erleichterung wurden jedoch nur „schwere nervöse Störungen, vor allem am Magen“, diagnostiziert (TG, 10.12.1938). Sein Zustand verschlechterte sich aber weiter. Zwischen 17. Dezember und 30. Dezember 1938 kam Goebbels, der zu dieser Zeit mehrere Tage in der Berliner Charité verbrachte, daher nicht einmal zum Tagebuchschreiben. Dies ist die längste Schreibpause in seinem gesamten Tagebuch. Auch an den darauffolgenden Tagen zeigte Goebbels kein großes Interesse an Politik. So erklärt sich, daß Goebbels die Tschecho-Slowakei längere Zeit nicht in seinem Tagebuch thematisierte. Hitler holte Goebbels am 5. Januar 1939 zu sich auf den Obersalzberg, wo Goebbels offenbar seinem „Führer“ anvertraute, daß er keinen „Ausweg“ mehr sehe und „auf alles vorbereitet und gefaßt“ sei (TG, 8.1.1939). Dies hatte Konsequenzen: In den folgenden Wochen wurde Goebbels noch weniger in Hitlers politische Überlegungen einbezogen als Ende 1938. Nicht einmal über Gespräche Hitlers oder Ribbentrops mit ausländischen Regierungsvertretern wurde er informiert. Verhandlungen mit der tschecho-slowakischen Regierung über Presseangelegenheiten führte nun hauptsächlich die Gesandtschaft Prag, nicht mehr das Propagandaministerium.[273] Die einzige Aufgabe, die Goebbels in bezug auf die Tschecho-Slowakei zu Beginn des Jahres 1939 erwähnte, war die finanzielle Stützung des Deutschen Theaters in Prag (TG, 16., 18.12.1938, 4.2.1939).

Allerdings war Kulturarbeit für Goebbels und die Nationalsozialisten zu Beginn des Jahres 1939 kein Selbstzweck; sie hatte längst schon der Kriegswirtschaft zu dienen, d.h. die Warenknappheit zu kaschieren, wie Goebbels im Tagebuch deutlich macht: „Das deutsche Volk gibt im Jahr 850 Millionen rund für Kultur- und Unterhaltungszwecke aus. Das alles würde sich sonst auf den Lebensmittelmarkt werfen. Also müssen wir unsere Kulturarbeit intensivieren“ (TG, 12.2.1939). Goebbels, der sich für volkswirtschaftliche Fragen nie sonderlich interessiert hatte, begriff nun auch allmählich den Ernst der Situation. Bereits Ende Oktober 1938 hatte er notiert, daß die neue „Reichsanleihe“ bei einem „Gesamtbetrag 1.850 Millionen“ Reichsmark „gänzlich überzeichnet“ war (TG, 26.10.1938). Einen Monat später bezeichnete er die „Etatlage des Reiches“ als „ziemlich deprimierend“ und nannte einen Fehlbetrag von „6 Milliarden, die durch Anleihen gedeckt werden sollen“ (TG, 23.11.1938). Aber damals hatte er die Finanzprobleme noch als weniger bedeutsam abgetan: „Aber was heißt hier Geld: Arbeit, Ansehen, Macht und Freiheit, das ist die Hauptsache. Und das haben wir“ (TG, 23.11.1938). Wenige Wochen später scheint auch Goebbels erkannt zu haben, daß die bisherige Rüstungspolitik nicht ohne weiteres fortgesetzt werden konnte: „Die Finanzlage des Reiches ist katastrophal. Wir müssen nach neuen Wegen suchen. So geht es nicht mehr. Sonst stehen wir vor der Inflation“ (TG, 13.12.1938). Allerdings stellte Goebbels im Tagebuch keinen Bezug zur Expansionspolitik her, die auch der Deckung des Defizits dienen sollte. Anfang März 1939 erwähnte Goebbels die Einführung neuer „Steuergesetze“ im Tagebuch, die er „angesichts unseres rasenden Defizits“ für notwendig hielt (TG, 2.3.1939). Es ist nicht erkennbar, daß

[273] Vgl. PA/AA, Prag 48.

Goebbels die finanzielle Situation mit Hitler besprochen hat. Er vertraute auch zu Beginn des Jahres 1939 unbeirrbar seinem „Führer", der in dieser Phase besonders „menschlich" (TG, 8. 1. 1939) zu ihm gewesen sei und Goebbels versprochen habe, ihm in seinen Privatangelegenheiten „zu helfen" (TG, 8. 1. 1939).

Während Goebbels sich um die Jahreswende in eine Depression hineinsteigerte, wurde im Deutschen Reich, in den Sudetengebieten und zunehmend auch in der Tschecho-Slowakei die jüdische Bevölkerung verfolgt, wozu er selbst vor allem durch seine Rede am 9. November 1938 maßgeblich beigetragen hatte. Auch in den eingegliederten sudetendeutschen Gebieten war es am 9./10. November zu wüsten antijüdischen – und auch zu antitschechischen – Ausschreitungen gekommen, was Goebbels bekannt war.[274] Auf seiner Reise nach Reichenberg erfuhr Goebbels vom NSDAP-Kreisleiter von Zittau davon, was Goebbels im Tagebuch mit den zynisch-verharmlosenden Worten wiedergab, „die Juden" hätten „dort auch nichts zu lachen gehabt" (TG, 20. 11. 1938). Doch auch in der formal souveränen Tschecho-Slowakei wurden noch vor Jahresende wesentliche antijüdische Maßnahmen beschlossen. Chvalkovský hatte Ribbentrop bereits am 13. Oktober 1938 zugesagt, Juden aus der Presse und dem Außenministerium baldmöglichst zu entfernen.[275] Immer wieder wurden der tschecho-slowakischen Regierung in den folgenden Wochen Beschwerden über bislang ausgebliebene „Arisierungsmaßnahmen" vorgebracht.[276] Am 23. Dezember 1938 beschloß das Kabinett die Entfernung aller jüdischen Lehrkräfte an deutschen Schulen.[277] Dennoch beschwerte sich Andor Hencke Mitte Januar 1939 bei Hubert Masařík, dem Kanzleichef des tschecho-slowakischen Außenministeriums, über die noch vorhandenen jüdischen Lehrer. Er beanstandete, daß Prag „in der Judenfrage […] erstaunlich langsam" vorgehe. Masařík verwies auf die bereits getroffenen Maßnahmen und brachte in Anwesenheit Henckes sogleich die Anzahl der zwangspensionierten jü-

[274] Siehe hierzu Osterloh, Judenverfolgung, S. 205–232; Gebel, „Heim ins Reich!", S. 283 f.; Zimmermann, Die Sudetendeutschen, S. 103 f.

[275] Aufzeichnung Schmidts über Unterredung Ribbentrops mit Chvalkovský, 13. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 55, S. 58 f.

[276] In einer dreiseitigen „Liste der deutschen Beschwerdepunkte" wurde unter „Innenpolitik" folgendes bemängelt: „Arisierungsmaßnahmen, die auf dem Papier beschlossen sind und ganz gut aussehen, werden nur sehr schleppend und unzureichend durchgeführt. Juden haben auf allen Gebieten z. B. Presse, Ärzteschaft, Film, unverhältnismäßigen Einfluß." Unter dem Abschnitt „Kulturelle Beschwerdepunkte" war dies näher spezifiziert: Die Universitätskliniken litten „unter dem Boykott der Krankenkassen, die zum Teil von jüdischen Ärzten beeinflußt" würden. Beklagt wurde auch die „zögernde und lahme Durchführung der Arisierung der deutschen Schulen": „Erforderlich erscheint, Entfernung nichtarischer Lehrer in kürzester Frist praktisch durchzuführen und deutsche Lehrkräfte […] wieder anzustellen". Vgl. anonyme Aufzeichnung, o. D., o. P., PA/AA, Prag 79. Wahrscheinlich handelt es sich hierbei um die Liste, die Ernst Kundt im Dezember 1938 Ministerpräsident Beran übergeben hatte und auf die Hencke in einem Gespräch mit Hubert Masařík verwies; Aufzeichnung Henckes, 17. 1. 1939, PA/AA, Prag 48, Bl. 438665 f.

[277] Schreiben Henckes an das A.A., 24. 12. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 153. Bodensieck, Das Dritte Reich und die Lage der Juden, S. 257, 259, hatte zu Unrecht behauptet, daß nur das tschecho-slowakische Offizierskorps und die deutschen Hochschulen „arisiert" worden seien.

dischen Direktoren und Lehrkräfte telefonisch in Erfahrung.[278] Den Memoiren des damaligen Landwirtschaftsministers, Ladislav Feierabend, zufolge schieden Juden um die Jahreswende 1938/1939 generell aus dem tschecho-slowakischen Staatsdienst aus.[279]

Nach dem zweiten Besuch Chvalkovskýs bei Hitler am 21. Januar 1939, bei dem die „Judenfrage" eines der Hauptthemen des Gesprächs, auf das noch zurückzukommen sein wird, darstellte, ergingen weitere antijüdische Maßnahmen.[280] Hencke berichtete wenige Tage später nach Berlin, ihm sei eine genaue Mitteilung über die im tschecho-slowakischen Kabinett beschlossenen Bestimmungen in der „Judenfrage" in Aussicht gestellt worden.[281] Am 27. Januar 1939 wurden aufgrund des Verfassungs-Ermächtigungsgesetzes vom 15. Dezember 1938[282] zwei Verordnungen gegen Juden und jüdische sowie nichtjüdische Emigranten erlassen. Emigranten waren nun grundsätzlich verpflichtet, die Tschecho-Slowakei zu verlassen.[283] Hatte die Tschechoslowakei bis zum Münchener Abkommen 96 000 Emigranten eingebürgert,[284] um sie vor politischer oder rassischer Verfolgung zu schützen, versuchte sie nun, diese wieder auszubürgern. Die „Regierungsverordnung betreffend die Überprüfung der čecho-slovakischen Staatsbürgerschaft gewisser Personen" richtete sich ebenfalls vor allem gegen jüdische und nichtjüdische Zuwanderer, die bereits eingebürgert waren. Die hiervon betroffenen Personen waren verpflichtet, sich bis zum 30. April 1939 bei dem zuständigen Landesamt zu melden, das die tschecho-slowakische Staatsbürgerschaft bestätigen oder entziehen sollte.[285] Am 10. Februar 1939 meldete Hencke in seinem Lagebericht meh-

[278] Aufzeichnung Henckes über Gespräch mit Masařík, 17. 1. 1939, PA/AA, Prag 48, Bl. 438665 f.

[279] Feierabend, Prag-London, Bd. 1, S. 63.

[280] Modifizierungsbedürftig sind die Darstellungen Bodensiecks, Kabinett Beran, S. 144 f., sowie Das Dritte Reich und die Lage der Juden, S. 249–261.

[281] Schreiben Henckes an das A.A., 27. 1. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 161, S. 179.

[282] Verfassungsgesetz vom 15. 12. 1938, S. d. G. u. V. Nr. 330/1938, Ausgabe 110, ausgegeben am 17. 12. 1938, S. 1087 f.

[283] „Regierungsverordnung vom 27. Jänner 1939, womit die Vorschriften über den Aufenthalt der Ausländer, sofern sie Emigranten sind, ergänzt werden." § 1: „Personen, die a) die čecho-slovakische Staatsbürgerschaft nicht besitzen, b) nicht nachweisen, daß sie nach überprüfbaren Kennzeichen Čechen, Slovaken oder Podkarpatorussen sind, und c) sich im Gebiete der Čecho-Slovakischen Republik aufhalten, um nachteiligen Folgen der Maßnahmen, von denen sie im Falle ihrer Rückkehr auf das Gebiet ihres Heimatstaates oder des Staates ihres früheren Aufenthalts betroffen würden, zu entgehen, – des weiteren nur Emigranten – sind verpflichtet, über Auftrag der Landesbehörde das Gebiet der Čecho-Slovakischen Republik zu verlassen. […]". S. d. G. u. V. Nr. 14/1939, Ausgabe 9, ausgegeben am 2. 2. 1939, S. 27 f.

[284] Zahlenangabe nach Bodensieck, Das Dritte Reich und die Lage der Juden, S. 251, Anm. 13.

[285] Diese Verordnung betraf Personen, die a) „die Staatsbürgerschaft nach dem 1. November 1918 durch Verleihung (Naturalisation) erworben haben", die b) „am 1. Jänner 1938 oder später ihren Wohnsitz in einer nach dem 30. September 1938 an die Nachbarstaaten angeschlossenen Gemeinde hatten", die c) „ihre Staatsbürgerschaft nach dem 1. November 1918 erworben haben oder sie nach dem Wirksamkeitsbeginne dieser Verordnung durch Heirat erwerben werden, wenn ihre Ehe getrennt wurde oder getrennt wird", oder die d) „die Staatsbürgerschaft von den unter lit. a) bis c) angeführten Perso-

rere antijüdische Maßnahmen: Die Entlassung oder Zwangspensionierung aller jüdischen Lehrkräfte an deutschen Schulen zum 1. Februar 1939; die eben erwähnte Verordnung zur Überprüfung der Staatsbürgerschaft, die sich Hencke zufolge „vorwiegend gegen Juden und Emigranten" richtete und der Regierung „die Möglichkeit" gäbe, diese „auszuweisen"; eine weitere Verordnung, „wonach sämtliche Staatsbeamte jüdischer Abstammung aus dem Staatsdienst auszuscheiden" seien (mit Ausnahme der Frontkämpfer) – Chvalkovský habe in seinem Ressort sogleich zahlreiche jüdische Beamte suspendiert; „eine Reinigung von jüdischen Elementen", wie Hencke schrieb, in der Ärzte- und Anwaltschaft, sowie die Verweigerung künftiger Approbationen jüdischer Ärzte und ein Beschäftigungsverbot jüdischer Ärzte bei Krankenkassen.[286] Goebbels allerdings verzeichnete keine dieser antijüdischen Maßnahmen in seinem Tagebuch. Wahrscheinlich waren für ihn die Juden in der Tschecho-Slowakei zu dieser Zeit irrelevant; erst im Zusammenhang mit der Besetzung Böhmens und Mährens kam er im Tagebuch wieder auf sie zu sprechen.

Am 21. Januar 1939 war der tschecho-slowakische Außenminister Chvalkovský zum zweiten Mal bei Hitler zum Gespräch, nachdem er seit dem Wiener Schiedsspruch wochenlang versucht hatte, Ribbentrop zu sprechen.[287] Chvalkovský bemühte sich in dieser Unterredung, Hitler das Entgegenkommen Prags zu signalisieren, fragte nach den Wünschen des „Führers" in bezug auf sein Land und gestand ein, daß noch „manches in der Tschechoslowakei zu Kritik Anlaß" gebe.[288] Hitler erklärte dem Protokoll zufolge, die Tschechoslowakei habe auf eine „Katastrophe" zugesteuert, und diese sei nur „durch das Maßhalten Deutschlands" aufgehalten worden, da es nationalsozialistischen Prinzipien widerspräche, „fremdes Volkstum zu annektieren". Der tschechoslowakische Staat, betonte Hitler nochmals, sei „durch die nationalsozialistischen Tendenzen gerettet worden".[289] Anschließend begann Hitler mit langen Vorhaltungen, so sei beispielsweise „noch keine gründliche Säuberung der Vertreter der Benesch-Tendenzen" erfolgt. Man bräuchte in Prag nicht auf ein Wunder hoffen, denn er, Hitler, würde „in der ersten Sekunde zugreifen", sollte er eine Gefährdung ausmachen. Es gebe für die Tschecho-Slowakei „nur eine Lösung", und das sei „das engste Zusammenleben mit Deutschland", und zwar „materiell, räumlich, wirtschaftlich usw." Im Anschluß daran warf Hitler der Tschecho-Slowakei vor, daß deren Armee noch immer zu groß sei, und fügte hinzu, 10 000 oder 20 000 Mann hielte er für ausreichend. Und wieder erklärte Hitler, wie schon am 14. Oktober 1938, die anderen Mächte hätten im Herbst 1938, wenn es nicht zur friedlichen Lösung gekommen

nen herleiten". Die Staatsbürgerschaft all dieser hierunter fallenden Personen unterlag nach dieser Verordnung „der Überprüfung". Regierungsverordnung vom 27. 1. 1939 betreffend die Überprüfung der čecho-slovakischen Staatsbürgerschaft gewisser Personen; S. d. G. u. V. Nr. 15/1939, Ausgabe 9, ausgegeben am 2. 2. 1939, S. 28 f.

286 Lagebericht Henckes für das A.A., 10. 2. 1939, PA/AA, Prag 48, Bl. 438671–676, hier Bl. 438674.

287 Vgl. ADAP, D 4, Dok. 107, 148, 159.

288 Aufzeichnung Hewels über Gespräch Hitlers mit Chvalkovský am 21. 1. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 158, S. 167–171, hier S. 167.

289 Ebenda, S. 167 f.

wäre, höchstens einen „Protestschritt“ unternommen, der ihn jedoch nicht aufgehalten hätte. Auch jetzt sei er überzeugt, „daß keine Macht der Welt zur Rettung der Tschechoslowakei auch nur einen Soldaten schicken würde“. Daran anknüpfend wies Hitler wiederum auf die militärische Potenz des Deutschen Reiches und auf seine angebliche „Unangreifbarkeit“ hin. Hitler drohte wiederholt mit der „Vernichtung der Tschechoslowakei“ und verlangte, daß sie sich „in den deutschen Wirtschaftskreis einfüge“; in diesem Fall würde sie „partizipieren“.

Sodann kamen Hitler und der tschecho-slowakische Außenminister auf die „Judenfrage“ zu sprechen. Dem Protokoll zufolge erklärte Hitler: „Die Juden würden bei uns vernichtet. Den 9. November 1918 hätten die Juden nicht umsonst gemacht, dieser Tag würde gerächt werden“.[290] Diese Aussage Hitlers ist überraschend, da er hier offenbar die Vernichtung der Juden nicht von bestimmten Voraussetzungen abhängig machte, wie bei seiner berüchtigten Reichstagsrede eine Woche später.[291] Chvalkovský gab Hitler zu verstehen, es fehlte an ausgebildeten Kräften, „um die Juden zu ersetzen, die man hinauswerfen wollte“. Nach der Lösung der kommunistischen Frage würde die Tschecho-Slowakei nun aber „daran gehen, die Judenfrage zu lösen“, allerdings dauere das eine gewisse Zeit. Chvalkovský beklagte sich in diesem Zusammenhang über die Engländer, die beispielsweise die Aufnahme von 2000 Juden in Australien oder Neuseeland in Aussicht gestellt hätten. Doch noch immer seien „diese 2000 Juden in einem Konzentrationslager, und die Engländer machten keine Anstalten, sie wegzunehmen“. Er frage sich, sagte Chvalkovský zu Hitler, „über welche Grenzen er die Juden schicken solle“, denn weder das Deutsche Reich noch Polen oder Ungarn seien bereit, sie einreisen zu lassen. Erst kürzlich seien Juden an „der ungarischen Grenze […] vom Militär zurückgetrieben worden“. Chvalkovský verwies auch auf den „Boykott der Tschechoslowakei“ in Großbritannien, Frankreich und den USA und bat daher um Verständnis, daß „man in der Tschechoslowakei die Judenaktionen verlangsamen“ müsse, zumal kein Staat die Juden aufnehme. Hitler äußerte daraufhin die Möglichkeit, die Juden irgendwohin zu deportieren und dann die angelsächsischen Staaten aufzufordern, sie zu unterstützen, andernfalls würden die Juden dort „verhungern“.[292] Chvalkovský scheint daraufhin das Thema gewechselt zu haben, er sprach nun von Schwierigkeiten bei der Pressezensur. Abschließend bat Chvalkovský Hitler, „von Zeit zu Zeit ein gutes Wort an das tschechische Volk“ zu richten, was „Wunder“ bewirken würde. Daraufhin beendete Hitler das Gespräch, „indem er dem Wunsche auf eine gute Zukunft Ausdruck“ gab.[293]

[290] Ebenda, S. 170.

[291] In der Reichstagsrede am 30. 1. 1939 erklärte Hitler folgende „Prophezeiung“: „Wenn es dem internationalen Finanzjudentum inner- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa!“ Hitler-Rede, 30. 1. 1939, in: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 460, S. 16.

[292] Aufzeichnung Hewels über Gespräch Hitlers mit Chvalkovský am 21. 1. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 158, S. 171.

[293] Ebenda.

Goebbels war im Gegensatz zu Ribbentrop bei dieser Unterredung nicht dabei und wußte vorab wohl auch nichts vom Besuch Chvalkovskýs. Aber er erfuhr von Hitler am nächsten Tag, daß der tschecho-slowakische Außenminister bei ihm war, worüber Goebbels folgendes in sein Tagebuch schrieb: „Der Führer erzählt mir dabei von seiner Unterredung mit dem tschechischen Außenminister Chvalkowski [!]. Der war nur noch Devotion. Der Führer hat ihm nochmal das ganze tschechische Sündenregister vorgehalten. Die Tschechen werden wieder reichlich frech. Man muß ihnen rechtzeitig auf die Finger klopfen. Chvalkowski [!] hat Besserung versprochen. Aber man kann ihm ja nicht glauben" (TG, 23.1.1939). Goebbels überliefert hier eindeutig die Ansicht Hitlers, der versuchte, Goebbels' Zweifel an der Glaubwürdigkeit der tschecho-slowakischen Regierung zu verstärken, um dessen Haltung gegenüber einer späteren militärischen Offensive zu beeinflussen.

Bemerkenswert ist zudem, daß Goebbels das Thema Juden, das bei der Unterredung Hitlers mit Chvalkovský ausgiebig erörtert worden war, in diesem Zusammenhang nicht erwähnte. Doch läßt sich hierbei nicht entscheiden, ob dies an einer bewußten Desinformation Hitlers oder an mangelndem Interesse Goebbels' lag. Auch das der Unterredung mit Hitler vorausgegangene Gespräch Ribbentrops mit Chvalkovský hielt Goebbels im Tagebuch nicht fest.[294] Staatssekretär Weizsäcker informierte die diplomatischen Vertreter des Reiches in einem Rundtelegramm über den Besuch Chvalkovskýs dahingehend, daß in Berlin versucht worden sei, diesem „klarzumachen, daß die gegenwärtige politische Struktur in der Tschecho-Slowakei noch keine Garantien bietet, um zu weitergehenden freundschaftlichen Abmachungen zu schreiten". Chvalkovský sei ferner darauf hingewiesen worden, daß eine Erstarkung antideutscher Tendenzen „für sein Land auf die Dauer die bedenklichsten Folgen haben könnte".[295]

Das tschecho-slowakische Außenministerium gab seinen diplomatischen Vertretern nach dem Berlin-Besuch Chvalkovskýs zu verstehen, daß das NS-Regime „großes Gewicht auf das Recht der deutschen Minorität" lege und „ein strenges Vorgehen gegen die Juden und gegen die Exponenten des früheren Regimes" erwarte. Zudem sei „eine beträchtliche Reduktion der Armee" gefordert und die „Notwendigkeit" der tschecho-slowakischen Neutralität betont worden. Auch habe Berlin die „Konsolidierung" des tschecho-slowakischen Staates zur „Voraussetzung für die Garantie der Grenzen" gemacht.[296] Tatsächlich hatten weder Hitler noch Ribbentrop auch nur im entferntesten eine Garantie der tschecho-slowakischen Grenzen in Aussicht gestellt. Aber dies wagte die tschecho-slowakische Regierung ihren Diplomaten anscheinend nicht mitzuteilen. Schließlich war in Prag erwartet worden, wie Hencke berichtete, daß Chvalkovský „mit bestimmten grundsätzlichen Forderungen des Reiches für eine endgültige vertragliche Rege-

[294] Aufzeichnung Schmidts über Unterredung Ribbentrops mit Chvalkovský, 21.1.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 159, S. 171–177.
[295] Rundtelegramm Weizsäckers, 31.1.1939, PA/AA, Prag 48, o. P.
[296] Zirkulardepesche von Ivan Krno, stellvertretender tschecho-slowakischer Außenminister, 24.1.1939, in: Král, Abkommen, Dok. 290.

lung der deutsch-tschecho-slowakischen Beziehungen zurückkehren würde".[297] Man sei, meldete Hencke weiter, „auf große Opfer gefaßt" gewesen, die von der Tschecho-Slowakei „auf außenpolitischem, militärpolitischem oder wirtschaftspolitischem Gebiet noch verlangt werden würden", hatte aber zugleich auf eine „Garantie der Grenzen" gehofft und die Anerkennung einer „wenigstens formale[n] staatliche[n] Unabhängigkeit". Nach Chvalkovskýs Gesprächen in Berlin erließ die tschecho-slowakische Regierung eine Reihe von Maßnahmen im Sinne des NS-Regimes, in der Hoffnung, die formale Souveränität der Tschecho-Slowakei erhalten zu können. So wurden, wie Hencke weiter berichtete, das Franco-Regime in Spanien anerkannt, die NSDAP in der Tschecho-Slowakei zugelassen, kritische Zeitungen verboten und die Presse angewiesen, „Deutschland gegenüber unbedingt [eine, d. V.] loyale Haltung einzunehmen". Aus diesem Grund erfolgten auch die antijüdischen Verordnungen und die Entfernung von vermeintlichen Anhängern Edvard Beneš'. Außerdem wurde der Zustand der Wehrbereitschaft zum 28. Februar 1939 aufgehoben, der seit der Mobilmachung am 23. September 1938 bestanden hatte.[298] Dennoch blieb Chvalkovský, wie Hencke vertraulich erfuhr, skeptisch, ob all dies überhaupt noch etwas nützte. Der tschecho-slowakische Außenminister frage sich, schrieb Hencke, „ob die ihm in Berlin erteilte Warnung den zweiten Abschnitt einer Bewährungsfrist einleiten oder den Auftakt für weitere entscheidende Maßnahmen des Reiches gegen sein Land bedeuten soll".[299] Chvalkovský ahnte, was der Tschecho-Slowakei bevorstand. Auch Goebbels wußte darüber Bescheid. Am 31. Januar 1939 erfuhr er es von Hitler beim Mittagstisch. In seinem Tagebuch vermerkte Goebbels: „Er [Hitler, d. V.] will jetzt auf den Berg fahren und über seine nächsten außenpolitischen Maßnahmen nachdenken. Vielleicht kommt wieder die Tschechei daran. Denn dieses Problem ist ja nur zur Hälfte gelöst. Aber er ist sich noch nicht ganz klar darüber. Vielleicht auch die Ukraine[300]" (TG, 1. 2. 1939).

[297] Schreiben Henckes an das A.A., 27. 1. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 161, S. 178.

[298] Regierungskundmachung vom 3. 2. 1939 über die Beendigung des Zustandes der Wehrbereitschaft des Staates, S. d. G. u. V. Nr. 28/1939, Ausgabe 11, ausgegeben am 9. 2. 1939, S. 81. Zur Politik des Kabinetts Beran nach Chvalkovskýs Berlin-Besuch im Januar 1939 siehe Bodensieck, Kabinett Beran, S. 135–169.

[299] Schreiben Henckes an das A.A., 27. 1. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 161, S. 178.

[300] Ab Mitte November 1938 gab es Gespräche zwischen der deutschen und der polnischen Diplomatie und später auch der Regierungen über eine gemeinsame Politik gegenüber der sowjetischen Ukraine, die mittels der Karpatho-Ukraine aus der UdSSR herausgelöst werden sollte. Die politischen Vertreter der Karpatho-Ukraine erbaten im A.A. die deutsche Unterstützung, um die Schaffung der Großukraine vorbereiten zu können. Die Idee einer Großukraine wurde jedoch schon sehr bald wieder fallengelassen, vor allem, da die polnische Regierung nicht bereit war, sich in eine derartig starke Abhängigkeit von Berlin zu begeben und der Rückgliederung Danzigs und dem „Korridor durch den Korridor" zuzustimmen. Vgl. ADAP, D 5, Dok. 119f., 126; Kotowski, „Ukrainisches Piemont"?, S. 86–93; Michalka, Ribbentrop, S. 274; Kley, Hitler, Ribbentrop, S. 208f.

3. Die Beziehungen des NS-Regimes zur Slowakei und zur Karpatho-Ukraine

Der Slowakei brachten die Nationalsozialisten in den ersten Jahren ihrer Herrschaft kein großes Interesse entgegen. Auch Goebbels erwähnte die Slowaken von Januar 1933 bis Anfang 1938 kein einziges Mal in seinem Tagebuch. Tatjana Tönsmeyer konstatierte sogar eine generelle „Nicht-Wahrnehmung der Slowaken" durch das NS-Regime bis 1938.[301] Ursache hierfür waren die mangelnde politische Bedeutung der Slowakei, gegenüber deren Territorium das NS-Regime keine revisionistischen Ziele verfolgte, die agrarische Struktur des Staates sowie die geringe Anzahl an dort ansässigen „Volksdeutschen".[302] Erst nach dem „Anschluß" Österreichs, als sich der Plan der Desintegration der Tschechoslowakei bei Hitler immer stärker konkretisierte, rückte auch das slowakische Gebiet allmählich in seinen Betrachtungshorizont. Damals, im März 1938, war es für Hitler, genau wie Ende 1937 beim ungarischen Staatsbesuch in Berlin,[303] selbstverständlich, daß die Slowakei bei der Vernichtung des tschechoslowakischen Staates wieder, wie vor dem Vertrag von Trianon, zu Ungarn kommen würde, zumindest größtenteils. Eine Woche nach der Annexion Österreichs hatte Hitler Goebbels mitgeteilt, die Tschechoslowakei „mit den Polen und Ungarn" teilen zu wollen (TG, 20. 3. 1938). Noch im August und in der ersten Septemberhälfte 1938 war Hitler, wie gezeigt wurde, bereit, die Slowakei Ungarn zu überlassen – oder notfalls auch Polen, falls Warschau der ungarischen Regierung zuvorgekommen wäre. Darauf deutet nicht zuletzt die Reihenfolge von Hitlers Gesprächen am 20. September 1938 auf dem Obersalzberg hin, als er Ungarn und Polen für einen gemeinsamen Feldzug gegen die Tschechoslowakei gewinnen wollte: Zuerst hatte er die ungarischen Regierungsmitglieder Béla Imrédy und Kálmán Kánya empfangen, danach Józef Lipski, den polnischen Botschafter in Berlin.[304] Erst am Tag darauf, als die Vertreter dieser beiden Staaten in Hitlers Augen nicht deutlich genug ihr sofortiges militärisches Eingreifen auf Seiten des NS-Regimes kundgetan hatten, zog Hitler Goebbels zufolge erstmals „eine weitgehende Autonomie" (TG, 22. 9. 1938) der Slowakei in Erwägung. Diese Darstellung im Tagebuch Goebbels' läßt sich durch eine Aussage Hitlers vom Februar 1939 verifizieren, als er gegenüber dem Slowaken Vojtěch Tuka erklärte, ihm sei „erst bei seinem Gespräch mit Imredy im September […] zu Bewußtsein gekommen, daß die Slowakei gar nicht zu Ungarn wollte" – womit Hitler meinte, daß er erst am 21. September 1938 in Erwägung gezogen

[301] Tönsmeyer, Das Dritte Reich und die Slowakei, S. 40.
[302] Ebenda, S. 37.
[303] Vgl. ADAP, D 5, Dok. 149; Ádám, The Munich Crisis, S. 86; Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 51, 69.
[304] Aufzeichnung E. Kordts, A.A., über Telefonat mit Legationsrat Brücklmeier über Besprechung Hitlers mit Imrédy und Kánya, 21. 9. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 554. Siehe auch Telegramm Woermanns an die deutsche Botschaft Rom und die deutsche Gesandtschaft Budapest, 21. 9. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 555; Bericht Lipskis an Außenminister Beck, 20. 9. 1938, in: DM, Bd. 1, Nr. 23, S. 186–197 (auch in: Jędrzejewicz, Lipski, Doc. 99, S. 408–412).

hatte, die Slowakei nicht Ungarn auszuliefern, sondern sie zum Vasallen des Deutschen Reiches zu machen.[305]

Diese Idee einer weitgehend autonomen Slowakei verfestigte sich bei Hitler zusehends, vor allem seit ihm von verschiedenen Seiten, beispielsweise auch vom bulgarischen König Boris, erklärt wurde, „daß die Slowaken gar nicht zu Ungarn wollen" (TG, 26.9.1938). Boris habe Hitler mitgeteilt, wie Goebbels überliefert, daß die Slowaken „lieber noch" zum Deutschen Reich gehören wollten als zu Ungarn. Wieder äußerte Hitler gegenüber Goebbels, daß er den Slowaken „eine sehr weitgehende Autonomie geben" würde, weil er ihr Territorium „nur aus strategischen Gründen" haben wollte (TG, 26.9.1938). Neben der antiungarischen Haltung der Slowaken und der Hitler zu gering erscheinenden ungarischen Aktivität bestärkten noch einige weitere Entwicklungen Hitler in seiner Idee einer slowakischen Autonomie: Am 29. September 1938, wenige Stunden vor Unterzeichnung des Münchener Abkommens, wandte sich ein Vertreter der Slowakischen Volkspartei an Hitler und bat ihn, das Deutsche Reich und Italien mögen Truppen in die Slowakei entsenden, die die Abhaltung eines Plebiszits sichern sollten, in welchem sich das slowakische Volk von Prag lossagen würde.[306] Vor allem aber die mangelnde Bereitschaft der ungarischen Regierung in den ersten Oktobertagen 1938, der Empfehlung Hitlers zu folgen und sofort eine militärische Operation gegen die Slowakei zu beginnen,[307] trug zur Präferenz einer autonomen Slowakei bei Hitler bei. Zwar hatte Weizsäcker dem italienischen Botschafter Bernardo Attolico am Tag nach Matúš Černáks Autonomie-Forderung vom 3. Oktober 1938 mitgeteilt, die deutsche Haltung „hinsichtlich der Slowakei sei noch keine absolut festgelegte", dennoch wünsche die deutsche Regierung nicht, wie der Staatssekretär weiter berichtete, „die Slowakei den Ungarn […] zuzuschieben".[308] Vielmehr verteidigte Weizsäcker kurz darauf gegenüber dem protestierenden ungarischen Gesandten die deutsche Besetzung der slowakischen Gemeinden Engerau (Petržalka) und Theben (Devín) infolge des Münchener Abkommens.[309] Als auch das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) sich gegen eine ungarische oder polnische Annexion der Slowakei aussprach und sich für ein Verbleiben der Slowakei bei der tschechoslowakischen Republik einsetzte,[310] und am 6. Oktober die slowakische Autonomieerklärung in Sillein (Žilina) erfolgte, dürfte bei Hitler endgültig die Entscheidung zugunsten einer autonomen Slowakei gefallen sein. Denn nur zwei Tage später hielt Hitler eine „Unterstützung der Silleiner Beschlüsse" für „zweckmäßig". Auch in der Frage des Status' der Karpatho-Ukraine war Hitler

[305] Aufzeichnung Hewels über Gespräch Hitlers mit Tuka und Franz Karmasin (Führer der Karpathendeutschen Partei, später Deutschen Partei), 12.2.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 168, S. 183.

[306] Telegramm des Sekretärs der Slowakischen Volkspartei, Imro Mocik, an Hitler, 29.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 665, Anlage 1. Bereits am 22.9.1938 hatte Franz Jehlička Hitler um „Befreiung vom tschechischen Joch" gebeten; vgl. Schvarc/Holák/Schriffl, „Tretia ríša", Dok. 3, S. 9.

[307] Telegramm Sztójays an Kánya, 1.10.1938, in: DIMK, Vol. II, Dok. 439.

[308] Aufzeichnung Weizsäckers, 4.10.1938, in: ADAP, D 4, Dok. 26.

[309] Aufzeichnung Weizsäckers, 6.10.1938, in: ADAP, D 4, Dok. 42.

[310] Schreiben des OKW an das A.A., 6.10.1938, in: ADAP, D 4, Dok. 39.

nun eine Autonomie am „sympathischsten", wenngleich er hierbei eine Zurückhaltung der Diplomatie wünschte.[311]

Anläßlich eines Besuchs bei Göring am 12. Oktober in Karinhall erklärten Vertreter der slowakischen Regierung, Ferdinand Ďurčanský und Šaňo Mach, sie wollten die „volle Selbständigkeit unter stärkster politischer, wirtschaftlicher, militärischer Anlehnung an Deutschland", aber „nie zu Ungarn". Außerdem hätten sie bereits die kommunistische Partei in der Slowakei verboten und wollten nun das „Judenproblem" lösen.[312] Göring vertrat daher die Auffassung, daß die „Bestrebungen der Slowaken auf Selbständigkeit" zu „unterstützen" seien, vor allem, weil eine „Tschechei ohne Slowakei" dem NS-Regime „noch mehr restlos ausgeliefert" wäre.[313] Und auch Hitler war nun nicht mehr geneigt, die Slowakei der ungarischen Regierung ohne Gegenleistung auszuliefern, weshalb er Daránÿi am 14. Oktober von einem militärischen Vorgehen gegen die Slowakei abriet.[314] Eine ähnliche Haltung nahm man in Berlin nun auch gegenüber der Karpatho-Ukraine ein, deren Autonomiebewegung fortan ebenfalls unterstützt werden sollte.[315] Daher untersagte das NS-Regime Budapest im November 1938 wie auch im Februar 1939 und Anfang März 1939 eine militärische Okkupation dieser Region.[316] Hitler hatte also entschieden, daß eine von Prag unabhängige, autonome Slowakei und eventuell eine selbständige Karpatho-Ukraine, die vom Auswärtigen Amt als „lebensfähig" eingeschätzt wurde,[317] vom NS-Regime angestrebt werden sollten.[318]

Der exakte Zeitpunkt dieser Entscheidung Hitlers, die Slowakei möglichst als Vasallenstaat unter nationalsozialistischen „Schutz", das heißt Vorherrschaft, zu stellen und die böhmischen und mährischen Gebiete dem Großdeutschen Reich einzugliedern, wird in der Forschung in der Regel – gestützt auf eine zweifelhafte Aussage Hermann Görings vor dem Nürnberger Gerichtshof – auf das Frühjahr 1939 datiert.[319] Doch die hier zitierten Quellen legen die Annahme nahe, daß die-

311 Aufzeichnung E. Kordts über Telefonat mit Hewel, 8. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 46.

312 Anonyme Aufzeichnung aus dem A.A., [12. 10. 1938], in: ADAP, D 4, Dok. 68. Vgl. auch ADAP, D 4, Dok. 69, und Ďurčanský, Mit Tiso, S. 2. Zum Antisemitismus der Slowakischen Volkspartei bis März 1939 siehe Hoensch, Die Slowakei, S. 136f.; Bodensieck, Das Dritte Reich und die Lage der Juden, S. 252–254, 256f.

313 Anonyme Aufzeichnung aus dem A.A., [12. 10. 1938], in: ADAP, D 4, Dok. 68.

314 Aufzeichnung Hewels über Gespräch Hitlers mit Daránÿi am 14. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 62, S. 69, 71.

315 Schreiben Woermanns an den deutschen Konsul in Preßburg, Ernst von Druffel, 17. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 69.

316 Vgl. ADAP, D 4, Dok. 122, 128f., 131f., 134, 139, 165, 167, 179, 205; ADAP, D 5, Dok. 104, 252, 272, 305; Ádám u. a., Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, Dok. 52; Kotowski, „Ukrainisches Piemont"?, S. 92f.; Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 240–257.

317 Telegramm Henckes an das A.A., 28. 11. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 140.

318 Am 16. 1. 1939 stellte Hitler gegenüber dem neuen ungarischen Außenminister Istvan Csáky indirekt nur noch einen territorialen Gewinn „östlich der Karpathen" in Aussicht, also jenseits der slowakischen Karpathen, d. h. die Karpatho-Ukraine. Aufzeichnung Hewels über Gespräch Hitlers mit Csáky, 16. 1. 1939, in: ADAP, D 5, Dok. 272, S. 302.

319 Aussage Görings, 14. 3. 1946, in: IMG 9, S. 339f. Vgl. beispielsweise Hoensch, Die Slowakei, S. 224; Tönsmeyer, Das Dritte Reich und die Slowakei, S. 50f.

se grundsätzliche Entscheidung – oder zumindest eindeutige Präferenz hierfür – noch im Oktober 1938 fiel.

Trotz grundsätzlicher Befürwortung einer autonomen Slowakei wollte sich Hitler andererseits in dieser Frage nicht eindeutig festlegen lassen, schließlich wäre sie unter Umständen noch als „Handelsobjekt" zwischen dem Reich, Polen und Ungarn zu benutzen gewesen.[320] Göring wurden einstweilen weitere Gespräche mit den Slowaken untersagt.[321] Hitler selbst gab dem Funktionär des mittlerweile übermächtigen radikalen Flügels der Slowakischen Volkspartei,[322] Vojtěch Tuka, der das Deutsche Reich um politische Unterstützung beim slowakischen Unabhängigkeitsprozeß bat,[323] am 12. Februar 1939 zu verstehen: „Hätten die Slowaken sich damals in der Krise[324] für unabhängig erklärt", so hätte das Reich „ihre Grenzen sofort garantiert".[325] Da jedoch die Slowakei noch immer zu Prag gehöre, sei dies nicht möglich. Sollte das NS-Regime die Tschecho-Slowakei zerschlagen – Hitler nannte das wiederum die „große Lösung" –, sei damit zu rechnen, daß sich „Polen und Ungarn bestimmt" einschalten würden. In diesem Fall sei naturgemäß „auch die Slowakei bedroht". Hitler verwies in diesem Zusammenhang auf das deutsche Sprichwort „mitgefangen, mitgehangen" und machte deutlich, in diesem Fall „sähe er schwarz" für die Tschecho-Slowakei und „auch für die Slowakei". Hitler hielt sich also, so erstrebenswert ihm ein slowakischer Vasallenstaat war, noch immer die Option offen, gemeinsam mit der ungarischen oder polnischen Regierung die Tschecho-Slowakei auf militärischem Wege zu vernichten und anschließend aufzuteilen. Doch neben dieser militärischen Raubzugskonzeption vom März 1938 besaß er nun zusätzlich die von ihm favorisierte Alternative der Desintegration des tschecho-slowakischen Staates mit Hilfe der slowakischen Autonomiebestrebung. Daher ermunterte er Tuka und Karmasin zu einer vollständigen Loslösung von Prag, wie das Gesprächsprotokoll belegt: „Eine selbständige Slowakei könne er jederzeit garantieren, auch heute noch", erklärte Hitler. Am Ende dieser Unterredung betonte er noch einmal, „daß es für ihn eine Beruhigung sei, wenn er wüßte, daß die Slowakei selbständig wäre".[326] Hitler sah also schon lange vor den entscheidenden Ereignissen Anfang März 1939 die Instrumentali-

[320] Vermerk über Mitteilungen Hitlers an Brauchitsch betr. Hitlers politische und militärische Pläne vom 25. 3. 1939, in: IMG 38, Dok. 100-R, S. 275.
[321] Aufzeichnung des Legationsrates Brücklmeier, 17. 11. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 120.
[322] Zum Aufstieg des radikalen Flügels der SVP siehe Hoensch, Die Slowakei, S. 126–147.
[323] Tuka hatte dem Protokoll der Unterredung zufolge gesagt, die „Slowaken wollten unter der Führung des Führers mit zur Erhaltung der europäischen Zivilisation kämpfen", ihnen sei „ein weiteres Zusammenleben mit den Tschechen […] unmöglich geworden", daher wollten sie „eine unabhängige Slowakei schaffen". Anschließend erklärte Tuka: „Ich lege das Schicksal meines Volkes in Ihre Hände, mein Führer, mein Volk erwartet seine volle Befreiung von Ihnen." Aufzeichnung Hewels über Unterredung Hitlers mit Tuka und Karmasin, 12. 2. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 168, S. 183.
[324] Gemeint ist der Höhepunkt der Sudetenkrise September 1938. Vgl. auch Hoensch, Die Slowakei, S. 227.
[325] Aufzeichnung Hewels über Unterredung Hitlers mit Tuka und Karmasin, 12. 2. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 168, S. 184.
[326] Ebenda, S. 185.

sierung der Slowakei zur vollständigen Zerschlagung der Tschecho-Slowakei als Ideallösung und war deswegen zur Garantie des neuen Staates bereit.

Goebbels wurde von Hitler über dieses Gespräch offenbar nicht informiert, da er es mit keinem Wort im Tagebuch erwähnte, obgleich er ihn an diesem wie am folgenden Tag getroffen hatte (TG, 12., 13. 2. 1939). Anscheinend sollte Goebbels in dieser Zeit mit außenpolitischen Angelegenheiten nicht befaßt werden. Daher erscheint es äußerst wahrscheinlich, daß Goebbels auch von den Sondermissionen, die beispielsweise der Sicherheitsdienst der SS, die Volksdeutsche Mittelstelle, Hitlers Wirtschaftsbeauftragter Wilhelm Keppler, der österreichische Reichsstatthalter Seyß-Inquart oder der Gauleiter der „Ostmark" Josef Bürckel in der Slowakei und der Karpatho-Ukraine unternahmen, keine oder zumindest keine detaillierte Kenntnis hatte.[327] In seinem Tagebuch erwähnte Goebbels weder nationalsozialistische konspirative Tätigkeiten in der Slowakei oder der Karpatho-Ukraine noch die von deutscher Seite geförderten Unabhängigkeitsbestrebungen in den beiden östlichen tschecho-slowakischen Teilstaaten. Auch über die Verhandlungen des slowakischen Kabinetts mit der Prager Zentralregierung in der Autonomiefrage zwischen 1. und 9. März 1939, die mit der Absetzung des slowakischen Regierungschefs Tiso endeten, vermerkte Goebbels nichts.[328] Er war ab 6. März eigenen Angaben zufolge durch eine schmerzhafte „Nierenkolik" schwer beeinträchtigt und offensichtlich zum Tagebuchschreiben nicht in der Lage (TG, 10. 3. 1939).

4. Die Reaktion des NS-Regimes auf die Absetzung der slowakischen Regierung unter Jozef Tiso und die Entscheidung zum Einmarsch der Wehrmacht

Mit den Worten, „meine Krankheit scheint überwunden zu sein", begann Goebbels seinen Tagebucheintrag über den 10. März 1939, an dem „große Politik" gemacht wurde (TG, 11. 3. 1939). Am Abend zuvor hatte der tschecho-slowakische Staatspräsident Emil Hácha den slowakischen Ministerpräsidenten Jozef Tiso sowie drei weitere slowakische Minister abgesetzt, nachdem sich diese in den Verhandlungen mit Prag geweigert hatten, künftig auf eine Erklärung der völligen Unabhängigkeit der Slowakei zu verzichten. Zudem wurde ihnen zum Vorwurf gemacht, daß sie die separatistische Propaganda nicht unterbunden hätten, die den Bestand des tschecho-slowakischen Staates zu gefährden drohte.[329] Goebbels wurde am gleichen Tag um 12.00 Uhr zu Hitler gerufen, mit dem er seit Mitte Ja-

[327] Siehe zum SD in der Slowakei: ADAP, D 4, Dok. 141; Hoensch, Die Slowakei, S. 224f.; Schriffl, Die Rolle Wiens, S. 159–179; zur Tätigkeit von Keppler/Veesenmayer in der Slowakei vgl. Matić, Veesenmayer, S. 61–71; zu den Aktivitäten Seyß-Inquarts und Bürckels vgl. Schriffl, Die Rolle Wiens, S. 39–157; zur Tätigkeit der NS-Geheim- und Nachrichtendienste in der Karpatho-Ukraine vgl. ADAP, D 4, Dok. 109; Kotowski, „Ukrainisches Piemont"?, S. 83, 88.

[328] Vgl. ADAP, D 4, Dok. 180, 182–184, 186, sowie Hoensch, Die Slowakei, v. a. S. 240–262.

[329] Vgl. ADAP, D 4, Dok. 186; Král, Abkommen, Dok. 307; Hoensch, Die Slowakei, S. 254–262; Procházka, Second Republic, S. 120–122.

nuar 1939 wieder regelmäßig, meist mittags, zusammentraf. Als Goebbels ankam, war Hitler „schon ganz in Aktion" und schilderte ihm die Lage, die Goebbels folgendermaßen wiedergibt: „Prag ist gegen die Slowaken vorgegangen und hat die Regierung Tiso, die einen autonomen Staat unter unserer Patronanz schaffen wollte, verhaften lassen.[330] Das ist ein Sprungbrett. Jetzt kann man die Frage, die wir im Oktober nur halb lösen konnten, ganz lösen" (TG, 11.3.1939). Tiso war zwar nicht verhaftet worden, wie Goebbels glaubte – und die nationalsozialistische Propaganda bald verbreitete –, aber er wurde unter Hausarrest gestellt, als Priester in einem Jesuitenkloster. Inhaftiert wurden die Anführer des radikalen Flügels der Slowakischen Volkspartei, Vojtěch Tuka, Šaňo Mach und Matúš Černák; der stellvertretende Ministerpräsident Ferdinand Ďurčanský konnte sich über Engerau nach Wien absetzen. Zudem waren in der Slowakei der Ausnahmezustand verhängt und zentrale Gebäude von tschecho-slowakischen Truppen besetzt worden.[331]

Hitler hatte also, das belegt diese Passage aus Goebbels' Tagebuch, sofort erkannt, daß sich hier die Möglichkeit bot, als Verfechter der slowakischen Rechte auftreten und somit den tschecho-slowakischen Staat sprengen zu können. Was lange Zeit in der Forschung vermutet wurde, daß die Absetzung Tisos Hitlers Entschluß zum Vorgehen gegen Prag zur unmittelbaren Folge hatte, ist durch die Tagebücher von Goebbels nun erwiesen.[332] Für die Überlegungen Hitlers am 10. März 1939 stellen die Aufzeichnungen Goebbels' die einzige Quelle dar. Kurz nach Goebbels trafen auch Ribbentrop und Keitel in der Reichskanzlei ein, um Hitler bei seiner Entscheidung zu beraten. Dies war bislang ebenfalls nicht bekannt.[333] Bereits am Mittag des 10. März 1939 faßte Hitler Goebbels zufolge – in Anwesenheit Ribbentrops[334] und Keitels – den folgenden „Beschluß: am Mittwoch, den 15. März wird einmarschiert und das ganze tschechoslowakische Zwittergebilde zerschlagen" (TG, 11.3.1939). Diese Festlegung Hitlers am 10. März 1939 auf den Termin am 15. des Monats war in der Forschung lange Zeit nicht eindeutig geklärt. Erst durch die Tagebücher von Goebbels sind die Fragen nach

330 Vgl. NS-PrA, Bd. 7, Nr. 737, 757, beide vom 10.3.1939.

331 Aufzeichnung Altenburgs, 12.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 191; Ďurčanský, Mit Tiso, S. 6; Hoensch, Die Slowakei, S. 261f.

332 Hoensch, Die Slowakei, S. 311, bezeichnete es mangels eindeutigen Belegs noch als „wahrscheinlich", daß „das Eingreifen der Zentralregierung in der Slowakei den Führer veranlaßt" hatte, gegen Prag vorzugehen.

333 Kley, Hitler, Ribbentrop, S. 177f., konnte keine Aktivität Ribbentrops am 10. und 11.3.1939 nachweisen. Procházka, Second Republic, S. 132, nahm an, daß Ribbentrop in den entscheidenden Tagen nicht in Berlin war, weil dem tschecho-slowakischen Gesandten und dem britischen Botschafter in Berlin, die Ribbentrop zu sprechen wünschten, mitgeteilt worden war, dieser sei „in Kiel bei seiner schwerkranken Frau". Vgl. Telegramm Mastnýs an Chvalkovský, 13.3.1939, in: Král, Abkommen, Dok. 314; DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 220. Ribbentrop hatte auch die Gesandtschaft Prag angewiesen, einige Tage für „etwaige Mitteilungen dortiger Regierung nicht erreichbar" zu sein. Telegramm Ribbentrops, 13.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 204.

334 Vor dem IMG hatte Ribbentrop seine Mitwisserschaft bestritten; vgl. Aussage Ribbentrops vom 29.3.1946, in: IMG 10, S. 291.

dem Zeitpunkt der Entscheidung und demjenigen der Terminierung abschließend beantwortet.[335]

Hitler beabsichtigte, wie Goebbels weiter überliefert, daß Böhmen und Mähren besetzt werden sollten, nicht aber die Slowakei und die Karpatho-Ukraine: „Auch Prag muß dann in unseren Besitz kommen. Bis zu den Karpathen muß unsere Grenze gehen" (TG, 11.3.1939). Diese territoriale Zielsetzung hatte Hitler bereits in seiner Weisung vom 21. Oktober 1938 vorgegeben, in der die „rasche Besetzung der Tschechei und die Abriegelung gegen die Slowakei" befohlen worden war.[336] Die Slowakei wollte Hitler dem Dritten Reich möglichst in Form eines vasallenartigen Verhältnisses untertan machen, was er bereits Wochen zuvor entschieden hatte. Die gleichfalls nach voller Autonomie strebende Karpatho-Ukraine sollte den „Lockvogel" für die ungarische Regierung darstellen. Ein ungarischer Eingriff zeitgleich mit dem NS-Regime würde, so hatte Hitler gehofft, die Westmächte in jedem Fall von einer Aktion abhalten.[337] Polen spielte nun in den Überlegungen Hitlers bei der Aufteilung der Tschecho-Slowakei kaum mehr eine Rolle, die polnische Regierung wurde nun auch nicht mehr einbezogen. Ursache hierfür war die deutliche Weigerung Warschaus im Januar 1939, der Revision zweier Bestimmungen des Versailler Vertrages zuzustimmen: die Rückgliederung der unter Völkerbundverwaltung stehenden Stadt Danzig an das Reich und die Gewährung eines exterritorialen „Korridors durch den Korridor" zwischen dem Reichsgebiet und dem hiervon abgetrennten ostpreußischen Gebiet.[338]

Noch in der Reichskanzlei am Mittag des 10. März 1939 legten Goebbels, Hitler und Ribbentrop „alle Einzelheiten fest", wie der Reichspropagandaminister überliefert, denn „darin" hätten sie ja inzwischen „Übung" (TG, 11.3.1939). Der ähnlich vorbereitete „Anschluß" Österreichs lag ein Jahr zurück, die Eingliederung der sudetendeutschen Gebiete erst ein halbes Jahr. Sie alle seien „sehr froh" gewesen, notierte Goebbels, hielten sie doch diese „Partie" für „totsicher [!]" (TG, 11.3.1939). „Der Führer juchzt vor Freude", vermerkte Goebbels im Tagebuch (TG, 11.3.1939). Göring war bei dieser Besprechung wie auch bei den Beratungen

[335] Hoensch, Die Slowakei, S. 310f., konnte aufgrund der damaligen Quellenlage nicht entscheiden, ob dieser Entschluß am 10., 11. oder 12.3.1939 oder vielleicht auch vor dem 10.3. fiel. Procházka, Second Republic, S. 133, und Mastný, Design or Improvisation, S. 141, leiteten aufgrund vorhandener Marschbefehle vom 10.3.1939 das Datum der Entscheidung ab. Röhr, Imperialistische Erpressungspolitik, S. 286, nahm an, daß die Entscheidung wahrscheinlich schon vor dem 8.3. gefallen sei. Er beruft sich allerdings auf eine sehr zweifelhafte Quelle (Eichholtz, Anatomie, Dok. 88), die aus drei Telegrammen des US-Botschafters in Frankreich vom Herbst 1939 rekonstruiert wurde. Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 231, berief sich als erster auf diesen Tagebucheintrag, der seit 1998 bekannt ist. Seitdem hat diese Goebbels-Passage Eingang in zahlreiche Darstellungen gefunden, beispielsweise bei Evans, Das Dritte Reich, Bd. 2/II, S. 826f.; Wright, Germany and the Origins of the Second World War, S. 135.

[336] Weisung Hitlers, 21.10.1938, in: IMG 34, Dok. 136-C, S. 480.

[337] Ein gemeinsames militärisches Vorgehen des NS-Regimes, Ungarns und Polens wäre, so erklärte Hitler gegenüber dem ungarischen Außenminister Csáky, „erfolgversprechend […] unter der Bedingung des absoluten Zusammenspiels" und eines „blitzartig[en]" Vorgehens. Aufzeichnung Hewels über Gespräch Hitlers mit Csáky am 16.1.1939, in: ADAP, D 5, Dok. 272, S. 304.

[338] Vgl. ADAP, D 5, Dok. 81, 101, 119f., 126.

der nächsten Tage nicht dabei, er befand sich zu dieser Zeit auf Urlaub in San Remo. Auch Goebbels' Abteilungsleiter im Propagandaministerium Alfred-Ingemar Berndt und Karl Bömer machten zu dieser Zeit gerade Ferien, doch der Propagandaminister ließ sie sofort zurückrufen (TG, 11.3.1939). Sie trafen am nächsten Tag ein (TG, 12.3.1939). Göring hingegen kehrte erst am Abend des 14. März 1939 nach Berlin zurück, was darauf schließen läßt, daß Hitler der Anwesenheit Görings keine allzu große Bedeutung beigemessen hatte oder ihn möglicherweise auch, um keinen Verdacht aufkommen zu lassen, im Urlaub belassen wollte.[339] Über die Rückkehr Görings hielt Goebbels fest: „Göring ist aus seinem Urlaub zurückgekommen. Er ist ganz Feuer und Aktivität" (TG, 15.3.1939). Diese Tagebuchnotiz ist interessant, da Göring vor dem Nürnberger Gerichtshof erklärt hatte, er habe Hitler von der Riviera aus schriftlich von einem Vorgehen gegen die Tschecho-Slowakei abgeraten und dies auch bei seiner Rückkehr am 14. März 1939 ihm gegenüber mündlich wiederholt.[340] Im Falle einer Warnung, die Hitler übergangen hätte, wäre Göring sicherlich eher besorgt gewesen. Zweifellos wird man das zeitgenössische Tagebuchnotat des Propagandaministers für glaubwürdiger halten müssen als die spätere Verteidigungsargumentation des Angeklagten Göring, die von der Forschung lange mangels anderer Quellen übernommen wurde.[341]

Goebbels übernahm am Nachmittag des 10. März 1939 die Vorbereitung der propagandistischen Mobilmachung. Dazu hatte er zunächst seinen Staatssekretär Karl Hanke und seine „anderen Leute informiert" und sein „Ministerium in Bereitschaft gesetzt" (TG, 11.3.1939). Die Presse sollte „nun langsam vorprellen", der Reichssender Wien verstärkt „slowakische Nachrichten" senden (TG, 11.3. 1939).[342] Der von Goebbels angenommene „Ernstfall" (TG, 11.7., 10.9.1938), für den das fremdsprachige Programm entwickelt worden war, trat nun ein. Goebbels war zufrieden, denn sein „Apparat" war, wie er schrieb, „hervorragend in Schuß. Er gehorcht dem leisesten Druck" (TG, 11.3.1939). Er selbst arbeitete „allein den Schlachtplan" aus und glaubte, die ganze Aktion würde „wieder mal ein Meisterstück der Strategie und Diplomatie" (TG, 11.3.1939). Um in der Presseführung Pannen zu vermeiden, war nun jede einzelne Meldung über die Lage in der Tschecho-Slowakei vorlagepflichtig.[343] Anschließend, am späten Nachmittag, begab

[339] Das Motiv der Beruhigung überliefert Below, Hitlers Adjutant, S. 151.

[340] Aussage Görings vom 14.3.1946, in: IMG 9, S. 339f.

[341] Kube, Pour le mérite, S. 306f., zweifelt zwar die Existenz dieses Schreibens an, nicht aber die angebliche Ablehnung der damaligen Außenpolitik Hitlers durch Göring. Dies führt ihn in Erklärungsnot, wieso Göring letztlich doch an der Erpressung Háchas mitgewirkt hatte. Martens, Göring, S. 169, nahm ebenfalls an, Göring hätte sich, wenn er gekonnt hätte, Hitler „widersetzen" wollen. Dem widerspricht nicht nur die Tagebuchpassage von Goebbels, sondern auch eine weitere Aussage Görings in Nürnberg. Göring hatte erklärt, er sei am 15.3.1939 nicht nach Prag gefahren, weil er „etwas verstimmt" gewesen sei, daß „die Sache" über seinen „Kopf hinweg gemacht worden" sei; Aussage Görings vom 14.3.1946, in: IMG 9, S. 341.

[342] Zu den slowakischen Sendungen siehe Schriffl, Die Rolle Wiens, S. 145–157. Am 13.3. telegraphierte Henderson an Halifax, Radio Wien bringe in kurzen Intervallen antitschechische Propaganda in slowakischer Sprache; vgl. Telegramm Hendersons, 13.3. 1939, in: DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 225.

[343] DNB-Rundruf, 10.3.1939, 18.45 Uhr, in: NS-PrA, Bd. 7, Nr. 756.

sich Goebbels erneut zur Reichskanzlei, um mit Hitler das weitere Vorgehen zu besprechen: „Wir entwerfen eine Meldung, daß die Regierung Tiso sich vor ihrer Verhaftung nochmal in einer Note an die deutsche Reichsregierung gewandt habe. Inhalt kann dann später nach Bedarf nachgereicht werden" (TG, 11.3.1939).[344]

Tatsächlich war es Edmund Veesenmayer, dem Mitarbeiter Kepplers, am Morgen des 10. März zunächst gelungen, Tiso zur Einwilligung zu einem derartigen Hilfsgesuch zu überreden.[345] Wie im Falle Österreichs ein Jahr zuvor beabsichtigte das NS-Regime, den Einmarsch der Wehrmacht als Antwort auf einen angeblichen Hilferuf darzustellen. Es scheint, daß Hitler die Frage der Legitimation zunächst mit Juristen zu regeln versucht hatte, was nicht zu seiner Befriedigung ausgefallen sein dürfte. Denn bei Goebbels beklagte er sich, „daß man mit Juristen keine Geschichte machen kann", dazu bedürfe es „Kopf, Herz und Mut, und alles das fehlt den Juristen" (TG, 11.3.1939). Goebbels schlug Hitler vor, „abends ins Theater des Volkes" zu gehen, „um das Gesicht zu wahren", um also etwaige Gerüchte zu zerstreuen. Hitler folgte dieser Anregung, und Goebbels wohnte am Abend der Jahrestagung der Reichsfilmkammer bei, auf der er eine Rede hielt. Zwischenzeitlich hatte er noch seinen Presse-Mitarbeiter Hans Fritzsche im Hinblick auf die Nachricht von der angeblichen Verhaftung und dem Hilfsgesuch Tisos instruiert: „unsere Meldung schnell herausbringen, noch keinen Krach schlagen, aber Alarmstimmung vorbereiten. Das wird nun geschehen" (TG, 11.3.1939).[346]

Am späten Abend traf Goebbels Hitler ein drittes Mal an diesem Tag. Zusammen gingen sie zur Kameradschaft der deutschen Künstler, auch dies geschah nur, wie Goebbels notierte, um „ein Alibi" zu haben (TG, 11.3.1939). Anschließend berieten sie sich noch bis 4 Uhr morgens, wahrscheinlich allein. Goebbels nannte jedenfalls keine weiteren Teilnehmer an diesem Gespräch. Über die neuesten Entwicklungen hielt Goebbels fest: „Die Slowaken machen schlapp. Tiso will die von uns gewünschte Bitte um Hilfe nicht unterschreiben. Sidor macht auch schlapp. Nur Durcsanski[347] haben wir sicher, weil er in Wien sitzt" (TG, 11.3.1939). Tiso hatte sich inzwischen geweigert, das von Berlin gewünschte Hilfsgesuch abzugeben, um sich nicht gegenüber der tschecho-slowakischen Zentralregierung ins Unrecht zu setzen, und weil er fürchtete, die deutschen Truppen nicht wieder loswerden zu können.[348] Auch Karol Sidor, der kurz vor seiner Ernennung zum neuen slowakischen Ministerpräsidenten stand, lehnte diese Initiative ab und war nicht bereit, sofort die Unabhängigkeit der Slowakei auszurufen. Tisos Stellvertre-

[344] Über die Sonderpressekonferenz am Nachmittag des 10.3. überliefert Sänger: „Die hauptsächlichste Meldung […] ist die folgende von DNB: Note der slowakischen Regierung an das deutsche Reich. Das DNB erfährt auf Erkundigung an zuständiger Stelle, daß die Behauptung von der Absendung einer Note der slowakischen Regierung Tiso an die Reichsregierung zutrifft." In: NS-PrA, Bd. 7, Nr. 757, 10.3.1939.

[345] Telegramm des deutschen Konsuls in Preßburg, Ernst v. Druffel, 10.3.1939, PA/AA, R 29771, Fiche 1192, Bl. 76353; Matić, Veesenmayer, S. 72; Hoensch, Die Slowakei, S. 270.

[346] Vgl. NS-PrA, Bd. 7, Nr. 757, 10.3.1939.

[347] Richtig: Ďurčanský.

[348] Telegramm Druffels, 10.3.1939, PA/AA, R 29771, Fiche 1192, Bl. 76372.

ter Ďurčanský sandte offenbar tatsächlich ein solches Telegramm „in Übereinstimmung mit dem Herrn Ministerpräsidenten Tiso und Sidor" nach Berlin, doch konnte das NS-Regime dieses nicht nutzen, weil Tiso Ďurčanský die Berechtigung hierzu abgesprochen hatte.[349] Dennoch war die Nachricht eines slowakischen Hilfsgesuchs in der deutschen Presse verbreitet worden, was Goebbels auf Anweisung Hitlers schon am Spätnachmittag in die Wege geleitet hatte. Daher fragte der tschecho-slowakische Gesandte Vojtěch Mastný zwei Tage später bei Weizsäcker nach, „wessen Unterschrift der Hilferuf der Slowakischen Regierung an die Deutsche Regierung enthalte, der […] in der deutschen Presse erwähnt worden" sei. Weizsäcker antwortete, er könne sich „der Unterschrift nicht erinner[n]".[350]

Hitler und Goebbels mußten nun in der Nacht zum 11. März zur Kenntnis nehmen, daß in Preßburg „nichts mehr" passierte (TG, 11.3.1939). „Da werden wir nun etwas nachhelfen", notierte Goebbels, nun offenbar darüber informiert, daß in der Slowakei – wie auch in Böhmen, Mähren und der Karpatho-Ukraine – Agenten des SD und anderer nationalsozialistischer Organisationen tätig waren, die zum Teil auch in Kenntnis darüber gesetzt waren, daß der Einmarsch am 15. März stattfinden sollte.[351] „Jedenfalls muß die Aktion steigen. Den Grund werden wir uns noch suchen", war die übereinstimmende Meinung Hitlers und Goebbels' in dieser Nacht. Im Auswärtigen Amt waren offensichtlich schon im Februar 1939 zur Scheinlegitimation eines nationalsozialistischen Griffs nach Prag verschiedene mögliche Anlässe beraten worden.[352] Hitler und Goebbels klagten in dieser Nacht zum 11. März, daß die deutsche „Diplomatie in Prag […] miserabel" arbeite, was sie aber auch „nicht anders" erwartet hätten, wie Goebbels festhielt: „Die Diplomatie ist immer für Ruhe und Ordnung. Wir aber wollen Krach, um etwas zu erben" (TG, 11.3.1939). Allerdings basierte die an diesem Tag geäußerte Kritik auf einem Mißverständnis, so daß Goebbels diese am nächsten Tag relativierte (TG, 12.3.1939).[353] Goebbels gab, nachdem er Hitler verlassen hatte, „noch einige Anweisungen" heraus. Danach war in der Nacht vorläufig „nichts mehr zu machen" (TG, 11.3.1939).

Am folgenden Tag, Samstag, 11. März 1939, stand das NS-Regime vor der Schwierigkeit, sich ein klares Bild über die Lage in der Slowakei zu verschaffen, da die verschiedenen Agenturen und Informanten unterschiedliche Lageeinschätzungen nach Berlin durchgaben.[354] Auch Goebbels beklagte dies mehrfach in seinem Tagebuch: „Die Nachrichten aus Preßburg sind alle einander widersprechend.

[349] Matić, Veesenmayer, S. 72; Hoensch, Die Slowakei, S. 270–272.
[350] Aufzeichnung Weizsäckers, 12.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 192.
[351] Ungläubig telegraphierten Hencke und der deutsche Militärattaché Toussaint, die nicht informiert waren, aus Prag: „Vertreter des S.D. Hauptamts in Prag sprechen vom deutschen Einmarsch am Mittwoch [15.3.1939, d.V.] in Prag"; Telegramm Henckes und Toussaints, 12.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 189.
[352] Vgl. Aufzeichnung Weizsäckers, in: Hill, Weizsäcker-Papiere 1933–1950, S. 150f.
[353] Einem Gerücht zufolge war im slowakischen Rundfunk eine angebliche Zustimmung Henckes zur Absetzung Tisos bekanntgegeben worden. Eine Untersuchung nach Protesten Henckes erwies die Behauptung als Gerücht. Telegramm Henckes, 11.3.1939, PA/AA, R 29771, Fiche 1192, Bl. 76375; Král, Abkommen, Dok. 309; ADAP, D 4, Dok. 204 und Anm. 1, Dok. 206.
[354] Matić, Veesenmayer, S. 65.

Die schlimmste, daß Prag Tiso wieder ernannt habe. Das aber wird gleich wieder dementiert. Man wird nicht mehr ganz schlau daraus. Jedenfalls rollt unsere Aktion programmgemäß weiter" (TG, 12.3.1939). Karol Sidor, der von Hácha mit der Bildung einer neuen slowakischen Regierung beauftragt worden war, hatte zunächst, nach Rücksprache mit dem Parteivorstand der Slowakischen Volkspartei, Tiso wieder als neuen Ministerpräsidenten nominiert. Bei einer Ablehnung Tisos durch Hácha, die als beinahe sicher galt, sollte Sidor selbst das Amt des Regierungschefs übernehmen.[355] Da jedoch Hitlers Entscheidung zum Einmarsch gefallen war, suchte das NS-Regime nach Alternativen, die das Einschreiten der Wehrmacht legitimieren sollten. Am Mittag des 11. März besprach Goebbels die Situation mit Hitler. Beide zogen nun die Möglichkeit ernster Zwischenfälle in Erwägung, eine Methode, die sie schon während der Sudetenkrise als erfolgversprechend betrachtet hatten. Über diese Beratung mit Hitler hielt Goebbels im Tagebuch fest: „Wir sprechen die Lage durch. Alles ist noch ziemlich verworren. Zusammenstöße werden provoziert werden. Sind Deutsche dabei, dann schlagen wir Mordskrach. Sonst vorläufig noch halbe Tour. Am Montag und Dienstag dann Großkanonade. Mittwoch kann's dann losgehen" (TG, 12.3.1939). In aller Deutlichkeit beschrieb Goebbels, daß das NS-Regime versuchte, absichtlich Zwischenfälle herbeizuführen, und nicht, wie es bei einem propagandistisch angelegten Werk zu erwarten wäre, daß die Gegenseite sich Übergriffe hätten zuschulden kommen lassen. Ob diese Zwischenfälle auf slowakischem, karpatho-ukrainischem oder böhmisch-mährischem Territorium erfolgen sollten, notierte Goebbels nicht. Der Schwerpunkt derartiger Aktivitäten – obgleich auch Waffen und SA- und SS-Verbände in die Slowakei transferiert worden waren[356] – lag wahrscheinlich im Raum Böhmen und Mähren, da diese Territorien zu dieser Zeit das eigentliche Ziel des NS-Regimes darstellten. Aus Prag meldete die Gesandtschaft das Bedauern „volksdeutscher" Vertreter über die „überall durchaus legale, ja entgegenkommende Haltung der Tschechen".[357] Der Konsul in der deutschen Sprachinsel Brünn brachte in Erfahrung, daß „die deutschen Demonstrationen, deren organisierter Charakter auch Tschechen aufgefallen" sei, „bis Dienstag fortgesetzt werden" sollten.[358] Der Prager Gaustudentenführer Rudolf Meckel, der offenbar von der Volksdeutschen Mittelstelle beauftragt worden war, Zusammenstöße zu provozieren, ließ nach seiner Rundreise durch die deutsch besiedelten Gebiete am 13. März nach Berlin telegraphieren, es bestünden „sehr große Schwierigkeiten, Tschechen in Stimmung zu bringen", und es seien „größere Gewaltaktionen erforderlich, um ernste Zwischenfälle herbeizuführen".[359]

[355] Noch um 16.30 Uhr am 11.3.1939 hatte das Konsulat Preßburg dem A.A. mitgeteilt, daß Tiso als Ministerpräsident vorgeschlagen worden war. Aufzeichnung Altenburgs, 11.3.1939, PA/AA, R 29771, Fiche 1192, Bl. 76386; Hoensch, Die Slowakei, S. 263f. Vgl. auch NS-PrA, Bd. 7, Nr. 762, 11.3.1939.

[356] Král, Abkommen, Dok. 311, 315; Hoensch, Die Slowakei, S. 277, 284–286.

[357] Telegramm Henckes und Toussaints, 12.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 189.

[358] Telegramm des deutschen Konsuls in Brünn, V.L.R. Wolf, an das A.A., 13.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 195.

[359] Telegramm Henckes mit Mitteilungen Meckels für Vomi, 13.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 197. Auch der britische Gesandte in Prag, Newton, brachte in Erfahrung, daß

Dennoch wurden auch ohne faktische Rechtfertigung, wie schon im September 1938, Greuelmeldungen über die Unterdrückung oder Mißhandlung der deutschen Minderheit vorbereitet und kurz darauf verbreitet.[360] Goebbels hielt hierzu nach der Unterredung mit Hitler, in der die Provokation von Zusammenstößen besprochen worden war, im Tagebuch fest: „Ich gebe dementsprechende Anweisungen an die Presse" (TG, 12. 3. 1939). Wieder, wie während der Sudetenkrise, wurde Alfred-Ingemar Berndt mit der Aufgabe betraut, übertriebene oder erfundene Meldungen zu lancieren, die dem NS-Regime den Anlaß zur militärischen Besetzung, scheinbar zum Schutz der deutschen Minderheit, schaffen sollten. Goebbels verwies im Tagebuch unmißverständlich auf den nochmaligen Gebrauch dieser Methode, indem er schrieb, er habe Berndt „wieder zum Reichsgerüchteamt" ernannt (TG, 12. 3. 1939). Goebbels bereitete „den ganzen Apparat vor", der „auf den leisesten Hebeldruck anlaufen" sollte (TG, 12. 3. 1939). An die Presse gab Goebbels folgende Anweisung: „etwas mehr auf die Tube drücken, aber noch nicht die Katze aus dem Sack lassen" (TG, 12. 3. 1939).[361] „Und nun heißt es warten", vermerkte Goebbels weiter. Ein sofortiger Beginn der Propagandaaktion war nicht erwünscht, um intensive Beratungen der internationalen Diplomatie oder eine Mobilisierung des tschecho-slowakischen Militärs zu verhindern. Daher versuchte Goebbels zunächst, „einige Stimmen des Verdachts", die im Ausland aufgekommen waren, zu entkräften (TG, 12. 3. 1939). Außerdem war noch immer „kein klares Bild" über die Vorgänge in der Slowakei zu bekommen. „Die Nachrichtenquellen melden immer Widersprechendes. Am zuverlässigsten ist noch D.N.B.", notierte Goebbels (TG, 12. 3. 1939). Da den ganzen Tag über bis zum späten Abend „noch keine Klarheit" zu erlangen war, konzentrierten sich die nationalsozialistischen Medien in ihrer Berichterstattung auf die angebliche Verfassungswidrigkeit der Absetzung der Regierung Tiso, obgleich die deutsche Gesandtschaft dem Auswärtigen Amt mitgeteilt hatte, der tschecho-slowakische Staatspräsident Hácha sei hierzu berechtigt und habe verfassungskonform gehandelt.[362] Goebbels prüfte unterdessen Spielfilme, fuhr am Abend zu seinem Landhaus am Bogensee (TG, 12. 3. 1939), während sich Hitler inzwischen mit Wilhelm Keppler beriet. Hitler wies Keppler an, in Preßburg die sofortige Ausrufung der slowakischen Unabhängigkeit zu veranlassen und Bürckels „dilettantische Versu-

deutsche Studenten in Brünn den Befehl erhalten hatten, Vorfälle zu provozieren; vgl. Telegramm Newtons, 13. 3. 1939, in: DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 226.

360 NS-PrA, Bd. 7, Nr. 772, Nr. 776, Nr. 779, alle vom 13. 3. 1939, und Nr. 792, vom 15. 3. 1939; Hagemann, Publizistik, S. 381 f., 384. Newton berichtete an das Foreign Office, der „volksdeutsche" Reuter-Korrespondent und die sudetendeutsche Zeitung „Die Zeit" hätten Zwischenfälle in Brünn gemeldet, die der britische Vizekonsul dort als unzutreffend bezeichnete; vgl. Telegramm Newtons, 13. 3. 1939, in: DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 226.

361 Am 11. 3. 1939 wurde die Presse angewiesen, die Vorgänge in der Tschecho-Slowakei nun „statt zweispaltig dreispaltig" zu bringen, allerdings waren Kommentare vorerst noch verboten. In: NS-PrA, Bd. 7, Nr. 762.

362 Telegramm Henckes, 10. 3. 1939, PA/AA, R 29771, Fiche 1191, Bl. 76357 f.; Aufzeichnung Altenburgs über Telefonat mit Hencke, 10. 3. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 186; Hoensch, Die Slowakei, S. 279; NS-PrA, Bd. 7, Nr. 762, 11. 3. 1939; Hagemann, Publizistik, S. 379–382.

che in großer Politik" (TG, 13.3.1939), über die auch Goebbels unterrichtet war, zu unterbinden. Josef Bürckel und Seyß-Inquart, die neben Keppler mit slowakischen Funktionären verhandelten, hatten zum einen auf das falsche Pferd gesetzt, denn ihr Favorit Karol Sidor ließ sich vom NS-Regime nicht instrumentalisieren.[363] Zum anderen hatte Bürckel das NS-Regime diskreditiert, indem er Sidor in den frühen Morgenstunden des 12. März offenbar unter Alkoholeinfluß angeschrien habe, er dürfe den „Führer" nicht beleidigen und müsse die Unabhängigkeit proklamieren, andernfalls würde Ungarn in die Slowakei einfallen.[364] Zudem hatte Bürckel beabsichtigt, Preßburg von Engerau (Petržalka), das seit Oktober 1938 zum Reichsgebiet zählte, aus mit SA- oder SS-Männern zu stürmen.[365] Goebbels fand dieses Vorhaben Bürckels „kindisch" (TG, 13.3.1939).

Karol Sidor wurde am 11. März 1939 zum slowakischen Ministerpräsidenten ernannt. Seine Ablehnung, sich dem NS-Regime zu unterwerfen und sofort die Unabhängigkeit auszurufen, hatte eine Stabilisierung der Slowakei und damit auch der Tschecho-Slowakei zur Folge,[366] die der nationalsozialistischen Regierung äußerst ungelegen kam. Goebbels beschrieb dies mit den Worten, die „Meldungen aus Preßburg" seien „beängstigend ruhig" (TG, 13.3.1939). Die Presse mußte daher angewiesen werden, keinesfalls den Eindruck zu erwecken, es herrsche in der Slowakei „Ruhe und Ordnung".[367] Berlin fürchtete nun zu Recht, die Option, als Anwalt der slowakischen Selbstbestimmung nach Preßburg marschieren zu können, zu verlieren. Zu den weiteren Vorgängen in der Slowakei hielt Goebbels fest: „Sidor neuer Ministerpräsident. Keppler hat ihn bearbeitet, aber ohne Erfolg. Er fühlt sich ‚als Soldat von Prag'. Tiso kann nichts machen. Professor Tuka und Mach, die einzigen Aktiven, sitzen fest. Die Hlinkagarde liegt still, da Sidor, der ihr Kommandant ist, keinen Befehl gibt" (TG, 13.3.1939). Keppler hatte Sidor am 12. März zwischen 2.00 und 3.00 Uhr morgens aufgesucht, um herauszufinden, ob er bereit sei, mit dem NS-Regime zusammenzuarbeiten. Sidor hatte dies abgelehnt und sich auch geweigert, sich von Berlin aus den Termin einer möglichen Unabhängigkeitserklärung vorschreiben zu lassen. Er hatte sich jedoch nicht, wie Goebbels schrieb, „als Soldat von Prag" bezeichnet (TG, 13.3.1939), sondern als „Soldat des slowakischen Volkes", der ausschließlich die „Befehle des Vorstandes der Partei und des Landtags" erfüllen würde.[368] Es ist anzunehmen, daß diese Umdeutung der Rolle Sidors, die sich im Tagebuch von Goebbels widerspiegelt, auf Keppler zurückgeht, der Sidor sogar unterstellte, „von den Tschechen bestochen" worden zu sein.[369] Tiso konnte nicht nur, wie Goebbels vermerkte, „nichts machen" (TG, 13.3.1939), sondern er wollte auch zunächst nichts unternehmen,

[363] Matić, Veesenmayer, S. 67, 71–75; Hoensch, Die Slowakei, S. 273f., 279–286; Schriffl, Die Rolle Wiens, S. 80–91.
[364] Hoensch, Die Slowakei, S. 282; Schriffl, Die Rolle Wiens, S. 87f.
[365] Hoensch, Die Slowakei, S. 284–286; Matić, Veesenmayer, S. 75; Schriffl, Die Rolle Wiens, S. 91–98; Aufzeichnung Altenburgs, 12.3.1939, PA/AA, R 29771, Fiche 1192, Bl. 76407.
[366] Hoensch, Die Slowakei, S. 266f., 273, 275f.; Matić, Veesenmayer, S. 71–73.
[367] Aufzeichnung Sängers, in: NS-PrA, Bd. 7, Nr. 762, 11.3.1939.
[368] Hoensch, Die Slowakei, S. 281f.; Matić, Veesenmayer, S. 74.
[369] Aufzeichnung Altenburgs über Telefonat mit Keppler, 12.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 193.

so wie er auch seine Absetzung durch Hácha widerstandslos akzeptiert hatte.[370] Dennoch startete das NS-Regime weitere Versuche, ihn für die Desintegration der Tschecho-Slowakei zu gewinnen. Tuka und Mach waren noch immer inhaftiert, doch bemühte sich Sidor um ihre umgehende Freilassung.[371] Die paramilitärische Hlinka-Garde der Slowakischen Volkspartei, die ihr Stabschef Karol Murgaš zur Provozierung von Zwischenfällen einsetzen wollte, stand unter dem Oberbefehl Sidors, der sich, wie Goebbels richtig festhielt, weigerte, sie zur Unruhestiftung zu benutzen. Sidor war als Ministerpräsident tatsächlich bemüht, die Lage seines Landes zu stabilisieren. Daher ersetzte er den Stabschef der Hlinka-Garde am 13. März durch einen Vertrauten.[372]

Goebbels war also gut informiert, wahrscheinlich von Hitler selbst, mit dem er am 12. März 1939 die Mittagszeit, den ganzen Abend und die halbe Nacht zusammensaß. Sie hatten nun erkannt, daß die Situation in der Slowakei kaum mehr den Einmarsch der Wehrmacht rechtfertigen würde. Zusätzlich schien eine Aktion der SS fehlgeschlagen zu sein, wie Goebbels überliefert: „Der Versuch, die Sache durch unsere S.S. auszudehnen, ist nur ganz z. T. gelungen. Es scheint, als ginge es von der Slowakei aus nicht mehr" (TG, 13. 3. 1939). Unklar bleibt, ob Goebbels hiermit die Pläne Josef Bürckels meinte, Preßburg mit Hilfe der SA oder SS zu stürmen, oder die gewalttätigen Provokationen von SD-Agenten oder einen weiteren SS-Einsatz.[373] Das NS-Regime war nun also gezwungen, wie Goebbels deutlich machte, nach alternativen Gründen für den Einmarsch zu suchen. Eine mögliche Option bestand noch immer in der Herbeiführung von blutigen Konflikten zwischen der deutschen Minderheit und Tschechen. Doch auch hierbei gab es Schwierigkeiten, wie Goebbels bewußt war: „Die Tschechen antworten auf keine Provokation. Sie sind anscheinend gewarnt" (TG, 13. 3. 1939). Der Brünner Polizeidirektor hatte den dortigen deutschen Konsul um Unterstützung ersucht, da er „auf jeden Fall Gewaltanwendung gegen Deutsche vermeiden wolle".[374] Hencke hatte nach Berlin telegraphiert, in Prag würden „von Reichsdeutschen und Volksdeutschen gehißte Hakenkreuzflaggen […] polizeilich bewacht".[375] Wenig später meldete er: „Prager Polizei hat Weisung, gegen Deutsche auch bei Provokation nicht einzuschreiten".[376] Dennoch sollte nun ein provozierter Anlaß geschaffen werden, wie Goebbels im Tagebuch deutlich macht: „Wir suchen nun Gründe in der Tschechei selbst. Aber das wird sehr schwer sein. Und bis Mittwoch müssen wir die Sache soweit haben" (TG, 13. 3. 1939). Unmißverständlich beschrieb Goebbels also die selbstverschuldete Zwangslage des NS-Regimes, binnen kurzer Zeit einen geeigneten Anlaß für eine militärische Operation, vielleicht einen größeren

[370] Hoensch, Die Slowakei, S. 262, 269–272, 275, 278, 287 f.; Matić, Veesenmayer, S. 72–76.
[371] Aufzeichnung Altenburgs, 12. 3. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 191.
[372] Hoensch, Die Slowakei, S. 283 f.
[373] Ebenda, S. 285 f.; Schvarc, Sicherheitsdienst, S. 95.
[374] Telegramm des deutschen Konsuls in Brünn, V.L.R. Wolf, an das A.A., 13. 3. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 195.
[375] Telegramm Henckes, 12. 3. 1939, PA/AA, R 29771, Fiche 1192, Bl. 76396.
[376] Telegramm Henckes, 13. 3. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 203.

Krieg, zu finden, da Hitler offenbar nicht bereit war, von seinem einmal festgesetzten Termin, 15. März 1939, wieder abzurücken.[377]

Obgleich Goebbels zufolge der „militärisch[e] Aufmarsch in ziemlicher Offenheit" fortgesetzt wurde, habe in der Auslandspresse „großes Rätselraten, aber keinerlei Klarheit" geherrscht (TG, 13. 3. 1939). Alles tappe „im Dunkeln", wunderte sich Goebbels. „Man müßte auf der Gegenseite eigentlich etwas merken. Aber das ist anscheinend noch nicht der Fall" (TG, 13. 3. 1939), schrieb er weiter. Obwohl keine groß angelegte Mobilmachung stattfand, da Hitler eine schnelle Operation mit der Wehrmacht in Friedensstärke durchführen wollte,[378] blieb der nationalsozialistische Aufmarsch nicht unbemerkt. Die von Goebbels behauptete anfängliche Zurückhaltung in der ausländischen Presse hat politische Gründe; eine Eskalation wie im Mai 1938 sollte vermieden werden.[379] Das tschecho-slowakische Konsulat in Chemnitz berichtete „von einer Konzentration der Truppen an den böhmischen Grenzen mit Richtung auf Prag" und von Truppenverschiebungen seit dem 12. März „auf der Reichsautobahn nach Dresden und weiter nach Osten". Zudem hatte es in Erfahrung gebracht, daß deutsche Reservisten einberufen worden seien.[380] Auch dem ungarischen Generalkonsulat in München waren ab dem 11./12. März Truppentransporte in Richtung Nordosten bekannt.[381] Das britische Konsulat in München meldete Truppenbewegungen am 11./12. März in Richtung Österreich.[382]

In der Reichskanzlei berieten Hitler und Goebbels die Presseführung, worüber Goebbels im Tagebuch vermerkte, er habe mit ihm „die Situation vor allem psychologisch durchgesprochen" (TG, 13. 3. 1939). Wie schon während der Sudetenkrise gab Hitler auch jetzt die Richtlinien vor: „Unsere Sonntagsabendpresse muß schon stärker aufdrehen. Aber noch nicht in Kommentaren, sondern nur in den Meldungen. Also im großen Ganzen noch das undurchdringliche Gesicht wahren" (TG, 13. 3. 1939). Doch die Hauptsorge beider galt dem noch nicht vorhandenen Anlaß, der möglichst noch immer in der Slowakei gesucht werden sollte, wie das Tagebuch belegt: „Es kommen jeden Augenblick neue Nachrichten. Keine davon ist von wesentlichem Belang. Wenn wir nur ein Papierchen in der Hand hätten, d. h. einen Ruf um Hilfe oder um militärischen Einmarsch. Dann wäre al-

[377] Die „unerwartete Terminnot" Hitlers (Hoensch, Die Slowakei, S. 282) war in der Forschung zu Recht angenommen worden, doch konnte sie bislang nicht so deutlich belegt werden, wie dies durch das Tagebuch von Goebbels möglich wird.

[378] 2. Nachtrag vom 17. 12. 1938 zur Weisung vom 21. 10. 1938, in: IMG 34, Dok. 138–C, S. 483 f.

[379] Beispielsweise teilte der britische Botschafter Henderson Weizsäcker am 14. 3. 1939 mit, daß sich die englische Presse in den vergangenen Tagen „größter Zurückhaltung befleißigt" habe, offensichtlich war sie hierzu angewiesen worden. Aufzeichnung Weizsäckers, 14. 3. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 213.

[380] Schreiben des tschecho-slowakischen Konsulats Chemnitz an das Außenministerium in Prag, 14. 3. 1939, in: Král, Abkommen, Dok. 317.

[381] Telegramm des ungarischen Generalkonsuls, München, György Szabó, an Csáky, 14. 3. 1939, in: DIMK, Vol. III, Dok. 422.

[382] Telegramm des britischen Konsulats München an die britische Botschaft und das Außenministerium, 12. 3. 1939, in: DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 214; siehe auch britische Berichte aus Dresden (Doc. 223) oder Wien (Doc. 225).

les ganz einfach. Aber vielleicht beschaffen wir uns das noch. Es ist ja noch etwas Zeit" (TG, 13.3.1939). Das Fehlen eines solchen Hilfsgesuchs war um so unangenehmer, als über ein solches in der Presse bereits mit der Absicht berichtet worden war, den Schein einer Rechtmäßigkeit des deutschen Vorgehens zu erwecken. Ohne eine solche Schein-Legitimation befürchtete Goebbels offenbar Komplikationen. Doch zu seiner Erleichterung nahm er, bevor er in das Propagandaministerium zurückkehrte, zur Kenntnis, daß „London […] sehr desinteressiert" tue, und von England „kaum etwas" zu erwarten war (TG, 13.3.1939). Goebbels empfand es als „eine etwas unheimliche Situation", daß in seinem Ministerium „fieberhaft" gearbeitet wurde, es ständig zwischen diesem „und der Reichskanzlei hin und her" ging, während „im Volke […] tiefster Frieden" herrsche. „Kein Mensch weiß und ahnt auch nur etwas. Aber das wird sich ja nun sehr bald ändern", vermerkte Goebbels abschließend, bevor er am Abend des 12. März Hitler nochmals aufsuchte (TG, 13.3.1939).

5. Hitlers Gespräche mit Sztójay, Tiso und Hácha und die weitere Entwicklung bis zum Einmarsch der Wehrmacht

Hitler hatte unterdessen den ungarischen Gesandten Döme Sztójay einbestellt, der noch wenige Tage zuvor bei Ribbentrop angefragt hatte, ob das NS-Regime nicht doch erklären könnte, daß Ungarn „das Gebiet der Karpatho-Ukraine […] zugesprochen" würde. Ribbentrop hatte zur Geduld geraten und geantwortet, „wenn sich irgendwelche Ungarn interessierende Entwicklungen der tschechischen Frage ergeben sollten", würde er „ihn informieren".[383] Am 10. März hatte Sztójay noch einmal bei Weizsäcker versucht, eine Anerkennung des ungarischen Anspruchs auf Ruthenien zu erlangen, was der Staatssekretär mit dem Argument ablehnte, daß dies „zu vielen Persönlichkeiten bekannt werden würde".[384] Einen Tag später bat der stellvertretende ungarische Außenminister János Vörnle den deutschen Gesandten Erdmannsdorff um Mitteilung über die deutsche Haltung zu „den Vorgängen in der Slowakei, insbesondere über etwa beabsichtigtes dortiges Eingreifen, damit die ungarische Regierung sich nach deutschen Wünschen richten könne".[385] Nun, da die Suche nach einem Anlaß zum Vorgehen gegen Prag das NS-Regime beunruhigte, hielt Hitler am 12. März 1939 den Zeitpunkt für gekommen, die ungarische Regierung zu einer militärischen Operation zu ermuntern. Goebbels erfuhr noch am Abend des 12. März durch Hitler von dessen Gespräch mit Sztójay und berichtete im Tagebuch: „Er [Hitler, d.V.] hat den ungarischen Gesandten vorgehabt und ihm seine Absicht mitgeteilt. Ungarn müsse sich heranhalten, wenn es miterben wolle. Und stoße es auf überlegene Kräfte, wird

[383] Aufzeichnung Ribbentrops, 4.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 179.
[384] Aufzeichnung Weizsäckers über Gespräch mit Sztójay, 10.3.1939, PA/AA, R 29771, Fiche 1192, Bl. 76364f.
[385] Telegramm Erdmannsdorffs, 11.3.1939, PA/AA, R 29771, Fiche 1192, Bl. 76384.

Deutschland ihm Hilfe leisten. Stojai[386] fliegt gleich danach nach Budapest" (TG, 13.3.1939).[387] Trotz der Kürze dieses Eintrags enthält er das Wesentliche. Die Sztójay mitgeteilte Absicht Hitlers bestand in der Ermunterung Ungarns, „die karpatho-ukrainische Frage in ihrem Sinne zu lösen", wie Günther Altenburg von Ribbentrop erfahren hatte.[388] Ausdrücklich untersagt hatte Hitler dagegen eine ungarische Besetzung der Slowakei, die, so hatte er argumentiert, eine Annäherung zwischen Tschechen und Slowaken befördern würde. Auch ohne formellen „Bündnis-Vertrag" würde das Reich „bei dieser Lösung 100% hinter Ungarn stehen", Hitler habe Sztójay „sein Wort" gegeben. Hitler habe der ungarischen Regierung den Rat gegeben, „blitzschnell vorzugehen, da auch noch andere Aspirationen auf die Karpatho-Ukraine vorhanden seien". Sollten „andere Staaten ein fait accompli" schaffen, würde das Reich nicht eingreifen. „Wenn aber Ungarn dies fait accompli mit der Karpatho-Ukraine schaffen würde, dann würde Deutschland 100 prozentig hinter ihm stehen", wiederholte Altenburg in seiner Aufzeichnung.

Anderen Quellen zufolge hatte Hitler Sztójay auch bereits mitgeteilt, daß die Reichsregierung die bevorstehende Proklamation der slowakischen Unabhängigkeit anerkennen würde. Im Falle eines zu erwartenden Schutzgesuchs der karpatho-ukrainischen Regierung allerdings würde Berlin dieses zunächst – angeblich 24 Stunden lang – ignorieren, um Ungarn die Möglichkeit zur Annexion Ruthenien zu geben, jedoch nur im Falle sofortigen Handelns.[389] Die von Hitler geforderte Eile brachte auch Goebbels durch den Satz, „Ungarn müsse sich heranhalten", zum Ausdruck (TG, 13.3.1939). Was Hitler Sztójay verschwiegen hatte, war der Kern seines Plans: Ungarn sollte den Konflikt, der vom NS-Regime bereits terminiert war, für das Dritte Reich beginnen. Altenburg überliefert dies folgendermaßen: Der „Führer gäbe sein Wort, daß, falls die Tschechen Widerstand leisten sollten, die Tschechei sofort zerschlagen würde".[390] Demnach wurde Sztójay die Situation so dargestellt, als müsse Ungarn sofort handeln, um Polen zuvorzukommen und – wie Goebbels das nannte – an der zu Grunde gegangenen Tschecho-Slowakei „miterben" (TG, 13.3.1939) zu können. Sollte Ungarn „auf überlegene Kräfte" stoßen, würde „Deutschland ihm Hilfe leisten", schrieb Goebbels (TG, 13.3.1939). Budapest wurde also suggeriert, das Reich sei desinteressiert, sollte Ungarn die Annexion selbständig bewerkstelligen. Tatsächlich befand sich das NS-Regime in der Verlegenheit, eine Begründung für den geplanten deutschen Einmarsch in Böhmen und Mähren finden zu müssen, was auch Goebbels, nicht aber Sztójay, bekannt war.

386 Richtig: Sztójay.

387 Sztójay sandte noch am 12.3.1938 ein Telegramm an den ungarischen Außenminister, in dem er ihm mitteilte, daß er in Kürze mit dem Flugzeug in Budapest eintreffe und ihn sowie den Ministerpräsidenten unmittelbar danach sprechen müsse; vgl. Telegramm Sztójays an István Csáky, 12.3.1939, in: DIMK, Vol. III, Dok. 413.

388 Aufzeichnung Altenburgs nach Informationen Ribbentrops über das Gespräch Hitlers mit Sztójay, 12.3.1939, in: Ďurica, La Slovacchia, Dok. 39, S. 176f.

389 Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 259.

390 Aufzeichnung Altenburgs nach Informationen Ribbentrops über das Gespräch Hitlers mit Sztójay, 12.3.1939, in: Ďurica, La Slovacchia, Dok. 39, S. 176f.

Um die Ernsthaftigkeit des Sztójay übermittelten Vorschlags zu unterstreichen und wegen der mangelnden Befugnis Sztójays, zu Hitlers Ansinnen unmittelbar Stellung zu nehmen, suchte Erdmannsdorff, der deutsche Gesandte in Budapest, zusammen mit Günther Altenburg, Abteilungsleiter des Auswärtigen Amts, am Vormittag des 13. März 1939 Horthy, Ministerpräsident Teleki und den ungarischen Generalstabschef auf. Erdmannsdorff berichtet, die Ungarn hätten „die Anregung begeistert" aufgenommen und Horthy lasse dem „Führer seinen grenzenlosen Dank übermitteln".[391] In aller Eile setzte Horthy ein kurzes Dankschreiben an Hitler auf, das er offenbar Erdmannsdorff mitgab.[392] Die Editoren der ADAP-Bände, die im Auswärtigen Amt kein Protokoll der Unterredung Hitlers mit Sztójay fanden, konnten sich die in dem Brief erwähnte „Anregung" nicht ganz erklären.[393] Zudem hatten sie Zweifel, ob es das auch von Hitler später erwähnte Gespräch mit Sztójay am 12. März überhaupt gegeben hatte.[394] Obgleich inzwischen auch andere Quellen über dieses Gespräch bekanntgeworden sind,[395] bestätigen auch die Tagebücher von Goebbels die Faktizität der Unterredung.

Da Sztójay Hitler keine sofortige Zusage zur ungarischen Militäroperation in der Karpatho-Ukraine geben konnte und die Annexion durch Budapest unsicher war, debattierten Hitler und Goebbels unmittelbar nach dem Gespräch mit dem ungarischen Gesandten die weiteren Möglichkeiten. Beide waren der Meinung, daß „auf die Slowaken […] kein Verlaß" sei (TG, 13. 3. 1939), da weder der abgesetzte noch der amtierende Ministerpräsident die Reichsregierung um Truppen baten. Deshalb beobachteten Hitler und Goebbels gespannt die Lage in Böhmen und Mähren. Zu ihrer Erleichterung hatte sich am Mittag dieses Tages ein „Zusammenstoß zwischen deutschen Studenten und Tschechen" in Brünn ereignet.[396] Goebbels beschrieb in seinem Tagebuch deutlich, daß hier nun der gesuchte Anlaß gefunden werden könnte: „Aber nun greifen die Tschechen in Brünn Deutsche an. Da werden wir nun einhaken. Und hier die Sache zu entzünden versuchen. Ich instruiere dementsprechend die Presse" (TG, 13. 3. 1939).[397] Abends nahm die „Tschechenfrage […] keine neue Wendung" (TG, 13. 3. 1939), so daß die „außenpolitische Debatte" bei Hitler bis 3.00 Uhr morgens vor allem um das Verhältnis zu Großbritannien kreiste. Ribbentrop habe den Standpunkt vertreten, überliefert Goebbels, „daß es mit England später zum Konflikt kommen muß" (TG, 13. 3. 1939). Hitler „bereitet sich darauf vor, aber er hält ihn nicht für unvermeidlich", schrieb Goebbels weiter, bevor er im Tagebuch seine Kritik an Ribbentrop notierte: „Rib-

391 Telegramm Otto v. Erdmannsdorffs, 13. 3. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 198.
392 Schreiben Horthys an Hitler, 13. 3. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 199.
393 Vgl. ADAP, D 4, S. 209, Anm. 4.
394 Vgl. ADAP, D 4, S. 232, Anm. 1.
395 Aufzeichnung Altenburgs nach Informationen Ribbentrops über das Gespräch Hitlers mit Sztójay, 12. 3. 1939, in: Ďurica, La Slovacchia, Dok. 39, S. 176f.; Telegramm des italienischen Botschafters in Budapest, Luigi Vinci Gigliucci, an Ciano, 21. 3. 1939, in: DDI, Serie 8, Vol. XI, Doc. 359.
396 Telegramm Henckes, 12. 3. 1939, PA/AA, R 29771, Fiche 1192, Bl. 76396. Siehe auch ADAP, D 4, Dok. 195, 203.
397 Einem DNB-Rundruf zufolge mußten die „unglaublichen Überfälle in Brünn […] ganzseitig aufgemacht werden". In: NS-PrA, Bd. 7, Nr. 771, 12. 3. 1939.

bentrop hat da gar keine taktische Biegsamkeit. Er ist intransigent und darum nicht sehr richtig gelegen. Aber der Führer korrigiert ihn schon. Es wird heiß gestritten" (TG, 13.3.1939).

Am Montag, 13. März, wurde Goebbels „gleich morgens zum Führer gerufen", im Verlauf des Tages traf er ihn noch zwei weitere Male. Wie vor dem „Anschluß" Österreichs entwarfen sie, Hitler und er, zusammen „die Flugblätter für den Einmarsch", und zwar für jede Volksgruppe eigene: „Für die Tschechen, die Deutschen und die Slowaken" (TG, 14.3.1939). Den Inhalt der Flugblätter skizzierte Goebbels folgendermaßen: „Die Wehrmacht schafft nur Ordnung, aber jeder Widerstand wird blutig niedergebrochen" (TG, 14.3.1939). Wie Hitler vertrat auch Goebbels die Auffassung, daß es „wohl kaum irgendwo dazu kommen" werde (TG, 14.3.1939). Goebbels arbeitete wenig später „die Flugblätter im einzelnen aus" und legte „mit der Luftwaffe zusammen die Verteilung fest", wie er dies schon vor dem Einmarsch in Österreich praktiziert hatte. Besonders seine Mitarbeiter Berndt und Hanke lobte Goebbels in diesem Zusammenhang, die ihm „gute Hilfen" gewesen seien (TG, 14.3.1939). Zudem befaßte sich Goebbels an diesem Vormittag mit der Presse. „Die deutsche Presse dreht nun auf" (TG, 14.3.1939), vermerkte er. Genauso hatte er dies mit Hitler zwei Tage zuvor besprochen: „Am Montag und Dienstag dann Großkanonade" (TG, 12.3.1939), so hatte er Hitlers Anweisung festgehalten. Zum noch immer ruhigen Verhalten der Auslandspresse, das sich auch in zahllosen Berichten der Gesandtschaften und Konsulate spiegelt, stellte Goebbels die Vermutung an, daß diese „den Unwissenden" spiele, „wahrscheinlich um sich nicht festlegen zu müssen und keine Blamage zu holen" (TG, 14.3.1939). Die „Aktion" des NS-Regimes rollte Goebbels zufolge „in vorschriftsmäßiger Form an", obgleich noch immer „Reibungen von Belang" fehlten, die geeignet gewesen wären, die militärische Operation zu legitimieren (TG, 14.3.1939).

Während die Nationalsozialisten in Berlin intensiv an der Vorbereitung der Okkupation und in der Tschecho-Slowakei an der Provokation von Zusammenstößen arbeiteten, ließ sich Goebbels an diesem Vormittag seine Kinder ins Ministerium bringen, die dann in seinem „Dienstzimmer" spielten. „Ein Idyll", schrieb Goebbels und faßte die absurd anmutende Situation, das Toben der Kinder und die Kriegsvorbereitung, in seinem Ministerium folgendermaßen zusammen: „Das ist ein Tollen und Jagen. Unterdeß [!] wird der psychologische Aufmarsch ausgearbeitet" (TG, 14.3.1939). In dieser Zeit scheint auch DAF-Führer Robert Ley bei Goebbels gewesen zu sein, der offenbar über den geplanten Einmarsch nicht informiert war. „Das sind Sorgen!", kommentierte Goebbels spöttisch, als Ley mit ihm die Preisträger des Nationalpreises besprechen wollte (TG, 14.3.1939).

Mittags legte Goebbels Hitler die Entwürfe zu den Flugblättern vor, mit denen dieser „zufrieden" gewesen sei. Doch konnten sie „noch nicht gedruckt werden", weil die bevorstehende Unterredung Hitlers mit Tiso und Ďurčanský abgewartet werden sollte. Den Fehler, mehrmals neue Flugblätter drucken zu müssen, wie er vor dem Einmarsch in Österreich unterlaufen war, versuchte man nun zu vermeiden. Im Propagandaministerium herrschte „Hochspannung", während im Volk „noch alles ruhig" geblieben sei (TG, 14.3.1939), was sich am Nachmittag ändern sollte: „Die Blätter schreien mit voller Lungenstärke ihre Empörung heraus.

Nun ist die Katze aus dem Sack gelassen. Aber Forderungen werden garnicht [!] aufgestellt. Das soll man sich draußen selbst zusammenreimen", notierte Goebbels zur Nachmittagspresse (TG, 14.3.1939).[398] Über seinen Mitarbeiter Berndt, der „groß in Fahrt" gewesen sei, äußerte sich Goebbels anerkennend: „Er ist für solche Zwecke am besten zu gebrauchen". Zur Haltung der Westmächte hielt Goebbels fest: „London und Paris lassen sehr deutlich ihr gänzliches Desinteressement an der tschechischen Frage erklären. Wir sind fast schon außerhalb jeder Gefahrenzone" (TG, 14.3.1939).[399] Am Nachmittag prüfte Goebbels im Propagandaministerium einen Spielfilm, währenddessen in der Reichskanzlei folgenschwere Gespräche geführt wurden.

Jozef Tiso, den das NS-Regime nach seiner Absetzung als den legitimen Vertreter des slowakischen Volkes betrachtete und der sich noch immer im Kloster aufhielt, wurde am 12./13. März von mehreren Seiten zugleich bedrängt, den Wünschen des NS-Regimes zu entsprechen und nach Berlin zu kommen. Der auf Reichsgebiet geflohene Ďurčanský warnte ihn auf Veranlassung der Nationalsozialisten schriftlich, er müsse sich „an die Seite Deutschlands stellen", andernfalls sei „alles verloren", also mit einer ungarischen Besetzung der Slowakei zu rechnen. Die Tschecho-Slowakei würde in jedem Fall zerschlagen.[400] Der Sekretär Ďurčanskýs versuchte ebenfalls, Tiso zu bewegen, in die Reichshauptstadt zu reisen. Erst als Tiso von „Herren des SD" offiziell eingeladen wurde und ihm ein Gespräch mit Hitler in Aussicht gestellt worden war, begab er sich nach Preßburg, wo ihm die neue slowakische Regierung die Zustimmung zu seinem Berlin-Besuch erteilte.[401] Am späten Nachmittag des 13. März traf Tiso in Begleitung Ďurčanskýs und Kepplers in der Reichshauptstadt ein, wo er zunächst von Ribbentrop empfangen wurde. Der nationalsozialistische Außenminister betonte, daß Hitler zur Liquidation der Tschecho-Slowakei entschlossen sei und einzig eine Unabhängigkeitserklärung die Slowakei vor einem ungarischen Zugriff retten könne. Tiso wies darauf hin, daß sein Land zu selbständiger Existenz noch nicht in der Lage sei und es an akademisch ausgebildetem Personal fehle.[402]

[398] In der Sonderpressekonferenz am 13.3.1939 wurde Sänger zufolge mitgeteilt, „daß die Schilderung der tschechischen Mentalität und die Aufzählung der Vorkommnisse auf keinen Fall mit einer Forderung oder Drohung verknüpft werden darf". In: NS-PrA, Bd. 7, Nr. 772, 13.3.1939; Hagemann, Publizistik, S. 382.

[399] Am 12.3. hatte Welczeck über die Haltung der französischen Presse telegraphiert, daß selbst in den Oppositionsblättern „keinerlei Anzeichen für französische Einmischungsabsichten, gleichgültig, wie die Frage von uns geregelt werden sollte", zu erkennen seien. Telegramm Welczecks, Paris, 12.3.1939, PA/AA, R 29771, Fiche 1192, Bl. 76397. Am Tag zuvor hatte Dirksen aus London gemeldet: „Kommentierung durch Presse zeigt bemerkenswerte Zurückhaltung, auch wenn allgemein der Vermutung Ausdruck gegeben wird, daß Deutschland die slowakischen Unabhängigkeitsbestrebungen gegen Prag einseitig unterstütze. […] Eine Tendenz, britisches Interesse an Weiterentwicklung zu bekunden, ist vorerst nicht zu verzeichnen." Telegramm Dirksens, 11.3.1939, PA/AA, R 29771, Fiche 1192, Bl. 76383.

[400] Hoensch, Die Slowakei, S. 287.

[401] Ebenda, S. 286–288; Matić, Veesenmayer, S. 75f.

[402] Hoensch, Die Slowakei, S. 289f.

Hitler kritisierte in seinem Gespräch mit Tiso ausführlich die Politik der tschecho-slowakischen Zentralregierung, die noch immer zulasse, daß Deutsche „diskriminiert" würden, und die sich der Hoffnung hingebe, daß sich die Situation „zu Ungunsten Deutschlands" ändern könnte.[403] Anschließend äußerte er seine „Enttäuschung" über „die Haltung der Slowakei". Sidor, so behauptete Hitler, fühle sich als „Soldat von Prag" und würde „sich einer Loslösung der Slowakei aus dem tschechoslowakischen Verbande widersetzen". Hätte er das vorher gewußt, fuhr Hitler fort, „hätte er sich nicht mit seinem Freunde Ungarn zu verfeinden brauchen, sondern alles laufen lassen, wie es damals lief". Er habe nun Tiso kommen lassen, „um in ganz kurzer Zeit" Klarheit über die Frage zu erhalten, „wolle die Slowakei ihr Eigenleben leben oder nicht". Es handle sich hierbei jedoch „nicht um Tage, sondern um Stunden". Würde die Slowakei „zögern oder sich nicht von Prag lösen wollen, so überlasse er das Schicksal der Slowakei den Ereignissen, für die er nicht mehr verantwortlich sei". Noch in Anwesenheit Tisos und Ďurčanskýs ließ sich Hitler eine Meldung über ungarische Truppenbewegungen an der slowakischen Grenze bringen, über die er die Slowaken sogleich in Kenntnis setzte. Den Gästen aus Preßburg sollte auf diese Weise vermittelt werden, daß einzig eine sofortige Unabhängigkeitserklärung Hitler dazu bringen würde, den angeblich drohenden ungarischen Einmarsch zu unterbinden. Tatsächlich drohte keine ungarische Besetzung der Slowakei, da Hitler sie Sztójay am Tag zuvor ausdrücklich untersagt hatte und lediglich die Karpatho-Ukraine „freigegeben" hatte. Tiso, der erst am Ende der Unterredung zu Wort kam, erklärte, daß er im Augenblick keine Entscheidung treffen könne. Zugleich versicherte er jedoch, wie es im Protokoll heißt, „daß der Führer sich auf die Slowakei verlassen könne".[404]

Goebbels, der wie üblich bei Gesprächen mit ausländischen Staatsgästen nicht dabei war, erfuhr von Hitler unmittelbar nach der Verabschiedung Tisos vom Inhalt der Unterredung: „Er [Hitler, d.V.] hat Tiso empfangen. Ihm klargemacht, daß die historische Stunde der Slowaken gekommen ist. Machen sie nichts, dann werden sie von Ungarn geschluckt. Er will es sich noch überlegen und nach Preßburg zurück. Kein Revolutionär. Da muß alles verfassungsmäßig vor sich gehen. Von dem ist nicht allzuviel zu erwarten" (TG, 14. 3. 1939). Goebbels gab die entscheidenden Gesprächsinhalte korrekt wieder, vor allem den von Hitler auf Tiso ausgeübten Druck zur Proklamation der Unabhängigkeit, der in der Androhung einer ungarischen Besetzung bestand. Dies ist bemerkenswert, da Ribbentrop vor dem Nürnberger Gerichtshof wahrheitswidrig erklärt hatte, es sei „nicht richtig, daß diese Autonomie von uns in irgendeiner Form etwa gewünscht oder forciert [worden] wäre".[405] Den von Goebbels erwähnten Willen, im Sinne der Verfassung zu handeln, gab Tiso auch in der sich anschließenden fünfstündigen Beratung mit Ribbentrop, Keppler und Friedrich W. Gaus nicht auf. Erst gegen 1.30 Uhr am

[403] Aufzeichnung Hewels über Gespräch Hitlers mit Tiso und Ďurčanský, 13. 3. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 202. Siehe auch Ďurčanský, Mit Tiso bei Hitler, S. 6.

[404] Aufzeichnung Hewels über Gespräch Hitlers mit Tiso und Ďurčanský, 13. 3. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 202.

[405] Aussage Ribbentrops vom 29. 3. 1946, in: IMG 10, S. 290. Im Verlauf des Prozesses konnte er, mit eindeutigen Dokumenten konfrontiert, diese Aussage nicht aufrechterhalten; vgl. Aussage vom 1. 4. 1946, in: IMG 10, S. 389.

14. März 1939 stimmte er zusammen mit Ďurčanský der von Berlin geforderten Ausrufung der Unabhängigkeit und einem Hilfsgesuch an das NS-Regime zu, das beide sogleich – vorbehaltlich der Billigung durch das slowakische Parlament – unterzeichneten.

Noch am Abend hatte er telefonisch Hácha und Sidor informiert, um die Einberufung des slowakischen Parlaments für den nächsten Morgen zu veranlassen. Ribbentrop hatte Tiso ein Ultimatum bis 12.00 Uhr mittags gesetzt. Sollte bis dahin die Selbständigkeit nicht erklärt worden sein, würde die Slowakei von deutschen, ungarischen und polnischen Truppen besetzt.[406] Noch in Unkenntnis dieser Zusage Tisos befürchteten Hitler und Goebbels, daß von Tiso „nicht allzuviel zu erwarten" sei (TG, 14. 3. 1939). Goebbels vermerkte hierzu noch in seinem Tagebuch: „Aber das ist jetzt auch gänzlich egal" (TG, 14. 3. 1939). Schließlich wußte er, daß Hitler die Wehrmacht in jedem Fall in zwei Tagen in Richtung Prag marschieren lassen würde. Hitler ließ daran keinen Zweifel, sondern „entwickelt[e] noch einmal seinen Plan" vor Goebbels: „In 8 Tagen ist die ganze Aktion zu Ende. Am ersten Tag sind wir schon in Prag. Unsere Flugzeuge bereits nach 2 Stunden. Ich glaube, es geht ohne nennenswertes Blutvergießen" (TG, 14. 3. 1939). Genau denselben Zeitplan hatte Hitler Goebbels wenige Tage vor Unterzeichnung des Münchener Abkommens mitgeteilt. Damals glaubte Hitler, wie Goebbels überliefert, es sei „in 8 Tagen erledigt", würden „die Tschechen […] nach dem Einmarsch" angegriffen werden (TG, 26. 9. 1938). Goebbels schien nun beruhigt zu sein, da Hitler ihn davon überzeugen konnte, daß nicht allzuviel Widerstand zu erwarten sei. Noch erleichterter war Goebbels über die Ankündigung Hitlers, demnächst „eine lange politische Ruhepause einschalten" zu wollen. Er kommentierte dies mit den Worten „Das walte Gott!", blieb aber dennoch skeptisch: „Ich glaub's zwar nicht, aber es ist so schön, zu hoffen" (TG, 14. 3. 1939). Am späten Abend hatte Goebbels „noch die Presse genauestens ausgerichtet" und den Druck der Flugblätter angeordnet, die von Hitler endgültig „genehmigt" worden waren. „Sie laufen schon bis zu einer Zahl von 25 Millionen durch die Maschinen", notierte Goebbels abschließend über die Tagesarbeit des 13. März (TG, 14. 3. 1939). Es ist anzunehmen, obgleich Goebbels das nicht schrieb, daß er auch diesmal wieder aus Gründen der Geheimhaltung für die Abriegelung der Druckereien sorgte, so wie er es ein Jahr zuvor beim Einmarsch in Österreich mit Reinhard Heydrich festgelegt hatte (TG, 11. 3. 1938).

Der 14. März 1939 war in der Tat der „kritische Tag", wie Goebbels bereits am Morgen dieses Tages geschrieben hatte (TG, 14. 3. 1939). Ein „langer, heißer Großkampftag" notierte er am Morgen danach in sein Tagebuch (TG, 15. 3. 1939). Gegen 9.00 Uhr war Jozef Tiso, der in Berlin stundenlang bedrängt worden war, die Unabhängigkeit auszurufen, wieder in Preßburg eingetroffen. Unmittelbar danach begann in der slowakischen Hauptstadt eine Ministerratssitzung, die mit dem Rücktritt Karol Sidors endete.[407] Tiso hatte dem slowakischen Kabinett die Abnei-

[406] Hoensch, Die Slowakei, S. 292–295; Ďurčanský, Mit Tiso, S. 6, 8. Das Tiso vorgelegte Konzept eines Telegramms an das NS-Regime, in dem die Unabhängigkeit der Slowakei mitgeteilt und die Bitte nach Schutz durch das Deutsche Reich geäußert wurden, ist abgedr. in: ADAP, D 4, Dok. 209.

[407] Vgl. Hoensch, Die Slowakei, S. 295–307.

gung Hitlers gegen Sidor und die Entschlossenheit des NS-Regimes zur Aufteilung der Slowakei mitgeteilt, sollte sie sich der nationalsozialistischen Forderung nach Unabhängigkeit widersetzen. Sidor verkündete wenig später vor dem slowakischen Landtag die Gesamtdemission seines Kabinetts. Tiso informierte anschließend die Parlamentarier über seine Gespräche mit der Reichsregierung, betonte das prinzipielle Desinteresse Hitlers an der Slowakei und warnte vor einer ungarischen Besetzung, falls sich die Slowakei nicht sofort für unabhängig erklärte.[408] Er berichtete von den ihm in Berlin vorgelegten Meldungen über ungarische Truppenbewegungen im Grenzgebiet und teilte den Abgeordneten mit, daß er Hitler zugesichert habe, vom slowakischen Volk nicht enttäuscht zu werden. Tiso appellierte an seine Landsleute, nun unverzüglich die Selbständigkeit der Slowakei zu beschließen. Das Ribbentrop und Keppler zugesagte Gesuch nach deutschem „Schutz" erwähnte Tiso nicht. Wenige Minuten nach 12.00 Uhr und somit nach Ablauf des nationalsozialistischen Ultimatums stimmten die Abgeordneten des slowakischen Landtags der Unabhängigkeit ihres Landes von der tschecho-slowakischen Zentralregierung zu. Nach einer kurzen Unterbrechung wurde ein neues Kabinett unter Jozef Tiso gebildet.[409]

Goebbels war über die Vorgänge in Preßburg informiert, obgleich sich sein Eintrag wie üblich durch extreme Kürze auszeichnet: „Tiso in Preßburg angekommen. Bearbeitet den Landtag: Ergebnis Unabhängigkeitserklärung von Prag. Aber nicht, wie zuerst gemeldet, Hilfegesuch nach Berlin. Sie wollen keine deutschen Truppen" (TG, 15. 3. 1939). Goebbels hatte das größte Interesse an diesem „Hilfegesuch", da das DNB bereits das im Auswärtigen Amt aufgesetzte Telegramm Tisos, das eine Legitimation zum Einmarsch deutscher Truppen geboten hätte, an die Schriftleitungen verbreitet hatte.[410] Gegen 13.00 Uhr berichtete Ernst von Druffel, der deutsche Konsul in Preßburg, dem Auswärtigen Amt, „nach Ansicht des Landtags seien die Grenzen genügend gesichert. Sofortige Hilfe sei nicht erforderlich".[411] Statt des verabredeten Telegramms mit der Bitte um „Schutz" der „Grenzen", traf nun ein Danktelegramm an Hitler in Berlin ein.[412] Ob Goebbels hiervon Kenntnis hatte, läßt sich nicht feststellen. Es gilt aber als sicher, daß das Ausbleiben des Hilfsgesuchs der slowakischen Regierung eine Verstimmung bei Hitler bewirkte, der wahrscheinlich aus diesem Grunde die Besetzung der westlichen Slowakei bis zur Karpathengrenze/Waagtal durch die Wehrmacht anordnete, so wie er dies Tiso und Ďurčanský für den Fall angedroht hatte, daß die Proklamation der Unabhängigkeit ausbliebe.[413]

[408] Die Rede ist in englischer Übersetzung abgedr. in: Ďurica, La Slovacchia, Dok. 47, S. 186–192.
[409] Vgl. ADAP, D 4, Dok. 212; Hoensch, Die Slowakei, S. 295–307.
[410] Vgl. Hagemann, Publizistik, S. 383.
[411] Aufzeichnung Altenburgs, 14. 3. 1939, PA/AA, R 29771, Fiche 1193, Bl. 76462; ähnlich ADAP, D 4, Dok. 212.
[412] Das verabredete Telegramm ist abgedr. in: ADAP, D 4, Dok. 209, das tatsächlich versandte bei: Hoensch, Die Slowakei, S. 304, Anm. 158.
[413] Ďurčanský, Mit Tiso, S. 6; Aufzeichnung Weizsäckers, vermutlich 14. 3. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 221. Siehe hierzu auch Hoensch, Die Slowakei, S. 335f.

„Wir haben aber noch ein paar Eisen im Feuer", schrieb Goebbels angesichts der slowakischen Ablehnung deutscher Truppen (TG, 15.3.1939). Zum einen bestand noch immer die Möglichkeit, in der Slowakei Unruhe auszulösen. Zu diesem Zweck hatten SD-Agenten bereits in der Nacht zum 14. März Sprengstoffattentate verübt.[414] Zum anderen bot sich auch in der Karpatho-Ukraine für das NS-Regime die Chance einer Intervention, da dort ebenfalls eine Kabinettsumbildung durch die Prager Zentralregierung erzwungen worden war.[415] Noch in der Nacht zum 14. März ließ der ruthenische Ministerpräsident Avhustyn Vološyn der deutschen Regierung die „Erklärung" der „Selbständigkeit unter dem Schutz des Deutschen Reiches" übermitteln.[416] Als wenige Stunden später, wie Goebbels bekannt war, „Ungarn bereits in einige Grenzdörfer" der Karpatho-Ukraine eingerückt war (TG, 15.3.1939), sandte Vološyn „einen Hilferuf an den Führer".[417] Doch diesen ließ das NS-Regime, wie mit Sztójay vereinbart, unbeantwortet. Der deutsche Konsul in Chust berichtete von einem „Angriff tschechischer Gendarmerie und Militärs" auf von ruthenischen Freischärlern (Sič) besetzte Gebäude. Das Konsulat habe „unter schwerer Gewehr- und Maschinengewehrbeschießung" gelegen, von den „Konsulatsbeamten" sei aber „bisher niemand verletzt".[418] Dies vermerkte Goebbels allerdings nicht im Tagebuch. Er hielt vielmehr die Möglichkeit eines Eingriffs aufgrund eines Zwischenfalls in Böhmen oder Mähren für wahrscheinlich. „Unsere Presse randaliert wie im September. Das macht einen großen Eindruck auf das Ausland" (TG, 15.3.1939), schrieb er begeistert. Noch am Mittag des 14. März wurde die Presse angewiesen, auch über die kleinsten Zwischenfälle zu berichten, schließlich habe es „schon Kriege zwischen Staaten wegen eines Flaggenzwischenfalls gegeben".[419] Es ist sehr wahrscheinlich, daß diese Anweisung auf Goebbels persönlich zurückgeht, da er im Tagebuch festhielt: „Ich richte die Presse neu aus. Es wird weiter Lärm geschlagen" (TG, 15.3.1939). Allerdings hatte die tschecho-slowakische Regierung vorsorglich auch „Schmähungen eines fremden Staates" oder „Schmähungen einer Nation" unter Strafe gestellt, um keinen Anlaß für eine nationalsozialistische Intervention zu bieten.[420]

Eine weitere Möglichkeit zur scheinbaren Legitimation eines Einmarsches der Wehrmacht in Böhmen und Mähren bestand in einer direkten Verhandlung und einer zu erzwingenden Übereinkunft mit der tschecho-slowakischen Staatsführung. In Prag hatte man die nationalsozialistische Einmischung in der Slowakei

414 Vgl. Hoensch, Die Slowakei, S. 297.
415 Vgl. Kotowski, „Ukrainisches Piemont"?, S. 93.
416 Telegramm des deutschen Konsuls in Chust, Hamilkar Hofmann, an das A.A., 14.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 210.
417 Aufzeichnung Stechows, A.A., 14.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 218. Siehe auch Telegramm Hamilkar Hofmanns an das A.A., 14.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 215; Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 260f.
418 Telegramm Hamilkar Hofmanns, 14.3.1939, PA/AA, R 29771, Fiche 1193, Bl. 76446.
419 Pressekonferenz, 14.3.1939, 12.30 Uhr, in: Hagemann, Publizistik, S. 382; vgl. auch NS-PrA, Bd. 7, Nr. 782, 14.3.1939.
420 Unter staatlichem Schutz standen nun die Oberhäupter, Regierungen und Diplomaten, Wappen, Flaggen, Hymnen oder Bilder der Oberhäupter. Regierungsverordnung vom 3.2.1939 zur Abänderung und Ergänzung des Gesetzes zum Schutze der Republik, S.d. G. u. V. Nr. 20/1939, Ausgabe 11, ausgegeben am 9.2.1939, S. 75f.

und den Empfang Tisos in Berlin besorgt verfolgt und wünschte, in Erfahrung zu bringen, welche Absicht das NS-Regime in bezug auf den tschecho-slowakischen Staat habe.[421] Vor allem aber hoffte man, die Souveränität des Landes zu erhalten, und war zu einem weiteren Entgegenkommen gegenüber der deutschen Regierung bereit. Perfiderweise wurde die tschecho-slowakische Seite dazu genötigt, um eine Unterredung mit Hitler zu bitten, was die Wahrscheinlichkeit ernsthafter Interventionen der interessierten Mächte erheblich verringern sollte. Die Regierung in Prag war an den Tagen zuvor bewußt im unklaren über die Haltung des NS-Regime gelassen worden. Mehrmalige Nachfragen bei der deutschen Gesandtschaft und beim Auswärtigen Amt wurden ausweichend oder gar nicht beantwortet. Andor Hencke sollte Kontakte mit der tschecho-slowakischen Regierung vermeiden und hielt sich weisungsgemäß vornehmlich in seiner Wohnung auf.[422] Als Hencke einer Aufforderung des tschecho-slowakischen Staatspräsidenten Hácha zu einem Gespräch am Abend des 13. März 1939 keine Folge leistete, rief Außenminister Chvalkovský den Geschäftsträger kurz vor halb elf abends zu Hause an und teilte ihm mit, Hácha habe die Absicht, Hencke um die Vermittlung eines Gesprächs mit Hitler zu ersuchen. Hencke entgegnete Chvalkovský, einer Weisung Ribbentrops folgend,[423] er überlasse es Hácha, „seine Mitteilung schriftlich an die Gesandtschaft gelangen zu lassen".[424] Am nächsten Vormittag übergab Chvalkovský Hencke in dessen Wohnung eine schriftliche Anfrage, ob Hitler dem Präsidenten „Gelegenheit zu einer persönlichen Unterredung gewähren würde".[425] Somit hatte das NS-Regime das gewünschte Dokument, das die tschecho-slowakische Initiative zum Besuch Háchas in Berlin belegte.[426]

Goebbels wurde am Mittag des 14. März, als er Hitler zur weiteren Beratung aufsuchte, darüber informiert, daß Hácha nach Berlin kommen wolle: „Wie ich vorausgesagt hatte, melden sich mittags die Tschechen an. Hacha bittet um eine Unterredung. Darauf wird nun alles konzentriert. Er wird in Prag im Sonderzug abgeholt" (TG, 15. 3. 1939). Diese Tagebuchpassage belegt, daß von nun an die direkte Erpressung der tschecho-slowakischen Staatsführung als das bevorzugte Mittel zur Scheinlegitimation des Einmarsches dienen sollte, da nun hierauf „alles konzentriert" werden sollte. Der Eintrag läßt aber auch erkennen, daß die scheinbar freiwillige Verhandlung Háchas mit Hitler in Berlin intendiert und darüber spekuliert worden war, ob dies gelänge oder nicht. Denn Goebbels hatte Hitler, wie er im Tagebuch vermerkte, schon vorab die Bitte Háchas um ein Gespräch prognostiziert. Dies erscheint keinesfalls unglaubwürdig, da der Propagandaminister mit Hitler auch vor dem „Anschluß" Österreichs und dem Münchener Ab-

[421] Vgl. Ripka, Munich, S. 377; Procházka, Second Republic, S. 135, 138f.; Hoensch, Die Slowakei, S. 316; Mastný, Design or Improvisation, S. 145f.

[422] Vgl. ADAP, D 4, Dok. 181, 184f., 204, 206–208, 216; vgl. auch Hencke, Augenzeuge, S. 287–290.

[423] Aufzeichnung Erich Kordts, 13. 3. 1939, PA/AA, R 29771, Fiche 1192, Bl. 76417.

[424] Telegramm Henckes, 13. 3. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 207.

[425] Telegramm Henckes, 14. 3. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 216.

[426] Die Darstellung in den Memoiren von Beneš, Memoirs, S. 58, und Ripka, Munich, S. 378, Hitler habe Hácha und Chvalkovský unter Zwang nach Berlin einbestellt, trifft nicht zu.

kommen immer wieder die möglichen Reaktionen der Gegenseite gedanklich durchgespielt hatte. Hitler war daher entgegen der bisherigen Annahme keineswegs „überrascht", als Hácha um ein Gespräch nachsuchte.[427]

An diesem Mittag sprach Hitler mit Goebbels bereits „das neue Statut für Böhmen und Mähren durch" (TG, 15.3.1939), auf das noch zurückzukommen sein wird. Dies ist eine neue, durch das Tagebuch ermöglichte Erkenntnis, da bisher davon ausgegangen wurde, Hitler habe erst in Prag binnen weniger Stunden seinen Erlaß über das „Protektorat Böhmen und Mähren" anfertigen lassen.[428] „Die Tschechen haben nun die Wahl, ob sie das im Frieden wollen oder durch Kampf. Der Führer zielt darauf hinaus, das Ganze ohne einen Schuß zu erreichen" (TG, 15.3.1939), schrieb Goebbels weiter über die bevorstehende Unterredung mit Emil Hácha, wodurch er deutlich zum Ausdruck brachte, daß die Weigerung des tschecho-slowakischen Staatspräsidenten, die nationalsozialistischen Forderungen zu akzeptieren, zu einem Krieg geführt hätte. Zur Demonstration der Gewaltbereitschaft des NS-Regimes hatte Hitler bereits die Besetzung einzelner Grenzorte, Mährisch-Ostrau, Friedek-Mistek und Witkowitz, durch die SS-Leibstandarte und motorisierte Einheiten der Wehrmacht angeordnet,[429] worüber auch Goebbels unterrichtet war: „Unterdeß [!] lassen wir schon Truppen in tschechisches Gebiet einrücken. Damit Hacha merkt, was los ist", notierte Goebbels in sein Tagebuch (TG, 15.3.1939). Der „Beginn des Generaleinmarsches" war, so erfuhr Goebbels von Hitler, „auf Mittwoch früh 6^h angesetzt" worden, wobei das Ziel bestand, mit ersten Vorauskommandos bereits um 10.00 Uhr desselben Tages, 15. März 1939, „in Prag" zu sein (TG, 15.3.1939).[430] Hitler war offenbar schon vorab überzeugt, daß sich der tschecho-slowakische Präsident seinem Diktat fügen werde, und daher, wie Goebbels überliefert, „ganz ruhig und überglücklich" (TG, 15.3.1939). Gemeinsam ordneten sie Goebbels zufolge an, „daß der Name Tschechoslowakei nicht mehr gebraucht wird. Wir reden nur noch von Böhmen und Mähren als urdeutschen Gebieten.[431] Ich lasse unsere geschichtlichen Ansprüche auf diese Gebiete im Einzelnen darlegen und fixieren. Das muß alles seine Ordnung haben" (TG, 15.3.1939). Goebbels kehrte daraufhin in sein Ministerium zurück, wo er „fieberhaft weitergearbeitet" habe (TG, 15.3.1939). „Aber jetzt macht die Sache wieder Spaß", schrieb er angesichts der ersten eintreffenden militärischen Erfolgsmeldungen und der ausbleibenden Reaktion der Westmächte: „Mährisch-Ostrau und Witkowitz besetzt. Kampflos. An 2 Stellen geringer Wider-

[427] Hoensch, Die Slowakei, S. 316, nahm an, Hitler sei von Háchas Bitte „überrascht" worden.

[428] Vgl. Procházka, Second Republic, S. 144f.

[429] Aufzeichnung des Legationssekretärs v. Wallfeld, A.A., [14.3.1939], in: ADAP, D 4, Dok. 225; IfZ, Archiv, DNB-Berichte, 15.3.1939, Bl. 10f.; auch in: Domarus, Hitler, Bd. 2, S. 1097; Wagner, Besetzung der Tschechoslowakei, S. 581f.; Procházka, Second Republic, S. 137f.

[430] Vgl. Keitel, Mein Leben, S. 235–237; Wagner, Besetzung der Tschechoslowakei, S. 581f.

[431] Ein Rundruf des Propagandaministeriums vom 14.3.1939, 15.55 Uhr lautete: „Der Name Tschechoslowakei darf nur noch im Zusammenhang mit dem Zerfall dieses Staatsgebildes genannt werden. Es ist von jetzt ab nur noch von den Ländern Böhmen, Mähren, Slowakei und Karpatho-Ukraine zu sprechen." In: NS-PrA, Bd. 7, Nr. 786, 14.3.1939; Hagemann, Publizistik, S. 383.

stand.[432] Aber gleich gebrochen. Paris und London bleiben ruhig" (TG, 15.3.1939). Die Abteilung Abwehr der Wehrmacht hatte schon am Morgen gemeldet, daß in „Frankreich und England […] bisher keine wesentlichen militärischen Maßnahmen zu erkennen" seien.[433]

Währenddessen reiste am Nachmittag des 14. März 1939 der 66jährige Staatspräsident Emil Hácha – wegen seiner Herzerkrankung im Sonderzug statt im Flugzeug – zusammen mit seinem Kabinettschef Jiří Havelka und Außenminister Chvalkovský nach Berlin.[434] Zeitgleich hatte das tschecho-slowakische Kabinett unter Rudolf Beran seine Gesamtdemission beschlossen, konnte den „Rücktritt aber nicht effektuieren", da „der Staatspräsident inzwischen abgereist" sei, berichtete Hencke.[435] Hitler hatte seine Zustimmung zur Aussprache mit Hácha erst erteilt, als er gesicherte Kenntnisse über die Vorgänge in der Slowakei besaß, insbesondere über die slowakische Unabhängigkeitserklärung und die Ablehnung eines Hilfsgesuchs an das Deutsche Reich.[436] Gegen 22.00 Uhr[437] traf die tschechoslowakische Delegation in Berlin ein, wo sie zunächst von Otto Meißner, dem Chef der Präsidialkanzlei, empfangen und zum Hotel geleitet wurde. Dort erfuhr Chvalkovský von der Besetzung der Region Mährisch-Ostrau, noch bevor er eine Aussprache mit Ribbentrop hatte. Hácha ließ man mindestens zwei Stunden im Hotel warten, wobei er jedoch kurz vom deutschen Außenminister auf sein Gespräch mit Hitler – euphemistisch formuliert – vorbereitet wurde.[438] Wilhelm Keitel, der sich zur Begrüßung Háchas in der Reichskanzlei aufhielt, überliefert, Hitler habe gesagt, der „alte Herr" solle sich erholen. Das war die offizielle Sprachregelung. Tatsächlich hatte Hitler keineswegs die Erholung des Staatsgastes im Sinn gehabt, wie aus Keitels Memoiren hervorgeht. „War das bei Hitler Berechnung und politische Taktik?", fragte Keitel scheinbar unwissend in seinen Aufzeichnungen.[439] Goebbels wurde im Tagebuch deutlicher: „Hacha und Chvalkowski [!] kommen in Berlin an. Der Führer läßt sie bis Mitternacht warten und lang-

[432] Beneš, Memoirs, S. 58, zufolge leistete das 8. schlesische Regiment der Tschecho-Slowakei ohne Befehl aus Prag bei Friedek-Mistek Widerstand. Dem A.A. war hingegen zunächst mitgeteilt worden, die deutschen Truppen seien auf keinerlei Widerstand gestoßen; vgl. Aufzeichnung Wallfelds, A.A., [14.3.1939], in: ADAP, D 4, Dok. 225.

[433] Aufzeichnung des Legationsrates v. d. Heyden-Rynsch, 14.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 211.

[434] Aufzeichnung aus dem Büro Weizsäckers, 14.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 223.

[435] Aufzeichnung Altenburgs über Telefonat mit Hencke, 14.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 226.

[436] Procházka, Second Republic, S. 136; Hencke, Augenzeuge, S. 294.

[437] Domarus, Hitler, Bd. 2, S. 1093, Anm. 263, behauptete, die tschecho-slowakische Delegation sei bereits gegen 19.00 Uhr in Berlin gewesen. Die Gesandtschaft Prag hatte vorab mitgeteilt, der Sonderzug würde gegen 21.00 Uhr in eintreffen (ADAP, D 4, Dok. 223), Keitel (Mein Leben, S. 236) berichtet, Hácha sei gegen 22.00 Uhr angekommen, die Editoren der ADAP-Bände gaben 22.40 Uhr als Zeitpunkt der Ankunft an (D 4, S. 227, Anm. 1).

[438] Ribbentrop bestätigte vor dem Internationalen Gerichtshof dieses Gespräch mit Hácha; vgl. Aussage Ribbentrops vom 29.3.1946, in: IMG 10, S. 291; über den Inhalt ist nichts bekannt. Es besteht allerdings kein Zweifel, daß es ähnlich verlaufen sein wird wie die Unterredung Háchas mit Hitler wenig später; vgl. ADAP, D 4, Dok. 228.

[439] Keitel, Mein Leben, S. 236.

sam und allmählich zermürben. So hat man es mit uns in Versailles gemacht. Es sind das die alten, bewährten Methoden der politischen Taktik" (TG, 15.3.1939). Diese Passage ist die einzige Quelle, die die Absicht Hitlers zur Demoralisierung der tschecho-slowakischen Staatsführung belegt. Tschechoslowakische Autoren wie Hubert Ripka stellten sich bisher nicht die Frage, weshalb die Begegnung Hitlers mit dem Präsidenten zu so später Stunde begann, oder erklärten dies, wie Theodore Procházka, mit der noch nicht erfolgten Fertigstellung des Abkommens.[440] Goebbels, Ribbentrop, Keitel, der aus dem Urlaub zurückgekehrte Göring und zahlreiche andere Nationalsozialisten warteten inzwischen in der Reichskanzlei mit „fieberhafter Spannung […] auf das Ergebnis dieser Unterredung" (TG, 15.3.1939). „Sie entscheidet über eine wahrhaft geschichtliche Frage, nicht, ob sie gelöst wird, sondern wie sie gelöst wird" (TG, 15.3.1939), vermerkte Goebbels im Tagebuch und machte so deutlich, daß die Annexion Böhmens und Mährens in jedem Falle erfolgen würde.

Um 1.15 Uhr am frühen 15. März 1939 empfing Hitler endlich den tschechoslowakischen Staatspräsidenten Emil Hácha und Außenminister Chvalkovský in der Reichskanzlei. Über die Unterredung wurde ein ausführliches Protokoll von Ribbentrops Stabsleiter Walther Hewel angefertigt, das verläßlich Auskunft über den Gesprächsverlauf gibt. Demzufolge eröffnete Hácha das Gespräch mit Worten des Dankes für die Einladung und der Wertschätzung Hitlers „wunderbare[r] Ideen".[441] Daran anschließend stellte er sich als unpolitischen Menschen vor, der mit der früheren Staatsführung wenig in Berührung gekommen sei und ihr eher ablehnend gegenübergestanden habe. Allein aus patriotischem Pflichtgefühl habe er Ende 1938 die Präsidentschaft übernommen. Er sei nun überzeugt, „daß das Schicksal der Tschechoslowakei in den Händen des Führers läge", womit er zweifellos Recht hatte, und äußerte, er glaube, „daß das Schicksal in den Händen des Führers gut aufgehoben sei". Die Loslösung der Slowakei sei eigentlich überfällig gewesen, führte Hácha aus, denn „die Tschechoslowakei sei näher mit Deutschland verwandt als mit der Slowakei". Das Schicksal seines Volkes bewege ihn am meisten, und er sei der Ansicht, „daß die Tschechoslowakei das Recht habe, ein nationales Leben leben zu wollen". Er glaube, daß Hitler ihn hierbei verstände. Selbstverständlich sei hierfür „das beste Verhältnis zu Deutschland" Voraussetzung, aber der größte Teil seines Volkes teile diese Überzeugung. Lediglich einige Journalisten seien noch „Anhänger des Benesch-Systems", die jedoch mundtot gemacht würden.

Hitler gab sich zunächst konziliant und drückte sein Bedauern über die Hácha zugemutete Reise aus, erklärte jedoch zugleich, daß diese für die Tschecho-Slowakei „von großem Nutzen sein könnte, da es nur noch Stunden seien, bis Deutschland eingreife".[442] Zwar empfinde das „deutsche Volk […] keinen Haß gegen die

[440] Vgl. beispielsweise Ripka, Munich, S. 378; Procházka, Second Republic, S. 138 und S. 218, Anm. 165.

[441] Aufzeichnung Hewels über Besprechung Hitlers mit Hácha, 15.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 228, S. 229–234. Zur Aufzeichnung Háchas über dieses Gespräch siehe Procházka, Second Republic, S. 138–142.

[442] Aufzeichnung Hewels über Besprechung Hitlers mit Hácha, 15.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 228, S. 229–234.

Tschechoslowakei", aber umgekehrt sähe es danach aus. Hitler führte Beispiele aus den vergangenen Jahren an, die eine antideutsche Haltung der tschecho-slowakischen Regierung belegen sollten. Er habe sich daher bereits nach der tschechoslowakischen Mobilmachung im Mai 1938 entschlossen, „die Konsequenzen zu ziehen". Die noch existente Tschecho-Slowakei sei einzig seinem guten Willen zuzuschreiben, denn Großbritannien und Frankreich wären nicht in der Lage gewesen, sich für Prag einzusetzen. Im Herbst 1938 habe er „die letzten Konsequenzen" nicht ziehen wollen, behauptete Hitler wahrheitswidrig, weil er geglaubt habe, „daß ein Zusammenleben möglich sei". In aller Deutlichkeit habe er aber Chvalkovský gewarnt, „daß, wenn die Tendenzen Benesch's nicht restlos verschwinden würden, er diesen Staat rücksichtslos zerschlagen würde". Nun, Monate später, sei noch immer keine Änderung eingetreten, das sehe er an der Presse, der Mundpropaganda, an Entlassungen deutscher Arbeitnehmer, an der angeblich noch immer zu großen Armee und an den Protesten der „Volksdeutschen". Daher habe er „den Befehl gegeben zum Einmarsch der deutschen Truppen und der Eingliederung der Tschechoslowakei ins Deutsche Reich". Er wolle, führte Hitler weiter aus, „der Tschechoslowakei die vollste Autonomie und ein Eigenleben geben", jedoch sei dies „abhängig von der Haltung des tschechischen Volkes und des tschechischen Militärs gegenüber den deutschen Truppen". Die deutsche Armee sei bereits ausgerückt und erste Widerstände seien gebrochen worden. Um 6.00 Uhr morgens überschreite die Wehrmacht „von allen Seiten" die tschecho-slowakische Staatsgrenze, die Luftwaffe besetze die Flughäfen. Es gäbe daher nur zwei Möglichkeiten: Entweder käme es zum Kampf, dann würde der „Widerstand mit allen Mitteln mit Brachialgewalt gebrochen" werden, oder ein Kampf bliebe beiden Seiten erspart, dann wäre an eine Autonomie, ein Eigenleben und eine „gewisse nationale Freiheit" der Tschechen zu denken. „Er täte dieses alles auch nicht aus Haß, sondern um Deutschland zu schützen", erklärte Hitler. Hätte die tschecho-slowakische Regierung im September 1938 nicht nachgegeben, betonte Hitler dem Protokoll zufolge, „so wäre das tschechische Volk ausgerottet worden". Daran hätte ihn niemand gehindert. Er wolle jedoch ein Eigenleben des tschechischen Volkes, was er bei Widerstand aber nicht gewähren könne. In diesem Falle würde die tschecho-slowakische Armee „in zwei Tagen nicht mehr existieren". Die „Welt würde keine Miene verziehen". Sodann suggerierte Hitler, es gebe im NS-Regime noch radikalere Kräfte, die unbedingt wollten, „daß die Tschechoslowakei mit Blut niedergerungen würde". Um dies Hácha deutlich zu machen, habe er ihn nach Berlin gebeten, dies sei „der letzte gute Dienst, den er [Hitler, d.V.] dem tschechischen Volke erweisen könne". Ein Kampf würde zu Blutvergießen und Haß führen, doch lasse sich dies von Hácha verhindern. „Um 6 Uhr", betonte Hitler noch einmal, beginne der Einmarsch, bei dem die Wehrmacht absolut überlegen sei. Er rate daher Hácha und Chvalkovský, sich nun zu beraten.[443]

Der tschecho-slowakische Staatspräsident gab Hitler sogleich zu verstehen, „daß für ihn die Situation völlig klar" sei und daß „hier jeder Widerstand sinnlos" sei. Er wisse jedoch nicht, wie er innerhalb von vier Stunden sein Volk vom Wi-

[443] Ebenda.

derstand zurückhalten solle. Hitler entgegnete, die „nun rollende Militärmaschine lasse sich nicht aufhalten", und empfahl eine Kontaktaufnahme mit Prag. Noch einmal wies Hitler auf die mögliche Konsequenz hin, die in der „Vernichtung der Tschechoslowakei" bestünde. Hácha brachte zum Ausdruck, daß „das heute der schwerste Gang seines Lebens" sei, bevor er sich mit Chvalkovský zur Beratung zurückzog.[444]

Anschließend führte Hácha eine Unterredung mit Göring und zwei kurze Telefonate mit Ministerpräsident Rudolf Beran und Verteidigungsminister Jan Syrový.[445] Göring drohte mit der Bombardierung der tschecho-slowakischen Hauptstadt, was einen Schwächeanfall Háchas zur Folge hatte, der durch eine Spritze von Hitlers Leibarzt Theodor Morell kuriert wurde.[446] Nachdem Hácha sein Bewußtsein wiedererlangt hatte, sprach er mit Chvalkovský und den Mitarbeitern des Auswärtigen Amts die zu unterzeichnenden Dokumente durch. Danach wurde das Gespräch mit Hitler fortgesetzt. Hitler erklärte, ihm liege nicht an einer „Entnationalisierung" der Tschechen, dies widerspräche der „nationalsozialistischen Ideologie".[447] Die Reichsregierung könne „nur wirtschaftlich, militärisch und politisch keinen Gegensatz dulden". Sein Ziel sei nicht die Vernichtung der tschechischen Wirtschaft, sondern ihre Belebung.

Wenig später, um 3.55 Uhr morgens am 15. März 1939, wurde das Abkommen zwischen Hitler, Hácha und den beiden Außenministern unterzeichnet. Darin heißt es, Hitler habe Hácha und Chvalkovský „auf deren Wunsch in Berlin empfangen". Nach „einer Prüfung" der „ernste[n] Lage" in der bisherigen Tschecho-Slowakei seien beide Seiten übereingekommen, „daß das Ziel aller Bemühungen die Sicherung von Ruhe, Ordnung und Frieden" sein müsse. Das Abkommen lautet weiter: „Der tschechoslowakische Staatspräsident hat erklärt, daß er, um diesem Ziele zu dienen und um eine endgültige Befriedung zu erreichen, das Schicksal des tschechischen Volkes und Landes vertrauensvoll in die Hände des Führers des Deutschen Reiches legt. Der Führer hat diese Erklärung angenommen und seinem Entschlusse Ausdruck gegeben, daß er das tschechische Volk unter den Schutz des Deutschen Reiches nehmen und ihm eine seiner Eigenart gemäße autonome Entwicklung seines völkischen Lebens gewährleisten wird".[448] Neben dieser Einverständniserklärung zur nationalsozialistischen Annexion wurde Hácha und Chvalkovský auch eine detaillierte Anweisung für das Militär, die Polizei, den Flugverkehr, das Medienwesen, die Wirtschaft und das öffentliche Leben übergeben, die einen schnellen und reibungslosen Vollzug der Okkupation gewährleisten sollte. Auch diese Erklärung, die bereits am 10. oder 11. März 1939 konzipiert

444 Ebenda.
445 Procházka, Second Republic, S. 140.
446 Aussage Görings vor dem Internationalen Gerichtshof vom 14. 3. 1946, in: IMG 9, S. 341; Schmidt, Statist, S. 430 f.; Keitel, Mein Leben, S 237 f.; Meissner, Staatssekretär, S. 478; Procházka, Second Republic, S. 141.
447 Aufzeichnung Hewels über Besprechung Hitlers mit Hácha, 15. 3. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 228, S. 229–234.
448 Erklärung der deutschen und der tschecho-slowakischen Regierung, 15. 3. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 229.

worden war, unterschrieben Hácha und Chvalkovský angesichts der überzeugenden militärischen Drohung und der Aussichtslosigkeit eines Widerstandes.[449]

Goebbels, der in „fieberhafter Spannung" (TG, 15.3.1939) zusammen mit den anderen führenden Nationalsozialisten in der Reichskanzlei ausgeharrt hatte, erfuhr nun sogleich von Hitler von dessen Gespräch mit dem tschecho-slowakischen Staatspräsidenten. In sein Tagebuch notierte er: „Die Verhandlungen werden mit roher Erbitterung geführt.[450] Hacha fällt einmal in Ohnmacht. Dann Kapitulation auf der ganzen Linie. Sie nehmen mehr an, als wir überhaupt für möglich gehalten hatten. Ohne Bedingungen. Befehl an ihre eigenen Truppen, keinen Widerstand zu leisten. Der Führer ist überglücklich. Das kann er auch sein. Das größte politische Geniestück aller Zeiten. Alles schon unterzeichnet. Der Führer diktiert noch eine Proklamation an das deutsche Volk und einen Befehl an unsere Truppen" (TG, 15.3.1939). Die Wiedergabe des Verhandlungsverlaufs trifft zu, ebenso der Kollaps Háchas. Interessant ist die Aussage Goebbels', daß Hitler von der vollständigen, bedingungslosen Annahme seiner Forderungen überrascht worden war. Dies war bisher gelegentlich vermutet worden, konnte aber nicht hinreichend belegt werden.[451] Neu dürfte auch die Erkenntnis sein, daß Hitler die Proklamation an das deutsche Volk und den Befehl an die Wehrmacht in den frühen Morgenstunden diktiert hatte.[452] Bisher wurde angenommen, Hitler habe beides schon vor dem Gespräch abgefaßt.[453] Dazu bestand aufgrund der relativ geringen Bedeutung beider Texte – im Gegensatz zu dem „Statut" des „Protektorats" oder der Hácha abgenötigten Erklärungen – keine Notwendigkeit.

Goebbels verlas die von Hitler im Morgengrauen eilig diktierte Proklamation um 6.00 Uhr im Rundfunk, bevor er sich „todmüde", wie er schrieb, schlafen legte (TG, 15.3.1939).[454] In dieser wurde dem deutschen Volk mitgeteilt, daß sich die nationalen Minderheiten von Prag losgesagt hätten: „Die Tschecho-Slowakei hat damit aufgehört zu existieren", hieß es in der Proklamation. Erst im Anschluß daran berichtete Goebbels über angebliche zahlreiche „wüste Exzesse", denen „zahlreiche Deutsche zum Opfer" gefallen seien. Daher habe Hitler „deutsche Truppen nach Böhmen und Mähren einmarschieren" lassen, die „die terroristischen Banden und die sie deckenden tschechischen Streitkräfte entwaffnen" und

[449] Ebenda, Anlagen 1 und 2; Entwurf in: ADAP, D 4, Dok. 188.

[450] Im Gegensatz zu Goebbels' Schilderung schrieb der damalige Chef der Präsidialkanzlei Hitlers, Otto Meissner, Staatssekretär, S. 476, in seinen Memoiren über die Begegnung Hitlers mit Hácha: „Die Besprechung mit Hitler […] verlief – im Gegensatz zu späteren Tendenzmeldungen über heftige Zusammenstöße und brutale Bedrohungen – in Ruhe und in korrekten Formen." Weizsäcker hingegen schrieb in seinen Erinnerungen, S. 217, die Verhandlungen seien „eine politische Erpressung" gewesen.

[451] Vgl. Domarus, Hitler, Bd. 2, S. 1095; Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 233f., die sich auf die Nachkriegserinnerungen von Hitlers Sekretärin Christa Schröder beziehen.

[452] Proklamation Hitlers, 15.3.1939, in: IfZ, Archiv, DNB-Berichte, 15.3.1939, Bl. 7f.; DDP, Bd. 7/1, Dok. 83a, S. 499f.; sowie Domarus, Hitler, Bd. 2, S. 1095f. Befehl Hitlers an die deutsche Wehrmacht, 15.3.1939, in: IfZ, Archiv, DNB-Berichte, 15.3.1939, Bl. 8f.; DDP, Bd. 7/1, Dok. 83b, S. 500f.; Domarus, Hitler, Bd. 2, S. 1096.

[453] Domarus, Hitler, Bd. 2, S. 1096; Procházka, Second Republic, S. 142.

[454] Diese Zeitangabe findet sich auch bei Hagemann, Publizistik, S. 384.

die Bürger „in Schutz nehmen“ würden.[455] Ursprünglich sollte Goebbels, wie er im selben Tagebucheintrag festhielt, die Proklamation um 7.00 Uhr (TG, 15. 3. 1939), eine Stunde nach Beginn des Einmarsches, verlesen. Angesichts der bedingungslosen Annahme der Forderungen durch Hácha war eine derartige Taktik nicht mehr nötig. Goebbels war nicht nur wegen der gelungenen Erpressung Háchas erleichtert, sondern auch wegen der von Hitler nun noch einmal angekündigten längeren „Ruhepause“, die er „nach der glücklichen Beendigung dieser Aktion“ einlegen wollte. „Das ist auch nötig“, kommentierte Goebbels: „Allmählich machen die Nerven nicht mehr mit“ (TG, 15. 3. 1939).

6. Die Besetzung Böhmens und Mährens, die Errichtung des „Protektorats“ und der deutsch-slowakische „Schutzvertrag“

Noch in Anwesenheit Háchas und Chvalkovskýs hatte Hitler gegen 3.00 Uhr morgens am 15. März 1939 Keitel den endgültigen Marschbefehl erteilt.[456] Ab 4.00 Uhr wurde der Einmarsch im Prager Rundfunk mit der Anweisung, keinerlei Widerstand zu leisten, angekündigt.[457] Zwei Stunden später begann die Besetzung Böhmens und Mährens.[458] Die einrückenden Verbände der Wehrmacht hatten laut Weisung „erst in der Nacht vor der Grenzüberschreitung ihre Standorte zu verlassen“, um Reaktionen der Gegenseite möglichst zu vermeiden. Aus demselben Grund sollten auch keine Reservisten eingezogen werden, sondern die „Aktion nur mit der Friedenswehrmacht“ durchgeführt werden.[459] Zwei Heeresgruppen waren beteiligt: Die Heeresgruppe III (Dresden) unter General der Infanterie Johannes Blaskowitz rückte in Böhmen, die Heeresgruppe V (Wien) unter General der Infanterie Wilhelm List in Mähren ein. Blaskowitz und List übernahmen in den zu besetzenden Gebieten die vollziehende Gewalt.[460] Als Chef der Zivilverwaltung fungierte unterhalb der Heeresleitung Konrad Henlein in Böhmen und Josef Bürckel in Mähren. Trotz Schneeverwehungen und Glatteises scheinen die Verbände des Heeres am ersten Tag ihre Marschziele erreicht zu haben, wie aus einer anerkennenden Mitteilung Hitlers an den Oberbefehlshaber des Heeres,

[455] Proklamation Hitlers, 15. 3. 1939, in: IfZ, Archiv, DNB-Berichte, 15. 3. 1939, Bl. 7 f.; DDP, Bd. 7/1, Dok. 83a, S. 499 f.; sowie Domarus, Hitler, Bd. 2, S. 1095 f.

[456] Keitel, Mein Leben, S. 237.

[457] Procházka, Second Republic, S. 142.

[458] Sie ist bislang aufgrund der ungünstigen Quellenlage nicht Gegenstand einer ausführlichen wissenschaftlichen Abhandlung geworden. Vgl. Umbreit, Deutsche Militärverwaltungen, S. 57.

[459] 2. Nachtrag vom 17. 12. 1938 zur Weisung vom 21. 10. 1938, in: IMG 34, Dok. 138–C, S. 483 f.

[460] Verfügung Hitlers, 15. 3. 1939, in: IfZ, Archiv, DNB-Berichte, 15. 3. 1939, Bl. 37, auch in: Domarus, Hitler, Bd. 2, S. 1096. Die Abgabe der vollziehenden Gewalt an zivile Stellen ordnete Hitler am 25. 3. 1939 zum 6. 4. 1939 an; vgl. ADAP, D 6, Dok. 9, S. 99; Wagner, Besetzung der Tschechoslowakei, S. 581. Zur Militärverwaltung in den Operationszonen siehe Umbreit, Deutsche Militärverwaltungen, S. 48–62.

Walther von Brauchitsch, hervorgeht.[461] Goebbels erfuhr drei Tage später von Hitler, daß die „Truppen […] bei Schnee und Kälte wahnsinnige Strapazen zu überwinden" gehabt hätten, weshalb „der Führer" deren „Leistungen" vollauf gelobt habe (TG, 18.3.1939). Vorrangiges Ziel der militärischen Operation war, wie auch Goebbels bekannt war, bereits am ersten Tag um 10.00 Uhr „in Prag" zu sein (TG, 15.3.1939). Die ersten Vorauskommandos erreichten die Prager Burg um 9.15 Uhr.[462] Ein Grund für diese Eile bestand, wie auch beim „Anschluß" Österreichs, in der gewünschten Sicherstellung tschechoslowakischer Akten. Ein Sonderbeauftragter Görings hatte die Aufgabe, alle Akten des Chiffrierbüros des Außenministeriums sofort zu beschlagnahmen und zu versiegeln.[463] Dennoch gelang es der tschecho-slowakischen Regierung, dem Generalstab, dem Außenministerium und dem Geheimdienst, wichtige Akten zu vernichten oder in Sicherheit zu bringen.[464] Auch auf wirtschaftlichem Gebiet war Eile geboten, um beispielsweise an die tschecho-slowakischen Goldreserven zu gelangen, ein Ziel, das Göring schon vier Wochen zuvor ausgegeben hatte.[465]

Goebbels beschreibt in seinem Tagebuch den Einmarsch der deutschen Truppen nur in wenigen Sätzen, so wie er auch die Besetzung Österreichs und des Sudetenlandes äußerst knapp vermerkt hatte. Der Ablauf der militärischen Vorgänge lag außerhalb seines Zuständigkeits- und Interessensbereichs: „Der Einmarsch vollzieht sich reibungslos. Nirgendwo sind Zwischenfälle zu verzeichnen. Die Tschechen nehmen die Neuordnung der Dinge ruhig und gefaßt entgegen" (TG, 16.3.1939), schrieb Goebbels. Er vertrat die Auffassung, daß es „so für alle das Beste" sei, wodurch er zum Ausdruck brachte, daß er einen Widerstand der tschecho-slowakischen Armee für wenig erfolgversprechend hielt. Zugleich zeigt sich hier seine Erleichterung darüber, daß der Wehrmacht Kampfhandlungen erspart blieben. Angesichts der störungsfreien Besetzung gab Goebbels „Presse

461 Vgl. Schreiben Hitlers an Brauchitsch, 16.3.1939, in: IfZ, Archiv, DNB-Berichte, 16.3.1939, Bl. 12, auch in: Domarus, Hitler, Bd. 2, S. 1100f. Keitel, Mein Leben, S. 238; Wagner, Besetzung der Tschechoslowakei, S. 582.

462 Vgl. Procházka, Second Republic, S. 143; IfZ, Archiv, DNB-Berichte, 15.3.1939, Bl. 18, 20.

463 Telegramm Weizsäckers an die Gesandtschaft Prag, 15.3.1939, PA/AA, R 29772, Fiche 1199, Bl. 447233. Bereits am 16.3.1939 meldete Hencke nach Berlin: „Auftrag ausgeführt. Chiffriermaterial und politisches Archiv vorläufig sichergestellt." Telegramm Henckes, 16.3.1939, PA/AA, R 29772, Fiche 1200, Bl. 447284. Auch Hitler selbst besaß großes Interesse an diesen Akten und scheint sie durchgesehen zu haben. Denn drei Monate später erzählte er Goebbels auf dem Obersalzberg, wie dieser überliefert, daß London „Prag gegenüber […] nur geblufft" habe: „Das beweisen die von uns beschlagnahmten Akten im tschech. Außenministerium", TG, 21.6.1939. Ein Teil dieser Akten wurde noch während des Krieges vom NS-Regime mit dem Ziel veröffentlicht, den Nachweis zu liefern, daß die Tschecho-Slowakei stets die „Niederhaltung des Reiches durch die europäischen Großmächte" im Sinn gehabt habe. Vgl. Berber, Europäische Politik, Einleitung, S. 11.

464 Procházka, Second Republic, S. 142f. und S. 220, Anm. 185.

465 Schreiben Görings an das A.A., 18.2.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 170. Ulrich v. Hassell bezeichnete die erfolgreiche Sicherung der Edelmetallbestände in seinem Tagebuch, Eintrag vom 22.3.1939, als „Golddiebstahl"; in: Hiller v. Gaertringen, Hassell-Tagebücher, S. 85.

und Rundfunk" die „Anweisung, weiterhin für Ruhe und Frieden einzutreten" (TG, 16. 3. 1939).[466] „Die Operation ist gelungen", vermerkte Goebbels glücklich im Tagebuch, da aus „Paris und London […] keinerlei Reaktionen zu verzeichnen" gewesen seien (TG, 16. 3. 1939).[467] Wenige Zeilen darunter steht geschrieben: „Chamberlain und Halifax reden sich im Unterhaus heraus. Garantie sei noch nicht inkraft getreten. Im Übrigen bedauern sie Versagen des Münchener Abkommens. Sonst Resignation" (TG, 16. 3. 1939). Ganz ähnlich lautete ein Bericht Herbert von Dirksens, des deutschen Botschafters in London: „Die von England in München in Aussicht gestellte Garantie der Grenze des tschechoslowakischen Staates wird als noch nicht in Kraft befindlich angesehen, da die Grenze selbst noch nicht endgültig feststünde und Voraussetzung für die britische Garantie die Übernahme einer gleichen Garantie durch die übrigen Unterzeichner des Münchener Abkommens ist".[468]

Auch über die Okkupation erhielt Goebbels neue Nachrichten: „In Prag alles ruhig. Bisher kein Zwischenfall. Vollste Ordnung. Die Besetzung des ganzen Gebietes ist bis zum späten Abend vollzogen. Ein Meisterstück militärischer Organisation", schrieb er anerkennend (TG, 16. 3. 1939). Obgleich der militärische Einmarsch in Böhmen und Mähren bislang nicht hinreichend erforscht ist, scheint Widerstand tatsächlich kaum erfolgt zu sein.[469] Schon am Morgen hatte das Gruppenkommando in Dresden die Nachricht verbreitet, nach den vorliegenden Meldungen habe „der Vormarsch der Truppen sich bisher überall planmäßig und reibungslos vollzogen mit Ausnahme von Mährisch-Ostrau, wo der gegnerische Kommandant vorübergehend Schwierigkeiten machen wollte".[470] In seinem zweiten Tagebucheintrag seit Beginn der Besetzung verzeichnete Goebbels zwar Proteste, aber keinen militärischen Widerstand: „Beim Einmarsch unserer Truppen in Prag hat es doch eine Unmenge von Gegendemonstrationen gegeben. Aber Ernsthaftes ist dabei nicht passiert. Und Prag hat noch zuviele Juden und Marxisten.

[466] Sänger berichtete folgende Ausführungen Fritzsches in der Pressekonferenz am 15. 3.: „Einigen Zeitungen ist schon vorbeugend mitgeteilt worden, daß es jetzt unzweckmäßig wäre, jetzt noch weiterhin Notiz zu nehmen von den Meldungen über Überfälle auf Deutsche und so weiter." In: NS-PrA, Bd. 7, Nr. 792, 15. 3. 1939; vgl. auch Hagemann, Publizistik, S 384.

[467] Der Generalquartiermeister des Heeres schrieb am 14. 3. 1939 in einem Brief an seine Frau: „Ich glaube, daß nicht viel passieren wird, auch das Ausland hat sich desinteressiert. – Ende der Tschechei!" Brief abgedr. in: Wagner, Besetzung der Tschechoslowakei, S. 581.

[468] Telegramm Dirksens, 14. 3. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 220. Zur Garantiefrage siehe auch Laffan, Survey of International Affairs 1938, Vol. III, S. 204–216.

[469] Legationsrat v. d. Heyden-Rynsch notierte am 17. 3. nach einem Anruf des OKW über Zwischenfälle beim Heeresgruppenkommando III lediglich drei kleinere Widerstandshandlungen, jedoch ohne Tote, PA/AA, R 29772, Fiche 1200, Bl. 447301. Der Generalquartiermeister des Heeres schrieb über den Einmarsch in einem Privatbrief am 17. 3. 1939, daß dieser „generalstabsmäßig hervorragend geklappt" habe, und hielt weiter fest: „Passiert ist bis jetzt so gut wie nichts". Brief abgedr. in: Wagner, Besetzung der Tschechoslowakei, S. 582.

[470] Anonyme Aufzeichnung aus dem Büro Weizsäckers über Telefonat mit Botschafter Karl Ritter, z. Zt. Dresden, 15. 3. 1939, 9.10 Uhr, PA/AA, R 29772, Fiche 1199, Bl. 447230.

Die werden wir schon ausräuchern" (TG, 17. 3. 1939).[471] Diese Metapher aus dem Bereich der Ungeziefer-Bekämpfung ist bezeichnend und deutet auf die Radikalisierung des Antisemitismus nach den Novemberpogromen hin.

Während Goebbels an diesem 15. März 1939 die Proklamation Hitlers im Rundfunk verlas, war Hitler, wie auch Goebbels wußte, „bereits zu den Truppen abgereist" (TG, 16. 3. 1939). Hitler wollte „nach Prag", wie Goebbels überliefert, „um dort Hacha feierlich die neue Verfassungsurkunde von Böhmen und Mähren zu überreichen" (TG, 16. 3. 1939). „Damit steht dann dieses Gebiet endgültig unter unserem Protektorat", schrieb er weiter. Noch am Abend erfuhr Goebbels, daß Hitler „in Prag" angekommen sei und „Wohnung auf dem Hradschin" genommen habe (TG, 16. 3. 1939).[472] Goebbels' Begeisterung war grenzenlos, wie sein Tagebuchnotat belegt: „Das klingt fast wie ein Märchen und ist doch Wahrheit, ganze, volle, beglückende Wahrheit. / In welch einer großen Zeit leben wir! / Und welch ein Segen, daran mitarbeiten zu dürfen!" (TG, 16. 3. 1939). Nach seiner Rückkehr erzählte Hitler Goebbels von seinem Eintreffen in Prag, was Goebbels im Tagebuch überliefert: „Auf dem Hradschin war buchstäblich kein Mensch, als er ankam. Die Prager Bevölkerung hat sich ganz neutral verhalten. Mehr kann man ja auch im Augenblick kaum verlangen" (TG, 20. 3. 1939). Diese Schilderung Hitlers deckt sich mit anderen Quellen: Die tschechische Bevölkerung ging den Besatzern aus dem Weg.[473]

Am nächsten Tag, 16. März 1939, wurde das Statut des „Protektorats" in Prag verkündet und Hácha von Ribbentrop, nicht von Hitler selbst, wie zunächst wohl beabsichtigt, übergeben. Bereits am Mittag des 14. März 1939 hatte Hitler das Statut mit Goebbels durchgesprochen, worüber der Propagandaminister im Tagebuch vermerkte: „Wir sprechen das neue Statut für Böhmen und Mähren durch: sie stehen unter Reichsprotektorat. Behalten ihre eigene Verwaltung. Tschechen werden nicht germanisiert[474], genießen aber den Schutz des Reiches. Militär-, Außen- und Wirtschaftspolitik gemeinsam. Sonst Autonomie. Das ist eine klare Aufteilung. So wird es auch im Ganzen werden. Einzelheiten werden vielleicht noch abgeändert" (TG, 15. 3. 1939). Daß die Ausarbeitung des Statuts noch in Berlin und bis 14. März erfolgte, ist eine neue Erkenntnis.[475] Noch interessanter ist ein anderes Detail der neuen „Verfassung" Böhmens und Mährens, das sich aus einem Tagebucheintrag vom 17. März ersehen läßt: „Ribbentrop verliest vom Hradschin aus das neue Statut von Böhmen und Mähren. Es ist fast ganz so geblieben,

[471] Zu den folgenden antijüdischen Maßnahmen in Böhmen und Mähren siehe Oprach, Nationalsozialistische Judenpolitik im Protektorat.

[472] Siehe hierzu Procházka, Second Republic, S. 144f.; Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 234f.

[473] Procházka, Second Republic, S. 144.

[474] Diese Bemerkung verdeutlicht, daß Hitler nicht Völker, sondern nur Boden für germanisierbar hielt; vgl. Wirsching, „Man kann nur Boden germanisieren", S. 517–550.

[475] Procházka, Second Republic, S. 144f., hatte unter Berufung auf Nachkriegsaussagen der Beteiligten geschrieben, Hitler habe mehrere Rechtsexperten mit nach Prag genommen, denen nur wenige Stunden geblieben seien, um das Statut zu entwerfen. Mastný, Design or Improvisation, S. 149, nannte als Datum der Ausarbeitung den 15. 3. 1939. Auch Neliba, Frick, S. 300, nahm an, das Statut sei erst am 15./16. 3. 1939 in Prag ausgearbeitet worden.

wie der Führer es in Berlin plante: Reichsprotektorat. Nur bleiben Böhmen und Mähren zusammen. Eine außerordentlich klare und glückliche Lösung" (TG, 17. 3. 1939), fand Goebbels. Hitler hatte also zunächst geplant, zwei Protektorate zu errichten, also Böhmen und Mähren zu trennen. Andernfalls ergäbe die Notiz Goebbels', daß „Böhmen und Mähren" nun doch „zusammen" blieben (TG, 17. 3. 1939), keinen Sinn.

Weniger deutlich hatte Goebbels dies schon bei seinem ersten Eintrag zum Ausdruck gebracht, als er schrieb, „sie stehen unter Reichsprotektorat", was sich auf die Länder Böhmen und Mähren bezog. Auch hatte Goebbels festgehalten, daß sie „ihre eigene Verwaltung", also ihre jeweils bestehenden Landesverwaltungen in Prag und Brünn, behalten würden (TG, 15. 3. 1939), was ebenfalls auf die geplante Errichtung zweier Protektorate hindeutet. Die Annahme, Goebbels könnte sich hier getäuscht haben, ist auszuschließen, da er dies in einem persönlichen Gespräch mit Hitler erfahren hatte, und Hitler ihm nicht nur vom Statut erzählt zu haben scheint, sondern es mit ihm, wie Goebbels schrieb, durchgesprochen habe, es ihm möglicherweise auch vorlas. Die Aufteilung des böhmisch-mährischen Raumes in zwei Protektorate hätte zudem eine noch stärkere Schwächung Prags bedeutet, auch deshalb ist diese Absicht keinesfalls unwahrscheinlich. Eine weitere Bestätigung dieser Annahme liefert eine Aufzeichnung Weizsäckers über ein Gespräch mit Attolico am Vormittag des 15. März, also vor der Verkündung der neuen „Verfassung" durch Ribbentrop in Prag. Auf die Frage nach dem Ausmaß der Autonomie, die das NS-Regime der „Resttschechei", wie Weizsäcker schrieb, geben würde, erklärte der Staatssekretär seiner Notiz zufolge: „Ich habe Attolico gesagt, ich glaubte kaum, daß man von einer Resttschechei sprechen könne. Vielleicht würde dieses Gebiet künftig in zwei Länder, Böhmen und Mähren, zerfallen".[476] Auch Weizsäcker war also über den ursprünglichen Plan informiert, die „Resttschechei" völlig zu zerschlagen, indem zwei Protektorate geschaffen werden sollten.[477] Tatsächlich ist in den Akten des Auswärtigen Amts ein Entwurf für die Schaffung zweier Protektorate überliefert. Darin heißt es: „Das Land Böhmen mit der Hauptstadt Prag und das Land Mähren mit der Hauptstadt Brünn treten als voneinander unabhängige Reichsprotektorate unter die Garantie und den Schutz des Deutschen Reiches".[478]

[476] Aufzeichnung Weizsäckers über Gespräch mit Attolico, 15. 3. 1939, PA/AA, R 29772, Fiche 1199, Bl. 447237.

[477] Auch den Militärs war offenbar bekannt, daß zunächst beabsichtigt worden war, Böhmen und Mähren staatsrechtlich zu trennen. Der Generalquartiermeister des Heeres, Eduard Wagner, hatte in einem Brief an seine Frau am Abend des 15. 3. 1939 geschrieben: „Mähren behalten wir […], Böhmen wird ein souveräner Staat (beschränkte Souveränität)". Brief abgedr. in: Wagner, Besetzung der Tschechoslowakei, S. 582.

[478] „Die Reichsregierung", so der 2. Artikel des Entwurfs, „bestellt als ihren Vertreter in Prag und Brünn je einen Generalresidenten (Reichskommissar, Gouverneur, Landesmarschall?). Die beiden Reichsprotektorate werden in Berlin bei der Reichsregierung durch je einen Gesandten vertreten." Artikel 3 lautet: „Die beiden Reichsprotektorate werden von selbstgewählten, vom Generalresidenten zu bestätigenden Regierungen verwaltet, und sie erhalten eine Verfassung, die ihnen auf allen Gebieten eine völlig autonome Entwicklung ihres völkischen Lebens gewährleistet." Artikel 4: „Die Wahrnehmung der auswärtigen Interessen der Reichsprotektorate gegenüber dritten Ländern

Die von Ribbentrop am 16. März 1939 um 13.00 Uhr bekanntgegebene neue „Verfassung" für das „Protektorat", die das Ende des tschecho-slowakischen Staates bedeutete, bestand juristisch gesehen in einem Erlaß Hitlers. In diesem wurde in einer langen Einführung versucht, die Zugehörigkeit Böhmens und Mährens zum Deutschen Reich zu begründen. Er begann mit den Worten: „Ein Jahrtausend lang gehörten zum Lebensraum des deutschen Volkes die böhmisch-mährischen Länder".[479] Diese seien durch „Gewalt und Unverstand […] aus ihrer alten, historischen Umgebung willkürlich gerissen" worden, was eine deutliche Kritik an den Vätern der Pariser Vorortverträge nach Ende des Ersten Weltkrieges bedeutete. Das Deutsche Reich, heißt es darin weiter, habe „in seiner tausendjährigen geschichtlichen Vergangenheit bereits bewiesen, daß es dank sowohl der Größe als auch der Eigenschaften des deutschen Volkes allein berufen" sei, Gestalter einer „vernünftigen, mitteleuropäischen Ordnung" zu sein. Die Details des Statuts – „Reichsprotektorat", „Schutz" durch das Reich, eigene Verwaltung, Autonomie, gemeinsame „Militär-, Außen- und Wirtschaftspolitik" –, die Goebbels von Hitler selbst in Berlin erfahren hatte, sind alle Bestandteil des Entwurfs[480] und des schließlich veröffentlichten, in 13 Artikel untergliederten Erlasses: In Artikel 1 war festgelegt worden, daß die „von den deutschen Truppen im März 1939 besetzten Landesteile der ehemaligen Tschecho-Slowakischen Republik […] von jetzt ab zum Gebiet des Großdeutschen Reiches" gehören und „als ‚Protektorat Böhmen und Mähren' unter dessen Schutz" treten.[481] Artikel 3 bestimmte: „Das Protektorat Böhmen und Mähren ist autonom und verwaltet sich selbst". Allerdings wurde nach Artikel 5 als „Wahrer der Reichsinteressen" ein „Reichsprotektor in Böhmen und Mähren" vom „Führer und Reichskanzler" eingesetzt. Dieser „Reichsprotektor" war „Vertreter des Führers und Reichskanzlers" und sollte im „Protektorat" „für die Beachtung der politischen Richtlinien des Führers und Reichskanzlers sorgen". Die Mitglieder der Regierung des „Protektorats" bedurften der „Bestätigung" durch den Reichsprotektor, der diese zurücknehmen konnte. Der Reichsprotektor konnte nicht nur gegen Maßnahmen der Regierung „Einspruch einlegen", sondern auch „notwendige Anordnungen treffen". Auch gegen Gesetze, Verordnungen, Verwaltungsmaßnahmen und Gerichtsurteile konnte er Widerspruch einlegen, was zur Aussetzung der Rechtsakte führte. Artikel 6 des Erlasses regelte die Wahrnehmung der „auswärtigen Angelegenheiten des Protektorats" durch „das Reich", was bedeutete, daß sich die bisherigen diplomatischen Vertretungen der Tschecho-Slowakei mit sofortiger Wirkung den deutschen Missionen zu unterstellen

obliegt dem Deutschen Reich." Vgl. anonyme, nicht datierte Aufzeichnung aus den Akten des Staatssekretärs, PA/AA, R 29772, Fiche 1200, Bl. 447271–273, hier Bl. 447271 f. Auf dieses Dokument wies erstmals und einzig Mastný, Design or Improvisation, S. 149, hin, wenngleich ihm Hitlers Kenntnis davon unbekannt war.

479 Erlaß des Führers und Reichskanzlers über das Protektorat Böhmen und Mähren, 16. 3. 1939, RGBl. 1939, Teil I, S. 485–488, hier S. 485.

480 Anonyme Aufzeichnung o. D. aus den Akten des Staatssekretärs, PA/AA, R 29772, Fiche 1200, Bl. 447271–273.

481 Erlaß des Führers und Reichskanzlers über das Protektorat Böhmen und Mähren, 16. 3. 1939, RGBl. 1939, Teil I, S. 485–488.

hatten.[482] Artikel 7 beinhaltete den „militärischen Schutz" des „Protektorats" durch das Reich, der das NS-Regime zur Errichtung von „Garnisonen und militärische[n] Anlagen" berechtigte. Artikel 9 bestimmte die Eingliederung des „Protektorats" in das deutsche „Zollgebiet" und unterstellte es der deutschen „Zollhoheit".[483] Daneben wurde nun zwischen den deutschstämmigen Reichsbürgern des „Protektorats" mit bürgerlichen Rechten und den „übrigen Bewohner[n]" unterschieden, die „Staatsangehörige des Protektorats" wurden und infolgedessen kaum Rechte besaßen (Art. 2). Das Reich war auch berechtigt, „Rechtsvorschriften mit Gültigkeit für das Protektorat" zu erlassen, „Verwaltungszweige in [die] eigene Verwaltung" zu übernehmen, neue Behörden einzurichten und generell „die zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung erforderlichen Maßnahmen" zu treffen (Art. 11).

Zum „Reichsprotektor für Böhmen und Mähren" wurde am 18. März der frühere Reichsaußenminister Konstantin von Neurath „ernannt", was auch Goebbels im Tagebuch vermerkte (TG, 19. 3. 1939). Goebbels hielt dies für „eine ausgezeichnete Lösung" und begründete es folgendermaßen: „Neurath ist klug, wenn nötig hart, diplomatisch geschult und im Bedarfsfall sehr verbindlich. Er hat eine schwere Aufgabe, wird sie aber zweifellos meistern" (TG, 19. 3. 1939). Es überrascht, daß Goebbels nicht das Argument anführte, die Wahl Neuraths habe der Welt, vor allem den Westmächten, suggerieren sollen, dem „Protektorat" gegenüber würde künftig eine gemäßigte Politik betrieben werden. Die Mitwirkung an dieser angeblichen Verschleierung war Neurath vor dem Nürnberger Gerichtshof vorgeworfen worden.[484] Tatsächlich scheint Hitler, worauf eine Vielzahl von Tagebuchnotaten in dieser Phase hindeutet, auf die Westmächte kaum mehr Rücksicht

[482] In einem Rundtelegramm an alle diplomatischen Missionen des Deutschen Reichs schrieb Weizsäcker am 15. 3. 1939: „Für Morgen, Donnerstag 16. März, ist eine voraussichtlich durch Rundfunk zu verbreitende Proklamation des Führers zu erwarten, wonach der bisherige tschecho-slowakische Auswärtige Dienst aufhört und in deutsche Hände übergeht. Ich bitte Sie, sobald diese Rundfunkmitteilung dort aufgenommen wird oder von hier entsprechende Weisung ergeht, sich sofort mit den dortigen tschecho-slowakischen Missionschefs, sofern ein solcher vorhanden ist, in Verbindung zu setzen und analog dem vorjährigen Verfahren bei der Eingliederung Österreichs sich von ihm die ihm unterstehende Behörde übergeben zu lassen. Größter Wert wird darauf gelegt, daß vor allem das gesamte politische und geheime Material übergeben und sichergestellt wird." PA/AA, R 29772, Fiche 1199, Bl. 447263. Am 16. 3. 1939 meldete Hencke an das A.A., Chvalkovský habe die tschechischen Missionen im Ausland an diesem Tag angewiesen, „sich deutschen Missionen zu unterstellen, Weisungen auszuführen, insbesondere alle Akten zur Verfügung zu stellen." Telegramm Henckes, 16. 3. 1939, PA/AA, R 29772, Fiche 1200, Bl. 447285. Vorausgegangen war eine „Anregung" Weizsäckers am selben Tag, Chvalkovský möge dies tun; vgl. ADAP, D 6, Dok. 5.

[483] Erlaß des Führers und Reichskanzlers über das Protektorat Böhmen und Mähren, 16. 3. 1939, RGBl. 1939, Teil I, S. 485–488.

[484] Die Anklage in Nürnberg hatte Neurath vorgeworfen, wie dessen Verteidiger rekapitulierte, sich mit seinem in Diplomatenkreisen geachteten Ruf zur Verfügung gestellt zu haben, um der Welt vorzutäuschen, „die Tschechen sollten maßvoll behandelt werden, während das Gegenteil der Fall sein sollte". Neurath hingegen behauptete während des Prozesses, Hitler habe ihm gesagt, er solle versuchen, „die Tschechen mit dem neuen Zustand zu versöhnen" und die „deutsche Bevölkerung vor Ausschreitungen zurückhalten". Aussagen Otto v. Lüdinghausens und Konstantin v. Neuraths vom 24. 6. 1946, in: IMG 16, S. 717f.

genommen zu haben.[485] Beachtenswert ist auch die Charakterisierung Neuraths durch Goebbels als „wenn nötig hart", die dem lange Zeit vorherrschenden Bild Neuraths widerspricht. Wenige Monate später relativierte Goebbels diese Aussage jedoch, indem er an Neurath kritisierte, daß dieser „einmal allzu scharf, einmal allzu nachgiebig" (TG, 14.6.1939) sei und „weich, wenn er hart, und hart, wenn er weich sein müßte" (TG, 17.6.1939).

Die Errichtung des „Protektorats" brachte auch für Goebbels neue Aufgaben mit sich, nämlich die Förderung der deutschen Kultur in Böhmen und Mähren sowie die Kontrolle über die tschechische Kultur. Wenige Tage nach der Gründung des „Protektorats" erörterte Goebbels mit Max Amann die Frage der dortigen Presse. Sie vereinbarten den Kauf „deutsch-geschriebene[r] Blätter" und die „Kontrolle" der tschechischen Zeitungen (TG, 21.3.1939). Zugleich war Goebbels auch mit „Filmfragen" befaßt und mit der Entscheidung, was sie in dieser Angelegenheit „mit Prag machen sollen" (TG, 21.3.1939). „Wir müssen natürlich eine Reihe von tschechischen Filmen drehen", schrieb Goebbels. Andererseits kamen ihm die „Ateliers in Prag" gerade recht für die Produktion deutscher Filme (TG, 21.3.1939). Am 21. März besprach Goebbels mit Hitler die Kulturangelegenheiten des „Protektorats", worüber er im Tagebuch festhielt: „Die tschechische Kultur überlassen wir sich selbst. Wir pflegen nur die deutsche Kultur. Die Filmateliers soll ich aufkaufen und vielleicht eine Prager Zeitung" (TG, 23.3.1939). Anschließend kamen sie auf die Politik zu sprechen, die dem „Protektorat" gegenüber künftig betrieben werden sollte: „Wir werden den Tschechen, wenn sie sich loyal verhalten, weit entgegenkommen. Sie müssen immer noch etwas zu verlieren haben" (TG, 23.3.1939). Exakt diese Strategie vermittelte Hitler später dem stellvertretenden Reichsprotektor K. H. Frank: Man müsse „mit der tschechischen Angst, die Autonomie zu verlieren", so Frank, „ständig politisch operieren".[486]

Nach dem Ausbleiben des slowakischen Gesuchs nach Schutz durch das Deutsche Reich am 14. März wurde die westliche Slowakei bis zu den Kleinen Karpathen/Waagtal gleichzeitig mit Böhmen und Mähren von der Wehrmacht am Morgen des folgenden Tages besetzt. Als Reaktion darauf bewirkten die germanophilen Vertreter der Slowakei, vor allem Vojtěch Tuka und Ferdinand Ďurčanský, die Absetzung von Ministerpräsident Karol Sidor. Über verschiedene Kanäle, Josef Bürckel, Franz Karmasin und andere, wurde der slowakischen Regierung zudem nahegelegt, nun unverzüglich das mit Ribbentrop vereinbarte Telegramm nach Berlin zu senden. Nicht zuletzt aufgrund der Hoffnung, die Besetzung der Westslowakei rückgängig machen zu können, sandte Tiso noch am Abend des 15. März das Schutzgesuch an Hitler ab.[487] Hitler bestätigte in seinem Antworttelegramm am 16. März lediglich den Empfang des Gesuchs und sicherte zu, „den Schutz des

[485] Vgl. beispielsweise TG, 18.3.1939.
[486] Protokoll Franks über Unterredung mit Hitler, 11./12.10.1940, zit. nach: Küpper, Frank, S. 133f.
[487] Hoensch, Die Slowakei, S. 335–337.

slowakischen Staates“ zu übernehmen.[488] Von einer Garantie der territorialen Unversehrtheit, die in Berlin mit Tiso besprochen worden war, war nun keine Rede mehr. Allerdings hatte Hitler gegenüber Tiso gedroht, würde die Slowakei zögern, so überließe er sie ihrem Schicksal. Auch hatte er gesagt, das Deutsche Reich sei östlich der Karpathen nicht interessiert – womit er gleichzeitig zum Ausdruck gebracht hatte, daß die Westslowakei westlich der Karpathen durchaus im nationalsozialistischen Interessensbereich lag.[489]

Goebbels hielt in seinem Tagebuch nur den Inhalt des Telegrammwechsels Tisos mit Hitler fest, so wie er ihn auf dem Dienstweg erfahren hatte:[490] „Die Slowakei bittet den Führer, sie in seinen Schutz zu nehmen. Das geht gegen Ungarn. Der Führer übernimmt diesen Schutz“ (TG, 17. 3. 1939). Wie es dazu kam, daß dieses Hilfsgesuch doch abgesandt wurde, vermerkte Goebbels nicht. Ebensowenig notierte er das Ausbleiben einer Grenzgarantie, über die er vermutlich auch anläßlich des Tiso-Besuchs nicht informiert worden war. Die Bemerkung Goebbels', die Übernahme des „Schutzes“ gehe „gegen Ungarn“, bezieht sich auf die Grenzverletzungen, die die ungarische Armee seit 14./15. März in der Ost-Slowakei begangen hatte.[491] Mehr hatte Goebbels zunächst nicht in Erfahrung gebracht. Er wußte zwar nach einem Telefonat mit Hitler, daß dieser von Prag über Brünn kommend „noch einen Abstecher nach Wien“ machen wollte (TG, 18. 3. 1939), aber er notierte keinen Grund hierfür.

In Wien stieß Hitler zu den Verhandlungen, die Wilhelm Keppler und die Rechtsexperten des Auswärtigen Amts mit der slowakischen Regierung führten, um den vom Reich gewährten „Schutz“ und die daran geknüpften Bedingungen zu kodifizieren. Das Ergebnis der zähen Verhandlungen war der „Vertrag über das Schutzverhältnis zwischen dem Deutschen Reich und dem Slowakischen Staat“. Tuka und Ďurčanský unterzeichneten den Vertrag sofort nach Abschluß am 18. März, Tiso am folgenden Tag. Das NS-Regime zögerte jedoch die Inkraftsetzung hinaus, da zwischenzeitlich erwogen worden war, die Slowakei doch als „Handelsobjekt“[492] zu benutzen, und zwar vor allem gegenüber Polen, um Danzig dem Reich anzuschließen und einen exterritorialen Korridor durch den Korridor nach Ostpreußen zu erreichen.[493] Aber hierbei handelte es sich um politisch-diplomatische Verhandlungen, mit denen Hitler in der Regel Ribbentrop und

[488] Anonyme Notiz aus dem Büro des Staatssekretärs zur Weiterleitung an das DNB, o. D., PA/AA, R 29772, Fiche 1199, Bl. 484475; siehe auch Rundtelegramm Weizsäckers, in dem er die Telegramme notifizierte, 16. 3. 1939, in: ADAP, D 6, Dok. 10.

[489] Aufzeichnung Hewels über Gespräch Hitlers mit Tiso, 13. 3. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 202.

[490] Dieser Telegrammwechsel wurde am 16. 3. 1939 um 14.40 Uhr über DNB verbreitet. IfZ, Archiv, DNB-Berichte, 16. 3. 1939, Bl. 22.

[491] Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 269.

[492] Vermerk über Mitteilungen Hitlers an Brauchitsch betr. Hitlers politische und militärische Pläne vom 25. 3. 1939, in: IMG 38, Dok. 100-R, S. 275.

[493] Vgl. Aufzeichnung Ribbentrops über Gespräch mit Lipski, 21. 3. 1939, in: ADAP, D 6, Dok. 61; Telegrammentwurf Ribbentrops an Lipski, [23]. 3. 1939, in: ADAP, D 6, Dok. 73; Aufzeichnung Ribbentrops über Unterredung mit Lipski, 26. 3. 1939, in: ADAP, D 6, Dok. 101; Tagebucheintrag Weizsäckers vom 27. 3. 1939, in: Hill, Weizsäcker-Papiere, 1933–1950, S. 152f.

Göring betraute – und nicht Goebbels. Allerdings scheint Göring die bevorstehenden Verhandlungen in Gegenwart von Goebbels vermutlich aus Unachtsamkeit erwähnt zu haben, als sie zusammen auf die Rückkehr Hitlers am Görlitzer Bahnhof warteten, wie folgender Tagebucheintrag des Propagandaministers zeigt: „Göring teilt schon die Slowakei auf. Er ist prachtvoll. Wir müssen mindestens Währungsunion mit ihr haben. Aber Protektorat? Ich glaube nein" (TG, 20. 3. 1939). Da sich die polnische Regierung auf diesen Handel jedoch nicht einzulassen schien,[494] unterzeichnete Ribbentrop schließlich am 23. März 1939 den „Schutzvertrag" mit der slowakischen Regierung.[495] Hiervon erfuhr Goebbels wahrscheinlich wieder auf dem Dienstweg, da die wesentlichen Vertragsinhalte auch in der Presse „auf der ersten Seite" veröffentlicht werden sollten.[496] Das zeitgleich mit dem „Schutzvertrag" in Kraft getretene vertrauliche Protokoll über die Zusammenarbeit in Wirtschafts- und Finanzfragen, das eine Ausrichtung der slowakischen Agrar- und Industrieproduktion an den deutschen Bedürfnissen zum Inhalt hatte, erwähnte Goebbels nicht im Tagebuch.[497] Zwar sollte die Reichsregierung gemäß Vertragstext des „Schutzvertrages" „den Schutz der politischen Unabhängigkeit des Slowakischen Staates" übernehmen, doch das Gegenteil war der Fall, wie Goebbels korrekt im Tagebuch festhielt. Denn die Slowakei wurde verpflichtet, „ihre Außenpolitik stets im engen Einvernehmen mit der Deutschen Regierung zu führen". Zudem übte die Wehrmacht in der de facto besetzten Westslowakei die Hoheitsrechte aus und kontrollierte das slowakische Militär. Im Vertrag war auch geregelt, daß die slowakische Regierung „ihre eigenen militärischen Kräfte im engen Einvernehmen mit der deutschen Wehrmacht organisieren" mußte. Dies sollte, wie auch Goebbels bekannt war, für zunächst 25 Jahre gelten.[498] Er schrieb über den „Schutzvertrag" in sein Tagesbuch: „Wir haben einen Vertrag mit der Slowakei abgeschlossen. Auf 25 Jahre. Mit dem Recht, militärische Anlagen zu bauen. Sehr weitgehend. Zwar kein Protektorat, aber vollkommene Abhängigkeit. Die Ungarn sind über die slowakische Grenze vorgegangen. […] Aber uns kann's egal sein" (TG, 25. 3. 1939). Auch Goebbels nahm also keinen Anstoß an den ungarischen Grenzverletzungen gegenüber dem slowakischen Staat, den das Deutsche Reich zu garantieren versprochen hatte, und die vom NS-Regime wenig später anerkannt wurden. Die Slowakei hatte mit der Zerschlagung des tschecho-slowakischen Staates in den Augen der Nationalsozialisten ihren Zweck erfüllt; ihre Autonomie verhinderte zudem eine territoriale Ausdehnung Polens oder Ungarns – darüber hinaus war sie für das NS-Regime vorerst kaum von Interesse.

494 Vgl. Aufzeichnung Ribbentrops über Gespräch mit Lipski, 21. 3. 1939, in: ADAP, D 6, Dok. 61.
495 Vertrag über das Schutzverhältnis zwischen dem Deutschen Reich und dem Slowakischen Staat, 23. 3. 1939, RGBl. 1939, Teil II, S. 607.
496 DNB-Rundruf, 23. 3. 1939, 18.00 Uhr, in: NS-PrA, Bd. 7, Nr. 911.
497 Das Protokoll ist abgedr. in: ADAP, D 6, Dok. 40, S. 36–38.
498 Vertrag über das Schutzverhältnis zwischen dem Deutschen Reich und dem Slowakischen Staat, 23. 3. 1939, RGBl. 1939, Teil II, S. 607.

7. Folgen der Errichtung des „Protektorats“ und die weitere Entwicklung im Frühjahr 1939

Von der Annexion Böhmens und Mährens zum „Anschluß“ des Memellandes

Die direkten und indirekten Folgen der Ereignisse vom 14./15. März 1939 sind zahlreich und zum Teil von langfristiger Wirkung, so daß im folgenden eine Beschränkung auf einige wenige zentrale Aspekte erfolgt.[499] Die Besetzung Böhmens und Mährens, Hitlers Reise nach Prag und Brünn sowie die Errichtung des „Protektorats“ hatten für Goebbels zunächst zur Konsequenz, daß er wieder, wie nach dem „Anschluß“ Österreichs und des Sudetenlandes, einen „triumphalen Empfang“ für Hitler vorzubereiten hatte (TG, 17. 3. 1939), also die propagandistische Ausschlachtung des Gewaltaktes bewerkstelligte. Goebbels arbeitete hierfür das „Programm“ (TG, 17. 3. 1939) aus, schrieb „einen Aufruf an die Stadt Berlin“ (TG, 18. 3. 1939),[500] organisierte dessen Druck „in 1 Million Exemplaren“ (TG, 19. 3. 1939) und inspizierte wenige Stunden vorab die Vorbereitungen (TG, 20. 3. 1939). Bei seiner Ankunft am 19. März um 19.30 Uhr am Görlitzer Bahnhof wurde Hitler vom Reichskabinett begrüßt; Göring hielt eine Ansprache.[501] Auch Goebbels war dabei und berichtet, daß „alle aufs Tiefste ergriffen“ gewesen seien und Göring „mit Tränen in den Augen“ geredet habe (TG, 20. 3. 1939). Anschließend fand ein Triumphzug durch das illuminierte Berlin statt, der am Wilhelmplatz endete, wo Tausende trotz „Schnee und Kälte“, wie Goebbels im Tagebuch betonte, Hitler zujubelten (TG, 20. 3. 1939).

Ungarn hatte die Sztójay übermittelte Aufforderung Hitlers vom 12. März sogleich in die Tat umzusetzen begonnen. Bereits am 14. März waren erste Stoßtrupps über die Grenzen der Karpatho-Ukraine und auch der Ost-Slowakei vorgedrungen.[502] Am selben Tag stellte Budapest der tschecho-slowakischen Zentralregierung ein auf zwölf Stunden befristetes Ultimatum, das u. a. den Rückzug des Militärs aus der Karpatho-Ukraine verlangte.[503] Dieses Ultimatum, das weitgehend von der Regierung Beran akzeptiert wurde, erwähnte Goebbels nicht im Tagebuch, aber ein zweites, das an die karpatho-ukrainische Regierung gerichtet war: „Ungarn hat an die Karpatho-Ukraine ein Ultimatum gerichtet. Aber seine militärischen Leistun-

[499] Vgl. beispielsweise Broszat, Die Reaktion, S. 253–280; Procházka, Second Republic, S. 147–153; Newman, March 1939; Weinberg, The Foreign Policy. Starting World War II, S. 535–627.

[500] Der Aufruf von Goebbels vom 18. 3. 1939 angesichts der „Entscheidung von geschichtlicher Bedeutung“ enthielt eine Reihe von Imperativen: „Heraus auf die Straße! […] Beflaggt und schmückt Eure Häuser. Kein Fenster ohne Hakenkreuzfahne!“ IfZ, Archiv, DNB-Berichte, 18. 3. 1939, Bl. 27 f.

[501] Göring sprach „namens des ganzen deutschen Volkes“ folgenden „Schwur“: „das Gewaltige, das Große, das Sie mit einzigartiger Tapferkeit geschaffen haben, nie mehr zu lassen, mag kommen, was kommen will.“ Zit. nach Domarus, Hitler, Bd. 2, S. 1103.

[502] Nach Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 261 f., 269, geschah dies in der Ost-Slowakei unbeabsichtigt.

[503] Vgl. ADAP, D 4, Dok. 217; DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 243, 253; DIMK, Vol. 3, Dok. 423, 434.

gen sind gleich Null. Unsere Waffenbrüder. / […] / Die Ungarn kommen nicht vorwärts. Karpatho-Ukraine lehnt ihr Ultimatum ab.[504] Für Budapest eine unangenehme Situation" (TG, 16.3.1939). In dem Ultimatum an den ruthenischen Ministerpräsidenten Avhustyn Vološyn forderte Budapest die widerstandslose Machtübergabe an die einrückenden ungarischen Truppen.[505] Nachdem weder die Reichsregierung den Hilfsgesuchen der karpatho-ukrainischen Regierung[506] nachgekommen war noch Verhandlungen Chusts mit Budapest zum Erfolg führten,[507] floh Vološyn mit einem Teil seines Kabinetts nach Rumänien und rief die Regierung in Bukarest zur Okkupation seines Landes auf, was diese jedoch zurückwies.[508] Diese Entwicklung vermerkte Goebbels im Tagebuch ebenso erstaunt wie spöttisch: „Die Nachrichten aus der Karpatho-Ukraine fangen bald an lächerlich zu werden. Woloschin[509] ist auf rumänisches Gebiet übergetreten und hat sein Land Rumänien geschenkt. Das ist auch ein Ding!" (TG, 17.3. 1939).

Schon vor diesem Schritt Vološyns hatte die rumänische Regierung Budapest signalisiert, daß sie bei der Annexion Rutheniens auch durch kleinere territoriale Gewinne berücksichtigt zu werden wünsche.[510] Da sich die ungarische Regierung weigerte, einen Teil der Karpatho-Ukraine an Rumänien abzutreten, traten erhebliche Spannungen zwischen Budapest und Bukarest auf, die auch zu Teilmobilisierungen auf beiden Seiten führten und erst Mitte April 1939 wieder entschärft wurden.[511] Genau wie das NS-Regime es zu tun pflegte, begründete die ungarische Regierung die Besetzung der Karpatho-Ukraine mit angeblich chaotischen Zuständen und dem notwendig gewordenen Schutz der eigenen Minderheit.[512] Zudem ließ die ungarische Regierung verlautbaren, die „Massen und Führer des ruthenischen Volkes" hätten sich an sie gewandt und um Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung gebeten.[513] Die vollständige Besetzung der Karpatho-Ukraine durch ungarische Truppen war trotz kleinerer Widerstände der ruthenischen Sič-Freischärler am 18. März 1939 abgeschlossen, am 20. März wurde sie der Reichsregierung notifiziert.[514] Damit war die Desintegration des tschecho-slowakischen Staates abgeschlossen.

504 Tatsächlich hatte die karpatho-ukrainische Regierung das Ultimatum „weder angenommen noch abgelehnt"; Telegramm Hamilkar Hofmanns, Chust, 16.3.1939, PA/AA, R 29772, Fiche 1199, Bl. 484476.
505 Vgl. DIMK, Vol. 3, Dok. 439.
506 Vgl. ADAP, D 4, Dok. 218, 230, 235–237.
507 DIMK, Vol. 3, Dok. 445f.; ADAP, D 4, Dok. 243; Honesch, Der ungarische Revisionismus, S. 262.
508 Telegramme Hamilkar Hofmanns, Konsulat Chust, 15.3.1939 und 16.3.1939, PA/AA, R 29772, Fiche 1199, Bl. 447261, 484476; Telegramm Wilhelm Fabricius', deutscher Gesandter in Rumänien, 16.3.1939, PA/AA, R 29772, Fiche 1200, Bl. 447276; DIMK, Vol. 3, Dok. 472.
509 Vološyn.
510 Vgl. DIMK, Vol. 3, Dok. 450, 452; ADAP, D 4, Dok. 240; ADAP, D 6, Dok. 2.
511 Vgl. Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 271–276.
512 Vgl. ebenda, S. 277. Noch in seinen Memoiren hielt Horthy, Ein Leben, S. 209, an dieser Darstellung fest und verfälschte sogar die Chronologie.
513 Ádám u. a., Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, Dok. 54.
514 Aufzeichnung Weizsäckers, 20.3.1939, in: ADAP, D 6, Dok. 53; Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 262.

Allerdings waren die ungarischen Revisionsbestrebungen dadurch keineswegs endgültig befriedigt. Das NS-Regime hatte bei Abschluß des „Schutzvertrages“ mit dem slowakischen Staat am 18./23. 3. 1939,[515] welcher die „Integrität seines Gebietes“ zu sichern vorgab, zugleich eine sogenannte Schutzzone in der westlichen Slowakei errichtet, de facto also einen Teil des Staatsgebietes besetzt. Die ungarische Armee, die schon seit 14. März kleinere Grenzverletzungen auch im slowakischen Raum begangen hatte,[516] interpretierte den von deutscher Seite noch nicht ratifizierten „Schutzvertrag“ für die Slowakei als Übergangslösung, der die Abtretung des Staates an Budapest folgen würde. Mit Billigung des NS-Regimes, möglicherweise auch nach Ermunterung durch Berlin, drangen ungarische Truppen am Morgen des 23. März 1939 in die östliche Slowakei ein, wenige Stunden bevor Ribbentrop den „Schutzvertrag“ unterzeichnete.[517] Das NS-Regime leistete Preßburg weder Hilfe noch gestattete es der slowakischen Regierung die Nutzung der Rüstungsgüter aus der besetzten „Schutzzone“. Dennoch entschloß sich die Regierung Tiso zum Widerstand. Dies hielt Goebbels im Tagebuch fest: „Die Ungarn sind über die slowakische Grenze vorgegangen. Eine Privataktion einzelner Regimenter. Aber sie werden zurückgeschlagen. Typisch ungarisch. Aber uns kann’s egal sein. Wenn sie nur nicht in unsere Interessenzone eindringen“ (TG, 25. 3. 1939). Ganz offensichtlich war Goebbels hier unzureichend und falsch informiert worden, denn es handelte sich keineswegs um eine „Privataktion einzelner Regimenter“. Als der ungarische Generalstab das NS-Regime bat, die Slowakei von der Gegenwehr abzuhalten, empfahl Berlin Preßburg eine Einstellung der Kampfhandlungen. Nach weiterem Druck durch das NS-Regime und der Bombardierung der slowakischen Stadt Zipser Neudorf durch italienische Flugzeuge, die Budapest zur Verfügung gestellt worden waren, gab die slowakische Regierung den Widerstand auf. In sich daran anschließenden Verhandlungen zwischen Ungarn und der Slowakei appellierte die Regierung Tiso mehrmals an das NS-Regime unter Verweis auf den „Schutzvertrag“. Das Auswärtige Amt riet Preßburg jedoch, auf die Ansprüche in der Ost-Slowakei zu verzichten, so daß die slowakische Regierung am 31. März in die Gebietsabtretung einwilligte. Somit gewann Ungarn durch die Desintegration der Tschecho-Slowakei neben den durch den Wiener Schiedsspruch erlangten Territorien und der Karpatho-Ukraine im Osten der Slowakei ein 1697 km^2 großes Gebiet mit 69 639 Bewohnern.[518]

Von besonderer Bedeutung war nicht nur für Goebbels, sondern auch für den weiteren Verlauf der europäischen Geschichte die Reaktion der Westmächte auf die Ereignisse vom 14. und 15. März 1939.[519] Hatte sich Goebbels zunächst noch über das „Desinteressement“ (TG, 15. 3. 1939, ähnlich 13., 14., 16. 3. 1939) in London und Paris gefreut, vollzog sich dort binnen weniger Tage eine folgenreiche

[515] Vertrag über das Schutzverhältnis zwischen dem Deutschen Reich und dem Slowakischen Staat, 23. 3. 1939, RGBl. 1939, Teil II, S. 607.
[516] Aufzeichnung Weizsäckers, 15. 3. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 238.
[517] Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 280f.
[518] Vgl. ebenda, S. 280–288, siehe auch Karte, ebenda, nach S. 323.
[519] Die Haltung der Vereinigten Staaten sei in diesem Zusammenhang ausgeklammert, weil Washington in dieser Phase weder eine gewichtige Rolle spielte noch von Goebbels im Tagebuch erwähnt wurde.

Wandlung der Politik gegenüber dem NS-Regime. Ursachen dieser Entwicklung waren vor allem ein Meinungsumschwung in den dortigen Medien, so daß die Proteste in Berlin anfänglich eher der innerbritischen Auseinandersetzung geschuldet schienen, aber auch dem Eintreffen detaillierterer Informationen über Hitlers einzig durch Drohung entstandene Abkommen mit Prag und Preßburg.[520] Nachdem die britische Regierung bereits erklärt hatte, sie betrachte die Garantie gegenüber Prag, wie auch Goebbels wußte, als „noch nicht inkraft getreten" (TG, 16.3.1939),[521] war Hitler endgültig klar, daß außer Protesten der Westmächte nichts geschehen würde. Goebbels' Tagebucheintrag über ein Telefonat mit Hitler am 17. März zeigt deutlich dessen Verachtung für die außenpolitische Diplomatie und die Westmächte: „Er [Hitler, d.V.] ist bester Laune und lacht nur darüber, daß die Stimmung[522] in London und Paris sich etwas versteift hat. Was will man dort eigentlich? Den englischen Botschafter in Berlin zurückrufen. Kindisch! Die Demokratie ist tatsächlich eine politische Mumie. Man soll sie garnicht [!] mehr ernst nehmen. Eingehen lassen!" (TG, 18.3.1939). Tatsächlich wurde Henderson noch am Tag dieses Ferngesprächs zur Berichterstattung nach London bestellt,[523] wenig später auch der französische Botschafter Robert Coulondre nach Paris. Die Verhöhnung diplomatischer Gepflogenheiten wird auch darin erkennbar, daß Hitler als Reaktion hierauf die deutschen Botschafter in Großbritannien und Frankreich, Dirksen und Welczeck, in die Reichshauptstadt zurückrief.[524]

Während Welczeck zuvor noch nach Berlin telegraphiert hatte, in der öffentlichen Meinung in Paris würde die Ansicht vertreten, Hitlers Vorgehen gegenüber Prag „entziehe ihm sein moralisches Ansehen",[525] schrieb Goebbels in euphorischer Verblendung in sein Tagebuch: „Unsere [!] Prestige ist ungeheuerlich angewachsen. Wir sind nun wenigstens moralisch schon die Herren Europas"

[520] Broszat, Die Reaktion, S. 265f. Noch am 17.3. bat Henderson Weizsäcker, ihm „Argument[e]" zu liefern, „welche er Chamberlain zur Verwertung gegenüber seiner innerpolitischen Opposition an die Hand geben könnte". Aufzeichnung Weizsäckers, 17.3.1939, in: ADAP, D 6, Dok. 16. Vgl. auch ADAP, D 6, Dok. 23. Chamberlain beklagte in einem Brief an seine Schwester die „Dummheit" der britischen Opposition, die auf eine Parlamentsdebatte am 15.3. bestanden hatte, bevor genügend Informationen über das Geschehen vorlagen und eine Beratung möglich gewesen wäre. Self, Chamberlain-Letters, Brief vom 19.3.1939, S. 393.

[521] Chamberlain argumentierte am 14.3., die Garantie sei im Falle eines „unprovozierten Angriffs" vorgesehen gewesen, der nicht vorliege; Chamberlain und Halifax wiesen am 15.3. darauf hin, daß aufgrund der Unabhängigkeitserklärung der Slowakei die tschecho-slowakischen Grenzen nicht mehr garantiert werden könnten. Reden von Chamberlain (14. und 15.3.1939) und Halifax (15.3.1939) im House of Commons, in: The Times, 15.3.1939, S. 7, 16.3.1939, S. 7f.; Chamberlain, Struggle, S. 405–410. Vgl. auch Telegramm Dirksens, 14.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 220.

[522] Dieser Eintrag läßt ebenfalls erkennen, daß der Stimmungsumschwung zuerst in den Medien Großbritanniens und Frankreichs eingesetzt hatte, sonst hätte Goebbels wohl nicht die Vokabel „Stimmung" verwandt. Vgl. auch ADAP, D 4, Dok. 213, 220, 233f., 244f.; ADAP, D 6, Dok. 9, 16, 36.

[523] Vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Dok. 308, Anm. 1.

[524] Notizen Weizsäckers über Telefonate mit Dirksen, 18.3.1939, und Welczeck, 20.3.1939, PA/AA, R 29772, Fiche 1201, Bl. 447323, 447335.

[525] Telegramm Welczecks, 17.3.1939, PA/AA, R 29772, Fiche 1200, o.P.

(TG, 16.3.1939). Allerdings bezog sich Goebbels nicht in erster Linie auf die Haltung in Westeuropa, sondern auf diejenige in Osteuropa, wie aus dem Kontext der Tagebuchpassage hervorgeht. Dennoch ist bemerkenswert, daß Goebbels die erhöhte Furcht vor dem NS-Regime für einen Prestigegewinn hielt.

Am selben Tag, als Henderson die Anweisung erhielt, nach London zurückzukehren, schlug Chamberlain am Abend in einer Rede in Birmingham erstmals ganz neue Töne gegenüber dem NS-Regime an.[526] Diese Stellungnahme, die eine einzige Anklage gegen Hitler darstellte, wird als der Beginn der Abkehr von der Appeasement-Politik betrachtet, die im Münchener Abkommen ihren deutlichsten Niederschlag gefunden hatte. Goebbels konnte die Folgen noch nicht abschätzen, aber auch ihm war die ungewöhnliche Schärfe der Worte des britischen Premiers nicht entgangen. Er schrieb in sein Tagebuch, Chamberlain habe „eine ziemlich madige Rede“ gehalten, und hielt weiter fest: „Dieser good old[527] man wird frech, wie eben die Engländer frech sind. Quatscht von Bruch von Versprechen u.ä.“ (TG, 19.3.1939). Was Goebbels als besonders „frech“ empfunden haben dürfte, war Chamberlains Anführung mehrerer Zitate Hitlers, um diesen als vertrauensunwürdig darzustellen. So erwähnte Chamberlain beispielsweise Hitlers Versicherung, er sei am tschechischen Staat nach Lösung der Minderheitenfragen „nicht mehr interessiert“, was Prag garantiert werde, da das Reich „gar keine Tschechen“ wolle.[528] Chamberlain wiederholte auch Hitlers Erklärung, das Sudetenland sei seine „letzte territoriale Forderung in Europa“.[529] Er verwies auf das von Hitler immer wieder betonte Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker, das nun mißachtet worden sei, auf die Formulierung im gemeinsam unterzeichneten Münchener Abkommen, daß die „endgültige Grenzziehung“[530] durch den Internationalen Ausschuß vorgenommen würde, oder auf die Deutsch-Englische Erklärung vom 30. September 1938, in der Konsultationen in beiderseitig interessierenden Angelegenheiten vereinbart worden waren.[531] Chamberlain begann die für diese Rede charakteristische Häufung rhetorischer Fragen mit derjenigen, wie sich die von ihm erwähnten Versicherungen Hitlers mit den jüngsten Ereignissen vereinbaren ließen. Anschließend fragte der Premier, ob die Unruhen, deretwegen die Wehrmacht angeblich einmarschiert sei, nicht von außen geschürt worden seien, ob sich das große Reich von dem kleinen Nachbarstaat tatsächlich bedroht gefühlt haben mußte und ob die deutschen Maßnahmen berechtigt gewesen seien. Man gehe mit sich zu Rate, fuhr Chamberlain fort, welcher Verlaß auf derartige Versicherungen sei, wenn sich so leicht Gründe finden ließen, um sie außer acht lassen zu können.

[526] Rede Chamberlains, 17.3.1939, „The German Coup“, in: The Times, 18.3.1939, S.14, und in: Chamberlain, Struggle, S.413–420.

[527] Chamberlain hielt diese Rede am Tag vor seinem 70. Geburtstag. Thacker, Goebbels, S.209, schreibt, Goebbels sei „unbeeindruckt“ von der Ansprache gewesen.

[528] Zitate aus der Hitler-Rede, 26.9.1938, DRA, Nr.2743224; vgl. auch DDP, Bd.6, Teil 1, S.345.

[529] Ebenda; vgl. auch DDP, Bd.6, Teil 1, S.338.

[530] Abkommen zwischen Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien, 29.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok.675.

[531] Deutsch-Englische Erklärung, 30.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok.676; DBFP, 3rd Series, Vol.II, Doc.1228, Appendix, S.640.

Chamberlain stellte die Frage, ob diesem Gewaltakt weitere folgen würden und ob er ein Schritt in Richtung angestrebter gewaltsamer Weltherrschaft sei. Abschließend betonte Chamberlain, daß sein Volk zwar Krieg für sinnlos und grausam hielte, aber niemals die Freiheit dem Friedenswunsch opfern würde, sollte die gewaltsame Beherrschung der Welt drohen.[532] Angesichts dieser Anklage ließ Goebbels, wie er schrieb, „gegen Chamberlain in der Presse scharf polemisieren" (TG, 19.3. 1939).

Am Tag nach dieser Rede übergab der britische Botschafter Henderson im Auswärtigen Amt eine Protestnote, über die auch Goebbels sogleich unterrichtet wurde: „Am Nachmittag kommt eine scharfe amtliche Erklärung aus London: das Münchener Abkommen sei gebrochen. England erkenne die Neuordnung in Böhmen und Mähren nicht an" (TG, 19.3.1939).[533] Goebbels war der Ansicht, daß dies „wohl nur Theaterdonner", also nicht ernstzunehmen sei. „Was wollen denn diese Demokratien noch außer protestieren. Das ist nur hysterisches Geschrei post festum, das uns ganz kalt läßt" (TG, 19.3.1939), schrieb er weiter. Die am selben Tag überreichte französische Demarche vermerkte Goebbels ebenfalls im Tagebuch: „Auch Paris schließt sich dem Londoner Protest an" (TG, 19.3.1939).[534] Die deutsche Presse sollte diese Protestschritte Goebbels' Anweisungen zufolge „von obenher behandeln". „Verachtung ist hier am Platze", schrieb Goebbels über die einzunehmende Haltung der Medien, die genau derjenigen der deutschen Diplomatie entsprach, die sich weigerte, die Noten auch nur anzunehmen. Sowohl Henderson als auch Coulondre wurde von Weizsäcker mitgeteilt, daß er deren Regierungen den Rat gebe, ihre Haltung zu überdenken und zu revidieren.[535] Diese Verhaltensweise des Staatssekretärs führte Henderson auf eine höhere Weisung zurück.[536] Auch eine Notiz Goebbels', Hitler nehme „die Proteste in Paris und London mit Recht garnicht [!] ernst" (TG, 20.3.1939), deutet in diese Richtung.

Doch auch in Paris hatte der deutsche Griff nach Prag neben dem Protest noch weitreichendere Folgen. Hierüber vermerkte Goebbels im Tagebuch: „Daladier verlangt in der Kammer halbdiktatorische Vollmachten. Böhmen und Mähren ist für London und Paris nur ein Vorwand zu intensiverer Aufrüstung" (TG, 19.3.1939). Am Tag darauf verzeichnete Goebbels die Verabschiedung eines Ermächtigungsgesetzes, das der Regierung Vollmachten zur Landesverteidigung gab: „Daladier hat seine Vollmachten bekommen. Er wird sie zu intensiverer Aufrüstung be-

[532] Rede Chamberlains, 17.3.1939, „The German Coup", in: The Times, 18.3.1939, S.14, und in: Chamberlain, Struggle, S.413–420. Dirksen, London, führte diese Rede auf die innerpolitischen Auseinandersetzungen Chamberlains und auf die erhebliche „Verschärfung der hiesigen Stimmung" zurück. Telegramm Dirksens, 19.3.1939, in: ADAP, D 6, Dok.23.

[533] Die Protestnote wies die deutsche Regierung darauf hin, daß die britische Regierung die jüngsten Ereignisse bedauere und als Mißachtung des Münchener Abkommens betrachte. Außerdem enthielt die Note eine Protesterklärung gegen die durch Militär geschaffenen Veränderungen in der ČSR, die nach Auffassung der britischen Regierung jeglicher rechtlicher Grundlage entbehrten. Note der britischen Regierung, in: ADAP, D 6, Dok.26, Anlage; vgl. auch DBFP, 3rd Series, Vol.IV, Doc.308, 401.

[534] Note der französischen Regierung, in: ADAP, D 6, Dok.20, Anlage.

[535] Vgl. ADAP, D 6, Dok.19f., 26, 46; DBFP, 3rd Series, Vol.IV, Doc.401.

[536] Telegramm Hendersons an Halifax, 18.3.1939, in: DBFP, 3rd Series, Vol.IV, Doc.401.

nutzen“ (TG, 20.3.1939). Dieses aus einem einzigen Artikel bestehende Gesetz ermächtigte die Regierung, bis zum 30. November 1939 durch im Ministerrat zu beratende Verordnungen „die zur Landesverteidigung notwendigen Maßnahmen zu treffen“.[537] Nach Einschätzung von Botschafter Welczeck würde die französische Regierung gegen die Errichtung des „Protektorats“ zwar „nichts unternehmen“, dennoch hätte diese „Entrüstung“ und „stärkste Besorgnis“ hervorgerufen.[538] Das deutsche Vorgehen würde als Anzeichen eines „Eroberungswillens“ betrachtet. Hitlers Erklärungen zum Selbstbestimmungsrecht der Völker und zum Verzicht auf weitere territoriale Forderungen, über die er sich nun hinweggesetzt hatte, sowie die Mißachtung des Münchener Abkommens und der Deutsch-Französischen Erklärung vom 6. Dezember 1938[539] führten in Paris zu der Ansicht, es sei „unmöglich, noch irgendwelches Vertrauen zu der deutschen Politik zu haben“. Es würden nun, fuhr Welczeck fort, „weitere Gewaltstreiche in Ost- und Zentraleuropa befürchtet“. Die künftige französische Politik, so werde gefordert, solle eine intensive Aufrüstung, eine noch engere militärische Zusammenarbeit mit Großbritannien, eine Überprüfung der Beziehungen zu Berlin und eine „Revalorisierung der Bündnisse mit Polen und Rußland“ anstreben.

Obgleich Goebbels auch im Tagebucheintrag vom 20. März nach einem Gespräch mit Hitler die Proteste und die sich versteifende Stimmung in London und Paris als „Theater“ abtat (TG, 20.3.1939), scheint er nicht frei von „Sorgen“ gewesen zu sein. Denn anläßlich eines Empfangs für Filmschaffende hielt Goebbels fest: „Ein netter Abend, der ein bißchen von den politischen Sorgen ablenkt“ (TG, 19.3.1939). Dies schrieb Goebbels in Kenntnis der Chamberlain-Rede in Birmingham und der Protestnoten Frankreichs und Großbritanniens. Indirekt lassen sich die leichten Bedenken Goebbels' auch daran erkennen, daß er Hitler „in seiner souveränen Ruhe“ bewunderte (TG, 21.3.1939), die ihm offenbar fehlte. Direkt erstaunt schrieb der Propagandaminister, Hitler sei „der anschwellenden Welthetze gegenüber ganz gelassen“, sie „berühr[e] ihn garnicht [!]“ (TG, 21.3. 1939).

Doch noch weitere Ereignisse unmittelbar nach der Errichtung des „Protektorats“ bestärkten die Westmächte in ihrer neuen Haltung gegenüber dem NS-Regime. Der rumänische Gesandte in London, Viorel Tilea, verbreitete am 17. März das Gerücht, Berlin habe bei den laufenden Wirtschaftsverhandlungen mit Rumänien ultimative Forderungen gestellt. Goebbels vermerkte dies korrekt und knapp: „Man dichtet uns ein Ultimatum an Rumänien an. Das wird selbst von Bukarest dementiert. Dagegen lasse ich nun loswettern“ (TG, 21.3.1939). Tilea hatte aus eigener Initiative bei Halifax nicht zutreffende Angaben gemacht, nach Ansicht der deutschen Gesandtschaft in London sogar vorsätzlich.[540] Halifax hatte dies geglaubt, und infolge der weiteren Verbreitung dieses Gerüchts wurde sogleich in einigen Kreisen ein bevorstehender Angriff der Wehrmacht auf Rumänien angenommen.[541] Zudem regte Bukarest tatsächlich eine Garantie seiner Landes-

[537] ADAP, D 6, Dok. 22, Anm. 2; siehe auch IfZ, Archiv, DNB-Berichte, 18.3.1939, Bl. 9–11.
[538] Telegramm Welczecks, 18.3.1939, in: ADAP, D 6, Dok. 22.
[539] Deutsch-Französische Erklärung, 6.12.1938, in: ADAP, D 4, Dok. 369.
[540] Telegramm Theodor Kordts, 19.3.1939, in: ADAP, D 6, Dok. 42.
[541] Telegramm Weizsäckers, 20.3.1939, in: ADAP, D 6, Dok. 47.

grenzen durch die Westmächte an.[542] Daher bemühte sich London eilig um einen Zusammenschluß der interessierten Mächte zur Garantie des rumänischen Territoriums.[543] Aufgrund der von Rumänien erfolgten Dementis des angeblichen Ultimatums und der sich abzeichnenden geringen Bereitschaft der osteuropäischen Staaten, sich in eine Anti-Hitler-Front zu begeben, ohne daß ihnen dafür eine Unterstützung in Aussicht gestellt worden wäre, wurde diese Bündnis-Idee bald wieder verworfen.[544] Als wenige Tage später, am 23. März, der deutsch-rumänische Wirtschaftsvertrag[545] abgeschlossen wurde, notierte Goebbels: „Handelsvertrag mit Rumänien abgeschlossen. Außerordentlich weitgehend. Damit sind uns Öl und Petroleum erschlossen. In London schäumt man vor Wut und Enttäuschung" (TG, 25. 3. 1939).[546] Drei Wochen später erklärten Frankreich und Großbritannien, Rumänien (und auch Griechenland) mit aller zur Verfügung stehenden Macht zu unterstützen, sollte die Unabhängigkeit des Staates akut bedroht und die dortige Regierung zum Widerstand bereit sein.[547] Hierüber hielt Goebbels fest: „Paris und London geben feierliche Garantieerklärungen für Rumänien und Griechenland ab" (TG, 15. 4. 1939). Spöttisch fragte er: „Wer hat die denn eigentlich bedroht?" (TG, 15. 4. 1939). Obgleich keine akute Gefahr für die territoriale Integrität der beiden Balkanstaaten bestand, verharmloste der Propagandaminister den Druck, der auf Rumänien ausgeübt worden war, und die bedrohliche Situation, die infolge der aggressiven Politik des NS-Regimes für ganz Europa entstanden war.

Noch im Freudenrausch über den geglückten Prager Coup hielt Hitler die Zeit für gekommen, sogleich eine weitere revisionistische Forderung des NS-Regimes zu verfolgen: die Rückkehr des nach dem Ersten Weltkrieg durch Versailler Vertrag und Memelkonvention von 1924 an Litauen abgetretenen Memellandes, eines schmalen Gebietsstreifens an der Ostsee im früheren Ostpreußen, nördlich des Flusses Memel, mit damals etwa 175 000 Einwohnern.[548] Schon im März 1938 hatte das NS-Regime, wie Goebbels zutreffend überliefert, anläßlich eines polnisch-litauischen Grenzzwischenfalls die Annexion des Memelgebietes in Erwägung gezogen, wäre es zu einem ernsthaften Konflikt zwischen den Regierungen in Warschau und Kowno gekommen (TG, 19. 3., 20. 3. 1938).[549] Dann verschwand

[542] Telegramm R. Hoares an Halifax, 21. 3. 1939, in: DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 457.
[543] Vgl. ADAP, D 6, Dok. 48, 58; Self, Chamberlain-Letters, Brief vom 26. 3. 1939, S. 396; Broszat, Die Reaktion, S. 269 f., 272; Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 271 f.
[544] Siehe DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 496; Broszat, Die Reaktion, S. 270.
[545] Deutsch-Rumänischer Wirtschaftsvertrag und vertrauliches Zusatzprotokoll, 23. 3. 1939, RGBl. 1939, Teil II, S. 780 f., ADAP, D 6, Dok. 78, S. 76–80.
[546] Vgl. hierzu Brief Chamberlains an seine Schwester, 26. 3. 1939, in: Self, Chamberlain-Letters, S. 396.
[547] Telegramm Th. Kordts mit Wortlaut der von Chamberlain am 13. 4. 1939 im House of Commons ausgesprochenen Garantieerklärung, 13. 4. 1939, in: ADAP, D 6, Dok. 189; vgl. auch ebenda, Dok. 188.
[548] Art. 99 des Versailler Vertrages, 28. 6. 1919, RGBl. 1919, Nr. 140, S. 869. Zahlenangabe gemäß Hitlers Reichstagsrede am 28. 4. 1939, in: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 460, S. 33.
[549] Aufzeichnung Ribbentrops, 17. 3. 1938, in: ADAP, D 5, Dok. 329; vgl. auch ebenda, Dok. 333 sowie Anm. 1. Im Falle dieses polnisch-litauischen Konflikts sollte Litauen gemeinsam mit Polen aufgeteilt werden. Bei Goebbels deutet sich dies im Tagebuch nur

die Memelfrage bis zum Münchener Abkommen von der Agenda des NS-Regimes, was auch bei Goebbels im Tagebuch deutlich erkennbar ist. Zum 1. November 1938 hatte die litauische Regierung den seit 1926 bestehenden Kriegszustand aufgehoben und damit eine alte und wesentliche Forderung der deutschen Regierung erfüllt.[550] Dies ermöglichte einer nationalsozialistischen Organisation im Memelland, die in engem Kontakt zu Berliner Parteistellen und der Regierung stand, die Betätigung. Damit war für das NS-Regime eine Lage geschaffen worden, in der es „jederzeit auf den Knopf drücken konnte“, um beispielsweise ein Hilfsgesuch an Berlin zu veranlassen, das einen Einmarsch der Wehrmacht rechtfertigte.[551] Die militärische Vorbereitung einer Besetzung des Memellandes hatte Hitler bereits am 21. Oktober 1938 angewiesen.[552] Doch noch war eine sofortige Annexion nicht beabsichtigt. Am Mittag des 3. Dezember 1938 erfuhr Goebbels beim Mittagstisch von Hitler, daß dieser der memeldeutschen Volksgruppe Aufstandsversuche untersagt habe: „In Memel machen die Deutschen Krach. Sie wollen mit Gewalt die Sache brechen. Der Führer verbietet das sehr streng. Das Ostproblem kann nur in größerem Rahmen gelöst werden“ (TG, 4. 12. 1938). Ribbentrop teilte diese Auffassung Hitlers noch am selben Tag dem Führer der Memeldeutschen, Karl Neumann, in Berlin mit: Es bestehe „zur Zeit keine Aussicht, etwas in der Memelfrage zu unternehmen“, daher müsse „volle Ruhe gehalten werden“.[553] Zwei Tage später empfing Ribbentrop Neumann noch einmal und beauftragte ihn, festzustellen, „ob etwa die Litauische Regierung zu einem freiwilligen Verzicht auf Memel bereit wäre“.[554] Die am 11. Dezember 1938 abgehaltene Wahl zum Memeler Landtag ergab, wie Goebbels korrekt im Tagebuch vermerkt hatte, „87. 1% für die deutsche Seite“ (TG, 16. 12. 1938), das heißt für die deutsche Einheitsliste.[555] Er prognostizierte: „Nun ist doch das Problem bald fällig“ (TG, 16. 12. 1938).

Am Tag des Einmarsches nach Böhmen und Mähren erklärte Neumann vor dem Memeler Landtag, daß es das Ziel der Abgeordneten sein müsse, die „unhaltbaren Zustände“ durch eine „grundlegende Wandlung“ zu bessern.[556] Fünf Tage später, am 20. März, empfing Ribbentrop im Auftrag Hitlers den litauischen Außenminister Juozas Urbšys. Goebbels war vorab darüber informiert und notierte in sein Tagebuch, Litauen scheine „Memel freiwillig abgeben zu wollen“ (TG, 21. 3. 1939) – von Freiwilligkeit kann angesichts des Prager Beispiels natürlich keine Rede sein. Doch noch war Goebbels skeptisch, was an seiner weiteren Bemerkung

an: „Kommt die Stunde, dann werden wir handeln. Und zwar gründlich“, TG, 19. 3. 1938. Einen Tag später, als die Krise Warschau-Kowno beigelegt war, hielt Goebbels nach einem Gespräch mit Hitler das Baltikum als Annexionsziel fest, TG, 20. 3. 1938.

550 Aufzeichnung Bismarcks, 31. 10. 1938, in: ADAP, D 5, Dok. 359.

551 Vgl. Broszat, Die Reaktion, S. 255. Siehe v. a. ADAP, D 5, Dok. 364–366, 369.

552 Weisung Hitlers an die Wehrmacht, 21. 10. 1938, in: IMG 34, Dok. 136-C, S. 477–481, hier S. 481.

553 Aufzeichnung Brücklmeiers über Gespräch Ribbentrops mit Neumann am 3. 12. 1938, in: ADAP, D 5, Dok. 370.

554 Aufzeichnung Woermanns über Gespräch Ribbentrops mit Neumann am 5. 12. 1938, in: ADAP, D 5, Dok. 372.

555 Bestätigung dieses Wahlergebnisses in: ADAP, D 5, S. 416, Anm. der Herausgeber.

556 Telegramm Hans Heinrich Herwarths v. Bittenfeld, Generalkonsulat Memel, 15. 3. 1939, in: ADAP, D 5, Dok. 395.

„Abwarten!" ersichtlich ist. Von Ribbentrops Gespräch mit Urbšys erfuhr Goebbels am Tag danach mittags bei Hitler und schrieb darüber: „Memelfrage ist akut geworden. Ribbentrop hat dem litauischen Außenminister in ziemlicher ultimativer Form des Führers Forderung auf Rückgabe des Memellandes überreicht. Nun verhandeln sie in Kowno. Ergebnis kann nicht mehr zweifelhaft sein" (TG, 23.3. 1939). Genau wie Hitler mit der tschecho-slowakischen Regierung verfuhr Ribbentrop nun mit der litauischen: Er stellte dem Gesprächsprotokoll zufolge zwei Möglichkeiten in Aussicht, eine baldige friedliche Rückgabe des Memellandes an das Deutsche Reich oder eine blitzartige Besetzung durch deutsches Militär, sollte es dort zu Aufständen kommen. In diesem zweiten Fall sei allerdings ungewiß, „welche Grenzen bestimmt würden", ob also Litauen in toto annektiert würde.[557] Urbšys erklärte, nicht alleine entscheiden zu können, und fragte, wieviel Zeit seiner Regierung bleibe, um diese Frage zu klären. Ribbentrop entgegnete, die Entwicklung im Memelland liege nicht in seiner Hand, aber er empfehle, „möglichst schnell" Verhandlungsdelegierte nach Berlin zu senden.

Urbšys war mittags am 21. März nach Kowno zurückgekehrt und hatte sich um 14.00 Uhr zum litauischen Staatspräsidenten Antanas Smetona zur Beratung begeben.[558] In der entscheidenden Phase, am Abend des 21. März und in der darauffolgenden Nacht, war Goebbels ununterbrochen bei Hitler, während Göring seinen Urlaub in San Remo fortgesetzt hatte.[559] „Zum Tarnen", wie Goebbels schrieb, gingen sie zunächst wieder einmal zusammen ins Theater, bevor sie in der Reichskanzlei auf die Entscheidung aus Kowno warteten (TG, 23. 3. 1939). Goebbels hielt das Geschehen dieser Nacht, an dem er selbst mitgewirkt hatte, relativ ausführlich in seinem Tagebuch fest:

„Aus Kowno kommt ein Communiquévorschlag. Der ist so unbrauchbar. Wir redigieren ihn vollkommen um. Aber noch keine endgültige Entscheidung. Unterdeß [!] veröffentlicht Kowno das von ihm vorgeschlagene Communiqué und dann gehen die Minister dort schlafen. Nun schlägt's aber 13. Unser Gesandter wird beauftragt, sie aus den Betten zu holen und ihnen die Pistole auf die Brust zu setzen. Entweder – oder. Diese kleinen Ganoven von Versailles müssen nun den Raub herausrücken. Sonst gibt's Saures!" (TG, 23. 3. 1939).

Die Charakterisierung der Litauer als „klein[e] Ganoven" bezog sich vor allem auf die litauische Annexion des Memellandes im Januar 1923, welches durch den Versailler Vertrag von Deutschland abgetrennt worden war und seit 1920 unter französischer Verwaltung gestanden hatte. Dieses fait accompli wurde in der Memelkonvention vom 8. Mai 1924 nachträglich gebilligt, das Memelgebiet stand bei gewisser Autonomie fortan unter litauischer Oberhoheit.

Diesmal übernahm nicht Göring, wie vor dem „Anschluß" Österreichs, sondern Weizsäcker, den Goebbels aber nicht namentlich erwähnte, die Rolle des Te-

[557] Aufzeichnung Hewels über Gespräch Ribbentrops mit Urbšys am 20. 3. 1939, in: ADAP, D 5, Dok. 399; Aide-mémoire des litauischen Botschafters in London, 22. 3. 1939, in: DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 497, Anlage; Self, Chamberlain-Letters, Brief vom 26. 3. 1939, S. 395.

[558] ADAP, D 5, Dok. 401 f.

[559] Kube, Pour le mérite, S. 307.

lefonisten. Nachdem die litauische Regierung am 22. März gegen 0.20 Uhr ein authentisches und somit problematisches Kommuniqué über die Unterredung der Außenminister Urbšys und Ribbentrop veröffentlicht hatte,[560] übermittelte Weizsäcker dem deutschen Gesandten in Kowno, Erich Wilhelm Zechlin, um etwa 1.00 Uhr morgens sofort zu erfüllende Forderungen an die dortigen Machthaber.[561] Ausdrücklich wies Weizsäcker Zechlin an, „jetzt unmittelbar die Leute aufzusuchen“, was den Satz Goebbels' bestätigt, die Minister sollten vom Gesandten „aus den Betten“ geholt werden (TG, 23. 3. 1939). Die erste Forderung an die litauische Regierung bestand in der Verleugnung des von ihr verbreiteten Kommuniqués und in der unverzüglichen Publikation des deutschen Entwurfs, an dem wahrscheinlich auch Goebbels mitgewirkt hatte. Er hatte im Tagebuch ausdrücklich vermerkt: „Wir redigieren ihn vollkommen um“ (TG, 23. 3. 1939). In der Kommuniqué-Fassung des NS-Regimes heißt es, der Reichsaußenminister habe „der litauischen Regierung den Vorschlag der Rückgabe des Memelgebietes an Deutschland gemacht“, und die Regierung in Kowno habe nach Beratung im Parlament in einer Kabinettssitzung „die Zustimmung zur Rückgabe des Memellandes gegeben“.[562] Zweitens verlangte das NS-Regime das Eintreffen einer litauischen Verhandlungsdelegation am Nachmittag in Berlin, also innerhalb von etwas mehr als 12 Stunden.

Nach Übermittlung des nationalsozialistischen Diktats warteten Hitler und Goebbels auf die Vollzugsmeldung. Währenddessen entwickelte Hitler „seine künftige Außenpolitik“, worüber Goebbels im Tagebuch festhielt: „Er [Hitler, d.V.] will nun etwas Ruhe eintreten lassen, um wieder Vertrauen zu erwerben. Und dann kommt die Kolonialfrage aufs Tapet. Immer eins nach dem andern“ (TG, 23. 3. 1939). Dieser Eintrag beweist, daß auch Hitler bewußt war, in der internationalen Staatenwelt kaum mehr Vertrauen zu besitzen, was angesichts der Aktionen gegenüber den Regierungen in Prag, Preßburg und Chust sowie der Brüskierung der drei anderen Signatarmächte des Münchener Abkommens nicht verwundert. Zudem zeigt er, daß Hitler bereits im März 1939 die koloniale Landnahme vorbereiten ließ.[563] Dennoch überrascht, daß Hitler offenbar mit keinem Wort die laufenden Verhandlungen mit Polen über Danzig und den Korridor erwähnt hatte.

„Um 3^{h} nachts kommt die Meldung, daß alles angenommen sei“, notierte Goebbels abschließend über diese lange Verhandlungsnacht vor der Annexion des Memellandes. Lediglich die Veröffentlichung des von Berlin geforderten „Communiqué[s] fehlt[e] noch“ (TG, 23. 3. 1939), als sich Goebbels schlafen legte. Um 6.30 Uhr, am 22. März, traf in Berlin die Nachricht ein, daß die litauische Regierung das verlangte Kommuniqué herausgegeben hatte. Goebbels wurde sogleich, wie er schrieb, „aus dem Bett getrommelt“, da er die Meldung über den Rundfunk bekanntgeben sollte (TG, 23. 3. 1939). Doch infolge der defekten „Apparatur“ im Ministerium und zu seinem Ärger verzögerte sich dies. „Litauen tritt das Memel-

[560] Vgl. ADAP, D 5, S. 438, Anm. 2.
[561] Aufzeichnung Weizsäckers über sein Telefonat mit Zechlin, 22. 3. 1939, in: ADAP, D 5, Dok. 403.
[562] DNB-Meldung, 22. 3. 1939, zit. nach Domarus, Hitler, Bd. 2, S. 1109f.
[563] Siehe hierzu Hildebrand, Deutsche Außenpolitik, S. 84f.

gebiet ab. Eine litauische Delegation kommt sofort nach Berlin, um die Modalitäten festzulegen" (TG, 23.3.1939), hielt Goebbels als Resultat im Tagebuch fest. Erleichtert fügte er hinzu: „Na, also! Wenn man etwas Druck dahintersetzt, dann geht das schon" (TG, 23.3.1939). Auch in dieser Passage widersprach Goebbels, wenn auch weniger deutlich als in derjenigen über die Aktion Zechlins, der offiziellen Sprachregelung des NS-Regimes. Weizsäcker beispielsweise vermittelte der deutschen Diplomatie die Abtretung des Memellandes als eine vornehmlich von der litauischen Regierung ausgehende Initiative und betonte den „beiderseitige[n] Verständigungswillen" der Verhandlungspartner.[564]

Mittags war Goebbels wieder mit Hitler zusammen in der Reichskanzlei und überliefert, daß dieser „ganz selig" gewesen sei. Goebbels erfuhr auch sogleich von ihm, daß er sich „nach Swinemünde" begeben würde, „um von dort mit dem Panzerschiff ‚Deutschland' nach Memel zu fahren" (TG, 23.3.1939).[565] Noch vor Eintreffen der litauischen Delegation war Hitler abgereist und noch vor Bekanntwerden des Verhandlungsergebnisses war er an Bord der „Deutschland" gegangen,[566] was zeigt, wie sicher sich Hitler der Sache war. Auch Goebbels schrieb noch in Unkenntnis des Verhandlungsergebnisses in sein Tagebuch: „Memelfrage scheint nun endgültig gelöst zu sein" (TG, 23.3.1939). Einen Tag darauf notierte Goebbels das Resultat der von Weizsäcker geleiteten Besprechung litauischer Regierungsvertreter mit Angehörigen des Auswärtigen Amts:[567] „Vertrag mit Litauen unterzeichnet. Modalitäten festgelegt. Eine verklausulierte Garantie der Grenzen. So eine Art Nichtangriffspakt" (TG, 24.3.1939).[568] Damit war für ihn der „Anschluß" vollzogen. Außer „Freudentränen" der Memelländer über Hitlers dortiges Eintreffen, Hitlers „sehr ergreifend[er]" Rede[569] (TG, 24.3.1939) in Memel und Hitlers Rückkehr, die diesmal nicht als Triumphzug veranstaltet wurde, erwähnte Goebbels nichts über die Annexion des Memellandes, nicht einmal das entsprechende Gesetz.[570] Der Erwerb des Memelgebietes an der Nordostgrenze des Rei-

564 Rundtelegramm Weizsäckers, 23.3.1939, in: ADAP, D 5, Dok. 406.

565 Vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 500.

566 Um 14.00 Uhr wollte die litauische Delegation in Kowno aufbrechen, um 15.20 Uhr fuhr Hitler in Berlin ab, um 18.30 Uhr bestieg er den Kreuzer, um 19.00 Uhr begannen die Verhandlungen. Mehrmals ließ Hitler von Bord der „Deutschland" nach dem Ausgang der Gespräche nachfragen, bevor er am 23.3.1939 um 1.30 Uhr das positive Ergebnis vernahm. Vgl. Domarus, Hitler, Bd. 2, S. 1110; ADAP, D 5, Dok. 404f.

567 Tagebucheintrag Weizsäckers vom 27.3.1939, in: Hill, Weizsäcker-Papiere 1933–1950, S. 153.

568 Vertrag über die Wiedervereinigung des Memelgebiets mit dem Deutschen Reich, 22.3.1939: Artikel 1 regelte den „Anschluß" des Gebietes: „Das durch den Vertrag von Versailles von Deutschland abgetrennte Memelgebiet wird mit Wirkung vom heutigen Tage wieder mit dem Deutschen Reich vereinigt." Der von Goebbels erwähnte Passus, Artikel 4, über die Nichtangriffsvereinbarung lautet: „Zur Bekräftigung dieses Entschlusses, eine freundschaftliche Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und Litauen sicherzustellen, übernehmen beide Teile die Verpflichtung, weder zur Anwendung von Gewalt gegeneinander zu schreiten, noch eine gegen einen der beiden Teile von dritter Seite gerichtete Gewaltanwendung zu unterstützen." RGBl. 1939, Teil II, S. 608f.

569 Hitler-Rede in Memel, 23.3.1939, in: Domarus, Hitler, Bd. 2, S. 1112f.; DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 513.

570 Das Gesetz vom 23.3.1939 trat rückwirkend zum 22.3.1939 in Kraft und enthielt u.a. folgende Bestimmungen: § 1: „Das Memelgebiet ist wieder Bestandteil des Deutschen

ches, der von Großbritannien als „Gewaltakt“ betrachtet wurde,[571] stellte die letzte unblutige Eroberung des NS-Regimes dar. Doch noch in seiner Rede auf dem Balkon des Memeler Theaters deutete Hitler die Fortsetzung des Revisionskurses an. Unter Verweis auf das Leid, das dem deutschen Volk durch den Versailler Vertrag zugefügt worden sei, und der bisherigen Revisionspolitik erklärte er, er glaube, das NS-Regime sei „schon im Wesentlichen am Abschluß dieser einzigen Wiedergutmachung angelangt“. Damit brachte Hitler, wenn auch vorsichtig, zum Ausdruck, daß die Revision noch nicht vollendet war. Dieser Satz wurde, um diplomatische Folgen zu vermeiden, in der deutschen Presse nicht gedruckt.[572]

Die Auseinandersetzung um Danzig und den Korridor

Unmittelbar nach der endgültigen Zerschlagung der Tschecho-Slowakei kam zeitgleich mit der Memelfrage das nächste Revisionsziel auf Hitlers Agenda: Danzig und die Lösung der Korridor-Frage. Danzig, bedeutendste Handelsstadt in Nordosteuropa, war nach dem Ersten Weltkrieg als Freistaat errichtet und unter Völkerbundsverwaltung gestellt worden, aber de facto aufgrund einer Zollunion polnisches Handelszentrum; der sogenannte Korridor, ein breiter Küstenstreifen mit Hinterland zwischen Pommern und Ostpreußen, der dem polnischen Staat angegliedert worden war, sollte Polen, so die Idee der Versailler Vertragsväter, einen Zugang zur Ostsee verschaffen. „Politischer Wahnsinn“ (TG, 3.5.1928) lautete Goebbels’ Kommentar 1928 zu diesem Korridor, der Ostpreußen vom Reichsgebiet trennte. Im Tagebuch folgt darauf der Satz: „Was sind wir für ein Scheißvolk!“ (TG, 3.5.1928), womit Goebbels auf seine typische derbe Weise zum Ausdruck brachte, daß eine deutsche Regierung dies niemals hätte zulassen dürfen. „Unerträglicher Gedanke, daß dieser Aberwitz für immer bestehen soll“ (TG, 16.11.1930), notierte Goebbels zwei Jahre später. Nach der Machtübernahme hatte sich das NS-Regime bemüht, einen Modus vivendi mit der polnischen Regierung zu finden und am 26. Januar 1934 mit ihr einen Nichtangriffsvertrag geschlossen.[573] Ende 1936 erklärte Hitler, wie Goebbels überliefert, vor dem Reichskabinett, daß die Beziehung des Reichs zu Polen „keine Liebesehe“, sondern ein „Vernunftverhältnis“ sei, daß Polen dem NS-Regime „die Aufrüstung ermöglicht“ habe und daß die Frage Polen „nach Möglichkeit hintan[zu]stellen“ sei (TG, 2.12.1936).[574]

Reiches“; § 2 (1): „Das Memelland wird in das Land Preußen und in die Provinz Ostpreußen eingegliedert. Es tritt zu dem Regierungsbezirk Gumbinnen.“ Gesetz über die Wiedervereinigung des Memellandes mit dem Deutschen Reich, 23.3.1939, RGBl. 1939, Teil I, S. 559f.

571 Telegramm des britischen Geschäftsträgers in Berlin, Ogilvie-Forbes, an Halifax, 24.4.1939, in: DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 510.

572 Dieser Satz wurde der britischen Botschaft Berlin mitgeteilt; Telegramm Ogilvie-Forbes’ an Halifax, 24.3.1939, in: DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 513; vgl. Domarus, Hitler, Bd. 2, S. 1113, der die DNB-Fassung wiedergibt.

573 Deutsch-Polnische Nichtangriffserklärung, 26.1.1934, RGBl. 1934, Teil II, S. 118f.

574 Von diesem Vortrag Hitlers am 1.12.1936 vor dem Reichskabinett wurde kein Protokoll angefertigt, sein Inhalt ist, abgesehen von den Tagebuchnotizen von Goebbels, unbekannt. Vgl. Akten der Reichskanzlei, Regierung Hitler, 1936, Bd. III, Dok. 194, Anm. 1.

Nach dem „Anschluß“ des Sudetenlandes begann das NS-Regime erstmals, die Frage Danzig/Korridor gegenüber Warschau direkt und deutlich zur Sprache zu bringen. Nur drei Wochen nach Unterzeichnung des Münchener Abkommens und der polnischen Annexion des Olsa-Gebietes, am 24. Oktober 1938, unterbreitete Ribbentrop Lipski im Auftrag Hitlers in Berchtesgaden folgenden Vorschlag: „Danzig kehrt zum Deutschen Reich zurück. […] Durch den Korridor würde eine exterritoriale, Deutschland gehörige Reichsautobahn und eine ebenso exterritoriale mehrgleisige Eisenbahn gelegt“. Im Gegenzug sollte Polen exterritoriale Verkehrswege durch das Danziger Gebiet erhalten, und beide Regierungen würden gegenseitig die Staatsgrenzen anerkennen. Das NS-Regime würde also auf die 1919/20 an Polen abgetretenen Gebiete Westpreußen und Posen verzichten und den Korridor anerkennen.[575]

Goebbels erfuhr von alldem nichts. Er reiste an diesem für die deutsch-polnischen Beziehungen bedeutsamen Tag vom Obersalzberg ab, wo er mit Hitler seine privaten Sorgen besprochen hatte (TG, 24. 10. 1938). Vier Wochen später überbrachte Lipski Ribbentrop die Ablehnung Józef Becks, der mitteilen ließ, aus wirtschaftlichen wie aus innenpolitischen Gründen könne Polen auf Danzig nicht verzichten.[576] Auch hierüber war Goebbels nicht informiert, der am Tag dieser Unterredung nach Reichenberg fuhr, um dort den sudetendeutschen Wahlkampf zu eröffnen (TG, 20. 11. 1938).

Anfang Januar war Außenminister Beck auf dem Obersalzberg, wo Hitler das von Ribbentrop unterbreitete Angebot wiederholte und hinzufügte, Danzig solle lediglich „politisch“ zum Reich kommen, „wirtschaftlich“ gesehen bleibe es bei Polen. Beck erklärte, er sehe „größte Schwierigkeiten“ für eine derartige Lösung der Danziger Frage, insbesondere aus innenpolitischen Gründen, wolle jedoch „das Problem gern einmal in Ruhe überlegen“.[577] Obgleich Goebbels Hitler am Abend nach diesem Gespräch traf, scheint der „Führer“ gegenüber seinem damals psychisch instabilen Propagandaminister verständlicherweise nichts von seinen Verhandlungen erwähnt zu haben, schließlich hatte Goebbels ihm doch seine ganzen Sorgen und Zukunftsängste mitgeteilt (TG, 8. 1. 1939). Auch über die Unterredung Ribbentrops mit Beck am nächsten Tag in München wurde Goebbels, der zur Erholung auf dem Obersalzberg geblieben war, nicht informiert (TG, 8. 1. 1939). In ihr hatte Beck geäußert, er sehe zur Zeit keinen Handlungsbedarf wegen Danzig.[578] Ende Januar 1939 besprach Ribbentrop in Warschau mit seinem polnischen Amtskollegen noch einmal das deutsch-polnische Verhältnis und die Fragen Danzig und Korridor. Auch diesmal hatte Beck erhebliche

[575] Aufzeichnung Hewels über Gespräch Ribbentrops mit Lipski, 24. 10. 1938, in: ADAP, D 5, Dok. 81, S. 87–89, Zitate S. 88. Vgl. auch Aufzeichnung Lipskis, 25. 10. 1938, in: Jędrzejewicz, Lipski, Doc. 124.

[576] Aufzeichnung Ribbentrops über sein Gespräch mit Lipski, 19. 11. 1938, in: ADAP, D 5, Dok. 101, S. 106–108; Aufzeichnung Lipskis, 19. 11. 1938, in: Jędrzejewicz, Lipski, Doc. 127.

[577] Aufzeichnung Paul Otto Schmidts über Unterredung Hitlers mit Beck in Berchtesgaden, 5. 1. 1939, in: ADAP, D 5, Dok. 119, S. 127–132, Zitate S. 130, 132.

[578] Aufzeichnung Ribbentrops über sein Gespräch mit Beck am 6. 1. 1939 in München, in: ADAP, D 5, Dok. 120.

Bedenken,[579] und Goebbels erfuhr nichts, da Hitler beim Mittagstisch nur „lange über die Spanienfrage“ geredet zu haben scheint (TG, 27. 1. 1939). Lediglich mit Albert Forster, dem NSDAP-Gauleiter in Danzig, der gerade in Berlin war, besprach Goebbels „Danziger Fragen“ (TG, 27. 1. 1939). Von ihm, der offenbar keine Ahnung hatte, daß Goebbels nicht informiert werden sollte, wußte Goebbels schon zwei Tage vor der Pogromnacht, daß „Polen […] nun das Danziger Land bald herausrücken“ müsse (TG, 8. 11. 1938). Forster bekam Mitte Januar 1939 die Anweisung, „keine neuen Maßnahmen“ zu ergreifen, „bevor der Reichsaußenminister nicht aus Warschau zurückgekehrt ist“. Sollte Ribbentrop in Warschau die „Globallösung mit Polen“ nicht gelingen, waren folgende Maßnahmen anvisiert: Einführung des sogenannten Deutschen Grußes und der Hakenkreuzfahne sowie Aufstellung eines SS-Totenkopfverbandes in Danzig.[580] Es war also eine allmähliche Zuspitzung der Lage im Freistaat Danzig ins Auge gefaßt worden, die im Februar infolge erster kleinerer Zwischenfälle begann. Ende Februar drohte Ribbentrop Lipski, wenn derartige Vorkommnisse nicht aufhörten und die polnische Presse ihre Hetze gegen das Reich nicht einstellte, würde die deutsche Presse „gründlich“ antworten.[581] Doch zunächst stand die Desintegration der Tschecho-Slowakei auf dem Programm des NS-Regimes.

Der deutsch-slowakische „Schutzvertrag“, der am 18. März 1939 in Wien ausgehandelt worden war, beunruhigte die polnische Regierung, da nun an drei Flanken des polnischen Staates, im Westen, im Nordosten und im Süden, die Wehrmacht stand.[582] Als Lipski am 21. März Ribbentrop vorhielt, der „Schutzvertrag“ werde in Warschau als „Schlag gegen Polen empfunden“, negierte der Außenminister diese Absicht von deutscher Seite. Er stellte eine mögliche gemeinsame Beratung des Status' der Slowakei in Aussicht, vorausgesetzt, das deutsch-polnische Verhältnis nähme „eine befriedigende Entwicklung“. In diesem Zusammenhang wiederholte Ribbentrop das mehrfach unterbreitete Angebot Hitlers. Doch im Gegensatz zu den früheren Gesprächen begann Ribbentrop nun mit Drohungen. Die heutige Existenz Polens sei allein dem Reich zu verdanken, das während des Ersten Weltkrieges eine gemeinsame deutsch-russische Aufteilung Polens unterlassen habe, erklärte Ribbentrop. Wenn Polen als nationaler Staat bestehenbleiben wolle, so führte Ribbentrop aus, müsse es auf „ein vernünftiges Verhältnis zu Deutschland“ hinarbeiten.[583] Ein von Ribbentrop für Botschafter Moltke ausgearbeitetes Instruktionstelegramm für dessen anvisierten Besuch bei Beck im Außenministerium war in einem noch schärferen Ton gehalten.[584] Doch kurz

[579] Aufzeichnung Ribbentrops über Besprechung mit Beck in Warschau, 26. 1. 1939, in: ADAP, D 5, Dok. 126.
[580] Aufzeichnung Hewels, 13. 1. 1939, in: ADAP, D 5, Dok. 122.
[581] Aufzeichnung Ribbentrops über Gespräch mit Lipski, 28. 2. 1939, in: ADAP, D 5, Dok. 131; vgl. auch ADAP, D 5, Dok. 137; ADAP, D 6, Dok. 61.
[582] Vgl. ADAP, D 6, Dok. 12, 61, 167; DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 515; Jędrzejewicz, Lipski, Doc. 137.
[583] Aufzeichnung Ribbentrops über Unterredung mit Lipski, 21. 3. 1939, in: ADAP, D 6, Dok. 61.
[584] Telegrammentwurf Ribbentrops, [23]. 3. 1939, in: ADAP, D 6, Dok. 73.

nach Erhalt des Telegramms wurde Moltke am 24. März telefonisch verständigt, sein Treffen mit Beck abzusagen.[585]

In diesem Kontext ist ein Tagebucheintrag von Goebbels von Bedeutung. Nachdem sich Goebbels in Hitlers Augen sowohl bei der Desintegration der Tschecho-Slowakei als auch bei der Annexion des Memelgebietes bewährt hatte, wurde er von Hitler wieder ins Vertrauen gezogen. Über ein Gespräch mit Hitler am Abend des 24. März hielt Goebbels im Tagebuch fest: „Der Führer grübelt über die Lösung der Frage Danzig nach. Er will es bei Polen mit etwas Druck versuchen und hofft, daß es darauf reagiert. Aber wir müssen in den sauren Apfel beißen und Polens Grenzen garantieren. Das wird sich alles sehr bald entscheiden" (TG, 25. 3. 1939). Diese Textpassage zeigt genau wie eine Eintragung des folgenden Tages,[586] daß Hitlers Angebot an die polnische Regierung ernst gemeint war und keine Scheinverhandlung darstellte. Hitler hoffte offensichtlich, mit Warschau ähnlich wie mit Prag verfahren zu können, es zunächst erheblich zu schwächen, um bessere Ausgangsbedingungen für die Besetzung des gesamten Territoriums zu schaffen. Eine exterritoriale Autobahn zwischen dem Reichsgebiet und Ostpreußen hätte, je nach Strekkenführung, einen Aufmarsch der Wehrmacht innerhalb des polnischen Staatsgebietes auf einer Länge von ca. 100 km ermöglicht, gegen den sich Polen nicht hätte verteidigen können. Zugleich läßt dieses Tagebuchnotat im Zusammenhang mit der befohlenen Absage von Moltkes Gespräch mit Beck den Schluß zu, daß Hitler inzwischen eher dazu tendierte, eine militärische Lösung zu suchen.[587] Denn Ribbentrop hatte bereits deutlich spürbaren Druck ausgeübt und eine Steigerung durch Moltke bei gleichzeitigen anderweitigen Angeboten an Warschau wünschte Hitler letztlich doch nicht. Statt dessen betonte Hitler gegenüber Goebbels, wie unangenehm es sei, Polens Grenzen zu garantieren. Auch aus Weizsäckers Schreiben an Moltke geht diese Auffassung Hitlers hervor, denn der Staatssekretär erwähnte das „Geschenk einer Grenzanerkennung", was impliziert, daß ihm die territoriale Garantie als unverhältnismäßig hoher Preis erscheine angesichts der – aus NS-Perspektive – eher geringen Forderungen nach Danzig und der Verkehrswege durch den Korridor.[588] Doch noch stand die Entscheidung aus, da keine definitive Antwort aus Warschau vorlag. Goebbels und Hitler hatten noch bis „3^{h} nachts" die „Zukunftspläne" des NS-Regimes besprochen, wobei besonders die „Stellung Englands und Frankreichs in der Welt" erörtert wurde (TG, 26. 3. 1939). Auch diese lange Beratung zu nächtlicher Stunde läßt darauf schließen, daß die endgültige Entscheidung kurz bevorstand. Denn auch nach Schuschniggs geplanter Volksbefragung oder nach der Absetzung der Regierung Tiso debattierten Hitler und Goebbels die Lage bis tief in die Nacht. Am nächsten Tag, 25. März, wies Hitler den Oberbefehlshaber des Heeres Brauchitsch an, die „poln[ische] Frage" zu bearbeiten, die „in naher Zukunft" zu lösen sein würde, sollten „besonders günstige

[585] Schreiben Weizsäckers an Moltke, 24. 3. 1939, in: ADAP, D 6, Dok. 88.
[586] Über den 25. 3. 1939 schrieb Goebbels: „Mittags beim Führer. Polen hat sich noch nicht entschieden wegen Danzig. Aber unser Druck wird verstärkt. Wir hoffen, zum Ziele zu kommen", TG, 26. 3. 1939.
[587] Ähnlich Broszat, Die Reaktion, S. 277.
[588] Schreiben Weizsäckers an Moltke, 24. 3. 1939, in: ADAP, D 6, Dok. 88.

pol[itische] Voraussetzungen“ bestehen. Als Ziel wurde festgehalten: „Polen soll dann so niedergeschlagen werden, daß es in den nächsten Jahrzehnten als pol[itischer] Faktor nicht mehr in Rechnung gestellt werden brauchte“.[589]

Tags darauf übergab Lipski Ribbentrop eine Antwortnote der polnischen Regierung, die zwar eine prinzipielle Konzessionsbereitschaft in den Fragen Danzig und Korridor erkennen ließ, aber den Vorschlag des NS-Regimes nicht akzeptierte.[590] Ribbentrop ließ Lipski nicht im Zweifel, daß ein Einrücken polnischer Truppen in Danzig von der Reichsregierung als Casus belli betrachtet werden würde.[591] Der Ton der diplomatischen Kommunikation nahm an Schroffheit zu. Nur einen Tag später bestellte Ribbentrop Lipski ein und machte ihm Vorhaltungen wegen angeblicher Zwischenfälle.[592] Über diesen Stand notierte Goebbels, wahrscheinlich nach einem Telefonat mit Hitler, in sein Tagebuch: „Polen macht noch große Schwierigkeiten. Die Polacken sind und bleiben natürlich unsere Feinde, wenngleich sie uns aus Eigennutz in der Vergangenheit manchen Dienst getan haben“ (TG, 28. 3. 1939). Diese Passage läßt erkennen, daß auch eine friedliche Einigung in den Streitpunkten Danzig/Korridor durch eine entgegenkommende Haltung Warschaus nicht von Dauer gewesen wäre, da die Nationalsozialisten in den Polen beständig „Feinde“ sahen.

Wenige Stunden später trat Goebbels eine 18tägige Urlaubsreise an, so daß er nun wieder längere Zeit außerhalb des NS-Macht- und Entscheidungszentrums stand. Über Budapest begab sich Goebbels nach Athen, Rhodos, Ägypten und Istanbul. Zwar hatte Hitler verlangt, daß Goebbels „immer erreichbar sein“ müsse, „um notfalls abberufen werden zu können“ (TG, 28. 3. 1939), doch stellte sich in Athen (TG, 1. 4. 1939) und auf Rhodos heraus, daß dort nicht mit Berlin telefoniert werden konnte (TG, 4. 4. 1939). Auch in der ägyptischen Wüste war Goebbels von der Außenwelt abgeschnitten (TG, 8. 4. 1939). Die wenigen Informationen, die Goebbels meist mit einiger Verzögerung und in willkürlicher zeitlicher Abfolge durch Zeitungen in Erfahrung brachte, hielt er im Tagebuch fest. So schrieb er am 1. April 1939: „Die Polen bleiben vorläufig noch halsstarrig. Wird Beck, der gerade nach London reist,[593] sich gegen Deutschland breitschlagen lassen. Ich kann es kaum glauben. […] Aber wenn es brennt, wird der Führer mich schon zurückrufen“ (TG, 1. 4. 1939). Goebbels hielt es also für möglich, daß die Reise des polnischen Außenministers zu einer Situation führen könnte, bei der er gebraucht werde. Die Ereignisse des Jahres 1938 und 1939 hatten gezeigt, daß Hitler Goebbels immer kurz vor einer bevorstehenden Aktion und vor allem zu

589 Vermerk über Mitteilungen Hitlers an Brauchitsch betr. Hitlers politische und militärische Pläne vom 25. 3. 1939, in: IMG 38, Dok. 100-R, S. 274–276.

590 Aufzeichnung Ribbentrops über Gespräch mit Lipski, 26. 3. 1939, mit polnischer Note als Anlage, in: ADAP, D 6, Dok. 101; vgl. auch Becks Instruktionen an Lipski vom 25. 3. 1939, in: Jędrzejewicz, Lipski, Doc. 139.

591 Telegramm Weizsäckers, 27. 3. 1939, in: ADAP, D 6, Dok. 103. Beck erklärte am 28. 3. 1939 seinerseits gegenüber Moltke, ein deutscher Gewaltakt gegen Danzig bedeute für Warschau den „casus belli“, in: ADAP, D 6, Dok. 118.

592 Aufzeichnung Schmidts, 27. 3. 1939, in: ADAP, D 6, Dok. 108.

593 Beck verließ Warschau in Richtung London am 2. 4. 1939; vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 605.

deren propagandistischer Begleitung konsultierte. Goebbels wußte also, wie gespannt die Situation war, und daß in Berlin eine Operation gegen Polen in Erwägung gezogen wurde.

Von Chamberlains Garantieerklärung für Polen, die Becks Besuch vorausgegangen war, hatte Goebbels erst Tage später erfahren. Am 4. April 1939 schrieb er: „Von Berlin kommen Zeitungen an. Chamberlain hat im Unterhaus eine Beistandsverpflichtung für Polen erklärt" (TG, 4. 4. 1939). Auch ihr waren, um die Vorgeschichte kurz anzudeuten, wie der zwei Wochen später erfolgenden Garantiebekundung für Rumänien, Meldungen über eine unmittelbar bevorstehende militärische Operation des NS-Regimes gegen Polen vorausgegangen.[594] Zudem hatte die polnische Regierung eine Teilmobilmachung vorgenommen[595] und den Beitritt zu einem von London inspirierten Bündnis unter Beteiligung der UdSSR abgelehnt, nicht zuletzt, weil sie sich von bilateralen Gesprächen mit dem NS-Regime eine Lösung der Streitpunkte erhoffte.[596] Die Frage, ob es sich bei der britischen Garantieerklärung für Polen eher um eine „Improvisation" handelte, die zunächst vor allem der „Abschreckung" dienen sollte,[597] oder um einen länger vorbereiteten, gezielten „Befreiungsschlag", der im Bewußtsein um die Gefahr eines Krieges eine polnische Neutralität verhindern sollte, die wiederum den Verlust einer potentiellen Ostfront gegen das Deutsche Reich zur Folge gehabt hätte,[598] ist in der Forschung umstritten.[599] Die Beistandsverpflichtung besagte, daß die britische Regierung mit allen in ihrer Macht stehenden Mitteln Polen unterstützen würde, sollte die polnische Unabhängigkeit durch irgendeine Handlung bedroht sein und die polnische Regierung es für lebensnotwendig erachten, Widerstand zu leisten.[600] Sie enthielt keine Garantie der Staatsgrenzen, um Warschau Verhandlungsspielraum zu lassen. Die französische Regierung hatte Chamberlain zu der Erklärung autorisiert, daß Paris dieselbe Position einnehme.[601]

Am Tag nach dieser Ankündigung Chamberlains gab Hitler dem Premier, wie Goebbels auf Rhodos in sein Tagebuch schrieb, eine „sehr schneidende Antwort" und drohte mit der „Kündigung des Flottenvertrages" (TG, 4. 4. 1939).[602] Hitler

[594] Vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 566, 571; Self, Chamberlain-Letters, Brief vom [1./2. 4. 1939], S. 400; Newman, March 1939, S. 180f., 185.

[595] Vgl. ADAP, D 6, Dok. 85, 90, 101, 115, 118; DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 523.

[596] Vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 446, 459, 471, 479, 485, 489, 496, 518, 529, 534, 538.

[597] Broszat, Die Reaktion, S. 279, 270; „Drohgebärde" nannte Wegner, War der Zweite Weltkrieg vermeidbar, S. 26f., die Garantie.

[598] Vgl. Newman, March 1939, S. 219; Kosmala, Der deutsche Überfall, S. 30.

[599] Nach der Darstellung Chamberlains in einem Privatbrief waren die Nachrichten über die Bedrohung Polens Anlaß zu der Erklärung, da befürchtet wurde, innerhalb weniger Tage könnte die britische Regierung von der Kapitulation Polens überrascht werden. Dies spreche dafür, daß die Garantieerklärung tatsächlich spontan entstand und zunächst eine Abschreckung bezweckte. Vgl. Self, Chamberlain-Letters, Brief vom [1.–2. 4. 1939], S. 400.

[600] Rede Chamberlains im House of Commons, 31. 3. 1939, in: Chamberlain, Struggle, S. 423; DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 582; ADAP, D 6, Dok. 136.

[601] Vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 566, 574.

[602] Die Rede Hitlers am 1. 4. 1939 in Wilhelmshaven anläßlich des Stapellaufs des Schlachtschiffes „Scharnhorst" war betont antibritisch, auch die Infragestellung des Flottenabkommens hielt Goebbels richtig fest; vgl. Domarus, Hitler, Bd. 2, S. 1119–1127.

griff in dieser Rede in Wilhelmshaven die Verurteilung seiner Politik durch Chamberlain mit dem Verweis auf die britische Kolonialpolitik an und unterstellte, daß England 300 Jahre lang nicht anders gehandelt habe und nun, da es saturiert sei, von Moral rede. „England auf dem Tugendpfad. Es ist zum Brüllen“ (TG, 4.4.1939), kommentierte Goebbels. Hitler sprach davon, daß Großbritannien in Palästina „Tausende abgeschlachtet“ habe, während er in Mitteleuropa lediglich „Ruhe“ und „Ordnung“ geschaffen habe. Anschließend drohte er, daß das Reich keine „Trabantenstaaten, deren einzige Aufgabe“ es sei, „gegen Deutschland angesetzt zu werden“, bis zu deren „Einsatz“ gewähren lasse. Dies war eine Anspielung auf die britisch-französische Garantie für Polen und im Prinzip die Ankündigung eines Angriffs, der als Präventivkrieg deklariert werden sollte.

Wahrscheinlich am selben Tag, am 1. April 1939, wenn nicht schon zuvor, wies Hitler Keitel an, den „Fall Weiß“, also den Angriff auf Polen, so zu bearbeiten, „daß die Durchführung ab 1. 9. 39 jederzeit möglich ist“.[603] Am 6. April teilte Weizsäcker Lipski mit, daß Hitlers Angebot an Polen bezüglich Danzig/Korridor „ein einmaliges gewesen“ sei, das vom NS-Regime als abgelehnt betrachtet werde, und fügte seiner Aufzeichnung zufolge hinzu: „Ob Polen mit dieser Haltung gut beraten gewesen sei, werde ja die Zukunft lehren“.[604] Die Nichtwiederholung von Hitlers Vorschlag sollte verhindern, daß Polen ein neues Gegenangebot vorlegte. Mit Polen sollte also keine Verhandlungslösung mehr gefunden werden. Am selben Tag gab Chamberlain bekannt, daß Großbritannien und Polen ein gegenseitiges Hilfeleistungsabkommen vereinbart hätten, das zu einem dauerhaften Vertrag ausgestaltet werde,[605] der am 13. April unterzeichnet und durch eine ähnliche französisch-polnische Regelung ergänzt wurde. Auch Goebbels gelangte auf Rhodos die Vereinbarung vom 6. April Tage später zur Kenntnis; er kommentierte sie am 10. April mit den Worten: „London und Warschau haben einen gegenseitigen Beistandspakt abgeschlossen. Beck ist also den Lords doch in die Falle gegangen. Polen wird das vielleicht einmal sehr teuer bezahlen müssen. / So hat es bei der Tschechei auch angefangen. / Und das Ende war dann die Aufteilung dieses Staates“ (TG, 10.4.1939). Tags darauf ließ Hitler seine Weisung für den „Fall Weiß“ den Oberbefehlshabern der drei Wehrmachtsteile zukommen. Sie enthielt die Vorgaben für „eine endgültige Abrechnung“ mit Polen, wobei dieser Staat vorher „möglichst zu isolieren“ war. Das Ziel war, „die polnische Wehrkraft zu zerschlagen und eine den Bedürfnissen der Landesverteidigung entsprechende Lage im Osten zu schaffen“. Danzig sollte im Konfliktfall sofort „als deutsches Reichsgebiet erklärt“ werden.[606]

[603] Weisung Keitels für die Wehrmacht, 3.4.1939, in: IMG 34, Dok. 120-C, S. 380f. Domarus, Hitler, Bd. 2, S. 1119, Anm. 352, und Rohde, Hitlers erster „Blitzkrieg“, S. 79, konstatierten, daß Hitler Keitel nach dem 1.4.1939 nicht mehr getroffen habe, daß also seine Anweisung zur Weisung, die Keitel am Montag, 3.4.1939, vorlegte, zuvor ergangen sein mußte.

[604] Aufzeichnung Weizsäckers über Gespräch mit Lipski, 6.4.1939, in: ADAP, D 6, Dok. 169; vgl. auch ebenda, Dok. 159.

[605] Vgl. ADAP, D 6, Dok. 169, Anm. 4; Domarus, Hitler, Bd. 2, S. 1128f.; DBFP, 3rd Series, Vol. V, Doc. 16.

[606] Weisung Hitlers, 11.4.1939, in: IMG 34, Dok. 120-C, S. 388.

Wieder zurück in Berlin erfuhr Goebbels von Hitler, daß sich die deutsche „Aufrüstung […] durch Prag wesentlich vergrößert" habe (TG, 23.4.1939). Sie hätten dadurch „37 000 Maschinengewehre allein dazubekommen", bei denen sich „deutsche Munition verwenden" ließ (TG, 23.4.1939).[607] Einen Tag später teilte Hitler ihm mit, daß er gegenüber Polen „nicht sein damaliges Angebot bzgl. Danzig und Autobahn durch den Korridor nochmal wiederholen" wolle (TG, 24.4.1939). Im nächsten Absatz beschreibt Goebbels wieder die Fortschritte der deutschen „Aufrüstung" und die angeblich hervorragende Qualität der „deutschen Waffen" sowie die riesigen „Munitionsvorräte". Abends begab sich Goebbels wieder zu Hitler in die Reichskanzlei, wo sie seinem Tagebuch zufolge „bis in die tiefe Nacht Außenpolitik gemacht" hatten (TG, 24.4.1939). Hierzu führte Goebbels aus: „Der Führer ist sehr geladen gegen Polen. Glaubt, da zu einem baldigen Ergebnis zu kommen. Paris und London bluffen nur. / […] / Es ist augenblicklich noch alles in der Schwebe. Unsere Parole heißt: aufrüsten, auf der Lauer liegen und wenn die Situation reif ist, zupacken" (TG, 24.4.1939). Unklar war also der Termin, wie Goebbels überliefert, nicht die Entscheidung zum „Zupacken".

Am 28. April hielt Hitler im Reichstag eine lange Rede, über die Goebbels notiert hatte: „Flottenvertrag mit England gekündigt. Grundlagen dazu nicht mehr vorhanden. Abkommen mit Polen gekündigt. Aus denselben Gründen" (TG, 29.4.1939).[608] Einen Tag später schrieb Goebbels in seiner bekannt flapsigen Art: „Die Polen müssen bei nächster Gelegenheit etwas auf die Schnauze haben" (TG, 30.4.1939), womit Goebbels nichts anderes ausdrückte als eine bevorstehende militärische Operation. Anläßlich der Feier zum 1. Mai sprach Goebbels mit Hitler einige Fragen durch und hielt darüber im Tagebuch fest: „Die Polen hetzen sehr gegen uns. Der Führer begrüßt das. Wir sollen vorläufig noch nicht wiederschlagen. Aber registrieren. Warschau wird einmal da enden, wo Prag geendet hat" (TG, 2.5.1939).[609] Keine zwei Wochen später vermerkte Goebbels „den ersten Toten" auf deutscher Seite in Polen und kommentierte: „Das geht alles seinen gesetzmäßigen Gang" (TG, 13.5.1939). Goebbels spielte hier auf die Zwischenfälle im Sudetenland an, wo jeder „volksdeutsche" Todesfall zur Verschärfung der Spannungen instrumentalisiert wurde, und machte deutlich, daß derartige Vorfälle auch den Anlaß zum Krieg gegen Polen liefern könnten.[610] Seinen höchsten Offizieren teilte

[607] Etwas höhere Zahlen nannte Hitler dem italienischen Botschafter Attolico am 20.3.1939 als Zugewinne: 1,9 Mio. Gewehre, 44 000 Maschinengewehre, 2400 schwere Geschütze, 1000 Flugzeuge und 120 000 t Munition; vgl. Aufzeichnung Schmidts über Gespräch Hitlers mit Attolico, 20.3.1939, in: ADAP, D 6, Dok. 52, S. 51.

[608] Bei der nicht ganz deutlich ausgesprochenen Kündigung des Flottenabkommens verwies Hitler auf das mangelnde Vertrauen der britischen Regierung in die deutsche Regierung, das Chamberlain am 17.3.1939 angesprochen hatte. Den Nichtangriffspakt mit Polen kündigte Hitler mit dem Argument, Polen habe ihn durch seine Beistandspakte mit Großbritannien und Frankreich verletzt. Reichstagsrede Hitlers, 28.4.1939, in: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 460, S. 23–43, v. a. S. 32, 34. Allerdings hatte Hitler das deutsch-britische Flottenabkommen von 1935 inzwischen durch seine Seerüstungsmaßnahmen längst gebrochen; vgl. Hillgruber, Deutschlands Rolle, S. 82 f.

[609] Im Mai 1938 wurde der deutschen Presse noch Zurückhaltung verordnet; vgl. Fischer, Publizistik, S. 214.

[610] Siehe Kosmala, Der deutsche Überfall, S. 30 f.

Hitler am 23. Mai 1939 mit, er habe entschlossen, „bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen“.[611] Doch noch waren die „Westbefestigungen“ (TG, 17. 5. 1939) nicht fertig, die Hitler Mitte Mai noch einmal inspiziert hatte. Wenige Wochen später notierte Goebbels: „Der Führer will vorläufig einmal warten, bis wir fertig sind. Im August steht der Westwall“ (TG, 11. 6. 1939). Beiden war bewußt, daß die Lage bei dieser Aktion des NS-Regimes etwas ernster war, weil die britische Regierung, von deren Verhalten die Position der französischen abhing, nun „festergelegt als im September 38“ (TG, 24. 8. 1939) war, als kein formales Bündnis mit Prag bestanden hatte.

Hitler suchte daher nun ebenfalls nach Bundesgenossen. Da er Mussolini vor der Errichtung des „Protektorats“ nicht informiert hatte,[612] bemühte er sich nun besonders um Rom. Zum Gründungstag der faschistischen Partei schrieb er Mussolini einen Brief, in dem er ihm versprach, ihm auch in schwierigsten Situationen mit äußerster Konsequenz beizustehen.[613] Damit hatte Hitler Mussolini nicht nur einen Freibrief für seine territorialen Aspirationen im Mittelmeerraum ausgestellt, sondern ihn zugleich – wie schon in seiner Reichstagsrede am 30. Januar 1939[614] – der sogenannten Nibelungentreue des NS-Regimes versichert. Nach nochmaliger Rücksprache mit Berlin rückten am 7. April italienische Truppen in Albanien ein und besetzten das Land (TG, 10. 4. 1939). Als Vorwand dienten angebliche Unruhen, weshalb Goebbels kommentierte, Mussolini habe „in seiner Argumentation viel von uns gelernt“ (TG, 11. 4. 1939).[615] Mitte April besprach Göring mit Mussolini in Rom eine mögliche künftige militärische Kooperation. Als Motto beider Regierungen wurde im Protokoll festgehalten: „Vom Frieden sprechen und den Krieg, d. h. den Sieg vorbereiten“.[616] Wenige Tage später erzählte Göring in Gegenwart Goebbels' von seinem Besuch bei Mussolini: „Dort steht jetzt wieder alles gut. Nach der Besetzung von Böhmen und Mähren war es nicht so gut“ (TG, 20. 4. 1939), vermerkte Goebbels darüber. Am 23. April erfuhr Goebbels von Hitler, daß an einem „Militärbündnis mit Italien“ gearbeitet werde (TG, 24. 4. 1939). Dieser sogenannte Stahlpakt zwischen dem Deutschen Reich und Italien wurde am 22. Mai unterzeichnet. Er sah einen Beistandsautomatismus im Kriegsfall vor. Doch Goebbels war skeptisch, wie aus seinem Tagebuch hervorgeht: „Der deutsch-

611 Bericht Rudolf Schmundts über die Besprechung in der Reichskanzlei am 23. 5. 1939, in: IMG 37, Dok. 79-L, S. 546–556, hier S. 549.

612 Vgl. ADAP, D 4, Dok. 187, 205, 214, 224, 232, 239; ADAP, D 6, Dok. 15, 37f., 55; DDI, Serie 8, Vol. XI, Doc. 277, 282, 292, 294, 296–299, 301–303, 314, 340; Král, Abkommen, Dok. 314; Tagebuch Ciano, 15.–20. 3. 1939; Hiller von Gaertringen, Hassell-Tagebücher, 3. 4. 1939, S. 86.

613 Schreiben Hitlers an Mussolini, 25. 3. 1939, in: ADAP, D 6, Dok. 100.

614 „Blankovollmacht für Italien: bei einem Krieg gleichgültig welcher Art an Mussolinis Seite“, hatte Goebbels notiert, TG, 31. 1. 1939. Hitler hatte im Reichstag erklärt: „Es kann dem Frieden nur nützlich sein, wenn es darüber keinen Zweifel gibt, daß ein Krieg gegen das heutige Italien, ganz gleich aus welchen Motiven, vom Zaune gebrochen, Deutschland an die Seite des Freundes rufen wird.“ Rede Hitlers, 30. 1. 1939, in: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 460, S. 18.

615 Vgl. ADAP, D 6, Dok. 150, 155, 158, 164, 166, 170–172; DDI, Serie 8, Vol. XI, Doc. 463.

616 Aufzeichnung über Gespräch Görings mit Mussolini am 16. 4. 1939, in: ADAP, D 6, Dok. 211.

italienische Militärpakt wird unterzeichnet. Er ist sehr weitgehend. Volle militärische Hilfe, Konsultation etc. Auf 10 Jahre abgeschlossen. / Hoffentlich halten die Italiener ihn auch" (TG, 23.5.1939).[617]

Ein weiterer möglicher Bundesgenosse wurde in der UdSSR gesehen. Ende März/Anfang April 1939 gab es in Berlin verschiedentliche Überlegungen einer Annäherung an Moskau.[618] Göring besprach diese Angelegenheit am 18. April 1939 mit Mussolini, der die Anregung begrüßte, durch Mittelsmänner „vorsichtig bei Rußland mit dem Ziel einer Annäherung" vorzufühlen.[619] Die Aussichten dafür waren keineswegs gering, da die UdSSR seit dem Münchener Abkommen völlig isoliert war, und Stalin durch den nationalsozialistischen Griff nach Prag, die indirekte Beherrschung der Slowakei und den „Anschluß" des Memellandes an das Reich in seinem Mißtrauen gegen die Westmächte, die alles geschehen ließen, bestärkt worden war. Zudem fürchtete er ein mögliches Arrangement des NS-Regimes mit Großbritannien und Frankreich – mit beiden Staaten hatte Berlin wenige Monate zuvor „Freundschaftserklärungen" unterzeichnet – gegen die UdSSR.[620] Schon seit Herbst 1938 waren die Kontakte zwischen Moskau und Berlin intensiviert worden, zunächst auf wirtschaftlicher Basis. Am 3. Mai wurde der bisherige Außenkommissar Maxim Litwinow, der für eine Anlehnung an die Westmächte stand und jüdischer Herkunft war, durch Molotow ersetzt. Goebbels schrieb hierüber: „Um Litwinows Rücktritt großes Rätselraten. Man glaubt in London und Paris, daß Moskau sich stärker nach uns orientieren wolle. Wir dementieren das nicht, um die Nervosität und Unruhe zu steigern" (TG, 6.5.1939). Goebbels wie anscheinend auch Hitler hatten die Offerten Moskaus zu einer Verständigung nicht gleich begriffen. Noch am 1. Juni notierte Goebbels nach einem Gespräch mit ihm: „Die Politik Moskaus ist vorläufig auch für den Führer noch undurchsichtig. Man wird nicht ganz schlau daraus. Wahrscheinlich ist es so, daß Moskau sich nach Möglichkeit aus allen europäischen Streitigkeiten heraushalten möchte, um evtl. nachher als Erbe aufzutreten" (TG, 2.6.1939). Kurz zuvor hatte Hitler sein Einverständnis mit einer „Fühlungnahme" mit der sowjetischen Führung gegeben.[621]

Ende Juni besprach sich Hitler mit dem deutschen Botschafter in Moskau, Graf Schulenburg, auf dem Obersalzberg (TG, 23.6.1939). Aber noch verhandelten auch die Briten mit der UdSSR, um sie für eine Allianz gegen das NS-Regime zu gewinnen. Anfang Juli glaubte Hitler nicht mehr, wie Goebbels überliefert, „daß London und Moskau noch zu einem Abschluß kommen werden. Dann ist für uns die Bahn frei" (TG, 9.7.1939), notierte Goebbels weiter. Spätestens Anfang August setzte dann auch die deutsche Pressekampagne mit voller Wucht gegen Polen

[617] Freundschafts- und Bündnispakt zwischen dem Deutschen Reich und Italien mit geheimem Zusatzprotokoll, 22.5.1939, in: ADAP, D 6, Dok. 426; RGBl. 1939, Teil II, S. 826–833, dort aber ohne Zusatzprotokoll.

[618] Kley, Hitler, Ribbentrop, S. 262f.; Conze/Frei/Hayes/Zimmermann, Das Amt, S. 135.

[619] Aufzeichnung über Gespräch Görings mit Mussolini am 16.4.1939, in: ADAP, D 6, Dok. 211.

[620] Vgl. Altrichter, Unauflösbare Widersprüche, S. 59–83, v. a. S. 71–73; Čubarjan, Die UdSSR, S. 277–292, v. a. S. 280–284; Dašičev, Planungen, S. 303–314; Bartoszewski, Polen, S. 54.

[621] Notiz Weizsäckers, 30.5.1939, in: ADAP, D 6, Dok. 446. Zu den Verhandlungen Berlin-Moskau siehe Kley, Hitler, Ribbentrop, S. 261–279.

ein.[622] Als Goebbels am 21. August vom Obersalzberg die Nachricht erhielt, daß der „Nichtangriffspakt mit Moskau perfekt“ sei, der am 23. August unterzeichnet wurde,[623] fügte er im Tagebuch hinzu: „Daran ist auch lange genug gearbeitet worden“ (TG, 22. 8. 1939). Goebbels hielt diesen Vertrag für „einen genialen Schachzug“ Hitlers (TG, 23. 8. 1939) und wurde noch vor der Unterzeichnung von Hitler über das geheime Zusatzprotokoll[624] informiert, wie sein Tagebuch ausweist: „Der Osten Europas wird zwischen Berlin und Moskau aufgeteilt. Rußland will natürlich einen Teil des Baltikums. Soll es haben. Polen wird aufgeteilt. Anderer Mächte Interessen in Osteuropa werden nicht anerkannt“ (TG, 24. 8. 1939). Zur Reaktion Roms hielt Goebbels fest: „Italien ist nicht begeistert, aber es wird wohl mitmachen müssen. Es bleibt ihm ja kaum noch eine andere Wahl“ (TG, 24. 8. 1939).

Wie im Falle der Sudetenkrise hatte Hitler beim Konflikt mit Polen ein „Minimalziel“ (TG, 28. 8. 1939), das in der Abtretung Danzigs und in einer Korridorlösung[625] bestand, und eine „Maximalforderung“, die die Annexion Westpolens bis zu der mit Stalin vereinbarten Demarkationslinie bedeutete. Auch diesmal bemühte sich die britische Regierung um eine Vermittlung zwischen beiden Parteien, Berlin und Warschau, und hätte die sogenannten Minimalforderungen des NS-Regimes akzeptiert, wäre Polen dazu bereit gewesen und dessen staatliche Unabhängigkeit von Hitler garantiert worden.[626] Doch selbst wenn der polnische Botschafter Lipski im Namen seiner Regierung am 30. August die Annahme der Forderungen erklärt hätte,[627] wäre der Krieg gegen Polen nur aufgeschoben wor-

622 Fischer, Publizistik, S. 215.

623 Nichtangriffsvertrag zwischen Deutschland und der UdSSR mit geheimem Zusatzprotokoll, 23. 8. 1939, in: ADAP, D 7, Dok. 228 f.; im RGBl. 1939, Teil II, S. 968 f., ohne Zusatzprotokoll veröffentlicht. Zur Bedeutung siehe Semirjaga, Die sowjetisch-deutschen Verträge, S. 293–301.

624 Geheimes Zusatzprotokoll, 23. 8. 1939, in; ADAP, D 7, Dok. 229.

625 Am 27. 8. 1939 sprach Hitler gegenüber Goebbels noch von der Lösung „Korridor im Korridor“ (TG, 28. 9. 1939), zwei Tage später wurde in einem offiziellen Memorandum des NS-Regimes eine Abstimmung im Korridor verlangt; vgl. ADAP, D 7, Dok. 458, Anlage.

626 Vgl. Noten der britischen Regierung, 28. 8. und 30. 8. 1939, in: ADAP, D 7, Dok. 384, Anlage, und 461, Anlage; siehe auch ebenda, Dok. 466.

627 Weder Beck noch Lipski trafen am 30. 8. 1939, wie in Berlin erwartet (TG, 31. 8. 1939; ADAP, D 7, Dok. 461, 476), zu Verhandlungen ein. Erst am Nachmittag des 31. 8. sprach Lipski mit Weizsäcker und erklärte ihm, wie auch am Abend Ribbentrop, daß er keine Vollmachten besitze (ADAP, D 7, Dok. 475 f.). Doch Hitler war nur zu Verhandlungen mit einem bevollmächtigten Vertreter bereit, der ihm die Akzeptanz seiner Forderungen bestätigt hätte; vgl. ADAP, D 7, Dok. 421, 445, 461. Lipski war nicht bevollmächtigt und vor allem kam er zu spät. Goebbels zufolge hatte Hitler „mittags“ den endgültigen „Befehl zum Angriff in der Nacht“ gegeben (TG, 1. 9. 1939). Somit ist die Annahme Weinbergs, The Foreign Policy. Starting World War II, S. 645–647, und ders., Hitlers Entschluß, S. 33, falsch, Hitler habe den Krieg achteinhalb Stunden vor der von ihm selbst gesetzten und von Halder überlieferten Entscheidungsfrist (31. 8. 1939, 15.00 Uhr) befohlen und seinen zeitlichen Spielraum nicht ausgeschöpft. Auch Halder überliefert, daß um 16.00 Uhr der Befehl des OKW „zum Antreten“ gegeben wurde, da infolge Lipskis Besuch in Berlin nochmals nachgefragt worden war, „ob es beim Antreten bleibt“. Halder, Kriegstagebuch, Bd. I, 30., 31. 8. 1938, S. 46, 48.

den. Hitler wollte die Vernichtung des polnisches Staates, wie Goebbels nach einem Gespräch mit ihm am 23. August 1939 überliefert: „Wir werden es [Polen, d.V.] angreifen bei der ersten besten Gelegenheit. Der polnische Staat muß zerschlagen werden genau wie der tschechische" (TG, 24. 8. 1939). Der exakte Zeitpunkt dieser Entscheidung Hitlers läßt sich aufgrund der Quellenlage nicht eindeutig bestimmen.[628] In dieser Frage tragen die Tagebücher von Goebbels nicht zur Klärung bei, da sich der Propagandaminister in der fraglichen Phase im Ausland aufhielt. Als gesichert gilt, daß der grundsätzliche Entschluß Hitlers einige Tage nach der Errichtung des „Protektorats" und der Ablehnung seiner Forderungen durch Warschau und vor dem 3. April 1939 gefaßt wurde. Die Vorkriegsphase, verstanden als Abschnitt vor dem Krieg, in dem die grundsätzlichen Entscheidungen fielen, war also bereits im Frühjahr 1939 abgeschlossen.

8. Die Goebbels-Tagebücher als Quelle für die Geschichte der Desintegration der Tschecho-Slowakei

Zur Rolle Goebbels' bei der Desintegration des tschecho-slowakischen Staates

Zwischen Oktober 1938 und Anfang März 1939 war Goebbels zwar mit den medien- und kulturpolitischen Fragen in bezug auf das Sudetenland und die Tschecho-Slowakei befaßt, aber nur selten mit der Außenpolitik des NS-Regimes. Dies hatte im wesentlichen zwei Ursachen: Zum einen war Goebbels in der gesamten Vorkriegsphase – wie im Regelfall auch davor und danach – nie an politischen Verhandlungen mit ausländischen Regierungsvertretern beteiligt worden, da sich Hitler dies selbst vorbehielt oder Göring und Ribbentrop damit betraute. Zum anderen scheint aufgrund von Goebbels' Affäre mit der tschechischen Schauspielerin Lida Baarova das Vertrauen Hitlers in seinen Propagandaminister erheblich abgenommen zu haben, vor allem auch, weil Goebbels, worauf sein Tagebuch schließen läßt, immer wieder erklärt zu haben scheint, die Affäre fortsetzen zu wollen. Es deutet vieles darauf hin, daß Goebbels nicht lediglich die Abhängigkeit der Schauspielerin zu rein sexuellen Zwecken ausgenutzt hatte, wie ihm damals beispielsweise von Alfred Rosenberg oder Ulrich von Hassell unterstellt worden war.[629] Es drängt sich vielmehr der Eindruck auf, daß die mehrmaligen Erkrankungen Goebbels' in dieser Phase mit dem Zwiespalt zwischen privaten Interessen und gehorsamer Pflichterfüllung zusammenhängen – letztlich klären läßt sich dies heute nicht mehr. Die Aufzeichnungen hierzu belegen aber deutlich, daß

[628] Beispielsweise wurden in der Literatur folgende mögliche Daten genannt: Broszat, Die Reaktion, S. 277: 25. 3. 1939; Wojciechowski, Der historische Ort, S. 274: 31. 3. 1939; Wegner, War der Zweite Weltkrieg vermeidbar, S. 27: Ende März 1939; Rohde, Hitlers erster „Blitzkrieg", S. 79: vor 1. 4. 1939; Graml, Europas Weg, S. 195: spätestens 1. 4. 1939; Čubarjan, Die UdSSR, S. 283: April 1939.

[629] Seraphim, Tagebuch Rosenbergs, Einträge vom 6. 2., 1. 3. 1939, S. 80–82; Hiller von Gaertringen, Hassell-Tagebücher, Einträge vom 17. 9. 1938 (S. 51f.), 10. 10. 1938 (S. 57), 30. 1. 1939 (S. 79), 26. 1. 1939 (S. 82).

diese Quelle tatsächlich ein privates Tagebuch darstellt, dessen Autor durch Krankheiten und persönliche Lebenskrisen in seiner Aufmerksamkeit und seinem Interesse für die berufliche Tätigkeit beeinträchtigt wurde. Gegen Jahresende 1938 war Goebbels schwer angeschlagen, so daß Hitler ihn zu sich auf den Obersalzberg holte, aber mit ihm keine brisanten politischen Angelegenheiten besprach. Hitler informierte seinen Propagandaminister wahrscheinlich weder über seine Unterredungen mit Kálmán Darányi am 14. Oktober 1938 noch mit Józef Beck am 5. Januar 1939 oder mit Vojtěch Tuka und Franz Karmasin am 12. Februar 1939. Von seinen Gesprächen mit František Chvalkovský am 14. Oktober 1938 und 21. Januar 1939 berichtete Hitler ihm nur sehr wenig. Ribbentrops Gespräche mit Józef Lipski und Außenminister Beck zwischen Oktober 1938 und Januar 1939 waren und blieben Goebbels wahrscheinlich völlig unbekannt.

Die zahlreichen Tagebucheinträge zum weltpolitischen Geschehen, das Goebbels um die Jahreswende 1938/39 mit wechselnder Aufmerksamkeit verfolgte, zeugen von geringer Informationsdichte und enthalten oftmals kaum mehr, als ein aufmerksamer Zeitungsleser zu notieren vermocht hätte. Trotzdem lassen sich alle wichtigen Ereignisse in Goebbels' Aufzeichnungen finden, beispielsweise die Besetzung des Sudetenlandes, dessen Eingliederung in das Reich, die polnische Annexion des Olsa-Gebietes, die ungarisch-tschecho-slowakischen Verhandlungen, die Appelle Budapests und Preßburgs an Berlin und Rom, eine Lösung zu finden, der Erste Wiener Schiedsspruch, die deutsch-französische Erklärung vom 6. Dezember 1938 oder die innenpolitischen Vorgänge in der Tschecho-Slowakei. Die notgedrungene Anlehnung Prags an Berlin verzeichnete Goebbels mit Befriedigung, vor allem die dortigen Maßnahmen gegen Emigranten, Kommunisten und Juden.

Die relative Bedeutungslosigkeit des Propagandaministers für die NS-Außenpolitik Ende 1938 und Anfang 1939 änderte sich schlagartig, als in der Tschecho-Slowakei eine Entwicklung eingetreten war, die Hitler als gravierend genug betrachtete, um die schon im Frühjahr 1938 geplante Besetzung Böhmens und Mährens in Angriff nehmen zu können. Durch die Absetzung der slowakischen Regierung unter Ministerpräsident Jozef Tiso durch den tschecho-slowakischen Staatspräsidenten Emil Hácha am 9. März 1939 war eine Situation entstanden, in der Hitler Goebbels' Mitwirkung bei den propagandistischen Begleitmaßnahmen der durchzuführenden Aktion benötigte und auch seinen Rat suchte, wohl nicht zuletzt, weil Göring in diesen Tagen verreist war. Mehrmals täglich beriet sich Hitler in den entscheidenden Märztagen mit Goebbels.

Am Mittag des 10. März 1939 wurde Goebbels noch vor Ribbentrop und Keitel zu Hitler gerufen. Nun hatten sie, wie Goebbels überliefert, ein „Sprungbrett", um „die Frage", die sie im September 1938 „nur halb lösen konnten, ganz lösen" zu können (TG, 11. 3. 1939). In diesem Moment, nach Beratung mit Goebbels, fiel die Entscheidung Hitlers zum Einmarsch in Böhmen und Mähren am 15. März. Sogleich legten Hitler und Goebbels „alle Einzelheiten fest", darunter auch die Presseführung. Am Nachmittag arbeitete Goebbels allein „den Schlachtplan" der Propagandaaktion aus, informierte seine engsten Mitarbeiter und setzte sein Ministerium „in Bereitschaft", bevor er zu Hitler zurückkehrte. Wieder in der Reichskanzlei, entwarfen Hitler und Goebbels gemeinsam „eine Meldung, daß die Regie-

rung Tiso sich vor ihrer Verhaftung nochmal in einer Note an die deutsche Reichsregierung gewandt habe" (TG, 11.3.1939). Sie beabsichtigten also, wie ein Jahr zuvor, durch einen angeblichen Hilferuf den Einmarsch der Wehrmacht zu legitimieren. Es scheint, daß Hitler nachmittags zunächst mit Juristen die Rechtslage besprochen hatte und von deren Ideen nicht zufriedengestellt worden war. Denn er beklagte sich bei Goebbels, „daß man mit Juristen keine Geschichte machen" könne, ihnen fehle es an Ideen, Leidenschaft und Mut (TG, 11.3.1939). Auf Vorschlag Goebbels' ging Hitler am Abend, wie noch öfter in den folgenden Tagen, ins Theater, um etwaige Gerüchte über eine außenpolitische Krise im Keim zu ersticken. Nachts, bis 4.00 Uhr morgens, trafen Goebbels und Hitler sich wieder zur Beratung. Die Situation in Preßburg stellte sich inzwischen anders dar als erhofft: Tiso wollte das Hilfsgesuch nicht unterzeichnen, der von Prag ernannte neue Ministerpräsident Sidor ebensowenig. Auch erfolgte keine slowakische Unabhängigkeitserklärung. Daher vereinbarten sie Goebbels zufolge, in der Slowakei „etwas nachhelfen" zu wollen, denn diese Chance wollten sich Hitler und er nicht entgehen lassen. „Jedenfalls muß die Aktion steigen. Den Grund werden wir uns noch suchen", notierte Goebbels weiter (TG, 11.3.1939).

Beide überlegten mögliche weitere Rechtfertigungsgründe für die Besetzung Böhmens und Mährens durch die Wehrmacht. Eine Möglichkeit sahen beide in Zwischenfällen in der Tschecho-Slowakei. Wie schon im September 1938 wurden wieder gezielt Greuelmeldungen über die Unterdrückung oder Mißhandlung der deutschen Minderheit verbreitet. Goebbels machte dies im Tagebuch unter anderem dadurch deutlich, daß er schrieb, er habe seinen Mitarbeiter Alfred-Ingemar Berndt „wieder zum Reichsgerüchteamt" ernannt. Um für die Pressekampagne Berndts Fakten zu schaffen, sollten „Zusammenstöße […] provoziert werden", wie Goebbels mit Hitler am Mittag des 11. März besprochen hatte (TG, 12.3.1939). „Sind Deutsche dabei, dann schlagen wir Mordskrach", hielt Goebbels weiter über dieses Gespräch mit Hitler fest. Die „Großkanonade", so hatten sie vereinbart, sollte jedoch erst am 13. und 14. März einsetzen, kurz vor dem Einmarsch der Wehrmacht. Gleichzeitig wurde die Presse angewiesen, nicht den Eindruck zu erwecken, in der Slowakei herrschte Ruhe, obgleich dies der Fall war.

Am Mittag des 12. März besprach Goebbels mit Hitler nochmals die Situation und die Presseführung. Goebbels wußte auch, daß die SS versuchte, die revolutionäre Stimmung in Preßburg anzuheizen. Doch dies gelang nicht. „Es scheint, als ginge es von der Slowakei aus nicht mehr" (TG, 13.3.1939), hielt Goebbels als Resultat fest. Daher empfing Hitler am frühen Abend den ungarischen Gesandten Döme Sztójay, um Budapest zu einem Eingreifen in der Karpatho-Ukraine zu bewegen. Hitler gab auch wieder die Richtlinien der Presseführung vor, wie Goebbels notierte: Die Presse mußte „stärker aufdrehen", wenngleich „noch das undurchdringliche Gesicht" gewahrt werden sollte (TG, 13.3.1939). Die wenig konkrete Haltung der Presse diente nicht nur der Verschleierung, sondern war auch notwendig, weil noch nicht entschieden war, welches Ereignis den Anlaß zum Vorgehen geben sollte. Goebbels erfuhr noch am selben Tag von Hitlers Gespräch mit Sztójay, bevor sie zusammen „zur Tarnung" ins Theater gingen und noch bis 3.00 Uhr morgens mit Ribbentrop eine „außenpolitische Debatte" führten (TG, 13.3.1939).

Am folgenden Tag, 13. März 1939, wurde Goebbels „gleich morgens zum Führer gerufen", im Verlauf des Tages traf er ihn noch zwei weitere Male. „Die deutsche Presse dreht nun auf", notierte Goebbels, wenngleich bislang „keine Reibungen von Belang zu verzeichnen" seien, wie Goebbels vermerkte (TG, 14. 3. 1939). Zusammen mit Hitler entwarf Goebbels nun „die Flugblätter für den Einmarsch", und zwar für jede Volksgruppe eigene (TG, 14. 3. 1939). Die offizielle Begründung, die in den Flugblättern angegeben wurde, lautete Goebbels zufolge: „Die Wehrmacht schafft nur Ordnung" (TG, 14. 3. 1939). Kurz darauf arbeitete Goebbels „die Flugblätter im einzelnen aus" und legte „mit der Luftwaffe zusammen die Verteilung fest", genau wie ein Jahr zuvor, als der Einmarsch in Österreich bevorgestanden hatte. Mittags suchte Goebbels Hitler wieder auf und legte ihm die Entwürfe der Flugblätter vor, mit denen dieser „zufrieden" gewesen sei. Doch noch konnten sie nicht gedruckt werden, weil Hitler die Unterredung mit den Vertretern der abgesetzten slowakischen Regierung, Tiso und Ďurčanský, abwarten wollte. Die Nachmittagspresse hatte weisungsgemäß ihren Ton deutlich verstärkt, was Goebbels mit gewissem Stolz im Tagebuch festhielt: „Die Blätter schreien mit voller Lungenstärke ihre Empörung heraus. Nun ist die Katze aus dem Sack gelassen. Aber Forderungen werden garnicht [!] aufgestellt. Das soll man sich draußen selbst zusammenreimen" (TG, 14. 3. 1939). Am Abend erfuhr Goebbels von Hitler von seinem Gespräch mit den Slowaken, die aufgefordert worden waren, sofort ihre Unabhängigkeit von Prag zu proklamieren, andernfalls würde ihr Land „von Ungarn geschluckt", wie Goebbels schrieb. Anschließend gab Goebbels der Presse genaue Instruktionen und ließ die von Hitler genehmigten Flugblätter in einer Auflage „von 25 Millionen durch die Maschinen" laufen (TG, 14. 3. 1939).

Während in Berlin am Vormittag des 14. März gespannt die Vorgänge in Preßburg und die Unabhängigkeitserklärung beobachtet wurden, suchten Hitler und Goebbels nach alternativen Scheinlegitimationen. Goebbels vermerkte, die deutsche „Presse randaliert wie im September" (TG, 15. 4. 1939), womit er zum Ausdruck brachte, daß wieder angebliche Zwischenfälle im Zentrum der Berichterstattung standen. Das „Hilfsgesuch" aus der Slowakei, das vom NS-Regime verlangt worden war, traf, wie Goebbels zutreffend festhielt, nicht ein. Aber Ungarn hatte inzwischen „einige Grenzdörfer" besetzt. Goebbels gab daher der Presse neue Instruktionen und hielt sie weiterhin zu „Lärm" an. Mittags besprach Hitler mit Goebbels die künftige Gestaltung Böhmens und Mährens, Goebbels war also auch in diese staatsrechtliche Angelegenheit von vornherein miteinbezogen. Auch über den Beginn der militärischen Operation wurde Goebbels sogleich informiert. Noch bevor der tschecho-slowakische Staatspräsident Hácha und Außenminister Chvalkovský in der Reichshauptstadt eintrafen, ordneten Hitler und Goebbels gemeinsam an, daß in der Presse „nur noch von Böhmen und Mähren als urdeutschen Gebieten" geschrieben werden durfte (TG, 15. 3. 1939). In der Reichskanzlei wartete Goebbels die nächtliche Unterredung Hitlers mit Hácha ab, um am frühen Morgen die von Hitler diktierte Proklamation an das deutsche Volk im Rundfunk zu verlesen. An vielen Orten der Tschecho-Slowakei hätten, so erfuhr das Volk von Goebbels, „wüste Exzesse" stattgefunden, denen „zahlreiche Deutsche zum Opfer" gefallen seien. Daher habe Hitler sich ent-

schlossen, „deutsche Truppen nach Böhmen und Mähren einmarschieren zu lassen".[630]

Die Bedeutung Goebbels' für die Desintegration des tschecho-slowakischen Staates im März 1939 ist kaum zu überschätzen. Die Behauptung Helmut Michels', Goebbels habe „bei keinem der dem „Anschluß" folgenden NS-Aggressionsakte […] eine nennenswerte Rolle" gespielt,[631] war voreilig und falsch; Michels lagen weder die Tagebucheinträge aus dieser Zeit vor noch hatte er sich mit der Zerschlagung der Tschecho-Slowakei im März 1939 überhaupt befaßt. Goebbels legte gemeinsam mit Hitler die Anweisungen für Presse und Rundfunk, slowakischsprachige Hörfunksendungen und die Gestaltung von Flugblättern fest. Aber darüber hinaus war er ständiger Berater Hitlers. In Anwesenheit von Goebbels' traf Hitler die Entscheidung zum Einmarsch der Wehrmacht am 15. März 1939. Gemeinsam überlegten sie immer wieder mögliche Alternativen zur Rechtfertigung der militärischen Besetzung, als die politische Situation in Preßburg keinen Anlaß mehr bot. Goebbels hatte daher seine Mitarbeiter angewiesen, Meldungen über Zwischenfälle zu konstruieren, wie bereits im September 1938 praktiziert. Goebbels war über alles Wesentliche informiert, über die Gespräche Hitlers, über die Vorgänge in Prag und Preßburg, über befohlene Aktionen der SS und über die rechtliche Gestaltung des zu erobernden Raumes. Obgleich Reichsaußenminister Ribbentrop bei zahlreichen Unterredungen mit den Vertretern Prags und Preßburgs beteiligt war oder sie selbst geführt hatte, scheint der wichtigste Berater Hitlers in dieser Phase Goebbels gewesen zu sein. Unabhängig von Goebbels' Tagebuch liegt dies aus folgendem Grund nahe: Göring war verreist, und Goebbels mußte wegen der Propagandaarbeit in jedem Fall eingebunden werden. Ribbentrop bestärkte trotz eigener, antibritischer Ansichten Hitler stets und bedingungslos in seinem radikalen Vorgehen. Goebbels hingegen war der Realitätssinn in außenpolitischen Fragen in der Vorkriegsphase nicht gänzlich abhanden gekommen. Immerhin hatte er am 28. September 1938 für eine Verhandlungslösung plädiert und Hitler von einem gewaltsamen Einmarsch abgeraten, während Ribbentrop ihn in seinem Kriegskurs bestärkt hatte. Hitler wollte anscheinend, obgleich er letztlich alle Entscheidungen selbst traf, auf Berater nicht verzichten. Aber Berater wie Ribbentrop, die ihm in seinen gewaltvollen Plänen stets gedankenlos recht gaben und keinen rechten Sinn für die Risikoabschätzung besaßen, nützten ihm wenig. Goebbels hatte sich in Hitlers Augen offenbar mehrfach bewährt, so daß er nach der Septemberkrise des Jahres 1938 nun im März 1939 wieder konsultiert wurde. Auch wenige Tage nach der Errichtung des „Protektorats" bei der Memel-Aktion gegen Litauen zog Hitler Goebbels zu Rate. In dieser Angelegenheit war Goebbels höchstwahrscheinlich an der Abfassung des bedeutsamen Kommuniqués beteiligt, dessen Veröffentlichung von der litauischen Regierung ultimativ verlangt worden war (TG, 23. 3. 1939).

[630] Proklamation Hitlers, 15. 3. 1939, in: IfZ, Archiv, DNB-Berichte, 15. 3. 1939, Bl. 7 f.; DDP, Bd. 7/1, Dok. 83a, S. 499 f.; sowie Domarus, Hitler, Bd. 2, S. 1095 f.
[631] Michels, Ideologie, S. 419.

Neue Erkenntnisse zur Geschichte der Desintegration des tschecho-slowakischen Staates

Die vom NS-Regime betriebene Desintegration der Tschecho-Slowakei ist von der Forschung bisher schon relativ intensiv untersucht worden, obgleich die Publikationen hierzu nicht sehr zahlreich sind. Dennoch können der Geschichtsschreibung durch die Tagebücher von Joseph Goebbels noch einige neue Aspekte hinzugefügt werden: Die Aufzeichnungen von Goebbels beweisen, daß Hitler unmittelbar nach dem Münchener Abkommen die Okkupation Böhmens und Mährens zum Ziel hatte, was in der älteren Literatur bezweifelt worden war.[632] Gleich nach Unterzeichnung des Abkommens von München ermunterte Hitler die ungarische Regierung und etwas weniger deutlich auch die polnische, gemeinsam ein Fait accompli in der Tschechoslowakei zu schaffen. Wenn die „Polen […] bewaffnet vorgehen, dann entsteht für uns eine ganz neue Situation", überliefert Goebbels Hitlers Überlegungen am 1. Oktober 1938 (TG, 2.10.1938). Am 2. Oktober 1938, also drei Tage nach dem Münchener Abkommen, teilte Hitler Goebbels und anderen mit, daß sein „Entschluß, einmal die Tschechei zu vernichten, […] unerschütterlich" sei (TG, 3.10. 1938). Diese frühe Entscheidung hierzu geht auch aus anderen Quellen hervor, aber nirgendwo ist sie ähnlich glaubwürdig überliefert wie bei Goebbels.[633]

Nur mit Hilfe der Tagebücher von Goebbels ist es möglich, die Hintergründe einiger entscheidender Details der Reichstags-Ergänzungswahl im Sudetenland am 4. Dezember 1938 aufzuhellen.[634] Goebbels selbst regte bei Hitler an, daß die Tschechen „auf besonderem Wahlzettel und in besonderen Lokalen wählen" sollten (TG, 24.11.1938). Hitler war mit dieser Idee von Goebbels „einverstanden" (TG, 24.11.1938), ermöglichte sie doch durch einen abgemilderten tschechischsprachigen Text die Zustimmung zahlreicher Tschechen und die Erkenntnis für das NS-Regime, wie stark die Ablehnung innerhalb der tschechischen Minderheit war, was Auswirkungen auf deren Behandlung haben würde, wie Henlein in einem Wahlaufruf angedroht hatte.

Die Slowakei wurde vom NS-Regime lange Zeit überhaupt nicht wahrgenommen,[635] dies geht auch aus den Tagebüchern von Goebbels hervor. Erst am 21. September 1938, als Hitler sich über die ihm zu geringen Aktivitäten Ungarns und Polens ärgerte, die zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Tschechoslowakei animiert worden waren, kam ihm der Gedanke, wie Goebbels überliefert, der „Slowakei […] später mal eine weitgehende Autonomie" zu geben (TG, 22.9.1938). Goebbels bestätigt damit eine spätere Aussage Hitlers gegenüber dem Slowaken Vojtěch Tuka, ihm sei erst am 21. September 1938 „zu Bewußtsein gekommen, daß die Slowakei gar nicht zu Ungarn wollte", d.h., daß er die Slowakei Ungarn nicht mehr auszuliefern gedachte, wenn Budapest nicht energisch genug darum kämpfte.[636]

[632] Vgl. beispielsweise Schiefer, Deutschland und die Tschechoslowakei, S. 53, 55f.
[633] Vgl. beispielsweise Krausnick/Deutsch, Groscurth, S. 133.
[634] Zimmermann, Die Sudetendeutschen, S. 113, machte hierauf erstmals aufmerksam.
[635] Tönsmeyer, Das Dritte Reich und die Slowakei, S. 40.
[636] Aufzeichnung Hewels über Gespräch Hitlers mit Tuka, 12.2.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 168, S. 183.

Die Tagebücher belegen auch, was in der Forschung längst bekannt ist, daß das NS-Regime nach „München" zum bestimmenden Faktor in Osteuropa wurde. Nicht nur die Tschecho-Slowakei, die autonome Slowakei, die Karpatho-Ukraine und Ungarn, sondern auch Rumänien, Jugoslawien und Bulgarien lehnten sich mehr und mehr an Berlin an. Daher war es Großbritannien im März 1939 auch nicht möglich, die osteuropäischen Staaten zur einer Anti-Hitler-Koalition zu vereinen. Zudem zeigt sich die Machtverlagerung innerhalb der Achse Berlin-Rom zugunsten des NS-Regimes, welches es inzwischen nicht mehr für nötig befand, Mussolini über die Maßnahmen gegenüber Prag und Preßburg in Kenntnis zu setzen. Obgleich die italienische Regierung nicht nur das Münchener Abkommen, sondern auch den Wiener Schiedsspruch mit unterzeichnet hatte, wurde sie bei den Aktionen Hitlers einfach ignoriert.

Die Tagebücher von Goebbels ermöglichen erstmals, den exakten Zeitpunkt zu bestimmen, an dem Hitler sich zur militärischen Besetzung Böhmens und Mährens am 15. März 1939 entschloß: Es war mittags am 10. März, wenige Stunden nachdem der tschecho-slowakische Staatspräsident Hácha den slowakischen Ministerpräsidenten Jozef Tiso abgesetzt hatte. Goebbels hatte hierzu notiert: „Beschluß: am Mittwoch, den 15. März wird einmarschiert und das ganze tschechoslowakische Zwittergebilde zerschlagen" (TG, 11. 3. 1939). Vor der Veröffentlichung der Tagebücher war spekuliert worden, ob die Entscheidung Hitlers vielleicht schon Tage vorher oder erst ganz kurz vor dem Einmarsch gefallen sei. Der Anlaß, das „Sprungbrett" (TG, 11. 3. 1939), wie Goebbels schrieb, war die Entlassung Tisos, auch dies ist nun eindeutig geklärt.[637]

Im Kontext weiterer Quellen kann durch die Aufzeichnungen von Goebbels belegt werden, daß die tschecho-slowakische Staatsführung im März 1939 bewußt genötigt wurde, schriftlich um einen Empfang in Berlin zu ersuchen, wo ihr ein Ultimatum präsentiert werden sollte. Prag waren die Aktivitäten des NS-Regimes in der Slowakei und der Karpatho-Ukraine sowie der verschärfte Ton der deutschen Presse und der Versuch, Zwischenfälle zu provozieren, nicht unbekannt geblieben. Akten des Auswärtigen Amts lassen erkennen, daß Staatspräsident Hácha und die tschecho-slowakische Regierung aber trotz verschiedentlicher Nachfragen weder informiert wurden noch die Möglichkeit hatten, mit dem Leiter der Gesandtschaft, Andor Hencke, zu sprechen, da er sich weisungsgemäß in seiner Wohnung aufhielt. Telefonische Anfragen wies Geschäftsträger Hencke zurück und bat, sie schriftlich zu wiederholen. Als eine solche schriftliche Bitte um eine Unterredung vorlag, schrieb Goebbels über die entsprechende Beratung mit Hitler in sein Tagebuch: „Wie ich vorausgesagt hatte, melden sich mittags die Tschechen an. Hacha bittet um eine Unterredung. Darauf wird nun alles konzentriert" (TG, 15. 3. 1939). Damit ist erwiesen, daß das NS-Regime diese Bitte Háchas nicht nur erwartet, sondern bezweckt hatte. Denn diese Textstelle Goebbels' deutet daraufhin, daß diese Frage intensiv diskutiert worden war. Zudem konnte nun „alles" auf eine zu treffende Übereinkunft zwischen Hitler und Hácha „konzentriert"

[637] Hoensch, Die Slowakei, S. 311, hatte es mangels eindeutiger Belege als „wahrscheinlich" bezeichnet, daß „das Eingreifen der Zentralregierung in der Slowakei" Hitler veranlaßte, gegen Prag vorzugehen.

werden (TG, 15.3.1939), die Suche nach weiteren Legitimationsgründen wurde eingestellt. Die Annahme des NS-Regimes, Hácha oder Chvalkovský würden nach Berlin kommen, läßt sich auch daran ersehen, daß Keitel im Auftrag Hitlers bereits am 11./12. März „Forderungen für ein Ultimatum" an die tschecho-slowakische Staatsführung ausarbeitete oder erstellen ließ.[638] Es ist also nicht richtig, wie bislang in der Forschung angenommen worden war, Hitler sei von Háchas Bitte „überrascht" worden.[639] Damit sind auch memoirenartige Darstellungen von tschechoslowakischer Seite widerlegt,[640] die eine zwangsweise Teilnahme an der Unterredung in der Reichshauptstadt am 14./15. März beschrieben hatten.

Die Feststellung, daß die Forderungen an Prag schon vorab schriftlich fixiert waren, ist noch aus einem anderen Grund bedeutsam. Es ist somit auszuschließen, daß die Abfassung der Dokumente den Empfang Háchas bei Hitler verzögert hatte, wie angenommen wurde.[641] Obgleich Hácha und Chvalkovský am 14. März 1939 bereits gegen 22.00 Uhr in Berlin eintrafen, begann das Gespräch mit Hitler erst gegen 1.15 Uhr in der Nacht. In keiner anderen Quelle läßt sich die Ursache finden, außer bei Goebbels, der notiert hatte, Hitler lasse die beiden „bis Mitternacht warten und langsam und allmählich zermürben. So hat man es mit uns in Versailles gemacht. Es sind das die alten, bewährten Methoden der politischen Taktik" (TG, 15.3.1939).

Ebenfalls unbekannt war bisher die von Goebbels beschriebene Überraschung Hitlers darüber, daß Hácha und Chvalkovský „mehr" Forderungen zugestimmt hatten, als Hitler und Goebbels, wie er schrieb, „überhaupt für möglich gehalten hatten" (TG, 15.3.1939). „Ohne Bedingungen. Befehl an ihre eigenen Truppen, keinen Widerstand zu leisten", führte Goebbels weiter begeistert aus. Dies war bislang vermutet worden, konnte aber nicht hinreichend belegt werden. Neu ist auch die durch Goebbels mögliche Erkenntnis, daß Hitler die Proklamation an das deutsche Volk und den Aufruf an die Truppen erst nach dem Gespräch mit Hácha diktiert hatte, da bislang das Gegenteil behauptet worden war.[642] Angesichts der geringen Bedeutung beider Texte ist dies aber nicht überraschend.

Merkwürdigerweise war davon ausgegangen worden, daß Hitler diese irrelevanten Propagandatexte, Proklamation und Aufruf an die Wehrmacht, schon vor der Begegnung mit Hácha verfaßt hatte, den bedeutenden Erlaß über die künftige rechtliche Stellung Böhmens und Mährens hingegen erst in Prag entwerfen ließ.[643] Tatsächlich verhielt es sich genau umgekehrt. Hitler hatte bereits am Mittag des 14. März 1939 den Erlaß mit Goebbels durchgesprochen. Dieser ist also in Berlin verfaßt worden, und zwar bevor bekannt war, daß Hácha nach Berlin kommen würde. Goebbels hatte hierüber geschrieben: „Wir sprechen das neue Statut für Böhmen und Mähren durch: sie stehen unter Reichsprotektorat. Behalten ihre eigene Verwaltung. Tschechen werden nicht germanisiert, genießen aber den Schutz

638 Schreiben Keitels an das A.A. mit Anlage, 11./12.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 188.
639 So beispielsweise bei Hoensch, Die Slowakei, S. 316.
640 Vgl. etwa Beneš, Memoirs, S. 58, oder Ripka, Munich, S. 378.
641 Procházka, Second Republic, S. 138 und S. 218, Anm. 165.
642 Vgl. Domarus, Hitler, Bd. 2, S. 1096; Procházka, Second Republic, S. 142.
643 Vgl. Procházka, Second Republic, S. 144f.

des Reiches. Militär-, Außen- und Wirtschaftspolitik gemeinsam. Sonst Autonomie“ (TG, 15. 3. 1939).

Mindestens genauso interessant ist eine weitere Erkenntnis, die durch diese und andere Tagebuchpassagen im Kontext diplomatischer Akten ermöglicht wird: Hitler hatte zunächst geplant, Böhmen und Mähren zu trennen und zwei Protektorate zu errichten. Am Tag nach der Verkündung des Erlasses Hitlers durch Ribbentrop in Prag hatte Goebbels im Tagebuch festgehalten: „Ribbentrop verliest vom Hradschin aus das neue Statut von Böhmen und Mähren. Es ist fast ganz so geblieben, wie der Führer es in Berlin plante: Reichsprotektorat. Nur bleiben Böhmen und Mähren zusammen“ (TG, 17. 3. 1939). Quellen anderer Provenienz, insbesondere ein Entwurf aus dem Auswärtigen Amt für die Errichtung zweier Protektorate, bestätigen Goebbels' Notat. Die Aufteilung der sogenannten Resttschechei in zwei Protektorate hätte für das NS-Regime den Vorteil gehabt, die Macht und Bedeutung Prags zu verringern. Nachdem aber Hácha alle Forderungen Hitlers bedingungslos angenommen hatte, war eine weitere Schwächung der künftigen Schein-Regierung in Böhmen und Mähren nicht nötig.

Unmittelbar nach Errichtung des „Protektorats“ verfolgte Hitler zwei weitere Ziele. Eines bestand im „Anschluß“ des Memel-Gebietes, das am 22./23. März rückgegliedert wurde, ein zweites in einer Einigung mit der polnischen Regierung in den Fragen Danzig und polnischer Korridor. In diesem Zusammenhang überliefert Goebbels mehrmals, daß Hitler auf Warschau „Druck“ ausüben ließ (TG, 25., 26. 3. 1939), und gehofft hatte, damit „zum Ziele zu kommen“ (TG, 26. 3. 1939). Demnach handelte es sich bei den Gesprächen Ribbentrops mit Lipski und Beck keineswegs um Scheinverhandlungen. Eine exterritoriale Autobahn zwischen dem Reichsgebiet und Ostpreußen, die Hitler gefordert hatte, hätte Warschau in die gleiche Situation gebracht wie Prag nach dem Münchener Abkommen, eine Verteidigung wäre ausgeschlossen gewesen. Doch noch kurz vor der Absage der polnischen Regierung am 26. März kamen Hitler, wie Goebbels überliefert, erste Zweifel, denn das NS-Regime hätte bei einer entsprechenden Einigung „Polens Grenzen garantieren“ müssen (TG, 25. 3. 1939). Die Annahme, Hitler habe die Verhandlungen mit Polen ernst gemeint, wird auch daraus ersichtlich, daß Hitler noch Ende August 1939, als sich Chamberlain um eine friedliche Lösung bemühte, gegenüber Goebbels von einem „Minimalziel“ und einer „Maximalforderung“ gesprochen hatte (TG, 28. 8. 1939) – genau wie elf Monate zuvor im Konflikt mit der Tschechoslowakei (TG, 29. 9. 1938). Hitler war also durchaus flexibel, er hatte in der Vorkriegsphase zumeist zwei Alternativen: die aussichtsreiche und unblutig erfüllbare Verwirklichung rein revisionistischer Ziele oder die vollständige Annexion fremden Staatsgebietes durch Krieg.

Zur Rolle Hitlers bei der Desintegration des tschecho-slowakischen Staates

Hitlers Rolle bei der Desintegration der Tschecho-Slowakei war absolut dominierend. Er setzte durch, daß entgegen den Vereinbarungen des Münchener Abkommens keine Abstimmungen stattfanden und keine ausländischen Formationen in das Sudetenland kamen. Er ließ der tschecho-slowakischen Regierung drohen,

sollte sie sich mit der Grenzziehung nicht einverstanden erklären, würde er sich „persönlich mit der Angelegenheit befassen […] und sie dann weit schlechter davon" kommen.[644] Er hielt sogleich nach München, wie auch Goebbels überliefert, an seinem „Entschluß, einmal die Tschechei zu vernichten" (TG, 3.10.1938), fest und erließ eine entsprechende Weisung.[645] Er entschied die Haltung des NS-Regimes gegenüber der tschecho-slowakischen Regierung und führte selbst die Gespräche mit deren Außenminister František Chvalkovský am 14. Oktober 1938 und 21. Januar 1939. Hitler allein legte fest, welche Position die Reichsregierung gegenüber der Slowakei und der Karpatho-Ukraine einnehmen sollte. Er setzte sich hierbei auch über Bedenken der Wehrmacht hinweg, die eine polnisch-ungarische Grenze zu verhindern suchte. Zudem übte Hitler Druck auf die italienische Regierung aus, als diese eine eigenmächtige Politik gegenüber Ungarn zu treiben versuchte.

Im März 1939 führte Hitler alle Gespräche selbst, das mit Döme Sztójay am 12. März, das mit Jozef Tiso am folgenden Tag und das mit Emil Hácha und Chvalkovský am 15. März. Ribbentrops Unterredungen mit den Genannten dienten nur der Vorbereitung oder Vertiefung. Als Hitler von Tiso keine endgültige Zusage erlangt hatte, sofort die Unabhängigkeit der Slowakei zu proklamieren, übte Ribbentrop anschließend weiteren Druck aus. Am 14. März hatte Ribbentrop Chvalkovský vorab auf seine Begegnung mit Hitler eingestimmt. Um die Drohkulisse gegenüber Hácha noch zu verstärken, sprach Göring in den frühen Morgenstunden des 15. März von einer möglichen Bombardierung Prags. Aber die entscheidenden Verhandlungen behielt Hitler sich selbst vor, die anderen Nationalsozialisten dienten nur der Verstärkung der Drohkulisse und der Staffage, wie beispielsweise Keitel, der zur Begrüßung Háchas mit hinzugebeten worden war. Die Gebundenheit Ribbentrops an Weisungen des „Führers", insbesondere bei seinen Gesprächen mit Lipski und Beck, läßt sich auch an den Gesprächsprotokollen erkennen.

Hitler entschied nach der Absetzung der Regierung Tiso nach nur kurzer Beratung mit Goebbels, Ribbentrop und Keitel am 10. März, daß die Wehrmacht fünf Tage später Böhmen und Mähren besetzen sollte (TG, 11.3.1939). Er legte auch sogleich fest, daß die westliche Slowakei bis zu den Kleinen Karpathen okkupiert werden würde, nicht aber die Rumpf-Slowakei und die Karpatho-Ukraine (TG, 11.3.1939). So hatte er es bereits Ende Oktober 1938 bestimmt. Interessant ist, daß Hitler nicht bereit war, von seiner Terminplanung, 15. März 1939, abzurücken, auch als sich die Lage in Preßburg wider Erwarten beruhigt hatte. Dadurch brachte Hitler das NS-Regime in eine unnötige Zwangslage, das nun dringend einen Anlaß zum Einmarsch finden mußte, wie Goebbels überliefert: „Wir suchen nun Gründe in der Tschechei selbst. Aber das wird sehr schwer sein. Und bis Mittwoch müssen wir die Sache soweit haben" (TG, 13.3.1939), hatte Goebbels zu dieser Situation in sein Tagebuch geschrieben. Sogar die Nachrichtenpoli-

644 Aufzeichnung Hewels, 8.11.1938, in: ADAP, D 4, Dok. 108.

645 Weisung Hitlers vom 21.10.1938, in: IMG 34, Dok. 136-C, S. 477–481; 1. Nachtrag, 24.11.1938, in: Ebenda, Dok. 137-C, S. 481–483; 2. Nachtrag, 17.12.1938, in: Ebenda, Dok. 138-C, S. 483 f.

tik bestimmte Hitler selbst, wie Goebbels an mehreren Passagen deutlich machte. Interessant ist, daß Hitler wieder auf die in Österreich bewährte Methode des Hilfsgesuchs zurückgriff, um das Einrücken der Truppen in der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Als dieses erwartete Telegramm ausblieb, schrieb Goebbels: „Wenn wir nur ein Papierchen in der Hand hätten, d.h. einen Ruf um Hilfe oder um militärischen Einmarsch. Dann wäre alles ganz einfach. Aber vielleicht beschaffen wir uns das noch. Es ist ja noch etwas Zeit" (TG, 13.3.1939).

Hitler allein gab die Taktik vor. Er versuchte, was ihm auch gelang, die Regierungen in Prag, Preßburg, Chust, Warschau und Budapest gegeneinander auszuspielen. Zunächst nahm er die Position eines Anwalts der slowakischen Unabhängigkeitsbestrebung ein, um gegen Prag vorgehen zu können. Anschließend förderte er die ungarischen Revisionsgelüste in der Karpatho-Ukraine mit dem Hinweis, Budapest müsse Warschau zuvorkommen, welches ebenfalls Ruthenien besetzen wolle. Zudem verwies er darauf, daß sich die Regierung der Karpatho-Ukraine an ihn wenden und ihn um Schutz bitten würde – was auch geschah. Er stellte Budapest Unterstützung in Aussicht, sollte es auf „überlegene Kräfte" stoßen, aber erwähnte nicht, daß es für das NS-Regime den Stein ins Rollen bringen, d.h. den Anlaß zum Einschreiten schaffen sollte. Der Slowakei erklärte Hitler am folgenden Tag, sie müsse die Unabhängigkeit proklamieren, sonst würde sie „von Ungarn geschluckt" (TG, 14.3.1939), wie Goebbels schrieb. Den Ungarn hatte Hitler aber untersagt, die Slowakei zu besetzen, weil dies, wie er argumentierte, zu einer angeblichen Annäherung zwischen Prag und Preßburg führen könnte. Als Preßburg um eine wohlwollende Haltung bat, machte Hitler die Slowakei für angebliche Versäumnisse der tschecho-slowakischen Zentralregierung verantwortlich. Hácha teilte er mit, die Slowakei sei ihm gleichgültig, und warf ihm vor, daß die Deutschen in Böhmen und Mähren unterdrückt würden. Anschließend ließ Hitler die Ruthenen wie auch die Slowaken im Stich, um Ungarn zufriedenzustellen, obgleich er der Slowakei seinen „Schutz" zugesichert hatte.

Hitler legte nicht nur den Beginn der Besetzung fest, sondern stellte auch selbst einen Zeitplan auf, wie Goebbels berichtet: „In 8 Tagen ist die ganze Aktion zu Ende. Am ersten Tag sind wir schon in Prag. Unsere Flugzeuge bereits nach 2 Stunden" (TG, 14.3.1939), hatte er nach einem Gespräch mit Hitler notiert. Genau denselben Zeitplan hatte Hitler Goebbels wenige Tage vor Unterzeichnung des Münchener Abkommens mitgeteilt. Damals glaubte Hitler, wie Goebbels in seinem Tagebuch vermerkt hatte, es sei „in 8 Tagen erledigt", würden „die Tschechen […] nach dem Einmarsch" angegriffen werden (TG, 26.9.1938). Auch bestimmte Hitler die künftige Politik gegenüber der tschechischen Bevölkerung im „Protektorat", die Goebbels zufolge von folgendem Grundsatz bestimmt war: „Wir werden den Tschechen, wenn sie sich loyal verhalten, weit entgegenkommen. Sie müssen immer noch etwas zu verlieren haben" (TG, 23.3.1939).

Unmittelbar nach der Annexion Böhmens und Mährens befahl Hitler die Inangriffnahme der nächsten Ziele, den „Anschluß" des Memelgebietes und die Forderungen nach der Rückkehr Danzigs und nach einem „Korridor durch den Korridor". Zwar ließ Hitler Ribbentrop das Gespräch mit dem litauischen Außenminister Urbšys führen, aber nach strengen Vorgaben. Am nächsten Tag und in der darauffolgenden Nacht überwachte er persönlich unter Beteiligung von Goebbels

die Verschärfung des Ultimatums an Kowno und die schließlich erfolgte Annahme seiner Forderungen. Als sich jedoch die polnische Regierung seinem Druck, den Ribbentrop zuletzt am 21., 26. und 27. März 1939 ausgeübt hatte, nicht beugen wollte und statt dessen eine Garantie der Unabhängigkeit durch Großbritannien am 31. März akzeptierte, gab Hitler die Weisung, den „Fall Weiß", den Angriff auf Polen, so vorzubereiten, „daß die Durchführung ab 1. 9. 39 jederzeit möglich ist".[646] Die politische Aufgabe, „Polen in diesem Fall womöglich zu isolieren", behielt er sich wieder selbst vor.[647] Obgleich dies nicht gelang, gab er – trotz zahlreicher Vermittlungsbemühungen und Einlenkungsanzeichen – am 31. August 1939 den Befehl zum Angriff auf Polen. Einen sich auswirkenden Konzeptionen-Pluralismus oder eine letztlich relevante polykratische Struktur der NS-Außenpolitik hat es in der Vorkriegsphase nicht gegeben.

[646] Weisung Keitels vom 3. 4. 1939, in: IMG 34, Dok. 120-C, S. 380f.
[647] Weisung Hitlers vom 11. 4. 1939, in: IMG 34, Dok. 120-C, S. 388.

Schlußbetrachtung: Die Tagebücher von Joseph Goebbels als historische Quelle für die Vorkriegsphase

Authentizität und Charakter des Tagebuchs

Wie die fünf Fallstudien zeigten, enthalten die Tagebücher von Joseph Goebbels unzählige historische Tatsachenhinweise aus eigener Beobachtung oder durch Informationen Dritter, die in aller Regel durch Parallelquellen oder die Forschungsliteratur überprüft werden können. Generell sind bei den Aussagen von Goebbels vier Ebenen zu unterscheiden, erstens die Ermittlung ereignisgeschichtlicher Fakten, an denen Goebbels selbst als Handelnder bzw. Beobachter beteiligt war, zweitens die Berichte von Goebbels über durch Dritte oder Medien erhaltene Informationen, drittens die Ebene der Zukunftsprognosen und Hoffnungen, und viertens die Tatsachenverknüpfung in Form von Deutungen durch Goebbels.

Auf der zweiten Ebene – bei Informationen aus zweiter Hand – ließen sich nicht selten unzutreffende Aussagen aufzeigen, die Goebbels freilich korrigierte, wenn er Genaueres erfuhr. Vier Beispiele, die oben an Ort und Stelle diskutiert wurden, seien exemplarisch genannt: Goebbels hatte notiert, das Telegramm, das Seyß-Inquart von Hitler, Göring und ihm selbst kurz vor dem „Anschluß" Österreichs diktiert worden sei und in dem die österreichische Regierung um deutsche Truppen bat, sei „bald" darauf in Berlin angekommen (TG, 12. 3. 1938). Zwei Tage später korrigierte sich Goebbels (TG, 14. 3. 1938), denn Seyß-Inquart hatte das Telegramm an diesem Tag nicht abgesandt. Auch die Umstände der Unterzeichnung und den Inhalt des österreichischen „Bundesverfassungsgesetzes über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich" hatte Goebbels nach einem Telefonat mit Wien zunächst falsch festgehalten. Den Sinn einer Rede des britischen Premierministers Neville Chamberlain nach der Annexion Österreichs verkehrte Goebbels, der englischen Sprache nicht mächtig, versehentlich glatt ins Gegenteil. Falsch informiert wurde Goebbels auch über den sogenannten dritten Plan des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Edvard Beneš, (TG, 30. 8. 1938). Allerdings war Goebbels angesichts der erhaltenen Information skeptisch und notierte hinzu: „Das hören wir aber vorerst erst ganz unverbindlich" (TG, 30. 8. 1938). Noch im selben Tagebucheintrag korrigierte sich Goebbels, was erkennen läßt, wie genau seine Aufzeichnungen die chronologische Abfolge seiner Informationen repräsentieren. Die vier beschriebenen Fehler oder Ungereimtheiten wären vermeidbar gewesen und unterblieben, wenn das Tagebuch mit größerem zeitlichen Abstand geschrieben oder nachträglich bearbeitet worden wäre, wie gelegentlich behauptet wurde.[1]

Es sind gerade auch diese oft später berichtigten Momentaufnahmen bestimmter historischer Abläufe, die die Authentizität des Tagebuchs belegen. Goebbels

[1] Vgl. Sösemann, Tagesaufzeichnungen, S. 233 f. und S. 243, Anm. 113.

selbst nannte seine Tagebuchnotate „Momentphotographien“ und bedauerte bereits 1924 im selben Eintrag, daß er „immer nur ein Wort in Hast und Eile“ niederschreiben könne (TG, 4.11.1924).[2] Bei einem Text mit unmittelbar propagandistischer Verwendungsabsicht wären derartige Augenblicksdarstellungen irrelevant oder abträglich, bei einer Abfassung aus größerer zeitlicher Distanz wären sie nur äußerst mühsam in Erfahrung zu bringen gewesen.

Einige weitere Beispiele sollen derartige „Momentphotographien“ aufzeigen, die mitunter im selben Tagebucheintrag neu belichtet wurden. So hielt Goebbels fest, daß das NS-Regime auf die von Schuschnigg geplante Volksbefragung über die österreichische Unabhängigkeit zunächst mit der Empfehlung einer „Wahlenthaltung“ reagieren wollte (TG, 10.3.1938), was insbesondere wegen der Stimmung der österreichischen Nationalsozialisten schwer durchsetzbar gewesen wäre und daher nicht erfolgte. Beispielsweise verzeichnete der Propagandaminister, daß das Ultimatum an die österreichische Regierung, Seyß-Inquart mit der Kanzlerschaft zu betrauen und die NSDAP zuzulassen, „angenommen sei“, während er wenige Zeilen darunter festhielt: „Ultimatum nicht angenommen“ (TG, 12.3.1938). Goebbels beschrieb auch die Konsequenzen dieser Entwicklung, die in einer mehrmals erforderlichen Änderung des Textes der Flugblätter bestanden, was ihm, wie er vermerkte, „Mühe“ bereitet habe (TG, 12.3.1938). Als die britische und die französische Regierung sich am 19. September 1938 darauf verständigten, Prag die Abtretung des Sudetenlandes an das Reich zu empfehlen, drang noch am selben Tag die Nachricht zum Obersalzberg, daß die tschechoslowakische Regierung diesen Vorschlag akzeptiert habe (TG, 20.9.1938). Auch diese Meldung bestätigte sich zunächst nicht, was Goebbels in den zwei folgenden Tagebucheinträgen deutlich machte. Nach der Absetzung des slowakischen Ministerpräsidenten Jozef Tiso am 9. März 1939 durch die tschecho-slowakische Zentralregierung wurde dem NS-Regime zugetragen, die deutsche Gesandtschaft in Prag habe diesen Akt gegenüber Emil Hácha als rechtmäßig bezeichnet. Daraufhin kritisierte Goebbels die deutschen Diplomaten in Prag (TG, 11.3.1939), aber revidierte sein Urteil, als ihm bewußt wurde, daß er einer Falschmeldung aufgesessen war (TG, 12.3.1939). Auch das von Berlin geforderte Hilfsgesuch-Telegramm Tisos traf dort nicht ein, obgleich dies, wie Goebbels vermerkte, „zuerst gemeldet“ worden war (TG, 15.3.1939). Er erwähnte also auch hier die zunächst verbreitete Falschmeldung, die er im selben Satz als solche kennzeichnete.

Derartige Momentaufnahmen, die sich nicht selten schon wenig später als unzutreffend herausstellten oder durch die Entwicklung überholt wurden, belegen die „Offenheit der Zukunftserwartung“[3] im Tagebuch, da bei der Niederschrift oftmals noch keine Klarheit über die jeweilige Situation zu erzielen war. Noch weniger war Goebbels in der Lage, die Konsequenzen eines Geschehens abzuschätzen, so daß er bei zahlreichen Ereignissen immer wieder notierte, deren Fol-

[2] Ein knappes Jahr später notierte Goebbels über seine Schreib-Situation: „Ich habe keine Zeit, einen versprochenen Aufsatz zu schreiben. So geht's einen Tag wie den anderen! Keine Ruhe, keine Rast! / Ich schreibe in dieses Buch, und um mich herum stehen Leute um Leute“, TG, 3.9.1925.

[3] Hockerts, Edition Goebbels-Tagebücher, S. 260.

gen seien „noch garnicht [!] absehbar" (TG, 10. 9. 1938).[4] Die Unkenntnis der weiteren Entwicklung bedingt zugleich das weitgehende Ausbleiben von Deutungen bestimmter Geschehnisse, die bei nachträglich verfaßten Darstellungen oder überarbeiteten Tagebüchern regelmäßig feststellbar ist. Es fehlt also „der Prozeß der Umdeutung im Wissen um den Ausgang".[5]

Neben den von Goebbels festgehaltenen historischen Fakten des politischen Weltgeschehens lassen sich auch viele seiner Aussagen zur eigenen Tätigkeit als Propagandaminister verifizieren. Beispielsweise können die von ihm genannten Erfolge oder – seltener – Schwierigkeiten bei seinen Reden mit Hilfe von Tonaufnahmen einschließlich der dort festgehaltenen Beifallsbekundungen oder Zwischenrufe nachvollzogen werden. Gut überprüfen lassen sich auch die von Goebbels im Tagebuch vermerkten Anweisungen an die Presse, die nahezu immer, wie im einzelnen gezeigt werden konnte, mit den in der Pressekonferenz ausgegebenen oder über das DNB verbreiteten Vorgaben übereinstimmen.[6] Selbst unbedeutendste Details aus dem Alltag des Propagandaministers, wie etwa eine Verspätung bei seiner Reise zu Hitler auf den Obersalzberg wegen schlechten Wetters, lassen sich verifizieren.[7] Neben Datum, Zeitpunkt und Inhalt von Goebbels' im Tagebuch beschriebenen Reden können auch die in seinen Notaten enthaltenen Aussagen über seine Artikel, Korrespondenz, Publikationen[8] und Reisen[9] bestätigt werden.

[4] Ähnliche Formulierungen finden sich beispielsweise: nach dem tödlichen Attentat auf König Alexander von Jugoslawien und den französischen Außenminister Jean Louis Barthou in Marseille (TG, 11. 10. 1934); beim chinesisch-japanischen Konflikt (TG, 14. 12. 1936, 10. 7. 1937, 10. 10. 1937); bei der Einführung eines tschechischsprachigen Senders (TG, 10. 9. 1938); nach Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes (TG, 24. 8. 1939); nach den britischen und französischen Kriegserklärungen an das Deutsche Reich (TG, 12. 10. 1939); bei der britischen Regierungsumbildung 1940 (TG, 4. 10. 1940); zum England-Flug von Rudolf Heß (TG, 13. 5. 1941) oder zum Massengrab polnischer Offiziere in Katyn (TG, 17. 4. 1943).

[5] Hockerts, Edition Goebbels-Tagebücher, S. 260.

[6] Dies konstatierte auch Sösemann, „Ein tieferer geschichtlicher Sinn aus dem Wahnsinn", S. 156, nach der Analyse einer NS-Pressekonferenz vom 4. 9. 1939.

[7] Goebbels hielt über seine Reise am 31. 8. 1938, auf die an anderer Stelle näher eingegangen wurde, fest: „In Regen und Nebel gestartet. Nur bis München in einem wüsten Flug gekommen. Von da im Auto weiter zum Obersalzberg. Der Führer ist gerade bei der Arbeit", TG, 1. 9. 1938. In den Akten der „Adjutantur des Führers" findet sich folgendes Telegramm von Goebbels' Adjutanten Diether v. Wedel an Hitlers Adjutanten Schaub, Berchtesgaden: „Reichsminister Dr. Goebbels wird nicht zum Essen kommen, da er mit seiner Maschine nicht in Ainring landen kann. Dr. Goebbels wird mit dem Auto von München nach dem Berghof kommen. Ankunft gegen 15.30 Uhr." BArch, NS 10/45, Bl. 46.

[8] Über seine Publikation „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei" notierte Goebbels: „Mein Buch geht fabelhaft. 80. Tausend", TG, 5. 6. 1934. Tatsächlich hatte die Startauflage Anfang Mai 1934 60 000 Stück betragen. Noch im Laufe des Jahres 1934 kam es zu fünf weiteren Auflagen à 20 000 Stück.

[9] Vom 27. 3. bis 14. 4. 1939 unternahm Goebbels eine Erholungsreise über Budapest nach Griechenland, Ägypten und in die Türkei. In Budapest traf Goebbels im Hotel zufälligerweise den italienischen Landwirtschaftsminister Edmondo Rossoni (TG, 30. 3. 1939). Die Anwesenheit Goebbels' in Budapest läßt sich daher beispielsweise auch durch italienische Akten bestätigen; vgl. DDI, Serie 8, Vol. 11, Doc. 439.

Einen noch eindeutigeren Nachweis der Authentizität der Tagebücher stellen die zahlreichen Notizen über eigene Gespräche dar, die sich sehr häufig auch durch andere Quellen belegen lassen.[10] In der Nacht zum 10. März 1938 hielt sich Goebbels seinem Tagebuch zufolge zusammen mit Glaise von Horstenau und Josef Bürckel in der Reichskanzlei auf, wo sie mit Hitler das Vorgehen gegenüber Österreich berieten (TG, 10. 3. 1938). Glaise überliefert in seinen Memoiren nicht nur die Anwesenheit des Propagandaministers in der bis 4.30 Uhr dauernden Besprechung, sondern er bestätigt auch die von Goebbels notierten Inhalte.[11] Zudem hatte Glaise geschrieben, die nächtliche Besprechung habe um 4.30 Uhr geendet, was indirekt das Notat von Goebbels bekräftigt, er habe sich noch „bis 5h nachts mit dem Führer allein beraten" (TG, 10. 3. 1938). Eine weitere, folgenreiche Unterredung mit Hitler, die Goebbels überliefert, findet Bestätigung in mehreren Memoiren: In der Mittagszeit am 28. September 1938 beriet die NS-Führungsspitze mit Hitler die Frage, ob eine Verhandlungslösung in der Sudetenfrage akzeptiert werden oder die Wehrmacht eine gewaltsame Entscheidung herbeiführen sollte. Goebbels schrieb im Tagebuch, daß Göring, Neurath und er für Verhandlungen plädiert hätten (TG, 29. 9. 1938, 2. 10. 1938). Dies entsprach den Tatsachen, denn auch Staatssekretär Weizsäcker und Hitlers Adjutant Wiedemann, die angesichts von Goebbels' Selbstmord 1945 keine Veranlassung gehabt hätten, dessen Rolle zu beschönigen, überliefern dessen Befürwortung einer friedlichen Lösung an diesem Tag.[12] Auch die Berichte Goebbels' über Kabinettssitzungen stellen authentische, zutreffende Berichte dar.[13]

In gleicher Weise lassen sich die Gespräche des Propagandaministers mit ausländischen Diplomaten nachweisen, beispielsweise Unterredungen mit dem tschechoslowakischen Gesandten Vojtěch Mastný (TG, 14. 11. 1936, 16. 2. 1938), die nicht nur von Goebbels überliefert werden, sondern auch in mehreren Berichten deutscher Diplomaten, die Mastný in der Folgezeit trafen, und in Schreiben Mastnýs an den tschechoslowakischen Außenminister Erwähnung finden.[14] Datum, Anlaß und Inhalt dieser von Goebbels verzeichneten Gespräche können somit verifiziert werden. Dies gilt auch für Unterredungen von Goebbels' Mitarbeitern mit Diplomaten, beispielsweise eine von Karl Bömer mit Vojtěch Mastný, die durch Goebbels (TG, 20. 3. 1938, 22. 3. 1938), dessen Mitarbeiter und tschecho-

[10] So auch Longerich, Goebbels, S. 16, der konstatiert, Goebbels' „Angaben über Termine und Begegnungen mit anderen Personen" seien „in hohem Maße zuverlässig", seine Aufzeichnungen über Gespräche seien im Kern „korrekt".

[11] Broucek, General, Bd. 2, S. 245.

[12] Tagebuch Weizsäckers, Eintrag vom 9. 10. 1938, in: Hill, Weizsäcker-Papiere 1933–1950, S. 145; Weizsäcker, Erinnerungen, S. 188; Wiedemann, Der Mann, S. 176.

[13] Akten der Reichskanzlei, Regierung Hitler, Bd. IV, 1937, Dok. 23, 24; Bd. V, 1938, Dok. 35, Anm. 3; Hermann, „In 2 Tagen wurde Geschichte gemacht", S. 7 und Anm. 5.

[14] Aufzeichnungen Neuraths, 27. 11. 1936, Hans Heinrich Dieckhoffs, 7. 12. 1936, in: ADAP, C 6, 1, Dok. 62 und Dok. 78; Berichte der A.A.-Mitarbeiter Kurt Heinburg (10. 12. 1936) und Günther Altenburg (27. 1. 1937) an die deutsche Gesandtschaft Prag, PA/AA, Prag 47, Bl. 27 und 77–78; Bericht Mastnýs an das tschechoslowakische Außenministerium, 16. 2. 1938, Archiv MZV ČR, ohne Signatur, Laufender politischer Bericht 32; siehe auch Král, Abkommen, Dok. 16, S. 67 f., über ein Telefonat Mastnýs mit Krofta am 16. 2. 1938.

slowakische Aufzeichnungen inhaltlich bestätigt wird.[15] Ebenfalls verifiziert werden können Gespräche von Goebbels mit dem britischen Botschafter Nevile Henderson während des Reichsparteitages der NSDAP in Nürnberg, die außer von Goebbels selbst (TG, 10.9.1938, 11.9.1938) in Berichten Hendersons an das Foreign Office bezeugt werden.[16]

Nur bedingt lassen sich hingegen die Gespräche Goebbels' mit Hitler unter vier Augen überprüfen. Dennoch können erstaunlich oft einzelne Details dieser Unterredungen anderweitig belegt werden. So lassen sich gelegentlich von Goebbels erwähnte Beratungen mit Hitler verifizieren, in denen sie eine bevorstehende Rede des Propagandaministers durchgegangen sind. Im Bundesarchiv sind einige Goebbels-Reden erhalten, die eindeutig handschriftliche Korrekturen Hitlers aufweisen, beispielsweise die Silvester-Ansprache des Propagandaministers aus dem Jahre 1937.[17] Berichte, die Hitler seinem Propagandaminister über Treffen mit ausländischen Regierungsmitgliedern oder Diplomaten gab, können häufig durch Protokolle des Auswärtigen Amts oder diplomatische Quellen des jeweiligen Staates nachgewiesen werden, beispielsweise die Gespräche mit Schuschnigg (12.2.1938), mit Mussolini (Mai 1938), mit Horthy, Kánya und Imrédy (August 1938), mit Chamberlain (15.9.1938 und 22./23.9.1938, 30.9.1938), mit Imrédy und Kánya (20.9.1938), mit Lipski (21.9.1938), mit Frederick Maurice (26.9.1938), mit Horace Wilson (26.9.1938, 27.9.1938), mit Chvalkovský (14.10.1938 und 21.1.1939), mit Döme Sztójay (12.3.1939), mit Jozef Tiso (13.3.1939) und mit Emil Hácha (15.3.1939). Daneben erweisen sich Angaben Hitlers zu militärischen Planungen oder Terminen, über die Goebbels erst äußerst spät informiert wurde, zu Gesetzentwürfen oder zu bevorstehenden Personalentscheidungen, beispielsweise infolge der Blomberg-Fritsch-Krise Ende Januar/Anfang Februar 1938, als zutreffend. Die Chance zur Überprüfung besteht, wenn das von Hitler Erwähnte eintrat oder Hitler diese Informationen noch weiteren Personen mitgeteilt hatte und sie infolgedessen auch anderweitig überliefert sind.[18] In Krisenzeiten legten Hitler und Goebbels, wie dessen Tagebuch ausweist, die Presselenkung gemeinsam fest. Auch dies kann häufig mittels der NS-Presseanweisungen nachgewiesen werden, da in derartigen Fällen den Journalisten mitgeteilt wurde, daß eine Vor-

[15] Bericht Mastnýs an Krofta, 21.3.1938, Archiv MZV ČR, ohne Signatur, Laufender politischer Bericht 50. Zur Aufzeichnung Karl Bömers siehe Schwarzenbeck, Nationalsozialistische Pressepolitik, S. 267f.

[16] Vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 819, 823, 837, 840.

[17] Über diese Rede hielt Goebbels im Tagebuch vorab fest: „Rede zu Silvester diktiert. Aber sie ist noch nicht gut gelungen" (TG, 28.12.1937); „Silvesterrede nochmal korrigiert" (TG, 29.12.1937); „Meine Silvesterrede fertig korrigiert. Ich muß sie nun noch dem Führer vorlegen. Sie ist wirklich gut geworden" (TG, 30.12.1937); „Gestern: der Führer ist mit meiner Silvesterrede einverstanden" (TG, 1.1.1938). Das 22seitige Redemanuskript (in der sogenannten Führer-Type) enthält 5 stilistische Verbesserungen Hitlers; BArch, NS 10/44, Bl. 94–115.

[18] Beispielsweise hielt Goebbels Hitlers „Entschluß, einmal die Tschechei zu vernichten", fest, den Hitler ihm am 2.10.1938 mitgeteilt hatte, TG, 3.10.1938. Helmuth Groscurth überliefert in seinem Tagebucheintrag vom 3.10.1938 denselben Entschluß, von dem er durch General v. Reichenau erfahren hatte, der über einen guten „Draht" zu Hitler und seiner Umgebung verfügte; Krausnick/Deutsch, Groscurth, S. 133.

gabe „vom Führer“ oder „von höchster Stelle“ angeordnet worden sei. Schwieriger ist aufgrund der beschriebenen Quellensituation die Überprüfung der von Goebbels überlieferten Erwartungen, Ziele und Zukunftspläne Hitlers.

Die Tagebücher von Joseph Goebbels sind persönliche Berichte des eigenen Erlebens und des politischen Geschehens.[19] Sie sind nicht, wie behauptet wurde, „Konzepte für seine Schriftstellerei, Reden und für Zeitungsbeiträge […] oder für Ministerbesprechungen und Denkschriften“.[20] Goebbels hat seine Tagebücher auch als Gedächtnisstütze und Grundlage für Buchpublikationen benutzt bzw. benutzen wollen. Aber sie entstanden nicht primär zu diesem Zweck und wurden auch nach der Veräußerung der Publikationsrechte 1936 nicht in erster Linie deswegen verfaßt. Auch in den späten 30er Jahren tragen die Tagebücher vielmehr den Charakter einer Rückzugsstätte, die dem Autor die Verarbeitung von persönlichen Erlebnissen erleichterte und gedanklichen Freiraum für das Kommende schuf. Die Goebbels-Tagebücher bestehen auch nicht ausschließlich aus Einträgen zur Politik des NS-Regimes oder zum politischen Zeitgeschehen. Sie enthalten auch eine Fülle von privaten, zuweilen sogar äußerst intimen Passagen. Die vereinzelt geäußerte Behauptung, die Tagebücher enthielten nichts Intimes und wenig Persönliches, und wenn, dann wirke dies „wie aufgesetzt und ‚angeklebt‘“[21], offenbart eine mangelnde Kenntnis der handschriftlichen Tagebücher. Vor allem in den frühen Tagebüchern findet man zahlreiche höchst persönliche Passagen, von denen hier einige wenige angeführt werden sollen, wenngleich damit der zeitliche Rahmen der Vorkriegsphase gesprengt wird. Zur Beurteilung des Charakters der Tagebücher, die als ausschließlich private Aufzeichnungen begonnen wurden und diesen Charakter bis 1941 im großen und ganzen beibehielten, sind diese Informationen indes unentbehrlich.

Die ersten drei Jahre des Tagebuchs bis Ende 1926 beschreibt Goebbels in zahlreichen Einträgen seine große Liebe zu seiner damaligen Geliebten Else Janke und seine sexuellen Kontakte mit ihr, die er, wie er bekundete, sehr gerne geheiratet

[19] Nur sehr selten sind andere Textsorten als Berichte Goebbels’ zu finden, beispielsweise Analysen seiner Lektüre, selbstverfaßte lyrische Texte (vor allem Oktober 1923 bis Februar 1924), selbst aufgestellte „Gebote“ (TG, 17. 10. 1923), Nachrufe (z. B. auf seinen verunglückten Freund Richard Flisges, TG, 11. 12. 1923) und Briefe (z. B. Brief an Knut Hamsun, TG, 23. 6. 1943).

[20] Sösemann, Propaganda, S. 118, nahm dies an. Ursache dieses Mißverständnisses Sösemanns war der Fund von Goebbels-Materialien auf dem Gelände der früheren Reichskanzlei in der damaligen DDR. Eine Kladde war überschrieben mit „Politisches Tagebuch“, wobei es sich um Manuskripte für die gleichnamige Artikelserie in der von Goebbels gegründeten Zeitung „Der Angriff“ handelte. Derartige Zeitungsartikel oder damals ebenfalls aufgefundene Redekonzepte fanden nicht Eingang in die Tagebuch-Edition des Instituts für Zeitgeschichte. Nur durch dieses Mißverständnis ist erklärbar, weshalb Sösemann noch 2002 in der Edition „unberücksichtigt geblieben[e] Materialien“ (ders., Propaganda, S. 125) monierte oder die „höchst unterschiedlichen literarischen Genres“ (ebenda, S. 117) der Tagebücher betonte. Zu diesen Materialien siehe Sösemann, Inszenierungen, S. 10, Anm. 18; Fröhlich, Tagebücher. Sämtliche Fragmente, Einleitung, S. LXXII f.

[21] Sösemann, „Ein tieferer geschichtlicher Sinn aus dem Wahnsinn“, S. 147; ähnlich: Sösemann, Propaganda, S. 118.

hätte, wenn sie nicht eine jüdische Mutter gehabt hätte.[22] In diesen Texten eine Erfindung des Propagandaministeriums zu sehen, wäre wahrlich absurd. Im August 1933 besuchte der Bräutigam Else Jankes, Dr. Leo Herber, Goebbels und teilte ihm offenbar mit, daß die Entlassung der Lehrerin Else Janke aus dem Schuldienst bevorstehe und seine eigene aus dem Polizeidienst. Goebbels vermerkte diese „schreckliche menschliche Tragödie", die ihm „sehr leid" tue, in seinem Tagebuch, wertete aber das „Prinzip" höher als das „Einzelschicksal" (TG, 27. 8. 1933). Obgleich er der Meinung war, daß „der Grundsatz", d. h. die diversen antisemitischen beamtenrechtlichen Regelungen, „bestehen bleiben" müsse, versprach er Herber, wie er im Tagebuch notierte, „ihm helfen" zu wollen (TG, 27. 8. 1933). Leo Herber wurde daraufhin am 1. Januar 1934 Geschäftsführer des deutschen Filmtheaterbesitzerverbandes.[23] Eineinhalb Jahre später traf Goebbels wahrscheinlich zum letzten Mal mit Else Janke, die nun mit Herber verheiratet war, zusammen. Hierüber hielt Goebbels im Tagebuch fest: „Menschentragödie. Ich helfe, denn hier ist Hilfe am Platz" (TG, 8. 2. 1935). Einige Monate darauf wurde Leo Herber zusätzlich Bezirksleiter der Fachgruppe Filmtheater für Berlin-Brandenburg innerhalb der Reichsfilmkammer; beide Positionen sicherten dem Ehepaar Herber bis Kriegsende das Auskommen.[24] Auch diese beiden Tagebuchpassagen schließen sowohl eine Autorschaft einer fremden Hand aus dem Propagandaministerium als auch eine Fälschung aus. Niemandem außer Goebbels selbst und dem Ehepaar Herber dürfte dies bekannt gewesen sein.

Es ließen sich im Tagebuch viele Beispiele äußerst intimer Einträge finden, die ein Außenstehender nicht gewußt haben kann, und die ein Mitarbeiter, wenn er denn davon Kenntnis erlangt haben sollte, nicht zu schreiben gewagt hätte. Zu denken ist hier zum Beispiel an die Passage, in der Goebbels beschrieb, daß er, der Minister, am Ostersonntag des Jahres 1935 „gegrollt" und sich ins Bett verzogen habe, weil seine Frau Magda „vergessen" hatte, ihm ein Osternest zu machen (TG, 23. 4. 1935). Bemerkenswert sind auch die Einträge aus der ersten Februarhälfte des Jahres 1933, die die Enttäuschung Goebbels' widerspiegeln, als er sich bei der „Machtergreifung" übergangen fühlte.[25] Zum Nachweis des mitunter sehr privaten Charakters des Tagebuchs seien noch einige weitere Belegstellen angeführt: Als Goebbels nach Jahren seine große Liebe aus der Studentenzeit, Anka

[22] Goebbels schrieb beispielsweise über Else Janke: „Ich möchte sie wohl als Frau haben, wenn das eine nicht wäre" (TG, 20. 6. 1924); „Ich möchte mit ihr eine Hochzeitsreise machen, mit viel Geld, viel Liebe, ohne Sorgen" (TG, 27. 6. 1924); „Könnte ich dich heiraten, Else, dann wäre manches gelöst" (TG, 23. 7. 1924); „Ich möchte wohl, sie wäre meine Frau, wenn sie nicht Halbblüter wäre" (TG, 8. 6. 1925). Ende November 1926, als Goebbels bereits Gauleiter von Berlin war, notierte er: „O, wie furchtbar, daß ich Dich nicht lieben darf" (TG, 28. 11. 1926).

[23] Schriftliche Auskunft von Dr. Peter Klefisch, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, 3. 5. 2005, über die Entnazifizierungsakte Dr. Leo Herbers.

[24] Ebenda.

[25] Die Enttäuschung steigerte sich geradezu zur Verzweiflung, wie das Tagebuch belegt: „Magda sehr traurig. Man quetscht mich an die Wand. Hitler hilft mir kaum. Ich habe den Mut verloren" (TG, 6. 2. 1933); „Weinte [Magda, d. V.] vor Ungeduld" (TG, 11. 2. 1933); „Ich bin fast des Lebens müde" (TG, 13. 2. 1933); „Ich bin müde und mutlos. Ich hab kein Ziel und keine Freude mehr an der Arbeit" (TG, 15. 2. 1933).

Stalherm, wieder traf, schrieb er, der NSDAP-Gauleiter von Berlin, der kurz vor seinem Einzug in den Reichstag stand: „Ich zittere, ich stottere, ich bebe vor Freude: Anka!“ (TG, 7. 3. 1928). In der Phase, in der Goebbels seine spätere Frau Magda Quandt kennenlernte, bezifferte er die ersten sexuellen Kontakte im Tagebuch (Februar/März 1931). Kaum zum Paar geworden, schrieb Goebbels ein halbes Jahr später: „Magda vergibt sich etwas Chef gegenüber. Ich leide sehr darunter. Sie ist nicht ganz Dame“ (TG, 26. 8. 1931). Dieses Benehmen hatte zur Folge, daß Magda ihm den „Ring“ zurückgab, wie Goebbels im Tagebuch offen festhielt (TG, 27. 8. 1931). Nur ein paar Wochen danach notierte Goebbels, daß Magda „von ihrer Mutter erfahren“ habe, „daß sie mit ihrem Vater nicht verheiratet war“ (TG, 25. 10. 1931). Angesichts dieser Botschaft schrieb Goebbels: „Darüber kann nur Hitler befinden“ (TG, 25. 10. 1931). Noch am selben Abend erteilte Hitler Magda im Hotel Kaiserhof seine Genehmigung zur Heirat (TG, 25. 10. 1931).

Die Unterwerfung unter den Willen Hitlers in höchst privaten Fragen behielt Goebbels bei. Im August und Oktober 1938 untersagte Hitler ihm eine Fortsetzung seiner Affäre mit der tschechischen Schauspielerin Lida Baarova sowie eine Trennung von seiner Frau Magda (TG, 16. 8. 1938, 24. 10. 1938). Die aus begreiflichen Gründen nicht immer allzu deutlichen Einträge zu dieser Affäre lassen sich durch die Memoiren von Baarova verifizieren. Dies gilt beispielsweise auch für die von Goebbels beschriebene Aussprache zwischen seiner Frau und Baarova (TG, 5. 8. 1938) oder das entscheidende und vorläufig letzte Telefonat des nationalsozialistischen Ministers mit der jungen Tschechin (TG, 16. 8. 1938).[26] Die von Hitler verlangte Beendigung der Affäre stürzte Goebbels in eine tiefe Krise, die an anderer Stelle beschrieben ist. Allein die Lektüre der Tagebucheinträge aus dieser Zeit, Oktober 1938 bis Januar 1939, macht überdeutlich, daß es sich auch in dieser Phase um ein persönliches Tagebuch mit privatem Inhalt handelt, und zwar das eines in eigenen Belangen und zuweilen denen seiner unmittelbaren Umgebung recht empfindsamen Menschen. Die Tagebücher lassen erkennen, daß Goebbels neben eigener Freud- und Schmerzwahrnehmung durchaus die Fähigkeit zur Empathie besaß,[27] allerdings nur höchst eingeschränkt in bezug auf seine Familie, auf ihm nahestehende oder politisch zuverlässige Personen, denen Unrecht widerfuhr, auf Künstler in finanzieller Not oder auch auf Haustiere, hingegen absolut nicht im Falle von Menschen, die er als Gegner oder Feinde betrachtete wie kritische Geistliche, Sozialisten oder Juden. Letzteren Personengruppen brachte Goebbels äußerste Verachtung entgegen und wünschte deren Vernichtung. Dagegen schrieb der nationalsozialistische Minister anläßlich der Beerdigung seines Neffen, dem im Kindesalter an Diphtherie gestorbenen Sohn seines Bruders Konrad, in sein Tagebuch, ihm sei „zum Weinen zu Mute“ (TG, 23. 12. 1933).

[26] Kettermann, Baarova, S. 132 f., 137–139.

[27] Deutlich zeigt sich eine Empathie neben der erwähnten Passage über Else Janke und Dr. Leo Herber (TG, 27. 8. 1933) beispielsweise um die Jahreswende 1932/1933, als Goebbels befürchtete, seine schwer erkrankte Frau könnte sterben (v. a. TG, 1. 1. 1933, 2. 1. 1933), oder bei seinen Kindern (z. B. TG, 25. 6. 1937, 31. 5. 1938, 2. 6. 1939), bei der Todesnachricht von General Werner von Fritsch (TG, 23., 27. 9. 1939) oder dem verstorbenen Pony seiner Kinder (TG, 28. 7. 1938); so auch Thacker, Goebbels, S. 207 f.

Die Privatheit der Aufzeichnungen wird gerade auch in unzähligen Einträgen über Goebbels' Familie ersichtlich. Goebbels stand in einer tiefen emotionalen Bindung zu seiner Mutter, die er im Tagebuch in der Regel mit den Attributen „lieb" und „gut" beschrieb und mehrmals als seinen „Halt" (TG, 7. 11. 1933, 19. 4. 1939) oder als seine „beste und treueste Beschützerin" (TG, 5. 7. 1935) bezeichnete. Aus diesem Grund suchte Goebbels bei ihr Zuflucht, als er sich infolge der Baarova-Affäre einsam fühlte und seine Frau Magda als „sehr hart und grausam" empfand (TG, 19.–21. 8. 1938). Sehr nahe stand Goebbels auch seine jüngere Schwester Maria (Jg. 1910), die lange Zeit bei ihm und Magda wohnte und beider Kinder betreute. Er hielt im Tagebuch fest, was er unternahm, um Maria eine glückliche Ehe zu ermöglichen.[28] Besonders deutlich zeigt sich der private Charakter der Quelle auch an den zahlreichen Einträgen über Goebbels' Kinder. Sehr häufig hielt Goebbels fest, wie überaus gerne er sie hatte, wie viel sie ihm bedeuteten und wie besorgt er bei deren Krankheit war. Für einen vielbeschäftigten Minister beschrieb Goebbels verblüffend oft im Tagebuch, daß er seinen Kindern vorgelesen oder mit ihnen gespielt habe, häufig nannte er sogar die Lektüre und den Namen des Spiels. Auch einzelne Erziehungsmaßnahmen zur Korrektur von unerwünschtem Fehlverhalten vermerkte Goebbels im Tagebuch, wie folgender Eintrag zu seiner fünfjährigen Tochter Helga belegt: „Vorher noch Helga ordentlich verprügelt. Sie muß das ewige Schwindeln ablegen. Da helfen nur drakonische Strafen" (TG, 12. 8. 1937).

Viele weitere Tagebuchpassagen lassen erkennen, daß es sich um eine persönliche Quelle handelt, beispielsweise unzählige Notate über Goebbels' Stimmungen, Freude, Verzweiflung, über das Wetter, was für ihn von besonderer Bedeutung war, über Triumphe, Kränkungen, Niederlagen, über zeitweiligen Nikotinkonsum, über seine Krankheiten und die Zunahme grauer Haare. Eine in anderen Tagebüchern häufig beschriebene Angelegenheit allerdings findet sich so gut wie nie in denen von Goebbels, die Nennung seiner aufgenommenen Nahrung, was den Schluß zuläßt, daß kulinarische Genüsse für ihn wenig Bedeutung besaßen. Aber nicht nur die vielen privaten Tagebuchpassagen, die hier lediglich andeutungsweise angeführt wurden, die zahllosen von Goebbels im Tagebuch beschrieben politischen Fakten, aber auch die Irrtümer und Fehler sowie die Momentaufnahmen bestimmter Entwicklungen beweisen ebenso wie die Einträge über dessen Tätigkeit als Propagandaminister oder die Notate über seine Gespräche: Die Goebbels-Tagebücher sind tatsächlich die Tagebücher von Joseph Goebbels. Dies erklärt die extreme Kürze und Verdichtung vieler Eintragungen, die den Text für Außenstehende manchmal fast unverständlich macht. Denn die Notate waren ursprünglich ausschließlich für seinen eigenen Gebrauch bestimmt.

Propaganda in Tagebuchform?

Die Feststellung, daß die Tagebücher eine authentische persönliche Quelle darstellen, schließt eine Fremdautorschaft und insbesondere die abwegige Behaup-

[28] Vgl. TG, 6. 12. 1933, 27. 2. 1937, 6. 7. 1937, 9. 7. 1937.

tung Bernd Sösemanns aus, ein „Büro für eine NS-Propagandageschichte nach dem ‚Endsieg'" habe sie produziert.[29] Die Annahme, ein Tagebuchautor habe beim Schreiben (nicht: Überarbeiten!) „Inszenierungen für die Nachwelt" geschaffen und eine „propagandistische Intention" verfolgt,[30] was Sösemann bei den Goebbels-Tagebüchern unterstellt, mutet seltsam an. Dennoch sei diese Behauptung hier ernst genommen. Im folgenden soll unter Verwendung der eingangs zitierten Arbeitsdefinition Heinz Starkullas[31] für die handschriftlichen Aufzeichnungen überprüft werden, ob Goebbels das Tagebuch nach den Regeln eines Propagandatextes verfasste, insbesondere, ob er sich der Propagandamethoden „Lüge" und „Desinformation" bediente.

Es existieren tatsächlich einige tagebuchimmanente Faktoren, die auf den ersten Blick die Interpretation zu stützen scheinen, Goebbels habe in seinen Aufzeichnungen Propaganda betrieben: 1. Wie im vorausgegangenen Abschnitt beschrieben, enthält das Tagebuch Fehler und Irrtümer, die Desinformationen darzustellen scheinen. Allerdings ist dargelegt worden, daß diese falschen und ungereimten Aussagen auf unzutreffende Schilderungen zurückzuführen sind, die seine Gewährsleute ihm gaben. Zudem ist in einigen Fällen ersichtlich, daß sich Goebbels im Tagebuch korrigierte, sobald er den tatsächlichen Sachverhalt erfuhr. Es ist nicht erkennbar, daß Goebbels auf der faktologischen Ebene bewußt eine falsche Darstellung gab. Vor allem aber handelt es sich bei den festgestellten Fehlern nicht um Sachverhalte, die geeignet wären, Goebbels, den Nationalsozialismus oder das NS-Regime in ein positiveres Licht zu setzen.

2. Die NS-Ideologie tritt dem Leser ständig in aller Deutlichkeit entgegen. Das gesamte Tagebuch ist, je nach Thematik und Zeitpunkt graduell differiert, aus der verengten nationalsozialistischen Perspektive geschrieben. So charakterisierte Goebbels z. B. die tschechoslowakische Staatsführung immer wieder und noch bis zum Münchener Abkommen als „intransigent"[32] und sudetendeutsche Kritiker des Kurses von Konrad Henlein als „Verräter" (TG, 18. 9. 1938). Er betrachtete die Machtübernahme der Nationalsozialisten in Österreich als „Stunde der Freiheit" (TG, 12. 3. 1938) und die Hinnahme der NS-Forderungen durch Bundeskanzler Schuschnigg als Entscheidung der „Vernunft" (TG, 16. 2. 1938). Für die Plünderung jüdischer Geschäfte in Berlin im Sommer 1938 machte Goebbels ausgerechnet „Zigeuner und andere lichtscheue Elemente" verantwortlich (TG, 22. 6. 1938). Im Tagebuch existieren unzählige Belegstellen, die Goebbels' radikalen Antisemitismus erkennen lassen, der sich noch rhetorisch steigerte, als die planmäßige Ermordung der Juden eingesetzt hatte. Sehr deutlich lassen sich auch andere Komponenten der NS-Weltanschauung in den Aufzeichnungen von Goebbels feststellen, wie beispielsweise sein Antikommunismus und seine Verachtung der Demokratie und der christlichen Kirchen. Es besteht kein Zweifel, daß Goebbels diese Bestandteile der NS-Ideologie verinnerlicht hatte. Somit sind derartige, den

[29] Interview Berthold Seewalds mit Bernd Sösemann in der Zeitung „Die Welt", erschienen unter dem Titel „Viele NS-Quellen sind schlecht ediert", 18. 8. 1999.
[30] Sösemann, Inszenierungen, S. 3.
[31] Starkulla, Propaganda, S. 2.
[32] TG, 7. 3. 1938, 27. 7. 1938, 18. 9. 1938, 20. 9. 1938, 28. 9. 1938.

Nationalsozialismus preisende Tagebuchpassagen Ausdruck seiner eigenen, mit Fanatismus verfochtenen Weltanschauung, für die Goebbels auch bereit war, sein Leben – und das seiner Frau und Kinder – aufs Spiel zu setzen. Sie stellen keine Inszenierungen dar und verweisen nicht darauf, daß das Konstruktionsmotiv des Tagebuchs in der Herstellung eines Werbetextes gelegen habe.

3. Irritierend wird der Leser vor allem die ideologisch bedingten Deutungen finden, die die Darstellung konkreter Sachverhalte beeinflussen oder ergänzen. Wenn Goebbels antisemitische Maßnahmen des NS-Regimes oder einer fremden Regierung erwähnte, so interpretierte er sie als Reaktion auf ein bestimmtes Verhalten der jüdischen Bevölkerung, nicht als Anzeichen der verqueren antisemitischen Weltsicht der Akteure. Beispielsweise hielt Goebbels nach dem Erlaß von Verordnungen gegen jüdische und nichtjüdische Emigranten in der Tschecho-Slowakei fest: „Die Juden werden so von Land zu Land getrieben und ernten damit die Früchte ihrer ewigen Intrigen, Hetzkampagnen und Gemeinheiten“ (TG, 13. 10. 1938). Die von Goebbels notierten Fakten, die Maßnahmen Prags und die bevorstehende Ausweisung zahlreicher Juden und Emigranten aus der Tschecho-Slowakei, treffen zu. Die von Goebbels beschriebenen „ewigen Intrigen, Hetzkampagnen und Gemeinheiten“ hingegen stellen eine ideologisch bedingte und damit verzerrte Tatsachenverknüpfung, eine Interpretation dar. Doch ist wiederum zu betonen, dass solche Deutungen nicht als Werbebotschaften konstruiert wurden, sondern die Wahrnehmungsweise des Autors kennzeichnen. Vor allem aber ist zwischen (deutender) Tatsachenverknüpfung und (chronistischer) Tatsachenermittlung zu unterscheiden: Auf der Ebene der Tatsachenermittlung bemühte sich der Tagebuchschreiber um möglichst verläßliche Informationen.

4. Wenn auch selten, so sind im Tagebuch doch auch Versuche erkennbar, bestimmte Geschehnisse des eigenen Lebens zu kaschieren. Das deutlichste Beispiel ist seine außereheliche Affäre mit Lida Baarova. Mit keinem Satz schrieb Goebbels, daß er eine Geliebte hatte. Im Gegenteil betonte Goebbels in den Einträgen über die gemeinsamen Aufenthalte mit Baarova in seinem Haus am Bogensee in aller Regel, wie „schön und einsam“ (TG, 17. 5. 1938) es dort sei oder wie „still und verlassen“, was ihn „glücklich“ gemacht habe (TG, 3. 11. 1936). Hier könnte eine bewußte Irreführung des Lesers konstatiert werden, wenn Goebbels diese Passagen der Allgemeinheit hätte zugänglich machen wollen – was sehr zweifelhaft ist –, aber keinesfalls Propaganda, da es sich um äußerst intime Erlebnisse handelt, die weder in ihren kaum verständlichen Andeutungen noch in einer etwaigen umfassenderen Schilderung dem Zwecke der Werbung gedient hätten. Einzig wegen seiner eifersüchtigen Frau Magda, die Goebbels zufolge sogar in seiner Post „schnüffelt[e]“ (TG, 26. 7. 1934), unterließ Goebbels Notizen über Baarova. Diese Annahme findet auch darin Bestätigung, daß Goebbels einmal eine Passage aus seinem Tagebuch ausgeschnitten hatte, in der er seine „große Wut“ über Magda zum Ausdruck gebracht hatte (TG, 14. 9. 1931). Es ist sogar möglich, daß Goebbels, zumindest zeitweilig, Magda sein Tagebuch freiwillig zum Lesen gab, da er in ihrer Gegenwart „ihr Tagebuch“ gelesen hatte (TG, 6. 11. 1931), wie er einmal vermerkte.

5. Festzustellen sind auch Fälle, in denen Goebbels besonders heikle Angelegenheiten bewußt nur andeutungsweise skizzierte. Grund dafür dürfte die Furcht

Goebbels' gewesen sein, sein Tagebuch könne in falsche Hände geraten.[33] Folglich rechnete Goebbels selbst damit, daß solche Sachverhalte für die NS-Bewegung oder das NS-Regime abträglich seien oder sein könnten. Deutliche Beispiele für ein derartiges Verschweigen von Details finden sich vor allem in den frühen Tagebüchern, weshalb der Zeithorizont nochmals ausgedehnt werden soll. Hierzu gehören abfällige Äußerungen gegen die Münchener Zentrale der NSDAP. So notierte er einmal, Gregor Straßer habe etwas gesagt, „das man besser schriftlich nicht wiederholt" (TG, 21. 8. 1925). Über ein Gespräch mit Hitler, in dem ihm dieser von den aus dem gescheiterten Putsch von 1923 zu ziehenden Konsequenzen erzählte, vermerkte Goebbels: „Das Weitere kann man noch nicht schreiben" (TG, 25. 7. 1926). Auch den planmäßigen Mord am jüdischen Volk wagte Goebbels im Tagebuch nicht näher auszuführen, wie folgende Passage beweist: „Es wird hier ein ziemlich barbarisches und nicht näher zu beschreibendes Verfahren angewandt, und von den Juden selbst bleibt nicht mehr viel übrig" (TG, 27. 3. 1942). Man wird kaum annehmen wollen, daß diese Textstelle – oder die erstgenannten – der Propaganda dienen sollte, da Goebbels selbst die Art und Weise der Ermordung als „barbarische[s] Verfahren" bezeichnete, das auch ihm zu ungeheuerlich erschien – obgleich er es befürwortete[34] –, um es ausführlich darzustellen.

6. Ein weiterer Faktor, der bei der Beurteilung der möglichen propagandistischen Funktion des Tagebuchs berücksichtigt werden muß, ist die Veröffentlichungsabsicht des Autors. Doch ist die Annahme, Goebbels habe bei der Niederschrift bereits Inhalte und Interpretation der späteren Publikation festgelegt, unzutreffend. Bereits in den Jahren 1930 und 1934 hatte sich Goebbels durch die Lektüre seines Tagebuchs zurückliegende Geschehnisse in Erinnerung gerufen, um seine Publikationen „Kampf um Berlin" und „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei" mit chronologisch exaktem Detailwissen schreiben zu können. Allerdings hat er bei beiden eine teleologische Interpretation hinzugefügt und die ursprünglichen Tagebuchtexte erheblich verändert. Bei seiner „Kaiserhof"-Publikation, die auf seinen Tagebucheinträgen von 1932/33 basiert und den Untertitel „Historische Darstellung in Tagebuchblättern" trägt, hatte Goebbels die intensive Überarbeitung, die interpretatorische Anpassung und die Abneigung gegen die Veröffentlichung des Original-Tagebuchs deutlich demonstriert. Unbestreitbar handelte es sich – genau wie beim „Kampf um Berlin" – um eine Propagandaschrift, da nun nicht nur Unpassendes entfernt und Neues hinzugefügt wurde, sondern auch das Geschehen im nationalsozialistischen Sinne gedeutet wurde. So läßt sich erahnen, daß mit dem Original-Tagebuch kaum Propaganda zu betreiben gewesen wäre.[35]

Goebbels hatte in seinem Tagebuch sogar ausdrücklich festgehalten, daß er seine Aufzeichnungen „für spätere Generationen überarbeiten" (TG, 30. 3. 1941)

[33] Bereits 1924 hatte Goebbels diese Furcht im Tagebuch festgehalten: „Man hat noch Angst vor Spitzeln in seinem eigenen Tagebuch. Wir werden wie von Geiern beobachtet. Wir müssen uns sehr vorsehen", TG, 9. 5. 1924.

[34] Vgl. Hermann, „In 2 Tagen wurde Geschichte gemacht", S. 38, Anm. 57.

[35] Eine detaillierte Analyse der von Goebbels bei der Veröffentlichung der „Kaiserhof"-Publikation vorgenommenen Änderungen steht noch aus.

wollte, was zeigt, daß ihm nicht daran gelegen war, seine Tagebücher im Originalzustand zu veröffentlichen, und daß sie ihm in der Urfassung nicht gut geeignet schienen, die NS-Zeit späteren Generationen adäquat zu vermitteln. Bedeutsam ist ferner, daß Goebbels seine Tagebücher für „spätere Generationen" publizieren wollte, also nicht primär für seine eigenen Zeitgenossen. Noch deutlicher beschrieb Goebbels dies im Zusammenhang mit dem Kaufvertrag, den er über die Tagebücher mit Max Amann 1936 abgeschlossen hatte. Darin war, wie Goebbels überliefert, vereinbart worden, die Aufzeichnungen „20 Jahre nach" seinem „Tode zu veröffentlichen" (TG, 22.10.1936). Es kann nur vermutet werden, da der Kaufvertrag nicht vorliegt, daß Goebbels sich darin das Recht fixieren ließ, die Tagebücher zu überarbeiten, denn sie verblieben bis kurz vor Kriegsende in seinem Besitz. Unter normalen Umständen wäre zu diesem Zeitpunkt, 20 Jahre nach seinem Tod, auch Hitler nicht mehr am Leben gewesen. Ohne Hitler wäre der Nationalsozialismus, falls er überhaupt noch existierte, vielleicht anders ausgeprägt gewesen. Goebbels plante also die Veröffentlichung für eine Zeit, zu der der nationalsozialistische Staat möglicherweise nicht oder nicht mehr in der Weise bestehen würde wie zu Lebzeiten Hitlers. Dies kann auch aus der erwähnten Textstelle vom Frühjahr 1941 geschlossen werden, in der er schrieb, seine Tagebücher schilderten sein „ganzes Leben und unsere Zeit" (TG, 30.3.1941). Damit meinte er die nationalsozialistische Zeit, die Goebbels in Momenten realistischer Reflexion nicht für unvergänglich hielt.[36] Es ist äußerst fragwürdig, ob ein vielbeschäftigter Mensch mindestens eine halbe Stunde seines täglichen Lebens der Beeinflussung künftiger Generationen widmet, von denen er nicht wissen konnte, ob sie ihn nicht von vornherein ablehnen. Die Annahme, das Tagebuch sei ein Propagandawerk für nachfolgende Generationen, unterstellt Goebbels zudem eine unwahrscheinliche Hybris, die darin bestünde, daß Goebbels geglaubt haben müßte, durch eine einzige persönliche Quelle ließe sich eine Jahrzehnte später existierende Gesellschaft oder Geschichtsschreibung nachhaltig ideologisch beeinflussen.[37] Goebbels selbst scheint seine Tagebücher im Gegenteil als ein der Öffentlichkeit nicht preiszugebendes Werk der Enthüllungen verstanden zu haben. Er nahm an, wie er schrieb, sie würden „draußen", außerhalb des Reichs, „wohl einiges Interesse finden" (TG, 30.3.1941). Hätte Goebbels bewußt ein Propagandawerk in die Welt gesetzt, hätte er doch eher hoffen müssen, daß sich der Adressat dafür interessieren würde. Noch ein weiteres Indiz deutet darauf hin, daß Goebbels seine Tagebücher nicht als NS-Propaganda verstand: Anläßlich des beginnenden Luftkrieges brachte Goebbels die Tagebuch-Kladden „in die unterirdischen Tresore der Reichsbank"

[36] Beispielsweise stellte Goebbels 1936 anläßlich des Spanischen Bürgerkrieges Überlegungen an, was zu tun wäre, wenn die von ihm gefürchteten Kommunisten Europa beherrschen würden, und schrieb darüber ins Tagebuch: „Die Roten begehen fürchterliche Greueltaten. Wehe, wenn die einmal in Europa das Heft in die Hand bekämen. Dann wären wir alle mit unseren Familien geliefert. Da machte man am besten selbst rechtzeitig Schluß. Aber wir werden schon vorsorgen. Wir kennen sie und richten uns danach", TG, 11.8.1936. In dieser Passage kommt sicherlich mehr als nur die übliche NS-Apokalypse-Topik zum Ausdruck, zumal die „Machtergreifung" erst dreieinhalb Jahre zurücklag.

[37] Ähnlich Jäckel, Tagebücher, 2008, S. 96.

(TG, 30. 3. 1941, ähnlich TG, 29. 3. 1941). Goebbels bezweckte damit also nicht nur eine bombensichere Verwahrung, die jeder andere Luftschutzkeller auch geboten hätte, sondern auch eine Sicherung vor dem Zugriff Dritter. Ein Propagandawerk hätte er vor seinen Parteigenossen nicht im bestbewachten Tresor des Reiches verwahren müssen. Wie gezeigt wurde, enthalten die Tagebücher tatsächlich zahlreiche Enthüllungen, die entweder der offiziellen Linie der NS-Propaganda deutlich widersprachen oder geradezu den Tatbestand des Landesverrats erfüllt hätten, wären sie bekannt geworden – das drastischste Beispiel hierfür ist ab 29. März 1941 im Tagebuch zu finden, als Goebbels seine Notizen über das bevorstehende Unternehmen „Barbarossa" vorsichtshalber nur durch ein „R." (wie Rußland) markierte. Wären seine Tagebucheinträge aus dieser Zeit über die Vorbereitungen des Angriffs auf die UdSSR damals publik geworden, hätte dies vermutlich ernste Konsequenzen für Goebbels gehabt.

7. Das Tagebuch hielt immer wieder die offizielle Sprachregelung zu bestimmten Sachverhalten fest. Aber, und das ist in unserem Zusammenhang das Entscheidende, zugleich notierte Goebbels die ihm bekannten Sachverhalte – auch und gerade dann, wenn sie der offiziellen Sprachregelung zuwiderliefen und diese mithin als unzutreffende Propaganda entlarven. Als der Post- und Verkehrsminister Paul Freiherr von Eltz-Rübenach in der Ministerbesprechung am 30. Januar 1937 die Aufnahme in die NSDAP und die Annahme des Goldenen Parteiabzeichens der NSDAP wegen der nationalsozialistischen Kirchenpolitik abgelehnt hatte und von Hitler eine Erklärung verlangte, wurde er zum Rücktritt genötigt. All dies verzeichnete Goebbels deutlicher im Tagebuch, als es in jeder anderen Quelle zum Ausdruck kommt.[38] Zu den Folgen der Demission schrieb Goebbels: „Sein Ministerium wird geteilt in Verkehr und Post. Verkehr Dorpmüller, Post Ohnesorge. […] Das ist auch die öffentliche Begründung" (TG, 31. 1. 1937). Die Öffentlichkeit erfuhr nicht, daß es einen regierungsinternen Konflikt mit Ministerrücktritt gab, sondern lediglich, daß Julius Dorpmüller das neu geschaffene Ressort Verkehr und Wilhelm Ohnesorge das der Post übernommen hatten.[39]

Als im Januar 1938 der Oberbefehlshaber der Wehrmacht, Werner von Blomberg, wegen der kompromittierenden Vergangenheit seiner Braut, und der Oberbefehlshaber des Heeres, Werner von Fritsch, wegen einer ihm zu Unrecht angelasteten homosexuellen Handlung zurücktreten mußten, notierte Goebbels: „Blomberg und Fritsch aus ‚gesundheitlichen' Gründen zurückgetreten" (TG, 5. 2. 1938). Dies war damals auch die offizielle Begründung. Aber in den Tagebucheinträgen zuvor hatte Goebbels die tatsächlichen Vorwürfe deutlich beschrieben. Zudem

[38] Die von Eltz-Rübenach abgelehnten Ehrungen und die verlangte Erklärung belegt keine andere Quelle ähnlich glaubwürdig, denn statt eines offiziellen Protokolls wurde in der Reichskanzlei nur eine amtliche Mitteilung darüber zu den Akten genommen, die den Konflikt verschweigt; allerdings existiert das schriftliche Rücktrittsgesuch von Eltz-Rübenach an Hitler vom selben Tag, das der Minister gleichfalls mit seinem dem Nationalsozialismus entgegenstehenden christlichen Glauben begründete. Akten der Reichskanzlei, Regierung Hitler, 1937, Bd. IV, Dok. 23, 24; Domarus, Hitler, Bd. 1, S. 677 f.; Hockerts, Goebbels-Tagebücher. Kirchenpolitik, S. 376.

[39] Vgl. beispielsweise Frankfurter Zeitung, 3. 2. 1937, oder VB, Norddeutsche Ausgabe, 4. 2. 1937.

hatte er die angeblichen „gesundheitlichen" Gründe distanzierend in Anführungszeichen gesetzt. Im Kontext des gesamten Eintrages oder manchmal mehrerer Tagesaufzeichnungen läßt sich erkennen, daß Goebbels um eine möglichst objektive Darstellung bemüht war, indem er beides, die von ihm wahrgenommene Wirklichkeit und die vom NS-Regime verlautbarte Version, wiedergab.

Über den Einmarsch der Wehrmacht nach Österreich, am 12. März 1938, schrieb Goebbels ins Tagebuch: „Von der österreichischen Regierung gerufen" (TG, 12. 3. 1938). Auch hierbei handelt es sich um die offizielle Sprachregelung. Zuvor hatte Goebbels allerdings beschrieben, daß Seyß-Inquart das entsprechende Telegramm „diktiert" worden war, das dem NS-Regime, wie Goebbels notierte, „eine Legitimation" verschaffen sollte (TG, 12. 3. 1938). Darüber hinaus hatte er die tatsächlichen Vorgänge in Berlin und Wien exakt im Tagebuch festgehalten. Daher kann nicht behauptet werden, Goebbels habe hier etwas verfälscht.

Als im Juni 1938 in Berlin jüdische Geschäfte beschmiert, Juden schikaniert und verhaftet wurden, um „Berlin judenrein" zu machen (TG, 19. 6. 1938), wie Goebbels im Tagebuch schrieb, rief dies in der ausländischen Presse starke Kritik hervor. Goebbels notierte daraufhin in sein Tagebuch, daß er den „verleumderischen Auslandsjournalisten […] mit Ausweisung drohen" ließ (TG, 21. 6. 1938). Auch diese Äußerung, die behauptete Verleumdung durch ausländische Journalisten, stellt die offiziell vertretene Position des NS-Regimes dar. Da Goebbels in seinen Aufzeichnungen einräumte, daß die Parteigenossen „etwas scharf" herangegangen seien, so daß er sie selbst „bremse[n]" mußte (TG, 21. 6. 1938), liegt hier eine interne Notiz und keine propagandistische Zwecksetzung vor.

Ähnliches gilt für die Tagebuch-Einträge über den Novemberpogrom. Goebbels vermerkte den Befehl Hitlers, die Ausschreitungen gegen Juden auszudehnen, sowie seine eigene Rede, auf die hin die Parteiführer telefonische Anweisungen gaben, ferner Aktivitäten der „alten Kämpfer", die er im Zusammenhang mit der Zerstörung einer Synagoge nannte. Andererseits erwähnte Goebbels auch den „Volkszorn" (TG, 10. 11. 1938), den die Juden seines Erachtens zu spüren bekommen sollten. Wiederum handelt es sich hier um die Version, wie sie innerhalb des NS-Staates und nach außen verbreitet wurde. Es ist jedoch nicht feststellbar, daß Goebbels die Verantwortlichkeiten hochrangiger Nationalsozialisten verbergen wollte, da er die „alten Kämpfer" einiger Ausschreitungen in München bezichtigte und sich selbst als Anstifter der Zerstörung der Berliner Hauptsynagoge zu erkennen gab (TG, 10. 11. 1938).

Auch in den Tagebuchpassagen vom September 1938, in denen Goebbels die angeblichen tschechoslowakischen Greuel und Zwischenfälle notiert hatte, ist eine bewußte Verfälschung der Fakten auszuschließen. Eine exemplarische Textstelle lautet: „Weiterer Tschechenterror. Das nimmt und nimmt kein Ende" (TG, 17. 9. 1938). Im selben Eintrag bekannte Goebbels jedoch, daß die Lage „etwas ruhiger" geworden sei (TG, 17. 9. 1938), d. h. daß es kaum zu nennenswerten Vorfällen gekommen war. Dennoch ließ er, wie er selbst einräumte, „neue Exzesse der Tschechen" in den Medien verbreiten (TG, 17. 9. 1938). Am nächsten Tag gab Goebbels im Tagebuch zu: „Von Prag aus wird nicht viel gemacht. Wir machen trotzdem den tschechischen Terror ganz groß auf" (TG, 18. 9. 1938). Einige Tage später wurde Goebbels noch deutlicher und beschrieb unmißverständlich, wer diese

Konflikte provozierte: „Unsere Leute haben nun an der Grenze die notwendigen Zwischenfälle geschaffen. Die Presse greift sie groß auf. Wir sind um ihre Vertiefung bemüht" (TG, 21.9.1938). Goebbels wurde kurz darauf noch konkreter und benannte das „sudetendeutsche Freikorps" und dessen „Vorstöße", um „Unruhe zu erzeugen und den Spannungszustand zu verschärfen" (TG, 24.9.1938). Seinen Tagebüchern, im Kontext gelesen, läßt sich eindeutig entnehmen, daß das Sudetendeutsche Freikorps und die SS die Zwischenfälle schufen, die Goebbels in Presse und Rundfunk der tschechoslowakischen Regierung anlasten ließ.

Die gleiche Taktik wiederholte das NS-Regime im März 1939. Auch in dieser Phase sollten provozierte Zwischenfälle, die die Presse groß herauszustellen hatte, der Wehrmacht eine Legitimation zum Einmarsch bieten. Über ein Gespräch mit Hitler in dieser Angelegenheit vermerkte Goebbels: „Wir sprechen die Lage durch. […] Zusammenstöße werden provoziert werden. Sind Deutsche dabei, dann schlagen wir Mordskrach. Sonst vorläufig noch halbe Tour. Am Montag und Dienstag dann Großkanonade. Mittwoch kann's dann losgehen" (TG, 12.3.1939). In diesem Fall ist im gesamten Tagebucheintrag nicht ein Wort zu finden, das darauf hindeutet, daß tschecho-slowakische Organe die deutsche Minderheit unterdrückten oder mißhandelten, wie es damals wahrheitswidrig in der Presse dargestellt wurde.

Goebbels hielt im Tagebuch also häufig die offizielle Sprachregelung fest, die in den NS-Medien verbreitet wurde oder beispielsweise auch von der Zentrale des Auswärtigen Amts an die Mitarbeiter der Missionen ausgegeben wurde, doch auch divergierende Hinweise bzw. die Beschreibung des tatsächlichen Geschehens, so wie er es wahrgenommen hatte.[40] Die Ursache hierfür liegt in der erwähnten späteren Veröffentlichungsabsicht. Zum Zeitpunkt der Niederschrift war für Goebbels nicht erkennbar, ob er das politische Geschehen nachzeichnen könnte, wie es sich ihm darstellte, oder ob er etwaige Rücksichten auf das NS-Regime würde nehmen müssen, was möglicherweise die Publizierung der offiziellen Sichtweise zur Folge gehabt hätte. Anfangs hatte er diese beiden unterschiedlichen Betrachtungsweisen noch verbal oder graphisch markiert, durch Hinzufügung von Phrasen wie „offizielle Begründung" oder von distanzierenden Anführungszeichen. Ab dem Frühjahr 1938 verzichtete Goebbels offensichtlich auf derartige für ihn überflüssige Markierungen, da für ihn die Unterscheidung der Faktizität von der Interpretation selbstverständlich war. Nicht selten verzeichnete Goebbels auch nur die realen Fakten, die Deutung hätte er gegebenenfalls im Zuge der Überarbeitung nachtragen können. In keinem Fall notierte Goebbels im Zeitraum der hier analysierten Vorkriegsphase ausschließlich die offizielle Version, wenn er die tatsächlichen, anders gelagerten Begebenheiten kannte. Es ist nicht festzustellen, daß sich Goebbels in seinem handschriftlichen Tagebuch bewußt der Propagandamethoden Lüge und Desinformation bedient hätte oder daß er mit seinen Aufzeichnungen in ihrer ungefilterten Form um „Zustimmung, Überzeugungen, Anhänger"[41] werben wollte oder hätte werben können. Somit kann ausgeschlossen werden, daß die handschriftlichen Tagebücher von einer unmittelbaren propagandistischen Intention geprägt sind.

[40] Hierauf wies schon Hockerts, Edition Goebbels-Tagebücher, S. 260, hin.
[41] Starkulla, Propaganda, S. 2.

Darüber hinaus lassen sich in den Tagebüchern von Joseph Goebbels nicht wenige Passagen finden, die der nationalsozialistischen Propagandalinie entgegenstanden. Besonders drastische Beispiele liegen insbesondere in seinen frühen Tagebüchern vor, wie seine Aufzeichnungen über den Putschversuch von Hitler und Ludendorff am 9. November 1923 (TG, 10. 11. 1923)[42] oder über die NSDAP-Tagung am 14. Februar 1926 in Bamberg (TG, 15. 2. 1926). Auch viele weitere Tagebucheinträge aus späteren Jahren lassen die NS-Bewegung und den NS-Staat in einem anderen Licht erscheinen, als dem vom Propagandaminister in der Öffentlichkeit erzeugten.[43] Zu denken ist hierbei an die zahlreichen despektierlichen Passagen über andere führende Nationalsozialisten oder an seine Schilderungen von Korruptions- und Unterschlagungsfällen von Parteigenossen.[44] In diesem Zusammenhang ist auch auf die faktische oder vermutete Homosexualität prominenter Nationalsozialisten zu verweisen, auf die im ersten Kapitel eingegangen wurde. Immer wieder stellte Goebbels Hitler und das NS-Regime bloß, indem er beispielsweise schrieb, Hitler habe noch geschlafen, als er ihn aufsuchen wollte (TG, 6. 10. 1936), indem er bemerkte, daß Hitler bei Entscheidungen zu lange zögerte[45] oder daß Hitlers Kooperationsangebot an London am 25. August 1939[46] „umsonst" sei: „Das glaubt England uns nicht mehr" (TG, 26. 8. 1939), kommentierte Goebbels zutreffend, denn auch ihm war bewußt, daß das NS-Regime seine Glaubwürdigkeit in Europa im Sommer 1939 restlos verloren hatte. Er beschrieb im Tagebuch Folterungen durch die Staatspolizei[47] und das nationalsozialistische Justizwesen, das die Rechtfertigung der Angeklagten unterbinden sollte und die lebenslange Inhaftierung Oppositioneller unabhängig vom Gerichtsurteil zuließ.[48]

[42] Vgl. Fröhlich, Goebbels, Portrait d'un populiste, S. XLIX f.

[43] Hockerts, Goebbels-Tagebücher. Kirchenpolitik, S. 361.

[44] Beispielsweise soll Franz Wilke, Goebbels' Stabsleiter bei der Reichspropagandaleitung und früherer Geschäftsführer der Zeitung „Der Angriff", den Goebbels vier Wochen zuvor mit dieser Aufgabe bei der Reichspropagandaleitung betraut hatte, „32 000 Mk unterschlagen" haben (TG, 26. 10. 1932). Goebbels traf dies schwer, wie sein Tagebuch zeigt: „Das fehlte noch. Dann sind wieder all meine Pläne in München illusorisch. Man kann doch niemandem trauen. Eine aus den Fugen geratene Zeit!" (TG, 26. 10. 1932). Auch Hitler war Goebbels zufolge darüber „ganz bestürzt" (TG, 27. 10. 1932).

[45] Als Hitler die Entscheidung zur Reichspräsidentschaftskandidatur lange hinauszögerte, schrieb Goebbels: „Es ist furchtbar, dieses ewige Warten. Hitler zaudert zu lange" (TG, 22. 2. 1932). Mehrmals kritisierte Goebbels, daß Hitler sich ausschließlich mit der Außenpolitik befaßte und andere Angelegenheiten vernachlässigte: „Führer nur mit Außenpolitik beschäftigt. Viel bleibt liegen" (TG, 14. 2. 1934); „Hitler entscheidet zu wenig. Er ist ganz von der Außenpolitik beschlagnahmt" (TG, 16. 3. 1934). Auch im Falle der Blomberg-Fritsch-Krise bemängelte Goebbels, wie dargelegt wurde, das zu lange Zuwarten Hitlers (TG, 31. 1.–4. 2. 1938).

[46] Vgl. ADAP, D 7, Dok. 265.

[47] „Die Akten des Lustmörders [Adolf] Seefeld studiert. Das Schwein wollte nicht gestehen. […] Bis er der Staatspolizei übergeben und dort einmal richtig verdroschen und in die Zange genommen wurde", TG, 23. 6. 1936.

[48] Besonders anschaulich ist dies am Beispiel des oppositionellen evangelischen Pfarrers Martin Niemöller zu erkennen, dessen Gerichtsverfahren Goebbels häufig im Tagebuch thematisierte und auf das er selbst Einfluß genommen hat; vgl. v. a. TG, 3. 7. 1937, 4. 7. 1937, 10. 7. 1937, 22. 12. 1937, 21. 1. 1938, 29. 1. 1938, 5. 2. 1938, 8. 2.–10. 2. 1938, 20. 2. 1938, 23. 2. 1938, 25. 2. 1938, 27. 2. 1938, 3. 3. 1938, 4. 3. 1938.

Häufig gibt Goebbels im Tagebuch wahrheitswidrige Propagandamaßnahmen als solche zu erkennen. Er entlarvt bewußt falsche Meldungen über den Aufenthaltsort Hitlers[49] oder Tarnbezeichnungen[50] für einzelne Aktionen und macht ersichtlich, daß bei wichtigen Veranstaltungen das Publikum[51] offenbar gezielt ausgesucht wurde. Beispiele für von Goebbels eingestandene Übertreibungen oder Erfindungen von Greuelmeldungen im Zuge einer Pressekampagne gegen eine Regierung wären hier ebenso zu nennen wie die bewußte Durchbrechung von Propagandavorgaben. So war an die Presse während der Novemberpogrome die Weisung ergangen, daß „Sammelmeldungen aus dem Reich […] nicht zusammengestellt werden" durften.[52] Goebbels hingegen schrieb in sein Tagebuch, daß „50, dann 75 Synagogen" (TG, 10.11.1938) gebrannt hätten, drei Tage später korrigierte er sich: „190 Synagogen verbrannt und zerstört" (TG, 13.11.1938).

Sämtliche Merkmale dieser Quelle, die auf den ersten Blick den Anschein von Propaganda erwecken, stellen sich letztlich als typische Charakteristika eines nicht überarbeiteten Tagebuchs heraus. Weder Fehler, Irrtümer, eigenartige Interpretationen, die Ideologie des Autors noch Kaschierungsversuche, skizzenhafte Darstellungen, die Veröffentlichungsabsicht oder Sprachregelungen des NS-Regimes deuten auf eine unmittelbare propagandistische Intention des Tagebuchschreibers hin. Zudem hielt Goebbels in seinen Aufzeichnungen sehr vieles fest, womit sich keine Propaganda machen ließ, wie den „Führermythos" dekonstruierende Passagen, Schmähungen eigener Parteigenossen, Schilderungen von kriminellen Delikten und nicht zuletzt die Aufdeckung von Propagandalügen. Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, daß Goebbels die größte propagandistische Lüge Hitlers der gesamten Vorkriegsphase, das Sudetenland sei seine „letzte territoriale Forderung in Europa",[53] im Tagebuch nicht festhielt. Er wußte genau, daß dies nicht der Wahrheit entsprach und sich schon bald das Gegenteil zeigen werde. Zweifellos wollte Goebbels sein Tagebuch später für propagandistisch intendierte Publikationen nutzen, doch mangels Gelegenheit zur Überarbeitung blieb es ein persönliches Tagebuch.

Zum Erkenntnisgewinn durch die Goebbels-Tagebücher für die politische Ereignisgeschichte der Vorkriegsphase

Die historische Forschung hat die Vorkriegsphase oder einzelne Aspekte daraus in den letzten Jahrzehnten intensiv analysiert und mehrfach zum Teil vortrefflich

[49] Am 12.3.1938, als die Wehrmacht in Österreich einmarschierte, schrieb Goebbels: „Die Presse bringt groß, daß der Führer nach Hamburg fährt. Zu Tarnungszwecken", TG, 12.3.1938.

[50] Vor dem Einmarsch in Österreich schrieb Goebbels: „Papier und Druckereien für ‚Verkehrspropaganda' sichergestellt", TG, 11.3.1938. Die Anführungszeichen von Goebbels weisen darauf hin, daß er hier absichtlich eine Tarnbezeichnung verriet.

[51] „Der Führer redet heute im Sportpalast. Ich habe die Versammlung bis in alle Einzelheiten vorbereitet. Das Publikum soll nur Volk darstellen", TG, 26.9.1938.

[52] NS-PrA, Bd. 6, Nr. 3209, 10.11.1938, S. 1060.

[53] Rede Hitlers, Berliner Sportpalast, 26.9.1938, DRA, Nr. 2743224, publiziert in: DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 338.

dargestellt. Dennoch ermöglicht die systematische Auswertung der Tagebücher von Joseph Goebbels im Kontext der bisher bekannten Quellen und der vorliegenden Literatur die Präzisierung von Interpretationen und die Entdeckung einiger ganz neuer Details zu den untersuchten fünf Ereigniskomplexen. Dies gelingt durch aussagekräftige Tagebuchpassagen, aber gleichermaßen auch durch die Kombination scheinbar irrelevanter Notizen über einen längeren Zeitraum oder aus verschiedenartigen Themenbereichen, sozusagen durch das „Gegen-den-Strich-Lesen" des Tagebuchs. Die Chance der Entdeckung von Neuheiten betrifft nicht nur kleinere Forschungsdesiderata am Rande des großen Geschehens, sondern auch bedeutsame Ereigniskomplexe, zu denen bislang zentrale Quellen fehlten.

Für die Blomberg-Fritsch-Krise stellt das Tagebuch von Goebbels zwar keine zentrale Quelle dar, weil Goebbels weder unmittelbar noch umfassend informiert worden war. Aber auch hier lassen die Tagebücher durch die Kontextualisierung manches deutlicher werden. Sowohl der Oberbefehlshaber der Wehrmacht, Werner von Blomberg, als auch der Oberbefehlshaber des Heeres, Werner von Fritsch, hatten sachliche Differenzen mit Hitler und anderen führenden Nationalsozialisten, die nicht zuletzt in der Risikobewertung außenpolitischer Aktionen des NS-Regimes bestanden, wie auch Goebbels überliefert. Blomberg gelang es, diesen – aus NS-Perspektive – Makel durch sein starkes, öffentliches Bekenntnis zum Nationalsozialismus und zu Hitler auszugleichen. Fritsch hingegen hielten die Nationalsozialisten, dies geht aus Goebbels' Tagebuch deutlich hervor, nicht für einen der ihren. Obgleich Hitler bemüht war, gegenüber Goebbels die Absetzung von Fritsch stets mit dessen angeblich verübter homosexueller Straftat zu begründen, kann aus dem Tagebuch die Erkenntnis gewonnen werden, daß dieser Anfangsverdacht die Entfernung des Generalobersten nicht notwendigerweise zur Folge haben mußte. Eine Untersuchung vergleichbarer Fälle ergab, daß es im Ermessensspielraum Hitlers lag, ob er einer solchen Beschuldigung nachgehen ließ oder nicht. Auch läßt sich an einigen Tagebuchpassagen ersehen, daß Hitler kein Interesse an einem Freispruch des Generalobersten hatte und die Beschuldigung maßgeblich auf Himmler zurückging. Damit scheint ausgeschlossen, wie Hitler erklärt hatte und bei Janßen/Tobias zu lesen ist, daß Fritsch lediglich aufgrund von Fehlern untergeordneter Beamter abgesetzt und vor ein Militärgericht gestellt wurde. Genauso wenig haltbar ist deren These, die neuerdings auch Kirstin A. Schäfer vertreten hat, bei der Blomberg-Fritsch-Krise habe es sich lediglich um eine Sittenaffäre gehandelt; zu deutlich treten auch bei Goebbels die von der älteren Forschung betonten weiteren Motive hervor, zu offensichtlich ist die Vorverurteilung durch Hitler.

Die eigentliche Bedeutung der Krise liegt jedoch in ihren Folgen. Während die Mehrheit der Historiker die Ablösung von Blomberg und Fritsch und die Übernahme des Oberbefehls der Wehrmacht durch Hitler selbst als „Entmachtung" des Militärs einschätzten, war eingewandt worden, Hitler habe diesen Oberbefehl bereits seit Hindenburgs Tod 1934 innegehabt, die Proklamierung der Befehlsübernahme sei lediglich eine propagandistische Verschleierung der Sittenaffäre gewesen. Dieser wenig überzeugenden Behauptung, die bereits durch die entsprechenden Verfassungs-, Gesetzes- und Erlaß-Texte zu widerlegen ist, wird auch von

Goebbels widersprochen, der im Tagebuch festhielt, Hitler habe ihm gesagt, „daß er sich nun der Wehrmacht gegenüber fühle wie dem Volke gegenüber im Anfang 1933", daß er sich innerhalb des Militärs also „seine Position erst erkämpfen" zu müssen glaubte (TG, 6.2.1938). Die propagandistische Verhüllung bestand darin, wie auch Goebbels deutlich machte, daß „gesundheitliche Gründe" für die Entmachtung Blombergs und Fritschs vorgeschoben wurden (TG, 5.2.1938). Hitler fühlte sich erst 1938 als Oberbefehlshaber, da er vorher aufgrund seiner Eigenschaft als Staatsoberhaupt lediglich einen nominellen Oberbefehl, aber keine Kommandogewalt besessen hatte. Obgleich die Tagebücher von Goebbels für die Blomberg-Fritsch-Krise keine grundsätzlich neuen Erkenntnisse ermöglichen, stützen sie die Mehrheitsmeinung der Forschung, die eine Instrumentalisierung der Krise zur Gleichschaltung der Wehrmacht annimmt, durch einige Details erheblich.

Für die unmittelbare Vorgeschichte des „Anschlusses" Österreichs sind die Aufzeichnungen von Goebbels als geradezu zentrale Quelle anzusehen. Bereits nach dem Februar-Abkommen 1938 mit Schuschnigg bezeichnete Goebbels in Österreich stattfindende Unruhen als „programmgemäß" (TG, 22.2.1938), was darauf hindeutet, daß Hitler entgegen der bisherigen Annahme keineswegs nur den evolutionären Weg in Richtung „Anschluß" ging, sondern parallel weiterhin die revolutionäre Taktik verfolgte. Nach Schuschniggs Ankündigung vom 9. März 1938, eine Volksbefragung über die Unabhängigkeit Österreichs durchzuführen, wurde Goebbels von Hitler sofort in seine aktuellen Pläne eingeweiht. Goebbels beriet mit dem „Führer" nicht nur die gesamte propagandistische Begleitung, sondern auch alle Einzelheiten der Aktion gegen Österreich. Während Göring sich vor dem Nürnberger Gerichtshof gebrüstet hatte, den „Anschluß" quasi allein in die Wege geleitet zu haben, was die Forschung bis heute überwiegend übernommen hat, war die bedeutsame Rolle von Goebbels hierbei bisher mangels Quellen nicht erforscht worden. Die Analyse der Tagebücher zeigt, daß Goebbels zwischen der Rede Schuschniggs und dem Beginn des militärischen Einmarsches fast ununterbrochen bei Hitler zur Beratung war; zum Teil läßt sich dies durch parallele Quellen verifizieren. Zunächst besprachen Hitler und Goebbels propagandistische Maßnahmen und noch in der Nacht zum 10. März auch den Einsatz des Militärs. Hitler war also keineswegs zunächst gelähmt, wie häufig in Anlehnung an Görings Nachkriegsaussagen angenommen worden war. Bei diesem bedeutsamen Gespräch war Ribbentrop nicht zugegen, und Göring am Ende der Unterredung, als es um die Risikobewertung ging, auch nicht mehr. Am nächsten Morgen war Goebbels lange vor Göring in der Reichskanzlei und stelle mit Hitler hierzu Überlegungen an. In diesem Gespräch in Abwesenheit Görings fiel die Entscheidung für ein Ultimatum an die österreichische Regierung, für das sich die mit Hitler sympathisierenden österreichischen Minister Seyß-Inquart und Glaise von Horstenau einspannen ließen. Nachts, als Goebbels Hitler wieder aufsuchte, wurde entschieden, daß die Wehrmacht einmarschieren sollte. Am nächsten Tag, dem entscheidenden 11. März, war Goebbels bereits ab 8.00 Uhr morgens bei Hitler und diktierte mit ihm gemeinsam Flugblätter. Am Nachmittag und Abend verfolgte Goebbels mit Hitler in der Reichskanzlei das Geschehen, die Ultimaten, die Reaktionen in Wien, den Rücktritt Schuschniggs. Möglicherweise war Goebbels

auch an der Formulierung des Hilfsgesuch-Telegramms beteiligt, das Seyß-Inquart als neuer Bundeskanzler nach Berlin senden sollte, um den Einmarsch der Wehrmacht zu legitimieren. Zudem beriet Hitler mit Goebbels die juristische Gestaltung des „Anschlusses" und die damit zusammenhängende Idee, österreichischer Bundespräsident zu werden. Obgleich Göring telefonisch die Verhandlungen mit Wien führte, scheint die Bedeutung Goebbels' nicht geringer gewesen zu sein, da er mit Hitler mehr Zeit mit gemeinsamen Überlegungen verbracht hatte. Wenn auch der Anteil des Propagandaministers an der Vorbereitung des „Anschlusses" Österreichs nicht mehr exakt bestimmt werden kann, zumal er selbst zahlreiche wesentliche Aktivitäten des NS-Regimes mit dem Personalpronomen *wir* beschrieb, wird künftig auf seine Rolle zu verweisen sein und diejenige Görings deutlich relativiert werden müssen.

Eine ganze Reihe neuer Erkenntnisse ermöglicht die Analyse der Goebbels-Tagebücher für die sogenannte Sudetenkrise und die Entstehungsgeschichte des Münchener Abkommens. Zunächst überrascht, wie intensiv sich Hitler persönlich mit der Nachrichtenpolitik befaßte und daß er oftmals selbst kleinste Details bestimmte, wie Goebbels überliefert. Neben Hitler und Goebbels traten noch weitere Akteure auf, die die Medienpolitik des NS-Regimes mit zu beeinflussen suchten, aber letztlich entschied stets Hitler mit einem Machtwort die Gestaltung der Presse- und Rundfunkkampagne gegen die Tschechoslowakei. Goebbels war während der Sudetenkrise Koordinator der propagandistischen Maßnahmen, aber darüber hinaus auch Berater Hitlers und letztlich Fürsprecher für eine Verhandlungslösung, wie sie in München gefunden wurde. Dies geht nicht nur aus dem Tagebuch hervor, sondern wird auch durch parallele Quellen bestätigt.

Die Tagebücher von Goebbels bieten einige neue Einsichten in den Politikstil des Führers der Sudetendeutschen Partei, Konrad Henlein, die eine partielle Neubewertung Henleins erforderlich machen. Henlein hat nicht nur gegenüber der tschechoslowakischen Regierung und dem NS-Regime ein „Doppelspiel" betrieben, wie Celovsky konstatierte, sondern auch versucht, einzelne NS-Stellen gegeneinander auszuspielen, bevor er im Laufe des Jahres 1938 vollends zur Marionette Hitlers wurde. Zudem täuschte er die britische Regierung durch falsche Angaben über die ihm bekannten wahren Absichten des deutschen Diktators, um London von einem energischen oder gar militärischen Einschreiten zurückzuhalten. Diese Feststellung wird möglich, indem die von Goebbels notierten Äußerungen Henleins mit denjenigen Henleins gegenüber Ashton-Gwatkin verglichen werden. Auch bezüglich der Rolle Ungarns bei der beabsichtigten Desintegration der Tschechoslowakei lassen sich den Tagebüchern interessante Erkenntnisse abgewinnen. Trotz einiger Bedenken erklärte die ungarische Staatsführung im August 1938 ihre Bereitschaft zu einem gemeinsamen militärischen Vorgehen mit dem Deutschen Reich gegen die tschechoslowakische Republik. Dies war in der Forschung lange Zeit nicht richtig erkannt worden, weil als Quellen überwiegend Nachkriegsaussagen der beteiligten ungarischen Politiker herangezogen worden waren, die die vormals betriebene aggressive Politik verharmlosten.

Auch über Hitler selbst ermöglichen die Aufzeichnungen von Goebbels neue Erkenntnisse, die an dieser Stelle nicht vollständig wiederholt werden sollen. Besonders interessant ist die Feststellung, daß Hitler sich am Abend des 23. Septem-

ber 1938 im Gespräch mit Chamberlain die Nachricht der tschechoslowakischen Mobilmachung melden ließ, sich davon überrascht zeigte und durch die Ankündigung, weitere Verhandlungen seien sinnlos, ein weitgehendes Entgegenkommen des Premierministers zu erreichen suchte, obgleich ihm die Mobilisierung schon vor Beginn der Unterredung bekannt war, wie Goebbels überliefert. Eine ähnliche theatralische Inszenierung veranstaltete Hitler während der Blomberg-Fritsch-Krise und in der sogenannten Reichskristallnacht. Erstmals läßt sich auch die Motivation Hitlers zur Unterzeichnung der deutsch-britischen Erklärung vom 30. September 1938 bestimmen: Chamberlain hatte diese mit Hitler vereinbart, bevor bekannt war, ob die tschechoslowakische Regierung das Münchener Abkommen akzeptieren würde. Hitler unterschrieb die Erklärung Goebbels zufolge, um „London die Hände" zu binden (TG, 2. 10. 1938), sollte Prag ablehnen und die Wehrmacht die Tschechoslowakei gewaltsam besetzen. Zudem belegen die Tagebücher von Goebbels, daß Hitler unmittelbar nach dem Viermächteabkommen die Zerschlagung des tschechoslowakischen Staates beabsichtigte, so wie Hitler dies schon vor München, seit Frühjahr 1938, geplant hatte.

Der überraschend schnell und unblutig verlaufene „Anschluß" Österreichs bewirkte nicht nur die Konzentration auf das nächste Ziel, die Eingliederung der sudetendeutschen Gebiete in das Großdeutsche Reich, sondern auch eine Radikalisierung der antijüdischen Politik des NS-Regimes. Nur eine Woche nach der Annexion Österreichs sprach Hitler gegenüber Goebbels davon, „bald die Juden" aus „Wien herausdrücken" zu wollen (TG, 20. 3. 1938). Drei Wochen später, am Tag der Volksabstimmung über den „Anschluß", teilte Hitler ihm seine Absicht mit, „die Juden ganz aus Deutschland heraus[zu]drängen" (TG, 11. 4. 1938). Ganz offensichtlich war Goebbels darum bemüht, in seinem Berliner Gau mit der Vertreibung zu beginnen. Zu diesem Zweck entwarf er mit dem Polizeipräsidenten von Berlin, Graf Helldorf, noch im April 1938 einen Maßnahmenkatalog, mit dem Hitler „einverstanden" war (TG, 23. 4. 1938). Ab Mai 1938 kam es in Berlin zur „Kennzeichnung" jüdischer Geschäfte durch die Beschmierung mit antisemitischen Parolen, zu Beschädigungen jüdischer Geschäfte und Synagogen, zu einer Reihe von lokalen antijüdischen Verordnungen, zu Schikanen durch die Polizei und zahlreichen Verhaftungen. Die antijüdischen Aktionen, die auch in der Antisemitismusforschung Erwähnung finden, beschrieb Goebbels detailliert in seinem Tagebuch. Im Juni wurden allein in Berlin mit Billigung Hitlers ca. 1000 Juden in Konzentrationslager verbracht. Das Ziel derartiger Aktionen bestand, wie Goebbels im Tagebuch immer wieder deutlich machte, darin, „Berlin judenrein" (TG, 19. 6. 1938) zu machen, also in der Forcierung der jüdischen Emigration aus Berlin. Als die pogromartigen antijüdischen Maßnahmen in der Reichshauptstadt eskalierten, befahl Hitler den Abbruch der Aktion, da sie die Position des NS-Regimes gegenüber den Westmächten in der Sudetenfrage zu schwächen drohte. Auch hierin zeigt sich schon die zentrale Rolle Hitlers bei der Judenverfolgung, der den Beginn und gegebenenfalls den Abbruch antisemitischer Handlungen bestimmte.

Ganz eindeutig belegen die Goebbels-Tagebücher die Verantwortung Hitlers für die Novemberpogrome. Hitler hatte, wie Goebbels überliefert, nach Bekanntwerden von antijüdischen Ausschreitungen in Kassel und Dessau folgendes be-

stimmt: „Demonstrationen weiterlaufen lassen. Polizei zurückziehen. Die Juden sollen einmal den Volkszorn zu verspüren bekommen" (TG, 10.11.1938). Diese Goebbels-Passage hat seit ihrer Veröffentlichung Eingang in fast alle Studien gefunden. Sie ist deshalb von großer Bedeutung, weil damalige Zeitgenossen wie auch Nationalsozialisten nach dem Krieg die Verantwortung für die Pogrome im Unvermögen und Unwillen, Hitler als den eigentlichen Anstifter des barbarischen Aktes zu benennen, Goebbels zugeschrieben hatten, der weisungsgemäß die antisemitische Hetzrede am Abend des 9. November 1938 hielt. Hitler ordnete also am 9. November 1938 eine Fortsetzung und Ausweitung der antijüdischen Gewalt an und war nachträglich, wie Goebbels berichtet, „mit allem einverstanden" (TG, 11.11.1938). All die Schilderungen seiner Adjutanten und sonstiger Nationalsozialisten über Hitlers angebliche Empörung erweisen sich somit als Beschreibung einer theatralischen Inszenierung des „Führers", die bezwecken sollte, den Staatsmann Hitler nicht mit der unzivilisierten Gewalt in Verbindung zu bringen.

Neben dieser Passage aus Goebbels' Tagebuch über Hitlers Anordnung zur Ausdehnung der Ausschreitungen gibt es noch ein weiteres äußerst wichtiges Indiz, das Hitlers Verantwortung für die Pogrome belegt. Goebbels erwähnte in seinem Tagebuch viermal den „Stoßtrupp Adolf Hitler", der in München in der Pogromnacht „fürchterliche Arbeit" verrichtet habe (TG, 10.11.1938). Dieser Stoßtrupp, der bereits 1923 beim Novemberputsch eine bedeutende Rolle gespielt hatte und daher 1924 verboten worden war, bestand als Traditionsverband fort. Die Forschung konnte sich wegen jenes Verbots die Einträge von Goebbels nicht erklären, obgleich der Stoßtrupp in der zeitgenössischen Presse immer wieder genannt wurde und ihm stets eine Ehrenrolle bei den Feierlichkeiten am 8./9. November zukam. So auch im Jahre 1938, als 39 ehemalige Stoßtruppmänner an der Versammlung im Alten Rathaussaal in München teilnahmen, die ein Zehntel der gesamten Festgesellschaft darstellten. Acht von ihnen saßen mit Hitler am selben Tisch. Die Stoßtruppmitglieder waren aufgrund ihres Dienstanzugs für Goebbels eindeutig identifizierbar. Wenn er in sein Tagebuch notierte, daß der Stoßtrupp eine Synagoge „in Klump" geschlagen und in Brand gesteckt habe, dann handelte es sich hierbei tatsächlich um die namentlich bekannten „alten Kämpfer" von 1923. Da sie in besonderem Verhältnis zu Hitler standen und zum Teil mit ihm an diesem Abend am Tisch saßen, ist auszuschließen, daß die Stoßtruppmänner die Gewalttaten entgegen seinem Willen verübten. Wahrscheinlich handelten sie sogar auf seinen Befehl. Denn Goebbels hatte seinem Tagebuch zufolge zunächst noch versucht, die Münchener Synagoge an der Herzog-Rudolf-Straße „vor dem Brand zu retten", offenbar aus Furcht, daß „deutsches Eigentum" gefährdet werden könnte, was ihm allerdings mißlang (TG, 10.11.1938). Wären die Stoßtruppmänner, unter denen sich auch Hitlers „Persönlicher Adjutant" Julius Schaub befand, nicht sicher gewesen, daß sie im Sinne Hitlers tätig waren, hätten sie sich möglicherweise von Goebbels, der die Welle der Gewalt ausgelöst hatte, zurückhalten lassen. Die Hauptverantwortung Hitlers für die Novemberpogrome ist nicht mehr zu bestreiten.

Durch die Tagebücher des Propagandaministers wurde erstmals bekannt, daß Goebbels nicht nur die in München anwesenden NSDAP-, SA- und SS-Funktio-

näre zur reichsweiten Gewalt anstiftete, sondern auch persönlich für die Zerstörung der Synagoge in der Berliner Fasanenstraße verantwortlich war. In seinen Aufzeichnungen hielt er fest, daß er dem Berliner Gaupropagandaleiter Werner Wächter telefonisch die Anweisung hierzu gegeben habe (TG, 10.11.1938). Bis zur Veröffentlichung dieser Tagebuchpassage wurde stets vermutet, die SA habe die Berliner Hauptsynagoge verwüstet und in Brand gesteckt, auf wessen Initiative dies geschah, war unbekannt. Goebbels ließ sich sogar den Vollzug seines Befehls und die Inbrandsetzung weiterer Berliner Synagogen melden (TG, 10.11.1938). Ob Goebbels Wächter noch andere derartige Aufträge gab, geht aus seinem Tagebuch nicht hervor. Jedenfalls war es in Berlin, wie er am nächsten Tag erfuhr, „toll hergegangen", und es hatten „ganz schwere antisemitische Ausschreitungen" stattgefunden (TG, 11.11.1938).

Besonders hoch ist der Erkenntnisgewinn bei der Analyse der Desintegration des tschecho-slowakischen Staates im März 1939, da dieser Ereigniskomplex weniger gut erforscht ist und Goebbels auch hierbei eine zentrale Rolle gespielt hat. Wie beim „Anschluß" Österreichs war Goebbels in den entscheidenden Märztagen des Jahres 1939 ständiger Berater Hitlers. Er wurde also von Hitler nicht nur zur Abstimmung der propagandistischen Maßnahmen, bei denen sich der „Führer" wieder höchstpersönlich intensiv beteiligte, benötigt. Goebbels überliefert, was bislang in der Forschung nicht bekannt war, daß Hitler bereits am Mittag des 10. März 1939 den Entschluß gefaßt hatte, am 15. März mit der Wehrmacht in Böhmen und Mähren einzumarschieren. Durch das Tagebuch sind nun nicht nur der Tag, sondern auch der Anlaß der Entscheidung eindeutig geklärt: Die Absetzung der slowakischen Regierung unter Jozef Tiso am Abend des 9. März durch Emil Hácha bot dem NS-Regime, wie Goebbels schrieb, das „Sprungbrett", um die Zerschlagung der Tschecho-Slowakei, die sie im September 1938 „nur halb lösen konnten, ganz lösen" zu können (TG, 11.3.1939). Als sich in Preßburg die Situation stabilisierte und die NS-Führung einem Notat Goebbels' zufolge feststellte, es scheine, „als ginge es von der Slowakei aus nicht mehr" (TG, 13.3.1939), stand die Reichsregierung unter Zugzwang und Begründungsnot. Hitler stellte zu keinem Zeitpunkt seinen Termin in Frage, und eine Reihe von Personen und Organisationen hatte nun für einen geeigneten Anlaß zu sorgen. Hitler erkannte die sich anbahnenden Krisen in den unterschiedlichen Regionen der Tschecho-Slowakei sofort und verstand es, sie für das NS-Regime zu instrumentalisieren. Am Ende hatte das NS-Regime die Wahl, ob es als Anwalt der slowakischen oder der karpatho-ukrainischen Autonomie verstanden werden wollte, als Beschützer der unterdrückten „Restdeutschen" in der Tschecho-Slowakei, als zu Hilfe eilender Bundesgenosse Budapests oder – wie geschehen – als „Schutzmacht" der scheinbar im Chaos versinkenden Tschecho-Slowakei auftreten würde.

Die Reise des tschecho-slowakischen Staatspräsidenten Emil Hácha nach Berlin war nicht vom NS-Regime erzwungen, aber, wie die Aufzeichnungen von Goebbels im Kontext weiterer Quellen belegen, sehr wohl intendiert und durch ungewöhnliche Maßnahmen herbeigeführt worden. Die Tatsache, daß das Gespräch Hitlers mit Hácha erst am 15. März um 1.15 Uhr morgens begann, war bisher in der Forschung durch ungenügende Vorbereitung u. ä. begründet worden. Goebbels überliefert, was bislang nicht erwogen worden war, daß dies Absicht war:

„Hacha und Chvalkowski [!] kommen in Berlin an. Der Führer läßt sie bis Mitternacht warten und langsam und allmählich zermürben. So hat man es mit uns in Versailles gemacht. Es sind das die alten, bewährten Methoden der politischen Taktik" (TG, 15. 3. 1939). Die sich anschließenden „Verhandlungen" wurden Goebbels zufolge „mit roher Erbitterung geführt", was bewirkte, daß Hácha „einmal in Ohnmacht" fiel (TG, 15. 3. 1939), wie Goebbels zutreffend in sein Tagebuch schrieb. Die bedingungslose Akzeptanz von Hitlers Forderungen durch Hácha und Chvalkovský überraschte Hitler sehr, dies war zwar bisher angenommen worden, doch nicht hinreichend belegbar gewesen. Hácha, Chvalkovský, Ribbentrop und Hitler unterschrieben anschließend eine Erklärung, die die Voraussetzung für Hitlers Erlaß über die Errichtung des „Protektorats" darstellte, welcher am 16. März 1939 verkündet worden war. Unbekannt war bislang, daß dieser Erlaß schon in Berlin ausgearbeitet worden war, weil die beteiligten Juristen nach dem Krieg andere Versionen gestreut hatten, um ihre eigene Verantwortung zu minimieren. Noch interessanter ist die Erkenntnis, die durch die Tagebücher von Goebbels im Kontext diplomatischer Akten möglich wird, daß Hitler zunächst geplant hatte, zwei Protektorate zu bilden, Böhmen und Mähren also zu trennen. Der Plan war zwar bekannt, doch ließ sich Hitlers Kenntnis davon nicht belegen. Doch diese weitere Schwächung der Prager Zentralregierung wurde angesichts der bedingungslosen Akzeptanz von Hitlers Forderungen schließlich als nicht mehr erforderlich betrachtet.

Unmittelbar nach der Errichtung des „Protektorats" verfolgte Hitler zwei weitere revisionistische Ziele, eines mit Erfolg, das andere ohne: Am 22./23. März 1939 erreichte das NS-Regime die Rückgliederung des Memellandes an das Reichsgebiet. Auch hierbei spielte Goebbels eine wichtige Rolle und überliefert detailliert den Ablauf des Geschehens. Die Forderungen des NS-Regimes nach dem „Anschluß" Danzigs an das Reich und nach einer exterritorialen Verkehrsanbindung nach Ostpreußen konnte Hitler wegen der Weigerung Warschaus nicht durchsetzen. Dennoch lassen die Tagebücher erkennen, daß Hitler zunächst tatsächlich gehofft hatte, daß die polnische Regierung darauf einginge und daß es sich hierbei nicht um Scheinverhandlungen handelte, wie in der Regel angenommen wird. Hitler beabsichtigte nach der Desintegration der Tschecho-Slowakei dieselbe Strategie gegenüber Polen anzuwenden, den Staat also durch kleinere Gebietsabtretungen zu schwächen, seine Verteidigungsmöglichkeiten zu reduzieren, um anschließend um so einfacher den Reststaat beherrschen und okkupieren zu können.

Der Erkenntnisgewinn, der sich durch die systematische Analyse der Tagebücher erzielen läßt, ist also, wie die fünf Fallstudien zeigten, enorm hoch. Da in allen Fällen eine propagandistische Begleitspur erforderlich war, ließ sich die Hinzuziehung des Propagandaministers kaum vermeiden, der dann die Gelegenheit nutzte, stets auch beratende Funktionen und anderweitige Aufgaben zu übernehmen. Es ist aber auch dargestellt worden, daß die Tagebücher für langfristige Prozesse von geringerem Erkenntniswert sind, weil Goebbels einen akteurszentrierten, keinen strukturalistischen Blick besaß bzw. strukturalistische Bedingungen und Entwicklungen im Tagebuch kaum reflektierte. Daher erscheint ein kurzer Blick auf die nationalsozialistische Herrschaftspraxis angebracht, bevor abschließend der Quellenwert der Tagebücher im allgemeinen beschrieben werden soll.

Zur Programmatik und Herrschaftspraxis des NS-Regimes im Lichte der Goebbels-Tagebücher

Die fünf Fallstudien haben einige neue Erkenntnisse zum Ablauf des jeweiligen historischen Geschehens ermöglicht. Darüber hinaus ergaben sich Befunde zur Programmatik, Herrschaftspraxis und Entscheidungsfindung des NS-Regimes im allgemeinen, die jedoch aufgrund der Grenzen des Untersuchungszeitraums und der Untersuchungsgegenstände nicht uneingeschränkt für alle Phasen des „Dritten Reiches" gleichermaßen Gültigkeit beanspruchen können. Zu berücksichtigen ist ferner: Die akteurszentrierte Sichtweise und eintagesrhythmische Darstellung Goebbels', die typisch für die Quellengattung Tagebuch ist, lassen überindividuelle Triebkräfte, längerfristige Prozesse und strukturelle Voraussetzungen, die von der Forschung in den letzten Jahren zu Recht als gewichtige Faktoren bestimmt wurden, nicht angemessen hervortreten. So sind nur bedingt Aussagen zu der vom NS-Regime behaupteten Identität von Herrschenden und Beherrschten oder zur gemeinschaftsstiftenden Funktion der NS-Politik für die Reichsbürger oder zur Selbstmobilisierung der deutschen Mehrheitsbevölkerung möglich, worin Schwerpunkte der aktuellen NS-Forschung liegen. So sieht beispielsweise Michael Wildt in den Gewaltaktionen, insbesondere gegen Juden, eine „Selbstermächtigung" des Volkes „als politischer Souverän"; Frank Bajohr und Götz Aly interpretieren das „Dritte Reich" – auf je andere Weise – als „Zustimmungsdiktatur"[54]. Für die Fragen nach dem Erreichen des Konstruktionsziels der „Volksgemeinschaft" bzw. der Alltagsdimension der „Volksgemeinschaft" oder für andere sozialgeschichtliche Fragestellungen – mit Ausnahme der Täterforschung der NS-Prominenz – sind die Tagebücher trotz Verweise auf Stimmungsberichte aufgrund ihrer perspektivischen Verengung weniger ergiebig als für die politische Ereignisgeschichte. Ökonomische Themen vernachlässigt Goebbels aufgrund seines persönlichen Desinteresses weitgehend. Doch auch hierzu lassen sich hochinteressante Passagen finden, die wirtschaftshistorische Forschungen bestätigen, denen zufolge der Zeitplan der Eroberungs- und Vernichtungsfeldzüge dem NS-Regime durch ökonomische Zwänge diktiert worden sei.[55] Beispielsweise notierte Goebbels, „an Schulden" sei „noch nie ein Volk zugrunde gegangen", wohl „aber an Mangel von Waffen" (TG, 14.1.1938). Er berichtet von einer „Reichsanleihe" im Volumen von „1850 Millionen" RM, die er als „gänzlich überzeichnet" charakterisierte (TG, 26.10.1938), oder von einem enormen Defizit im Reichsetat.[56] Am Ende des Jahres 1938, drei Monate vor der Okkupation Böhmens und Mährens, bilanzierte der Propagandaminister: „Die Finanzlage des Reiches ist katastrophal. Wir müssen nach neuen Wegen suchen. So geht es nicht mehr. Sonst stehen wir vor der Inflation" (TG, 13.12.1938). Wenige Tage nach der Errichtung des „Protektorats" erwähnte er eine „neue Steuerverordnung mit einem energischen Vorgriff auf die Zukunft", die er für gerechtfertigt hielt, weil seine Generation „die

[54] Wildt, Volksgemeinschaft, 2007, S. 374; Bajohr, Zustimmungsdiktatur, S. 69; Aly, Hitlers Volksstaat, S. 333; siehe auch Bajohr/Wildt, Volksgemeinschaft.
[55] Tooze, Ökonomie, S. 758–762.
[56] Vgl. TG, 23.11.1938, 2.3.1939.

Größe und Freiheit des Reiches" sichere; „die nachfolgenden Geschlechter sollen wenigstens helfen, etwas mit daran zu bezahlen" (TG, 26.3.1939). Doch konkrete Zahlen nannte Goebbels nur selten. Auch die militärischen Angaben, die Goebbels lieferte, erscheinen dem Militärhistoriker als zu wenig präzise, zudem müßte hier zunächst analysiert werden, welche Qualität die Informationen, die dem Propagandaminister in täglichen Lageberichten zugingen, hinsichtlich Aktualität, Verläßlichkeit und Vollständigkeit besaßen.

Die nachfolgenden, auf der Analyse der Tagebücher basierenden Anmerkungen zu einigen Aspekten der NS-Programmatik und NS-Herrschaft sind also nicht als Widerspruch zum Fragespektrum der neuesten Forschungen zu verstehen, aber sie bestätigen vieles eindrucksvoll, was die Forschung seit Ende des „Dritten Reiches" erarbeitet hat.

1. Die Tagebücher von Joseph Goebbels bezeugen den Primat der rassenideologisch motivierten Expansionspolitik des NS-Regimes, die wenig gemein hat mit traditioneller Außen- und Revisionspolitik, sich anfangs aber unter diesem Mantel verbarg. Am Tag nach den Reichstagswahlen und der Abstimmung über den Völkerbundsaustritt am 12. November 1933 notierte Goebbels in sein Tagebuch: „Hitler legt mir ganz gerührt die Hände auf die Schultern. Es ist erreicht. Das deutsche Volk ist einig. Nun können wir der Welt gegenübertreten" (TG, 13.11. 1933). Schon hier ist die Auseinandersetzung mit der übrigen Welt angedeutet. Die hierfür anvisierten innenpolitischen Ziele des Nationalsozialismus bestanden vornehmlich in der Einigung, Ruhigstellung bzw. Aktivierung (durch Kulturbetrieb, Vollbeschäftigung, Massenveranstaltungen und Massenorganisationen) und propagandistischen Erziehung des deutschen Volkes, in der Ausschaltung der tatsächlichen oder vermeintlichen inneren Gegner[57], in der Aufrüstung und wirtschaftlichen Mobilisierung. Immer wieder schrieb Goebbels, sie, die Nationalsozialisten, hätten „vom Jahre 1918 gelernt" (TG, 31.12.1932). Die Metapher stand bei den Nationalsozialisten für die mangelnde Einheit des Volkes aufgrund der Aktivität angeblicher innerer Feinde, wodurch die Niederlage des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg herbeigeführt worden sei. Daher war Goebbels entsprechend seiner Aufgabe ständig bemüht, die Stimmung des Volkes zu erfahren und zu beeinflussen, denn stets bestand für das NS-Regime die Sorge, „ob das Volk halten wird", in einem neuen Krieg (TG, 4.9.1939). Kein Politikfeld scheint Hitler Goebbels zufolge mehr interessiert zu haben als die geplante Expansion, die Goebbels jedoch als „Außenpolitik" bezeichnete; mehrmals berichtete Goebbels, Hitler sei ausschließlich damit befaßt und zöge sich zur Ausreifung seiner Ideen auf den Berghof zurück (z.B. 1.2.1939, 3.2.1939) oder vernachlässige deswegen andere Bereiche (z.B. 14.3., 16.3.1934). Als Hitler im Mai 1937 mit der Forderung der DAF nach Lohnerhöhung konfrontiert wurde, gab er Goebbels zufolge zur Antwort, es fehlte

[57] „Hauptsache: das Volk wird beschützt vor Zersetzung und Aufspaltung durch diesen [!] gewissenlosen Kreaturen" (TG, 3.3.1938), schrieb Goebbels über die Vernehmung und KZ-Einlieferung des regimekritischen Pfarrers Martin Niemöller. Während der Sudetenkrise wurde besonders das Verhalten der Tschechen, die „etwas gemosert" hätten, und der Juden in Österreich, die „sehr frech" gewesen seien, beobachtet (TG, 10.10.1938). Beiden Gruppen wurde generell unterstellt, wie auch Goebbels überliefert, das deutsche Volk zu „zersetzen" (TG, 30.5.1938).

an „Raum, um unser Volk zu ernähren. Den müssen wir uns holen. Und dazu bauen wir unsere Armee auf" (TG, 8.5.1937). Die dort ansässigen Völker sollten nicht nur beherrscht, sondern auch zu großen Teilen aus dem zu erobernden Raum entfernt werden. Nach einem Gespräch mit Hitler im August 1938 über Ostmittel- und Osteuropa hielt Goebbels fest: „Wir dürfen diese Völker […] nicht hochpäppeln, wir müssen sie vielmehr einmal herausdrücken. Wir wollen nicht diese Völker, wir wollen ihr Land" (TG, 22.8.1938). Von vornherein war neben der territorialen Ausdehnung die Vernichtung bestimmter Personengruppen durch Krieg intendiert. Anläßlich eines Gesprächs zwischen Goebbels, Hitler und Helldorf Anfang 1937 über „asoziale Elemente" äußerte Hitler, wie der Propagandaminister überliefert, folgende Ansicht: „Müssen ausradiert werden. In einem Krieg und Zwangsarbeitslagern" (TG, 22.2.1937). Krieg und Expansion waren also auch aus innenpolitischen Gründen Programm, alles andere hatte demgegenüber zunächst untergeordnete Priorität. Inmitten der Sudetenkrise notierte Goebbels nach Erhalt eines Schreibens von Göring, alle Bauvorhaben und Sozialfragen hätten nun zurückzutreten, man müsse jetzt „alles auf das eine große Ziel ansetzen" (TG, 1.7.1938).

2. Damit stellt sich die Frage nach den Zielen oder dem letzten Ziel des NS-Regimes. Goebbels überliefert bis Ende 1939 drei miteinander korrespondierende Ziele: „Vereinigte Staaten von Europa unter deutscher Führung" (TG, 29.5.1936, ähnl. TG, 17.2.1939); „Liquidation des Westfälischen Friedens" (TG, 3.5.1937, ähnl. 23.2.1937, 5.7.1939); Lebensraum im Osten (TG, 19.8.1935, 9.6.1936, 8.5.1937). Diese Ziele entsprachen dem Programm Hitlers, das er in mehreren Texten, insbesondere in „Mein Kampf", festgelegt hatte. Das NS-Regime kämpfte nicht lediglich gegen die Nachkriegsverträge von 1919/20 an, sondern plante eine grundlegende territoriale und rassische Neuordnung Europas, obgleich Hitler in den ersten Jahren seiner Herrschaft nach jedem außenpolitischen Gewaltakt verkündete, welcher Bestandteil oder Artikel des Versailler Vertrages nun revidiert sei. Nach der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, nach der Remilitarisierung des Rheinlandes, der revidierten Internationalisierung der deutschen Ströme und nach dem „Anschluß" Österreichs und des Sudetenlandes bezog sich Hitler stets auf den Kampf gegen die durch den Versailler Vertrag festgesetzte Nachkriegsordnung. Der Beginn der Verwirklichung des Lebensraum-Konzeptes im Osten hatte nicht nur eine Revision zahlreicher Bestimmungen des Versailler Vertrags zur Voraussetzung, sondern die Anti-Versailles-Politik sicherte dem NS-Regime auch die Zustimmung der Eliten und der Masse des deutschen Volkes. Nach der letzten unblutig verlaufenen Revision, der Wiedereingliederung des Memellandes in das Reich im März 1939, schrieb Goebbels daher besorgt in sein Tagebuch: „Es besteht nur die Gefahr, daß die Spießer glauben, das ginge nun ewig so weiter. Es machen sich vielfach ganz phantastische Vorstellungen von den nächsten Zielen der deutschen Außenpolitik breit" (TG, 23.3.1939). Goebbels polemisierte dagegen. Auch Hitler sah sich veranlaßt, seinen führenden Offizieren zwei Monate später mitzuteilen: „Weitere Erfolge können ohne Blutvergießen nicht mehr errungen werden."[58] Die Generalität war hierzu bereit, so daß es zu keinem

[58] Bericht Rudolf Schmundts über die Besprechung in der Reichskanzlei am 23.5.1939, in: IMG 37, Dok. 79-L, S. 548.

Widerstand kam, als am 1. September 1939 der Angriff auf Polen erfolgte; schließlich handelte es sich doch wieder um ein vermeintlich revisionistisches Ziel.

3. Die Tagebücher von Goebbels bestätigen die bekannten bündnispolitischen Vorstellungen Hitlers, die dieser ebenfalls schon sehr früh in seinen Schriften und Reden festgelegt hatte. Italien erschien Hitler zunächst wegen dessen Interessengegensätzen zu Frankreich und Großbritannien, England wegen dessen starker außereuropäischer Orientierung als geeigneter Bundesgenosse des Reiches; ideologische Nähe bzw. eine gemeinsame antibolschewistische Ausrichtung bestärkten Hitler in der Folgezeit in dieser Auffassung. Goebbels, der in frühen Jahren mit Vorliebe russische Autoren gelesen und eine stark russophile Haltung eingenommen hatte, hielt die bündnispolitische Konzeption Hitlers zunächst und auch noch auf der Bamberger NSDAP-Tagung 1926 für „grauenhaft" (TG, 15.2.1926). Doch schon einige Wochen später, nach einer längeren Aussprache mit Hitler, fand Goebbels Hitlers „Beweisführung […] zwingend" und notierte, er müsse nun „manches neu überdenken" (TG, 16.4.1926).[59] Es ist also unzutreffend, wie von Wolfgang Michalka behauptet, daß Goebbels in der zweiten Hälfte der 30er Jahre eine antibritische und prosowjetische Position eingenommen habe.[60] Richtig ist vielmehr, daß Goebbels schon seit Ende der 20er Jahre keine „eigenständige außenpolitische Konzeption" mehr – falls er überhaupt jemals über eine verfügte – besessen hatte, wie bereits Helmut Michels feststellte.[61] Noch Ende 1937 lautete das bündnispolitische Ziel des NS-Regimes: „die Engländer gewinnen und die Italiener nicht verlieren" (TG, 17.11.1937, ähnl. 3.8.1937). Das Militärbündnis zwischen den Achsenpartnern Berlin und Rom vom 22. Mai 1939 konnte Goebbels' langlebige Skepsis gegenüber Italien allerdings nicht beseitigen (TG, 23.5.1939). Ein derartiges Abkommen mit England blieb Illusion. Insbesondere während der „Sudetenkrise" zeigten sich zu starke Interessengegensätze zwischen Berlin und London, als daß eine Einigung möglich gewesen wäre. Im August 1938 teilte Hitler Goebbels mit: „England steht unserem expansiven Drang im Wege" (TG, 12.8.1938). Im Oktober 1938, drei Wochen nach dem Münchener Abkommen, prophezeite Hitler seinem Propagandaminister künftig „einen ganz schweren Konflikt […] wahrscheinlich mit England" (TG, 24.10.1938). Kurz vor der Errichtung des „Protektorats" hielt Hitler Goebbels zufolge einen Krieg mit Großbritannien „nicht für unvermeidlich", dennoch bereitete er sich „darauf vor" (TG, 13.3.1939). Erst nach Chamberlains Rede in Birmingham und der britischen Garantieerklärung für Polen am 31. März 1939 hatte Hitler letzte Gewißheit über die Gegnerschaft des Empires. Doch noch bis zum Beginn des Krieges gegen Polen hoffte er,

[59] Vgl. auch folgende Textstellen, die die Gesinnungsänderung bei Goebbels zu Italien und Rußland belegen: TG, 13.4.1926, 3.5.1927, 20.1.1930, 9.1.1931.

[60] Michalka, Ribbentrop, S. 213f. Auf die Unhaltbarkeit dieser These hatte bereits Hockerts, Goebbels-Tagebücher. Kirchenpolitik, S. 363, Anm. 22, hingewiesen. Im Gegenteil bemühte sich Goebbels Ende 1937, Hitler zu einer Verständigung mit England zu bewegen und kritisierte, daß dieser in bezug auf Großbritannien lediglich „von lauter Scharfmachern orientiert" würde (TG, 16.11.1937); vgl. auch TG, 22.11.1937, 24.11.1937.

[61] Michels, Ideologie, S. 419.

wie Goebbels mehrfach überliefert, auf eine britische Neutralität.[62] Nach der englischen Kriegserklärung an das Deutsche Reich allerdings wünschte Hitler, Goebbels' Notaten zufolge, daß „England einen k. o. Hieb bekommen" (TG, 7. 11. 1939) bzw. „aus Europa herausgefegt" werden müßte (TG, 22. 1. 1940).[63]

4. Obgleich Hitler ein Programm besaß, das in einer rassischen und territorialen Neuordnung Europas bestand, existierte kein sogenannter Masterplan. Weder die Reihenfolge der zu annektierenden Gebiete noch die jeweils anzuwendende Methode stand von vornherein fest, wie aus den Tagebüchern von Goebbels deutlich hervorgeht. Einzig Österreich schien als erstes Objekt festgelegt zu sein, sicherlich, da es das am leichtesten zu erreichende Ziel darstellte. Unmittelbar nach dem „Anschluß" des Alpenstaates trat kurzzeitig das Memelland als mögliches nächstes zu annektierendes Gebiet in Erscheinung. Doch infolge der Entspannung des polnisch-litauischen Konfliktes wurde die Memelfrage vertagt. Wenige Wochen nach der Eingliederung der sudetendeutschen Gebiete in das Reich ließ Hitler durch Ribbentrop der polnischen Regierung die Forderung nach Danzig und einem Korridor durch den Korridor übermitteln. Warschau lehnte ab, und auch im Winter 1938/39 kam es zu keiner Einigung. Die Haltung des NS-Regimes gegenüber der Slowakei und der Karpatho-Ukraine war lange Zeit unentschieden. Zwischenzeitlich gab es Pläne zu einer gemeinsamen deutsch-polnischen Aktion gegen die sowjetische Ukraine. Nach der Festlegung der nationalsozialistischen Position gegenüber den Ländern, die aus der Tschecho-Slowakei hervorgingen, und der Errichtung des „Protektorats" wurde das Memelgebiet annektiert und gleichzeitig wiederum die Frage Danzig/Korridor aufgegriffen. Nach einer erneuten Weigerung der polnischen Regierung entschied Hitler, den Angriff auf Polen vorzubereiten. Seinen höchsten Offizieren teilte er am 23. Mai 1939 mit: „Danzig ist nicht das Objekt, um das es geht. Es handelt sich für uns um die Erweiterung des Lebensraumes im Osten".[64] Doch vor der Eroberung des „Lebensraums" im Osten erfolgte ein Einmarsch der Wehrmacht in Dänemark, Norwegen, in die Beneluxstaaten, Frankreich sowie der Balkan-Feldzug und der Nordafrika-Feldzug.

Wie in der Reihenfolge der Annexionen war das NS-Regime auch in methodischer Hinsicht flexibel und wandte mehrere Strategien parallel an, wie auch Goebbels überliefert. In Österreich wurde direkt mit der Regierung in Wien verhandelt, daneben wurden revolutionäre Bestrebungen gefördert, Einfluß auf einzelne österreichische Minister genommen und offen mit einem militärischen Einsatz gedroht. Ähnlich ging das NS-Regime bei der Lösung der Sudetenfrage vor. Über die Diplomatie wurde Druck auf die tschechoslowakische Regierung ausgeübt, die Sudetendeutsche Partei wurde zu überhöhten Forderungen in den Verhandlungen mit Prag gedrängt, das Reich drohte mit dem Militär und zusätzlich wurden

[62] „Der Führer glaubt auch nicht daran, daß England eingreifen wird", überliefert Goebbels beispielsweise über ein Gespräch mit Hitler am Mittag des 31. 8. 1939, TG, 1. 9. 1939; anders Graml, Hitler und England, S. 123.

[63] „Ich will England schlagen, koste es, was es wolle. Und dahin will nun mein ganzes Denken und Handeln", hielt Goebbels als durch Anführungszeichen markiertes Zitat Hitlers fest, TG, 12. 12. 1939.

[64] Bericht Rudolf Schmundts über die Besprechung in der Reichskanzlei am 23. 5. 1939, IMG 37, Dok. 79-L, S. 548.

Zwischenfälle provoziert, um einen Anlaß zum Einmarsch zu schaffen. Im Verlauf der Sudetenkrise erkannte Hitler, daß sich auch eine Verhandlungslösung anbot. Auf dem Höhepunkt der Krise, nach Hitlers Rede auf dem Nürnberger Parteitag, sagte der „Führer" zu Goebbels: „Wir wollen sehen, was nun geschieht" (TG, 13.9. 1938). Goebbels überliefert diesen Satz Hitlers in Anführungszeichen und damit als Zitat. Hitler war also offenbar unsicher geworden, ob er tatsächlich einen Krieg wegen der Sudetengebiete riskieren sollte. Auch im März 1939 wurden verschiedene Methoden gleichzeitig angewandt: Hitler erzwang vorab im direkten Gespräch mit Prag eine starke Anlehnung an Berlin, kündigte ein Einschreiten an, sollte sich die tschecho-slowakische Regierung widersetzen. Daneben wurden die in Böhmen und Mähren verbliebenen Deutschen finanziell gestützt und schließlich zur Unruhestiftung angehalten. Diese Strategienvielfalt ist jedoch nicht gleichbedeutend mit einem Konzeptionenpluralismus.

5. Im Blick auf die Außenpolitik des NS-Regimes in der Vorkriegsphase läßt sich keine polykratische Struktur mit mehreren Machtzentren erkennen. Hitler allein bestimmte die Außenpolitik des „Dritten Reiches"; für den Zeitraum von Ende 1937 bis zum Frühjahr 1939 wurde dies in den Kapiteln II, III und V nachgewiesen. Ein etwaiger Konzeptionenpluralismus blieb wirkungslos, weil die unterschiedlichen Auffassungen unterhalb der Macht- und Entscheidungsebene entwickelt und im Moment eines Entschlusses Hitlers hinfällig wurden. Der „Hitler-Zentrismus" in der auswärtigen Politik des NS-Regimes, den Michalka für widerlegt hielt,[65] wird auf der Basis der Goebbels-Tagebücher bestätigt. Die singuläre Rolle Hitlers zeigte sich eben nicht nur in der auf Hitler zentrierten Betrachtungsweise des Propagandaministers, sondern gerade auch in den zahlreichen Parallelquellen. So ließ sich feststellen, daß die als maßgeblich eingestufte Bedeutung Görings beim „Anschluß" Österreichs stark zu relativieren ist, und daß der Generalfeldmarschall wie auch Außenminister Ribbentrop stets weisungsgebunden ausführten, was Hitler ihnen aufgetragen hatte. Eine bedeutsame eigenständige außenpolitische Konzeption besaßen in der Vorkriegsphase weder Goebbels noch Göring oder Ribbentrop. Letzterer trat in erster Linie durch seine starke Antipathie gegen Großbritannien, die Hitler jedoch nicht unwidersprochen ließ (TG, 29.9.1938, 13.3.1939), hervor, nicht durch umfassende, konzeptionelle Ideen. All die außenpolitischen Sondergesandten Hitlers, beispielsweise Papen in Österreich, Keppler/Veesenmayer in Österreich und der Slowakei, wirkten nicht eigenmächtig, sondern vollzogen Anweisungen des „Führers". Selbst das Auswärtige Amt war weder am „Anschluß" Österreichs und der Sudetengebiete (außer bei den Nachverhandlungen der Internationalen Kommission) noch bei der Errichtung des „Protektorats" oder der Erzwingung des „Schutzvertrages" mit Preßburg direkt beteiligt. Lediglich die Vorbereitung einzelner Verträge wurde von Beamten des Auswärtigen Amts geleistet, beispielsweise eine Gesprächsgrundlage für das Münchener Abkommen oder der Erlaß über die Errichtung des „Protektorats". Das Gesetz über die Vereinigung mit Österreich hingegen wurde ausschließlich vom Innenministerium entworfen, welches auch den „Anschluß" des Sude-

[65] Michalka, Ribbentrop, S. 306.

tenlandes juristisch umsetzte und am Erlaß über die Errichtung des „Protektorats" beteiligt war. Die zentrale Rolle Hitlers in der Außenpolitik wird auch darin ersichtlich, daß er alle wesentlichen Gespräche mit ausländischen Regierungs- oder Parteivertretern selbst führte und sogar kleinste Details persönlich entschied wie die Gestaltung von Flugblättern, die Schwerpunkte der Pressekampagne, die Einführung von Rundfunksendungen in tschechischer und slowakischer Sprache, den Wortlaut von Proklamationen der Sudetendeutschen Partei oder den Text von Kommuniqués über bilaterale Gespräche. Hitler legte also nicht nur die „groben Linien" fest, wie Weinberg befand,[66] sondern er leistete auch persönlich den Feinschliff der NS-Politik und NS-Propaganda. Der Hitler-Zentrismus in der NS-Außen- bzw. Expansionspolitik ist nicht übersehbar; gleichwohl bedurfte es struktureller Voraussetzungen und insbesondere hochaktiver, Hitlers Willen teilender, in Voraussicht agierender Eliten, die einem einzelnen einen derartigen Handlungsspielraum einräumten.

6. Exakte Angaben über den *decision making process* innerhalb des NS-Regimes sind schwierig, weil die Quellen und auch die Tagebücher von Goebbels hierzu meist zu wenig konkret sind. Es deutet jedoch nichts auf eine kollektive Entscheidungsfindung hin, weder in einem institutionellen noch personalisierten Rahmen. Bei der Blomberg-Fritsch-Krise hielt Goebbels fest: „Am Abend faßt dann der Führer seine Entschlüsse und gibt sie gleich bekannt" (TG, 5. 2. 1938). Zuvor hatte er sich tagelang mit verschiedenen Nationalsozialisten und Offizieren beraten. Vor dem „Anschluß" Österreichs hatte Hitler mehrmals mit Goebbels und anderen die Situation und die sich bietenden Möglichkeiten diskutiert. Als Goebbels in der Nacht vom 10. auf den 11. März 1938 zu Hitler gerufen wurde, waren die „Würfel […] gefallen", was bedeutete, der Einmarsch für den 12. März war entschieden. Am intensivsten wurde wohl die Lösung der Sudetenkrise bis zum 28. September 1938 debattiert, aber auch hier scheint der Entschluß einzig durch Hitler selbst getroffen worden zu sein. An diesem Tag hatten sich, wie Goebbels überliefert, die führenden Minister zur Beratung in der Reichskanzlei eingefunden. Nachdem Göring, Neurath und Goebbels für eine friedliche Regelung am Verhandlungstisch plädiert hatten, habe dann Hitler ebenfalls erkannt, daß sich hier eine „Chance" bot, wie Goebbels in sein Tagebuch notierte, und sogleich an eine „Viererkonferenz" gedacht (TG, 29. 9. 1938). Eindeutig ist die Frage nach der Entschlußbildung bei den Novemberpogromen, in diesem Fall hatte Goebbels festgehalten, Hitler habe „bestimmt", die Ausschreitungen fortzusetzen (TG, 10. 11. 1938). Nach der Absetzung Tisos am Abend des 9. März 1939 bestellte Hitler seine wichtigsten Berater am Mittag des 10. März in die Reichskanzlei. Goebbels schrieb hierüber in sein Tagebuch: „Er [Hitler, d. V.] ist schon ganz in Aktion. Gleich danach kommen Ribbentrop und Keitel. Beschluß: am Mittwoch, den 15. März wird einmarschiert und das ganze tschechoslowakische Zwittergebilde zerschlagen" (TG, 11. 3. 1939). Goebbels vermerkte nicht, wer an der Beschlußfassung beteiligt war.

Aufgrund der Analyse zahlreicher Entscheidungssituationen in der Vorkriegsphase besteht kaum ein Zweifel, daß Hitler sämtliche Entschlüsse in diesen Situa-

[66] Weinberg, The Foreign Policy. Starting World War II, S. 657.

tionen allein faßte. Dennoch ist nicht uninteressant, daß sich Hitler bei wichtigen Entscheidungen stets ausführlich und oft tagelang mit anderen führenden Nationalsozialisten beriet, was ihm offensichtlich bei der Einschätzung der Situation und des anvisierten Gegners, bei der Risikobewertung und bei der Suche nach alternativen Handlungsoptionen half. Es sieht danach aus, als habe sich Hitler in den Phasen der Entscheidungsfindung durchaus abweichende Vorstellungen angehört, was für die Beteiligten wahrscheinlich ohne Konsequenzen blieb, solange sie sich nicht schriftlich äußerten und solange sie hinterher loyal die von ihm beschlossene Politik mittrugen.[67] Bemerkenswert ist auch die unterschiedliche Länge der Entscheidungsphasen. Die Pogrome scheint Hitler augenblicklich ohne Rücksprache angeordnet zu haben. Die Länge der Sudetenkrise war durch die fehlende Fertigstellung des „Westwalls" und den Stand der übrigen Aufrüstung bedingt. Die Zustimmung zur Verhandlungslösung in der Sudetenkrise kam beinahe in letzter Minute zustande. Dies läßt Rückschlüsse auf den angenommenen Komplexitätsgrad der jeweiligen Angelegenheit zu, wobei die Hinauszögerung der Entscheidung als Anzeichen erhöhter Komplexität zu betrachten ist. Besonders gründlich und lange überlegte Hitler die Lösung der Blomberg-Fritsch-Krise, auch dies ist ein deutliches Indiz dafür, daß nicht, wie behauptet wurde, lediglich Personen ausgetauscht wurden, sondern eine grundlegende Neuordnung der Wehrmacht erfolgte. Den Einmarsch der Wehrmacht in Österreich entschied Hitler in etwas mehr als 24 Stunden nach Schuschniggs Ankündigung der Volksbefragung. Innerhalb noch kürzerer Zeit, ca. 15 Stunden, legte Hitler die Besetzung Böhmens und Mährens einschließlich des Termins fest. Dies läßt erahnen, wie gering Hitler das Risiko einschätzte und wie deutlich die Westmächte ihr Desinteresse signalisiert hatten.

7. Die Analyse der Entscheidungsfindung innerhalb des NS-Regimes in der Vorkriegsphase zeigt schließlich den Bedeutungsverlust konstitutioneller und institutioneller Gremien. Im März 1933, nach Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes, hatte Hitler in der Kabinettssitzung, wie eingangs dargelegt, seine Politik, also beispielsweise auch den antijüdischen Boykott, dargestellt und zum Teil sogar mit den Ministern diskutiert. Nach Hitlers Entscheidung zur Lösung der Blomberg-Fritsch-Krise hatte er seine Beschlüsse dem Kabinett immerhin mitgeteilt (TG, 6.2.1938). Im weiteren Verlauf bis Kriegsbeginn fand keine einzige Ministerbesprechung mehr statt. Lediglich für die Kriegsendphase erwähnte Goebbels noch einige Kabinettssitzungen, allerdings ohne Teilnahme Hitlers oder Beschlußfassung.[68] Auch der Reichstag hatte im NS-Regime nach der sogenannten Reichstagsbrandverordnung und dem Ermächtigungsgesetz keine legislativen Funktionen und daher beispielsweise auch nicht über das „Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich" zu beraten oder abzustimmen. Er stellte lediglich die Plattform für Hitlers Reden an das deutsche Volk und die Weltöffentlichkeit nach bewältigten Krisen dar, so nach der Blomberg-Fritsch-Krise (20.2.1938), nach dem „Anschluß" Österreichs (18.3.1938), nach der Ein-

[67] Vgl. Goebbels-Zitat vom 3.10.1938 über die Kritiker in der „Sudetenkrise".
[68] Vgl. TG, 24.8.1943, 28.11.1943, 12.5.1944, 9.6.1944, 26.7.1944, 18.8.1944, 29.8.1944, 11.1.1945.

gliederung der sudetendeutschen Gebiete (30.1.1939) und der Errichtung des „Protektorats“ (28.4.1939). Weitere Sitzungen des Reichstags fanden in der Vorkriegsphase nicht statt. Selbst die von Hitler ins Leben gerufenen Gremien wie der Außenpolitische Ausschuß, der Geheime Kabinettsrat oder der Reichsverteidigungsrat traten gar nicht oder, wie letzterer, nur phasenweise zusammen. Die wichtigsten Entscheidungen, insbesondere im außenpolitischen Bereich, beriet Hitler in der Vorkriegsphase vornehmlich mit Goebbels, Göring und Ribbentrop, bevor er allein den Entschluß faßte.

8. Die Untersuchung der Vorkriegsphase zeigte eine Radikalisierung der Politik des NS-Regimes in unterschiedlichen Bereichen und eine enorme Zunahme der Expansionsdynamik. Die Verknüpfung außen- und innenpolitischer Themenfelder machte in der vorliegenden Studie eine Reihe von Wechselwirkungen sichtbar. Die Entmachtung der Wehrmacht und die Neubesetzung der Posten des Oberbefehlshabers des Heeres sowie der Ministerien für Wirtschaft und für Auswärtige Angelegenheiten erleichterten den Einmarsch in Österreich, die vollständige Indienstnahme der Wirtschaft für den Kriegskurs und eine aggressivere Außenpolitik. Die mit dem „Anschluß“ Österreichs einhergehenden Judenverfolgungen und „wilden Arisierungen“ durch Privatpersonen brachten das Reich in Zugzwang, die staatliche „Judenpolitik“ zu verschärfen, wollte das NS-Regime die Fäden in der Hand behalten und die erzielten bzw. erzielbaren Gewinne nicht allein privaten Profiteuren überlassen. Zugleich schuf die Annexion Österreichs das Verlangen nach dem nächsten expansiven Schritt, der durch die veränderte geostrategische Lage deutlich vereinfacht wurde, der Okkupation Böhmens und Mährens. Unmittelbar nach Hitlers Rückkehr aus Wien entwikkelte er vor der Führungsriege des NS-Regimes „seine neuen Pläne“ (TG, 17.3.1938). Nur eine Woche nach der Annexion Österreichs teilte Hitler Goebbels mit, daß nun die „Tschechei“ drankäme (TG, 20.3.1938). Ein halbes Jahr später, nach Fortschritten in der Aufrüstung, einer langen antitschechischen Pressekampagne und zähen Verhandlungen, wurde die Tschechoslowakei in München gezwungen, das Sudetenland an das Reich abzutreten. Da es sich als unmöglich erwies, die Juden aus dem Altreich und der Ostmark in großer Zahl zur Emigration zu drängen, wurden nun andere Maßnahmen angewandt: Schikane, eine Verschärfung der Gesetze und Verordnungen, Verhaftungen und Pogrome. Im „Anschluß“ des Sudetenlandes sah Hitler lediglich eine Teillösung, nur drei Tage später teilte er dies seinen engeren Mitarbeitern mit. Wenige Wochen später ließ er Ribbentrop gegenüber Józef Lipski die Fragen Danzig und Korridor ansprechen. Als hierbei keine Einigung in Sicht war, konzentrierte Hitler sich auf die Desintegration der Tschecho-Slowakei, die im März ungeheuer schnell und scheinbar komplikationslos verlief. Unmittelbar danach forderte das NS-Regime das Memelgebiet und Danzig zurück. Ersteres gelang mühelos, so daß die Nationalsozialisten fürchteten, wie Goebbels überliefert, der gestiegenen Erwartungshaltung der deutschen Bevölkerung nach weiteren Eroberungen nicht mehr gerecht werden zu können (TG, 23.3.1939). Dennoch ließ sich Hitler nicht zum sofortigen Beginn eines Krieges gegen Polen verleiten, was zeigt, daß keineswegs innenpolitische Motive die Außen- bzw. Expansionspolitik bestimmt hatten.

Zum Quellenwert der Tagebücher

Der Wert der Tagebücher von Joseph Goebbels für die historische Forschung ist – wie der Aussagewert jeder Quelle – abhängig von der Fragestellung. Für Untersuchungsgegenstände außerhalb von Goebbels' Wissenshorizont, Zuständigkeits- oder Interessenbereich, beispielsweise strategische Fragen der militärischen Besetzung eines bestimmten Gebietes oder volkswirtschaftliche Auswirkungen finanzpolitischer Entscheidungen, liefern die Aufzeichnungen des Propagandaministers dem Forscher kaum interessante Informationen. Für die Politik des NS-Regimes jedoch, insbesondere für die Bereiche Außen- bzw. Expansions- und antijüdische Politik, ist der Quellenwert aufgrund der nicht erfolgten Überarbeitung durch Goebbels, also der ausgebliebenen Interpretation und Instrumentalisierung der Quelle, sehr hoch; zahlreiche neue Erkenntnisse wurden in dieser Studie zutage gefördert, weitere können gewonnen werden.

In Krisen und in Entscheidungsphasen wurde Goebbels regelmäßig von Hitler informiert und konsultiert, daher sind die Aufzeichnungen des Propagandaministers für diese besonders bedeutsamen Momente meist äußerst aufschlußreich, zumal sich diese kurzfristigen Entscheidungsprozesse oftmals nur rudimentär in Quellen staatlicher Provenienz widerspiegeln. Für diese Situationen sowie die allgemeinen Aussprachen zwischen dem „Führer" und dem Propagandaminister stellen die Tagebücher, wie Elke Fröhlich 1987 erkannt hatte, tatsächlich ein „Fenster […] in das Goebbelssche wie das Hitlersche Denken" dar.[69] Dennoch muß in Erwägung gezogen werden, daß Hitler Goebbels mitunter – wie beispielsweise bei einigen Details der Sudetenkrise – nicht vollständig informierte oder möglicherweise gezielt desinformierte, was der Spezialist nach eingehender Prüfung herausfinden kann. Der Blick auf das Denken Hitlers ist also in einigen wenigen Fällen, um in der Metapher zu bleiben, durch einen Vorhang verdeckt, der auf die Goebbelssche Gedankenwelt ist hingegen durchgängig gewährleistet. Hier zeigt sich eine Schwierigkeit im Umgang mit den Goebbels-Tagebüchern. Hitler legte Wert darauf, wie Göring zutreffend in Nürnberg erklärte, daß „nur die Minister etwas ganz kurzfristig erfahren sollten, die unbedingt arbeitsmäßig einzuschalten waren".[70] Denselben „Grundsatz" überliefert Rudolf Schmundt in einem Protokoll über eine Ansprache Hitlers vor den höchsten Offizieren im Mai 1939: „1.) Niemand ist zu beteiligen, der es nicht wissen muß. 2.) Niemand darf mehr erfahren, als er wissen muß. 3. […] Niemand darf früher etwas wissen, als er es wissen muß".[71] Zudem verzichtete Hitler auch gegenüber seinen engsten Mitarbeitern nicht vollständig auf immer wieder feststellbare Lügen und theatralische Darbietungen.[72]

[69] Fröhlich, Tagebücher. Sämtliche Fragmente, Einleitung, S. LVII.
[70] Aussage Görings vor dem Nürnberger Gerichtshof vom 14. 3. 1946, in: IMG 9, S. 327.
[71] Bericht Rudolf Schmundts über die Besprechung in der Reichskanzlei am 23. 5. 1939, in: IMG 37, Dok. 79-L, S. 556.
[72] Ein Beispiel für eine derartige Verhaltensweise Hitlers gegenüber seinem Propagandaminister scheint Ende 1933 vorzuliegen, als sich Goebbels über ein Vorkommnis seiner Reise nach Genf zur Völkerbundsversammlung beschwerte: „Erfahre, daß Göring mir einen Polizeioffiziellen Spitzel nach Genf nachgeschickt hat. Beschwerde ganz formell bei Hit-

Eine weitere Schwierigkeit bei der Beschäftigung mit Goebbels' Aufzeichnungen besteht darin, daß sich vor allem die kurzen Einträge des handschriftlichen Tagebuchs, oftmals im Telegrammstil oder nur andeutungsweise notiert, meist nur durch Expertenwissen oder eine akribische Analyse des Kontextes im Tagebuch entschlüsseln lassen. Nur mit einigem Vorwissen läßt sich beispielsweise erahnen, daß Goebbels in einem Eintrag über den „Wirtschaftsrat" (TG, 28. 8. 1933) den „Werberat der Deutschen Wirtschaft" beschrieb oder bei der Erwähnung des „Johannsen-Instituts" (TG, 18. 2. 1944) den „Aufklärungsausschuß Hamburg-Bremen" meinte. Die Tagebuch-Textstelle: „Wir haben keinen Absprung zum Krieg" (TG, 29. 9. 1938), die Goebbels am Morgen vor Beginn der Münchener Konferenz 1938 niederschrieb, zeigt gerade nicht die Befürwortung eines militärischen Gewaltaktes durch Goebbels, wie irrtümlich angenommen wurde. Für Goebbels war ein Angriff nach dem Entgegenkommen Prags nicht mehr gerechtfertigt. Unter „Absprung" verstand Goebbels den Anlaß zum Handeln, die Rechtfertigung eines Krieges, und nicht, wie Felix Möller glaubte, einen Rückzug, ein Abrücken von der riskanten Politik.[73]

Eine ähnliche Problematik besteht bei einigen Abbreviaturen – von abgekürzten Namen ganz abgesehen –, denn mit „U.S.A." (z. B. TG, 15. 9. 1928) bezeichnete Goebbels zeitweise nicht die Vereinigten Staaten, sondern den „Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß der NSDAP". Wenn er schrieb: „Konzi kein Taubenschlag" (TG, 22. 8. 1934), dann handelt es sich hierbei um eine Aussage über eine unerwünschte Fluktuation in Konzentrationslagern. Um also die Einträge von Goebbels entschlüsseln zu können, muß man den damaligen nationalsozialistischen Jargon kennen und zum anderen über ein relativ hohes Vorwissen verfügen. Gerade in den handschriftlichen Aufzeichnungen hielt Goebbels sehr viel in äußerst knappen Worten fest, wiederum ein deutliches Indiz, daß es sich um ein persönliches, nicht zur Veröffentlichung bestimmtes Tagebuch handelt. Soll beurteilt werden, was Goebbels falsch darstellte, was ihm möglicherweise unbekannt war, was er wegließ oder verschwieg, muß der Kenntnisstand des Lesers noch um einiges höher sein und im Prinzip denjenigen des Propagandaministers übertreffen, was mangels paralleler Quellen oftmals schwierig ist.

Bevor nun über die fünf oben behandelten Felder hinaus dargestellt werden soll, für welche Bereiche die Tagebücher einen besonders hohen Wert besitzen, sei auf die in der Einleitung dargestellten Informationsquellen des Propagandaministers verwiesen, welche die Grenzen seines Wissenshorizonts aufzeigen. Wie in der vorliegenden Studie an zahlreichen zitierten Textstellen ersichtlich wurde, besitzen die Tagebücher für eine Reihe von Fragestellungen einen ausgesprochen hohen Wert, weil neue Erkenntnisse ermöglicht oder bestehende Befunde der Forschung

ler. Hitler weiß vor Wut. Erklärt, auch er werde am Telephon überwacht. Beschluß: geheimes Staatspolizeiamt wird aufgelöst", TG, 1. 12. 1933.

[73] Moeller, Blitzkrieg, S. 135. Der Kontext dieser Tagebuchpassage ist an mehreren Stellen eindeutig, so daß die Fehlinterpretation unverständlich ist. Noch im selben Absatz hatte Goebbels geschrieben: „Man kann nicht evtl. einen Weltkrieg um Modalitäten führen", TG, 29. 9. 1938. Eine ganz ähnliche „Absprung"-Metapher benutzte Goebbels nach der Absetzung Tisos am 9. 3. 1939: „Das ist ein Sprungbrett", um „die Frage […] ganz lösen" zu können, TG, 11. 3. 1939.

bestätigt oder präzisiert werden können. Zu diesen aus der Vorkriegsphase abstrahierten und hier kurz skizzierten Bereichen besonders hohen Quellenwertes gehören:

1. Aussagen zur Biographie und zum Charakter von Goebbels sowie zu dessen sozialem Umfeld und seiner familiären Bindung: Goebbels war radikaler Antisemit und fanatischer, Hitler absolut ergebener Nationalsozialist, dennoch lassen die Tagebücher seine gelegentlich aufscheinende Furcht vor einem europäischen Krieg erkennen. Er verfocht vehement seine Interessen, aber gegenüber Hitler war ihm dies nicht möglich. Zu seiner Herkunftsfamilie und seiner eigenen Familie besaß er eine starke emotionale Bindung, seine Kinder bedeuteten ihm sehr viel, ihnen widmete er viel Zeit und Aufmerksamkeit. Goebbels besaß offenbar in der Zeit als Minister nur wenige Freunde. Emotionen bestimmten zu einem erheblichen Teil Goebbels' Wohlbefinden und Handeln, und auch die Fähigkeit zur Empathie besaß er in begrenztem Rahmen. Goebbels war gebildet und belesen, aber an Raffinesse Hitler unterlegen. Um der nationalsozialistischen Sache willen war er zu allem bereit und überwand alle Zweifel.[74]

2. Die Tätigkeit von Goebbels als Reichspropagandaleiter und Propagandaminister und sämtliche damit in Zusammenhang stehenden Bereiche, vor allem Propaganda, d.h. Presse- und Rundfunkpolitik, Kulturpolitik und -management (Film, Theater, Musik, Kunst), „Arisierungen" im Kulturbereich, Wahlkämpfe, nationalsozialistische Feste und Großveranstaltungen, Aufrufe, Reden und Proklamationen an das Volk: Goebbels besaß kein medienpolitisches Monopol, zahlreiche andere Stellen – und nicht zuletzt Hitler persönlich – nahmen mit wechselndem Erfolg ebenfalls Einfluß auf Presse, Film und Rundfunk. Im Bereich der Kulturpolitik hatte Goebbels ebenfalls Kompetenzkämpfe zu durchfechten, vor allem mit den Ländern Preußen und Österreich. Wichtige Reden legte Goebbels Hitler vorab vor. Der Aufgabenbereich des Propagandaministers war groß und ist keineswegs vollständig erforscht.

3. Die Tätigkeit als Gauleiter von Berlin: Durch die mitunter präzisen Beschreibungen seiner Aktivitäten im Gau Berlin und Besprechungen mit anderen Gauleitern werden Erkenntnisse zur Position des Gauleiters im NS-Staat im allgemeinen möglich. Darüber hinaus wird der Handlungsspielraum dieser hohen Parteifunktionäre deutlich wie beispielsweise bei Goebbels' gauspezifischen antijüdischen Anordnungen und Maßnahmen im Frühsommer 1938. Durch seine Charakterisierungen und Schilderungen des Gau-Personals und die Darstellung des Alltags der Gauverwaltung lassen sich zahlreiche Fakten zur Geschichte Berlins gewinnen.

4. Die nationalsozialistische Ideologie: Goebbels war in seinen Grundpositionen keineswegs Opportunist, sondern fanatisch überzeugt von dem, was er propagierte. Das gesamte Tagebuch gibt Einblicke in die NS-Ideologie und ermöglicht Erkenntnisse zur Gewichtung und Bedeutung einzelner ideologischer Aspekte und zur Umsetzung der Ideologie in die politische und kulturelle Praxis. Deutlich wird bei der Lektüre der Goebbels-Tagebücher auch, daß sogar Teile des

[74] Vgl. auch Longerich, Goebbels, v.a. S. 391, 687–691.

NSDAP-Programms nur von vorübergehender Geltung waren, beispielsweise das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ oder die „Gleichberechtigung des deutschen Volkes“.[75] Denn das eigentliche Ziel war eine Fremdbestimmung der europäischen Völker durch das nationalsozialistische Deutschland und eine Hegemonie des NS-Staates zumindest in Europa. Die wesentlichen Programmpunkte der NS-Bewegung und des NS-Regimes lagen im extremen Nationalismus, Antisemitismus und völkischen Imperialismus, alle anderen Forderungen waren demgegenüber nachgeordnet. Goebbels selbst rechnete sich auf einigen Gebieten nicht zu den „Hyperradikalen“, wie er schrieb, sondern hatte insgeheim noch ein gewisses Verständnis für traditionelle Praktiken und Haltungen, beispielsweise für die Taufe von Edda Göring (TG, 5.11.1938).

5. Struktur und Praxis der NS-Herrschaft: Wie die fünf Fallstudien zeigten, lassen sich den Tagebüchern vielfältige Erkenntnisse über das NS-Regime entnehmen, vor allem die Art der Krisenbewältigung, die Auflösung jeglicher Form von kollektiven Entschlußbildungen, die Bedeutungslosigkeit konstitutioneller (z.B. Reichskabinett, Reichstag, Reichsrat) oder institutioneller Gremien (z.B. Außenpolitischer Ausschuß, Reichsverteidigungsrat, Geheimer Kabinettsrat, Gauleitertagung) oder die mangelnde Integration zahlreicher hoher Funktionäre aus Staat und Partei, wie Minister, Reichs- oder Gauleiter, in Planungs-, Entscheidungs- und Durchführungsphasen. Von besonderem Interesse für die Forschung sind daher nicht nur die Schilderungen von Beratungen kurz vor folgenschweren Aktionen, sondern auch Berichte Goebbels' über Kabinettssitzungen, Ministerbesprechungen und Gauleitertagungen. Der Verlauf einiger Kabinettssitzungen oder Ministerbesprechungen wird – nach bisherigem Kenntnisstand – ausschließlich von Goebbels überliefert, weil kein Protokoll geführt wurde und in den Akten der Reichskanzlei nur nichtssagende Kommuniqués zu finden sind (z.B. Sitzungen am 1.12.1936, 30.1.1937, 5.2.1938). Aufschlußreich sind auch die Beschreibungen des höheren NS-Personals, die konkrete Handlungsspielräume oder persönliche Schwächen desselben aufzeigen, sowie Darstellungen von Kompetenzkonflikten. So hatte Goebbels phasenweise Widerstände des Auswärtigen Amts oder der Wehrmacht im Bereich der Propaganda zu überwinden oder mußte sich mit dem Post- und Luftfahrtministerium über Rundfunkfragen einigen. Bei der Pressepolitik innerhalb des NS-Regimes war der Kompetenzkampf noch größer. Die Tagebücher von Joseph Goebbels sind also künftig für jede Untersuchung der Herrschaftspraxis des NS-Regimes unentbehrlich.

6. Hitler: Unverzichtbar sind die Tagebücher ebenfalls für alle weiteren Studien über den NSDAP-Führer, Reichskanzler und „Führer“ Adolf Hitler. Es wurde aufgezeigt, wie stark oftmals die Äußerungen Hitlers, die er gegenüber Ausländern tat und die in offiziellen Protokollen überliefert sind, von denjenigen abweichen, die Goebbels festhielt. Ungeniert und selbstverständlich griff Hitler immer wieder auf die Mittel der Lüge und Desinformation zurück, um Gesprächspartner, vor allem vermeintliche Gegner, zu täuschen. Fühlte er sich in die Enge getrieben, veränderte sich Goebbels zufolge seine Gesichtsfarbe (TG, 1.12.1933, 28.1., 29.1.,

[75] Treue, Parteiprogramme, NSDAP, S.143.

1.2.1938). Goebbels schildert eine Vielzahl von Details, die er direkt von Hitler oder Dritten über die Person des „Führers" erfuhr. Die Häufigkeit der Einträge, in denen Goebbels berichtet, Hitler habe vom Krieg erzählt, läßt eine starke Prägung Hitlers durch die eigenen Kriegserlebnisse in Frankreich und Belgien erkennen, die Konsequenzen hatte. Im April 1939 schrieb Goebbels beispielsweise in sein Tagebuch: „Er [Hitler, d.V.] erzählt wieder mal vom Kriege. Er ist doch von Natur aus ein ganzer Soldat. Daraus erklärt sich auch seine Politik. Sie ist ihrem Wesen nach soldatisch" (TG, 26.4.1939). Immer wieder äußerte Hitler gegenüber Goebbels, daß er „den großen Weltkampf" erwarte (TG, 16.2.1937), was vielleicht eher Absichtserklärung als Prophezeiung war. „Deutschland wird in einem kommenden Kampf siegen oder nicht mehr leben", notierte Goebbels nach einem weiteren Gespräch mit Hitler über die „große Weltauseinandersetzung" (TG, 23.2.1937), die für Hitler unvermeidlich war. Zur Aufschlüsselung der Mentalität Hitlers können die Tagebücher sicherlich zahlreiche bedeutsame Hinweise liefern, besonders, wenn sie gegen den Strich gelesen werden, also beispielsweise wenn thematische und situative Gesichtspunkte miteinander kombiniert werden, durch parallele Quellen ergänzt und vor allem akribisch analysiert werden.

Darüber hinaus liefern die Tagebücher von Goebbels neue Erkenntnisse zur NS-Bewegung, zu Konflikten innerhalb der NSDAP, zum Aufbau des Gaus Berlin, zur „Machtergreifung", zum Alltag beispielsweise von Künstlern unter dem Hakenkreuz, zu den Alltagssorgen im Krieg, zu den zahlreichen neuen Aufgaben des Propagandaministers im Totalen Krieg, zur Kriegsendphase und zum Holocaust. Obgleich der Massenmord an den europäischen Juden, den Goebbels für die nationalsozialistische „Weltrevolution" (TG, 4.5.1942) hielt, nicht zentral in Goebbels' Zuständigkeitsbereich lag, äußerte sich der Propagandaminister hierzu relativ häufig im Tagebuch. Goebbels war der Meinung, daß die massenhaften Tötungen durch Gas „ein ziemlich barbarisches […] Verfahren" (TG, 27.3.1942) darstellten, dennoch billigte er es in jeder diesbezüglichen Textstelle. Er machte in seinem Tagebuch deutlich, daß Hitler die Massenmorde guthieß,[76] und gibt einen wertvollen Hinweis auf dessen Urheberschaft. Über die Ausweitung der Deportationen auf die Juden Dänemarks hielt Goebbels fest: „Die ganzen Aktionen gegen die Juden in Dänemark sind auf einen Befehl des Führers zurückzuführen" (TG, 6.10.1943). Es kann also geschlossen werden, daß Hitler auch in anderen Deportationsfällen von Juden in Vernichtungslager, die bislang nicht nachweisbar sind, einen konkreten Befehl gab.[77] Der Quellenwert der Tagebücher läßt sich in der Fülle der Einzelhinweise noch gar nicht übersehen. Bei Themenbereichen, für die detaillierte quellenkritische Studien vorliegen, ist dieser Wert stets als hoch beschrieben worden. Daher dürfen die Tagebücher von Joseph Goebbels als der bedeutendste Quellenkorpus gelten, der aus dem Inneren des nationalsozialistischen Führungszirkels stammt und die Geschichte der „Bewegung" und des Regimes im ganzen spiegelt. Die Annahme, Goebbels habe sein Tagebuch in propagandistisch manipulierender Absicht – sozusagen als Werbetext – geschrieben,

[76] Vgl. TG, 19.8.1941, 13.12.1941, 18.12.1941, 15.2.1942, 27.3.1942, 8.2.1943, 13.5.1943, 25.6.1943, 4.3.1944.
[77] Siehe hierzu Longerich, Der ungeschriebene Befehl, S. 186.

trifft auf der faktologischen Ebene in der Regel nicht zu. Daher stellt das Tagebuch, wenn man es quellenkritisch mit Bedacht benutzt, tatsächlich eine „einzigartige Fundgrube“ dar.[78] Gewiß, wenn es opportun war, verdrehte Goebbels insbesondere in der Öffentlichkeit jeden Sachverhalt bedenkenlos. Für die Zwecke seines persönlichen Tagebuchs war eben dies jedoch kontraproduktiv. Daher vermied er es hier, Tatsachen wider besseres Wissen zu entstellen. Nach dem Krieg sind solche Entstellungen und Verdrehungen bei überlebenden NS-Aktivisten hingegen Legion – aus apologetischen Gründen.

[78] Fest, Goebbels, S. 569; ähnlich Longerich, Goebbels, S. 15–17.

Abkürzungen

AA, A.A.	Auswärtiges Amt
ADAP	Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik
AdP	Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP
AdR	Archiv der Republik (Österreich)
A.O., AO	Auslandsorganisation der NSDAP
APA	Außenpolitisches Amt der NSDAP
Art.	Artikel
Aufz.	Aufzeichnung(en)
AWA	Allgemeines Wehrmacht Amt
BArch	Bundesarchiv
Bd., Bde.	Band, Bände
BKA	Bundeskanzleramt, Wien
Bl.	Blatt
CC	Collegium Carolinum
CGT	Confédération Générale du Travail
CIC	Counter Intelligence Corps
ČSR	Tschechoslowakische Republik
Č-SR	Tschecho-Slowakische Republik
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DBFP	Documents on British Foreign Policy
DDF	Documents Diplomatiques Français
DDI	I Documenti Diplomatici Italiani
DDP	Dokumente der Deutschen Politik
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DGFP	Documents on German Foreign Policy
DHI	Deutsches Historisches Institut
DIMK	Diplomáciai Iratok Magyarország Külpolitikájához (Diplomatische Akten zur Außenpolitik Ungarns)
DIN	Deutsche Industrie-Norm
DM	Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges
DNB, D.N.B.	Deutsches Nachrichtenbüro
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
Doc.	Document
Dok.	Dokument
DRA	Deutsches Rundfunkarchiv
d.V.	die Verfasserin
DVO	Durchführungsverordnung
EDG	Enzyklopädie Deutscher Geschichte

engl.	englisch
FRUS	Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers
Gestapa	Geheimes Staatspolizeiamt
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
hon.	honourable
HPB	Das Historisch-Politische Buch
HZ	Historische Zeitschrift
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
IMG	Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof („Blaue Reihe“)
Inf.-Div.	Infanterie-Division
Inf.-Reg.	Infanterie-Regiment
KGB	Komitet Gossudarstwennoj Besopasnosti (Komitee für Staatssicherheit)
Komp.	Kompanie
KZ, K.Z.	Konzentrationslager
Leg.Sekr.	Legationssekretär
lit.	Litera
L.R.	Legationsrat
MEZ	Mitteleuropäische Zeit
MGM	Militärgeschichtliche Mitteilungen
Mk, Mk.	Mark
MRP 1. R.	Ministerratsprotokoll(e) der Ersten Republik (Österreichs)
Mün.	München
MZV ČR	Archiv Ministerstva Zahraničních Věcí České Republiky (Archiv des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der tschechischen Republik, Prag)
ND	Nachdruck
N. F.	Neue Folge
NKWD	Narodny komissariat wnutrennich del (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten)
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahr-Korps
NS-PrA	NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt

OB	Oberbefehlshaber
ObdH	Oberbefehlshaber des Heeres
o. D.	ohne Datum
österr.	österreichisch
OKH	Oberkommando des Heeres
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
o. P.	ohne Paginierung
ORR	Oberregierungsrat
PA/AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin
Pgn.	Parteigenossen
PrA	Presseanweisung
PRO	Public Record Office, National Archives, London
ProMi	Propagandaministerium
PVS	Politische Vierteljahresschrift
RBüG	Reichsbürgergesetz
R.D.L.	Regio Decreto Legge (Königliches Gesetzesdekret)
RFSS	Reichsführer SS
RFSSuCdDP	Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei
RGBl.	Reichsgesetzblatt
R.I.I.A.	Royal Institute of International Affairs
RM	Reichsmark
RMfVP	Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda
RMI	Reichsministerium des Innern
RPL	Reichspropagandaleitung
SA, S.A.	Sturmabteilung
SD	Sicherheitsdienst des Reichsführers SS
S. d. G. u. V.	Sammlung der Gesetze und Verordnungen des Čechoslovakischen Staates
SdP	Sudetendeutsche Partei
SFIO	Section française de l'Internationale ouvrière
SOPADE	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS, S.S.	Schutzstaffel
StadtAM	Stadtarchiv München
Stapo	Staatspolizei
StGB	Strafgesetzbuch
StGBl.	Staatsgesetzblatt (für die Republik Österreich)
stv.	stellvertretend
s.v.	sub voce
SVP	Slowakische Volkspartei
Telegr.	Telegramm
TG	Die Tagebücher von Joseph Goebbels
tschech.	tschechisch bzw. tschechoslowakisch

u. ä.	und ähnliche(s)
ungar.	ungarisch
VB	Völkischer Beobachter, Münchener Ausgabe (falls nicht anders angegeben)
VDA	Verein/Volksbund für das Deutschtum im Ausland
VEJ	Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945
V.F.	Vaterländische Front
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
V.L.R.	Vortragender Legationsrat
VO	Verordnung
Vol.	Volume
Vomi	Volksdeutsche Mittelstelle
VV	Versailler Vertrag
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft

Quellen und Literatur

1. Ungedruckte Quellen

Archiv Ministerstva Zahraničních Věcí České Republiky (Archiv des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der tschechischen Republik, Prag, MZV ČR)

Berichte der Gesandtschaft der tschechoslowakischen Republik in Berlin an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Prag, 1937/1938, bisher ohne Signatur

Bundesarchiv (Berlin) – Abteilung R (BArch)

NS 10 Persönliche Adjutantur des Führers und Reichskanzlers
NS 18 Reichspropagandaleiter der NSDAP
R 43 Reichskanzlei I und II
R 55 Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (alter und neuer Bestand)
R 104 F Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich
R 601 Büro des Reichspräsidenten/Präsidialkanzlei 1919–1945
R 3001 Reichsjustizministerium
NSDAP-Ortsgruppenkartei
NSDAP-Hauptarchiv
SSO-Akte: Schaub, Julius, 20.8.1898

Bundesarchiv (Koblenz) – Abteilung B (BArch)

Z 45 F, OMGUS, RG 260

Deutsches Rundfunkarchiv, Wiesbaden (DRA)

Rundfunkreden von Adolf Hitler
Rundfunkreden von Joseph Goebbels

Institut für Zeitgeschichte, Archiv und Bibliothek, München (IfZ)

Archiv

F 98 Akte über Margreth Gruhn, 64 Bl., Kopie
F 19/13 Daten aus Notizbüchern Martin Bormanns, 1934–1943
DNB-Berichte des DNB-Büros Wien, Jge. 1938/39
Mikrofiche-Kopien der handschriftlichen und diktierten Tagebücher von Joseph Goebbels der Glasplatten des ehem. Sonderarchivs Moskau (im Editionsprojekt der Tagebücher von Joseph Goebbels, ohne Signatur)
Fa 523 Urteil des Volksgerichtes für den Landgerichtsbezirk München I gegen „Berchtold Josef und 39 Genossen", 23.4.1924
ZS 137 Interrogation No. 292, Schaub, 7.12.1946

Bibliothek

Fobke, Hermann: Zum Treffen des Stoßtrupp Hitler 1923 in Stettin vom 24.–26.4.1936. Stettin 1936 [Druckschrift]

Public Record Office, National Archives, London (PRO)

Foreign Office (FO), General Correspondence
Keppler-Papiere

Österreichisches Staatsarchiv – Archiv der Republik, Wien (AdR)

Gruppe 04: Inneres/Justiz:
Bundeskanzleramt – Allgemein: Staatsarchiv des Innern und der Justiz
Bundeskanzleramt – Ministerratsprotokolle 1. Republik: Protokolle
Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich („Bürckel")/Materie
Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich („Bürckel")/Nachträge

Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin (PA/AA)

Altes Amt: Büro des Staatssekretärs

R 29682	Akten betreffend Österreich
R 29682	Handakten Österreich
R 29765–29771	Akten betreffend Tschechoslowakei
R 29772	Handakten Protektorat Böhmen und Mähren sowie Slowakei und Karpatho-Ukraine
R 29774	Tschechoslowakei – Sonderheft

Politische Abteilung I

Völkerbund

R 102123	Militär und Marine: Rüstung in der Tschechoslowakei
R 102406	Länderakten Österreich
R 102426	Länderakten Tschechoslowakei
R 102453	Beziehungsakten Deutschland-Österreich
R 102458	Beziehungsakten Deutschland-Tschechoslowakei

Politische Abteilung II

R 101337–101339	Verschluß-/Geheimakten: Politische Angelegenheiten Österreichs
R 101340	Österreichische Dokumente
R 101346–101359	Verschluß-/Geheimakten: Politische Angelegenheiten der Tschechoslowakei
R 101361	Politische Angelegenheiten Tschecho-Slowakei, Einzelfälle

Politische Abteilung IV

R 103442	Material aus österreichischen Archiven
R 103450–103451	Politische Beziehungen Österreichs zu Deutschland
R 103621–103623	Tschechoslowakei, Allgemeine Auswärtige Beziehungen
R 103626–103627	Politische Beziehungen der Tschechoslowakei zu Deutschland

Auslandsvertretungen

Botschaft Wien

Nr. 54–58	Geheimakten: Nr. 54 (Illegale NSDAP in Österreich), Nr. 55–57 (Berichte des Gesandten von Papen an den Führer und Reichskanzler), Nr. 58 (Angriffe österreichische und reichsdeutsche Presse)
Nr. 286, Bd. 33, 34	Politische Akten

Gesandtschaft Prag

Nr. 5, 6 Personalakten
Nr. 13, Nr. 44–50, Nr. 76, Nr. 79, Nr. 188 Politische Akten: „Geheime Zahlungen" an sudetendeutsche Vertreter durch Gesandtschaft; Nr. 44–49: Politische Beziehungen der C.S.R. zu Deutschland; Nr. 50: Politische Beziehungen der T.S.R. zu Österreich und Politische Beziehungen der T.S.R. zu Frankreich; Nr. 76: Deutschfeindliche Propaganda in der C.S.R.; Deutschlands Außenpolitik (Allgemeines); Nr. 79: Politische Beziehungen Deutschlands zur Tschechoslowakei; Nr. 188: Anschluß Österreich
R 27506–27510 Handakten Keppler

Russisches Staatliches Militärarchiv, Moskau

Fond 1477, Opis 1–3, 5 Handschriftliche und diktierte Tagebücher von Joseph Goebbels auf Glasplatten (1923–1945) und Fotokopien
Fond 1477, Opis 4 Handschriftliche Tagebücher von Joseph Goebbels (Original-Kladden)
Repertorien zu Opis 1–5

Stadtarchiv München (StadtAM)

Bürgermeister und Rat

Nr. 446/2: Treffen des Stoßtrupp Hitler 1933
Nr. 452/19: Korrespondenz Fiehlers mit „alten Kämpfern"
Nr. 458/2: 9. November 1933ff. [8./9. November 1933–1936]
Nr. 458/3: 8./9. November 1938: Termine, Befehle, Einladungen usw. [8./9. November 1937–1944]
Ratssitzungsprotokolle, Jg. 1938

2. Elektronische Quellen

Elektronische Quellensammlung „100(0) Schlüsseldokumente zur russischen und sowjetischen Geschichte (1919–1991)" der Bayerischen Staatsbibliothek in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte und Zeitgeschichte Erlangen (Prof. Dr. Helmut Altrichter) und der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau; URL: <http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_ru&dokument=0021_tsc&l=de> [30.11.2010].

Fotoarchiv Heinrich Hoffmann, Online-Bilddatenbank, Bayerische Staatsbibliothek München; URL: <http://fachkataloge.bsb-muenchen.de/img/hoff-21977.jpg>, <http://fachkataloge.bsb-muenchen.de/img/hoff-21978.jpg> [30.11.2010].

Meier Schwarz: Die „Kristallnacht"-Lüge. Zur Tradierung falscher Opferzahlen; URL: <http://www.schoah.org/schoah/kristallnacht.htm> [30.11.2010].

The Times, Digital Archive 1785–1985; URL: <http://archive.timesonline.co.uk/tol/archive/> [30.11.2010].

Verhandlungen des Reichstags. IX. Wahlperiode 1933, Bd. 458; III. Wahlperiode 1936, Bd. 459; IV. Wahlperiode 1939, Bd. 460. Stenographische Berichte. Anlagen zu den stenographischen Berichten, Berlin 1938. Online-Veröffentlichung des Münchener Digitalisierungszentrums; URL: <http://www.reichstagsprotokolle.de/rtbiiiauf.html> [30.11.2010]; die Seitenangaben in den Anmerkungen beziehen sich auf die gedruckte Ausgabe von 1938.

Die Welt, Online-Ausgabe: „Viele NS-Quellen sind schlecht ediert", 18.8.1999; URL: <http://www.welt.de/print-welt/article580875/Viele_NS_Quellen_sind_schlecht_ediert.html> [30.11.2010]; „Sösemanns Kritik ist irreführend", 20.8.1999; URL: <http://www.welt.de/print-welt/article581153/Soesemanns_Kritik_ist_irrefuehrend.html> [30.11.2010].

3. Textausgaben der Tagebücher von Joseph Goebbels

3.1. Gesamtausgabe des Instituts für Zeitgeschichte von Elke Fröhlich

Fröhlich, Elke (Hrsg.): Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Rußlands, Teil I, Aufzeichnungen 1923–1941, 14 Bde. (9 Bde. in 14 Teilbänden.), Teil II, Diktate 1941–1945, 15 Bde., Teil III, Register 1923–1945, 3 Bde., München 1993–2008 [TG].

Teil I:

Band 1/I	Oktober 1923–November 1925. Bearbeitet von Elke Fröhlich, München 2004.
Band 1/II	Dezember 1925–Mai 1928. Bearbeitet von Elke Fröhlich, München 2005.
Band 1/III	Juni 1928–November 1929. Bearbeitet von Anne Munding, München 2004.
Band 2/I	Dezember 1929–Mai 1931. Bearbeitet von Anne Munding, München 2005.
Band 2/II	Juni 1931–September 1932. Bearbeitet von Angela Hermann, München 2004.
Band 2/III	Oktober 1932–März 1934. Bearbeitet von Angela Hermann, München 2006.
Band 3/I	April 1934–Februar 1936. Bearbeitet von Angela Hermann, Hartmut Mehringer, Anne Munding und Jana Richter, München 2005.
Band 3/II	März 1936–Februar 1937. Bearbeitet von Jana Richter, München 2001.
Band 4	März–November 1937. Bearbeitet von Elke Fröhlich, München 2000.
Band 5	Dezember 1937–Juli 1938. Bearbeitet von Elke Fröhlich, München 2000.
Band 6	August 1938–Juni 1939. Bearbeitet von Jana Richter, München 1998.
Band 7	Juli 1939–März 1940. Bearbeitet von Elke Fröhlich, München 1998.
Band 8	April–November 1940. Bearbeitet von Jana Richter, München 1997.
Band 9	Dezember 1940–Juli 1941. Bearbeitet von Elke Fröhlich, München 1997.

Teil II:

Band 1	Juli–September 1941. Bearbeitet von Elke Fröhlich, München 1996.
Band 2	Oktober–Dezember 1941. Bearbeitet von Elke Fröhlich, München 1996.
Band 3	Januar–März 1942. Bearbeitet von Elke Fröhlich, München 1995.
Band 4	April–Juni 1942. Bearbeitet von Elke Fröhlich, München 1995.
Band 5	Juli–September 1942. Bearbeitet von Angela Stüber, München 1995.
Band 6	Oktober–Dezember 1942. Bearbeitet von Hartmut Mehringer, München 1996.
Band 7	Januar–März 1943. Bearbeitet von Elke Fröhlich, München 1993.
Band 8	April–Juni 1943. Bearbeitet von Hartmut Mehringer, München 1993.
Band 9	Juli–September 1943. Bearbeitet von Manfred Kittel, München 1993.
Band 10	Oktober–Dezember 1943. Bearbeitet von Volker Dahm, München 1994.
Band 11	Januar – März 1944. Bearbeitet von Dieter Marc Schneider, München 1994.
Band 12	April–Juni 1944. Bearbeitet von Hartmut Mehringer, München 1995.
Band 13	Juli–September 1944. Bearbeitet von Jana Richter, München 1995.
Band 14	Oktober–Dezember 1944. Bearbeitet von Jana Richter und Hermann Graml, München 1996.
Band 15	Januar–April 1945. Bearbeitet von Maximilian Gschaid, München 1995.

Teil III:

Geographisches Register, Personenregister. Bearbeitet von Angela Hermann, München 2007.
Einleitung von Elke Fröhlich zur Gesamtedition. Sachregister. Bearbeitet von Florian Dierl, Ute Keck, Benjamin Obermüller, Annika Sommersberg, Ulla-Britta Vollhardt. Koordiniert und zusammengeführt von Ulla-Britta Vollhardt. Unter Mitwirkung von Angela Hermann, 2 Bde., München 2008.

3.2. Fragmentarische Ausgaben (in deutscher Sprache)

Fröhlich, Elke (Hrsg.): Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv, Teil I, Aufzeichnungen 1924–1941, 4 Bde. und 1 Bd. Interimsregister, München u. a. 1987.

Heiber, Helmut (Hrsg.): Das Tagebuch des Joseph Goebbels 1925/26, Stuttgart 1960 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1).

Irving, David (Hrsg.): Der unbekannte Dr. Goebbels. Die geheimgehaltenen Tagebücher des Jahres 1938, London 1995.

Joseph Goebbels. Tagebücher 1945. Die letzten Aufzeichnungen, o. Hrsg., Bearbeitung Peter Stadelmayer, Einführung Rolf Hochhut, Hamburg 1977.

Lochner, Louis P. (Hrsg.): Goebbels Tagebücher aus den Jahren 1942–1943. Mit anderen Dokumenten, Zürich 1948.

Reuth, Ralf Georg (Hrsg.): Joseph Goebbels. Tagebücher 1924–1945, 5 Bde., München 1992.

Der Spiegel: [Fragmente aus den Goebbels-Tagebüchern], in: Der Spiegel, Nr. 29 (13. 7. 1992, S. 104–128), Nr. 30 (20. 7. 1992, S. 100–109), Nr. 31 (27. 7. 1992, S. 102–112), Nr. 32 (3. 8. 1992, S. 58–75).

4. Gedruckte Quellen, Dokumentationen

Ádám, Magda/Juhász, Gyula/Kerekes, Lajos (Hrsg.): Allianz Hitler-Horthy-Mussolini. Dokumente zur ungarischen Außenpolitik (1933–1944). Aus dem Ungarischen übersetzt von Johanna Till, Budapest 1966.

Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP. Rekonstruktion eines verlorengegangenen Bestandes. Regesten. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte. Bearbeitet von Helmut Heiber und Peter Longerich unter Mitwirkung von Hildegard von Kotze, Gerhard Weiher, Ino Arndt und Carla Mojto, 2 Teile, München u. a. 1983–1992 [APK NSDAP].

Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933–1938. Hrsg. für die Historische Kommission der Bayerischen Akademie der Wissenschaften von Konrad Repgen und Hans Günter Hockerts, für das Bundesarchiv von Hans Booms, Friedrich P. Kahlenberg und Hartmut Weber, 5 Bde. in 6 Teilbänden, bearbeitet von Karl-Heinz Minuth und Friedrich Hartmannsgruber, München 1983–2008.

Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945. Aus dem Archiv des Deutschen Auswärtigen Amtes, Serie C, 1933–1937, 12 Teilbde., Serie D, 1937–1941, 16 Teilbde., Serie E, 1941–1945, 8 Teilbde., 1 Bd. Index, Baden-Baden/Göttingen 1950–1979 [ADAP].

d'Alquen, Gunter: Die SS. Geschichte, Aufgabe und Organisation der Schutzstaffeln der NSDAP. Bearbeitet im Auftrage des Reichsführers SS, Berlin 1939.

Barkow, Ben/Gross, Raphael/Lenarz, Michael (Hrsg.): Novemberpogrom 1938. Die Augenzeugenberichte der Wiener Library, London, Frankfurt am Main 2008.

Berber, Fritz (Hrsg.): Europäische Politik, 1933–1938, im Spiegel der Prager Akten, Essen 1941.

Berchtold, Klaus (Hrsg.): Österreichische Parteiprogramme. 1868–1966. Eingeleitet von Klaus Berchtold, München 1967.

Berndt, Alfred-Ingemar: Der Marsch ins Großdeutsche Reich. („Meilensteine des Dritten Reiches", zweiter Band), München 1939.

Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes. 1871–1945. Hrsg. vom Auswärtigen Amt, Historischer Dienst, Maria Keipert, Peter Grupp, bisher 3 Bde., Paderborn u. a. 2000–2008.

Celovsky, Boris: Germanisierung und Genozid. Hitlers Endlösung der tschechischen Frage. Deutsche Dokumente 1933–1945, Dresden [2005].

Chamberlain, Neville: The Struggle for Peace, London 1939.

Ciano, Galeazzo: Tagebücher 1939–1943, Bern ^{2}1947.

Ciano, Galeazzo: Tagebücher 1937/38, Hamburg 1949.

Conci, Franco (Hrsg.): Es spricht der Duce. Le relazioni italo-germaniche nei discorsi e scritti di Mussolini, tradotti in tedesco e commentati dal Conci, Franco, Brescia 1940.

Dalcke, Albert: Strafrecht und Strafverfahren. Nachtrag, Berlin/München ^{31}1940.

Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag. Innenpolitik und Minderheitenprobleme in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Hrsg. vom Vorstand des Collegium Carolinum. Forschungsstelle für die böhmischen Länder, Bde. I: 1918–1921, II: 1921–1926, III: 1926–1932, ausgewählt, eingeleitet und kommentiert von Manfred Alexander, Bd. IV: 1933–1935, ausgewählt, eingeleitet und kommentiert von Heidrun und Stephan Dolezel, München 1983ff.

Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade), 1934–1940. Jge. 5, 6 (1938, 1939), Salzhausen/Frankfurt am Main ^{6}1982.

Diplomáciai Iratok Magyarország Külpolitikájához 1936–1945. A Magyar Tudományos Akadémia Történettudományi Intézete, Vol. II, A Müncheni Egyezmény Létrejötte és Magyarország Külpolitikája 1936–1938, Vol. III, Magyarország Külpolitikája 1938–1939. Hrsg. von László Zsigmond/Magda Ádám, Budapest 1965, 1970 [DIMK].

I Documenti Diplomatici Italiani. A cura des Ministereo degli Affari Esteri. Commissione per la pubblicazione die documenti diplomatici, Ottava Serie, 1935–1939, 13 Bde., Rom 1952–2006 [DDI].

Documents Diplomatiques Français, 1932–1939. Ministère des Affaires Étrangères. Commission de publication des documents relatifs aux origines de la guerre 1939–1945, 2^{e} Série (1936–1939), Tome 11, 12, Paris 1977, 1978 [DDF].

Documents on British Foreign Policy, 1919–1939. Edited by Ernest L. Woodward, Rohan Butler u. a., 2nd Series, Vol. I–XXI, 3rd Series, Vol. I–IX, London 1949–1961 [DBFP].

Documents on German Foreign Policy, 1918–1945, Series D, 1937–1945, Vol. 1–13, London 1949–1964 [DGFP].

Documents on International Affairs, 1928–1963. Royal Institute of International Affairs. Edited by John W. Wheeler-Bennett u. a., London 1929–1973 [Documents R.I.I.A.].

Documents on International Affairs, 1938, Vol. I, II. Edited by Monica Curtis. London/New York/Toronto 1942/1943.

Dokumente der Deutschen Politik, Bd. 6, Großdeutschland 1938, hrsg. von Paul Meier-Benneckenstein, bearbeitet von Hans Volz, 2 Teilbde., Berlin 1939, Bd. 7, Das Werden des Reiches 1939, hrsg. von Franz Alfred Six, bearbeitet von Hans Volz, 2 Teilbde., Berlin 1940 [DDP].

Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges. Aus dem Archiv des Deutschen Auswärtigen Amtes. Hrsg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Moskau 1948/49, Bd. 1, November 1937–1938, Bd. 2, Das Archiv Dirksens, 1938–1939 [DM].

Dokumente zur Sudetendeutschen Frage 1916–1967. Hrsg. im Auftrag der Ackermann-Gemeinde von Ernst Nittner, München 1967.

Domarus, Max: Hitler. Reden und Proklamationen. 1932–1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Bd. 1: Triumph, 1932–1938, Bd. 2: Untergang, 1939–1945, Wiesbaden 1973.

Droysen, Johann Gustav: Historik. Vorlesungen über Enzyklopädie und Methodologie der Geschichte. Hrsg. von Rudolf Hübner, München ^{4}1960.

Eichholtz, Dietrich/Schumann, Wolfgang (Hrsg.): Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges, Berlin (Ost) 1969.

Ender, Otto (Hrsg.): Die neue Österreichische Verfassung mit dem Text des Konkordates. Eingeleitet und erläutert von Otto Ender, Wien/Leipzig 1935.

Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. 1938, Vol. I, General, Washington 1955 [FRUS].

Frauendienst, Werner (Hrsg.): Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten, Bd. 5, 1937/38. Internationale Politik, Essen [2]1942.

Goebbels, Joseph: Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. Historische Darstellung in Tagebuchblättern, München 1934.

Görlitz, Walter (Hrsg.): Generalfeldmarschall Keitel. Verbrecher oder Offizier? Erinnerungen, Briefe, Dokumente des Chefs des OKW, Göttingen/Berlin/Frankfurt am Main1961.

Gritzbach, Erich (Hrsg.): Hermann Göring, Reden und Aufsätze, München 1938.

Gruner, Wolf (Hrsg.): „Lesen brauchen sie nicht zu können …" Die „Denkschrift über die Behandlung der Juden in der Reichshauptstadt auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens" vom Mai 1938, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 4 (1995), S. 305–341.

Halder, Franz: Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939–1942, Bd. I, Vom Polenfeldzug bis zum Ende der Westoffensive (14. 8. 1939–30. 6. 1940). Bearbeitet von Hans-Adolf Jacobsen in Verbindung mit Alfred Philippi, Stuttgart 1962.

Heiber, Helmut (Hrsg.): Goebbels-Reden, Bd. 1, 1932–1939, Bd. 2, 1939–1945, Düsseldorf 1971/72.

Hill, Leonidas E. (Hrsg.): Die Weizsäcker-Papiere 1933–1950, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1974.

Hiller von Gaertringen, Friedrich (Hrsg.): Die Hassell-Tagebücher. 1938–1944. Aufzeichnungen vom Andern Deutschland. Nach der Handschrift revidierte und erweiterte Ausgabe unter Mitarbeit von Klaus Peter Reiß, Berlin 1988.

Hitler, Adolf: Mein Kampf, München [145]1935.

Hitlers zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahr 1928. Eingeleitet und kommentiert von Gerhard L. Weinberg. Mit einem Geleitwort von Hans Rothfels, Stuttgart 1961 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 7).

Hoche, Werner (Hrsg.): Die Gesetzgebung des Kabinetts Hitler. Die Gesetze in Reich und Preußen seit dem 30. Januar 1933 in systematischer Ordnung mit Sachverzeichnis, Heft 14: 1. Juni bis 15. August 1935, Berlin 1935.

Hoensch, Jörg K. (Hrsg.): Dokumente zur Autonomiepolitik der Slowakischen Volkspartei Hlinkas. Unter Mitarbeit von Gerhard Ames hrsg. und eingeleitet von Jörg Hoensch, München/Wien 1984 (Veröffentlichngen des Collegium Carolinum 44).

Homburger, René: Goebbels. Chef de publicité du III[e] Reich, Paris 1939.

[IMG] Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg, 14. November 1945 – 1. Oktober 1946. Hrsg. vom Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, 42 Bde, Nürnberg 1947–1949.

Jędrzejewicz, Wacław (Ed.): Józef Lipski. Diplomat in Berlin 1933–1939. Papers and Memoirs of Józef Lipski, Ambassador of Poland, New York/London 1968.

Jochmann, Werner (Hrsg.): Adolf Hitler. Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims, Bindlach 1988.

Kallenbach, Hans: Mit Adolf Hitler auf Festung Landsberg, München 1933.

Kier, Herbert: Das tschechoslowakische Staatsverteidigungsgesetz, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Bd. 6 (1936), S. 803–828.

Kießling, Friedrich (Hrsg.): Quellen zur deutschen Außenpolitik 1933–1939, Darmstadt 2000 (Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte der Neuzeit. Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe 34).

Klusacek, Christine/Steiner, Herbert/Stimmer, Kurt (Hrsg.): Dokumentation zur österreichischen Zeitgeschichte. 1938–1945, Wien/München 1971.

Kotze, Hildegard von (Hrsg.): Heeresadjutant bei Hitler 1938–1943. Aufzeichnungen des Majors Engel. Hrsg. und kommentiert von Hildegard von Kotze, Stuttgart 1974 (Schriftenreihe der VfZ 29).

Král, Václav: Die Deutschen in der Tschechoslowakei 1933–1947. Dokumentensammlung. Zusammengestellt, mit Vorwort und Anmerkungen versehen von Václav Král, Prag 1964.

Král, Václav: Das Abkommen von München 1938. Tschechoslowakische diplomatische Dokumente 1937–1939. Zusammengestellt, mit Vorwort und Anmerkungen versehen von Václav Král, Prag 1968.

Krausnick, Helmut/Deutsch, Harold C. (Hrsg.): Helmuth Groscurth. Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938–1940. Mit weiteren Dokumenten zur Militäropposition gegen Hitler. Unter Mitarbeit von Hildegard von Kotze, Stuttgart 1970 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 19).

Krofta, Kamil: Die Tschechoslovakei und die internationale Spannung. Exposé des Aussenministers. Vorgetragen am 11. November 1937 in den Aussenausschüssen des Abgeordnetenhauses und des Senats der Nationalversammlung, Prag 1937 (Tschechoslovakische Quellen und Dokumente 23).

Kulka, Otto Dov/Jäckel, Eberhard (Hrsg.): Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933–1945. Unter Mitarbeit von Anne Birkenhauer, Andrea Fiedermutz, Georgia Hauber, Louise Hecht, Stefan Kley, Silvia Noll, Noa Nussbaum und Dorthe Seifert, Düsseldorf 2004 (Schriften des Bundesarchivs 62).

Michaelis, Herbert/Schraepler, Ernst (Hrsg.): Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Bde. 3, 11, 12, 13, Berlin 1959, 1966, 1968.

Mühleisen, Horst: Die Fritsch-Krise im Frühjahr 1938. Neun Dokumente aus dem Nachlaß des Generaloberſten, in: MGM 56 (1997), S. 471–508.

NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation, 1933–1939. Hrsg. von Hans Bohrmann/Gabriele Toepser-Ziegert, 7 Bde. in 19 Teilbänden, München u. a. 1984–2001 [NS-PrA].

Der Parteitag Großdeutschland vom 5. bis 12. September 1938. Offizieller Bericht über den Verlauf des Reichsparteitages mit sämtlichen Kongreßreden, München 1938.

Picker, Henry (Hrsg.): Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier. Unveränderte Neuausgabe, Frankfurt am Main/Berlin 1989.

Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik. IX. Abteilung. Kabinett Dr. Kurt Schuschnigg I-IV, 29. 7. 1934–11. 3. 1938. Hrsg. von der Österreichischen Gesellschaft für historische Quellenstudien unter Mitwirkung des Österreichischen Staatsarchivs von Gertrude Enderle-Burcel/Rudolf Neck/Kurt Peball, bearbeitet von Gertrude Enderle-Burcel, Walter Mentzel, Christina Putz. Bisher 6 Bde. (bis 4. 11. 1936), Wien 1988ff.

Rabl, Kurt: Neue Dokumente zur Sudetenkrise 1938, in: Bohemia. Jahrbuch des Collegium Carolinum 1 (1960), S. 312–362.

Révay, Stephan: Die im Belvedere gezogene ungarisch-slowakische Grenze, Budapest 1941 (Veröffentlichungen der ungarischen statistischen Gesellschaft 14).

Reynolds, Nicolas: Der Fritsch-Brief vom 11. Dezember 1938, in: VfZ 28 (1980), S. 358–371.

Ripka, Hubert: Munich. Before and after, London 1939 (ND New York 1969).

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender. Hrsg. von Ulrich Thürauf. N. F., Jahrgänge 53–55, Bde. 78–80, 1937–1939, München 1938–1940.

Schvarc, Michal/Holák, Martin/Schriffl, David (Hrsg.): „Tretia ríša" a vznik Slovenského štátu Dokumenty I. Das „Dritte Reich" und die Entstehung des Slowakischen Staates. Dokumente I, Bratislava 2008.

Self, Robert (Hrsg.): The Neville Chamberlain Diary Letters, Vol. IV, The Downing Street Years, 1934–1940, Aldershot 2005.

Seraphim, Hans-Günther (Hrsg.): Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs. 1934/35 und 1939/40, München 1964.

Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich, Jg. 1920, Wien 1920.

Steinbauer, Gustav: Ich war Verteidiger in Nürnberg. Ein Dokumentenbeitrag zum Kampf um Österreich, Klagenfurt 1950.

Straßer, Otto: Die deutsche Bartholomäusnacht, Prag/Zürich/Basel [7]1938 (erstmals 1935).

Straßer, Otto: Hitler und ich, Konstanz 1948 (zuerst unter dem Titel „Hitler et moi", Paris 1940).

Straßer, Otto: The Gangsters around Hitler, London o. J. [1942].

Szinai, Miklós/Szűcs, László (Hrsg.): The Confidential Papers of Admiral Horthy, Budapest 1965.

Treue, Wilhelm: Rede Hitlers vor der deutschen Presse, in: VfZ 6 (1958), S. 175–191.

Treue, Wolfgang: Deutsche Parteiprogramme. 1861–1954, Göttingen/Frankfurt am Main/Berlin 1954 (Quellensammlung zur Kulturgeschichte 3).

Tutsch, Josef: Goebbels-Aufzeichnungen werden restituiert. Editionsprojekt am Institut für Kommunikationsgeschichte der FU, in: FU-Info, 11/1989.

United States, Department of State (Hrsg.): Peace and War. United States Foreign Policy. 1931–1941. Washington 1943.

Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. Hrsg. im Auftrag des Bundesarchivs, des Instituts für Zeitgeschichte und des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg von Götz Aly u. a., 16 Bde., München 2008ff. Bisher erschienen: Bd. 1, Deutsches Reich 1933–1937, bearbeitet von Wolf Gruner, München 2008, Bd. 2, Deutsches Reich 1938 – August 1939, bearbeitet von Susanne Heim, München 2009 [VEJ].

Vogelsang, Thilo (Hrsg.): Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930–1933, in: VfZ 2 (1954), S. 397–436.

Volz, Hans: Daten der Geschichte der NSDAP, Berlin/Leipzig 1935.

Wagner, Eduard: Die Besetzung der Tschechoslowakei, in: Politische Studien 14 (1963), Heft 151, S. 578–584.

Walk, Joseph (Hrsg.): Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung, Heidelberg [2]1996 (UTB 1889).

Wildt, Michael (Hrsg.): Die Judenpolitik des SD 1935 bis 1938. Eine Dokumentation. Hrsg. und eingeleitet von Michael Wildt, München 1995 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 71).

Wildt, Michael (Hrsg.): Hans Reichmann. Deutscher Bürger und verfolgter Jude. Novemberpogrom und KZ Sachsenhausen 1937 bis 1939, München 1998 (Biographische Quellen zur Zeitgeschichte 21).

Wollstein, Günter (Hrsg.): Quellen zur deutschen Innenpolitik 1933–1939, Darmstadt 2001 (Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte der Neuzeit. Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe 33).

Zernatto, Guido: Die Wahrheit über Österreich, New York/Toronto 1938.

5. Zeitungen und Zeitschriften

The Daily Telegraph and Morning Post, Jg. 1938.

Frankfurter Zeitung, Jg. 1937, 1938.

Gazzetta ufficiale del Regno d'Italia, 78 und 79 (Jg. 1937, 1938).

Reichsgesetzblatt. Hrsg. vom Reichsministerium des Innern, Jge. 1933–1943, Berlin 1933–1943.

Revue de droit international 22 (1938), Heft 4, S. 586–720 [Dokumentation der Krise um die Tschechoslowakei 1938].

Sammlung der Gesetze und Verordnungen des Čechoslovakischen Staates, Jge. 1938, 1939, Prag 1938, 1939 [S. d. G. u. V.].

Der Spiegel, Jg. 1965, 1992.

The Times, Jg. 1938–1941.

Völkischer Beobachter, Münchener Ausgabe und Norddeutsche Ausgabe, Jg. 1937, 1938.

Die Welt, Jg. 1999.

6. Memoiren

Anfuso, Filippo: Rom-Berlin in diplomatischem Spiegel. Übersetzt von Egon Heymann, Essen/München/Hamburg 1951.

Below, Nicolaus von: Als Hitlers Adjutant 1937–45, Mainz 1980.

Beneš, Eduard: Memoirs of Dr. Eduard Beneš. From Munich to New War and New Victory, London 1954.

Bonnet, Georges: Vor der Katastrophe. Erinnerungen des französischen Außenministers 1938–1939, Köln 1951.

Broucek, Peter (Hrsg.): Ein General im Zwielicht. Die Erinnerungen Edmund Glaises von Horstenau, Bd. 2: Minister im Ständestaat und General im OKW, Wien/Köln/Graz 1983 (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 70).

Coulondre, Robert: Von Moskau nach Berlin. 1936–1939. Erinnerungen des französischen Botschafters, Bonn 1950.

Dietrich, Otto: Zwölf Jahre mit Hitler, Köln 1955.

Ďurčanský, Ferdinand: Mit Tiso bei Hitler. Die Entstehung der Slowakischen Republik 1939, in: Politische Studien 7 (1956), Heft 80, S. 1–10.

Feierabend, Ladislav: Prag-London vice-versa. Erinnerungen 1938–1950, Bd. 1, Bonn/Brüssel/New York 1971 (Dokumente und Kommentare zu Ost-Europa-Fragen 14).

François-Poncet, André: Als Botschafter in Berlin. 1931–1938, Mainz ^{2}1949.

Gisevius, Hans Bernd: Bis zum bitteren Ende, Bd. 1, Zürich 1946.

Hencke, Andor: Augenzeuge einer Tragödie. Diplomatenjahre in Prag 1936–1939, München 1977.

Henderson, Sir Nevile: Fehlschlag einer Mission. Berlin 1937 bis 1939, Zürich 1939.

Horthy, Nikolaus von: Ein Leben für Ungarn, Bonn 1953.

Hoßbach, Friedrich: Zwischen Wehrmacht und Hitler 1934–1938, Wolfenbüttel/Hannover 1949.

Jordan, Rudolf: Erlebt und Erlitten. Weg eines Gauleiters von München bis Moskau, Leoni am Starnberger See 1971.

Keitel, Wilhelm: Mein Leben. Pflichterfüllung bis zum Untergang. Hitlers Generalfeldmarschall und Chef des Oberkommandos der Wehrmacht in Selbstzeugnissen. Hrsg. von Werner Maser, Berlin ^{2}2000.

Kettermann, Richard/Schmidt, Uwe (Hrsg.): Lida Baarova: Die süße Bitterkeit meines Lebens. Hrsg. und überarbeitet von Richard Kettermann/Uwe Schmidt, Koblenz 2001.

Kordt, Erich: Wahn und Wirklichkeit. Die Außenpolitik des Dritten Reiches. Versuch einer Darstellung. Hrsg. unter Mitwirkung von Karl Heinz Abshagen, Stuttgart 1948.

Kordt, Erich: Nicht aus den Akten … Die Wilhelmstraße in Frieden und Krieg. Erlebnisse, Begegnungen und Eindrücke 1928–1945, Stuttgart 1950.

Mastný, Vojtěch: Vzpomínky Diplomata. Ze vzpomínek a dokumentů československého vyslance. Ediert von Eduard Kubů/Petr Luňák/Otto Novák, Prag 1997.

Meissner, Otto: Staatssekretär. Unter Ebert, Hindenburg, Hitler. Der Schicksalsweg des deutschen Volkes von 1918–1945, wie ich ihn erlebte, Hamburg 1950.

Raeder, Erich: Mein Leben. Von 1935 bis Spandau 1955, Tübingen 1957.

Ribbentrop, Joachim von: Zwischen London und Moskau. Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen. Aus dem Nachlaß hrsg. von Annelies von Ribbentrop, Leoni am Starnberger See 1953.

Rose, Olaf (Hrsg.): Julius Schaub. In Hitlers Schatten. Erinnerungen und Aufzeichnungen des Chefadjutanten 1925–1945, Stegen/Ammersee 2005.

Schmidt, Paul: Statist auf diplomatischer Bühne. 1923–1945. Erlebnisse des Chefdolmetschers im Auswärtigen Amt mit den Staatsmännern Europas, Bonn 1949.

Schuschnigg, Kurt [von]: Ein Requiem in Rot-Weiss-Rot. „Aufzeichnungen des Häftlings Dr. Auster", Zürich 1946.

Schuschnigg, Kurt [von]: Im Kampf gegen Hitler. Die Überwindung der Anschlußidee, Wien/München/Zürich 1969.

Schwerin von Krosigk, Lutz Graf: Es geschah in Deutschland. Menschenbilder unseres Jahrhunderts, Tübingen/Stuttgart 1951.

Schwerin von Krosigk, Lutz Graf: Staatsbankrott. Die Geschichte der Finanzpolitik des Deutschen Reiches von 1920 bis 1945, geschrieben vom letzten Reichsfinanzminister, Göttingen/Frankfurt am Main/Zürich 1974.

Schwerin von Krosigk, Lutz Graf: Memoiren, Stuttgart 1977.

Spitzy, Reinhard: So haben wir das Reich verspielt. Bekenntnisse eines Illegalen, München/Wien 1986.

Weizsäcker, Richard (Hrsg.): Ernst von Weizsäcker: Erinnerungen, München/Leipzig/Freiburg 1950.

Wiedemann, Fritz: Der Mann, der Feldherr werden wollte. Erlebnisse und Erfahrungen des Vorgesetzten Hitlers im 1. Weltkrieg und seines späteren Persönlichen Adjutanten, Velbert/Kettwig 1964.

7. Literatur

Ádám, Magda: Richtung Selbstvernichtung. Die Kleine Entente 1920–1938, Wien 1988.

Ádám, Magda: The Munich Crisis and Hungary: The Fall of the Versailles Settlement in Central Europe, in: Igor Lukes/Erik Goldstein (Hrsg.): The Munich Crisis, 1938. Prelude to World War II., London/Portland 1999, S. 82–121 (auch in: Ádám, Magda: The Versailles System and Central Europe, Aldershot/Burlington 2004, S. 319–357).

Adam, Uwe Dietrich: Wie spontan war der Pogrom?, in: Walter H. Pehle (Hrsg.): Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht" zum Völkermord, Frankfurt am Main 1988, S. 74–93.

Adamthwaite, Anthony: Großbritannien und das Herannahen des Krieges, in: Klaus Hildebrand/Jürgen Schmädeke/Klaus Zernack (Hrsg.): 1939. An der Schwelle zum Weltkrieg. Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und das internationale System. Im Auftrag der Historischen Kommission zu Berlin und des Instituts für Zeitgeschichte, München, Berlin/New York 1990 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 76), S. 197–214.

Alexander, Manfred: Die Tschechoslowakei und das Deutsche Reich zwischen Versailles und München, in: Arnold Suppan/Elisabeth Vyslonzil (Hrsg): Edvard Beneš und die tschechoslowakische Außenpolitik 1918–1948, Frankfurt am Main u. a. 2002 (Wiener Osteuropa Studien 12), S. 99–119.

Altrichter, Helmut: Unauflösbare Widersprüche. Die sowjetische Politik und der Kriegsausbruch, in: Ders./Josef Becker (Hrsg.): Kriegsausbruch 1939. Beteiligte, Betroffene, Neutrale, München 1989, S. 59–83.

Altrichter, Helmut/Becker, Josef (Hrsg.): Kriegsausbruch 1939. Beteiligte, Betroffene, Neutrale, München 1989.

Aly, Götz: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt am Main 2005.

Ara, Angelo: Die italienische Österreichpolitik 1936–1938, in: Gerald Stourzh/Birgitta Zaar (Hrsg.): Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des „Anschlusses" vom März 1938, Wien 1990 (Veröffentlichungen der Kommission für die Geschichte Österreichs 16), S. 111–129.

Auerbach, Hellmuth: Volksstimmung und veröffentlichte Meinung in Deutschland zwischen März und November 1938, in: Franz Knipping/Klaus-Jürgen Müller (Hrsg.): Machtbewußtsein in Deutschland am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Paderborn 1984, S. 273–293.

Ayaß, Wolfgang: „Asoziale" – die verachteten Verfolgten, in: Verfolgung als Gruppenschicksal, Dachauer Hefte 14 (1998), S. 50–66.

Bärsch, Claus-Ekkehard: Erlösung und Vernichtung. Dr. phil. Joseph Goebbels. Zur Psyche und Ideologie eines jungen Nationalsozialisten 1923–1927, München 1987.

Bärsch, Claus-Ekkehard: Das Katastrophenbewußtsein eines werdenden Nationalsozialisten. Der Antisemitismus im Tagebuch des Joseph Goebbels vor dem Eintritt in die NSDAP, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 1 (1990), S. 125–151.

Bajohr, Frank: „Arisierung" in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933–1945, Hamburg 1997 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 35).

Bajohr, Frank: Die Zustimmungsdiktatur. Grundzüge nationalsozialistischer Herrschaft in Hamburg, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hrsg.): Hamburg im „Dritten Reich", Göttingen 2005, S. 69–121.

Bajohr, Frank: Dynamik und Disparität. Die nationalsozialistische Rüstungsmobilisierung und die „Volksgemeinschaft", in: Ders./Michael Wildt (Hrsg.): Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2009, S. 78–93.

Bankier, David: Hitler and the Policy-Making Process on the Jewish Question, in: Holocaust and Genocide Studies 3 (1988), S. 1–20.

Barbier, Colette: Das französische Außenministerium und die diplomatische Aktivität vom Münchener Abkommen bis zur Kriegserklärung, in: Klaus Hildebrand/Jürgen Schmädeke/Klaus Zernack (Hrsg.): 1939. An der Schwelle zum Weltkrieg. Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und das internationale System. Im Auftrag der Historischen Kommission zu Berlin und des Instituts für Zeitgeschichte, München, Berlin/New York 1990 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 76), S. 43–53.

Barkai, Avraham: „Schicksalsjahr 1938". Kontinuität und Verschärfung der wirtschaftlichen Ausplünderung der deutschen Juden, in: Walter H. Pehle (Hrsg.): Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht" zum Völkermord, Frankfurt am Main 1988, S. 94–117.

Barth, Christian T.: Goebbels und die Juden, Paderborn u. a. 2003.

Barth, Erwin: Joseph Goebbels und die Formierung des Führer-Mythos: 1917 bis 1934, Erlangen/Jena 1999 (Erlanger Studien 119).

Bartoszewski, Wladyslaw: Polen: Die innen- und außenpolitische Lage im Sommer 1939, in: Helmut Altrichter/Josef Becker (Hrsg.): Kriegsausbruch 1939. Beteiligte, Betroffene, Neutrale, München 1989, S. 39–58.

Becker, Siegfried: Ein Nachlaß im Streit. Anmerkungen zu den Prozessen um die Tagebücher von Joseph Goebbels, in: Friedrich Kahlenberg (Hrsg.): Aus der Arbeit der Archive. Beiträge zum Archivwesen, zur Quellenkunde und zur Geschichte. Festschrift für Hans Booms, Boppard 1989, S. 270–286.

Benz, Wolfgang: Der Rückfall in die Barbarei. Bericht über den Pogrom, in: Walter H. Pehle (Hrsg.): Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht zum Völkermord", Frankfurt am Main 1988, S. 13–51.

Benz, Wolfgang: Geschichte des Dritten Reiches. Sonderausgabe für die Bundeszentrale und die Landeszentralen für politische Bildung, München 2000.

Benz, Wolfgang/Graml, Hermann (Hrsg.): Sommer 1939. Die Großmächte und der Europäische Krieg, Stuttgart 1979 (Schriftenreihe der VfZ, Sondernummer).

Berg, Thomas von: Korruption und Bereicherung. Politische Biografie des Münchner NSDAP-Fraktionsvorsitzenden Christian Weber (1883–1945), München 2003 (Forum Deutsche Geschichte 1).

Berger Waldenegg, Georg Christoph: Hitler, Göring, Mussolini und der „Anschluß" Österreichs an das Deutsche Reich, in: VfZ 51 (2003), S. 147–182.

Bilavsky, Jörg von: Joseph Goebbels, Reinbek bei Hamburg 2009.

Blasius, Rainer A.: Für Großdeutschland – gegen den großen Krieg. Ernst von Weizsäcker in den Krisen um die Tschechoslowakei und Polen, Köln/Wien 1981.

Bodensieck, Heinrich: Die Politik des Prager Kabinetts Beran der Zweiten Tschecho-Slowakischen Republik (Herbst 1938 – Frühjahr 1939), Kiel 1956 (Manuskript Diss. Universität Kiel).

Bodensieck, Heinrich: Die Politik der Zweiten Tschecho-Slowakischen Republik (Herbst 1938–Frühjahr 1939), in: Zeitschrift für Ostforschung 6 (1957), S. 54–71.

Bodensieck, Heinrich: Volksgruppenrecht und nationalsozialistische Außenpolitik nach dem Münchener Abkommen 1938, in: Zeitschrift für Ostforschung 7 (1958), S. 502–518.

Bodensieck, Heinrich: Das Dritte Reich und die Lage der Juden in der Tschecho-Slowakei nach München, in: VfZ 9 (1961), S. 249–261.

Bodensieck, Heinrich: Der Plan eines „Freundschaftsvertrages" zwischen dem Reich und der Tschecho-Slowakei im Jahre 1938, in: Zeitschrift für Ostforschung 10 (1961), S. 462–476.

Bodensieck, Heinrich: Zur Vorgeschichte des „Protektorats Böhmen und Mähren". Der Einfluß volksdeutscher Nationalsozialisten und reichsdeutscher Berufsdiplomaten auf Hitlers Entscheidung, in: GWU 19 (1968), S. 713–732.

Bodnar, Artur: Die politische Situation im Jahre 1938 in Mitteleuropa aus der Sicht der Republik Polen, in: Peter Glotz u. a. (Hrsg.): München 1938. Das Ende des alten Europa. Hrsg. im Auftrage der „Deutsch-Tschechoslowakischen Gesellschaft für die Bundesrepublik Deutschland e. V." (DTG), Essen 1990, S. 357–367.

Boelcke, Willi A.: Das „Seehaus" in Berlin-Wannsee. Zur Geschichte des deutschen „Monitoring-Service" während des Zweiten Weltkrieges, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 23 (1974), S. 231–269.

Bonacker, Max: Goebbels' Mann beim Radio. Der NS-Propagandist Hans Fritzsche (1900–1953), München 2007 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 94).

Borejsza, Jerzy W.: Die „kleinen Revisionismen" und Ostmitteleuropa am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, in: Klaus Hildebrand/Jürgen Schmädeke/Klaus Zernack (Hrsg.): 1939. An der Schwelle zum Weltkrieg. Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und das internationale System. Im Auftrag der Historischen Kommission zu Berlin und des Instituts für Zeitgeschichte, München, Berlin/New York 1990 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 76), S. 115–133.

Botz, Gerhard: Die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich. Planung und Verwirklichung des politisch-administrativen Anschlusses (1938–1940), Wien 1972 (Schriftenreihe des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung 1).

Botz, Gerhard: Schuschniggs geplante „Volksbefragung" und Hitlers „Volksabstimmung" in Österreich. Ein Vergleich, in: Rudolf Neck/Adam Wandruszka (Hrsg.): Anschluß 1938. Protokoll des Symposiums in Wien am 14. und 15. März 1978, München 1981 (Veröffentlichungen/Wissenschaftliche Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der Österreichischen Geschichte der Jahre 1918 bis 1938 7), S. 220–243.

Botz, Gerhard: War der „Anschluß" erzwungen?, in: Felix Kreissler (Hrsg.): Fünfzig Jahre danach – Der „Anschluß" von innen und außen gesehen. Beiträge zum Internationalen Symposion in Rouen, 29. Februar – 4. März 1988, Wien/Zürich 1989 (Veröffentlichung des Ludwig Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Linz und des Centre d'Etudes et de Recherches Autrichiennes, Rouen), S. 97–119.

Botz, Gerhard: Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung 1938/39. Überarbeitete und erweiterte Neuauflage, Wien 2008.

Boyer, Christoph: Nationale Kontrahenten oder Partner? Studien zu den Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen in der Wirtschaft der ČSR (1918–1939), München 1999 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 42).

Brandes, Detlef: Die Sudetendeutschen im Krisenjahr 1938, München 2008 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 107).

Braun, Christian A.: Nationalsozialistischer Sprachstil. Theoretischer Zugang und praktische Analysen auf der Grundlage einer pragmatisch-textlinguistisch orientierten Stilistik, Heidelberg 2007.

Broszat, Martin: Das sudetendeutsche Freikorps, in: VfZ 9 (1961), S. 30–49.

Broszat, Martin: Die Reaktion der Mächte auf den 15. März 1939, in: Bohemia. Jahrbuch des Collegium Carolinum, Bd. 8, München 1967, S. 253–280.

Broszat, Martin: Deutschland – Ungarn – Rumänien. Entwicklung und Grundfaktoren nationalsozialistischer Hegemonial- und Bündnispolitik 1938–1941, in: Manfred Funke

(Hrsg.): Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, Düsseldorf 1976 (Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte 12), S. 524–564.

Broszat, Martin: Goebbels-Tagebücher, in: VfZ 29 (1981), S. 124f.

Broszat, Martin: Die „Hitler-Tagebücher": Original oder Fälschung?, in: Hermann Graml/Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.): Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte. Beiträge von Martin Broszat, München 1986, S. 295–300.

Broszat, Martin: Zur Edition der Goebbels-Tagebücher, in: VfZ 37 (1989), S. 156–162.

Broszat, Martin: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, München [13]1992.

Broszat, Martin: Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik, München [4]1993.

Bucher, Peter: Die Tagebücher von Joseph Goebbels, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte de 20. und 21. Jahrhunderts, 3 (1988), S. 89–95.

Buchheim, Hans: Die SS – Das Herrschaftsinstrument, in: Hans Buchheim u. a.: Anatomie des SS-Staates, München [7]1999, S. 15–214.

Bullard, Julian: „Muß es sein? Es muß sein!" Großbritannien und der Kriegsausbruch, in: Helmut Altrichter/Josef Becker (Hrsg.): Kriegsausbruch 1939. Beteiligte, Betroffene, Neutrale, München 1989, S. 84–103.

Bullock, Alan: Hitler. Eine Studie über Tyrannei, Düsseldorf 1953.

Bystrický, Valerián: Die diplomatischen und militärischen Voraussetzungen der Verteidigung der ČSR gegen die nationalsozialistische Aggression, in: Jörg K. Hoensch/Dušan Kováč (Hrsg.): Das Scheitern der Verständigung. Tschechen, Deutsche und Slowaken in der Ersten Republik (1918–1938), Essen 1994 (Veröffentlichungen des Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 2), S. 135–145.

Carsten, Francis L.: Großbritannien und Österreich 1918–1937, in: Gerald Stourzh/Birgitta Zaar (Hrsg.): Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des „Anschlusses" vom März 1938, Wien 1990 (Veröffentlichungen der Kommission für die Geschichte Österreichs 16), S. 29–44.

Celovsky, Boris: Das Münchener Abkommen 1938, Stuttgart 1958 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 3).

Cienciala, Anna M.: The Munich Crisis of 1938: Plans and Strategy in Warsaw in the Context of the Western Appeasement of Germany, in: Igor Lukes/Erik Goldstein (Hrsg.): The Munich Crisis, 1938. Prelude to World War II., London/Portland 1999, S. 48–81.

Collotti, Enzo: Die Historiker und die Rassengesetze in Italien, in: Christof Dipper/Rainer Hudemann/Jens Petersen (Hrsg.): Faschismus und Faschismen im Vergleich. Wolfgang Schieder zum 60. Geburtstag, Vierow bei Greifswald 1998 (Italien in der Moderne 3), S. 59–77.

Collotti, Enzo: Il fascismo e gli ebrei. Le leggi razziali in Italia, Rom/Bari 2003.

Conze, Eckart/Frei, Norbert/Hayes, Peter/Zimmermann, Moshe: Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik. Unter Mitarbeit von Annette Weinke und Andrea Wiegeshoff. München [2]2010.

Čubarjan, Aleksandr: Die UdSSR und der Beginn des Zweiten Weltkrieges, in: Klaus Hildebrand/Jürgen Schmädeke/Klaus Zernack (Hrsg.): 1939. An der Schwelle zum Weltkrieg. Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und das internationale System. Im Auftrag der Historischen Kommission zu Berlin und des Instituts für Zeitgeschichte, München, Berlin/New York 1990 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 76), S. 277–292.

Dašičev, Vjačeslav: Planungen und Fehlschläge Stalins am Vorabend des Krieges – der XVII. Parteitag der KPdSU(B) und der sowjetisch-deutsche Nichtangriffspakt, in: Klaus Hildebrand/Jürgen Schmädeke/Klaus Zernack (Hrsg.): 1939. An der Schwelle zum Welt-

krieg. Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und das internationale System. Im Auftrag der Historischen Kommission zu Berlin und des Instituts für Zeitgeschichte, München, Berlin/New York 1990 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 76), S. 303–314.

Dehn, Rüdiger von: Die alliierte Invasion 1944 und Joseph Goebbels. Die Schlacht in der Normandie in seiner Wahrnehmung und Propaganda, Hamburg 2008.

Deist, Wilhelm: Die Aufrüstung der Wehrmacht, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 1: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart 1979, S. 371–532.

Deutsch, Harold C.: Das Komplott oder die Entmachtung der Generäle. Blomberg- und Fritsch-Krise. Hitlers Weg in den Krieg, Zürich 1974.

Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 1: Wilhelm Deist u. a.: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik, Stuttgart 1979.

Dirks, Christian: Die „Juni-Aktion" 1938 in Berlin, in: Beate Meyer/Hermann Simon (Hrsg.): Juden in Berlin 1938–1945. Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung in der Stiftung „Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum", Mai bis August 2000, Berlin 2000, S. 33–43.

Döscher, Hans-Jürgen: „Reichskristallnacht". Die Novemberpogrome 1938, München ^{3}2000.

Ďurica, Milan Stanislao: La Slovacchia e le sue relationi politiche con la Germania 1938–1945, Vol. I, Dagli accordi di Monaco all'inizio della seconda guerre mondiale (ottobre 1938 – settembre 1939), Padua 1964.

Ebermayer, Erich/Roos, Hans: Gefährtin des Teufels. Leben und Tod der Magda Goebbels, Hamburg 1952.

Eckert, Astrid M./Martens, Stefan: Glasplatten im märkischen Sand. Zur Überlieferungsgeschichte der Tageseinträge und Diktate von Joseph Goebbels, in: VfZ 52 (2004), S. 479–526.

Eichholtz, Dietrich/Pätzold, Kurt (Hrsg.): Der Weg in den Krieg. Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre (1935/36 bis 1939), Köln 1989 [ursprünglich Berlin (Ost)].

Eichstädt, Ulrich: Von Dollfuss zu Hitler. Geschichte des Anschlusses Österreichs 1933–1938, Wiesbaden 1955.

Esch, Michael G.: Die Politik der polnischen Vertretungen im Deutschen Reich 1935 bis 1939 und der Novemberpogrom 1938, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 8 (1999), S. 131–154.

Evans, Richard J.: Fakten und Fiktionen. Über die Grundlagen historischer Erkenntnis, Frankfurt am Main/New York 1998.

Evans, Richard J.: Der Geschichtsfälscher. Holocaust und historische Wahrheit im David-Irving-Prozess, Frankfurt am Main 2001.

Evans, Richard J.: Das Dritte Reich. Diktatur, Bd. 2/I-II, München 2006.

Fallois, Immo von: Kalkül und Illusion. Der Machtkampf zwischen Reichswehr und SA während der Röhm-Krise 1934, Berlin 1994 (Beiträge zur Politischen Wissenschaft 75).

Feiling, Keith: The Life of Neville Chamberlain, London 1946.

Felice, Renzo De: Storia degli ebrei italiani sotto il fascismo, Turin 1961.

Fest, Joachim C.: Das Gesicht des Dritten Reiches. Profile einer totalitären Herrschaft, München 1964.

Fest, Joachim C.: Joseph Goebbels. Eine Porträtskizze, in: VfZ 43 (1995), S. 565–580.

Fischer, Conan: Ernst Julius Röhm – Stabschef der SA und unentbehrlicher Außenseiter, in: Ronald Smelser/Enrico Syring/Rainer Zitelmann (Hrsg.): Die braune Elite, Bd. 1, 22 biographische Skizzen, Darmstadt ^{4}1999, S. 212–222.

Fischer, Peter: Die deutsche Publizistik als Faktor der deutsch-polnischen Beziehungen 1919–1939, Wiesbaden 1991 (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund 7).

Foertsch, Hermann: Schuld und Verhängnis. Die Fritsch-Krise im Frühjahr 1938 als Wendepunkt der Geschichte der nationalsozialistischen Zeit, Stuttgart 1951 (Veröffentlichung des Deutschen Instituts für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit 1).

Franke, Reiner: London und Prag. Materialien zum Problem eines multinationalen Nationalstaates 1919–1938, München 1981 (Wissenschaftliche Materialien und Beiträge zur Geschichte und Landeskunde der böhmischen Länder 26).

Friedländer, Saul: Das Dritte Reich und die Juden, Bd. 1, Die Jahre der Verfolgung, 1933–1939, Bd. 2, Die Jahre der Vernichtung, 1939–1945, München 1998/2006.

Fröhlich, Elke: Joseph Goebbels und sein Tagebuch, in: VfZ 35 (1987), S. 489–522.

Fröhlich, Elke: Hitler und Goebbels im Krisenjahr 1944. Aus den Tagebüchern des Reichspropagandaministers, in: VfZ 38 (1990), S. 195–224.

Fröhlich, Elke: Hitler-Goebbels-Straßer: a War of Deputies, as Seen through the Goebbels Diaries, 1926–1927, in: Anthony McElligott/Tim Kirk (Hrsg.): Working towards the Führer. Essays in Honour of Sir Ian Kershaw, Manchester 2003, S. 41–67.

Fröhlich, Elke: Joseph Goebbels, portrait d'un populiste, in: Joseph Goebbels. Journal. 1923–1933. Texte présenté par Elke Fröhlich et Horst Möller, établi et commenté par Pierre Ayçoberry, Paris 2006, S. XXXIX–LXXII.

Fröhlich, Elke: Joseph Goebbels, profil de sa propaganda (1926–1939), in: Joseph Goebbels. Journal. 1933–1939. Texte présenté par Elke Fröhlich, Horst Möller et Pierre Ayçoberry, établi et commenté par Pierre Ayçoberry et Barbara Lambauer, édité avec le concours de l'Institut für Zeitgeschichte, Paris 2007, S. 17–53.

Fröhlich, Elke: Joseph Goebbels, un propagandiste profiteur de guerre, in: Joseph Goebbels. Journal. 1939–1942. Texte présenté par Elke Fröhlich u. a., commenté par Barbara Lambauer. Conseiller éditorial: Denis Peschanski, Paris 2009, S. XIX-XLIX.

Gackenholz, Hermann: Reichskanzlei, 5. November 1937. Bemerkungen über „Politik der Kriegsführung" im Dritten Reich, in: Richard Dietrich/Gerhard Oestreich (Hrsg.): Forschungen zu Staat und Verfassung. Festgabe für Fritz Hartung, Berlin 1958, S. 459–484.

Gebel, Ralf: „Heim ins Reich!" Konrad Henlein und der Reichsgau Sudetenland (1938–1945), München 1999 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 83).

Gilbert, Martin: Kristallnacht. Prelude to Destruction, New York 2006.

Glotz, Peter u. a. (Hrsg.): München 1938. Das Ende des alten Europa. Hrsg. im Auftrage der „Deutsch-Tschechoslowakischen Gesellschaft für die Bundesrepublik Deutschland e. V." (DTG), Essen 1990.

Goldberg, Bettina: Die Zwangsausweisung der polnischen Juden aus dem Deutschen Reich im Oktober 1938 und die Folgen, in: ZfG 46 (1998), S. 971–984.

Gottschling, Ernst: „Heim ins Reich!" oder die Annexion Österreichs, in: Dietrich Eichholtz/Kurt Pätzold (Hrsg.): Der Weg in den Krieg. Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre (1935/36 bis 1939), Köln 1989 [ursprünglich Berlin (Ost)], S. 183–209.

Graml, Hermann: Europas Weg in den Krieg. Hitler und die Mächte 1939, München 1990 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 29).

Graml, Hermann: s. v. Hoßbach-Niederschrift, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Legenden, Lügen, Vorurteile. Ein Wörterbuch zur Zeitgeschichte, München 1992, S. 97–99.

Graml, Hermann: Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich, München ^{3}1998.

Graml, Hermann: Joseph Goebbels und der Sozialismus 1923–1933, in: Klaus Hildebrand/Udo Wengst/Andreas Wirsching (Hrsg.): Geschichtswissenschaft und Zeiterkenntnis. Von der Aufklärung bis zur Gegenwart. Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Möller, München 2008, S. 149–162.

Graml, Hermann: Hitler und England. Ein Essay zur nationalsozialistischen Außenpolitik 1920 bis 1940, München 2010 (Zeitgeschichte im Gespräch 7).

Graml, Hermann/Königseder, Angelika/Wetzel, Juliane (Hrsg.): Vorurteil und Rassenhaß. Antisemitismus in den faschistischen Bewegungen Europas. Festschrift für Wolfgang Benz, Berlin 2001.

Graß, Karl Martin: Edgar Jung, Papenkreis und Röhmkrise 1933/34, Heidelberg 1966 (Diss. Heidelberg).

Groehler, Olaf: Das Revirement in der Wehrmachtsführung 1937/38, in: Dietrich Eichholtz/Kurt Pätzold (Hrsg.): Der Weg in den Krieg. Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre (1935/36 bis 1939), Köln 1989 [ursprünglich Berlin (Ost)], S. 113–149.

Gruner, Wolf: Judenverfolgung in Berlin 1933–1945. Eine Chronologie der Behördenmaßnahmen in der Reichshauptstadt, Berlin 1996.

Gruner, Wolf: Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen. Zur wechselseitigen Dynamisierung von zentraler und lokaler Politik 1933–1941, in: VfZ 48 (2000), S. 75–126.

Haas, Hanns: Die Okkupation Österreichs in den internationalen Beziehungen, in: Rudolf Neck/Adam Wandruszka (Hrsg.): Anschluß 1938. Protokoll des Symposiums in Wien am 14. und 15. März 1978, München 1981 (Veröffentlichungen/Wissenschaftliche Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der Österreichischen Geschichte der Jahre 1918 bis 1938 7), S. 16–43.

Haas, Hanns: Der Anschluß, in: Emmerich Talos/Ernst Hanisch/Wolfgang Neugebauer (Hrsg.): NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945, Wien 1988 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 36), S. 1–24.

Hachtmann, Rüdiger/Süß, Winfried (Hrsg.): Hitlers Kommissare. Sondergewalten in der nationalsozialistischen Diktatur, Göttingen 2006.

Hagemann, Walter: Publizistik im Dritten Reich. Ein Beitrag zur Methodik der Massenführung, Hamburg 1948.

Hartmann, Christian: Halder. Generalstabschef Hitlers 1938–1942, Paderborn u. a. 1991.

Hass, Gerhart: Münchner Diktat 1938 – Komplott zum Krieg, Berlin (Ost) 1988.

Heiber, Helmut: Der Fall Grünspan, in: VfZ 5 (1957), S. 134–172.

Heiber, Helmut: Joseph Goebbels, Berlin 1962.

Heiber, Helmut: Die deutsche Beeinflussung der Rassenpolitik des faschistischen Italien bis 1943, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Bd. 2, Stuttgart 1966, S. 80–92.

Heidenreich, Bernd/Neitzel, Sönke (Hrsg.): Medien im Nationalsozialismus. Paderborn 2010.

Heineman, John L.: Hitler's first Foreign Minister. Constantin Freiherr von Neurath, Diplomat and Statesman, Berkeley/Los Angeles/London 1979.

Hentschel, Volker: Weimars letzte Monate. Hitler und der Untergang der Republik, Düsseldorf 1978.

Herbert, Ulrich: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903–1989, Bonn ^{3}1996.

Herbst, Ludolf: Walther Funk – Vom Journalisten zum Reichswirtschaftsminister, in: Ronald Smelser/Enrico Syring/Rainer Zitelmann (Hrsg.): Die braune Elite, Bd. 2, 21 weitere biograpische Skizzen, Darmstadt ^{2}1999, S. 91–102.

Hermann, Angela: Hitler und sein Stoßtrupp in der „Reichskristallnacht", in: VfZ 56 (2008), S. 603–619.

Hermann, Angela: „In 2 Tagen wurde Geschichte gemacht." Über den Charakter und Erkenntniswert der Goebbels-Tagebücher, Stuttgart 2008 (Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Kleine Reihe 20).

Heusler, Andreas/Weger, Tobias: „Kristallnacht". Gewalt gegen die Münchner Juden im November 1938, München 1998.

Hildebrand, Klaus: Deutsche Außenpolitik 1933–1945. Kalkül oder Dogma?, Stuttgart/Berlin/Köln [5]1990.

Hildebrand, Klaus/Schmädeke, Jürgen/Zernack, Klaus (Hrsg.): 1939. An der Schwelle zum Weltkrieg. Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und das internationale System. Im Auftrag der Historischen Kommission zu Berlin und des Instituts für Zeitgeschichte, München, Berlin/New York 1990 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 76).

Hillgruber, Andreas: Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege, Göttingen 1967 (Die deutsche Frage in der Welt 7).

Hockerts, Hans Günter: Die Sittlichkeitsprozesse gegen katholische Ordensangehörige und Priester 1936/37. Eine Studie zur nationalsozialistischen Herrschaftstechnik und zum Kirchenkampf, Mainz 1971 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern, Reihe B, Forschungen 6).

Hockerts, Hans Günter: Die Goebbels-Tagebücher 1932–1941. Eine neue Hauptquelle zur Erforschung der nationalsozialistischen Kirchenpolitik, in: Dieter Albrecht u. a. (Hrsg.): Politik und Konfession. Festschrift für Konrad Repgen zum 60. Geburtstag, Berlin 1983, S. 359–392.

Hockerts, Hans Günter: Die Edition der Goebbels-Tagebücher, in: Horst Möller/Udo Wengst (Hrsg.): 50 Jahre Institut für Zeitgeschichte. Eine Bilanz, München 1999, S. 249–264.

Hockerts, Hans Günter: War der Nationalsozialismus eine politische Religion? Über Chancen und Grenzen eines Erklärungsmodells, in: Klaus Hildebrand (Hrsg.): Zwischen Politik und Religion. Studien zur Entstehung, Existenz und Wirkung des Totalitarismus, München 2003, S. 45–71 (Schriften des Historischen Kollegs 59).

Höhne, Heinz: Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS, Hamburg/Gütersloh 1967.

Hoensch, Jörg K.: Die Slowakei und Hitlers Ostpolitik. Hlinkas Slowakische Volkspartei zwischen Autonomie und Separation 1938/1939, Köln/Graz 1965 (Beiträge zur Geschichte Osteuropas 4).

Hoensch, Jörg K.: Der ungarische Revisionismus und die Zerschlagung der Tschechoslowakei, Tübingen 1967 (Tübinger Studien zur Geschichte und Politik 23).

Hoensch, Jörg K.: Die Politik des nationalsozialistischen Deutschen Reiches gegenüber der Tschechoslowakischen Republik 1933–1938, in: Peter Glotz u. a. (Hrsg.): München 1938. Das Ende des alten Europa. Hrsg. im Auftrage der „Deutsch-Tschechoslowakischen Gesellschaft für die Bundesrepublik Deutschland e. V." (DTG), Essen 1990, S. 199–228.

Höver, Ulrich: Joseph Goebbels – ein nationaler Sozialist, Bonn/Berlin 1992.

Honigschnabel, Klaus: München: Hitler befahl die Zerstörung, in: Friedrich Kraft (Hrsg.): Kristallnacht in Bayern. Judenpogrom am 9. November 1938. Eine Dokumentation, München 1988, S. 96–111.

Jacobsen, Hans-Adolf: Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938, Frankfurt am Main/Berlin 1968.

Jacobsen, Hans-Adolf: Zur Struktur der NS-Außenpolitik 1933–1945, in: Manfred Funke (Hrsg.): Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, Düsseldorf 1976 (Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte 12), S. 137–185.

Jäckel, Eberhard: Frankreich in Hitlers Europa. Die deutsche Frankreichpolitik im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1966 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 14).

Jäckel, Eberhard: Die Tagebücher von Joseph Goebbels, in: HZ 248 (1989), S. 637–648.

Jäckel, Eberhard: Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil 2: Diktate 1941–1945, in: HZ 268 (1999), S. 526–529.

Jäckel, Eberhard: Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Abschluß der Gesamtausgabe und Neuedition des ersten Teils, in: HZ 286 (2008), S. 91–98.

Jagschitz, Gerhard: Thesen zum Konzept der NSDAP, in: Rudolf Neck/Adam Wandruszka (Hrsg.): Anschluß 1938. Protokoll des Symposiums in Wien am 14. und 15. März 1978, München 1981 (Veröffentlichungen/Wissenschaftliche Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der Österreichischen Geschichte der Jahre 1918 bis 1938 7), S. 173f.

Jagschitz, Gerhard: Die österreichischen Nationalsozialisten, in: Gerald Stourzh/Birgitta Zaar (Hrsg.): Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des „Anschlusses" vom März 1938, Wien 1990 (Veröffentlichungen der Kommission für die Geschichte Österreichs 16), S. 229–269.

Janßen, Karl-Heinz/Tobias, Fritz: Der Sturz der Generäle. Hitler und die Blomberg-Fritsch-Krise 1938, München 1994.

Jedlicka, Ludwig: Gauleiter Josef Leopold (1989–1941), in: Gerhard Botz/Hans Hautmann/Helmut Konrad (Hrsg.): Geschichte und Gesellschaft. Festschrift für Karl R. Stadler zum 60. Geburtstag, Wien 1974, S. 143–161.

Karner, Stefan: Die Steiermark im Dritten Reich 1938–1945. Aspekte ihrer politischen, wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Entwicklung, Graz 1986.

Kastler, Martin: „Mit Prostituierten und ohne Diplomaten". Die Rezeption der Nürnberger Reichsparteitage in den tschechoslowakischen Medien, in: Friedrich Kießling/Gregor Schöllgen (Hrsg.): Bilder für die Welt. Die Reichsparteitage der NSDAP im Spiegel der ausländischen Presse, Köln/Weimar/Wien 2006 (Beihefte zum Archiv für Kulturgeschichte 61), S. 91–117.

Kegel, Jens: „Wollt ihr den totalen Krieg?". Eine semiotische und linguistische Gesamtanalyse der Rede Goebbels' im Berliner Sportpalast am 18. Februar 1943, Tübingen 2006 (Reihe Germanistische Linguistik 270).

Kellerhoff, Sven Felix: Hitlers Berlin. Geschichte einer Hassliebe, Berlin 2005.

Kellerhoff, Sven Felix: „Kristallnacht". Das Novemberpogrom 1938 und die Verfolgung der Berliner Juden 1924 bis 1945, Berlin 2008.

Kershaw, Ian: Der Hitler-Mythos. Volksmeinung und Propaganda im Dritten Reich. Mit einer Einführung von Martin Broszat, Stuttgart 1980 (Schriftenreihe der VfZ 41).

Kershaw, Ian: Hitler, Bd. 1: 1889–1936, Bd. 2: 1936–1945, Registerband 1889–1945, Stuttgart 1998/2000/2001.

Kershaw, Ian: Antisemitismus und die NS-Bewegung vor 1933, in: Hermann Graml/Angelika Königseder/Juliane Wetzel (Hrsg.): Vorurteil und Rassenhaß. Antisemitismus in den faschistischen Bewegungen Europas, Berlin 2001, S. 29–47.

Kershaw, Ian: Hitlers Freunde in England. Lord Londonderry und der Weg in den Krieg, München 2005.

Kettenacker, Lothar: Die Diplomatie der Ohnmacht. Die gescheiterte Friedensstrategie der britischen Regierung vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, in: Wolfgang Benz/Hermann Graml (Hrsg.): Sommer 1939. Die Großmächte und der Europäische Krieg, Stuttgart 1979 (Schriftenreihe der VfZ, Sondernummer), S. 223–279.

Kieffer, Fritz: Judenverfolgung in Deutschland – eine innere Angelegenheit? Internationale Reaktionen auf die Flüchtlingsproblematik 1933–1939, Stuttgart 2002 (Historische Mitteilungen. Im Auftrag der Ranke-Gesellschaft 44).

Kielmansegg, Johann Adolf Graf von: Der Fritsch-Prozess 1938. Ablauf und Hintergründe, Hamburg 1949.

Klee, Katja: Im „Luftschutzkeller des Reiches". Evakuierte in Bayern 1933–1953: Politik, soziale Lage, Erfahrungen, München 1999 (Schriftenreihe der VfZ 78).

Kleindel, Walter: „Gott schütze Österreich!". Der Anschluß 1938, Wien 1988.

Kley, Stefan: Hitler, Ribbentrop und die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs, Paderborn u. a. 1996.

Kley, Stefan: Hitler and the Pogrom of November 9–10, 1938, in: Yad Yashem Studies 28 (2002), S. 87–112.

Knipping, Franz: Frankreich in Hitlers Außenpolitik 1933–1939, in: Manfred Funke (Hrsg.): Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, Düsseldorf 1976 (Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte 12), S. 612–627.

Knipping, Franz: Die deutsch-französische Erklärung vom 6. Dezember 1938, in: Klaus Hildebrand/Karl Ferdinand Werner in Zusammenarbeit mit Klaus Manfrass (Hrsg.): Deutschland und Frankreich 1936–1939. 15. Deutsch-französisches Historikerkolloquium des Deutschen Historischen Instituts Paris (Bonn, 26.–29. 9. 1979), veranstaltet in Zusammenarbeit mit dem Comité français d'histoire de la deuxième guerre mondiale und dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt Freiburg, München/Zürich 1981 (Beihefte der Francia 10), S. 523–551.

Knipping, Franz/Müller, Klaus-Jürgen (Hrsg.): Machtbewußtsein in Deutschland am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Paderborn 1984.

Koch-Hillebrecht, Manfred: Homo Hitler. Psychogramm des deutschen Diktators, München 1999.

Koehl, Robert Lewis: The Black Corps. The Structure and Power Struggles of the Nazi SS, Madison/London 1983.

Königer, Heinz: Über die Maikrise von 1938 und ihre Behandlung in der westdeutschen Geschichtsschreibung, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft VII (1959), Heft 1, S. 60–79.

Kopper, Christoper: Hjalmar Schacht. Aufstieg und Fall von Hitlers mächtigstem Bankier, München/Wien 2006.

Kosmala, Beate: Der deutsche Überfall auf Polen. Vorgeschichte und Kampfhandlungen, in: Włodzimierz Borodziej/Klaus Ziemer (Hrsg.): Deutsch-polnische Beziehungen 1939 – 1945 – 1949. Eine Einführung, Osnabrück 2000 (Einzelveröffentlichungen des DHI Warschau 5), S. 19–41.

Kotowski, Albert S.: „Ukrainisches Piemont"? Die Karpathenukraine am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas. N.F. 49 (2001), S. 67–95.

Krausnick, Helmut: Die Wehrmacht im nationalsozialistischen Deutschland, in: Martin Broszat, Horst Möller (Hrsg.): Das Dritte Reich. Herrschaftsstruktur und Geschichte. Vorträge aus dem Institut für Zeitgeschichte, München 1983, S. 176–208.

Krausnick, Helmut: Judenverfolgung, in: Hans Buchheim u. a.: Anatomie des SS-Staates, München [7]1999, S. 547–678.

Kreissler, Felix: Requiem für einen Jahrestag?, in: Ders. (Hrsg.): Fünfzig Jahre danach – Der „Anschluß" von innen und außen gesehen. Beiträge zum Internationalen Symposion in Rouen, 29. Februar – 4. März 1988, Wien/Zürich 1989 (Veröffentlichung des Ludwig Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Linz, und des Centre d`Etudes et de Recherches Autrichiennes, Rouen), S. 4–16.

Kreissler, Felix (Hrsg.): Fünfzig Jahre danach – Der „Anschluß" von innen und außen gesehen. Beiträge zum Internationalen Symposion in Rouen, 29. Februar – 4. März 1988, Wien/Zürich 1989 (Veröffentlichung des Ludwig Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Linz, und des Centre d'Etudes et de Recherches Autrichiennes, Rouen).

Kropat, Wolf-Arno: Kristallnacht in Hessen. Der Judenpogrom vom November 1938. Eine Dokumentation, Wiesbaden 1988 (Schriften der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen 10).

Kropat, Wolf-Arno: „Reichskristallnacht". Der Judenpogrom vom 7. bis 10. November 1938 – Urheber, Täter, Hintergründe. Mit ausgewählten Dokumenten, Wiesbaden 1997 (Schriften der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen 15).

Krüger, Hans-Jürgen: Der Anschluß Österreichs und das verhinderte Plebiszit vom 13. März 1938 im Spiegel ausländischer Zeitungen. Eine Dokumentation, in: GWU 39 (1988), S. 131–141.

Kube, Alfred: Pour le mérite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich, München 1986 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 24).

Kubů, Eduard/Exner, Gudrun: Tschechen und Tschechinnen, Vermögensentzug und Restitution, Wien/München 2004 (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich 23/3).

Küpper, René: Karl Hermann Frank (1898–1946). Politische Biographie eines sudetendeutschen Nationalsozialisten, München 2010 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 119).

Laffan, Robert George Dalrymple (and others): Survey of International Affairs 1938, Vol. II, The Crisis over Czechoslovakia. January to September 1938, Vol. III, London/New York/Toronto 1951/1953.

Lepsius, M. Rainer: Das Modell der charismatischen Herrschaft und seine Anwendbarkeit auf den „Führerstaat" Adolf Hitlers, in: Ders.: Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1993 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 100), S. 95–118.

Löffler, Jürgen: Walther von Brauchitsch (1881–1948). Eine politische Biographie, Frankfurt am Main u. a. 2001 (Militärhistorische Untersuchungen 2).

Longerich, Peter: Die braunen Bataillone. Geschichte der SA., München 1989.

Longerich, Peter: Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München/Zürich 1998.

Longerich, Peter: Der ungeschriebene Befehl. Hitler und der Weg zur „Endlösung", München/Zürich 2001.

Longerich, Peter: „Davon haben wir nichts gewusst!". Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945, München 2006.

Longerich, Peter: Heinrich Himmler. Biographie, München 2008.

Longerich, Peter: Joseph Goebbels. Biographie, München 2010.

Low, Alfred D.: Der Anschluß und die Supermächte, in: Gerald Stourzh/Birgitta Zaar (Hrsg.): Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des „Anschlusses" vom März 1938, Wien 1990 (Veröffentlichungen der Kommission für die Geschichte Österreichs 16), S. 347–353.

Luh, Andreas: Der Deutsche Turnverband in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Vom völkischen Vereinsbetrieb zur volkspolitischen Bewegung, München ^{2}2006 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 62).

Lukes, Igor/Goldstein, Erik (Hrsg.): The Munich Crisis, 1938. Prelude to World War II., London/Portland 1999.

Macartney, Carlile Aylmer: A History of Hungary, 1929–1945, Part I and II, New York/Edinburgh 1956f.

Machtan, Lothar: Hitlers Geheimnis. Das Doppelleben eines Diktators, Berlin 2001.

Mantelli, Brunello: Kurze Geschichte des italienischen Faschismus, Berlin 1999.

Martelli, Manfredi: La propaganda razziale in Italia 1938–1943, Rimini 2005.

Martens, Stefan: Die Rolle Hermann Görings in der deutschen Außenpolitik 1937/38, in: Franz Knipping/Klaus-Jürgen Müller (Hrsg.): Machtbewußtsein in Deutschland am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Paderborn 1984, S. 75–92.

Martens, Stefan: Hermann Göring. „Erster Paladin des Führers" und „Zweiter Mann im Reich", Paderborn 1985.

Martin, Bernd: Das deutsche Militär und die Wendung der deutschen Fernostpolitik von China auf Japan, in: Franz Knipping/Klaus-Jürgen Müller (Hrsg.): Machtbewußtsein in Deutschland am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Paderborn 1984, S. 191–207.

Maser, Werner: Hermann Göring. Hitlers janusköpfiger Paladin. Die politische Biographie, Berlin 2000.

Mastný, Vojtěch: Design or Improvisation? The Origins of the German Protectorate of Bohemia and Moravia in 1939, in: Columbia Essays in International Affairs. The Dean's Papers, 1965, New York/London 1966, S. 127–153.

Matić, Igor-Philip: Edmund Veesenmayer. Agent und Diplomat der nationalsozialistischen Expansionspolitik, München 2002 (Südosteuropäische Arbeiten 114).

Maurer, Trude: Abschiebung und Attentat. Die Ausweisung der polnischen Juden und der Vorwand für die „Kristallnacht", in: Walter H. Pehle (Hrsg.): Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht" zum Völkermord, Frankfurt am Main 1988, S. 52–73.

Meissner, Hans-Otto: Magda Goebbels. Ein Lebensbild, München 1978.

Messerschmidt, Manfred: Außenpolitik und Kriegsvorbereitung, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 1: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart 1979, S. 533–701.

Metzger, Hartmut: Kristallnacht. Dokumente von gestern zum Gedenken heute, Stuttgart 1978.

Meyer, Beate: „Arisiert" und ausgeplündert. Die jüdische Fabrikantenfamilie Garbáty, in: Beate Meyer/Hermann Simon (Hrsg.): Juden in Berlin 1938–1945. Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung in der Stiftung „Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum", Mai bis August 2000, Berlin 2000, S. 77–87.

Michaelis, Klaus: 1938. Krieg gegen die Tschechoslowakei. Der Fall „Grün", Berlin 2004.

Michalka, Wolfgang: Die nationalsozialistische Außenpolitik im Zeichen eines „Konzeptionen-Pluralismus". Fragestellungen und Forschungsaufgaben, in: Manfred Funke (Hrsg.): Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, Düsseldorf 1976 (Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte 12), S. 46–62.

Michalka, Wolfgang: Ribbentrop und die deutsche Weltpolitik 1933–1940. Außenpolitische Konzeptionen und Entscheidungsprozesse im Dritten Reich, München 1980 (Veröffentlichungen des Historischen Instituts der Universität Mannheim 5).

Michel, Kai: Vom Poeten zum Demagogen. Die schriftstellerischen Versuche Joseph Goebbels', Köln/Weimar/Wien 1999 (Literatur in der Geschichte, Geschichte in der Literatur 47).

Michels, Helmut: Ideologie und Propaganda. Die Rolle von Joseph Goebbels in der nationalsozialistischen Außenpolitik bis 1939, Frankfurt am Main u. a. 1992 (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 527).

Mitcham, Samuel W. [JR.]: Generalfeldmarschall Werner von Blomberg, in: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.): Hitlers militärische Elite, Bd. 1, Von den Anfängen des Regimes bis Kriegsbeginn, Darmstadt 1998, S. 28–36.

Moeller, Felix: Blitzkrieg und nationalsozialistische Filmpropaganda. Aus den Tagesaufzeichnungen von Joseph Goebbels 1939–1941, in: Ute Daniel/Wolfram Siemann (Hrsg.): Propaganda. Meinungskampf, Verführung und politische Sinnstiftung (1789–1989), Frankfurt am Main 1994, S. 133–146.

Moeller, Felix: Der Filmminister. Goebbels und der Film im Dritten Reich, Berlin 1998.

Möller, Horst: Wie sinnvoll sind zeitgeschichtliche Editionen heute? Beispiele aus der Arbeit des Instituts für Zeitgeschichte, in: Lothar Gall/Rudolf Schieffer (Hrsg.): Quelleneditionen und kein Ende? Symposium der Monumenta Germaniae Historica und der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, München, 22./23. Mai 1998, München 1993 (HZ, Beihefte, N.F. 28), S. 93–112.

Möller, Horst: Die Tagebücher von Joseph Goebbels – Quelle, Überlieferung, Edition –, in: Klaus Oldenhage/Hermann Schreyer/Wolfram Werner (Hrsg.): Archiv und Geschichte. Festschrift für Friedrich P. Kahlenberg, Düsseldorf 2000, S. 673–683.

Möller, Horst: Voreingenommenheit, Inkompetenz und Unterstellungen: B. Sösemann und die Goebbels-Tagebücher, in: HPB 51 (2003), S. 7–9.

Moll, Martin: Ralf Georg Reuth: Goebbels, in: Publizistik (Vierteljahrshefte für Kommunikationsforschung), 36 (1991), S. 272f.

Moll, Martin: Der Griff nach Österreich im März 1938 – erster Schritt in den Krieg? Offene Fragen zu einem scheinbar eindeutigen Sachverhalt, in: Werner Röhr/Brigitte Berlekamp/Karl Heinz Roth (Hrsg.): Der Krieg vor dem Krieg. Ökonomik und Politik der „friedlichen" Aggressionen Deutschlands 1938/39, Hamburg 2001, S. 156–187.

Mommsen, Hans: Beamtentum im Dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik, Stuttgart 1966 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 13).

Mommsen, Hans: Hans-Adolf Jacobsen: Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938, in: MGM 1970, Heft 1, S. 180–185.

Mühleisen, Horst: Generaloberst Freiherr von Fritsch, in: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.): Hitlers militärische Elite, Bd. 1, Von den Anfängen des Regimes bis Kriegsbeginn, Darmstadt 1998, S. 61–70.

Mühlenfeld, Daniel: Vom Kommissariat zum Ministerium. Zur Gründungsgeschichte des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, in: Rüdiger Hachtmann/Winfried Süß (Hrsg.): Hitlers Kommissare. Sondergewalten in der nationalsozialistischen Diktatur, Göttingen 2006, S. 72–92.

Müller, Klaus-Jürgen: Das Heer und Hitler. Armee und nationalsozialistisches Regime 1933–1940, Stuttgart 1969 (Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte. Schriftenreihe des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes 10).

Müller, Klaus-Jürgen: General Ludwig Beck. Studien und Dokumente zur politisch-militärischen Vorstellungswelt und Tätigkeit des Generalstabschefs des deutschen Heeres 1933–1938, Boppard am Rhein 1980.

Müller, Klaus-Jürgen: Armee und Drittes Reich 1933–1939. Darstellung und Dokumentation unter Mitarbeit von Ernst Willi Hansen, Paderborn 1987.

Müller, Klaus-Jürgen: Generaloberst Ludwig Beck. Eine Biographie. Hrsg. mit Unterstützung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, Potsdam, Paderborn u. a. 2008.

Muller, Richard R.: Werner von Blomberg – Hitlers „idealistischer" Kriegsminister, in: Ronald Smelser/Enrico Syring (Hrsg.): Die Militärelite des Dritten Reiches. 27 biographische Skizzen, Berlin/Frankfurt Main 1995, S. 50–65.

Murray, Williamson: Werner Freiherr von Fritsch – Der tragische General, in: Ronald Smelser/Enrico Syring (Hrsg.): Die Militärelite des Dritten Reiches, Berlin/Frankfurt am Main 1995, S. 153–170.

Neck, Rudolf/Wandruszka, Adam (Hrsg.): Anschluß 1938. Protokoll des Symposiums in Wien am 14. und 15. März 1978, München 1981 (Veröffentlichungen/Wissenschaftliche Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der Österreichischen Geschichte der Jahre 1918 bis 1938 7).

Neliba, Günter: Wilhelm Frick. Der Legalist des Unrechtsstaates. Eine politische Biographie, Paderborn u. a. 1992.

Neugebauer, Wolfgang: Der erste Österreichertransport in das KZ Dachau 1938, in: Verfolgung als Gruppenschicksal, Dachauer Hefte 14 (1998), S. 17–30.

Newman, Simon: March 1939. The British Guarantee to Poland. A Study in the Continuity of British Foreign Policy, Oxford 1976.

Nieden, Susanne zur/Reichardt, Sven: Skandale als Instrument des Machtkampfes in der NS-Führung: Zur Funktionalisierung der Homosexualität von Ernst Röhm, in: Martin Sabrow (Hrsg.): Skandal und Diktatur. Formen öffentlicher Empörung im NS-Staat und in der DDR, Göttingen 2004, S. 33–58.

Niedhart, Gottfried: Die deutsche Politik 1938 und die Schwelle zum Krieg, in: Franz Knipping/Klaus-Jürgen Müller (Hrsg.): Machtbewußtsein in Deutschland am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Paderborn 1984, S. 33–42.

Niehoff, Karena/Borresholm, Boris von: Dr. Goebbels. Nach Aufzeichnungen aus seiner Umgebung, Berlin 1949.

Nill, Ulrich: Die „geniale Vereinfachung". Anti-Intellektualismus in Ideologie und Sprachgebrauch bei Joseph Goebbels, Frankfurt am Main u. a. 1991 (Sprache in der Gesellschaft 18).

Oprach, Marc: Nationalsozialistische Judenpolitik im Protektorat Böhmen und Mähren. Entscheidungsabläufe und Radikalisierung, Hamburg 2006.

Osterloh, Jörg: Nationalsozialistische Judenverfolgung im Reichsgau Sudetenland, 1938–1945, München 2006 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 105).

Pfaff, Ivan: Die Sowjetunion und die Verteidigung der Tschechoslowakei 1934–1938. Versuch der Revision einer Legende, Köln/Weimar/Wien 1996 (Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart 21).

Pfaff, Ivan: Die Modalitäten der Verteidigung der Tschechoslowakei 1938 ohne Verbündete, in: MGM 57 (1998), S. 23–77.

Pollmeier, Heiko: Inhaftierung und Lagererfahrung deutscher Juden im November 1938, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 8 (1999), S. 107–130.

Pommerin, Reiner: Rassenpolitische Differenzen im Verhältnis der Achse Rom-Berlin 1938–1943, in: VfZ 27 (1979), S. 646–660.

Procházka, Theodore, Sr: The Second Republic: The Disintegration of Post-Munich Czechoslovakia (October 1938 – March 1939), New York 1981.

Pyta, Wolfram: Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, München 2007.

Rademacher, Michael: Vom Pressewaffenstillstand zur Achse Rom-Berlin. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien vom Ausbruch des Abessinienkonfliktes bis zum Abschluss des deutsch-italienischen Protokolls vom 23. Oktober 1936, Norderstedt 2002.

Rappl, Marian: „Arisierungen" in München. Die Verdrängung der jüdischen Gewerbetreibenden aus dem Wirtschaftsleben der Stadt 1933–1939, in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 63 (2000), S. 123–184.

Réau, Elisabeth du: Frankreich vor dem Krieg, in: Klaus Hildebrand/Jürgen Schmädeke/Klaus Zernack (Hrsg.): 1939. An der Schwelle zum Weltkrieg. Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und das internationale System. Im Auftrag der Historischen Kommission zu Berlin und des Instituts für Zeitgeschichte, München, Berlin/New York 1990 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 76), S. 173–195.

Recker, Marie-Luise: Die Außenpolitik des Dritten Reiches, München 1990 (EDG 8).

Reitlinger, Gerald: The SS. Alibi of a Nation. 1922–1945, Melbourne/London/Toronto 1956.

Reuth, Ralf Georg: Goebbels. Eine Biographie, München/Zürich ^{2}2000.

Riess, Curt: Joseph Goebbels. Dämon der Macht, München 1989 (zuerst Zürich 1949).

Robbins, Keith: München 1938. Ursprünge und Verhängnis. Zur Krise der Politik des Gleichgewichts, Gütersloh 1969.

Röhr, Werner: September 1938. Diversion und Demagogie bei der Erzeugung einer Kriegspsychose durch den Hitlerfaschismus und seine Fünfte Kolonne in der ČSR, in: Dietrich Eichholtz/Kurt Pätzold (Hrsg.): Der Weg in den Krieg. Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre (1935/36 bis 1939), Köln 1989 [ursprünglich Berlin (Ost)], S. 211–277.

Röhr, Werner: Das sudetendeutsche Freikorps – Diversionsinstrument der Hitler-Regierung bei der Zerschlagung der Tschechoslowakei, in: MGM 52 (1993), S. 35–66.

Röhr, Werner: Imperialistische Erpressungspolitik. Zu den Konsequenzen des Münchener Diktats 1938, in: Ders./Brigitte Berlekamp/Karl Heinz Roth (Hrsg.): Der Krieg vor dem Krieg. Ökonomik und Politik der „friedlichen" Aggressionen Deutschlands 1938/39, Hamburg 2001, S. 251–293.

Röhr, Werner/Berlekamp, Brigitte/Roth, Karl Heinz (Hrsg.): Der Krieg vor dem Krieg. Ökonomik und Politik der „friedlichen" Aggressionen Deutschlands 1938/39, Hamburg 2001.

Rönnefarth, Helmuth K. G.: Die Sudetenkrise in der internationalen Politik. Entstehung. Verlauf. Auswirkung, 2 Teile, Wiesbaden 1961 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz 21).

Rohde, Horst: Hitlers erster „Blitzkrieg" und seine Auswirkungen auf Nordosteuropa, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 2, Die Errichtung der Hegemonie auf dem europäischen Kontinent, Stuttgart 1979, S. 79–156.

Rosar, Wolfgang: Deutsche Gemeinschaft. Seyß-Inquart und der Anschluß, Wien/Frankfurt am Main/Zürich 1971.

Rosenkranz, Herbert: Entrechtung, Verfolgung und Selbsthilfe der Juden in Österreich, März bis Oktober 1938, in: Gerald Stourzh/Birgitta Zaar (Hrsg.): Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des „Anschlusses" vom März 1938, Wien 1990 (Veröffentlichungen der Kommission für die Geschichte Österreichs 16), S. 367–417.

Roth, Karl Heinz: Krieg vor dem Krieg: Die Annexion Österreichs und die Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938/39, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und des 21. Jahrhunderts, 16 (2001), Heft 1, S. 14–48.

Sakmyster, Thomas L.: The Hungarian State Visit to Germany of August, 1938: Some new Evidence on Hungary in Hitler's Pre-Munich Policy, in: Canadian Slavic Studies 3, No. 4, 1969, S. 677–691.

Sakmyster, Thomas L.: Miklós Horthy. Ungarn 1918–1944. Aus dem Englischen von Miha Tavčar, Wien 2006.

Sator, Klaus: Anpassung ohne Erfolg. Die sudetendeutsche Arbeiterbewegung und der Aufstieg Hitlers und Henleins 1930–1938, Darmstadt 1996 (WB-Edition Universität 2).

Schädlich, Karlheinz: Die Mitford Sisters, Düsseldorf 1990.

Schäfer, Claus W.: André François-Poncet als Botschafter in Berlin, 1931–1938, München 2004 (Pariser Historische Studien 64).

Schäfer, Kirstin A.: Werner von Blomberg. Hitlers erster Feldmarschall. Eine Biographie, Paderborn u. a. 2006.

Schausberger, Norbert: Der Griff nach Österreich. Der Anschluß, Wien/München 1978.

Schiefer, Hans: Deutschland und die Tschechoslowakei von September 1938 bis März 1939, Göttingen 1953 (Manuskript Diss. Universität Göttingen).

Schiefer, Hans: Deutschland und die Tschechoslowakei von September 1938 bis März 1939, in: Zeitschrift für Ostforschung. Länder und Völker im östlichen Mitteleuropa 4 (1955), S. 48–66.

Schlemmer, Thomas/Woller, Hans: Der italienische Faschismus und die Juden 1922 bis 1945, in: VfZ 53 (2005), S. 165–201.

Schmidl, Erwin A.: März 38. Der deutsche Einmarsch in Österreich, Wien 1987.

Schmidt, Maria: Der ungarische Revisionismus, in: Klaus Hildebrand/Jürgen Schmädeke/Klaus Zernack (Hrsg.): 1939. An der Schwelle zum Weltkrieg. Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und das internationale System. Im Auftrag der Historischen Kommission zu Berlin und des Instituts für Zeitgeschichte, München, Berlin/New York 1990 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 76), S. 135–140.

Schmidt, Rainer F.: Die Außenpolitik des Dritten Reiches 1933–1939, Stuttgart 2002.

Schöllgen, Gregor: Der Irrweg einer Tradition. Grundlagen der britischen Deutschlandpolitik 1937/38, in: Theodor Schieder (Hrsg.): Beiträge zur britischen Geschichte im 20. Jahrhundert, München 1983 (HZ, Beiheft 8, N.F.), S. 117–134.

Schriffl, David: Die Rolle Wiens im Prozess der Staatswerdung der Slowakei 1938/39, Frankfurt am Main 2004 (Europäische Hochschulschriften 1001).

Schulz, Jürgen Michael: Die Identität des Täters. Joseph Goebbels als Tagebuch-Autor, in: Ulrich Thomas Lange (Hrsg.): Identität, Integration und Verantwortung. Vorträge und Referate der ersten Görlitzer Wissenschaftstagung, Berlin 1994, S. 194–204.

Schumacher, Alois: Frankreich und die Anschlußfrage, in: Felix Kreissler (Hrsg.): Fünfzig Jahre danach – Der „Anschluß" von innen und außen gesehen. Beiträge zum Internationalen Symposion in Rouen, 29. Februar – 4. März 1988, Wien/Zürich 1989 (Veröffentlichung des Ludwig Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Linz, und des Centre d'Etudes et de Recherches Autrichiennes, Rouen), S. 37–51.

Schvarc, Michal: Sicherheitsdienst a Slovensko v rokoch 1938–1944 (od autonómie po Povstanie). Der Sicherheitsdienst und die Slowakei zwischen 1938 und 1944 (von Autonomie bis Aufstand), Bratislava 2006.

Schwarzenbeck, Engelbert: Nationalsozialistische Pressepolitik und die Sudetenkrise 1938, München 1979 (Minerva-Fachserie Geisteswissenschaften).

Semirjaga, Michail: Die sowjetisch-deutschen Verträge im System der internationalen Beziehungen des Jahres 1939, in: Klaus Hildebrand/Jürgen Schmädeke/Klaus Zernack (Hrsg.): 1939. An der Schwelle zum Weltkrieg. Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und das internationale System. Im Auftrag der Historischen Kommission zu Berlin und des Instituts für Zeitgeschichte, München, Berlin/New York 1990 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 76), S. 293–301.

Simon, Walter B.: Österreich 1918–1938. Ideologien und Politik, Wien/Köln/Graz 1984 (BZB 5).

Singbartl, Hartmut: Die Durchführung der deutsch-tschechoslowakischen Grenzregelung von 1938 in völkerrechtlicher und staatsrechtlicher Sicht, München 1971 (Veröffentlichung des Sudetendeutschen Archivs in München 5).

Sipos, Péter: Politik und Antisemitismus in Ungarn vor 1945, in: Hermann Graml/Angelika Königseder/Juliane Wetzel (Hrsg.): Vorurteil und Rassenhaß. Antisemitismus in den faschistischen Bewegungen Europas. Festschrift für Wolfgang Benz, Berlin 2001, S. 189–205.

Sirois, Herbert: Zwischen Illusion und Krieg: Deutschland und die USA 1933–1941, Paderborn u. a. 2000.

Smith, Bradley F.: Die Überlieferung der Hoßbach-Niederschrift im Lichte neuer Quellen, in: VfZ 38 (1990), S. 329–336.

Sösemann, Bernd: Ralf Georg Reuth: Goebbels, in: HPB 39 (1991), S. 114f.

Sösemann, Bernd: Inszenierungen für die Nachwelt. Editionswissenschaftliche und textkritische Untersuchungen zu Joseph Goebbels' Erinnerungen, diaristischen Notizen und täglichen Diktaten, in: Lothar Gall (Hrsg.): Neuerscheinungen zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, München 1992 (HZ, Sonderheft 16), S. 1–45.

Sösemann, Bernd: Die Tagesaufzeichnungen des Joseph Goebbels und ihre unzulänglichen Veröffentlichungen, in: Publizistik (Vierteljahrshefte für Kommunikationsforschung) 37 (1992), S. 213–244.

Sösemann, Bernd: „Ein tieferer geschichtlicher Sinn aus dem Wahnsinn". Die Goebbels-Tagebuchaufzeichnungen als Quelle für das Verständnis des nationalsozialistischen Herrschaftssystems und seiner Propaganda, in: Thomas Nipperdey u. a. (Hrsg.): Weltbürgerkrieg der Ideologien. Antworten an Ernst Nolte, Berlin 1993, S. 136–174.

Sösemann, Bernd: Propaganda – Macht – Geschichte. Eine Zwischenbilanz der Dokumentation der Niederschriften und Diktate von Joseph Goebbels, in: HPB 50 (2002), S. 117–125.

Sösemann, Bernd: Gli pseudo-diari di Joseph Goebbels: una edizione di discutibile, in: Contemporanea Rivista di storia dell '800 e del '900, 6 (2003), S. 403–409.

Sösemann, Bernd: Alles nur Goebbels-Propaganda? Untersuchungen zur revidierten Ausgabe der sogenanten Goebbels-Tagebücher des Münchner Instituts für Zeitgeschichte,

in: Holger Böning/Arnulf Kutsch/Rudolf Stöber (Hrsg.): Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte 10 (2008), S. 52–76.

Sösemann, Bernd/Schulz, Jürgen Michael/Weinke, Annette: Neues über Goebbels, in: Aviso. Informationsdienst der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Nr. 4, 1991, S. 7 f.

Spannenberger, Norbert: Der Volksbund der Deutschen in Ungarn 1938–1944 unter Horthy und Hitler, München ²2005 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 22).

Starkulla, Heinz jr.: Propaganda. Analysen zum Begriff und zur Funktionsweise im Krieg, München 2001 (Manuskript der Habilitationsschrift an der Universität München).

Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933–1945. Ein biographisches Handbuch. Unter Einbeziehung der völkischen und nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten ab Mai 1924. Bearbeitet von Joachim Lilla unter Mitwirkung von Martin Döring und Andreas Schulz, Düsseldorf 2004 (Veröffentlichung der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien).

Steinweis, Alan E.: The Trials of Herschel Grynszpan: Anti-Jewish Policy and German Propaganda, 1938–1942, in: German Studies Review 31 (2008), S. 471–488.

Steinweis, Alan E.: Kristallnacht 1938, Cambridge, Ms./London 2009.

Stephan, Werner: Joseph Goebels. Dämon einer Diktatur, Stuttgart 1949.

Stourzh, Gerald/Zaar, Birgitta (Hrsg.): Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des „Anschlusses" vom März 1938, Wien 1990 (Veröffentlichungen der Kommission für die Geschichte Österreichs 16).

Strang, G. Bruce: War and Peace: Mussolini's Road to Munich, in: Igor Lukes/Erik Goldstein (Hrsg.): The Munich Crisis, 1938. Prelude to World War II, London/Portland 1999, S. 160–190.

Stuby, Gerhard: Vom „Kronjuristen" zum „Kronzeugen". Friedrich Wilhelm Gaus: ein Leben im Auswärtigen Amt der Wilhelmstraße, Hamburg 2008.

Süß, Dietmar: Steuerung durch Information? Joseph Goebbels als „Kommissar der Heimatfront" und die Reichsinspektion für den zivilen Luftschutz, in: Rüdiger Hachtmann/Winfried Süß (Hrsg.): Hitlers Kommissare. Sondergewalten in der nationalsozialistischen Diktatur, Göttingen 2006, S. 183–206.

Szarka, László: Versuchung und Irrwege der Revision. Die tschechoslowakische Frage in der ungarischen politischen Öffentlichkeit 1938, in: Peter Glotz u. a. (Hrsg.): München 1938. Das Ende des alten Europa. Hrsg. im Auftrage der „Deutsch-Tschechoslowakischen Gesellschaft für die Bundesrepublik Deutschland e. V." (DTG), Essen 1990, S. 321–344.

Szöllösi-Janze, Margit: Die Pfeilkreuzlerbewegung in Ungarn. Historischer Kontext, Entwicklung und Herrschaft, München 1989 (Studien zur Zeitgeschichte 35).

Szöllösi-Janze, Margit: Die Judenpolitik in Ungarn in der Zwischenkriegszeit und im Zweiten Weltkrieg, in: Christof Dipper/Rainer Hudemann/Jens Petersen (Hrsg.): Faschismus und Faschismen im Vergleich. Wolfgang Schieder zum 60. Geburtstag, Vierow bei Greifswald 1998 (Italien in der Moderne 3), S. 167–182.

Taubert, Fritz (Hrsg.): Mythos München. Le Mythe de Munich. The Myth of Munich. Vorträge des Colloque international Le Mythe de Munich à l'occasion du 60ème anniversaire des Accord de Munich, Paris, 25 au 27 septembre 1998 à la Maison Heinrich Heine, München 2002 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 98).

Thacker, Toby: Joseph Goebbels. Life and Death, Houndsmills/Basingstoke/Hampshire 2009.

Tönsmeyer, Tatjana: Das Dritte Reich und die Slowakei 1939–1945. Politischer Alltag zwischen Kooperation und Eigensinn, Paderborn u. a. 2003.

Tomaszewski, Jerzy: The Aims of Polish Foreign Policy before Munich, in: Fritz Taubert (Hrsg.): Mythos München. Le Mythe de Munich. The Myth of Munich. Vorträge des

Colloque international Le Mythe de Munich à l'occasion du 60ème anniversaire des Accord de Munich, Paris, 25 au 27 septembre 1998 à la Maison Heinrich Heine, München 2002 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 98), S. 113–127.

Tomaszewski, Jerzy: Auftakt zur Vernichtung. Die Vertreibung polnischer Juden aus Deutschland im Jahre 1938, Osnabrück 2002 (Klio in Polen 9).

Tooze, Adam: Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus. Bonn 2007.

Troschke, Jürgen von: Tagebücher und Autobiographien von Privatpersonen als Material für wissenschaftliche Untersuchungen. Zweiseitige, unveröffentlichte Abhandlung des Leiters des Deutschen Tagebucharchivs e.V.

Troschke, Jürgen von: Warum heißen Tagebücher Tagebücher? Zweiseitige Abhandlung des Leiters des Deutschen Tagebucharchivs e.V.

Ueberschär, Gerd R. (Hrsg.): Hitlers militärische Elite, Bd. 1, Von den Anfängen des Regimes bis Kriegsbeginn, Darmstadt 1998.

Umbreit, Hans: Deutsche Militärverwaltungen 1938/39. Die militärische Besetzung der Tschechoslowakei und Polens, Stuttgart 1977 (Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte 18).

Vossler, Frank: Propaganda in die eigene Truppe. Die Truppenbetreuung in der Wehrmacht 1939–1945, Paderborn u. a. 2005 (Krieg in der Geschichte 21).

Vyšný, Paul: The Runciman Mission to Czechoslovakia 1938. Prelude to Munich, Houndsmills/Basingstoke/Hampshire 2003.

Wagner, Dieter/Tomkowitz, Gerhard: „Ein Volk, ein Reich, ein Führer!" Der Anschluß Österreichs 1938, München 1968.

Walter, Dirk: Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik, Bonn 1999.

Weckert, Ingrid: Dr. Joseph Goebbels und die „Kristallnacht", in: Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung 5 (2001), Heft 2, S. 196–203.

Wedel, Hasso von: Die Propagandatruppen der Deutschen Wehrmacht, Neckargemünd 1962.

Wegner, Bernd: Hitlers politische Soldaten: die Waffen-SS 1933–1945. Leitbild, Struktur und Funktion einer nationalsozialistischen Elite, Paderborn ^{4}1990.

Wegner, Bernd: War der Zweite Weltkrieg vermeidbar? Anmerkungen zu Determinanten der internationalen Politik in der Zwischenkriegszeit, in: Jörg Hillmann (Hrsg.): „Der Fall Weiß". Der Weg in das Jahr 1939, Bochum 2001 (Kleine Schriftenreihe zur Militär- und Marinegeschichte 1), S. 17–31.

Weinberg, Gerhard L.: Secret Hitler-Beneš Negotiations in 1936–37, in: Journal of Central European Affairs 19 (1959–60), S. 366–374.

Weinberg, Gerhard L.: The Foreign Policy of Hitler's Germany. Starting World War II, 1937–1939, Chicago/London 1980.

Weinberg, Gerhard L.: Hitlers Entschluß zum Krieg, in: Klaus Hildebrand/Jürgen Schmädeke/Klaus Zernack (Hrsg.): 1939. An der Schwelle zum Weltkrieg. Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und das internationale System. Im Auftrag der Historischen Kommission zu Berlin und des Instituts für Zeitgeschichte, München, Berlin/New York 1990 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 76), S. 31–36.

Wendt, Bernd-Jürgen: München 1938. England zwischen Hitler und Preußen, Frankfurt am Main 1965 (Hamburger Studien zur neueren Geschichte 3).

Wendt, Bernd-Jürgen: Appeasement 1938. Wirtschaftliche Rezession und Mitteleuropa, Frankfurt am Main 1966 (Hamburger Studien zur neueren Geschichte 5).

Wetzel, Juliane: Der Mythos des „braven Italieners". Das faschistische Italien und der Antisemitismus, in: Hermann Graml/Angelika Königseder/Juliane Wetzel (Hrsg.): Vorurteil und Rassenhaß. Antisemitismus in den faschistischen Bewegungen Europas, Berlin 2001, S. 49–74.

Wheeler-Bennett, John W.: Munich. Prologue to Tragedy, New York 1948.

Wildt, Michael: Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939. Hamburg 2007.

Wildt, Michael: Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1933 bis 1939, in: Volkhard Knigge/Imanuel Baumann (Hrsg.): „mitten im deutschen Volke". Buchenwald, Weimar und die nationalsozialistische Volksgemeinschaft. Im Auftrag der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora in Verbindung mit der Stadt Weimar, Göttingen 2008, S. 71–88.

Wirsching, Andreas: „Man kann nur Boden germanisieren". Eine neue Quelle zu Hitlers Rede vor den Spitzen der Reichswehr am 3. Februar 1933, in: VfZ 49 (2001), S. 517–550.

Wiskemann, Elizabeth: The Rome-Berlin Axis. A history of the relations between Hitler and Mussolini, New York/London 1949.

Wojciechowski, Marian: Der historische Ort der polnischen Politik in der Genesis des Zweiten Weltkrieges, in: Klaus Hildebrand/Jürgen Schmädeke/Klaus Zernack (Hrsg.): 1939. An der Schwelle zum Weltkrieg. Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und das internationale System. Im Auftrag der Historischen Kommission zu Berlin und des Instituts für Zeitgeschichte, München, Berlin/New York 1990 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 76), S. 259–275.

Wright, Jonathan: Germany and the Origins of the Second World War, New York 2007.

Zelle, Karl-Günter: Hitlers zweifelnde Elite. Goebbels – Göring – Himmler – Speer, Paderborn u. a. 2010.

Zelnhefer, Siegfried: Nürnberg. Blutiger Leidensweg, in: Friedrich Kraft (Hrsg.): Kristallnacht in Bayern. Judenpogrom am 9. November 1938. Eine Dokumentation, München 1988, S. 46–57.

Zgórniak, Marian: Europa am Abgrund – 1938, Münster/Hamburg/London 2002 (Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen 100).

Zimmermann, Volker: Die Sudetendeutschen im NS-Staat. Politik und Stimmung der Bevölkerung im Reichsgau Sudetenland (1938–1945), Essen 1999 (Veröffentlichungen der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission 9).

Zitelmann, Rainer: Die Tagebücher von Joseph Goebbels, in: PVS 30 (1989), S. 328–336.

Zückert, Martin: Zwischen Nationsidee und staatlicher Realität. Die tschechoslowakische Armee und ihre Nationalitätenpolitik 1918–1938, München 2006 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 106).

Personenregister

Adam, Walter 72f.
Alexander I., König von Jugoslawien 497
Alexandrow, Georgij Nikolajewitsch 13
Alfieri, Dino 165, 302
Altenburg, Günther 70, 140, 146, 156, 245, 434f.
Alvensleben, Ludolf von 56
Amann, Max 96, 456, 507
Anfuso, Filippo 287
Aschmann, Gottfried 147, 150, 159, 161, 172, 294
Ashton-Gwatkin, Frank 194–197, 290, 307, 515
Attolico, Bernardo 267, 269, 281, 284–287, 419, 453, 478
Auer, Erhard 343

Baarova, Lida 182, 190, 206, 303, 328, 334, 357f., 367f., 391, 410, 482, 502f., 505
Bačinskyj, Edmund 393
Bade, Wilfried 68
Baldenius, Walter 346
Barthou, Jean Louis 497
Beck, Józef 150, 202, 385, 472–477, 481, 483, 490f.
Beck, Ludwig 34, 40, 54, 96, 105, 176, 182, 184, 212, 217, 246, 265
Beer, Josef 325
Behrend, Auguste (gesch. Ritschel, gesch. Friedländer) 502
Behrends, Hermann 189
Below, Nicolaus von 335, 340, 370, 425
Beneš, Edvard 143–145, 147, 150, 157, 160, 171f., 175, 179f., 193–195, 197f., 200, 214, 221, 223, 232–235, 240, 257–259, 261f., 264–266, 268, 270–273, 276f., 279, 290, 295f., 308, 374f., 381, 404, 406, 408f., 414, 417, 445f., 495
Beran, Rudolf 407–409, 412, 444, 447, 459
Berchtold, Josef 66, 343f., 346, 348
Berndt, Alfred-Ingemar 108f., 112, 114, 161, 165, 167, 199, 225, 237–242, 251, 261, 270, 280, 286, 295, 425, 429, 436f., 484
Bismarck, Otto Christian Fürst von 218
Blaskowitz, Johannes 449
Blomberg, Werner von 17, 19, 21f., 29–35, 37–39, 41f., 44–49, 52–54, 56–60, 63–65, 69, 71f., 80, 128, 151, 177, 309, 499, 508, 511, 513f., 516, 526f.
Blum, Léon 120
Bohle, Ernst Wilhelm 148, 310
Böhm, Niklas 163
Bömer, Karl 154f., 425, 498
Bonnet, Georges 159, 231, 265, 403
Boris III., König von Bulgarien 419
Bormann, Martin 106, 342, 350
Both, Chaim 340, 349
Brandt, Karl 330, 334
Brauchitsch, Walther von 40, 42, 50, 53, 184, 207f., 293, 306, 367, 450, 474
Breyer, Robert 4
Briemann, Wilhelm 345
Brodyi, Andrij 376
Brücklmeier, Eduard 248, 418, 421, 467
Brückner, Helmuth 56
Brückner, Wilhelm 33, 57, 110
Bunge, Hanns 344, 346, 348
Bürckel, Josef 92, 113, 169, 188f., 240, 422, 429–431, 449, 456, 498
Bürger, Friedrich 191, 196, 237

Čermak, Vlastimil 187
Černak, Matuš 375, 419, 423
Chamberlain, Neville 80, 123, 159, 173, 201, 213f., 219, 224–235, 237f., 240, 243–245, 250–263, 265f., 271–278, 281, 283f., 287–296, 299–303, 308–310, 397–399, 451, 462–465, 476–478, 490, 495, 499, 516, 523
Chautemps, Camille 81, 120
Churchill, Winston 370, 407
Chvalkovský, František 354, 375, 377–384, 394, 404f., 407, 409, 412–417, 442, 444–449, 455, 483, 485, 489, 491, 499, 519
Ciano, Galeazzo Conte di Cortellazzo 117, 160, 205, 266–269, 283f., 287, 296, 300, 377, 394
Colonna, Piero Principe di 77
Cot, Pierre 169
Coulondre, Robert 401, 462, 464
Csáky, István Graf 387, 396, 420, 424

Dadieu, Armin 82, 127
Daladier, Edouard 159, 226, 231f., 256, 265, 273, 279, 283, 285, 287f., 290–292, 300, 374, 399f., 402, 464
Darányi, Kálmán 391–393, 396, 420, 483
Delbos, Yvon 120
Dieckhoff, Hans Heinrich 122, 124, 139, 214

Dietl, Emil 346
Dietrich, Otto 44, 102, 109, 111, 118, 150, 167, 169f., 216
Dirksen, Herbert von 181, 214, 227, 270, 437, 451, 462, 464
Dirr, Wilhelm 346
Dix, Rudolf 11
Dorpmüller, Julius 508
Drubba, Paul 70, 85f.
Druffel, Ernst von 440
Duff Cooper, Alfred 370, 407
Ďurčanský, Ferdinand 393, 404, 420, 423, 426f., 436–440, 456f., 485

Eberstein, Friedrich Karl Freiherr von 334
Eden, Robert Anthony 79f., 370, 407
Eichmann, Adolf 358
Eisenlohr, Ernst 140, 145, 147f., 152f., 156, 158f., 161, 163, 168, 171f., 174, 180, 182, 188, 224, 305
Eltz-Rübenach, Paul Freiherr von 12, 50, 508
Ender, Otto 99
Engelbrechten, Julius von 346
Erdmannsdorff, Otto von 433, 435

Fehling, Friedrich 60
Feichtmayr, Josef 345
Feichtmayr, Otto 345
Feierabend, Ladislav 413
Fellgiebel, Erich 96, 132
Fiehler, Karl 325, 341, 344–346, 348
Fischböck, Hans 76
Fischer, Berthold 345
Fischer, Erwin 4
Fischer, Fritz 346
Fischer, Hugo 373
Fleischmann, Josef 346
Flisges, Richard 500
Fobke, Hermann 345
Forster, Albert 473
François-Poncet, André 79, 81, 121, 123, 280f., 287, 291, 299, 365, 400
Frank, Karl Hermann 143f., 156, 175, 185, 188, 191–194, 198, 200, 222f., 236, 241, 244, 303, 308, 311, 456
Frank, Ludwig 244
Franke, Emil 143
Frankfurter, David 332, 356
Frick, Wilhelm 110f., 141, 371
Frisch, Achim von 37, 60, 62
Fritsch, Werner Freiherr von 17, 19, 22, 30, 33–54, 56–65, 69, 71f., 80, 128, 131, 151, 177, 309, 499, 502, 508, 511, 513f., 516, 526f.
Fritz, Hans 11
Fritzsche, Hans 11, 14, 167, 193f., 199, 225, 238, 251, 297, 426, 451
Fröhlich, Elke 1, 5, 11, 20, 529, 542
Frosch, Johann 346
Fuchs, Wilhelm 347
Funk, Walther 56f., 66, 83, 94, 110, 115, 131, 141f., 145, 147–149, 207f., 216, 348, 360

Gaus, Friedrich Wilhelm 410, 438
Geißelbrecht, Friedrich 344f., 348
Gernand, Heinrich 331f.
Gerum, Josef 345
Glaise von Horstenau, Edmund von 68, 72, 91–95, 97, 101f., 131, 498, 514
Globocnik, Odilo 90, 98, 106
Goebbels, Helga 503
Goebbels, Katharina (geb. Odenhausen) 503f.
Goebbels, Konrad 502
Goebbels, Magda (gesch. Quandt) 46, 190, 206, 369, 501-503, 505
Goebbels, Maria (verh. Kimmich) 46, 503
Goldschwamm, Else 4
Göring, Edda 532
Göring, Hermann 6, 29f., 34, 39, 41f., 47, 54, 57–59, 61–63, 77, 79, 82f., 86, 92, 96–103, 106, 108, 110f., 118, 123, 128–132, 155, 169, 202, 204f., 217–219, 245–249, 253, 282, 284–287, 292, 297–299, 303f., 306, 311, 325, 332, 338–340, 348–351, 353, 355, 358–360, 367f., 374, 378, 388, 399, 405, 420f., 424f., 445, 447, 450, 458f., 468, 479f., 482f., 486, 491, 495, 498, 514f., 522, 525f., 528f.
Groscurth, Helmuth 197, 199, 211, 222, 233, 236, 246, 299, 365, 369, 377, 499
Gruhn, Margreth Eva Luise (verh. Blomberg) 29–33, 54, 56, 58f., 508
Grynszpan, Herschel 328–331, 333, 353, 358
Gürtner, Franz 36–38
Gustloff, Wilhelm 332, 356f.
Gutterer, Leopold 251, 373, 406

Habsburg, Otto von 68
Hácha, Emil 186, 408, 422, 425, 428f., 431, 433, 439, 442–449, 452, 483, 485, 488–492, 496, 499, 518f.
Hadamovsky, Eugen 251
Halder, Franz 50, 211, 481

Halifax siehe Wood
Hamsun, Knut 500
Hanke, Karl 61f., 64, 149, 206, 216, 251, 289, 292, 368, 425, 436
Harmsworth, Harold (Viscount Rothermere) 6
Hassell, Ulrich von 450, 482
Haug, Johann 345
Havelka, Jiří 444
Heimlich, William F. 4
Heinburg, Kurt 140, 162, 498
Helldorf, Wolf Heinrich Graf von 30–32, 34, 55f., 61f., 216, 316–321, 353, 357, 359, 516, 522
Hencke, Andor 187, 194f., 197, 200, 219, 223–225, 227, 233, 235, 237, 239, 243, 258f., 262, 270, 375, 377–379, 404f., 407, 409, 412–414, 416f., 427, 431, 442, 444, 450, 455, 488
Henderson, Nevile 119, 121, 123f., 172, 213f., 216f., 220, 229, 259f., 262f., 275f., 281f., 284, 287, 295–297, 299, 309, 364f., 425, 432, 462–464, 499
Henlein, Konrad 138, 140, 142–144, 146f., 152, 155–160, 165f., 171, 174–177, 183, 185, 191–198, 200f., 218, 220, 222, 227f., 235–237, 239–241, 245, 261, 302f., 305, 307f., 322, 363, 369, 371, 373, 449, 487, 504, 515
Herber, Leo 501f.
Heß, Rudolf 42, 65, 329, 333, 345, 356, 369, 497
Hessen, Philipp Prinz von 116–118, 266, 269, 296, 400
Hewel, Walther 66, 227, 347, 445
Heydrich, Reinhard 33, 36, 60, 62, 96, 132, 186, 338f., 342, 358, 439
Himmler, Heinrich 36f., 42, 56, 61f., 114f., 149, 184, 186, 276, 339, 353, 367, 513
Hindenburg, Paul von 13f., 51, 55, 513
Hirschberg, Paul 345
Hitler, Adolf 1, 6, 8, 12–14, 16f., 22, 24–27, 29–78, 80–88, 90–98, 101, 103–114, 116–138, 141, 145–147, 150–153, 155–160, 162–165, 167, 169f., 174–187, 189–193, 195–197, 201–208, 210–222, 224–233, 235–262, 264–312, 315–322, 324, 326, 329f., 332–336, 338, 340–351, 353–360, 363–372, 374, 376–393, 395–402, 404, 409–429, 431–440, 442–450, 452–459, 462–493, 495, 497–502, 506–519, 521–533
Hodža, Milan 143, 152f., 157, 171–173, 175, 180, 192, 198, 200, 234f.
Hoff, Gerhard Friedrich 345
Hoffmann, Heinrich 347
Hoffmann, Josef 163
Hofmann, Hamilkar 377, 460
Horthy, Miklós 206–212, 247–249, 306, 391, 395f., 435, 460, 499
Hoßbach, Friedrich 32–36, 39f., 44f., 48, 77, 184f., 201
Hövel, Heinrich 150
Hugenberg, Alfred 14
Hull, Cordell 122, 124

Imrédy, Béla von 206–209, 219, 248–251, 254, 306, 390, 395f., 418, 499
In der Maur, Gilbert 87

Janke, Else (verh. Herber) 2, 500–502
Jehlička, Franz 419
Jodl, Alfred 38, 40, 72, 75, 93, 106, 130f., 183, 211, 244, 246, 279
Jordan, Rudolf 348
Jung, Rudolf 371
Jury, Hugo 103

Kaiser, Wilhelm 347
Kallenbach, Hans 345, 347
Kánya, Kálmán von 206f., 209, 211f., 219, 248–250, 306, 390, 395f., 418, 499
Karmasin, Franz 421, 456, 483
Kastner, Florian 347
Keitel, Wilhelm 39f., 42, 51, 59, 74f., 104, 131, 177f., 184, 386, 423, 444f., 449, 477, 483, 489, 491, 526
Keppler, Wilhelm 69, 73f., 86f., 89–91, 93f., 99–103, 131, 422, 426, 429f., 437f., 440, 457, 525
Keresztes-Fischer, Lajos 211, 249
Kier, Herbert 149
Kirkpatrick, Sir Ivone 244, 254, 260f., 275, 278
Klausner, Hubert 87, 90
Köchlin, Friedrich 242, 245
Köllner, Fritz 192
Kordt, Erich 278, 298
Kordt, Theodor 254, 270, 274
Körner, Paul 349
Krebs, Hans 141, 371
Krejči, Ludvík 152
Krofta, Kamil 140, 143, 145, 147f., 152–156, 158, 161, 175, 234, 264, 288, 290, 302, 375
Krüger, Hans Eduard 345
Kubuschok, Egon 11f.
Kundt, Ernst 172f., 191, 193f., 198, 222, 236f., 406, 409, 412
Künzel, Franz 146

Lacroix, Victor Léopold de 234, 263
Laforce, Wilhelm 345
Lammers, Hans Heinrich 42, 388
Léger, Alexis 287, 291
Leopold, Josef 70f., 86f., 127
Ley, Robert 436
Lindner, Albert 345, 347
Lipski, Józef 202, 206, 215, 217, 228, 246, 248–254, 306f., 386–388, 418, 472f., 475, 477, 481, 483, 490f., 499, 528
Lisický, Karel 288
List, Wilhelm 449
Litwinow, Maxim Maximowitsch 235, 480
Lorenz, Werner 171, 310
Ludendorff, Erich 511

Mach, Šaňo 420, 423, 430f.
Mackensen, Hans Georg von 141f., 147, 160, 214, 267, 377
Magnus, Georg 330
Mahr, Johann 345
Malkin, Sir William 287
Manstein, Erich von 105
Masařík, Hubert 288, 290f., 404, 412
Masaryk, Jan 173, 233, 240, 264, 266, 270, 290, 308, 404
Masaryk, Thomaš 381
Mastný, Vojtěch 139–142, 144f., 147–149, 151, 154f., 162, 168, 172, 179, 288, 290f., 296, 302, 364, 374, 378, 405, 427, 498
Matthews, Walter Robert 167
Maurice, Emil 344f., 348
Maurice, Frederick 274f., 499
May, Franz 199
Meckel, Rudolf 428
Megerle, Karl 83
Meißner, Otto 301, 444, 448
Miklas, Wilhelm 75, 84, 88, 98–100, 103, 106, 112–114, 120, 122
Milch, Erhard 96, 132
Mocik, Imro 419
Mohr, Eric C. 4
Molotow, Wjatscheslaw Michajlowitsch 480
Moltke, Hans-Adolf von 214f., 473–475
Morell, Theodor 447
Möricke, Hans 163, 180
Muff, Wolfgang 90, 99f.
Müller, Heinrich 339
Murgaš, Karol 431
Mussolini, Benito 68f., 77f., 108, 116–119, 160, 167, 212, 249, 266–269, 281–288, 292, 294, 296, 299f., 303, 305, 316, 323–326, 387, 392, 400, 479f., 488, 499

Neumann, Karl 467
Neurath, Konstantin Freiherr von 12, 41–46, 81, 93, 96, 102, 105, 111, 121–123, 144–146, 202, 216, 282f., 285f., 298f., 304, 311, 455f., 498, 526
Newton-Cochrane, Sir Basil 163, 179, 195, 197, 223, 259, 263f., 290, 428f.
Niemöller, Martin 511, 521
Nippold, Otto 340

Ogilvie-Forbes, George Arthur 182
Ohnesorge, Wilhelm 508

Papen, Franz von 11–14, 69–71, 77, 83f., 86, 88, 96, 525
Papst siehe Pius XI.
Pernet, Heinz 347, 348
Perth, Eric Earl of 283
Pius XI. 24, 324
Plessen, Johann von 78, 116–118, 205
Price, Ward 91, 166, 240

Rácz, Jenö von 206, 210, 212
Raeder, Erich 33, 41f., 46, 62f.
Rainer, Friedrich 90, 94
Rath, Ernst vom 326, 329–336, 343, 348, 352f., 359
Reichart, Otto Wolfgang 345
Reichenau, Walter von 40, 69, 74, 377, 499
Renner, Karl 125
Reschny, Hermann 69, 94, 104f., 131
Ribbentrop, Joachim von 41f., 66, 72f., 79, 81, 87, 93, 101, 115, 121, 124, 155, 158, 162–165, 178–180, 183, 189, 191, 207, 211f., 217, 224, 227, 229, 249f., 253, 260, 262f., 265, 267, 275, 280, 282f., 287, 298, 301, 309–311, 349, 360, 364, 377, 380–384, 386, 388, 392–394, 397, 400, 402–404, 406, 409, 411f., 414, 416, 423f., 433–435, 437–440, 442, 444f., 452–454, 456–458, 461, 467–469, 472–475, 481–484, 486, 490–493, 514, 519, 524–526, 528
Ripka, Hubert 262, 445
Röhm, Ernst 31, 54–56
Roosevelt, Franklin Delano 273f., 276, 303
Rosenberg, Alfred 6, 310, 482
Rosenwink, Alois 345
Rossoni, Edmondo 497
Rothermere siehe Harmsworth
Rüdegger, Heinrich 87
Runciman, Walter 171, 173–175, 182, 187, 189, 191–193, 195–198, 201, 227, 236, 267, 307f.

Rust, Bernhard 352
Rutha, Heinrich (Heinz) 142f., 146

Salata, Francesco 77
Sander, Fritz 149
Sänger, Fritz 167, 193f., 199f., 237f., 242, 407, 426, 437, 451
Schacht, Hjalmar 11–14, 56
Schallermeier, Luitpold 335
Schattenfroh, Franz 87
Schaub, Julius 342, 344f., 347f., 497, 517
Schenk, Hans 349
Schirmeister, Moritz von 238
Schleicher, Kurt von 6
Schmid, Eduard 343
Schmid, Hans 89
Schmidt, Guido 71–73, 75, 86
Schmidt, Otto 35, 37f., 54, 56, 60, 62
Schmidt, Paul Otto 227, 229f., 254f., 258–261, 275, 280, 294f., 309, 382
Schmied, Ludwig 345
Schmundt, Rudolf 529
Schneider, Edmund 345
Schön, Johann 345, 348
Schörner, Friedrich 108
Schröder, Christa 448
Schulenburg, Friedrich-Werner Graf von der 480
Schultes, Hans 347
Schuschnigg, Kurt von 52, 67, 69–75, 77f., 80–82, 84–98, 100f., 104–106, 108, 115f., 118, 120–122, 126–132, 134f., 153, 174, 180, 264, 381, 474, 496, 499, 504, 514, 527
Schutzbar-Milchling, Margot Baronin von 49f.
Schwerdtel, Fritz 347
Schwerin von Krosigk, Johann Ludwig (Lutz) Graf von 12, 216, 292, 360
Sebekovsky, Wilhelm 193f., 224
Seefeld, Adolf 511
Seyß-Inquart, Arthur 70–76, 82, 85f., 89, 91, 94f., 97–103, 105f., 109, 111–114, 127, 129, 131, 133, 422, 430, 496, 509, 514f.
Sidor, Karol 426–428, 430f., 438–440, 456, 484
Smetona, Antanas 468
Speer, Albert 347
Sperrle, Hugo 74
Stalherm, Anka 502
Stalin, Josif Wissarionowitsch 480f., 497
Starhemberg, Ernst Rüdiger Fürst 76, 82
Stechow, Detlev-Henning von 223, 237, 243, 363
Stein, Otto von 90, 95
Stephan, Werner 144
Stockinger, Friedrich 90
Stojadinović, Milan 150, 202f.
Straßer, Gregor 5, 506
Straßer, Otto 5f.
Streicher, Julius 349
Stuckart, Wilhelm 110–112
Syrový, Jan 235, 244, 295, 375–377, 408, 447
Sztójay, Döme 204f., 245f., 253, 388, 392, 433–435, 438, 441, 459, 484, 491, 499

Taubert, Eberhard 188
Tavs, Leopold 70, 86f.
Teleki, Pál 396, 435
Tilea, Viorel 465
Tippelskirch, Werner von 374
Tiso, Jozef 376, 408, 422f., 426–430, 436–440, 442, 456f., 461, 474, 483–485, 488, 491, 496, 499, 518, 526, 530
Toussaint, Rudolf 161, 163, 180, 427
Tuka, Vojtěch 401, 418, 421, 423, 430f., 456f., 483, 487

Uiberreither, Sigfried 82, 127
Urbšys, Juozas 467–469, 492

Veesenmayer, Edmund 86, 426, 525
Vološyn, Avhustyn 376, 441, 460
Vörnle, János 433

Wächter, Werner 349f., 352, 518
Wagner, Adolf 125, 338f., 342
Wagner, Eduard 453
Weber, Christian 345
Weber, Friedrich 345
Wedel, Diether von 497
Weigel, Bruno 141
Weingärtner, Martin 37
Weizsäcker, Ernst von 101, 105, 113, 117, 123, 139, 148f., 160, 162, 168, 176, 179, 182f., 189, 205, 207, 214, 217, 227–229, 260, 273, 275, 278, 281–283, 286f., 364f., 374, 387f., 393, 419, 427, 432f., 448, 453, 455, 462, 464, 468–470, 474, 477, 481, 498
Welczeck, Johannes Graf von 120, 214, 329, 400, 437, 462, 465
Wiedemann, Fritz 30–32, 36, 38f., 43, 169f., 282f., 298, 308, 348, 498
Wilke, Franz 511
Wilson, Horace 227, 233, 260f., 264, 266, 269, 275–279, 287, 303, 499
Wilson, Woodrow 257, 274
Woermann, Ernst 122, 327, 388

Wolf, Wilhelm 72f.
Wood, Edward Frederick Lindley (Lord Halifax) 78, 80, 119, 121, 169f., 195, 197, 213f., 263, 276, 279, 285, 425, 451, 462, 465
Zankl, Max 325
Zechlin, Erich Wilhelm 469f.
Zernatto, Guido 86, 89, 97, 126